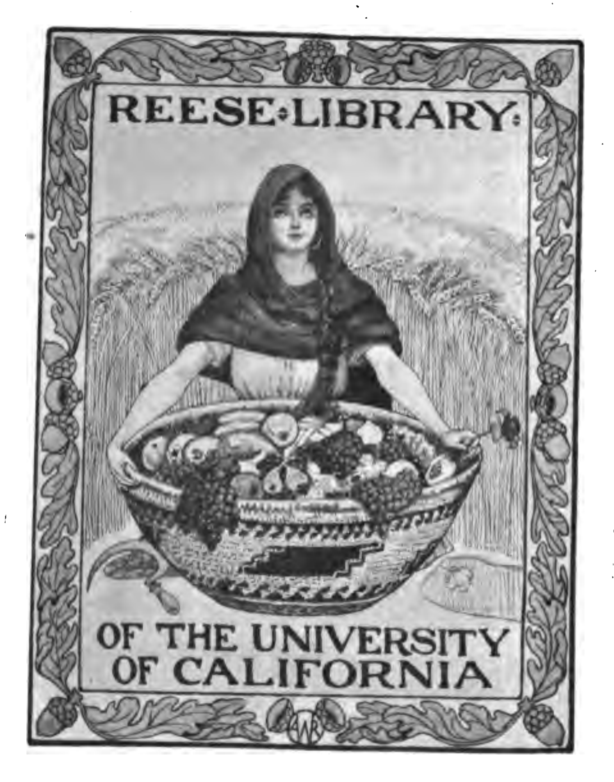
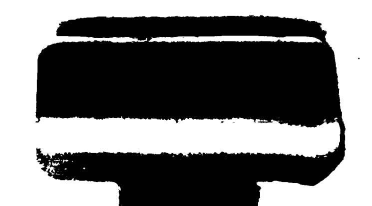
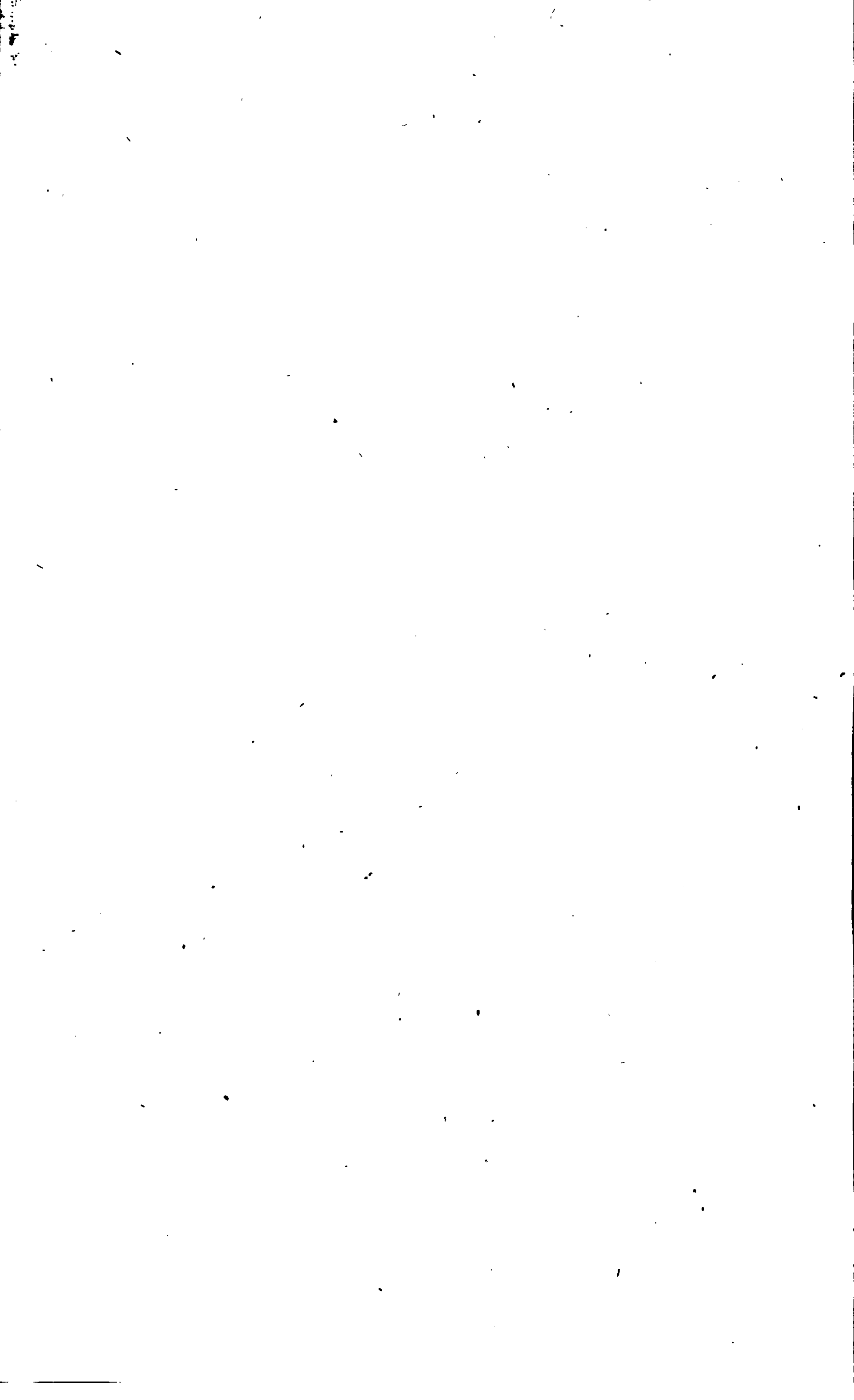



UC-NRLF
$B 70 388


REESE LIBRARY
OF THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA







Der erste schlesische Krieg.

I.

Geschichte

des

Ersten schlesischen Krieges

nach archivalischen Quellen

dargestellt von

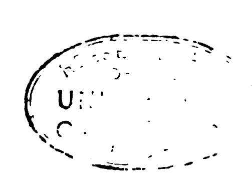
Dr. C. Grünhagen,

Königl. Archivrat und Professor an der Universität Breslau.

Erster Band:

Bis zum Abkommen von Klein-Schnellendorf.

Mit einem Plan der Umgegend von Mollwitz.





Gotha.

Friedrich Andreas Perthes.

1881.

Vorwort.

Aus einer Monographie über den Kleinschnellendorfer Vertrag, an die ich vor nunmehr fast acht Jahren heranging, ist nach mancherlei Durchgangspunkten mir eine zweibändige Geschichte des ersten schlesischen Krieges unter den Händen erwachsen, und es wäre wohl möglich, daß die Form dieses Krystallisationsprozesses sich noch in dem Buche hier und da wahrnehmbar zeigte. Mir hat der Gegenstand in seiner erweiterten Fassung wenigstens die Beruhigung verschafft, daß ich nun die sich mir bietende Fülle des Materials getrost verarbeiten konnte, ohne eine allzu schwere Befrachtung des Werkes fürchten zu müssen. Denn darüber schien mir kein Zweifel obwalten zu können, daß eine wirklich ins einzelne gehende Forschung und eine ausführliche Darstellung wohl beansprucht werden könnten für einen Krieg von solcher Bedeutung, wie sie der erste schlesische hat, einen Krieg, der die Stellung Preußens als europäische Großmacht begründet, in dem Herzen Europas wirklich zwei Herzkammern hergestellt hat, welche dann allerdings sich auf einen Schlag nicht einzurichten vermocht haben, und der über das Schicksal eines der größten Helden der Weltgeschichte das Los geworfen.

Und ein solcher Stoff schien mir dann auch nach dem allen, was für seine Bearbeitung in neuerer Zeit bereits geschehen ist, immer noch einer Monographie Raum zu lassen. Denn wie fern es mir auch sonst gelegen haben würde, mit Historikern wie Ranke und Droysen in Konkurrenz zu treten, so durfte ich mir doch immer sagen, daß eine Monographie, welche die Ereignisse weniger Jahre spezieller Forschung unterwirft, für diese manches zu bieten vermag, was bei umfassenden größere Zeiträume umspannenden Werken der Plan und die Anlage unter allen Umständen ausschließt, nämlich eine weit ausgedehnte Fundamentierung

hinsichtlich der Quellen vornehmlich der handschriftlichen, archivalischen und daneben eine eingehende Erörterung der einzelnen Punkte, welche bei der allgemeinen Bedeutung des Stoffes auch in ihren Einzelheiten immer noch ein Interesse beanspruchen können.

Von dieser Seite habe ich das Werk anzufassen versucht, und da für meine ganzen Studien auf diesem Felde thatsächlich der eigentliche Ausgangspunkt das Interesse war, welches mir die für die Gestaltung dieses Krieges so bedeutungsvolle und dabei doch im einzelnen so merkwürdig widerspruchsvolle englische Politik einflößte, so habe ich deren Studium eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, habe die Korrespondenzen der englischen Gesandten an den verschiedenen Höfen im Record office zu London durchgesehen und wertvolle Ergänzungen dazu in dem Staatsarchive zu Hannover gefunden, bin dann den Kundgebungen der sächsischen Politik im Dresdner Archive aufmerksam gefolgt und habe die Meinungen der Gegner Preußens auf dem Wiener Hof- und Staatsarchive kennen gelernt, zugleich aber auch aus dem Berliner geheimen Staatsarchive noch eine ansehnliche Nachlese von Einzelheiten, die bei meinen Vorgängern keine Aufnahme gefunden hatten, zu gewinnen vermocht. Manches, was ich dort einst mühsam excerpiert, ist dann im Laufe meiner Studien in bequemer Vollständigkeit und durch sachkundige Anmerkungen geziert, publici juris geworden in den neuen, trefflichen Editionen zur Geschichte Friedrichs des Großen, den beiden ersten Bänden von dessen politischer Korrespondenz ed. Koser, den von demselben herausgegebenen preußischen Staatsschriften, Bd. I und der älteren Bearbeitung von Friedrichs Histoire de mon temps ed. Posner. Auch die Analekten, welche Ranke der neuen Ausgabe seiner preußischen Geschichte angefügt, boten willkommene Ergänzungen aus französischen Archiven.

Für die eigentlichen Kriegsoperationen sind auf unserer Seite die wichtigsten Zeugnisse, die Berichte der Befehlshaber und des Königs Weisungen an dieselben im Berliner geheimen Staatsarchive vereinigt, zu deren Ergänzung dann namentlich für die zweite Hälfte des Krieges auch das herzoglich anhaltische Archiv zu Zerbst in höherem Grade, als man wohl erwarten sollte, in Betracht kommt. Österreichischerseits finden sich dieselben im Wiener Kriegsministerialarchive, das zu benutzen mir auch vergönnt war. Die von dem Könige selbst verfaßten, hier und da in den Zeitungen zerstreuten Kriegsberichte hat inzwischen Droysen zum unvergänglichen Gewinne für die Forschung gesammelt veröffentlicht (Bei-

heft zum Militär-Wochenbl. 1875, Hft. 10). Für die Kriegsereignisse in Schlesien vermochte dann doch auch manches an lokalen, handschriftlichen Aufzeichnungen und Tagebüchern die Heimat zu bieten, am wenigsten eigentlich das nach anderen Seiten so reiche Archiv, dem ich selbst vorzustehen die Ehre habe.

Jener wiederholten archivalischen Studienreisen, auf welchen ich nach und nach mein Material zu sammeln mich bemühte, läßt mich die Erinnerung an viele dabei empfangene Freundlichkeiten immer mit Freuden gedenken, und gern vertraue ich den Ausdruck meiner Dankbarkeit diesen Zeilen an. Aufrichtigen Dank schulde ich an erster Stelle dem großen Historiker, der unsere Archive so ersprießlich leitet und mit so preisenswerter Liberalität ihre Benutzung erleichtert. Was mir einst schon sein hochverehrter Vorgänger gewährt hatte, die Zusendung von archivalischem Materiale aus Berlin und Hannover an das Breslauer Staatsarchiv, ist mir auch unter Herrn v. Sybels Verwaltung in vollstem Maße und in freiester Form gestattet und dadurch erst eine Quellenforschung in so ausgedehntem Maße ermöglicht worden. Und auch auf anderen Archiven hat mich freundliches Entgegenkommen vielfach zu Dank verpflichtet. In Wien hat Herr Hofrat v. Arneth mir nicht nur die Schätze des Hof- und Staatsarchivs mit gewohnter Liberalität geöffnet und mir brieflich mannigfache Nachträge zukommen lassen, er hat mir sogar, mit nicht genug zu rühmender Güte einer Bitte zuvorkommend, den Zugang zu dem dortigen Kriegsministerialarchive ausgewirkt, und wie glänzend hat nicht mir gegenüber der nun heimgegangene Geheimrat v. Weber den allerdings längst nicht mehr zutreffenden Vorwurf der Unzugänglichkeit, den einst Ranke gegen das Dresdner Archiv erhoben, zu widerlegen vermocht, sogar gerade inbezug auf die Akten, welche einst der große Historiker dort nicht erlangen konnte. — In London stand mir die ganze diplomatische Korrespondenz der damaligen Zeit zur bequemsten Verfügung, und der im Arbeitszimmer die Aufsicht führende Kollege Mr. Walford D. Selby hat auch nachträgliche Anfragen mit größter Liebenswürdigkeit beantwortet, Vergessenes ergänzt, ganze Abschriften für mich genommen. Die unerwartet reichen Schätze des herzoglich anhaltischen Archives zu Zerbst hat mir die Freundlichkeit des Geheimrat Siebigk bereitwilligst erschlossen, und hier in Breslau auf dem Stadtarchive resp. der Stadtbibliothek hat deren Leiter Dr. Markgraf mein Interesse so freundlich im Auge behalten, daß er mir selbst von den ihm anvertrauten Schätzen

einiges entgegengetragen hat, was mir sonst ohne Zweifel entgangen sein würde. Auch einigen Herren, die mich durch briefliche Mittheilungen freundlich unterstützt haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich zu danken nicht unterlassen. Es sind dies die Herren Kollegen Dr. Großmann vom königlichen Hausarchive, Dr. Harleß in Düsseldorf (ehemals in Berlin), Dr. Hegert, Dr. Friedländer in Berlin und Dr. Ermisch in Dresden, Schrauff in Wien und Herr Dr. Koser in Berlin.

Auch Herrn Professor Droysens müßte ich an dieser Stelle gedenken, an dessen Güte ich mehrmals und nie ohne Erfolg brieflich appelliert habe; aber wie sehr mir auch die freundlichen Auskünfte des verehrten Mannes wohlgethan und mich gefördert haben, so möchte ich doch nicht den Anschein erregen, als könne in dem Hinweise auf diese Einzelheiten meine Dankbarkeit gegen den Verfasser der Geschichte der preußischen Politik ein Genügen finden. Wer nach Männern wie Ranke und Droysen zu schreiben unternimmt, wird unvermeidlich deren Schuldner, und zwar in viel höherem Maße, als auch die peinlichste Gewissenhaftigkeit durch Citate zur Anerkennung zu bringen vermag, und gerade das Droysensche Werk ist durch die bewundernswürdige Sorgfalt in dem quellenmäßigen Belegen aller Einzelheiten so geeignet, einem Nachstrebenden die Wege zu weisen.

Von den Resultaten meiner archivalischen Forschungen und gerade von dem, was ich Neues bieten zu können hoffe, gehört ein recht ansehnlicher Teil der diplomatischen Geschichte dieses Krieges an, der dann auch ein entsprechender Raum in meinem Werke hat eingeräumt werden müssen. Es ist mir nun sehr wohl bewußt, daß eine Begünstigung gerade dieser Seite der Geschichte eines Krieges in den Augen der Mehrzahl seiner Leser nicht eben zur Empfehlung dient, insofern diese die Darstellung der spannenden und aufregenden Schicksale des Waffenkampfes nicht gern durch die Vorführung weitläufiger diplomatischer Verhandlungen, selbst wenn denselben eine gewisse Wichtigkeit beiwohnt, unterbrochen sehen; indessen vermag man vielleicht bei dem ersten schlesischen Kriege eine Ausnahme zu machen.

Wenn man z. B. den 7jährigen Krieg recht wohl mit nur leiser Andeutung der diplomatischen Verhandlungen schildern und mit dem ergreifenden Bilde dieses Heldenkampfes die Seele des Lesers mächtig zu bewegen und zu erschüttern vermag, so ist ein Gleiches bei den ruckweise und nur wie zur Ergänzung und Wieder-in-Fluß-Bringung der

diplomatischen Verhandlungen erfolgenden Kriegsoperationen des ersten schlesischen Krieges kaum thunlich, und während sonst die Diplomatie in gewisser Weise während des Waffenkampfes schweigt, beherrscht sie in diesem Kriege mit sehr kurzen Unterbrechungen fort und fort die Situation, die militärischen Operationen bedingend, einschränkend, unterbrechend und dann wieder einmal entfesselnd.

Schon deshalb dürfen die diplomatischen Verhandlungen in dieser Zeit eine gesteigerte Beachtung beanspruchen. Ein zweiter Grund hängt hiermit eng zusammen. Wer wollte leugnen, daß bei der Geschichte dieses Krieges unser Interesse in allererster Linie sich der so mächtig anziehenden Gestalt des jungen Königs zuwendet, den wir hier ein überaus kühnes Unternehmen, das er als seinen eigensten Gedanken ansehen durfte, auf das glänzendste durchführen sehen? Aber gerade von ihm läßt sich behaupten, daß, wenn bereits im zweiten schlesischen Kriege wir wohl in Friedrich vornehmlich den großen Feldherrn bewundern, im ersten dieser Kriege er uns mehr als der geniale Politiker imponiert. Denn ohne den großen Zug, der auch hier schon durch seine Kriegführung geht, irgendwie verkennen zu wollen, müssen wir doch bezüglich dieses Krieges zu dem Urteile kommen, daß er die Lorbeeren, die er auf dem Schlachtfelde damals noch sehr zu teilen genötigt ist, auf dem Felde der Politik für sich allein pflückt, um dann vielleicht einen Zweig davon auf dem Altare der Glücksgöttin niederzulegen, die ja dem Kühnen so gern zulächelt.

Und wenn wir in den Schlachten dieses Krieges den König noch nicht die geniale Originalität zeigen sehen, durch welche er in späteren Kämpfen die Bewunderung der Welt gewinnt, so zeigt er diese dagegen schon in vollem Maße eben auf dem Gebiete der Staatskunst. Hier bezeichnet sein Auftreten einen Umschwung der Diplomatie. Er lehrt dieselbe eine Sprache, die bis dahin unerhört war, welche häufig eine scheinbar rücksichtslose Offenheit mit der berechnenden Klugheit eines überlegenen Geistes paart. Nicht selten werden die Audienzen, die er erteilt, zu Scenen von fast dramatischer Lebendigkeit, denen wir mit dem gespanntesten Interesse folgen. Ich habe von solchen meinen Lesern nichts vorenthalten zu dürfen geglaubt, und der Aussicht auf solche Glanzpunkte sicher, werden mir dieselben dann hoffentlich mit geringerer Unlust auch durch die verschlungenen Wege der diplomatischen Verhandlungen folgen.

Der Umfang des Manuskriptes nötigte zu einer Teilung in zwei Bände, und die eigentümliche Cäsur der Kleinschnellendorfer Übereinkunft bot einen sehr geeigneten Scheidungspunkt. Der voraussichtlich geringere Umfang des zweiten Bandes empfahl es denn auch, das Wenige, was von archivalischen Beilagen mitzuteilen in Aussicht steht, diesem aufzusparen, dem dann auch alphabetische Register für beide Bände angehängt werden sollen.

Breslau, im August 1880.

Grünhagen.

Inhalt des ersten Bandes.

Einleitung.

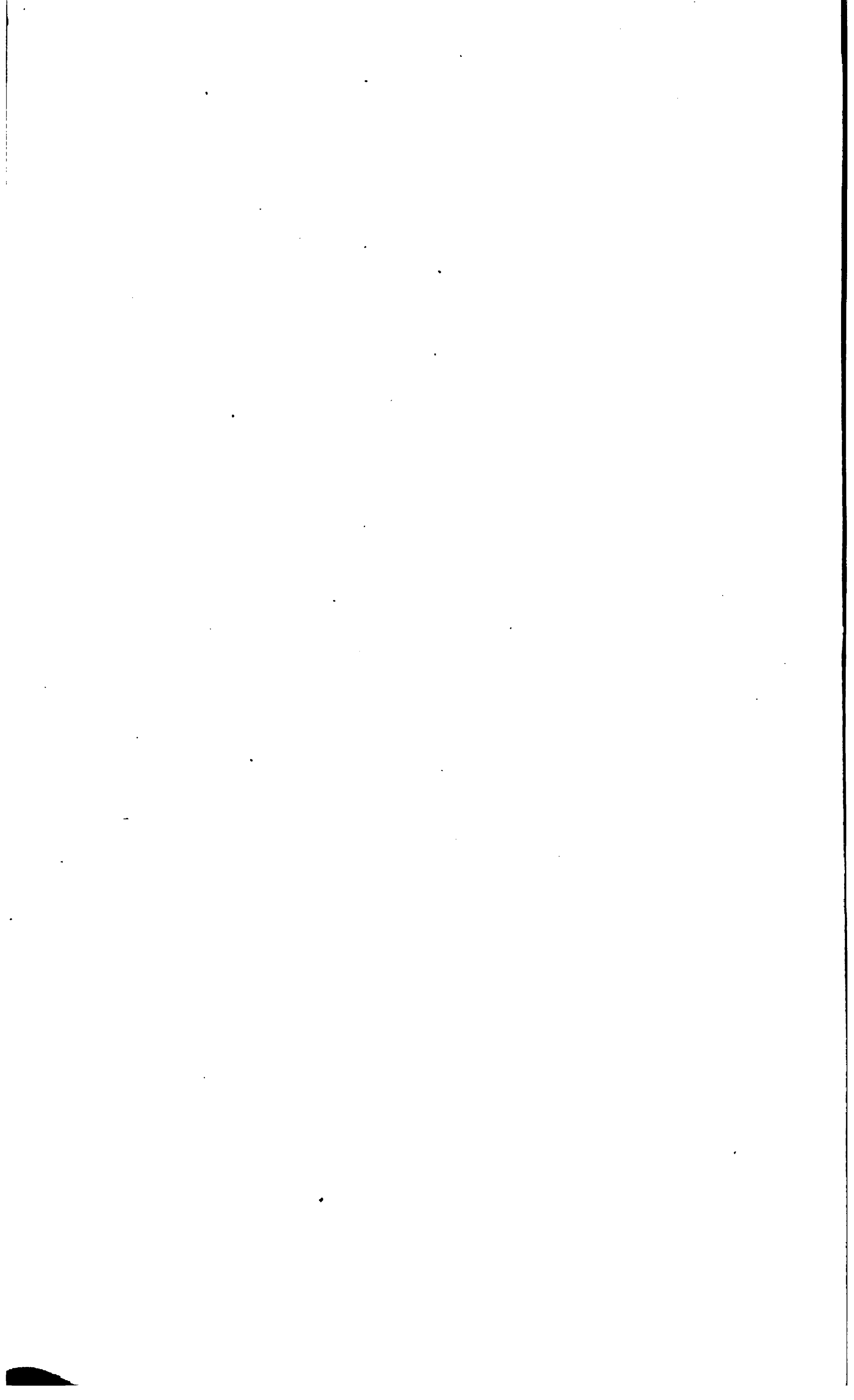
Erstes Buch. Der Entschluß und die fruchtlosen Versuche einer Verständigung.

Zweites Buch. Von Schlesien.

Drittes Buch. Der Krieg in Schlesien 1741.

Viertes Buch. Diplomatische Verhandlungen.

Einleitung.





I.

Rückblick auf Friedrich Wilhelm I.

Wer es unternimmt, die erste Großthat des jungen Königs Friedrich, die Erwerbung Schlesiens, eingehender zu schildern, der muß zuvörderst des Herrschers gedenken, der seinem Sohne und Erben so vielfach vorgearbeitet, ihm die Wege bereitet, den Schatz gesammelt, die Waffen geschmiedet hat, mit denen er zu kämpfen und zu siegen vermocht hat. Wer wollte es leugnen, daß Friedrich Wilhelm I. auch seinen Anteil hat an der Eroberung Schlesiens?

Es giebt im ganzen Laufe der Weltgeschichte wenig Fürsten, die so viel für ihr Land gethan, demselben in solchem Maße zum Segen geworden sind, wie dieser vielgeschmähte König. In einem Hofleben der unerquicklichsten Art voll Palastintriguen und nichtigem Prunk war dieser wundersame Charakter erwachsen. Und als er die Regierung übernahm, war sein Erbe ein kleines zerrüttetes Land, eine Krone, deren Glanz verblaßt, und ein Staat, dessen Kredit vermindert war. Da tritt er ein, ein Fürst, der, so ganz verschieden von den übrigen Herrschern Europas, es wagt, mit der allgemein herrschenden Mode des Königtums à la Louis XIV. vollkommen zu brechen, der unbekümmert um Hofsitte und Konvenienz sich ein Königtum einrichtet auf eigene Art. Und den kargen, sparsamen Haushalt, in den er den einst so üppigen Berliner Hof hineinzwängte, den nötigte er auch der ganzen Staatsverwaltung auf, jene strenge Pflichterfüllung, in der er lebte, die verlangte er mit unerbittlicher Strenge von jedem einzelnen seiner Beamten, und sein Eifer für die Wehrhaftmachung seines Volkes blieb doch nicht ohne Einfluß auf seine Unterthanen, zunächst allerdings nicht auf die große Menge, der vor allen die Härten der Militärverfassung sich fühlbar machten, wohl aber auf den Adel, dessen Söhne fast ausnahmslos zu den preußischen Fahnen drängten, um die Gunst des Königs, die hier nicht, wie anderwärts, durch bloße Teilnahme an den Hoffestlichkeiten zu gewinnen war, durch strengen Dienst unter den Waffen zu erringen. Aber auch der Bürger und Bauer gewann, wie hart auch das Regiment war, doch ein gewisses Vertrauen zu der Solidität der Zustände, er hatte ein Gefühl der Sicherheit in seinen Schranken, des Schutzes vor gesetzloser Willkür.

So wuchs ein neues Preußen heran, ein merkwürdiger Militärstaat, wo in harter Arbeit jeder, vom Bauer bis zum König hinauf, seine Schuldigkeit zu thun hatte. In den alten preußischen Provinzen, wo die Natur eine karge Mutter gewesen und der Boden nur dem beharrlichen Fleiße nicht eben reich-

lichen Ertrag gewährt, war die Erziehung zu sparsamer Wirtschaft wohl angebracht; man arbeitete in Preußen mehr als sonstwo, und es entwickelte sich eben unter diesem eisernen Könige das, was wir den preußischen Geist nennen, jene auswärts laut ebenso oft verspottete als im stillen bewunderte harte und spröde, aber innerlich tüchtige Art; das spezifische Preußentum mit seinem strammen, immer soldatisch gefärbten Wesen datiert in Wahrheit von König Friedrich Wilhelm, es trägt den Stempel dieser mächtigen Persönlichkeit breit aufgedrückt.

Daß ein solches System ohne Härte nicht durchzuführen war, liegt auf der Hand, und daß eine so eiserne Natur im Besitze unumschränkter Gewalt auch wohl einmal fehlgreifen, Handlungen der Unbilligkeit, ja der Ungerechtigkeit begehen konnte, ist leicht erklärlich. Uns kann der Gedanke daran in unserem Urteile über den König um so weniger irre machen, als wir uns doch immer sagen müssen, daß selbst jene Handlungen nicht Äußerungen einer Herrscherlaune, sondern Konsequenzen eines mit Strenge durchgeführten, für die Entwickelung des Staates im höchsten Maße förderlichen Regierungssystems waren. Und wenn die Einseitigkeit dieses Wesens, die für so vieles, was nach unseren Anschauungen erst das Leben lebenswert macht, jeden Sinn verleugnete, uns abstößt, mögen wir uns doch immer bewußt bleiben, daß diese Einseitigkeit doch den höchsten Interessen des Staates zugute gekommen ist, daß es hier zunächst darauf ankam, für diesen das wirkliche Selbstbestimmungsrecht zu erobern, die unerläßliche Voraussetzung gedeihlicher nationaler Entwickelung. Erst wenn das Haus fest und sicher gefügt ist, hat man ein Recht, daran zu denken, es freundlich und behaglich einzurichten und zu schmücken.

Die greifbaren Resultate dieser Regierung sind wahrhaft staunenswert. Die Staatseinkünfte seines im Grunde armen und unter der Regierung seines Vaters zurückgekommenen Landes, welche sich bei seiner Thronbesteigung auf etwa 4 Millionen Thaler jährlich bezifferten, hat er durch seinen, von Anfang an vorgezeichneten Plan, der, wie er sich ausdrückte [1]), auf „Ökonomie und Menage“ beruhen sollte, beinahe verdoppelt, auf 7 Millionen gebracht, wovon dann allerdings nahezu $^6/_7$ auf militärische Zwecke verwandt wurden [2]), und dabei noch einen Schatz gesammelt, der bei seinem Tode nahe an 10 Millionen betrug [3]). Die Militärmacht, welche Friedrich Wilhelm bei seinem Regierungsantritte in der Höhe von 38,000 Mann vorgefunden hatte, wuchs unter seiner Regierung um mehr als das Doppelte, auf 83,400 Mann, so daß, wenn Preußen 1713 mit den Mächten zweiten Ranges, wie etwa Sardinien oder Sachsen-Polen gleichstand, es jetzt nach dieser Seite hin unter den Großmächten mitzählte. Von den kontinentalen Mächten jener Zeit rechnete man das stehende Heer Österreichs auch nur auf 80,000 Mann, das Rußlands auf dem Papiere zwar zu 130,000 Mann, in Wahrheit aber mindestens ein Drittel niedriger, und von dem französischen Heere, das die allerdings imposante Ziffer von 160,000 Mann führte, kamen für den Fall eines Krieges zur Be-

---

1) Angeführt bei Ranke, Preußische Geschichte III, 245.
2) Riedel, Der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt, S. 71.
3) Riedel, S. 80. Zu dem eigentlichen Schatze (8,700,000 Thlr.) kamen noch über 1 Million Bestände in den beiden Generalkassen.

setzung der zahllosen Festungen dieses Landes doch nahezu die Hälfte in Abzug [1]).

Und das Heer Friedrich Wilhelms I. hatte dann noch besondere Vorzüge. Es war einmal besser ausgerüstet als die meisten übrigen Heere. Während nämlich sonst bei jeder Kriegsrüstung einer europäischen Macht sich fast immer herausstellte, wie sehr viel von den unzähligen Bedürfnissen eines großen Heereskörpers noch fehlte, was dann mit vielen Anstrengungen und Zeitverlust erst nachträglich beschafft werden mußte, war in Preußen das ganze Heerwesen in musterhafter Ordnung, und Friedrich Wilhelm hielt bei aller Sparsamkeit doch mit peinlicher Strenge darauf, daß an dem Handwerkszeug des Krieges nichts fehle, ja er zeigte ein lebhaftes Interesse für alle etwaigen Verbesserungen und Fortschritte auf dem Gebiete der kriegerischen Ausrüstung und Bewaffnung, wie ja z. B. der in der preußischen Armee zuerst eingeführte eiserne Ladestock dem Feuergefechte dieses Heeres von vornherein eine gewisse Überlegenheit verlieh. Außerdem ist es ein Verdienst Friedrich Wilhelms I., in seinem Heere eine Übung in den Waffen, eine Methode des Drillens eingeführt zu haben in einer Ausdehnung und in einem Umfange, wie dies noch niemand vorher unternommen hatte. Die Wirkung davon konnte nicht ausbleiben, diese bestand nicht nur in dem vollen Vertrautwerden des Mannes mit seiner Waffe und in der gesteigerten Manövrierfähigkeit, sondern die unablässige Übung mußte den Soldaten die Ausführung der gegebenen Kommandos so zur anderen Natur machen, daß man hoffen durfte, es werde auch in dem verwirrenden Getümmel der Schlacht die Truppe der wohlbekannten Stimme ihrer Führer treu und willig folgen. Und dabei bildeten dieses wohlgedrillte Heer doch keineswegs bloße Putzsoldaten für die Paraden und Revuen dressiert. Aus tapferem Material gebildet, bewahrten sie einen kriegerischen Sinn, pflegten treu die Traditionen früherer großer Kriegsthaten, der Schlachten von Warschau, Fehrbellin, Turin, Malplaquet, die Offiziere dürsteten nach einer Gelegenheit, neuen Ruhm zu erwerben, und in der ganzen Armee lebte ein Gefühl von der gewaltigen Bedeutung dieser großen Gemeinschaft, welcher ja der König selbst, der nie anders als in Uniform gesehen ward, mit Leib und Seele angehörte. Es war Friedrich Wilhelms Ideal, an der Spitze einer Armee zu stehen, deren Offiziere lauter Landeskinder seien, wie solche kein Potentat bis jetzt habe [2]). Und in der That ward mit der Durchführung dieses Prinzips dem Heere, bei dem zu den ausgehobenen Landeskindern doch nahezu ebenso viel anderwärts im Reiche geworbene Mannschaften hinzutreten mußten, der nationale Charakter in hohem Grade gesichert.

So befanden sich denn die beiden Grundpfeiler eines Staatswesens, Finanzen und Heer, in musterhafter Verfassung. Rechnet man dazu noch, daß die Herrschaft in allen preußischen Provinzen so sicher und fest gegründet war, wie kaum irgendwo, daß das Volk nirgends von konfessionellem Hader entzweit, noch von irgendwelchen Antipathieen erfüllt, überall von warmer Treue und Anhänglichkeit an das Königtum durchdrungen war, daß die Provinzen einer Nationalität angehörend, bereits zu einem festen Ganzen zusammenge-

---

1) Vgl. Ranke, Preußische Geschichte III, 147.
2) Anführung bei Ranke a. a. O., S. 159.

schweißt waren, daß nirgends korporative Privilegien der Herrschergewalt entgegenstanden, und daß das Volk selbst durchweg mannhaft und tüchtig war, so wird man einräumen, daß trotz der Kleinheit des Landes und trotz der Ungunst der auseinandergerissenen preußischen Provinzen die Erbschaft, welche der junge König antrat, eine der schönsten war, welche einem Herrscher zuteil werden konnte.

Mit ungleich geringerer Gunst pflegt die äußere Politik Friedrich Wilhelms I. beurteilt zu werden. Nicht ohne eine gewisse Verwunderung nimmt man wahr, daß derselbe Herrscher, der in seiner inneren Politik so eisenfest und sicher vorgeht, so energisch und rücksichtslos durchgreift, nach außen hin unsicher und schwankend auftritt, leicht zu täuschen und von seinem Wege abzulenken sich zeigt, und fast noch wunderbarer erscheint es, daß der König, der eigentlich Soldat ist vom Scheitel bis zur Zehe und in dem Streben nach militärischer Machtentfaltung für seinen Staat ganz aufzugehen scheint, dann doch eine ernstliche Scheu zeigt, diese militärischen Kräfte in die Wagschale zu werfen zur Erreichung politischer Zwecke und den wehrhaftesten Staat Europas in die Lage bringt, selbst Unbilden ungestraft hinzunehmen. Allerdings hat Friedrich Wilhelm in der ersten Hälfte seiner Regierung eine Erwerbung von der allergrößten Bedeutung zu machen vermocht, jenes Vorpommern, für dessen Besitz der große Kurfürst so viele immer erneute und immer vergebliche Anstrengungen gemacht, das Mündungsland eines der deutschen Stämme endlich nun und zwar ohne allzu große Opfer in seine Gewalt gebracht; dagegen ist die größere zweite Hälfte seiner Regierung eigentlich nur eine Kette von Mißerfolgen und Enttäuschungen. Friedrich Wilhelm läßt sich 1725 auf die Seite der gegen den Kaiser verbundenen Westmächte herüberziehen, um dann im folgenden Jahre schon wieder diesem Bündnisse den Rücken zu kehren, ohne doch einen reellen Gewinn von diesem jähen Wechsel davonzutragen. In der Frage der polnischen Succession schmählich getäuscht, vermag er auch in der Sache, die ihm am allermeisten am Herzen lag, in der Sicherung der preußischen Anwartschaft auf Jülich-Berg, deren Erledigung bei dem Tode des greisen und männlicher Erben entbehrenden Kurfürsten von der Pfalz nahe bevorzustehen schien, keine Erfolge zu erzielen. Vonseiten des Kaisers wird ihm zwar 1728 Berg und Ravenstein zugesichert und damit die preußische Garantie der pragmatischen Sanktion erkauft; doch muß der König erfahren, daß inzwischen im schroffen Widerspruche mit diesen Versprechungen der Kaiser die ganze Erbschaft dem Pfalzgrafen von Sulzbach versprochen habe, und 1738 überreichen Österreich, Frankreich, England und Holland dem preußischen Hofe identische Noten, das Verlangen enthaltend, Preußen solle seine jülich-bergschen Ansprüche der Entscheidung der vier Mächte überlassen, worauf dann der König sich schließlich mit einem geheimen Vertrage begnügt, durch welchen ihm Frankreich 1739 wenigstens einen Streifen von Berg ohne Düsseldorf zusagte. Es waren das allerdings schlechte Erfolge, und wenn gleich einerseits Friedrich Wilhelm das große Verdienst gebührt, gerade durch seine Haltung mehrmals in dem letzten Jahrzehnte seiner Regierung den bedrohten europäischen Frieden erhalten zu haben, und wenn es auch anderseits fraglich erscheinen kann, ob eine energischere Politik, die es auf einen Krieg hätte ankommen lassen, ganz und gar im Interesse Preußens gelegen hätte, ob der zu er-

ringende Preis so hohem Einsatze entsprochen haben würde, so litt doch das Ansehen Preußens unter dieser allzu nachgiebigen und friedfertigen Politik. Sehr lebhaft hat das schon damals der Kronprinz Friedrich empfunden; als auf jene identischen Noten von 1738 der König eine nur ausweichende Antwort gab, war er sehr wenig davon befriedigt, und trotz der Reserve, welche ihm seine damalige Stellung auferlegte, sprach er unter dem 4. März 1738 in einem an den Feldmarschall Grumkow gerichteten Briefe es offen aus, daß er wenig mit jener Antwort übereinstimme, welche allzu sehr der eines Mannes gleiche, der nicht Lust habe zu schlagen, wohl aber das glauben machen wolle [1]).

Ja er schrieb sogar unter dem Eindrucke dieser Ereignisse eine besondere Flugschrift: „Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe" [2]), die er ursprünglich anonym in England erscheinen lassen wollte, und welche dann auch hauptsächlich an die Adresse der Seemächte gerichtet ist. Diese letzteren sollen daran erinnert werden, welche Gefahren für das europäische Gleichgewicht aus dem immer steigenden Übergewicht Frankreichs erwachsen müßten, das nun ja auch bereits Österreich, den alten Verbündeten Englands, im Schlepptau habe (bei den identischen Noten erscheinen ja Österreich und Frankreich vereinigt). Der preußischen Angelegenheiten geschieht in der Denkschrift keine Erwähnung, aber es liegt auf der Hand, wie sehr eine Entzweiung unter den Großmächten, welche damals (1738) in den identischen Noten geeinigt sich den Ansprüchen Preußens entgegenstellten, diesem letzteren förderlich sein mußte.

Bitter klagt nachmals König Friedrich in seinen Memoiren [3]) über das Sinken des Ansehens Preußens in den letzten Jahren Friedrich Wilhelms I., wie die Großmächte ihm mit Rücksichtslosigkeit und Mißachtung begegnet seien und selbst die kleinsten deutschen Fürsten z. B. in den durch die preußischen Werber veranlaßten Händeln es gewagt hätten, die Preußen zu insultieren. „Allen guten Preußen", schreibt er, „blutete das Herz wegen der Mißerfolge, welche der König in den letzten Jahren seiner Regierung hatte, und über die Schmach, die an dem preußischen Namen haftete." Friedrich motiviert durch den Hinweis hierauf die Notwendigkeit für ihn selbst, gleich vom Anfang an Beweise von Energie und Festigkeit zu geben, und er hat unzweifelhaft recht in dem, was er über die damalige Geltung des preußischen Staates ausspricht. Auf der andern Seite aber werden wir doch immer behaupten müssen, daß das allgemeine Resultat auch der auswärtigen Politik Friedrich Wilhelms I. für das Land ein segensreiches und ganz besonders für seinen Nachfolger höchst vorteilhaft gewesen ist.

Ein wie großes Glück war es nicht, daß Friedrich Wilhelm seinem Nachfolger so ganz und gar freie Hand gewahrt hat, daß keine Allianzen ihn banden, abgesehen von jener nichtssagenden Verabredung von 1739 mit Frankreich; zum wahren Glück für Preußen war seine Verpflichtung für die Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion durch die Hinterlist des Wiener

---

[1]) Der Brief bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs d. Gr. rc., S. 41.

[2]) Diese Schrift in ihren richtigen Zusammenhang gerückt zu haben, ist das Verdienst Dunckers a. a. O. („Eine Flugschrift des Kronprinzen Friedrich"), S. 3 ff.

[3]) Histoire de mon temps (1746) ed. Posner, p. 212. 213.

Hofes hinfällig geworden. Wie ungünstig wäre es gewesen, wenn Friedrich Wilhelm energischer die Erlangung von Allianzen für den jülich-bergschen Erbfall betrieben, wenn er mit lästigen Verpflichtungeu die Zusage des Beistandes für diese Anwartschaft erkauft und für diesen Zweck sogar zum Schwerte gegriffen, Opfer an Blut und Gut für eine Sache gebracht hätte, die nach dem Laufe der Dinge dann sehr in den Hintergrund getreten ist. Nicht allein, daß wir es als ein Glück zu preisen haben, wenn wir einem Fürsten, dem doch der rechte Sinn für äußere Politik mangelte, der nimmermehr eine große Unternehmung kühn und energisch durchzuführen vermocht hätte, in Erkenntnis seines Wesens sich nun lieber ganz zurückhalten sehen, es muß doch auch gesagt werden, daß jedes festere Engagement nach der Seite von Jülich-Berg hin dem Nachfolger in gewisser Weise die Hände gebunden haben würde, für das größere Unternehmen, das derselbe dann mit so unvergleichlicher Kühnheit und Selbständigkeit hat beginnen können. Ja selbst die Geringschätzung, mit der eben infolge von Friedrich Wilhelms friedliebender Nachgiebigkeit die übrigen Mächte auf Preußen blickten, ist zu Friedrichs Vorteil ausgeschlagen. Sie hat viel zu der hochmütigen Verblendung beigetragen, mit welcher Maria Theresia die günstigen Anerbietungen Friedrichs ausschlug und so dem letzteren statt des Stückes von Schlesien, mit welchem er sich im Anfang begnügt haben würde, dann das ganze Land in die Hände gespielt hat.

Bereits im Jahre 1722 hatte es Friedrich Wilhelm ausgesprochen, „nachdem er das Land und die Armee instand gesetzt", werde es „an seinem lieben Successor sein", „die Prätensionen und Länder herbeizuschaffen", die seinem Hause von Gott und Rechts wegen zugehörten [1]). In seinen letzten Jahren, wo, während er selbst durch zunehmende Kränklichkeit mehr und mehr von jedem Gedanken an eine große Unternehmung zurückgeschreckt wurde, gerade damals die Mißgunst der europäischen Mächte den preußischen Hoffnungen auf die ersehnte Erbschaft am Rhein so schroff entgegentrat, hat er dann zu seinem Sohne, dem er nach den Entzweiungen früherer Zeit erst jetzt mehr und mehr vertrauensvoll nahe trat, oftmals gesagt: „An dir wird es einst sein, unsere Ansprüche auf Jülich-Berg geltend zu machen" [2]), und bekannt genug ist jene Äußerung des so arg getäuschten Monarchen: „da steht einer, der mich rächen wird", eine Erwartung, die dann in so vollem Maße erfüllt werden sollte.

---

1) Angef. bei Ranke, Preuß. Gesch. III, 246.

2) Davon schreibt der König noch unter dem 5. August 1775 an seinen Bruder Heinrich. Oeuvres de Fr. XXVI, 370.

II.

Der junge König.

Wir sahen, wie reich die Erbschaft war, die Friedrich antrat, als ihn der Tod seines Vaters am 31. Mai 1740 auf den Thron berief. Ein gefüllter Schatz, geordnete Finanzen, ein zahlreiches und wohlgeübtes Heer, diese beiden Haupthebel einer kühnen vorwärtsstrebenden Politik waren gegeben; doch konnte es wohl scheinen, als müsse eine solche Politik gewisse Schranken finden in der Beschaffenheit des Landes, das der König von Preußen regierte. Es war nicht so sehr die Kleinheit des weder dichtbevölkerten noch an Hilfsquellen besonders reichen Landes (2275 □Meilen mit 2,240,000 Einw.), das allerdings mit den Gebieten der anderen europäischen Großmächte nicht verglichen werden konnte, als vielmehr die Zersplitterung dieses Landgebietes, welche einer selbständigen kühnen Politik entgegenzustehen schien. Bildeten doch von jenen 2200 □Meilen nur etwa $^3/_5$, die Marken und Pommern, ein zusammenhängendes Ganze; zwei Fünfteile dagegen lagen sehr weit von dem Hauptlande getrennt, im Osten das größere Stück Preußen mit 672 □Meilen und im Westen die ganz zerstückten rheinisch-westfälischen Besitzungen Minden, Ravensberg, dann Cleve und Mark und die Bruchteile der oranischen Erbschaft. Das Ganze ergab eine Gestaltung von Landesgebieten, die im Falle eines Krieges sehr schwer sämtlich zu behaupten und zu verteidigen waren.

Der König selbst charakterisiert in der höchst merkwürdigen Einleitung zu der älteren Bearbeitung seiner Memoiren (vom Jahre 1746) sein Preußen in treffender Weise [1]). Nachdem er hier als die eigentlichen Großmächte Europas England und Frankreich bezeichnet, zählt er dann Preußen zu den Mächten zweiten Ranges neben Spanien, Holland und Österreich. „Preußen", schreibt er, „scheint mir die vierte dieser Mächte, weniger formidabel als das Haus Österreich, aber stark genug [2]), um in sich die Mittel für einen Krieg zu finden, der nicht allzu schwer und lang ist. Bei der Ausdehnung seiner Provinzen vom Osten Europas bis in den Südwesten immer mit Unterbrechungen, vervielfältigt sich die Zahl seiner Nachbarn ins Ungemessene. Seine Politik hinsichtlich der Finanzen und der Industrie ermöglicht es ihm, eine Konjunktur zu erfassen und schnell aus derselben Vorteil zu ziehen, aber seine

---

[1]) Ed. Posner, p. 209.
[2]) „assez forte de rein".

Klugheit muß dasselbe zurückhalten, wenn es sich zu weit fortreißen lassen will. Um der zu zahlreichen Nachbarschaft und der Zerstückelung seiner Provinzen willen kann es nicht agieren ohne die Bundesgenossenschaft Frankreichs oder Englands."

Man sieht, er ist sich der aus der Konfiguration des preußischen Staates folgenden Schwäche wohl bewußt, rechnet aber darauf, die Ungunst dieser Umstände durch klug gewählte Allianzen und eine geschickte Benutzung einer sich darbietenden günstigen Gelegenheit ausgleichen zu können, und das Gefühl für die Unfertigkeit seines Staates enthält für ihn nur die Mahnung derselben ein Ende zu machen. „Diesem Zwitterdinge", schreibt er in seinen Memoiren, „das mehr von einem Kurfürstentume als einem Königreiche an sich hatte, einen wirklichen Charakter zu geben, schien mir ein Werk, wert mein ganzes Streben daran zu setzen" [2]).

Und nicht seine Art wäre es gewesen, sich auf dieser Bahn von Hindernissen und Schwierigkeiten abschrecken zu lassen. Noch als Kronprinz unter dem 9. November 1737 schreibt er an Grumbkow: „Gott weiß, daß ich dem König ein langes Leben wünsche; sollte er aber, wenn der (jülich-bergsche) Erbfall eintritt, nicht mehr unter den Lebenden sein, dann wird man sehen, daß ich dem Vorwurfe, meine Interessen fremden Mächten zu opfern, zu entgehen weiß. Ich fürchte eher, daß man mir ein Übermaß von Verwegenheit und Energie wird vorwerfen können." Es scheint ihm etwas Providentielles darin zu liegen, daß sein Vater immer nur Vorbereitungen für einen künftigen Krieg macht. „Wer weiß", fährt er fort, „ob die Vorsehung nicht mich dafür aufspart, ruhmvollen Gebrauch von diesen Vorbereitungen zu machen und sie für die Vollendung der Pläne anzuwenden, für die sie die Voraussicht des Königs bestimmt hat?" [1])

Friedrich war, als er den Thron bestieg, 28 Jahr alt. Die Berliner Galerie besitzt sein Porträt, im Jahre 1739 von Antoine Pesne gemalt, und wir thun wohl, einen Blick auf dasselbe zu werfen, schon um das traditionelle Bild des alten Fritz nicht auf den Eroberer Schlesiens zu übertragen. Er ist dargestellt in dem konventionellen fürstlichen Kostüm des Rococo, Purpur- und Hermelinmantel über dem Panzer. Gepuderte reiche Toupés rahmen ein längliches Gesicht ein, das, von blühender Farbe [3]), mit seinen feinen Zügen den Ausdruck der Vornehmheit und Hoheit macht. Zurück tritt bei näherem Beschauen der untere Teil, den man ja häufig als den Sitz der Sinnlichkeit bezeichnet, das feine Kinn mit dem Grübchen drin und der wohlgeformte kleine Mund; der Nachdruck liegt in dem obern Teile, der hohen, breiten Stirne, der starken, wenn auch proportionierten Nase und jenen unter schön gewölbten Augenbrauen mächtig hervorleuchtenden dunkelbraunen Augen. Von diesen Augen schreibt ein dem Könige sonst wenig wohlwollender Diplomat (1741) [4]): „Aus ihrer durchdringenden Lebhaftigkeit urteilet man sofort, daß kein anderer als ein erhabener und munterer Geist diesen Leib be-

---

1) Histoire de mon temps (1746) ed. Posner, p. 214.
2) Bei Duncker, Aus der Zeit Friedrichs d. Gr. und Fr. Wilhelms III., S. 39.
3) Der hannoversche Gesandte Schwichelt (Berichte von ihm, von mir herausgegeben in d. Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1875, S. 611 ff.) findet es stark gebräunt.
4) Schwichelt a. a. O.

seelen müsse" — dem Blicke dieser Augen wohnte eine durchdringende Gewalt bei [1]). Und weiter: „Seine ganze Gesichtsbildung ist gefällig; das schwarzbraune Haar, welches er gemeiniglich in einen Zopf zu binden, allezeit aber mit vieler Sorgfalt nach französischer Manier gekräuselt und mehrenteils stark gepudert zu tragen pflegt, steht ihm über die Maßen wohl. Wenn er lachet, so nimmt sein Mund eine Freundlichkeit an, die auch dem schüchternsten Menschen ein Herz machet, sich freimütig mit ihm zu unterreden."

Der König war von nicht eben hoher, aber schlanker und wohlgebildeter Gestalt. Sein Gang und seine Kopfhaltung waren leicht, fast nachlässig, verrieten aber die vollständige Herrschaft über seine Glieder, und die Gewandtheit in Leibesübungen; wenn er lebhafte Bewegungen liebte, so entbehrten dieselben doch nicht der Grazie, er zeigte im ganzen die französischen Manieren in solcher Vollkommenheit, daß man ihn nicht für einen Deutschen gehalten haben würde. Wie sein Vater erschien er immer in Uniform und zwar in der seines Leibregiments [2]).

In hohem Maße beredt, liebte er es, die Unterhaltung durch Sarkasmen und geistreiche Vergleiche zu beleben; seine mit Eifer vorgebrachten Reden waren wohl geeignet zu überreden, ja auch zu überzeugen, und wenn er gleich im diplomatischen Verkehr wohl auch die Sprache dazu anzuwenden verstanden hat, seine Gedanken zu verhüllen, so war der Fall doch noch häufiger, daß er, von seinem lebhaften Temperamente fortgerissen, offener seine Gedanken aussprach, als es vielleicht in seinen Interessen liegen mochte. In diplomatischen Kreisen war die Meinung verbreitet, daß er von niemandem Rat anzunehmen geneigt sei, sondern immer nur seinem Kopfe folge. In dieser Ausdehnung kann das nun nicht zugegeben werden. Friedrich holte auch in den entscheidendsten Angelegenheiten den Rat der wenigen ein, die er mit seinem vollen Vertrauen beehrte, und wir würden mehrere thatsächliche Beispiele anführen können, wo er in politischen Dingen seinem Minister Podewils, in militärischen dem Fürsten von Dessau oder Schwerin die eigene Meinung opferte; aber gewiß ist, daß er gerade die folgenschwersten Entschlüsse seines Lebens mit einem ganz außergewöhnlichen Grade von Selbständigkeit vielfach gegen den Rat seiner Minister oder Generale gefaßt hat, wovon die Ereignisse, die hier im Folgenden zu schildern sind, ein sprechendes Beispiel abgeben, und ebenso gewiß ist, daß auch die Höchststehenden seiner Umgebung zuweilen nicht ohne Härte daran erinnert worden sind, daß er der Herr und sie die Diener seien. Denn an erster Stelle war er eben ein Herrscher im vollsten Sinne des Wortes, dazu veranlagt vor allem durch die außergewöhnliche, felsenfeste, ausgiebige und ausdauernde Willenskraft. Nie hat die Hand eines Regenten vom ersten Augenblick an so fest und sicher die Zügel des Staates gehalten und geführt.

Und diese gewaltige Willenskraft stand im Dienste eines ihr ebenbürtigen,

---

[1]) „Sanftmut und Liebe lacht ihm aus den Augen: allein wenn ein Funken Feuer sich darinnen entzündet, so können sie einen zittern machen." So ein Zeitgenosse, Herr v. Loen, der Oheim Goethes, Kleine Schriften II, 265. Schwichelt dagegen (a. a. O.) findet ihren Ausdruck nicht eben viel Leutseligkeit und Güte ausdrückend, es leuchte wie ein trübes Feuer aus ihnen.

[2]) Schwichelt a. a. O.

wahrhaften großen Geistes. Denn so erscheint er uns, mögen wir nun auf die Stärke seines kritischen Vermögens, auf die Wucht seiner Dialektik, oder auf die Gabe schneller Erfassung von Verhältnissen und Zusammenhängen blicken. Und auch das, was wir gern als Eigentümlichkeiten eines genialen Menschen ansehen, fehlte nicht, der Reichtum an eigenen und eigenartigen Gedanken, eine gewisse große Auffassung der Dinge und der kühne Schwung des Geistes, der über das Maß der gewöhnlichen Verhältnisse höheren Zielen zuführt.

Bei solcher Veranlagung trat naturgemäß hinter dem Geistesleben das Gemüt mehr zurück, doch fehlte dem jungen König ein warmes und fühlendes Herz nicht. An der sittlichen Entrüstung, dem ungestümen Pathos, mit welchem er in dem Anti-Machiavell die schlimmen Ratschläge des Italieners bekämpft, haben die Regungen des empörten Gemütes offenbar einen bedeutungsvollen Anteil, und aus aufrichtigem Herzen quollen die Klagen, welche ihm die Schrecken des Krieges und z. B. das Blutvergießen von Mollwitz erpressen. Friedrich hat an seinem Vater mit einer durch frühere Entzweiungen nicht getrübten Verehrung gehangen, hat seiner Mutter bis an deren Tod eine rührende Pietät gezeigt, ist seinen Geschwistern mit großer Zärtlichkeit zugethan gewesen; vor allem aber hat er ein lebhaftes Gefühl für Freundschaft an den Tag gelegt. Als er den Thron bestieg, lag alles, was sinnliche Leidenschaft, Neigung für das andere Geschlecht hieß, hinter ihm, zu seiner nicht geliebten Gemahlin stand er eigentlich nur in einem konventionellen Verhältnisse. Dagegen fühlte er lebhaft das Bedürfnis der Unterhaltung mit geistvollen und bedeutenden Männern, und der Verkehr mit solchen war eigentlich der einzige Genuß, den dieser nur seiner Regentenpflicht lebende König sich gönnte. Freundlich und bequem gab er sich diesem Verkehr hin; eine muntere, durch den Zwang der Etikette nicht verschränkte Fröhlichkeit herrschte in der Tafelrunde von Rheinsberg, und war der König auf Reisen oder im Felde, so setzte sich der freundliche Verkehr durch Briefe fort, die nicht selten auch vonseiten Friedrichs zu poetischen Episteln werden, voll warmer Empfindungen herzlicher Freundschaft, ausgesprochen zuweilen in jenem Pathos, das zum Geschmack jener Zeit gehörte und uns leicht als überschwenglich erscheinen kann.

Aber es wäre unmöglich gewesen, daß einer dieser vertrauten Freunde je die Rolle eines Günstlings im eigentlichen Sinne des Wortes hätte spielen können. Sehr bestimmt hielt doch der König die Sphäre des Staatslebens von der des privaten Verkehrs getrennt. Wohl war die Politik keineswegs ausgeschlossen aus den Unterhaltungen seiner Tafelrunde. Politische Maximen wurden dort gern erörtert, und auch über politische Persönlichkeiten ward gesprochen, und namentlich aus dem Munde des Königs ist nach dieser Seite hin manches geistreiche und witzige, zuweilen auch beißende Wort gefallen. Aber Ratschläge für sein politisches Thun und Lassen verlangte er von diesem Kreise nicht und nahm sie, wenn sie unaufgefordert gegeben wurden, nicht immer freundlich auf. Hat es sich doch der begünstigtste dieser Freunde, Keyserlingk oder Cäsarion, wie ihn Friedrich nannte, gefallen lassen müssen, daß ihm sein königlicher Gönner einst sagte: „Mein lieber Keyserlingk, du bist ein sehr artiger Mann, hast viel Geist und Belesenheit, singst

und schwatzest angenehm und du bist ein Ehrenmann, doch deine Ratschläge sind die eines dummen Kerls [1])."

Nichts desto weniger hat auf das Geistesleben des Königs diese Rheinsberger Tafelrunde einen bedeutsamen Einfluß geübt. War es doch dieser Kreis, in welchem ja bald Voltaire eine hervorragende Rolle spielte, der den jungen Fürsten in jene gewaltige geistige Strömung hineinzog, die damals, wie man es wohl ausgedrückt hat, auf intellektuellem Gebiete den großen Umwälzungen, welche das Ende des Jahrhunderts brachte, vorarbeitete, dadurch, daß sie das Bestehende einer voraussetzungslosen Kritik unterzog und seine Berechtigung einfach vor dem Richterstuhle der Vernunft prüfte.

Wesentlich in demselben Geiste geschrieben erscheint doch auch die Hauptarbeit des Kronprinzen Friedrich, die Widerlegung des „Fürsten" von Machiavelli [2]), bei welcher ihm die Kritik des italienischen Politikers Gelegenheit gab, im Gegensatze dazu Beruf und Pflichten eines Regenten nach rationellen Prinzipien zu entwickeln und darzustellen. Wohl war es ein hohes und schönes Ideal, welches unser Autor für einen Regenten aufstellt, wenn er gleich im Eingange seiner Schrift die Gerechtigkeit als das höchste Ziel des Strebens für einen Souverän, das Glück seiner Unterthanen als sein vornehmstes Interesse bezeichnet [3]), aber es durfte jener Zeit wohl als revolutionär erscheinen, wenn er in weiterer Ausführung jenes Ideals das für ihn so charakterische Wort ausspricht, der Souverän sei, weit entfernt, sich für den absoluten Herrn der von ihm beherrschten Völker halten zu dürfen, vielmehr nur deren erster Diener [4]). Und als revolutionär durfte die ganze Methode gelten, welche ja eigentlich schon ganz im Geiste des contrat social die fürstliche Gewalt davon herleitete, daß die Völker um ihrer Sicherheit willen die Besten, Weisesten und Stärksten unter ihnen zu ihren Oberhäuptern gewählt hätten [5]).

Es hätte überhaupt den Anschauungen, welche in jener Zeit an den Höfen Europas herrschten, unendlich fern gelegen, die Rechte und Pflichten eines Fürsten aus Vernunftsprinzipien abzuleiten; dieselben erscheinen vielmehr als etwas historisch Gewordenes, als das Produkt einer geschichtlichen Entwickelung. Ein Fürst des 18. Jahrhunderts hätte bei dem übelsten Willen nicht den kleinsten Teil des Schlimmen, das der Italiener einem Fürsten anrät, thun können, aber es würde kaum einem Herrscher des damaligen Europas eingefallen sein, sein politisches Thun und Lassen nach Erwägungen zu regeln, wie sie hier der Kronprinz von Preußen darbot. Das historisch Gewordene bedingte doch allzu sehr alles Wollen und Können, alle Rechte und Pflichten eines Fürsten, die Politik bewegte sich in so tiefen Gleisen, daß dem freien Willen nicht allzu viel Spielraum blieb.

---

1) „d'un sot" — Manteuffel an Brühl, den 20. August 1740; Dresdner St.-A. Für die wörtlich getreue Fassung der Äußerung giebt allerdings die Persönlichkeit des Berichterstatters nicht hinreichende Garantieen.

2) Der 8. Band der Oeuvres de Fr. enthält neben dem von Voltaire redigierten „Anti-Machiavell" auch unter dem angeführten Titel die ursprüngliche Arbeit Friedrichs.

3) Réfutation, p. 167.

4) Ib. p. 168.

5) Ib. p. 167.

Es war etwas eigentlich ganz Unerhörtes, daß sich ein Fürst ein politisches Staats- oder Regentenideal nach innen und nach außen gleichsam aus freier Hand konstruierte auf rationellen Prinzipien; doppelt auffallend aber mußte es erscheinen, wenn so etwas ein künftiger Reichsfürst unternahm, ein Fürst, der von seinem Staate nur den bei weitem kleineren Teil (nämlich die Provinz Preußen) mit voller Souveränität besaß, während er für das Übrige als Reichsfürst durch eine höchst verwickelte Verfassung gebunden war, das Glied eines Körpers, dessen Bewegungen zu bestimmen nicht in seiner Macht stand.

Auf das lebhafteste war sich Friedrichs Vater immer dieser Gebundenheit bewußt gewesen, und hatte trotz aller Eigenart seines Wesens es eigentlich nie ernstlich versucht, aus dem engeren Rahmen der Reichsfürstlichkeit herauszutreten. In ihm erscheint noch einmal der bei den Hohenzollern alter Zeit traditionelle ghibellinische Gedanke, die Idee von Reichs- und Kaisertreue verkörpert. Er ist im Grunde immer der Markgraf von Brandenburg, des Kaisers streitbarster Lehnsmann. Diese Gebundenheit hat seine Politik auf das wesentlichste bedingt und beschränkt.

So gut wie nichts von dieser Empfindung hatte der Sohn geerbt. Für die wundersamen Bildungen, welche das heilige römische Reich deutscher Nation aufwies, hatte derselbe weder Verständnis noch Sympathie. Er hätte nimmermehr einen jener Reichsreformer, welche Deutschland aufzuweisen hatte, abgeben können und sich ebenso wenig zum deutschen Kaiser geeignet, obwohl von mancher Seite ihm nach dem Tode Karls VI. diese Würde zugedacht worden ist. Mit den zahllosen Besonderheiten dieses seltsamen Konglomerates, das sich damals Deutsches Reich nannte, mit den widerspruchsvollen Bestimmungen der Reichsverfassung, ängstlich und vorsichtig zu rechnen, wäre ihm unerträglich gewesen. Er hat für diese Reichsverfassung nur die geringschätzige, 1741 vielfach kolportierte Bezeichnung gefunden: Schlagsahne (crême fouettée) [1]), das Unsolideste von der Welt.

Was wir von politischen Äußerungen aus seinen früheren Jahren haben, zeigt immer nur die Auffassung Preußens als einer europäischen Macht, welche die Impulse ihrer Politik aus sich selbst und aus ihren Interessen empfängt; die bereits erwähnte Stelle aus seinen Memoiren und ihrer ersten Bearbeitung, in welcher er Preußen unter den Mächten seine Stelle anweist, bringt diesen Gesichtspunkt zu scharfem Ausdrucke, und wenn er dort als ein seines ganzen Strebens würdiges Ziel es hinstellt, dem Zwitterzustande zwischen Kurfürstentum und Königreich, in dem sich Preußen bisher befunden habe, ein Ende zu machen, so bedeutet das doch eben nur den Versuch, seinen Staat von aller reichsfürstlichen Gebundenheit zu lösen. Wer wollte leugnen, daß ein solcher Entschluß, wie wohl er auch die in der ganzen Lage der Dinge begründet war, doch auch jenen Charakter der Voraussetzungslosigkeit an sich trägt, die wir als eine Eigentümlichkeit seiner Geistesrichtung bezeichneten?

---

[1]) Der hannoversche Gesandte v. d. Busche berichtet unter dem 11. Februar 1741, diese Äußerung des Königs von Bülow, dem sächsischen Gesandten in Berlin resp. Breslau, gehört zu haben (St.-A. zu Hannover). Doch habe ich den Ausspruch auch sonst citiert gefunden.

Als nachmals das kühne Unternehmen König Friedrichs die Welt in Aufregung setzte, wurde manche Stimme laut, welche in dem Handeln des jungen Königs einen Abfall von den Grundsätzen erblickte, zu denen er sich in dem Anti-Machiavell bekannt habe [1]). Schwerlich mit Recht; denn wie entschieden auch in dieser Schrift der Herrscher verurteilt wird, der bloß um seines Ehrgeizes willen die Kriegsfackel entzündet, so wird doch anderseits ein Krieg, den ein Fürst unternimmt, um gerechte Ansprüche aufrechtzuerhalten, gebilligt [2]), und ebenso findet sich jener Grundsatz, durch welchen dann Friedrich in seinen Memoiren seinen Rücktritt von dem mit Frankreich geschlossenen Vertrage rechtfertigt, daß nämlich ein Fürst das Recht und die Pflicht habe, ein Bündnis zu brechen, wenn die Fortdauer desselben die Interessen seines Volkes schädige, bereits im Anti-Machiavell angedeutet [3]). Daß nach anderer Seite hin der König jenem Ideale eines Regenten, das der Kronprinz Friedrich aufgestellt, und welches in dem großen Satze gipfelt, der Herrscher sei nur der erste Diener seines Staates, eifrig und mit Aufopferung nachgestrebt hat, wer wollte es leugnen?

Die Erfahrung lehrt ja sonst, daß von kronprinzlichen Vorsätzen und Entwürfen immer nur ein sehr bescheidener Teil zur Reife kommt. Unter der Last der Verantwortlichkeit und unter den Friktionen der gegebenen realen und personalen Verhältnisse pflegt gar vieles zu verkümmern und der beste Wille unerwartete Schranken zu finden. Dem großen Könige aber ist es geworden, mit seltener Freiheit die Ideale seiner kronprinzlichen Zeit zur Ausführung zu bringen, und was er als das höchste Ziel eines Fürsten immer angesehen hatte, etwas wirklich Großes für sein Land zu thun [4]), dazu bot ihm gleich sein erstes Regierungsjahr eine in hohem Maße günstige Gelegenheit, die er dann mit dem vollen durch die harten Prüfungen der Vergangenheit nicht gebrochenen Muthe der Jugend erfaßte. Sicherlich würde er in späteren Jahren nicht mit dem Maße von Kühnheit, von sicherem Vertrauen auf die eigene Kraft und das Zutreffende seiner Kombinationen an das große Unternehmen gegangen sein, welches über sein ganzes Leben entscheiden sollte. Fast mit einer Regung von Neid blickte er in späterer Zeit auf seine erste Zeit zurück, wo ihn die glückliche Mitgift der Jugend, der kühne Mut, unbeirrt durch ängstliches Abwägen, frisch nach den höchsten Kränzen greifen ließ. „Ich war übermütig (étourdi) in meiner Jugend wie ein Füllen, das

---

1) So z. B. das im Anfange des Jahres 1741 in Paris gedruckte Gedicht:

„Que pensez vous de ce nouveau monarque,
Qui s'escrimant contre Machiavel
De ses égaux veut être l'Aristarque
Est-ce un moien de se rendre immortel?
Conciliez, s'il se peut, sa morale
Et les motifs de son invasion.
C'est la catin, qui pense être Vestale
Par un discours sur la tentation.
A force ouverte envahir l'héritage
D'un souverain, dont on se dit ami,
Parler en père, agir en ennemi,
Machiavel n'en veut pas d'avantage."

Das Gedicht fand ich im Dresdner Staatsarchiv in einem Berichte des Agenten Siepmann vom 3. April 1741.

2) Réfutation, p. 297.

3) Ib. p. 249.

4) Ib. p. 221.

sich zaumlos auf der Weide tummelt", schreibt er 1762 [1]), und von der Eroberung Schlesiens urteilt er, es habe großen Anteil daran, „ein gewisses Glück", welches, wie er wehmütig hinzufügt, oft die Jugend begleitet und sich dem vorgerückten Alter versagt [2]).

Es war auf keine Weise zu vermeiden, daß gerade die letztgenannte Eigenschaft, der rasche Jugendmut, auch ihre Kehrseite hatte, daß der schnelle Entschluß doch nicht immer das Rechte traf, der Ungestüm auch wohl über das Ziel hinausschoß, ein kühn aufgebauter Kalkul infolge eines außeracht gelassenen Faktors sich als nicht zutreffend herausstellte. Und es ist geradezu Pflicht einer objektiven Geschichtsschreibung, auch diese Schwächen zu kennzeichnen. Denn auch die großen Geister haben ihren Werdeprozeß durchzumachen, dessen Entwickelung uns ein um so lebhafteres Interesse einflößt wegen der Schnelligkeit ihres Wachstums, der Rapidität ihrer Fortschritte. Und wer, wie wir es hier vorhaben, nur einen kleinen Zeitraum aus dem Leben eines Heroen der Weltgeschichte darzustellen hat, dem erwächst einer zusammenfassenden Biographie gegenüber noch besonders die Pflicht, durch die getreue und genaue Schilderung des Helden gerade auf dieser bestimmten Stufe, möglichst feste Merksteine seiner Entwickelung aufzurichten.

Wir mögen an die Ereignisse, die wir zu schildern haben werden, mit der Überzeugung herantreten, daß wir weder den Kriegshelden von Roßbach und Leuthen, noch den vollendeten Staatsmann der späteren Zeit vor uns haben, sondern einen nach allen Seiten hin aufs höchste veranlagten, aber jungen und heißblütigen Fürsten, der nach langer Zurückhaltung von den Staatsgeschäften ins öffentliche Leben hinaustritt und gleich in seinem ersten Regierungsjahre kühn an ein Unternehmen herangeht, das mit seinen Konsequenzen ganz Europa in Flammen zu setzen droht. Die Art, wie er dabei vorgeht, ist höchst merkwürdig und eigenartig, und es darf bezweifelt werden, ob der Friedrich von 1763 in derselben Weise vorgegangen sein würde — er entgeht auch Irrtümern und Fehlgriffen dabei nicht —; aber das Ganze trägt den Stempel eines großen Geistes unverkennbar aufgeprägt und unsere Bewunderung muß um so größer werden, je mehr wir uns eben bewußt bleiben, daß der Urheber ein junger, in der Diplomatie wie in der Kriegsführung der Erfahrung entbehrender Fürst ist.

---

1) An d'Argens, Oeuvres de Fréd. XIX, 285.
2) Hist. de mon temps, 1775; Oeuvres de Fréd. II, 129.

III.

Die Politik Friedrichs bis zum Tode des Kaisers.

Als Friedrich nach dem Tode seines Vaters die Zügel der Regierung ergriff, erwarteten die, welche ihn näher kannten und des gewaltigen Gegensatzes, der sein ganzes Wesen, seine Gesinnungen und Lebensanschauungen von denen seines Vorgängers trennten, eingedenk waren, eine durchgreifende Veränderung aller Verhältnisse und waren erstaunt, wie wenig davon thatsächlich eintrat. Aber der junge König hatte gerade in den letzten Jahren vor seiner Thronbesteigung mehr und mehr die ungemeinen Verdienste, welche sein Vater sich um das Wohl des Landes und Volkes erworben, erkannt, und nichts hätte ihm ferner gelegen, als an den bewährten Einrichtungen desselben zu rütteln. Die sparsame Art, wie derselbe die finanziellen Kräfte des kleinen, an Hilfsquellen keineswegs allzu reichen Landes zusammenhielt, hatte um so mehr seinen Beifall, als er sich keinen Augenblick darüber täuschte, daß darauf die Möglichkeit des Besitzes einer Kriegsmacht beruhte, die relativ, d. h. im Verhältnis zum Landbesitz, der Einwohnerzahl und der Höhe der Staatseinkünfte größer war, als bei einem Staate der damaligen Welt. Daß er gleich in den ersten Tagen seiner Regierung die Armee noch um 16 Bataillone vermehrte [1]), war vielleicht die bedeutendste seiner ersten Regierungshandlungen; sie zeigte aufs deutlichste, wie sehr die den jungen König verkannten, welche von ihm ein stilles, der Pflege der Künste und Wissenschaften gewidmetes Regiment erwartet hatten. Diese „Augmentation“ durfte eigentlich als ein Programm der neuen Regierung angesehen werden, als die Ankündigung des Entschlusses die Interessen des Landes nach außenhin energisch geltend zu machen. Daß sie in diesem Sinne wohl auch nach außenhin erscheinen konnte, darüber täuschte sich auch Friedrich selbst nicht, und wiederholt werden seine Gesandten angewiesen, hierüber beruhigende Erklärungen zu geben.

Übrigens erschienen gerade nach der Seite des Auswärtigen hin die Gleise auch für die künftige preußische Politik sehr fest vorgezeichnet. Es lagen bestimmte Anwartschaften vor, von denen der Anfall ansehnlicher Landschaften zu erwarten stand, so die auf Ostfriesland, in anderer Linie die mecklenburgische, in noch weiterer die auf Schlesien, und in erster Reihe die von Jülich-Berg. Dieser Anteil der einst 1609 zur Erledigung gekommenen

---

[1]) Nach der offiziellen Aufzeichnung der Liste der königl. preuß. Armee vom 1. Januar 1743, angeführt bei Droysen, Preuß. Pol. V, 1. S. 47, Anm. 1.

jülich-cleveschen Erbschaft, welche damals Brandenburg mit Pfalz-Neuburg hatte teilen müssen, durfte nun, wenn der greise Kurfürst von der Pfalz aus jenem Hause Neuburg starb, ohne Söhne zu hinterlassen, nach dem Wortlaute des Vertrages von 1666 mit Fug und Recht von Preußen in Anspruch genommen werden, ohne daß der Vetter des Kurfürsten aus der pfälzischen Seitenlinie von Sulzbach, der Erbe der Kurwürde, rechtlich einen Einspruch erheben konnte, und Friedrich Wilhelm I. hatte in den letzten Jahrzehnten seiner Regierung fast ausschließlich seine auswärtige Politik auf das eine Ziel gerichtet, eine Anerkennung dieser Ansprüche seitens der Mächte sich zu sichern.

Allerdings lohnte das zu Ererbende gewisse Anstrengungen; es handelte sich um ein Gebiet von 150 □Meilen, das die preußischen Besitzungen in dieser Gegend, dieselben nahezu verdoppelnd, erst zu einem geschlossenen Ganzen gestaltete mit dem schönen Düsseldorf als Hauptstadt. Aber König Friedrich Wilhelm hatte eigentlich alle Mächte gegen sich vereint gefunden in dem Bestreben, eine Vergrößerung Preußens in jener Gegend zu hindern. Der Kaiser, dem gegenüber er die Garantie der pragmatischen Sanktion von der Zusicherung der Anwartschaft, wenigstens auf Berg, abhängig gemacht, hatte, wie sich herausstellte, ihn geradezu getäuscht, eine entgegengesetzte Zusage bereits früher an Sulzbach erteilt; die übrigen Mächte hatten sich in identischen Noten 1738 gegen die preußischen Ansprüche erklärt, und der König hatte endlich sich begnügt, 1739 in einer geheimen Abkunft von Frankreich statt jener beiden Herzogtümer ein Stück davon, einen Streifen von Berg ohne Düsseldorf, sich versprechen zu lassen.

So lag diese Frage bei der Thronbesteigung Friedrichs, sie war brennend genug; jeden Augenblick konnte der Erbfall eintreten, der Kurfürst war über 80 Jahr alt. In der That wissen wir es auch nicht anders, als daß diese Angelegenheit damals ganz ausschließlich die Gedanken des jungen Königs füllte [1]), nur daß derselbe sehr entschieden gemeint war, sie in anderer Art anzufassen, als sein Vater es gethan. Und in keinem Falle würde sich Friedrich mit dem dürftigen Streifen von Berg zu begnügen gemeint haben, den schließlich sein Vater sich hatte von Frankreich zusagen lassen; trotz aller Abneigung der Mächte gegen eine Vergrößerung Preußens nach dieser Seite hin hoffte er unter günstigen Zeitverhältnissen bei einem Kampfe der Interessen von einer derselben als Preis seiner Allianz größere Konzessionen nach dieser Seite hin erlangen zu können und rechnete schließlich noch darauf, daß im entscheidenden Augenblick ein kühnes Vorgehen größere Resultate werde gewinnen können.

Allerdings hoffte er dann nicht allein zu stehen, sondern durch Alliierte unterstützt zu werden. Solche zu gewinnen, war er eifrig bemüht und war von vornherein entschlossen, seine Freundschaft gegen andere Mächte von dem Maße abhängig zu machen, in welchem dieselben sich geneigt zeigten, ernstlich auf seine Interessen einzugehen.

---

[1]) „La succession des duchés de Juliers et de Berg faisait alors l'objet le plus intéressant de la politique de la maison de Brandebourg." Histoire de mon temps, Oeuvres de Fr. II, 48, und ebenso auch in der älteren Bearbeitung von 1746, ed. Posner 1879, p. 210 und noch einmal 211.

In einem eigentümlichen Gegensatz zu dieser klar erkannten und sehr bestimmt festgehaltenen Interessenpolitik, wie sie eigentlich aus jeder Zeile der politischen Korrespondenz Friedrichs schon in seiner ersten Zeit hervorblickt, stand der erste Annäherungsversuch einer fremden Macht. Es ging von seinem Oheim Georg II. von England aus und lief in Wahrheit darauf hinaus, den jungen König einfach in das Schlepptau der welfischen Familienpolitik zu nehmen.

Friedrich Wilhelm I. hatte in dem wenige Tage vor seinem Tode dem Sohne gehaltenen Diskurse über die auswärtigen Beziehungen Preußens eine solche Sendung bereits vorausgesehen. Georg II., sagt er hier, sehe eine Regierungsveränderung im Hause Brandenburg voraus, derselbe sei ohne Zweifel nur deshalb aus England nach Hannover herübergekommen, um den Prinzen im ersten Augenblicke nach seiner Thronbesteigung auf seine Seite zu ziehen.

Der sterbende König hatte den berechnenden Eifer seines Schwagers richtig gewürdigt. In der That legte Georg II. solches Gewicht darauf, bei einem Thronwechsel das Vorrecht der Blutsverwandtschaft schleunig zum Ausdruck zu bringen, daß von langer Hand hier alles vorbereitet war, um für solchen Fall sofort einen Gesandten schicken zu können. Bereits im Herbst 1734, als Friedrich Wilhelm schwer krank darniedergelegen, hatte man einen Gesandten designiert, damals den Geheimrat Diede zum Fürstenstein [2]), und nur das Datum in dem Kondolenzschreiben offen gelassen.

Hierauf ging dann mehr als ein Vierteljahr vor des Königs Tode das hannöversche Ministerium zurück, es stellte seinem Herrn vor, die Konjunkturen seien jetzt in viel höherem Grade mißlich und gefährlich, als 1734, und die Freundschaft des neuen Königs zu gewinnen um so wünschenswerter; es müsse eiligst jemand nach Berlin gesandt werden, um dort dem französischen Minister, der voraussichtlich auch nicht feiern werde, entgegenzuarbeiten [3]).

Georg war natürlich gern bereit, und dem nun ausersehenen Gesandten, Geheimrat Baron Gerlach Adolf von Münchhausen, schon damals der angesehensten Persönlichkeit des hannöverschen Ministeriums, ward einfach die Instruktion von 1734 erteilt. Nach dieser sollte der Gesandte zunächst eifrig betonen, wie den König von England die nahe Blutsverwandtschaft, sowie ein Gefühl aufrichtiger Hochachtung und Freundschaft bewogen habe, ohne die amtliche Notifikation abzuwarten, seine Teilnahme und zugleich seinen Glückwunsch zu übersenden, auch in der Absicht, so vielfach bestehende Gemeinsamkeit der Interessen durch ein aufrichtiges gutes Vernehmen immer mehr zu befestigen und unauflöslich zu machen, dann vor allem die französischen Intriguen abzuwehren, um den jungen König bei der gemeinsamen Sache des Reiches festzuhalten, und den letztern begreifen zu machen, „daß er nie eine so wesentliche Figur machen noch insonderheit das beste und die Wohlfahrt der evangelischen Religion besser und kräftiger unterstützen und

---

1) Angeführt bei Ranke, Ges. Werke, S. 27. 275 aus Podewils Nachlasse.
2) Staatsarchiv zu Hannover.
3) Vom 16. Februar 1740, St.-A. zu Hannover.

aufrechterhalten helfen könne, als wenn er mit Hannover in genauer Union lebe und gemeinsame Ratschläge führe" [1]).

Diese letzte Phrase schien so bedeutungsvoll, daß sie dann in den Zusatz aufgenommen ward, welcher nun unterm 16. Februar 1740 jener alten Instruktion noch einige Punkte beifügte; der Gesandte solle darauf hindeuten, wie beide Mächte imstande sein würden, sich gegenseitig Vorteile zu verschaffen, „unsere reciproque Konvenienz zu machen, wenn er sich zu uns so setzen werde, daß wir es Ursache haben zu thun". Weiter hieß es, falls der neue König seine Gemahlin zur Königin erkläre, dürfe Münchhausen auch ihr ein konvenables Kompliment in seines Herrn Namen machen; falls Friedrich aber vielleicht sich von seiner Gemahlin auf legale Weise separieren ließe, „so werdet Ihr auf eine der Delikatesse der Sache gemäße Weise die vormalige Disposition für unsere Tochter der Prinzessin Amalie Liebden zu unterbauen Euch bestens angelegen sein lassen".

Nach diesen Dispositionen blieb der Sendung Münchhausens im wesentlichen der Charakter eines Aktes der Höflichkeit und Aufmerksamkeit gewahrt, und wenn gleich die Hoffnung, eben dadurch auch zu gewinnen und zu verpflichten, genährt wurde, so war doch dem Gesandten die Erzielung eines besonderen Abkommens, der Abschluß eines Traktats nicht vorgeschrieben. Und dies mochte den Umständen nach durchaus angemessen erscheinen, denn je mehr man sich beeilte, recht früh zu kommen (am 31. Mai starb Friedrich Wilhelm, am 5. Juni reiste Münchhausen ab), desto weniger konnte man füglich in solcher Übergangszeit den Boden für diplomatische Abmachungen geeignet erachten.

Aber den hannöverschen Ministern war noch in der letzten Stunde vor der Abreise Münchhausens ein Einfall gekommen. Sie erwogen, wie vielversprechend eigentlich die Gesandtschaft sei an einen jungen Fürsten, der mit seinem königlichen Oheim längst in freundlichem Verkehr gestanden, von diesem insgeheim Vorschüsse empfangen, der wegen seiner Hinneigung zu England von dem harten Vater Schweres zu dulden gehabt hatte. Wenn diesem jetzt mit der Freiheit eigener Entscheidung auch die Verantwortlichkeit derselben vor die Seele trat, wenn er noch unerfahren in der Kunst diplomatischen Steuerns doppelt die Anlehnung an eine andere Macht ersehnen mußte, wie hätte er nicht in die Arme seines nächsten Blutsverwandten, seines Oheims, die sich ihm so entgegenkommend ausbreiteten, sinken, und die naturgemäßeste Allianz, die des mächtigsten protestantischen Fürsten, mit Freuden ergreifen sollen? Und verhielt sich dies so, dann mochte man auch versuchen, der günstigen Disposition in raschem Anlauf ein sicheres Unterpfand abzugewinnen. Es bot sich gleichsam von selbst dar.

In jenem sogenannten ewigen Bündnisse vom 24. Juni 1693, durch welches einst Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg und der neue Kurfürst von Hannover, Ernst August, ihre beiderseitigen Häuser verknüpft hatten, war bei jedem Thronwechsel eine besondere Erneuerung desselben in Aussicht genommen worden, eventuell verbunden mit kleinen Modifikationen und Meinungsaustauschen über die allgemeine Lage. Da das Bündnis in seiner Eigenschaft als ewiges ohnedies weiter lief, so war das Ganze eine

---

1) Vom 19. Oktober 1734, St.-A. zu Hannover.

bloße Formalität, die man ohne Schwierigkeit erlangen zu können hoffen durfte.

Die Sache schien so einfach, daß das hannöversche Ministerium in Voraussicht der Zustimmung seines Herrn, der gerade um dieselbe Zeit von London zu längerem Aufenthalte nach Hannover übersiedelte, auf eigene Hand den Auftrag, diese Erneuerung herbeizuführen, dem Gesandten mitgab und nachträglich König Georg vorstellte, es sei dies ein geeignetes Mittel, den jungen König von Preußen gleich von vornherein an das „vinculum, in welchem er zu Hannover stehe“, zu erinnern und denselben dadurch um so wirksamer von anderen Engagements zurückzuhalten. Zugleich aber böte die Fassung des Traktates Gelegenheit, falls preußischerseits, wie zu vermuten stehe, von der jülich-bergschen Successionssache angefangen werde, dieser unangenehmen und schwierigen Angelegenheit in der Weise auszuweichen, daß man dies der in dem Bündnis vorgesehenen Deliberation über die jetzigen Konjunkturen vorbehielte, um daraus dann eventuell einen später anzufügenden Separatartikel zu machen [1]).

So war die Meinung Hannovers einfach darauf hinauslaufend, Preußen ohne alle eigenen Unkosten im Schlepptau der eigenen Politik zu haben. Man könnte nicht sagen, daß Münchhausen am Hof von Potsdam ungünstige Dispositionen getroffen. Es hatte die Wendung, welche der verstorbene König in seinen letzten Lebensjahren nach Frankreich hin gemacht und welche ihm die Garantie eines Streifens des Herzogtums Berg seitens dieser Macht eingetragen, in seiner Umgebung wenig Sympathie gefunden, und nach Münchhausens Berichten hätten mehrere einflußreiche Personen am Hofe, wie z. B. der greise Minister Thulemeyer, der bei dem jungen König vielgeltende General-Auditeur v. Hacke, Graf Schulenburg, ein ganz unzweifelhaftes Interesse für das Gelingen von Münchhausens Unterhandlungen an den Tag gelegt, und von manchen anderen hochgestellten Persönlichkeiten, wie z. B. dem alten Fürsten von Dessau mit seinen Söhnen, von Gotter, von Graf Truchseß, erfahren wir bei anderen Gelegenheiten, daß sie als nach England hinneigend angesehen wurden, und selbst bei dem sonst sehr vorsichtig sich zurückhaltenden Minister Podewils können wir es mit Bestimmtheit aussprechen, daß er, vor die Alternative eines englischen oder französischen Bündnisses gestellt, das erstere vorgezogen haben würde. „Die Freude, welche bei groß und klein über die zu hoffende Einigkeit der beiden Höfe herrscht, ist nicht zu beschreiben“, berichtet Münchhausen [2]), und der französische Gesandte Valori klagt bitter über die Hinneigung zu Hannover, der er hier allgemein begegne [3]). Vor allen anderen aber war es die Königin-Mutter, welche trotz der früheren Differenzen wegen des väterlichen Testamentes mit ihrem Bruder, und obwohl dieser vielleicht aus demselben Grunde 1734 wie jetzt durch ein eigenhändiges Schreiben an seine Schwester die Bemühungen seines Gesandten zu unterstützen abgelehnt oder wenigstens verschoben hatte, dennoch den letzteren mit der allergrößten Freundlichkeit aufnahm, ihm un-

---

1) Promemoria vom 8. Juni, St.-A. zu Hannover.

2) Den 12. Juni, St.-A. zu Hannover.

3) „Tout ce pays est Hanovrien à bruler“; Valori, den 2. Juli bei Ranke, Analekten 27, S. 570.

beschränkten Zutritt zu ihr gestatten zu wollen erklärte und in jeder Weise durch Rat und That seine auf das Zusammengehn der beiden Häuser gerichteten Bestrebungen zu fördern sich bereit zeigte.

Doch alles das konnte nicht allzu viel bedeuten, so lange man weder wußte, wie der junge König selbst gesonnen war, noch auf wessen Rat zu hören er sich geneigt zeigen würde. Nicht umsonst klagt Münchhausen, man könne hier nicht negoziieren, weil man nicht wisse, wer Koch wer Kellner sei. Man müsse, meint er, dem Könige Zeit lassen, sich selbst zu fassen und erst eine Idee von den Affairen zu erhalten [1]). Gewiß aber soviel, daß der junge Fürst sich über seine eigentlichen Absichten in Schweigen hüllte, es vermied, selbst mit seinen Ministern über große Politik zu sprechen und von diesen nur schriftliche Relationen forderte, ohne daß dieselben erfuhren, inwieweit sie damit ihres Herrschers Meinung getroffen hätten.

Und für den König war in der That die ganze Sendung Münchhausens sehr wenig nach seinem Geschmacke. Was die Freundschaftsversicherungen seines Oheims betraf, so gab er, obwohl er die entschiedene Abneigung seines Vaters nicht geerbt hatte, nicht allzu viel darauf; wir werden noch verschiedene Äußerungen zu verzeichnen haben, dahingehend, Fürsten könnten sich in ihrer Politik nicht von Gefühlsregungen der Blutsfreundschaft leiten lassen, sondern ausschließlich von den Interessen der ihnen anvertrauten Lande, und man hätte in der That ebenso gut einen Löwen an einem seidenen Bande zu leiten, als diesen mächtig aufstrebenden jungen Politiker an Verwandtschaftsrücksichten zu gängeln unternehmen können. Auch die Solidarität der protestantischen Interessen verfing wenig bei ihm. „Die verschiedenen in Deutschland geduldeten Religionen“, sagt er in seinen Memoiren [2]), „verursachten hier nicht mehr heftige Zuckungen wie vormals; die Parteien bestehen, aber der Eifer hat nachgelassen.“

Und auch das ewige Bündnis von 1693, dessen Erneuerung der Gesandte betreiben sollte, konnte ihn nicht sehr anmuten. Als er zuerst davon hörte, gestand er seinen Ministern, er habe keine Idee davon [3]), und noch später hat er einmal zu des hannöverschen Gesandten Entsetzen von jenem Vertrage als von einem gesprochen, den seine Vorfahren vor 300 Jahren geschlossen hätten. Überhaupt zeigt er sich Bündnissen abhold, welche für lange Zeiten gelten sollten, da, wie er geltend zu machen pflegte, die Umstände sich in kurzer Zeit manchemal so ändern könnten, daß, was heute zuträglich erachtet werde, morgen zu Schaden und Verfänglichkeit gereiche. Um Allianzen, deren man zur Ausführung eines Vorhabens bedürfe, müsse man sich nicht eher bewerben, als in dem Augenblicke, wo man solche gleich anwenden könne [4]). Jedenfalls aber hielt er, wie sehr er auch in der Sache entschlossen war, sich zu versagen, es für geboten, seinem Oheim gegenüber, der außerdem König von England war, die freundlichsten Formen anzuwenden. Seine

---

1) Den 12. Juni, St.-A. zu Hannover.

2) Histoire de mon temps, p. 29.

3) Angeführt bei Droysen, Preuß. Politik V, 1. S. 62, Anm. 2.

4) Schwichelt bezeichnet die mitgeteilten Maximen als Favoritsätze des Königs. Aufzeichnungen desselben von mir mitgeteilt in der Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1875, S. 614.

Minister wies er an, Münchhausen aufs freundlichste zu behandeln und ihm die ausgiebigsten Freundschaftsversicherungen zu machen [1]), und wenn er selbst lange vermied, dem hannöverschen Minister direkte Gelegenheit zu geben, mit ihm persönlich den eigentlichen Gegenstand seiner Sendung zu verhandeln, so entschuldigte er sich damit, daß er dasselbe auch dem Gesandten Hollands und Frankreichs abgeschlagen habe [2]), entschädigte aber jenen durch vielfache Beweise von Huld, ließ ihm durch die Königin-Mutter Freundlichkeiten sagen, erfreute ihn mehrfach durch eigenhändige Billets, und bei der letzten Audienz am 20. Juni zog er denselben zu sich in eine Fensternische und sprach ihm aus, wie lebhaft er bedauere, ihn nicht länger bei sich behalten zu können, die Ärzte hätten ihm eine sogleich zu beginnende Kur von Pyrmonter Brunnen verordnet, während welcher er sich aller Geschäfte enthalten solle; er sei bereit, „alle erdenkliche Reconnaissance“ König Georg zu erzeigen, und wiederholte das, wie Münchhausen berichtet, mit solchem Empressement, daß man den wahren Ernst und die Aufrichtigkeit darunter verspüren konnte [3]). Selbst inbezug auf die Erneuerung des ewigen Bündnisses durfte Münchhausen die besten Hoffnungen hegen. Die preußischen Minister hatten ihm eröffnet, es habe nicht passend geschienen, so lange des verstorbenen Königs Leiche noch über der Erde stünde, solche Pacta vorzunehmen; doch werde man bald darauf zurückkommen, und an einem guten Erfolge sei nicht zu zweifeln [4]). Graf Hacke hatte dann noch den bestimmten Auftrag vom König, Münchhausen zu sagen, derselbe solle jetzt nicht weiter in ihn drängen, er möge sicher sein, alles werde gut gehen und König Georg sehr zufrieden sein [5]). Der König selbst schrieb ihm unter dem 19. Juni, die Sache wegen des **foedus perpetuum** sei sehr wichtig; dasselbe möge bei den damaligen Zeiten gut und nützlich gewesen sein, jetzt aber sei nötig, alles nach den dermaligen Umständen und Konjunkturen aufs gründlichste zu überlegen und beider Häuser Interesse zu verbinden; Münchhausen werde einsehen, daß dazu mehr Zeit und Ruhe gehöre. Und an König Georg unter dem 20. Juni nach vielfachen Freundschaftsversicherungen, wegen gewisser zu erneuernder Bündnisse sei es, „um der gar zu kurz gefallenen Zeit willen noch nicht zustande gebracht“ [6]). Am 21. Juni schreibt er dann noch einmal an Münchhausen, versichert seinem Gesandten, Grafen Truchseß, Vollmacht zur Erneuerung des ewigen Bündnisses Auftrag geben zu wollen.

Der hannöversche Minister war übrigens mit dem Erfolge seiner Mission keineswegs unzufrieden, um so weniger, als er selbst, wie man aus seinen Berichten deutlich herausliest, die Hast, mit der man ihn von Hannover aus zum wirklichen Abschlusse des Bündnisses gedrängt hatte, mißbilligte; für ihn war es genug, daß er auf Pflicht und Gewissen versichern zu können glaubte, er könne nicht anders urteilen, als daß der Grund zu einem künftigen er-

---

1) „Il faut beaucoup caresser M., faire mille protestations d'amitié“, Marginal-Verfügung vom 14. Juni, Politische Korresp. I, 7.
2) Bericht Münchhausens vom 18. Juni, St.-A. zu Hannover.
3) Bericht vom 20. Juni, St.-A. zu Hannover.
4) 18. Juni, St.-A. zu Hannover.
5) 22. Juni, St.-A. zu Hannover.
6) St.-A. zu Hannover.

wünschten guten Vernehmen sicher und zuverlässig gelegt sei [1]). Es war gut, daß er nicht die Randbemerkung kannte, mit welcher der König den Antrag seiner Minister, dem hannöverschen Gesandten den Schwarzen Adlerorden zu verleihen, abgewiesen hatte: er werde ihm einen Teppich schenken; „der schwarze Adler ist nicht ein Orden für ..... wie Münchhausen" [2]).

Münchhausen versichert dem König von Hannover aus, es wäre ihm unmöglich, auszudrücken, welche Freude und Befriedigung sein königlicher Herr über die günstigen Gesinnungen des Königs von Preußen gezeigt habe [3]). Es geschah nach einer Verabredung mit dem Minister von Thulemeyer, daß Münchhausen gleich von Hannover aus noch einmal in einem ostensibeln Briefe die Lage des Bündnisses anregte [4]), in der Hoffnung, dieselbe noch vor der Abreise des Königs zur Huldigung nach Preußen gelöst zu sehen. Der alte Herr, der seinem jungen Monarchen gegenüber noch nicht recht Stellung zu nehmen vermochte, hatte damals vorsichtig hinzugefügt, allerdings beruhe sonsten, was Gott und große Könige thun wollten, immer in einiger Ungewißheit, und in der That fand die Sache von neuem Verzögerungen, was der König selbst unter dem 3. Juli Münchhausen anzeigt, allerdings mit dem hoffnungsvollen Zusatze, er solle nicht vergessen, die Angelegenheit nach des Königs Rückkehr aus Ostpreußen aufs neue anzuregen.

Wirklich vorwärts kommen konnte die Sache nicht wohl, und den eigentlichen Grund davon berührt Münchhausen, wenn er in einem seiner Berichte bemerkt, er würde ja in keinem Falle das Bündnis haben erneuern können, da der König von Preußen darin ganz entschieden sei, sich in keinem Falle an den bloßen Inhalt des Traktats von 1693 zu binden, sondern denselben auf allgemeinen Grundlagen einzurichten gedenke, wo dann doch verschiedene Punkte vorkommen würden, über welche erst König Georgs Willensmeinung einzuholen sein würde [5]). Und ein ander Mal berichtet er, als von der bevorstehenden Krisis eines Konflikts mit Frankreich die Rede gewesen, habe der König gefragt, was denn England dann werde einzusetzen vermögen, ob es bereits einer andern größern Macht sicher sei; es schiene ihm, fügt er hinzu, die Bundesgenossenschaft Preußens werde viel leichter zu haben sein, wenn man erst mit Rußland im reinen sei [6]).

Solche Erwägungen gingen nun schon eigentlich weit über die Grenzen hinaus, welche ursprünglich bei der Sendung Münchhausens maßgebend gewesen waren. Dieselbe war ausschließlich von Hannover und dem dortigen Ministerium ausgegangen und hatte mit England und dessen politischen Interessen nichts zu thun. Die erstrebte Erneuerung des ewigen Bündnisses sollte prinzipiell doch nur eine gewisse Gemeinsamkeit des Vorgehens in Reichsangelegenheiten herbeiführen, wenn auch bei Georg der Hintergedanke

---

1) 20. Juni, St.-A. zu Hannover.

2) Politische Korresp. I, 9. Wir dürfen davon absehen, die nicht schmeichelhafte Bezeichnung, welche der Herausgeber unterdrückt hat, zu restituieren.

3) 26. Juni, St.-A. zu Hannover.

4) Ein Brief Thulemeyers vom 19. Juni (St.-A. zu Hannover) läßt darüber keinen Zweifel, und damit erledigt sich Droysens Vorwurf gegen Münchhausen (Preuß. Politik V, 64).

5) Bericht vom 22. Juni, St.-A. zu Hannover.

6) Bericht vom 12. Juni, St.-A. zu Hannover.

vorhanden sein mochte, dieses „vinculum“ dann auch weiter für die große Politik zu verwerten. Er verhandelte um dieselbe Zeit auch mit Sachsen, um das mit dieser Macht 1734 auf 6 Jahre geschlossene Defensivbündnis, welches nun eben 1740 ablief, zu erneuern; schon drängte Sachsen, in den projektierten Bund mit Preußen hineingezogen zu werden [1]), eine Einung zunächst der drei norddeutschen Kurfürsten, Besprechungen über die Lage des Reiches und die Eventualität einer Kaiserwahl, kurz immer Gesichtspunkte, die innerhalb des Rahmens der deutschen Reichsverfassung lagen, herrschten in Hannover vor. Wie aber hätte es gelingen sollen, den jungen aufstrebenden Fürsten in diese engen Kreise zu bannen? Ohne sich einen Augenblick aufhalten zu lassen in den Irrgängen der deutschen Reichsverhältnisse, hatte er von vornherein die Verhältnisse der europäischen Staaten mit scharfem Blicke ins Auge gefaßt, entschlossen, darin seine Stellung zu nehmen. Er erkannte ganz klar, daß der sich immermehr zuspitzende Konflikt zwischen England und Frankreich Europa in zwei große Heerlager teilen werde, und er seinerseits rechnete nicht darauf, bei einem solchen neutral zu bleiben. In Bezug auf Neutralität teilte er die Meinung seines Ahnherrn, des großen Kurfürsten, der bekanntlich es ausgesprochen hat, er habe es verschworen, jemals neutral zu bleiben; auch von Friedrich berichtet man uns von einer im Jahre 1741 gethanen Äußerung, sein Grundsatz sei, bei einem Konflikt, namentlich in seiner Nachbarschaft, niemals neutral zu bleiben, sondern sich allzeit zu einer Partei zu schlagen, und zwar müsse man es wie der liebe Gott machen, der sich immer auf die Seite des Stärksten stelle [2]).

Jener Gegensatz zwischen Frankreich und England erscheint ihm als der bedeutungsvollste in seiner Zeit, wie er denn diesen beiden Mächten überhaupt den ersten Rang in Europa einräumt.

„Die beiden Hauptmächte“, sagt er in der älteren Fassung seiner Memoiren [3]), „sind England und Frankreich. Ich gebe Frankreich die erste Stelle, weil es in sich fast alle Elemente der Macht im höchsten Grade der Vollkommenheit vereinigt, es ist den anderen überlegen durch die Zahl waffenfähiger Menschen und durch die unermeßlichen Hilfsmittel, die es vermöge einer klugen Handhabung seiner Finanzen, seines Handels und der Reichtümer seiner Privaten sich schaffen kann. England steht ihm vielleicht nicht an Reichtum nach, aber die geographische Lage, die es stark zur See macht, macht es schwach zu Lande, wo es auf Söldnerheere ohne einheitliche Zusammensetzung angewiesen ist. Was die Rivalität zwischen diesen beiden Großmächten verursacht, ist nicht nur einfach der Nationalhaß; der wahre Grund ist beider Streben nach der Rolle der in den allgemeinen Angelegenheiten ausschlaggebenden Macht [4]) und dann in ihrer exzessiven

---

[1]) Manteuffel an Münchhausen 26. Juni, St.-A. zu Hannover.

[2]) Vgl. meine Mitteilungen aus Schwichelts Relationen, Zeitschr. f. preuß. Geschichte 1875, S. 615.

[3]) ed. Posner, p. 206 sqq. Frappant ist die Übereinstimmung dieser Gegenüberstellung Englands und Frankreichs mit einer anderen, in anderer Zeit und unter anderen Verhältnissen geschriebenen, nämlich in Schillers Gedicht der Antritt des neuen Jahrhunderts.

[4]) „L'arbitrage universel.“ Droysen zieht den Ausdruck vor: das Schiedsrichteramt der Welt.

gegenseitigen Handelseifersucht. Mit einem Worte, Frankreich will den Erdkreis durch seine Intriguen beherrschen, und auch da begegnet es der Konkurrenz Englands, dessen Prätentionen und Absichten die nämlichen sind.

Eine der beiden Mächte hat in der That fast regelmäßig abwechselnd die Politik Europas beherrscht. Man hat beobachten können, daß die der beiden, welche nach langen Kriegen den größten Einfluß auf den allgemeinen Frieden hatte, dann bis zu einem neuen Kriege dieses Ansehen zu bewahren gewußt hat. England hat es nicht auf ein Anwachsen durch Eroberungen abgesehen, es strebt seinem Ziele auf einem anderen Wege zu, sucht den Handel der anderen zu vermindern, um ihn selbst allein zu absorbieren, es will den Welthandel als Monopol besitzen, um seine Hilfsquellen und die unermeßlichen Schätze zu vermehren, welche seinem Ehrgeize und seiner Politik als Werkzeug dienen.

Die Franzosen wollen ihre Feinde besiegen, um ihnen ihre stolzen Gesetze aufzulegen; die Engländer wollen Sklaven kaufen und Europa durch ihre Reichtümer korrumpieren und so sich unterthänig machen.

Neben diesen beiden, die allein Großmächte sind, weil sie die Mittel haben, selbständig Politik zu machen, stehen vier andere da, unter sich ungefähr gleich, von jenen beiden in gewissem Maße abhängig, es sind Spanien, Holland, Österreich, Preußen, unter denen Österreich, obwohl an Einwohnerzahl den anderen überlegen, doch den erstgenannten darin nachsteht, daß es keine Marine besitzt und durch seine schlechten Finanzen leicht von anderen abhängig wird. Die Feindschaft zwischen dem Hause Österreich und dem bourbonischen ist ewig, weil die schönsten Eroberungen der Bourbonen dem Hause Österreich entrissene Provinzen sind, weil Frankreich unaufhörlich an der Erniedrigung des Hauses Österreich arbeitet, und weil Frankreich die deutsche Freiheit gegen den Kaiser aufrechterhält, so lange es nicht stark genug ist, selbst das Diadem des Kaisers an sich zu reißen."

Wir führten schon oben an, wie er dann Preußen seine Stelle anweist, als einer Macht, die immerhin eine eigene Politik treiben könne, wenn es gleich wegen der ungünstigen Gestaltung seines Landgebietes der Allianz mit England oder Frankreich bedürfe.

Die übrigen Mächte des dritten Ranges, urteilt der König, könnten nur mit Hilfe fremder Subsidien in Aktion treten, es seien gleichsam Maschinen, welche Frankreich und England, wenn sie es nötig haben, in Bewegung setzen.

Kann es uns befremden, daß hier Österreich nicht mit unter die eigentlichen Großmächte gezählt wird, so müssen wir zur Erklärung dessen an die schweren Niederlagen denken, welche die österreichische Politik in dem polnischen Erbfolge-, wie in dem Türkenkriege erlitten hatte, und wir vermögen auch schon aus dem Jahre 1740 ein recht evidentes Zeugnis dafür anzuführen, daß der junge König von der Macht Österreichs keine allzu günstige Vorstellung hatte. Von seinen Ministern unter dem 16. Juni in der Herstaller Sache auf die Gefahr einer Verwickelung mit dem Kaiser aufmerksam gemacht, schreibt er auf den Rand des Berichtes: „der Kaiser — das ist das alte Gespenst eines Idols, das einst eine Bedeutung hatte und mächtig war, aber es jetzt nicht mehr ist, es war ein kräftiger Mann, aber

die Franzosen und die Türken haben ihn krank gemacht, und jetzt ist er entnervt“ [1]).

Jedenfalls hat auch Friedrich 1740 ganz im Geiste jener angeführten Erwägungen den Kalkul der eigenen Interessen wesentlich auf jenen Gegensatz zwischen England und Frankreich gestellt.

Ein aus diesem Gegensatz sich ableitender Konflikt sollte ihm nun zu einer der Gelegenheiten werden, deren geschickte Benutzung dann nach seiner Ausführung auch einer der vier Mächte zweiten Ranges, zu welchen er Preußen zählt, es ermöglichen konnte, eine maßgebende Rolle zu spielen und die eigenen Interessen wirksam zu fördern. Ein solcher Konflikt schien nun in naher Aussicht zu stehen. Als England über die Praxis des Durchsuchungsrechtes, welches die spanischen Behörden in Amerika gegenüber englischen Schiffen zur Verhütung des Schmuggels ausübten, mit Spanien in Streitigkeiten geriet und das Ministerium widerwillig, aber von der Nation gedrängt, am 30. Oktober 1739 den Krieg an jene Macht erklärte, sah man dies in Paris „als eine Bravade gegen Frankreich an“, und der sonst so friedliebende französische Minister Fleury machte kein Hehl daraus, daß die erste Eroberung der Engländer auf dem amerikanischen Kontinente für Frankreich das Signal zum Kriege sein würde. Aber die Handelsinteressen Englands waren an diesen Fragen zu lebhaft beteiligt, die Rüstungen in seinen Häfen waren so umfassend, daß man erkannte, es sei hier selbst ein Krieg mit Frankreich mit in den Kreis der Erwägungen gezogen. Französische maritime Rüstungen folgten bald nach. Noch hatte diese Macht den Krieg an England nicht erklärt, aber derselbe drohte, und kam er zum Ausbruch, so war zu vermuten, daß Frankreich die Übermacht seiner Streitkräfte zu Lande zu verwerten streben, daß es den britischen König auch in seinen hannöverschen Erblanden zu treffen suchen werde. In solchem Falle war England auf das Werben von Bundesgenossen angewiesen, und eine so kriegstüchtige Macht wie Preußen durfte erwarten, von beiden Parteien gesucht zu werden und dann doch auch, wie billig, einen Preis für seine Bundesgenossenschaft stellen können.

Um nach dieser Seite hin das Terrain zu sondieren und eventuelle Anerbietungen entgegenzunehmen, wurden gerade um die Zeit, als Münchhausen den Berliner Hof verließ, gegen Ende Juni, die Obersten Graf Truchseß von Waldburg und Camas, der eine nach Hannover, wohin damals der englische Hof übersiedelte, der andere nach Paris entsendet, gleichzeitig auch ein dritter Oberst, v. Münchow, nach Wien; doch scheint des letzteren Mission mehr konventioneller Natur gewesen zu sein und ihr Hauptzweck die Notifikation des stattgefundenen Thronwechsels; aber sonst waren ihm eben nur Besprechungen über Dinge von geringer Bedeutung aufgetragen; allerdings führte er auch ein Kreditiv als „Ambassadeur“ bei sich und durfte auch andeuten, daß er ein solches besitze, doch es nur dann vorbringen, wenn er dessen wirklich bedürfe [2]); mit anderen Worten, der König erwartete von dieser Botschaft nichts, wie sehr er auch bereit war, sich nicht zu versagen, falls wider Vermuten Versuche einer ernsteren Annäherung gemacht würden. Allerdings fehlte es auch von dieser Seite nicht an Freundschaftsversicherungen, und der ständige Ge-

---

[1]) Politische Korresp. I, 7.

[2]) Instruktion vom 7. Juni, Politische Korresp. I, 2.

Gesandte in Wien, Geheimrat von Borck, erhielt den Auftrag, zu erklären, daß die jülich-bergsche Succession der Prüfstein sein werde, um den König die Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen gegen ihn erkennen zu lassen. Einer Anwendung dieses Prüfsteins gingen die österreichischen Minister dann allerdings vorsichtig aus dem Wege.

Von wirklich politischer Bedeutung waren aber nun die Sendungen nach England und Frankreich. Dieselben beginnen eine bestimmte Phase der politisch-diplomatischen Thätigkeit König Friedrichs, welche dann bis zu seiner Zusammenkunft mit Camas in Wesel Ende August reicht. Ihre Signatur ist das Streben des Königs unter Benutzung der Rivalität Englands und Frankreichs von einer der beiden Mächte bestimmte und ausgiebige Zusicherungen bezüglich des großen Zieles der preußischen Politik der jülich-bergschen Succession zu erlangen. Wie wir aus der geheimen Instruktion für Camas sehen [1]), ist er bereit, sich mit dem Herzogtum Berg zu begnügen, und es scheint nur darauf anzukommen, von welcher Seite das beste Angebot ihm entgegengebracht wird, um seine Allianz zu bestimmen. Und in diesem Streben läßt er sich nicht irren durch die Beobachtung, Frankreichs Politik ziele darauf, bei dem Tode des Kaisers irgendwelche Vorteile zu gewinnen. Diese Beobachtung ist ihm natürlich sehr wichtig, sie eröffnet weite Perspektiven, und der Gesandte erhält den Auftrag, jenen Plänen Frankreichs eifrig nachzuspüren und herauszubekommen, ob man für jenen Fall es selbst auf einen Krieg ankommen lassen wolle; aber die Hauptsache für den Gesandten bleibt doch immer „die große Succession" in Jülich-Berg und das Bestreben, nach dieser Seite hin positive Zusagen zu erlangen [2]). Hierfür empfängt der Gesandte genaue und positive Instruktionen, und ebenso Truchseß in England. Beide sollen die Rivalität der beiden Mächte für ihren Zweck benutzen und namentlich durch Erweckung der Befürchtung, daß der Gegner bessere Chancen habe, Preußen zu gewinnen, gesteigerte Anerbietungen zu erzielen suchen. Truchseß war angewiesen, eine gewisse Eifersucht auf Camas zu

[1]) Vom 11. Juni 1740, Politische Korresp. I, 3.

[2]) Dies hervorzuheben schien um so notwendiger, als man aus jener Stelle der Instruktion, welche von Frankreichs Absichten bei dem eventuellen Tode des Kaisers spricht, Folgerungen auf einen schon damals in der Seele des Königs schlummernden Plan auf Schlesien gemacht hat. Hier möchte ich gegen Droysen („Über Friedrichs Stellung im Anfange des schlesischen Krieges", Abhandlungen zur neuen Geschichte, S. 278, an welcher letzteren Stelle übrigens zwei Sätze, die in der Instruktion einen ganz anderen Zusammenhang haben, nicht ohne Willkür aneinander gereiht sind) doch die Überzeugung aussprechen, daß Friedrich, als er jene Instruktion aufsetzte, den schlesischen Plan nicht im Auge gehabt hat, sondern zunächst nur eben den auf Jülich-Berg. Gegen Droysens Ansicht spricht vor allem die Wahrnehmung, daß der König in der Zeit, die wir hier zunächst im Auge haben, wetteifernd und gleichzeitig in England und Frankreich auf die Gewährung von Zusagen in der jülich-bergschen Angelegenheit hindrängt, immer bereit, dafür nach der einen oder anderen Seite hin eine Allianz einzugehen. Eine Allianz mit England, wie sie doch damals und noch einige Monate später Friedrich auf annehmbare Bedingungen einzugehen bereit war (vgl. oben im Texte) wäre doch keine günstige Vorarbeit für ein Unternehmen auf Schlesien gewesen. Daß Friedrich damals bereits an Schlesien gedacht habe, braucht dabei gar nicht geleugnet zu werden, aber wohl, daß eine Rücksicht auf solchen weitaussehenden Gedanken seine Politik damals bestimmt habe. Einige Monate später sah die Sache, wie wir noch im Texte sagen werden, schon etwas anders aus.

zeigen, der als Vertrauter des Königs nach Frankreich nicht geschickt werde, um dort Perlen zu fädeln. Er sollte vor dem französischen Gesandten oder französischen Kreaturen viel Intimität mit den englischen Ministern blicken lassen, wenn selbst deren in Wahrheit wenig vorhanden wäre [1]). Frankreich sei die Macht gewesen, welche sich seiner Interessen angenommen habe; um Preußen von ihr loszumachen, müsse man mehr zu bieten vermögen [2]). Umgekehrt sollte Camas über Truchseß sich so äußern, als gelte dieser dafür, die geheimsten Gedanken des Königs zu kennen, überhaupt so viel er vermöge, den Haß gegen England schüren [3]), er sollte von den Anerbietungen Englands sprechen, welche die Frankreichs bei weitem überträfen [4]). Friedrich ließ an die Bande des Blutes erinnern, die ihn mit dem englischen Herrscherhause verknüpften [5]), Camas war selbst autorisiert, wenn das Gespräch auf die Vermehrung des Heeres käme, etwas wie Furcht davor zu zeigen, daß der unternehmende Sinn des jungen Königs und gewisse Ideen von Heroismus den Frieden Europas stören könnten [6]).

Waren nun aber gleich beide Hände den beiden Mächten gleich weit entgegengestreckt, so daß es bloß darauf anzukommen schien, welche von beiden den meisten Eifer zeigte sie zu erfassen, so ist doch kein Zweifel darüber, von welcher Seite Friedrich selbst gewonnen zu werden wünschte.

Jene oben erwähnten politischen Betrachtungen über die Lage Europas schließen mit der Bemerkung, daß die Fürsten, welche sich vergrößern wollen, sich bei gegebener Gelegenheit an Frankreich anschließen, diejenigen, welche mehr Wohlstand und Behagen als Ruhm suchen, sich zu England halten werden [7]), und im Einklange damit bezeichnet er am Schlusse der geheimen Instruktion für Camas, dessen Sendung als die wichtigste, die unter den gegenwärtigen Konjunkturen hätte erfolgen können [8]), und im Verlaufe der Unterhandlungen schreibt er dann demselben, wenn alles fruchtlos bliebe, würde man sich zurückziehen und nach anderer Seite hin Partei nehmen müssen; „aber ich gestehe“, fügt er hinzu, „daß, wenn wir in Versailles reussieren können, dies besser sein wird als in London“ [9]).

Allerdings schien gerade England die allerdringendste Veranlassung zu haben, Preußen zu gewinnen. Denn wenn wirklich ein Krieg mit Frankreich in Aussicht stand und die Befürchtung vorhanden war, dasselbe könne seine Überlegenheit zu Lande geltend machen und namentlich die hannöverschen Erblande des Königs bedrohen, so gab es dagegen in der That kaum einen anderen Schutz, als einen Bund streitbarer Kontinentalmächte, unter denen natürlich dann Preußen obenanstehen müßte, einen Bund, wie ihn in der That auch Horaz Walpole, der Bruder des leitenden Ministers, mit allem Eifer fort und fort befürwortete.

---

1) Instruktion für Truchseß vom 18. Juni, Politische Korresp. I, 8.
2) Instruktion für denselben vom 18. Juli, ebd. S. 19.
3) Instruktion für Camas vom 11. Juni, ebd. S. 7.
4) An Camas 26. Juli, ebd. S. 24.
5) An Chambrier (den ständigen preuß. Gesandten in Paris), 14. Juli, ebd. S. 18.
6) In der Instruktion vom 11. Juni.
7) Histoire de mon temps (1746) ed. Posner, p. 210.
8) Politische Korresp. I, 5.
9) Den 3. August 1740, ebd. S. 29.

In der That ward der Wunsch, die preußische Allianz zu erlangen, allgemein empfunden; auf einem anderen Blatte aber stand es, ob man den Entschluß finden würde, den Preis dafür zu zahlen oder vielmehr, was noch etwas mehr bedeutete, gleich selbst mit einem ansehnlichen Angebote herauszukommen, wie es König Friedrich erwartete und verlangte. Nach welcher Seite dieses Angebot erfolgen sollte, darüber konnte kein Zweifel obwalten; Truchseß hatte den Auftrag, Erklärungen zu verlangen bezüglich der preußischen Anwartschaften auf Jülich-Berg, Ostfriesland und Mecklenburg [1]), und daß das erstere vor allem in Frage kam, lag auf der Hand. Hier standen nun aber manche Bedenken entgegen. Was den König Georg II. anbetraf, so war dieser bekanntlich in erster Linie Welfe und als solcher mit einer hinreichenden Dosis Eifersucht auf Preußen begabt, um jede Vergrößerung dieser Macht in hohem Maße ungern zu sehen. Dagegen hatte sein hannöversches Ministerium sein Gutachten dahin abgegeben, daß eine Vergrößerung Preußens am Rhein für Hannover unbedenklich sei und anderseits den Vorteil habe, Preußen auf einen gespannteren Fuß mit Frankreich zu bringen und gegen dieses für Deutschland eine festere Barrière zu schaffen; doch empfehle es sich, die gewünschte Garantie nicht für Jülich und Berg, was zu viel sei, sondern nur für das letztere Herzogtum zu bewilligen, jedoch (um ein höheres Gebot als Frankreich zu thun) einschließlich der Stadt Düsseldorf. Bezüglich Ostfrieslands, wo Hannover eigene Ansprüche aufrechterhielt, hofft man auf eine billige Abfindung; die Diskussion über Mecklenburg meint man noch aufschieben zu können [2]).

Es darf hervorgehoben werden, daß es das englische Ministerium in der That niemals so weit gebracht hat. Hier wirkten andere Umstände lähmend ein. Der leitende Minister Sir Robert Walpole war, obwohl eigentlich mit seinem Souverän dauernd im besten Einvernehmen, doch im direkten Gegensatze zu dem so ausschließlich hannöverisch gesinnten Könige ein Stock-Engländer, und als solcher mit nicht großem Verständnis noch Neigung für die Verhältnisse fremder Nationen begabt. Von den auswärtigen Angelegenheiten hörte er am liebsten gar nichts, und wenn es sein mußte, dann noch lieber von atlantischer Politik, als von kontinentaler. Schon den Krieg mit Spanien hatte man ihm eigentlich über den Kopf genommen, ihn in denselben wider seinen Willen hineingedrängt, noch schwerer aber wollte ihm der Gedanke an einen Kontinentalkrieg, in den England verwickelt werden sollte, in den Kopf; und nach dieser Seite hin Bündnisse zu schließen und daher Verbindlichkeiten zu übernehmen, wäre wenig nach seinem Geschmacke gewesen, er würde geglaubt haben, das Gefürchtete so noch schneller herbeizuführen. Nicht große Pläne, sondern kleine Auskunftsmittel waren seine Sache, weit entfernt, in die Zukunft hinauszudenken, war die Kunst dieses Ministeriums immer gewesen, von der Hand in den Mund zu leben, und wenn er jetzt sein 25jähriges Ministerjubiläum feiern konnte, so verdankte er das an erster Stelle der Kunst des vorsichtigen Lavierens, die er gut verstand.

Von diesen Grundsätzen hatte der Unterstaatssekretär des Äußern für den Norden, Lord Harrington, sich doch genug angeeignet, um auch seinerseits mit

[1]) Instruktion vom 18. Juni 1740, Politische Korresp. I, 8.
[2]) Vom 22. August 1740, St.-A. zu Hannover.

zähem Feilschen, soweit es irgend anging, großen Entschlüssen, schweren Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Sich hier für Preußen stark zu engagieren, mahnte schon die Rücksicht auf den nächsten Verbündeten Englands, die Generalstaaten, ab, die eine Vergrößerung der preußischen Macht am Niederrhein um keinen Preis wünschten. „Preußen in Jülich und Berg ist ein Messer in unserem Leibe", hatte einer der Hochmögenden gesagt [1]). Die herrschende Partei fürchtete hier von einer Ausbreitung der preußischen Macht an der Grenze Hollands sofort eine Kräftigung der monarchisch oder oranisch Gesinnten.

Auch in Rußland besorgte England durch eine zu ausgesprochene Begünstigung der preußischen Ansprüche auf Jülich-Berg anzustoßen, bei der damaligen Intimität dieser Macht mit dem König von Polen, der selbst die alten Ansprüche auf jene Lande immer aufrechthielt [2]).

Kurz die Unterhandlungen kamen sehr wenig vorwärts. Wohl fand der außerordentliche Gesandte Graf Truchseß, ein liebenswürdiger Offizier und Kavalier von den feinsten Formen und offenem frischen Wesen (letzteres vielleicht mehr als einem Diplomaten gut war), in allen Kreisen ein geradezu herzliches Entgegenkommen und überall die größten Sympathieen auch für seinen König; aber die positiven Zusicherungen, welche der letztere erwartete, blieben doch aus, und Friedrich, dem immer die Möglichkeit eines schnellen Todes des greisen Kurfürsten von der Pfalz vorschwebte, und der vorher die Verhandlungen doch zu einem gewissen Abschluß gebracht haben wollte [3]), wurde schnell ungeduldig. „Ihr müßt alles anwenden, um die Minister sich bestimmt und präcise aussprechen zu lassen, denn bis jetzt wollen sie nur rekognoscieren" [4]). Dann, am 18. Juli: „Auf allgemeine Versicherungen und leere Komplimente kann man nichts aufbauen. Sie sollen offen sagen, was sie in der Angelegenheit von Jülich-Berg, Ostfriesland und Mecklenburg für Preußen thun wollen und was sie ihrerseits beanspruchen [5])." Das wird dann unter dem 26. Juli von neuem eingeschärft [6]), bald folgt ein ernstlicher Verweis darüber, daß Truchseß, den dringenden Bitten der englischen Minister nachgebend, des Königs Forderungen schriftlich aufgesetzt habe, dazu habe der Gesandte keine Vollmacht gehabt; wenn England Preußens Bundesgenossenschaft wünsche, sei es auch dessen Sache, ihm zuerst Propositionen zu machen, nicht umgekehrt [7]). In den Antworten, die dann Lord Harrington erteilt, findet der König auch wieder nur ganz unbestimmte und allgemeine Versicherungen, auf die man nicht bauen könne. Der Gesandte soll kein Hehl daraus machen, daß der König bei größerem Entgegenkommen zu der Huldigungsreise nach den westlichen Provinzen die Route über Hannover gewählt haben würde,

---

1) Angeführt bei Duncker: „Eine Flugschrift des Kronprinzen Friedrich", Aus der Zeit Friedrichs d. Gr. 2c., S. 9.

2) Man erfuhr, daß der englische Gesandte im Haag das Gewicht der sächsischen Ansprüche auf Jülich-Berg anerkannt hatte. Angeführt bei Droysen, Preußische Politik V, 1. S. 77.

3) „Car il est absolument nécessaire de terminer cette negociation avant la mort du vieux bonhomme," An Camas, 3. August 1740; Politische Korresp. I, 29.

4) 9. Juli. Ebd. S. 17.

5) Ebd. S. 19.

6) Ebd. S. 24.

7) 2. August 1740. Ebd. S. 27.

und daß die von König Georg so gewünschte persönliche Zusammenkunft noch mit der Rückreise sich kombinieren ließe, aber nur, wenn man sich zu ernstlichen Zusicherungen englischerseits herbeiließe [1]).

Dieselben Vorstellungen machte dann der König auch noch dem englischen Gesandten vom Berliner Hofe in einer längeren Audienz am 14. August kurz vor seiner Abreise nach Kleve. Dieser Gesandte war der Hauptmann Guy Dickens, ein Diplomat, der schon über ein Decennium an diesem Hofe accreditiert war, ohne daß jedoch dieser Umstand der Sache, die er vertrat, irgendwie förderlich gewesen wäre. Es war im Gegenteile für das Zustandekommen eines englisch-preußischen Bündnisses sehr ungünstig, daß Guy Dickens sich noch sehr wohl der Zeiten erinnerte, wo er vor der Flucht des Kronprinzen mit diesem letzteren vermummt und nächtlicher Weile unter freiem Himmel heimliche Zusammenkünfte gehabt, demselben Geld in die Hand gedrückt und über die Mittel, dessen Schulden zu bezahlen, Rat gepflogen hatte. Aus diesen Erinnerungen entwickelten sich bei dem Engländer, dem ohnehin eine süffisante Selbstüberschätzung nicht fremd war, eine gewisse Neigung, in Friedrich fort und fort einen talentvollen, aber unbesonnenen jungen Mann zu erblicken, dem der Rat erfahrener Männer dringend nötig sei, um ihn vor Übereilungen zu schützen, und seine Manier, den Mentor zu spielen und in seine unerbetenen Ratschläge etwas von der vermeintlichen Überlegenheit, welche ihm die Erfahrung in politischen Dingen verleihe, einfließen zu lassen, entfremdete ihm einerseits den doch immer reizbaren jungen Monarchen und hinderte ihn selbst anderseits, dessen Eröffnungen das rechte Maß zu Bedeutung zuzuschreiben. Etwas von diesem Gegensatze trat auch bei dieser Audienz zutage. Als ihm der König seine Beschwerden über die englischen Minister vortrug, die ihn trotz seiner wiederholten Mahnungen immer wieder mit allgemeinen Versicherungen abspeisen wollten und daran die Bemerkung knüpfte, daß die Fürsten sich nur durch die Interessen ihrer Länder leiten lassen dürften, er in den Fall kommen könne, trotz der aufrichtigen Freundschaft, die er für den König von England hege, günstigere Anerbietungen, die er von anderer Seite erhalte, vorzuziehen, nahm der Gesandte es sich heraus, ihn darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es für einen jungen Fürsten sei, nicht gleich am Anfang seiner Regierung einen Schritt zu thun, der verhängnisvolle Folgen haben könne, wie anderseits die Versprechungen Frankreichs sich immer als trügerisch gezeigt hätten, und debitierte gleichzeitig die beliebte Redensart von der Gemeinsamkeit der protestantischen Interessen und dem Gleichgewicht der europäischen Mächte; Friedrich aber begnügte sich, über den etwas hofmeisterlichen Eifer des Engländers zu lächeln und zu erwidern, er sähe nicht ein, wer ihn tadeln könne, wenn er durch Frankreichs Vermittelung, ohne sich in einen Krieg einlassen zu müssen, Befriedigung seiner gerechten Ansprüche finde, vornehmlich, wenn andere Mächte ihm ihren Beistand zu gewähren keine Lust zeigten. Er wiederholte bestimmt, er verlange von England eine positive Garantie für Jülich-Berg einer- und für Ostfriesland anderseits zugleich mit einer bestimmten Erklärung darüber, wie man im Falle einer Erledigung der Erbschaft die Garantie wirksam zu machen gedenke; über den dritten Punkt, Mecklenburg werde man sich leicht

1) Vom 8. August. Politische Korresp. I, 32.

verständigen können. Im übrigen möge England die Gegenvorteile, die er selbst begehre, mit derselben Offenheit wie er namhaft machen, über die Unterhandlungen selbst aber strenges Geheimnis bewahren. Die alte Defensivallianz zu erneuern, sei nicht praktisch, er ziehe vor, hier auf einen ganz neuen Boden zu treten [1]). Man habe bisher allzu sehr gezögert, jetzt möge man sich entscheiden, am 24. August gedenke er in Wesel zu sein, dort möge man ihn die gefaßten Entschlüsse wissen lassen [2]).

Auf den Gesandten hatte die Audienz übrigens einen gewissen Eindruck gemacht, in seinem Berichte legt er es seiner Regierung ans Herz, „nun wirklich einmal die Axt an die Wurzel aller Jalousie zwischen den beiden Höfen zu legen", die Propositionen des Königs mit einer Offenheit, die jedem weiteren Mißtrauen den Boden entzöge, zu beantworten. Einen durchschlagenden Erfolg aber erzielte er damit nicht. Und obwohl ja in England eigentlich alle Welt die Allianz mit Preußen wünschte und verschiedene Journale und Flugschriften immer aufs neue darauf hindrängten [3]), so blieb es doch bei dem Temporisieren und den allgemeinen Versicherungen, und der preußische Gesandte in London berichtet, als im August sich die erste Kunde von der Anwerbung von 6000 Hessen verbreitete, habe man aller Orten ganz laut über die Verblendung des Ministeriums geklagt, welches über solchen Kleinigkeiten, der Gewinnung einer kleinen Schar, die doch wesentliche Dienste nicht zu leisten vermöge, die natürliche und bedeutungsvolle Allianz Preußens vernachlässige, die man ja mit einer Garantie der jülich-bergschen Succession haben könne, und ernstliche Anklagen deshalb seien vor dem Parlamente zu erwarten [4]).

Jedenfalls ist die vom König wiederholt gestellte Frist bis gegen Ende August vorübergegangen, ohne daß er von England ein ernstliches Angebot erhalten hätte. Die Folge war, daß, als es sich um Friedrichs Rückreise von Wesel handelte, er von einer Zusammenkunft mit seinem Oheim von England Abstand nahm; er erklärte das Fieber zu haben. Trotz des Fiebers aber hat er in jenen Tagen einen Besuch in Salzdahlen bei Wolfenbüttel machen können, um dort seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, einer braunschweigischen Prinzessin, der Schwester der Königin, zu verloben, auch hierin Erwartungen König Georgs täuschend, welcher seine Tochter, die Prinzessin Luise, dem Prinzen zugedacht hatte.

Selbst in Frankreich hat man beides, den vermiedenen Besuch in Hannover und die Verlobung des Prinzen, als politische Demonstrationen aufgefaßt; am Hoflager zu Herrenhausen zeigte man den Vertretern Preußens auf jene Nachrichten hin mit einem Male verlegene Gesichter und eine eisige Kälte [5]). In London hatte man in den ersten Tagen des September mit großer

---

1) „proceed entirely on a new bottom."

2) Bericht vom 17. August im Record Office zu London, Prussia. Auszug bei Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte II, 32.

3) Die Berichte des ständigen Gesandten in London Andrié im Berliner geh. Staats-Archiv vom 24., 26. Juni und vom 22. Juli enthalten mannigfache Belege dafür.

4) Bericht Andriés vom 30. August, Berliner geh. St.-A.

5) So berichtet Bielefeld als Augenzeuge (Mem. I, 116).

Spannung auf die Nachricht von jener Zusammenkunft gewartet und die besten Hoffnungen daran geknüpft [1]).

Freilich war zu ernsthafter Empfindlichkeit die Zeit ungünstig. Anfang September ging eine französische Flotte nach den westindischen Gewässern ab, und die Frage, ob nicht am Ende doch Frankreich zum Schutze des spanisch-amerikanischen Handels eintreten werde, ward brennender; aber mochte Lord Harrington jetzt auch bereuen, bezüglich der preußischen Bundesgenossenschaft nicht doch etwas mehr „Empressement“ gezeigt zu haben, und jetzt die frühere Zögerung mit der Erinnerung an die übeln Erfahrungen von 1725 entschuldigen, er mußte wahrnehmen, daß der Moment versäumt war. Im hannöverschen Archive schließt nach dem erwähnten Promemoria des geheimen Rates das Aktenstück mit der melancholischen Bemerkung, es seien zwar noch Kommunikationen mit Mylord Harrington gepflogen und Sr. Majestät ein umständliches Gutachten vom Ministerio erstattet worden; damit aber sei die Sache zu Ende gewesen.

Aber die reservierte Stellung gegen England bedeutete noch keineswegs den Anschluß an Frankreich. Nach dieser Seite hin zeigten sich die Schwierigkeiten kaum weniger groß. Das Haus Wittelsbach, dem der Kurfürst von der Pfalz entstammte, war der alte Verbündete Frankreichs; wie hätte der leitende Staatsmann dieser Macht, der Kardinal Fleury, denselben preisgeben können? Und den wichtigen Rheinübergang von Düsseldorf in den Händen eines Pfalzgrafen zu sehen, mußte doch ungleich mehr in französischem Interesse liegen, als wenn derselbe einem Fürsten gehörte, den in solcher Abhängigkeit wie das pfälzische Haus zu erhalten man nicht wohl hoffen durfte. So kam es denn, daß auch aus Paris die positiven Zusicherungen ausblieben. Fleury dachte eine Zeit lang an eine Vermählung eines pfälzischen Prinzen, des Herzogs von Zweibrücken, mit einer von Friedrichs Schwestern, aber Friedrich wies den Gedanken auf das bestimmteste zurück [2]), und auf des Kardinals große Bereitwilligkeit, ihm die Erwerbung von Ostfriesland zu garantieren, hatte er nicht allzu viel Gewicht gelegt.

Hinsichtlich Bergs aber schien man den König einfach an dem dürftigen Vertrage festhalten zu wollen, den sein Vater 1739 mit Frankreich geschlossen hatte, und der ein kleines Stück von Berg, ohne Düsseldorf, Preußen zusprach. Die Verhandlungen, die der französische Gesandte Valori im August 1740 mit Podewils pflog, ließen darüber kaum mehr Zweifel, und als Friedrich am 29. August zu Wesel mit seinem Pariser Gesandten Camas zusammentraf, bestätigte dieser die geringe Neigung des Kardinals Fleury, für die Interessen Preußens in der jülich-bergschen Sache etwas zu thun.

Diese Weseler Zusammenkunft darf als ein Wendepunkt in der Politik Friedrichs betrachtet werden. Es ist das der Moment, wo der König erkannte, daß es fruchtlos sein werde, noch weiter sich um Allianzen in jener Sache bei den europäischen Höfen zu bemühen, und er infolge dessen an die Stelle des bisherigen diplomatischen Drängens eine reservierte Haltung, eine Politik der freien Hand treten läßt.

Wir vermögen für die Chronologie dieser Wandlung auch noch einen

---

1) Andrié, 9. September; Berliner geh. St.-A.

2) An Valori, 27. Juli; Politische Korresp. I, 25.

sehr bestimmten Beleg aus den diplomatischen Verhandlungen mit England beizubringen. Wir sahen bereits, wie der König dem englischen Gesandten in Berlin den 24. August gleichsam als Präklusivtermin gesetzt für Einbringung annehmbarer Propositionen zu einer näheren Verbindung und auch, daß der König gerade in diesem Monate stärker als je in Truchseß dringt, um endlich von den Ministern an Stelle allgemeiner Freundschaftsversicherungen positive Anerbietungen zu erlangen [1]).

Unter dem 14. August, also kurz vor seiner Abreise nach Cleve, schreibt nun der König von Potsdam aus einen bitterbösen Brief an Truchseß, trotz der wiederholten Aufforderungen habe er ihm eine positive und klare Antwort seitens des Wiener Hofes noch immer nicht verschafft; er fülle seine Berichte nur mit unnützen Neuigkeiten, ohne seine Aufträge zu erfüllen, der König habe allen Grund, mit seinem Benehmen unzufrieden zu sein, und er befehle ihm noch ein- für allemal, seine Befehle pünktlich auszuführen, wenn er nicht den Verlust seiner Gnade riskieren wolle [2]). Und darauf folgt dann unter dem 1. September aus Wesel ein Brief gleich beginnend: „Mein lieber Graf Truchseß“ — (lieb war er am 14. August nicht) —, „ich bin zufrieden mit Euch und Eurem Berichte über die günstige Disposition des englischen Hofes und die Erklärungen der englischen Minister darüber 2c., obgleich sie immer in allgemeinen Ausdrücken bleiben“ [3]). Von Jülich-Berg und den Garantieen 2c, von denen sonst in jedem Briefe des Königs an Truchseß nachdrücklich die Rede ist, kein Wort.

Zwischen diesen beiden zuletzt angeführten Briefen, behaupten wir nun, liegt die große Wandlung. Der König hat sich entschlossen, auf die früher so sehr begehrten Zusicherungen der Minister zu verzichten, und Truchseß, wieder zu Gnaden angenommen, kann den englischen Ministern die überraschende Kunde bringen, daß der König mehr Wert lege auf die Freundschaft König Georgs, als auf feierliche Verträge [4]).

Der König selbst schildert in seinen Memoiren diesen Prozeß in folgender Weise. Er habe, erzählt er, den kaiserlichen Hof ebenso wie Frankreich und England gleich kühl für sein Interesse bezüglich der jülich-bergschen Succession gefunden, so daß er sich gezwungen gesehen habe, sich an jene vorläufige Übereinkunft seines Vaters mit Frankreich zu halten, die ihm eine Lisière von Berg zusprach. Er habe also zu wählen gehabt zwischen den zwei Möglichkeiten, sich entweder mit diesem Wenigen zu begnügen oder es auf die Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen. „Diese Gründe“, fährt er fort, „bestimmten mich zu einer Vermehrung des Heeres, für welche ich mir die Mittel durch die Arrangements einer guten Ökonomie verschaffte, — — und welche die Armee um 13 Bataillone stärker machte, als sie bei dem Tode des seligen Königs gewesen war. In dieser Situation habe ich den Ereignissen entgegengesehen, welche die Vorsehung mir zu schicken geneigt sein würde und welche auch nicht lange haben auf sich warten lassen.“ [5])

---

1) Politische Korresp. I, 31. 32.
2) Ebd. S. 36.
3) Ebd. S. 38.
4) So heißt es ausdrücklich in dem Schreiben.
5) Ältere Redaktion, ed. Posner, p. 210.

Wenn wir nun auch dieser Darstellung berichtigend hinzufügen müssen, daß die Vermehrung des Heeres in den Anfang von Friedrichs Regierung fällt, ehe er noch von den Dispositionen der Mächte sich genauer unterrichtet hatte, so konstatiert doch die Darstellung des Königs die von uns im Vorstehenden geschilderte Wendung seiner Politik ganz deutlich, sowie den nunmehr gefaßten Entschluß, sich nur auf sich selbst und sein Heer zu verlassen.

Unter den Ereignissen, auf die sich nun der König gefaßt machen mußte, stand unzweifelhaft der Tod des Kurfürsten von der Pfalz obenan. Derselbe war über 80 Jahr alt, litt an der Wassersucht und war wiederholt schon dem Erstickungstode nahe gewesen. Die Nachricht von seinem Tode konnte alle Tage eintreffen, und der König zögerte nicht, sich auf diesen Fall vorzubereiten.

Noch als Kronprinz hatte er in einem Briefe einmal die Meinung ausgesprochen, wenn der Kurfürst sterbe, empfehle es sich preußischerseits, ohne Zögern beide Herzogtümer, Jülich und Berg, zu besetzen, wo dann diplomatische Intervention höchstens zur Herausgabe von Jülich zwingen könnte, während, wenn man bloß Berg besetzte, man fürchten müßte, auch hiervon noch die Hälfte wieder herausgeben zu müssen [1].

Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß er diese Maxime des schnellen Zugreifens, die wir ihn ja dann auch bei Schlesien zur Anwendung bringen sehen, für diesen Fall sich zurechtgelegt hat. Eben bei jenem Besuch in Wesel (Ende August) ließ er unweit dieser Festung auf der linken Rheinseite die Stelle zu einem verschanzten Lager für 40,000 Mann abstecken und berief seinen erfahrensten Feldherrn, den alten Fürsten von Dessau, zu sich [2].

Eben jetzt aber bot sich eine Gelegenheit, der Welt zu zeigen, wie sehr es dem Könige Ernst war mit dem Entschlusse aus eigener Kraft sich sein Recht selbst zu nehmen, wo es ihm fremde Mißgunst verkümmern wollte, in der Angelegenheit der Herrschaft Herstal, welche aus der oranischen Erbschaft 1732 an Preußen gekommen war, ohne daß es jedoch bisher gelungen wäre, in dieser neuen, so sehr entlegenen Erwerbung dem preußischen Regimente vollkommene Anerkennung zu sichern, hauptsächlich deswegen, weil der Bischof von Lüttich ein Lehensrecht auf die Herrschaft beanspruchte und infolge davon es unternahm, dort Akte der Landeshoheit auszuüben und die Befehle der preußischen Regierung zu annullieren, so daß ein Zustand vollkommener Anarchie hier schließlich eingerissen war, dessen Beseitigung die preußischen Beschwerden beim Reichstage bisher nicht vermocht hatten. Der junge König hatte wohl Neigung gezeigt, hier ernstlich durchzugreifen, aber aufs eindringlichste hatten die Minister Vorstellungen dagegen erhoben. Jetzt in Wesel faßte derselbe die entscheidenden Entschlüsse. Hier war das Billet verfaßt, durch welches der König den Bischof von Lüttich aufforderte, binnen zwei Tagen eine kategorische Erklärung abzugeben, ob er noch weiter seine angebliche Souveränität über Herstal aufrechtzuhalten und die dortigen Aufständigen in ihrem Ungehorsam zu bestärken und zu schützen gedächte [3]. Hier

---

1) An Grumbkow, den 14. Februar 1737. Duncker, Aus der Zeit Friedrichs d. Gr. rc., S. 31. 32.

2) Angeführt bei Droysen, Preußische Politik V, 1. S. 95.]

3) Vom 4. September, Politische Korresp. I, 39.

wurden die Ordres zum eventuellen Einrücken der preußischen Truppen in die Grafschaft Horn erlassen, hier das Manifest aufgesetzt, welches vor dem Reichstage und den Höfen Europas die Maßregel gegen den Bischof rechtfertigen sollte [1]). Der beste Erfolg krönte das kühne Vorgehen. Der Bischof gab nach, und ein Verkauf der Herrschaft, zu dem Preußen immer bereit gewesen war, brachte die ganze Sache zu definitivem Abschlusse.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ward die ganze Sache. An einer für die europäische Politik besonders empfindlichen Stelle in einer Gegend, wo die Interessen einer großen Anzahl von Mächten, Frankreichs, Österreichs, Hollands, Englands zusammentrafen, hatte der junge König furchtlos durch bewaffnetes Auftreten ein lange verweigertes Recht sich selbst genommen, hatte den durch die ängstlich behutsame Politik seines Vaters gesunkenen Kredit der preußischen Politik wieder zu Ehren gebracht und den entschiedensten Erfolg davongetragen. Keine der Mächte war ihm entgegengetreten, ein verurteilendes Reskript des Reichshofrates erschien erst lange nachdem der Bischof nachgegeben hatte, und hatte nur die Wirkung, dem König zu zeigen, wessen er sich von der Freundschaft Österreichs zu versehen hatte.

Die Lehre, die aus dem Ganzen zu ziehen war, daß mit einem kühnen Wagen und einem tüchtigen gerüsteten Kriegsheere viel zu erreichen sei, war für den jungen Monarchen nicht verloren, und die Welt mochte sich darauf gefaßt machen, bei dem Tode des pfälzischen Kurfürsten durch eine kühne That des Königs von Preußen überrascht zu werden. Die verschiedenen Befehlshaber der preußischen Truppen in den westfälischen Provinzen hatten bestimmte eventuelle Ordres auszuführen in dem Augenblick, wo sie die Nachricht von dem Tode des Kurfürsten empfangen würden, und der preußische Resident in Mannheim erhielt unter dem 17. Oktober die Weisung, sowie dieser Fall eintrete, sofort dem Generallieutenant v. Dossow, sowie den Generalmajors v. Leps und Prinz Dietrich von Anhalt und auch dem Obersten Beaufort schleunige Nachricht zukommen zu lassen [2]). An einer Feldverschanzung bei Büderich, in welcher einige Regimenter Infanterie und Kavallerie vorläufig Aufstellung nehmen und das Herankommen des eigentlichen Heeres abwarten konnten, ward im Oktober eifrig gearbeitet [3]).

Dagegen trat auf dem diplomatischen Gebiete jetzt eine gewisse Windstille ein, nur mit Rußland wurden über eine den Rücken deckende Defensivallianz, für welche die Garantie von Kurland der Preis sein sollte, erfolgreiche Unterhandlungen gepflogen [4]). Mit England beschränkten sich die Verhandlungen, obwohl man in London jetzt eher Ernst zu zeigen bereit war, doch immer noch auf den Austausch leerer Freundschaftsversicherungen. Aber auch Frankreich gegenüber ward das Verhältnis kühler. Von dem Projekte einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kardinal, von der Friedrich sich früher etwas zu versprechen schien, war jetzt keine Rede mehr. In der jülich-bergschen Sache nahm der König die Miene an, als wolle er sich mit der Lisière von 1739

---

1) Preußische Staatsschriften, ed. Koser I, 15.

2) Politische Korresp. I, 67.

3) Angeführt bei Ranke, Ges. Werke XXVII, 315. Statt Bürich ist wohl Büderich zu lesen.

4) Politische Korresp. I, 62.

und dem Versprechen der guten Dienste des Kardinals um den pfälzischen Kurfürsten zu einer Vergrößerung des preußischen Anteiles zu bewegen begnügen. Im übrigen aber billigte er Podewils Rat, sich Frankreich gegenüber sehr in Reserve zu halten, vollkommen [1]) und lehnt schließlich es geradezu ab, eine Allianz mit Frankreich zu schließen [2]). Sonst aber vermied er es, selbst mit Podewils über die allgemeine Situation und seine besonderen Pläne zu sprechen, und wenn letzterer seine Befürchtungen aussprach, daß im Falle einer europäischen Krise Preußen isoliert stehen werde, begegnete er nur einem entmutigenden Schweigen [3]).

Es wurde politisch immer stiller am Berliner Hofe. Der König, nach Rheinsberg zurückgezogen, ließ seinen Anti-Machiavell erscheinen, berief Voltaire, den er am 11. September zum ersten Male sah, schrieb französische Verse, engagierte für Rheinsberg eine französische Schauspielertruppe, kurz, er schien vorzugsweise seinen schönwissenschaftlichen Neigungen leben zu wollen.

Aus dieser Stille riß ihn nun nicht die erwartete Nachricht vom Tode des Kurfürsten, sondern die sehr unerwartete Kunde, daß der letzte männliche Sprosse aus dem Hause der Habsburger ins Grab gestiegen sei.

Wohl hatte auch diese Eventualität bereits den König beschäftigt; schon in der erwähnten Flugschrift von 1738 hat der damalige Kronprinz diesen Fall und seine mögliche Ausnutzung durch Frankreich ins Auge gefaßt, und wir sahen oben, wie schon bei der Sendung des Obersten Camas nach Paris derselbe den Auftrag erhielt, etwaigen Spekulationen, welche man dort auf den Tod des Kaisers bauen wollte, nachzuforschen. Als sich dann die Nachricht verbreitete, daß der verschuldete Kurfürst von Köln, auch ein Wittelsbacher, bedeutende Summen von Frankreich erhalten habe, erklärte der König es sogleich für eine Sache von der allergrößten Wichtigkeit, zu ergründen, welche Verpflichtungen wohl der Kurfürst bei dieser Gelegenheit übernommen habe [4]). Bald nachher hatte man denn von Frankreich aus Preußen ganz direkt auf jene Eventualität verwiesen und am 19. August durch Valori an Podewils erklären lassen, mit Frankreich sich verstehend könne der König beim Tode des Kaisers auf mehr als eine Weise seinen Vorteil finden [5]). Und zu derselben Zeit riet der Kardinal dem Obersten Camas gegenüber, der König möge dem Pfälzer Hause einen kleinen Vorteil gönnen, eine Allianz mit diesem Hause werde ihm seiner Zeit von außerordentlichem Nutzen sein können [6]).

Camas mochte bei der Zusammenkunft in Wesel dem Könige mündlich noch Näheres von diesen Plänen und den Intentionen des Kardinals mitgeteilt haben, und das Ganze hat wohl zu dem damals gefaßten Entschlusse, sich für alle Fälle freie Hand zu behalten, erheblich mitgewirkt. Wie sehr diese Kombinationen ihn gerade damals beschäftigt haben, mögen wir daraus er-

---

1) An Podewils, den 10. September; Politische Korresp. I, 44.
2) An Podewils, den 22. September; Politische Korresp. I, 49.
3) Aufzeichnungen des dänischen Gesandten Prätorius, Neue Berliner Monatsschrift XII, 18.
4) An Chambrier in Paris, 23. Juli 1740; Politische Korresp. I, 22.
5) Angeführt bei Droysen V, 1. S. 93.
6) Ebd. S. 85.

kennen, daß er noch von Wesel aus seinen Gesandten in Dresden beauftragt, zu erforschen, welche Pläne der Kurfürst, der ja als Gemahl einer Tochter Kaiser Josephs I. auch eventuelle Ansprüche erheben konnte, für den Fall des Todes Karls VI. gefaßt habe [1]), und gleichzeitig auch seinem Minister Podewils aufträgt, den bayerischen Gesandten Grafen Törring durch Freundlichkeiten zu gewinnen und ihm zu sagen, der König werde einen besonderen Gesandten nach München schicken [2]).

Im September glaubt man in Berlin bereits genaue Kunde von einem zwischen Frankreich und Bayern geschlossenen Subsidienvertrage zu haben, der die pragmatische Sanktion, jenen Vertrag, durch welchen Karl VI. seiner Tochter Maria Theresia die Erbfolge in allen seinen Landen zugesichert hatte, dann ernstlich alterieren müsse, und der preußische Gesandte in Wien erhielt den Auftrag, nachzuforschen, ob man dort davon wisse, und was man dem gegenüber zu thun gedenke [3]).

Dem König konnte, wenn er diese Eventualität ins Auge faßte und bedachte, daß er auf diese hin von Frankreich vertröstet werden sollte, nicht wohl entgehen, daß dies ein Wechsel sei, der möglicherweise noch recht lange laufen könnte; der Kaiser war 55 Jahre alt und erfreute sich guter Gesundheit. Anderseits bot diese Eventualität und der europäische Konflikt, der sich daraus entspinnen sollte, ihm offenbar manche Chancen. Nur war für ihn dabei der Kurs seiner Politik nicht leicht zu steuern. Auf der einen Seite trieb ihn die neue Hoffnung ganz unvermeidlich in gewisser Weise in Frankreichs Fahrwasser. War es doch diese Macht allein, von der er hoffen konnte, daß sie jene Frage aufwarf, die ihm Chancen eröffnen sollte, die große Karte ausspiele, die auch ihm Gewinn verhieß, das Wasser trübe, in dem er dann fischen wollte. Es konnte ihm nicht entgehen, daß ohnehin bei der so sehr vorsichtig berechnenden, fast zaghaft zu nennenden Sinnesart des Kardinals Fleury es zu einem kühnen Vorgehen Frankreichs nur schwer würde kommen können; um so mehr mußte es geboten scheinen, zu einem solchen anzulocken, Hoffnungen auf Beistand zu erwecken, ein Interesse an jenen Plänen zu zeigen.

Aber aus dem Locken durfte keine vollständige Hingabe werden, daß nicht vielleicht der Kardinal mit Preußen und den Wittelsbachern sich eine deutsche Klientel zu bilden versuchte, die er dann im geeigneten Momente in den Krieg hetzte und für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen ließe. Um die Chancen des vorausgesetzten Konfliktes recht ausnutzen zu können, mußte Preußen noch nicht thatsächlich gebunden sein, noch die Freiheit haben, im Augenblicke der Krise sich nach der Seite zu wenden, wo ihm die größten Vorteile winkten. So handelt nun auch der König, zeigt ein gewisses Interesse für die französischen Pläne, entzieht sich aber sorgfältig jedem ernsteren Engagement mit dieser Macht, behält sich vielmehr durchaus freie Hand vor.

So wie sich nun der Blick des Königs auf jene Eventualität richtete und den Anteil ins Auge faßte, den Preußen aus der Erbschaft Karls VI. begehren könnte, so konnte kaum etwas anderes in Frage kommen, als Schlesien, das der Mark benachbart, das Quellland einer der Hauptströme des preußischen

---

1) Den 3. September, Politische Korresp. I, 38.
2) Den 31. August, ebd. S. 37.
3) An den Gesandten v. Borcke in Wien, 24. September 1740; ebd. S. 50.

Staates war, eine reich gesegnete Provinz, auf die das hohenzollernsche Haus alte Ansprüche hatte.

Es war dem König wohl bekannt [1]), daß bereits sein Ahne, der große Kurfürst, als zu seiner Zeit schon einmal der Ausgang des habsburgischen Mannsstammes bevorzustehen schien, für diesen Fall eine schleunige Besitznahme Schlesiens und Geltendmachung seiner Ansprüche in Aussicht genommen hatte [2]), und Friedrich war ganz der Mann dazu, den Plan seines großen Vorfahren mit all der erforderlichen Kühnheit zur Ausführung zu bringen.

Der König soll nachmals 1741 geäußert haben, „obwohl er schon seit langen Jahren auf Schlesien gezielt, habe er dennoch behufs dieses Augenmerkes zum voraus nicht das geringste Verständnis mit einiger anderer Macht getroffen, sondern vielmehr die stracks nach dem Antritte seiner Regierung von allen Orten ihm angetragenen Allianzen abgelehnt und ehender keine eingegangen, als bis er es nötig ermessen“ [3]), und unmittelbar nach des Kaisers Tode schreibt er an seinen Freund Algarotti: „Ich werde nicht nach Berlin gehen. Eine Bagatelle, wie es der Tod des Kaisers ist, verlangt keine großen Anstrengungen; alles war vorgesehen, alles war arrangiert. Also handelt es sich nur darum, Pläne zur Ausführung zu bringen, die ich seit langer Zeit in meinem Kopfe gewälzt habe.“ [4]) Allerdings sind das Worte, die man nicht allzu ernsthaft nehmen darf, wofern man nicht geneigt ist zu glauben, daß der König den Tod des Kaisers wirklich für eine Bagatelle angesehen habe. Es ist doch mehr ein übermütiger Scherz, wie ein solcher dem König namentlich in jener Zeit gar nicht fern gelegen hat.

Es ist nicht unmöglich, daß der König seit Jahren im stillen daran gedacht habe, bei dem Tode des Kaisers die Ansprüche seines Hauses auf Schlesien geltend zu machen; aber gewiß ist auch, daß diese Gedanken ihm erst näher gerückt worden sind durch die Kunde von den Intentionen Frankreichs für denselben Fall, und daß er seitdem erst sich den früher von ihm selbst gesuchten [5]) Allianzen entzogen und freie Hand sich zu bewahren beschlossen hat. Er hat sich auch nachmals für jene Eventualität gerüstet gezeigt, insofern ein Fürst, der ein ansehnliches Kriegsheer auf den Beinen und einen gefüllten Schatz sein nennt, für alle Eventualitäten gerüstet ist; daß er aber speziell für den Anschlag auf Schlesien alles vorgesehen und vorbereitet habe, läßt sich wohl kaum im Ernste jenem Briefe an Algarotti entsprechend behaupten.

Es fällt doch auf, daß wir auch nicht die kleinste Andeutung aus der Zeit vor dem Tode des Kaisers dafür anzuführen vermögen, daß der König sich näher mit dem Gedanken einer Besetzung Schlesiens beschäftigt habe. Auch wenn wir dabei nicht an Erörterungen mit seinen Ratgebern denken, die er

---

[1]) Der König an Rochow, 12. November 1740; Politische Korresp. I, 100.

[2]) Wir kommen in dem Abschnitte über die preußischen Ansprüche auf Schlesien noch einmal darauf zurück.

[3]) So versichert der hannöversche Gesandte aus dem eigenen Munde des Königs gehört zu haben. Mitteilungen aus seinen Berichten ed. Grünhagen, Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1875, S. 614.

[4]) Oeuvres de Fr. XVIII, 20.

[5]) Daran ist doch im Widerspruche mit jener von Schwichelt gehörten Äußerung festzuhalten.

vielleicht prinzipiell meiden wollte, so hätte es doch wenigstens nahe gelegen, in irgendwelcher Form Erkundigungen einzuziehen über die Verhältnisse, denen er bei einer Unternehmung nach der schlesischen Seite hin begegnen mußte, aber es ist auch nicht das Geringste nach dieser Richtung hin bekannt geworden. Die einzige Erwähnung Schlesiens erfolgt in dem Zusammenhange, daß, als im September 1740 ein jüdischer Emissär im Auftrage der österreichischen Regierung nach Berlin kommt um dort eine Anleihe zu vermitteln, für welche ein Stück Schlesien an den brandenburgischen Grenzen verpfändet werden sollte, der König gegen seinen Minister Podewils seine eventuelle Geneigtheit dazu ausspricht [1]).

Es war dies im Grunde sehr erklärlich; man mag eine Eventualität, welche im natürlichen Laufe der Dinge noch ebenso gut zwanzig Jahre auf sich warten lassen kann, wohl ins Auge fassen, auch mit Rücksicht auf eine solche mit der Eingehung dauernder Verpflichtungen doppelt vorsichtig sein, aber man kann sich nicht ernstlich auf solche Eventualität rüsten, die vielleicht erst in ferner Zeit und unter ganz abweichenden Konstellationen eintreten kann.

Wie könnte man es unternehmen zu berechnen, wie alles gekommen wäre, wenn nach dem sonst vorauszusehenden natürlichen Laufe der Dinge nicht der Kaiser, sondern der Kurfürst von der Pfalz 1740 das Zeitliche gesegnet hätte? Wer wollte es dem ungeduldigen, ehrgeizigen Sinne des jungen Königs zutrauen, daß er dann stillgesessen, sich mit der von Frankreich 1739 koncedierten Lisière begnügt und eventuell eine geheime Zusicherung des Kardinals über eine spätere Entschädigung bei dem Tode des Kaisers als Zahlung angenommen hätte? Oder hätte dann Frankreich, wenn Friedrich damals Berg und ein Stück von Jülich an sich gerissen, sich mit der Erklärung Friedrichs begnügen lassen sollen, er habe das Stück Land nur „als Tauschobjekt" in Besitz genommen und gedenke es bei dem Tode des Kaisers gegen ein mehr oder minder großes Stück von Schlesien wieder herauszugeben? Das eine wie das andere ist kaum zu denken. Derartige Verfügungen auf unbestimmte Zeit hinaus über das Eigentum eines dritten haben so viel Mißliches, daß beide Teile ihnen aus dem Wege gegangen wären. Gewiß scheint uns das eine, daß, wäre der Tod des Kurfürsten früher erfolgt, König Friedrich kühn zugegriffen hätte, wir dürfen das aus seiner Sinnesart schließen ebenso wie aus den Vorbereitungen, die er bereits getroffen hatte. Ein solches kühnes, selbständiges Vorgehen mochte unzweifelhaft einen großen bedingungslosen Erfolg versprechen, aber die letzten Konsequenzen davon, die politische Konjunktur, die daraus entstehen konnte, hätte menschlicher Scharfsinn doch wohl kaum im voraus berechnen und nicht abmessen können, ob nicht dieses Vorgehen schließlich späteren Plänen auf Schlesien präjudizierlich sein könnte. Und ein so rasch entschlossener, heißblütiger Politiker, wie Friedrich damals war, hätte auch sehr wahrscheinlich wenig darnach gefragt. Er hätte sich bestrebt, den gegebenen Moment auszunützen, von der Gunst der Konjunktur seinen Vorteil zu ziehen, ohne sich in seinem Handeln durch den Gedanken an eine andere, möglicherweise noch sehr fernliegende Eventualität hemmen zu lassen.

Alles in allem betrachtet, war es für die schlesischen Pläne Friedrichs

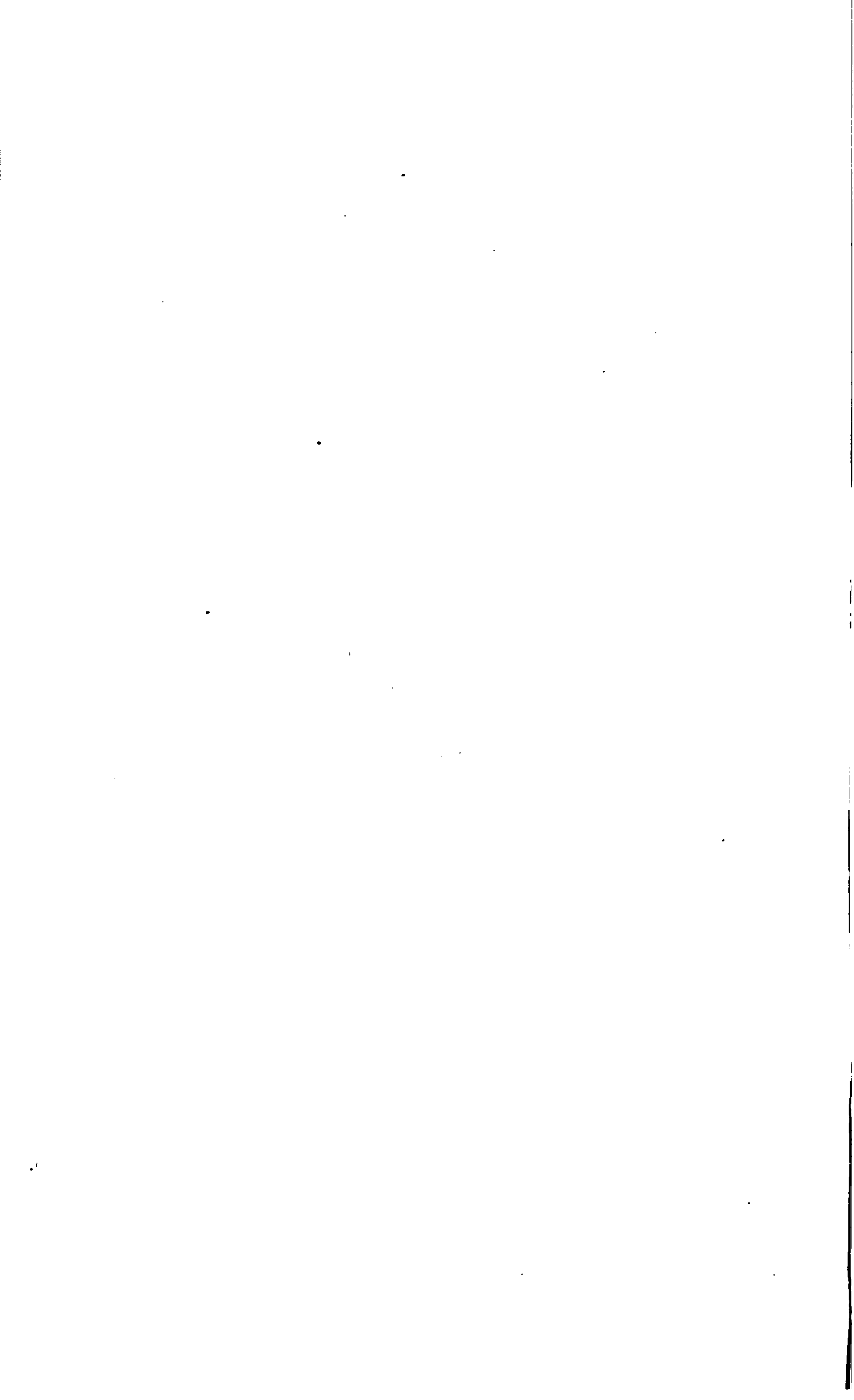
---

[1]) Der Bericht des Ministers datiert vom 10. September, die Antwort des Königs vom 22.; Politische Korresp. I, 50.

ein Glücksfall, daß Karl VI. vor dem Kurfürsten gestorben ist. Kam es anders, so war der Kampfplatz ein viel ungünstigerer, die Verhältnisse verwickeltere, das zu erreichende Ziel unvergleichlich geringer, und alles Genie des Königs hätte die Ungunst der Umstände nicht ausgleichen können, ja seine wesentlichste Eigenschaft, die thatendurstige kühne Entschlossenheit, würde aller Wahrscheinlichkeit nach ihn hier weiter getrieben haben, als sonst rätlich gewesen wäre. Zum Heile Preußens und Deutschlands fand der junge König gleich an der Schwelle seiner Regierung auch die Bahn eröffnet, auf der ihm ein Ziel winkte, wert, alles dafür einzusetzen.

Erstes Buch.

Der Entschluß und die fruchtlosen Versuche einer Verständigung.



Erstes Kapitel.

Friedrich am Rubicon [1]).

Wenn in den Erwägungen der europäischen Politiker auch hier und da die Eventualität des Todes Kaiser Karls VI. in Betracht gezogen worden war, so mußte dieselbe dem gewöhnlichen Laufe der Dinge nach doch als etwas sehr Fernliegendes angesehen werden. Karl war 55 Jahre alt und von kräftiger Körperbeschaffenheit, welche durch stete Bewegung auf der Jagd und zu Pferde zu stählen er sich eifrig angelegen sein ließ. Auch im Herbste 1740 war er, wie fast alljährlich, nach einem an der ungarischen Grenze gelegenen Schlosse Halbthurn übergesiedelt, um dort des Weidwerks zu pflegen. Aber bald bewogen ihn die Folgen einer Erkältung [2]), welche ernsterer Natur schien, zur Rückkehr nach Wien. Die Krankheit wuchs schon auf der Reise, und seine Tochter und Erbin fand bei dem Wiedersehn den Vater auf das erschreckendste entstellt, er selbst ahnte einen schlimmen Ausgang. Am 20. Oktober 1740, Morgens 2 Uhr, starb der letzte Kaiser aus dem Hause Habsburg. Er hatte auf das schmerzlichste bedauert, daß es ihm versagt geblieben war, aus der Ehe seiner Tochter einen männlichen Sprößling hervorgehen zu sehen, als ein Unterpfand des Weiterblühens seines Geschlechtes; aber seine Zuversicht, daß das große Werk seines Lebens, die pragmatische Sanktion, jene Festsetzung, welche seine gesamten Lande seiner Tochter Maria Theresia hinterließ und welche von allen europäischen Mächten anerkannt worden war, unverrückt und unangefochten bleiben werde, war kaum jemals erschüttert worden.

Kuriere trugen jetzt die große Nachricht in alle Welt hinaus [3]). Am Abend des 25. Oktober erreichte sie Berlin und am nächsten Morgen den

1) Der König selbst gebraucht diesen Ausdruck in einem noch näher anzuführenden Briefe vom 16. Dezember.

2) Die oft wiederholte Geschichte, daß der Kaiser sich an einem Gerichte von Pilzen vergiftet habe, tritt unmittelbar nach Karls Tode auf; ein Bericht an die Äbtissin von Quedlinburg von ihrem Agenten in Berlin, datiert den 28. Oktober, hat bereits diese Nachricht. Berliner Nachrichten aus dem Beginne der schlesischen Kriege, mitgetheilt von Grünhagen, Zeitschr. für preuß. Gesch. 1878.

3) Die in der vorigen Anmerkung näher bezeichneten Berichte führen an, es seien der Sitte nach unmittelbar nach dem Tode des Kaisers die Thore der Residenz gesperrt gewesen; doch da der preußische Gesandte v. Borck auf die erste Nachricht von der Erkrankung des Kaisers für alle Fälle einen Kurier in der Nähe der Stadt bereit gehalten habe, sei es ihm möglich geworden, an diesen dann die wichtige Nachricht gelangen zu lassen. Diese Darstellung gewinnt eine gewisse Wahrscheinlichkeit durch das besondere Lob, welches der König seinem Gesandten erteilt für die promptitude, mit welcher er das wichtige Ereignis ihn habe wissen lassen. Politische Korresp. I, 82.

stillen Musensitz von Rheinsberg, wo der junge König damals in tiefer Zurückgezogenheit Hof hielt, sich französische Schauspiele aufführen ließ, mit Voltaire korrespondierte, an eine Umarbeitung seines Antimachiavells dachte und den Kreis litterarischer Freunde, den er hier um sich versammelte, noch zu erweitern beabsichtigte. Noch am 24. Oktober schreibt er in dieser Absicht an den witzigen Verfasser des Vert-Vert Gresset, dessen Verse ihn entzückten, verspricht ihm volle Freiheit für seine litterarische Arbeit: „Wir haben Städte, aber wir haben auch Landhäuser, und man kennt trotz des Drangs der Geschäfte den ganzen Wert eines ruhigen und fleißigen Lebens, vielleicht des einzig glücklichen in dieser Welt“ [1]).

Aus dieser friedlichen Zurückgezogenheit rief nun die große Nachricht den König in ein Leben voll Sturm und Drang. Als sie eintraf, zögerte man, sie ihn wissen zu lassen, er litt gerade an einem Anfalle des Wechselfiebers, das er von seiner Rheinreise mitgebracht und das ihn noch nicht verlassen hatte, da die Ärzte, obwohl er es selbst wünschte, das Heilmittel der Chinarinde, welches damals noch für ein bedenkliches Mittel galt, anzuwenden Anstand genommen hatten. Erst als der Anfall vorüber war, ließ man den Kurier vor.

Es kommt nicht viel darauf an, ob er die Nachricht ohne ein äußeres Zeichen von Bewegung empfangen hat, oder ob er, wie von anderer Seite versichert wird, erblaßt ist [2]). Gefühlt hat er es sicher, daß ihn sein Schicksal rief, daß die Stunde des Handelns gekommen sei. Der junge König war ein Mann der schnellen Entschlüsse, und daß er damals erst den großen Entschluß gefaßt hat, der über sein Leben entscheiden sollte, ist kaum zu bezweifeln, wenn er gleich wohl bereits früher die Eventualität ins Auge gefaßt haben mochte. Denn daß der König auf ein Ereignis, welches ganz ebenso gut erst vielleicht 20 Jahre später eintreten konnte, seine ganze Rechnung sollte gestellt, sich darauf gerüstet und gleichsam darauf gewartet haben, kann füglich nicht angenommen werden [3]). Dem ungeduldigen Temperamente des jugendlichen Herrschers würde eine solche Politik wenig zugesagt haben. Aber nun das Unerwartete geschehen war, entschied er sich schnell, mit allem Nachdruck einzutreten, um die Chancen, die sich ihm hier bieten konnten, zu benutzen.

Jetzt hatte er keine Zeit mehr krank zu sein; ohne die Ärzte zu fragen, griff er zum Chinin, das denn auch, wenngleich erst nach einigen Tagen, seine Wirkung that, und sein Kabinetsrat Eichel erhielt den Auftrag, den Feldmarschall Schwerin und den Minister Podewils schleunigst nach Rheinsberg zu beschei-

---

[1]) Oeuvres de Fr. XX, 3. Der Brief erscheint um so bedeutsamer, wenn man erwägt, daß damals der König bereits durch seinen Wiener Gesandten Nachricht von der ernsten Natur der Erkrankung des Kaisers hatte (vgl. die Ausführungen bei Droysen V, 1. S. 136).

[2]) Das erstere berichtet der allerdings sonst wenig zuverlässige Bielefeld, der aber damals selbst in Rheinsberg war, in seinen Memoiren I, 128; das zweite Ranke, Ges. Werke XXVII, 325 Anm., aus einem Berichte Valoris, der aber auch wieder nur von Hörensagen Kunde haben konnte.

[3]) Droysen hat einen besonderen Aufsatz anscheinend wesentlich zu dem Zwecke geschrieben, die Darstellung Rankes, welcher den König den großen Entschluß erst auf die Nachricht von des Kaisers Tode fassen läßt, zu bekämpfen unter dem Titel: „Friedrichs d. Gr. politische Stellung im Anfang des schlesischen Krieges“, Abhandlungen S. 265.

den. Wir mögen der beiden Männer, denen in den folgenden Ereignissen so bedeutungsvolle Rollen beschieden waren, noch mit einigen Worten gedenken. Beide stammten aus alten pommerschen Adelsgeschlechtern. Kurt Christoph v. Schwerin war damals 55 Jahre alt; von früher Jugend an im Kriegshandwerk aufgewachsen, hatte er zuerst unter holländischer Fahne bei Ramillies und Malplaquet mitgekämpft, war dann in die Dienste des mecklenburgischen Herzogs Carl Leopold getreten und hatte als Führer von dessen Truppen 1718 einen Sieg über die hannöverschen Exekutionstruppen erfochten. Als dann 1720 Vorpommern, wo seine väterlichen Güter lagen, an Preußen kam, trat er in die Dienste dieser Macht und avancierte unter Friedrich Wilhelm I., der ihn auch zu diplomatischen Sendungen gebrauchte, schnell bis zum Generallieutenant. Auch Friedrich fand Gefallen an Schwerin, der, obwohl Kriegsmann durch und durch und von größter persönlicher Bravour, wie denn die etlichen 20 Schlachten und 12 Belagerungen, die er durchgemacht zu haben sich rühmte, seinem Körper zahlreiche Andenken zurückgelassen hatten, dabei doch eine höhere, auf verschiedenen Universitäten erlangte Bildung und vielseitigere Interessen an den Tag legte, überhaupt auch die militärischen Dinge von größeren Gesichtspunkten aufzufassen vermochte, für kühne Unternehmungen Sinn und Verständnis hatte, lauter Eigenschaften, die der junge König gerade bei dem Manne, der sonst am Hofe seines Vaters als die höchste Autorität in militärischen Dingen galt, dem alten Fürsten von Dessau, nicht in dem gewünschten Maße finden mochte. Es hatte daher bereits eine gewisse demonstrative Bedeutung, als der junge König im Juli 1740 den Generallieutenant Schwerin, dem er bereits die Grafenwürde verliehen, zum Feldmarschall ernannte. Die nunmehrige Berufung nach Rheinsberg war dann eine weitere Konsequenz der Wahl, die der König getroffen hatte.

Der Zweite der Berufenen, Heinrich v. Podewils, war ein Diplomat, der langsam am Hofe Friedrich Wilhelms emporgekommen war, wesentlich gefördert durch den mächtigen Einfluß seines Schwiegervaters Grumbkow, des Günstlings Friedrich Wilhelms I. Als im Sommer 1740 der greise Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Thulemeyer, gestorben war, fielen seine Geschäfte den beiden Räten des Departements, Podewils und Borcke, zu, doch konnte keiner von beiden sich eigentlich rühmen, ein vertrauter Ratgeber des jungen Königs zu sein. Derselbe vermied eigentliche Diskussionen, forderte eventuell schriftliche Gutachten ein und überließ seinen Räten nur die Ausführung der aus dem Kabinet kommenden Weisungen; erst eben jene Berufung nach Rheinsberg sollte den Anfang eines näheren Verhältnisses bilden [1]).

Die beiden Ratgeber vertraten im Grunde zwei sehr entgegengesetzte Prinzipien. Während Schwerin für eine Art von militärischem Heißsporn, einen kühnen Draufgänger galt [2]), war Podewils' Eigentümlichkeit eine sehr

[1]) Zur Beurteilung beider Persönlichkeiten mag auf die Berichte des hannöverschen Gesandten Schwichelt verwiesen werden, welche ich in der Zeitschrift für preußische Geschichte 1875, S. 617 ff., herausgegeben, und die allerdings bei der argen Animosität des Berichterstatters nur mit großer Vorsicht benutzt werden können, aber doch manches Körnchen Wahrheit enthalten dürften.

[2]) Schwichelts Aufzeichnungen a. a. O. S. 617.

vorsichtig abwägende Bedächtigkeit [1]). Vielleicht gerade deswegen hat der junge König gerade diese beiden zu sich beschieden. Im Augenblick der großen Entscheidung stellte er neben sich auf die eine Seite die kühne Tapferkeit, auf die andere die weise Vorsicht.

Am 27. Oktober reiste Podewils von Berlin ab. Neugierige erfuhren, er solle der Abschiedsaudienz des Baron Horion, Gesandten des Bischofs von Lüttich, in der Herstaller Angelegenheit beiwohnen [2]). Er selbst wußte es besser und hat es sicherlich sehr in der Ordnung gefunden, daß jene wichtige Nachricht der von ihm selbst beklagten diplomatischen Unthätigkeit Preußens ein Ziel setzen zu sollen schien. Auf das aber, was er in Rheinsberg erfuhr, ist er schwerlich gefaßt gewesen.

Am 28. Oktober eröffnete der König den beiden berufenen Ratgebern seine Absicht, die günstige Lage, in der er sich befände, zur Erwerbung von Schlesien zu benützen, es würde dies die ansehnlichste Vergrößerung sein, welche sich seit langer Zeit geboten habe, im höchsten Maße solid und seinem Ruhme wie der Größe seines Hauses höchst förderlich, selbst wenn man dafür die Succession von Jülich und Berg preisgeben müßte, welches doch von geringerer Bedeutung sei als ganz Schlesien, das bei der Nachbarschaft seiner anderen Staaten und den großen Hilfsquellen des reichen, blühenden und wohlbevölkerten Landes seine Macht wesentlich vermehren würde [3]).

Zur Erreichung dieses Zieles schienen sich nach des Königs Meinung zwei Wege darzubieten, entweder nämlich so, daß Österreich sich gutwillig bewegen ließ, als Preis der thatkräftigen Unterstützung Preußens in den schweren Gefahren, welche nach dem Tode Karls VI. die österreichische Monarchie bedrohten, eine ansehnliche Landabtretung in Schlesien zu gewähren, oder aber, daß, im Falle Österreich auf keine Weise zu solchem Schritte bewogen werden könne, Preußen sich mit den Mächten, welche, wie vorauszusetzen war, die pragmatische Sanktion anfechten würden, Baiern, Sachsen und Frankreich, verbände. In jedem Falle aber hielt der König es für geboten, sich in den Besitz Schlesiens zu setzen, weil man, im Besitze eines Landes, über dessen Abtretung mit viel größerer Aussicht auf Erfolg verhandeln könne, als wenn man dieselbe nur im Wege einer gewöhnlichen Unterhandlung erlangen solle [4]).

Es hat sich nun an diese Eröffnungen am 28. Oktober eine lange und lebhafte Debatte geknüpft, welche den König so in Anspruch genommen hat, daß er, sonstiger Gewohnheit entgegen, bei der Tafel der Königin nicht erschien, sondern sich in seinem Arbeitszimmer mit seinen beiden Vertrauten servieren ließ [5]).

---

[1]) „Einen Zitterer von Natur" nennt ihn der französische Gesandte Valori (Mémoires II, 78).

[2]) Des dänischen Gesandten Prätorius Gesandtschaftsbericht (Neue Berl. Monatsschrift XII, 19).

[3]) Anführung der von Podewils und Schwerin hierüber entworfenen Denkschrift, abgedr. Polit. Korresp. I, 74. Zur Interpretation derselben möchte ich dann noch auf meinen Aufsatz: „Friedrich der Große am Rubicon" (Sybels Hist. Zeitschr. XXXVI, 107 ff.) verweisen.

[4]) Worte, welche die erwähnte Denkschrift gebraucht. Daß die Absicht des Königs, mit der Besetzung Schlesiens zu beginnen, bereits am 28. Oktober den beiden Ratgebern kundgethan worden, glaube ich in dem angeführten Aufsatze (S. 110, Anm. 3) wahrscheinlich gemacht zu haben.

[5]) Prätorius a. a. O. S. 21.

So viel wir aus einigen Andeutungen schließen können, hat namentlich Podewils es für seine Pflicht gehalten, Bedenken gegen den Plan des Königs geltend zu machen [1]), und gegen die Absicht, jene wohlbegründeten, eigentlich von aller Welt anerkannten jülich-bergschen Ansprüche anderen ungleich mehr bestreitbaren zu opfern.

Doch was am allermeisten bedenklich erschien und auch auf die beiden Ratgeber geradezu alarmierend wirkte, war jener angekündigte Entschluß des Königs, sofort in Schlesien einrücken, die beanspruchte Provinz sogleich militärisch besetzen zu wollen. Diese schnelle Hinüberführung eines Entwurfes auf das Gebiet der Thatsachen schien eine ganz unübersehbare Tragweite haben zu können. Fast unvermeidlich schien diese Maßregel zu einem Angriffskriege führen zu müssen, und sobald die Frage auftrat, ob man sich um des neuen Planes willen schleunigst in einen Angriffskrieg stürzen solle, dessen Ausdehnung so wenig wie seinen Ausgang irgendjemand hätte vorher bestimmen können, verlor jede andere Erwägung ihre Bedeutung.

Inmitten der matten Atmosphäre, die damals über ganz Europa lagerte, hatte man ein Gefühl der Schwüle, wie vor einem großen Unwetter; allerorten glaubte man Brennstoffe sich anhäufen zu sehen, so daß, wenn irgendwo das Feuer ausbreche, ein allgemeiner Brand zu befürchten sei. Wenn in staatsmännischen Kreisen die Möglichkeit besprochen wurde, daß Frankreich in dem Kampfe zwischen England und Spanien für das letztere Partei ergreifen könne, dann fand auch die Meinung keinen Widerspruch, daß dies das Signal zu einem allgemeinen europäischen Kriege werden müsse [2]). Ebenso verknüpften sich in den Herzen der Zeitgenossen Befürchtungen großer Umwälzungen und Kämpfe mit dem Gedanken an ein Hinscheiden des Kaisers [3]).

Unter solchen Umständen den Funken zu werfen, der Europa in Brand stecken konnte, zeigt sich nun der junge König von Preußen entschlossen, nicht durch eine widrige Verkettung von Umständen zum Kampfe gedrängt, sondern aus eigenem, freien Antriebe, um seinem Hause eine Vergrößerung, sich selbst Ruhm zu verschaffen, nicht nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel zu Thätlichkeiten greifend, sondern mit diesen beginnend, um der Vorteile einer gelungenen Überraschung teilhaftig zu werden, nicht gestützt auf mächtige Allianzen, sondern allein und isoliert vorgehend.

Man braucht nicht gering von den beiden Ratgebern zu denken, um es erklärlich zu finden, wenn sie vor der Verantwortung, solchen Plan durch Mitraten gefördert zu haben, erschraken, wenn sie in dem Entschlusse der sofortigen Besetzung Schlesiens einen Ausfluß jugendlicher „Hitze“ zu erkennen glaubten, den energisch zu bekämpfen ihre Pflicht sei, und zugleich der beste Dienst, welchen sie dem jungen Herrscher erweisen könnten. Podewils versichert, alles gesagt zu haben, was sich hätte geltend machen lassen [4]). Was Schwerin anbetrifft, so scheint dieser sich von vornherein, indem er vermut-

[1]) Ein Brief von Podewils an Schwerin vom 3. Mai in deutscher Übersetzung mitgeteilt in meinem mehrfach citierten Aufsatze „Friedrich am Rubicon“ (S. 123).

[2]) Ein solches Gespräch, wo sich auch Podewils in ähnlichem Sinne geäußert, führt Prätorius a. a. O. S. 18 an.

[3]) Kahlert, Breslau vor 100 Jahren; Auszüge aus dem Steinbergerschen Tagebuche (Breslau 1840), S. 9. Bielefeld I, 128.

[4]) In dem erwähnten Briefe an Schwerin vom 3. November.

lich eine Inkompetenz in den eigentlich politischen Erwägungen vorschützte, in zweite Linie gestellt zu haben. Indessen ist es doch sehr charakteristisch, daß der kühne Soldat, dem man nachsagte, er liebe den Krieg um des Krieges willen, von der Aussicht auf ein großes Unternehmen so gar nicht hingerissen erscheint, er hat sich durchaus auf Seite des abratenden Podewils gestellt, wie des letzteren Brief vom 3. November auf das deutlichste bezeugt.

Des Königs Sinn aber war so leicht nicht zu erschüttern. Jener ihm wohlbekannte Anschlag des großen Kurfürsten auf Schlesien [1]) hatte auch zuförderst eine schleunige Besetzung des ganzen Landes in Aussicht genommen, und schon als Kronprinz hatte er für den jülich-bergschen Erbfall eine gleiche Praxis angeraten [2]). Die Vorteile solchen Vorgehens schienen ihm sehr in die Augen springend.

Seine Ratgeber sollten, meinte er, die Sache kauen und verdauen, und ihm ihre Ansichten schriftlich darlegen, wozu ihnen nun der folgende Tag, der 29. Oktober, gegönnt wurde. Sie benutzten denselben zur Abfassung einer Denkschrift, welche Podewils im Einverständnisse mit Schwerin ausarbeitete, und welche uns erhalten ist [3]).

Mit dieser Denkschrift stellen sich die beiden Ratgeber eigentlich ganz und gar auf den Standpunkt des Königs, insofern sie den Plan selbst als „würdig des großen Fürsten, der ihn gefaßt, und vorteilbringend für sein Haus und alle seine Nachkommen“ anerkennen. Indem sie nun aber die Mittel zur Ausführung untersuchen, bemühen sie sich hierbei, Wege vorzuzeichnen, welche ihnen ein ungleich geringeres Risiko zu enthalten scheinen, als der, welchen der König mit seinem Entschlusse einer sofortigen Besetzung Schlesiens einschlagen will. Als den erwünschtesten und am wenigsten Gefahren in sich schließenden Weg zum Ziele bezeichnet die Denkschrift eine gütliche Verständigung mit Österreich, welche diese Macht dahin brächte, selbst in die Besetzung Schlesiens durch Preußen und nachmalige Abtretung des Landes zu willigen. Eine solche könnte erzielt werden, indem man sich erböte, 1) an der Kaiserwahl des Großherzogs von Toscana mit allen Kräften zu arbeiten, 2) alle österreichischen Staaten in Deutschland und den Niederlanden zu beschützen und contra quoscunque zu garantieren, 3) die preußischen Ansprüche auf Jülich-Berg abzutreten und eventuell auch noch einige Millionen zu zahlen.

In weitere Aussicht sollte dann ein Bündnis mit Rußland und den Seemächten genommen werden, und an die letzteren sollte man sich auch in dem Falle wenden, daß Österreich gar nicht auf die Sache eingehen wolle, damit dieselben, nachdem man ihnen das große Anerbieten in möglichst günstigem Lichte gezeigt, einen hinreichenden Druck auf Österreich ausübten, um dieses zu der verlangten Abtretung zu bewegen, und den Erfolg davon werde man abwarten müssen, ehe man irgendwie zu Thätlichkeiten schritte. Es werde bei diesen Unterhandlungen mit Österreich den Seemächten, Rußland ꝛc. von Bedeutung sein, zum Mittelpunkt derselben Berlin zu machen, damit der König auf eine Belebung derselben einwirken könne und den Ruhm genösse, als der Schiedsrichter einer so großen Angelegenheit die Geschicke Europas zu bestimmen.

---

1) Vgl. oben S. 40.
2) Vgl. oben S. 36.
3) Sie ist neuerdings abgedruckt in der Politischen Korresp. I, 74.

Wenn aber nun auf diesem Wege durchaus nichts zu erreichen wäre, sei es wegen einer unüberwindlichen Hartnäckigkeit oder der Bigotterie Österreichs, sei es wegen widriger Dispositionen der Seemächte oder sonstiger nicht vorauszusehender Schwierigkeiten, werde man einen ganz entgegengesetzten Weg einschlagen und sich mit den Höfen von Sachsen und Baiern verbinden müssen, um von diesen als Preis des zu leistenden Beistandes den Besitz Schlesiens sich garantieren zu lassen in einem unter der Garantie von Frankreich abzuschließenden Teilungsvertrage. Von diesem letzteren müsse man dann die Sicherheit erlangen, daß dasselbe mit aller seiner Macht für die Erwerbung Schlesiens durch Preußen einträte, wogegen man ihm die preußischen Ansprüche auf Jülich-Berg zugunsten des pfälzischen Hauses abtreten und sich auch zur Kaiserwahl des Kurfürsten von Baiern verpflichten könne; um Rußland im Schach zu halten, werde Frankreich dann Schweden, vielleicht auch Dänemark und die ottomanische Pforte gegen jene Macht aufreizen müssen.

Man kann sich nun kaum darüber täuschen, was der eigentliche Endzweck dieser Denkschrift war, nämlich offenbar kein anderer als der, dem jungen Könige das Schwert, welches derselbe bereits aus der Scheide zu ziehen geneigt schien, auf gute Manier zu entwinden, indem man ihm anderweitige Vorschläge zur Erreichung des ins Auge gefaßten Zieles vorlegte und zwar solcher Art, daß bei Ausführung derselben der Beginn von Thätlichkeiten in sehr weite und unbestimmte Ferne gerückt erscheinen mußte. Der Weg war ja genau genug vorgezeichnet, prinzipiell und zunächst Unterhandlungen mit Österreich mit allmählich gesteigertem Angebote, vielleicht sogar, wie einmal angedeutet wird, Abwarten einer zunehmenden Verlegenheit dieser Macht, und, wenn diese ohne Erfolg blieben, Bemühungen um eine von den Seemächten in Wien auszuübende Pression, dabei Eröffnung der glänzenden Perspektive, Berlin zum Mittelpunkte der europäischen diplomatischen Verhandlungen, den jungen König als Schiedsrichter der großen Welthändel gemacht zu sehen. Eventualissime wenn auf diesem Wege absolut nichts zu erreichen, Sicherung mächtiger Allianzen mit Frankreich, Bayern, Sachsen, vielleicht noch mit Schweden und der Pforte und dann erst als ultima ratio der Appell an die Waffen. Die Meinung der Ratgeber wird dann am Schlusse in der Weise zusammengefaßt, daß sie erklären, in demselben Maße, wie der erstere Weg naturgemäß solide und ohne Gefahren bezüglich der Folgen erscheine, zeige sich der zweite als sehr uneben [1]), großen Übelständen und Wechselfällen unterworfen, um so mehr da Frankreich doch zu entfernt sei, um alle die Hilfe leisten zu können, welche man im Falle unvorhergesehener Wendungen der Dinge beanspruchen müsse.

Podewils und Schwerin kommen also in ihrer Denkschrift schließlich darauf hinaus, daß sie zu des Königs Plane nur in dem Falle raten zu können glauben, wenn es gelänge, Österreich gutwillig zu der fraglichen Abtretung zu vermögen. Es konnte ihnen selbst nicht wohl entgehen, wie wenig sie damit des Königs Ansicht entsprochen hatten, und wir sehen sie auch am Schlusse in gewisser Weise einlenken. Es heißt hier in der Denkschrift:

---

1) Ich möchte hier im Texte raboteuse statt rabatteuse konjizieren.

„Nur von diesen beiden Plänen hat Ew. Majestät uns gestern Mitteilung zu machen geruht. Wir sprachen noch von einem dritten, dahin gehend, daß für den Fall, wenn Sachsen eine Schilderhebung versuchte, um, sei es in Böhmen oder Schlesien, mit bewaffneter Hand einzudringen, in der Absicht, sich dessen ganz oder zum Teil zu bemächtigen, Ew. Majestät dann autorisiert sein würde, bezüglich Schlesiens ein gleiches zu thun, um nicht zu dulden, daß man Ew. Majestät so in Ihren Staaten von allen Seiten den Weg verlege [1]), oder daß man das Kriegstheater auf deren Grenzen verlege."

Uns will diese Hinzufügung nicht recht logisch erscheinen, denn das hier Vorgeschlagene kann doch nicht wohl als ein dritter Plan zur Erwerbung Schlesiens mit den beiden früher bezeichneten Fragen auf gleiche Stufe gestellt werden, insofern dasselbe doch nur eine für einen vorausgesetzten Fall zu ergreifende einzelne Maßregel in Vorschlag bringt, ohne die sonst dabei einzunehmende politische Haltung in Betracht zu ziehen. Offenbar fanden die beiden Ratgeber es doch schließlich bedenklich, die von dem König ausgesprochene Absicht, gleich mit einer Besetzung Schlesiens zu beginnen, in ihrer Denkschrift ganz und gar zu ignorieren, und so haben sie denn am Schlusse noch ein Wort über diese Absicht angefügt und dabei anerkannt, daß man, wenn man sich einmal im Besitze eines Landes befinde, leichter über dessen Abtretung zu unterhandeln vermöge, aber zugleich, indem sie bemerken, daß in dem vorausgesetzten Falle, d. h. nachdem Sachsen kriegerisch vorgegangen, dann auch eine preußische Besetzung Schlesiens in gewisser Weise sich werde rechtfertigen lassen, ihre Ueberzeugung implicite angedeutet, daß ohne ein solches praecedens diese Maßregel kaum zu rechtfertigen sei.

Wir wissen nun nicht, ob nach Übergabe der Denkschrift noch weitere mündliche Verhandlungen zwischen dem Könige und seinen Ratgebern stattgefunden haben. Daß aber des ersteren Überzeugung durch der letzteren Vorstellungen nicht erschüttert worden ist, zeigen einige Zeilen, welche er dem nach Berlin zurückgekehrten Minister auf eine Anfrage wegen der Hoftrauer für Kaiser Karl VI. eigenhändig unter das Kabinetsschreiben vom 1. November setzte:

„Ich gebe Ihnen ein Problem zu lösen. Wenn man im Vorteil ist, soll man sich desselben bedienen oder nicht? Ich bin bereit, mit meinen Truppen und allem; wenn ich mir das zunutze mache, wird man sagen, daß ich das Geschick habe, mich der Überlegenheit zu bedienen, welche ich meinen Nachbarn gegenüber besitze." [2])

Darauf antwortet Podewils durch Übersendung einiger „Reflexionen": „Auf die Frage", heißt es hier, „ob ein Fürst, der große Streitkräfte bereit hat und seinen Nachbarn überlegen ist, eine sich ihm darbietende gute Gelegenheit benutzen soll, wird man ohne Zögern bejahend antworten und sagen müssen, er verkenne seine Interessen, wenn er seinen Vorteil nicht benutze. Doch die Hypothese verlangt eine Analyse, und da wird der betreffende Fürst zunächst gut thun, zu fragen, ob seine Macht, seine Überlegenheit auch wirklich hinreichend sind für den Zweck, den er vorhat, und ob er, um nicht früher oder später zu unterliegen, nicht auch Allianzen brauche, wie dies Ludwig XIV.

---

[1]) „qu'on la barre ainsi dans ses états de tout côté".
[2]) Politische Korresp. I, 84.

der mächtigste Fürst seiner Zeit erfahren hat. Hat doch Frankreich 1733, wie sehr es auch dem Kaiser überlegen war, nicht unterlassen, sich die Allianzen von Spanien und Sardinien zu sichern. Ferner wird für den Fürsten in dem vorausgesetzten Falle viel auf die Beschaffenheit seiner eigenen Lande ankommen. Eine isolierte Macht wie England oder das Schweden Gustav Adolfs, die höchstens das zu der Unternehmung bestimmte Heer aufs Spiel setzt und im Falle eines unglücklichen Ausgangs in ihr Schneckenhaus zurückkriecht, ein arrondierter und in sich konzentrierter Staat wie etwa Frankreich oder Spanien, sie mögen leichter eine große Unternehmung beginnen als eine Macht, deren auseinandergerissene Besitzungen die militärische Kraft zersplittern und schwächen, deren Rücken, Flanken und Herz an mehr als einer Stelle exponiert sind."

„Aber auch was die Gelegenheit anbetrifft, so erscheint diese häufig wohl auf den ersten Blick so günstig, als brauchte man sich nur zu bücken und zuzulangen; indes die Kehrseite der Medaille sieht oft sehr anders aus. Einem Schwachen, den ein Stärkerer über den Haufen rennt, fehlt es fast nie an einem Helfer, der dann freilich nicht aus Edelmut und Schwärmerei für ein paar schöne Augen hilft, wohl aber aus Neid und Eifersucht, um jenen anderen nicht zu mächtig werden zu lassen. Hatte nicht Karl Gustav im nordischen Kriege ganz Polen, Ludwig XIV. 1672 ganz Holland erobert? Und doch hat beiden die Eifersucht der anderen Mächte ihre Eroberungen wieder entrissen. Um so mehr wird es notwendig, sich überhaupt bei solchem Unternehmen umzusehen, ob nicht unter den Nachbarn Stärkere und Furchtbarere sind als wir selbst, ob nicht einer von diesen ein Interesse haben kann, sich der Ausführung unserer Pläne oder der Behauptung unserer Eroberungen zu widersetzen.

Indessen alle diese allgemeinen Regeln sind nicht ohne Ausnahme, und die kleinsten Umstände ändern die Sache. Oft können ja auch ein Zusammentreffen von Konjunkturen, ein unvorhergesehener Glücksfall und günstige Ereignisse eine Unternehmung gelingen und einen kühnen, unternehmenden Fürsten über alle Erwägungen, die einen andern aufhalten könnten, sich hinwegsetzen lassen." [1])

Aber wie geschickt und unerschrocken hier der Minister seine abweichende Meinung seinem königlichen Herrn gegenüber vertritt, dessen Pläne er doch eigentlich nur unter der Voraussetzung eines unvorhergesehenen Glücksfalls gelten lassen will, so befand er sich doch thatsächlich damals schon auf dem vollen Rückzuge. An demselben Tage schreibt er an Schwerin, wie er aus des Königs Briefen bemerke, nähme bei diesem „die Hitze" zu, anstatt nachzulassen, d. h. des Königs Interesse für seinen Plan einer schleunigen Besetzung Schlesiens, und ihnen beiden würde, nachdem alle Vorstellungen fruchtlos geblieben seien, nur die gloria obsequii übrig gelassen werden. Das Schlimmste sei dabei noch, daß die Nachrichten aus Wien und Dresden sehr ungünstig lauteten. In Wien täusche man sich über den Ernst der Lage und glaube, auch ohne Beistand sich halten zu können, und in Dresden scheine man fürs erste sich

[1]) Vom 3. November 1740. Berl. geh. St.-A.

nicht rühren zu wollen, um so mehr da der König von Polen noch gar nicht aus Warschau zurückgekehrt sei [1]).

In dem Begleitbriefe der „Reflexionen" erklärt nun Podewils seinem Herrn nach einem „dixi et salvavi animam meam", derselbe werde gut thun, seiner hohen Einsicht zu folgen, ihm, dem Minister, bleibe, nachdem er offen seine Bedenken ausgesprochen, nur noch der Ruhm des Gehorsams und die Pünktlichkeit in der Ausführung der empfangenen Befehle. Zum Zeichen, daß er bereits Hand ans Werk gelegt, übersende er den Entwurf einer Erklärung, welchen man zur Rechtfertigung des Einmarsches in Schlesien den fremden Ministern abgeben könne. Derselbe lautet:

„Indem der König seine Truppen in Schlesien einrücken läßt, wird er zu diesem Schritte durch keine böse Absicht gegen den Wiener Hof getrieben. Vielmehr hat Se. Majestät, abgesehen von mehreren anderen sehr gewichtigen Gründen, die Sie seiner Zeit kundzugeben Sich vorbehält, es für unabweislich erachtet, zu diesem Mittel zu greifen, damit verhindert werde, daß andere in den gegenwärtigen Konjunkturen sich einer Provinz bemächtigen, welche die Barriere und die Sicherheit von Sr. Majestät Staaten bildet, — damit von Ihren Grenzen das Kriegsfeuer fern gehalten werde, welches sich wegen der Succession in den Staaten des Hauses Österreich entzünden könnte: eines Hauses, dessen Interessen Se. Majestät sich immer zu Herzen nehmen und dessen Erhaltung und Freundschaft Ihr nicht minder wert sein wird, als dies Ihren erlauchten Vorgängern gewesen ist."

Die hierin vorkommende Hinweisung auf noch näher kundzugebende „gewichtige Gründe" erläutert der Minister dann durch die beigefügte Bemerkung, er habe dabei an die alten schlesischen Ansprüche Preußens gedacht, mit denen man vortreten müsse, falls Österreich sich absolut unwillfährig zeige.

Auch dieser Entwurf sucht, wie wir wahrnehmen, in einer gewissen Übereinstimmung mit den am Schlusse der Denkschrift vom 29. Oktober gegebenen Andeutungen die Rechtfertigung der Besetzung Schlesiens in der Rücksicht auf gewaltthätige Schritte anderer Nachbarn; doch während nach jener solche Schritte abgewartet werden sollen, schreitet man hier schon, um ihnen vorzubeugen, zu Thätlichkeiten.

Der König seinerseits greift nun auch zur Feder, und mit Bezugnahme auf Podewils' Ansichten, wenngleich ohne dieselben formell Punkt für Punkt zu widerlegen, arbeitet auch er eine Denkschrift aus unter dem Titel: „Ideeen über die bei Gelegenheit von des Kaisers Tode zu formierenden politischen Projekte", die er unter dem 6. November dem Minister übersendet mit der Aufforderung, seine Einwendungen mit möglichster Freimütigkeit auszusprechen. Das Schriftstück ist weniger allgemein gehalten, als der Titel vermuten lassen könnte; im Gegensatze zu der Podewilsschen Ansicht, daß man nur auf Grund einer Verständigung mit Österreich oder wenigstens auf starke Allianzen gestützt vorgehen dürfe, vertritt dasselbe die kühne Überzeugung des Königs, das einzig Zweckmäßige sei: selbständig zu handeln, während des Winters Schlesien in Besitz zu nehmen und dann im übrigen je nach den Umständen eine Anlehnung auf der einen oder der anderen Seite zu suchen.

---

[1]) Der Brief in deutscher Übersetzung in meinem bereits erwähnten Aufsatze „Friedrich am Rubicon", S. 122.

Einleitend sagt der König: „Schlesien ist von der ganzen österreichischen Succession das Gebiet, auf welches wir das meiste Recht haben, und das dem Hause Brandenburg am besten gelegen ist; es ist in der Ordnung, daß wir unser Recht behaupten und den Tod des Kaisers benutzen, um uns in Besitz zu setzen. Die Überlegenheit unserer Truppen, die Schnelligkeit, mit welcher wir dieselben zur Aktion bringen können, die Gunst der ganzen Lage, die wir vor unsern Nachbarn voraus haben, giebt uns in einem so unvorhergesehenen Falle ein außerordentliches Übergewicht."

Darauf weist er Podewils' eventuelles Projekt schlagend zurück: „Wollen wir warten, bis Bayern und Sachsen die Feindseligkeiten beginnen, so können wir Sachsen nicht hindern, sich zu vergrößern — was ganz gegen unser Interesse ist —, und wir haben dann keinen guten Vorwand. Aber wenn wir jetzt handeln, so halten wir Sachsen nieder, hindern es, Pferde anzuschaffen, setzen es außerstand, etwas zu unternehmen."

Dann zeigt er, daß das ganze Unternehmen weniger gefährlich sei, als es wohl dem Minister scheine. Man werde nicht allein stehen. England und Frankreich seien im Zerwürfnis; England könne nicht dulden, daß sich Frankreich in die Angelegenheiten des Reiches mische; mit einer von beiden Mächten werde man unter allen Umständen eine gute Allianz haben.

„Finden wir unsere Rechnung nicht bei den Seemächten, so finden wir sie sicher bei Frankreich, das unser Unternehmen nie würde durchkreuzen können, und eine Schwächung des Kaiserhauses gern sehen wird."

„Aber es ist überhaupt keine Gefahr, daß wir eine Macht vor nächstem Frühling auf unserem Wege finden. Wollte Rußland angreifen, würde es sicherlich sofort Schweden auf dem Halse haben und so zwischen Hammer und Amboß kommen. Bleibt die Kaiserin am Leben, so wird der Herzog von Kurland schon um seiner schlesischen Besitzungen willen uns nicht Verdrießlichkeiten machen; und in jedem Falle ist es nicht unmöglich, einen goldbeladenen Esel nach Petersburg hineinzubringen, die übrigen Minister sind für Gold feil. Stirbt die Kaiserin, so werden die Russen mit ihren inneren Angelegenheiten so viel zu thun haben, daß sie an fremde nicht denken können, und weiter wird man unter die Häupter des Konseils den Regen der Danae fallen lassen, was sie ganz gefügig machen wird."

„Ich schließe aus diesem ganzen Räsonnement, daß wir vor dem Winter uns in den Besitz von Schlesien setzen müssen, dann können wir immer noch wählen, mit wem wir gehen wollen, und wir werden mit Vorteil unterhandeln, wenn wir im Besitze sind, während, wenn wir anders handeln, wir uns aus unserem Vorteil setzen. Wir werden nie etwas durch bloße Unterhandlungen erhalten; höchstens wird man uns sehr beschwerliche Bedingungen machen, um uns Kleinigkeiten dafür zu bewilligen." [1])

Des Königs Ausführung kam am Abend des 6. November in Podewils' Hände, und derselbe verwandte die Nacht dazu, um die ihm aufgetragene Kritik auszuarbeiten. Am Morgen ist dieselbe beendet und gelangt noch an demselben Tage nach Rheinsberg in die Hände des Königs.

Des Königs Ideeen erklärt er für solide, im einzelnen wohl auseinander-

---

1) Politische Korresp. I, 90.

gesetzt und so überzeugend, daß er in Verlegenheit sein würde, dagegen zu opponieren, wenn ihn nicht der ausdrückliche Befehl veranlaßte, anzuführen, was sich noch dagegen sagen ließe. Jetzt gewähre die Schilderhebung Bayerns, welchem Sachsen unmittelbar folgen werde, einen höchst plausiblen Vorwand zur Besetzung Schlesiens, als der Abwehr eines für die eigene Sicherheit bedenklichen Präjudizes; und im Besitze des Landes werde man dann wohl mit der Königin unterhandeln und dieser für das Opfer der einen Provinz die Rettung der übrigen versprechen können.

Einen glücklichen Ausgang für das Unternehmen hofft er von dem göttlichen Segen, von der Tapferkeit und Weisheit des Königs, von den Konjunkturen, die jetzt auch ihm sehr günstig scheinen, und endlich auch von dem glücklichen Stern, der bisher über den meisten Unternehmungen des Hauses Brandenburg gewaltet habe.

Was er vorbringen wolle, könne nicht geeignet sein, den König in seinen Plänen aufzuhalten. Es solle nur dessen Blick auf Eventualitäten lenken, welche eintreten könnten, und auf die man sich eben gefaßt machen möge.

Was die Rechtsfrage anbetrifft, so müsse er es mit allem Respekt aussprechen, daß, welche gut begründeten Ansprüche auf die Herzogtümer Liegnitz-Brieg-Wohlau, auf Oppeln-Ratibor, auf das Fürstentum Jägerndorf und den Schwiebuser Kreis das Haus Brandenburg auch immer gehabt habe, doch feierliche Verträge vorhanden seien, durch welche dieses Haus gegen Kleinigkeiten auf so ansehnliche Ansprüche zu verzichten sich habe, wenngleich auf betrügerische Weise, verleiten lassen. Auf diese Verträge werde sich das Haus Österreich berufen. Freilich werde es nicht schwer sein, die Ansprüche wieder aufleben zu lassen, und eine laesio enormis (d. h. eine früher erfolgte arge Übervorteilung) geltend zu machen, besonders da man obenein noch große Geldforderungen zu erheben ein Recht habe.

Der König, der diese letzten Einwendungen umgehend, noch am 7. November, beantwortet, bemerkt hierzu bloß: den Rechtspunkt zu bearbeiten überlasse er den Ministern, und es sei Zeit, im geheimen daran zu denken; denn die Befehle an die Truppen seien gegeben.

Ferner, sagt Podewils, könne der Zufall wollen, daß gerade, während der König in das schlesische Unternehmen verwickelt sei, der Kurfürst von der Pfalz sterbe und die jülich-bergsche Erbschaft zur Erledigung komme. Werde man dann beide Ansprüche zu verfolgen imstande sein? Allerdings sei der König geneigt, diese Anwartschaft zugunsten der schlesischen Pläne abzutreten. Aber es könne sich doch fragen, ob man recht thue, eine Anwartschaft, die eigentlich von ganz Europa anerkannt sei, ohne weiteres aufzugeben zugunsten eines Unternehmens, in welchem andere Mächte eine bloße Occupation erblicken dürften, und wo schließlich der allgemeine Friede möglicherweise eine Rückgabe des Besetzten aufzwingen könnte. — Falls der Kurfürst stürbe, erklärt der König hierauf, werde er sich genau an die mit Frankreich abgeschlossene Konvention von 1739 halten und die verfügbaren Truppen einrücken lassen.

Aber wenn nun, erörtert Podewils weiter, Österreich in der Verzweiflung sich bereit erklärt, die Niederlande an Frankreich abzutreten, wird nicht dieses sich dadurch gewinnen lassen? — Friedrich erwidert, unmöglich könnten das die Seemächte zugeben, das wäre ihrer Politik ganz zuwiderlaufend, und auch

die Österreicher, nun von Bayern und Sardinien angegriffen, würden sich hüten, noch obenein ganze Provinzen abzutreten.

Als eine weitere Möglichkeit zieht der Minister in Betracht, daß, wenn Preußen jetzt in Schlesien einrücke, der Wiener Hof, ehe es noch zum Losbrechen Bayerns komme, dieser Macht durch einige Abtretungen den Mund stopfen könne; Sachsen werde nur, um nicht Schlesien in Preußens Hände kommen zu lassen, auch ohne eigenen Gewinn, sich mit Österreich verbünden, und das eifersüchtige Hannover könne doch auch mit den dänischen und hessischen Soldtruppen leicht 30,000 Mann unter Waffen bringen. — Doch der König glaubt nicht an diese Gefahren. Österreich würde sich sehr schwächen, wollte es Bayern befriedigen, und dabei bliebe immer noch Sardinien. Was Sachsen anbelangt, so werde dieses, ungerüstet wie es sei, im Falle einer Erklärung gegen Preußen, vernichtet werden, ehe es etwas thun könne; bei Hannover werde die Not die Eifersucht schweigen machen: es brauche Preußen gegen Frankreich.

Endlich bemerkt Podewils noch, daß Österreich nach den Verträgen ein Recht habe, von Rußland ein Hilfscorps von 3000 Mann zu fordern; auch von Polen werde es Unterstützung erlangen können. — Der König erwidert entschieden: lasse es Rußland dazu kommen, so werde man Mittel haben, es zu bekämpfen; um Polen brauche man sich nicht zu bekümmern.

Friedrich schließt seine Repliken mit der Benachrichtigung, daß er — in Erwägung der Nachrichten von dem Proteste Bayerns in Wien, von kriegerischen Vorbereitungen in Hannover, von den Rüstungen Sardiniens — keine Zeit mehr verlieren zu dürfen glaubte; deshalb habe er die betreffenden Befehle an seine Truppen gegeben. Anfang Dezember würden dieselben hoffentlich auf dem Marsche sein. [1]) — Es war also nicht, wie der König in seinen Memoiren sagt [2]), die Nachricht von dem Tode der Kaiserin Anna von Rußland, welche die letzten Bedenken hob. Schon drei Tage vor dem Eintreffen dieser Kunde hat er den entscheidenden Entschluß gefaßt, den Entschluß zu einem Unternehmen, welches er mit vollem Rechte als das kühnste bezeichnen durfte, das je ein Fürst seines Hauses unternommen [3]).

So waren denn die Würfel gefallen, und Podewils fand sich leichter darein, an dem kühnen Plane mitzuarbeiten, seitdem die Nachricht eingetroffen war, daß nun doch wenigstens Bayern Anfang November mit einem direkten und unumwundenen Proteste gegen die Nachfolge Maria Theresias in den österreichischen Erblanden hervorgetreten war, und auf Grund eines Testamentes weiland Kaiser Ferdinands V., welches den Nachkommen von dessen ältester Tochter, zu denen sich der Kurfürst von Bayern zählte, beim Aussterben des habsburgischen Mannsstammes ein gewisses Successionsrecht zugesprochen habe, Ansprüche auf die Erbschaft des Kaisers erhoben hatte, insofern nun Preußen bei seinem Vorgehen nicht mehr so ganz alleinstehend erschien.

Auch haben Podewils' Vorstellungen anscheinend den König zu einer etwas mehr entgegenkommenden Haltung gegen Österreich bestimmt. Freilich als der

---

1) Politische Korresp. I, 91.

2) Histoire de mon temps, p. 55. Die ältere Bearbeitung ed. Posner, p. 215 drückt übrigens die Sache ungleich milder aus.

3) Friedrich an Podewils, 15. Nov.; Politische Korresp. I, 157.

Minister im Interesse einer möglichsten „Menagierung" Österreichs den Vorschlag machte, die Besitzergreifung Schlesiens zu vollziehen ohne eigentliche Feindseligkeiten zu begehen und deshalb von einer Gewinnung der festen Plätze abzusehen, opponiert selbst Schwerin, auf solche Art werde man nichts ausrichten; nur der habe ein Land inne, der die Festungen besitze; in der Unterhandlung möge man sich so gelind zeigen, wie man wolle; in demselben Maße aber müßten die Kriegsoperationen feurig und entschieden geführt werden, so als wenn niemals eine Abkunft zu erwarten wäre [1]). Es war dies ganz im Geiste des Königs gesprochen, der ebenso wenig nach Podewils' ursprünglichen Ideeen die Besetzung Schlesiens irgendwie von dem Erfolge der in Wien angeknüpften Unterhandlungen hätte abhängig machen mögen, ein Punkt, auf den wir noch zurückkommen werden.

Es kann eigentlich kaum auffallen, daß in den eben geschilderten Verhandlungen der Rechtstandpunkt, die rechtliche Natur der preußischen Ansprüche auf Schlesien, so wenig zur Geltung kommt. Wenn der König, wie wir angeführt, auf eine Erörterung dieser Frage nicht eingehen mag, sondern dieselbe den Ministern überlassen will, so werden wir sehen, daß er sich später doch noch selbst näher damit beschäftigt hat und von seinem Rechte überzeugt ist. Wir werden auch noch jene Ansprüche selbst eingehend zu besprechen haben und dann auch darlegen, wie man am preußischen Hofe fort und fort dieselben festgehalten und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit geltend gemacht hat. Es war daher sehr natürlich, daß über das Vorhandensein dieser Ansprüche zwischen dem König und seinem Minister keine Erörterung notwendig war, daß die rechtliche Existenz derselben stillschweigend vorausgesetzt ward, und daß nur darüber debattiert wurde, ob es sich empfehle, jene Ansprüche bei dieser Gelegenheit, und zwar mit dem ganz ungewöhnlichen Grade von Energie geltend zu machen, wie es der König vorhatte.

Thatsächlich fiel auch für den zunächst in Aussicht genommenen Versuch einer gütlichen Auseinandersetzung mit dem Wiener Hofe, bei der ja noch dazu die geforderten Landabtretungen mehr als Preis des zu leistenden Beistandes verlangt wurden, die rechtliche Geltung der preußischen Ansprüche nicht allzu schwer ins Gewicht. Auch die überzeugendste Darlegung der letzteren hätte Österreich nicht eine Abtretung in Schlesien abzuringen vermocht, wie sie eben nur der Zwang der politischen Konstellation herbeiführen konnte. Erst als die gütlichen Unterhandlungen zu scheitern drohten, suchten die Parteien durch Staatsschriften den Gegner vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen.

Wir folgen daher nur dem wirklichen Verlaufe der Dinge, wenn wir die Erörterung der preußischen Ansprüche erst einem späteren Kapitel vorbehalten, zunächst aber den Verlauf der Verhandlungen mit Österreich schildern, nachdem wir vorher als Ergänzung dieses Abschnittes die politische Konstellation, unter welcher und mit Rücksicht auf welche Friedrichs großer Entschluß gefaßt wurde, darzustellen versucht haben.

---

1) Angeführt bei Ranke, Werke XXVII, 337, aus Schwerins Papieren. Daß nur eben Podewils es wagen konnte, den betreffenden Vorschlag zu machen, scheint mir unzweifelhaft, und ebenso, daß ein solcher ganz in seinem Sinne gelegen hätte.

Zweites Kapitel.
Verhältnis zu England und Frankreich.

Es war erklärlich, wenn am preußischen Hofe nach des Kaisers Tode aller Augen und vornehmlich die der fremden Gesandten sich auf den jungen König richteten, seine nächsten Schritte zu erspähen, was freilich dadurch sehr erschwert wurde, daß sich derselbe beharrlich in der Einsamkeit von Rheinsberg barg. Zunächst transpirierte ein Gerücht, er wolle selbst nach der Kaiserkrone greifen. Manteuffel, der treue Berichterstatter des Grafen Brühl, berichtete davon und rühmte sich, die Prinzessin Wilhelmine, des Königs Schwester, habe ihn um seine Ansicht über diese Sache gefragt, auch sollte der alte Fürst von Dessau dem Könige ganz direkt geschrieben haben, er wünsche ihm die Kaiserkrone; niemand lebe in Europa, der sie mehr verdiene und besser imstande sei sie aufrecht zu erhalten [1]), und gewiß ist, daß auch der österreichische Resident v. Demerad unter dem 29. Oktober berichtet, es werde von derlei Plänen hier gemurmelt [2]), und Ähnliches der englische Gesandte [3]). In keinem Falle ist des Königs Ehrgeiz auch nur einen Augenblick nach dieser Seite hin gerichtet gewesen.

Bedeutsamer ist es, wenn jener Demerad in demselben Briefe, also unter dem 29. Oktober, d. h. zu einer Zeit, wo eben erst in Rheinsberg die ersten Eröffnungen an Podewils und Schwerin gemacht worden waren, von Gerüchten über „gefährliche Absichten des Königs auf ein Stück von Schlesien zu erzählen weiß, während unter demselben Tage der englische Gesandte nachhause berichtet, das Lieblingslied an diesem Hofe sei: gaudeant bene armati [4]); doch meint er, der König, der sich noch immer in Rheinsberg zurückhalte, scheine mit großer Gleichgültigkeit auf die Ereignisse zu blicken. Aber am 5. November meldet er dann schon von kriegerischen Maßregeln, man scheine die Ansprüche Preußens auf Jägerndorf geltend machen zu wollen [5]).

---

1) Aus dem Briefwechsel Manteuffels mit Brühl im Dresdener Archiv vgl. bei Droysen, Preuß. Politik V, 1. S. 141. Bei allem, was aus dieser Quelle stammt, scheint große mißtrauische Vorsicht geboten. Man schmückte die Dinge aus und spitzte sie pikant zu. Die authentische Antwort des Königs auf den betreffenden Brief des alten Fürsten (Polit. Korresp. I, 80), die mit dem, was Manteuffel darüber berichtet, keineswegs zusammenstimmt, läßt es auch sehr zweifelhaft, ob der Fürst wirklich so, wie Manteuffel angiebt, geschrieben habe.

2) Angeführt bei Arneth, Maria Theresia I, 373 Anm. 1.

3) Gleichfalls unter dem 29. Oktober (Londoner Record office).

4) „is their favorite song" (Londoner Record office).

5) Ebendas.

Ungleich genauer zeigt sich um diese Zeit bereits der französische Gesandte Beauveau unterrichtet. Ihm hatte Algarotti Eröffnungen gemacht, die sich allerdings nicht allzu streng an die Wahrheit gehalten zu haben scheinen. Algarotti hatte unmittelbar, nachdem die Nachricht von des Kaisers Tode eingetroffen war, dem König geraten, sich Schlesiens zu bemächtigen, und dieser hatte darauf unter dem 21. November geantwortet, sein Brief sei ähnlich dem, welchen einst Antonius dem Cäsar geschrieben zu der Zeit, als dieser England eroberte [1]). Was in dem Briefe hierauf folgt, ist nur eine anscheinend von dem Vorigen ganz unabhängige Anspielung auf bevorstehende große Ereignisse, und wenn nach Beauveaus Depesche Algarotti berichtet hat, der König habe ihm bezüglich jenes Planes geschrieben, er sei demselben schon lange in seinem Geiste zuvorgekommen [2]) so ist dies keineswegs korrekt, sondern Algarotti hat hier eine Äußerung des Königs aus einem früheren Briefe (vom 28. Oktober) entlehnt, wo der König auf die Frage, ob er nicht nach Berlin kommen werde, dies verneint, der Tod des Kaisers verlange keine besonderen Anstalten, da er bereits alles Nötige im voraus arrangiert habe.

Im übrigen erfährt Beauveau, der König habe ihm geraten, alle militärischen Kräfte gegen den eigentlichen Feind Frankreichs, England und das diesem verbündete Holland zu konzentrieren und den Krieg in Deutschland nur durch Geld zu unterstützen.

Der Gesandte des Kurerzkanzlers, Baron Großschlag, den der König ausnahmsweise selbst empfangen hatte, ging sehr befriedigt von dessen reichspatriotischen Absichten, die derselbe auszuführen gedenke, wenn man in Wien ihm etwas entgegenzukommen geneigt sei, von dannen [3]), obwohl ihm Podewils angedeutet hatte, sein König werde, wenn sich Händel über die österreichische Thronfolge entspinnen sollten, kein teilnahmloser Zuschauer bleiben, sondern dann auch auf seinen Vorteil bedacht sein [4]).

Am kühnsten hatte sich der russische Gesandte, Baron Brackel, vorgewagt, hatte kurz nach des Kaisers Tode gegen Podewils geäußert, seine Kaiserin schmeichle sich, daß der König in keinem Falle etwas Gewaltsames vornehmen werde, worauf Podewils den Auftrag erhielt, dem Gesandten mit Rücksicht darauf, daß derselbe zu seiner Äußerung unmöglich von seinem Hofe autorisiert sein könne (insofern, seitdem der Tod des Kaisers in Petersburg bekannt war, noch keine Instruktion von da in Berlin angelangt sein konnte), bemerkbar zu machen, derselbe möge sich nicht in Dinge mischen, die ihn nichts angingen [5]).

Im übrigen hatte jene dreiste Äußerung Brackels auch noch die Folge, daß Graf Manteuffel, der Freund und Korrespondent Brühls, in welchem der König den Anstifter des Gesandten voraussetzte, die Weisung erhielt, sich für die nächste Zeit auf seine Güter zurückzuziehen [6]). Brackel selbst mußte die Zurechtweisung, die übrigens Podewils jedenfalls zu mildern gewußt hat, um

---

1) Der Brief in den Oeuvres XVIII, 21.

2) „qu'il l'avait déjà prévenu longtemps dans sa tête". Die Depesche, mitgeteilt von Ranke in seinen Analekten, Anhang zu Bd. XXVII, S. 570.

3) Manteuffel an Brühl, 14. November (Dresd. Arch.). Doch glaubt Manteuffel sehr irrtümlich an einen Großschlag für Wien mitgegebenen Auftrag.

4) Prätorius a. a. O. S. 22.

5) Weisung des Königs vom 3. November (Polit. Korresp. I, 85).

6) Weisung an Podewils, vom 5. November (Polit. Korresp. I, 87).

so ruhiger hinnehmen, als er bald darauf die Nachricht von dem Tode seiner Kaiserin erhielt. Kaiserin Anna war am 28. Oktober entschlafen, ihr letzter Wille bestimmte zu ihrem Nachfolger den noch unmündigen Iwan IV., Sohn ihrer Nichte Anna und des Prinzen Anton Ulrich von Braunschweig, eines Bruders von Friedrichs Gemahlin, zum vormundschaftlichen Regenten aber den Herzog Biron von Kurland. Von dem letzteren, dem ein eben jetzt verhandelter Allianzvertrag die Garantie Preußens wegen Kurland gewähren sollte, schienen ernstliche Feindseligkeiten um so weniger zu befürchten, als er voraussichtlich mit mannigfachen Schwierigkeiten im Innern zu kämpfen hatte. So begrüßte denn der König die Nachricht von der Kaiserin Tode mit den Worten: „Der Himmel begünstigt uns, und das Geschick steht uns bei.“ [1])

Er hatte, wie wir uns erinnern, bei den Verhandlungen mit Podewils Rußland als die einzige Macht bezeichnet, die seinem Unternehmen in der nächsten Zeit Schwierigkeiten in den Weg legen könne; jetzt glaubte er den Rücken gedeckt zu haben und ging um so zuversichtlicher vor, ohne zunächst eine Allianz zu suchen oder auch nur anzunehmen.

Über seine eigentlichen Ziele suchte er zunächst noch die Mächte in ungewisser Spannung zu erhalten, und seitdem die kriegerischen Vorbereitungen, der Ankauf von Pferden, die Mobilisierung mehrerer Regimenter nicht mehr wohl verheimlicht werden konnten, sollten die Vermutungen mehr nach der Seite von Jülich-Berg hin gelenkt werden; Podewils sollte in diesem Sinne sich äußern, von Nachrichten über wiederholte Ohnmachten des Kurfürsten von der Pfalz sprechen, welche den König zwängen, auf alle Eventualitäten hin sich zu rüsten [2]). Mitte November erließ dann der König eine Ordre, welche die Marschroute der Berliner Regimenter auf Halberstadt festsetzte, in der ausgesprochenen Absicht, die öffentliche Meinung irre zu führen [3]). Der englische Gesandte berichtet jetzt, man wisse gar nicht mehr, was man von der Sache denken solle, am Ende wolle der König nach zwei Seiten hin operieren, gegen Schlesien und Cleve [4]).

Es war dies in der That der allgemeine Eindruck: man wußte nicht, was man von dem Ganzen denken sollte. Denn daß eine Macht zweiten Ranges, wie Preußen, in einer großen europäischen Krise so ganz auf eigene Hand Politik zu machen sich unterfangen könne, wollte niemandem recht in den Kopf, es schien eine geheime Verabredung dahinter stecken zu müssen; der englische Gesandte witterte ein stilles Einverständnis mit Frankreich, der französische hielt lange an der Überzeugung fest, daß die ganze Sache ein mit dem Wiener Hofe abgekartetes Spiel sei, und an dem großen Kopfzerbrechen nahm das gesamte diplomatische Corps, das Berlin aufzuweisen hatte, den regsten Anteil.

In seinem bereits erwähnten Berichte vom 5. November urteilt Beauveau über den König: „Die Politik dieses Fürsten ist, zu glauben, man vermöge mit einem ansehnlichen Heere und Geld ohne Allianzen durchzukommen, und

---

[1]) An Podewils, 9. November (Polit. Korresp. I, 96).

[2]) Weisungen vom 8. und 9. November (ebd. S. 94. 95).

[3]) Ebd. S. 102.

[4]) Guy Dickens am 18. an das hannöversche Ministerium (Staatsarchiv zu Hannover), am 22. nach London (Londoner Record office).

als dann Valori dazu kam", berichtet derselbe (unter dem 3. Dezember) „wie Voltaire, der damals in Berlin eingetroffen auch etwas in Diplomatie zu pfuschen versuchte, gespottet habe, dieser roi des lisières meine auf eigene Hand Politik treiben zu können, er werde sein Glück versuchen, und da er sich fürs erste gewisser Erfolge sicher glaube, nicht eher innehalten, bis er Widerstand finde und so zum Nachdenken gebracht würde." [1])

In der That war es, wie wir ja bereits aus den Verhandlungen mit Podewils erfahren haben, nicht des Königs Absicht, sich vorerst durch eine Allianz die Hände zu binden. Worauf es ihm vor allem ankam, war eben nur, daß der europäische Konflikt, auf welchen er ja seine ganze Rechnung gestellt hatte, auch wirklich zum Ausbruch käme. In dieser Absicht ermuntert er einerseits Sachsen zu einer Geltendmachung seiner Ansprüche [2]), und warnt anderseits in Wien vor den ehrgeizigen Absichten dieser Macht, vor allem aber erwartet er von Frankreich ein Eintreten für die bayerischen Ansprüche, und im Zusammenhange damit den Bruch mit England, der sich ja schon während des Sommers wegen der amerikanischen Händel vorbereitet hatte, und ist sehr unangenehm überrascht, als ihm seine beiden Gesandten in Paris berichten, der Kardinal Fleury wie der König selbst führten die friedfertigste Sprache von der Welt, gäben den Österreichern die beruhigendsten Versicherungen, und es schiene in der That, als wolle der Kardinal überhaupt nichts Ernstliches unternehmen, sondern sich auf Unterhandlungen beschränken und seinen Ehrgeiz darein setzen, diese eben in seiner Hand zu haben und sich zum Mittelpunkte derselben zu machen. Der König argwöhnte bereits, Österreich habe durch ein ansehnliches Opfer Frankreich zu gewinnen und zu einem geheimen Einverständnisse zu bringen vermocht [3]), aber gab diesen Verdacht doch bald wieder auf. Es sprach zu vieles dagegen.

Am 29. Oktober, des Abends, hatte der Kardinal Camas zu sich eingeladen und ihm eröffnet, der Kaiser liege im Sterben, im Reiche seien große Wirren zu besorgen, auf vier Fürsten werde es hier ankommen, Bayern, Sachsen, Hannover, vor allem aber auf den König von Preußen, den Mächtigsten von allen, der allein für sich bestehen, handeln und eine schöne Rolle bei der Verwandlung der Scene spielen könne. „Ich wünsche", sagte er, „von ganzem Herzen, daß der Edelmut und die Gerechtigkeit alle seine Schritte begleite, denn ich interessiere mich wahrhaft für seinen Ruhm." Camas lachte nicht über diese schönen Redensarten, brachte aber das Gespräch auf die pragmatische Sanktion. „Wir sind ihr in dem letzten Artikel des Friedens von 1735 beigetreten", bemerkte der Kardinal, „aber mit der Klausel vorbehaltlich der Rechte dritter." „Damit", meinte Camas, „liegt der ganze Vertrag am Boden." Darauf Fleury: „Aber das versteht sich von selbst bei solcher Gelegenheit." Der Gesandte bemerkte: „Sie können darauf rechnen, Monseigneur, daß das, was Frankreich bei dieser Gelegenheit thun wird, anderen zur Regel

---

[1]) Rankes Analekten a. a. O. S. 571.

[2]) An den Gesandten Ammon in Dresden, 31. Oktober (Polit. Korresp. I, 83).

[3]) Die Stelle aus Chambriers Bericht vom 6. November, auf welche sich des Königs Instruktion für denselben vom 19. November bezieht (Polit. Korresp. I, 608), teilt Droysen S. 158, Anm. 2 mit.

[4]) In dem erwähnten Schreiben vom 9. November (Polit. Korresp. I, 108).

und zum Vorwande dienen wird." Aber Fleury unterbrach ihn: „Was uns anbetrifft, wir werden in dieser Sache die größte Uneigennützigkeit an den Tag legen und zum Zeichen davon unsere Truppen nicht um einen Mann vermehren." Man interessiere sich für Bayern, werde aber auch den Wünschen des Königs von Preußen entgegenkommen, der jetzt Gelegenheit habe, „seine schönen Ansichten über Gerechtigkeit und Würde ins helle Licht zu setzen". „Aber auch seine Rechte und die ihm nur zu lange mit größter Härte bestrittenen legitimen Ansprüche zur Geltung bringen", fügt Camas bei, und der Kardinal erklärt, das sei in der Ordnung, und er könne seinem Könige versichern, daß Se. Allerchristlichste Majestät sich ein Vergnügen daraus machen würde, zu seiner Befriedigung beizutragen in allem, was möglich und räsonnabel sei [1]).

Aber auf den König macht das keinen großen Eindruck; an demselben Tage, wo er diesen Bericht empfängt (den 11. November), drängt er den bereits abberufenen außerordentlichen Gesandten Camas zu baldiger Rückkehr und schließt das Kabinetsschreiben durch einen eigenhändigen Zusatz: mit den Leuten sei nichts zu machen [2]).

Podewils urteilte über die Eröffnungen des Kardinals, derselbe wünsche einfach Preußen zur Unterstützung Bayerns zu gewinnen, und es empfehle sich, ihm für alle Fälle Hoffnungen zu erwecken, ohne sich positiv zu verpflichten.

Der König war ganz damit einverstanden, und als Podewils, die Erklärungen vorbereitend, welche beim Einmarsch der preußischen Truppen in Schlesien an die verschiedenen Mächte gegeben werden sollen, vorschlägt, in Paris andeuten zu lassen, diese Unternehmung könne zum größten Vorteil für Frankreich ausschlagen, da man, wie der Minister meint, sich hier eine Hinterthüre offen halten müsse, billigt er auch das, schreibt aber zu seinem „bon" eigenhändig die Worte: „Man muß diesen Burschen gegenüber Sammetpfötchen machen." [3])

Nach des Königs Meinung wäre es die Absicht der Franzosen, da sie noch nicht gerüstet seien, Preußen zunächst in Sicherheit einzuwiegen, bis sie alle ihre Maßregeln ergriffen hätten, um ihre Pläne auszuführen; „aber", setzt er hinzu, „sie sollen sich verrechnet haben." [4])

Zunächst versagte er sich ganz und gar den französischen Gesandten. Weder Beauveau noch Valori vermochten Audienz zu erhalten; das Fieber, das den König immer wieder plagte, gab erwünschten Vorwand, und als man sich brieflich an ihn wandte, vertröstete er zunächst auf Camas' Ankunft [5]) und dann auf die Eröffnungen, welche Chambrier in Paris machen sollte [6]). Als dann der Zeitpunkt herankam, wo es unerläßlich wurde, über das schlesische Unternehmen Erklärungen zu geben, erhielt der Gesandte in Paris Weisung,

---

1) Anführung bei Droysen, S. 155, Anm. 2. 3. 4.
2) Polit. Korresp. I, 98.
3) „il faut faire la patte de velours avec ces bougres" (Polit. Korresp. I, 99).
4) Marginale zu einem Schreiben Podewils' vom 19. November (Polit. Korresp. I, 109).
5) An Valori, 21. November (Polit. Korresp. I, 110).
6) An Valori, 13. Dezember (Mémoires de Valory II, 225).

zu der kurzgefaßten Erklärung, welche der König damals den verschiedenen Höfen mitteilte (wir kommen auf sie noch zurück), nähere Erläuterungen zu geben und besonders bezüglich der von Frankreich übernommenen Garantie der pragmatischen Sanktion hervorzuheben, daß die von dem Kardinal selbst angeführte Klausel „unschädlich den Rechten dritter“ den preußischen Ansprüchen auf Schlesien ebenso zugute kommen müsse wie den Anrechten Bayerns auf die Erbschaft Karls VI. [1])

Die damalige Gesinnung Friedrichs gegen Frankreich spricht sich besonders charakteristisch in einer Bemerkung aus, die er zu einem Berichte seines Ministers vom 22. November macht, in welchem dieser der Ungeduld des französischen Gesandten, Antwort auf seine Anträge zu erhalten, gedenkt: „Es ist sehr gut, Valori zahm zu machen (leurrer), ich bin gegen den Kardinal zu nichts verpflichtet, und kann thun, was ich will. Übrigens können sie nichts gegen mich machen, denn vor dem Frühlinge muß ich mit dem Lothringer im reinen sein. Ferner haben sie keinen Vorwand, mit mir zu brechen, und ich werde immer Mittel finden, mich mit England und dem Reiche zu verständigen, so daß das uns nicht in Verlegenheit setzt.“ [2])

Es ist dies eine um so bemerkenswertere Äußerung, als sie zugleich den Höhenpunkt der Zuversicht auf eine Verständigung mit dem Wiener Hofe bezeichnet. Wie wir noch sehen werden, hielt diese Zuversicht nicht lange an, und damit wendete sich auch sein Verhältnis zu Frankreich. Daß der König aber in jenem Stadium sich der anderen Seite, den Seemächten, viel entgegenkommender zeigte, war sehr erklärlich.

Den Generalstaaten hatte er auf die erste Anfrage nach dem Tode des Kaisers erklärt, sie müßten zunächst einen soliden Bundesvertrag mit England schließen und an einer hinreichenden Vermehrung ihrer Kriegsmacht arbeiten, dann werde er sich weiter äußern [3]), dann, als es sich um die Notifikation des schlesischen Unternehmens handelte, sie wegen der Sicherheit des Kapitals, welches sie auf Schlesien hypothéziert hatten, beruhigen lassen, sie auch daran erinnert, wie einst sein Ahn, der große Kurfürst, von Kaiser Leopold für alle geleisteten Dienste nur mit Undank belohnt worden sei, so daß man es ihm nicht verdenken könne, wenn er sich erst seinen Lohn sichere, ehe er Dienste leiste [4]), und dann auseinandersetzen lassen, daß, wenn Frankreich jetzt sich sehr friedfertig äußere, dies nur Heuchelei sei, daß es sicher die pragmatische Sanktion anfechten werde, wenn ihm nicht Österreich ansehnliche Opfer bringe. Opfer werde freilich jeder verlangen, der Österreich in seiner gegenwärtigen Bedrängnis unterstütze, aber die Seemächte möchten doch in Erwägung ziehen, ob es in ihrem Interesse liege, daß Frankreich solchen Gewinn ziehe und zwischen den Häusern Bourbon und Oesterreich eine neue Allianz sich bilde [5]). Ja, der König ging schließlich nach dieser Seite hin so weit, dem Großpensionar im tiefsten Geheimnis versichern zu lassen, er gedenke seine Kurstimme nur dem Herzog von Lothringen zu geben; dagegen sollte der Gesandte,

---

1) Vom 13. Dezember (Polit. Korresp. I, 143).
2) Ebd. S. 111.
3) An Raesfeld im Haag, 9. November (ebd. S. 95).
4) Ebd. S. 99.
5) An Raesfeld, 19. November (ebd. I, 109).

wenn die Rede auf die pragmatische Sanktion käme, sich auf allgemeine Redensarten beschränken [1]). Die Staaten werden dann unterrichtet von den vorteilhaften Anerbietungen, die er nach Wien geschickt habe, und ersucht, im Verein mit England auf deren Annahme in Wien zu dringen; es sei dies die für Europa vorteilhafteste Lösung der jetzigen Krise. Er wolle dafür den Interessen der Republik bezüglich der jülich-bergschen Succession sich gefällig zeigen und im Verein mit ihr und England alle für die Sicherheit Europas erforderlichen Maßregeln treffen [2]).

Indessen Holland bewegte sich ja nur im Schlepptau Englands, und von dessen Haltung hing schließlich das meiste ab. Bei dieser Macht war der leitende Gesichtspunkt, der traditionelle Gegensatz gegen Frankreich verschärft noch durch die augenblickliche Situation, in welcher man jeden Augenblick fürchten mußte, in dem Kampfe um den amerikanischen Handel an der Seite Spaniens auch Frankreich auftreten zu sehen, und schon vor dem Tode Karls VI. hatte man sich um ein Bündnis mit Preußen bemüht, um, im Falle es zum Kriege mit Frankreich käme, an dieser Macht einen Rückhalt zu haben, falls die Franzosen einen Angriff auf die hannöverschen Erblande des Königs planten. Als dann Gerüchte von einer Gefährdung der pragmatischen Sanktion durch Frankreich auftauchten, waren in England eigentlich alle Parteien darin einig, daß man den alten Verbündeten auf dem Kontinente, das Haus Habsburg, gegen den Erbfeind Frankreich unterstützen müsse, und ebenso in dem Wunsche, das kriegstüchtige Preußen für diesen Zweck zu gewinnen. Schon war von London die Ernennung eines Mannes von Rang angekündigt, der an Stelle von Guy Dickens die Verhandlungen führen sollte, und man wußte auch in Berlin, daß dies der schottische Lord Hyndford, der für einen warmen Freund der preußischen Allianz galt, sein werde.

Sowie dann die Nachricht von dem Tode des Kaisers eintraf (Ende Oktober), ward von London wie von Hannover aus der Wunsch kundgegeben, mit Preußen Hand in Hand zu gehen [3]), und König Georg erklärte sogar (am 15. November) dem preußischen Gesandten, wenn bisher zwischen ihm und seinem Neffen noch einige Meinungsverschiedenheiten obgewaltet hätten, wünschte er jetzt lebhaft, dieselben auszugleichen. König Friedrich möge ihm nur seine Intentionen mitteilen, mit den seinigen werde er zufrieden sein [4]).

Freilich ging man in London von der Voraussetzung aus, im Verein mit Preußen die pragmatische Sanktion strikt aufrechtzuerhalten; den Entschluß „die übernommenen Verpflichtungen — im Einklange mit solchen Mächten, welche dieselben Verpflichtungen übernommen hätten“, zu erfüllen, sprach die Thronrede, mit welcher Georg II. am 29. November die Sitzung des Parlamentes eröffnete, deutlich aus, und in diesem Punkte begegneten sich Regierung und Opposition, wie heftig auch die letztere gerade damals gegen jene anstürmte. So erklärte Lord Carteret, eins der einflußreichsten Mitglieder der Opposition, dem preußischen Gesandten, er sei ein warmer Anhänger des

1) An denselben, 3. Dezember (Polit. Korresp. I, 117).
2) An denselben, 6. Dezember (ebd. S. 128).
3) Bericht Andriés vom 4. November (Berl. Staats-Arch.).
4) Andrié, 18. November.

Bundes mit Preußen. Möge dieses nur diesmal alle kleinlichen Streitigkeiten vergessend in der Verteidigung der pragmatischen Sanktion vorangehen, ewigen Ruhm, einen gewaltigen Einfluß werde es erringen. So, schreibt der Gesandte, denkt der ganze Hof [1]). In diesem Sinne wurde auch der englische Gesandte in Berlin gleich von vornherein instruiert [2]), und der Staatssekretär Lord Harrington zeigte sich betroffen, als Andrié gegenüber dieser Voraussetzung sich ohne Instruktionen zu befinden erklärte [3]).

Friedrich versicherte zunächst seine Bereitwilligkeit, mit England zu gehen, und drängte nur auf ernstliche Maßregeln, förmlichen Bund mit den Generalstaaten und Kriegsrüstungen derselben, fügte aber dem betreffenden Kabinettsschreiben an den englischen Gesandten eine eigenhändige Bemerkung bei, des Inhaltes, jetzt könne England noch von allem, was er thue, Vorteil ziehen, in höherem Maße vielleicht, als wenn man sich bereits gegenseitig durch eine Allianz gebunden habe [4]), eine Andeutung, die in London kaum verstanden worden sein dürfte.

Überhaupt war man hier trotz aller Bedrängnis der Zeit nicht geneigt, von den gewohnten diplomatischen Kunstgriffen zu lassen. Wir sahen, daß Georg II. dem preußischen Gesandten von seiner Geneigtheit sprach, ihm Konzessionen zu machen, aber Preußen sollte ihm erst kommen; zu einem lockenden Angebote mochte man sich selbst nicht verstehen, und der russische Gesandte Fürst Tscherbatoff sagte dem englischen Minister ganz offen, in so kritischen Zeiten müsse man schnell dazu thun; wenn man sich nicht Preußens versichere, werde England auch mit Rußland keine gute Allianz zustande bringen [5]). Aber in London fand man sogar noch Zeit für sorgsame Erwägung der Rangverhältnisse, und als man hörte, daß Friedrich zum außerordentlichen Gesandten Klinggräff auserseben habe, meinte man dann von der beabsichtigten Sendung eines Lords wieder Abstand nehmen zu müssen, bis man endlich durch die Designierung des Reichsgrafen Truchseß von Waldburg sich befriedigen ließ [6]).

Die ersten Nachrichten von den Absichten Friedrichs auf Schlesien alarmierten nun in London auf das äußerste. „Der König Georg", schreibt Lord Harrington, „hat eine so günstige Meinung von seinem Neffen, daß er nur mit dem größten Widerstreben daran geht, zu glauben, daß derselbe ernstlich willens sei, ein Projekt zur Ausführung zu bringen, das so ganz entgegengesetzt ist den feierlichsten Verpflichtungen und seiner eigenen, wiederholt abgegebenen Erklärung, nichts als die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes im Sinne zu haben" [7]).

Ganz besonders dienten dann die Berichte des englischen Gesandten dazu, des Königs Pläne im ungünstigsten Lichte zu zeigen. „Wir wünschen nur",

---

1) Den 25. November, Berliner St.-A.
2) Den 31. Oktober, Londoner Record office.
3) Andrié den 8. November, Berliner St.-A.
4) Den 10. November, Londoner Record office. Der Brief fehlt in der Politischen Korrespondenz.
5) Andriés Bericht vom 8. November, Berliner St.-A.
6) Harrington an Guy Dickens den 4. November und 18. November, Londoner Record office.
7) Den 5. Dezember, Londoner Record office

schreibt dieser am 19. November [1]), „daß das viele Lesen insbesondere der Geschichte des Altertums von Rollin nicht den Kopf dieses Fürsten mit dem Gedanken erfüllt habe, Cyrus oder Alexander nachzuahmen“ — und am 3. Dezember [2]): „Ein Fürst, der die geringste Rücksicht nähme auf Ehre, Wahrheit und Gerechtigkeit, könnte die Rolle nicht übernehmen, auf welche er losgeht, aber es ist klar, seine einzige Absicht war, uns zu betrügen und eine Zeit lang seine ehrgeizigen und heillosen Pläne zu verbergen.“

Der Gesandte, dem es an Selbstgefühl keineswegs mangelte, fühlte in sich die Neigung, diesem jungen verwegenen Fürsten gegenüber den Mentor zu spielen und ihm die Korrektur angedeihen zu lassen, deren, wie er bemerkt, dessen politische Grundsätze noch sehr bedürftig seien [3]). Und nachdem im vergangenen August Friedrich einige lehrhafte Vorstellungen über das Verhältnis der europäischen Mächte mit leidlich gutem Humor aufgenommen hatte, schloß Dickens daraus, daß es diesem Fürsten gegenüber das Beste sei, offen mit der Sprache herauszusprechen, und beschloß auch jetzt, in der schlesischen Angelegenheit ihm ernstliche Vorstellungen zu machen. Er erbittet, so wie der König aus Rheinsberg nach Berlin zurückgekehrt ist (2. November nachmittags), eine Audienz, erhält dieselbe sogleich bewilligt und hat nun am 3. November gegen Abend eine lange Unterredung mit dem Könige, die nach allen Seiten hin zu charakteristisch ist, um nicht in ihrem ganzen Verlaufe, nach des Gesandten Berichte, der allerdings nicht in allen Einzelheiten korrekt sein dürfte, mitgeteilt zu werden.

Der Gesandte knüpft an die Erklärungen an, die Friedrich den Seemächten gegeben, bezüglich der Bereitwilligkeit zur Erhaltung des Gleichgewichtes von Europa mitzuwirken; kommt dann auf den eigentlichen Prüfstein seiner wirklichen Ansichten und Absichten, daß nämlich das Wohl Europas und vornehmlich Deutschlands wesentlich abhänge von der Aufrechterhaltung der Festsetzungen über die Unteilbarkeit der österreichischen Succession, und spricht die Hoffnung aus, der König werde über die geeignetsten Maßregeln dazu baldigst Eröffnung machen. — „Ich hielt dabei“, schreibt der Gesandte, „meine Augen fest auf den König geheftet, dem das Gesagte augenscheinlich nicht angenehm war.“

Der König (mit einiger Lebhaftigkeit): „Was meinen Sie damit?“

Der Gesandte: „Die pragmatische Sanktion.“

Der König: „Wollt ihr diese aufrecht erhalten? Ich hoffe nein, meine Absicht ist das wenigstens nicht.“

Der Gesandte: „England ist dazu verpflichtet und Ew. Majestät auch.“

Der König: „Ich habe keine solche Verpflichtung übernommen, und wenn mein Vater es that, so bin ich nicht daran gebunden und will nicht an etwas kleben bleiben, was ich nicht selbst einging und vollzog.“

Der Gesandte bemüht sich, aus Friedrichs eigenen Erklärungen an die Seemächte und dem an ihn gerichteten Briefe das Gegenteil zu erweisen, und bemerkt dazu: „England und Holland werden sich über die militärischen

---

1) Raumer, Beiträge zur neuen Geschichte II, 74, aus dem Londoner Record office.

2) Raumer a. a. O., S. 76.

3) Den 15. Oktober, bei Raumer, S. 34.

Maßregeln wundern, welche Ew. Majestät ohne jede Mitteilung an sie in dem Augenblicke ergreift, wo dieselbe sich mit ihnen zu verbinden die Absicht zeigt und ihnen freundschaftliche Anträge macht; und obwohl ich keine Befehle haben kann, hierüber zu sprechen, werde ich doch sehr glücklich sein, wenn Ew. Majestät mir sagen wollen, was ich hierüber nach England schreiben soll."

Da wird der König rot im Gesichte und sagt: „Ich weiß, Sie können keine Anweisung erhalten haben, mir diese Frage vorzulegen. Sollte es aber auf Befehl geschehen sein, so habe ich eine Antwort für Sie bereit: daß nämlich England kein Recht zusteht, nach meinen Plänen mich zu inquirieren, ebenso wenig wie ich euch nach euren Seerüstungen frage, sondern mich mit dem Wunsche begnüge, daß ihr euch nicht von den Spaniern mögt schlagen lassen."

Der Gesandte fährt mit seinem unverwüstlichen Selbstgefühle fort: „Ich stillte bald diesen kleinen Sturm dadurch, daß ich sagte, ich hätte nicht aus Neugier oder Vorwitz gefragt, sondern aus aufrichtiger Teilnahme an des Königs Wohle, und weil es mich besorgt mache, zu sehen, wie er sich in ein Unternehmen einlasse, welches er später zu bereuen Ursache haben möchte."

Hierauf eröffnete sich der König in etwas und sagte: „Ich habe nichts im Auge als die allgemeine Wohlfahrt. Meine Pläne prüfte ich mit der größten Aufmerksamkeit, wog alle Vorteile und Nachteile ab, welche für mich und das Allgemeine daraus entstehen könnten, und kam zu der Überzeugung, daß ich nicht anders thun könne, als sie mit Energie durchzuführen. Ich bin für den Großherzog als Kaiser, kann aber nie zustimmen, daß er König von Böhmen würde, denn dies wäre gegen die pragmatische Sanktion. Wenn es das Schicksal wollte, daß die Königin, seine Gemahlin, ohne Nachkommen stürbe, würde die zweite Erzherzogin das einbüßen, was ihr von Rechts wegen zukommt."

Der Gesandte bemerkte hierzu, es liege doch ein Widerspruch darin, wenn der König sich hier auf die pragmatische Sanktion berufe, die er vorher nicht anerkennen zu wollen erklärt habe, und schließt aus der ganzen Äußerung, der König habe es anscheinend auch auf Böhmen abgesehen und darauf, dies im Interesse der zweiten Erzherzogin zu besetzen, wie ihm denn auch Truchseß auf die Frage, was die Kriegsrüstungen bedeuten sollten, erwidert habe, um gewisse Landschaften vor anderen Leuten sicher zu stellen.

Nach dieser Abschweifung in seinem Berichte fortfahrend, läßt der Gesandte den König sagen: „Österreich ist als Macht notwendig gegen die Türken und infolge davon auch für den Kaiser der Besitz jener Lande, doch sollte er auf einen solchen Umfang beschränkt werden, daß drei Kurfürsten ihm die Spitze bieten könnten für den Fall, daß er etwas zum Schaden der Freiheiten und Verfassung des Reiches unternähme. Meine Absichten sind übrigens nur auf das allgemeine Wohl gerichtet, und ich hoffe, England werde sich klug verhalten, sonst sehe ich einen neuen dreißigjährigen Krieg voraus (eine Andeutung, in welcher der Gesandte eine direkte Kriegsdrohung gegen England erblickt). Ich habe einen langen Brief an Ihren König geschrieben mit neuen Eröffnungen und Propositionen, von denen ich allerdings nicht weiß, ob sie gebilligt werden werden. Ich finde, England hat ebensowohl wie Frankreich eine Neigung, andere Fürsten unter seine Vormundschaft zu nehmen; ich

aber habe keine Lust, mich weder von dem einen, noch von dem andern leiten zu lassen."

Guy Dickens versichert nun, warnend gesagt zu haben, schon mancher ehrgeizige Fürst habe sich in Fehlgriffe verwickelt, die dann für sein Landgebiet verhängnisvoll geworden seien, und zugleich gefragt zu haben, ob er sich nicht mit der pfälzischen Succession genügen lassen wolle, in welchem Falle ein aufrichtiger und mächtiger Freund ihm lieber beistehen wolle, als bei einem Plane, der ganz Europa in Alarm bringe.

Der König: „Truchseß hat mir davon gesprochen, aber ich kann von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machen, meine Ansprüche nach der Seite des Rheines hin liegen mir weniger am Herzen, da ich weiß, daß jede Vergrößerung nach dieser Seite hin die Eifersucht der Holländer erregen wird, während weder diese noch England irgendeinen Anstoß daran nehmen könnten, wenn ich nach einer anderen Seite hin eine Erwerbung machte. Ich beklage die Langsamkeit eurer Entschlüsse; ihr gleicht den Athenern, die ihre Zeit mit Reden hinbrachten, als Philipp von Macedonien auf dem Punkte stand, sie anzugreifen. Übrigens wird man zunächst Ihres Königs Antwort auf meinen Brief abwarten müssen, dann wird man klarer sehen."

Der Gesandte berichtet dann noch, daß tags vorher der Feldmarschall Schwerin sich in ganz ähnlichem Sinne gegen den holländischen Gesandten General Ginckel geäußert habe: da es doch für England unmöglich sei, zu verhindern, daß die pragmatische Sanktion von einem oder dem anderen Fürsten über den Haufen geworfen werde, liege es in dessen Interesse, Preußen eine Vergrößerung zu gönnen, in deren Besitze es dann viel leichter imstande sein würde, im Bunde mit den Seemächten Frankreich im Zaume und von Angriffen auf die Freiheit Europas abzuhalten. Anderseits stehe es jeden Augenblick in Preußens Hand, sich mit Frankreich zu verbünden, wo dann England in Gefahr kommen könne, da ohnehin manche Differenzen noch nicht ausgeglichen seien, wie z. B. über Mecklenburg, Ostfriesland, von den preußischen Ansprüchen auf Hannover ganz zu geschweigen.

„Das hieß also", ruft Guy Dickens aus, „wenn der König von England einen Anlaß giebt, will dieser junge König sich auf seine kurfürstlichen Besitzungen stürzen — zu dieser exorbitanten Höhe und Vermessenheit im Denken und Sprechen ist man hier gegenwärtig gekommen."

Er faßt alles zusammen in folgende Sätze:

1. Der König von Preußen will die pragmatische Sanktion nicht aufrecht erhalten, sondern einen Teil davon angreifen.

2. Er will nichts von der pfälzischen Succession hören und weist englische Hilfe als unnötig und unzulänglich zurück.

3. Er ist so versessen in seine Eroberungsprojekte nach dieser Seite hin, daß er, ehe er davon absteht, es lieber auf einen Krieg mit allen seinen Nachbarn ankommen lassen will.

„Demnach", schließt der Bericht, „werden die Mächte, welche ein Herz für die allgemeine Wohlfahrt haben, sich schnell in die Lage bringen müssen, ihre Politik bei diesen unerwarteten Konjunkturen mit Energie zu verfolgen [1]).

---

[1]) Bericht vom 6. Dezember, im Londoner Record office. Auszüge bei Raumer a. a. O., S. 82.

Obwohl nun dieser Bericht ganz augenscheinlich von dem dünkelvollen Autor gefärbt und vielfach zugespitzt worden ist, so sind doch namentlich die darin enthaltenen Äußerungen des Königs recht geeignet, unser Interesse zu erregen, und die ganze Audienz muß in der Geschichte der europäischen Diplomatie Epoche machen, insofern eine solche Art der Unterhaltung zwischen einem Souverän und einem fremden Gesandten in der That bis dahin unerhört war. In der Geschichte dieses Krieges steht sie dann nicht vereinzelt da; die dreiste Art gerade der englischen Unterhändler hat dann noch mehrmals zu Äußerungen provoziert, wie sie sonst der vorsichtig abgewogenen Sprechweise der Diplomatie fern zu bleiben pflegen.

Mit einer gewissen patriotischen Genugthuung aber lesen wir die energischen Worte, mit denen der junge Fürst jene Vormundschaft, in welcher die europäischen Mächte die Herrscher des zersplitterten Deutschlands zu halten sich anmaßten, nun aufkündigt, ebenso wie die geharnischte Zurückweisung dreister Einmischung des Auslandes. Es hat etwas Erfreuliches, wahrzunehmen, wie dieser Fürst, der so gern französische Verse machte, doch auch es versteht, mit einem anmaßenden fremden Gesandten deutsch zu sprechen, so wie es die Fürsten des damaligen römischen Reiches seit lange ganz und gar verlernt hatten.

Eine sehr andere Frage ist es, ob es zweckmäßig war, gerade in jenem Momente eine so offene, rücksichtslose Sprache zu führen gegenüber dem Gesandten einer Macht, mit der sich der König verbünden, und der er ein kühnes und immerhin gewaltsames Unternehmen plausibel machen wollte. Dieser große König hat seine Lehrjahre auch in der Diplomatie durchzumachen gehabt; seine Vertrauten wußten es sehr wohl, daß er, wenn er in Erregung kam, leicht sich zu heftigeren Äußerungen hinreißen ließ, und er tadelt sich selbst bei einer anderen Gelegenheit, daß er im Gespräche mit einem auswärtigen Unterhändler statt diesen mehr sprechen zu machen, selbst zu viel mit der Sprache herausgegangen sei [1].

Vielleicht eben nur in der Absicht, den Eindruck des Berichtes, welchen der Gesandte über jene Audienz erstatten mußte, zu paralysieren, beeilte sich der König am Morgen nach jener Unterhaltung ein längeres Kabinettsschreiben an König Georg abgehen zu lassen, welches Podewils bereits seit Wochen vorbereitet hatte. Er gab hierin zunächst Erklärungen über seinen Plan: da das Haus Österreich nach dem Tode seines Hauptes und bei dem totalen Verfalle seiner Angelegenheiten seinen Feinden preisgegeben und auf dem Punkte sei den Anstrengungen derer, welche offen seine Succession zu beanspruchen oder im geheimen ein Stück davon an sich zu reißen denken, zu unterliegen, habe er sich entschlossen, sich Schlesiens zu bemächtigen und seine Truppen in dieses Land einrücken zu lassen, um zu verhindern, daß andere diese seine Nachbarprovinz occupierten zum großen Präjudiz für ihn und die unbestreitbaren Rechte, welche sein Haus schon immer auf den größten Teil jenes Landes gehabt habe.

Eine solche Besetzung sei zugleich das einzige wirksame Mittel, um den übelberatenen Wiener Hof zu hindern, sich in die Arme Frankreichs zu werfen, zum sichern Verderben für das Reich und die Freiheit Europas.

---

1) Gegenüber dem Baron Pfütschner im Frühling 1742, Hist. d. m. temps, p. 109.

Wenn er nun bereit sei, im Bunde mit Rußland und den Seemächten Österreich zu schützen und zu retten, müsse er sich doch bewußt bleiben, daß der größte Teil der Anstrengungen auf ihn fallen würde, und hoffe von der Billigkeit des Königs von England, daß derselbe es in der Ordnung finden werde, wenn er eine Entschädigung suche, die ihm konveniere und die im Verhältnis stehe zu den Ausgaben, die er mache, der Gefahr, die er laufe, und den Diensten, die er dem Hause Österreich leiste, welches letztere sich glücklich preisen könne, wenn es so mit dem Opfer einer Provinz die Rettung aller übrigen erkaufe. Hierzu den Wiener Hof so schnell als möglich zu bewegen, sei von einer Wichtigkeit, die der Einsicht des Königs von England nicht entgehen werde. Wegen der jülich-bergschen Succession werde er sich allen Arrangements fügen, welche im Interesse der Republik Holland oder selbst des Hauses Österreich geeignet erscheinen könnten. Schließlich bittet er noch um strenge Geheimhaltung dieser Eröffnungen. [1])

Seinen Gesandten in London weist er dann noch besonders an, seine Geneigtheit zu entschiedenem Eintreten für die Aufrechterhaltung „des Systemes des Reiches und des Gleichgewichtes von Europa auf das bestimmteste zu beteuern, nur dürfe man von ihm nicht verlangen, daß er sich der Feindschaft Frankreichs und aller seiner Alliierten im Reiche wie im Norden aussetze, ohne einen Vorteil davon zu haben, und zu gleicher Zeit die unbestreitbaren Rechte seines Hauses zur Geltung zu bringen. Wenn man aber seiner sich glaube bedienen zu können, bloß um die Kastanien aus dem Feuer zu holen, so werde man sich fürchterlich täuschen." [2])

Zu gleicher Zeit wurde eine kurze Erklärung den fremdem Gesandten mitgeteilt, des Inhaltes, daß der König seine Truppen in Schlesien einrücken lasse, um die Rechte seines Hauses auf Schlesien zu revindizieren. Um sich nicht andere, welche auf die Succession des verstorbenen Kaisers Ansprüche erhöben, zuvorkommen zu lassen, sei er genötigt, dieses Unternehmen so schnell ins Werk zu setzen, daß eine vorherige Verständigung mit der Königin von Ungarn und Böhmen unthunlich geworden sei; doch liege deren Wohl ihm sehr am Herzen und er wünsche ihr bei allen Gelegenheiten, die sich darbieten würden, der sicherste Schutz und Schirm zu sein [3]).

Es war bezeichnend genug, daß diese Erklärung am 6. Dezember den Gesandtschaften im Haag, in London und in Petersburg, den übrigen Mächten aber erst eine Woche später, d. h. kurz vor der Abreise des Königs zur Armee, mitgeteilt wurde.

Wir sahen bereits, wie feindlich der englische Gesandte in Berlin sich Friedrichs Plänen entgegenstellte; noch schroffer schreibt er etwas später: wenn England die Anschläge Preußens begünstige, werde sich Frankreich auf Österreichs Seite stellen und für alle seine Absichten den schönsten Vorwand haben, die Verteidigung feierlicher von ganz Europa garantierter Verträge zu führen, während England dann die Rolle zufallen würde, sich von Preußen mißbrauchen zu lassen und für die Usurpationen eines Fürsten einzutreten, „der sich gar nicht bedenken wird, seine Waffen gegen uns zu kehren, wenn wir es

---

1) Den 4. Dezember; Polit. Korresp. I, 121.
2) Den 6. Dezember; ebd., S. 124.
3) Preuß. Staatsschriften, ed. Koser (Berlin 1877), S. 62.

müde würden, seine ehrgeizigen Pläne zu unterstützen, welche vielleicht auf die Eroberung von halb Deutschland hinauslaufen" [1]).

Und nicht viel günstiger sah man in London die Sache an. Für König Georgs welfische Mißgunst war der Gedanke einer so ansehnlichen Vergrößerung, welche der ohnehin schon zu mächtige Nachbar davontragen sollte, schwer erträglich, und für das Ministerium Walpole konnte es kaum etwas Unerwünschteres geben, als sich zum Teilnehmer einen kühnen Politik machen zu sollen, welche das mühsam zusammengehaltene System Europas auf das dreisteste zu erschüttern unternahm. Hätten damals die französischen Heere an den Grenzen Deutschlands oder der Niederlande gestanden, man hätte die Manier der Rettung, welche Preußen vorschlug, mit dem größten Widerstreben angenommen. Damals aber, wo der Kardinal von friedlichen Versicherungen überfloß, und das englische Ministerium immer noch an dem Strohhalme von Hoffnung festhielt, den drohenden europäischen Konflikt durch die gewohnten kleinen Auskunftsmittel abwenden zu können, war es das Allerfatalste, daß hier der junge König von Preußen im eigenen Interesse die Losung zum Kriege geben wollte. Dieses nach englischer Auffassung so leichtsinnig entzündete Kriegsfeuer möglichst schnell wieder zu löschen, ward hier die Losung; ob dies dadurch geschehen konnte, daß man den dreisten Forderer durch eine kleine Konzession zufrieden stellte, das mußte nun an erster Stelle von den Anschauungen des Wiener Hofes abhängen.

---

[1]) Bericht vom 17. Dezember, Londoner Record office.

Drittes Kapitel.

Die ersten Unterhandlungen mit Österreich.

Der 23jährigen Fürstin, welche der Tod Karls VI. auf einen bestrittenen Thron und zur Herrschaft über ein zerrüttetes, aus vielen Wunden blutendes Reich brachte, legte nun das Verlangen König Friedrichs eine große Entscheidung auf die Seele, die um so schwieriger war, da sie an erster Stelle auf den Meinungen beruhen mußte, die man sich von dem künftigen Verhalten der europäischen Mächte, vornehmlich Frankreichs, zu bilden vermochte. Maria Theresia hat später in einem Maße, wie es sehr selten einer Frau auf dem Throne beschieden ist, die Staatsgeschäfte in ihrem ganzen Umfange übersehen und auch für die auswärtigen Verhältnisse einen klaren und scharfen Blick gezeigt. Woher aber hätte sie jetzt, wo sie eben erst in die Geschäfte eintrat, die diplomatischen Erfahrungen nehmen sollen, um die Wahrscheinlichkeitsrechnung, auf die es hier ankam, zu stützen? Und doch war gerade diese Frage von zu schwerwiegender Bedeutung, als daß sie die Sache hätte einfach ihren Ministern überlassen können. An sie heftete sich die ganze Verantwortlichkeit, sie mußte hier den Ausschlag geben, und sie hat ihn gegeben, aber sie hat die Entscheidung, nach der sich ihre ganze Zukunft bestimmen sollte, getroffen nicht auf Grund eines diplomatisch-politischen Kalkuls, sondern mehr ihrem Herzen folgend, den Impulsen ihres eigensten Wesens, wie dasselbe die Natur veranlagt und die Erziehung entwickelt hatte. Auf diesem Boden drängte alles nach einer Seite hin. Die starke Seele Maria Theresias scheute nicht vor einem Kampfe zurück zur Verteidigung ihres väterlichen Erbes, und die Möglichkeiten künftiger Gefahren schreckten sie nicht, ihrer lebhaften Empfindung erschien die Art von Friedrichs Vorgehen nur wie ein arglistiger Überfall, ein Versuch von Raub und Erpressung, dem gegenüber sie das gute Recht auf ihrer Seite habe, der Gedanke, daß ihr Gegner aus der Übervorteilung, der ungerechten und arglistigen Behandlung, die sein Vater von dem ihrigen erfahren, ein Recht herleiten könne, rücksichtslos ihr gegenüber seinen Vorteil wahrzunehmen, wird sie wenig beschäftigt haben; solche retrospektive historische Erwägungen lagen der jungen Fürstin doch noch fern, und eine objektive Anerkennung eines fremden Standpunktes pflegt das zu sein, was dem weiblichen Sinne am allerschwersten fällt. Und was die preußischen Ansprüche betraf, so war es ja so leicht formell zu beweisen, daß dieselben abgethan seien. Das Gegenteil der Königin klar machen, hätte am Wiener Hofe kaum jemand gekonnt, geschweige denn gewollt.

Kurz, die junge Königin sah ihrer innersten Überzeugung nach in ihrem Bedränger zugleich einen Verächter göttlichen und menschlichen Rechtes, und in dem Hasse, von dem sie gegen ihn entflammte, erstarb selbst der Wunsch, überhaupt ihn zum Bundesgenossen zu gewinnen, so daß für eine Neigung, diese Bundesgenossenschaft mit schwerem Opfer zu erkaufen, kein Platz mehr blieb. Mochten, selbst wenn Opfer notwendig würden, diese lieber auf anderer Seite gebracht werden.

Und nach derselben Seite hin drängten dann auch die Ergebnisse, welche in der Seele der jungen Königin ihre Erziehung herausgebildet hatte. Der am Hofe Karls VI. wohlgepflegte habsburgische Stolz empörte sich dagegen, daß die Kaisertochter der drohenden Forderung eines Kurfürsten sich fügen solle, und ihr bis zur Bigotterie gesteigerter kirchlicher Eifer fand Gewissensbedenken darin, viele Tausende ihrer Unterthanen einem ketzerischen Fürsten überantworten zu sollen.

Um solchen Anschauungen an maßgebender Stelle entgegenzutreten, hätte nur ein Minister wagen können, der in ganz besonderem Maße das Vertrauen seiner Fürstin besessen und die Überzeugung von der Notwendigkeit der entgegengesetzten Entscheidung in eindringlichster Weise hätte geltend machen können, ein Mann, dessen überlegener politischer Einsicht die Königin die eigene Überzeugung opfern zu wissen geglaubt haben würde, wie sie es wohl in späterer Zeit Kaunitz gegenüber gethan hat. Solch einen Minister gab es aber damals nicht und vor allem keinen, der die Notwendigkeit einer Nachgiebigkeit wirklich mit Ernst und Energie zu vertreten Mut oder Neigung gehabt hätte.

Maria Theresia hatte bei dem Tode ihres Vaters auch dessen Minister mit überkommen, jene gerusia, welche seit dem Tode des Prinzen Eugen den österreichischen Staat und zwar, wie man wohl sagen darf, nicht eben glücklich geleitet hatte, bestehend aus Männern der hohen Aristokratie, den Grafen Sinzendorf, Starhemberg, Harrach, Kinsky, sämtlich hochbejahrt. Neben ihnen war dann aus niederem Kreise ein Mann zu einer Bedeutung emporgekommen, die bald die der eigentlichen Minister überragte. Es war dies Joh. Christoph Bartenstein, geboren 1689 als der Sohn eines Professors zu Straßburg im Elsaß. Derselbe war als Jüngling nach Frankreich gegangen, dort trotz seines protestantischen Bekenntnisses mit den gelehrten Benediktinern von St. Maur in Verbindung getreten und mit Empfehlungen derselben nach Wien gekommen, wo er, nachdem er durch ein scharfsinniges Rechtsgutachten in einem verwickelten Prozesse sich einen Namen gemacht und zum Katholicismus übergetreten war, durch Graf Gundacker von Starhemberg in den Staatsdienst eingeführt, nach und nach die einflußreiche Stellung eines Protokollführers der geheimen Konferenz und in dieser Stellung bald das Vertrauen Kaiser Karls VI. in ganz hervorragendem Maße erlangte und zu behaupten wußte, trotz aller Anfeindungen seitens der österreichischen Aristokratie, welche in ihm immer einen nicht ebenbürtigen Eindringling erblickte. Er war in den letzten Jahren der Regierung Karls VI. dessen leitende Hand gewesen.

Seine Politik ward beeinflußt durch eine immer bewahrte Anhänglichkeit an Frankreich, der eine hartnäckige Abneigung gegen England entsprach. Auch der religiöse Eifer des Konvertiten wirkte mit bei dem Bestreben, den Kaiserhof allmählich aus dem von Prinz Eugen einst geschlossenen Bunde mit den

Seemächten zu lösen und ihn dagegen dem rechtgläubigen Frankreich zu nähern. Wesentlich Bartensteins Werk war jener Friede zu Wien von 1735, in welchem Karl VI. Frankreichs Anerkennung der pragmatischen Sanktion durch die Abtretung des alten Reichslandes Lothringen erkauft hatte. Nicht ohne Schroffheit hatte er damals gegenüber dem Herzog Franz von Lothringen, welcher in den Tausch seines Stammlandes gegen Toscana nicht willigen wollte, diese Einwilligung zur Bedingung seiner Vermählung mit Maria Theresia gemacht, und Franz hat Bartenstein seinen Zuruf von damals: „keine Abtretung, keine Erzherzogin", nie ganz vergeben.

Es konnte zweifelhaft erscheinen, ob Bartenstein das fast unbeschränkte Vertrauen, welches ihm Kaiser Karl geschenkt hatte, auch bei dessen Nachfolgerin würde zu behaupten vermögen. Indessen fand Bartensteins Scharfsinn schnell die Mittel heraus, um sich auch dieser unentbehrlich zu machen. Einen gewissen Einfluß übte hier schon der Umstand, daß Maria Theresia, wie sehr auch sonst an Geist und politischem Scharfblick und auch an Charakter ihrem Vater überlegen, doch schon als Weib den religiösen Impulsen sehr zugänglich war und deshalb für den Grundgedanken von Bartensteins Politik, die Solidarität der katholischen Interessen, gewisse Sympathieen empfand. Dazu kam dann noch etwas anderes. Die greisen Minister im Bewußtsein eben ihrer langen Geschäftserfahrung und zugleich in dem stolzen Unabhängigkeitsgefühle, das ihnen ihre aristokratische Herkunft verlieh, hatten sich zu Anfang wenig geneigt gezeigt, mit ihrer jungen unerfahrenen Herrscherin allzu viel Umstände zu machen, ihr vielmehr die meisten Sachen über den Kopf genommen, ihre Zustimmung als selbstverständlich angesehen. Maria Theresia, die ohnehin nicht allzu großen Respekt vor diesen Ministern hatte, vielmehr deren Altersschwäche und Geistesarmut schnell durchschaute, mochte solche Behandlung nicht ertragen, sie erhob Einwendungen in dem Konseil, suchte eine selbständige Meinung zu äußern, unterlag aber dann doch wieder aus Mangel an Sachkenntnis den Argumenten der Minister. Kaum aber hatte das der scharfsinnige Bartenstein wahrgenommen, als er sich beeilte, ihr zuhilfe zu kommen, sie auf die Konferenzsitzungen vorbereitete und ihr so den Triumph verschaffte, die alten Minister dann doch aus dem Felde zu schlagen, und dieselben zu zwingen, sich ihren wohlmotivierten Entscheidungen zu fügen [1]). Indem Bartenstein so die Königin sich zu lebhaftem Danke verpflichtete, vermochte er es, seinen beherrschenden Einfluß auch unter der neuen Regierung zu befestigen. Die alten Herren vom Ministerium mußten sich grollend fügen.

Unter den Gegnern Bartensteins obenan stand der Gemahl Maria Theresias, Großherzog Franz. Wir sahen bereits, welchen Grund seine Abneigung hatte; derselbe liebte ebenso wenig Frankreich wie Bartensteins dieser Macht zugeneigte Politik und hätte ungleich lieber an die Traditionen des Prinzen Eugen angeknüpft. Jener Zeiten gedenkend, erinnerte er sich dann auch der tapferen Scharen, welche damals das verbündete Preußen gestellt, und die bei Höchstedt, bei Malplaquet und Turin soviel zum Siege beigetragen hatten. Er vor allem wußte das preußische Bündnis zu schätzen. 1732 hatte er eine Zeit lang am Berliner Hofe verweilt und mit dem damaligen Kronprinzen

---

[1]) So berichtet der englische Gesandte Robinson unter dem 30. Juli 1741, Londoner Record office.

eine nähere Freundschaft geschlossen. Franz war ein aufrichtiger Freund der preußischen Allianz und hätte wohl dafür gestimmt, dieselbe selbst durch gewisse Opfer zu erkaufen. Man wußte das auch in Berlin, und wir sahen bereits, wie bei den Rheinsberger Verhandlungen König wie Minister sogleich diese Adresse in Aussicht nahmen. Aber auf der anderen Seite war bei aller Zärtlichkeit, mit welcher Maria Theresia an ihrem Gemahl hing, doch kaum eine Aussicht vorhanden, daß diese wohlwollende, aber immerhin etwas indolente Natur einen beherrschenden Einfluß auf die Leitung der österreichischen Politik hätte erlangen können. Großherzog Franz hat unmittelbar nach dem Tode des Kaisers an den König geschrieben und denselben gebeten, ihm unter den jetzigen Umständen einen Beweis seiner Freundschaft zu geben durch die Hilfe, die er ihm zuteil werden lasse, und dieser Brief hat sicher dazu beigetragen, den König entgegen seinen ursprünglichen Absichten [1]), aber im Einklange mit Podewils, dringenden Vorstellungen zur Anknüpfung von Unterhandlungen in Wien vor Einmarsch seiner Truppen in Schlesien zu bewegen.

Die freundliche Antwort, welche der König hierauf dem Großherzog sandte, erregte bei diesem die allergrößte Freude; in den lebhaftesten Ausdrücken versicherte er dem Gesandten dies zu wiederholten Malen. „Der ganze Hof“, schreibt Borcke, „hallte bald von der frohen Botschaft wieder, die sich sogar in der Stadt schnell verbreitete.“ [2]).

Übrigens hatte der König gleichzeitig mit jenem freundlichen Schreiben seinem Gesandten den Auftrag erteilt, vorzustellen, daß, so bereit der König wäre, dem Wiener Hofe in seiner bedrängten Lage beizustehen, er doch für das Risiko, das er damit übernähme, einen Preis haben, daß man sich nach dieser Seite hin schnell erklären und die Gelegenheit bei den Haaren ergreifen müßte, wenn man nicht zu spät kommen und ohne Hilfe bleiben wolle. Die Gefahr sei groß und schlimme Anschläge vonseiten Bayerns und Sachsens, „deren Flöten dem Anscheine nach bereits gestimmt seien“, ernstlich zu besorgen und man laufe Gefahr, auch vonseiten Ungarns und Italiens bedroht zu werden, und kaum sei abzusehen, woher man die Streitkräfte zum Kampfe nehmen wolle. Die Zukunft sei durchaus fraglich, gesetzt die Großherzogin von Toscana, die dem Vernehmen nach schwanger sei, sterbe im Kindbette, ohne männlichen Erben zu hinterlassen, so werde der Großherzog notwendig sich aller Ehren und Würden, die man ihm jetzt zugedacht zu haben scheine, wieder berauben lassen müssen. — Und wie denke man es sich möglich, für die Wahl des Großherzogs zum Kaiser die Stimmen von Köln, Bayern, Pfalz und Sachsen zu gewinnen? Der Gesandte soll auch eifrig darüber wachen, wie man sich in Wien zu Frankreich zu stellen versuche, und ob man nicht durch Opfer nach dieser Seite hin Rettung suchen werde. Der König glaube solche Ratschläge, die dem Hause Österreich nur höchst verderblich werden könnten, den Männern, welche bisher dort die Geschäfte geleitet hätten, wohl zutrauen zu dürfen [3]).

---

[1]) Vgl. oben S. 57.

[2]) Bericht vom 9. November, Berliner St.=A. Der Brief selbst hat sich weder in Berlin noch in Wien auffinden lassen.

[3]) Den 31. Oktober, Polit. Korresp. I, 81.

Aber wenn in den ersten Tagen nach dem Tode des Kaisers am Wiener Hofe ein Gefühl der Unsicherheit und Beunruhigung geherrscht hatte, welches denselben fast ängstlich nach fremder Hilfe umschauen ließ, so hatte man bald wieder mehr Zutrauen gewonnen. Im Lande schien doch die Herrschaft ohne besondere Schwierigkeiten auf die junge Fürstin übergehen zu können, und die einzige Macht, welche bisher Miene gemacht hatte, die pragmatische Sanktion anzufechten, Bayern, schien bereits diplomatisch aus dem Felde geschlagen durch die am 3. November vor dem versammelten diplomatischen Corps erfolgte Vorlegung des Testamentes Ferdinands I., welches dann zur Evidenz herausgestellt hatte, daß die Ansprüche Bayerns nicht, wie dieses behauptet, bei Abgang der männlichen Linie des Hauses Österreich, sondern erst nach dem Aussterben der ehelichen Leibeserben der Söhne Ferdinands und Karls V. in Kraft treten sollen [1]). Aus Dresden kamen die freundlichsten und beruhigendsten Versicherungen [2]). Was Preußen anbetraf, so schienen die Andeutungen Borckes über den Preis, den die Allianz dieser Macht haben müßte, zwar wohl verstanden worden zu sein, wie denn die Königin bald darauf zu Graf Ostein über eine den preußischen Erbietungen angehängte „bedenkliche Klausel, welche auf Überkommung eines Stückes unserer Erblande abziele", schreibt [3]), aber nur eine größere Zurückhaltung nach dieser Seite hin zur Folge zu haben.

So schrieb denn der König (unter dem 5. November) schon in schärferem Tone an seinen Wiener Gesandten, nachdem er aufs neue die Gefahren, die Österreich drohten, hervorgehoben, vor den sächsischen Plänen gewarnt und gezeigt, wie wenig man wirkliche Hilfe von anderen Bundesgenossen erwarten dürfe:

„Das Schlimmste an der ganzen Sache ist, daß man in Wien fort und fort an der falschen Voraussetzung festhält, man müsse sich unter allen Umständen gratis für ihre Erhaltung interessieren oder meint mit Komplimenten oder wohlfeilen Perspektiven künftiger Gunst davonzukommen. In beidem wird man sich schrecklich täuschen, und wenn man nicht ohne Zögern daran geht, sehr solide und reelle ‚Convenancen' denen zu machen, welche am meisten imstande sind, sie von dem Rande des Abgrundes zurückzuziehen, an dem sie sich befinden, wird man in Wien Gefahr laufen, selbst den Schaden zu tragen und die, welche es mit ihnen gutmeinten, sich nach einer anderen Seite wenden zu sehen, wo sie ihren Vorteil finden.

Ich habe es für notwendig gehalten, diese Erwägungen anzuregen, weil ich wahrnehme, daß der Eifer, mit dem man, wie Sie voraussetzten, mich suchen würde, sehr nachgelassen zu haben scheint, so daß ich anfange zu glauben, man werde auf andere Mittel sinnen müssen, um von den gegenwärtigen Konjunkturen Vorteil zu ziehen, anstatt ängstlich auf Leute zu warten, die noch sehr unentschlossen scheinen, ob sie die ersten Schritte thun sollen oder nicht." [4])

---

[1]) Heigel, Der österreichische Erbfolgestreit, S. 28.

[2]) Die Nachricht von der Anwesenheit des vielvermögenden Beichtvaters der Königin von Polen, Guarini, in Wien, von welcher auch der König (Polit. Korresp. I, 87) schreibt, hat sich dann doch nicht bestätigt, sondern als auf einer Verwechselung beruhend herausgestellt.

[3]) Den 19. November, bei Arneth I, 374.

[4]) Polit. Korresp. I, 88.

Indessen sandte gleichzeitig der König an Borcke, dessen Abberufung ja ursprünglich beabsichtigt war, eine neue Beglaubigung als Gesandter bei der jetzigen Herrscherin, und deren Adresse ging an die Königin von Ungarn und Böhmen zur größten Freude des Wiener Hofes, der hierin eine Anerkennung der pragmatischen Sanktion erblickte [1]). Um so weniger nahm man Anstand, nun von Friedrich auch die Kurstimme zur Kaiserwahl zu erbitten, was der Großherzog in einem sehr herzlich gehaltenen Briefe und auch Maria Theresia in einem besonderen Handschreiben mit der Perspektive auf größte Erkenntlichkeit ihrerseits that [2]). Man war in Wien um so zuversichtlicher, als inzwischen auch der Fürst Lichtenstein aus Paris einen Brief des Kardinals eingesendet hatte, in welchem dieser eine treue Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten in Aussicht stellte [3]). Friedrich aber hatte inzwischen seinen Wiener Gesandten beauftragt, dem Großherzog offen darzulegen, was er biete, und was er dafür verlange [4]).

Diesen Auftrag sollte nun aber der Gesandte erst dann ausführen, wenn er die Nachricht von dem Einmarsche der preußischen Truppen in Schlesien erhalten haben würde. Inzwischen versuchte aber auch der Wiener Hof nähere Kunde über die eigentlichen Absichten des Nachbarfürsten, von dessen Kriegsrüstungen doch bereits beunruhigende Nachrichten einliefen, einzuziehen. Mit dem ostensibeln Auftrage, die Thronbesteigung Maria Theresias anzuzeigen, ward der Feldmarschallieutenant, Marchese Botta d'Adorno, abgesendet. Seine Ernennung erfolgte bereits in den ersten Tagen des November, in den Tagen, wo der Großherzog von „seinem einzigen, wahren Freunde", dem Könige von Preußen, noch alles hoffte; der letztere sollte darin, daß der erste Gesandte, den man zur Notifikation des Thronwechsels aussandte, nach Berlin ging, einen neuen Beweis auszeichnenden Vertrauens erblicken [5]). Auf das bereits erwähnte verbindliche Handschreiben Friedrichs an den Großherzog, das dem letzteren so große Freude machte, erhielt Botta den Befehl, seine Abreise zu beschleunigen; als aber inzwischen jene Andeutungen Borckes über die von Friedrich begehrten „Konvenienzen" gefallen waren, hatte man Botta noch zurückgehalten, um ihm erst nähere Instruktionen über diesen Punkt mitzugeben. Auf sie ward dann der preußische Gesandte verwiesen. Indessen enthielten dieselben nichts von positiven Anerbietungen, Botta sollte eigentlich nur hören, was Preußen denn verlange, und höchstens bezüglich der jülich-bergschen Erbschaft Hoffnungen erregen. Bei der Langsamkeit des Wiener Geschäftsganges verzögerte sich nun seine Abreise so lange, daß er noch die weitere Kommission mit auf den Weg bekommen konnte, zu erforschen, was die preußischen Kriegsrüstungen zu bedeuten hätten.

Vor seiner Abreise wandte er sich an Borcke, um diesen noch etwas auszuhorchen, empfing aber dort nur den guten Rat, wenn er irgendetwas ausrichten wolle, dem König bestimmt und ohne Winkelzüge die eigentlichen

---

1) In der erwähnten Instruktion an Borcke vom 31. Oktober war Maria Theresia noch nur als Großherzogin von Toscana bezeichnet worden.
2) Vom 9. November bei Arneth I, 373, Anm. 4.
3) Angeführt bei Arneth I, 371, Anm. 20.
4) Unter dem 15. November, Polit. Korresp. I, 102.
5) Borckes Bericht vom 9. November, Berliner St.-A.

Intentionen seines Hofes zu eröffnen, worauf er mit den schönsten Versicherungen antwortete, ohne jedoch sich irgendwie näher zu eröffnen [1]).

Am 29. November traf der Marquis in Berlin ein, nachdem er auf seiner Reise von der Grenze an die ganz unverkennbaren kriegerischen Vorbereitungen für eine gegen Schlesien gerichtete Unternehmung mit eigenen Augen wahrgenommen hatte. Er begehrte sofort Audienz bei dem König, um ihm die eigenhändigen Schreiben seiner Souveränin und ihres Gemahls zu überreichen, doch zeigten schon die Vorbesprechungen mit Podewils, daß er zu irgendwelchen reellen Anerbietungen nicht bevollmächtigt war; er zeigte sich ungemein besorgt wegen der preußischen Kriegsvorbereitungen und erklärte auf die Versicherungen, welche ihm Podewils von den guten Absichten seines Königs gab, die Methode, mit welchem dieser dieselbe ins Werk zu setzen willens schiene, für höchst bedenklich.

Als er auch die übrigen auswärtigen Gesandten von den Kriegsvorbereitungen aufgeregt fand, bemühte er sich das ganze diplomatische Corps zu einem Kollektivschritte zu bewegen und Erklärungen über jene Maßnahmen von dem Könige zu fordern. Als das nicht gelang, wiederholte er, nachdem inzwischen (am 2. Dezember) der König selbst nach Berlin zurückgekehrt war, seine Bitte um eine Audienz, die er nun auch am 8. Dezember erhielt. Große Resultate hatte dieselbe freilich nicht; Friedrich empfing aufs freundlichste die überreichten Schreiben, begnügte sich aber im übrigen, wie er bereits an Borcke geschrieben hatte [2]), die leeren Komplimente und schönen Versicherungen mit doppelter Münze zu bezahlen, und die brennende Frage ward nicht weiter berührt, als indem Botta mit gewisser Betonung bemerkte, er habe die Wege durch Schlesien infolge der Überschwemmungen sehr schlecht gefunden, worauf der König erwiderte, die, welche dorthin müßten, riskierten am Ende nicht mehr, als etwas beschmutzt anzukommen.

Als dann der König ihm anzeigen ließ, er gedenke seine Antwort auf die empfangenen Schreiben in Wien selbst überreichen zu lassen und als außerordentlichen Gesandten den Oberhofmarschall v. Gotter, eine von früheren Gesandtschaften in Wien her dort wohlbeliebte Persönlichkeit dorthin zu senden, blieb Botta kaum noch etwas anderes übrig, als seine Abschiedsaudienz nachzusuchen, die dann am 9. Dezember stattfand, bei der es nun dann auch zu einer entschiedenen Aussprache kam.

Der König ließ sich, bevor er seine Eröffnungen begann, das Versprechen geben, von dem Gehörten nur dem Großherzoge von Toscana Mitteilung zu machen und anderseits seine Eröffnung bis zu Ende anzuhören, ohne ihn zu unterbrechen. Darauf folgten die uns bereits aus der Instruktion Borckes bekannten Propositionen mit der Ankündigung des Entschlusses, Schlesien zu besetzen; diese Anerbietungen selbst mündlich auszusprechen, habe er den Baron Gotter beauftragt, da er mit Borcke wegen der Schulden, die derselbe in Wien gemacht, weniger zufrieden sei. Die Antwort Bottas ist von näherem Interesse schon als die erste Äußerung des Wiener Hofes auf die preußischen Vorschläge.

Derselbe bemühte sich, die Voraussetzungen, auf welchen jene Vorschläge

---

1) Aus dem Berichte Borckes vom 16. November, Berliner St.-A.

2) Polit. Korresp. I, 112.

fußten, zu bekämpfen. Für jetzt, erklärte er, dächten weder Bayern, noch Sachsen daran, Österreich zu beunruhigen, und wenn der König nur Zuschauer zu bleiben sich entschlösse, würde er sehen, wie die Königin sich eventuell beider erwehre, selbst wenn dieselben wider Erwarten unter einander einig werden sollten. Im Falle eine wirkliche Bedrängnis die Königin nötigen sollte, seinen Beistand an Truppen und Geld in Anspruch zu nehmen, würde sie dies in keinem Falle umsonst verlangen, doch möge der König geneigtest in Erwägung ziehen, daß, wenn er wirklich, ohne darum gebeten zu sein, mit bewaffneter Macht in eins der Erbländer einmarschiere, dies ein Bruch der pragmatischen Sanktion sein würde und ein Schritt, für dessen Folgen er vor ganz Europa verantwortlich wäre. Das Haus Österreich habe ein solches Verfahren noch nie kennen gelernt und noch nie geduldet, und sein eigenes System, mit der Königin in gutem Vernehmen zu leben, werde durch einen solchen Schritt vollständig über den Haufen geworfen [1]. Die Folgen könnten die allerschlimmsten sein, der Ruin des Hauses Österreich, aber gleichzeitig auch der Preußens. Der König blieb dabei, es hänge ja nur von der Königin ab, sein Anerbieten anzunehmen. Als dann der Gesandte noch auf die Unsicherheit der Chancen eines Krieges zwischen beiden Mächten aufmerksam zu machen wagte und bemerkte, die preußischen Truppen sähen schöner aus, als die österreichischen, aber diese hätten Pulver gerochen, erwiderte der König mit einiger Erregung, er hoffe den Beweis zu liefern, daß seine Truppen ebenso tapfer als schön seien. Vergebens beschwor ihn Botta, wenigstens den entscheidenden Schritt noch aufzuschieben; Friedrich antwortete, es sei zu spät, der Rubicon sei überschritten [2].

Botta hatte sich beeilt, schon unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin (den 29. November) von den kriegerischen Anstalten, die er auf seiner Reise wahrgenommen, nachhause zu melden, und seine fortgesetzten Berichte zwangen nun wirklich den Wiener Hof, an den Ernst der preußischen Absichten zu glauben. Gegen diesen Glauben hatte man sich lange gesträubt, den alten Herren vom Ministerium schien solche Kühnheit undenkbar, und der englische Gesandte Robinson in Wien hatte ebenso wie sein hannöverscher Kollege Lenthe bis zum letzten Augenblicke den umlaufenden Gerüchten Glauben verweigert [3]. Und die Königin selbst schrieb noch den 8. Dezember an Botta: „Wir melden wohlbedächtlich, daß wir solches weder glauben können noch wollen.“ [4])

Am schwersten fiel es dem Großherzog, sich in die Situation zu finden, welche das kühne Unternehmen des Königs herbeiführte. Wie wir wissen, hatte Borcke die Weisung, die ihm aufgetragenen Propositionen erst dann zu machen, wenn er von dem erfolgten Einmarsche der preußischen Truppen in Schlesien erführe; der Gesandte wendete dagegen ein, wenn erst eine solche Nachricht nach Wien gelangt sei, würde man überhaupt keine Audienz mehr geben, sondern ihn einfach nötigen, das Land zu verlassen. Ja der Gesandte stand

---

1) Bottas Bericht an den Großherzog bei Arneth I, 375, Anm. 13.

2) Histoire de mon temps, p. 37.

3) Vgl. die Anführungen aus Robinsons Bericht vom 5. Dezember, bei Raumer a. a. O., S. 79, und den Bericht Lenthes vom 7. Dezember in der Schlesischen Zeitschr. XIII, 488.

4) Bei Arneth I, 377.

so weit unter dem Einflusse der in Wien sich mehr und mehr erhitzenden Stimmung, daß er seinem Könige riet, doch lieber den Angriff der Bayern zu erwarten, da sonst sich alle österreichischen Truppen aus Mähren gegen Schlesien wenden würden.

Aber der König zeigte sich wenig beunruhigt von der großen mährischen Armee der Österreicher und wies Borcke an, nun angesichts dieses Briefes, also noch bevor der Einmarsch bekannt werde, seine Eröffnungen zu machen [1]), indessen Borcke zögerte auch jetzt noch, und begnügte sich in der Audienz, die er am 14ten hatte, das Handschreiben des Königs dem Großherzoge zu überreichen, die Propositionen aber erklärte er noch nicht erhalten zu haben; er meinte, mit ihrer Überreichung nun doch noch warten zu sollen, bis die Nachricht von dem Einmarsche in Schlesien wirklich da sei. Das Geschäft, das er hier auszuführen hatte, war ihm im Grunde so wenig erwünscht, daß er, wie er selbst eingesteht, immer noch wartete, ob nicht vielleicht ein Gegenbefehl ihn jener peinlichen Eröffnungen überhöbe [2]).

Der Großherzog Franz blieb noch nach Empfang des erwähnten Berichtes von Botta über seine Abschiedsaudienz dabei, den König eines solchen Schrittes absolut für unfähig zu halten, und erwartete, daß erneute Vorstellungen des Gesandten, die namentlich nachweisen sollten, daß in der That Österreich gegenwärtig von keiner Seite bedroht werde, den König von dem Einmarsche in Schlesien abhalten würden [3]).

Aber als er das schrieb, war der Rubicon in der That bereits überschritten, preußische Truppen in Schlesien eingerückt, der König selbst im Begriff, sein Hauptquartier auf schlesischen Boden zu verlegen. Und als der neue preußische Gesandte, Hofmarschall v. Gotter, den 18. Dezember, am Tage nach seiner Ankunft seine erste Audienz hatte, hatte er schon den Ernst und die Spannung der Situation zu erfahren.

Der König hielt auch jetzt noch an der Hoffnung fest, daß der Großherzog noch am leichtesten für seinen Plan zu gewinnen sein werde, und in dem Handschreiben, welches Gotter zu überbringen hatte, beschwört er denselben, sein Urteil nicht zu übereilen, sondern reiflich die Gründe, welche des Königs Handlungsweise bestimmt hätten, zu erwägen [4]), und Gotter hatte auch wiederum den Auftrag, sich zunächst an den Großherzog zu wenden und von dessen Meinung es dann erst abhängig zu machen, wem er sich weiter zu eröffnen habe. Was den Inhalt dieser Eröffnungen betrifft, so tritt hier zu den uns bereits bekannten Vorschlägen und Darlegungen als ein neues Moment die Hinweisung auf die arge Täuschung, welcher der verstorbene König von Preußen hinsichtlich seiner jülich-bergschen Erbansprüche zum Opfer geworden sei, insofern Kaiser Karl VI. demselben als Preis der Anerkennung der pragmatischen Sanktion jene Ansprüche garantiert, zwei Jahre später aber im direkten Widerspruche damit dieselben Lande dem Sulzbacher Prinzen zugesagt habe [5]).

---

1) Weisung vom 7. Dezember, Polit. Korresp. S. 129.

2) In dem noch näher anzuführenden Berichte vom 17. Dezember, Berliner St.-A.

3) An Botta den 15. Dezember, bei Arneth I, 376, Anm. 16.

4) Vom 6. Dezember, Polit. Korresp. I, 124.

5) Instruktion vom 8. Dezember, ebd. S. 131.

Der König überschätzte bei den Verhandlungen vielleicht doch den Einfluß und die Macht des Großherzogs. Die große Frage über die den preußischen Zumutungen gegenüber einzunehmende Haltung war schon lange ernstlich erwogen worden. Bereits am 23. November war die Ministerkonferenz zu dem Schlusse gekommen, es drohten Feindseligkeiten eher von Preußen, als von Frankreich; des ersteren Vorgehen drohe die Schmälerung eines der treuesten Erblande, die Schädigung der katholischen Religion und die Entzündung eines allgemeinen Kriegsfeuers, und man müsse gegen dasselbe sich möglichst in Verteidigungszustand setzen.

Augenscheinlich trafen zwei verschiedene Fragen zusammen, die der Kaiserwahl und dann die der Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion. Für die erstere war, wie man sich kaum verhehlen konnte, wenn man Preußen nicht für sich hatte, eine Gewinnung der Majorität der Kurfürsten äußerst schwierig, und der Großherzog war auf das unmittelbarste bei der Sache interessiert, aber es war doch auch erklärlich, wenn er Anstand nahm, für den bloßen Zweck seiner Erhebung auf den Kaiserthron seinem Adoptivlande Österreich allzu schwere Opfer zuzumuten, wenigstens spitzte sich alles auf die Frage zu, ob diese Opfer überhaupt nicht abzuwenden wären, d. h. auf die Schätzung der sonst die Erbschaft des Kaisers bedrohenden Gefahren, und hierbei war der entscheidende Punkt die Haltung Frankreichs. Blieb dieses ruhig, so meinte man in Wien der sonstigen Feinde auch ohne Preußens Hilfe, ja schlimmstenfalls sogar im Kampfe mit dieser Macht sich erwehren zu können; trat dasselbe aber auf Bayerns Seite, so konnte die Lage doch kritisch genug werden, um die jetzt zur Entscheidung kommende Frage, ob man das Kriegsheer Preußens für oder gegen sich haben wolle, ernstester Erwägung wert scheinen zu lassen.

Nun schrieb zwar noch am 15. Dezember der als entschiedener Gegner Frankreichs bekannte Großherzog Franz an Botta: „Frankreich fährt fort, in zufriedenstellendster Weise zu versichern, daß es seine Verpflichtungen nach allen Richtungen erfüllen werde und nur die Erhaltung des Friedens im Sinne habe“ [1]); aber wir wissen nicht, ob er dies nicht ernstlich selbst glaubte, wenigstens hatte der österreichische Gesandte in Paris seinen Hof gewarnt, auf die Freundschaft des Kardinals allzu viel zu bauen, da dieser, wie er überzeugt sei, doch darauf ausgehe, die österreichischen Pläne, namentlich bezüglich der Kaiserwahl zu vereiteln [2]). Rechten Glauben fand er nun allerdings nicht, gegen solche Annahmen stemmte sich vor allem mit großer Macht der vielvermögende Bartenstein, der hier selbst sehr entschieden engagiert war. War er es doch gewesen, der nicht eben im Einklange mit der öffentlichen Meinung 1735 den Kaiser bewogen hatte, Frankreichs Anerkennung der pragmatischen Sanktion mit der Abtretung Lothringens zu erkaufen. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo die Politik von 1735 ihre Probe zu bestehen hatte, wo es sich zeigen mußte, ob das schwere Opfer von damals nicht vergebens gebracht war. Es war sehr natürlich, daß der Urheber jener Politik

---

1) Arneth I, 377.

2) Wasner hat davon mit dem englischen Gesandten Thompson selbst gesprochen. Bericht des letzteren vom 7. Dezember, angeführt bei Raumer a. a. O., S. 81; vgl. auch Arneth, S. 126.

von 1735 hartnäckig an dem Glauben festhielt, ein feindliches Auftreten Frankreichs sei nicht zu befürchten.

Mochte auch Bartenstein nicht allzu viel auf die Vertragstreue des Kardinals Fleury bauen, so durfte er doch auf die vorsichtige, allen kühnen Unternehmungen abgewendete Sinnesart des alten Politikers an der Seine rechnen und schlimmstenfalls eine kleine Abfindung Frankreichs in den Niederlanden als ungleich weniger bedenklich ansehen, als eine Abtretung in Schlesien. Die Königin ließ sich von seinen Argumenten um so lieber überzeugen, als bei ihr gekränkter Stolz, Unwille über das gewaltsame Vorgehen des Königs von Preußen, religiöse Skrupel zusammenwirkten, ihr jede Konzession nach dieser Seite hin aufs äußerste verhaßt zu machen. So waren denn die Aspekten sehr ungünstig, unter denen Borcke am 17. Dezember seine so lange aufgeschobenen Verhandlungen mit dem Großherzoge begann.

Der Großherzog entsprach seiner Bitte um Audienz auf der Stelle. „Nun was bringen Sie Neues?" rief er und zog ihn an das Fenster. Der Gesandte bat, ihn bis zu Ende anhören zu wollen; der Großherzog versprach es, vermochte es aber nicht zu halten, vielmehr entwickelte sich aus seinen beständigen Unterbrechungen und Einwürfen ein äußerst lebhaftes Zwiegespräch, das der Gesandte in seinem Berichte möglichst Wort für Wort wiederzugeben sich bemüht.

Borcke: „Die Lage Europas ist gegenwärtig derart, daß jeder bestimmt Partei ergreifen muß, wofern man nicht die Dinge in einen verzweifelten Zustand kommen lassen will, aus dem alle menschliche Klugheit und die größten Anstrengungen sie in der Folge nicht mehr herauszubringen vermöchten. Infolge davon hat der König sich genötigt gesehen zu Mitteln zu greifen, die, wie gewaltsam sie auch auf den ersten Blick scheinen, doch nur das öffentliche Wohl, das Gleichgewicht Europas, die Konservierung der Reichsverfassung, die Freiheit des deutschen Vaterlandes und das Wohl des Hauses Österreich zum Zwecke haben."

Großherzog: „Das ist ein schöner Prolog! weiter, fahren Sie fort!"

Borcke: „In dieser Absicht und aus anderen sehr gewichtigen Gründen, welche der König seiner Zeit kundthun wird —"

Großherzog: „Warten Sie, welches sind diese Gründe, wenn es Ihnen beliebt?"

Borcke: „Noch bin ich über dieselben nicht unterrichtet."

Großherzog: „Ich ahne sie ungefähr, aber fahren Sie fort!"

Borcke: „Aus diesen Gründen hat der König sich entschlossen, ein Heercorps in Schlesien einrücken zu lassen, nicht nur um zu hindern, daß andere sich einer Provinz bemächtigen, welche die Barrière und die Sicherung seiner Staaten bildet —".

Großherzog: „Um deshalben will er sich selbst ihrer bemächtigen. Aber wer würde gewagt haben, sie wegzunehmen ohne Zustimmung des Königs? Aber nehmen Sie es nicht übel, daß ich Sie unterbreche. Weiter!"

Borcke: „— sondern auch, um zur Hand zu sein, um dem Hause Österreich Hilfe zu bringen und dasselbe vor den ihm drohenden Gefahren zu retten."

Großherzog: „O, die Königin hätte unzweifelhaft seinen Beistand vor dem jedes anderen angerufen, wenn sie angegriffen worden wäre; aber der

Fall ist noch nicht eingetreten, und diese nicht erbetene Hilfe bedrängt uns. Das heißt uns die Eingeweide zerreißen aus Besorgnis, daß der Brand dazu trete."

Borcke: „Wenn man hier geneigt ist, darin die Reinheit der Gesinnungen und die Absichten des Königs anzuerkennen und die betrübliche Lage zu erwägen, in der man sich befindet —"

Großherzog: „Zöge sie der König in Erwägung, er würde nicht diesen Schritt thun, um sie noch betrüblicher und elender zu machen."

Borcke: „— und welche keinen anderen Ausweg läßt, als zu wählen zwischen dem verzweifelten Entschlusse —"

Großherzog: „Still, erklären Sie mir das — was meinen Sie mit dem verzweifelten Entschlusse?"

Borcke: „Das, was folgt, wird es erklären, gnädiger Herr — nämlich dem, sich in die Arme Frankreichs zu werfen, und dem, sich dem Könige anzuvertrauen, wird man leicht einräumen, daß man im Anschlusse an Se. Majestät besser seine Rechnung findet. Dieselbe bietet Folgendes an zum Wohle der Königin und im Interesse der Größe Ew. Königl. Hoheit."

Großherzog: „Nur in der äußersten Verzweiflung werden wir zu jenem verzweifelten Entschlusse greifen, und unserer Neigung folgend würden wir uns niemals an jemand anderes als an den König von Preußen gewendet haben — sehen wir nun das Weitere!"

Borcke (lesend): „1) Der König ist bereit, mit seiner ganzen Macht dem Hause Österreich alle Staaten, welche dasselbe in Deutschland besitzt, gegen jedermann, der sie bedrohen wollte, zu garantieren."

Großherzog: „Sehr schön, bei diesem Artikel ist nichts zu bemerken."

Borcke: „2) Der König wird zu dem Zwecke eine enge Allianz schließen mit dem hiesigen Hofe, dem von Rußland und den Seestaaten."

Großherzog: „Das ist das wahre System, um die gute alte Zeit in Europa wiederzubringen und für immer die Sicherheit, das Gleichgewicht, die Freiheit und die öffentliche Ruhe zu befestigen, und dieser Plan ist würdig des Königs von Preußen, der allein fähig ist, ihn zu fassen, und allein imstande, ihn auszuführen. Das wird die ruhmreichste Leistung seiner Klugheit und seiner hohen Weisheit sein. Ich wollte sehen, welche Verwegenheit dann solch einer formidabeln Allianz zu nah zu treten wagen würde. — Lassen Sie uns die anderen Artikel sehen!"

Borcke: „3) Der König wird seinen ganzen Kredit anwenden, um Ew. Königl. Hoheit zur Kaiserwürde gelangen zu lassen und seine Wahl contra quoscunque aufrechtzuerhalten. Der König wird sogar sagen können, ohne zuviel zu riskieren, daß er sich für den Erfolg verbürgt."

Großherzog: „Ich bin dem König unendlich verpflichtet, daß er für mich etwas thun will, was meine Erwartung übersteigt. Wenn er mich für würdig hält, so darf er darauf rechnen, daß er niemanden finden wird, der ihm mehr Dankbarkeit zeigen wird; denn ich meine es so ehrlich, daß ich es auf jede Probe ankommen lassen kann, und hege persönlich gegen den König eine von ganzem Herzen kommende Zuneigung. Das ist nicht ein Kompliment, das ich Ihnen als seinem Minister mache, es ist die Wahrheit. Lassen Sie uns das Übrige wissen!"

Borcke: „4) Um den hiesigen Hof in guten Verteidigungsstand zu

setzen, wird der König ihm zunächst in klingendem Silber zwei Millionen Gulden liefern."

Großherzog: „Alle diese Propositionen sind zu schön, um nicht einen Nachsatz zu haben, der vielleicht ebenso bitter sein wird, als die Vordersätze lockend sind; fahren Sie nur fort."

Borcke: „Für so wesentliche Dienste, wie die sind, zu welchen der König sich durch diese sehr beschwerlichen Bedingungen verpflichtet, ist es billig, ihm eine angemessene Belohnung zu geben und eine angemessene Sicherheit für alle Gefahren, die er läuft, und die Rolle, die er übernehmen will."

Großherzog: „Aber wenn er die von ihm vorgeschlagene Allianz schließt, möchte ich wissen, wo das Risiko ist, dem er sich aussetzt, und wo die Gefahren sind, die er läuft. Ich sehe keine außer denen, die er selbst heraufbeschwört. Also, welche Entschädigung wünscht er?"

Borcke: „Kurz gesagt, die vollständige Abtretung von ganz Schlesien verlangt der König als Preis seiner Bemühungen und der Gefahren, welche er auf dem von ihm im Interesse der Erhaltung des Hauses Österreich einzuschlagenden Wege laufen wird."

Großherzog: „In der That — ich gestehe es — darauf war ich nicht gefaßt — ich meinte, er würde sich mit weniger begnügen. — Er will die deutschen Besitzungen der Königin garantieren und will ihr die beste Provinz, die ihr bleibt, entreißen? Nimmer, nimmermehr wird die Königin einen Zoll breit Land von allen ihren Erblanden abtreten und müßte sie mit allem, was ihr bliebe, zugrunde gehen. Nein, die Ungerechtigkeit ist zu groß. Sachsen wird Böhmen beanspruchen können, Bayern Österreich, Frankreich die Niederlande, Spanien Italien und die Türken Ungarn. Deren Anrechte würden die gleichen sein und vielleicht besser begründet."

Borcke: „Nachdem die wichtigen Dienste, welche die Vorfahren des Königs dem österreichischen Hause geleistet haben, nicht belohnt worden sind und selbst in Vergessenheit geraten, hat es der König für absolut geboten erachtet, sich von vornherein eines Pfandes der Erkenntlichkeit zu versichern vonseiten eines Hofes, welchem er bereit ist alle Opfer zu bringen und die Succession mit allen seinen Kräften zu garantieren."

Großherzog: „Sie vergessen die Königswürde und soviel andere Vorteile und Vergrößerungen des Hauses Brandenburg, welche dasselbe durch den Beistand und die guten Dienste des Hauses Österreich erlangt hat. Aber der König will, wie er sagt, einem Kriege vorbeugen und er entzündet ihn. Man hätte Mittel gefunden, ihn zufriedenzustellen, und man wäre genötigt gewesen, Vorteile für ihn ausfindig zu machen ganz im Wege Rechtens, wenn er hätte Geduld haben wollen. Aber ein Einfall mit gewaffneter Hand in die Provinzen seiner Nachbarn macht kein gutes Blut; durch solches Verfahren gewinnt man nicht die Herzen. So gefährliche Prinzipien kommen in der Folge dem teuer zu stehen, der sie zur Ausführung bringt. Was heut der Königin widerfährt, kann morgen einen andern treffen. Doch ich werde hören, was Sie noch zu sagen haben."

Borcke: „Die Absicht meines königlichen Herrn ist, daß ich Ew. Königl. Hoheit mündlich dies darlege, und vonseiten Sr. Majestät versichere, daß er, weil er aus den Erfahrungen, welche seine Vorgänger gemacht haben, die Langsamkeit und Unentschlossenheit der Minister dieses Hofes kennen gelernt

hat, er sich genötigt gesehen hat, ohne denselben vorher zu benachrichtigen, diesen Weg einzuschlagen, im eigenen Interesse und vornehmlich in dem Ew. Königl. Hoheit, den der König aufs höchste achtet und liebt, und aus Liebe zu dem er sich zu diesem Vorgehen entschlossen hat, um alle Verzögerungen einer langen und unfruchtbaren Unterhandlung kurz abzuschneiden in einer Sache, bei der es sich um nichts geringeres handelt, als das Wohl Europas, das Schicksal des Hauses Österreich und die Erhöhung Ew. Königl. Hoheit."

Großherzog: „Danach müßte man den Ministern ihre Güter nehmen, aber nicht der Königin. Ich wenigstens, ihr Gemahl, wäre der elendeste, der schlechteste der Menschen, wenn ich mein Glück auf ihre Kosten machen und meine Erhöhung auf ihren Ruin gründen wollte. Nein, man soll von mir nicht sagen, daß ich einen Augenblick geschwankt hätte, mich zu entscheiden, was immer geschehen mag, und sollte ich unter dem Einsturze der Welt zermalmt werden."

Borcke: „Wenn man des Königs Allianz um diesen Preis will, darf man sich ehrlich versichert halten, daß derselbe die größten Anstrengungen machen wird, um das Haus Österreich zu retten und die Kaiserkrone auf das Haupt Ew. Königl. Hoheit zu setzen."

Großherzog: „Wie ehrenvoll es auch für mich wäre, die Stimme eines so großen Königs zu haben, um diesen Preis kann ich sie nimmermehr annehmen, und wenn selbst das ganze Reich von Grund aus zerrüttet werden sollte. Mir blutet das Herz schon bei dem Gedanken, den liebsten Freund, den ich hatte, verlieren zu sollen. Haben Sie noch etwas zu sagen?"

Borcke: „Aber wenn wider alles Erwarten man dem König seine Forderung nicht pure zu erfüllen geneigt wäre, dann wird er sich genötigt sehen, wenn auch mit Bedauern und gegen seine Neigung sich anderswohin zu wenden und diesem Hofe zu überlassen sich allein aus der Affaire zu ziehen. Es wird demselben nicht möglich sein, sich zu retten, noch weniger aber sein Ziel zu erreichen ohne den Beistand des Königs. Nach welcher Seite man sich wende, ohne Opfer wird man nicht davonkommen. Und wollte dieser Hof den verzweifelten Entschluß fassen, sich in die Arme Frankreichs zu werfen auf Kosten der Freiheit Europas, so darf man sicher sein, daß bereits ein Plan entworfen ist, um denselben zu hindern und zwar auf eine Art, welche seinen vollständigen Untergang herbeiführen wird."

Großherzog: „Der König bringt uns auf Gedanken, welche uns noch nicht in den Sinn gekommen sind. Sicherlich wird die Königin, wenn sie, von dem König angegriffen, sonst keine Hilfe findet, sich an Frankreich und die Pforte wenden. Lieber die Türken vor Wien, lieber Abtretung der Niederlande an Frankreich, lieber jedes Zugeständnis an Bayern und Sachsen, als der Verzicht auf Schlesien. Wohl steht es in des Königs Hand, dasselbe zu erobern, wir können die nächsten sechs Monate nichts thun, haben ihm nichts entgegenzusetzen — er kann uns inzwischen niederwerfen, wir werden mit Ruhm unterliegen. Aber auch an ihn wird die Reihe kommen, wir werden noch Freunde in der Welt haben, welche das Unrecht, das er an uns thut, mißbilligen und rächen."

Borcke: „Ist Ew. Königl. Hoheit einverstanden, daß ich von dieser Sache mit den Konferenzministern spreche?"

Großherzog: „Sie können es thun, doch glaube ich nicht, daß es unter

ihnen einen Verräter giebt, der anders denkt, als ich. Sie haben meine Antwort, meine Entscheidung gehört. Sie besonders thun mir leid. — Unser Hof hat noch keine Verpflichtung gegen Frankreich, das Abkommen mit dieser Krone, betreffend die Succession von Jülich-Berg, würde den nächsten 8. Januar ablaufen [1]). Man hätte Mittel gehabt, bei dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz den König zufriedenzustellen über seine Ansprüche hinaus, wenn die Dinge in ihrer natürlichen Lage geblieben wären. Das Geringste, was in Schlesien vorfällt, wird als Bruch angesehen werden. Ich begreife wohl, daß es für den König ein Ehrenpunkt ist, nicht zurückzuweichen — aber das Eingeständnis einer Übereilung ist doch besser als ein ungerechter Krieg. Ich bin in Verzweiflung, aber ich sehe kein gütliches Mittel, doch sind wir zu einer Unterhandlung bereit, wofern die preußischen Truppen keine Feindseligkeiten begehen."

(Hier öffnet die Königin die Thür und frägt, ob der Herzog da wäre.)

Großherzog: „Ich komme im Augenblick." — Borcke zeigt ihm noch die bevorstehende Ankunft Gotters an, den der Großherzog zu empfangen bereit ist und dessen Eintreffen ihm Borcke sogleich melden soll.

Gotter kam noch denselben Abend in Wien an und hatte bereits am nächsten Tage eine Audienz bei dem Großherzoge, die $1^1/_2$ Stunde dauerte, im übrigen aber denselben Verlauf nahm wie die oben geschilderte Borckes, nur daß in den Äußerungen von Franz der Schmerz ungleich mehr zurücktrat gegen Gefühle des Unwillens und der Entrüstung, die schroffer als gegen Borcke ausgesprochen wurden. Und wenn diesem gegenüber der Großherzog die Möglichkeit angedeutet hatte, in Unterhandlungen einzutreten, auch ohne daß die preußischen Truppen Schlesien räumten, wofern dieselben nur keinerlei Gewaltthätigkeiten begönnen, so schien er mit diesem Zugeständnisse seine Vollmachten überschritten zu haben; wie wir sehen, ward er in dem Augenblicke, wo er davon zu reden begonnen hatte, von seiner Gemahlin, die, wie es scheint, der ganzen Unterredung hinter einer angelehnten Thür zugehört hatte, abberufen worden, und so war denn auch tags darauf bei der Audienz Gotters von dieser Konzession nicht mehr die Rede, vielmehr ward die Zurückziehung der preußischen Truppen aus Schlesien in entschiedenster Form zur Bedingung der Unterhandlung gemacht, nur daß sich der Großherzog herbeiließ, dem Könige als plausibeln Vorwand zu jener Zurückziehung eine Erklärung vorzuschlagen, er habe jenen Einmarsch vorgenommen auf die Nachricht von feindseligen Absichten Sachsens gegen Österreich und ginge jetzt, nachdem sich diese Nachricht als falsch herausgestellt, wieder zurück. Außerdem verdient aus den Äußerungen des Großherzogs noch die hervorgehoben zu werden, man werde außer Rußland, dessen militärischer Hilfe man unter allen Umständen sicher sei, auch noch andere Mächte zum Beistande bereit finden und daß derselbe ferner auch den hingeworfenen Gedanken Gotters, für die schlesische Abtretung die Form einer Verpfändung zu wählen, kurz von der Hand weist. Es ist dies das erste Auftauchen eines Gedankens, auf den man doch später noch mehrmals zurückkommt.

---

[1]) Wie unrichtig diese Angabe war, werden wir noch sehen; der Vertrag von 1738 sollte nicht nach zwei Jahren ablaufen, sondern zwei Jahre nach dem Tode des Kurfürsten von der Pfalz.

Im übrigen berichtet Gotter wenig von dem, was er selbst vorgebracht, und fast ausschließlich von den Antworten des Großherzogs [1]). Dagegen scheint es nach dem, was der letztere über diese Audienz an den englischen Gesandten Robinson mitgeteilt hat [2]), als habe Gotter durch ein anmaßendes, fast drohendes Auftreten, durch eine lärmende und polternde Art und Weise noch besonders eine schärfere Zurückweisung herausgefordert. Wenn Gotter das gethan hat, so hat er eine Zuversicht geheuchelt, die ihm eigentlich fremd war. Im Grunde setzte auch er kein rechtes Vertrauen in das kühne Unternehmen und hat angeblich Robinson erzählt, wie er auf das freimütigste vor seiner Abreise seinem jungen König abgeraten habe [3]). In einem Briefe an Podewils preist er sich glücklich, daß er ebenso wenig wie dieser letztere dazu beigetragen hätte, das Rad vorwärts zu schieben, und ist bedenklich, ob der König sich mit Ehren aus der Sache werden ziehen können [4]). Gewiß ist auch, daß sein erster Bericht aus Wien [5]) den Stand der Dinge in sehr düsteren Farben schildert. Nachdem die Schritte, die der König gethan, einmal bekannt geworden, sei alles gegen ihn eingenommen und auf der Hut, die Geister voller Erregung und Rachegedanken und alle Thüren für seine Unterhandlung verschlossen, falls sich nicht etwa der König entschlösse, den von hier aus geltend gemachten Gründen nachgebend, durch ein vorläufiges Zurückziehen seiner Truppen aus Schlesien die unüberwindlichen Schranken, welche hier jedem Erfolge einer Unterhandlung entgegenständen, hinwegzuräumen. Der Wiener Hof zeige, wie er eingestehen müsse, in Worten und Handlungen viel Resignation, Festigkeit, Energie ja ein Maß von stolzer Zuversicht, auf das er nicht gefaßt gewesen sei, so daß kaum eine Hoffnung auf eine baldige Sinnesänderung bleiben könne.

Die Königin habe erklärt, sie wolle alle ihre Kostbarkeiten verkaufen, ja das Gold von den Altären nehmen, um Mittel zur Verteidigung zu gewinnen. „Man läutet Sturm", schreibt Gotter, „man ruft Alarm, man schreit Feuer, man ruft alle Garanten der pragmatischen Sanktion auf zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, man schmeichelt und rühmt sich schneller Hilfe und der Bildung einer großen und gewaltigen Armee, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und das in weniger als sechs Monaten."

Die hiesigen fremden Gesandten seien gerade ebenso wie die in Berlin alle übereinstimmend der Ansicht, daß die Eroberung Schlesiens nicht haltbar sein würde, und der sonst noch am meisten wohlgesinnte, der Gesandte Englands, Robinson, habe ihm offen erklärt, wenn der König von Preußen wirklich in Schlesien einrücke, exkommuniziere er sich ipso facto von dem Verkehr aller Fürsten — niemand würde ihm mehr irgendwie trauen wollen. Dabei sei er selbst (Gotter) fortwährend unverständigen und insolenten Fragen und

---

1) Die letzteren finden sich im Berliner St.=A. in einer besonderen Beilage zu seinem Bericht vom 19ten, auf den wir noch zurückkommen werden, zusammengefaßt.

2) Mitteilungen aus dessen Bericht vom 21. Dezember, bei Raumer, Beiträge II, 89 und bei Coxe, History of Austria III, 245.

3) Bei Raumer a. a. O., S. 94; auch in seinem Berichte vom 19ten beruft sich Gotter darauf, den Mißerfolg seiner Gesandtschaft vorausgesagt zu haben.

4) Angef. bei Droysen, S. 180.

5) Vom 12. Dezember, Berliner St.=A.

Reden ausgesetzt, wie man ja bereits seine Mission in gehässigster Weise mit der Rambonets vergleiche. Er habe deshalb den Entschluß gefaßt, um weiteren unliebsamen Begegnungen auszuweichen und ohne erst den fruchtlosen Versuch einer Audienz bei der Königin selbst zu machen, sich nach dem nahegelegenen Baden zu begeben, dessen Schwefelquellen er ja auch sonst alljährlich zu besuchen gepflegt habe, und dort die Rückkehr des Kuriers abzuwarten, den er in der Person des Kriegsrates Kircheisen mit diesen Berichten eiligst zum König sandte. Beigelegt war ein Projekt des erfindungsreichen Robinson, das derselbe allerdings auf eigene Faust und ohne besondere Autorisation seines Hofes formiert hatte, dahingehend: es sollten die Gesandten der Seemächte sich zu dem Könige begeben, um ihn vereint zu bitten, von der schlesischen Unternehmung abzustehen unter dem formellen Versprechen dieser Mächte, so wie die schlesischen Truppen Schlesien verlassen hätten, Unterhandlungen zu beginnen zu dem Zwecke, ihm Erwerbungen, wie sie ihm anständen, zu verschaffen, er sei selbst bereit, sich zu König Friedrich zu begeben. Derselbe würde so, ohne sich mit allgemein anerkannten Prinzipien in Widerspruch zu setzen, reelle, gerechte und sichere Erwerbungen haben (nämlich auf der Seite von Jülich-Berg) und in den Augen des Publikums wegen des Aufgebens der begonnenen Unternehmungen hinlänglich gerechtfertigt erscheinen [1]).

Im großen und ganzen mußte das alles die Festigkeit des jungen Monarchen immerhin auf eine ernste Probe setzen. Was einem Fürsten selten genug widerfährt, nämlich für einen eigenen, mit vollem Eifer gefaßten Plan in seiner ganzen Umgebung nirgends ein Wort freudiger Zustimmung zu finden, das war ihm beschieden. Vom ersten Augenblicke hatten die Ratgeber, die er selbst gewählt, und zwar der kühne Kriegsmann Schwerin ebenso wie der treue und umsichtige Diplomat Podewils, aufs eindringlichste von dem Projekte abgemahnt, und die Stimmung am Hofe hatte sich eigentlich kaum gebessert; der alte Fürst von Dessau, der damals doch für die erste Autorität galt in miltärischen Dingen, gefiel sich fortwährend in den trübsten Prophezeiungen, wohl geeignet, die Geister bange zu machen [2]). Der König mußte sich wohl selbst sagen, daß die Voraussetzungen, von denen er ausgegangen war, nicht eingetroffen waren, daß die Konstellation, die ihm zuhilfe kommen sollte, nicht recht sich bilden, der Zwang der Umstände, dem die Gegner sich zu beugen haben würden, nicht eintreten wollte, daß der europäische Konflikt, in dem er zugleich die Rechtfertigung und die Gewähr für das Gelingen seines Unternehmens zu finden gedachte, auf sich warten ließ, und daß sein isolirtes, gewaltsames Vorgehen zunächst ziemlich allgemein die Geister gegen ihn eingenommen und feindlich gestimmt hatte.

Während der König auf ein entschiedenes Vorgehen Frankreichs gegen die pragmatische Sanktion gerechnet hatte, sprach man in Wien nur von freundlichen Versicherungen des Kardinals, und die französische Idee eines nach Nürnberg zu berufenden europäischen Kongresses, auf welchem die ver-

---

1) Nach den Berichten Gotters und Bordes vom 10. Dezember, Berliner St.-A.

2) „Il sémait la défiance et l'épouvante dans tous les esprits, il auroit voulu intimiter le Droi, si cela avait été faisable“: Histoire de mon temps, p. 58; vgl. dazu die Briefe des Königs vom 24. November und 2. Dezember, Polit. Korresp. I, 111 u. 117.

schiedenen Ansprüche auf die österreichische Erbschaft näher geprüft werden sollten [1]), konnte Preußen kaum viel Gutes verheißen.

Jetzt mußte der König inne werden, daß auch die Diplomaten, die er sich für die Wiener Unterhandlungen ausgesucht hatte, kleinmütig seine Partei aufgaben und im Grunde selbst nichts lebhafter wünschten, als daß er dem Drängen des Wiener Hofes nachgebend seine Truppen zurückzöge.

Aber dem allen gegenüber wankte des Königs Festigkeit nicht einen Augenblick. Wir wüßten kein Wort anzuführen, welches einen Zweifel an seinem Unternehmen und dessen Gelingen ausgedrückt hätte, und der in jenen Tagen ihm so dringend ans Herz gelegte Gedanke, einen Schritt zurückzuthun, Schlesien zu räumen und seine Konvenienzen auf der Seite von Jülich-Berg zu suchen, ist, wie es scheint, von ihm gar nicht einmal näher in Berücksichtigung gezogen worden.

Diese Idee wurde genau um die Zeit, wo Kircheisen mit jenem Berichte Gotters und Borckes im Hauptquartier zu Herrendorf (vor Glogau) eintraf, auch von einer anderen Seite angeregt, durch eine Depesche Podewils' vom 23. Dezember, an welchem Tage der österreichische Gesandte Botta auf eine erneute Aufforderung des Großherzogs dem Minister noch einmal die eindringlichsten Vorstellungen machte; wir kennen die Argumente bereits, die er vorbrachte, und wollen hier nur konstatieren, daß diese Eröffnungen Bottas eigentlich noch den Moment des größten Entgegenkommens bezeichnen, den bei den damaligen Unterhandlungen mit Wien die preußischen Propositionen gefunden haben.

Wohl beschwört auch er den König, seine Truppen aus Schlesien zurückzuziehen; aber er fügt doch hinzu, dieselben könnten ja bereit stehen bleiben, um, wenn der König fände, daß man nicht ehrliches Spiel mit ihm treibe, sofort von neuem einzurücken; anderseits läßt er auch durchblicken, daß man vielleicht von einer sofortigen Zurückziehung der Truppen absehen könnte, falls dieselben sich aller Gewaltthätigkeiten enthielten; allerdings würde, wie er meint, der erste abgefeuerte Flintenschuß einer Kriegserklärung gleichkommen [2]). Und schließlich ließ das Interesse, welches der Gesandte zeigte, zu erfahren, auf welche Teile Schlesiens Friedrich weitere Ansprüche zu haben glaube, hoffen, daß man in Wien auf die Abtretung von einem Teile Schlesiens eingehen würde. Podewils findet den Gesandten im Grunde wohlgesinnt und glaubt, derselbe wünsche selbst lebhaft in den nächsten Tagen, ehe er nach Petersburg abgehen müsse, noch weitere Vollmachten zu Unterhandlungen zu erhalten [3]). „Man muß diese (nämlich die Vollmachten) abwarten“, schreibt der König lakonisch auf den Rand der Depesche [4]).

---

[1]) Erwähnt in einem Berichte Borckes am 24. Dezember, Berliner St.-A. Robinson meinte, wenn Frankreich so den Schiedsrichter Europas spielen wollte, müsse England einen anderen Kongreß, etwa nach Braunschweig, berufen, um zu sehen, zu welchen der beiden Tribunale man mehr Vertrauen haben werde.

[2]) Wir sahen bereits, wie dasselbe auch der Großherzog in der Audienz Borckes am 18. Dezember ausspricht, allerdings anscheinend gegen den Willen der Königin.

[3]) Die Audienz fand am 23. Dezember statt. Am 16ten sollte er abreisen.

[4]) v. Podewils Bericht vom 23. Dezember, Berliner St.-A. (der Schluß mit der Marginalverfügung auch in der Polit. Korresp. I, 161). — Droysens Wiedergabe dieser Stelle (S. 181): „man muß sie kommen lassen“, zwingt an die

Und auch als dann Kircheisen mit den düsteren Berichten aus Wien eintraf, ward seine Zuversicht nicht im mindesten erschüttert. Als er dieselben an Podewils sendet, fügt er nur ganz kurz hinzu, man sei halsstarrig in Wien und mache sich große Hoffnungen daselbst, ob mit irgendwelchem Grunde, das werde sich erst zeigen, wenn man genauere Nachrichten über die Gesinnung der fremden Höfe haben werde [1]). Daß es für ihn Mittel gebe, diese für sich zu gewinnen, zweifelte er im Grunde nicht. Noch einige Tage vorher hatte er an Podewils geschrieben, das Beste wäre, wenn man zugleich sich mit England und Frankreich gut stellen könne; ginge das durchaus nicht an, so müsse man sich für die Macht entscheiden, welche auf Preußens Landerwerbe am wenigsten eifersüchtig sei. Frankreich könne man haben, wenn man Bayerns Vergrößerungspläne und dessen Absichten auf die Kaiserwürde unterstütze und Berg fahren lasse. Für die ostfriesische Anwartschaft und einige Mecklenburger Ämter werde man England gewinnen können; lasse man Rußland in Kurland gewähren und Sachsen in Böhmen, würden diese beiden wohl auch zufrieden sein [2]). Jetzt nach den letzten Wiener Berichten schien es ihm, man werde sich doch wohl an Frankreich halten müssen, Podewils solle mit Valori sprechen. Er selbst hat auch eine Ausführung seiner Ansprüche auf Schlesien ausgearbeitet, welche an den preußischen Gesandten nach Paris gesendet werden soll [3]).

Wenn er dann durch Kircheisen eine weitere Instruktion an Gotter sendet, welche insoweit eine Ermäßigung seiner Forderungen enthält, als sie seine Geneigtheit erklärt, sich mit einem guten Teil von Schlesien begnügen zu wollen [4]), so kann das doch nicht wohl für eine durch die Haltung Österreichs ihm abgerungene Konzession gelten, denn er hatte bereits lange vorher Anfang Dezember durch Dankelmann an den Kurfürsten von Mainz Vorschläge gesandt, welche seine Forderung auf die ihm vermöge alter Erbansprüche zustehenden Fürstentümer Liegnitz, Brieg, Wohlau beschränkten.

Die Hauptsache aber blieb doch, daß er, weit entfernt auf eine Räumung Schlesiens einzugehen, welche Zumutung er für eine unwürdige erklärt, seinen Marsch in Schlesien weiter fortsetzt, wenn er gleich noch immer Akte direkter Feindseligkeit vermeidet und zu gütlicher Übereinkunft sich jeden Augenblick bereit erklärt.

In Wien dominierte inzwischen noch der Einfluß Bartensteins, obwohl die beginnende Verstimmung mit Sachsen, welches gegen die Ernennung des Großherzogs zum Mitregenten protestiert hatte, den Ministern bedenklich erschienen war, und auch aus dem Reiche Nachrichten eingelaufen waren, die zeigten, daß Bayern zu einer Geltendmachung seiner Ansprüche Truppen werbe.

Am 29. Dezember hatte man eine große Konferenzsitzung bei dem Hofkanzler Grafen Sinzendorf abgehalten, zu welcher auch die Gesandten von

Österreicher zu denken, welcher der König „sich kommen lassen" wolle, während in dem il faut les attendre das les unzweifelhaft nur auf die nouvelles instructions Bottas bezogen werden kann.

1) Den 26. Dezember, Polit. Korresp. I, 158.

2) Den 22. Dezember, ebd. S. 153.

3) Den 26. Dezember, ebd. S. 159.

4) Den 26. Dezember, ebd. S. 157.

Rußland, England, Holland, Sachsen und Hannover Einladungen erhalten hatten, welchen letzteren man die Eröffnung machte, daß bereits Schreiben an die europäischen Höfe aufgesetzt seien, um die vertragsmäßige Unterstützung zur Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion in Anspruch zu nehmen. Dagegen hatte nun der englische Gesandte Robinson Einspruch erhoben und verlangt zunächst doch wenigstens die Antwort des Königs von Preußen, die jeden Tag eintreffen könne, abzuwarten und überhaupt in dieser delikaten Sache recht vorsichtig zu Werke zu gehen; im großen und ganzen, hatte er geäußert, werde man doch wohl thun, darauf zu denken, den König von Preußen nicht auf die andere Seite zu treiben.

Mit Eifer hatte Bartenstein widersprochen, man dürfe nicht die Zeit vertrödeln, mit jedem Tage verliere die Königin Terrain, jeder Aufschub schade ihrer Sache, indessen nach längerer Debatte hatten sich doch schließlich Sinzendorf und Starhemberg auf Robinsons Seite gestellt und die Absendung der Kuriere aufzuschieben beschlossen [1]).

Am letzten Tage des Jahres 1740 traf Kircheisen wiederum in Wien ein, wurde aber gleich nach Baden zu Gotter weitergeschickt, während Borcke dem Hofkanzler Mitteilung machte, der ihm eingestand, wie gern er diese Sache gütlich beigelegt sähe, wenn er gleich noch nicht recht wisse, wie das gelingen solle [2]).

Am 1. Januar des Abends erhielten dann beide Gesandten bei dem Großherzog Audienz, und an die üblichen Neujahrsgratulationen schloß sich ein denkwürdiges Zwiegespräch, welches charakteristisch genug ist, um in der dialogischen Form, wie es die Gesandtschaftsberichte enthalten, wenngleich mit einigen Kürzungen wiedergegeben zu werden.

Gotter: „Der König bedauert lebhaft, daß die von ihm getroffenen Maßregeln hier so schlechte Aufnahme gefunden haben, während doch seine Absichten nur gut sind und auf die Erhaltung des Hauses Österreich wie auf die Vergrößerungen Ew. Hoheit abzielen.“

Großherzog: „Wie sanft Ihre Worte klingen, während die Operationen des Königs für uns so bitter sind. Mit 30000 Mann einrücken, den Herrn spielen, die Landesbehörden zusammenrufen, um von ihnen Kontributionen zu erlangen, das Land fouragieren — sind das Beweise guter Freundschaft und Mittel, das Haus Österreich zu erhalten? Vermögen Sie so unerhörten Dingen ein Mäntelchen umzuhängen? Macht man sich Freunde, wenn man mit Knüppeln dareinschlägt? Urteilen Sie selbst!“

Gotter: „Ew. Königl. Hoheit möge doch die ansehnlichen Anerbietungen, welche der König gemacht hat, in Betracht ziehen und die Gefahren, die er läuft, dazu noch die Erhebung Ew. Königl. Hoheit zur Kaiserwürde. Bei dem Einrücken in Schlesien sucht sich der König nur eines Landes zu versichern, welches ihm, wie er glaubt, mit Recht zukommt, und zugleich als Belohnung für die großen in Aussicht gestellten Dienste.“

Großherzog: „Sagen Sie lieber — er wollte Schlesien und fand die Gelegenheit gut, sich dessen zu bemächtigen. Hätte er nicht seine Propositionen

---

1) Borckes Bericht vom 31. Dezember nach Mitteilungen Robinsons; Berliner St.-A.

2) Borcke, den 31. Dezember 1740; Berliner St.-A.

machen können vor dem Losschlagen — zu uns vorher sprechen statt uns zu überraschen, wenn wir es am wenigsten vermuteten? Man hätte ihm mit Freuden seine Konvenienzen gewährt, während jetzt alles vom Lose der Waffen abhängt. Während er es in seiner Hand hatte, die schönste, ruhmreichste Rolle zu spielen, hat er jetzt alle Welt mit Mißtrauen erfüllt, so daß keiner mehr weiß, wessen er sich von ihm zu versehen hat."

Gotter: „Ich habe den Befehl, gnädiger Herr, trotz Ihrer früheren Weigerung mich anzuhören und mit mir zu verhandeln, noch einmal Ihnen zu versichern, wie viel dem König daran liegt, sich mit Ihnen zu verständigen. Es giebt Mittel für alles, außer für den Tod. Des Königs Freundschaft für Sie wird ihn zu einer Ermäßigung seiner Forderungen bewegen. Und wenn das Vorgehen des Königs etwas Eigentümliches hat, wenn er zu rasch sein Spiel begonnen hat, so schieben Sie es auf seinen Eifer, Ihnen zu nützen, ehe offene oder geheime Feinde den vorbereiteten Coup ausführen können."

Großherzog: „Der König denkt gewiß gut, aber er handelt übel, wenn ich das sagen darf. Herr, wenn einer in Ihr Zimmer steigt, den bloßen Degen in der Hand und dort drohend umherfährt, würden Sie es dulden — ihn für einen Ihrer Freunde halten?"

Gotter: „Ich würde ihn fragen, was er hier wolle, und wenn er mir sagte, er wolle sich in einem Winkel des Zimmers aufstellen, um mich gegen die zu verteidigen, welche mich morden wollten, würde ich ihn gern da lassen und mich selbst seiner Gegenwart freuen."

Großherzog: „Aber wie ich die Sache ansehe, findet vielleicht der König selbst, daß er einen falschen Weg eingeschlagen, und würde sich selbst gern aus dem üblen Handel herauswickeln."

Gotter: „Wenn ein falscher Schritt ohne böse Absicht gethan ist, ist es Pflicht eines wahren Freundes, den andern zurückzuführen, ihm den richtigen Weg zu zeigen."

Großherzog: „Der sieht doch so aus, wie wenn man einem eine Ohrfeige giebt und dann sagt: ‚sei nicht böse, ich habe es nicht in böser Absicht gethan'. Nicht wahr?"

[Gotter schweigt, bei sich denkend: omne simile claudicat.]

Großherzog: „Aber welche Propositionen haben Sie zu machen? Auf welche Art wollen Sie die Sache vertuschen und wieder gutmachen? Sie verlangen von uns ganz Schlesien und wir wollen nichts davon hergeben. Zwischen allem und nichts ist meiner Treu die Kluft zu groß."

Gotter: „Wie schon bemerkt, will der König, um die Sache zu erleichtern, von dem Ganzen absehen und sich mit einem guten Teile begnügen. An Ihnen, gnädiger Herr, läge es nun, zu sehen, wie man ihn zufriedenstellen könnte."

Großherzog: „O nein, mein Herr! Nehmen Sie einmal Ihren gelben Kordon ab, seien Sie einen Augenblick nicht preußischer Gesandter, setzen Sie sich an unsere Stelle und Sie werden zugeben, daß es nicht an uns ist, Propositionen zu machen. Der König will sich auf unsere Kosten vergrößern, und für uns ist das leitende Prinzip, an niemanden, wer es auch sei, etwas von den Besitzungen der Königin abzutreten. Jeder würde sonst die gleiche Forderung stellen, und wir kämen nie zur Ruhe. Lieber ruhmvoll untergehen, das Schwert in der Hand, als sich in Stücke reißen lassen ohne Gegenwehr."

Gotter: „Aber, gnädiger Herr, lohnt es sich, mit Ihrem besten Freunde, meinem König, sich zu entzweien, um der Kleinigkeit willen, die er beansprucht?"

Großherzog: „Eine Kleinigkeit? Nennen Sie Schlesien eine Kleinigkeit? Gehorsamer Diener — das wissen wir besser."

Gotter: „Der König beansprucht nicht ganz Schlesien, und was er verlangt, ist in der That ein so kleines Objekt, daß es weder den König von Preußen reicher, noch das Haus Österreich ärmer machen wird. Es wird ohne das sehr gut leben können."

Großherzog: „Soll ich also, um ihm gefällig zu sein, meinen Rockärmel in Stücke reißen?"

Gotter: „Es handelt sich nicht um einen Ärmel, sondern, genau betrachtet, vielleicht um einen Knopf an Ihrem Rocke."

Großherzog: „Und doch würde ich lächerlich erscheinen, wenn mir der Knopf fehlte."

Gotter: „Legen Sie die Hand darauf, gnädiger Herr, und niemand wird das Fehlen des Knopfes bemerken. — Geben Sie der Sache, welche Wendung Sie wollen, nehmen Sie jeden beliebigen Vorwand, und sagen Sie mir, was Sie zu thun gedenken, und was Sie dem Könige bieten können, um zu einem Einverständnis zu gelangen."

Großherzog: „Wie soll ich etwas proponieren? Ich habe nichts anzubieten. Aber angenommen, ich könnte es und böte Ihnen halb Schlesien — Sie würden sagen, das ist zu viel — nicht wahr, gestehen Sie es — und wenn ich den Schwiebuser Kreis anböte, würden Sie sagen, das ist zu wenig. Kurz, es ist nutzlos, davon zu sprechen, und unmöglich, zu einer Verständigung zu gelangen. Sagen Sie also bestimmt, was Sie verlangen und bis wie weit Sie heruntergehen dürfen."

Gotter: „Ich habe nach dieser Seite keine Ermächtigung, aber ich werde Ihnen eine Idee mitteilen, von der ich allerdings nicht weiß, ob sie der König gutheißen wird, welche mir aber von mehreren als ein mezzo termino an die Hand gegeben worden ist. Könnten Sie nicht, um die Totalität Ihrer Provinzen und den Tenor der pragmatischen Sanktion zu retten, eine gute Summe Geldes von dem König leihen und ihm einen Teil Schlesiens zur Hypothek anweisen. Eine Hypothek ist keine Zerstückelung. Der König ließe seine Truppen in Garnison, über die Zahl würde man sich verständigen. Wenn Sie durch den Beistand und die guten Dienste des Königs Kaiser geworden sind, werden Sie ihm einen Revers ausstellen, diese Hypothek niemals einlösen zu wollen, woraus dann später eine vollständige Abtretung werden wird. Sie brauchen Geld, wer kann Sie tadeln, wenn Sie Anleihen machen? Sie können sich auch andere Bedingungen machen. Ich habe den Auftrag, Geld, Truppen, Allianzen, Hilfe und die schöne Hoffnung auf die kaiserliche Würde zu bieten. Vergleichen Sie das und erwägen, ob es nicht der Mühe lohnt, den König in etwas zufriedenzustellen. Glauben Sie, daß der König Ihnen in allem diesen wirksamen Beistand wird leisten können, oder meinen Sie, ihn beiseite liegen lassen zu können, als bedürften Sie seiner nicht? Entscheiden Sie Sich — wollen Sie mit uns in Unterhandlungen treten oder sollen wir abreisen und die Dinge in den schrecklichsten Wirrwarr geraten lassen?"

Großherzog: „Haben Sie also Befehl abzureisen oder zu bleiben?“

Borcke: „Noch nicht ganz positiv, gnädiger Herr, es wird dies von der Entschließung abhängen, die man hier fassen wird.“

[Gotter zeigt dem Großherzog den letzten Brief aus Berlin und speziell die von dem König eigenhändig zugefügten Worte: „Wenn der Herzog von Lothringen sich zugrunde richten will, möge er es thun“, worauf der Großherzog erwidert: „Wahrlich, meine Schuld ist es nicht.“]

Großherzog: „Bis jetzt hatten des Königs Truppen noch nicht Exzesse in Schlesien begangen, doch die heut eingelaufenen Nachrichten melden, daß man schon anfängt, Gewaltthätigkeiten zu begehen, und daß man Lebensmittel mit Gewalt nimmt, wo man sie findet.“

Gotter: „Natürlich muß man für die Subsistenz des Heeres sorgen und das herbeischaffen, was dasselbe bedarf.“

Großherzog: „Alles wäre gut, wenn nur der König nicht in Schlesien eingerückt wäre. Hätte ich ihn nur einen Augenblick selbst sprechen können, ich kenne ihn zu gut und bin sicher, daß er es nicht gethan hätte — oder er müßte sich ganz geändert haben, seit er auf den Thron gekommen. Sagen Sie mir doch, wenn Sie es irgend wissen, wer ihm diesen gefährlichen Rat gegeben hat. Er hätte in Frieden bleiben können und uns in Ruhe lassen. Wir standen gut mit aller Welt. Weshalb kommt er, die Kriegsfackel zu entzünden, die sich dann nicht so leicht wieder löschen läßt?“

Gotter: „Gerade diese Sicherheit, gnädiger Herr, in welcher der König diesen Hof erblickt, hatte ihn zu seinem Schritte gezwungen. Er fürchtete mit Grund, man werde sich einschläfern lassen durch die freundlichen Reden derer, die sich Freunde nennen, aber Ihre geschworenen Feinde sind, und man werde entweder zu spät erwachen oder beim Erwachen einen unheilvollen Entschluß fassen.“

Großherzog: „Sie wissen, mein Herr, was ich Ihnen über diesen Punkt gesagt habe bei Lebzeiten des Kaisers und nach seinem Tode. Sie sollten die Gefühle der Achtung und Anhänglichkeit kennen, welche ich für den König hege, und daß ich selbst sein bester Minister bin.“

Gotter: „Ich kann das bezeugen, gnädiger Herr, und habe gewiß den König, meinen Herrn, treulich davon in Kenntnis gesetzt, und Ew. Königl. Hoheit wird davon überzeugt sein.“

Großherzog: „Hätte der König nur Geduld gehabt, nur uns zur Zeit gesprochen, man hätte ihn ganz und gar anderweitig zufrieden stellen können mit größerer Leichtigkeit und auf bessere Gründe gestützt [1]). Alles wäre ruhig geblieben und wir hätten vielleicht gar keinen Beistand nötig gehabt.“

Gotter: „Wenn Sie keiner Hilfe bedurft hätten, würde der König überhaupt kein Stück von dem Kuchen erhalten haben. Es ist schließlich wirklich billig, daß der König für die Verluste, welche der hiesige Hof seinem Vater zugefügt hat, entschädigt werde. Man hat ihm alle seine bestbegründeten Ansprüche zunichte gemacht, ihn von der hannöverschen Allianz abgezogen und durch leere Versprechungen hingehalten, hat dasselbe zu seinem Schaden seinen Feinden und Neidern zugesagt. — Dies bezeugt die dem König von Preußen

---

1) „à meilleurs enseignes“.

und die dem Hause Sulzbach gegebene Garantie von Jülich und Berg. Dies beweisen die Renten von der Maas, die Anrechte auf Schlesien selbst und die Verpflichtungen des Thronstraktates bezüglich der Subsidien. Für das alles hat der König einen gerechten Anspruch auf ein Äquivalent."

Großherzog: „Was hat Jülich-Berg mit Schlesien zu thun? Das Äquivalent ist zu exorbitant. Wenn der König diese Ansprüche auseinandergesetzt hätte, würde die Königin bei ihrer Gerechtigkeitsliebe und ihrer Freundschaft für ihn sich sehr bereit haben finden lassen, ihm Recht zu verschaffen. Borcke kennt unsere Engagements mit Frankreich, weiß, daß die Konvention wegen Jülich-Berg mit dem 8. d. M. abläuft. Also, diese Beschwerden hören von selbst auf. Aber was gedenkt der König zu thun? Wird er seine Truppen zurückziehen, wenn man mit Ihnen in Unterhandlung tritt, und worauf wird er seine Forderungen beschränken?

Gotter: „Wenn Sie ihm räsonnable Anerbietungen machen, wird er ohne Zweifel seine Truppen zurückziehen und alles Menschenmögliche thun, um sich gut mit Ihnen zu stellen. Er wird Truppen nur in dem Teile Schlesiens lassen, den Sie ihm abtreten. Aber wenn man hier Winkelzüge macht, wird er immer weiter vordringen. und die Sache wird schwieriger werden."

Großherzog: „Aber, mein Herr, Sie müssen nicht glauben, daß wir ohne Freunde sind. Wir werden Hilfe bei unseren Alliierten finden."

Gotter: „Schwerlich werden sie ihre Truppen zu Ihrer Hilfe marschieren lassen, ohne ihre Rechnung zu finden, denn die Prinzipien der großen Herren sind ziemlich dieselben; sie thun nichts, ohne ihre Schritte nach dem Kompasse ihrer Interessen zu regeln. Frankreich wird ihnen vielleicht Geld leihen, wenn Sie ihm das Land Luxemburg verpfänden, aber es wird nicht einen Mann marschieren lassen; darüber hat sich Mr. Camas, der eben aus Paris zurückgekehrt, sehr genau unterrichtet. Sachsen ist weder in der Lage, noch des Willens, Ihnen zu helfen. Rußland ist zu entfernt und hinreichend mit sich selbst beschäftigt, und der König hat vielleicht dort mehr Kredit, als Sie denken. Die Seemächte werden sich auf gute Dienste beschränken."

Großherzog: „Das ist alles schön und gut, aber die facti —"

[Gotter verbessert im stillen facta — decet etenim imperatorem futurum latine loqui.]

Großherzog: „Die facti sind schlimm, sind schrecklich, sind nicht zu verdauen."

Gotter: „Die facta werden aufhören, sobald man zu einer gütlichen Unterhandlung kommen wird. Ew. Königl. Hoheit sprechen heute schon mit gesetzterem Blute und nicht mehr mit jener Gereiztheit, mit der Sie mich das erste Mal anfaßten. Alles läßt sich zum guten wenden und alles wird, wie ich hoffe, gut gehen."

Großherzog: „Man muß immer mit Ruhe von solchen Angelegenheiten sprechen. Welchen Lauf immer die Sachen nehmen mögen, ich werde immer die gleiche Hochachtung und aufrichtige Freundschaft für den König hegen, der mich seiner Stimme würdig finden wird. Aber ich will nicht mein Glück poussieren auf Kosten der Königin."

Gotter: „An welche Minister sollen wir uns also nun wenden, gnädiger Herr? Sie haben mir verboten, mit irgendeinem zu sprechen. Wir werden uns ganz nach Ihrem Befehle richten."

Großherzog: „Sie können sich wenden an wen Sie wollen — an Sinzendorf, Starhemberg, an wen sie es für geeignet halten."

Borcke: „Das ist ein gutes Zeichen, gnädiger Herr, dafür, daß noch nicht alle Hoffnung verloren ist, und daß man zu beiderseitigem Vorteile und zum Wohle des Reiches das große Ziel wird erreichen können."

Großherzog: „Schwer wird es sein, doch sage ich nicht, daß alle Hoffnung verloren sei."

Bei diesen Worten klopfte die Königin, welche hinter einer halbgeöffneten Thüre zugehört hatte, sanft an dieselbe, da es bereits 8 Uhr abends geworden war; der Großherzog entließ uns und zog sich zurück [1]).

Am nächsten Morgen folgte dann ein Besuch bei dem Hofkanzler, Grafen Sinzendorf, welcher als unerläßliche Vorbedingung jeder Unterhandlung eine schriftliche Formulierung der preußischen Forderungen verlangte. Gotter wendete ein, man müsse vorher sicher sein, daß der Wiener Hof überhaupt sich ernstlich auf Unterhandlungen einzulassen bereit sei, sonst müsse man fürchten, daß mit dem gewünschten Schriftstücke nur eben Mißbrauch getrieben werde, um Preußen bei anderen Mächten zu schaden. — Indessen Sinzendorf beharrte bei seiner Forderung, und Borcke schlug endlich vor, man wolle die Propositionen des Königs lesen, wo dann die österreichischen Minister sich nach Belieben Notizen machen könnten. Dabei blieb man stehen, doch nahm der Kanzler auch den Vorschlag Gotters, der Großherzog möge als Zeichen der eröffneten Unterhandlung einen Brief an den König schreiben ad referendum. Als Gotter darauf drang, daß Bartenstein in der Unterhandlung nicht seine Hand haben sollte, erwiderte der Kanzler: „Das sollten Sie uns nicht sagen." Übrigens erschien er den Gesandten gedrückter und weit entfernt von dem hochmütigen Wesen, welches er sonst zur Schau getragen hatte. Als Gotter ihm im Laufe des Gespräches einmal zurief, man thue hier unrecht, sich aufs hohe Pferd zu setzen, antwortete er ruhig: „Wir haben keine hohen Pferde; was wir jetzt hier von Pferden haben, ist sehr klein." [2])

Dieser Verabredung entsprechend wurden nun die beiden Gesandten am 3. Januar zu dem Hofkanzler eingeladen, wo sie dann nur noch Herrn v. Bartenstein fanden, der, wie man ihnen ankündigte, als Staatssekretär die preußischen Forderungen zu Protokoll zu nehmen hatte. Es blieb nun in dieser Konferenz nicht bei den ursprünglich in Aussicht genommenen Aufzeichnungen, welche die österreichischen Minister nach den mündlich vorzutragenden Propositionen der preußischen Diplomaten machen wollten, sondern die letzteren ließen sich bewegen, jene Anerbietungen, welche der König unter dem 15. November Borcke zugesendet hatte, um sie zunächst im Vertrauen dem Großherzog zu eröffnen, ganz offiziell zu diktieren und als Protokoll zu unterschreiben, unter Hinzufügung der letzten aus Herrendorf durch Kircheisen überbrachten Erklärung, betreffend die Herabminderung der preußischen Forderung auf einen Teil Schlesiens [3]). Die Gesandten mochten wohl schon in der gegen ihren ausdrücklichen Wunsch erfolgten Zuziehung Bartensteins einen

1) Bericht vom 1. Januar, ausgearbeitet von Gotter und Borcke zusammen, Berliner St.-A.

2) Gemeinsamer Bericht vom 2. Januar, ebd.

3) Beides abgedruckt in den preuß. Staatsschriften, ed. Koser I, 81.

Schluß auf den ungünstigen Stand ihrer Angelegenheiten machen. Borcke berichtet von ihm bei dieser Gelegenheit: „Da er nur zu schreiben und nicht die Erlaubnis hatte, seine Galle auszuschütten, wechselte er fortwährend die Farbe, biß sich auf die Lippen, warf das Papier hin und her, schnitt Gesichter ꝛc.“ [1])

Jedenfalls hat Bartenstein sonst Gelegenheit gefunden, seinem Grimme Luft zu machen, als über das Schicksal der preußischen Propositionen entschieden wurde. Es scheint, daß der Hofkanzler Sinzendorf außer dem Großherzoge noch für eine Verständigung mit Preußen sprach; aber Kinsky, Starhemberg und vor allem Bartenstein erhoben sich mit großem Eifer gegen jede Nachgiebigkeit, und für die Königin war und blieb jede Abtretung an Preußen ein fürchterlicher Gedanke. Bartenstein konnte sich auch auf die Meinung berufen, welche die in Wien accreditierten fremden Gesandten über das Vorgehen Preußens geäußert hatten, und welche allerdings fast ohne Ausnahme sehr ungünstig lauteten. Die einzige Ausnahme machten die Gesandten von England und Hannover, obwohl auch Robinson vorsichtig sich reservierte, er habe allerdings noch keine Nachricht, wie sein König über die schlesischen Angelegenheiten dächte. Eifrig arbeitete begreiflicherweise Sachsen gegen jede Verständigung mit Preußen, überzeugt, daß, im Falle eine solche gelänge, für die eigenen Pläne eines Landerwerbes, auf die wir noch zurückkommen werden, wenig Aussicht vorhanden sei, und ebenso war es sehr erklärlich, wenn man vonseiten Frankreichs zum entschiedenen Bruche mit Preußen drängte [2]), und durch das Maß geheuchelter Teilnahme Bartenstein zu dem kühnen Ausspruche brachte, Frankreich, gegen welches Preußen zum Kriege dränge, sei vielmehr die einzige Macht, auf die man sich wirklich verlassen könne [3]).

Als jene protokollarische Aufzeichnung der preußischen Anerbietungen am Abend des 3. Januars stattfand, war aller Wahrscheinlichkeit nach vonseiten der österreichischen Regierung bereits die Entscheidung getroffen. Dieselbe war anscheinend nach am Morgen dieses Tages in einer dreistündigen Konferenz vorbereitet worden, zu welcher sich der Großherzog mit dem Großkanzler Sinzendorf und Graf Starhemberg in seinem Kabinette eingeschlossen hatte. Der erstere hat nachmals dem englischen Gesandten als die Gründe, welche für die Ablehnung der preußischen Propositionen maßgebend gewesen seien, angeführt, die preußischen Gesandten wüßten nicht einmal zu sagen, was ihr Herr unter „dem guten Teile Schlesiens“, dessen Abtretung er verlange, verstände, der Vermittelungsvorschlag einer Hypothek gehe eingeständlich nur von Gotter aus; es sei ferner nicht würdig, mit Preußen zu unterhandeln, so lange dessen Truppen innerhalb der österreichischen Lande stünden, und schließlich löse jede Abtretung die pragmatische Sanktion auf und rufe andere Ansprüche hervor [4]).

---

1) Aus dem ersten Entwurfe des Borckeschen Berichtes, angeführt in den Staatsschriften I, 79. Anm. 2.

2) Über alle die vorerwähnten Nachrichten vgl. den Bericht Gotters vom 4. Januar 1741, Berliner St.-A.

3) Allerdings berichtet von diesem Ausspruche nur Bartensteins ausgesprochener Feind, Robinson, zum 4. Januar 1741; bei Raumer, Beiträge II, 102.

4) Bei Raumer a. a. O., S. 102, aus einem Berichte Robinsons vom 7. Januar 1741.

Am 5. Januar des Abends wurden die beiden Gesandten zu dem Hofkanzler eingeladen, wo sie außer Graf Starhemberg noch Bartenstein fanden, und Gotter erhielt hier die schriftliche Antwort der Königin mit der Aufforderung, dieselbe seinem Herrn baldmöglichst zu überbringen, so daß darin zugleich die Verabschiedung der Gesandten als das Zeichen des Abbruches der diplomatischen Beziehungen lag, was Gotter dann noch besonders konstatierte.

Die Antwort so zu gestalten, daß sie jede Fortführung der Verhandlungen abschnitt, hatte sich der Staatssekretär Bartenstein angelegen sein lassen, sie war hochmütig abweisend in solchem Grade, daß sie nicht die kleinste Aussicht einer Verstäudigung etwa auf anderer Grundlage übrig ließ, und ging dabei von Voraussetzungen aus, welche der wirklichen Lage der Dinge im Grunde sehr wenig entsprachen.

Bereits die goldene Bulle verpflichte jeden der Reichsfürsten zum Beistande, falls ein anderer in den Landen des Reiches angegriffen werde, und außerdem hätten die Reichsfürsten mit der Garantie der pragmatischen Sanktion Verpflichtungen übernommen, welche weiter gingen, als die preußischen Anerbietungen, die man mit so schweren Opfere erkaufen solle. Die Allianz der Seemächte und Rußlands habe man vor dem Einmarsch der Preußen gehabt, und dieselbe bestehe fort, und daß, um diese Allianzen zu befestigen, die Königin einen Teil ihrer Lande opfere, könne unmöglich in den Absichten jener Staaten liegen, da dieselben sich ja vielmehr verbunden hätten, eben diese Lande der Königin ganz zu erhalten. Bezüglich der Kaiserwahl und Brandenburgs Kurstimme wird Preußen belehrt, daß die Wahl frei sein solle und nach der in der goldenen Bulle vorgeschriebenen Form vor sich gehen. Ferner versteigt man sich zu der Bemerkung, es sei unerhört, jemanden mit Krieg zu überziehen, um ihn zu nötigen, angebotenes Geld anzunehmen. Übrigens hätten die Lieferungen und der durch den Einmarsch verursachte Schaden bereits einen höheren Betrag, als die angebotenen zwei Millionen. Die Königin sei nicht willens, ihre Regierung mit einer Zerstückelung ihrer Staaten zu beginnen, Ehre und Gewissen nötige sie, die pragmatische Sanktion vor jeder direkten oder indirekten Verletzung zu bewahren; sie könne daher nicht in die Abtretung Schlesiens, noch auch eines Teiles davon willigen, sei aber noch bereit, die aufrichtige Freundschaft mit dem Könige von Preußen zu erneuern, wofern dies ohne einen solchen Bruch (der pragmatischen Sanktion) und ohne Verletzung der Rechte dritter möglich sei und unter der Voraussetzung, daß die preußischen Truppen ohne Verzug Schlesien räumen.

Wenn die Bartensteinsche Note durch die hochmütig schroffe, an einigen Stellen geradezu höhnische Abweichung verletzen und erbittern mußte, und dabei doch wieder durch die naive und den obwaltenden Verhältnissen so wenig entsprechende Art, wie sie aus der goldenen Bulle die Nichtigkeit der preußischen Anerbietungen zu erweisen unternahm, den Spott herausforderte, so war das Schlimmste doch der üble Gebrauch, den man von jenen Anerbietungen machte, indem man sie der Publicität preisgab, sie abschriftlich den verschiedenen Höfen mitteilte [1]) und ihnen den Weg in die Zeitungen er-

[1]) Noch im Laufe des Januar ist sie bei den verschiedensten Höfen verbreitet (Staatsschriften I, 80. Anm. 1), sie soll in authentischer Form aus dem Berliner St.-A. in den Beilagen zu diesem Buche mitgeteilt werden.

öffnete [1]), noch dazu mit einer Einleitung, welche unmöglich für korrekt gelten konnte, insofern hier gesagt war, den Eingang hätten die Gesandten zwar vorgelesen, aber verweigert zu diktieren, „derselbe gründe sich auf besorgenden Anfall von Frankreich und Kursachsen", während in der jetzt gedruckt vorliegenden Depesche vom 18. November 1740 Kursachsen gar nicht erwähnt wird und Frankreich nur in dem Zusammenhange, daß sich Österreich genötigt sehen werde, sich jenem in die Arme zu werfen [2]).

Podewils bemerkt auf die erste Nachricht von dem Protokolle sehr richtig: „Es ist der boshafteste Streich, den man uns hätte spielen können, und ich wünschte, man hätte dem ausweichen können, weil der Wiener Hof davon den übelsten Gebrauch bei Frankreich machen wird, indem man dieser Krone durch eine solche Veröffentlichung zeigt, daß Ew. Majestät eine enge Allianz mit Rußland und den Seemächten in Vorschlag gebracht hat, was Frankreich als eine Ligue gegen sich ansehen und uns nie vergeben wird. Es ist ein Kunstgriff von Bartensteins Art, uns bei Frankreich verdächtig zu machen, was ihm wohl gelingen wird, wenn der Kardinal das Konferenzprotokoll und die damit erteilte Antwort zu sehen bekommen wird." [3])

Wenn die preußischen Gesandten der Vorwurf trifft, daß sie sich haben dupieren lassen und in die ihnen gestellte Falle hineingegangen sind, so trägt allerdings wohl die Hauptschuld der Kleinmut, mit welchem sie im Grunde doch den Stand der preußischen Angelegenheiten ansahen, so daß sie eben im Interesse ihres Herrn alles an ein gütliches Arrangement mit dem Wiener Hofe daransetzen zu müssen glaubten. Auf der anderen Seite aber wird man zugeben können, daß der Verlauf der letzten Audienz bei dem Großherzog sie nicht einen so brüsken Abbruch der Verhandlungen voraussetzen lassen konnte.

Natürlich reklamierte man preußischerseits gegen die Darstellung der Gegner. Podewils hatte bereits auf Grund der Eröffnungen des Großherzogs an Borcke und Gotter bezüglich der in Aussicht gestellten Entschuldigung auf der Seite von Jülich-Berg Veranlassung genommen, den preußischen Gesandten in London, dem Haag und Petersburg darzuthun, mit wie wenig Wahrheitsliebe man in Wien unterhandle, der Großherzog berufe sich darauf, daß im Januar das mit Frankreich getroffene Abkommen von 1738, welches die Jülich-Bergsche Erbschaft dem Hause Pfalz-Sulzbach zuspreche, ablaufe, während doch nach dem Wortlaute des Vertrages die zweijährige Gültigkeit nicht vom Datum des geschlossenen Vertrages, sondern vom Tode des Kurfürsten von der Pfalz an zu rechnen sei [4]).

---

1) Druckorte Staatsschriften I, 80. Anm. 1.

2) Nach dem Simultanberichte Gotters und Borckes vom 3. Januar wurden in der Konferenz diktiert: 1) Die vier Punkte des preußischen Anerbietens aus der Depesche vom 15. November 1740 (Polit. Korresp. I, 103, nur daß bei Nr. 4 die eventuelle Steigerung auf 3 Millionen Gulden wegblieb) und der darauffolgende Absatz beginnend mit Vous sentez bien. 2) Aus der Instruktion vom 26. Dezember 1740 die ersten zwei Absätze bis intérêts réciproques (Polit. Korresp. I, 157). Außerdem wurde vorgelesen, aber nicht diktiert, der Eingang der erst erwähnten Depesche vom 15. November (Polit. Korresp. I, 102) bis zum Beginne der vier Punkte.

3) Angeführt Staatsschriften I, 79.

4) Podewils' Bericht vom 29. Dezember, Berliner St.-A.

Als dann vonseiten Österreichs jene Veröffentlichungen der preußischen Anerbietungen erfolgten, antwortete die preußische Regierung mit einem äußerst scharfen Zirkularreskripte (vom 4. Februar), in welchem z. B. jene österreichischerseits zugesetzte Einleitung als ein Gewebe von Lügen bezeichnet und hervorgehoben wird, daß in jener Veröffentlichung von der eigentlichen Hauptsache, von den Rechten und Ansprüchen Schlesiens, gar keine Rede sei, und daß das ganze Verfahren eine Verletzung des Anstandes in sich schließe, dessen Bewahrung man unter gesitteten Höfen auch auf dem Höhenpunkte von Zerwürfnissen hätte voraussetzen dürfen [1]).

Jedenfalls war der Krieg nun entschieden. Im Angesichte desselben aber tauschten König Friedrich und Großherzog Franz noch einmal freundliche Versicherungen persönlicher Hochschätzung und Anhänglichkeit an einander aus [2]). Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Großherzog sehr unzufrieden war mit dem Laufe, den die Dinge genommen, und nicht im entferntesten die hochmütige Zuversicht teilte, welche die Bartensteinsche Antwort wiederspiegelt. Der ihm näher stehende hannöversche Gesandte v. Lenthe spricht das aus und schreibt noch am 4. Januar, als ja die Entscheidung in Wahrheit schon getroffen war: „Wenn der dann mit Leib und Seele französisch gesinnte und gehässige Bartenstein nebst dem von ihm als an einem Leitbande geführt werdende Graf Kinsky durchdringen, so ist es um das Haus Österreich gethan, das Reich in der allergrößten Gefahr, Frankreich kriegt die völlige Oberhand und wächst mit einer nicht leicht zu zäumenden Macht gegen England; denn wer kann glauben, daß Frankreich stillsitzen und nicht Bayern helfen, auch sich selbst bei einer solchen Gelegenheit vergessen werde? Wer aber soll solches sodann hindern? hier ist man zu ohnmächtig, auch zu uneinig, in wenig Monaten gewiß parterre; Rußland hat die Schweden zu fürchten, ist inwendig noch nicht ruhig; Sachsen weiß nicht, was es will, hetzt den hiesigen Hof gegen die Preußen auf, erklärt sich nicht, möchte ganz gern, daß die pragmatische Sanktion ein Loch bekäme, sodann Böhmen acquirieren und Kaiser werden, läßt aber alles dieses nur aus seinem Betragen urteilen und führt überhaupt eine so unbegreifliche Conduite, daß man nicht trauen, noch weniger sich verlassen kann." [4])

Die preußischen Gesandten scheinen noch einen letzten Versuch gemacht zu haben, die Unterhandlungen weiterzuspinnen, allerdings ohne jeden Erfolg; Gotter gedachte deshalb am 7. Januar abzureisen, doch hinderte ihn ein schwerer Anfall von Kolik, der ihn zwang, sich ärztlicher Behandlung zu unterwerfen [5]). Kaum weniger schlimm war Borcke daran, ihn quälten mehr noch vielleicht als die Anfälle eines Fiebers die seiner zahlreichen Wiener

---

1) Vgl. Staatsschriften I, 80. Anm. 2 u. 3.

2) Der Brief Friedrichs vom 12. Januar und die Antwort des Großherzogs bei Arneth II, 380.

3) Lenthes Berichte ed. Grünhagen, Zeitschr. f. schles. Gesch. XIII, 504.

4) Ebd. S. 505.

5) Wenn sie wirklich, wie Arneth (I, 133) berichtet, sich an Bartenstein und, als dieser von nichts hören wollte, an Reichshofrat v. Knorr gewendet haben, so muß es damit wohl eine ganz besondere Bewandtnis gehabt haben — die beiden wußten doch sehr gut, wie Bartenstein ihnen gesinnt war —; wohl aber berichten die Gesandten noch unter dem 6. Januar 1741: „nous ferons encore une tentative", Berliner St.-A.

Gläubiger; dazu drängte der österreichische Kanzler, „bei gegenwärtigem Zustande der Sachen mit dem preußischen Hofe müsse er begreifen, daß sein Aufenthalt bei hiesigem Hofe sich nicht wohl schicke“ [1]). Als dann endlich sein Schiff wieder flott und Gotter wiederhergestellt war, ward das preußische Legationsarchiv der holländischen Gesandtschaft anvertraut; die preußischen Diplomaten verließen die Stadt, und der König blieb bezüglich weiterer Berichte aus Wien auf seinen bisherigen Agenten am Reichshofgerichte, einen Herrn v. Graeve, angewiesen, der dann den Auftrag erhielt, auf dem Umwege über Regensburg wöchentlich Nachrichten zu geben. Wenn man seinen Aufenthalt in Wien noch eine Zeit lang sich gefallen ließ, hatte er dies dem Umstande zu danken, daß er zugleich auch für den dänischen Hof Aufträge hatte. Anfang März zwang man auch ihn, Wien zu verlassen.

Podewils erzielte mit seinen Darstellungen der Sachlage und der Preußen früher widerfahrenen Behandlung einen gewissen Erfolg; der holländische Gesandte zeigte sich über die von Österreich in der jülich-bergschen Sache bewiesene Zweizüngigkeit sehr überrascht — er habe so etwas dem Wiener Hofe nie zugetraut [2]). Der König, darüber hocherfreut, wünschte nur, der Minister möge auch dem englischen Hofe diese Dinge einleuchtend machen [3]). Vor allem aber kam es nun darauf an, die preußischen Ansprüche auf Schlesien in helles Licht zu setzen, und auch wir werden der Auseinandersetzung dieser Verhältnisse einen besonderen Abschnitt widmen müssen, vorher aber zu besserem Verständnis eine kurze Darlegung der Entwickelung der Dinge in Schlesien voranschicken müssen.

---

[1]) Schreiben Sinzendorfs vom 8. Januar bei Borckes Bericht, von gleichem Datum.

[2]) Angeführt bei Droysen, S. 188, Anm. 1.

[3]) An Podewils, den 31. Dezember; Polit. Korresp. I, 167.

Zweites Buch.

Von Schlesien.

Erstes Kapitel.
Die Entwickelung der Dinge in Schlesien.

Das Land, auf welches nun König Friedrich Ansprüche erhob, war ein altes Kronland von Böhmen. Einst zu Polen gehörig, war das fruchtbare Gebiet zu beiden Seiten des oberen Oderlaufes durch Friedrich Barbarossas Vermittelung 1163 an zwei polnische Prinzen abgetreten worden; mit dem Anfange des 13. Jahrhunderts hatte auch der letzte Rest von Abhängigkeit von dem Polenreiche aufgehört, abgesehen von der kirchlichen Verbindung mit dem Erzstifte Gnesen, und die piastischen Herzoge hatten namentlich in Nieder- und Mittelschlesien durch sehr zahlreiche Gründungen von deutschen Städten, Dörfern und Klöstern noch im Laufe jenes Jahrhunderts das Land im großen und ganzen germanisiert. Ohne zum Deutschen Reiche rechtlich zu gehören und regiert von Fürsten des altslavischen Piastenstammes, hatte Schlesien thatsächlich dem Reiche die Dienste einer der Marken gethan, welche man zum Schutze der östlichen Grenzen sonst errichtet hatte. An dem tapferen Widerstande der Schlesier hat sich 1241 der die ganze abendländische Christenheit bedrohende Einfall der Mongolen gebrochen, und im Vereine mit dem gleichfalls im 13. Jahrhunderte schnell emporkommenden deutschen Ordenslande Preußen hielt die Macht der deutschen Schlesierfürsten, deren einige wie Heinrich I., II. und Heinrich IV., hohes Ansehen und großen Kriegsruhm erwarben, gerade in einer Zeit, wo das Deutsche Reich mindere Widerstandskraft zeigte, die Slavenfürsten erfolgreich im Schach.

Die infolge der Erbteilungen zunehmende Zersplitterung drängte dann in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die schlesischen Fürsten, vor dem damals zu größerer Macht geeinten Polen Schutz zu suchen bei der Krone Böhmen, dessen deutschem Herrscher Johann von Luxemburg sie ihre Lande als Lehn auftrugen. Es ward damals jene Verbindung geschlossen, welche dann erst vier Jahrhunderte später die Zeit, die wir hier näher betrachten, lösen sollte. Hatte die Weisheit und Regierungskunst Karls IV. eine Zeit des Gedeihens und allseitigen Aufschwunges für das Land heraufbeschworen, so brachte dann die hussitische Bewegung, indem sie in Böhmen einer slavischen Reaktion den Weg bahnte, den Gegensatz dieses Landes zu dem deutschen Schlesien zu lebhaftem und immer weiterwirkenden Ausdrucke, während anderseits die gemeinsame Gefahr in dem zeitweise in einige zwanzig Fürsten-

tümer zersplitterten Lande doch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit fort und fort lebendig erhielt, so daß in allen den Stürmen des 15. Jahrhunderts, wo die Herrschaft bald polnischen, bald czechischen, bald ungarischen Fürsten zufiel, das Land ohne wesentliche, erhebliche Gebietsverluste als ein für sich bestehendes und mit besonderen Rechten und Freiheiten versehenes Ganze bestehen blieb, regiert durch einen eigenen, aus dem Kreise der schlesischen Fürsten zu wählenden Hauptmann, und als solches dann auch 1527 an den Erben des bei Mohacz gefallenen Jagellonenkönigs Ludwig, den Habsburger Ferdinand I., heimfiel. Dieser Fürst nun, offenbar unter allen Habsburgern, welche über das Land geherrscht haben, mit dem größten Organisationstalente begabt, hat es dann vermocht, in Schlesien gewisse Anfänge staatlicher Ordnung einheitlicherer Verwaltung einzubürgern, welche die alte Zeit nicht kannte. Man kann wohl behaupten, daß eben dieser erste Habsburger den politischen Einrichtungen des Landes den Stempel aufgedrückt hat, den sie noch trugen, als die preußischen Waffen den Doppeladler stürzten.

Diese Einrichtungen Ferdinands waren nicht so leicht durchzuführen gewesen. Allerdings waren allmählich ein großer Teil der alten piastischen Fürstenhäuser ausgestorben, so daß Ferdinand gegen das Ende seiner Regierung acht Herzogtümer, die größere Hälfte des ganzen Landes, in unmittelbarem Besitz hatte. Über die andere Hälfte aber hatte er im Grunde nur die Gewalt eines Oberlehnsherrn, die ihrer Natur nach eigentlich nur in Kriegszeiten oder bei Todesfällen zur Geltung kamen, zu Einwirkungen auf die Regierung aber kaum eine Handhabe boten. Außerdem setzten ja auch in den Erbfürstentümern die Sonderprivilegien der Ritterschaften, der Städte und die Exemtionen der zahlreichen geistlichen Korporationen der landesfürstlichen Macht engere Schranken.

Und doch hatte es Ferdinand vermocht, gewisse moderne Staatseinrichtungen durchzuführen. Unter dem Eindrucke der von den Türken drohenden Gefahren hatte er gleich in seinem ersten Regierungsjahre auf Grund einer mit großer Schnelligkeit angenommenen Katastrierung eine Steuer von ganz Schlesien erlangt, die, allerdings ursprünglich nur als ein einmaliges Hilfsgeld gefordert, dann doch stehend wurde, wenn sie gleich jedes Jahr von den Ständen neu bewilligt werden mußte. Gleichfalls die Türkennot rief dann bereits 1529 eine schlesische Defensionsordnung ins Leben, welche hinweggreifend über die Grenzen der Fürstentümer Schlesien für die Zwecke der Landesverteidigung in vier Kreise teilte.

Von tiefeinschneidender Bedeutung ward es dann, daß er als Attribut seiner oberlandesherrlichen Würde auch die oberste Gerichtshoheit in Anspruch nahm und die Appellationen von schlesischen Gerichten, welche bisher nach alter Sitte an berühmte Schöffenstühle, vornehmlich den zu Magdeburg, gegangen waren, fortan ausschließlich an sein Obergericht nach Prag wies. Endlich schuf er 1557 in der sogenannten schlesischen Kammer eine neue schlesische Verwaltungsbehörde, welche, obwohl zunächst nur zur Finanzverwaltung für die unmittelbaren Fürstentümer bestimmt, doch auch, insofern sie manche allgemeine Angelegenheiten, wie z. B. die Zoll- und Münzsachen, in ihrer Hand hatte, bald einen durch ganz Schlesien bemerkbaren Einfluß übte.

Es wird kaum geleugnet werden können, daß die Einrichtungen König Ferdinands im Interesse einer wirklichen staatlichen Ordnung lagen, wie sie

Schlesien lange entbehrt hatte; aber gedankt haben es ihm die Schlesier weder damals, noch später; für deren Ansicht fiel schwerer als alles Übrige in die Wagschaale die feindliche Stellung, welche er von vornherein gegen die neue Lehre der Reformation einnahm. Diese hatte hier schnell Eingang gefunden. Die Mißbräuche des alten Kirchenwesens waren offenkundig, die Entartung des Mönchtums groß, der Drang nach einer Reform allgemein empfunden; der mächtigste Fürst Schlesiens, der Herzog von Liegnitz, Brieg, Wohlau, ebenso wie sein Schwager Markgraf Georg, der Herzog von Jägerndorf, neigten der neuen Lehre zu, die Magistrate der größeren Städte, wie Breslau, Liegnitz, Brieg, Neiße, erblickten in ihr ein Mittel, Zucht und Ordnung neu zu befestigen; selbst die Breslauer Bischöfe zeigten sich geneigt, die Notwendigkeit einer Reform anzuerkennen. Weit entfernt, an eine Kirchentrennung zu denken, besetzte man einfach erledigte Pfarrstellen mit Anhängern der neuen Lehre als mit Vertretern einer theologischen Richtung, die den Gesinnungen der Mehrzahl der Einwohner konform war. Ohne Gewaltthaten, ohne Umwälzungen vollzog sich allerorten die Einführung des neuen Bekenntnisses.

Daß man dabei der päpstlichen Gewalt Eintrag thue, ward kaum recht bedacht und fiel im Grunde nicht schwer ins Gewicht; die erst seitdem und wesentlich im Gegensatz zum Protestantismus ausgebildete Theorie von der Notwendigkeit einer streng monarchisch aufgebauten Hierarchie lebte damals ganz und gar nicht im Bewußtsein des Volkes. Wohl aber hatte die habsburgische Politik schon um ihrer Rivalität mit Frankreich willen mit dem Papste zu rechnen, und so wenig es Kaiser Karl V. hätte einfallen können, mit dem römischen Stuhle ganz zu brechen, denselben ganz in Frankreichs Arme zu treiben, um einer religiösen Bewegung willen, für die ihm im Grunde jedes Verständnis fehlte, ebenso wenig hat sein Bruder, obwohl deutscher Art ungleich näher stehend, jemals ernstliche Versuchung gefühlt, durch eine Begünstigung der neuen Lehre sich zu der habsburgischen Familienpolitik, die ihre Impulse doch fort und fort aus Spanien empfing, in scharfen Gegensatz zu bringen.

Auch in Schlesien hat er von Anfang an scharfe Mandate gegen die religiösen Neuerungen erlassen; die der Reformation zugewendeten Fürsten mußten bei manchen Anlässen seine Ungnade empfinden, und nach der Niederlage, welche die protestantische Sache im Schmalkaldischen Kriege erlitt, schien er einen Anlauf nehmen zu wollen, auch hier eine volle Reaktion durchzuführen, doch mahnten finanzielle Bedrängnisse und die fortdauernden Bedrängnisse durch die Türken ab, den Bogen allzu straff zu spannen, und was er auf kirchlichem Gebiete wirklich erreicht hat, war nur das, daß bei den evangelischen Schlesiern sich die Überzeugung festsetzte, ihre Landesherren gingen darauf aus, ihnen ihren Glauben zu nehmen, so wie sie die Macht dazu fänden, und daß infolge davon eine tiefe Kluft mißtrauischer Abneigung die habsburgischen Herrscher von der Mehrzahl ihrer Unterthanen schied.

Es hat eine Zeit gegeben, wo man gar nicht mehr von Mehrheit und Minderheit sprechen konnte, wo die neue Lehre in Wahrheit die alleinherrschende gewesen ist. Mit ganz überraschender Schnelle hatte sie sich ausgebreitet, von den Grenzen der Niederlausitz bis an den Jablunkapaß und die Quellen der Weichsel war die Predigt des neuen Wortes ziemlich allerorten eingeführt, ohne irgendwie ernsten Widerstand zu finden. In ohnmächtigem

Zorne grollten die wenigen treugebliebenen Domkapitulare selbst von ihren Bischöfen im Stich gelassen, die mehrfach alle die Neuerungen des Gottesdienstes das Abendmahl unter beiderlei Gestalt ja selbst die Priesterehe schweigend duldeten; von den Klöstern rettete sich, während die Mehrzahl sich selbst auflöste, nur eine kleine Zahl zum Teil unter schweren Bedrängnissen durch die schlimmste Zeit, auch im Innern der Klostermauern nicht vor Abfall sicher, wie denn selbst in den Nonnenklöstern an mehreren Orten Äbtissinnen den Schleier abzulegen und Ehen einzugehen Neigung zeigten.

So günstig blieben nun allerdings die Dinge nicht. Von der Mitte des 16. Jahrhunderts an zeigte sich ein gewisser Niedergang. Während die alte Kirche infolge des Tridentinums sichtlich erstarkte und alle die geistlichen Gewalten neue Widerstandskräfte fanden, büßte die neue Lehre unter den traurigen Zänkereien der beiden Konfessionen den besten Teil ihrer Kraft ein und entfremdete sich viele Gemüter. Schon gegen das Ende des 16. Jahrhunderts war von einigen vornehmlich geistlichen Obrigkeiten, so in Troppau durch die Bischöfe von Olmütz, auf den Malteserkommenden und verschiedenen Stifts- und Klostergütern der alte Glaube wiederhergestellt. Indessen blieb doch noch immer die bei weitem größte Mehrheit der Reformation zugewandt. Maximilian II. bezeichnete 1564 dem Breslauer Bischofe gegenüber den Umstand, daß „fast das ganze Schlesien der Augsburgischen Konfession verwandt und anhängig“ sei, als eine Thatsache, mit der man rechnen müsse [1]), und noch 1611 klagt ein Breslauer Bischof, es gäbe in Schlesien viele tausend Flecken, Städte und Dörfer, wo kein einziger Mensch katholisch sei [2]). Und der Majestätsbrief, den die Schlesier 1609 nach dem Vorgange der Böhmen von Rudolf II. erlangten, verbürgte aufs neue in der feierlichsten Form die Freiheit des Bekenntnisses. Aber bald wandte sich das Blatt, nachdem der böhmische Aufstand, welchen die Schlesier thätlich durch eine Union mit den Böhmen, wenngleich ohne rechte Energie unterstützt hatten, durch die Niederlage am Weißen Berge gebrochen war.

Obwohl danach für die Schlesier unter Vermittelung des Kurfürsten von Sachsen 1621 in dem sogen. sächsischen Accorde eine volle Amnestie gewährt worden war, so fanden sich doch leicht Vorwände, von demselben abzugehen, und noch während des 30jährigen Krieges wurde in einzelnen Landesteilen Schlesiens der Katholicismus mit rücksichtsloser Strenge wiederum eingeführt. So z. B. in der Grafschaft Glatz, welche man eigentlich noch zu Böhmen rechnete, ward bereits 1628 ebenso wie in Böhmen überhaupt der Protestantismus geradezu ausgerottet, an sechzig evangelische Geistliche verjagt, alle evangelischen Kirchen eingezogen und den Katholiken übergeben. Ebenso verfuhr man in den Landen des wegen seiner dem pfälzischen Winterkönig bewahrten Treue geächteten Markgrafen Johann Georg, Jägerndorf und Beuthen-Oderberg, ebenso auch in Troppau, Pleß und in den Fürstentümern Oppeln-Ratibor, unter dem Vorwande, daß man den Mannsfeldischen Truppen Vorschub geleistet habe, so daß fast ganz Oberschlesien noch im Laufe des Krieges für den alten Glauben zurückgewonnen wurde. Aber auch in Niederschlesien versuchten einzelne fanatische Heerführer, vor allem der berüchtigte

---

1) Angeführt bei Stenzel, Geschichte des preuß. Staats I, 353 Anm.
2) Angeführt bei Fuchs, Reformationsgeschichte von Neiße, S. 65.

Hannibal von Dohna an den Orten, die sie mit kaiserlichen Truppen besetzten, auch die Einwohner durch alle Mittel der raffiniertesten Grausamkeit, welche der lange Krieg hatte erfinden lassen, zur alleinseligmachenden Kirche zu bekehren. Von den Greueln der Lichtensteinschen Dragoner, „der Seligmacher“, 1629 erzählt noch heut das Volk in den niederschlesischen Städten am Fuße des Gebirges.

In großem Stile aber ward die Gegenreformation in Aussicht genommen nach Wiederherstellung des Friedens. Bei den Osnabrücker Friedensunterhandlungen hatten alle Bemühungen der evangelischen Stände, besonders Sachsens und Brandenburgs nicht mehr durchzusetzen vermocht, als daß den noch in Schlesien herrschenden, der Augsburgischen Konfession zugethanen Fürsten, nämlich den Herzögen von Brieg, Liegnitz-Münsterberg und Öls, und außerdem der Stadt Breslau das freie Exercitium der gedachten Konfession zugesichert wurde, während dagegen für alle übrigen Lande, die unmittelbar unter dem kaiserlichen Scepter standen, der Kaiser sich das Reformationsrecht nach den Grundsatze: „Cujus regio, ejus religio“ vorbehiel tund nur noch drei sogen. Friedenskirchen in den drei Hauptorten der niederschlesischen unmittelbaren Fürstentümer, also Schweidnitz, Jauer und Glogau, zugestand.

Eine eigene Reduktionskommission durchzog dann in dem Jahre 1653 bis 1654 die Erbfürstentümer, um die evangelischen Kirchen zurückzufordern und katholischen Priestern zu überantworten, ein Geschäft, welches sich doch nicht überall ganz glatt vollziehen ließ. An gar manchen Orten rotteten sich die Bauern zusammen, ihr Gotteshaus zu verteidigen, häufig mußte militärische Hilfe requiriert werden; aber die Ausbeute war groß, etwa 628 Kirchen wurden hier eingezogen, und die Zahl der im ganzen in Schlesien während des 30jährigen Krieges und nach demselben den Protestanten weggenommenen Kirchen beziffert sich auf über 1340. Und wenn in dieser Bedrängnis die Fürstentümer Liegnitz-Brieg mit ihren noch glücklich geretteten Kirchen die letzte Zukunft der Evangelischen bildeten, so schien auch diese dahinschwinden zu sollen, als im Jahre 1675 der letzte männliche Sprosse der Piasten ins Grab sank und diese Fürstentümer nun auch der Krone Böhmen heimfielen. Und in der That ging man hier eifrig vorwärts, und wenn man gleich eine summarische Wegnahme der zahlreichen evangelischen Kirchen vermied, so suchte man doch das immer im Auge behaltene Ziel dadurch zu erreichen, daß man bei der Vakanz einer evangelischen Pfarre die Stelle zunächst unbesetzt ließ und nach Ablauf einiger Zeit einen katholischen Geistlichen einschob. Und wieviel sich doch auch auf diesem Wege erreichen ließ, zeigt die Thatsache, daß, als nachmals 1709 die Intervention des siegreichen Schwedenkönigs bei der Regierung die Herausgabe der in den drei bis 1675 mittelbaren Fürstentümern den Protestanten weggenommenen Kirchen durchsetzte, es sich herausstellte, daß allein in diesen drei Fürstentümern 108 Kirchen in Frage kamen, wozu dann aus Münsterberg-Öls nebst den Breslauer Landkirchen noch 18 traten.

Natürlich wurde auch sonst in Gesetzgebung und Verwaltung darauf gehalten, die herrschenden Grundsätze in kirchlichen Fragen zu deutlichem Ausdrucke zu bringen. Daß von jedem, der von der kaiserlichen Behörde eine Gunst oder eine Anstellung wünschte, das katholische Bekenntnis gefordert

wurde, verstand sich von selbst, seit dem 30jährigen Kriege wurde dasselbe auch mit alleiniger Ausnahme von Breslau bei den Magistraten der Städte zur Bedingung gemacht. Die katholischen Ehehindernisse, die katholischen Feiertage galten für die ganze Bevölkerung. Für die Fortsetzung der Bekehrungen waren die eigentlichen Streiter des Katholicismus, die Jesuiten, mit unermüdlichem Eifer thätig, denen jede Förderung angedeihen zu lassen man eifrig bemüht war, sie fanden Zugang in die Gefängnisse und an die Sterbebetten, sie beeinflußten die Zensur; ihre Bestrebungen im Punkte der gemischten Ehen durften auf die Unterstützung der kaiserlichen Behörden rechnen, mehr als einmal haben sie bei Waisen, namentlich adeligen Standes, wenn solche gleich aus protestantischen Familien stammten, die Erziehung unter Begünstigung der Behörden an sich zu reißen gewußt, ja es ist ihnen sogar gelungen, in der Landeshauptstadt, der ihre Privilegien sonst eine fast republikanische Selbständigkeit gaben, 1695 eine jesuitische Universität zu errichten, welche abzuwenden die Breslauer vergebens alle Mittel der Bestechung anwendeten. Im Kampfe gegen den Protestantismus war natürlich eine Freiheit der Bewegung auf Seite der Jesuiten, welche die von schweren Strafen immer bedrohten Gegner nicht kannten; ja diese letzteren durften gar nicht einmal wagen im Wetteifer mit ihnen Proselyten zu machen, denn der Übertritt vom Katholicismus zum Protestantismus ward als Apostasie mit ewiger Landesverweisung und Vermögenskonfiskation bedroht und ward auch noch an den Kindern geahndet.

Alle diese Anstrengungen entbehrten nun keineswegs des Erfolges.

In fast ganz Oberschlesien, einschließlich des Neiße-Grottkauer Landes, aber ausschließlich des zum Fürstentum Brieg gerechneten Gebietes von Kreuzburg ward das protestantische Bekenntnis fast ganz verdrängt, desgleichen in der Grafschaft Glatz. Dagegen ist in Nieder- und Mittelschlesien dieses Bekenntnis allen Verfolgungen zum Trotze das herrschende geblieben, und namentlich in den Erbherzogtümern, die ja doch ziemlich hundert Jahre hindurch fast aller ihrer Kirchen beraubt blieben, ist mit rührender Treue der Glaube der Väter bewahrt worden. In ganzen Karawanen zogen damals die Landesbewohner oft mehrere Tage lang zu der nächsten evangelischen Kirche; mutige Priester fanden, nicht geschreckt durch die angedrohten Strafen, wohl auch den Weg ins Land, zu häuslichen Andachten und Zuspruch für Kranke, häufig genug haben namentlich im Gebirge die sogenannten Buschprediger im stillen Wald- oder Bergverstecke ihren Gemeinden gepredigt.

Das Gesamtresultat der historischen Entwickelung nach dieser Seite hin war nun doch das, daß in dem größeren, am meisten bevölkerten, am vollständigsten germanisierten, in der Kultur am meisten vorgeschrittenen Teile Schlesiens der Protestantismus das herrschende Bekenntnis geblieben war.

Wir haben in dem Vorstehenden wenigstens andeutend von den gewaltsamen und energischen Maßregeln gesprochen, durch welche die österreichische Regierung die Gegenreformation in Schlesien einzuführen versucht hatte. Wir müssen dem notwendig hinzufügen, daß sich darauf auch im wesentlichen das Maß von Energie beschränkt, welches man den habsburgischen Herrschern nachrühmen darf. Die Reduktionskommission vom 1653 war ihre energischste That, und eben nur auf dem Gebiete der religiösen Verfolgungen haben die aufeinanderfolgenden Herrscher dieses Hauses ihre Macht durchgreifend zur

Geltung zu bringen vermocht, und selbst auf diesem Gebiete hat sich namentlich in der letzten Zeit vor 1740 der Eifer etwas abgeschwächt, und mancher Maßregel, die man im Prinzipe sehr gewünscht haben würde, hat die Furcht vor allzu großem öffentlichen Ärgernis, zu großer Aufregung im Publikum, die Spitze abgebrochen, ganz abgesehen davon, daß von der chronischen Finanznot des Wiener Hofes doch mit Geld vieles zu erlangen war.

Im Grunde durfte diese Regierung mit vollem Rechte für eine sehr schlaffe gelten. Wie wenig die österreichischen Herrscher es verstanden haben, die verschiedenen Lande, aus denen ihre Monarchie bestand, zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen, die Idee des Staates in ihnen lebendig werden zu lassen, davon ist unser Schlesien ein redendes Beispiel. Was das wichtige Kapitel der Finanzen anbetrifft, so war man im wesentlichen bei der Errungenschaft stehen geblieben, welche einst Ferdinand I. erzielt hatte, der allgemeinen Steuer, hatte sich alle Jahre ein bestimmtes Pauschquantum bewilligen lassen, die Umlage und Eintreibung der Steuern aber dem Lande selbst, d. h. den Ständen, überlassen. Dadurch waren die Stände bei ihren sonst sehr eingeschränkten Befugnissen, da ihnen jede anderweitige Initiative der Regierung gegenüber verboten war, in den Besitz eines äußerst wichtigen Rechtes gekommen, dessen Wirkungen aber entschieden mehr schädlich, als nützlich waren. Die Regierung hatte sich dadurch die Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt eine vernünftige Finanzpolitik zu treiben, die Besteuerung nach den Forderungen der Zeit einzurichten, und den Ständen konnte jene Umlagepflicht nach keiner Seite hin Segen bringen. Während bei solchen Versammlungen gar nicht genug alles hervorgesucht werden kann, was sie einigt, lag hier ihre eigentliche Bestimmung weit mehr auf der Seite des sie Trennenden in Gestalt des Einzelinteresses. Jedes Ständemitglied empfand es als seine wesentlichste Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß er resp. seine Kommittenten möglichst wenig zu kontribuieren hätten, und in diesem Kampfe aller gegen alle war eine Vereinbarung schwer zu treffen und, einmal getroffen, noch schwerer zu ändern, so daß auf der einen Seite eine engherzige Stabilität der ganzen Finanzwirtschaft, auf der anderen eine ungemeine Kargheit gegenüber allen etwa zum Wohle des Landes zu treffenden Maßregeln, die, wenn auch im Prinzipe gemeinnützig, doch nicht jedem Stande in gleicher Weise zum Vorteil gereichen konnten, die notwendige Folge war. Daher ein Zurückbleiben bezüglich allgemeiner, provinzieller Anstalten, eine Vernachlässigung der Verkehrsmittel und in weiterer Folge davon eine geringschätzige Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegen die Stände, von deren Treiben diese wenig erfuhr und kaum noch etwas zu erfahren wünschte. Um die Versammlung vollends zu diskreditieren, kam noch die allgemeine Meinung hinzu, daß sie in ihrer wesentlich aristokratischen Zusammensetzung — 3 Kurien: 1) Fürsten und Freiherren, 2) Ritterschaft der Erbfürstentümer und aus besonderer Gunst Stadt Breslau, 3) Deputierte der Städte — die Neigung habe, bei der Umlage der Steuern die Hauptlast von sich ab auf die Schultern des gemeinen Mannes zu wälzen [1]).

Und soviel ist gewiß, daß der Eindruck, den man bei näherem Zusehen

---

[1]) Vgl. K. A. Menzel, Geschichtl. Entwickelung der am 29. Juni aufgehobenen schlesischen Ständeverfassung; Schles. Provinzialbl. 1817, Juni/Juli.

von der Wirksamkeit dieser Stände, im 18. Jahrhundert wenigstens, empfängt, ein höchst kläglicher ist. Es fehlt ihnen doch selbst das Maß von Haltung, welches anderwärts das korporative Bewußtsein solchen Versammlungen zu geben vermag; da ist keine Spur von jener steifnackigen Entschlossenheit in der Behauptung der Landesprivilegien, nichts von dem ständischen Trotze, der so manchen Landesfürsten viel zu schaffen gemacht. Ihre Hauptthätigkeit beschränkt sich darauf, gegenüber der vom Kaiser aufgestellten Forderung des jährlichen Steuerquantums, möglichst kläglich die Unvermögenheit des Landes auseinanderzusetzen und womöglich irgendetwas von der Forderung abzuhandeln, meistens noch dazu ohne Erfolg. Von einer Vertretung der Landesinteressen und deren Wahrnehmung ist eigentlich kaum jemals die Rede, ja selbst ihre Privilegien wissen sie nicht zu wahren, eine so günstige Gelegenheit, wie ihnen z. B. 1720 die vom Kaiser geforderte Annahme der pragmatischen Sanktion bot, nicht zu benutzen, um als Preis ihrer willfährigen Annahme der die vielhundertjährige Praxis umgestaltenden Erbfolgeordnung wenigstens das zu erlangen, daß ihnen zum Landeshauptmann und Präsidenten des Fürstentags ihren Privilegien entsprechend ein schlesischer Fürst gesetzt werde, während damals die Willkür Karls VI. sie unter den Vorsitzenden der kaiserlichen Behörde, des Oberamtes, stellte. Aber sie begnügen sich schwächlich mit einem Reverse des Kaisers, dahingehend, daß die diesmalige Rechtsverletzung den schlesischen Ständeprivilegien im großen und ganzen nicht präjudizierlich sein sollte [1]). Solcher Gefügigkeit gegenüber durfte es dann der Kaiser wagen, 1726 den Ständen überhaupt zu verbieten, irgendwelche Initiative zu ergreifen und etwas vorzubringen, was nicht mit den vom Kaiser ihnen vorgelegten Postulaten zusammenhinge, oder höchstens etwaige Wünsche beim königlichen Governo, dem Oberamte, anzubringen [2]), welches so zu einer den Ständen übergeordneten Behörde gemacht wurde. Es war in der That kein Wunder, daß, als dann die Versammlung auf den Wink Friedrich des Großen ganz vom Schauplatz abtrat, keine Thräne ihr nachgeweint, ja ihr Hinscheiden kaum bemerkt wurde.

Infolge jener Abhängigkeit der gesamten Steuerverfassung von den Ständen war es nun möglich geworden, daß man hier bis ins 18. Jahrhundert hinein die Steuern auf Grund einer im Jahre 1527 gemachten Schätzung weiter erhob, obschon man allgemein anerkannte, daß eine schreiende Ungerechtigkeit darin lag, wenn man jene in großer Eile und nur für eine einmalige Bewilligung gemachte Anlage, bei der man noch dazu das Privatvermögen der damaligen Besitzer mit veranschlagt hatte, allen durch die Zeit und die Kriegsereignisse herbeigeführten Veränderungen zum Trotze als ewige Norm immer weiter schleppte. Die Regierung ließ es an Aufforderungen zu einer Reform nicht fehlen; aber da eine solche ohne gewisse Opfer nicht möglich war, hatte sich nie eine Vereinbarung über dieselbe erzielen lassen. Freilich konnte nur eine arge Kurzsichtigkeit verkennen, daß man sich selbst den größten Schaden zufügte, indem man auf der einen Seite bei einer Menge von Gütern höchste bedeutende Steuerkräfte ganz unbenutzt liegen ließ, auf der an-

---

1) Vgl. über die Angelegenheit Doves Aufsatz: „Die pragmatische Sanktion in Schlesien", Schles. Zeitschr. XIV, 299 ff.

2) Brachvogelsche Editkensammlung II, 587.

deren Seite viele Besitztümer durch eine unverhältnismäßig hochgegriffene Schätzung einer Reihe von Bankrotten aussetzte, dieselben ganz herunterkommen und schließlich in die Klasse der non entia, d. h. der Objekte eintreten ließ, von denen keine Steuer einzutreiben war. Die so verschuldeten Ausfälle, die eine ganz ungeheuere Summe darstellten, mußten natürlich von den Übrigen mit getragen werden, und nur so wird es erklärlich, daß eine Steuersumme von etwa 2½ Millionen Thaler jährlich, die von einer Bevölkerung von nahezu 1½ Millionen wohl aufzubringen gewesen wäre, dieser als ganz unerträglich erschien.

Die Regierung ergriff endlich einen Zwiespalt zwischen den Ständen von Ober- und Niederschlesien, zu dessen Heftigkeit wohl auch konfessionelle Momente mitgewirkt haben mögen, als Vorwand, um selbst die Reform in die Hand zu nehmen und 1705 als Hauptsteuer die Generalaccise, also eine allgemeine Konsumtionsabgabe einzuführen, wie solche schon seit längerer Zeit in vielen europäischen Staaten bestand. Vielleicht hätte sie auch hier günstige Erfolge gehabt, wenn man, dem Beispiele des großen Kurfürsten folgend, sie auf die Städte beschränkt hätte. So aber mißglückte das Experiment vollständig; die Erhebungskosten zeigten sich als unerwartet hoch, der Ertrag unerwartet niedrig, der Widerwille der Bevölkerung unüberwindlich. Dieser mußte man geradezu versprechen, zu der alten Steuer zurückzukehren, so wie das seit 1721 ernstlich in Angriff genommene Werk der Umarbeitung der Schätzung vollendet sein würde. Davon war es aber noch weit entfernt, als die Preußen einrückten. Neben den regulären Steuern gingen dann noch andere her, so z. B. die beliebten sogen. dona gratuita, d. h. freiwilligen Geschenke, deren Freiwilligkeit das Patent vom 15. Juli 1705 schön illustriert, wenn es einschärft, dieselben von den Honoratioren und anderen wohlhabenden Personen „durch ersinnlichen Exekutionszwang" einzutreiben; 1733, 1738, 1739 hat es dann Zwangsanleihen gegeben, deren Papiere, al pari ausgegeben, sofort auf 80 resp. 78 zurückgingen.

Diese Verhältnisse machten sich um so mehr geltend, als ohnehin der Wohlstand Schlesiens gerade im 18. Jahrhundert sehr zurückging. Dieses Land hatte das seltene Glück gehabt, wenig gestört von den Umwälzungen, welche für die südlichen und westlichen Staaten Europas und deren Handel die großen Entdeckungen, die die Wende der neueren Zeit bezeichnen, bereitet hatten, die altüberkommenen Wege ruhig weitergehen zu können. Schlesiens Bestimmung auf dem kommerziellen Gebiete war seit den ältesten Zeiten die gewesen, den Umtausch der Rohprodukte des slawischen Ostens, Leder, Wachs, Inselt, Vieh u. dgl. gegen die Kolonialwaaren und die Kulturerzeugnisse des Westens zu vermitteln. Dieses Geschäft war immer sehr lohnend gewesen, und ihm zur Seite hatte sich schon früh eine lebhafte Industrie, vornehmlich in Tuch und Leinwand, entwickelt, die bald nicht bloß nach Osten hin Absatz fand, wie denn z. B., gefördert durch die dynastischen Beziehungen, eine bedeutende Ausfuhr nach Spanien stattgefunden hatte, auch viel Garn nach Holland ging [1]).

[1]) Über den schlesischen Handel vgl. die Mitteilungen, welche Cauer in der Schles. Zeitschr. V, 63 ff. aus Sala v. Grossas Denkschrift gemacht hat. Sonst liegt hier zu Grunde Grünhagen: „Der materielle Zustand Schlesiens vor der preußischen Besitzergreifung", Zeitschr. f. preuß. Geschichte 1873.

Über das alles brach nun mit einem Male eine schwere Krisis herein. Dem schlesischen Handel wurden seine besten Kunden in Polen und Rußland untreu. Was Polen anbetrifft, so hatte hier den ersten Schlag gethan die Thronbesteigung Augusts von Sachsen 1697. Zu den sehr spärlichen Vorteilen, welche dem letzteren Lande diese Verbindung gebracht, gehörten doch die neueren günstigeren Handelsverträge, welche einen Teil des polnischen Handels von Breslau nach dem mächtig aufblühenden Leipzig lenkten. Dann kam der lange nordische Krieg, welcher nicht nur direkten schweren Schaden durch Verwüstungen u. dgl. brachte, sondern in welchem auch die energischen Maßregeln Karls XII., um den polnischen Handel den Ostseestädten zuzuführen, doch einen die Occupationszeit überdauernden Erfolg hatten, der z. B. Schlesien den bedeutenden polnischen Viehhandel kostete. Den gleichfalls bedeutenden galizischen Salzhandel zerstörte das kaiserliche Monopol. Das russische Kommerzium aber empfing einen nie verwundenen Stoß durch die Reformen Peters des Großen, der etwa vom Jahre 1714 an, um seiner Vorliebe für den Seehandel willen, allen russischen Export unter Androhung schwerer Strafen nach den Hafenstädten Archangel und Petersburg wies. Auch die 1725 in Berlin gegründete russische Handelscompagnie bereitete eine schwere Konkurrenz; kurz der schlesische Handel war in dem ganzen 18. Säkulum, wie ein kundiger Berichterstatter um 1740 schreibt, nicht die Hälfte mehr von dem, was er früher gewesen.

Natürlich wirkte das Sinken des Handels auf die Industrie zurück, die aber außerdem auch ihre besonderen Unfälle erlebte. So machten sich mehr und mehr die verderblichen Folgen geltend, welche jene Gewaltmaßregeln gegen die Protestanten im 17. Jahrhundert gehabt hatten. Viele Tausende fleißiger Leinweber und Tuchmacher waren damals ausgewandert nach den großpolnischen Grenzstädten und vor allem nach der sächsischen Lausitz und hatten dorthin ihre Industrie verpflanzt, welche dann der Heimat eine um so empfindlichere Konkurrenz bereitete, als die Auswanderer in ihrem neuen Vaterlande viel weniger von Steuern gedrückt waren, als in dem alten. Ebenso raubte das gewaltige Emporkommen der französischen Industrie unter Colbert den Schlesiern das spanische Absatzgebiet. Kurz, es ging auch hier rückwärts, ums Jahr 1720 hatte Schlesien z. B. nur noch den dritten Teil der Tuchmacher, die es früher ernährt hatte.

Die österreichische Regierung war für diese Verhältnisse keineswegs blind. Schlesien galt in Wien für das in Handel und Industrie am meisten entwickelte unter den Kronländern, und der sichtliche Verfall beschäftigte die österreichischen Staatsmänner lebhaft. Das bedeutsamste Mittel zur Besserung, welches man anwendete, war die Errichtung eines besonderen Kommerzienkollegs zu Breslau 1716, welches dann nun in der damals herrschenden volkswirtschaftlichen Richtung des sogen. Merkantilsystems seine Versuche machte. Aber so gutgemeint sein Wirken war, so erregte doch die Einführung des neuen Systems mit seinem schwerfälligen Apparat von Zollmaßregeln, mit seiner Bevormundung und Beaufsichtigung aller industriellen Thätigkeit, zunächst viel mehr Widerwillen als Befriedigung, und erst sehr allmählich hat sich ein erträglicherer Zustand herbeiführen lassen, hauptsächlich dadurch, daß das Kommerzienkolleg sich eifrig um Beseitigung wenigstens der provinziellen Zollschranken gegen die übrigen Kronländer bemühte und nach

dieser Seite hin einen größeren Absatz ermöglichte. Am Ende dieses Zeitraumes hat z. B. die schlesische Wollindustrie wiederum einen gewissen Aufschwung genommen, der nur in den beiden Hungerjahren 1736—1737 einen erheblichen Rückschlag zeigt.

Großes, Hervorragendes ist allerdings auf dem ganzen Gebiete nicht geleistet worden, und davon liegt die Schuld doch zu nicht geringem Teile auch an dem Mangel an Rührigkeit und Betriebsamkeit, der der ganzen Zeit anhaftet, die einen gewissen Charakterzug von träger Mattigkeit nicht verleugnet. So war doch auch die oft beklagte Verschuldung der Güter nicht ohne einen gewissen Zusammenhang mit der mangelnden Arbeitslust der Besitzer, welche eine wirkliche ernstliche Beschäftigung mit der Landwirtschaft zum großen Teile als ihrer nicht würdig ansahen und es vorzogen, als Kavaliere zu leben und Schulden zu machen. Und auf derselben Linie steht es, wenn wir noch 1742 darüber klagen hören, daß die vornehmsten Breslauer Kaufmannsfamilien gern Güter kaufen, unter den Adel gehen und ihr Geld dem Commercio entziehen [1]). Diese häufig wirklich in den Adelsstand erhobenen oder mit dem Titel „kaiserlicher Rat“ gezierten Ratsherren waren dann von dem einfachen Breslauer Bürger durch eine tiefe Kluft entfernt, und fanden das Vertrauen der Bürgerschaft ebenso wenig, wie in den übrigen schlesischen Städten die katholischen Magistrate. Die immer schroffer hervortretende Kluft, die auf dem Lande den kavaliermäßigen Gutsbesitzer von dem niedergetretenen, von Lasten erdrückten Bauer trennte, durchsetzte nun auch mehr und mehr die bürgerlichen Kreise und wirkte in sehr unerwünschter Weise der Bildung eines kräftigen und intelligenten Mittelstandes, der besten Bürgschaft einer gesunden allgemeinen Entwickelung, entgegen.

In dem letzten Jahrzehnt österreichischer Herrschaft hatten dann mannigfache Unglücksfälle das Land getroffen; große Überschwemmungen, Mißwachs, Hungersnot, namentlich in den Jahren 1736 und 1737, hatten Schlesien schwer heimgesucht, und zu der Unzufriedenheit, welche die protestantische Bevölkerung gegenüber dem herrschenden Systeme empfand, trat so auch noch der Druck ungünstiger materieller Verhältnisse.

Und wenn sonst wohl eine lebhaft empfundene patriotische Anhänglichkeit an den Staat oder wenigstens an das Herrscherhaus ein gewisses Gegengewicht abzugeben vermocht hätte, so fehlten hier auch dafür die rechten Vorbedingungen. Die Schlesier haben dem habsburgischen Herrscherhause fort und fort sehr fern gestanden: seit dem Jahre 1611, wo man Kaiser Mathias in Breslaus Mauern gehuldigt, hatte keiner der habsburgischen Herrscher Schlesien gesehen; verschanzt hinter ihrer spanischen Etikette saßen sie in ihrer Wiener Hofburg, unnahbar wie die olympischen Götter; nur der Mund der Priester fand den Weg zu ihrem Ohr, nur durch Opfer sprach man zu ihnen. Die Schlesier feierten wohl konventionell die Familienfeste des Herrscherhauses mit; aber von einem Bande persönlicher Anhänglichkeit konnte nicht die Rede sein, bei den katholischen Schlesiern so wenig wie bei den protestantischen. Bei den letzteren allerdings trat noch ein besonderes Moment der Entfremdung hinzu. Was sie resp. ihren Glauben am meisten bedrohte, war ja doch eben die persönliche religiöse Anschauung des Landesfürsten, der

[1]) Cauer a. a. O., S. 74.

Grundsatz cujus regio ejus religio hatte jener massenhaften Wegnahme evangelischer Kirchen zum Rechtstitel dienen müssen; bei jedem Thronwechsel mußten die Schlesier davor zittern, ob nicht vielleicht ein neuer Regent noch mehr als seine Vorgänger geistlichem Einflusse zugänglich, noch weitere Verfolgungen noch größeren Druck über sie verhängen würde. Zu wiederholten Malen und immer von neuem hatten sie gegen ihren Landesherrn fremde Fürsten angerufen; Sachsens Vermittelung hatte ihnen einst den Dresdner Accord verschafft und dann im Prager Frieden sich um sie bemüht; zu unterschiedlichen Malen hatte man nach dem westfälischen Frieden sächsische und brandenburgische Fürsprache angerufen zugunsten der bedrückten schlesischen Protestanten, und die größte Errungenschaft, welche ihnen beschieden war, hatte der Schwedenkönig Karl XII. ihnen verschafft, nachdem auf seinem siegreichen Durchzuge durch Schlesien Männer aus dem Volke ihn, den fremden Fürsten, um Rettung und Hilfe eindringlich angefleht hatten.

Schon im 30jährigen Kriege waren, als Sachsen und Schweden zuerst hier eindrangen, sie als Befreier aufgenommen worden, während umgekehrt, seit Truppen des Landesherrn wie die berüchtigten Lichtensteiner in schlesischen Städten als Werkzeuge schnödester, grausamster Unterdrückung benützt worden waren, man allen kaiserlichen Truppen das größte Mißtrauen und die schwersten Besorgnisse entgegenbrachte und kein Opfer scheute, um den Einmarsch solcher Truppen abzuwenden. In Breslau blieb viele Generationen hindurch die Erinnerung sehr lebendig, wie die Stadt im 30jährigen Kriege dem gänzlichen Ruine nur dadurch entgangen sei, daß sie eine strikte Neutralität bewahrt und z. B. 1632 trotz alles Drängens ihre Thore den kaiserlichen Truppen ebenso wenig geöffnet hätte wie den Schweden resp. Sachsen. Es war dies die Erinnerung, auf welche man 1740 angesichts des preußischen Einmarsches zurückgriff.

Wie hätte unter solchen Umständen eine patriotische Anhänglichkeit an den Kaiserstaat in Schlesien vorausgesetzt werden können? Wir dürfen in der That konstatieren, daß von einer solchen nirgends eine Spur sich findet, auch nicht in den katholischen Kreisen. Als die preußischen Truppen Schlesien bedrohen und dort einrücken, sieht die ganze Bevölkerung mit apathischer Verwunderung zu, von einem Interesse der Bevölkerung an den zur Verteidigung ergriffenen Maßregeln oder gar von einer opferwilligen Unterstützung finden sich nur ganz schwache Spuren wie etwa bei der Bürgerschaft Neißes, des schlesischen Roms. Das Breslauer Domkapitel sucht für seine Dominsel die Einnahme kaiserlicher Besatzung mit kaum geringerem Eifer abzuwenden, wie die protestantische Bürgerschaft der eigentlichen Stadt. Erst im Laufe des Krieges, als die Gefahr, unter das Scepter eines protestantischen Herrschers zu kommen, dem katholischen Klerus lebhafter zum Bewußtsein kam, zeigen diese Kreise wenigstens ein gewisses Interesse für die österreichische Sache.

Soviel wird man eben sagen können: die Bande, welche Schlesien mit dem österreichischen Kaiserstaate verbanden, waren mit nichten so stark, daß der Versuch einer Lostrennung vonseiten der Einwohnerschaft auf lebhaften Widerstand hätte stoßen müssen, und es fiel dabei unzweifelhaft schwer ins Gewicht, daß hier in Schlesien die katholische Reaktion bei weitem nicht so radikal durchgeführt worden war wie in den anderen österreichischen Erb-

landen. Sehr wesentlich hat dieser Umstand die Eroberung Schlesiens durch die preußischen Waffen erleichtert.

Es ist aber nicht gerechtfertigt, einen Schritt weiter zu gehen und etwa zu behaupten, die Schlesier hätten die preußische Besitznahme erwartet, ersehnt oder gar irgendwie herbeigerufen. Wenn sogar das letztere ausgesprochen worden ist [1]), so gehört das in die Reihe tendenziöser Erfindungen, wie sie wohl der Unwille des Klerus mehrfach ausgestreut hat; aber nicht einmal das erstere ist wahr. Jene unglaublich mattherzige und resignierte Zeit hat etwas so Außerordentliches wie einen Angriff Preußens auf eine der Provinzen des mächtigen Kaiserstaates nicht im entferntesten voraussehen können, und wir finden nirgends eine Spur davon, daß sich die schlesischen Protestanten auf eine Befreiung von dem religiösen Drucke durch einen auswärtigen Fürsten irgendwelche Hoffnung gemacht hätten; und es muß schließlich selbst noch fraglich bleiben, ob selbst eben die schlesischen Protestanten sich 1740 darnach gesehnt haben würden, dem preußischen Staate einverleibt zu werden; wenigstens galten die Zustände unter Friedrich Wilhelm I. den Nachbarn keineswegs als beneidenswert. Die strenge Zucht dieses Königs, der, wie ein vielverbreitetes Flugblatt jener Zeit bemerkt, „den Unterthanen die Groschen in die Tasche zählte“, die strenge Heranziehung zu einem als äußerst streng verrufenen Waffendienst und zu den sonstigen Staatslasten, hätte die an Bequemlichkeit gewöhnten, im Grunde leichtlebigen Schlesier wenig anzulocken vermocht.

Im Grunde waren die Fäden, welche die Schlesier bis 1740 mit Brandenburg und dem preußischen Königshause verknüpft haben, nicht allzu zahlreich, der Handelsverkehr Schlesiens mit den preußischen Landen war nicht eben rege. Am meisten hatte noch der protestantische Adel Schlesiens Verbindungen nach dieser Seite hin. Die Kriegstüchtigkeit, die Ordnung im Militärwesen und das Ansehen, welches der Offizier genoß, lockten doch manchen schlesischen Edelmann, den die Neigung in den Soldatenstand trieb und das protestantische Bekenntnis von dem österreichischen Dienst zurückhielt, in den preußischen, wenngleich die Kargheit des Soldes und die Strenge der Kriegszucht abschrecken mochten. Es haben doch nicht wenige schlesische Adelige im preußischen Heere gedient. „Es ist keinem Schlesier jemals verboten gewesen“, schreibt einer derselben [2]), „an auswärtigen Höfen Dienste zu suchen. Die Protestanten haben es gezwungen thun müssen, indem sie keine Gelegenheit gefunden, in ihrem Vaterlande anzukommen.“ Wenn dann nun auch manche derselben später nach der Heimat zurückkamen und das väterliche Gut übernahmen, so brachten sie doch eine gewisse Anhänglichkeit an den Staat mit, in dessen Dienst sie gestanden hatten. Im Zusammenhange hiermit hatte sich nun auch ein connubium zwischen dem Adel Preußens und dem protestantischen Teile des schlesischen Adels herausgebildet. Als dann kurz nach der Thronbesteigung des jungen Königs, an welche sich natürlich viele Hoffnungen auf ein milderes und weniger karges Regiment knüpften, eine Vermehrung des Heeres vorgenommen wurde, wandten sich auch aus Schlesien zahlreiche Edelleute hierher, und von den mehr als 100 Offizieren, die damals in

---

1) In dem Klostertagebuche Ars et Mars bei Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 393. 402.
2) Den 29. Dezember 1740 bei Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 399.

preußische Dienste traten, waren die Mehrzahl Schlesier oder Sachsen [1]). Hier waren in der That nähere Beziehungen vorhanden, deren Traditionen noch heut in manchem unserer schlesischen Adelsgeschlechter lebendig sind.

Dagegen wissen wir auch aus diesen Kreisen nichts davon, daß irgendwelche geheime Verbindungen zwischen den Schlesiern und dem preußischen Hofe angeknüpft worden wären. Dazu kam doch auch der Tod des Kaisers, der ja die schlesischen Pläne erst in den Vordergrund rückte, allzu überraschend. Nur eben von dem religiösen Drucke, unter dem die Schlesier seufzten, wußte der König, und wie er dieses Moment z. B. England gegenüber wiederholt geltend gemacht hat, so ist es sehr wahrscheinlich, daß es auch bei seinen Entschließungen in die Wagschale gefallen ist.

Bevor wir aber nun den Verlauf der preußischen Besetzung Schlesiens schildern, werden wir einen Blick zu werfen haben auf die preußischen Ansprüche und deren Berechtigung.

---

[1]) Angeführt bei Stenzel, Preuß. Geschichte IV, 51.

Zweites Kapitel.

Die preußischen Ansprüche auf Schlesien.

Die schlesischen Ansprüche Preußens zählen nicht zu den mannigfachen, bereits im Mittelalter erheirateten oder sonst erworbenen Anwartschaften, wie etwa die pommersche oder mecklenburgische, sondern sie datieren aus der Reformationszeit und sind mit den Gegensätzen, welche diese hervorrief, eng verknüpft.

Wie einst der erste Hohenzoller in Brandenburg, Friedrich, unzufrieden mit der Enge des fränkischen Erbes, gegen das Ende des 15. Jahrhunderts bei dem ungarischen Könige Sigismund in den Hofdienst getreten war und dort den Weg zu höheren Ehren gefunden hatte, so war ein Jahrhundert später einer der Söhne des mehr mit Kindern als mit Glücksgütern gesegneten fränkischen Markgrafen Friedrich des Älteren, namens Georg, an den Hof des guten Königs Wladyslaw von Ungarn und Böhmen gekommen, hatte dort als Verwandter, Sohn einer Jagellonischen Prinzessin, freundliche Aufnahme gefunden, Reichtümer durch seine Vermählung mit der Witwe Johanns Corvin, des Sohnes des Königs Mathias, und schnell ein solches Ansehen, daß er nach des Königs Tode einer der Vormünder von dessen unmündigem Sohne wird. Bald richtet er sein Augenmerk auf das zersplitterte Schlesien und beschließt, sich dort festzusetzen, bewegt durch Geld die piastischen Brüder Johann und Valentin von Oppeln-Ratibor, ihn in ihren Erbverbrüderungsvertrag mit aufzunehmen; nach dem Tode des letzteren 1521 nimmt er den Titel eines Herzogs von Ratibor an und erhält auch bereits Schloß Oderberg von Herzog Johann eingeräumt; König Ludwig fügt dazu noch die Stadt Beuthen in Oberschlesien; 1523 kauft Georg dann unter Zustimmung des Königs Ludwig von Georg v. Schellenberg das Herzogtum Jägerndorf. Da nun Johann von Oppeln-Ratibor der Nachkommen entbehrt, so scheint dem Hohenzollern der Besitz von ganz Oberschlesien zufallen zu sollen.

Aber er ist zugleich ein eifriger Anhänger der neuen Lehre; er war es ja, der 1530 auf dem Augsburger Reichstage dem Kaiser Karl V. erklärte, lieber seinen Kopf auf den Block legen zu wollen, als von der Predigt des neuen Wortes zu lassen. In diesem warmen Interesse für die reformatorischen Ideeen findet er sich zusammen mit seinem Bruder, dem deutschen Hoch-

meister Albrecht, und dem Gemahl seiner Schwester, Herzog Friedrich II. von Liegnitz-Brieg-Wohlau, der gleichfalls mit Entschiedenheit, wenn auch mit Mäßigung, die neue Lehre in seinen Landen einführte. Innige Freundschaft verband die drei. Friedrich und Georg führten vornehmlich jene Unterhandlungen mit dem Könige von Polen, welche den so unendlich folgenreich gewordenen Schritt, die Verwandlung des Ordensstaates Preußen in ein weltliches Herzogtum, herbeiführten. In Georgs Stadt Beuthen wartete Albrecht den Erfolg derselben ab.

Grollend wandte sich der damalige Kurfürst von Brandenburg, Joachim, ein erbitterter Feind der neuen Lehre, von den Vettern ab; er ahnte nicht, daß deren Thun recht eigentlich den Grundstein legte zu der künftigen Größe seines Hauses. Aber auch für König Ferdinand war der evangelische Eifer Markgraf Georgs Grund genug, der Ausbreitung seiner Macht entgegenzutreten; dem Erbvertrage mit dem letzten Herzoge von Oppeln-Ratibor weigerte er seine Zustimmung, nach dem Tode des Herzogs ihm nur den Pfandbesitz vorläufig lassend; Beuthen und Oderberg sollte auf bestimmte Zeitdauer ihm bleiben, nur das Herzogtum Jägerndorf ward ihm gesichert.

Jene Feindschaft König Ferdinands gegen die neue Lehre und deren Anhänger rief nun bei Georg und seinem Schwager von Liegnitz den Plan hervor, für alle Fälle den Heimfall der schlesischen Herzogtümer des letzteren an ein protestantisches Fürstenhaus zu sichern. Hierzu hatte man das verwandte Kurhaus Brandenburg ausersehen, nachdem 1535 hier Joachim II. gefolgt war, der im Gegensatze zu seinem Vater der Reformation zuneigte. Gern ging der junge Kurfürst auf einen Plan ein, der seinem Hause ansehnliche Aussichten eröffnete, und so entstand, auf eine Doppelheirat der Thronerben beider Familien gestützt, jene Erbverbrüderung von 1537 zwischen dem Kurhause Hohenzollern und dem der Piasten von Liegnitz-Brieg, dahingehend, daß nach dem Aussterben des Mannsstammes der Herzoge von Liegnitz-Brieg deren gesamte Lande an die Kurlinie der Hohenzollern in Brandenburg fallen sollten, eventuell an einen der fränkischen Markgrafen, falls ein solcher zur Regierung in Brandenburg käme, unbeschadet der Oberlehnshoheit der Könige von Böhmen. Dagegen sollten, falls die direkten Nachkommen des Kurfürsten Joachim und seines Bruders Johann ohne Mannserben zu hinterlassen ausstürben, von deren Landen die schlesisch-lausitzischen Besitzungen Crossen, Züllichau, Sommerfeld, Bobersberg, Kottbus, Peitz, Zossen 2c. an die Herzoge von Liegnitz fallen. Insofern diese Besitzungen Lehen der Krone Böhmen waren, ward zur Gültigkeit dieser letzteren Abmachung ein Konsens des böhmischen Königs erforderlich; doch erklärte Herzog Friedrich von Liegnitz in einem Zusatzartikel des Vertrages ausdrücklich, es solle selbst für den Fall, daß die Erlangung dieses Konsenses Schwierigkeiten mache und also die von brandenburgischer Seite zu machende Gegenkonzession zweifelhaft würde, die Verschreibung der schlesischen Herzogtümer dennoch in Gültigkeit bleiben.

Schon hieraus war zu erkennen, daß der Hauptzweck des ganzen Aktes vonseiten Herzog Friedrichs der war, den eventuellen Heimfall seiner Lande an ein mächtiges protestantisches Reichsfürstenhaus zu sichern und dadurch der Einziehung dieser Lande als erledigter Lehen durch die Krone Böhmen vorzubeugen. Es war sehr erklärlich, daß eine solche Absicht den Interessen des habsburgischen Hauses direkt zuwiderlaufend erschien, aber ebenso sicher

ist es, daß der Herzog zu einem derartigen Akte durch das besondere Privileg, auf welches er sich berief, vollkommen legitimiert war.

Unter dem 14. April 1514 hatte König Wladyslaw demselben Herzoge feierlich verbrieft, daß er seine Städte, Land und Leute — „auf dem Todbette oder in Testamentes Weise vergeben, verkaufen, versetzen ꝛc. dürfe, an wen er wolle, vor uns unseren Erben und nachkommenden Königen zu Böhmen und sonst jedermänniglich ungehindert“ nur unter der Bedingung, daß der Betreffende die Lehnspflichten gegenüber den Königen von Böhmen übernähme [1]). Diesen Gunstbrief hatte dann wiederholt unter dem 20. Mai 1522 und dem 3. Juli 1524 König Ludwig dem Herzoge und seinen Erben in denselben Ausdrücken bestätigt, und auch König Ferdinand hatte unter dem 27. Juli 1529 ihm und seinen Nachkommen alle Privilegien ꝛc., „damit er und seine Erben über sein Land und Leute vormals von unsern Vorfahren Königen und uns begnadet und befreiet, aufs neue konfirmiert und bestättiget ꝛc.“

Was hier vorlag, war eine im Wege einer besonderen Gnadenerweisung erfolgte Erweiterung der Dispositionsfähigkeit des Herzogs über seine Lande. Eine solche war nach den früheren Vorgängen gerade in diesem Fürstenhause nicht allzu auffallend. Denn wenn ursprünglich bei der Lehnsauftragung der schlesischen Herzoge im 14. Jahrhundert die Meinung geherrscht hatte, daß schon bei dem Erlöschen der direkten männlichen Nachfolge die Erledigung der Lehen und der Heimfall an die Krone Böhmen erfolgen sollte, wie dies z. B. in der Lehnsauftragung des Stammvaters der Liegnitz-Brieger Linie d. d. 1329, den 13. Dezember direkt ausgesprochen war, so hatte doch schon 1379 König Wenzel „aus besonderer Gnade“ eine Belehnung zu gesamter Hand für das ganze Geschlecht erteilt, und im 15. Jahrhundert waren die Lande herüber- und hinübergekommen von einem Seitenzweige des Geschlechtes auf den anderen.

Und von der allerdings sehr umfassenden Erweiterung, welche das erwähnte Privileg König Wladyslaws von 1511 Herzog Friedrich erteilte, machte dieser einen im Grunde sehr bescheidenen Gebrauch; angesichts der Doppelheirat mit dem Hause Hohenzollern gab er dem Hause, in welches seine Tochter heiratete, und deren voraussichtlichen Nachkommen ein eventuelles Erbrecht beim Erlöschen seines Mannsstammes und zwar einem Fürstenhause, welches als Herzog von Crossen bereits unter den schlesischen Fürsten mitzählte. Es war im Prinzipe eigentlich nur eine in bestimmtere Formen gefaßte Ausdehnung der Erbfähigkeit auch auf die weibliche Linie, wie eine solche allmählich bei den fürstlichen Lehen eigentlich allerorten schon zur Regel geworden und auch bei den Piasten keineswegs unerhört war.

Und ganz unbestreitbar ist es, daß Friedrich II. bei dem Abschlusse der Erbverbrüderung nur etwas gethan hat, wozu er vollkommen befugt war, denn die einzige Klausel, welche jenem Privilege angehängt war, ward in keiner Weise verletzt. Es verstand sich ganz von selbst, daß, wenn der Erbfall ein-

---

[1]) Es mag ein- für allemal inbetreff der hier citierten Urkunden auf das unter der Presse befindliche Werk: „Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens, edd. Grünhagen und Markgraf“ verwiesen sein, in welchem die Urkunden wenigstens bis zum Jahre 1527 in möglichst authentischem Texte mitgeteilt werden sollen.

trat und der bisherige Herzog von Crossen nun auch noch Liegnitz-Brieg-Wohlau dazu erhielt, derselbe für diese Lande ganz ebenso gut seine Lehnspflichten übernahm, wie für Crossen, und der Oberlehnsherr hatte es ganz in der Hand, ehe er die Lehen erteilte, sich hierüber Sicherheit zu verschaffen.

Rechtlich war die Erbverbrüderung von 1537 kaum anzufechten. Ferdinand aber, für den, wie einleuchten muß, im eigenen politischen wie religiösen Interesse an der Beseitigung jenes Vertrages viel lag, schlug zu diesem Zwecke einen ganz besonderen Weg ein.

Seit den Hussitenzeiten hatte sich ein starker Gegensatz zwischen Böhmen und Schlesiern herausgebildet, und die letzteren hatten sich aus allen Kräften bemüht, sich auf eigene Füße zu stellen und von dem Nachbarlande möglichst unabhängig zu machen. Sie hatten es ja oft schon schwer genug empfunden, daß sie als der Krone Böhmen inkorporiert dem Herrn huldigen mußten, der in dem ihnen seit seiner Czechisierung wenig sympathischen Hauptlande auf den Schild gehoben wurde. Das große Landesprivilegium König Wladyslaws für Schlesien hatte nun im wesentlichen die Wünsche der Schlesier befriedigt, aber die Czechen glaubten eben durch die verschiedenen schlesischen Privilegien Wladyslaws ihr Interesse resp. das der Wenzelskrone verletzt und erhoben Beschwerde dagegen.

Diese Beschwerden waren nun der Natur der Sache nach eine interne Sache zwischen dem böhmischen Könige und den böhmischen Ständen. Wenn diese letzteren meinten, daß durch Privilegien, die böhmische Könige den Schlesiern erteilt, ihre eigenen Landesinteressen geschädigt seien, so mochten sie sich darüber bei ihrem Könige beschweren, und wenn dieser sich davon überzeugen ließ, war es seine Sache, wie er sich dann mit den Schlesiern auseinandersetzte.

Die schlesischen Fürsten aber standen in gar keinem Verhältnisse zu den böhmischen Ständen. Das Band, welches sie an Böhmen fesselte, war der Natur des Lehnsverhältnisses entsprechend eben nur ein persönliches, die Abhängigkeit von dem Oberlehnsherrn, dem Träger der böhmischen Krone; diesem hatten ihre Vorfahren ihre Lande als Lehen aufgetragen, der böhmischen Krone hatte Karl IV. Schlesien inkorporiert.

Ferdinand sah eine gewisse Spannung zwischen Schlesien und Böhmen vielleicht nicht gar so ungern, um so weniger konnten dann die Protestanten in beiden Ländern sich gegen ihn zu gemeinsamer Abwehr verbünden; aber er würde schwerlich jene Beschwerden der Böhmen ernstlich weiter verfolgt haben, hätte nicht eine derselben sich speziell gegen die Erbverbrüderung gewendet, als gleichfalls die Privilegien der böhmischen Krone verletzend, und so ihm eine Handhabe geboten, auch gegen diese vorzugehen.

So aber wurden die böhmischen Stände im Frühling 1546 nach Breslau geladen, um dort vor dem Könige und den schlesischen Fürsten und Ständen ihre Beschwerden vorzubringen, und auch Herzog Friedrich erhielt eine Ladung in die kaiserliche Burg nach Breslau für den 4. Mai, um sich wegen der von ihm geschlossenen Erbverbrüderung gegenüber der Klage der Böhmen zu verantworten.

Wäre etwas Energie in den Schlesiern gewesen, sie hätten mit einem entschiedenen Proteste antworten müssen, mit einer Weigerung, sich in Sachen, die ihre speziellen Landesangelegenheiten beträfen, von den Ständen des Nach-

barlandes konstituieren zu lassen, und speziell Herzog Friedrich hätte erklären müssen, wie sehr er auch bereit sei, sich seinem Oberlehnsherrn gegenüber zu verantworten, wenn ihm eine Verletzung seiner Lehnspflichten schuldgegeben werde, so müsse er sich doch weigern, durch eine Antwort auf eine Klage der böhmischen Stände indirekt eine Befugnis der letzteren einzuräumen, sich in die Hausverträge der schlesischen Fürsten zu mischen.

Auch sonst hätte wohl noch anderes geschehen können. Der am meisten bei der ganzen Sache Interessierte, der Kurfürst von Brandenburg, Joachim II., für den eine wichtige Anwartschaft auf dem Spiele stand, hätte wohl zum Schutze derselben eintreten können — die Zeitumstände waren keineswegs ungünstig: Kaiser Karl V. bereitete den entscheidenden Schlag gegen den Schmalkaldener Bund vor; die Neutralität Joachims, mit der die von Moritz von Sachsen im engen Zusammenhange stand, war von nicht geringer Bedeutung, und als Preis für dieselbe wäre die Erbverbrüderung wohl durchzusetzen gewesen, wenn Joachim auch nur Miene gemacht hätte, eventuell sich zu den Schmalkaldnern zu schlagen —; doch der schwache Kurfürst that nichts dergleichen. Markgraf Georg von Jägerndorf war einige Jahre vorher gestorben, in dem zersplitterten Schlesien war ein Zusammenschluß zu energischem Thun nicht zu erzielen. Und so erfolgte denn am 18. Mai 1546 in der Burg zu Breslau (an der Stelle des heutigen Universitätsgebäudes) das, was Ferdinand einen Urteilsspruch nannte.

Die Gesandten der Böhmen hatten ein Privileg König Wladyslaws produziert, datiert vom 11. Januar 1510, in welchem derselbe, um zu verhüten, daß von den durch Karl IV. der Krone Böhmen inkorporierten Landen derselben etwas entfremdet würde, sich verpflichtete, „daß wir weder unsere künftige Könige zu Böheimb in den schlesischen Landen keine Fürstentümer, so wir jetzo haben oder künftiglich haben werden, so durch Anfall oder in ander Weg an uns kommen, niemandem von dieser Kron Böheim zuteil oder in allem nit hinweg geben sollen, sunder die und dieselben alle Fürstentümer und Anfallen gänzlich und unzerteilt zu der Kron Böheimb, zu unser und künftiger Königen zu Böheimb eigenen Inhabung hinzuthun, verbleiben und zueignen; und wo wir einigerlei Anfallen hinweggäben derselben Fürstentümer, so uns noch nicht heimgefallen wären oder künftig hinweggeben würden, daß wir solches alles hier mit diesem unsern Brief aus böhmischer königl. Macht als König zu Böheimb kassieren und in nichte wenden“ ꝛc.

Auf Grund dieses Privilegs nun verlangten die Böhmen die Kassierung der Erbverbrüderung. Wir mögen uns erinnern, daß die Böhmen unter den Beschwerden, welche sie seiner Zeit gegen Sigismund erhoben, besonders betont haben, daß derselbe eines der von Kaiser Karl der Krone Böhmen inkorporierten Länder, nämlich die Mark Brandenburg, der Krone Böhmen entfremdet habe, und die Absicht, diese Krone vor weiteren Entfremdungen zu schützen, ist, wie aus der Einleitung des obigen Privilegs deutlich hervorgeht, die maßgebende gewesen bei der Erteilung desselben. Soweit mochte man auch allenfalls eine Kompetenz der böhmischen Stände anerkennen, darüber zu wachen, daß der Bestand dessen, was der böhmischen Krone einverleibt war, nicht vermindert werde, wie dagegen in den mit Böhmen unter gleichem Scepter stehenden Nebenlanden das Verhältnis zwischen mittelbarem und unmittelbarem Kronbesitze sich gestaltete, und ob Liegnitz im Besitze der Her-

zoge von Brieg oder der von Crossen sei; darein einzugreifen, das zu kontrolieren, lag außerhalb des Kreises der Befugnisse jener, und wenn dieselben sich nach dieser Seite ein Privileg wollten erteilen lassen, so war das nicht besser, als wenn ein Hausbesitzer sich ein Privileg verbriefen lassen wollte, daß nicht der Nachbar innerhalb seiner vier Pfähle eine Thür durchbrechen oder eine Wand ziehen solle.

Wenn es sich daher um Interpretation jenes Privilegs handelte, konnte ein unparteiischer Richter dasselbe nur so interpretieren, daß er nicht in fremde Rechtssphären hinübergreifend jura quaesita dritter verletzte, und hier lagen auch bereits ergangene Präjudize nach dieser Richtung vor. Indem König Ludwig zweimal ausdrücklich jenes Privileg seines Vaters vom Jahre 1511 für die Liegnitzer Herzoge bestätigte, erkannte er damit implicite an, daß dasselbe dem Privilege der Böhmen nicht zuwiderlaufe, und dasselbe that Ferdinand selbst mit seiner Bestätigung. In der That verhütete auch das Privileg der Herzoge von 1511 durch die beigefügte Klausel eine Entfremdung der betreffenden Lande von der böhmischen Krone, und wenn der in der Erbverbrüderung angenommene Erbfall eingetreten wäre, würden die drei Herzogtümer auch in der Hand der Hohenzollern nach wie vor Lehen der böhmischen Krone geblieben sein, gerade so gut wie jene schlesisch-niederlausitzischen Besitzungen Crossen-Züllichau ꝛc., welche dieselben Fürsten seit dem 15. Jahrhundert als böhmische Lehen besaßen.

Aber der durch Gründe nicht näher motivierte Spruch, den König Ferdinand am 18. April 1546 in der Breslauer Burg fällte, ging dahin, es habe dem Herzoge von Liegnitz nicht geziemt, noch gebührt, die Erbverbrüderung abzuschließen, daß dieser Vertrag deshalb für nichtig und unkräftig erklärt werde, daß die Herzoge von demselben abzustehen, die betreffenden Urkunden binnen sechs Wochen einzufordern und kassiert ihm zu überantworten, auch ihre Stände von dem geleisteten Eide loszusprechen hätten und der König sich vorbehalte, die Herzoge wegen jenes Vertrages zur Strafe zu ziehen.

Wenn es je eine durch und durch ungerechte Entscheidung gegeben hat, so war es diese, ein Gewaltstreich ohne jeden Schein von Recht. Des Königs Macht konnte den alten Herzog von Liegnitz, Friedrich, zwingen, den Gewaltakt schweigend über sich ergehen zu lassen und nach seinem bald darauf folgenden Tode seine Söhne der Erbverbrüderung ihrerseits zu entsagen; brandenburgischerseits protestierte unmittelbar nach Proklamierung des Spruches namens des Kurfürsten dessen Rat Christoph von der Straßen, die Kurfürsten haben die Urkunden des Vertrages nicht herausgegeben, jenen Spruch nie anerkannt; sie hatten volles Recht, einen wohlgegründeten Anspruch besseren Zeiten aufzubewahren [1]).

Als die Sentenz über die Erbverbrüderung erging, war Markgraf Georg der Fromme bereits mehrere Jahre tot. Er war 1543 gestorben mit Hinterlassung eines erst fünfjährigen Sohnes, Georg Friedrich, dessen Vormundschaft sein Vetter Albrecht (Alcibiades) führen sollte. Als dieser, bei Sievershausen geschlagen, 1553 sich auf französisches Gebiet geflüchtet hatte, nahm König Ferdinand die hohenzollernschen Lande in Schlesien in Verwaltung, gab

[1]) Über die Erbverbrüderung und ihr Schicksal vgl. Grünhagens Aufsatz in der Zeitschr. f. preuß. Geschichte 1868, S. 337 ff.

Jägerndorf dem jungen Markgrafen definitiv und Beuthen-Oderberg als Pfandbesitz, zog aber Oppeln-Ratibor ein, indem er dem Markgrafen zur Sicherheit für die auf den Herzogtümern haftende Pfandsumme Sagan, Sorau und Friedland einräumte, welches aber bald darauf (1558) eingelöst und dem Bischofe Balthasar v. Promnitz überlassen ward, so daß es sich fortan eigentlich nur um den Besitz des Herzogtums Jägerndorf handelte. Und zwar entstanden über dessen Vererbung Schwierigkeiten, als Georg Friedrich, der, obwohl mehrmals verheiratet, keine Leibeserben erzielt hatte, 1595 das Kurhaus Brandenburg zum Erben einsetzte [1]). Allerdings hatte bereits sein Vater Georg der Fromme in seinem Testamente vom Jahre 1543 seinem Sohne für dessen unbeerbten Tod seine Brüder und deren Söhne, und eventuell die Kurlinie von Brandenburg substituiert, und dieser Fall trat jetzt ein, da von der fränkischen Linie außer eben Georg Friedrich nur noch der Herzog von Preußen, Albrecht Friedrich, vorhanden war, der als blödsinnig (Georg Friedrich führte ja selbst in Preußen für ihn die Regentschaft) nicht in Betracht kommen konnte und auch selbst keine männlichen Erben hatte, sondern nur zwei Töchter, welche an den Kurfürsten, resp. Kurprinzen von Brandenburg vermählt waren.

Dem Vermächtnis Jägerndorfs an die Kurlinie zeigte sich nun aber der Oberlehnsherr, der König von Böhmen, abgeneigt. Auf wiederholte Anträge Georg Friedrichs, zu einem solchen Akte noch besonders legitimiert zu werden, hatte er gar keine Antwort erhalten, und die Kurfürsten von Brandenburg hatten, wie österreichischerseits behauptet wird, wiederholt sich verpflichten müssen, im Königreich Böhmen oder dessen inkorporierten Landen nur mit Zustimmung der Könige von Böhmen Herrschaft und Güter pfand- oder lehenweise an sich zu bringen [2]).

Als dann 1603 Georg Friedrich starb, nahm Kurfürst Joachim Friedrich auf Grund des Testamentes von 1595 Jägerndorf in Besitz, um es dann seinem jüngeren Sohne Johann Georg zu verleihen. Als er aber 1604 die kaiserliche Bestätigung nachsucht, verweigert Kaiser Rudolf in einem Reskripte vom 27. November 1607 dieselbe, nimmt Jägerndorf als erledigtes Lehn in Anspruch und verlangt die Übergabe desselben an Kommissarien, die er dazu abordnen würde [3]), läßt sich aber nachmals wenigstens zu der Zusage bewegen, die Einziehung des Landes nicht anders als auf dem gebührenden Rechtswege durchführen zu wollen [4]).

Dazu kam es nun nicht, und Johann Georg blieb im thatsächlichen Besitze von Jägerndorf bis zum Beginne des 30jährigen Krieges, wo dann der Markgraf an dem böhmisch-schlesischen Aufstande thätigen Anteil nahm und als Generaloberst der schlesischen Streitkräfte fungierte, so daß Ferdinand in ihm den Hauptanstifter der Empörung erblickte, ihn infolge davon nach der Schlacht am Weißen Berge unter dem 22. Januar 1621 in des Kaisers und

---

1) Die Urkunde darüber, Anspach, den 11. Juli 1595, Anhang X, zur sogenannten Gegeninformation in der schlesischen Kriegsfama.

2) Die desfallsigen Zusicherungen sind, soviel mir bekannt ist, ihrem Wortlaute nach nirgends gedruckt, sondern nur angeführt in dem noch zu erwähnenden Schreiben Ferdinands II. von 1624.

3) In der schlesischen Kriegsfama a. a. O., Anhang Nr. XII.

4) Angeführt bei Biermann, Gesch. von Troppau und Jägerndorf, S. 344.

des Reiches Acht und Aberacht that und seine Lande wegen begangener Felonie konfiscierte. Es geschah dies noch vor dem sogen. Dresdner Accorde (vom 28. Februar 1621), durch welchen Sachsen den Schlesiern eine Art von Amnestie für deren Aufstand ausgewirkt hatte. Von dieser Amnestie ausgeschlossen, versuchte dann noch Johann Georg allerdings mit geringem Erfolge weiteren Widerstand. Inzwischen aber hatte der Kaiser (den 15. März 1622) Jägerndorf an den Fürsten von Lichtenstein vergeben, obwohl die brandenburgischen Agnaten prinzipiell für den unmündigen Sohn des Geächteten Ernst, eventuell für seine Brüder, die an der Schuld jenes keinen Teil hätten, das Land beanspruchten. Diese Ansprüche weist nun der Kaiser zurück in einem Schreiben vom 29. April 1624 [1]). In diesem Schreiben bleibt die Frage, ob die Felonie Johann Georgs die Erbansprüche seiner Verwandten gefährden könne, ganz unerörtert, der Kaiser begnügt sich damit, hervorzuheben, daß das Kurhaus Brandenburg überhaupt nie ein Recht auf Jägerndorf gehabt habe, insofern weiland Markgraf Georg der Fromme ebenso wie sein Sohn niemals eine Belehnung zu gesamter Hand empfangen habe, daß dieselben vielmehr Jägerndorf nur als ein schlesisches Lehen besessen hätten, bei welchen der Heimfall an die Krone beim Abgange der nächsten Erben Regel sei, und daß daher auch Johann Georg nur im unrechtmäßigen Besitze des Landes gewesen sei.

Was nun diesen entscheidenden Punkt anbetrifft, so liegt die Rechtsfrage doch in der That keineswegs zu Ungunsten Brandenburgs.

Das Fürstentum Jägerndorf hatte König Wladyslaw unter dem 3. Oktober 1493 dem Johann von Schellenberg „und seinen iglichen mänlichen Erben zu einem rechten erblichen Anfalle" verliehen und darauf in einer zweiten Urkunde vom 22. Mai 1506 sogar die Successionsfähigkeit des weiblichen Geschlechtes anerkannt [2]).

Nachdem nun Markgraf Georg von dem Könige unter dem 6. April 1523 das schlesische Inkolatsrecht, d. h. das Recht, in Schlesien Güter zu erwerben und mit denselben dann „nach Gefallen zu thun und zu lassen", gewährt erhalten hat [3]), verkauft er dann unter dem 14. Mai 1523 alle die namentlich

[1]) Schles. Kriegsfama a. a. O., Nr. XIII.

[2]) Ges. Nachr. I, 823.

[3]) Es ist kaum zu begreifen, wie man in den österreichischen Staatsschriften von 1741 gerade diese Urkunde hat anführen können zum Beweise dafür, daß König Wladyslaw dem Markgrafen Georg Jägerndorf nur für ihn selbst, seine Brüder und deren Erben verliehen habe. Ganz im Gegenteile wird dem Markgrafen ausdrücklich volles Recht gewährt, mit den von ihm in Schlesien zu erkaufenden Gütern „nach Gefallen zu thun und zu lassen"; beschränkt wird eben nur das gewährte Inkolatsrecht auf ihn, seine Descendenz und seine Brüder samt deren Erben. Was sich aus dieser Urkunde für den brandenburgischen Erbfall folgern läßt, ist nur das eine, daß der Vetter von Brandenburg, dem Jägerndorf 1595 vermacht wurde, sich behufs des ihm notwendigen schlesischen Inkolatsrechtes nicht auf jenes dem Markgrafen Georg erteilte Privileg berufen konnte, insofern er nicht zu den direkten Descendenten des Markgrafen oder seiner Brüder zählte. Weil aber die Kurfürsten von Brandenburg dies nicht nötig hatten, da sie als Besitzer von Crossen bereits im Besitze des schlesischen Inkolatsrechtes sein mußten, so erscheint auch dieser Schluß als ganz irrelevant. Das Merkwürdigste aber ist, daß dem großen Juristen Cocceji diese Unterscheidung nicht eingeleuchtet zu haben scheint, da er sonst in seiner Beantwortung der österreichischen Gegeninformation 2c. das eben nur auf diese total mißverstandene Urkunde gebaute Argument, „daß die Bewilligung [von Jägerndorf] nur

aufgeführten Städte und Herrschaften, zu denen auch Jägerndorf und Leobschütz gehören, dem Markgrafen und dessen Nachkommen „zu einem rechten erkäuflichen Erbeigentume“ [1]), und unter dem 27. Mai 1524 bezeichnen dann die Gebrüder Schellenberg die sämtlichen namentlich aufgeführten Pertinenzen der an den Markgrafen „zu rechter Erbschaft“ verkauften Herrschaft Jägerndorf als ihre „Erb- und eigenen Güter“ [2]).

Ganz dem entsprechend urkundet dann König Ludwig in einem speziell für Freudenthal, eine Pertinenz von Jägerndorf ausgestellten Privilege vom 3. Juli 1523, daß Markgraf Georg das Fürstentum Jägerndorf von Schellenberg „erblich erkauft“ habe, und König Ferdinand bestätigt das unter dem 1. Juni 1532 [3]).

War nun aber nach der Natur des Besitzes Markgraf Georg Friedrich berechtigt, wie er es gethan hat, in seinem Testamente seine Vettern von Brandenburg zu Erben von Jägerndorf einzusetzen, dann fehlte König Ferdinand jeder Rechtsgrund für die Felonie, um welcher willen Johann Georg 1621 sein Herzogtum genommen ward, auch dessen Agnaten, die an der Verschuldung jenes keinen Teil hatten, zu bestrafen, wie denn auch die österreichischen Staatsschriften zugeben, „daß die Einziehung des Fürstentums Jägerndorf nicht sowohl ex capite feloniae als vornehmlichen wegen Erlöschung der belehnten Linie habe geschehen müssen“ [4]), wie denn auch der Landfrieden von 1522, Art. 22 ausdrücklich bestimmt, „daß die Acht denen Lehnserben an ihren Lehen und sonst männiglich an seinen Gerechtigkeiten nicht schaden solle“. Sonach erhält die Einziehung des Fürstentums Jägerndorf 1621 ganz ebenso wie die Annullierung der Erbverbrüderung im Jahre 1546 den Charakter eines bloßen Gewaltaktes, und die Hohenzollern in Brandenburg hatten volles Recht, ihre Jägerndorfer ebensowohl wie ihre Liegnitz-Brieger Ansprüche als zu Recht bestehend weiter anzusehen.

Waren die letzteren zunächst noch nicht zur Erledigung gekommen, so bemühte man sich dagegen um Jägerndorf bei der ersten geeigneten Gelegenheit, wie eine solche sich darbot, als Brandenburg durch seinen Beitritt zum Prager Frieden dem Kaiserhause wiederum näher gerückt, 1630 seine Kurstimme für Ferdinand III. abzugeben hatte. Indessen die Zeit war nicht günstig und der damalige brandenburgische Gesandte, der bekannte Graf Schwarzenberg, nicht der Mann dazu, in dieser schwierigen Sache durchzudringen. Er begnügte sich mit einer unbestimmten Vertröstung, der dann weiter keine Folge gegeben ist [5]).

---

auf dessen (des Markgrafen Georgs) Person, dessen Brüder und deren Erben Kraft und Macht haben solle“, nicht thatsächlich unwiderlegt gelassen haben würde. Vgl. preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 154.

[1]) Ges. Nachr. I, 826.

[2]) Ebd. S. 828.

[3]) Beide Urkunden in Beil. VI zu der aktenmäßigen Gegeninformation von 1741 (in der schles. Kriegsfama), die Hauptgegenargumente von österreichischer Seite fußen auf jener, wie oben S. 126, Anm. 3 gezeigt wurde, ganz falsch verstandenen Urkunde vom 6. April 1523.

[4]) So die aus der Gegeninformation in den preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 109 abgedruckte Stelle.

[5]) Die kurfürstlichen Gesandten bemerken 1653 mit Beziehung hierauf, Graf Schwarzenberg habe von seinem damaligen Verhalten „die Blasme daraus, daß man ihm in seiner Grube deswegen bös nachredete, als wenn er nur sein privatum

Mit größerer Energie nahm dann der große Kurfürst diese Sache auf. Bei Gelegenheit der beginnenden Friedensverhandlungen instruiert derselbe unter dem 28. Juni 1645 seine Gesandten, — sich alles Ernstes dafür zu bemühen, daß seinem Hause für das Unrecht, das ihm durch die Einziehung von Jägerndorf 1621 zugefügt worden, Genugthuung werde und, falls die bereits erfolgte Vergebung dieses Landes an den Fürst Lichtenstein hier der Restitution entgegenstehen sollte, dafür als Entschädigung das Fürstentum Glogau zu fordern [1]). Vonseiten des Kaisers aber wird wiederum geltend gemacht, daß die Brandenburger Jägerndorf niemals zu Recht besessen hätten [2]), doch wird eine billige Satisfaktion in bestimmte Aussicht gestellt [3]); als diese nun ausbleibt, beauftragt der große Kurfürst unter dem 14./24. März 1653 seine Gesandten bei Gelegenheit der Wahlkapitulation zu erneuten Vorstellungen in dieser Angelegenheit und zugleich zur Hinweisung darauf, daß des Kurfürsten Verfahren und er selbst doch dem kaiserlichen Hause viel nützlichere Dienste geleistet hätten als die von Lichtenstein [4]), worauf dann am 26. April eine lange Disputation mit dem Reichsvizekanzler, Grafen Kurtz, erfolgt, der eben auch wiederum die Rechtmäßigkeit des brandenburgischen Besitzes bestreitet [5]), und ein erneutes Memorial brandenburgischerseits bringt die Sache nicht weiter. Graf Auersberg spricht von einem Äquivalent in Gestalt des Kaufpreises, den einst Markgraf Georg für Jägerndorf gezahlt, aber der brandenburgische Gesandte gewinnt den Eindruck, man suche nur hinzuziehen, bis die Wahl vorüber sei, nachmals werde man sich der Sache nicht mehr groß annehmen [6]). Wohl wird von neuem und zwar wiederholt die Abtretung des „geringen Fürstentums Glogau" als Entschädigung für Jägerndorf angeregt, ohne daß jedoch österreichischerseits mehr als ein Versprechen einer billigen Satisfaktion zu erlangen gewesen war [7]), obwohl zu den Jägerndorfer Ansprüchen noch eine auf die Breslauer Kammer angewiesene Geldschuld tritt, welche der Kurfürst 1653 auf 40,000 Thlr. berechnet [8]). Glogau, erklärt man österreichischerseits, sei bereits dem Bruder des Kaisers, Erzherzog Wilhelm, zugesagt, auch könne der Kaiser diese Festung und Paß an der Oder nicht ganz aus den Händen geben [9]).

Wohl hielt der Kurfürst an seiner Forderung fest, und unter dem 2. Juni 1653 schreibt er seinem Gesandten: „Ungern hören wir, daß Ihr wegen Restitution des Herzogtums Jägerndorf oder eines Äquivalentes an Landen und Leuten so schlechte und fast keine Hoffnung habt, denn diese Sach ist sonnenklar und kann Uns desfalls mit Recht Nichtes abgeschlagen werden. Wir seind auch gar nicht gemeint, ein Stück Geldes dafür zu nehmen, denn da es Geld ausrichten kann, so wird ja dasselbe mit besserem Fug dem Retentori (dem

---

macht genommen". Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des großen Kurfürsten VI, 229.

1) Ebd. IV, 387. 388.

2) Vgl. die Unterhandlung darüber zwischen dem brandenburgischen Gesandten v. Loeben und Graf Trautmannsdorf, am 4. April 1646; ebd. S. 433.

3) Hierauf beruft sich dann der Kurfürst; a. a. O. VI, 210.

4) Ebd. S. 203.

5) Ebd. S. 205.

6) Relation vom 2./12. Mai 1653; ebd. S. 209.

7) Ebd. S. 210. 212. 214. 225.

8) Ebd. S. 201.

9) Ebd. S. 228. 229.

Fürsten Lichtenstein) als Uns dem vero domino können zugemutet und gegeben werden. Daß auch J. Maj. das Fürstentum Glogau wol vergessen könne, das ist euch am besten bekannt, als der Ihr wisset, daß dieselbe durch Euch solch Fürstenthum der Kron Schweden anbieten lassen." [1])

Indessen ließ sich doch schließlich die Wahl des römischen Königs durch Brandenburg allein nicht aufhalten, und als sie erfolgt war, wurden die österreichischen Zusicherungen nur zu schnell vergessen, und der große Kurfürst schrieb unter dem 12. Juli 1653 eigenhändig seinem Gesandten: „Ich verspüre wol aus allen Relationen so viel, daß meine Prophezeiung gar zu zeitig wahr wird, dieweil man mich jetzt, da ich alles gethan, ebenso abzufertigen sucht wie meinem Herrn Vater seligen geschehen. Ich muß es Gott und der Zeit befehlen und es mir so viel zunutze machen, daß ich oder meine Nachkommen sich nicht noch eines betrigen lassen. Es thut mir sehr wehe, daß man genugsamb zu verstehen giebt, daß man mir nichts geben will und demnach über klare Briefe in weitläuftigen Disputat eingelassen haben will." [2])

Es schien, als wolle man in der Jägerndorfer Sache den Kurfürsten zu einem Prozesse gegen den Kaiser drängen, was jener aber bestimmt ablehnte, da hierin, wie er nicht mit Unrecht meinte, der Kaiser zugleich Partei und Richter sein würde [3]). Als eben damals die allgemeine Wegnahme der evangelischen Kirchen in den schlesischen Erbfürstentümern auch auf die von dem säkularisierten Bistume Lebus an die Brandenburger gekommene Herrschaft Großburg (zwischen Breslau und Strehlen) ausgedehnt werden sollte, nahm sich der Kurfürst selbst Recht und ließ durch brandenburgische Reiter den vertriebenen evangelischen Prediger wieder in den Besitz der Kirche setzen, allerdings nicht ohne zugleich beim Regensburger Reichstage sein Recht geltend zu machen [4]).

Der schwedisch-polnische Krieg lenkte dann die Aufmerksamkeit des Kurfürsten nach einer anderen Seite, doch versichert er noch am Anfang der siebenziger Jahre, er habe, damit es nicht in Vergessenheit käme, öfter an die Jägerndorfer Ansprüche erinnern lassen, allerdings ohne eine annehmbare Satisfaktion erhalten zu können. Und so faßte er denn noch 1670 zu einer Zeit, wo das österreichische Haus, da Kaiser Leopold von zwei Gemahlinnen keine männlichen Erben erhalten hatte, aussterben zu sollen schien und an den europäischen Höfen bereits Anschläge auf eine Teilung des Landes gemacht wurden, den Plan, sich für diesen Fall Schlesiens zu bemächtigen, als zur Entschädigung für das seinem Hause seit etwa fünfzig Jahren vorenthaltene Fürstentum Jägerndorf mit den aufgelaufenen Zinsen, und schon damit sich nicht etwa Sachsen oder Schweden dort festsetzten, und zugleich in Erinnerung daran, daß das hohenzollernsche Haus von der mütterlichen Seite aus dem gleichen Stamme wie Österreich entsprossen. Eine im königlichen Haus-

---

1) Urk. u. Aktenstücke zur Geschichte des großen Kurfürsten VI, 245.

2) Ebd. S. 261. In demselben Briefe findet sich auch noch die schöne Stelle: „Die armen Evangelischen kann ich nicht verlassen, sondern will Gottes Gnade höher halten als des Keysers und aller Menschen." Und das P. S. beginnt mit den Worten: „Dieses habe ich nüchtern geschrieben des Morgens fruhe, damit man nicht vermeine, daß ich getrunken habe."

3) Instruktion vom 26. Februar 1654. Ebd. S. 416.

4) Ebd. S. 417.

archive aufbewahrte und neuerdings gedruckte [1]) Denkschrift setzt dann genau die für den Zweck einer Besetzung Schlesiens erforderlichen vorbereitenden Maßregeln fest.

Diese ganze Kombination zerrann nun zwar, Kaiser Leopold wurden von seiner dritten Gemahlin zwei Söhne geboren; dagegen starb am 21. November 1675 der junge Herzog von Liegnitz-Brieg, Georg Wilhelm. Mit ihm erlosch das Haus der Liegnitzer Piasten, und die Wirkungen der Erbverbrüderung von 1537 traten in Kraft. Trotz der Ungunst der Zeit und des schweren Krieges mit Frankreich und Schweden, in den der Kurfürst verwickelt war, verlor er keinen Augenblick, seine Ansprüche geltend zu machen und vom Kaiser zu fordern, in den drei Fürstentümern nichts an dem status quo zu ändern, da hier die Nachfolge dem Kurfürsten gebühre und dieser bereits seine Ansprüche formulieren lasse. Sein Gesandter soll auch in Sonderheit dagegen protestieren, daß der Kaiser etwa auf Antrieb der römisch-katholischen Geistlichen Änderungen in den Religionssachen vornehme [2]).

Indessen bei diesen Anmeldungen der preußischen Rechte blieb es fürs erste doch, die eigentliche formelle Einbringung der Ansprüche behielt der Kurfürst, den damals schwere Kriegshändel vollauf beschäftigten, einer günstigeren Zeit vor [3]), vielleicht im Einverständnisse mit den kaiserlichen Ministern, die den brandenburgischen Gesandten wohl bedeutet haben können, die Prüfung dieser Ansprüche, der sich ja der Kaiser nicht entziehen werde, bleibe besser bis nach Beendigung der Kriegswirren ausgesetzt [4]). In den Verhandlungen von St. Germain en Laye suchte dann der Kurfürst für seine Ansprüche eine Stütze bei Frankreich und erlangte wirklich in dem Friedensvertrage vom

---

[1]) Bei Ranke, Ges. Werke XXIV, 518.

[2]) Anführungen bei Droysen, Preuß. Politik IV, 4. S. 152.

[3]) Im Grunde wird man an der alten Tradition, daß der große Kurfürst nicht gleich nach dem Tode des letzten Brieger Herzogs Ansprüche erhoben habe, trotz Droysens Widerspruche (a. a. O.) festzuhalten nicht umhin können. Der Rechtsgelehrte, der damals im Auftrage des Kurfürsten die preußischen Ansprüche zusammenstellte und motivierte, Joh. Friedr. Rhetz, beschäftigt sich in seiner Denkschrift auch mit dem gegnerischen Einwurfe, „die jetzt regierende churfürstl. Durchlaucht zu Brandenburg habe bei Ableben des letzten Herzogs zu Liegnitz und Brieg sich nicht angegeben und ihr Recht beständigst urgiret, sondern vielmehr tacite derselben renunciret“, und ohne die Thatsache selbst zu bestreiten, begnügt er sich damit, zu behaupten, daß die wenigen Jahre seit dem Tode des Herzogs keine praescription hätten erzeugen können, und daß ferner Se. churf. Durchlaucht gar nicht gehalten gewesen, ihr Recht sogleich zu verfolgen, und es sei ganz genug, daß ihr keine Verjährung wegen Prosequirung ihres Rechtes opponiert werden möge. Die Denkschrift befindet sich handschriftlich in der Breslauer Stadtbibliothek, und es ist doch anzunehmen, daß der Verfasser dieselbe zuerst und ehe Abschriften von derselben genommen werden konnten, den brandenburgischen Ministern vorgelegt hat, die ja doch thatsächliche Irrtümer hätten korrigieren müssen.

[4]) Die Staatsschrift des Kanzlers Ludewig von 1740: „Rechtsgegründetes Eigentum“ berichtet (Preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 112), der Kurfürst habe nach dem Tode des Herzogs von Brieg sein Successionsrecht mit allem Nachdruck vorstellig gemacht. „Kais. Majestät haben auch die Wichtigkeit und Triftigkeit davon wohl begriffen, sich aber mit den damals eingefallenen Kriegszeiten entschuldigt, nach deren Beilegung dieses Successionsrecht untersuchet und was billig wäre erfolgen sollte.“ Die übrigens aktenmäßig nicht zu erhärtende Anführung allzu wörtlich zu nehmen, verbietet doch der Hinblick auf die in der vorigen Anmerkung citierte Stelle des Rhetzschen Gutachtens.

25. Oktober 1679 von Ludwig XIV. das Versprechen, den Kurfürsten in seinen gerechten Ansprüchen auf das Herzogtum Jägerndorf (von Liegnitz-Brieg ist keine Rede) unterstützen zu wollen [1]).

Auch bei dem Kaiser suchte nach wiederhergestelltem Frieden der Kurfürst seine Ansprüche auf die Herzogtümer ernstlicher geltend zu machen. Der Frankfurter Professor und kurfürstliche Geheimrat Dr. jur. Rhetz wurde mit der Abfassung einer Denkschrift beauftragt, welche nicht ohne Scharfsinn die Gültigkeit der Erbverbrüderung von 1537 nachweist, trotz des entgegenstehenden Urteilsspruches Ferdinands I. [2]), während ein zweites Gutachten, dessen Verfasser wir nicht kennen, besonders das Moment betonte, daß mit jener Erbverbrüderung keine alienatio a corona, sondern nur eine mutatio vasalli beabsichtigt gewesen sei und deshalb die gegen dieselbe angeführten Gründe hinfällig würden [3]). Der Kaiser zeigte sich nicht abgeneigt, eine Summe Geldes zur Entschädigung zu geben [4]), doch der Kurfürst war zwar bereit, auf die Jägerndorfer Ansprüche gegen die gebotene Summe von 200,000 Thlr. abtreten zu wollen, verlangte dagegen in Sachen von Liegnitz-Brieg wirkliche Abtretungen von Land und Leuten. Die Chancen des Kurfürsten schienen durch die Not des Kaisers zu steigen, als die Türken 1683 gegen Wien heranzogen. Friedrich Wilhelm machte den Beistand seines bereits an der schlesischen Grenze gesammelten Heeres von der Befriedigung seiner schlesischen Ansprüche abhängig. Doch die Hilfe des Polenkönigs rettete Wien, nötigte die Türken zum Abzug und überhob den Wiener Hof der besonders verhaßten Nötigung, die Hilfe des Nachbarn, den man um keinen Preis mächtig werden lassen wollte, zu erkaufen. Aber der Kurfürst hielt trotzdem fest daran, die drei Fürstentümer zu verlangen, und unter dem 11. März 1684 mußte sein Gesandter die Ansetzung eines Termins zur Investitur und Leistung der gebührenden Huldigung fordern.

Der Kaiser hatte sich inzwischen (unter dem 2. Januar 1684) an den Liegnitz-Briegschen Kanzler Friedrich v. Roth gewendet, um von diesem ein auf Urkunden gestütztes Gutachten über die preußischen Ansprüche zu erlangen. Als dasselbe dann nach zehnmonatlicher Arbeit ans Licht kam [5]), zeigte sich, daß, obwohl der Verfasser zu dem gewünschten Resultate der Nichtigkeit jener Ansprüche kam, er doch durch die angereihten Urkunden, deren Interpretation ja nicht zweifellos war, auch den Gegnern wertvolles Material zuführte, und die Denkschrift ward dem brandenburgischen Hofe offiziell nicht mitgeteilt, wenngleich derselbe eine Abschrift sich zu verschaffen wußte [6]).

Die Unterhandlungen wollten allerdings nicht von der Stelle kommen, und die Wendung, welche die allgemeinen politischen Dinge nahmen, führten

---

1) Art. 6 des Vertrages.

2) Status causae und Deduktion Sr. Churf. Durchl. Befugniß a. d. Herzogth. Liegnitz-Brieg und Wohlau. Handschrift der Breslauer Stadtbibliothek.

3) Angef. bei Droysen a. a. O.

4) Rechtsgegründetes Eigentum a. a. O., S. 112. Das Geldangebot auf die Zeit gleich nach 1675 zu beziehen, scheint keine Nötigung vorzuliegen.

5) Bericht und Gutachten über den Churfürstl. Brandenbg. gemachten Erbverbrüderungs-Anspruch auf die Ff. Liegnitz-Brieg u. Wohlau. Handschrift der Breslauer Stadtbibliothek.

6) Rechtsgegründetes Eigentum a. a. O.

einen gewissen Umschlag herbei. Die Annäherung zwischen Frankreich und Brandenburg, die sich seit 1679 vollzogen, hatte dem Kaiser schwere Sorgen bereitet, und die Rücksicht auf den gefürchteten König der Franzosen hatte viel dazu beigetragen, den Wiener Hof konniventer gegen Brandenburg zu stimmen, eben um dieses nicht ganz in Frankreichs Arme zu treiben. Nun aber löste plötzlich der Kurfürst jede Verbindung mit Frankreich.

Der Übermut, mit dem Ludwig XIV. allerorten auftrat, erweckte Besorgnisse vor den Plänen einer von dieser Macht erstrebten „Universalmonarchie". Der Tod Karls II. 1685, der in England einen Katholiken und Schützling Frankreichs auf den Thron brachte, ließ die Gefahr noch drohender erscheinen, und die Aufhebung des Ediktes von Nantes (18. Oktober 1685), welche fast 1½ Millionen Protestanten in Frankreich zur Verleugnung ihres Glaubens zwingen wollte, ohne ihnen auch nur das Recht der Auswanderung zu lassen, erbitterte den Kurfürsten geradezu, ließ ihn einen Bund gegen Frankreich suchen und machte ihn selbst geneigt, für einen solchen politischen Zweck Opfer zu bringen.

So entstand jener geheime Defensivvertrag des Kurfürsten mit dem Kaiser vom 22. März 1686, in welchem der erstere, um mit dem Wiener Hofe in eine feste und dauerhafte Allianz zu kommen, die natürlich ihre eigentliche Spitze vornehmlich gegen Frankreich kehren sollte, sich bereit finden ließ, seine schlesischen Ansprüche zu opfern, d. h. sich bezüglich derselben mit einer höchst geringfügigen Abfindung, wie er eine solche bisher immer zurückgewiesen hatte, nunmehr zufriedenstellen zu lassen. Die Paciscenten erklären sich entschlossen, nach dem sie die Form der Allianz und die Art der gegenseitig zu leistenden Hilfe genau festgesetzt, sie wünschten, weil der vornehmste Zweck des Bündnisses ein Band unauflöslicher Freundschaft zwischen ihnen und ihren Nachkommen sei, so daß sie für einen Mann stehen, Wohl und Wehe mit einander teilen wollten, beiderseits alle Differenzen zwischen ihnen und gegenseitige Prätensionen mit einemmale abzuthun. Deshalb cediert der Kaiser dem Kurfürsten und dero Erben männlichen Geschlechts den sogen. Schwiebuser Kreis in Schlesien „mit allem Zubehör und zwar in qualitate feudi masculini, jedoch anderster nicht, als wie Se. kurfürstl. Durchlaucht die Mark Brandenburg und andere Lande von Ihrer kaiserl. Majestät zu Lehen empfahen, dergestalt, daß Se. kurfürstl. Durchlaucht und dero Hause die superioritas territorialis und folglich alle jura, so davon dependieren .... verbleibet. Sie sollen auch nicht gehalten sein, eine absonderliche Belehnung darüber zu nehmen, sondern wenn ein casus der Belehnung entstehet, sollen nur in rechtsbestimmter Zeit als Jahr und Tage die Lehne gemutet, sodann darüber ein Lehnbrief nach dem Formular, dessen man sich hierbei verglichen, aus der königl. böhmischen Kanzlei erteilet werden" [1]).

---

[1]) Art. 14 des Vertrages, welcher sich abgedruckt findet bei Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, Anhang S. 756. Die Stelle ist in ihrem vollen Wortlaute mitgeteilt worden, weil ich in ihrer Deutung von Droysen wesentlich abweiche (Testament des großen Kurfürsten a. a. O., S. 157). Derselbe meint, der Kurfürst habe den Schwiebuser Kreis erlangt nicht als ein Lehn der Krone Böhmen, sondern so, „daß der Kreis von Schlesien getrennt und den Marken inkorporiert werden solle", und für diese Auffassung scheint es zu sprechen, daß österreichischerseits in einer Staatsschrift von 1741 erklärt wird, die Abtretung des Schwiebuser Kreises

Außerdem cediert der Kaiser dem Kurfürsten die sogen. Lichtensteinsche Schuldforderung in Ostfriesland cum pleno omnique jure, mit samt allen dazu gehörigen Originaldokumenten und Briefschaften und der Zusage, zum wirklichen Genuß dieser Forderung zu verhelfen und dabei kräftigst manutenieren zu wollen [1]).

Dagegen erklärt sich der Kurfürst bereit, sobald die ganze Sache zur völligen Richtigkeit kommen wird, für sich und seine Nachkommen allen Ansprüchen auf Jägerndorf, Liegnitz, Brieg, Wohlau, die Herrschaft Beuthen und andere Stücke mehr (in Schlesien) für immer zu entsagen [2]).

Die Bedeutung des Vertrages war eben die, daß der große Kurfürst im Interesse der großen Politik, im deutschen, oder man könnte auch sagen europäischen Interesse, um eine Allianz gegen das ihm verhaßte Prinzip, welches Ludwig XIV. vertrat, zu gewinnen, Anwartschaften seines Hauses in gewisser Weise zum Opfer gebracht hat. Sehr mit Unrecht hat man mit diesem Vertrage das letzte Testament des Kurfürsten, auf dessen Wesen wir bald zurückkommen werden, in Verbindung gebracht. Eine Verbindung zwischen diesem und dem Vertrage ist nur insoweit vorhanden, als Friedrich Wilhelm in der Zuversicht, daß eben infolge seiner großen Nachgiebigkeit nun ein wirklich gutes Einvernehmen mit dem Kaiserhofe erzielt sein würde, das neue am 16. Januar a. St. 1686 vollzogene Testament am 21. Januar 1686 dem Kaiser sendet, um dessen Konfirmation er nachsucht, und den er zum Vollstrecker selbst darin ernennt.

In jedem Falle feierte die österreichische Diplomatie einen großen Erfolg. Sie hatte vonseiten des Kurfürsten von Brandenburg den Verzicht auf sehr ansehnliche und, wie wir sahen, durchaus wohlbegründete Ansprüche um einen ganz unverhältnismäßig geringen Preis erlangt. Die schlesischen Ansprüche der Hohenzollern waren rechtlich tot.

Da gab eine arglistige Überfeinheit des Wiener Hofes, welche es unternahm, auch noch jenen winzigen Entgelt so großer Ansprüche dem Berliner Hofe wegzueskamotieren, diesem selbst die Waffen in die Hand, die Gültigkeit jenes Verzichtes anzufechten.

Nach dem Frieden zu Nymwegen 1678, wo Kaiser und Reich so schnöde den Reichsfürsten, der es mit dem Kampfe gegen Frankreich am ehrlichsten gemeint hatte, im Stich gelassen hatten, und nach dem infolge davon der Kurfürst von Brandenburg sich gezwungen gesehen, mit Ludwig XIV. zu St. Germain en Laye Frieden zu schließen, war, wie schon angedeutet wurde, eine Annäherung des Kurfürsten an seinen bisherigen Feind gefolgt, und als

---

sei gegen die Privilegien der böhmischen Krone gewesen und habe deswegen nicht in des Kaisers Macht gestanden, was wiederum nur berechtigt sein würde, wenn es sich dabei um eine alienatio a corona gehandelt hätte. Trotzdem aber müssen wir dabei stehen bleiben, daß nach dem oben angeführten Wortlaut der Kurfürst verpflichtet sein sollte, für den Schwiebuser Kreis das Lehen bei dem Kaiser zu muten und sich den Lehenbrief von der böhmischen Kanzlei ausstellen zu lassen, ein ganz untrügliches Kennzeichen der intendierten Qualität eines böhmischen Lehens. Eine Landeshoheit, wie sie der Kurfürst in der Mark übte, war damit nicht unverträglich. Derselbe übte eine solche in den Niederlausitzer Lehen Cottbus ꝛc. unzweifelhaft, obwohl diese auch als Lehen der Krone Böhmen anerkannt waren.

[1]) Art. 15 des Vertrages.

[2]) Art. 16.

Friedrich Wilhelm 1680 ein neues Testament machte, ernannte er Ludwig XIV. zum Vollstrecker desselben. In dorso des Testamentes seinen Namen zu verzeichnen, wurde dann auch der Kurprinz Friedrich veranlaßt, nicht zur Approbation des demselben nicht mitgeteilten Inhaltes, sondern, wie eine preußische Staatsschrift von 1741 sagt, zum Zeugnisse für das factum insinuationis. Den Kurprinzen beunruhigte diese Sache in hohem Maße; das gespannte Verhältnis zu der Stiefmutter hatte ihn doch auch dem Vater entfremdet, und er besorgte ernstlich, das Testament solle seinen Stiefbrüdern politische Stellungen sichern, welche die Hausgesetze verletzten und die Souveränität der Krone, die er zu erben bestimmt war, empfindlich zu beschränken drohten. Die Wahl des Königs von Frankreich zum Testamentsexekutor schien solche Voraussetzungen noch zu bestätigen, zu einer offenen Frage an den Vater fand er nicht den Mut; sein Oheim, der österreichisch gesinnte Fürst Johann Georg von Anhalt, bestärkte ihn in seinen Besorgnissen, die dann auch die beruhigenden Andeutungen, welche ihm der französische Gesandte Rebenac gab, nicht zu zerstreuen vermochten [1]. Eine Wendung der brandenburgischen Politik nach der kaiserlichen Seite hin, welche der Kurprinz aus politischer Überzeugung herbeisehnte, schien ihm auch im persönlichen Interesse im höchsten Maße wünschenswert, und es war erklärlich genug, daß der österreichische Gesandte solche Gesinnungen des preußischen Thronfolgers zu nähren und zu befestigen beflissen war.

Mit größter Spannung blickte daher der Kurprinz auf die Verhandlungen mit Österreich, welche etwa vom Jahre 1683 zum Zwecke einer Wiederannäherung an Österreich der jüngere Schwerin in Wien führte, und vernahm mit Betrübnis, daß diese Verhandlungen infolge der Forderungen des Kurfürsten in Sachen seiner schlesischen Ansprüche zu scheitern drohten. Über die gute Begründung dieser Anwartschaft war er sehr wenig unterrichtet, und seine österreichisch gesinnten Freunde waren eifrig bemüht, ihm die Grundlosigkeit jener Ansprüche einleuchtend zu machen.

Noch bedenklicher erschien diese Frage, als inzwischen von einer beabsichtigten Änderung des Testamentes durch den Kurfürsten gesprochen wurde, wo dann eine thatsächliche Landesteilung im Interesse der Söhne zweiter Ehe unter dem Schutze Frankreichs zu fürchten schien, wenn es nicht gelang, den französischen Einfluß durch den Österreichs zu verdrängen. Auf diesem Punkte setzte nun der österreichische Gesandte in Berlin, Baron Fridag v. Gödens, unterstützt von dem Fürsten von Anhalt, auf das wirksamste seine Hebel ein, um schließlich dem Kurprinzen allein die Kosten der so wünschenswerten Verständigung des Wiener Hofes mit dem Kurfürsten aufzuwälzen.

Über die Mittel, welche zu diesem Zwecke zur Anwendung kamen, sind wir insoweit genauer unterrichtet, als die österreichischen Staatsschriften von 1741, welche diese Vorgänge erörtern [2], sich auf die Berichte des Barons Fridag berufen. Nach diesen habe der Kurprinz, um zu verhüten, daß ein neues Testament seines Vaters durch Bestimmungen zugunsten seiner Stiefbrüder seine künftige Souveränität in erhöhtem Maße schädige, und damit

---

[1] Ich folge in dieser Darstellung Droysens Aufsatze: „Das Testament des großen Kurfürsten“ a. a. O.

[2] Aktenmäßige Gegeninform., Ges. Nachr. I, 296 ff.

nicht durch abermalige Ernennung des Königs von Frankreich zum Testamentsexekutor diesem Gelegenheit zur Einmischung in die Angelegenheiten des kurfürstlichen Hauses gegeben werde, um jeden Preis eine Verständigung seines Vaters mit dem Kaiser herbeizuführen getrachtet, und als er vernommen, daß das Haupthindernis der Verständigung die schlesischen Ansprüche seines Vaters bildeten, die in irgendeiner Weise zu befriedigen der Kaiser außerstande sei, ohne die Verfassung des Königreichs Böhmen zu verletzen, habe er sich erboten, das Stück Land, welches Österreich etwa jetzt, um seinen Vater zufriedenzustellen, demselben abtreten wolle, wenn er auf den Thron käme, wieder zurückzugeben. Von diesem Anerbieten habe Österreich Gebrauch gemacht und von dem Kurprinzen unter dem 20. Februar einen Revers [1]) erlangt, der denselben bei seiner Thronbesteigung zur Zurückgabe von Schwiebus verpflichtete. Dadurch sei denn der Abschluß der Allianz Brandenburgs mit dem Kaiser ermöglicht worden, dagegen der Anschlag der französisch Gesinnten vereitelt worden, vielmehr habe der Kurfürst jetzt sein Testament geändert und alles, was für den Kurprinzen Nachteiliges in demselben eingeschlossen war, ausgelassen und solches in der Reichskanzlei niedergelegt [2]).

Die neuere Forschung setzt uns nun in den Stand, nachzuweisen, daß alle die Voraussetzungen, welche den Kurprinzen zu jenem ungewöhnlichen Schritte veranlaßten, in Wahrheit nicht zutrafen:

1) Als der Kurprinz den Revers unterschrieb, befand sich das Testament seines Vaters bereits seit Wochen in den Händen des Kaisers, von der Gefahr einer Hereinziehung Ludwig XIV. konnte also überhaupt keine Rede sein.

2) Der Kaiser erhielt eine Ausfertigung des Testamentes Anfang Februar 1686, war also in der Lage, sich zu überzeugen, daß von den Beschränkungen der künftigen Souveränität des Kurprinzen, welche dieser fürchtete, nichts darin enthalten war. Die fünf jüngeren Söhne erhielten, wie dies bereits in dem früheren Testamente von 1680 festgesetzt worden war, ihre Apanagen in einer Anzahl von Domänenämtern zu erblichem Besitze, aber ohne irgendwelche Befugnisse, welche der Landeshoheit derogieren konnten; im Gegenteile ward in dem Testamente von 1680 noch ungleich mehr als in dem früheren die politische Befugnis der Markgrafen als regierender Herren eingeschränkt [3]).

3) Wenn der Kaiser die Unmöglichkeit vorschützte, irgendwelche Abtretungen in Schlesien zu machen, ohne die Privilegien der Krone Böhmen zu verletzen, so ward dabei verschwiegen, daß die Forderungen des Kurfürsten auf eine alienatio a corona gar nicht abzielten, und daß auch in dem Allianzvertrage von 1686 der Schwiebuser Kreis nur eben als Lehen der böhmischen Krone abgetreten wurde [4]).

4) Es ist geradezu unrichtig, wenn in der österreichischen Darstellung gesagt wird, der Kurfürst habe nach dem Abschlusse der Allianz (also doch

---

[1]) Derselbe ist aus dem Original abgedruckt bei Mörner a. a. O., Anhang S. 750, und bei Droysen, Preuß. Politik III, 3. S. 818.

[2]) Aus der publizistischen Kontroverse von 1741, angef. von Droysen, Preuß. Politik III, 3. S. 820, und Testament des gr. Kurfürsten a. a. O., S. 162. 163.

[3]) Droysen, Testament des gr. Kurfürsten, S. 158.

[4]) Wie der oben im Wortlaute mitgeteilte Art. 14 des Vertrages besagt.

jedenfalls auf Einwirkung des Kaisers) das Testament geändert, vielmehr hat der Kaiser ohne Widerspruch unter dem 10. April 1680 das Testament konfirmiert und sich bereit erklärt, die Exekution desselben zu übernehmen [1]).

Eine streng gewissenhaft abwägende Geschichtsschreibung, welche einerseits die Entfernung zwischen Wien und Berlin, anderseits die geringe Zeitdifferenz zwischen dem Termine der Übersendung des Testamentes von Berlin nach Wien (31. Januar alten, 10. Februar neuen Stils) und dem Datum des Reverses (28. Februar, doch wohl neuen Stils) in Betracht zieht, wird es kaum unternehmen können, festzustellen, inwieweit dem österreichischen Gesandten die wissentliche Vorspiegelung falscher Thatsachen zur Last fällt, aber im großen und ganzen wird man das Verhalten der österreichischen Regierung in dieser Sache nicht wohl zu billigen vermögen, und jedenfalls wird es sehr erklärlich, wenn Friedrich III., als er nach dem Tode des Vaters den wahren Zusammenhang der Dinge erfuhr, in nicht geringe Entrüstung geriet; er erklärte damals, der Revers sei weder von ihm, noch von einem seiner Räte konzipiert gewesen, sondern ihm in die Hände gesteckt, und durch ungegründete Vorstellungen habe man ihn zur Unterzeichnung desselben verleitet [2]) — und schrieb in jener Zeit: „also daß es uns nicht wenig schmerzt, daß man uns dergestalt hinters Licht geführt hat und wir gänzlich entschlossen sind, den ausgestellten Schein in keiner Weise zu halten, es koste auch, was es wolle, sondern denselben wieder zurückzufordern und zwar um so mehr, weil unsere Ehre, Pflicht und Gewissen dabei interessiert sind“ [3]).

Als er nun doch später 1695 zur Rückgabe des Schwiebuser Kreises gedrängt wurde, erklärte er: „Ich muß, will und werde mein Wort halten; das Recht aber in Schlesien auszuführen, will ich meinen Nachkommen überlassen, als welche ich ohnedem bei diesen widerrechtlichen Umständen weder verbinden kann, noch will. Giebt es Gott und die Zeit nicht anders als jetzo, so müssen wir zufrieden sein; schickt es aber Gott anders, so werden meine Nachkommen schon wissen und erfahren, was sie desfalls zu thun oder zu lassen haben.“ [4])

Dieser Gesinnung entsprechend ward dann bei dem Restitutionsakte weder des Reverses Erwähnung gethan, noch ein Verzicht auf die vier schlesischen Fürstertümer wiederholt.

Man meinte nun preußischerseits an der Ansicht festhalten zu dürfen, mit der Rückgabe des Schwiebuser Kreises sei eigentlich nur jener Artikel der Allianz vom 22. März 1686 aufgehoben, in welchem der große Kurfürst um den Preis der Abtretung von Schwiebus auf seine schlesischen Ansprüche Verzicht geleistet hatte und sah nach der Rückgabe des Preises für jene Verzichtleistung die Ansprüche als fortbestehend an, um so mehr, als auch das andere Äquivalent, die Lichtensteinsche Schuldforderung, nur in sehr verkümmerter Form geboten worden war [5]).

---

[1]) Droysen, Testament des gr. Kurf., S. 161. 162.

[2]) Reskript vom 22. November (n. St.) 1688, angef. bei Droysen, Testament des gr. Kurf. a. a. O., S. 177.

[3]) Ebd. S. 176.

[4]) Rechtsgegr. Eigentum, Kap. 3, § 16; Preuß. Staatsschr. ed. Koser I, 117.

[5]) Auch fiel ja dagegen noch die Breslauer Schuld ins Gewicht.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat man dann im Laufe des 18. Jahrhunderts gerade wie früher im 17. Jahrhundert bei jeder sich darbietenden Gelegenheit die alten Ansprüche von neuem geltend gemacht, so bei den Wahlkapitulationen von 1704 und 1711. Unter den Forderungen, welche 1711, als es sich um die Wahl Karls VI. handelte, der kurfürstlich brandenburgische Gesandte vorzubringen hatte, heißt es unter Nr. 18: „begehren Ihre königl. Majestät wegen der bekannten vier schlesischen Herzogtümer Liegnitz, Brieg, Wohlau und Jägerndorf wenigstens soviel, daß Ihre desfalls habende Prätension, und auf was für eine unbillige Art Sie darum gebracht werden wollen, auf eine räsonnable Weise erörtert werde“. Man verlangte auch eine Zusicherung darüber, die natürlich nach erfolgter Wahl schnell wieder vergessen wurde [1]).

In Wien war man auf die Wiederkehr dieser Forderungen gefaßt, und der größte österreichische Staatsmann seiner Zeit, der Prinz Eugen, sah sogar voraus, daß man preußischerseits die Gelegenheit zur Geltendmachung jener Ansprüche bei dem Abgange des österreichischen Mannsstammes nicht vorübergehen lassen werde [2]), und in der That hatte der preußische Minister Ilgen in einer Denkschrift von 1725 diese Eventualität unter Zustimmung des Königs von neuem erörtert [3]). Derselbe Minister hatte dann auch den Kanzler der Universität Halle, Ludewig, beauftragt, sorgfältig die Belege für die brandenburgischen Ansprüche auf Schlesien zu sammeln, da „bei Verlöschung des Mannsstammes von dem Hause Österreich über kurz oder lang noch ein Gebrauch gemacht werden würde“ [4]).

Und auch Friedrich Wilhelm I. interessierte sich lebhaft für die schlesische Anwartschaft, und als 1731 jener oben erwähnte Entwurf des großen Kurfürsten zur Besitzergreifung von Schlesien auf dem Vorwerke Ruhleben bei Spandau in einem vergessenen Schreibspinde zum Vorschein kam, äußerte er in seiner Freude, der Fund sei ihm lieber als 100,000 Dukaten [5]).

Auch noch in anderer Form ist dann (1728) bei den Verhandlungen, durch welche Preußen zur Übernahme einer Garantie der pragmatischen Sanktion bewogen wurde, eine eventuelle Erwerbung in Schlesien zur Sprache gekommen. Der österreichische Gesandte v. Seckendorf und der preußische Minister v. Borck hatten sich damals über einen geheimen Artikel folgenden Inhaltes geeinigt: sollte wider alles Verhoffen die Kommission oder auch der Reichshofrat wider J. königl. Majestät in Preußen oder auch wider J. röm. kaiserl. und kathol. Majestät sprechen, so sollen und wollen J. röm. kaiserl. und kathol. Majestät gehalten sein, J. königl. Majestät ein wahres Äquivalent ex propriis zu geben. Daß bei diesem Äquivalent ex propriis an ein Stück von Schlesien gedacht war, ist mit Sicherheit anzunehmen. Allerdings hat nachmals der König sehr gegen den Willen und Rat seines Ministers auf die Vorstellung Seckendorfs hin, daß der hier vorausgesetzte Fall über-

[1]) Die Desiderien abgedruckt bei Droysen, Preußische Politik IV, 4. S. 297.

[2]) Angef. aus einem Briefe des Prinzen von 1719 bei Ranke, Werke XXVII, 324.

[3]) Ranke a. a. O.

[4]) Nach einem Schreiben Ludewigs vom 1. November angeführt bei Koser, Friedrich d. Gr. bis zum Breslauer Frieden; Sybels Histor. Zeitschr. 1880 I, 73.

[5]) Angef. aus einem Schreiben Rochows an König Friedrich vom 1. November 1740; ebd. S. 74.

haupt nicht wohl eintreten könnte, auf der ausdrücklichen Erwähnung dieser Zusage eines Äquivalentes in dem Vertrage nicht weiter bestanden [1]).

Der preußische Minister, welcher dann, als bei dem Tode des Kaisers die Blicke des jungen Königs Friedrich sich auf Schlesien richteten, dessen Ratgeber war, Heinrich v. Podewils, spricht sich über die rechtliche Seite der schlesischen Ansprüche in der Weise aus, daß er diese Ansprüche für ursprünglich wohlbegründet erklärt. Allerdings habe dann das brandenburgische Haus sich durch betrügliche Vorstellungen zu feierlichen Verzichtleistungen auf dieselben bewegen lassen, indessen habe man ein Recht, diese Ansprüche wieder aufleben zu lassen, indem man von jenem Einwande der laesio enormis oder enormissima Gebrauch mache, welchen das römische Recht selbst einem formell gültigen Rechtsgeschäfte gegenüber gestatte, wofern sich der Nachweis einer unbilligen Übervorteilung, bei der man mehr als das Doppelte des billigen Preises bezahlt, führen lasse [2]). In der That ist diese Anwendung des Begriffes der laesio enormissima, die sich ja in dem konkreten Falle allerdings sehr schlagend nachweisen ließ, auch in die Staatsschriften jener Zeit übergegangen.

Wenn König Friedrich in den Bemerkungen, die er zu der angeführten Denkschrift seines Ministers macht, die Erörterung der Rechtsfrage den Ministern überlassen zu wollen erklärt, so hat er nachmals doch auch diese selbst in die Hand genommen. Bereits ehe er jene Denkschrift des Ministers empfing, hatte er den Kanzler Ludewig in Halle beauftragt, ihm einen „kurzen und deutlichen Auszug" aus seinen gesammelten Urkunden über die brandenburgischen Ansprüche auf Schlesien zu Papier zu bringen [3]), und aus dem Feldlager in Schlesien, dem Hauptquartier Herrendorf bei Glogau, sendet er unter dem 29. Dezember 1740 seinem Minister eine eigenhändige Denkschrift über „die Gründe, welche den König bestimmt haben, in Schlesien einzurücken" [4]). Die Denkschrift ist dann, von Podewils an einigen Stellen erweitert oder geändert, zur Instruktion an die Gesandten versandt worden und hat bald auch ihren Weg in die Presse, zunächst in die englische, gefunden.

Der erste Teil dieser Denkschrift erörtert dann kurz die brandenburgisch-schlesischen Ansprüche und es zeigt sich hier, daß Friedrich die oben charakterisierte Rechtsanschauung, die sich nach der Retradition von Schwiebus am preußischen Hofe eingebürgert, sich mit vollster Entschiedenheit angeeignet hatte.

Er bezeichnet im Eingange die alten Anrechte seines Hauses auf einen Teil Schlesiens als unbestreitbar und findet ein Zeugnis dafür in dem Umstande, daß selbst die österreichische Regierung sich zu einer Ablösung derselben herbeigelassen habe. Der damals bei der Überlassung des Schwiebuser Kreises von dem großen Kurfürsten geleistete Verzicht würde, sagt er, gültig sein, wenn nicht durch die schwärzeste Perfidie Kaiser Leopold jenen Kreis Friedrich I. wieder entrissen hätte. Nachdem aber das Äquivalent, welches die Verzicht-

---

[1]) Vgl. die Anführungen in den Preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 52.

[2]) Aus Podewils' Denkschrift vom 7. November abgedruckt in der Polit. Korresp. I, 91.

[3]) Den 6. November 1740; Polit. Korresp. I, 89.

[4]) Das Original mit den Änderungen des Ministers abgedruckt in den Preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 75.

leistung begründete, zurückgegeben worden, leben unsere Ansprüche wieder auf, und der ganze mit dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm abgeschlossene Akt wird null und nichtig.

Des Königs Denkschrift verstärkt die schlesischen Ansprüche noch durch den Hinweis auf eine alte, allmählich auf einige Millionen gestiegene Geldforderung [1]), sowie auf die bei Gelegenheit des Vertrages von 1728 von Österreich erteilte Zusage eines neuen Äquivalents ex propriis, falls die damals in Aussicht gestellte Succession in Jülich-Berg bei der Bestätigung durch die Kommission des Reichstages oder den Reichshofrat beanstandet werden sollte, ein Argument, welches aber dann bei der Redaktion durch Podewils weggelassen worden ist, weil, wie schon erwähnt, die Bedingung dieser Zusage nachmals auf Seckendorfs dringende Vorstellung von Friedrich Wilhelm I. aufgegeben worden war [2]). Dagegen bringt der König noch folgendes hier anscheinend zuerst auftretende Argument vor:

„Die schlesischen Herzogtümer waren von jeher Mannslehen, wie dies der österreichische Hof selbst immer erklärt und noch 1675 bei dem Aussterben der piastischen Mannslinie geltend gemacht hat, ihre Vererbbarkeit auf eine Frau beruht einzig und allein auf der pragmatischen Sanktion — diese aber als zu Recht bestehend anzuerkennen, ist Preußen um so weniger verpflichtet, als der darauf abzielende Vertrag keine Geltung beanspruchen kann, denn Österreich hat die Bedingung desselben, die Zusage der Succession in Jülich-Berg nicht nur nicht erfüllt, sondern sogar dieselbe Zusage vorher an Pfalz-Sulzbach gemacht."

Endlich macht der König auch noch geltend, daß, wenn ihn bei Lebzeiten des Kaisers die Rücksicht auf diesen und die Konstitutionen des Reiches gehindert hätten, sein ihm so lange vorenthaltenes Recht selbst zur Geltung zu bringen, er nun durch dessen Tod von dieser Rücksicht entbunden worden sei.

Fassen wir alles zusammen, so haben wir in der That kaum einen Grund, die Ansprüche Preußens auf schlesische Landesteile so ohne weiteres, wie dies vielfach geschehen ist, gering zu schätzen, und auch das ist gewiß, daß namentlich jetzt, nachdem König Friedrichs Korrespondenz jener Zeit, in welcher er sich z. B. gegenüber seinem Minister Podewils mit größter Offenheit auszusprechen pflegt, uns gedruckt vorliegt, wir auch nicht den mindesten Anhalt haben, zu zweifeln, ob der König von der Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche auf Schlesien vollkommen überzeugt war, und ebenso gewiß ist endlich, daß, insofern sich für ihn mit jeder Erinnerung an diese Ansprüche auch die an den doppelten Betrug verknüpfte, durch welchen seinen Vorfahren einmal ihr Recht auf Schlesien weggeskamotiert worden war und dann sein Vater zur strikten Beobachtung der pragmatischen Sanktion hatte verpflichtet werden sollen, er sich nicht wohl versucht fühlen konnte, diesem selben Wiener Hofe nun mit einem edelmütigen und rücksichtslosen Vertrauen entgegenzukommen, wie man das in Wien in der Zeit nach dem Tode Karls VI. erwartete und forderte.

Über den Besitz Schlesiens haben bekanntlich schließlich die blutigen

---

1) Von den Maaszöllen, welche Österreich und Holland zusammen an Preußen zu zahlen hatten (vgl. Koser, Preuß. Staatsschr. I, 55).

2) Ebd. S. 52.

Würfel des Krieges entschieden, aber parallel dem Kampfe der Waffen gingen fort und fort auch nun wieder heftige publizistische Federkämpfe, in welchen das Für und Wider der preußischen Ansprüche auf Schlesien nach der Weise der Zeit in breiter und eingehendster Weise erörtert ward, um die öffentliche Meinung in gewünschter Weise zu beeinflussen.

Den Reigen eröffnet das im Januar 1741 erschienene „rechtsgegründete Eigentum des königlichen Kurhauses Preußen und Brandenburg auf die Herzogtümer und Fürstentümer Jägerndorf, Liegnitz, Brieg, Wohlau und zugehörige Herrschaften in Schlesien“, verfaßt von dem Kanzler der Universität Halle v. Ludewig [1]).

Hierzu schrieb dann der berühmte Jurist Cocceji, damals bereits Chef des preußischen Justizwesens, noch eine Ergänzung, betitelt: „Nähere Ausführung des in denen natürlichen und Reichs-Rechten gegründeten Eigentums des königlichen Kurhauses Preußen und Brandenburg auf die schlesischen Herzogtümer Jägerndorf, Liegnitz, Brieg, Wohlau rc. und zugehörige Herrschaften“, welche etwa Ende Februar 1741 erschien und namentlich die fortdauernde Gültigkeit der alten Ansprüche auf Schlesien näher erweisen sollte [2]).

Gegen Ende März 1741 erschienen fast gleichzeitig zwei Gegenschriften von Seiten Österreichs, nämlich einmal: „Eines treuliebenden Schlesiers A. C. Gedanken über das preußisch-brandenburgische rechtsgegründete Eigentum auf Jägerndorf rc. in Schlesien“, 1741, welche dem Reichshofrat v. Knorr zugeschrieben wird und einen sehr leidenschaftlichen Ton anschlägt [3]); und ferner: „Aktenmäßige und rechtliche Gemeininformation über das ohnlängst in Vorschein gekommene sogen. rechtsgegründete Eigentum rc. in Schlesien“, (August) 1741 [4]).

In dieser durch zahlreiche urkundliche Beilagen illustrierten und durch einen ruhigeren, sachgemäßeren Ton von jener ersten vorteilhaft abstechenden Schrift sucht der Verfasser, der Rat der böhmischen Kanzlei, Hermann Lorenz v. Kannegießer, derselbe, der nachmals bei den Breslauer Friedensunterhandlungen sich um seine Königin große Verdienste erwirbt, die Nichtigkeit der preußischen Ansprüche nicht ohne Scharfsinn zu erweisen.

Die Schrift macht Aufsehen und namentlich im Reiche einen bedeutenden Eindruck, so daß eine Widerlegung derselben auch Podewils als dringend geboten erscheint [5]). Zur Anfertigung einer solchen erbietet sich Ludewig, doch zieht man es vor, die Arbeit wiederum Cocceji anzuvertrauen, der es nun unternimmt, in einer neuen umfänglichen Schrift Punkt für Punkt die österreichische Schrift zu widerlegen. Seine Schrift wurde am 21. Mai in Berlin ausgegeben und führt den Titel: „Beantwortung der sogenannten aktenmäßigen und rechtlichen Gegeninformation rc.“, Anno 1741 [6]). Podewils nennt sie ein Meisterstück [7]).

---

1) Preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 96 ff.
2) Ebd. S. 121 ff.
3) Abgedruckt in der Schles. Kriegsfama III, 68 und den Ges. Nachrichten von dem Zustande des Herzogt. Schlesien I, 497; Europ. Staatskanzlei LXXX, 183.
4) Abgedruckt in der Schles. Kriegsfama II und den Ges. Nachr. I, 243 ff.
5) Vgl. die Ausführungen bei Koser, Staatsschr. I, 139.
6) Ebd. S. 136 ff., doch ohne die urkundl. Beilagen, welche sich in den Ges. Nachrichten I, 823 ff. finden.
7) Ebd. S. 139.

Inzwischen fühlte man sich in Wien bewogen, auch jene erste Coccejische Schrift, welche man bei der ersten Gegenschrift nicht mehr hatte berücksichtigen können, näher zu widerlegen durch eine vielleicht wiederum von Kannegießer verfaßte und im April 1741 ausgegebene Denkschrift unter dem Titel: „Kurze Beantwortung der ferner zum Vorschein gekommenen Kurbrandenburgischen sogen. näheren Ausführung des in den natürlichen und Reichs-Rechten gegründeten Eigentums" [1]), Anno 1741, wozu dann ein preußischer Publizist, in dem wohl wiederum Cocceji vermutet werden darf, „Kurze Remarquen" drucken ließ, die im August 1741 an die Gesandtschaften verschickt wurden [2]).

Von diesen aufgeführten Staatsschriften liegen wenigstens die preußischen neu abgedruckt und mit sehr sachgemäßen instruktiven Einleitungen versehen uns bequem vor; freilich fehlen darin die urkundlichen Beilagen, von denen manche doch einen erhöhten Wert insoweit beanspruchen dürfen, als nach den Originalen mancher derselben heutzutage in den Staatsarchiven von Wien wie von Berlin vergebens gefragt wird.

Wenn diese Staatsschriften trotz ihres ansehnlichen Umfanges und des in ihnen aufgewendeten Scharfsinnes den eigentlichen Zweck die öffentliche Meinung für die Sache Preußens zu gewinnen, nur zum kleinsten Teile erfüllt haben, wie dies die ungünstige Meinung bezeugt, welche sich namentlich über die rechtliche Bedeutung der schlesischen Ansprüche in der überwiegenden Mehrzahl der historischen Darstellungen festgesetzt und bis auf unsere Tage erhalten hat, so ist der Grund dafür nicht in der Schwäche der Sache noch in dem mangelnden Geschick ihrer Verfechter zu suchen, sondern eher in der notorischen Ungunst, mit der gerade die preußische Geschichte bis auf die neueste Zeit im großen und ganzen beurteilt worden ist. Von dieser Ungunst ist gerade Friedrich der Große und vornehmlich der erste schlesische Krieg in einem Grade betroffen worden, welcher allerdings zu den großen Erfolgen, die derselbe damals erreichte und dem Maße von Neid und Mißgunst, die er dadurch entfesselte, in einem erklärlichen Verhältnisse steht, und selbst deutsche Historiker haben geglaubt, ihre Unparteilichkeit dadurch zu zeigen, daß sie doch einiges von den durch die prinzipiellen Gegner Preußens in Kurs gesetzten Anschauungen gläubig hinnahmen. Allerdings wird eine genaue Prüfung derselben erst durch die umfangreichen Quellenpublikationen möglich, die in unserer Zeit zugunsten der so lange vernachlässigten preußischen Geschichte in Angriff genommen werden.

---

[1]) Eingelegt in Tl. IV der Kriegsfama.
[2]) Koser, Preuß. Staatsschr. I, 220 ff.

Drittes Kapitel.

Die Lage Schlesiens beim Ausbruch des Krieges.

Als am 23. Oktober 1740 in Breslau die Kunde von dem am 20sten erfolgten Tode des Kaisers Karl VI. eintraf, war man hier weit entfernt davon, zu ahnen, welche gewaltige Umwälzung dieser Todesfall herbeiführen würde. Man bekleidete die Altäre und Kanzeln mit schwarzem Tuche, in den katholischen Kirchen erhoben sich die üblichen castra doloris, feierliche Exequien wurden gehalten, eine Anzahl Trauergedichte verfaßt; zu dem wirklichen Gefühl eines erlittenen Verlustes ist es aber kaum gekommen, und wenn in protestantischen Kreisen hin und wieder Äußerungen von Eiferern umhergetragen wurden, daß die neue Königin nicht an die Verträge gebunden sei und die katholische Religion in Schlesien so gut wie in den übrigen Erblanden zur alleinherrschenden machen werde, zu welchem Zwecke schon mehrere Regimenter Soldaten unterwegs seien, so waren dies doch nur Gerüchte, die allerdings in den Dörfern Schrecken genug verbreiteten, denen aber Besonnene entgegenzutreten sich bemühten, obwohl auch diese eine gewisse Besorgnis vor der Unberechenbarkeit eines weiblichen Regimentes sich nicht ganz entschlagen konnten. „Denn gemeiniglich geschieht es", sagt ein Zeitgenosse sehr vorsichtig, „daß bei weiblichen Regierungen die Veränderungen fast mehr als bei männlichen geliebet werden, weil alsdann vieles durch die Hände der ministrorum gehen muß und diese imstande sind, bei einer Königin und Fürstin die Vorfälle so einzurichten, daß sich in kurzer Zeit vieles umkehret und alles anders gehen muß, als man gedacht und gehofft hatte." [1])

So viel war aber gewiß, daß die pragmatische Sanktion in Schlesien, wo dieselbe schon 1721 von den Ständen feierlichst angenommen worden war, prinzipielle Gegner nicht hatte, und daß hier die Regierung ohne jeden Widerspruch auf die Tochter des verstorbenen Kaisers überging. Wohl wußte man in den gebildeteren Kreisen davon, daß jene Erbfolgeordnung vonseiten anderer Reichsstände, vornehmlich Bayerns, Anfechtungen zu befürchten haben würde; indessen hoffte man da noch auf gütlichen Ausgleich, und jedenfalls schien Schlesien weit von dem Schusse zu sein.

Da waren es nun schlesische Kaufleute, welche, von der Martinimesse zu Frankfurt a. O. Mitte November zurückkehrend, die überraschende Alarmnach-

---

[1]) Aufzeichnungen des Schweidnitzer Apothekers Schober im Staatsarchive.

richt brachten, es seien dort viel preußische Truppen zusammengezogen, die, wie man allgemein sage, zum Einmarsch in Schlesien bestimmt seien [1]).

Bald mehrten sich die beunruhigenden Gerüchte, denen freilich auch von anderer Seite widersprochen wurde; aber als noch im Laufe des November das kaiserliche Oberamt, nachdem es auf eine durch Stafette nach Wien gesandte Bitte um Verhaltungsmaßregeln keine Antwort erhalten, einen seiner jüngeren Beamten als Kurier dorthin schickte, brachte dieser nur den ungnädigen Bescheid zurück, man möge künftig sparsamer mit den Stafettengeldern umgehen und sich nicht allzu sehr von Furcht einnehmen lassen [2]), und noch Anfang Dezember, etwa eine Woche vor dem wirklichen Einrücken der Preußen, erklärte die höchste Verwaltungsbehörde in Schlesien, von dem Wiener Hofe keine Nachricht über die drohenden Absichten des Königs von Preußen zu haben [3]). Es war daher kein Wunder, daß der Präsident des Oberamtes, Graf Schaffgotsch, die Spitze der Zivilbehörden, ein alter, schwacher Mann, von den widersprechendsten Gerüchten umschwirrt, sich in die Situation, welche die Freundschaftsversicherungen Preußens und die eifrigen Unterhandlungen in Wien noch unklar machten, nicht zu finden vermochte, und anstatt energisch die Anstalten für die Landesverteidigung in die Hand zu nehmen, ein diplomatisches Abwarten für das Geratenste hielt. Zwar entschloß er sich auf Andrängen des Kommandierenden in Schlesien, Grafen Wallis, am 5. Dezember zu einem Schritte bei dem Breslauer Magistrat, dessen wir bald noch näher gedenken werden, warnte aber doch auch diesen noch am 6. Dezember vor öffentlichen Voranstalten zur Defensive, um „keine Ombrage zu geben“, so lange man von dem Einmarsche der brandenburgischen Truppen keine zuverlässigen Nachrichten habe [4]). Ja noch unter dem 10. Dezember berichtet ein Zeitgenosse drastisch genug über die große Verwirrung, die auf dem Oberamte herrschte: „Man hielt hier dreimal am Tage Sitzungen, nahm aber häufig in der einen Sitzung zurück, was man in der vorigen beschlossen, und machte dem venerabeln alten Hause (dem Grafen Schaffgotsch) den Kopf so warm, daß man ihn nicht ohne Mitleid ansehen könne, weil er weder Tag noch Nacht Ruhe fände, und wenn nicht bald der König von Preußen explizière, wie er es eigentlich meine, würde mancher der Räte alle noch übrige, wenige contenance hierbei zusetzen.“ [5])

Am 10. Dezember war man schließlich immer noch nicht weiter, als daß man beschloß, dem Könige, wenn er einrücken sollte, einen der Räte entgegenzuschicken, um sein Dessin zu erforschen, zu welcher Sendung der jüngere Graf Schaffgotsch ausersehen ward, und erst die an eben jenem Tage ein-

---

1) Es mag dieser Termin für das bestimmtere Auftreten beunruhigender Gerüchte in Schlesien wohl Geltung haben, wenngleich bereits die unter dem 6. November vom kaiserlichen Oberamte an den Breslauer Magistrat gerichtete Anfrage wegen der Getreide- und Mehlvorräte wohl schon die Eventualität eines Krieges ins Auge gefaßt hat.

2) Schlesf. Kriegsfama V, 13.

3) Aufzeichnungen des Breslauer Syndikus Gutzmar; Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 4.

4) Gutzmar, S. 5.

5) Korrespondenz aus Breslau in der Fürstensteiner Bibl. (Samml. verschied. Nachr. II, 892).

treffende Weisung, die Breslauer zur Einnahme kaiserlicher Besatzung zu bewegen, brachte es dem Oberamte zur Evidenz, daß man in Wien die Preußen nicht als Freunde anzusehen geneigt war [1]).

Mit etwas weniger Saumseligkeit ging man in den eigentlich militärischen Dingen vor. Die Provinz war in keiner Weise gerüstet, einen feindlichen Einbruch abzuwehren. Bisher hatten äußerst wenig Soldaten in Schlesien gestanden; der Einmarsch, ja selbst der Durchmarsch auch des kleinsten Truppenkörpers war nicht thunlich, ohne lange und schwierige Verhandlungen mit den Ständen, eigentlich hatten nur die wirklichen Festungen ganz schwache Garnisonen, die sich in Summa auf drei Bataillone und zwei Grenadierkompagnieen beliefen. Nun hatte man auf die ersten Nachrichten von den preußischen Rüstungen zwar die drei Infanterieregimenter Botta, Brown, Harrach und außerdem das Regiment Lichtenstein-Dragoner aus Ungarn herangezogen, welche auch wirklich gegen Ende November in Schlesien eintrafen, doch auch da brachte man es höchstens auf 7000 Mann, mit denen man doch dem preußischen Heere nicht die Spitze zu bieten vermochte.

Da altem Herkommen nach der Kommandant von Glogau immer zugleich als Befehlshaber der schlesischen Streitkräfte angesehen wurde [2]), so lag die Sorge für die zu ergreifenden militärischen Maßregeln fürs erste dem seit Mai 1740 in Glogau kommandierenden Grafen Wallis ob, der gegen Ende November die Ordre erhielt, die Streitkräfte möglichst in den festen Plätzen zu konzentrieren und die letzteren nach Kräften zu verproviantieren [3]). Derselbe erschien zu diesem Zwecke am 5. Dezember in Breslau, betrieb dort die Ergreifung ernstlicher Verteidigungsmaßregeln, revidierte die Zeughäuser und traf Anstalten zur schleunigen Verproviantierung Glogaus. Doch da er bald erwarten mußte, selbst in Glogau eingeschlossen zu werden, ward das Oberkommando über die Truppen in Schlesien in die Hände eines andern gelegt, nämlich des Feldmarschallieutenants Grafen Max Ulysses Brown de Camus, eines erfahrenen und tüchtigen Generals. Dessen Aufgabe war es zunächst, dafür zu sorgen, daß die Festungen des Landes wenigstens Widerstand leisteten und sonst dem Feinde möglichst Abbruch zu thun, jeder Entscheidung aber auszuweichen, bis zum Frühjahr ein zu sammelndes Heer den Kampf ernstlich aufzunehmen vermöge.

Als Festungen kamen in Betracht die drei fortifikatorischen Punkte an der Oder, Glogau, Breslau, Brieg, ferner Glatz und außerdem das zur Verbindung mit Mähren und Böhmen gleichfalls hochwichtige Neiße.

In Glogau, das zur Zeit des 30jährigen Krieges wegen seiner doppelten Mauern und Gräben für sehr fest galt, seitdem allerdings einigermaßen vernachlässigt worden war, hatte Graf Wallis mit großer Entschlossenheit alles zur Gegenwehr vorbereitet, General Brown hatte ihm zwei Bataillone des aus Ungarn eingetroffenen Harrachischen Regimentes zugesendet, zwei Invalidencompagnieen, welche in den kleinen Städten der Umgegend Quartiere hatten, wurden nun in die Festung gezogen und so die Besatzung auf 1200

---

[1]) Grünhagen, Friedrich d. Gr. und die Breslauer, S. 44.
[2]) Handschriftl. Tagebuch von Glogau auf dem Staatsarchiv.
[3]) Gutzmar a. a. O., S. 4.

Mann gebracht, auch die ganze Einwohnerschaft zum Schanzen und Verpalisadieren aufgeboten.

Breslaus Befestigungswerke, zum größeren Teile noch aus dem 16. Jahrhundert herrührend, konnten namentlich mit Rücksicht auf die Größe der Stadt nicht für stark gelten; doch hatte man es während des 30jährigen Krieges vermocht, mit eigener städtischer Miliz sich aller Feinde zu erwehren und eine Neutralität zu behaupten, welche sogar den Truppen des eigenen Landesherrn die Thore verschlossen gehalten hatte. Man war dadurch gerade vielen Drangsalen entgangen, um so mehr hielt man daran fest, in dem jus praesidii, dem Rechte des Selbstschutzes, das vornehmste Privilegium, den eigentlichen Hort der städtischen und insbesondere auch der religiösen Freiheit zu erblicken. Da man aber in Wien mit Recht auf den Besitz der Hauptstadt des Landes großen Wert legte, und namentlich der Minister Graf Gundacker Starhemberg im Kriegsrate darauf gedrungen hatte, sich ja nur Breslaus zu versichern und lieber in die anderen Plätze, Neiße allein ausgenommen, wenig oder selbst gar keine Mannschaft zu legen, und man anderseits der Breslauer Stadtmiliz gegenüber einem wirklich kriegstüchtigen Heere nicht allzu viel Widerstandskraft zutraute, so erging an das Oberamt am 10. Dezember die Weisung, die Stadt diesmal zur Einnahme kaiserlicher Besatzung zu vermögen.

Ein ausdrücklicher, von höchster Stelle zu vollziehender Revers sollte verbürgen, daß dieser Ausnahmefall den Privilegien der Stadt unschädlich sein würde; ein Protestant, Oberst Roth, sollte die einrückenden Truppen befehligen. Aber das alles verfing wenig, selbst der bestgesinnte der städtischen Beamten, der von der Regierung mit Gunstbezeugungen überhäufte Syndikus v. Gutzmar, der faktische Leiter der städtischen Verwaltung, erschrak aufs höchste über das Ansinnen und berief sich auf die großen Vorteile der im 30jährigen Kriege so glücklich bewahrten Neutralität, ohne dem Standpunkte des Patriotismus irgendwelchen Raum zu geben. Zwar vermochte eine stärkere Pression, Drohung mit der größten Ungnade, Verlegung der Dikasterien, den Rat in seiner engeren Versammlung zum Nachgeben zu bringen; doch ehe die Zustimmung des Plenums eingeholt war, hatte die Kunde des Beabsichtigten in der Stadt große Aufregung erzeugt, und am 14. Dezember bewirkte ein Auflauf, bei welchem eine übrigens unbewaffnete Menge, namentlich von Zunftgenossen unter Anführung eines Schusters Döblin, beiläufig gesagt eines Katholiken, auf das Rathaus drang und dem schwachen Breslauer Kommandanten v. Rampusch das Gutachten abzwang, die Stadt sei in der Lage, sich selbst verteidigen zu können, die Rücknahme jenes Beschlusses und die Erklärung des Rates an das Oberamt, bei dem Widerstande der Bevölkerung die Einnahme der Besatzung ablehnen zu müssen.

Daß der Rat wenig Lust zeigte, um der auch ihm durchaus antipathischen kaiserlichen Besatzung willen zum Märtyrer zu werden, war begreiflich, und die österreichischen Behörden hatten nicht den Mut, die Besetzung Breslaus durch kaiserliche Truppen doch noch auszuführen, was unzweifelhaft thunlich gewesen wäre. Ja man gab sogar zu, daß die Herren vom Dome nun gleichfalls die Einnahme einer Besatzung für ihre Insel verweigerten. Der alte Graf Schaffgotsch hatte vollständig den Kopf verloren, und als Feldmarschall Brown, der selbst in jenen Tagen in Breslau weilte, es offen aussprach,

man solle einige der Hauptagitatoren beim Kopfe nehmen, dann werde schon Ruhe werden, fuhr der alte Präsident selbst zu ihm in den Goldenen Baum am Ringe und beschwor ihn, vorsichtiger zu sein in seinen Äußerungen, der Pöbel sei in seiner Wut imstande, ihn, das ganze Oberamt und den Magistrat dazu umzubringen, das Beste sei, er verlasse die Stadt. Brown ging wirklich fort, und zwar am 18. Dezember, an demselben Tage, wo das Oberamt eine höfliche Verwahrung gegen das Einrücken der Preußen in Schlesien erließ. In der Besatzungsfrage ließ es sich von dem Rat ein Attest über den bewiesenen, leider erfolglos gebliebenen Eifer ausstellen.

Das Schicksal Breslaus war damit besiegelt, und obwohl die Stadt sogleich nach jenem Beschlusse der Selbstverteidigung sich mit jenem uns aus den Zeiten der Bürgerwehr bekannten geräuschvollen militärischen Treiben erfüllt hatte, so fand doch schon bei der Frage der Niederbrennung der Vorstädte als unerläßlicher Vorbedingung wirksamer Verteidigung die Meinung, man würde das allerhöchste Interesse besser wahrnehmen, wenn man Breslau samt seinen Vorstädten auch ferner in einem kontributionsfähigen Stande erhielte, als wenn man es in einen Steinhaufen verwandeln lasse, die allgemeinste Zustimmung; es war dem Rate durchaus willkommen, daß der conventus publicus, der ständische Ausschuß, geltend machte, die Breslauer Vorstädte lägen mit 40,000 Thlr. in der Indiktion, und deshalb gegen ihre Vernichtung einstimmig protestierte, und auch die verschiedenen Breslauer Klöster und Stifter, als vorzugsweise vor den Thoren begütert, Einspruch erhoben. Kurz man ließ die Vorstädte stehen, ohne sich im übrigen über die Konsequenzen zu täuschen.

In diesem Sinne schrieb der Rat nach Wien unter den ausgiebigsten Versicherungen der Ergebenheit, „insofern Breslau keine eigentliche Festung und seine Werke wohl geeignet, den Anprall eines wilden Schwarmes etwa von Polen abzuwehren, aber nicht stark genug, um der Belagerung einer regulären Armee zu widerstehen, und da auf Ersatz nicht zu hoffen sei, werde die Stadt, um dem äußersten Ruine zu entgehen, sich bemühen, eine Neutralität, wie bei früheren Gelegenheiten, zu bewirken“. Den Schildwachen wurde streng anbefohlen, ohne besondere Ordre nicht zu schießen, damit man nicht vonseiten der Stadt den ersten Anlaß zu Feindseligkeiten gäbe, und um allem möglichen Unglück vorzubeugen, ließ der Rat am 29. Dezember das vorrätige Pulver nach Brieg schaffen. In so imponierender Haltung erwartete man den Feind, dem man das Zugeständnis der Neutralität abzugewinnen dachte.

Brieg, welches im Jahre 1642 dem großen schwedischen Feldherrn Torstenson rühmlichen und erfolgreichen Widerstand geleistet hatte, war nach dem Ende des Krieges vom Jahre 1656 an aufs neue befestigt worden, und namentlich hatte der kaiserliche Ingenieur Gründel in den Jahren 1664 viel für diesen Platz gethan, die alten Werke verstärkt und die Zahl der Bastionen auf acht erhöht, so daß sie damals für eine ansehnliche Festung gelten konnte. Seitdem war allerdings nichts für den Platz geschehen, und die alten Werke befanden sich bereits wieder in einem gewissen Zustande des Verfalls. Jetzt, im Laufe des Dezembers, beeilte man sich, die Werke auszubessern, die Bürger wurden unter Androhung des Galgens zur Schanzarbeit angehalten und auch aus den nächstgelegenen Dörfern Bauern zu gleichem Zwecke herbeigetrieben, anderseits auch hinreichender Proviant in die Stadt geschafft, wie man denn

alle aus Oberschlesien auf der Oder ankommenden Schiffe festhielt und ihre Ladung mit Beschlag belegte, aber den Eigentümern vergütete. Die Besatzung, welche bisher nur eine Freicompagnie von 300 Mann gebildet hatte, ward allmählich bis auf 3700 Mann gebracht, von welchen dann allerdings 700 Mann zur Besatzung der Schlösser von Ohlau und Namslau abkommandiert wurden. Die Wälle waren ziemlich gut mit Geschützen armiert. Um Weihnachten erschien auch der General Brown in der Stadt, verließ dieselbe aber bald wieder, nachdem er in der Person des Grafen Piccolomini einen Kommandanten eingesetzt hatte [1]).

Für die stärkste der schlesischen Festungen dürfte vielleicht Neiße gelten, stark besonders durch ein von der Neiße resp. deren Nebenflusse, der Biele, gespeistes Inundationssystem; auch waren die Werke in solchem Maße ausgedehnt, daß die jetzt auf 1600 Mann erhöhte Besatzung nicht recht auslangen wollte. Doch kam dem Kommandanten hier die Bürgerschaft mit einem gewissen Enthusiasmus entgegen, wie dies in den übrigen schlesischen Festungen nicht im entferntesten der Fall war. Denn während in Glogau, Breslau und Brieg die Protestanten bei weitem die Mehrzahl bildeten, war in der schlesischen Bischofsstadt im 17. Jahrhundert die Glaubenseinheit durch Gewaltmaßregeln aufrecht erhalten worden, und die katholische Einwohnerschaft ließ sich doch unter Mitwirkung der Geistlichkeit gegen die ketzerischen Preußen aufregen, so daß sie nicht nur die Beschwerden einer Belagerung willig ertrug, sondern auch die Verteidigung thätig unterstützte und mit einer gewissen Hingebung Dienste that, die an jenen Orten nur erzwungen werden konnten. Zum Kommandanten hatte Brown jenen Roth erwählt, der ursprünglich, wie wir erwähnten, für Breslau designiert gewesen war, den Obersten eines der kürzlich hierhergesandten Regimenter, einen ebenso entschlossenen als umsichtigen Mann. Es lag auf der Hand, welche hervorragende Wichtigkeit österreichischerseits der Behauptung gerade dieser Grenzfestung beigemessen wurde, welche die Verbindung mit den österreichischen Nachbarprovinzen offen zu halten hatte, und auf welche man sich bei dem Versuche einer Wiedereroberung des Landes stützen mußte.

Außerdem kam noch Glatz in Betracht, welches man allerdings kaum mehr als zu Schlesien gehörig dachte. Das Bergschloß selbst galt für kaum einnehmbar, die Befestigung der Stadt aber war an verschiedenen Stellen arg verfallen; doch vermochte man den Zugang zu dem Kessel, in welchem die Stadt liegt, dem anrückenden Feinde ohne große Schwierigkeit zu sperren und das enge Flußthal, welches sich hier die Neiße durch hohe Berge nach Schlesien zu gebrochen, durch Verhaue ungangbar zu machen, eine Aufgabe, der sich der hier kommandierende General Lentilus mit großem Eifer unterzog.

Wenn man dann noch in einige Plätze, die eben nur noch die aus dem Mittelalter überkommenen Stadtmauern besaßen, wie z. B. Liegnitz, und in einige alte Schlösser, wie Ohlau und Namslau, einige hundert Soldaten gethan hatte, so rechnete man dabei nicht eigentlich darauf, daß diese sich bis zu heranrückendem Entsatze verteidigen sollten, sondern, um Zeit zu gewinnen,

---

[1]) Tagebücher der Belagerung Briegs 1741, ed. Müller (Brieg 1841) und ed. Grünhagen, Schles. Zeitschr. IV, 23.

den Marsch des Feindes nach Möglichkeit aufzuhalten, setzte man diese verlorenen Posten der Gefangennahme aus.

General Brown selbst postierte sich mit noch nicht 2000 Mann Infanterie und 600 Lichtensteiner Dragonern westlich von Neiße auf dem südlichen Ufer des Neißeflusses, zur rechten durch die Festung gedeckt, während er zur linken dem im Glatzschen kommandierenden General Lentulus die Hand bieten konnte, zugleich gestützt auf das alte bischöfliche Bergschloß Ottmachau.

Man war österreichischerseits keineswegs mutlos. Hielten die Festungen stand, so mochte Friedrich immerhin durch einen Winterfeldzug Schlesien besetzen und von der Kraft seiner Truppen dabei manches zusetzen; das inzwischen in Mähren gesammelte Heer würde dann, wie man hoffte, ihn doch im Frühjahr ohne Mühe wieder aus dem Lande vertreiben können.

Drittes Buch.

Der Krieg in Schlesien 1741.

Erstes Kapitel.
Besetzung Schlesiens, Eroberung von Glogau.

Der Befehl zur Mobilmachung des nach Schlesien bestimmten kleinen Heeres ward, wie bereits erwähnt, etwa den 7. November 1740 gegeben, und Friedrich rechnete damals, daß die Truppen Anfang Dezember auf dem Marsche sein würden [1]); und den 8. November schreibt der König, er habe den Befehl zum Ankauf von Pferden gegeben und den Offizieren die Equipierungsgelder auszahlen lassen [2]). Mit großem Eifer aber in möglichster Stille wurden die Rüstungen betrieben, Podewils sollte sie, als auf Jülich-Berg abzielend, darstellen, und, um noch mehr irrezuleiten, ließ der König Mitte November eine fingierte Marschroute der Berliner Truppen nach dem Halberstädtischen bekannt werden [3]). Es war daher kein Wunder, wenn die widersprechendsten Gerüchte die Hauptstadt erfüllten [4]), die öffentlichen Blätter Berlins durften über die kriegerischen Vorbereitungen nichts berichten, und die erste Notiz einer Berliner Zeitung scheint sich in dem „Journal de Berlin" vom 3. Dezember zu finden, wo dann wenige Zeilen höchst vorsichtig von den militärischen Vorbereitungen melden, zu welchen sich Se. Majestät durch die gegenwärtigen Konjunkturen veranlaßt gesehen haben.

Um diese Zeit setzten sich die Truppen nun wirklich in Marsch.

Am frühesten verließ die Artillerie Berlin, da sie in sehr kleinen Märschen (2 Meilen pro Tag, jeden dritten Ruhe) vorgehen sollte. Die erste Kolonne marschierte am 1. Dezember ab, die zweite am 4ten. Beide Kolonnen führten mit sich 20 dreipfündige, 4 zwölfpfündige Geschütze, 4 Haubitzen und 6 fünfzigpfündige Mörser. Noch weitere 56 Geschütze (darunter 24 Handmortiere) sind dann am 31. Dezember resp. 4. Januar nachgekommen. Die gesamte Mannschaft des unter dem Kommando des Major v. Meerkatz für Schlesien bestimmten Artilleriecorps belief sich auf etwa 900 Köpfe, von denen allerdings 552 Trainknechte waren, die als Fahrer gebraucht wur-

---

1) Polit. Korresp. I, 93.
2) Ebd. S. 94.
3) Ebd. S. 102.
4) Vgl. die Aufzeichnungen des dänischen Gesandten Prätorius, Neue Berliner Monatsschrift XII, und Berichte an die Äbtissin von Quedlinburg, ed. Grünhagen, Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1876.

den [1]). Dabei sind natürlich nicht mitgerechnet die leichten Feldstücke (Dreipfünder), deren jedes Bataillon zwei mit sich führte, und welche von dazu eingeübten Infanteristen unter Leitung von abkommandierten Kanonieren bedient wurden.

Am 5. Dezember und in den folgenden Tagen rückte die Berliner Garnison aus, während inzwischen auch die aus den übrigen, märkischen, pommerschen und magdeburgischen Garnisonen [2]) für das Unternehmen ausgewählten Regimenter, nachdem sie etwa einige Wochen Zeit zur Ausrüstung und Einberufung der Beurlaubten gehabt hatten, von verschiedenen Seiten auf den angewiesenen Konzentrationspunkt an der schlesischen Grenze, Crossen, zu marschierten.

Was der König hier zunächst beisammen hatte, betrug an Infanterie 10 Regimenter [3]) und an Kavallerie 1 Regiment Kürassiere zu 5 Schwadronen, 2 Regimenter Dragoner zu je 10 Schwadronen, 1 Schwadron Gendarmen und 6 Schwadronen Husaren [4]) und die erste Kolonne Artillerie in der bereits angegebenen Stärke, in Summa noch nicht 14,000 Mann Fußvolk und etwa 5000 Reiter [5]). Weiterer Nachschub war dann, wie wir noch sehen werden, auf dem Marsche.

---

1) Malinowsky und Bonin, Geschichte der brandenburg.-preuß. Artillerie (I, 37 u. 466) aus des damaligen Artillerie-Offiziers v. Holzmann „Handschriftl. Aufzeichnungen". Allerdings wird an einer anderen Stelle dieses Werkes (I, 75) berichtet, daß dann noch im Frühjahr 1741 der Überrest des Artillerie-Feldbataillons unter Generallieutenant v. Linger nach Schlesien nachfolgte, und eine vom 18. Juni datierte Berechnung der Effektivstärke dieses Bataillons (ebd. I, 37) beziffert dieselbe, die Kranken und Abkommandierten eingerechnet, auf etwa 660 Mann ohne die Trainknechte.

2) Ranke, Ges. Werke XXVII, 339 Anm. 3 giebt die Garnisonen der einzelnen Regimenter genauer an.

3) Wenn Ranke (Werke XXVII, 339 Anm. 3) in seiner Spezifikation 12 Regimenter aufführt, so rechnet er einmal das Regiment Prinz Karl mit, welches erst mit dem ersten Nachschub nach Schlesien kam, und außerdem das Regiment Marwitz, welches, soviel wir wissen, gar nicht für Schlesien bestimmt war, sondern sich bei dem Corps des Fürsten von Anhalt in der Mark befunden hat. Vgl. Geubers Berichte, Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1880, S. 80.

4) Es sind die Infanterieregimenter Schwerin, Bredow, Borck, Kleist, Sydow, Derschau, Prinz Heinrich, Grävenitz, Lamotte und Zeetz, das Kürassierregiment Prinz Friedrich, die beiden Dragonerregimenter Schulenburg und Bayreuth (Heldengesch. Friedrichs II., S. 421). Daß die in neueren Werken enthaltenen höheren Angaben über die Stärke des preußischen Heeres nur auf einem Irrtum, den Orlich begangen, beruhen, soll noch unten bei Besprechung der Einschließung Glogaus nachgewiesen werden.

5) Die Berechnung nach den Angaben Droysens, der (Gesch. d. preuß. Politik V, 1. S. 164, Anm. 2) die Sollstärke eines Bataillons auf 699 Mann, die der Schwadron Kürassiere auf 150 Mann, der Schwadron Dragoner auf 165 Mann beziffert. Ich habe dazu nur zu bemerken, daß in einer Aufstellung über die Verpflegung der preußischen Armee in Schlesien im Sommer 1741 (Breslauer Staatsarchiv P. A. VII, 7a) für das Regiment (also 2 Bataillone) durchschnittlich 1462 Brot- und 1400 Fleischportionen gerechnet werden, für die Schwadron Kavallerie (ohne Unterschied zwischen Kürassieren, Dragonern und Karabiniers) 161 resp. 155 Portionen, und für die Husaren in etwas geringerer Zahl, nämlich für 3 Schwadronen „Berliner Husaren" 449 Brot- und ebenso viele Fleischportionen, und für 3 Schwagronen „Preußische Husaren" 404 Brot- und ebenso viel Fleischportionen. Gewiß hat nun Droysen recht, zu bemerken, daß diese Sollstärke nie erreicht wurde, viel-

Zum Anführer des Heeres war der Feldmarschall Schwerin ernannt, zum nicht geringen Ärger des alten Fürsten von Anhalt [1]).

Der König kehrte erst am 2. Dezember von Rheinsberg nach Berlin zurück, wo dann am 5ten der österreichische Gesandte noch jene oben erwähnte denkwürdige Audienz hatte. An die Offiziere der Berliner Garnison hielt er damals vor deren Ausmarsch eine Anrede, deren Inhalt in folgenden Worten überliefert wird:

„Meine Herren! Ich unternehme einen Krieg, bei welchem ich keinen anderen Alliierten als Ihre Tapferkeit und keine andere Hilfe als mein Glück habe. Seien Sie immer des Ruhmes eingedenk, den Ihre Vorfahren auf den Feldern von Warschau und Fehrbellin errungen haben, und verleugnen Sie niemals den Ruhm der brandenburgischen Truppen. Leben Sie wohl, brechen Sie auf nach dem Rendezvous des Ruhmes, wohin ich Ihnen zu folgen nicht säumen werde." [2])

Am Morgen nach einem solennen Maskenballe [3]), auf welchem man den König in sichtlicher Heiterkeit mit vielen Personen sich freundlich unterhalten sah, am 13ten, Vormittags gegen 10 Uhr verließ, der König Berlin und traf gegen Abend in Frankfurt ein [4]), und da er sich überzeugte, daß die Truppen zu eng einquartiert seien, ordnete er sofort den Vormarsch gegen die schlesische Grenze an. Am nächsten Tage war er in Crossen, wo seine Anwesenheit durch die Thatsache bezeichnet wurde, daß die große Glocke der Pfarrkirche unvermutet vom Turme herabfiel, was von vielen als ein ungünstiges Vorzeichen angesehen, von dem Könige aber so gedeutet wurde, das Hohe, nämlich das Haus Österreich, solle erniedrigt werden.

Am 16. Dezember überschritten die ersten preußischen Truppen die schlesische Grenze zuerst bei dem Dorfe Läsgen in der Nordwestecke des Grünberger Kreises, rückten aber bald auch in den Freistädter Kreis ein, überall ein Patent verbreitend, resp. dasselbe als Plakat anheftend, welches Podewils zur Beruhigung der Schlesier verfaßt hatte und das, unter den größten Vorsichtsmaßregeln in Frankfurt a. O. Mitte November gedruckt und zurückdatiert, als vom 1. Dezember erlassen sich bezeichnete. Dasselbe stellte entsprechend dem damaligen Stande der Verhandlungen den Einmarsch der Preußen

---

mehr an Abkommandierten und Erkrankten immer eine Anzahl in Abgang gebracht werden müssen, wie denn Schwerin bereits unter dem 2. Januar 1741 bei seiner Kolonne das Bataillon nur zu 657 und die Schwadron zu 132 Mann rechnet. Doch wäre es wohl möglich, daß Schwerin hier die wirklichen Kombattanten rechnete, da wenigstens bei jenen nicht allzu sehr von dem Droysenschen abweichenden Angaben der Verpflegungsakten die zum Regimente gehörigen Trainmannschaften 2c. augenscheinlich mit eingerechnet sind.

[1]) Vgl. über diesen unten den Abschnitt: „Das Corps des Fürsten von Anhalt."

[2]) Hist. de mon temps, ältere Redaktion, ed. Posner, 1879, p. 217. Die hier gegebene Version verdient unzweifelhaft den Vorzug vor der längeren der späteren Bearbeitung. Die in französischen Blättern gebrachte (Heldengesch. I, 422) darf als Erfindung gelten.

[3]) Rödenbeck in seinem Geschichtskalender setzt das Datum des Balles auf den 11. Dezember, fügt aber hinzu, unmittelbar darauf sei der König abgereist, was wahrscheinlich doch erst am 13ten geschah. Die Quedlinburger Berichte geben für den Ball den 12. Dezember an (infolge eines Druckfehlers steht statt 12: 17).

[4]) Dies berichtet er selbst in einem Briefe an den Fürsten von Dessau vom 13. Dezember, bei Orlich, Gesch. d. schles. Kriege I, 295.

als ein eigentlich im Interesse des Hauses Österreich liegendes Unternehmen dar, mit welchem der König „genaue Freundschaft zu unterhalten eifrigst wünsche", wie derselbe denn im Begriffe stehe, sich mit dieser Macht zu explizieren; die Schlesier hätten deswegen keine Ursache, von den preußischen Truppen etwas Feindliches zu besorgen, sondern dürften des Schutzes des Königs nach allen Seiten hin sicher sein [1]).

Mehr wohl noch als die Versicherungen des Patentes übten die treffliche Mannszucht der preußischen Truppen und das leutselige Auftreten des Königs ihre Wirkung. Zu Anfang hatte in Schlesien, in manchen Kreisen wenigstens, eine gewisse Panik geherrscht, in Breslau waren im Dezember fast täglich hochbepackte Wagen eingetroffen, in welchen besorgte Familien vom Lande ihre wertvollen Habseligkeiten hinter schützenden Mauern vor den Schrecknissen des Krieges zu bergen gedachten [2]), und das Schloß des Herrn v. Skronsky in Brunzelwalde hat es entgelten müssen, daß die preußischen Soldaten hier nicht viel mehr als die leeren Wände vorfanden [3]); auf dem rechten Oderufer waren die katholischen Geistlichen massenweise nach Polen geflohen, und davor, daß diese dort das Volk aufregen könnten und „die Polacken" zur Hilfe in Schlesien einbrechen könnten, hatte man in Schlesien mehr Furcht, als vor den Preußen [4]), und die Besorgnis war um so ernster, als verlautete, daß im Schoße des Oberamtes der Vorschlag aufgetaucht war, da dem Anscheine nach der Wiener Hof das Land nicht wirksam zu schützen vermöge, Polen um Hilfe (zugleich im Interesse der Verteidigung des bedrohten katholischen Glaubens) anzurufen [5]).

Der König ward auf diese Symptome einer Gesinnung, welche den bevorstehenden Krieg wesentlich unter religiösen Gesichtspunkten auffaßte, um so mehr aufmerksam, als er wußte, daß man von Wien aus derartige Insinuationen, als sei es auf die Vertilgung der katholischen Religion abgesehen, gerade in Polen eifrig förderte [6]), und er fürchtete zwar nicht eine Kriegserklärung Polens, wohl aber plötzliche Überfälle „durch liederliches Gesindel, dergleichen in Polen zusammenzuraffen eben so schwer nicht ist" [7]). Er ließ deshalb schleunigst eine eigene Schrift in lateinischer Sprache abfassen, welche die Besorgnisse der Katholiken überhaupt und speziell auch der Polen zerstreuen sollte [8]). Dieselbe erschien dann im März 1741, ward sehr viel

---

1) Preuß. Staatsschr. I, 69. Als die Berliner Zeitungen Ende Dezember das Schriftstück unter dem Titel eines preußischen Manifestes abdruckten, wurde das von Podewils sehr übel vermerkt und dementiert, und die Schärfe dieses Vorgehens findet wohl ihre Erklärung hauptsächlich in dem Umstande, daß bei dem ungünstigen Verlaufe der Unterhandlungen in Wien es nicht mehr möglich scheinen mochte, den in dem Patente zum Ausdruck gebrachten Standpunkt beizubehalten.

2) Kahlert, Vor 100 Jahren, aus dem Tagebuche des Breslauer Kaufmanns Steinberger, S. 12.

3) Heldengesch. I, 427.

4) Privatbrief vom 13. Dezember in einer Fürstensteiner Kollektenhandschrift.

5) Anm. 0 zu einem Gedichte in der Schles. Kriegsfama V, Beil. 18, S. 71.

6) Vgl. die Anführungen Kosers, Preuß. Staatschr. I, 277 ff.

7) Worte eines Zirkularerlasses vom 11. Februar an die Regierungen zu Königsberg, Küstrin und Stettin; angef. bei Koser, S. 280.

8) Catholica religio in tuto, vicinia in tuto regni Poloniae vindicatis Silesiae ducatibus adversus Austriacam vim. Anno 1741. Bei Koser, S. 285.

verbreitet [1]) und soll eine gute Wirkung ausgeübt haben, wie der preußische Resident in Warschau versichert [2]).

Was die Gegenden Schlesiens anbetraf, in welchen der Protestantismus die Oberhand hatte, zu welchen ja Niederschlesien und speziell das Fürstentum Glogau und Sagan gehörten, so ist es kaum zu bezweifeln, daß die Einwohner hier der Aussicht, unter das Scepter eines ihrer Konfession zugethanen Herrschers zu kommen, sich im Grunde gefreut haben. Mag auch die Geschichte, welche dem preußischen Feldprediger Seegebart in Haynau erzählt wurde [3]), daß Gott dem König von Preußen einen Traum gesendet habe, der ihm dreimal Schlesien in Brand stehend gezeigt und ihn zuhilfe gerufen habe, mit Rücksicht darauf, daß die im Dezember hier eingerückten Harrachschen Grenadiere, wie weiland die Lichtensteiner, eine Gegenreformation hätten durchführen sollen, nur im Kopfe eines eifrigen Pastors entsprungen und in deren Kreisen fortgepflanzt sein, so zeigt sich doch aus den verschiedenen Tagebüchern protestantischer Schlesier [4]), welche aus jener Zeit uns erhalten sind, wenn dieselben gleich mit großer Vorsicht und, um für alle Eventualitäten gedeckt zu sein, nur Thatsächliches berichten, durchgehends ein solcher Grad von gelassener Objektivität, daß derselbe eine patriotische Anhänglichkeit an die bestehende Regierung eigentlich geradezu ausschließt, und dieselbe eben in diesem Punkte von den Tagebüchern katholischer Geistlichen [5]) aus jener Zeit sehr scharf abstechen läßt.

Übrigens schwand auch in diesen Kreisen der erste Schreck bald, als man erfuhr, daß der König am 19. Dezember in Milkau (Kreis Freistadt), einem Gute der Jesuiten, die Patres sehr freundlich behandelt und ihre Oberen zur Tafel gezogen habe. In Grünberg geschah es, daß der Bürgermeister einem preußischen Offizier, der die Stadtschlüssel verlangte, erklärte, geben dürfe er sie nicht, aber wenn sie jemand nehmen wollte, sie lägen auf dem Tische vor ihm; ein Avis, das natürlich bereitwillig benutzt wurde. Im Hauptquartier zu Herrendorf, 1 Meile von Glogau, in dem Schlosse, wo einst der durch seine Stiftungen berühmt gewordene Joachim v. Berg gewohnt, fanden sich die ständischen Abgesandten der Fürstentümer Glogau, Sagan, Liegnitz, Wohlau und Jauer am 22. Dezember auf den Ruf des Feldmarschalls Schwerin zusammen, um über die Verpflegung der Armee Abrede zu treffen. Eine mächtige Tafel von 95 Gedecken vereinigte hier zum ersten Male eine große Anzahl schlesischer Stände mit dem jungen Monarchen, der so überraschend in ihre Kreise getreten war.

Der König war noch am 16ten seinen Soldaten über die schlesische Grenze gefolgt. Er schreibt an jenem Tage seinem getreuen Podewils:

---

1) Die Schrift ist in vielen Exemplaren in allen möglichen Sammlungen vorhanden.

2) Unter dem 1. April; bei Koser, S. 281.

3) Tagebuch desselben, ed. Fickert, S. 22.

4) Als solche dürfen bezeichnet werden Scholz' Schweidnitzer Tagebuch, ed. Grünhagen, Abhandl. der Schles. Gesellsch. 1873/74; Schweidnitzer Aufzeichnungen des Justiziars Klose, ed. Pflug, Schles. Zeitschr. XIV, 115. Das Tagebuch des Apothekers Schober, Handschr. des Staatsarchivs, das oben erwähnte Glogauer Tagebuch, vor allem aber die umfangreichen Aufzeichnungen des Breslauer Kaufmanns Steinberger (Handschr. der vaterländ. Gesellsch.).

5) Wie deren mehrere Stenzel in Bd. V der „Ss. rer. Siles." abgedruckt hat.

„Ich bin über den Rubikon gegangen mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel, meine Truppen sind voll guten Willens, die Offiziere voll Kriegsmut, unsere Generale dürsten nach Ruhm, alles wird nach unseren Wünschen gehen, und ich habe Grund, das Beste von diesem Vorhaben zu erwarten. — — Ich will entweder untergehen oder Ehre von diesem Unternehmen ernten. Mein Herz weissagt mir das Beste, ein gewisser Instinkt, dessen Grund uns verborgen liegt, verheißt mir Glück und Erfolg, und ich werde nicht in Berlin erscheinen, ohne mich des Blutes, dem ich entsprossen, und der tapferen Soldaten, die ich zu befehligen die Ehre habe, würdig gemacht zu haben." [1])

In dem Herrenhause des Jesuitengutes Milkau trafen am 21. Dezember bei dem Könige als Deputierte des Oberamtes zwei schlesische Adelige ein, Ernst Max v. Sweerts, Reichsfreiherr v. Reist, und Nikolaus v. Rhediger. Das Oberamt hatte sich nämlich veranlaßt gesehen, das beim Einrücken der Preußen von diesen verbreitete Patent durch eine (vom 18. Dezember datierte) Verwahrung zu beantworten, welche das Feindliche und Ungerechte des preußischen Vorgehens darlegen, die Zurückziehung der Truppen fordern und Preußen für allen etwa entstehenden Schaden verantwortlich machen sollte [2]).

Der König, den die Deputierten gerade bei Tafel sitzend antrafen, lud sie, als er in Erfahrung gebracht, daß sie nicht österreichische Beamte, sondern Landstände seien, zur Tafel, verwandelte daraufhin auch die ursprünglich gebrauchte Anrede mit „Er" in die mit „Sie". Das Manifest las er schweigend durch und gab es dann einem Pagen, um es wegzulegen [3]); die Deputierten erhielten einfach eine Empfangsbescheinigung. Geantwortet hat der König nicht darauf; Podewils hatte gemeint, es sei unter seiner Würde, sich mit einer Provinzialbehörde in Erörterungen einzulassen [4]).

Der König strebte auf Glogau zu, das er leicht zu gewinnen hoffte; „sie haben dort alt Pulver, das fünfzig Jahre gelegen hat, und kann sich das Ding nicht über acht Tage halten", schreibt er an den Fürsten von Dessau [5]). Auch glaubte er zu wissen, daß man noch nicht auf zwei Monate verproviantiert sei, und daß durch eine bloße Blockade die Übergabe zu erzielen sein würde [6]).

Die heranrückenden Soldaten hatten in den letzten Tagen unter fortwährend herabströmendem Regen grundlose Wege bis an die Kniee in Schmutz zurückzulegen gehabt [7]) und dabei Märsche von drei bis vier Meilen pro Tag.

---

[1]) Polit. Korresp. I, 147.

[2]) Abgedr. Ges. Nachr. I, 14.

[3]) Schles. Kriegsfama V, 19.

[4]) Angef. von Koser, Preuß. Staatsschr. I, 68.

[5]) Aus Weichau, den 18. Dezember, bei Orlich, Gesch. der schles. Kriege I, 296 und ganz in gleichem Sinne an Jordan, den 19. Dezember, aus Milkau, Oeuvr. XVII, 77.

[6]) In Friedrichs eigenen Kriegsberichten unter dem 7ten, Lettres d'un officier prussien, welche neuerdings Droysen in dem Beiheft zum Militär-Wochenblatte 1875 gesammelt herausgegeben hat, S. 308.

[7]) Die Wege sind so beschwerlich, daß den gemeinen Soldaten auf dem Marsche fast beständig das Wasser bis über die Kniee gegangen. Brief aus Milkau vom 21. Dezember in Geuders Berichten, ed. Ch. Meyer, Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1880, S. 11.

Daß sie diese Probe bestanden, ohne daß Marodeure zurückblieben, erregte die Bewunderung ihres Kriegsherrn [1]).

Der Kommandant zu Glogau hatte inzwischen bereits am 15. Dezember mit dem Abbrennen der Vorstädte begonnen, und auch die evangelische Friedenskirche, der man ja seiner Zeit nur vor den Thoren einen Platz gegönnt und leichten Fachwerkbau zur Bedingung gemacht hatte, sollte zum Opfer fallen; doch nachdem man einen 30stündigen Aufschub erlangt, reiste der Graf Logau mit einem Glogauer Bürger dem König von Preußen entgegen und erlangte von diesem das Versprechen, sich des Gebäudes nicht gegen die Festung zu bedienen, für den Kommandanten die geforderte Bedingung der Schonung [2]). Friedrich hat nachmals beim Anblick der Kirche gemeint: „um die wäre es nicht schade gewesen", die Sache selbst aber mußte ihm angenehm sein, es war gleichsam das erste Zeichen von Fühlung, welches die schlesischen Protestanten mit ihm suchten. Die vier Geistlichen der Gemeinde, welche Dörfer bis drei Meilen im Umkreise umfaßte, mußten für die Zeit der vorauszusetzenden Belagerung Fürsorge treffen, und es war ein feierlicher Moment, als diese vier nach Absingung eines Chorals das Los zogen, welche beiden die kommenden schweren Tage innerhalb der Mauern, und welche draußen den anrückenden Feind zu erwarten hätten [3]). Merkwürdig war es, daß, während der König alle Anstalten zur wirksamen Einschließung von Glogau traf, z. B. Verschanzungen aufwarf, die dann mit Geschützen besetzt wurden, in der Festung die Ungewißheit fortdauerte, ob die Preußen als Freunde oder Feinde kämen. Der Kommandant hatte den Befehl, die Feindseligkeiten nicht zuerst zu beginnen [4]), und anderseits beeilte sich der König, als sich Graf Wallis beklagte, preußische Husaren hätten einen Soldaten der Besatzung gefangen genommen, diesen mit einem entschuldigenden Briefe zurückzuschicken [5]).

Der König verweilte bei dem Heere vor Glogau, bis der Herzog von Holstein ein zweites kleines Truppencorps heranführte. Dasselbe bestand aus dem Regimente Markgraf Karl, 10 Grenadierbataillonen, 5 Schwadronen Karabiniers vom Leibregimente, 5 Compagnieen Platen-Dragoner, 1 Schwadron Husaren und der 2. Artilleriekolonne [6]); also abgesehen von der letzteren

---

1) Ch. Meyer, Zeitschr. f. preuß. Gesch. 1880, S. 11.

2) Schles. Kriegsfama V, 20.

3) Glogauer Tagebuch, Handschr. des Bresl. Staatsarchivs.

4) Hist. de mon temps (1746), p. 218.

5) Polit. Korresp. I, 155.

6) Heldengeschichte I, 421. Orlich in seiner Geschichte der schlesischen Kriege hat bezüglich dieser Abteilung eine große Verwirrung hervorgerufen, indem er I, 43, Anm. 3 dieselbe als linke Kolonne des gleich zuerst in Schlesien einrückenden Heeres figurieren läßt und dann auf S. 65 sie (unter Angabe derselben Bestandteile) als ein später nachrückendes Corps behandelt und außerdem dann noch bei dem Leser die Meinung erweckt, als sei diese Abteilung das auf S. 43 bezeichnete Reservecorps von 12,000 Mann, welches der Herzog von Holstein herbeigeführt habe. Die Kriegsmacht, mit der der König am 16. Dezember in Schlesien einrückte und vorging, waren eben nur jene oben erwähnten 10 Regimenter oder 14,000 Mann Infanterie und 5000 Kavallerie (nebst einigen Grenadierbataillonen, wie wir gleich sehen werden); was Orlich I, 43, Anm. 3 als linke Kolonne bezeichnet, ist die im Text erwähnte Abteilung, die zu der Zeit, als jenes Corps die Grenze überschritt, zum Teil noch in Berlin war (vgl. z. B. Geuders Berichte ed. Chr. Meyer, Zeitschr. f.

etwa 6000 Mann zu Fuß [1]) und ungefähr 1780 Reiter. Dasselbe traf am 27. Dezember vor Glogau ein.

Dieses kleine Corps bestimmte der König zur Blockade von Glogau, welches ihm eine Rekognoscierung am 23. Dezember doch stärker erscheinen ließ, als er anfänglich geglaubt hatte. Die Heeresabteilung ward dem Befehle des Erbprinzen Leopold von Dessau unterstellt, während der Herzog von Holstein dem Hauptcorps folgte. Doch nahm der König von den 10 Grenadierbataillonen 5 mit sich, so daß noch 5 derselben und das Regiment Markgraf Karl bei dem Erbprinzen zurückblieben, während er dagegen demselben auch die Bayreuther Dragoner zurückließ, bis die von Platen vor Glogau eingetroffen wären.

Ehe noch jene Verstärkung eingetroffen war, hatte Friedrich am 24. Dezember Schwerin mit der Hälfte des ganzen Heeres gegen Liegnitz marschieren lassen, um dann die schlesischen Städte längs des Gebirges und die Grenzen gegen Böhmen zu besetzen.

Den König aber zog es nach Breslau, welches er, über die dortigen Vorgänge wohl unterrichtet, schnell zu gewinnen trachtete, damit die Österreicher nicht doch noch eine Überrumpelung versuchten. Mit seinen Gendarmen und dem Leibregimente der Karabiniers, sowie 5 Grenadierbataillonen brach er am 28. Dezember den übrigen Heeresteilen vorauseilend von Gläsersdorf vor Glogau auf und legte mit diesen Truppen die 15 Meilen bis Breslau in drei Tagen zurück.

Die letzten Stunden des scheidenden Jahres fanden den König schon im Angesicht der Breslauer Türme in Pilsnitz, wo ihm der Besitzer, ein Breslauer Patrizier, v. Riemberg, splendide Aufnahme bereitete. Ein Brief mit 6 Dukaten, den derselbe noch herausgesendet hatte, wurde abgefangen und vor den König gebracht; als derselbe aber gesehen, daß das Geld zur Bewirtung der Truppen bestimmt war, legte er noch 6 Dukaten zu. Die Preußen wußten genug von der Lage der Dinge, um sich vor der kriegerischen Ausrüstung der Wälle nicht zu fürchten; sie riefen den Stadtsoldaten auf den Wällen scherzhafte Begrüßungen zu und besetzten die Vorstädte vom Nikolai- bis zum Ohlauer Thore, ja überschritten sogar die Oder an zwei Stellen ober- und unterhalb der Stadt, um den Dom zu besetzen, was auch am 2. Januar

---

preuß. Gesch. 1880, S. 8), wie dies ja auch Orlich S. 65 zugiebt. Die Heldengeschichte (I, 425) behält da vollständig recht, wenn sie offenbar nach amtlichen Quellen bei der Spezifikation der Quartiere, welche die am 16. Dezember eingerückten preußischen Truppen in Schlesien einnahmen, eben nur jene erwähnten 10 Regimenter berücksichtigt. Wir müssen daher an der oben angegebenen Zahl der Truppenstärke festhalten, und es kann daher bei der Eröffnung des Feldzuges weder von 28,000 Mann (ohne die 12,000 Mann des Reservecorps), wie Orlich I, 43 hat, noch von 30,000 Mann, wie Ranke, Werke XXVII, 339, noch von 30 Bataillonen, wie Droysen V, 1. S. 164 hat, die Rede sein. Von dem sehr ansehnlichen Nachschube von mehr als 6 Regimentern, der aber erst im März in Schlesien eintraf, werden wir noch zu sprechen haben.

[1]) Wenn wir 10 Grenadierbataillons rechnen, was wohl wahrscheinlicher ist, obwohl die Heldengeschichte I, 412 nur 9 hat. Die bereits erwähnte amtliche Verpflegungsliste von 1741 rechnet auf das Bataillon Grenadiere 476 Fleisch- und ebenso viel Brotportionen, und über diese Zahl glaubte ich nicht hinausgehen zu dürfen, wenngleich Droysen (a. a. O. V, 1. S. 164, Anm. 2) das Grenadierbataillon zu 492 Mann rechnet.

ohne Schwierigkeiten gelang. Wie es heißt, hätten die Wachtmannschaften der Dominsel am Elbing in ihrem Eifer so weit gehen wollen, beim Herannahen der Preußen die Zugbrücke aufzuziehen, die aber, durch lange Ruhe verwöhnt, den Dienst verweigert habe; die Wächter am Hinterdome aber hätten den weisen Beschluß gefaßt, sich um die Politik überhaupt nicht zu kümmern, und wären demgemäß von den Preußen in ihrem eigenen Wachthause versammelt gefunden und darin eingeschlossen worden. Der König ritt noch selbigen Tages über den Dom und sprach dem Prälaten v. Rummerskirch, welcher ihm die Thorschlüssel mit einem Fußfalle zitternd überreichte, freundlich Mut zu, fragte jedoch, ob man Gefangene der Religion wegen (wegen Apostasie) hier habe. Man erklärte, solche schon freigelassen zu haben.

In der nun von allen Seiten auf das engste umschlossenen Stadt scheint doch nicht allzu große Niedergeschlagenheit geherrscht zu haben. Von einem ebenso schnell verbreiteten wie entstandenen Liede, das in den Kretschmerhäusern an jenem denkwürdigen Sylvesterabende allgemein gesungen wurde, ist wenigstens der Refrain erhalten, welcher den Humor der Situation charakteristisch wiedergiebt:

„Laßt ihn hereinkommen
Ei, er ist doch schon hinnen!“

Ängstlicher mögen die Herren vom Rat das alte Jahr beschlossen haben. Die ersten Stunden des neuen Jahres brachten ihnen den ersten Gruß einer anbrechenden neuen Zeit; noch in der Nacht wurden sie sämtlich geweckt, um einen Brief aus dem preußischen Hauptquartier zu vernehmen, der ihnen für den beginnenden Tag die Ankunft zweier preußischer Oberster mit Propositionen des Königs ankündigte; sie beeilten sich vom Oberamte Verhaltungsmaßregeln zu erbitten, dieses aber legte die ganze Entscheidung auf ihre Kniee.

So empfing man denn die beiden Offiziere, v. Borke und Posadowsky mit militärischen Ehren und geleitete sie nach dem Goldenen Baum am Ringe, wo ihnen in denselben Räumen, die 14 Tage vorher der österreichische Oberkommandant erzürnt verlassen hatte, ein würdiges Logis bereitet war. Der König bot durch sie an, er wolle die Stadt vorläufig nicht besetzen, auch keine Huldigung verlangen, doch solle man ihm im Falle der Not hier einen Zufluchtsort eröffnen.

Den einfachen Vorschlag bemühte sich dann das Orakel der Breslauer, Syndikus Gutzmar, zu dem Entwurfe eines Neutralitätsvertrages aufzubauschen, wie er ihm immer vorgeschwebt hatte, und König Friedrich, der inzwischen in der Schweidnitzer Vorstadt im Scultetischen Hause (unweit Liebichs Garten) Quartier genommen hatte, ließ sich die Sache gefallen. Die Breslauer Deputierten unterzeichneten am 3. Januar draußen in dem Helcherschen Garten den Vertrag. Der König durfte in der Vorstadt ein Magazin anlegen und zu dessen Besatzung ein Bataillon zurücklassen, auch Lebensmittel aus Breslau beziehen; er gestand im übrigen der Stadt eine Neutralität zu, doch mit dem bedeutsamen Zusatze: „bei den jetzigen Konjunkturen und so lange dieselben dauern werden“, ein Zusatz, der ihm jeden Augenblick freie Hand lassen mußte.

Er hatte alles Recht, voller Freude in diesen Tagen seinem Kabinettsminister zu schreiben: „Breslau gehört seit heute mir, meine Truppen sind in guter Stimmung und in gutem Stande, und wir wollen nun die Neiße ge-

winnen" — — [1]). Das letztere that er jedoch erst am 6. Januar, nachdem er den Breslauern das Vergnügen eines feierlichen Einzuges verschafft, sich vom Balkon seiner Wohnung im gräflich Schlegenbergschen Hause auf der Albrechtstraße (Ecke der Altbüßerstraße) eine Zeit lang dem Volke gezeigt und am 5ten auf einem von ihm den Breslauer Spitzen gegebenen Balle im Locatellischen Redoutensaale auf der Bischofsstraße (dem nachmaligen König von Ungarn) selbst Polonaise getanzt hatte. Die Breslauer, obwohl in einer Art von freistädtischem Republikanismus groß geworden, entzogen sich doch dem Zauber nicht, den der junge Monarch ausstrahlte; die ersten Wurzeln patriotischer Gesinnung haben sich damals in die Gemüter gesenkt.

Über Rothsürben ging nun der Marsch des Königs, der außer 5 Grenadierbataillonen jetzt noch 4 Bataillone (wahrscheinlich die Regimenter Borck und Grävenitz), sowie 10 Schwadronen um sich hatte, gegen Ohlau, welches vom Feinde besetzt war, aber auf die erste Aufforderung hin, ohne daß ein Schuß fiel, am 8. Januar von der österreichischen Besatzung (350 Mann) unter Oberst Formentini, der man freien Abzug nach Mähren gewährte, geräumt wurde, wo dann der günstig an der Oder gelegene Platz dem König für Anlegung von Magazinen und zur Anhäufung von Kriegsmaterial trefflich diente [2]).

Ernsthafteren Widerstand durfte man von Brieg erwarten, das mit allem Eifer verproviantiert, mit Geschützen armiert und mit hinreichender Besatzung versehen war. Am 7. und 8. Januar ließ der Kommandant, Graf Piccolomini, nicht nur die Vorstädte, sondern auch die nahegelegenen Dörfer Rathau und Briegischdorf in Brand stecken, die etwas entfernter gelegenen Orte Hermsdorf, Schüsselndorf, Paulau, Gröningen rettete vor gleichem Schicksal [3]) nur das Anrücken der Preußen, welche unter Oberst v. Kleist vom 10. Januar ab Brieg auf dem linken Oderufer einschlossen. Auf dem rechten begann die Blockade erst vom 25. Januar ab. Hier hatte General Jeetze, der, nachdem von des Königs Corps das Gros Breslau erreicht hatte, am 4. Januar mit 4 Bataillonen von Breslau ausgerückt war, um das rechte Oderufer zu unterwerfen, erst noch Namslau einzunehmen, wo der österreichische Major Kramer in Erwägung, daß er fast seine gesamte Artillerie hatte nach Brieg abgeben müssen, auf die erste Aufforderung hin (am 11. Januar) zwar die Stadt räumte, sich aber in dem westlich davorliegenden alten Schlosse zu behaupten entschlossen zeigte und auch wirklich erst den 31. Januar kapitulierte, nachdem General Jeetze einige schwere Geschütze herbeigeschafft und das Schloß bombardiert hatte, wo dann die Besatzung (etwa 300 Mann) sich kriegsgefangen geben mußte [4]).

---

[1]) Polit. Korresp. I, 169.

[2]) Die Schles. Kriegsfama VII, 27 ff. bringt ein Tagebuch aus Ohlau, aus welchem wir noch hervorheben wollen, daß die Anstalten zur Verteidigung hier von dem um die schlesische Kartographie hochverdienten Ingenieur-Lieutenant Schubarth getroffen worden waren. Derselbe ward später bei Mollwitz verwundet und gefangen, trat dann in preußische Dienste und hat bei der Grenzregulierung 1742 wesentliche Dienste geleistet.

[3]) Das von mir edierte Tagebuch (Schles. Zeitschr. IV, 28) berichtet dies, die Schulzen der genannten Dörfer seien schon auf den 10ten nach Brieg citiert gewesen, um den Befehl zur Räumung zu empfangen.

[4]) „Wahrhafte Relation von der Belagerung und Eroberung der Stadt Namslau", in der Schles. Kriegsfama.

Inzwischen hatte Schwerin schon am 27. Dezember Haynau und an demselben Tage auch das festere Liegnitz besetzen lassen, dessen kleine Besatzung auf die erste Aufforderung zur Kapitulation bereit war, und am 1. Januar das damals noch nicht befestigte Schweidnitz, wo er am 5ten ein Dankfest für die gelungene Einnahme Breslaus feierte. Am 7. Januar war er in Frankenstein; ihm voraus war schon Oberst Camas geeilt, der auf des Königs speziellen Befehl einen Handstreich auf Glatz hatte ausführen sollen, „da es jetzo offen und ledig ist, was es vielleicht ein andermal nicht sein dürfte“ [1]). Doch hatte der Oberst, als er mit etwa 900 Mann am 5. Januar über Wartha hinausrückte, eine halbe Meile vor Glatz einen starken Verhau gefunden, der die ganze Passage sperrte, durch einige hundert Österreicher bewacht. Camas urteilt, es würde mißlich sein, die schon stark angeschwollene Neiße im Rücken vorzugehen; auch würde, selbst wenn es gelinge, die Stadt zu forcieren, diese doch nicht zu halten sein, wenn man nicht die auf steilem Berge gelegene Citadelle, der nicht wohl beizukommen sei, zu gewinnen vermöge [2]).

Beim weiteren Vorrücken auf Ottmachau zu fand Schwerin zum ersten Male Feinde im offenen Felde sich gegenüber; es waren die aus den Zeiten der Religionsverfolgungen in üblem Andenken stehenden Lichtensteiner Dragoner, von Brown, der sich mit den etwa 1600 Mann, welche er nach der Besetzung der Festungen noch disponibel hatte, jenseits der Neiße hielt, über den Fluß entsendet. Etwa eine Meile westlich von Ottmachau bei Ellgut trafen die Spitzen der Avantgarde auf sie, und da auf die Meldung davon Schwerin, ungeduldig, den Feind endlich vor die Klinge zu bekommen, den Lieutenant Milowitz fast vorwurfsvoll fragte, warum er sie denn nicht durch Eröffnung des Gefechtes festgehalten, faßte dieser dies wie einen Zweifel an seinem Mute auf und stürzte sich mit seinen 26 Husaren auf die Dragoner. Er selbst bezahlte die Kühnheit mit schnellem Tode, aber die nachrückenden Truppen trieben die feindlichen Reiter schnell nach Ottmachau zurück.

Hier aber, wo ein altes bischöfliches Schloß mit dicken Mauern auf einer Anhöhe über der Stadt sich erhebt, setzten sie sich von neuem, auf den Rückhalt vertrauend, den die Besatzung des Schlosses mit einigen Compagnieen gewährte, und wichen erst, als ein unter dem Feuer der Besatzung nicht ohne Verlust ausgeführter Angriff der Preußen auf die Neißebrücke ihnen ihren Rückzug abzuschneiden drohte. Die Besatzung des Schlosses wies auch jetzt noch die Kapitulation ab und ergab sich erst, als Schwerin auf dem Marktplatz Kanonen auffahren ließ und das Schloß in Trümmer zu schießen Miene machte, kriegsgefangen, wie es Friedrich, der inzwischen von Brieg mit der andern Hälfte des Heeres herankam, nunmehr verlangte. Dies geschah am 12. Januar.

Der König blieb in Ottmachau, lebhaft wünschend, sich des nahen Neiße bemächtigen zu können. Doch dieses, welches für die stärkste der schlesischen Festungen galt, mit hinreichender Besatzung versehen, gut verproviantiert, befehligt von einem entschlossenen Kriegsmanne, jenem General v. Roth, der ursprünglich für Breslau bestimmt war, schien zu ernstlicher Gegenwehr gerüstet. Bereits am 11. Januar war die Stadt gesperrt und alle Neiße=

[1]) Ordre an Schwerin vom 2. Januar; Berliner St.=A.

[2]) Bericht an Camas, den 7. Januar, aus Frankenberg.

brücken abgebrochen, und als am 12ten sich größere preußische Truppenabteilungen näherten, wurden sämtliche Vorstädte schonungslos niedergebrannt, wo dann auch das Franziskanerkloster und die Kirche in der Altstadt ein Raub der Flammen wurde; nur die nördlich, jenseits der Neiße liegende Vorstadt Mährengasse mit dem Kapuzinerkloster ward verschont. Die Wälle wurden täglich mit Wasser übergossen, welches der scharfe Frost in eine blitzende Eisdecke verwandelte, während dagegen die Graben durch beharrliches Aufeisen frei erhalten wurden. Die ganz katholische Bürgerschaft Neißes zeigte wirklichen Eifer für die Verteidigung der Stadt; eine Schar von Freiwilligen aus der Bürgerschaft unter Führung eines entschlossenen Fleischers namens Buckisch, welcher kurze Zeit vorher bei einer Auflehnung der Bürgerschaft gegen die neueingeführten Mauten den Rädelsführer gespielt hatte, vermochte wesentliche Dienste zu leisten, wie dieselbe denn z. B. das bischöfliche Vorwerk Karlau im Nordosten der Stadt diesseits der Neiße, in welchem sich schon preußische Soldaten festgesetzt hatten, diesen gleichsam über dem Kopfe anzuzünden vermochte, und die gut organisierte Hilfe der Bürgerschaft hat sich denn auch während des Bombardements bei dem Löschen der in Brand gesteckten Häuser sehr bewährt. Die Preußen, übrigens nur wenige Bataillone stark, besetzten die im Nordwesten der Stadt, jenseits der Neiße gelegenen Höhen, besonders den Kaninchenberg, und fanden an dem Jerusalemer Kirchlein und der Ziegelscheune gewisse Stützpunkte. Eine Aufforderung zur Übergabe an den Kommandanten wurde infolge eines Mißverständnisses mit Flintenkugeln zurückgewiesen [1]). Der König erkannte, daß eine regelrechte Belagerung schon wegen des scharfen Frostes unthunlich sei; den Versuch aber, durch ein Bombardement die Übergabe herbeizuführen, gedachte er zu machen und hatte mit den Neißern um so weniger Mitleid, da er deren ihm abgeneigte Gesinnung kannte [2]).

Das Feuer der Belagerten vermochte die Errichtung der preußischen Batterieen nicht zu hindern, die nach einigen Probeschüssen am 18. Januar dann am 19ten einen Hagel von Bomben und glühenden Kugeln über die Stadt schütteten. Doch scheint es, daß dieselben nur den nördlichen, resp. nordwestlichen Teil derselben erreichten, wo dann das Kloster und die Kirche der Kreuzherren schweren Schaden erlitt und auch die Pfarrkirche beschädigt wurde. In der Nacht vom 20sten zum 21sten ward das Bombardement mit gleicher Heftigkeit fortgesetzt und dann noch während des 21sten, doch ohne durchschlagenden Erfolg. Wohl hatten die glühenden Kugeln an mehr als

[1]) Daß der Kommandant sich mit einem Mißverständnisse entschuldigt, schreibt der König selbst, Lettres d'un officier Pruss. a. a. O., S. 317, und man wird einem Manne wie Roth eine absichtliche Verletzung des Völkerrechtes nicht zutrauen dürfen.

[2]) An den Fürsten von Dessau den 16. Januar: „Das einzige, so damit zu versuchen stehet, ist ein Bombardement, weil es ein Pfaffennest ist und nicht viel Truppen darin sind.“ Bei Orlich, Gesch. der schles. Kriege I, 300. Schon diese Stelle zeigt, daß man das Bombardement nicht wohl bloß als Strafe für die völkerrechtswidrige Zurückweisung des Trompeters ansehen darf (wie dies Droysen, S. 197, thut), da diese doch erst am 19ten erfolgte (nach des Königs Angabe, nach den beiden mir vorliegenden Neißer Tagebüchern erst am 20sten). Wenn der König in dem in Anm. 1 erwähnten Briefe diesen Zusammenhang angiebt, so darf man dabei doch nicht vergessen, daß diese Briefe für das Publikum und die Zeitungen geschrieben waren.

einer Stelle gezündet, doch war man des Feuers immer wieder Herr geworden und zwar, ohne daß die wohlorganisierten Löschmannschaften schwere Verluste zu beklagen gehabt hätten. Am 22sten hörte das Feuer auf. Mit dem letzten Schusse, versichert ein Neißer Tagebuch [1]), hätten die Preußen noch das Schloß der Jerusalemer Kirche in die Stadt hineingeschossen, das der Kommandant dann zu ewigem Gedächtnisse hätte aufbewahren lassen. Die Belagerer zogen ab und die Neißer beeilten sich, ein Tedeum zu singen; man rechnete, daß in den drei Tagen an 1772 Schüsse gegen die Stadt seien abgefeuert worden [2]).

Den Bürgern und Soldaten gab der Kommandant Roth alle in der Stadt befindlichen Kaufmannswaren der Breslauer preis [3]), jenen zur Belohnung, diesen zur Strafe. Der General mochte die Breslauer, welche ihn als Kommandanten verschmäht hatten, übel im Gedächtnisse haben. Maria Theresia sandte den Neißern für ihre patriotische Haltung während der Belagerung ein besonderes Lobschreiben [4]).

Nach dem Abzuge der Preußen beeilte man sich, die Befestigungen auszubessern und zu verstärken, die Biele zu stauen, um eine Überschwemmung des südlichen Vorterrains zu erzielen und alle die Gebäude, welche noch außen geblieben waren und zum Teil den Preußen eine gewisse Deckung gegeben hatten, zu demolieren.

Ein eigentümliches Nachspiel der Belagerung war es, daß am 20. Februar jenes Bürgerfreicorps unter dem Fleischer Buckisch auszog, um zwei adelige Gutsbesitzer der Gegend, welche einer preußischen Gesinnung geziehen wurden, zu verhaften. Den einen derselben, Baron Reisewitz, der den Rang eines Oberstlieutenants in der preußischen Armee bekleidete, auf Moschen, brachten sie, wie sie ihn angetroffen, in Schlafrock und Pantoffeln in die Stadt geschleppt. Den anderen, Graf Arco auf Tschammendorf, hatten seine Bauern zu verteidigen versucht und waren nicht ohne Blutvergießen der Übermacht gewichen, dann transportierte man ihn, an Händen und Füßen gebunden, mitsamt seiner Gemahlin nach Neiße [5]). Beide sind dann in den ersten Tagen des März mit noch 29 anderen „Staatsgefangenen" unter starker Bedeckung von Neiße über Zuckmantel nach Sternberg und weiter nach Olmütz geschafft und lange in Gefangenschaft gehalten worden, obwohl sich der König selbst wiederholt um ihre Freilassung bemüht hat [6]).

---

1) Das handschriftliche Tagebuch des Neißer Kreuzherrn Pratzer (Neißer Stadtarchiv Kastneriana V) und ein zweites in Werners handschriftl. Topographie Schlesiens (Breslauer Stadtbibl.) haben mir vorzugsweise als Quelle gedient. Daß die Preußen mit dem letzten Schusse das Thürschloß des Jerusalemer Kirchleins in die Stadt geschossen hätten, welches dann der Kommandant zu ewigem Gedächtnis aufbewahrt habe, berichten die Neißer Tagebücher, vgl. Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 413.

2) So die Tagebücher; die Österr. milit. Zeitschr. 1827 I, 145, die sonst allerdings Quellen des Wiener Kriegsministerialarchivs benützt, giebt 3400 Schüsse an; doch sagt sie an derselben Stelle auch mit unerhörter Übertreibung, die Stadt hätte größtenteils in Asche gelegen, in schroffem Gegensatze zu Berichten von Augenzeugen.

3) Den 25. Januar; Pratzer.

4) Vom 11. Februar; abgedruckt bei Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 422.

5) Pratzer, zum 21. Februar.

6) Vgl. unten bei Erwähnung des Kartells wegen Auswechselung der Gefangenen.

Derselbe hat hierfür auch Repressalien ergriffen und mehrere katholische Magnaten Schlesiens, die Grafen Henkel, Rhedern, Berg, d'Haussonville, Pückler [1]) gefangen setzen lassen, auch die Aufhebung des Breslauer Fürstbischofs, Grafen Sinzendorf, welche am 26. März in Freienwalde erfolgte, wird mit jenen Vorfällen in Verbindung gesetzt, wenn gleich von anderer Seite auch als Ursache der Gefangennehmung ein den Bischof kompromittierender Briefwechsel mit dem Kommandanten von Neiße angeführt ward [2]). Der Kardinal ward am 15. April von Ottmachau nach Breslau gebracht, aber schon am 18ten ohne weiteres wieder freigelassen und trat bald in ein freundliches Verhältnis zu dem König.

Als die österreichischen Husaren die Frau eines preußischen Hauptmannes, v. Zastrow, fortgeschleppt hatten, ließ der König die Gemahlin des Neißer Kommandanten auf ihrem Landsitze unweit Neiße aufheben und bis zur Freilassung jener samt ihren Kindern gefangen halten.

Schwerin war indessen schon am 15. Januar weiter gerückt, indem er das kleine Corps Browns vor sich hertrieb. Am 18ten besetzte er Neustadt, am 22sten Jägerndorf, am 25sten bestanden seine Truppen noch ein Gefecht bei Grätz hinter Troppau und nahmen mit großer Bravour die Morabrücke, die Feinde nach Mähren hineindrängend. Ein Detachement unter Oberst Lamotte besetzte endlich am Februar im äußersten Südosten Schlesiens die beiden alten Schanzen des Jablunkapasses, deren österreichische Besatzung durch eine Kapitulation freien Abzug erlangte.

Von da an hatten die Truppen in einer fast 30 Meilen langen Linie bis Reichenbach die Winterquartiere bezogen. An Lamotte im Teschenschen schloß sich das Gros unter Schwerin selbst um Troppau und Jägerndorf, dann die Truppen des Generals Zeetze bei Weidenau bis zur Neiße und links der letzteren bis in die Gegend von Reichenbach das Corps des Generals v. Derschau. Schwerin schrieb damals an den König: „Wenn Troppau genommen, kann der Feind mit einer Armee aus Mähren nicht ohne große Präparatorien durchs Gebirge in Schlesien einbrechen, und Ew. Majestät Truppen sind völlig gedeckt“ [3]).

Der König entschloß sich, auf kurze Zeit nach seiner Hauptstadt zurückzukehren. In der Instruktion, die er Schwerin zurückließ, findet sich die Weisung, man solle, wenn man österreichische Husaren finge, „diese den Leuten zeigen, damit sie sich keine größere Idee von ihnen machen, und unsere Leute sehen, daß es schlecht Zeug sei“. Auch sollen die Offiziere den Soldaten Haß

---

[1]) Über deren weitere Schicksale vermag ich nur noch anzuführen, daß Graf Henkel, wie erzählt wird, Gelegenheit gefunden hat, zu entkommen (Totengespräch zwischen Römer und Schulenburg [Leipzig 1743], S. 42). Wegen der Grafen Rhedern und Pückler frägt Schwerin unter dem 14. Juli 1741 an, ob er dieselben auf ihr Ehrenwort auf ihre Güter entlassen dürfe (Berliner St.=A.), und aus seinem Berichte ersehen wir zugleich, daß er damals von sonstigen Staatsgefangenen nur noch den Direktor der Liegnitzer Ritterakademie, von Chamarré (der einer verräterischen Korrespondenz geziehen wurde, Kraffert, Chronik von Liegnitz II, 187), und den Postmeister Kaiser aus Jauer zu bewachen hatte. Die Grafen Berg und d'Haussonville scheinen also damals bereits wieder auf freiem Fuße zu sein.

[2]) Geubers Aufzeichnungen a. a. O., S. 72.

[3]) Projekt für die künftige Campagne (Mitte Januar); Berliner St.=A.

gegen die Österreicher erregen, daß diese mit mehr Verbitterung auf den Feind losgehen [1]). Am 29. Januar traf Friedrich wieder in Berlin ein.

Von dem Schauplatz einer glänzenden Campagne, die ihm in weniger als einem Monate eine große Provinz zu seinen Füßen gelegt hatte, wo es in seiner Hand gestanden, entweder, wie es Schwerin lebhaft befürwortet, nach Mähren einzubrechen, um direkt auf Wien loszugehen, oder aber, wie man in Österreich fürchtete, in Böhmen, um den Bayern die Hand zu bieten, kehrte der König jetzt in die schwüle Atmosphäre Berlins zurück, wo seinem Minister Podewils die Berichte der verschiedenen preußischen Gesandten über den alarmierenden Eindruck, den Friedrichs kühnes Vorgehen an den fremden Höfen gemacht, das treue Herz mit Besorgnis erfüllten, und der alte Dessauer über die eigene Unthätigkeit mißmutig von der unvorsichtigen Kriegsführung Schwerins das Schlimmste prophezeite.

Und ganz ohne Wirkung blieben die Bemerkungen des kriegserfahrenen alten Heerführers, welcher damals zu Besprechungen mit dem Könige von Magdeburg nach Berlin kam, auf diesen letzteren nicht; von jener Zeit datiert der regelmäßige, briefliche Verkehr mit dem Fürsten über die militärischen Vorkommnisse, und der Fürst ward bald aufgefordert, recht dreist zu schreiben und nichts zu verschweigen [2]). Fürst Leopold hatte doch in gewisser Weise seinen Nebenbuhler Schwerin in der Meinung des Königs ausgestochen.

Ehe der König Berlin verließ, ordnete er noch die Absendung eines sehr ansehnlichen Nachschubes von Truppen nach Schlesien an, wozu er an Infanterie die Regimenter Garde (3 Bataillone), Truchseß, Glasenapp, Prinz Leopold, Kalkstein und Prinz Dietrich, und von Kavallerie die Garde du Corps (1 Schwadron von 150 Mann), 4 Schwadronen Gendarmen, je 5 Schwadronen Prinz Wilhelm (Kürassiere), Jung-Waldau, und 6 Schwadronen Husaren, sowie eine Abteilung Artillerie unter dem Kommando des Generallieutenant v. Lindner bestimmte, und von welchem Corps die Spitzen Anfang März die schlesische Grenze erreichten. Und da dann bald nachher an Infanterie noch 1 Regiment Bredow, 1 Münchow und 1 Camas (nachmals Dumoulin) herbeordert wurde und der König auch Anfang März die Dragonerregimenter Geßler und Buddenbrock aus Preußen herbeirief [3]), so erscheint etwa im Mai oder Juni des Königs militärische Macht in Schlesien in der Stärke von 30,706 Mann Infanterie und 10,676 Mann Kavallerie [4]).

Am 19. Januar reiste dieser wieder von Berlin ab, sah am 21sten den Erbprinzen von Anhalt in dessen Hauptquartier Rauschwitz vor Glogau und ging über Liegnitz (22. Februar) nach Schweidnitz (23. Februar); von da am 25sten zur Besichtigung der Grenzposten des Generals v. Derschau gegen Reichenbach, dann weiter nach Frankenstein (26sten) und am 27sten von Silberberg nach Wartha, dem äußersten Punkte der preußischen Aufstellungen. Es war ein Glück, daß der Feind, der über die Absicht des Königs, diese Gegend zu besuchen, wohl unterrichtet war, doch deren Ausführung früher vermutete,

---

1) Vom 24. Januar; Berliner St.-A.
2) Den 5. März; bei Orlich I, 310.
3) Ordre über die Ausführung des Marsches am 3. März; Berliner St.-A.
4) Dies ist die Totalsumme des bereits angeführten Verpflegungsetats von 1741.

den schon gelegten Hinterhalt an der Straße von Silberberg nach Wartha wieder aufgab und zwar am Tage, bevor der König die Straße passierte. Auf eine erneute Nachricht hatte zwar Lentulus einige hundert Husaren wiederum über die Neiße entsendet, doch nur auf der Seite zwischen Wartha und Frankenstein. Während der König sich in Wartha befand, stürzten sich dieselben auf die zur Bedeckung gehörige, in der Mitte zwischen Frankenstein und Wartha in dem Dorfe Baumgarten aufgestellte Schwadron Schulenburgscher Dragoner unter dem Kommando des Oberstlieutenant Diersford, rannten dieselben über den Haufen, nahmen ihnen ihre Standarte und mehrere Gefangene ab [1]), zogen sich aber, als Infanterie aus Frankenstein heranrückte, mit ihrer Beute wieder über die Neiße zurück, während die Bedeckung des Königs sich einer kleinen, direkt auf Wartha zu operierenden Abteilung leicht erwehrte, so daß am Abend die Straße nach Frankenstein wieder sicher war. Die feindlichen Reiter schienen weit aus barbarischem Osten hergekommen zu sein, da sie nach dem eigenen Zeugnisse des Generals Lentulus, eines vierspännigen Reisewagens ansichtig werdend und in demselben den König vermutend, über ihn herfielen und den darin Sitzenden, angeblich den zur Begrüßung des Königs abgeschickten Deputierten des Münsterberger Fürstentums, ohne weiteres totschossen [2]).

Bei etwas weniger Ungestüm und etwas mehr Klugheit hätten die Feinde wohl vermocht, den König gefangen zu nehmen. Darüber täuschte sich dieser nicht und gelobte sich selbst größere Vorsicht. Ja er nahm hieraus Veranlassung, seinem Minister Verhaltungsbefehle zu erteilen für den Fall seiner Gefangennehmung, Podewils solle mit seinem Kopfe dafür haften, daß von Staatswegen seine Befreiung durch kein unwürdiges Opfer erkauft werde, und daß selbst Befehle, die er als Gefangener gäbe, nicht ausgeführt würden; „ich bin nur so lange König, als ich frei bin". Auch verspricht er dem Minister eine Denkschrift zu senden, dazu bestimmt, für den Fall, daß er getötet werde, seinem Nachfolger übergeben zu werden. Obwohl der Brief, der diese Bestimmungen enthält [3]), in keineswegs trüber Stimmung geschrieben erscheint, so blieben doch anderseits Schwerins wiederholte Mahnungen zur Vorsicht, da das Volk in den katholischen Landesteilen sehr feindlich gesinnt sei, nicht ohne Eindruck auf den König, und die Vorstellung persönlichen Bedrohtseins führte ihn schließlich zu dem doch schwerlich begründeten Verdachte eines von Wien ausgegangenen Anschlages auf sein Leben oder wenigstens

---

[1]) Vgl. den interessanten Brief des Königs über diese Affaire an Graf Schulenburg (Frankenstein den 28. Februar) mitgeteilt von Droysen im Militär-Wochenbl. 1875, S. 320 Anm.

[2]) Nach Lentulus' Berichte bei Arneth, Maria Theresia I, 383. Was den angeblich erschossenen Deputierten des Münsterberger Fürstentums betrifft, so fällt es auf, daß keine der zahlreichen schlesischen Quellen von dem gewaltsamen Tode eines so angesehenen Mannes etwas berichtet. Als der Münsterberger Deputierte für den schlesischen Fürstentag wird im Dezember 1740 Max v. Sweerts auf Peterwitz und Löwenstein bei Frankenstein bezeichnet (Schles. Kriegsfama V, 19). Dieser kann nicht wohl am 27. Januar 1741 erschossen worden sein, er erlangte im Herbst dieses Jahres die preußischen Kammerherrenwürde und lebte noch in den fünfziger Jahren.

[3]) Undatiert, doch praes. 7. März; Polit. Korresp. I, 201.

auf seine Freiheit, dem speziell der Großherzog von Toscana nicht ganz fernstehe [1]).

Friedrich war übrigens nicht in der besten Stimmung, als er, in seiner Inspektionsreise fortfahrend, gegen Anfang März über Strehlen nach Ohlau ging, das Brieger Blokadecorps besichtigte und dann nach Schweidnitz zurückkehrte. Mit den Aufstellungen an der Neiße war er nicht zufrieden und zürnte auch Schwerin, der, wie er klagte, seinen Dispositionen zuwider den Paß von Zuckmantel unbesetzt gelassen und dadurch verschuldet hatte, daß ein Succurs von mehreren hundert Mann sich in das blokierte Neiße geworfen.

Auch wegen Glogaus war er in Sorge; der alte Fürst von Dessau hatte ihm vorgestellt, wie auf der einen Seite aus dem nahen Polen sich ein dort leicht zu sammelnder Kriegshaufe auf das Blockadecorps werfen könne, und wie anderseits von Böhmen aus, wo die Grenze gar nicht besetzt sei, recht wohl ein Entsatz versucht werden könnte. Um derartige Zwischenfälle abzuwehren, konzentrierte der König jetzt um sein Hauptquartier Schweidnitz größere Truppenmassen, drängte jedoch zugleich auch den Erbprinzen, Glogau durch Belagerung oder Surprise zu nehmen.

Doch Prinz Leopold war bei aller Bravour doch ein äußerst vorsichtiger und umsichtiger General, dem der König gerade um dieser Eigenschaften willen erst noch vor kurzem das schöne Zeugnis ausgestellt hatte: „Wenn ich mehr solche Offiziere wie Sie hätte, wollte ich ruhig schlafen“ [2]). Zu einer methodischen Belagerung entbehrte er des schweren Geschützes, und anderseits hatte er vom König früher den Befehl erhalten, „die Truppen nicht ohne Not zu sakrifizieren“ und nur, wenn er gewisse Hoffnung habe, „ohne großen Verlust in den Entreprisen zu reussieren“, vorzugehen [3]). Das behielt er treu in der Erinnerung und war entschlossen, das kühne Wagnis einer Überrumpelung erst dann zu unternehmen, wenn es der König ihm direkt auftrüge [4]). Indessen hatte, ehe noch der Lieutenant Ziethen, den er mit der Bitte um „positive Ordre“ an den König gesendet, zurück war, dieser von der Besorgnis, die Österreicher könnten von Böhmen aus einen Entsatzversuch unternehmen, in immer steigendem Maße gequält, aus freien Stücken den gewünschten Befehl erlassen, der Prinz solle, so wie die Petarden, die er schon früher zur Aufsprengung der Thore verlangt hatte, eingetroffen sein würden, Glogau „mit allem Nachdruck und mit Gewalt“ an verschiedenen Orten gleichzeitig angreifen [5]).

Am 7. März überbrachte des Königs Befehl dessen Adjutant, Graf Goltz, dem Erbprinzen, der dann seinem Versprechen getreu nun eiligst daran ging, für den auf die Nacht vom 8. bis 9. März festgesetzten Sturm die Rollen zu

---

[1]) Vgl. Grünhagen, Zur Gesch. des angebl. Attentates auf Friedrich d. Gr. 1741; Zeitschr. für preuß. Gesch. 1878, S. 272.

[2]) Den 2. März 1741; bei Orlich I, 391.

[3]) Vom 14. Januar, ebd. S. 385; eigenhändig schreibt dann der König noch unter den Brief: „Machen Sie mit Glogau, was Sie gut achten, exponieren Sie meine Leute nur nicht.“

[4]) Der originelle Brief des Erbprinzen, der diese Erklärung enthält, vom 6. März, soll in den Beilagen abgedruckt werden. Wie man sieht, ist es die Antwort auf des Königs Brief vom 4ten; bei Orlich I, 392.

[5]) Ohlau, den 6. März; bei Orlich I, 393; also von demselben Tage wie der eben angeführte Brief des Erbprinzen.

verteilen. Eben um diese Zeit trafen die ersten Truppen des großen Nachschubes [1]) in dieser Gegend ein, und der Erbprinz sollte Mannschaften seines eigenen Regimentes, sowie der Regimenter Truchseß und Glasenapp noch mit bei dem Unternehmen verwenden. In der Stadt, wo man von den Türmen scharf observierte, hatte man am 8. März wohl Truppenansammlungen bei den Belagerern wahrgenommen, doch hatte der Kommandant wenig auf die Meldung gegeben und keine besonderen Maßregeln getroffen [2]). Mit dem Glockenschlage zwölf setzten sich die drei im Schutze der Dunkelheit näher an die Festung herangeschlichenen Sturmkolonnen von ihren Standorten aus in Bewegung und begannen am Schlosse unterwärts, bei den Mühlen oberhalb und an der Leopoldbastion mitten zwischen jenen beiden Punkten auf dem linken Ufer den Angriff mit solcher Schnelligkeit, daß die Kugeln schon weit über sie wegflogen, als die ersten Kanonenschüsse fielen. Schnell waren die dreifachen Palissaden überklettert oder beseitigt, und in dem übrigens trockenen Graben vermochten weder die Fußangeln noch die spanischen Reiter sie aufzuhalten. Mit Sturmleitern, am Schloßthor sogar ohne solche, teilweise das in das Erdreich des Walles gestoßene Bajonett als Halt- oder Stützpunkt benutzend, erklommen die Preußen die eisglatten Wälle, welche schon um 12½ Uhr von den Stürmenden besetzt gewesen sein sollen. Ehe noch die Offiziere die mitgebrachten Petarden zur Sprengung der Thore zu benutzen Gelegenheit gefunden hatten, wurden dieselben von den über den Wall Gekletterten von innen geöffnet. Vier Grenadiere vom Regimente Glasenapp verspätet ihrer Compagnie nach den Wall erreichend, verfehlten dann die Richtung und fanden sich in der Kehle der Kreuzbastion plötzlich einem österreichischen Hauptmann mit etwa 52 Mann gegenüber. Mit verzweifeltem Entschlusse stürmen sie vor und verlangen, daß jene die Waffen strecken. Und die Österreicher, erschreckt, und in der Dunkelheit die Schwäche ihrer Gegner nicht erkennend, erfüllen das Begehr und werden nun von dreien der Grenadiere so lange bewacht, bis der vierte Succurs herbeigeholt hat [3]). Dagegen gesteht der Feldprediger Seegebart von Leuten seines eigenen Regimentes (Prinz Leopold), dessen Tapferkeit er sonst wohl zu rühmen weiß, ein, daß dieselben ebenso wie Mannschaften der Grenadierbataillone, die sämtlich hier zum ersten Male ins Feuer kamen, nachdem sie den Wall bereits erstiegen, und dann bei entbrennendem Kampfe einige ihrer Kameraden getroffen worden waren, nicht mehr recht vorwärts gewollt hätten, so daß die Offiziere ihre volle Energie brauchen mußten, um das Ganze nicht ins Stocken kommen zu lassen [4]).

Nur am Schlosse, wo der Erbprinz selbst mit großer Bravour den Angriff leitete, leistete Oberst Reiski tapferen Widerstand, bis er, tödlich verwundet, zusammenbrach. Der erlassene Befehl, keinen Schuß zu thun, bis

---

1) Vgl. o. S. 165.

2) Tagebuch aus dem Glogauer Jesuitenkloster in der Schles. Zeitschr. Silesia I, 167.

3) Militär-Wochenbl. a. a. O., S. 324. Der König ließ jedem derselben 10 Dukaten geben und sie sich nachmals persönlich vorstellen. An den Erbprinzen, den 10. März; bei Orlich I, 395. Vgl. auch Seegebart, S. 17.

4) Tagebuch desselben ed. Fickert, S. 19: „Ita timetur mors ab homine naturali“, fügt der Feldprediger hinzu.

man in der Stadt sei, wurde streng ausgeführt. Der überraschte österreichische Kommandant hatte schließlich auf dem Markte an der Hauptwache noch einige hundert Mann um sich gesammelt, mit denen er sich jedoch, von allen Seiten umzingelt, ergab. Der Plünderung, auf welche in einer mit blanker Waffe erstürmten Festung die Soldaten nach Kriegsgebrauch ein Recht zu haben glaubten, wurde gewehrt, nachdem anfangs einige Judenladen, die Apotheke im Jesuitenkolleg und noch einige andere Häuser, wie es in dem Glogauer Bericht heißt, „ein böses Stündchen erlitten hatten“ [1]).

Die Preußen hatten 9 Tote und etwa 38 Verwundete [2]), der österreichische Verlust betrug an Toten und Verwundeten an 60 Mann, gefangen wurden 855 [3]). Die Preußen fanden in der Festung 58 metallene Kanonen, die der Erbprinz als überaus schön bezeichnet [4]), 5 Mörser und 1300 Zentner Pulver, 21,000 Kugeln zc. [5]).

Der König, über die mit geringem Verlust erkaufte Einnahme Glogaus hoch erfreut, lohnte dem Erbprinzen durch ein Handschreiben voll wärmster Anerkennung, den Soldaten durch Geschenke. „Prinz Leopold“, schrieb er dessen Vater, „hat wohl die schönste Aktion gethan, die in diesem Seculo geschehen ist“ [6]). Überall, wo die preußische Besatzung stand, feierte man die Eroberung Glogaus, am festlichsten in Schweidnitz am 10. März, wo Friedrich selbst die erwünschte Nachricht erreicht hatte. „Vivent nos braves soldats!“ schrieb der König von hier aus unter ein Kabinettsschreiben an Podewils [7]).

1) An der Plünderung im Jesuitenkollegium hatten die in Glogau internierten Bauern eifrig teilgenommen. In dem angeführten Tagebuche S. 168.

2) Militärwochenbl. a. a. O., S. 325.

3) Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 288.

4) Bericht vom 10. März; Berliner St.=A.

5) Auch noch 11 eiserne Kanonen. Eine Spezifikation der artilleristischen Vorräte nach dem Berichte des Lieutenants v. Holzmann, der dieselben übernommen; bei Malinowski=Bonin, Gesch. der preuß. Artillerie I, 471.

6) Den 12. März; bei Orlich I, 315.

7) Vom 10. März mitgeteilt von Droysen im Beihefte zum Militär=Wochenbl. 1875, S. 322.

Zweites Kapitel.

Schlacht bei Mollwitz.

Von den zwei Punkten, welche der alte Fürst von Dessau vornehmlich als gefahrdrohend bezeichnet hatte, war der eine bezüglich Glogaus durch die Einnahme der Festung erledigt, der andere die Möglichkeit eines Durchbruches der ausgedehnten preußischen Postierungen durch das inzwischen in Mähren gesammelte österreichische Heer und zwar in der Richtung direkt auf Neiße zu bestand noch fort, und die Thatsache, daß wirklich Anfang März es den Österreichern gelungen war, eine Verstärkung von einigen Compagnieen Infanterie und 150 Husaren [1]) über Zuckmantel nach Neiße zu werfen, schien die Besorgnisse noch ganz besonders zu rechtfertigen. Der König war entschlossen, selbst die Kriegsoperationen in die Hand zu nehmen, und vor allem sich Neißes zu bemächtigen. „Sobald das Wetter favorabel wird“, schreibt er unter dem 12. März an den Fürsten von Anhalt, „so ist meine Meinung, mit 8 Bataillons Infanterie, 4 Grenadierbataillons, 1200 Arbeitern und 10 Escadrons die Belagerung von Neiße anzufangen und durch Hilfe der 56 sowohl zwölf- als vierundzwanzigpfündigen Kanons, der 18 Mortiers und zwölf Haubitzen die Stadt solchergestalt anzugreifen, daß keine Resistance nicht statthaben möge, und indessen der Überrest der Armee in der Gegend von Jägerndorf oder Ziegenhals zu campieren. Der Feind kann solcher Zeit noch nicht in Campagne kommen, denn es fehlet ihm noch bereits an allem — bis dato seind sie in Mähren und Böhmen wirklich nicht über 12,000 Mann stark.“ [2]) Das Belagerungsgeschütz stand in Ohlau bereit, Anfang April sollte General Kalkstein die Belagerung von Neiße beginnen.

Der König erwartete in der That den Feind oder den größeren Teil desselben auf dem Wege, den derselbe dann auch wirklich gekommen ist, direkt über das Gebirge auf Neiße zu; „nach der jetzigen Situation bin ich hauptsächlich vor die beiden Posten von Ziegenhals und Weidenau besorgt, als

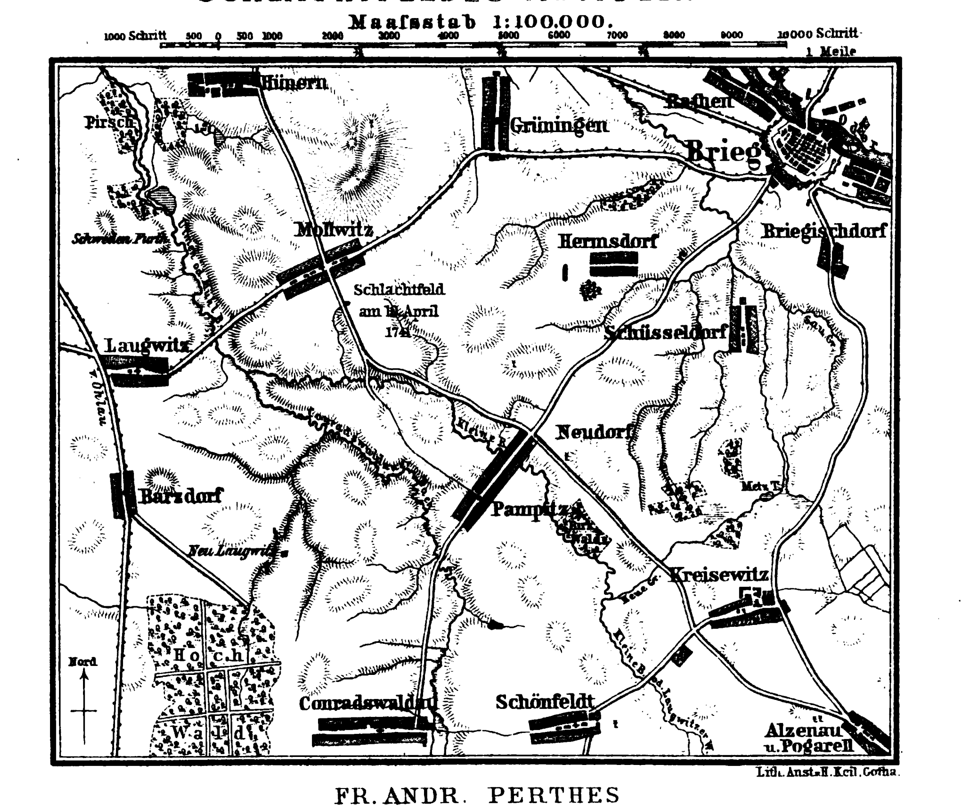
---

[1]) So die Österr. militär. Zeitschr. von 1827 I, 155 nach den Akten des Wiener Kriegsministeriums, in des Königs Briefe an den Fürsten von Anhalt; bei Orlich I, 309 werden höhere Zahlen angegeben. Der Tag dagegen, den die Österr. militär. Zeitschr. anführt, den 5. März, kann nicht wohl richtig sein, denn eben von diesem Tage ist der Brief des Königs datiert, der über das Ereignis berichtet.

[2]) Bei Orlich I, 314.

UMGEGEND DES SCHLACHTFELDES VON MOLLWITZ

Maafsstab 1:100.000.



FR. ANDR. PERTHES
GOTHA.

welche einem feindlichen Einfall am meisten exponiert sind" [1]). Er ließ Weidenau stärker besetzen und über Ziegenhals hinaus bis an den Paß von Zuckmantel Truppen vorschieben. Die Dörfer um Neiße sollten ernstlich besetzt werden und zwar nicht bloß mit einigen Kavalleriedetachements, da diese sonst, beständig alarmiert, fortwährend auf- und absatteln müssen, infolge davon schnell herunterkommen und unbrauchbar werden würden, vielmehr solle immer gleich ein Bataillon zusammengelegt werden, wo dann alle Avenues sorgfältig überwacht werden könnten [2]).

Das ganze Heer sollte zu beiden Seiten der Neiße so aufgestellt werden, daß er es in zwei bis drei Tagen bequem konzentrieren könnte [3]), in einer Linie von Jägerndorf, Neustadt über Neiße hinaus. In diesem Sinne ward Schwerin instruiert und in ungeduldigen nicht eben gnädigen Schreiben, die schnell auf einander folgten (am 5., 6., 7. März), zur schleunigen Ausführung dieser Ordres gedrängt.

Damit war nun aber Schwerin wenig einverstanden. Es ist merkwürdig genug, daß in dem Briefwechsel zwischen dem Könige und seinem Heerführer die Möglichkeit, daß das in Mähren gesammelte österreichische Heer über das Gesenke direkt auf Neiße marschieren könne, gar nicht erörtert wird. Schwerin scheint es als ganz selbstverständlich vorausgesetzt zu haben, dasselbe werde versuchen, sich die große Straße von Mähren her über Troppau und Jägerndorf zu eröffnen. Und von dieser Voraussetzung ausgehend, macht er nun gegen die Anordnung des Königs ernstliche Vorstellungen. Auf der Stelle könne er nicht fort, er müsse mindestens abwarten, bis Lamotte, den er aus dem Teschenschen zurückbeordert, die Oppa überschritten habe, weil sonst der Feind diesen abschneiden würde. Ferner verzweifle er daran, des Königs Befehle entsprechend die Magazine aus Ratibor und Troppau nach Oppeln schaffen zu können. Bei den feindseligen Gesinnungen, welche die Bevölkerung in diesen Gegenden zeige, werde das nicht möglich sein, man werde alle die Vorräte, um sie nicht dem Feinde preiszugeben, verbrennen müssen. Wovon aber seine Truppen, wenn er nach des Königs Befehle dieselben auf einer Linie Oppeln-Johannesberg konzentriere, subsistieren sollten, vermöge er nicht anzugeben. Übrigens werde, wenn man Troppau und Ratibor aufgebe, auch Jägerndorf unmöglich zu behaupten und man bald genötigt sein, bis über die Neiße zurückzuweichen, wo man dann allerdings auf üble Folgen für den Geist der Truppen und eine massenhafte Desertion gefaßt sein müsse [4]).

Der König erscheint um diese Zeit von widerstreitenden Einflüssen bestürmt. Wenn er beim Beginne des Feldzuges sich gerade Schwerin zu seinem Heerführer auserkoren hatte wegen der Sympathieen, welche er für dessen geistvolle kühne Art fühlte, so war diese Zuneigung allmählich gemindert worden durch die rücksichtslose und herrische Art, mit welcher ihm der Marschall seine Ratschläge diktierte und ihn eigentlich wie einen Schüler be-

---

1) An den Fürsten von Anhalt, den 15. März; bei Orlich I, 315.
2) An Schwerin, den 12. März; Berliner St.-A.
3) An den Fürsten von Anhalt, den 15. März; bei Orlich I, 315.
4) Bericht vom 9. März; Berliner St.-A.

handelte [1]), und selbst wenn ihm Schwerin lobend schrieb: „Ihre Maßregeln sind gut, der erfahrenste Feldherr könnte es nicht besser machen" [2]), so nahm der Stolz des jungen Fürsten an solcher Censur Ärgernis. Um so lieber hörte dann der König auf die strenge Kritik, welche Schwerins eifersüchtiger Nebenbuhler, der alte Fürst von Dessau, an dessen Maßregeln übte, und er kehrte von Berlin mit dem Entschlusse zurück, nun selbst die Zügel in die Hand zu nehmen und eine konzentriertere Stellung im Gegensatze zu Schwerins Ansichten durchzuführen.

Aber als dann der Plan ins Werk gesetzt werden sollte, berührten doch auch des Marschalls Argumente eine Saite, die in seinem Herzen nachklang. Es war ihm doch fatal, ein so großes Stück der Provinz, die einzunehmen er gekommen war, nachdem er es thatsächlich besetzt, nun wieder ohne Kampf aufzugeben, so weit zurückzuweichen vor dem anrückenden Feinde. Wie sehr ihn dieser Gedanke beschäftigte, sehen wir daraus, daß er Podewils aufträgt, in die Zeitungen eine Notiz einrücken zu lassen, „damit die Feinde dieser Sache keinen falschen Anstrich ihrer Gewohnheit nach geben, als wenn es eine Retraite wäre [3]).

Schließlich macht dann der König seinem Obergeneral doch eine Konzession, welche einem halben Aufgeben seines eigentlichen Planes fast gleichkommt; er zeigt sich einverstanden, daß derselbe Troppau behaupte, nur solle er auch Zuckmantel schützen [4]).

Was Zuckmantel anbetrifft, so ging Generalmajor v. Jeetze am 15. März über Ziegenhals hinaus bis Zuckmantel vor, und da dort die Bewohner den österreichischen Truppen Beistand leisteten und aus den Häusern schossen, ward der Ort der Plünderung preisgegeben und niedergebrannt [5]). Gleiches Schicksal traf dann am folgenden Tage das dann weiter jenseits der Einsattelung der Bischofskoppe gelegene Johannesthal [6]), „gleichfalls ein Räubernest", wie Schwerin schreibt [7]).

Behaupten ließen sich allerdings diese Bergstädtchen nur, wenn man hier eine größere Macht als Rückhalt aufstellte. Schwerin erklärte sie für unhaltbar, und Jeetze zog sich nach seinem Zerstörungswerke wieder gegen Weidenau zurück.

Mit Schwerins Konzentrierungen ging es inzwischen nur langsam vorwärts. Am 9. März räumte Lamotte die Schanzen des Jablunkapasses. Sie zu schleifen hatte man nicht Zeit gefunden, die Österreicher fanden sie in besserem Zustande, als sie einst übergeben wurden, auch 7 vernagelte Kanonen und einige Munition darin [8]). Am 13. März verließ Lamotte Teschen,

---

1) „Le maréchal de Schwerin — — avait le défaut d'être impérieux, il ne savait pas donner son avis à un roi altier et sensible en serviteur discret, mais c'était toujours avec un ton impérieux et comme un précepteur parlerait à un disciple." So urteilt ein Freund Schwerins, Generalmajor Schmettau, Militär-Wochenbl. 1840, S. 10.

2) Den 1. Januar; Berliner St.-A.

3) Den 10. März; Militär-Wochenbl. 1875, S. 322.

4) Den 12. März; Berliner St.-A.

5) Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 290.

6) Nicht Johannisberg, wie die Österr. militär. Zeitschr. a. a. O. angiebt.

7) Bericht vom 16. März; Berliner St.-A.

8) Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 289.

einige angesehene Männer als Geiseln für noch ausstehende Kontributionen mit sich führend [1]). Alles zog sich nach Ratibor, wohin auch aus Oderberg am 18ten die Preußen zurückwichen. Aber auch Ratibor zu räumen wollte nicht gelingen; dort war das ansehnlichste Magazin Oberschlesiens, dessen Vorräte hinwegzuschaffen die größten Schwierigkeiten machte [2]).

Es kann vielleicht bezweifelt werden, ob Schwerin auch nur den rechten guten Willen hatte. Weit entfernt, seine Truppen näher der Neiße zurücken zu lassen, ersehnte er im Gegenteil Verstärkungen, um sich auf der Linie Troppau-Jägerndorf behaupten zu können, und immer aufs neue schreibt er in diesem Sinne unter der stets festgehaltenen Voraussetzung, daß sich der Feind gegen ihn wenden müsse.

So am 16. März, Neipperg sei jetzt in Olmütz und Gefahr vorhanden, daß er sich zwischen Troppau und Jägerndorf schiebe, der Feind habe so viel Regimenter, als er Schwadronen. Dann am 21. März: „Der Feind ist auf dem Marsche herwärts gegen mich. Am 18ten und 19ten hat er Oderberg angegriffen, Lieutenant Blankenburg hat sich tapfer gewehrt; da aber der Ort nicht haltbar ist, hat Lamotte den Posten an sich gezogen, wodurch die Stellung zwischen Troppau und Jägerndorf immer epineuser wird, die linke Flanke ist ganz offen. Auch in meiner Fronte ist der Feind und bin ich nicht imstande, aus meinen Garnisonen das Geringste zu ziehen, um daraus ein Corps zu formieren, und erwarte mit größtem Verlangen die versprochenen 4 Bataillone und 5 Schwadronen Platen, um mich auf selbige in meinem Rückmarsche repliieren zu können.“ [3])

Und deutlicher noch als vorher spricht er seine eigentliche Meinung unter dem 28. März aus: „Wenn der Feind etwas mit Erfolg unternehmen will, muß er hier (der Brief ist aus Jägerndorf datiert) debouchieren. Folglich wird, so wie ich imstande sein werde, ihn in dieser Gegend aufzuhalten, Ew. Majestät es bequemer haben, Ihre Belagerung zu poussieren. Sie wird mehr Lebensmittel und Fourage haben, während, wenn ich diese Stellungen aufgäbe, um mich auf die Neiße zurückzuziehen, wir sicherlich alle beide an Lebensmitteln und Fourage Mangel leiden würden. — Wenn Truppen da sind, um mich zu verstärken, warum diesen Schatz opfern?“ [4])

Wirklich riß Schwerin den König mit sich fort [5]), und obwohl das, was dieser durch Kundschafter über die Bewegungen des Feindes in Erfahrung gebracht, mit den Voraussetzungen des Marschalls nicht recht stimmte, entschloß sich Friedrich doch, mit einem großen Teile der ihm hier zu Gebote stehenden Streitkräfte, etwa 5000 Mann zu Fuß und 1000 Reitern, zur Verstärkung Schwerins aufzubrechen. Wenn er damals dem alten Fürsten von

---

[1]) Ein Verzeichnis derselben in den Akten des Wiener Kriegsministeriums.

[2]) Noch am 26. März berichtet Schwerin hierüber.

[3]) Berliner St.-A.

[4]) Die Stelle abgedruckt bei Ranke, 12 B. preuß. Gesch. III, 397, Anm. 1.

[5]) Wenn Tschackert in seiner interessanten und verdienstlichen Monographie über die Schlacht bei Mollwitz (Programm des Gymn. zu Ostrowo 1856), S. 6, den König erst bei dem persönlichen Zusammentreffen mit Schwerin umgestimmt werden läßt, so glaube ich dagegen im Einklang mit der noch anzuführenden Äußerung des Königs in seinen Memoiren, daß er bereits für Schwerins Ideeen gewonnen war, als er den Entschluß faßte, mit einer Heeresabteilung zu Schwerin aufzubrechen.

Dessau schrieb: „Ich marschiere anjetzo mit 5 Infanterie- und 4 Grenadierbataillons, um den Schwerin zu mir zu ziehen und ihm Sicherheit zu verschaffen zu seinem Rückmarsch" [1]), so wird der erfahrene Heerführer wohl die Erwägung gemacht haben, daß für den angegebenen Zweck solche Machtentfaltung zu groß scheine und daß, wenn wirklich solche Verstärkung notwendig geworden wäre und die ganze Macht der Österreicher bereits auf Schwerin drücke, man dann auch nach der Vereinigung des Königs mit den etwa 8000 Mann, die Schwerin dort hatte, nicht stark genug sein würde, um bei Jägerndorf die Entscheidungsschlacht zu schlagen. Friedrich selbst bezeichnet in seinen Memoiren gerade diesen Zug als seinen schlimmsten Fehlgriff, nur zu erklären durch seine gänzliche Unerfahrenheit [2]).

Am 29. März war der König in Steinau, wo 2 seiner Bataillone zurückblieben; am 30sten traf er mit Schwerin in Neustadt zusammen und brach dann am 1. April mit dem Feldmarschall und dreien seiner mitgebrachten Bataillone gegen Jägerndorf auf. Sein Gedanke war, daß, während General Kleist mit 10 Bataillonen und 10 Schwadronen die Belagerung von Neiße beginnen sollte, für die in Ohlau an 100 schwere Geschütze bereit standen, hier bei Jägerndorf Schwerin mit seiner verstärkten Macht den Feind abzuwehren und auf der rechten Flanke der Herzog von Holstein mit 7 Bataillonen und 4 Schwadronen in der Gegend von Ottmachau ein Vorbrechen des Feindes aus dem Glätzischen zu verhüten habe. Bei dieser Berechnung war die kleine Straße, welche gerade in der Mitte beider Aufstellungen von Olmütz aus über das mährische Gesenke gerade auf Zuckmantel, Ziegenhals und Neiße zuführte, gar nicht in Betracht gezogen. Wir wissen ja, daß der König einige Wochen früher sehr ernstlich daran gedacht hat, sich auch nach dieser Seite hin zu schützen; nun aber schien Schwerins Ansicht, daß hier die Berge und die grundlosen Wege einen Übergang der österreichischen Hauptmacht auf dieser Straße unter allen Umständen verhindern würden, bei dem König durchgeschlagen zu haben, vor einem kleineren Streifkommando, das diesen Weg versuchte, das Neißer Belagerungscorps zu schützen, war dann Kalksteins Sache und auch die des Königs, der hierher eilen und die Belagerung der wichtigen Festung selbst in die Hand nehmen wollte. Das geräuschvolle Treiben des kühnen Reitergenerals Baranyay, der mit etwa 2000 Mann vornehmlich leichter Truppen auf der Linie Troppau-Jägerndorf die Preußen fortwährend in Atem hielt, wandte dann noch besonders die Blicke des Königs und Schwerins nach dieser Gegend, als suche hinter diesen schwärmenden Vortruppen das Gros der feindlichen Armee auf einen Punkt der großen mährisch-schlesischen Hauptstraße einzubrechen.

Da brachten mit einemmale am 2. April einige Überläufer vom Lichtensteinschen Dragonerregimente dem Könige und seinem Heerführer nach Jägerndorf die furchtbar überraschende Kunde, daß das österreichische Hauptheer bereits an ihren Stellungen vorbeigegangen sei und über das Gebirge nach Neiße marschiere.

Das österreichische Heer, welches sich seit Anfang 1741 in Mähren gesammelt hatte, war unter dem Oberbefehl des Feldzeugmeisters Grafen Neip-

1) Den 28. März; bei Orlich I, 323.
2) Redaktion von 1746, ed. Posner, S. 224.

perg gestellt worden. Dieser war erst bei dem Regierungsantritte Maria Theresias aus der Kerkerhaft entlassen worden, in welcher man ihn für die schlechten Erfolge des Türkenkrieges und den unrühmlichen Frieden, der denselben beendete, schwerlich ganz mit Recht hatte büßen lassen. Seine Freiheit dankte er dem Vertrauen und der Zuneigung seines einstigen Schülers, des Großherzogs von Toscana, und dieselbe mächtige Fürsprache verschaffte ihm jetzt auch das Kommando des Heeres, das Schlesien wiedererobern sollte, und bald dann auch den Marschallsstab [1]).

Neipperg war ein mit dem Kriegshandwerke wohlvertrauter, überlegender und keineswegs unbegabter Feldherr, den allerdings die Verantwortung seines Amtes, noch verschärft durch die Erfahrungen der letzten Jahre, schwer drückte und doppelt bedenklich machte, wenn er gleich im Anfange von der kriegerischen Tüchtigkeit seines Gegners nicht allzu hoch dachte und im Grunde nicht daran zweifelte, daß er den jungen König bald wieder „zu Apoll und den Musen zurückschicken werde“ [2]). Anfang März war er bei dem Heere in Mähren eingetroffen und seitdem von dem Hofkriegsrate gedrängt worden, den Feldzug zu eröffnen, obwohl er sich überzeugte, daß der Ausrüstung des Heeres noch vieles fehle. Als er dann Ende März etwas über 15,000 Mann beisammen hatte, entschloß er sich, den Krieg zu beginnen, und zwar die Erwartung des Gegners täuschend nicht auf der großen Straße über Troppau-Jägerndorf vorzugehen, sondern direkt auf Neiße zu auf der kleinen Straße über das Gebirge.

Es war der kühnste Gedanke, den Neipperg je ausgeführt hat, ein Flankenmarsch fast parallel den preußischen Aufstellungen, von welchen ihn allerdings ansehnliche Berge trennten, in ungünstigster Jahreszeit, auf grundlosen Wegen über ein hohes Gebirge. Aber gelang er, so war der Gewinn ein sehr großer, die Österreicher standen dann an das feste Neiße gelehnt, im Herzen Schlesiens, der Weg zu der Oder und zu der nahen Festung Brieg, die sie an dem Flusse noch behaupteten, stand ihnen offen.

Wohl war der Marsch über Freudenthal, Engelsberg, Hermstadt durch das Gebirge über die Maßen beschwerlich, die Truppen litten vielfach Mangel, da die Proviantwagen nicht nachzukommen vermochten. Aber im Grunde gelang das Wagnis doch. Freilich wäre seine Lage noch immer kritisch genug geworden, wenn er das preußische Heer, wie es der König ursprünglich gewollt hatte, bei Neiße konzentriert vorgefunden und angesichts dessen seine Truppen aus den Bergen hätte herauswickeln sollen. Wenn er gleich für solche Eventualität seine besten Truppen nnd zuverlässigsten Schützen, die den einzelnen Regimentern beigegebenen Grenadiercompagnieen an die Spitze des Zuges gestellt hätte, so würden dieselben doch einen schweren Stand gehabt

---

1) Es mag bei dieser Gelegenheit eine Anekdote zurückgewiesen werden, welche durch [Cogniazzo] Geständnisse eines österr. Veterans (II, 54 Anm.) in Kurs gekommen ist. Es wird erzählt, Neipperg habe in der ihm eigenen sarkastischen Art geäußert: „Weil ich die Bataille von Mollwitz verloren, bin ich Feldmarschall geworden; hätte ich noch so eine unglückliche liefern können, wäre ich Generallieutenant (Generalissimus) und unabhängig vom Hofkriegsrate wie der Prinz Eugen geworden.“ Hiergegen ist einfach anzuführen, daß unter dem 28. März (also geraume Zeit vor Mollwitz) Neipperg dem Hofkriegsrate für seine Beförderung zum Feldmarschall dankt; Wiener Kriegsminist.-A.

2) [Cogniazzo] Geständnisse eines österr. Veterans II, 52 Anm.

haben, wäre nach des Königs Verlangen das Defilé von Zuckmantel stärker besetzt und Truppen zur Verstärkung in der Nähe gewesen. Doch da, wie wir wissen, Schwerins Meinung obgesiegt hatte, fand Neipperg die Straße frei und am 3. April Zuckmantel zwar niedergebrannt, aber nicht besetzt, und nun sicherer geworden ging er, um dem zurückgebliebenen Teile seines Heeres Zeit zum Nachkommen zu lassen, langsamer vor, rückte am 4. April von Kunzendorf bis Ziegenhals (eine Wegstunde) und zog dann am 5. April unter dem Jubel der österreichisch gesinnten Einwohnerschaft in Neiße ein, wo nun auch General Lentulus zu ihm stieß, der ihm aus Glatz, resp. Böhmen, noch 2 Regimenter Kavallerie und ziemlich 1 Regiment Infanterie zuführte [1]).

Des Königs Lage war äußerst gefährlich: ganz Oberschlesien war mit einem Schlage verloren; aber noch mehr, er hatte bereits thatsächlich eine strategische Niederlage erlitten, mit dem größeren Teile seines Heeres stand er um fast zwei Tagemärsche zurück gegen den Feind, der, auf der Sehne des großen Bogens, der den preußischen Truppen oblag, marschierend, von Neiße in kaum zwei Tagemärschen Brieg erreichen und entsetzen, ihn von Ohlau, wo er seine schwere Artillerie, seine Munitionsvorräte, reiche Magazine hatte, abschneiden und sich Ohlaus, ja selbst Breslaus bemächtigen konnte. Nur Entschlossenheit, rasches Handeln, ein siegreicher Kampf konnten vielleicht noch Rettung bringen. Die Boten flogen nach allen Richtungen, Lamotte aus Ratibor wurde die Oder abwärts nach Oppeln, Kalkstein aus Grottkau über die Neiße zurückbeordert, die zur Deckung gegen Lentulus und die Grafschaft Glatz bei Frankenstein unter dem Herzog von Holstein aufgestellten etwa 7000 Mann und General v. d. Marwitz aus der Schweidnitzer Gegend herbeigerufen, desgleichen Kleist mit dem Brieger Blockadecorps. Der König und Schwerin sammelten in größter Eile, was man hier von Truppen zur Hand hatte, und am 4ten ging es dann in Gewaltmärschen von Jägerndorf aus vorwärts. Am 4. April machten die preußischen Truppen (12 Bataillone und 6 Schwadronen) einen Marsch von sieben Stunden bis in die Gegend von Neustadt, wo 4 hier zurückgelassene Bataillone hinzukamen, am 5ten weiter bis Steinau (3 Stunden), wo Kalkstein mit 5 Bataillonen und 5 Schwadronen dazu stieß und auch 2 hier zurückgelassene Bataillone aufgenommen werden konnten. Dann ging man in gerader Linie in der Richtung auf Ohlau an die Neiße vor, ließ am 6. April bei Lassoth $^5/_4$ Meilen abwärts von Neiße über eine Insel des Flusses eine Brücke oder richtiger zwei Brücken schlagen. Der zur Verteidigung derselben aufgestellte Offizier, Oberst v. Stechow brach sie aber, geschreckt durch österreichische Kavallerie am linken Ufer, wieder ab, und als dann am 7. April ein erneuter Versuch mit größeren Kräften von Erbprinz Leopold gemacht wurde, eroberte derselbe zwar das Dorf Lassoth am andern Ufer, fand aber doch ein weiteres Vorgehn nicht rätlich, da der Feind einen großen Teil seiner Kavallerie dahinter aufgestellt hatte [2]).

---

1) Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 294.

2) Bericht des Erbprinzen in den Annalen des Krieges III, 59. Unter dem 8. April berichtet Neipperg an den Großherzog, er habe Römer und Berlichingen abgesandt, um den Preußen den Neiße-Übergang bei Lassoth zu wehren (Wiener Kriegsminist.-A.). Diese beiden Generale führen auf dem Marsche und dann bei Mollwitz die gesamte Reiterei des rechten und des linken Flügels.

Eine Weisung des Königs rief ihn über die Neiße zurück, um dieselbe weiter unterhalb bei Michelau zu überschreiten, während der letztere über Falkenberg bis Löwen vorging. Der Energie des Erbprinzen gelang es am 6. April mit dem König gleichzeitig an seinem Übergangspunkte anzulangen [1]), so daß beide Truppenteile auf dem linken Ufer sich vereinen konnten, und hier verstärkt durch das Brieger Blockadecorps, sowie die aus der Schweidnitzer Gegend durch General Marwitz herbeigeführten Bataillone konnte es der König auf eine Schlacht ankommen lassen.

Unzweifelhaft hätte Neipperg seinem Gegner noch viel schwereren Schaden zufügen, ihn ganz von Niederschlesien abschneiden, ihm den Übergang über die Neiße wehren können. Doch war Neipperg schlecht unterrichtet über die Stellung der Gegner, und anderseits hatte er auch seinen durch den Marsch über das Gebirge schwer mitgenommenen Truppen mehr Rast gönnen müssen, als seinen Interessen förderlich war. Am 7ten von Neiße aufbrechend, erreichte er am 8. April Grottkau, wo er ein preußisches Kommando von 60 Mann mit 400 Schanzgräbern (Weißkitteln) unter dem Lieutenant Mütschefahl aufhob [2]). Aber damit war eigentlich die für Preußen so gefahrdrohend begonnene Offensive Neippergs schon zu Ende; der kreißende Berg gebar, wie der König sagt, eine Maus. Die Ungewißheit über die Stellung des Feindes bedrückte den österreichischen Feldherrn sehr, allerdings hätte er bei seiner zahlreichen Kavallerie wohl derselben Abhilfe schaffen können, doch hinderte gerade in jenen Tagen häufiges Schneetreiben die Rekognoszierungen. Gewiß ist, daß er unter dem 8. April von Grottkau aus dem Großherzog eingestand, er wisse noch nicht recht, wohin er sich von hier aus wenden werde, und am folgenden Tage, er werde sich in seinen weiteren Operationen nach den Bewegungen des Feindes richten [3]), so daß an einen entschlossenen Vormarsch gegen Ohlau nicht mehr zu denken war und er sich selbst in die Defensive hatte zurückwerfen lassen. Allerdings ging er dann nun doch am 9. April auf der Straße nach Ohlau vor bis nach Bärzdorf (die kleinere Hälfte nach Ohlau, etwa 5/4 Meilen von Grottkau); als er aber auf diesem Wege preußische Reiter, die aus Ohlau, wo Friedrich die Besatzung aus dem Brieger Blockadecorps hatte verstärken lassen, ihm entgegenkamen, sich zurückziehen sah [4]), war er nicht sicher, ob nicht hinter ihnen eine größere Macht stehe. Und da er außerdem mit Brieg Fühlung zu haben wünschte, um von dort aus für einige Tage verpflegt zu werden, indem seine Proviantkolonnen noch zurück waren, so machte

---

1) Der König ernennt in Anerkennung dessen den Prinzen zum General der Infanterie.

2) So Friedrich (Hist. de mon temps von 1746, ed. Posner, S. 225). Die österreichischen Berichte zählen als Gefangene auf 1 Hauptmann, 20 Offiziere und 900 Mann, die sich nach einstündigem Parlamentieren ergeben hätten (Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 297). In der späteren Redaktion von des Königs Memoiren erzählt derselbe (Oeuvres II, 72), daß Lieutenant Mütschefahl sich dort mit 60 Mann gegen die ganze österreichische Armee gewehrt habe, wogegen der österreichische Darsteller wohl nicht ganz mit Unrecht auf die zu solcher Art von Kampf nichts weniger als geeignete Lokalität von Grottkau hinweist.

3) Angeführt Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 297, Anm. 1.

4) Es waren dies die am Abend von Mollwitz eintreffenden Regimenter Geßler und Buddenbrock. So weit dürfte der Bericht bei Nikolai, Anekdoten von Friedrich II., 2. Stück, S. 142, wohl glaubwürdig sein.

er in Bärzdorf Halt, ließ einen Teil seiner Reiterei daselbst Quartier nehmen, das Fußvolk aber noch bis nach dem nahe dahinter gelegenen Laugwitz marschieren, während er selbst mit der Reiterei des rechten Flügels in dem etwas westlich von der Straße gelegenen Dorfe Mollwitz Quartier nahm, einem alten Stiftsgute des Breslauer Vincenzklosters, dessen Äbte die Kirche im 14. Jahrhundert mit interessanten Bildwerken verziert haben, die dem denkwürdigen Orte auch ein kunsthistorisches Interesse verleihen. Von hier aus setzte er sich dann mit dem Kommandanten von Brieg in Verbindung, ohne fürs erste an weiteres Vorrücken zu denken.

Inzwischen war der König am 8. April von Löwen resp. Michelau zunächst in der Richtung auf Grottkau vorgegangen, hatte sich jedoch auf die Nachricht von dessen Besetzung durch die Österreicher mehr nördlich gewandt und in Alzenau-Pogarell, dem Kreuzungspunkte der beiden Straßen Löwen-Ohlau und Grottkau-Brieg, Halt gemacht, entschlossen am nächsten Tage dem Feinde eine Schlacht anzubieten, hatte auch über dieses Vorhaben eben am 8. April an seinen ältesten Bruder, den Prinzen von Preußen, einen Brief gesandt, der dann zugleich Anordnungen für den Fall seines Todes in der bevorstehenden Schlacht enthält. „Wenn ich falle“, schreibt er, „vergiß nicht einen Bruder, der Dich immer auf das zärtlichste geliebt hat. Ich empfehle Dir im Tode meine geliebte Mutter, meine Diener und mein erstes Bataillon. Ich habe Eichel und Schumacher [1]) von allen meinen Verfügungen unterrichtet. Gedenk meiner, aber tröste dich über meinen Verlust. Der Ruhm der preußischen Waffen und die Ehre meines Hauses lassen mich handeln und werden mich bis zu meinem Tode leiten. Du bist mein einziger Erbe, ich empfehle Dir im Tode die, welche ich im Leben am meisten geliebt, Keyserlingk, Jordan, Wartensleben, Hacke, der ein sehr braver Mann ist, Fredersdorf [2]) und Eichel, auf den Du vollkommen vertrauen kannst“ 2c. [3]) Ein zweites Billet von diesem Tage war seinem vertrauten Freunde Jordan gewidmet: „Wir werden uns morgen schlagen. Du kennst das Los der Waffen. Das Leben der Könige wird nicht mehr respektiert als das der Privatleute. Ich weiß nicht, was aus mir werden wird. Wenn meine Laufbahn zu Ende ist, erinnere Dich eines Freundes, der Dich immer zärtlich liebt; wenn der Himmel meine Tage verlängert, werde ich Dir morgen schreiben, und Du wirst unseren Sieg erfahren. Adieu, teurer Freund, ich werde Dich bis zum Tode lieben.“ [4])

Wenn wir ihn dann noch an demselben Tage seinen Entschluß ändern, seinen Truppen für den 9. April einen Rasttag gönnen und die Schlacht erst auf den 10ten ansetzen sehen, so giebt er selbst dafür als Grund den vielen Schnee und das nasse Wetter an, infolge dessen seine ganze Infanterie unbrauchbar geworden sein würde [5]). Doch würde er sicherlich diese Rücksichten haben schweigen lassen, wäre ihm nicht über die Dispositionen des Gegners eine Kundschaft zugekommen, die ihn ein rasches Vorgehen desselben gegen Ohlau nicht mehr befürchten ließ.

---

[1]) Seine Kabinettsräte.
[2]) Friedrichs Kammerdiener.
[3]) Oeuvr. de Fr. XXVI, 85.
[4]) Ib. XVII, 98.
[5]) An den Fürsten von Anhalt, den 11. April; bei Orlich I, 325.

Er war also immerhin besser über die Lage der Dinge unterrichtet als der österreichische Feldherr. Bei diesem bleibt es in der That, wenn wir auch das Schneegestöber jener Tage mit in Anschlag bringen, fast unerklärlich, wie ihm, der am 9. April sein Hauptquartier in Mollwitz aufschlug, weder durch eigne Kundschafter oder Eclaireurs noch durch den Kommandanten von Brieg während zweier Tage eine Kunde gekommen ist, daß schon seit dem 8. April das Hauptquartier des Gegners, das doch durch starke Vorposten geschützt sein mußte, sich in dem kaum 1½ Meile von Mollwitz entfernten Dorfe Pogarell befand, und daß noch am 10ten gegen Mittag Neipperg erst durch Raketen, die der Brieger Kommandant wiederholt von den Türmen der Stadt aufsteigen ließ, auf den Anmarsch der Feinde aufmerksam gemacht werden mußte.

Das Gefilde, auf dem nun am 10. April die eisernen Würfel über das Geschick Schlesiens fallen sollten, bildet einen Teil jener fruchtbaren Ebene, welche sich links der Oder nach den Bergen hinzieht, und auf welcher schon in sehr früher Zeit die Axt des Kolonisten den Wald bis auf wenige Spuren vertilgt hat. Friedrich kannte die Gegend, in der er den Feind zu treffen erwarten mußte, wohl, er hatte am 4. März sein Hauptquartier in Mollwitz gehabt.

Am 9ten des Abends erfuhren die preußischen Truppen, daß ihnen am folgenden Tage eine Schlacht bevorstehe, die Infanterie erhielt neue Flintensteine und der Mann 36 Patronen [1]).

Montag, den 10. April, gegen 7 Uhr des Morgens, trat die preußische Armee bei der Windmühle von Alzenau resp. Pogarell unter die Waffen. Nach dem Unwetter der letzten Tage glänzte jetzt heller Sonnenschein über das beschneite Gefilde. Die Truppen gaben Brotbeutel und Tornister auf die Compagniewagen ab, und in 4 Kolonnen rückte das Heer nach Norden, zu beiden Seiten der nach Ohlau führenden Straße, auf welcher selbst die Artillerie und die Bagage sich fortbewegte, vor, als Vorhut General Rothenburg mit 8 Schwadronen Dragonern, immer einen träg dahinfließenden Bach zur linken, den sogen. kleinen Bach, auch das Laugwitzer Wasser genannt, der bei Mollwitz sich mit einem etwas größeren, östlicheren, dem sogen. Ulmenbache vereinigt. Man war noch keine Meile marschiert, als Rothenburgs Dragoner auf feindliche Reiter stießen, die sich eilends zurückzogen, und in Neudorf erfuhr man, daß in nächster Nähe, etwa 2 Kilometer weiter, die ganze Macht der Österreicher stehe. Bald schlugen sich Rothenburgs Reiter mit feindlichen Husaren herum.

Ein erfahrener Kriegsmann jener Zeit sagt von diesem Augenblicke: „Hätte der König damals nur den vierten Theil der Erfahrung besessen, die er seitdem erworben hat, er hätte Neipperg und seine ganze Armee gefangen genommen, oder das, was nicht gefangen genommen worden wäre, würde in die Pfanne gehauen worden sein. Der König brauchte nur in Kolonnen rüstig weiter zu marschieren und zu gleicher Zeit auf die Dörfer Mollwitz ꝛc.

---

[1]) Brief eines preußischen Offiziers vom 12. April in einem Kollektanbande der Fürstensteiner Bibliothek. Im mährischen Feldzuge 1742 erhielt der Mann 60 Patronen.

sich deployieren, sie hätten nicht Zeit gehabt, auch nur die Pferde zu satteln, geschweige denn eine ordentliche Schlachtordnung zu bilden [1]).

Indessen dürfen wir nicht außeracht lassen, daß thatsächlich die zahlreichen vorschwärmenden Reiterscharen die Unfertigkeit der österreichischen Aufstellung dem König verdeckten, und so ordnete er denn ganz methodisch sein Heer zur Schlacht, indem er es hinter Pampitz in zwei Treffen aufstellte, die linke Flanke an den Bach gelehnt. Dasselbe zählte 17,760 Mann Infanterie und 4680 Reiter, im ganzen 22,440 Mann mit ungefähr 28 Kanonen [2]), ausschließlich der Bataillonsgeschütze, während die Österreicher nur 12,700 Mann Infanterie mit 18 Geschützen in die Schlacht geführt haben, aber dagegen 9460 Reiter, so daß die Totalsumme einen nur geringen Unterschied ergab (22,440 gegen 22,160 Mann) [3]). Von Bedeutung für die taktische Haltung der beiden Heere ward dann auch die größere Anzahl von Offizieren und Chargierten bei den Preußen. Bei diesen hatte das Bataillon 23 Ober- und 55 Unteroffiziere, ein österreichisches Bataillon dagegen, welches allerdings um mindestens 100 Mann schwächer war, nur 16 Ober- und etwa 25 Unteroffiziere [4]).

Die österreichische Kavallerie hatte kleinere und schwächere Pferde, als die preußische, und ihre Bewaffnung war insofern unzweckmäßiger, als sie übermäßig schwere, nur zum Hiebe geeignete Pallasche führte, welche außerdem der Hand keinerlei Schutz gewährten [5]); anderseits aber zeigten diese kleinen Pferde ebenso viele Ausdauer, als Schnelligkeit, und auch die Reiter übertrafen ihre Gegner an ungestümer Beweglichkeit. Bei den Österreichern war nicht nur bei den Kürassieren, sondern auch bei den Dragonern die Brust durch einen Panzer geschützt.

Den Mangel an Kavallerie auf preußischer Seite hatte vielleicht in gewisser Weise Schwerin verschuldet, der nicht allzu viel auf diese Waffe zu geben geneigt war, auch die schwierige und kostspielige Verpflegung scheute und sie in dem bergigen Terrain, in welchem gerade er vornehmlich in Schlesien zu thun gehabt hatte, für wenig verwendbar erklärte [6]). Doch waren

---

[1]) Schmettau a. a. O., S. 11.

[2]) So Malinowski-Bonin, Gesch. der preuß. Artillerie I, 322 unter Berufung auf das Preuß. Militär-Wochenbl. 1825 zum 2. Juli, und ich glaube, diese Angabe der traditionellen von 60 Geschützen vorziehen zu sollen, welche letztere offenbar die Bataillonsgeschütze, d. h. die jedem Bataillon beigegebenen 2 leichten Dreipfünder mitrechnet; wenn man von 60 Geschützen hört, die der König in die Schlacht geführt, wird man ohne weiteres schwerlich die Vorstellung damit verbinden, daß von diesen der bei weitem größte Teil aus kleinen, den einzelnen Bataillonen beigegebenen Stücken bestanden habe. Übrigens wäre, wenn man die Bataillonsgeschütze mitrechnet, die Gesamtsumme viel höher als 60, da die preußische Armee 31 Bataillone zählte, oder sollten nicht alle Bataillone ihre 2 Geschütze gehabt haben? Daß bei Mollwitz auch die zwischen die Kavallerie postierten Bataillone ihre Geschütze bei sich gehabt, wird uns ausdrücklich überliefert.

[3]) Die Zahlenangaben nach den wohlerwogenen Berechnungen Tschackerts a. a. O., S. 10.

[4]) Anführung in den offenbar von einem Militär verfaßten „Gesprächen im Reiche der Toten zwischen den Generalen Römer und Schulenburg" (Leipzig u. Görlitz 1742), S. 21.

[5]) Die angef. Totengespräche, S. 63. 64.

[6]) Projekt Schwerins für die künftige Campagne (Mitte Januar); Berliner St.-A.

jetzt auch noch, wie wir wissen, zwei aus Preußen herberufene Dragonerregimenter Buddenbrock und Geßler angelangt und wurden am 10. April stündlich von Ohlau her erwartet, waren auch von da aufgebrochen, aber durch überlegene feindliche Streitkräfte zurückgescheucht worden [1]) und stießen dann, wie wir sehen werden, auf Umwegen nach rechts ausbiegend erst nach der Schlacht zum Heere.

Auch den Herzog von Holstein, der mit etwa 5600 Mann Infanterie [2]) und 2 Reiterschwadronen nach Strehlen gekommen war, hat der Kanonendonner von Mollwitz, den er unzweifelhaft gehört hat, nicht herbeizulocken vermocht.

Die preußische Armee, der zur linken der Bach mit seinen sumpfigen Ufern erwünschte Deckung gewährte, suchte für ihre Rechte eine solche in einem kleinen Wäldchen südlich von Hermsdorf, und der König, der Schwäche seiner Reiterei sich wohl bewußt, hatte zwischen die auf den beiden Flügeln aufgestellten Reiterschwadronen zu ihrer Verstärkung links 1 und rechts 2 Bataillone Infanterie gestellt [3]). Doch zeigte sich, daß die Linie vom Bache bis zu dem Wäldchen für das erste Treffen der preußischen Aufstellung nicht ausreichte, und um diesem Übelstande abzuhelfen, postierte der König die Reiterei des linken Flügels jenseits des Baches und zwar in Verlängerung des zweiten Treffens, und ließ das zwischen diese Schwadronen bestimmte Bataillon Puttkamer zwischen dem ersten und dem zweiten Treffen links einen Haken bilden. Auf dem rechten Flügel nahm er 3 Bataillone aus dem ersten Treffen zurück, ließ eins derselben dem zweiten Treffen sich rechts anschließen, die beiden andern aber gleichfalls in dem Raum zwischen beiden Treffen sich aufstellen [4]). Es ist höchst wahrscheinlich, daß den König bei dieser Disposition noch ein anderer Gedanke geleitet hat. Wenn wir erwägen, daß der König speziell sich das Kommando des rechten Flügels vorbehalten und diesen an Infanterie gegen den linken verstärkt hat, welchen letzteren ja auch der hier befindliche sumpfige Bach weniger aktionsfähig machte, so werden wir kaum zweifeln können, daß er ursprünglich an eine Überflügelung des Gegners auf dieser Seite gedacht hat [5]). Dazu konnte ja die Stellung desselben recht wohl ein-

---

1) Die Nachrichten über die Erlebnisse dieser Kavallerie, welche in Nikolais Anekdoten von König Friedrich II., Bd. II, S. 142, beigebracht werden, erscheinen, trotz der sehr ins einzelne gehenden Schilderung der Vorgänge, nur in beschränktem Maße glaubwürdig. Sie enthalten eine Menge Unrichtigkeiten: Ostern traf 1741 auf den 2. April, Hennersdorf ist ein überwiegend katholisches Dorf, das Terrain dort ist fast ganz eben, schwerlich könnte österreichische Infanterie bis Hennersdorf, eine schwache Meile von Ohlau, vorgedrungen sein, und in jedem Falle hätte man da doch Husaren vorausgeschickt.

2) Die Berechnung nach den spezifizierten Angaben bei Geuder a. a. O., S. 107.

3) In der späteren Bearbeitung seiner Memoiren (Oeuvres II, 72) erwähnt der König, daß Gustav Adolf in der Schlacht bei Lützen eine ähnliche Aufstellung gemacht habe. Da diese Hinweisung in der älteren Redaktion von 1746 (ed. Posner, S. 226) fehlt, bleibt es zweifelhaft, ob der König jene Anordnung in Erinnerung an Gustav Adolf gemacht hat.

4) In dem Berichte des Erbprinzen (Annalen des Krieges III, 76) vindiziert sich dieser das Verdienst dieser Aufstellung, doch schwerlich mit Recht.

5) In den österreichischen Berichten wird die Sache von vornherein so angesehen, als ob eine Umfassung ihres linken Flügels von den Preußen beabsichtigt gewesen wäre, und auch der König bemerkt, sein linker Flügel sei beständig zurückgeblieben und das Treffen eigentlich nur auf dem rechten Flügel gewesen. An den Fürsten von Anhalt, den 25. April; bei Orlich I, 328.

laden, da das österreichische Herr auf seiner Rechten durch doppelte Wasserläufe sehr gesichert, für seinen linken Flügel, der über das hinter der Front liegende Mollwitz hinausragte, eigentlich keine Deckung hatte. War das nun aber des Königs Plan, so konnten, wenn der rechte preußische Flügel zur Umfassung des Feindes sich verlängerte, jene hinter dem ersten Treffen aufgestellten Bataillone sehr wirksam eingreifend nachrücken. Eigentümlicherweise haben dann gerade diese Hakenbataillone allerdings in einer ganz anderen Weise, als es ursprünglich in des Königs Plane gelegen, eine hervorragende Bedeutung für das Schicksal der Schlacht gehabt [1]).

Das erste Treffen unter Schwerin bestand aus 17 Bataillonen in der Mitte und 10 Schwadronen auf den beiden Flügeln. Das zweite Treffen zählte 11 Bataillone Fußvolk und in Summa 10 Schwadronen Reiter auf den beiden Flügeln. Zwischen den Lücken der Bataillone standen die Bataillonsgeschütze. In dem Raume zwischen beiden Treffen, der übrigens 300 Schritt betragen sollte, hatten dann, wie schon erwähnt, rechts 2, links 1 Bataillon Aufstellung genommen.

Auch die Österreicher standen in zwei Treffen den Preußen gegenüber. Neipperg hatte, als die Preußen bereits anrückten, noch nicht seine Aufstellung beendet, da er die Infanterie erst aus Laugwitz hatte heranziehen müssen. Die Kavallerie des Generals Römer in der Stärke von 6 Regimentern, welche auf dem Marsche gegen Ohlau den rechten Flügel gebildet hatte und jetzt nach der durch den Anmarsch der Preußen gebotenen Frontveränderung auf dem linken Flügel stand, war, da sie in Mollwitz selbst einquartiert gewesen, noch am frühesten in Ordnung aufgestellt, während General Berlichingen, der auf dem rechten Flügel die Kavallerie (4 Regimenter) befehligte, erst aus Bärzdorf hatte herankommen müssen.

Indessen hatte auch auf preußischer Seite die ungewöhnliche Aufstellung viel Zeit gekostet, und es war 2 Uhr geworden, als der König das Signal zum Beginne der Schlacht gab. Nun wichen die preußischen Husaren der Vorhut, welche sich immer noch vor der Front mit den Österreichern herumgeschlagen hatten, zu beiden Seiten auseinander und demaskierten 18 weit vorgeschobene Geschütze [2]), deren Feuer dann schnell die Husaren zurück-

---

[1]) Er widerspricht allen sonstigen Berichten, wenn der König an den Fürsten von Anhalt schreibt (den 25. April; bei Orlich I, 328), er habe jene Flankenstellung erst angeordnet, „wie die Kavallerie von unserem rechten Flügel weglief", dann wäre auch wenig Zeit zu solchen Manövern gewesen.

[2]) Nach den Aufzeichnungen des preußischen Stabsoffiziers (a. a. O., S. 30) wären dies sämtlich Sechspfünder gewesen, doch ist dies zweifelhaft. Allerdings trifft es nicht ganz zu, wenn man in militärischen Kreisen der Ansicht ist, es ließe sich die Anwendung von Sechspfündern nicht vor dem zweiten schlesischen Kriege nachweisen. Denn einmal finden sich in einer Konsignation der preußischen Armee von 1738 24 Sechspfünder verzeichnet (Breslauer St.-A. P. A. VII, 1), und anderseits wird glaubwürdig bezeugt, daß der Fürst von Anhalt bei seinem Corps 14 Dreipfünder und ebenso viel Sechspfünder gehabt habe (Geuder a. a. O., S. 193), und als das Corps des Prinzen Leopold in Böhmen einrückt, hat es „20 Kanonen zu sechs und drei Pfund" bei sich (ebd. S. 194); anderseits aber verstärken die (allerdings leider nicht vollständigen) authentischen Angaben über die Artillerie bei dem schlesischen Corps in Malinowsky-Bonin, Gesch. der preuß. Artillerie (I, 37 u. 466) die ohnehin schon vorhandene Präsumtion, daß die hier so weit vorgeschobenen Geschütze Dreipfünder gewesen.

trieb [1]). Ihr Anführer [2]) war mit diesen Kanonen, um eine kleine Terrainwelle benutzen zu können, unter Zustimmung des Königs weiter vorgegangen, als ursprünglich seine Ordre war, und um ihm Rückhalt zu geben, befahl der König ein allgemeines Vorgehen mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen.

Der Standpunkt, den sich die preußische Artillerie gewählt, scheint etwas mehr nach rechts hin gegangen zu sein, und ihre Kugeln schlugen vorzugsweise in die Reitermassen des linken österreichischen Flügels hinter Mollwitz ein [3]).

Der Befehl des österreichischen Oberbefehlshabers war, daß erst, wenn die ganze Armee aufgestellt sei, ein allgemeiner Angriff in ganzer Linie erfolgen solle; doch dieser schwersten Probe für eine Reiterschar, im feindlichen Feuer still zu halten, waren jene an ungestümes Vorbrechen gewöhnten Kriegshaufen nicht gewachsen, sie verlangten gegen den Feind geführt zu werden, und ihr tapferer Führer, General Römer, außerstande, den Oberbefehlshaber, der noch auf seinem rechten Flügel zu ordnen hatte, zu befragen, wagte den Angriff auf eigene Faust. Er konnte für seine Eigenmächtigkeit auch das anführen, daß seinem Flügel wirkliche Gefahr drohe, insofern bei dem Vorgehen der Preußen deren rechter Flügel den Intentionen des Königs entsprechend mehr vorgekommen war und den linken österreichischen zu überflügeln drohte und dabei selbst die Deckung jenes Wäldchens längst eingebüßt hatte. Mit 36 Schwadronen [4]) trabte er etwas links gegen Grüningen, machte dann Front und stürzte sich nun mit der ganzen Wucht dieser gewaltigen Reiterschar auf die Kavallerie des rechten preußischen Flügels, zunächst auf die 4 Schwadronen von Schulenburgs Dragonern, die der Angriff traf, während sie eben ihre Halbrechtsschwenkung gegen Grüningen hin auszuführen sich bemühten.

Nicht im Trabe, wie es eigentlich die Regel der damaligen Taktik verlangte, sondern im vollen Galopp nach Husarenart [5]), mit furchtbarem Geschrei ließ Römer die Geschwader seiner schweren Reiter daherbrausen. Und unwiderstehlich warf ihr Anprall die an der Flanke postierten 4 Schwadronen in wilde Flucht um so leichter, da sie doch durch das neben ihnen postierte Bataillon Infanterie in gewisser Weise isoliert und des Beistandes oder Rückhaltes der übrigen Kavallerie des rechten Flügels beraubt waren [6]). In ihre

[1]) Diese Eröffnung berichtet der angeführte handschriftliche Bericht aus Fürstenstein und ebenso ein mit diesem, so viel ich sehen kann, nicht zusammenfallender anderer Brief eines preußischen Offiziers vom 12. April; bei Geuder a. a. O., S. 92.

[2]) Wenn der preußische Stabsoffizier a. a. O. als den Anführer dieser Artillerie den Stückhauptmann v. Dieskau bezeichnet, so scheint das nicht zutreffend. Dieser befehligte die Artillerie bei dem Corps des Fürsten von Anhalt (Malinowsky-Bonin, Gesch. der preuß. Artillerie I, 322) nnd hat speziell am 8. April einen größeren Artillerietrain nach Brandenburg geleitet (ebd. S. 204).

[3]) Dies hebt ein österreichischer Bericht ausdrücklich hervor; Annalen des Krieges III, 101.

[4]) Soviel giebt die Österr. militär. Zeitschr. 1827 I, 55 an.

[5]) „à la Houzarde", wie das Schreiben eines österreichischen Offiziers — Neiße, den 14. April (abgedr. in den Annalen des Krieges III, 102) — hervorhebt. Sonst war es für die schwere Kavallerie in jener Zeit Regel, in kleinem Trabe zu avancieren, dann auf Kommando zu halten, eine Salve aus den Karabinern zu geben und dann im starken Trabe mit dem Säbel anzugreifen.

[6]) Es scheint doch in der That so, als müsse eine gewisse Mitschuld an der Niederlage der preußischen Kavallerie jener Aufstellung von Infanteriebataillonen zwischen die Schwadronen hinein zugeschrieben werden. Deren Zweckmäßigkeit zu be-

Flucht wurden dann auch die 4 Schwadronen des zweiten Treffens mit fortgerissen; eine hier aufgepflanzte Positionsbatterie barg sich noch rechtzeitig zwischen den Reihen des Fußvolkes.

Wie wir wissen, trennte das Grenadierbataillon Bolstern die Dragoner Schulenburgs von der übrigen Kavallerie des preußischen rechten Flügels, wo dann hinter den Grenadieren zunächst 1 Schwadron Gendarmen, dann 2 Schwadronen Karabiniers und dann hinter dem wiederum dazwischen gestellten Grenadierbataillon Winterfeld noch 3 weitere Schwadronen Karabiniers sich anschlossen. Diese alle ließ nun der König vorgehen, um dann rechts einschwenkend die österreichische Kavallerie in der Flanke zu fassen [1]), aber auch Römer entsandte von seinen Reitermassen so viel den preußischen Schwadronen entgegen, um diese zu werfen und dem preußischen Vordertreffen entlang zu verfolgen. In ihre Flucht ward auch der König mit fortgerissen, der erst am äußersten linken Flügel bei dem Bataillon Buddenbrock wieder in den geschützteren Raum zwischen den beiden Treffen zurückgelangen konnte [2]).

Aber als die siegreichen österreichischen Reiter nun auch auf die preußische Infanterie einzudringen versuchten, fanden sie den mutigsten Widerstand. Es bleibt zweifelhaft, wie viel ihre Angriffe zu den schweren Verlusten, welche die nach rechts zu stehenden Bataillone erlitten haben, beigetragen [3]), aber gewiß scheint, daß an einigen Stellen die Reihen des Fußvolkes von den Reitern durchbrochen wurden, obschon ohne Erfolg für die durchgedrungenen Reiter, die, von dem schnell gewendeten hintern Gliede dann im Rücken beschossen,

---

urteilen, mag den Militärs von Fach überlassen werden; doch fällt es in der That einem Laienverstande schwer, sich eine energische Offensive des rechten Flügels und namentlich ein entschlossenes Vorgehen der Kavallerie bei dieser Form der Aufstellung zu denken. Und was die Defensive anbetrifft, so kann es befremden, weshalb der König nicht lieber das Wäldchen vor Hermsdorf, an welches sich ursprünglich der rechte Flügel der Preußen anlehnte, hat durch ein Bataillon besetzen und dadurch seiner Flanke den Schutz sichern lassen, den er z. B. bei Chotusitz durch die Besetzung des Parkes von Sehusitz für seine linke Flanke ersehnte, und welchen dann bei Kolin das berühmte Eichenwäldchen der österreichischen Rechten zu gewähren vermochte.

[1]) Der anonyme preußische Stabsoffizier, dessen sehr eingehender Bericht über die Schlacht in Hoyers Neuem militär. Magazin, Bd. III, St. 6 uns vorliegt, urteilt über diesen Moment (S. 31): hätte der König Erfahrung gehabt, „so hätte er die fliehende preußische Kavallerie bei sich vorbeigelassen und dann von der Seite die Österreicher angefallen; so aber ließ er die Kavallerie eine Viertelschwenkung machen, um die Fliehenden aufzuhalten". Man wird diesen Vorwurf kaum als zutreffend ansehen können, und der Berichterstatter scheint die Existenz des Grenadierbataillons, das zwischen den Karabiniers und Schulenburgs Dragonern stand, außeracht gelassen zu haben. Auch muß ja doch die Flucht der letzteren, die noch dazu etwas nach rechts gegen Grüningen zu eingeschwenkt hatten, nach rückwärts der rechten Flanke entlang gegangen sein und in keinem Falle an der Aufstellung der Karabiniers vorbei, d. h. entlang dem ersten Treffen. Daß diese letzteren aber eben auf diesem Wege zurückgegangen sind, bezeugt der Erbprinz in seinem Berichte a. a. O., S. 78.

[2]) Der preußische Stabsoffizier a. a. O., S. 11.

[3]) Die von einem in vielen Einzelnheiten besonders gut unterrichteten Autor herrührende „Umständl. Beschreibung 2c." (bei Geuder a. a. O., S. 102) glaubt den Verlust des Bataillons Kalkstein bei Gelegenheit jenes Durchbruches sehr niedrig (auf 5 Mann) beziffern zu können, und auf der anderen Seite genügt doch wohl der Umstand, daß die Bataillone des rechten Flügels im ersten Treffen zum allergrößten Teile das Feuergefecht zu führen und zu tragen gehabt haben, um deren großen Verlust zu erklären.

so schwere Verluste erlitten, daß eine Wiederholung des Wagnisses nicht lockend erscheinen konnte [1]).

Einmal allerdings schien die Sache ernster werden zu sollen, es sammelten sich 4 österreichische Schwadronen, Alt-Würtemberg und Lichtenstein, zu einem furchtbaren Chok auf das Bataillon Kalkstein, das nun auch wirklich in Verwirrung geriet und schließlich davon lief, so daß sein Commandeur, der Herzog von Bevern, fast allein auf dem Platze zurückblieb [2]). Aber als die eingedrungenen Reiter nun die anderen Bataillone im Rücken fassen wollten, wurden sie fast aufgerieben von dem furchtbaren Feuer derselben [3]).

Einen Erfolg hatten die Angriffe der österreichischen Reiter vor der Front der Preußen allerdings noch, daß sie nämlich von jenen vorgeschobenen preußischen Geschützen 4, die sich nicht zeitig genug zurückziehen konnten, eroberten. Doch sind dieselben ihnen nachmals bis auf 1 wieder abgenommen worden [4]).

Indessen hatte die nachdrängende österreichische Kavallerie auch die beiden Grenadierbataillone angegriffen, welche, ursprünglich zwischen die preußischen Schwadronen postiert, nun, nachdem diese weggefegt waren, ganz im Freien standen. Aber dieselben bewahrten unerschrocken die musterhafteste Haltung. Das am meisten nach rechts stehende, also exponiertere, das Bataillon Bolstern, hatte, als der Kampf in seiner Nähe entbrannte, zunächst rücksichtslos auf Freund und Feind geschossen, um nichts an sich herankommen zu lassen; dann ließ der Oberst das erste Peloton sich rechts als Flankendeckung quer vor setzen und das dritte Glied Kehrt machen, und so nach den drei exponierten Seiten hin Front machend, wehrte ihr Feuer die anstürmenden österreichischen Reiter kaltblütig und mit Erfolg ab, während das zweite Bataillon Winterfeld, das wenigstens die Flanken gedeckt hatte, alle geraden Pelotons Kehrt machen ließ und sich so gleichfalls mit bestem Erfolge [5]) verteidigte, bis die österreichische Kavallerie, von ihnen ablassend, gegen das zweite Treffen anstürmte, wo ihr jedoch das zweite Bataillon, Prinz Dietrich, einen nicht minder blutigen Empfang bereitete. Die Reiter gingen vor dem vernichtenden Feuer dieser tapferen Infanterie zurück und versuchten nun in weitem Bogen, die Flanke umgehend, plötzlich das zweite preußische Treffen im Rücken anzufallen. Doch begegneten sie auch hier kaltblütigem und entschlossenem Widerstande, der alle Anstrengungen vereitelte. Die Reiter wandten sich nun gegen

---

1) „Umständl. Beschreibung" a. a. O., S. 102.

2) Aufzeichnungen des Feldpredigers Seegebart a. a. O., S. 32, ganz in Übereinstimmung mit der Umständl. Beschreibung a. a. O., S. 102.

3) 11 Mann seien von den 4 Schwadronen entkommen, sagt die „Umständl. Beschreibung"; wenn dieselbe jene Reiter sich dann gegen das Regiment Prinz Leopold in der zweiten Linie wenden läßt, so ist zu bemerken, daß im zweiten Treffen das Regiment Prinz Leopold nicht gestanden hat. Entweder läuft das Mißverständnis darauf hinaus, daß Erbprinz Leopold überhaupt das zweite Treffen kommandiert hat, so daß also überhaupt ein Angriff auf das zweite Treffen gemeint wäre, oder aber, was mir eigentlich noch wahrscheinlicher scheint, auf den im Text noch zu erwähnenden Ersatz des Bataillons Kalkstein durch ein Bataillon vom Regiment Prinz Leopold.

4) Neipperg selbst erzählt in einem Briefe an Graf Brühl vom 28. April, er hätte einige Geschütze in der Schlacht eingebüßt, dagegen ein feindliches erobert. Schles. Zeitschr. XIII, 271.

5) Der preußische Stabsoffizier a. a. O., S. 33.

Neudorf, wo die preußische Bagage stand, wurden aber auch hier von den 2 Bataillonen Lamotte, welche dieselbe deckten, zurückgewiesen und stürmten endlich nach dem rechten preußischen Flügel zurück. So hatte der große Angriff der übermächtigen österreichischen Reiterei zwar die preußische Kavallerie des rechten Flüges vollständig aus dem Felde geschlagen, doch die Infanterie nicht zu erschüttern vermocht.

Aber der tapfere Römer sann schon auf einen zweiten großen Angriff mit seinen Reitern, und während ein Teil derselben zu einem neuen Angriffe auf die Infanterie des rechten Flügels vorging, sollte der Rest denselben Flügel im Rücken fassen, wozu dessen etwas vorgebogene Lage ja besonders einladen mochte. Und so stürmten denn etwa eine halbe Stunde nach dem ersten Angriffe [1]) wiederum einige Schwadronen auf dieselbe Stelle los, wo sie schon einmal durchgebrochen waren; sie fanden am Platze des Bataillons Kalkstein das erste Bataillon vom Regiment Prinz Leopold, welches man vom linken Flügel hier eingeschoben hatte [2]), und diesmal kamen die Reiter gar nicht heran; auf vierzig Schritte überschütteten sie dieses und das rechts danebenstehende Prinz Karl mit solchem Kugelhagel, daß sie eilends zurückgingen [3]). Und nicht besseren Erfolg hatte der Angriff auf der rechten preußischen Flanke. Hier traf der Chok natürlich zuerst die beiden Grenadierbataillone Kleist und Prinz Dietrich, welche, wie wir wissen, in dem Raume zwischen beiden Treffen aufgestellt waren und so den Eingang dieses Raumes nach Westen hin abschlossen [4]). Aber sie hielten auf das tapferste stand, trotz immer erneuten Angriffen Römers, welchen selbst endlich eine Kugel dahinstreckte.

Um dieselbe Zeit hatte nun der König im Verein mit Prinz Leopold wieder seine Kavallerie, so gut es gehen wollte, gesammelt, und Schulenburg, den die Schmach seiner Niederlage mehr als die Stirnwunde schmerzte, die er bereits erhalten, führte mit todesverachtender Bravour seine schwachen Scharen zu einem neuen Angriffe vor, der dann doch der rechten Wucht entbehrte. Der tapfere Führer fand den Tod, der Angriff ward zurückgeschlagen, und die Fliehenden suchten Zuflucht zwischen beiden preußischen Treffen an den Quarrés der tapferen beiden Hakenbataillone vorbei. Ihnen nach stürzten aber auch österreichische Kürassiere. Für diesen Fall hatte Erbprinz Leopold denjenigen aus dem zweiten Treffen, welche Jäger wären und gut schießen könnten, befohlen, die feindlichen Kavalleristen aufs Korn zu nehmen, aber sicher zu schießen, damit nicht etwa jemand aus dem ersten preußischen Treffen blessiert würde [5]). Doch als hier die österreichischen Reiter daherstürmten

---

[1]) „Umständl. Beschreibung" a. a. O., S. 102.

[2]) Seegebart a. a. O., S. 33.

[3]) „Umständl. Beschreibung" a. a. O.

[4]) Schon der kundige Verfasser des oft erwähnten Aufsatzes in der Österr. militär. Zeitschr. von 1827 klagt über die große Schwierigkeit, aus den verschiedenen Berichten über die Schlacht mit Sicherheit die verschiedenen Phasen derselben und die Aufeinanderfolge der Begebenheiten festzustellen. Bei der im Texte gegebenen Auffassung, die der Tschackerts (a. a. O., S. 13 ff.) in vielem nahekommt, dürfte die eigentlich doch in allen Berichten und auch in des Königs Darstellung betonte, hervorragende Bedeutung, welche jene beiden Hakenbataillone auf der rechten preußischen Flanke für die Entwickelung der Schlacht gehabt haben sollen, am besten deutlich werden.

[5]) Der preußische Stabsoffizier a. a. O., S. 35. Zur Verteidigung meiner Inter-

und von rechts her die ersten Schüsse fielen, begann die Infanterie des zweiten Treffens, gewöhnt, auf dem Exerzierplatze von rechts her das Signal zum Feuern zu erhalten, ohne Befehl auch ihrerseits zu schießen; Offizierpferde, die hinter dem ersten Treffen hielten, und deren Bedienung wurden verwundet, und die Besorgnis, von den eigenen Kameraden hinterrücks erschossen zu werden, brachte auch in die Infanterie des ersten Gliedes Verwirrung, wenngleich dieses Feuer die eingedrungenen Österreicher nötigte, schleunigst um die linke preußische Flanke herum ein Entkommen zu versuchen, das aber nur sehr wenigen gelang; „es kam ihrer fast kein Gebein davon“, sagt ein preußischer Bericht [1]).

Es war nicht zu verwundern, wenn dieser Vorfall die Ordnung der preußischen Infanterie mehr erschütterte, als dies alle Angriffe der österreichischen Kavallerie vermocht hatten, und auch Schwerin sah das eigenmächtige Feuern als ein sehr bedenkliches Sympton für eine Armee an, in der sonst eine so strenge Disziplin herrschte, als ein Zeichen hereinbrechender Verwirrung [2]). Ihm bangte um Leben und Freiheit des Königs, den er eben in einem Knäuel fliehender Reiter mit fortgewirbelt gesehen hatte. Er suchte denselben auf und drang in ihn, das Schlachtfeld zu verlassen, seine Person in Sicherheit zu bringen. Schwerin stellte ihm vor, wie er nach Oppeln sich begeben, dann auf dem rechten Oderufer nach Ohlau gehen, dort die 7500 Mann Holsteins an sich ziehen und so dem Feinde, selbst wenn dieser siegen sollte, weiteren Widerstand bereiten könne. Doch der König wies das unwillig zurück, und erst als auch der Erbprinz und ganz besonders sein ihm persönlich nahestehender Adjutant, Graf Wartensleben [3]), gleichfalls in ihn drangen, gab er nach, und ohne den Hoffnungen, welche Schwerin noch immer nährte, allzu viel zu trauen, entsandte er, wie er selbst schreibt, ehe es zu spät war, „einen durchzukriegen“, den Lieutenant Bornstädt an den Fürsten von Anhalt, um diesen von den schlechten Umständen in Kenntnis zu setzen, und trat dann selbst, in geringer Begleitung den Ritt nach Oppeln an, um jenseits der Oder Sicherheit zu finden. Prinz Leopold sandte ihm dann eine Schwadron Gendarmen unter Major v. d. Asseburg nach.

Nun übernahm Schwerin das Kommando, und mit dem Bewußtsein, jetzt alles in seiner Hand zu haben, kam ihm eine gewisse Zuversicht wieder. Er selbst, dem die Schuld der letzten Zeit auf der Seele brannte, war entschlossen, „die Bataille zu gewinnen oder den Verlust nicht zu überleben“ [4]). Als die Generale, durch den Rückzug des Königs beunruhigt, ihn fragten, wohin man den Rückzug nehmen solle, rief er ihnen zu: „Auf den Leib des Feindes.“ Dem Erbprinzen aber ließ er erklären, er führe jetzt den Oberbefehl und hoffe noch immer von der Standhaftigkeit und Tapferkeit der Infanterie den Sieg,

---

pretation dieser Stelle bemerke ich noch, daß, wie mir scheint, im Augenblicke des Hereinbrechens der österreichischen Reiter ein solcher komplizierter Befehl wohl sich nicht mehr hätte rechtzeitig ausführen lassen.

[1]) „Umständl. Beschreibung“ a. a. O., S. 102.

[2]) Äußerungen Schwerins an seine Freunde ꝛc. in Hoyers Militär. Magazin III, St. 7, S. 17, im wesentlichen von neuem abgedr. bei Tschackert a. a. O., S. 26, und bei Varnhagen v. Ense, Leben Schwerins, S. 100.

[3]) Vgl. darüber weiter unten.

[4]) Äußerungen Schwerins a. a. O.

„doch würde dies unmöglich sein, wenn das erste Treffen zu besorgen hätte, von dem zweiten im Rücken beschossen zu werden, wie das vor einigen Minuten der Fall gewesen, er müsse also bitten und befehlen, hierüber Ordnung zu halten und dabei nicht zu vergessen, daß Se. Durchlaucht schuldig sei, über alles dieses dem Könige Rechenschaft zu geben". Aber der Erbprinz trug doch zuviel von der feindseligen Eifersucht seines Vaters auf Schwerin in sich, er antwortete piquiert genug: „inbetreff dessen, was bisher geschehen und künftig geschehen werde, habe er niemanden als den König für seinen Richter anzusehen, ersuche aber den Feldmarschall, zu glauben, daß er alles thun werde, wozu die Ehre des Dienstes und die Würde seines Hauses ihn verpflichte, ohne daß es benötige, hierüber mit Erinnerungen bedacht zu werden", er sei übrigens von dem Mute des Feldmarschalls überzeugt und wünsche ihm zu seiner Hoffnung im voraus Glück [1]).

Aber wie gereizt auch diese Äußerungen der beiden obersten Befehlshaber des preußischen Heeres klangen, so haben sie doch ein einträchtiges Zusammenwirken der beiden nicht gehindert.

Der Anfang des zweiten Aktes der Schlacht unter Schwerins Befehl war nicht allzu viel versprechend. Auf dem linken preußischen Flügel wiederholte sich jetzt in gewisser Weise das, was auf dem rechten vorgegangen war. Der österreichische General Berlichingen, der die ihm untergebenen 4 Regimenter Kavallerie des rechten österreichischen Flügels fast eine halbe Meile weit aus Bärzdorf hatte herbeiführen müssen, war erst spät zur Aufstellung gekommen; nun ging auch er zum Angriff über und trieb mit seiner Überzahl die hier aufgestellten 10 Schwadronen Posadowskys in die Flucht, vermochte aber der Infanterie dieses Flügels, wo das letzte Bataillon der Flanke und das quer vorstehende Bataillon Puttkamer, von den Bataillonsgeschützen unterstützt, wirksam feuerten, um so weniger beizukommen, als hier noch der sumpfige Bach hinderte. Ebenso wurde ein weiterer Versuch, das zweite Treffen im Rücken zu fassen, blutig abgewiesen, und als dann die österreichische Kavallerie zurückwich, ging dann auch die wieder gesammelte preußische Reiterei dieses Flügels wieder ihr nach [2]), ohne freilich besondere Resultate zu erzielen.

Die österreichische Kavallerie zerstreute sich, ein Teil schwärmte den Bach abwärts bis nach Pampitz, wo die preußische Bagage sich befand, und zündete das Dorf an. Dies und die Nähe der Feinde brachte hier eine Verwirrung hervor, die um so größer war, als die Troßknechte hier schon, seit man den Rückzug des Königs wahrgenommen, sich davonzumachen gesucht

---

[1]) Aufzeichnungen eines ehemaligen preußischen Stabsoffiziers; bei Hoyer, Neues militär. Magazin III, St. 6, S. 36.

[2]) Hierauf dürfte es hinauslaufen, wenn der König in seinen Memoiren (1746), S. 28, seiner Kavallerie auf dem linken Flügel den Sieg zuschreibt. Auch die „Umständl. Beschreibung" a. a. O., S. 102, berichtet anfänglich, daß die preußische Kavallerie die feindliche zum Weichen gebracht habe, läßt jedoch in dem, was sie noch dazu fügt, deutlich erkennen, daß die Sache sich so zugetragen habe, wie im Texte berichtet wurde. Auch der König kann es mit jener Angabe nicht allzu ernst gemeint haben. Denn wenn wirklich hier nach seiner Überzeugung seine an Zahl um so viel schwächere Reiterei über die feindliche einen förmlichen Sieg davongetragen hätte, würde das so sehr harte (unten noch anzuführende) Urteil, das er über das Verhalten seiner Kavallerie in der Schlacht ausnahmslos fällt, eine schreiende Ungerechtigkeit sein.

hatten [1]). Die Wagen fuhren ineinander und in die Straßengraben. Von den Knechten hieben einige die Stränge entzwei und ritten davon, andere schlugen die Kasten auf und suchten von den als verloren angesehenen Gütern noch einiges für sich zu rauben, in welchem Geschäfte sie dann von den österreichischen Husaren abgelöst wurden.

Thatsächlich war jetzt ziemlich die gesamte Reiterei der beiden Heere vom Schlachtfeld verschwunden und in alle Winde zerstreut, und insoweit hatte Schwerin alles Recht, die Partie keineswegs als verloren anzusehen, denn wenn nun nur noch die Infanteriemassen beider Heere mit einander zu ringen hatten, war der Vorteil doch nach allen Richtungen hin auf Seite der Preußen. So sprengte denn Schwerin in Begleitung des Generals Marwitz vor die Front des rechten Flügels und rief mit weithin vernehmbarer Stimme, „der König befinde sich wohl, durch Kavallerie sei keine Schlacht zu gewinnen oder zu verlieren, über die Entscheidung gebiete die Infanterie, daher erwarte er von ihrer Unerschrockenheit alles und hoffe, daß sie ihn nicht verlasse; sie werde ihn immer voran sehen, und wenn man bemerke, daß er sich der Gefahr entziehe, so gebe er öffentlich jedem die Freiheit, ebenfalls davonzugehen" [2]), es heiße jetzt siegen oder sterben, eine Retirade gäbe es hier nicht [3]). Und nun ging es mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele vorwärts. Doch auch die Oesterreicher rückten vor, und in lebhaftem Feuergefechte maßen sich die beiden Heere. Die Grenadiercompagnieen, auf den Flügeln der österreichischen Regimenter liefen so weit vor, als das Gros zunächst avancieren sollte, warfen sich dann nieder, ihre sackartigen Tornister vor sich als eine Art von Brustwehr, auf welche sie dann die Gewehre auflegten. Etwas mehr zurück folgte das Gros der Infanterie, wo dann das erste Glied knieend zu laden und zu schießen hatte. Die Österreicher standen in 4 Gliedern. Bei den Preußen, welche nur 3 Glieder hatten, verstärkte dieser Umstand noch ihre numerische Überlegenheit. Vor allem aber setzte sie in Vorteil die größere Übung in der Handhabung des Gewehres, die Frucht des unablässigen Drillens, so wie die Überlegenheit des eisernen Ladenstockes über den hölzernen, welcher letztere im Eifer des Gefechtes leicht brach und dann den Mann wehrlos machte. Auf fünf Schüsse der Preußen kamen erst zwei der Gegner, bald suchte bei diesen ein Glied hinter dem anderen Deckung, es standen bald Haufen, 30—40 Mann hoch, und mit der Verkürzung der österreichischen Feuerlinie schwand natürlich ihre Wirkung mehr und mehr.

Vergebens suchte Neipperg noch einmal, was er von seiner Reiterei zusammenbringen konnte, unter Oberst Bentheim gegen die rechte Flanke der

---

1) Daß der König im Vorbeireiten selbst die Retirade der Bagage sollte befohlen haben, wie Seegebart a. a. O., S. 35 berichtet, ist doch wohl unglaublich, so etwas wird zur Entschuldigung des eigenen Verhaltens nachträglich leicht erfunden. Was Wahres an der Sache ist, dürfte sich auf den Befehl, den der König bei seinem Fortreiten an die bei der Bagage zurückgebliebenen Kabinettsräte schickte, (wie wir noch sehen werden) reduzieren. Als das bekannt wurde, kann es dann wohl wie ein sauve qui peut gewirkt haben.

2) Äußerungen Schwerins a. a. O.

3) „Es mochte hier wohl heißen aut vincendum aut moriendum milites, weil hier an keine Retirade zu denken war. Der Feldmarschall von Schwerin hat sich auch dieses Argument in der Anrede an die Armee bedient." Umständliche Beschreibung der Schlacht bei Mollwitz, eingerückt in Geuder a. a. O., S. 98.

Preußen zu schicken, die Reiter wollten nicht mehr recht vor gegen diese Infanterie, vergebens warf er alles, was er noch von Reserven hatte, auf seinen am meisten bedrohten linken Flügel und entblößte sogar seinen rechten.

Als Schwerin dies bemerkte, nahm er nun auch seinen bis dahin immer noch zurückgehaltenen linken Flügel vor, und in ganzer Linie rückte die preußische Infanterie auf den Feind los. „Ich kann wohl sagen", schreibt ein österreichischer Offizier von diesem Akte, „mein Lebtage nichts Süperberes gesehen zu haben, sie marschierten, mit der größten Contenance und so nach der Schnur, als wenn es auf dem Paradeplatze wäre. Das blanke Gewehr machte in der Sonne den schönsten Effekt, und ihr Feuer ging als ein stätiges Donnerwetter. Unsere Armee ließ nunmehr den Mut völlig sinken, die Infanterie war nicht mehr aufzuhalten, und die Kavallerie wollte nicht mehr Front gegen den Feind machen; um daher die Armee nicht völlig zu sacrifizieren, so nahm der Feldmarschall die Resolution — —, sich hinter das Dorf Mollwitz und alsdann en faveur der einbrechenden Nacht bis Grottkau zu retirieren." [1])

So kam etwa um 7½ Uhr des Abends die Schlacht zu Ende, den Preußen blieb der Sieg und das Schlachtfeld. Es war hohe Zeit, daß die Entscheidung eintrat, die Sonne sank und der preußischen Infanterie ging vollständig die Munition aus, die man in der letzten Zeit schon von den Toten und aus dem zweiten Treffen hatte entnehmen müssen, wenigstens auf dem rechten Flügel, während auf dem linken Flügel manche Bataillone nur fünf Patronen verschossen haben sollen [2]).

Der Rückzug der Österreicher ging in guter Ordnung vor sich, und obwohl derselbe um die linke Flanke des siegreichen Gegners herumgehen mußte, konnte doch eine energische Verfolgung nicht ins Werk gesetzt werden. Die erst am Abend aus Ohlau eingetroffenen Kavallerieregimenter Geßler und Buddenbrock, sowie 4 Schwadronen Bayreuth, durch feindliche Streitkräfte zu Umwegen veranlaßt, folgten den Österreichern nur etwa eine halbe Meile.

Als der bedächtige Prinz Leopold an der Stelle Schwerins, der eine in der Schlacht empfangene Schußwunde verbinden lassen mußte, das Kommando übernommen, hielt er es für geratener, dem rückgehenden Feinde goldene Brücken zu bauen [3]).

Das fünfstündige blutige Ringen hatte auf beiden Seiten schwere Opfer gekostet; bei beiden Heeren war fast ein Viertel der Mannschaft tot oder verwundet; ein Prinz des königlichen Hauses, Markgraf Friedrich von Schwedt, war gefallen, ein anderer, Markgraf Wilhelm, verwundet; ebenso die Generale Schwerin, Kleist, Marwitz, Wartensleben. Schulenburg hatte den Tod, den er gesucht haben soll, gefunden. Die preußischen Offiziere hatten sich sehr exponiert, und es war ihrer deshalb eine große Anzahl den österreichischen mit gezogenen Röhren bewaffneten Scharfschützen, deren jede Kompagnie 6 hatte, und welche vorzugsweise die Offiziere aufs Korn nahmen [4]), zum Opfer ge-

---

[1]) Brief vom 14. April; in den **Annalen des Krieges** III, 106.

[2]) Geuder a. a. O., S. 82.

[3]) Bericht des Prinzen a. a. O., S. 83; Seegebart, S. 36, und dazu Tschackert, S. 20.

[4]) „Umständl. Beschreibung" a. a. O., S. 105.

fallen, an 200 derselben waren tot oder verwundet. Doch auch auf österreichischer Seite hatte das Offiziercorps schwer gelitten.

Gefallen waren hier die Generale Römer, Göldin und Oberst Lannay; verwundet die Generale Brown, Grünne, Graf Kollovrath, Kheul, Prinz Birkenfeld, Graf Frankenberg, Lentulus. Von dem ersten preußischen Grenadierbataillon waren die Hälfte der Offiziere und zwei Fünfteile der Mannschaften tot oder verwundet. Bei den beiden Bataillonen Kleist fehlten beim Appell von 1280 Mann 723 und 26 Offiziere. Wiederholt klagt der König in seinen Briefen über die schweren Verluste dieser Schlachten. „Gott behüte uns", schreibt er an seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, am 17. April, „vor einer so blutigen und mörderischen Schlacht, wie die von Mollwitz; das Herz blutet mir, wenn ich daran denke" [1]).

Über die glorreiche Haltung der preußischen Infanterie ist nur eine Stimme. „Sie haben gestanden wie Mauern und gefochten wie Löwen", berichtet der Erbprinz von Anhalt seinem Vater [2]), und dem letzteren schreibt der König: „Mein Glück, die Konservation der ungemein braven Armee und die Wohlfahrt des Landes habe allein unserer unschätzbaren Infanterie zu danken, worunter sich absonderlich mein erstes Bataillon Bolstern, Winterfeld, Kleist, Leopold, Karl, Dietrich und das zweite Bataillon Glasenapp sehr distinguiert haben. Unsere Infanterie seind lauter Cäsars und die Offiziers davon lauter Helden, aber die Kavallerie ist nicht wert, daß sie der Teufel holt, kein Offizier geht mit sie um." [3])

Preußische Berichte erkennen bei dem Gegner die Tapferkeit der Kavallerie an, weniger hoch stellen sie die Leistungen der Infanterie, und am übelsten kommt die Artillerie fort, die allerdings nur aus 18 Stücken bestanden haben soll gegen 60 der Preußen [4]). Aber auch die wenigen Kanonen seien erbärmlich bedient worden, die Artilleristen hätten meistens zwei- bis dreimal zünden müssen, bis ein Geschütz losgegangen, wie die österreichischen Gefangenen aussagten [5]).

Der König erreichte die Siegesnachricht in einer Mühle dicht bei Löwen. Er war vom Schlachtfelde mit einem geringen Gefolge von Offizieren und

---

[1]) Oeuvr. de Frédéric XXVI, 86. Im Zusammenhange damit konnte das unbegründete Gerücht entstehen, welches ein Zeitgenosse bereits unter dem 22. Juni 1741 erwähnt (Geubers Berichte a. a. O., S. 156), der König ließe an einer marmornen Gedenksäule für die Schlacht arbeiten, auf welche folgende Worte kommen sollten:

„Ruhet wohl ihr meine Söhne
Eure Seelen ruhn in Gott,
Bei der Engeln Lobgetöne.
Bin ich schuld an eurem Tod,
Straf mich der gerechte Gott!
Ist ein andrer schuld daran,
Ist ein Gott, der strafen kann."

Ebenso findet sich das Gedicht in dem 1742 abgefaßten Klostertagebuche Ars et Mars, bei Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 434 mit der bestimmten Angabe, daß der König ein derartiges Denkmal habe wirklich setzen lassen. Ich erinnere mich auch, an anderen Orten das Gedicht gefunden zu haben.

[2]) A. a. O., S. 83.

[3]) Vom 25. April; bei Orlich I, 329.

[4]) Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 55. Vgl. oben S. 180, Anm. 2.

[5]) „Umständl. Beschreibung" a. a. O., S. 105.

Leibpagen fortgeritten, nachdem er die bei der Bagage unweit Pampitz zurückgebliebenen Kabinettsräte (Eichel und Schuhmacher) beordert hatte, mit den wichtigsten Papieren und einigem Gelde ihm zu folgen. Ohne besonderen Befehl hatten sich dann auch noch angeschlossen des Königs Leibarzt, Professor Samuel Schaarschmid, und Friedrichs erster Kammerdiener, Fredersdorf, sowie einige andere Personen; unterwegs waren auch verschiedene andere Versprengte dazugekommen, so daß die Schar auf nahe an 70 Personen gewachsen war, ehe man nach Löwen gelangte, während die Schwadron Gendarmen, die der Erbprinz, wie wir wissen, dem König nachgesendet hatte, mit ihren ermatteten Pferden diesen nicht einzuholen vermochte. Nach kurzem Aufenthalte ging es von Löwen weiter; doch befahl der König hier, die Thore zu schließen und nur die herauszulassen, die wirklich zu seinem Gefolge gehörten. Nach Mitternacht langte man, nachdem man im Parforceritte fast sieben Meilen zurückgelegt, vor den Thoren von Oppeln an.

Der König rechnete darauf, das Regiment Lamotte zu finden, das von Ratibor hierher beordert war; doch dessen eifriger Befehlshaber hatte immer vorwärts gedrängt, und es war ja auch wirklich, am 10. April, auf dem Schlachtfelde noch so weit rechtzeitig angelangt, um zur Bewachung der Bagage zurückgelassen werden zu können. Ihm waren schon von Ratibor her die Husaren Baranyays gefolgt, und deren Vortrab hatte sich, so wie die Preußen Oppeln geräumt, in der ganz katholischen und österreichisch gesinnten Stadt festgesetzt. Doch waren ihrer nur vierzig oder fünfzig [1]), und diese ihre geringe Menge ließ sie, als jetzt Preußen hier Einlaß begehrten, deren Zahl zu erkennen bei der nächtlichen Dunkelheit allerdings nicht gelingen wollte, nur daran denken, den Feind durch eine möglichst energisch an den Tag gelegte Entschlossenheit zurückzuscheuchen. So feuerten sie denn durch das Gitterthor, welches in aller Stille geöffnet, ihnen den allerkostbarsten Fang ohne Mühe würde haben ins Netz gehen lassen [2]).

---

[1]) Diese Angabe der gleich anzuführenden preußischen Quelle findet ihre Bestätigung in den Akten des Wiener Kriegsministeriums. Nach diesen berichtet unter dem 21. April Graf Lichnowsky, er habe 80 Kürassiere nach Oppeln geführt und dort vorgefunden 2 Husarenkommandos, eins aus etwa 50 Raaber Husaren bestehend und ein zweites von 48 Husaren unter Lieutenant Dessöffy. Da nun nachweislich die Raaber Husaren erst nach der Schlacht bei Mollwitz von Falkenberg nach Oppeln kamen, so dürften aller Wahrscheinlichkeit nach die 48 Mann Dessöffys die gewesen sein, welche den König dort empfingen.

[2]) Über diese Vorgänge berichtet Nicolai in seinen Anekdoten von König Friedrich II. (I, 191) auf Grund der Erzählung seines Schwiegervaters, des königl. Leibarztes Schaarschmid, welcher den Ritt mitmachte. Derselbe sagt nichts davon, daß die Husaren damals zum Angriff auf die Preußen herausgebrochen seien, wie das in einem Briefe des englischen Gesandten Robinson vom 22. April, dem Ranke (12 B. preuß. Gesch. III, 408) folgt (mir hat der Brief in London nicht vorgelegen), angeführt wird, während doch ein Augenzeuge solch einen Umstand, der ja den eigentlichen Höhenpunkt der Situation und den Moment der größten Gefahr gebildet hätte, unmöglich vergessen oder verschwiegen haben würde. Die Husaren mögen später bei Tagesanbruch aus Oppeln nachgesetzt haben und bei dieser Gelegenheit den Philosophen Maupertuis aus dem Gefolge des Königs, den allerdings auch ein älterer Bericht (Heldengesch. Friedrichs II. I, 804) „bei Oppeln" gefangen genommen werden läßt, aufgegriffen haben, weil derselbe dem tollen Ritte voraussichtlich nicht zu folgen vermocht hatte und zurückgeblieben war. Über mancherlei Sagen, die sich an diesen Ritt Friedrichs angeschlossen haben, vgl. mein Schriftchen: „Aus dem

Durch diese Schüsse über den Stand der Dinge ausreichend belehrt, machte nun die Gesellschaft wiederum Kehrt nach Löwen zurück. Der König, der doch am Morgen bereits von Pogarell bis aufs Schlachtfeld geritten war (1½ Meile), von dort bis Löwen (etwa 3 Meilen), dann bis Oppeln (3½ Meilen), dann zurück bis Löwen, hatte also etwa 12 Meilen zurückgelegt, und er hat den langen Schimmel, den er beim Verlassen des Schlachtfeldes bestiegen, der ihn von da an auf dem ganzen langen Ritte getragen, und der dann nach Mollwitz getauft worden ist, immer hoch gehalten. Es war fast Tagesanbruch, als man Löwen wieder erreichte. Friedrich war ziemlich 24 Stunden im Sattel gewesen, er schreibt selbst in dieser Zeit, er habe 2 Tage lang weder geschlafen noch gegessen [1]).

Vor Löwen wurde diesmal erst vorsichtig rekognosciert, ob nicht etwa inzwischen auch hier Österreicher sich festgesetzt. In einer Mühle des kleinen Städtchens fand der König endlich Rast und bald auch den Adjutanten des Erbprinzen, v. Bülow, der ihm die Siegesnachricht überbrachte. Nach kurzer Erholung ritt er nach Mollwitz zurück.

Es war im Grunde erklärlich, wenn sich für ihn in die Siegesfreude ein bitteres Gefühl mischte und seine Dankbarkeit für Schwerin doch sehr gemindert wurde durch die Erwägung, daß dessen Drängen ihn um jeden Anteil an den Lorbeeren des Tages gebracht habe. Schwerin hat es nicht an Beteurungen seiner guten Meinung fehlen lassen, und Friedrich hat ihm versichert, „er habe als ein treuer Diener des Reiches recht gethan und es solle von der Sache niemals die Rede sein". Aber Schwerin klagt, der König habe sehr schlecht Wort gehalten und ihm jenen Vorfall nie verziehen. Der Vorschlag von Mollwitz habe sein ganzes übriges Leben verbittert [2]).

Die Schlacht bei Mollwitz zeigt bei einer näheren Betrachtung eine Reihe geradezu überraschendet Momente; es ist alles hier so ganz anders gegangen, als es vorausgesetzt wurde und als es bei ähnlichen derartigen Gelegenheiten zu gehen pflegt. Der österreichische Feldherr beabsichtigt einen großen allgemeinen Frontenangriff und ist nahe daran, die Schlacht zu gewinnen durch Flankenattaquen; preußischerseits ist eine Überflügelung in Aussicht genommen, und in Wahrheit gewinnt ein Vorgehen in ganzer Linie zuletzt noch den Sieg. Während auf der einen Seite ein von einem Reitergeneral ohne Wissen, ja gegen den Willen des Oberfeldherrn unternommener Angriff die größten Erfolge bereitet, unterliegt auf der anderen Seite der Flügel, auf dem der König sich selbst die Hauptaktion vorbehalten hat, und Schwerin,

---

Sagenkreise Friedrichs des Großen, Gefahren und Lebensrettungen in den schles. Kriegen", Breslau 1864.

1) An den Fürsten von Anhalt, den 11. April; bei Orlich I, 327.

2) Äußerungen Schwerins a. a. O., S. 26. Wenn in Varnhagens Leben Schwerins, S. 99, angeführt wird, daß auch der Generaladjutant des Königs, Graf Wartensleben, weil er ebenfalls zur Entfernung des Königs vom Schlachtfelde geraten, bei diesem in Ungnade gefallen und aus der Nähe des Königs entfernt worden sei, so scheinen das doch die Quellen nicht zu bestätigen, wofern nicht zwei dieses Namens in gleicher Stellung waren; ich finde den Grafen als Adjutanten im Jahre 1742 erwähnt.

dem Befehlshaber des linken, mehr zur Zurückhaltung bestimmten Flügels, ist es beschieden, schließlich den Sieg zu gewinnen. Wie merkwürdig ist es nicht schon, daß dasjenige der kämpfenden Heere, welches mit dem Vorteile der größeren Zahl den der besseren Manövrierfähigkeit verbindet, und zu dem sorgfältig vorbereiteten Angriffe einem überraschten unbehilflicheren Feinde gegenüber erschien, der kaum seine Truppen zu ordnen vermochte, dennoch vom ersten Augenblick an die Offensive verliert, um dieselbe erst in letzter Stunde wieder zu gewinnen, und noch merkwürdiger vielleicht ist es, daß die ursprünglich zur Verstärkung des Angriffs von Friedrich gemachten originellen Aufstellungen der Flankenbataillone vorzugsweise für die aufgezwungene Defensive das Heil gewähren.

Friedrich hat selbst in der „Histoire de mon temps“ sehr aufrichtig, vielleicht gar zu sehr pointiert, die eigenen Fehler wie die des Gegners bei dieser Gelegenheit ans Licht gezogen. Trifft aber auch Neipperg der Vorwurf, sich die eigentliche Frucht seines kühnen Einmarsches, Ohlau, ja selbst Breslau durch Mangel an Energie verscherzt zu haben, so bleibt ihm doch der Ruhm, sich den Eingang in das von einem tüchtigen Kriegsheere bewachte Land errungen und die Entscheidungsschlacht in dem Herzen desselben geliefert zu haben. Und hat den König wie zur Strafe dafür, daß er die Überraschung des Gegners so wenig ausgenützt hatte, das widrige Geschick getroffen, den Sieg gleichsam in absentia zu gewinnen, so darf man doch auch nicht vergessen, daß es wesentlich seine große Energie war, die ihm den Gegner trotz seines bedeutenden Vorsprunges einholen und ihn zum Kampfe stellen ließ. In der Schlacht selbst sind ihm dann allerdings die Zügel entglitten, aber doch in gewisser Weise auch dem Gegner. Man gewinnt schließlich den Eindruck, daß, wenn es sonst als die höchste Aufgabe des Feldherrn erscheint, im Augenblicke der Schlacht das Moment, in welchem er die eigentümliche Stärke seines Heeres erkennt, an entscheidender Stelle zur Aktion zu bringen, dies sich hier gleichsam von selbst gemacht hat. Die ungestüme Tapferkeit kriegerischer Völkerschaften, die im Reiterdienst ihren vollkommensten Ausdruck fand, gab in dem Rahmen des schlachtengewohnten österreichischen Heeres diesem seine größte Bedeutung. Einmal entfesselt, schien sie dann der Leitung spottend ihrem eigenen Schwergewicht zu folgen. An jenem Tage nun brach sie sich in immer erneuten Angriffen an jenen eisernen Phalanxen, welche eine unablässige Gewöhnung des Dienstes, eine eiserne Disziplin wie zu einem Körper zusammengeschweißt hatte, der gerade in der standhaften und unerschrockenen Bestehung von Gefahren seine größte Stärke, die Solidität seines Gefüges zeigte.

Diese trefflich disziplinierte preußische Infanterie war es, die, wie ja auch Friedrich selbst ausspricht, hier den Sieg an die preußischen Fahnen fesselte, das System Friedrich Wilhelms I. hat hier seine Feuerprobe auf das glänzendste bestanden, und man hätte vielleicht ein gewisses Recht, zu behaupten, Friedrich Wilhelm I. sei es eigentlich, der die Schlacht bei Mollwitz gewonnen. König Friedrich aber, in dessen Ruhmeskranze so viele Schlachten strahlen, in denen er den Sieg an erster Stelle seinem Feldherrngenie verdankte, mag wohl auf diesen Lorbeer verzichten können.

Der Sieg bei Mollwitz ist in den preußischen Garnisonen militärisch weniger gefeiert worden, als z. B. die Einnahme von Glogau, ja selbst die Be-

setzung Breslaus, eben wegen des bittern Nachgeschmackes, der für den König daran haftete. Und doch war es eine Entscheidung von eminenter Bedeutung; weniger allerdings durch das, was sie unmittelbar gewirkt, als durch das, was sie verhütet hat.

Wie bedenklich wäre bei einer Niederlage des Königs militärische Lage geworden, der König hätte hinter den Strom sich retten müssen; Ohlau wäre verloren gewesen, wahrscheinlich auch Breslau. Hier hatte der Rat, von Angst gepeinigt, wegen eines Umschlages der Dinge, eines Strafgerichtes der Österreicher, des Verlustes aller Privilegien und der Glaubensfreiheit, bereits auf die Nachricht von dem Einmarsche eines österreichischen Heeres die Wälle wieder neu armieren und mehr Kanonen auf dieselben schaffen lassen [1]). Es ist nicht zu zweifeln, daß er bei einer Niederlage der Preußen unter dem Vorwande der Neutralität den Preußen die Thore zu schließen versucht haben würde, ohne daß die zahlreichen preußisch Gesinnten dies hätten verhindern können, und ehe Friedrich den Einlaß zu erzwingen vermocht hätte, wären wohl die siegreichen Österreicher zur Stelle gewesen. Friedrich hat das sehr wohl gewußt und nachmals bei der Besetzung Breslaus, von der wir noch zu sprechen haben werden, nachdrücklich geltend gemacht.

Nach dem Verluste Breslaus und dem der schlesischen Magazine würde ein geschlagenes preußisches Heer erst unter den Kanonen von Glogau Schutz zu finden vermocht haben.

Ein preußischer Offizier schreibt über die Schlacht: „Zur rechten Hand hatten wir Brieg, so in unserem Gesichte eine halbe Meile vor uns lag; im Rücken hatten wir die Neiße, Oberschlesien, wo alles katholisch. Wo also hin, wenn es unglücklich gegangen wäre? Denn was der österreichischen Armee entrunnen wäre, würde von denen katholischen Bauern sein todtgeschlagen worden, ja die evangelischen selbst würden haben zugreifen müssen, um nicht alles zu verlieren.“ [2])

So schlimm wäre es nun wohl zwar nicht geworden, doch das linke Oderufer würde der König wohl kaum haben halten können.

Und wie hätte nun ein ungünstiger Ausgang nach außenhin gewirkt? Das Wagnis dieses Unternehmens, welches doch vielen nur als ein vermessenes Abenteuer erschienen war, bedurfte notwendig eines Sieges zu seiner Legitimation. Der Kredit dieses jungen Königs stand hier auf dem Spiele und damit das Ansehen, die Bedeutung Preußens im Rate der europäischen Mächte. Den allgemein gehegten Zweifel, ob das kleine Preußen befugt sei zu solch kühnem, gewaltsamem Vorgehen, konnte nur ein glänzender Erfolg widerlegen. In Dresden erregte die Siegesnachricht von Mollwitz unter der evangelischen Bürgerschaft große Freude [3]); der Hof aber, der für den Sieg der Österreicher hatte Messen lesen lassen [4]), trauerte, und das Königspaar war einige Tage unsichtbar. Hier hatte man in den Tagen, wo die Schlacht geschlagen wurde, die letzte Hand an eine große Koalition zwischen Rußland, England, Holland,

---

1) Vgl. die Anführungen bei Grünhagen, Friedrich d. Gr. und die Breslauer, S. 163.

2) „Umständl. Beschreibung“ a. a. O., S. 100.

3) Ammons Bericht vom 14. April; angef. bei Droysen, S. 249 Anm.

4) Bericht des hannöverschen Gesandten v. Busche.

Sachsen und Österreich gelegt. Es wird an anderer Stelle zu zeigen sein, wie bereits vor der Nachricht von Mollwitz ein Zurückweichen Englands dieser Koalition einen schweren Stoß beigebracht hatte; indessen würde, obwohl ja auch das an der sächsischen Grenze versammelte Corps des Fürsten von Anhalt den Kriegseifer zu dämpfen geeignet war, trotzdem auf die Nachricht von einer Niederlage der Preußen der beim sächsischen Hofe so sehr mächtige österreichische Einfluß wahrscheinlich die Vollziehung des eben damals mit der Königin von Ungarn abgeschlossenen Vertrages durchgesetzt haben, und wer wollte sagen, ob dann nicht auch England und Rußland sich hätten mit fortreißen lassen?

Jetzt fiel die Thatsache des 10. April recht schwer in die Wagschale friedlicher Erwägungen, und die Schwerter blieben in Dresden wie in Hannover, um so sicherer in der Scheide.

Drittes Kapitel.

Einnahme von Brieg. Vormarsch gegen Neiße. Lager von Streßlen.

Wie wir sahen, hat die Schlacht bei Mollwitz ihre große Bedeutung in dem, was sie verhütet und abgewendet hat; die unmittelbaren militärischen Folgen erschienen wenig ansehnlich. Wenn sonst eine gewonnene Schlacht dem Sieger ein ansehnliches Stück Land verschafft, das der Besiegte nun nicht weiter zu behaupten vermag, so war der Gewinn, den hier Friedrich erlangt hatte, doch gering genug. Nachdem damals der bloße Einmarsch Neippergs dem Könige eine große Hälfte von Schlesien mit einem Schlage gekostet hatte, so war gar kein Gedanke daran, daß der Sieg von Mollwitz das Verlorene hätte wiederbringen können. Es sind noch viele Monate vergangen, und die Künste der Diplomatie haben sich mit denen der Strategie verbünden müssen, um die Preußen wieder in die Gegend zu führen, wo am 2. April die Nachricht von dem Anrücken Neippergs den König und Schwerin erreichte. Jetzt stand Neipperg in festem Lager hinter der Neiße, und der König ging, nachdem er Schwerins Absicht, schleunigst ein größeres Detachement nach Grottkau zu entsenden, um dem Feinde auf dessen Rückzuge noch möglichsten Abbruch zu thun, kurzweg verworfen hatte, daran, die einzige Frucht, welche ihm der blutige Tag von Mollwitz hatte reifen lassen, zu pflücken, Brieg zu nehmen.

Hier hatte einige Tage vor der Schlacht die bisherige Cernierung aufgehoben werden müssen, weil das Corps des Generals v. Kleist zum Heere gestoßen war. Natürlich hatten sich die Brieger diese Zeit zunutze gemacht, um Proviant hereinzuschaffen, sogar am 8. April in Paulau oberhalb der Stadt 11 Schiffe weggenommen, welche den Preußen Proviant zuführen sollten; doch begann bereits den 11. April die Einschließung von neuem. Infolge der Aufforderung des preußischen Generals entschloß sich der Kommandant von Brieg, die zahlreichen österreichischen Verwundeten, welche nach der Schlacht in den nächsten Dörfern hatten untergebracht werden müssen und zum Teile ohne alle ärztliche Pflege dort lagen, in die Stadt aufzunehmen, wenigstens die so schwer Blessierten, daß sie den Transport bis Ohlau nicht aushalten konnten. Am 15. April kamen 17, am 18ten 25 Wagen in die Stadt, deren Insassen dann in der

Schule und der Fabrik, die Offiziere im Schlosse untergebracht wurden. Es waren ihrer an 500, von denen aber der größte Teil dahinstarb [1]).

Gegen Ende April wurde die Belagerung ernstlicher in Angriff genommen. Oberbefehlshaber des hierzu bestimmten Corps war Prinz Leopold von Dessau, unter dem General v. Kalkstein auf dem linken, und General v. Zeetze auf dem rechten Oderufer kommandierten. Hier schlossen die beiden Grenadierbataillone Reisnitz und Seldern die Stadt ein, eine Schiffbrücke über die Oder stellte unweit Briesen die Verbindung her. Eine Aufforderung zur Übergabe beantwortete Graf Piccolomini mit der Äußerung, der König achte nur die, welche ihre Schuldigkeit thäten, und er würde seine Pflicht verletzen, wenn er eine Festung übergäbe, ehe auch nur ein Schuß gegen dieselbe gefallen wäre.

Und in der That war die Festung wohl fähig, Widerstand zu leisten, denn wenn auch seit den 99 Jahren, wo sie einst erfolgreich dem großen Torstenson widerstanden hatte, nicht allzu viel mehr geschehen war, so waren doch die 9 Bastionen und die dazwischen die Thoreingänge deckenden halben Monde noch leidlich erhalten; Wall und Graben mit Palissaden und spanischen Reitern zu schirmen, hatte man noch Zeit gefunden, und auch gerade auf der Seite, von der jetzt der Hauptangriff erfolgen sollte, an dem Schloß-Ravelin, hatte man die Befestigung noch neuerdings verstärkt.

Die Befestigungen entbehrten zwar einer Contrescarpe, hatten jedoch einen ziemlich tiefen Graben, sogar einen doppelten an den Stellen, wo kein Wasser war. Unten befand sich ein Verhack von Bäumen, unter welchen Flatterminen und Fußangeln lagen. Auch der Wall war doppelt und darauf dann noch gutes Mauerwerk. [2])

Auf die ablehnende Antwort des Kommandanten befahl der König die Eröffnung der Laufgräben. Dieselbe erfolgte in der Nacht vom 27. zum 28. April auf der Nordwestseite der Stadt gegen Rathau hin, und es gelang den Preußen, sich einzugraben, ohne daß die Belagerten es gewahr wurden; gegen 1 Uhr des Nachts zeigten ihnen die Pechkränze, welche man jetzt schleuderte, die Belagerer schon in gedeckter Stellung, von der aus ihre Kugeln bald die Verteidiger bedrohten. Dafür, daß der erste und schwerste Schritt den Belagerern so leicht wurde, hat man besondere Erklärungen gesucht und erzählt, ein evangelischer Soldat habe in jener Nacht an der entscheidenden Stelle Posten gestanden und aus Sympathie mit seinen preußischen Glaubensbrüdern deren Maßregeln nicht sehen wollen [3]); doch ungleich wahrscheinlicher klingt der Bericht eines Brieger Bürgers, das schreckliche Unwetter jener Nacht hätte die Wachen bewogen, statt die ihnen vorgeschriebenen Rekognoscierungspatrouillen zu machen, sich immer am Feuer zu halten [4]).

Die Überraschung der Belagerten war nicht gering, als sie bei Tagesanbruch die Festsetzung der Preußen in den Laufgräben und außerdem auch noch 3 Batterieen derselben entdeckten, eine auf dem linken Oderufer zwischen der

---

[1]) Tagebuch der Belagerung von Brieg, ed. Müller, S. 52. 54; desgl. ed. Grünhagen, Schles. Zeitschr. IV, 34.

[2]) Journal der Belagerung; bei Geuder a. a. O., S. 130.

[3]) Tagebuch des Feldpred. Seegebart, S. 41.

[4]) Müller, Tagebuch, S. 58; allerdings spricht der erwähnte Bericht des Königs (a. a. O., S. 335) von hellem Mondschein.

Oder und Grüningen (24 Kanonen, 12 Mörser) und zwei auf dem rechten Ufer [1]) (18 Kanonen und 6 Mörser), die nun auch bald ihr Feuer begannen. Bei der Lage der Batterieen wurde das am Westrande der Stadt in breiter Front sich hinstreckende stolze Piastenschloß, ein Werk Herzog Georgs II., der schönste Renaissance-Bau, den Schlesien aufzuweisen hatte, besonders schwer bedroht. Bereits am 29. April wurden die oberen Zimmer uud steinernen Gänge durch Bomben zerschmettert, am 30sten abends geriet das Schloß in Brand, ward aber von Bürgerschaft und Soldaten gelöscht. Am 1. Mai entzündete eine Bombe die zum Schlosse gehörige Reitbahn, die mit Heu und Stroh gefüllt war, ein heftiger Wind teilte das Feuer dem Schlosse mit, das dann nun nicht mehr zu retten war, obwohl die Preußen mit dem Bombardement innehielten, um Zeit zum Löschen zu gewähren [2]). Die stehen gebliebenen Mauern sind notdürftig eingedeckt worden, nur das erhaltene Ostportal zeugt von der Pracht des Baues, der nach der Meinung von Kunstkennern an Reinheit der architektonischen Formen den Friedrichsbau des Heidelberger Schlosses übertroffen hat [3]).

Da der König inzwischen bereits ungeduldig wurde und die Generale die Schuld auf den Ingenieuroberst Wallrave schoben, der die Batterieen und Kessel zu weit von der Stadt angelegt habe, so ward eine größere Annäherung befohlen [4]). Am 3. Mai des Abends begann man die zweite Parallele, welche die Belagerer bis auf 50 Schritt dem Festungsgraben näherte. Das Feuer der Belagerten erlosch allmählich fast ganz. Auf den Wällen wagte sich kaum jemand noch sehen zu lassen, und viele der Geschütze waren beschädigt. Von den 2 Bombenkesseln, über die man verfügte, hatte den einen eine feindliche Kugel zersprengt, und der zweite zeigte sich als zu klein für die noch vorhandenen Bomben [5]). Als man versuchte, auch aus einem ledernen Geschütze zu schießen, welches noch von der Schwedenzeit her sich vorfand, zersprang dasselbe und verwundete an 12 Personen [6]).

Bei alledem hatten die Befestigungen noch nicht allzu sehr gelitten, der Wall bestand aus lehmigem Erdreich, in das die Kugeln, wie ein Augenzeuge sagt, „als in Butter hineingehen und den Wall eher dichter machen als ruinieren“ [7]); und der König behauptete, seine Artillerie schösse schlecht. Doch hatte in der Stadt das Bombardement großen Schrecken und Angst erregt, und eine Deputation der Bürgerschaft war am 2. Mai an den Kommandanten gegangen mit der Bitte ihre Not durch eine Kapitulation zu endigen. Graf Piccolomini hatte ihnen freundlicher, als es sonst seine Art war, Mut zugesprochen [8]), er schien selbst bereits schwankend, während der Kriegszahlmeister Graf Pückler, auf Entsatz durch das österreichische Heer hoffend, gegen den Gedanken einer Über-

---

1) Lettres d'un offic. pruss. a. a. O., S. 335.
2) Schönwälder Ortsnachrichten von Brieg II, 83.
3) A. Schultz, Schlesiens Kunstleben im 15. bis 18. Jahrh. (Breslau 1872), S. 17. Hier ist auch eine photolithographische Abbildung des Portals beigegeben.
4) Seegebart, S. 38.
5) Tagebuch ed. Grünhagen a. a. O., S. 36.
6) Ebd. S. 36. Müller, S. 59.
7) Diarium der Belagerung; bei Geuder a. a. O., S. 130. Vgl. auch Seegebart, S. 38.
8) Müller, S. 68.

gabe eifrig sich erklärte. Nachdem jedoch am 3ten das Bombardement mit immer sich steigernder Heftigkeit fortdauerte und dann der Morgen des 4. Mai die Feinde nach Eröffnung der 2ten Parallele in nächster Nähe des Walles zeigte, entsank dem Kommandanten der Mut, und nachmittags 2 Uhr stieg auf der Mollwitzer Bastion die weiße Fahne empor, die dem Schrecken des Bombardements ein Ziel setzte.

Piccolomini verlangte einen Waffenstillstand auf 4 Tage [1]), der ihm abgeschlagen wurde; die Besatzung solle sich kriegsgefangen ergeben, wollte der König ursprünglich, koncedierte aber nachträglich freien Abzug aus folgendem Grunde: am Abend des 3. Mai war Nachricht gekommen, das österreichische Heer bei Neiße mache Bewegungen, die auf die Absicht eines Entsatzes schließen ließen. Der König hatte infolge dessen die schwere Bagage nach Ohlau zurückgeschickt und die Armee in der Nacht vom 3ten zum 4ten in Kleidern und unter dem Gewehr zubringen lassen [2]), deshalb drängte es ihn nun schleunigst mit Brieg zu Ende zu kommen [3]).

So kam denn am 4. Mai die Kapitulation zustande, welche preußischerseits des Königs Adjutant Oberst v. Bork, der auch den Breslauer Vertrag hatte mit abschließen helfen, vereinbarte. Die Besatzung erhielt freien Abzug mit allen militärischen Ehren unter der Verpflichtung, innerhalb zwei Jahren nicht mehr gegen den König von Preußen zu dienen.

Am 5. Mai wurden die Brücken gegen Rathau wieder gangbar gemacht, und preußische Offiziere kamen in die Stadt, denen die Österreicher die Orte zeigen mußten, wo Minen gelegt waren [4]). Dann erfolgte gegen Mittag der Einmarsch der preußischen Truppen, auch der König selbst ritt mit großem Gefolge bis an die erste Brücke vor; in die Stadt selbst kam er nicht, es hieß, er wolle das Schloß nicht sehen, dessen Zerstörung ihn sehr betrübe. Bald darauf zog die Besatzung mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele durch die Reihen der 8 Bataillone Preußen hindurch, aber als sie durch das Breslauer Thor gekommen waren, traten von den 1200 Mann, welche von der Besatzung noch übrig waren, an 500 Mann zu den Preußen über [5]). Den Kommandanten ehrte der König durch eine Einladung zur Tafel.

Sonntag, den 7. Mai, ward ein Tedeum in den Kirchen der Stadt gesungen. Die Huldigung der Bürgerschaft nahm der Herzog von Holstein ab [6]) und eröffnete den Willen des Königs, daß der Rat, der bisher wie in allen schlesischen Städten außer Breslau nur aus Katholiken hatte bestehen dürfen, fortan zur Hälfte aus Evangelischen zusammengesetzt sein solle.

Friedrich war über die Gewinnung der Festung und darüber, daß dieselbe so wenig Opfer gekostet hatte (er beziffert seinen Verlust auf 5 Mann), sehr erfreut; er ernannte seinen Ingenieur-Oberst v. Wallrave zum Generalmajor dieses Corps und verlieh dem General v. Kalkstein, der hauptsächlich die Be-

---

[1]) Angef. bei Ranke, S. 432, Anm. 2, aus einem für den Fürsten von Anhalt aufgesetzten Berichte.
[2]) Seegebart, S. 38.
[3]) Brief an den Fürsten von Dessau vom 4. Mai; bei Orlich I, 330.
[4]) Müller, S. 72.
[5]) Ebd. Die Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 63 berechnet die Zahl der ausrückenden Mannschaft nur auf 1006 Köpfe.
[6]) Tagebuch ed. Grünhagen a. a. O., S. 38.

lagerungsarbeiten geleitet hatte, den schwarzen Adlerorden. [1]) Man fand in Brieg 61 metallene Kanonen, 8 Mörser und eine ansehnliche Menge Munition. Man rechnet, daß während der Belagerung an 2000 Bomben und etwa 4000 Stückkugeln in die Stadt geschossen worden sind.

Der Besitz von Brieg war dem König auch um deshalb von größerer Bedeutung, weil er nun hier an einem sicheren Platze, dessen Befestigungen zu verstärken er sich beeilte, Magazine anlegen konnte, um sein Heer von da aus zu verpflegen. So wie diese so weit gefüllt waren, um auf etwa 2 Wochen die Armee versorgen zu können, gedachte er dem Feinde auf Neiße entgegenzuziehen, um demselben eine Schlacht anzubieten [2]). So zog denn die Armee am 26. Mai [3]) in ein neues Lager zwischen Grottkau und Micherlau.

Indessen war Neipperg weit entfernt davon, sein festes Lager zu verlassen. Er war unmittelbar nach der Schlacht hinter die Neiße zurückgezogen, hatte dort sein Heer in Kantonierungsquartiere auseinandergelegt und erklärte der Königin, bei der schlechten Beschaffenheit seiner Infanterie, die allerdings sehr viele Rekruten hatte, dürfe er es nicht wagen noch einen Kampf im offenen Felde aufzunehmen, es würden mehrere Jahre dazu gehören, dasselbe auf einen guten Fuß zu setzen und an Ordnung zu gewöhnen, er schlage vor 1000 Sachsen oder noch besser Russen in Sold zu nehmen [4]).

Am 1. Mai hatte er dann ein äußerst festes Lager hinter der Neiße bezogen, südwestlich hinter der Festung; das Lager deckten in der Front der Fluß und die Fortifikationen Neißes, in der linken Flanke hatte er die Biele und die Wehrteiche, östlich reichte das Lager bis an den von Neuwalde herabkommenden Gebirgsbach. Über den Befestigungen von Neiße wurde mit größtem Eifer gearbeitet, und die Werke erstreckten sich bereits bis an den nordwestlich von der Stadt liegenden Kaninchenberg [5]).

Doch wußte Neipperg auch seine Überlegenheit an Reiterei wohl zu benutzen, Dragoner und die Husaren des General Baranyay und des Obersten Trips schwärmten keck durch das Land und bedrohten fortwährend die Zufuhren, die von Breslau und Schweidnitz dem Lager zustrebten.

In geringer Entfernung von dem preußischen Lager bei dem bischöflichen Städtchen Wansen erlitt am 30. April General Bredow mit 1500 Pferden von ihnen eine empfindliche Schlappe [6]), und es machte einen sehr großen Eindruck, als kurze Zeit nach der Schlacht bei Mollwitz österreichische Husaren vor den Thoren Breslaus die Dörfer ausplünderten; in Breslau sah man in ihnen nur die Vorboten einer ernsteren Unternehmung, der Alarm und die Konsternation in der Stadt waren, wie der preußische Geheimrat v. Münchow dem

---

[1]) Lettres d'un offic. pruss. a. a. O., S. 337.

[2]) Der König setzt seinen Plan dem Fürsten von Anhalt in einem Briefe vom 10. Mai auseinander. Der Brief bei Orlich I, 331.

[3]) Dieses Datum haben die Lettres d'un offic. pruss., S. 339 und Seegebart, S. 45, der sogar die Stunde des Aufbruches nachmittags 4 Uhr angiebt. Da wird man es dann wohl nur für einen Irrtum halten können, wenn die Ges. Nachr. I, 639 den 28sten angeben. Dieser Angabe ist dann Rödenbeck z. d. T. gefolgt und auch der Verfasser in den Feldlagern Friedrich d. Gr. in Schlesien 1741; Schles. Zeitschr. XII, 428.

[4]) Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 64.

[5]) Ges. Nachrichten I, 638.

[6]) Geuder a. a. O., S. 125.

Könige klagte, unaussprechlich, er wisse kein Mittel, um die Lieferungen von Brot und Ochsen und Fourage, welche der König für das Brieger Belagerungscorps zugeführt haben wolle, dorthin zu besorgen, die Schiffer seien von den Schiffen weggelaufen, und die Bauern hätten die Wagen mit den Pferden stehen lassen. Weder Bitten noch Flehen noch Versprechungen könnten einen Vivandier bewegen, sich aus der Stadt zur Armee zu begeben [1]).

Der König hatte seit den Erfahrungen von Mollwitz sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, seine Kavallerie zu reorganisieren und wesentlich um dieses Zweckes willen während der Belagerung von Brieg sein Heer sonst eine gewisse Ruhe pflegen lassen [2]). Er ließ sie eifrig reiten und exerzieren, suchte ihren Bewegungen ein höheres Maß von Feuer zu geben, gewöhnte sie an größere Manöver und ließ in den zahlreichen Expeditionen, bei welchen dann immer den Husaren auch Dragoner und Kürassiere beigegeben zu werden pflegten [3]), die Offiziere und die Mannschaften ihre Schule durchmachen. Im Mai kann er schon berichten, daß es besser zu gehn anfinge, wenn er gleich noch immer nicht ganz zufrieden ist [4]). Desto größere Freude bereitete ihm in jenen Tagen eine kühne von dem besten Erfolge begleitete That seiner Kavallerie.

Am 17. Mai ward der General Baranyay, einer der unternehmendsten österreichischen Reiterführer, als derselbe wiederum eine große Anzahl Proviantwagen erbeutet hatte, mit seiner Schar bei Rothschloß zwischen Strehlen und Schweidnitz, einem alten Schlosse der Brieger Piasten, überfallen, ihm die Beute abgenommen und ein ansehnlicher Verlust von über 100 Mann bereitet. Mit Mühe entging der österreichische General, dessen Pferd ihm erschossen war, der Gefangenschaft dadurch, daß er durch einen Bach watete, wo ihm am andern Ufer ein Husar sein Pferd gab. Ziethen, damals Oberstlieutenant, pflückte hier seine ersten Lorbeeren [5]), neben ihm Oberst Wurm, Oberstlieutenant Bismarck und Major Winterfeld.

Freilich wechselte das Kriegsglück, und auch die Österreicher hatten bei diesen zahlreichen kleinen Scharmützeln, die fast täglich sich wiederholten, Erfolge zu verzeichnen. Neipperg hatte den kühnen Reitergeneral Festetics mit einigen tausend Mann über 2 Meilen südlich von Neiße bei Friedewalde gestört, um von da aus dem Feinde Abbruch zu thun. Zwar hatte er sich, als das preußische Heer gegen Grottkau aufbrach, zurückgezogen; aber als vorschwärmende Reiter der preußischen Vorhut ihm unvorsichtig bis gegen Mogwitz (nur noch 1½ Meilen von Neiße entfernt) folgten, warf er sich am 27. Mai mit Übermacht auf sie und brachte sie mit einem Verluste von 30 Toten und 18 Verwundeten zum Weichen [6]).

---

1) Vom 22. April; im Breslauer St.-A.

2) Hist. de mon temps (1746), S. 229.

3) An den Fürsten von Anhalt vom 14. Mai; bei Orlich I, 332.

4) Ebd.

5) Die Österr. militär. Zeitschr. a. a. O., S. 65 giebt den Verlust der Österreicher an Toten, Verwundeten und Gefangenen auf 30 von den deutschen Reitern an und 50 von den Husaren. Der König dagegen (Lettres d'un offic. pruss. a. a. O., S. 338) auf etwa 50 Tote und 106 Gefangene, und während die erstere die Zahl der Preußen auf 8000 Mann beziffert, giebt der König 600 Dragoner und 900 Husaren an, die gegen 1300 bis 1400 feindliche Reiter gekämpft hätten.

6) Gef. Nachrichten I, 639.

Als der König, wie bereits erwähnt wurde, seinem Entschluß, dem Feind entgegenzurücken, dem Fürsten von Anhalt mitgeteilt hatte, war ihm von diesem geraten worden, etwa bei Löwen über die Neiße zu gehn und Oberschlesien und Mähren zu bedrohen, dann werde Neipperg aller Wahrscheinlichkeit über das Gebirge sich zurückziehen [1]). Der König mochte erkennen, daß dieser Rat schon um der Verpflegung des Heeres willen nicht wohl ausführbar sei, aber er faßte einen noch viel kühneren Entschluß; er antwortete dem Fürsten, es sei seine Absicht, auf Neiße zu marschieren, begünstigt durch die auf dem linken Ufer den Fluß begleitenden Höhen den Übergang auf 5 Brücken zu erzwingen und Neipperg unter den Kanonen von Neiße anzugreifen und fortzujagen [2]).

Sein Heer hatte sich seit der Schlacht bei Mollwitz verstärkt, namentlich die Reiterei; die Dragonerregimenter Geßler und Buddenbrock, sowie 4 Schwadronen Bayreuth waren jetzt hinzugekommen, Oberst Natzmer hatte ein Husarenregiment von 1000 Pferden herangeführt, das Husarenregiment Bronikowski traf um die Zeit ein, und aus Preußen wurden allmählich alle die vom Anfange des Feldzuges dort zurückgelassenen 20 Schwadronen Dragoner herbeigerufen [3]), auch drei Schwadronen Ulanen, die man in Ungarn angeworben und die sich allerdings nachmals nicht besonders bewährt haben, stießen im Laufe des Mai zu dem Heere [4]). Dieses war so auf etwa 36000 Mann gekommen, wovon die Reiterei ein Drittel ausmachte [5]).

Auch Neipperg hatte Verstärkungen erhalten, aber man schätzte doch sein Heer nur auf 12000 Mann Infanterie und etwa 13000 Reiter [6]), wozu noch einige Tausend irreguläre Truppen kamen: Jazygen, Kumanen, Warasdiner, Kroaten, Talpatschen, die allerdings in regelrechtem Kampfe wenig brauchbar sich zeigten und durch Zügellosigkeit, Plündern und Marodieren dem Feldherrn bald beschwerlich wurden und ihn wünschen ließen, sie wieder los zu werden. Es fällt doch auf, daß als bei den damals gepflogenen Verhandlungen preußischerseits beantragt wurde, das Schießen mit gehacktem Blei als dem Kriegsgebrauche widersprechend zu verbieten, Neipperg erklären ließ, er habe in seinem Heere viele Völker, die zum Teil nach ihrer Nationalweise zu fechten gewöhnt wären, bei der man sie unumgänglich lassen müsse, auch sei

---

1) Angef. bei Ranke, Werke XXVII, 433, aus einem Schreiben des Fürsten vom 14. Mai.

2) An den Fürsten vom 21. Mai; bei Orlich I, 333.

3) Lettres d'un offic. pruss. a. a. O., S. 341.

4) Sie trafen den 19. Mai an der preußischen Grenze ein; Gef. Nachrichten I, 624.

5) Sehr mit Unrecht giebt Orlich I den Stand des preußischen Heeres für jene Zeit auf 49,330 Mann Infanterie und 13,280 Reiter an; er ist offenbar der Angabe der Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 66 gefolgt, doch giebt auch sie diese Ziffern nicht für jene Zeit, sondern für das Ende des Feldzugs an, und berechnet einige Seiten weiter die Stärke des preußischen Heeres in dem Mitte Juni bezogenen Lager von Strehlen auf 32 Bataillone, 7 Grenadierbataillone und 50 Schwadronen Dragoner und Kürassiere, was dann nach der bei Droysen I, 164, Anm. 2 angegebenen Norm 24,395 Mann Infanterie und 7000 Reiter ergäbe, also in Summa 31,495, allerdings ausschließlich der Husarenregimenter. Das würde ziemlich der Angabe Droysens, S. 287, auf der die im Texte gegebene Ziffer basiert, entsprechen.

6) Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 66.

ja gehacktes Blei nicht schlimmer als Kartätschen [1]). In Oberschlesien wußte man von den irregulären Husaren zu erzählen, wie sie in den Dörfern um Ratibor ein Zaubergebräu bereitet hätten, das sie kugelfest machen sollte [2]). Von den Talpatschen zirkulierte eine Beschreibung mit Holzschnitt aus dem Jahre 1741 vielfach in Schlesien [3]), welche dieselben als ebenso feig wie grausam nnd räuberisch charakterisiert.

Die numerische Überlegenheit des preußischen Heeres zu jener Zeit wurde mehr als vollkommen ausgeglichen durch die äußerst geschützte Lage des österreichischen Lagers, und der König gab den Plan eines Angriffes auf dasselbe bald auf. „Ich bin hier zu Grottkau", schrieb er an den Marschall Belleisle, „in einem unangreifbaren Lager; aber das Schlimmere ist, daß die Stellung des Feindes eine noch stärkere ist als die meine" [4]), und dem Fürsten von Anhalt, er hielte es nicht für ratsam, Neipperg anzugreifen, er müsse sich begnügen, ihm von hier aus seine Subsistenz zu benehmen, sowie seine Streifcorps einzuschränken und in Schrecken zu setzen [5]).

Anfang Juni hatte unaufhörliches Regenwetter den König bewogen, um seiner Kavallerie bessere Quartiere zu sichern, dieselbe vom 5. Juni an etwas weiter auseinanderzulegen. Aber kaum war das geschehen, so gründete der wachsame Festetics darauf einen Anschlag und überfiel mit 1000 Reitern und den ungarischen Irregulären am 7. Juni Morgens 3 Uhr eine preußische Schwadron, unter dem Rittmeister Ledivari, welche in Olbendorf eine Meile westlich von Grottkau auf Strehlen zu im Quartiere lag. Die überraschten Reiter zogen sich nicht ohne Verlust auf das Schloß der Herrn Wentzky zurück und feuerten tapfer heraus, aber die Feinde steckten es in Brand, und die Schwadron war fast aufgerieben, als einige hundert Husaren und Ulanen, welche das Schießen alarmiert hatte, zuhilfe kamen. Indessen auch „diesen waren die Österreicher überlegen und schlugen auch sie mit Verlust in die Flucht". Wie österreichische Berichte sagen, ließen die Preußen über 100 Tote auf dem Schlachtfelde [6]) und 19 Reiter in den Händen der Österreicher, welche ihren Verlust auf 19 Tote und 39 Verwundete angeben. Der König ritt selbst noch im Laufe des Tages nach dem Schauplatze des Kampfes.

Inzwischen hatte Friedrich die Nachricht erhalten, die österreichische Armee habe die Absicht über die Neiße zu kommen, und es seien bereits einige tausend

---

1) Österr. militär. Zeitschr. a. a. O., S. 70.

2) Nüßler in Büschings Magazin X, 497.

3) Der Talpatsch sagt hier von sich selbst:

„Morden, plündern, rauben, würgen, ist mein Handwerk jeder Zeit,
In den Büschen, in Gebirgen, sind' ich meine Sicherheit,
Rohr und Messer an der Seite, und die mir beliebte Beute
Holt sich mein geschliffnes Schwert.
Meine Kinder sind Pistolen, doch ich sag' es unverhohlen,
Ich bin kaum des Pulvers wert."

Der Name existiert als Schimpfwort noch heut in Schlesien im Munde des Volkes.

4) Den 6. Juni; Polit. Korresp. I, 258.

5) Den 31. Mai; bei Orlich I, 334.

6) Österr. militär. Zeitschr., S. 68. Seegebart, S. 46, spricht sogar von 200 Mann. Eine kurze Schilderung des Vorfalls und Klagen über die Grausamkeit der Österreicher enthält eine Aufzeichnung im Kirchenbuche von Olendorf, mitgeteilt in der Schles. Zeitschr. des schles. Geschichtsvereins XIV, 226.

Mann vorausgeschickt, um Friedewalde stärker zu besetzen und dort ein Lager abzustecken. Dies bewog den König, vorzurücken, um wo möglich jene Truppen zu schlagen oder abzuschneiden [1]).

Er hielt am 8. Mai noch eine Musterung der ersten Linie und erließ dann den Befehl, das Heer solle des Abends nach dem Zapfenstreiche in aller Stille aufbrechen; ein heftiger Regen verzögerte den Marsch bis gegen Morgen, wo man dann bis Friedewalde, 1½ Meilen von Grottkau auf Neiße zu, vorging. Das Dorf fand man von österreichischen Husaren besetzt, die sich auch mit den preußischen Husaren der Vorhut herumschlugen und erst wichen, als die nachrückende Infanterie ihre Bataillonsgeschütze spielen ließ; beim Abzuge steckten dieselben das Dorf in Brand.

Der König stellte jetzt vor Friedewalde sein Heer in Schlachtordnung auf, immer noch in der Meinung, es könne hinter den abziehenden Festeticsschen Reitern ein Teil des Neippergschen Heeres stecken; doch da sich weiter nichts vom Feinde blicken ließ, bezog die Armee gegen Abend das neue Lager links von Friedewalde [2]).

Die österreichischen Vortruppen, die jetzt wegen Erkrankung von Festetics Oberst Trips kommandierte, hatten sich eine Meile südlich bei Mogwitz postirt; doch als am 12. Mai ein stärkeres Kavalleriedetachement ausgesendet wurde, wichen sie bis unter die Kanonen von Neiße und nahmen auf dem schon in die Befestigungen gezogenen Kaninchenberge Stellung, ein Kommando unter dem Grafen St. Germain blieb zur Beobachtung der Preußen an der Neiße bei Lassoth zurück. Jenseits der Neiße hielt der Oberst d'Olonne mit dem Potzdatzkischen Regimente und mehreren Schwadronen Husaren die Wacht.

Neipperg war weit entfernt sein Lager zu verlassen, und wenn sich einmal das Gerücht verbreitete, er sei in der Richtung nach Ottmachau aufgebrochen [3]), so bestätigte sich dasselbe nicht. Er hatte unter dem 21. Mai die Ordre empfangen, jeden Kampf zu vermeiden, dessen Ausgang die Lage des österreichischen Heeres in Schlesien irgendwie verschlimmern könne; er solle sich darauf beschränken, durch das Einnehmen vorteilhafter Stellungen dem Vordringen der Preußen ein Ziel zu setzen und so Zeit zu gewinnen, um dann, wenn ihm genügende Verstärkungen zugekommen sein würden, wieder die Offensive ergreifen zu können [4]), Weisungen, welche zu sehr mit Neippergs eigenen Ansichten übereinstimmten, um nicht pünktlich befolgt zu werden.

Der König hatte ursprünglich den Gedanken gehabt, falls Neipperg eine Schlacht nicht annehmen wollte, sich gegen Frankenstein hin zu wenden, als ob er einen Angriff auf Glatz beabsichtige. Er hoffte dann Neipperg sich nachzuziehen und diesen in bergigem Terain, wo demselben seine Übermacht an Reiterei nicht viel hülfe, desto leichter zu schlagen [5]). Als er diesen Plan dem Fürsten von Anhalt mitgeteilt, hatte dieser abgemahnt, der Gebirgskrieg habe seine eigenen Regeln, und es sei einer nicht darauf eingeübten Infanterie nicht so leicht, in den Büschen und Bergen recht zu agieren [6]).

---

1) Seegebart, S. 47.
2) Ebd.
3) Gef. Nachrichten I, 719.
4) Angef. bei Arneth I, 215.
5) Orlich I, 331.
6) Den 14. Mai; angef. bei Ranke, Preuß. Gesch. III, 433.

So entschloß sich denn der König, der das Friedewalder Lager, in welchem ihm die Heranführung der Zufuhr äußerst beschwerlich und durch die ihn auf allen Seiten umschwärmenden feindlichen Reiter vielfach gehemmt war, unter allen Umständen bald wieder verlassen wollte, nachdem es sich gezeigt hatte, daß Neipperg aus seinem Lager nicht herauskomme, für das neue Lager sich die Gegend von Strehlen zu wählen, wo er in bequemer Nähe seiner Magazine zu Breslau, Brieg und Schweidnitz das linke Oderufer zu decken und abzuwarten vermochte, ob Neipperg ihm folgen werde.

Nachdem man noch in den letzten Tagen die Dörfer der Umgegend gründlich ausfouragiert hatte, setzte sich am 13. Juni das Heer in 5 Kolonnen in Bewegung zunächst nach Grottkau, und von da in der Richtung auf Strehlen zu. Generalmajor Riedesel mit 4 Bataillonen Grenadieren und die gesamten Husaren, die man zur Verfügung hatte, bildeten die Nachhut und deckten die Bagage, auf Angriffe der Österreicher gefaßt, die auch wirklich und zwar mit großer Macht erfolgten. Neipperg berichtet selbst, daß er den größten Teil seiner Husaren den Preußen nachgesendet habe [1]). Mit 13 Schwadronen, schreibt der König, habe Oberst Trips Riedesel, der mit zweien seiner Grenadierbataillone auch nach dem Weitermarsch der Bagagewagen Grottkau besetzt hielt, angegriffen und ihn aufgefordert sich gefangen zu geben, aber nur die Antwort erhalten, die Österreicher hätten dieselben Soldaten vor sich, die sie bei Mollwitz geschlagen hätten. Schließlich hätte ein ungestümer Angriff der Grenadiere die Husaren zum Weichen genötigt [2]).

Wiederholt machten die österreichischen Husaren Angriffe auf die Kolonnen, doch die Grenadierbataillone, die sie bedeckten, und die preußischen Husaren wiesen die Angriffe tapfer zurück, und als einmal die Feinde eine Anzahl Wagen weggenommen hatten, jagten sie ihnen die Preußen bis auf vier wieder ab [3]). Österreichische Berichte erzählen auch von 20 Pontons, die ihre Reiter erbeutet hätten [4]).

Nach einem anstrengendem Marsche lagerte sich die Armee bei Marienau und Hermsdorf, des Königs Hauptquartier in Mechwitz. Am 17ten ging es bis in die Gegend von Wansen und nach einem Ruhetage, am 18ten, den 19ten in das neue Lager hinter der Ohlau bei Strehlen. Das erste Treffen zog sich von dem mit der Stadt östlich zusammenhängenden Woiselwitz über Krippitz bis nach Tschanschwitz, das zweite von der Kuschlauer Brücke über Ulsche bis gegen Brosewitz. In der Mitte zwischen Krippitz in Kuschlau waren die durch grüne Bäume gezierten königlichen Zelte. Es sei das anmutigste Lager gewesen, das er je bewohnt, rühmt der Feldprediger Seegebart [5]). Gutes Wasser war überall zu haben und es fehlte nicht an reichlicher Zufuhr, weit und breit strömten aus Schlesien Spekulanten herbei, um hier, wo volle Gewerbe- und Handelsfreiheit herrschte, Waren feilzubieten und Geld zu verdienen. Selbst die Pferde hatten hier durchgängig vollständig geschützte, wohl eingerichtete Ständer [6]). Der Soldat lebte billiger als in seiner Garnison und

---

1) Den 13. Juni an den Großherzog; Kriegsminist.-A. zu Wien.
2) Lettres d'un offic. pruss., p. 340.
3) Ebd. S. 334; ebenso Seegebart, S. 48.
4) Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 69.
5) Seegebart, S. 48.
6) Nach den Anführungen bei Görlich, Gesch. von Strehlen, S. 534. 535.

wünschte bloß, daß das recht lange so dauere, denn hier hatte er Brot und Fleisch neben seinem Traktamente [1]).

Hier ist nun der König fast zwei Monate hindurch geblieben in einer Unthätigkeit, die vornehmlich aus politischen Motiven entsprang; auch die militärische Lage war durch die Vorgänge auf diplomatischem Gebiete im Laufe des Juni eine andere geworden. Während bis dahin es sich um einen Kampf Preußens gegen Österreich gehandelt hatte, welchen dann möglichst schnell durchzufechten er ein lebhaftes Interesse haben mußte, so stand die Sache jetzt anders, seitdem er am 4. Juni ein Bündnis mit Frankreich geschlossen hatte. Wollte er von dieser Allianz irgendwelchen Vorteil ziehen, so mußte er nun warten, bis die militärischen Kräfte der Alliierten in Aktion traten. Gegen ihn stand das einzige Heer der Königin im Felde; wurde die letztere von anderer Seite bedrängt, so durfte er mit Sicherheit hoffen, daß ein ansehnlicher Teil des Neippergschen Heeres, wo nicht das ganze abgerufen und ihm das Feld frei gelassen wurde. Erfolge, die er jetzt mit furchtbarem Blutvergießen hätte erkaufen müssen, schienen ihm dann leicht zufallen zu müssen.

So haben wir denn aus diesem Zeitraume nur von kleineren Scharmützeln zu berichten, welche größtenteils der Kavallerie zufielen und manche Zeugnisse für die Kühnheit der österreichischen Reiterei ablegten. So vermochte sich wiederum ein kleines Husarenstreifcorps unter dem Rittmeister Schreger auf dem rechten Oderufer bis in die Nähe von Breslau zu schleichen und dort am 2. Juli einen Transport von 60 Ochsen zu erbeuten, den dasselbe auch über Oppeln nach Neiße zurückbrachte [2]); sogar bis an das Lager wagten sich die irregulären Truppen der Österreicher heran, und der König ließ endlich auf dem Mehltheuerer Berge jenseits der Ohlau eine siebeneckige Sternschanze anlegen, um die unwillkommenen Gäste besser abwehren zu können [3]). Den verwegensten Streich führte Festetics selbst aus, der mit einer Reiterschar von etwa 1500 Pferden [4]) von Neiße am 20. Juli ausrückend, über die Berge herankam, in der Nähe von Schweidnitz nächtigte, dann über Neumarkt sich bis an die Oder vorwagte und dort in Maltsch, wenig oberhalb von Kloster Leubus, aber auf dem linken Ufer, am 6. August mehrere Schiffe, welche 4—500 Scheffel Mehl, 100 Tonnen Salz und 6 Ladungen von Heu und Hafer den Fluß heraufbrachten, anhielt, und die Vorräte teils ins Wasser werfen, teils verbrennen ließ. Inzwischen hatte Oberst Vandemer, der mit seinem neugebildeten Husarenregimente erst aus Preußen angerückt kam und seine Reiter in und um Leubus einquartiert hatte, von wo

---

1) Lettres d'un offic. pruss., p. 341; vom 6. Juli.

2) Lettres d'un offic. pruss., p. 342. Österr. militär. Zeitschr. a. a. O., S. 69.

3) Seegebart, S. 49.

4) 400 Reiter, sagt die Österr. militär. Zeitschr., S. 75. Kundmann, Heimsuchungen Gottes über Schlesien in Münzen, S. 366, der sehr genaue Berichte über den Vorfall hat, giebt 1500 Reiter an. Goltz in der Berliner Ztg. (angeführt bei Orlich I, 132) 2000 Mann. Schon Orlich hat bemerkt, daß die Zahl 400 unmöglich richtig sein kann, mit so geringer Zahl unternimmt man nicht solch weiten Zug. Allerdings spricht auch das Scholtzsche Schweidnitzer Tagebuch (Abhandl. der schles. Gesch. 1873/74, S. 94, von nur 6—700 Mann, doch ist hier nicht recht zu erkennen, ob der Trupp, den sein Gewährsmann beobachtet hatte, wirklich die ganze Schar des Generals Festetics gebildet hat.

er eine rückständige Kontribution einzutreiben hatte, auf die Kunde von dem Vorfalle 400 Husaren nach dem nur 1 Meile entfernten Maltsch entsendet. Als diese aus dem Eichenwalde des rechten Ufers an den Fluß herauskamen, waren die Österreicher mit ihrem Zerstörungswerke eben fertig und zogen sich, nachdem einige beiderseits unschädliche Schüsse gewechselt waren, zurück. Hierdurch ermutigt, befahl Oberst Vandemer, der zudem durch einen im Solde von Festetics stehenden Spion ganz falsche Nachrichten über die angeblich sehr geringe Zahl der Österreicher empfangen hatte [1]), jene von den Österreichern geleerten Schiffe, welche dieselben, wie man erfuhr, etwas oberhalb zwischen einem Werder versteckt hatten, herbeizuholen und auf ihnen den gerade sehr angeschwollenen Strom zu überschreiten. Dies geschah von der Mannschaft unter dem Befehle von drei Rittmeistern, während der Oberst selbst nach Leubus zurückkehrte.

Drüben angelangt, stürmten die Husaren, ohne erst zu rekognoscieren, den Österreichern nach und fielen kläglich in den Hinterhalt, den ihnen die vielfache Überzahl der Österreicher unmittelbar hinter dem Dorfe Maltsch, etwa da, wo jetzt die Eisenbahn vorbeigeht, gelegt hatten. Von allen Seiten umringt, wird die eine Hälfte schnell gefangen genommen; die andern versuchen sich durchzuschlagen, aber der Fluß hemmt den Rückzug, etwa 60 werden niedergehauen, mehrere gefangen, von 63, die sich durch Schwimmen zu retten versuchen, werden ein Drittel ein Opfer der Wellen oder der nachgesendeten Kugeln; den Führer, Rittmeister Wesenbeck, hatte sein treffliches Roß glücklich über den Strom getragen, vermochte aber jenseits auf dem steilen Ufer nicht Fuß zu fassen, bis es endlich, ermattet zurücksinkend, doch noch ein Raub der Wellen ward; auch eine kleine Anzahl entkommt oderabwärts. Am 2. August sind die österreichischen Husaren bereits wieder in Hohenfriedeberg, von wo sie dann ins Gebirge zurückgehen [2]).

Die österreichischen Führer haben den Ruhm ihres kühn ausgeführten Streiches dadurch befleckt, daß sie ihre Leute die Dörfer jener Gegend, Rauße, Blumerode, Obsendorf, Schützendorf, Dambritsch u. a., ausplündern ließen; verschonten dieselben doch nicht einmal Fuhrleute, die, mit regelrechten sächsischen Pässen versehen, Waren von Leipzig nach Breslau brachten; ein Breslauer Handelshaus berechnete den Wert der geraubten Waren auf 12,000 Gulden [3]).

Auch auf dem rechten Oderufer dauerten die Beunruhigungen durch die feindliche Kavallerie fort. Oppeln hielten die Österreicher dauernd besetzt, und in Namslau, von wo die Preußen nach Zerstörung des festen Schlosses wieder abgezogen waren, hatten sich Kroaten festgesetzt, die dort das, was sie von ihren Streifereien an Lebensmitteln und Fourage eingebracht hatten, zu bergen pflegten. Gegen sie ward Ende Juli Prinz Moritz von Anhalt mit seinem Bataillon und 600 Husaren ausgesandt, bei dessen Annäherung die

---

[1]) Aufzeichnungen des Leubuser Provisors Steph. Vollmann, die im Bd. XV (2. Hft.) der Schles. Zeischr. abgedruckt werden sollen. Seine Angaben lassen auch darüber kaum einen Zweifel, daß der Oberst von dem Übergange über die Oder gewußt, ja denselben befohlen habe, wenngleich Kundmann a. a. O., S. 366 berichtet, der Oberst habe das nachmals bestimmt in Abrede gestellt.

[2]) Scholtz, Schweidnitzer Tageb. a. a. O., S. 96.

[3]) Kundmann, S. 566. 567.

Feinde eilig das Weite suchten, in Namslau eine ansehnliche Quantität von Getreide, Mehl und Brot zurücklassend [1]).

Ganz besonders war aber auch das schlesische Gebirge der Schauplatz der österreichischen Streifereien. Fast den ganzen Juni hindurch trieben sich österreichische Husaren in den Dörfern um Schweidnitz herum, und es schien, als sei ein Anschlag auf die damals noch unbefestigte Stadt im Werke gewesen, bei dem die österreichisch Gesinnten in der Stadt mithelfen sollten, aber mit Rücksicht auf die starke Besatzung aufgegeben worden [2]). In Waldenburg, Tannhausen und Umgegend haben die Husaren fleißig fouragiert und gegen Ende des Monats in den Wäldern um den Zobtenberg sich mehrere Tage gehalten. Vor Hirschberg erschienen am 29. Juni 150 österreichische Dragoner und forderten die dort liegende Freicompagnie zur Ergebung auf, zogen aber, als diese sich zur Gegenwehr entschlossen zeigte, wieder ab, ohne etwas zu unternehmen [3]).

Anfang Juli schien es in der Umgegend von Schweidnitz etwas ruhiger werden zu wollen, da man preußischerseits in die umliegenden kleinen Städte Garnisonen, z. T. mit Geschützen gelegt hatte. Doch machte, als das Corps von Festetics in die Schweidnitzer Gegend kam, dies auch den irregulären Truppen zu einem größeren Unternehmen Mut. So griff das Trencksche Freicorps, zum großen Teile aus Panduren bestehend, welches damals der Major Menzel befehligte, am 30. Juli mit etwa 1000 Mann und 100 Husaren [4]) das Städtchen Zobten an, wo das Grenadierbataillon des Majors v. Puttkamer lag. Dieser hatte, wie er die Feinde gewahrt, mit seinen Leuten den geräumigen, mit einer Mauer umgebenen Kirchhof besetzt, von wo er sich wirksam zu verteidigen hoffen durfte, doch die Panduren zündeten den Ort an, und die Glut zwang bald die Preußen sich ins Freie hinauszuziehen, in guter Ordnung ihren Feldprediger mitten drinnen mit ihren 4 Bataillonsgeschützen, deren eins sie jedoch unterwegs zurücklassen müssen. Draußen besetzen sie den Galgenberg und wehren sich tapfer gegen die von allen Seiten auf sie anstürmenden Panduren. Puttkamer ließ sie bis 30 Schritt herankommen, dann mußten je 2 oder 3 Pelotons feuern, auch einige Ladungen Kartätschen thaten gute Wirkung. So hielten die tapferen Grenadiere von 11 Uhr an, wo der Kampf begonnen hatte, bis zum Abend aus, wo ein heranziehender Succurs von 400 Husaren die Feinde in die Wälder zurückscheuchte, während die Preußen, die jetzt auch ihr verlorenes Geschütz wiederfanden, in Jordansmühl, Seifersdorf und den umliegenden Dörfern Quartier suchten. Sie hatten 4 Tote und an 30 Verwundete; die Österreicher aber an 100 [5]).

---

[1]) Lettres d'un offic. pruss., p. 345.

[2]) Das Scholtzsche Tageb. aus Schweidnitz ed. Grünhagen, Abhandl. der schles. Gesch. 1873/74, S. 82, erzählt, die Österreicher hätten sich beschwert, man hätte ihnen soviel Briefe geschrieben, sie möchten nur kommen, die Stadt sei schlecht besetzt, und nun befänden sie alles anders.

[3]) Scholtz a. a. O., S. 89.

[4]) Puttkamers Bericht vom 31. Juli, abschriftlich im Breslauer St.-A., giebt doch wohl allzu hoch greifend 5000 Panduren und 250 Husaren an; obige Zahlen sind in des Königs Kriegsberichten, Lettres d'un offic. pruss., p. 345.

[5]) Nach Puttkamers Bericht vgl. auch Scholtzsches Tageb., S. 94; Lettres d'un offic. pruss., p. 345; Österr. militär. Zeitschr., S. 73; Kundmann, S. 562. Wenn

Am schlimmsten war das arme Städtchen Zobten weggekommen. 11 Jahre vorher war es durch eine Feuersbrunst ganz in Asche gelegt worden; jetzt zerstörte die kaum wieder aufgebauten Häuser von neuem der Feind; bis auf die Kirche, die massiven Gebäude der Propstei, ein Töpferhäuschen und die Scharfrichterei war alles ein Raub der Flammen geworden. Und während die Flammen schon wüteten, waren die zügellosen Panduren in die Häuser gedrungen, hatten dieselben ausgeplündert und die Einwohner grausam gemißhandelt, und wie besonders in den Berichten hervorgehoben wird, ohne Unterschied der Religion, haben sie doch z. B. den Propst in seinem Garten arg geprügelt.

Daß die bei diesem Vorfalle laut werdenden Klagen über die Wildheit und Raubgier der österreichischen Soldaten sich in den Berichten der Zeitgenossen immer wiederholen, ist bei dem Charakter der verschiedenen unzivilisierten Völkerschaften, deren Schwärme die österreichische Armee verstärkten, nicht eben zu verwundern. Die Freischaren slavischer Gebirgsbewohner (Gorallen), welche die schlesisch-mährischen Grenzdistrikte unsicher machten, glaubten ganz in ihrem Rechte zu sein, wenn sie den ungetreuen Unterthanen ihrer Königin, zu welchen sie kurzweg alle Evangelischen zählten, den möglichsten Schaden thäten [1]). Auch die Panduren und Talpatschen waren wegen ihres Plünderns berüchtigt; allerdings kamen auf ihre Rechnung wohl dann auch Streiche, verübt von allerlei Gesindel, welches die Not der Zeit und vor allem die Raubsucht zu größeren Haufen zusammenführte. Gegen derartige Exzesse erließ nun Neipperg bereits unter dem 27. April eine scharfe Verordnung und bezeichnet in derselben verschiedene Banden von zusammengerottetem liederlichen Gesindel, „so benamste Freibeuterer oder Gorallen, die vornehmlich in den Fürstentümern Oppeln-Ratibor und der Herrschaft Beuthen, unter dem Vorwand, als ob sie bestellet, die hierländig der evangelischen Religion zugehörigen Inwohner zu vertilgen und auszurotten allerhand greuliche Excesse und Gewaltthaten ausüben, die Örter, Landesinsassen und Unterthanen ohne Ansehen der Religion und so zu sagen, wer ihnen nur unter die Hände kommt, ausrauben, plündern und von ihren boshaften Unthaten überall leidige Merkmale und Fußtapfen hinter sich lassen ꝛc." Alle Bewohner Schlesiens wurden durch das Patent bevollmächtigt, jene genannten Übelthäter zu verfolgen, zu töten und gefangen zu nehmen, wo dann, wenn sie an das Generalkommando abgeliefert würden, ein warnendes Exempel an ihnen statuiert werden sollte [2]).

Neipperg hatte dies Patent, wie es scheint, aus eigenem Antrieb erlassen, aber er ward außerdem auch bald darauf von der Königin aufgefordert,

---

Droysen (Preuß. Polit. V, 1. S. 299, Anm. 1), noch auf einen über diesen Vorfall und die Einnahme Namslaus sich verbreitenden Brief des Königs an den Fürsten von Anhalt aufmerksam macht, so kann ich berichten, daß Herr Geh. Archivrat Siebigk in Zerbst mir mit gewohnter Freundlichkeit Abschrift eines Briefes geschickt hat, der allerdings, wie Droysen angiebt, vom 1. August und aus dem Lager bei Strehlen datiert ist, auch von jenen beiden Ereignissen berichtet, aber nicht an den Fürsten von Anhalt adressiert ist, sondern einer jener bekannten königlichen Kriegsberichte, und zwar der, den Droysen a. a. O., S. 344 mitteilt.

[1]) So berichtete der hannöversche Gesandte in Wien unter dem 18. Mai 1741; angeführt bei Droysen, S. 287, Anm. 1.

[2]) Gef. Nachrichten I, 539.

den Plünderungszügen der Gorallen nötigenfalls mit Gewalt ein Ende zu machen [1]). Der General war überhaupt mit den Irregulären, die man ihm zur Verstärkung geschickt hatte, wenig zufrieden; er sei nicht imstande, die Ausschreitungen der Nationaltruppen zu verhindern, die Slawonier betrügen sich übel, und ihr Kommandant sei ihnen nicht gewachsen [2]); er riet, die ungarischen Insurrektionshusaren Trencks, welchen letzteren er wegen der Exzesse seiner Leute persönlich zur Verantwortung gezogen [3]) und seines Kommandos entsetzt hatte, heimzuschicken, so wie ihre Kapitulation abgelaufen wäre [4]), und unter dem 5. Juli klagt er, er habe die Panduren Trencks aus der Schweidnitzer Gegend wegnehmen müssen, da sie, statt dem Feinde Abbruch zu thun, bloß darauf ausgingen, den Landmann zu plündern [5]). Und infolge der strengen Ordres, welche bezüglich derselben von Neipperg erlassen waren, wurden z. B. gegen Ende Juni, als einige Panduren Schweidnitzer Bürger auf der Reise ausgeplündert und gemißhandelt hatten, in Gegenwart derselben den Übelthätern die Köpfe abgeschlagen [6]). So wurden auch ungarische Husaren, welche den Pfarrer Männling zu Schreibendorf im Briegischen ausgeplündert hatten, auf dessen Klage gezwungen, das Geraubte demselben zurückzustellen [7]).

Von einem gewissen Interesse ist es dann auch, wahrzunehmen, wie wenige Tage nach dem Erlasse jenes Patentes von Neipperg General Roth, der ja auch in Neiße Freicorps der Bürger zusammengebracht und nicht ohne Erfolge zur Verwendung gebracht hatte, für eine derartige Freibeutercompagnie einen eigenen Schutzbrief ausgestellt hat, nämlich zugunsten „des Anton Bischof, derzeit angesetzten Kapitän der jenseits der Oder aufgestellten Freipartei“; ihm und seinen Leuten sei zwar das Plündern und gewaltsame Ausrauben streng verboten, aber da sie nicht immer von feindlicher Beute leben könnten und man anderseits im Interesse des allerhöchsten Dienstes, zur Observierung des Feindes sie auch noch ferner unterhalten müßte, so hätten die Einwohner ihnen den erforderlichen und unentbehrlichen Lebensunterhalt unweigerlich zu reichen um so mehr, da diese Freicompagnie doch auch zu ihrer selbsteigenen Beschützung diene [8]).

In Breslau wußte man, jener Kapitän Bischof sei ein liederlicher Leinweber, sein Unterhauptmann ein „Glückstöpfer“, d. h. ein Mann, der mit Glücksspieltischen auf den Jahrmärkten und Kirchweihen umherzog, und seine Genossen zum großen Teil fahrende Leute mancherlei Art [9]), deren Geschäfte in der Kriegsnot schlecht gehen mochten. In welcher Weise dann besagter Kapitän den Panisbrief des Generals Roth zu verwerten wußte, zeigt folgender Vorfall. Im Juli erschien diese Bischofsche Bande vor dem kleinen Gebirgs-

---

[1]) Unter dem 5. Mai; Wiener Kriegsminist.-A.

[2]) Neipperg an den Großherzog, den 11. Juli; Wiener Kriegsminist.-A.

[3]) Schreiben Neippergs vom 2. Juli und Schreiben des Hofkriegsrats Koch vom 15. Juli.

[4]) Österr. militär. Zeitschr. 1827 II, 71.

[5]) Wiener Kriegsminist.-A.

[6]) Kundmann, S. 563; Scholtz, Schweidnitzer Tageb., S. 87.

[7]) Kundmann, S. 564.

[8]) Das Dokument vom 30. April soll als besonders charakteristisch in den Beilagen mitgeteilt werden.

[9]) Kundmann, Heimsuchungen Gottes 2c., S. 562.

städtchen Schmiedeberg, eine ansehnliche Brandschatzung unter Drohungen begehrend. Wirklich ließ sich der Magistrat so weit einschüchtern, daß er die geforderte Summe zu zahlen Miene machte; doch das gemeine Volk und vor allem die zahlreichen Arbeiter der großen Bleichen, welche es hier gab, widersprachen dem zugleich in Erinnerung daran, daß jenes Patent des österreichischen Oberbefehlshaber Neipperg ja geradezu zum Widerstande gegen plündernde Freibeuter aufgefordert habe, bewaffneten sich, so gut es eben gehen wollte, und griffen mit Äxten und Stangen den Haufen an, dessen Feigheit nicht geringer war, als ihre Raubgier. Sieben davon wurden erschlagen und siebzehn gefangen genommen, welche man festgeschlossen nach Breslau transportierte, wo sie dann harte Gefängnisstrafe erhalten haben [1]).

Ein besonderes Ereignis dieser Zeit war der Kartellvertrag wegen Auswechselung der Gefangenen. Bereits in der ersten Hälfte des Juni war diese Frage von preußischer Seite angeregt worden, und der in dieser Angelegenheit zwischen beiden Lagern gepflogene Verkehr hat ohne Zweifel Ursache zu dem Gerüchte eines Abkommens zwischen den streitenden Parteien gegeben, welches in diplomatischen Kreisen damals großes Aufsehen erregte. Aber österreichischerseits machte man Weitläufigkeiten, so daß der König, der natürlich über eine ungleich größere Zahl von Gefangenen verfügte, als sein Gegner, unter dem 20. Juni ungeduldig verfügte, wenn die Österreicher fortführen, Schwierigkeiten zu machen und die Sache geflissentlich hinzuziehen, solle ihnen bedeutet werden, der König könne am Ende dazu greifen, für die Verpflegung der Gefangenen nicht weiter Sorge zu tragen, sondern es den Österreichern überlassen, sich darum zu bemühen [2]).

Man kam überein, eine Auswechselungskommission in Grottkau niederzusetzen. Ernannt dazu wurden die beiden Generalmajore, Prinz Dietrich von Anhalt von preußischer, Lentulus von österreichischer Seite. Am 30. Juni trat die Kommission zusammen, Stabsauditeure und Kriegskommissare waren von beiden Seiten beigegeben [3]), und jeder hatte einen Rittmeister mit 50 Husaren zur Bedeckung. Nun begannen die Verhandlungen. Es zeigte sich, daß die Preußen 2384 Gefangene anmelden konnten, darunter 2 Generale und 71 Offiziere, die Österreicher dagegen nur 1439 Mann, worunter 28 Offiziere [4]). Der abgeschlossene Vertrag, der am 9. Juli erschien, wog die Gefangenen nach ihrem Range gegen einander ab, gestattete aber auch, wo zur Auswechselung auf der einen Seite nicht hinreichend Objekte da waren, eine Auslösung in Gelde. Es wurde eine förmliche Skala aufgestellt abwärts vom Feldmarschall, der gleich 3000 Gemeinen oder 15,000 Gulden geschätzt wurde, bis herab zum Gemeinen, dessen Lösegeld 5 Gulden betrug [5]). Am 19. Juli ging aus dem preußischen Lager der erste Transport nach Grottkau

---

1) Kundmann a. a. O., S. 563. Was die nicht näher angegebene Zeit anbetrifft, so wissen wir nur, daß die Gefangenen am 24. Juli nach Breslau gebracht wurden.

2) Berliner St.-A.

3) Von österreichischer Seite der Staatsauditeur Jenko und der Feldkriegskommissar Schütz. Bericht Neippergs vom 30. Juni; Wiener Kriegsminist.-A.

4) Orlich I, 129 und ebenso bei Geuder a. a. O., S. 157.

5) Die Skala in den Gef. Nachrichten I, 896.

ab. Die letzte Auswechselung erfolgte Anfang August, wo dann Prinz Dietrich sich noch einmal nach Grottkau begeben hat [1]).

Wenn der Prinz dabei im Auftrage des Königs noch den Wunsch aussprach, eine derartige Auswechselung regelmäßig alle vier Wochen vornehmen zu lassen, so scheint dieser Vorschlag auf der andern Seite nicht von der Hand gewiesen worden zu sein; wenigstens finden wir, daß in der zweiten Hälfte des September Prinz Dietrich in Stieglitz bei Neiße wiederum mit General Lentulus in dieser Sache verhandelt, und noch unter dem 20. März 1742 beruft sich General Ghillany ohne weiteres auf jenen Kartellvertrag, um die Ranzionierung der in Göding gefangenen Ungarn zu erwirken [2]), und nachweislich sind dann während des mährischen Feldzuges wiederholt Auswechselungen vorgenommen worden, bezüglich deren dann Verhandlungen angeknüpft wurden, so oft ein Bedürfnis dazu vorlag.

---

1) Neippergs Bericht vom 28. Juli (Wiener Kriegsminist.-A.) und Friedrichs Erwähnung in einem Briefe vom 3. August (Polit. Korresp. I, 294). Das Geschäft zog sich, wie Lentulus unter dem 4. August an Neipperg meldet, noch einige Tage hin „wegen des vorgeblichen Oberstlieutenants Reisewitz"; Wiener Kriegsminist.-A. Vgl. über diesen oben S. 163.

2) Berliner St.-A.

Viertes Kapitel.

Beginn des österreichischen Erbfolgekrieges. Neippergs Flankenmarsch.

Das Lager von Strehlen bezeichnet, wie wir bereits früher andeuteten, einen Wendepunkt in der Geschichte des ersten schlesischen Krieges. Mit der Wahl dieser Defensivstellung begann der König die eignen Operationen denen seiner Alliierten anzupassen. Zunächst handelte es sich ja um ein Abwarten, bis die Aktion seiner Alliierten begönne, aber die Gegend des Lagers schien doch auch günstig gewählt, wenn es einmal darauf ankam, durch einen Marsch gegen Glatz die Verbindung mit Böhmen und den dort agierenden Verbündeten zu gewinnen.

Er war allerdings wenig zufrieden mit den Fortschritten der Rüstungen der Alliierten, und wir werden an anderer Stelle zu schildern haben, wie er sich doch auch auf den Fall, daß Frankreich seine Versprechung nicht halte, gefaßt machte. Indessen trieb er zu der nämlichen Zeit ganz unermüdlich durch seine Briefe seine Verbündeten zu energischem Vorgehen. So schrieb er unter dem 16. Juli an den Kardinal Fleury: „Thuen Sie dazu, ich bitte Sie, daß nicht Ihre und meine Feinde infolge Ihrer Unthätigkeit die Oberhand gewinnen, benutzen Sie den Vorteil der Zeit und vollbringen Sie in diesem Jahre die großen Dinge, welche Sie nicht in 10 Jahren vollbringen werden, wenn Sie nicht die Gunst der Gegenwart sich zunutze machen [1]). Und dem Marschall Belleisle setzt er gleichzeitig auseinander, es habe, nachdem Bayerns Indiskretion das Geheimnis der preußisch-französischen Allianz vorzeitig an das Licht gebracht, der König von England auf Antrieb Sachsens sich entschlossen, auf dem Eichsfelde ein Heer, zusammengesetzt aus Hannoveranern, Hessen, Dänen und Sachsen, in der Stärke von 36000 Mann zu sammeln. Dasselbe könne drei verschiedene Zwecke haben: entweder den König anzugreifen, wofern dieser nicht mit ihnen zusammengehen wolle, einen Angriff, den er nicht fürchte, wenn die Franzosen ihren Versprechungen nachkämen, oder durch Sachsen und Böhmen den Österreichern zuhilfe zu kommen, in welchem Falle sie einem preußischen Angriffe, dem Verluste des Landes, ja sogar des hannöverschen Tresors ausgesetzt wären, oder endlich den Franzosen

---

[1]) Polit. Korresp. I, 281.

in der Moselgegend ein Heer entgegenzustellen, was allerdings diese wohl nicht aufhalten könne. Das Wahrscheinlichste von diesen Möglichkeiten sei der Angriff auf Preußen. Der Marschall werde daher wohl begreifen, wie notwendig es sei, daß Frankreich schleunigst seine Verpflichtungen erfülle, wenn es treue Verbündete haben wolle. „Vielleicht", schließt der Brief, „werden Sie mein Drängen lästig finden, wenn so das Drängen zu dem Größten und Ruhmvollsten, was Frankreich sich hat ausdenken können, genannt werden kann [1]).

Und wenige Tage später sendete er den Feldmarschall Freih. v. Schmettau, der seit Monaten aus dem österreichischen Dienst in den preußischen übergetreten war, zu dem Kurfürsten von Bayern mit der bestimmten Weisung, alles aufzubieten, um diesen zu einem Zuge direkt auf Wien zu bewegen [2]). In dem eigenhändigen Brief, den Schmettau zu überreichen hatte, legt er dann dasselbe noch selbst dem Kurfürsten ans Herz, unterrichtet ihn, daß das Höchste, was Österreich ihm an Truppen entgegenstellen könnte, 6000 Mann seien, er müsse Frankreich zur Eile drängen und selbst aufs schleunigste vorgehen. „Ich beschwöre Sie", schreibt er, „bei allem, was Ihnen am Herzen liegt, bei der Liebe für Ihre Interessen und die gemeinsame Sache, hören Sie alle meine Gründe, welche der Marschall Schmettau Ihnen zu entwickeln Befehl hat, und anstatt in Böhmen einzurücken führen Sie alle Ihre Kräfte gegen Wien. Das ist das Mittel, den Krieg auf einmal zu beenden, während Sie denselben in die Länge ziehn, wenn Sie nach Böhmen marschieren, und den Wiener Hof nur verwunden, statt ihm den Todesstreich zu geben. Ich beschwöre Sie noch einmal, sich das reiflich zu überlegen." Er schließt: „Wäre Graf Törring mit Vollmachten ausgerüstet, so würde von dem Tage, wo Ew. kurfürstl. Hoheit ihre Operationen begönne, unsere Allianz datieren" [3]).

Der König befürwortete seine Idee schleunig gegen Wien vorzumarschieren, die Römer in Rom anzugreifen, wie er sich ausdrückte, um so eifriger, als er wußte, daß inzwischen der Kurfürst von Bayern schon andere Entschlüsse gefaßt hatte. Derselbe meinte nämlich, mit den 21000 Mann, die er gesammelt hatte, um so weniger etwas allein wagen zu können, da der Zustand derselben gar viel zu wünschen übrig ließ [4]). Er gedachte das Herankommen der französischen Truppen abzuwarten und dann Böhmen zu erobern, er war nach langen Beratungen mit Belleisle übereingekommen, da man in diesem Jahre an ein so weitaussehendes Unternehmen, wie die Belagerung von Wien sei, nicht denken könne, würde man sich auch in Niederösterreich nicht dauernd halten können, und Oberösterreich böte nicht genug Raum für die Winterquartiere eines größeren Heeres. An dem Tage, wo die französischen Truppen den Rhein überschreiten würden, voraussichtlich am 7. oder 8. August gedachte der Kurfürst mit einem Unternehmen gegen Passau die Operationen zu eröffnen.

Mit diesen Eröffnungen hatte Karl Albert einen Brief Valoris beantwortet, der ihn flehentlich gebeten hatte, doch einen Schritt zur Beruhigung

---

1) Den 16. Juli; Polit. Korresp. I, 281.
2) Instruktion in der Polit. Korresp. I, 286.
3) Den 26. Juli; Polit. Korresp. I, 285.
4) Vgl. die Ausführungen bei Heigel, Der österr. Erbfolgestreit, S. 164.

des Königs von Preußen zu thun, welcher in unbeschreiblicher Aufregung sei, seit er vernommen, daß es in München an Mitteln oder gutem Willen fehle, die Armee in Bewegung zu setzen [1]). Valori war in der That übel daran; der König ließ es nicht an Andeutungen fehlen, daß er sich seinerseits an den geschlossenen Vertrag nicht gebunden halten werde, wenn nicht Frankreich sich beeile seine Verpflichtungen zu erfüllen, und in der That machte sich der König damals Mitte Juli auch auf diesen Fall gefaßt. Auch der Kurfürst erfuhr nun, daß der König mit dem Kriegsplane sehr unzufrieden sei, es erfolgte die Sendung Schmettaus, der dringende Brief des Königs, der zugleich daran erinnerte, daß noch kein Bündnis zwischen Preußen und Bayern geschlossen sei; aus Frankfurt kamen Nachrichten von einer recht unerwünschten Zurückhaltung des preußischen Gesandten [2]).

Indessen entschloß sich, lange bevor Schmettau in München eintraf [3]), der Kurfürst dazu seine Operationen zu beginnen und zwar mit einem Handstreiche auf Passau, welches auch mit der Feste Oberhaus am frühen Morgen des 31. Juli ohne Blutvergießen in die Hände des bayerischen Generals Minuzzi fiel. Ein in der Stadt wohlbekannter bayerischer Salzbeamter verlangte und erhielt Einlaß, und als man ihn auf seinen Wunsch am entgegengesetzten Thore wieder hinaus ließ, drangen bayerische Grenadiere durch das geöffnete Thor. Die Truppen des Landesherrn, des Bischofs leisteten keinen Widerstand, und selbst die Feste Oberhaus ergab sich auf die erste Aufforderung. Den Reichstagsgesandten in Regensburg ließ man erklären, die Besetzung sei nur zur Sicherung des eignen Landes erfolgt und nicht als ein feindseliger Akt gegen das Hochstift aufzufassen. Auch ward gemeldet, daß Bayern zum Schutze seiner Gerechtsame die Krone Frankreich als Garanten des Westfälischen Friedens angerufen habe, deren zu sendenden Hilfstruppen nun die Reichsstände freien Durchzug durch ihre Territorien zu gestatten ersucht wurden [4]).

Zugleich kamen jetzt auch aus Frankreich günstigere Nachrichten dem Könige zu. Wenn derselbe gefürchtet hatte, daß die Nachricht von der Niederlage, welche die Engländer in diesem Frühjahr vor Cartagena erlitten, den Kardinal Fleury wieder „ralentieren“ würde [5]), insofern sie die Situation als wenig kritisch erscheinen ließe, so hatte sich das nicht bestätigt, vielmehr hatte Belleisle, der selbst nach Paris gereist war, dort am 19. Juli in einem großen Ministerconseil den Beschluß durchgesetzt, daß sogleich zwei Heere von 40,000 Mann ausgerüstet werden sollten, von denen das eine unter Belleisle im Elsaß sich sammeln und nach Bayern zur Unterstützung des Kurfürsten auf-

---

1) Der Brief Valoris ist vom 10. Juli die Antwort des Kurfürsten vom 18ten. Angef. bei Heigel, S. 162.

2) Nach einem vom König gebilligten Vorschlage Podewils vom 29. Juli erhielt der Gesandte den bestimmten Auftrag, so lange der Kurfürst nicht seine Operationen begonnen habe, keinen Schritt zu seinen Gunsten zu thun.

3) So nahe es lag, die Unternehmung auf Passau als Folge der dringenden Ratschläge Schmettaus anzusehen, wie dies Heigel (a. a. O., S. 165) thut, so wird diese Annahme doch durch die Angaben Schmettaus in seinen Actes d'Ambassade (Berliner St.-A.) hinfällig. Schmettau reiste am 27. Juli aus dem Lager von Strehlen ab, war am 1. August in Berlin, am 8ten in Regensburg, am 10ten in in München.

4) Anführungen bei Heigel, S. 166. 167.

5) An Podewils den 15. Juli; Polit. Korresp. I, 279.

brechen, das andere unter Maillebois bei Givet und Sedan konzentriert nach dem Niederrhein vorrücken und dort sich mit den kölnischen und pfälzischen Truppen vereinigen sollte. Auch ward jetzt von Frankreich Ernst damit gemacht, Schweden gegen Rußland unter die Waffen zu bringen, die Wirkung der nun erfolgenden Zusicherungen, namentlich in dem Geldpunkte äußerte sich in überraschend schneller Weise; gegen Ende Juli langte der Kurier, der sie brachte, in Stockholm an [1]), und am 4. August ward der Krieg gegen Rußland erklärt.

So schien sich endlich alles den Wünschen des Königs entsprechend zu gestalten. Unmittelbar nach der ersten Audienz Schmettaus bei dem Kurfürsten von Bayern (den 10. August) schrieb dieser, die Einnahme Passaus werde den König vollends überzeugt haben, daß sein Entschluß gefaßt und das Signal zu dem Kriege gegeben sei, den er in das Herz der österreichischen Staaten zu tragen im Begriffe stehe [2]). Das klang, als ob Friedrichs Kriegsplan angenommen sei, und wirklich vermochte Schmettau gleich in der ersten Konferenz am 15. August so viel durchzusetzen, daß das bayerische Heer wenigstens gegen Linz vorrückte, allerdings mit dem Hintergedanken, von da sich eventuell noch gegen Böhmen zu wenden. Die eigentliche Entscheidung mußte hier erst kommen, wenn die französische Armee, die am 15. August den Rhein überschritt, heranrückte. Französischerseits glaubte man auch des Beitritts von Sachsen zu der Allianz sicher sein zu können.

Friedrich war, wie er schreibt, entzückt von den guten Dispositionen des Königs von Frankreich [3]); seine Gesandten in Regensburg wie in Dresden wurden nun angewiesen, in Übereinstimmung mit den französischen vorzugehn [4]); den Kurfürsten, dem davor bangt, daß sich Neippergs Heer gegen ihn wenden könne, versichert er, daß er dieses durch seine Operationen beschäftigen werde [5]), er sei jeden Augenblick bereit, mit dem Kurfürsten „die natürlichste, die dauerhafteste, die am meisten auf Neigung beruhende Allianz abzuschließen [6]).

Inzwischen schien auch auf dem schlesischen Kriegsschauplatze sich eine Entscheidung vorzubereiten. Bereits am 23. Juni [7]) hatte Neipperg an den Großherzog geschrieben, er habe nunmehr ein Corps von 10000 Mann Infanterie und 7000 deutscher Kavallerie beisammen, ungerechnet 2600 Husaren, ungarische Nationalregimenter in Summa 1700 Pferde, Kroaten 3000, Slavonier an 1000. Er könne jetzt wohl daran denken, über die Neiße zu gehen

---

1) Angef. bei Droysen, S. 299.
2) Ebd. S. 306, Anm. 3.
3) An Belleisle den 6. August; Polit. Korresp. I, 296.
4) Ebd. S. 304 u. 306.
5) Den 11. August; ebd. S. 301.
6) Den 24. August; ebd. S. 309.
7) Wiener Kriegsminist.-A. Die Österr. milit. Zeitschr. 1827 II, welche dieselbe Quelle benutzt, erwähnt einen Bericht Neippergs desselben Inhalts, aber an den Hofkriegsrat gerichtet und aus dem Anfange des Juli. Mir haben unter den Regesten jenes Archivs wohl Berichte Neippergs an den Hofkriegsrat vorgelegen vom 2., 7. u. 28. Juli, doch keiner jenes Inhaltes; und ich glaube daher an einen hier obwaltenden Irrtum um so mehr, da solche offenherzige Äußerungen, wie dieser Brief enthält, Neipperg sonst nur wohl seinem vertrauten Gönner, dem Großherzog, zu schreiben pflegt, während sie in einem offiziellen Berichte an den Hofkriegsrat uns auffallend scheinen mußten.

und den Feind anzugreifen, und er früge an, ob er es thun solle. Gelänge es, den Feind zu schlagen, so dürfe man hoffen, Brieg und Glogau zurückzuerobern; dagegen würde er nach einer verlorenen Schlacht kaum mehr imstande sein, Neiße und die anliegenden Fürstentümer zu decken, ja nicht einmal Böhmen und Mähren zu schützen. Was ihn mit einer gewissen Besorgnis erfülle, sei nicht so sehr die Übermacht an Truppen und das schnelle Feuer der Preußen als vielmehr die treffliche Ordnung und Disziplin ihres Fußvolks, wie denn auch die preußischen Offiziere an Umsicht und Kenntnis die Seinigen weit überträfen. Solle er keine Schlacht wagen, so biete sich ihm noch die Möglichkeit, den Feind durch einen Flankenmarsch in die Gegend von Reichenbach zum Verlassen seines Lagers zu bewegen.

Neippergs Brief war für seinen Gönner den Großherzog nicht gerade lockend, ihm das Wagnis einer Schlacht direkt aufzutragen; dagegen scheint es, daß derselbe ihm angeraten hat, zu versuchen, ob er sich nicht Breslaus mit Hilfe der dort unterhaltenen Einverständnisse bemächtigen könnte, wozu ihm dann der beabsichtigte Flankenmarsch Gelegenheit bieten könne [1]).

Neipperg antwortet dem Großherzog unter dem 18. Juli, er habe dessen Intention verstanden und bitte noch um einige Geduld, damit er sein Unternehmen im günstigen Augenblicke ausführen könne. Und wenn gleich, wie er eben erfahre, die Preußen fortführen sich in ihrem Strehlener Lager zu verschanzen, so werde ihn das doch nicht hindern, das bewußte Manöver auszuführen [2]). Als er aus seinem Lager aufbrach, befanden sich Vorschläge zu einer Überrumpelung Breslaus, die ein Graf Sternberg von dort eingesendet hatte, in seiner Hand [3]). Er verließ sein Lager um so lieber, da ihm das Austreten der durch Gewitter in den Gebirgen geschwellten Biele den Aufenthalt dort unangenehm machte [4]). Er hatte den tapfern Verteidiger Neißes, General Roth, vermutlich wegen dessen Verbindungen in Breslau [5]) mitgenommen und dafür den Oberstlieutenant André mit 2000 Kommandierten in der Festung zurückgelassen [6]). Er zog am südlichen Ufer der Neiße an den Bergen hin über Kalkau, Ratmannsdorf. Am 4ten hatte er sein Hauptquartier in Kamitz südlich von Patschkau. Am 6ten weiterrückend, überschritt er am 8ten bei Pilz die Neiße und bezog ein Lager bei Baumgarten südlich von Frankenstein. Es war die erste Enttäuschung für ihn, daß der König trotz der Nachricht von seinem Marsche sein Lager bei Strehlen, durch welches er Breslau zu decken vermochte, behauptete und sich damit begnügte, gegen Heinrichau eine Abteilung,

---

[1]) Da die Briefe des Großherzogs an Neipperg anscheinend nicht erhalten sind, ist hier nur eine Vermutung möglich, die jedoch durch das im Texte anzuführende Schreiben Wahrscheinlichkeit erhalten dürften.

[2]) Wiener Kriegsminist.-A.

[3]) Unter dem 1. August sendet er dieselben an den Großherzog; Wiener Kriegsminist.-A.

[4]) Daß Überschwemmungen den Abzug Neippergs veranlaßt, hatte zuerst Robinson, der über Neiße gekommen war, am 3. August an Podewils mitgeteilt, und der König muß dies doch für mehr als einen Vorwand gehalten haben, denn er führt in einem Briefe an Belleisle vom 6. August diesen Grund für Neippergs Abzug an; Polit. Korresp. I, 297.

[5]) Derselbe war dort beim Beginne des Krieges eine Zeit lang gewesen, war auch da zum Kommandanten designiert gewesen.

[6]) Bericht Neippergs vom 1. August; Wiener Kriegsminist.-A.

die Neipperg für stärker hielt, als sie wirklich war, zu entsenden. Eine zweite Enttäuschung war es, daß der nach Dresden zur schleunigen Gewinnung eines Hilfscorps von 10000 Mann entsandte Feldmarschall Brown ganz unverrichteter Sache zurückkehrte. Sehr entmutigt schreibt er infolge davon an den Großherzog, wenn er eine Schlacht verliere, sei Schlesien für immer verloren, ohne daß sich des Königs Alliierte darum kümmern würden. Bei dieser Stimmung der übrigen Mächte glaubte er nicht, daß die Königin imstande sein werde, zugleich Preußen und Frankreich die Spitze zu bieten [1]).

Ehe noch dieser Brief an seine Adresse kam, hatte die Sache der Österreicher ein neuer schwerer Schlag getroffen. König Friedrich hatte am 10. August Breslau durch Überrumpelung und ohne Blutvergießen in seine Hand bekommen und militärisch besetzt, ein Ereignis, das sehr geeignet war, die Hoffnungen Maria Theresias für eine Wiedergewinnung Schlesiens noch weiter herabzustimmen.

Die Einzelheiten dieses denkwürdigen Handstreiches verdienen eine eingehendere Darstellung, und wenn wir diese einem besonderen Kapitel aufsparen und außerhalb des Rahmens der militärischen Vorgänge zu geben versuchen, so erscheint dies um so gerechtfertigter, da es sich bei näherer Betrachtung herausstellt, daß die Besetzung Breslaus doch nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, gleichsam der Gegenzug des Königs gegenüber dem Flankenmarsche Neippergs war, sondern daß vielmehr der König zu der Zeit, wo er den Befehl zur Besetzung Breslaus gab, noch nichts von dem Aufbruche Neippergs aus seinem Lager wissen konnte und schwerlich auch von einem Anschlage desselben auf Breslau ahnte [2]).

---

[1]) Den 9. August; Wiener Kriegsminist.-A.

[2]) Der betr. Brief an Schwerin (Polit. Korresp. I, 290) ist undatiert, doch datiert die Antwort vom 2. August. Der Brief ist demnach spätestens am 1. August geschrieben, also dem Tage, an welchem Neipperg aufbrach. Noch am 2. August schreibt der König an den Fürsten von Anhalt in ganz unbestimmten Ausdrücken, „es will verlauten, ob wolle der Feind sich movieren". Was derselbe intendiere, wisse man noch nicht. Polit. Korresp. I, 293.

Fünftes Kapitel.

Die Haltung der Schlesier während des Krieges und die Besetzung Breslaus.

Wir mögen es wiederholen, daß die Schlesier eine Intervention Preußens weder gehofft noch ersehnt haben, daß der preußische Angriff zunächst nur ein Gefühl der Überraschung hervorrief, von welcher die Aussicht auf schwere Kriegsbedrängnisse und das geringe Vertrauen auf einen dauernden Erfolg des ganzen Unternehmens das Gefühl der Freude auch bei den Protestanten fernhielt. Freilich war von österreichischem Patriotismus kaum eine Spur zu finden, selbst der bei der Wendung der Dinge am meisten interessierte Stand, der der katholischen Geistlichkeit, wollte von Opfern für die Landesverteidigung nichts wissen. Die Domherren zu Breslau hatten ebenso wie die Breslauer Bürgerschaft die Einnahme einer kaiserlichen Besatzung auf ihrer Insel abgewehrt und die Stifter insgesamt gegen die Niederbrennung der Vorstädte als eine Vorbedingung jeder Verteidigung aufs lebhafteste protestiert.

Indessen ein wirkliches Entgegenkommen der Schlesier wird sich in der allerersten Zeit des Krieges höchstens bei dem protestantischen Adel des Landes nachweisen lassen. Dieser Stand hatte, wie wir an anderer Stelle nachgewiesen haben, bereits vor 1740 nähere Verbindungen mit Preußen gehabt, als das übrige Schlesien; es war natürlich, daß er dem jungen König gleich bei seinem Eintritte gewisse Sympathieen entgegentrug. „Es ist nicht zu sagen“, schreibt ein katholischer Geistlicher im Dezember 1740 [1]), „mit welchem Verlangen viele auch vom höheren Adel sich zu dem Dienste des neuen Königs drängen, doch nur wenige von den Ortho-, die meisten von den Heterodoxen“, und ein Brief eines Schlesiers nennt uns Namen schlesischer Adeligen, welche bereits im Frühling 1740 sich dem König von Preußen zur Verfügung gestellt haben: Schweinichen, Pölnitz, Poser, Niebelschütz, Freilitsch, Pippach, Stosch [2]), ja es ist im Dezember 1740 der Brief eines schlesischen Adeligen veröffentlicht worden, der sich gegen die Beschuldigung des

---

1) Ss. rer. Siles. V, 398.

2) Ib. p. 604, von welchen allerdings die Pölnitz, Freilitsch, Pippach kaum eigentlich für schlesische Adelsfamilien gelten können.

Verrates an dem Landesfürsten, insofern er bei den Preußen Dienste genommen, verteidigt [1]).

Bald aber ward eine günstige Stimmung gegen die einrückenden Preußen allgemeiner. Als die preußische Armee so binnen Monatsfrist die ganze große Provinz von einem Ende zum anderen besetzte, als man Gelegenheit gefunden, diese trefflich ausgerüstete zahlreiche Armee selbst kennen zu lernen in ihrer sicheren, festen Haltung, mit ihrer musterhaften Manneszucht [2]), und an ihrer Spitze den jungen Monarchen, der so viel Hoheit mit so viel herzgewinnender Freundlichkeit zu paaren wußte, bildete sich doch eine immer wachsende Partei, welche den preußischen Waffen dauerndes Glück wünschte und erhoffte. Am schnellsten wandte sich ihr natürlich die unterste Volksklasse namentlich in den Städten zu, welche, im Gefühl nichts Wesentliches dabei aufs Spiel zu setzen, gern von einer neuen Regierung eine Besserung ihrer Lage erwartete, vor allem der so sehr mißliebigen Steuerverhältnisse. Dagegen bedurfte es bei der von Natur konservativen Landbevölkerung und bei dem Mittelstande und noch höher hinauf eines stärkeren Motivs, um die Besorgnis vor den Folgen eines etwaigen Umschlages zu überwinden, und als solches stellte sich ganz unvermeidlich das konfessionelle Moment ein.

War auch die ganze Zeitrichtung einer besonderen Hervorkehrung der religiösen Gesichtspunkte keineswegs günstig, und hatte anderseits der auf die Protestanten früher ausgeübte Druck sich erheblich gemindert, so waren die Beschwerden, welche diese über den katholischen Klerus und dessen Begünstigung zu führen hatten, immer noch zahlreich genug, um ihnen das Scepter eines Fürsten ihres Bekenntnisses begehrenswert erscheinen zu lassen.

So wie aber dieses Moment einmal zur Geltung kam, mußte es natürlich nach beiden Seiten hin wirken. König Friedrich mochte noch so sehr sich beflissen zeigen, die Katholiken des wirksamsten Schutzes ihrer Religion zu versichern und ihre Würdenträger durch Freundlichkeit und Aufmerksamkeit auszuzeichnen, er konnte wohl einzelne gewinnen, nicht aber die Menge der Geistlichen und den Teil der Bevölkerung, der von dieser abhing. Hier mußte es doch zum Bewußtsein kommen, daß, wenn der neue Herrscher selbst wirklich auf das gewissenhafteste die Parität walten ließe, der Verlust immer noch ein ungeheurer war; die Stellung der ecclesia dominans, der bevorzugten herrschenden Kirche, war für den Katholicismus dahin, und die bisherige freigebige Begünstigung der Kirchen, der frommen Körperschaften, der zahlreichen Klöster und Stifter konnte niemand von einem protestantischen Fürsten hoffen. Aber Friedrich konnte es nicht einmal verhindern, wie sehr es auch seinen Intentionen zuwiderlief, daß gerade seine Anhänger in den von den Preußen besetzten Orten gemischter oder überwiegend protestantischer Bevölkerung gegen die katholische Geistlichkeit und besonders gegen die Klöster eine entschieden feindliche Haltung annahmen. Hier wirkte vieles zusammen, die, um nicht zu sagen freigeistige, so doch den kirchlichen Institutionen abgeneigte Zeitströmung, der Ärger über wirkliche oder vermeintliche Übergriffe

---

[1]) Ib. p. 398 und vorher in der Schles. Kriegsfama V, Beil. 5.

[2]) Diese preist der Leubuser Cisterzienser Steph. Volkmann in seinen Aufzeichnungen (Schles. Zeitschr. XV, 2. Hft.), und sein Stand, so wie seine sonstigen Erlebnisse lassen gerade sein Lob als besonders unverdächtig erscheinen.

der Geistlichkeit, z. B. die allerorten zum Gegenstand immer erneuter Klagen gemachte, durch Schützlinge der Klöster dem bürgerlichen Gewerbe bereitete Konkurrenz, endlich auch die natürliche Reaktion gegen den lange unwillig ertragenen Zwang.

Es waren nicht eben tröstliche Perspektiven, die den geistlichen Herren ihre Mitbürger eröffneten, nicht eben freundliche Worte, die, auf der Bierbank gesprochen, ihnen hinterbracht wurden [1]), und wenn nun die Verteidiger, die sie etwa fanden, dagegen darauf hinwiesen, daß noch nicht aller Tage Abend sei, daß die Dinge eine andere Wendung nehmen könnten, wo dann eine Abrechnung nicht ausbleiben werde, und wenn die Anhänger des alten Regimes, österreichische Beamte und Geistlichkeit, so wie ein Teil des Adels sich bemühten, in den ihnen zugänglichen Kreisen das Vertrauen auf einen endlichen Sieg der österreichischen Waffen lebendig zu erhalten, so verschärfte eben das die Gegensätze noch besonders [2]). Derartige Äußerungen erschienen als Drohungen, hinter denen man die Absicht vermutete, zur Herbeiführung der alten Herrschaft, wenn sich Gelegenheit fände, die Hand zu bieten, etwa einen bestimmten Ort wieder in die Hände der Österreicher zu spielen, wozu ja die immer erneuten kühnen Streifzüge der österreichischen Kavallerie auch durch die von Preußen besetzten Gegenden anlocken konnten. Vor dem Gelingen solcher Pläne mußten natürlich alle, welche der neuen Herrschaft irgendwie Sympathieen gezeigt hatten, große Besorgnis hegen; ihnen erschien es höchst bedenklich, daß die Preußen bei ihrem Einrücken sich damit begnügt hatten, die österreichischen Regierungskollegien aufzulösen und deren Glieder zum Teil außer Landes zu verweisen, dagegen aber die bekanntlich allerorten außer Breslau mit Katholiken besetzten Magistrate hatten weiter fungieren lassen, denen die Protestanten vornehmlich feindliche Anschläge zutrauten.

Die Folge dieser Stimmungen waren nun in den von den Preußen besetzten Teilen Schlesiens unausgesetzte Verdächtigungen gegen die Katholiken und speziell gegen den Klerus, und im Zusammenhange damit die Verhaftungen einzelner Magistratsmitglieder an verschiedenen Orten, Haussuchungen auch in den Klöstern, mannigfache militärische Maßnahmen [3]). Es ist bei allen diesen Untersuchungen, so viel wir wissen, nicht eben viel herausgekommen, und jene Verdächtigungen haben sicher sehr häufig über das Ziel hinausgeschossen, doch ganz ohne Grund waren sie in keinem Falle. Wir mögen ganz absehen von den immer sich wiederholenden und mehrfach geahndeten Fällen, wo preußische Deserteure in Klöstern Zuflucht und Forthilfe gefunden,

---

[1]) Wie nach einem Breslauer Klostertagebuche ein dortiger Handwerker kurz vor der Besetzung der Stadt sich geäußert haben sollte: „Laßt nur unsere Soldaten in die Stadt kommen, wir werden bald mit dem Münnichgesindel fertig sein; entlich die baarfüßigen und die barthigen München seyn noch gute Leuth, sie kommen betteln, gibt man ihnen was, so ist es gutt, giebt man ihnen nichts, so ist es auch gutt, allein die schwartzen (intellige Jesuitas) die müssen wohl forth." Ss. rer. Siles. V, 440.

[2]) Einen recht lebendigen Ausdruck dieser Stimmungen giebt das in den archivalischen Beilagen abzudruckende Gedicht auf den Breslauer Frieden.

[3]) Die katholischen Tagebücher in den Ss. rer. Siles. V enthalten viele Beispiele hierfür. Dem Cirkator der Breslauer Minoriten droht Schwerin deshalb mit dem Stricke; ib. p. 418.

wir wissen aber jetzt direkt aus den Akten des Wiener Kriegsministeriums, wie zahlreich und genau die Berichte waren, welche das österreichische Hauptquartier auch aus den von den Preußen besetzten Orten empfing, und wie unter den Berichterstattern neben ehemaligen Beamten und katholischen Adeligen doch auch mehrfach die Bürgermeister auftreten, wir wissen ebenso zuverlässig, daß der Prälat von Grüssau bei der Lebensgefahr, die dem König am 27. Februar 1741 bei Baumgarten drohte, ernstlich kompromittiert war, und daß auch die Schweidnitzer zu ihrer immer wiederkehrenden Besorgnis vor einer Überrumpelung durch die Österreicher doch einigen Grund hatten, muß uns glaublich werden, wenn wir erfahren, daß der Freischarhauptmann Menzel unter dem 4. August sich gegen Neipperg erbietet, wenn er 300 Mann reguläres Militär erhielte, Schweidnitz mit Hilfe der österreichisch Gesinnten in der Stadt zu überrumpeln; wollten doch hier viele Einwohner gesehen haben, wie am 29. Juli von dem Türmchen der Dominikanerkirche aus durch ein weißes Fähnchen mit österreichischen Husaren, die sich an diesem Tage bis in die Nähe der Stadt wagten, Signale gewechselt wurden [1]).

Die schlimmsten Erfahrungen hat von den schlesischen Klöstern das Stift Leubus gemacht, dessen Kanzler zu den Österreichern geflohen war. Preußischerseits wollte man wissen, derselbe habe der Königin von Ungarn eine namhafte Summe Geldes überbracht, und auf Grund dessen verlangte der König nun auch seinerseits eine Beisteuer in der Höhe von 200,000 Thlrn. So viel bares Geld vermochte aber das Stift trotz seines großen Landbesitzes nicht zu schaffen, und auf die Bitten der Ordensbrüder ward die Summe um die Hälfte herabgesetzt; doch auch so viel vermochte man nicht aufzutreiben, obwohl fast zwei Wochen lang zur Exekution das ganze Bandemersche Husarenregiment ins Kloster eingelegt wurde und vom Stifte verpflegt werden mußte, und darauf 6 Klostergeistliche in Glogau im Arrest gehalten wurden, bis das Geld bezahlt sei, was am Ende allerdings wirklich erfolgt ist [2]).

Anderseits verdient doch hervorgehoben zu werden, daß sonst der König von den reichen Stiftern Schlesiens besondere Kontributionen nicht eingefordert hat, sondern dieselben nur die gewöhnlichen Kriegslasten hat tragen lassen. Was die aus diesen Kreisen stammenden Äußerungen, die sich uns erhalten haben, betrifft, so erscheinen die Berichte aus Leubus und dem Breslauer Vincenzstift gemäßigt und keineswegs gut österreichisch gefärbt, auch ohne irgendwelche Zuversicht auf Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft; nur das aus dem Breslauer Franziskanerkloster stammende Tagebuch [3]) trägt mit einem ganzen ungebändigten religiösen Fanatismus auch einen gewissen Eifer für die österreichische Sache zur Schau.

So viel steht fest, daß schon im Frühling 1741 die Einwohnerschaft Schlesiens sich in zwei große Heerlager teilte: in einen preußisch gesinnten Teil und einen österreichisch gesinnten, und daß diese beiden Parteien sich

---

1) Scholz, Schweidnitzer Tagebuch a. a. O., S. 94.

2) Vgl. über diese Vorgänge die Aufzeichnungen des Steph. Volkmann, der selbst unter den in Glogau Detinierten war. Schles. Zeitschr. XV, 2. Hft., und dazu das Tagebuch aus dem Vincenzstifte; bei Stenzel, Ss. rer. Siles. V, 540.

3) Unter dem Titel „Ars et Mars" abgedruckt bei Stenzel, Ss. rer Siles. V.

4) Scholtz, Schweidnitzer Tagebuch a. a. O., S. 94.

5) Wiener Kriegsminist.-A.

wesentlich nach den beiden Konfessionen gruppierten. Und wenn die Österreicher bei dem Beginne des Krieges den Breslauern, die sich auf Analogieen aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges beriefen, feierlich erklärt hatten, diesmal handle es sich um einen Krieg pro regione, nicht pro religione, so gestaltete sich das doch im Bewußtsein des Volkes anders, und die plündernden Gorallen, welche alle Evangelischen als ungetreue Unterthanen mit allen möglichen Gewaltthaten heimsuchten, glaubten dabei im Grunde in ihrem Rechte zu sein [1]). Weit verbreitet war die Legende, die Jungfrau Maria selbst habe Preußen im Januar 1741 vom Warthapasse zurückgetrieben.

Begreiflicherweise fehlt es an direkten Zeugnissen für die Stimmung der Bevölkerung in den verschiedenen Gegenden Schlesiens, doch zeigt uns das Wenige, was wir davon erfahren, sehr entschiedene Gegensätze in dem Verhältnis der Einwohnerschaft den Preußen gegenüber. So galt z. B. Schweidnitz trotz seiner exponierten Lage für eine wesentlich preußenfreundliche Stadt. Ein Brief eines Jesuiten aus dieser Stadt vom 21. Januar 1741 berichtet, man sei hier fortwährend darauf gefaßt, daß das Volk das Kloster stürme, und zu thätlichem Widerstand entschlossen. Die Bürger hätten dem katholischen Bürgermeister die Schlüssel abgenommen und erklärt, die Kaiserlichen nie mehr in die Stadt lassen zu wollen [2]). Auch das mag man als ein Symptom der herrschenden Stimmung ansehen, daß schon am 21. Februar dem erwarteten König von Preußen eine große Schar von Kindern „auf preußische Art ausmundiert" mit klingendem Spiel und 2 Fahnen zur Begrüßung entgegenzog [3]). Im österreichischen Lager haßte man deshalb die Schweidnitzer ganz besonders, Anfangs Juli wurden einige Waldenburger Bürger von österreichischen Husaren, die sie auf einer Reise gefangen hatten, gemißhandelt, weil man sie für Schweidnitzer hielt. Die Frankensteiner werden direkt bei Neipperg verklagt, daß sie Getreide nach Schweidnitz schickten und Pässe dorthin ausstellten. Aus Nimptsch klagt der [katholische] Bürgermeister in einem Bericht an Neipperg vom 14. Mai über die den Preußen günstige Gesinnung der Lutheraner. Er sei seines Lebens nicht mehr sicher [4]). In Bernstadt wird die Bürgerschaft als gut preußisch gesinnt bezeichnet, nur der Landeshauptmann v. Krause und der Bürgermeister Reimann wirkten im entgegengesetzten Sinne, der letztere habe es sogar gewagt, ein angeheftetes preußisches Plakat abzureißen und durch ein Neippergsches zu ersetzen. In Friedland wurden am 1. September, nach dem Abmarsche der Preußen, der Bürgermeister und mehrere angesehene Bürger nach Braunau geschleppt, weil sie sich zu entgegenkommend gegen jene gezeigt hätten. Über die Hirschberger und deren preußenfreundliche Gesinnung wird in den österreichischen Berichten wiederholt Klage geführt, und schon unter dem 15. März wird nach Wien gemeldet, das schlesische Gebirgsvolk bewaffne sich zugunsten der Preußen, eine Nachricht, die doch wohl keinen anderen Kern hat, als Versuche der Einwohner, sich jener räuberischen Gorallen zu erwehren. Hier in den Thälern des Riesengebirges hatte man den fast ausschließlich protestantischen Be-

---

1) Vgl. oben S. 210.
2) Breslauer St.-A.
3) Scholtz, Schweidnitzer Tagebuch, S. 54.
4) Wiener Kriegsminist.-A.

wohnern 1655 ihre Kirchen genommen, und der Altranstätter Vertrag hatte sie ihnen nicht wiedergebracht. In den Schluchten der Berge, tief im Dickicht der Wälder hatten sie verstohlen ihre Gottesdienste halten müssen. War es ein Wunder, daß gerade sie vor allen dem Könige als ihrem Befreier warme Sympathieen entgegentrugen?

Aber nicht überall war die Stimmung so.

Schwerin beschwor im März 1741 den König, auf seine persönliche Sicherheit zu achten, denn, schreibt er, „alles Volk zwischen Neiße und Oder ist Ew. Majestät geschworner Feind" [1]). Allerdings ist dies übertrieben und nicht mit auf die protestantischen Dörfer des Briegischen zu beziehen, sondern nur auf die katholischen im Grottkauischen und Neißeschen, wo die Geistlichkeit das Volk aufreizte und noch später strenge militärische Maßregeln notwendig wurden. Dagegen kann man behaupten, daß in dem ganzen vorwiegend katholischen Oberschlesien von Sympathieen für Preußen kaum die Rede ist; in Ratibor und Umgegend sollen die Einwohner den österreichischen Husaren willig Geld gegeben haben zur Herstellung eines ihrem Heere den Sieg sichernden Zaubergebräus, und hier so wie in Teschen und Jägerndorf sieht sich General Lamotte zu strengen Maßregeln, zur Wegführung von Geiseln, genötigt; die Gebirgsstädtchen Zuckmantel und Johannesthal werden bekanntlich am 15. und 16. März 1741 niedergebrannt, nachdem aus den Häusern auf die Preußen geschossen worden war; auch in Zülz glaubt Schwerin ein Exempel statuieren zu müssen, weil die Bürger sich zusammengerottet und an den Grenadieren vergriffen haben [2]). In Oppeln findet die preußische Besatzung im Schlosse es notwendig, sich gegen die Stadt in gewisser Weise abzusperren und die Bürgermiliz zu entwaffnen, deren Anführer, Tauber, ein enragierter Freund der Österreicher ist [3]). In Steinau bei Neiße fielen die Bauern über ihre Gutsherrschaft, Gräfin Callenberg, her, weil dieselbe im Verdachte stand, es mit den Preußen zu halten, banden sie und schleppten sie auf einem Leiterwagen nach Neiße, und das geschah noch vor Neippergs Einmarsch, also zu einer Zeit, wo auch in Oberschlesien die Preußen die Herren waren [4]). Und Neipperg, der sonst in der That nicht gerade sanguinisch in seinen Hoffnungen ist, nimmt ohne Bedenken an, daß einem aus Ungarn auf dem rechten Oderufer vorbrechenden Corps die Oberschlesier „mit Freuden" das Nötige zur Verpflegung darbieten würden [5]). In den Kreisen der preußischen Offiziere war man überzeugt, daß, wenn die preußische Armee, bei Mollwitz geschlagen, durch Oberschlesien hätte ihren Rückzug nehmen müssen, die katholischen Bauern, wo es nur irgend angegangen wäre, über sie hergefallen sein würden [6]). Wie bezeichnend ist nicht schon die Haltung der Bürgerschaft in

---

1) Den 6. März; Berliner St.=A.

2) Schwerins Bericht vom 1. März; Berliner St.=A.

3) Unter dem 17. März berichtet darüber der dortige General=Steuerdirektor an Neipperg; Wiener Kriegsminist.=A.

4) In einer Beilage zu Schwerins Bericht vom 1. März; Berliner St.=A. Allerdings läßt das, was uns in Büschings Biographie des Geh. Rats v. Nüßler über diese abenteuerliche Gräfin berichtet wird, gern glauben, daß sie es nicht besonders verstanden hat, sich die Liebe ihrer Unterthanen zu erwerben.

5) An d'Olone den 19. April; Wiener Kriegsminist.=A.

6) Bereits oben S. 195 angeführt.

den beiden einander so naheliegenden Festungen Brieg und Neiße während deren Belagerung durch die Preußen. In der altprotestantischen Piastenstadt eine mürrische Gleichgültigkeit, welcher der Kommandant durch die furchtbarsten Drohungen nicht beikommen kann; in der Bischofsstadt, dem schlesischen Rom, dagegen ein wirklicher Eifer für die Verteidigung, von Maria Theresia mit einem besonderen Belobigungsschreiben belohnt.

Am wenigsten vielleicht von allen schlesischen Städten deckten einander religiöse und politische Parteistellung in der Hauptstadt des Landes. Hier in Breslau hatten die Protestanten der Zahl nach das Übergewicht, vielleicht noch mehr als heutzutage, trotz der bischöflichen Hofhaltung, des Domkapitels und der zahlreichen Klöster mit ihrem Anhange. In diesen Kreisen, sowie in denen der kaiserlichen Beamten und einigen Adelsfamilien, mußte man den Katholicismus suchen, zu dem sich sonst nur noch ein sich vorzugsweise aus Oberschlesien ergänzender Teil der unteren Volksklasse bekannte, während die eigentliche Bürgerschaft und die Zünfte, wie die Kaufmannschaft, zum bei weitem größten Teile dem protestantischen Bekenntnisse anhing.

Die Berichte, welche aus Breslau ins österreichische Hauptquartier kamen, pflegten die politische Stimmung der Einwohnerschaft so zu charakterisieren, daß sie erklärten: der Pöbel sei durchaus preußisch gesinnt und ebenso ein großer Teil der Zünfte, nicht so die ansehnlichen Bürger [1]). Und wir erinnern uns ja, daß eine von den Zünften ausgehende und von dem großen Haufen begünstigte Bewegung im Dezember 1740 die Nichteinnahme der österreichischen Besatzung durchgesetzt hatte. Das konfessionelle Moment hatte dabei kaum mitgewirkt, der Wortführer jener Bewegung, der Schuhmacher Döblin, war ja selbst Katholik. Allerdings war auch unter den Zünften das evangelische Bekenntnis bei weitem vorherrschend, aber offenbar trieb diese Kreise zur Opposition gegen die österreichische Regierung an erster Stelle das Standesinteresse, welches durch ein den Zünften alle Autonomie raubendes Edikt von 1731 schwer geschädigt war und außerdem auch materiell durch die empfindliche Konkurrenz, welche den zünftigen Handwerkern durch die unter der Hand alle möglichen Handwerke betreibenden Schützlinge der vielen Klöster bereitet wurde, allen Klagen der Innungen zum Trotz. Auch einen katholischen Zunftgenossen schreckte unter solchen Umständen der Gedanke, einen protestantischen Herrscher zu erhalten, nicht, wenigstens würde dann die Protektion der verhaßten Klöster aufhören. Die Stimmung der ja tief hinabreichenden Handwerkerkreise beeinflußte dann leicht auch die untersten Schichten, die ohnehin die allgemeine Unzufriedenheit wegen des Steuerdruckes, besonders durch die verhaßte Accise, dem Gedanken eines Wechsels der Herrschaft geneigter machte. Der Einfluß des Klerus, den wir gerade für jene Zeit leicht überschätzen, und der außerdem bis dahin nicht mit Anspannung aller Kräfte ausgeübt worden war, bildete da kein hinreichendes Gegengewicht.

Für die niedere Volksklasse knüpften sich dann an den Sturz der österreichischen Herrschaft auch Hoffnungen materieller Vorteile, Erleichterung des Druckes der allerdings hoch gestiegenen und übel verteilten Steuern. Das

---

[1]) So schreibt z. B. unter dem 28. Juni Graf Sternberg aus Breslau; Wiener Kriegsminist.-A.

niedere Volk, das nichts zu verlieren hat, wird ja immer am leichtesten dahin kommen, von einer durchgreifenden Umgestaltung der Verhältnisse sich Gewinn zu versprechen. Aus diesen Kreisen waren gleich den ersten preußischen Soldaten, die in Breslaus Mauern gesehen wurden, Willkommenrufe entgegengeklungen [1]), und das Volk auf der Straße hatte Friedrich am 5. Januar als unsern Köhig und Landesvater begrüßt [2]). Jubelnd sang man hier der verhaßten Accise ihr Grablied:

„Nun ruhen all' Accifer,
Weil Preußen, der Erlöser,
Befreit uns von der Last,
Die dieses Land gedrucket,
Es ganz und gar verschlucket
Und ausgesogen bis aufs Blut.

Da mußten wir stets laufen
Nach Zetteln und sie kaufen,
Wenn was kam in die Stadt.
Gott ändert jetzt die Sachen,
Wir sind aus ihrem Rachen,
Wie ist es nun so gut gemacht!"

Noch schärfer geißelt die Bedrückung der österreichischen Beamten ein vielgekauftes Gespräch zwischen zwei Bauern, Hans und Peter, in schlesischer Mundart. Am naivsten hat ein Kräuter das politische Glaubensbekenntnis dieser Volksklasse ausgesprochen, als er am 4. März 1741 zusah, wie auf dem Salzringe am Oberamtshause der österreichische Adler mit dem preußischen vertauscht wurde. Er rief aus: „Der Adler hat nur einen Kopf und Hals; der wird wohl nicht so viel fressen, als der vorige, der zwei Köpfe hatte." Bei dieser gut preußischen Gesinnung des niederen Volkes war es hier gefährlich, auf den Straßen österreichische Gesinnungen zur Schau zu tragen, und mancher Lästerer des preußischen Königs hat damals die Fäuste unserer Proletarier in unangenehmer Weise kennen gelernt [2]).

Anders sah es in den höheren Kreisen der Stadt aus, dem protestantischen Bekenntnisse zum Trotz. Von einer wirklichen Anhänglichkeit an Österreich war wohl allerdings auch hier nicht die Rede, aber für preußische Sympathieen war der Boden hier wo möglich noch ungünstiger. Nicht nur, daß die Breslauer Großhändler sich sagen mußten, wie Handel und Industrie Schlesiens, nachdem sie erst kürzlich angefangen in dem erleichterten Verkehr mit den übrigen österreichischen Erblanden Entschädigung für schwere Einbußen zu finden, durch den Anschluß an Preußen in die Lage kommen würden, abermals gleichsam von vorn anzufangen, sich neue Absatzwege erst eröffnen zn müssen; auch sonst hegten gerade die einsichtigeren und weiter blickenden Breslauer schwere Bedenken. Das in einem Briefe jener Zeit vorkommende Wort, in Breslau sehe jeder ein, welch ein himmelweiter Unterschied sei zwischen dem bisherigen glimpflichen regimen togatum unter Österreich und dem künftig (unter Preußen) zu besorgenden regimen sagatum, hatte doch eine gewisse Bedeutung. Thatsächlich hatten die Breslauer bisher

1) Wie ein Breslauer Klostertagebuch erzürnt berichtet, Ss. rer. Siles. V, 404.
2) Kahlert, Breslau vor 100 Jahren, S. 62, nach dem Tagebuch des sehr zuverlässigen Steinberger.

eine fast republikanische Selbständigkeit genossen, und ob diese mit der strafferen Art preußischer Staatsform verträglich sein würde, konnte wohl zweifelhaft scheinen, und im großen und ganzen hatte der Geist eines Staates, in welchem der Soldat die Hauptsache war, für einen Breslauer Patrizier wenig Sympathisches.

Allerdings gab es auch hier ohne Zweifel eine ganze Anzahl entschlossener Gemüter, welche aus Haß gegen die von einem unduldsamen Klerus geleitete österreichische Regierung die preußische Herrschaft offen herbeiwünschten, aber die Mehrzahl der besitzenden, der höhergestellten Bürger auch protestantischerseits, waren wesentlich von einem Gefühle eingenommen, von dem großer Angst und Ungewißheit über die endliche Entscheidung des ganzen Kampfes. Sie waren ja nicht in der Lage, sich frei für die eine oder die andere Partei entscheiden zu können, sondern wenn man hier eine preußische Gesinnung offen zur Schau trug, lud man damit eine schwere Verantwortung auf sich, die bei einem Umschlage des Kriegsglückes doch sehr viel kosten konnte, der Stadt ihre Privilegien, ihre Glaubensfreiheit, und jedem einzelnen namhafte Opfer an seinem Gut, vielleicht auch Verlust der Freiheit oder des Lebens. Hundertundzwanzig Jahre früher war auch ein protestantischer Fürst hier eingezogen; man hatte ihn damals jubelnd begrüßt und festlich empfangen, bis in das Herz der österreichischen Monarchie war ihm der Weg geebnet gewesen, die Prager Königsburg hatte ihm freudig ihre Thore geöffnet, und wie schnell waren mit einem Schlage all' die stolzen Hoffnungen dieser Siegeslaufbahn vernichtet worden. Damals hatte nur die Intervention eines fremden Fürsten Breslau vor den Blutgerüsten und Güterkonfiskationen und Glaubensbedrückungen, welche in Prag die Wiedereinsetzung der alten Herrschaft bezeichnet hatten, beschützt, und trotzdem wie schwer hatte doch auch Breslau seine Sympathieen für den unglücklichen Winterkönig büßen müssen!

Und diese Unternehmung Friedrichs des Großen, die alle Welt wegen ihrer Kühnheit anstaunte, bot sicherlich damals bei ihrem Beginne nicht mehr Garantieen für ihr Gelingen dar, als einst jene gewaltige böhmische Erhebung. So ganz ungerechtfertigt war also die Ängstlichkeit der Breslauer nicht — ihnen schien die Klugheit vor allem die größtmöglichste Vorsicht und ein schlaues Abwarten zu gebieten. Mit dem Könige von Preußen hatte man ja schon ein verhältnismäßig günstiges Arrangement geschlossen; gelang es nun auch, die Königin von Ungarn hiermit auszusöhnen, diese zu überzeugen, daß jene Neutralitätserklärung nichts weniger als ein Abfall, sondern nur ein durch die Not gebotenes Auskunftsmittel gewesen, so konnte den ehrsamen Bürgern von Breslau noch für alle Fälle der Rücken gedeckt erscheinen. So hatte man denn gleich nach dem Abschlusse des Vertrages ein äußerst unterthäniges Schreiben nach Wien geschickt, welches von Loyalitätsversicherungen überfloß, die Unmöglichkeit, eine Stadt wie Breslau gegen den ernstlichen Angriff einer regulären Armee zu behaupten, auf das eindringlichste nachwies und das Abkommen mit den Preußen als nur durch die Not erzwungen darstellte. In einem besonderen Schreiben ward dann der böhmische Kanzler, Graf Kinsky, um Befürwortung bei der Königin gebeten. Aber in Wien ließ man sich so leicht nicht gewinnen, man hatte dort doch die Vorgänge bei der Frage um Einnahme kaiserlicher Truppen nicht so schnell vergessen. Graf

Kinsky tadelte in einem Schreiben an einen hiesigen Kaufmann die Haltung der Breslauer auf das strengste; der tapfere Widerstand, den Neiße den Preußen leistete, schien auch recht geeignet, den üblen Willen der Breslauer zu beschämen, und man zögerte nicht, sie Zorn und Strafe empfinden zu lassen; einigen Breslauer Kaufleuten, die auch in Neiße Niederlagen hatten, wurden diese, wie bereits angeführt wurde, jetzt konfisciert, in Wien, Linz, Brünn Breslauer Kaufmannsgüter mit Arrest belegt, und Transporte derselben von den österreichischen Truppen aufgegriffen. Ja hier in Breslau behaupteten die Katholiken, durch Briefe aus Wien erfahren zu haben, wie man am Hofe schon ausgesprochen, daß man Breslau demütigen müsse, Strafgelder und Verlust sämtlicher Privilegien, sogar der Ratswahl, sollten sie treffen, der Religionsfreiheit that man klüglich keine Erwähnung [1]). In Wirklichkeit hatten alle jene Bezeugungen von Ungnade, jene Drohungen nur die Wirkung, daß der Magistrat mit verdoppeltem Eifer dem Wiener Hofe seine Loyalität darzuthun bemüht war, vor allem dadurch, daß er Miene machte, dem Könige gegenüber die Neutralität auf das strikteste aufrecht zu erhalten. Nun geht es in der Regel so, daß die superkluge Schwäche, die zwischen zwei mächtigen Kämpfern stehend ohne eigenes Risiko beide zu überlisten denkt, am Ende nichts für sich davonträgt als Schläge von beiden Seiten, und Herr v. Gutzmar, der Obersyndikus, der uns durchaus als leitende Persönlichkeit in dem damaligen Breslauer Rate entgegentritt, hat jenem Schicksale auch nicht zu entgehen vermocht. So wenig er vor dem Wiener Hofe sich und die Breslauer rein waschen konnte, ebenso wenig ließ sich einem Manne gegenüber, der wie Friedrich Klugheit genug besaß, um nicht aus allzu großer Gewissenhaftigkeit sichere Vorteile aus der Hand zu geben, eine strikte Neutralität innehalten. Wie sich der König das Verhältnis zu Breslau gedacht, erhellt ganz klar aus den Propositionen, die er am 1. Januar der Stadt gemacht; darin hatte er der Stadt angetragen, er wolle sie nicht besetzen bis zum Austrag der Sache, auch keine Huldigung verlangen, bis die Zeit ein mehreres lehre; doch solle man im Falle der Not ihm hier einen Zufluchtsort eröffnen. Wenn die Breslauer diese Anträge zu einem förmlichen Neutralitätsvertrag umgeformt hatten und der König hierauf eingegangen war, so hatte er es augenscheinlich in dem Glauben gethan, die Macht der Verhältnisse werde von selbst die Breslauer Prätentionen auf ein richtiges Maß zurückführen. Und in der That hatten jene Vorschläge des Königs das praktisch Erreichbare scharf bezeichnet, was man darüber durchgesetzt zu haben glaubte, die wirkliche Neutralität war eine Illusion, zu deren Verwirklichung alle Voraussetzungen fehlten: zunächst die Macht, welche allein eine Neutralitätsstellung in Kriegszeiten zu einer Wahrheit machen kann, und speziell in der Form, wie sie hier beabsichtigt ward, litt sie an den größten inneren Widersprüchen. Schon das Wort Neutralität enthält den Sinn, daß etwas keinem von beiden angehört, die erste Voraussetzung hätte also für die Breslauer eine Suspension aller Beziehungen zu Österreich sein müssen. Das hatte man jedoch, wie wir sahen, hier nicht im entferntesten beabsichtigt, und daß man nun meinte, man

---

1) Einzelheiten und Belegstellen siehe in Grünhagen, Friedrich d. Gr. und die Breslauer 1740/41, S. 106 ff.

würde, während man sich doch faktisch schon in der Gewalt einer der kriegführenden Parteien befand, dabei noch das Unterthänigkeitsverhältnis zu der anderen Partei in möglichster Integrität konservieren können, zeigte einen Mangel an Logik, wie er kaum größer sein konnte. Und gelang dies nicht, so waren alle Neutralitätsbestrebungen ganz zwecklos; denn entweder blieb der König von Preußen siegreich, und dann nahm er, der seine Absichten nie verleugnet hatte, die Stadt ganz einfach in Besitz, oder er wurde zurückgedrängt, und dann war doch keine Frage, daß Breslau vor den Drangsalen des Krieges nicht verschont blieb, Friedrich hätte doch den Österreichern, denen es gar nicht einfiel, die Breslauer Neutralität anzuerkennen, nicht ohne Kampf die Stadt überlassen, um so weniger, als er, wie ihm der Vertrag ausdrücklich zugesichert hatte, hier in der Vorstadt und auf dem von ihm ganz besetzten Dome große Magazine angelegt und sowohl die nicht kommunalen Kassen mit Beschlag belegt hatte, als auch bei dem hier eingesetzten Feldkriegskommissariat seine eigene Kriegskasse verwahren ließ. Vor der Rache Österreichs war man bei einem totalen Umschlage unter keinen Umständen sicher. So einleuchtend nun aber auch alle diese Erwägungen hätten sein müssen, bei Herrn v. Gutzmar und dem Magistrate, welche einst noch unter österreichischer Herrschaft gewählt, auch jetzt ihre Gesinnung nicht verleugnen konnten und sichtlich unter dem Einflusse der katholischen Partei standen, verfingen sie nicht, sie setzten den hoffnungslosen Kampf für die strikte Neutralität fort, und so entspannen sich denn eine Reihe von Streitigkeiten zwischen dem Magistrate und der preußischen Behörde in Breslau, dem Feldkriegskommissariat, an dessen Spitze der Geheimrat v. Münchow stand, und welches seinerseits natürlich die Entscheidung des Königs einholte. Dieser gab in kleinen Dingen nach, in wichtigeren wahrte er um so entschiedener seine Interessen. Zwar finde ich, daß noch in der ersten Zeit der Neutralität verurteilte Verbrecher an die Gnade der Königin von Ungarn appellieren, und die glückliche Entbindung Maria Theresias wird am 25. März in allen Kirchen der Stadt gefeiert, ja es ist mir sehr wahrscheinlich, was von verschiedenen Seiten her berichtet wird, daß nämlich bei dieser Gelegenheit der Rat im geheimen eine bedeutende Summe, wie es hieß, zu einem Wiegenbande für den neugeborenen Erzherzog nach Wien gesendet habe, dagegen schritt auch der König in anderen Dingen sehr durchgreifend ein. Die sonst übliche Eidesleistung der neu aufgenommenen Bürger zugunsten der alten Herrschaft, sowie die allgemeine Verpflichtung des am Aschermittwoch sich neu ergänzenden und konstituierenden Rats in österreichischem Sinne verbot er geradezu und machte sich nicht das mindeste Gewissen daraus, nicht nur alle direkten kaiserlichen Beamten aus der Stadt zu vertreiben, ja er ließ sogar verdächtige Personen geradezu in Breslau selbst arretieren und den katholischen Klostergeistlichen, die im Verdacht standen, preußischen Deserteuren fortgeholfen zu haben, schwere Strafen androhen, aber bei alledem wurde das zweideutige Spiel des Breslauer Magistrats von Tage zu Tage schlimmer.

Da kam der Tag von Mollwitz. In Breslau standen am 10. April Massen von Menschen vor den östlichen Thoren, wo der starke Ostwind den Schall des Kanonendonners deutlich herübertrug und ahnen ließ, daß jetzt die Würfel fielen über Schlesiens Schicksal. Die Kinder, sagt ein Augenzeuge, sind vielfach auf den Straßen niedergekniet um für den Sieg der preußischen

Waffen zu beten [1]). Von den Türmen hat man, wie König Friedrichs Freund Jordan versichert, deutlich den Pulverdampf sehen können [2]). Der Kurier, der am Morgen des 4ten die Siegesnachricht brachte, erregte einen wahren Sturm von Aufregung und Begeisterung. Die Kornsche Buchhandlung, welche die erste wenig zuverlässige Relation über den Kampf ausgab, ward fast gestürmt, so daß man endlich das Gitter vor dem Laden schließen und durch die Stäbe die Blätter herausreichen mußte. An den Straßenecken aber standen vielfach Gruppen, die sich von einem Unterrichteten das Vorgefallene, das man bald weiter auszumalen sich befliß, vorerzählen ließen [3]). Die österreichisch Gesinnten aber, welche die Geringschätzung der Preußen, die unter den österreichischen Offizieren vor Mollwitz geherrscht, vollständig geteilt hatten, mühten sich vergebens die Bedeutung der Aktion, in der nur die österreichische Avantgarde geschlagen worden sei, zu verkleinern; aber als dann trotz der Schlacht sich Neipperg fest in seiner Stellung hinter der Neiße behauptete und monatelang die preußischen Waffen sich keines namhaften Fortschrittes mehr rühmen konnten, richtete sich die niedergedrückte Siegeshoffnung der Preußenfeinde in Breslau wieder mehr und mehr auf, man sprach viel von der englischen Thronrede, von der Hilfe, die daher kommen werde, und als nun gar wiederholt österreichische Husaren bis vor die Thore Breslaus zu streifen vermochten und hier eine ganz unglaubliche Angst und Bestürzung hervorriefen, erhob jene Partei übermütiger als je ihr Haupt. Die Hebel, welche sie bei dem haltungslosen Magistrate ansetzte, waren auch wieder die Neutralitäts-Bestrebungen; jene Partei verlangte alles Ernstes, man solle beide kriegführende Mächte in derselben Weise behandeln und nicht dem König von Preußen Begünstigungen zugestehen, welche man nicht auch den Österreichern gewähren wolle. So fand man es als eine schreiende Ungerechtigkeit, daß der König von Preußen sich so bequem von Breslau aus verproviantieren könne, ohne auch nur nötig zu haben, hier eine Besatzung zu halten, während die kaiserliche Armee in Hunger und Elend schmachte. Der Rat, so gedrängt von den mit der Rache Österreichs Drohenden und doch auch wieder in großer Furcht vor dem Zorn des nahen Königs und des preußisch gesinnten Teils der Bürgerschaft, griff oft zu den kleinlichsten und kläglichsten Maßregeln; ich will nur zwei Beispiele anführen. Da in die Breslauer Klöster, die sich mit Krankenpflege beschäftigten, verwundete Preußen ohne Unterschied der Konfession gelegt waren, so hatten dort auch protestantische Feldprediger den Sterbenden das Abendmahl gereicht; als nun einst im April 1741 wieder 2 Schwerverwundete bei den barmherzigen Brüdern den Trost der Religion verlangten und gerade kein Feldprediger zur Hand war, ließ der Kriegskommissär Münchow den obersten protestantischen Prediger der Stadt, Inspektor Burg, bitten, doch schleunigst einen Geistlichen hinaus zu senden; der vorsichtige alte Herr fragte aber erst bei dem Magistrate an, und dieser antwortete endlich darauf, das sei wider die Neutralität. Natürlich waren die beiden Soldaten gestorben, ehe nur der Bescheid gekommen war.

Dann wurde bald nach der Schlacht bei Mollwitz der Herausgeber der

---

1) Steinbergers handschriftliches Tagebuch zum 10. u. 11. April.
2) An den König den 11. April; Oeuvres XVII, 99.
3) Steinberger a. a. O. und der erwähnte Brief Jordans.

Breslauer Zeitung [1]) vor den Rat gefordert und zu einem Widerruf genötigt, weil er von einer Mißhelligkeit, die zwischen dem Feldmarschall Schwerin und der Stadt entstanden sei, Meldung gethan hatte. Bei dieser Gelegenheit mußte er eine lange Strafpredigt über die schlechte Presse überhaupt anhören, die allerlei Lügen verbreite, wie z. B. die Regensburger Zeitung neulich lügenhafterweise berichtet habe, es werde hier an den Sonntagen nicht mehr für die Königin von Ungarn gebetet. Obwohl nun augenscheinlich der arme hiesige Redacteur daran unschuldig war, so bewogen ihn doch derartige Maßregelungen, die ganze Redaktion aufzugeben, denn, sagt der ehrliche Steinberger [2]), es war jetzt gar künstlich hier Zeitungen zu schreiben. Das nannten nun die Väter von Breslau Neutralität, Sonntags mit größter Andacht für das Wohl der Königin von Ungarn zu beten und Montags deren offenem Feinde und Kriegsgegner die lebhaftesten Versicherungen ihres Eifers für die Sache der Preußen entgegenzubringen.

Allmählich begann doch das Treiben in Breslau auch den König in seinem Feldlager zu beunruhigen. Er hatte hier seine Agenten, und über einen derselben, einen gewissen Morgenstern [3]), der hier unter dem Namen eines Dr. Freyer auftrat, sind wir etwas näher unterrichtet. Augenscheinlich ist er inbezug auf Takt und Gewandtheit nicht zu vergleichen mit seinen Kollegen in unsrer Zeit; aber rührig war er auch, er bearbeitete unermüdlich die Bürger, sie sollten dem Könige direkt ihren Willen, preußisch zu werden, aussprechen; zugleich aber suchte er (das Barthsche Kaffeehaus wird als sein Hauptquartier bezeichnet) die Stimmung der Bürgerschaft und vor allem die Schritte des Magistrates zu erspähen, um alles dann dem Könige direkt mitzuteilen.

Diese Berichte nun so wie die hierdurch hervorgerufene Korrespondenz zwischen dem Könige und seinem damals in Breslau verweilenden Minister Podewils, lassen uns einen tieferen Einblick in die Verhandlungen thun, welche zu dem Entschlusse einer plötzlichen Besetzung Breslaus führten.

Diese beginnen bald nach der Schlacht bei Mollwitz mit dem Streifzuge der österreichischen Husaren vor die Thore Breslaus, welches Ereignis, wie wir schon bemerkt, die Hoffnungen der österreichischen Partei wieder sehr belebt hatte. Damals hatte auf Münchows Veranlassung der Rat die Katholiken ernstlich ermahnen müssen, sich ungebührlicher Reden und Drohungen zu enthalten; an demselben Tage, wo dies geschah, sendet nun auch der König die Weisung an Podewils, die Bürger zu beruhigen, aber sie zugleich auch zu warnen, nicht bösen Ratschlägen Gehör zu geben, damit er nicht ernstere Maßregeln ergreifen müsse. Podewils beruhigt ihn darauf, die conduite der Stadt sei in der That nicht Besorgnis erregend, der Rat habe ihm die bündigsten Treuversicherungen gegeben, man habe allerdings vor einem Umschlage des Kriegsglückes Angst, doch habe er alle beruhigt durch die Versicherung, daß der König unter allen Umständen bei dem Friedensschlusse sich der Breslauer an-

---

[1]) Die heutige „Schles. Zeitung“.

[2]) Dessen handschriftliches Tagebuch (Bibl. der vaterländ. Gesellsch.) hier vielfach als Quelle gedient hat.

[3]) Derselbe, welcher einst das zweifelhafte Amt eines Hofgelehrten bei König Friedrich Wilhelm I. bekleidete, und welcher uns auch eine Biographie dieses Königs hinterlassen hat. Vgl. Grünhagen, Zwei Demagogen im Dienste Friedrich d. Gr., Breslau 1861.

nehmen werde. Inzwischen war aber ein sehr beunruhigender Bericht Morgensterns eingelaufen; dieser rühmt, wie einzelne Mitglieder des Rates deutliche Beweise ihrer Ergebenheit für die preußische Sache abgäben, nur das eigentliche Haupt des Magistrates, der Ober-Syndikus Gutzmar, sei ein gefährlicher Mann. Er wirke auf jede Weise gegen das preußische Interesse: den alten Befehlshaber der Stadtmiliz v. Rampusch wolle er zur Abdankung zwingen, weil er zu gut preußisch gesinnt sei, um einen fügsameren Diener, den Major v. Wutgenau, an dessen Stelle zu setzen; bei der Bürgerschaft intrigiere er unermüdlich und suche derselben allmählich durch vorsichtig angelegte Gespräche die Eventualität, die er im Auge habe, näher zu bringen und sie mit seinen Ideeen zu befreunden. Und diese letzten Pläne beruhten eben nach Morgensterns Darstellung wieder auf jenem Traume einer strikten Neutralität, die allerdings hier in ihrer äußersten Konsequenz sehr gefährlich erscheinen mußte. Gutzmar, heißt es in jenem Berichte, pflegt die Eventualität zu besprechen, ob man wohl vom Standpunkte der Neutralität aus den Österreichern, wenn sie es verlangten, dasselbe, was man den Preußen gewähre, freie Passage, freien Einkauf der Lebensmittel, freie Werbung in Breslau verweigern könne. Es sei, meint Morgenstern, durchaus notwendig, einen so gefährlichen Menschen auf irgendeine Weise unschädlich zu machen.

Es war kein Wunder, wenn derartige Mitteilungen den König aufs äußerste beunruhigten, und schnell entschlossen schreibt er an Podewils, er solle Gutzmar zu ihm ins Hauptquartier schicken, er, der König wolle ihn sprechen, es sei dann seine Absicht, Gutzmar unter dem Vorwande, als habe derselbe es an dem nötigen Respekt fehlen lassen, zu arretieren und ihn festzuhalten, inzwischen könne man in Breslau einen neuen, besser gesinnten Syndikus sich wählen.

Auf das äußerste durch diesen Befehl erschreckt, macht Podewils die lebhaftesten Vorstellungen dagegen, der König möge doch davon abstehen, es sei nicht so schlimm, Gutzmar gehe nicht mit solchen gefährlichen Gedanken um, Morgenstern sei zu unvorsichtig in der Aufnahme von Gerüchten, es liege in der Stellung eines städtischen Syndikus, daß er sich viele Feinde mache, die ihn dann zu verdächtigen suchten; nun sei Gutzmar das eigentliche Orakel für den ganzen Magistrat und den intelligenteren Teil der Bügerschaft, ein so gewaltsamer Schritt würde entsetzlichen Alarm verursachen, Mißtrauen ausstreuen, einen allgemeinen Schrei über Bruch der Neutralität hervorrufen, auch Münchow sei dieser Ansicht. Alles umsonst, der König bleibt dabei, Gutzmar solle ihm zugesendet werden, noch einmal wiederholt Podewils sein Bedenken, fügt auch hinzu, Gutzmar sei, als er ihm von dem Wunsche des Königs, ihn zu sprechen, Mitteilung gemacht, gleich zu der Reise bereit gewesen, ein Beweis mehr für sein gutes Gewissen. Endlich wirkten doch Podewils' Vorstellungen. Zwar mußte Gutzmar seine Reise am 26. Mai antreten, doch ist die Verhaftung unterblieben, am 31. Mai kehrte er zurück. In keinem Falle hatte aber die Unterredung des Königs Argwohn getilgt, und die nächste Zeit brachte bald wieder neue Verwickelungen. Friedrich, dessen Kassen der sich nun länger hinziehende Krieg zu erschöpfen begann, war nämlich im Juni mit einer Geldforderung an Breslau hervorgetreten, es sollte ihm 500000 Thlr. gewähren, zur Beihilfe für seine Kriegskosten. Natürlich protestierte die Stadt aufs eifrigste dagegen, und der Wortlaut der Neutralitäts-Konvention ließ allerdings ihren Protest als ganz begründet erscheinen; in der That ließ der

König seine Forderung fallen, stellte aber im Juli eine neue im Betrage von 100,600 Gulden als dem auf Breslau fallenden Steuerquantum für die erste Hälfte des Jahres 1741. Als auch jetzt wieder die Stadt sich weigerte, wurde ihr vorgestellt, daß dies ja gar keine eigentliche Kommunalangelegenheit sei, sondern die reguläre Landessteuer, und daß die Stadt, welche ohnehin die Lasten des Krieges, so wenig gespürt, ja im Gegenteil aus den immer bar bezahlten großen Lieferungen an das Heer noch Vorteil gezogen, doch nicht verlangen könne, auch von der sonst alljährlich an Österreich gezahlten Steuer nun ganz frei zu sein. In breitem, langsamem Geschäftsgange ward nun die widerwärtige Angelegenheit von Rat und Bürgerschaft erwogen, und sie erschien offenbar den Breslauern als ein höchst bedenklicher Präcedenzfall, wohl schon deshalb unangenehm, weil er ihnen die wahre Sachlage, das Illusorische ihrer Neutralität, deutlich vor Augen führte. Und nicht minder verdroß den König die Weigerung der Bürgerschaft gegenüber einer so billig scheinenden Forderung. Was ihn aber am allermeisten dabei erzürnte [1]), war, daß der Rat die Gesandten von Sachsen und Hannover um Intervention in dieser Angelegenheit angegangen hatte, allerdings ohne mehr damit zu erzielen als ein teilnahmvolles Bedauern [2]). Dabei lauteten die Nachrichten, welche er selbst aus Breslau empfing, fortwährend beunruhigend, selbst die Frauen intrigierten gegen ihn. Es lebte damals, wie der König selbst erzählt [3]), in Breslau eine beträchtliche Anzahl alter Damen, zum Teil aus Österreich und Böhmen gebürtig, deren Angehörige in österreichischen Diensten standen, sämtlich aus den höheren Ständen, erfüllt von heftigem Zorn über die preußische Occupation; religiöser Eifer führte ihnen hier viele Bundesgenossen zu, und sie hatten eine geheime Gesellschaft gegründet, mit der Absicht, die Österreicher nach Breslau zu führen; katholische Geistliche vermittelten eine lebhafte Korrespondenz mit dem feindlichen Hauptquartier und dem österreichischen Befehlshaber Neipperg. Es ist zu bedauern, daß wir über jene Verschwörung der Frauen so wenig näher unterrichtet sind; zwar hören wir davon, daß schon bei dem Balle, den Prinz Wilhelm den 24. Januar gegeben, gerade die Damen der Aristokratie durch ihr Nichterscheinen eine Demonstration gemacht hätten, aber sonst habe ich außer jener Aufzeichnung des Königs nur eine kurze Notiz in den Provinzialblättern finden können, welche ein Fräulein v. K— (der Name ist leider nicht ausgeschrieben) als Haupt dieses Bundes angiebt, dieselbe sei später nach Österreich geflüchtet und dort katholisch geworden. Friedrich erzählt, wie es ihm gelungen sei, eine ihm ergebene Dame in jenes Konventikel zu bringen und so Nachrichten über die gegen ihn geschmiedeten Pläne zu erlangen. Wenn diese Vorgänge auch auf die Kreise der Aristokratie beschränkt blieben, wie denn der sonst so gut unterrichtete Steinberger nichts davon weiß, so stieg doch auch in der übrigen Bevölkerung die Spannung mit jedem Tage; es war schon ein Unglück für die Preußen, daß sie nicht imstande waren, die immer sich wiederholenden Streifzüge österreichischer Reiterei bis vor die Thore Breslaus zu verhindern. Die-

---

1) Er klagt ausdrücklich darüber in dem noch näher zu erwähnenden Briefe an Schwerin.

2) Bericht des sächsischen Gesandten v. Bülow vom 8. Juli; Dresdner Archiv.

3) Hist. de mon temps, Oeuvr. II, 82 in der älteren Redaktion nicht. Schles. Provinzialbl. 1835 II, 304.

selben sind von Mitte April bis Ende Juli immer wieder erneuert worden, und diese Nähe des Feindes, wie sie den Plänen der kaiserlich Gesinnten neue Nahrung gab, hielt die Furcht vor einer durch inneren Verrat ermöglichten Überrumpelung der Stadt bei der protestantischen Bevölkerung immer rege. Mußte doch diese vor einer solchen Eventualität nicht weniger Furcht haben, als der König selbst; die Rache für das Vergangene wäre nicht ausgeblieben. So sollen denn am 21. Juli spät abends 50 angesehene preußisch gesinnte Bürger sich ins Ober-Amtshaus zu den Feldkommissären, den Geheimen Räten v. Münchow und Reinhard, begeben haben, um die gefährdete Sicherheit der Stadt vorzustellen, ein Schritt, der natürlich von dem Magistrate, der davon doch Kunde erhielt, höchlichst gemißbilligt ward. Daß von dieser Seite an Friedrich eine direkte Bitte um Besetzung der Stadt durch seine Truppen gerichtet worden sei, wie nach einem späteren Zeitungsberichte in vielen Darstellungen dieser Zeit erzählt wird, erscheint zweifelhaft, da der König weder in seinen Memoiren noch in einem bald anzuführenden Briefe an Schwerin, in welchem er die Motive zur Besetzung der Stadt sehr offen darlegt, diesen ihn doch noch mehr rechtfertigenden Umstand erwähnt hat. Gewiß ist, daß die Spannung zwischen den beiden Parteien in Breslau den höchsten Grad erreicht hatte. Steinberger berichtet unaufhörlich von Symptomen derselben; am 3. August ließ das Kriegskommissariat unter Zuziehung von Magistratspersonen alle Klöster durchsuchen, ohne jedoch Verdächtiges zu finden; am meisten charakteristisch ist es, daß ein Gerücht, wie dies, daß die Katholiken den Protestanten eine Bartholomäusnacht, ein allgemeines Massacre bereiten wollten, wozu man schon hier und da die Messer gezeigt habe, überhaupt Glauben finden konnte. Der Rat schrieb diese bedenkliche Aufregung zum großen Teil den Wühlereien der preußischen Agenten zu, und wenn er auch nicht den Mut hatte, diesen direkt zuleibe zu gehen, so überreichte er doch eine auf Zeugenvernehmungen einzelner Bürger gegründete Beschwerde gegen Morgenstern und dessen Helfer dem Kriegskommissariat. Dahingegen müssen gerade damals dem Könige wieder neue Beschuldigungen gegen Gutzmar zu Ohren gekommen sein, er nahm jetzt seinen früheren Plan einer Gefangensetzung des Syndikus wieder auf und vollführte ihn diesmal wirklich. Am 7. August wurden Gutzmar und sein Kollege Löwe im Hauptquartier zu Strehlen, wohin sie beschieden worden waren, arretiert. Eine hier und da sich findende Erzählung von ihrer Unterredung mit dem König, in welcher dieser ihnen ihre Untreue vorgeworfen und ihnen Beweise ihres Einverständnisses mit seinen Feinden vorgelegt habe, kann wohl nicht für zuverlässig gelten, unschuldig waren sie sicher beide nicht. Eine klägliche Bittschrift der beiden Ehefrauen der Verhafteten fanden schnell ihre Erledigung, da Friedrich nach erfolgter Besetzung beide wieder losließ.

König Friedrich seinerseits hat sich schwerlich darüber getäuscht, daß es jeden Augenblick in seiner Hand stehe, durch die Besetzung der Stadt diesen unerquicklichen Verhältnissen ein schnelles Ende zu machen, und der Gedanke an ein solches Unternehmen ist ihm wohl auch früher schon gekommen. Als z. B. gegen Ende April der Magistrat dem damals in Breslau weilenden Minister Podewils erklärt hatte, „er werde sich der ihm zugestandenen Neutralität mehr als bisher konfirmieren müssen und nicht wohl verstatten können, daß zu Versorgung der preußischen Armee allhier so große Anstalten gemacht würden“,

ließ der König den Rat bedeuten, derselbe möge nicht bösen Ratschlägen Gehör geben, sonst müsse er Mesures ergreifen, welche der Stadt unangenehm sein würden [1]).

Damals hatte die Drohung gewirkt, der Rat hatte die besten Versicherungen gegeben, und Podewils hatte sich bemüht, den König wieder zu besänftigen. Als dann aber vornehmlich infolge der Steuerangelegenheit neue Differenzen entstanden, besorgte man in Breslau selbst einen Handstreich, ja man meinte sogar, der König habe diesen Konflikt nur deshalb ins Leben gerufen um einen Vorwand zu haben sich der Stadt zu bemächtigen. Würde aber dazu ein Versuch gemacht, so meinte die österreichische Partei doch Widerstand leisten zu können. So berichtet der englische Gesandte, fügt aber hinzu: „doch, glaube ich, ist ihr Eifer größer als ihre Stärke" [2]).

Ende Juli entschließt sich nun unter dem Eindrucke der oben geschilderten Vorgänge der König wirklich mit der Neutralität Breslaus ein Ende zu machen. Er schreibt an Schwerin: „Ich bin überzeugt, daß nicht nur, falls es mit der Aktion zu Mollwitz anders ausgeschlagen wäre, der dortige Magistrat nebst den Katholischen den Österreichern Thür und Thor eröffnet, und alles, was von mir in und vor der Stadt gewesen, sakrifiziert haben würden, sondern daß auch noch beständig intrigiert wird, die ihnen so lieben Österreicher dahin zu ziehen, um vielleicht durch eine Surprise dieselben in die Stadt zu bringen oder wenigstens meine dasigen Magazine zu ruinieren. Es ist auch außer allem Zweifel, daß die Occupation von Breslau noch beständig das Büt der Österreicher ist, und daß dieselbe mich damit bei allen Gelegenheiten zu alarmieren, auch mich in allen andern Entreprisen damit zu behindern suchen, zu geschweigen deren Kabales, welche die Magistratspersonen bei denen auswärtigen Höfen und deren Ministres wider mich machen. — — Ich bin also dieses beständigen Kabalierens müde und daher determiniert solchem ein Ende zu machen, meinen Feinden das Prävenire zu spielen und durch eine Surprise und coup de main mich der Stadt Breslau zu bemächtigen." Da dies jedoch eine delikate und importente Sache sei, so habe er den Feldmarschall dazu ausersehen, in dessen Treue und Dexterität er volles Vertrauen setze. Das Unternehmen müsse mit größter Verschwiegenheit ins Werk gesetzt werden, der Marschall müsse alles mit eigener Hand schreiben, er solle einen besonderen Plan dafür entwerfen, für den ihm der König einige Winke erteilt, die vor allem Schonung der Stadt und möglichste Vermeidung von Gewaltthätigkeiten anempfehlen [3]).

Wenn der König in diesem Briefe die Ausführung des Unternehmens auf die Zeit aufgespart wissen will, wo das Jung-Dohnasche Regiment, das von Berlin nach Schlesien beordert war [4]), vor Breslau eintreffen würde, so

[1]) Vgl. Grünhagen, Friedrich d. Gr. und die Breslauer, S. 142.

[2]) Den 9. Juli; London Record Office.

[3]) Das undatierte Schreiben (Schwerins Antwort ist vom 2. August) in der Polit. Korresp. I, 290.

[4]) Unter dem 29. Juli zeigt das Breslauer Feldkriegskommissariat dem Landeskollegium des Fürstentums Liegnitz an, das Jung-Dohnasche Regiment werde demnächst von Berlin abmarschieren. Die beiden Grenadiercompagnieen dieses Regimentes sollten in Hirschberg und Schmiedeberg in Garnison gelegt werden; Bresl. St.-A. Am 4. August marschiert das Regiment von Berlin ab; Geuders Aufzeichnungen a. a. O., S. 162.

ward das dann später doch nicht abgewartet, vermutlich weil der inzwischen begonnene Flankenmarsch Neippergs zur Beschleunigung mahnte; es ward vielmehr ein kleines Corps von etwa 8000 Mann von der Armee zu dieser Unternehmung detachiert. 6000 Mann waren bereits am 7. August unter dem Kommando des Erbprinzen Leopold von Dessau in die Nähe der Stadt gerückt; wie es hieß, sollten sie durch Breslau und dann auf dem rechten Oderufer in die Gegend von Leubus marschieren.

Am 4. August hatte Schwerin bereits 3200 Mann um sich versammelt und in den Vorstädten untergebracht [1]); den schnell entstandenen Argwohn, als ob mit diesen Truppen etwas gegen die Stadt beabsichtigt werde, suchte er dadurch zu zerstreuen, daß er vorstellte, der König gedenke, um den immer erneuten Streifereien der österreichischen Kavallerie ein Ende zu machen, eine Kette von Besatzungen herzustellen von Breslau nach Schweidnitz und von da nach Glogau. Zu diesem Zwecke soll ein Teil der Truppen die Stadt und die Oder passieren, um dann auf dem rechten Ufer stromabwärts zu marschieren; er erlangte auch die Zustimmungen des Rates dazu, daß diesmal ausnahmsweise der Durchmarsch nicht in kleineren Abteilungen erfolgen solle, sondern daß die 5 Schwadronen Möllendorfs auf einmal durchziehen dürften [2]).

Als ihm dann am 7. August Erbprinz Leopold von Anhalt ein zweites Detachement zuführte, das seine Macht auf etwa 8000 Mann brachte, schritt er zur Ausführung und verteilte die Rollen. Allerdings wuchs infolge dieser stärkeren Anhäufung von Truppen von neuem der Argwohn in der Stadt, und da man außerdem wahrgenommen hatte, daß Erbprinz Leopold am 9. August überall in der Stadt umhergeritten war und die Festungswerke aufmerksam besichtigt hatte, so ließ der Rat schleunigst noch an diesem Tage die Wälle stärker mit Geschützen besetzen [3]).

Trotzdem gelang am 10. August die Besetzung ohne alle Schwierigkeit nach dem Plane, den Schwerin entworfen hatte. Die zahlreichen damals in Breslau verweilenden Gesandten, welche Friedrich nicht als Zuschauer haben wollte, waren ins Hauptquartier nach Strehlen zu einem militärischen Feste eingeladen.

Am 10ten früh Morgens 6 Uhr fuhren zum Ohlauer und zum Sand-Thore Fuhrmannswagen herein, welche auf den Zugbrücken hielten, als ob etwas am Wagen zerbrochen sei, und so das Aufziehen der Brücken verhinderten. So konnte das preußische Kriegsvolk überall ungehindert eindringen, die Soldaten verteilten sich auf die Wälle und entwaffneten die Bürgerwache, wie Steinberger sagt, ganz freundlich und mit Lachen; jedenfalls ohne irgendwo Widerstand zu finden. Inzwischen war der Einmarsch des Hauptcorps vom Nikolaithor her erfolgt. Aus Veranlassung des für diesen Tag beim Magistrate angezeigten Durchmarsches preußischer Truppen empfing, wie es in solchen Fällen Gebrauch war, der Stadtmajor v. Wutgenau an der Spitze eines Kommandos der Bürgermiliz die Einrückenden am Thore, um sie durch

---

1) Bericht Schwerins vom 4. August; Berliner St.-A.
2) Desgl. vom 7. August; ebd.
3) Grünhagen, Friedrich d. Gr. und die Breslauer, S. 165, auf welches Buch ich hinsichtlich der Belege für die in diesem Abschnitte angeführten Einzelheiten ein- für allemal verweisen möchte.

die Stadt zu geleiten. Es war so eingerichtet, daß hinter dem stolz zu Pferde vorausreitenden Stadt-Major und dessen Soldaten eine Anzahl Offiziersburschen die Pferde ihrer Herren am Zügel führend folgten; auch hier verteilten sich ihrer Instruktion gemäß die letzten Züge der Preußen auf die benachbarten Wälle, um dort die Entwaffnung vorzunehmen, ohne daß Wutgenau, der ruhig die Nikolaistraße hinabritt, davon etwas bemerkte. Als er aber an der Ecke der Herrenstraße links nach der Oder hin einbog und an die Engelsburg kam, machte es ihn doch betroffen, als ihm auch von da preußische Soldaten, von denen ein Teil das Zeughaus auf dem Burgfelde besetzt hatte, entgegenkamen. Jetzt gewahrte er auch, daß ihm außer seinen Soldaten und den Offizierpferden niemand mehr die Herrenstraße hinab gefolgt war. Da sprengte er eiligst über den Elisabethkirchhof auf den Ring, wo er den Prinzen von Dessau, den Befehlshaber der eingerückten Preußen, antraf und ihm zurief, Se. Hoheit habe des Weges verfehlt, von diesem aber die Weisung empfing, den Degen einzustecken und sich nachhause zu verfügen, es sei des Königs Befehl, daß die Truppen in der Stadt blieben. Der vor Zorn und Überraschung Erblassende entfernte sich, ohne an Widerstand zu denken [1]). Auf dem Ringe trafen sich die von allen Thoren herbeieilenden Truppen Infanterie und Kavallerie, an 5000 Mann stark. Die Hauptwache auf dem Ringe ward ebenfalls ohne Mühe entwaffnet, an den Ecken aller auf den Ring mündenden Straßen wie auch an sonstigen Hauptknotenpunkten der Stadt wurden Kanonen aufgepflanzt, daneben Soldaten mit brennenden Lunten, Reiterpatrouillen durchzogen die Stadt — nirgends hat sich eine Hand zum Widerstand erhoben, kein Tropfen Blutes ist geflossen, in wenig Stunden war alles beendigt, und eine eigens dazu eingerichtete Art akustischer Telegraphie, nämlich der Donner stationsweise aufgestellter Kanonen, trug die Botschaft von dem gelungenen coup de main nach Strehlen, in das Hauptquartier Friedrichs, welcher dann den fremden Gesandten bei Tafel gelegentlich eine kurze Mitteilung von dem fait accompli machte, ohne jedoch den Überraschten gegenüber auf Näheres einzugehen.

Der Neutralitätsvertrag hatte so allerdings auf eine ziemlich brusque Art sein Ende gefunden, und es ist sehr begreiflich, daß die österreichische Partei mit dem größten Ingrimme ihre Pläne scheitern sah und in ihrem Zorn die Besetzung Breslaus auf eine Stufe stellte mit der schmachvollen Occupation Straßburgs durch Ludwig XIV. Aber ich bin überzeugt, jede nur einigermaßen unparteiische Erwägung der Zeitumstände läßt hier Friedrich als vollständig gerechtfertigt erscheinen. Gegenüber den Kabalen der kaiserlich Gesinnten und der mildestens gesagt zweideutigen Haltung des Breslauer Magistrats, war jener Schritt nur ein Akt politischer Notwehr.

Wie ein Zeitgenosse erzählt, soll Prinz Leopold von Dessau, durch die menschenerfüllten Gassen reitend, das ihn umdrängende Volk angeredet haben,

---

[1]) Vor sein Haus ward eine Wache gestellt, welche dann den hannöverschen Gesandten Schwichelt, der im gleichen Hause wohnte und allein von den fremden Diplomaten in der Stadt zurückgeblieben war, in furchtbare Aufregung versetzt und zu energischen Reklamationen veranlaßt hat, freilich sehr ohne Grund, da nicht nachzuweisen war, daß seiner persönlichen Freiheit irgendwelcher Zwang angethan worden sei.

es der königlichen Gnade versichernd und hinzusetzend: es soll auch auf dem Rathaus und in den Kirchen von den Kanzeln öffentlich abgelesen werden, wie man mit euch hat wollen umgehen, wie euere Herren euch verraten und verkaufen wollen (welche Eröffnung dann freilich unterblieben ist).

Die Besetzung war in den frühen Morgenstunden von 5 Uhr ab erfolgt, und schon um 8 Uhr sah man die Herren vom Magistrat in ihrer feierlichsten Amtstracht und ebenso Kaufmanns- und Zunftältesten dem Rathause zueilen, dorthin entboten auf den Wunsch des preußischen Oberbefehlshabers Feldmarschall Graf Schwerin. Sie erschienen alle mit Ausnahme des Ratsherrn v. Ohlen und Adlerskron, welcher schon in aller Frühe, noch vor dem Einmarsche der Truppen, einen Spazierritt unternommen, und des Ratspräses v. Rot, welcher schwerkrank darniederlag [1]). Aber auch dieser nahm Anteil an den Ereignissen. Auf die Kunde von dem, was heut in der Stadt vorgehe, hatte er sich ans Fenster tragen lassen und noch einmal hinuntergeschaut auf das seltsame Treiben des Marktes, wo die preußischen Grenadiere hielten und die Kanonen drohend aufgepflanzt standen. Der Scheideblick des Sterbenskranken traf zugleich die Todesstunde des alten freistädtischen Breslaus, dem er seit 11 Jahren vorgestanden hatte. Er hat das als preußische Stadt wieder auflebende nie gesehen, und der alte Herr hätte sich auch schwer in die neuen Verhältnisse zu finden vermocht.

Indessen hatte Schwerin durch einen Offizier anfragen lassen, ob der Rat versammelt wäre, und die Antwort erhalten, derselbe erwarte ihn im Fürstensaale. Um 9 Uhr war er dann erschienen, begleitet von den Geheimräten des Feldkriegskommissariats, Reinhard Münchow und Arnold, unten an der Treppe von dem Ratssekretär Wolff empfangen, der ihn nach dem Fürstensaal geleitete. Es hätte kaum noch der Besetzung der Rathausthüren durch preußische Soldaten bedurft, um den Herren die Situation vollständig klar zu machen [2]). Schwerin begrüßte den Rat, erwähnte, wie die politischen Konjunkturen das, was geschehen sei, durchaus notwendig gemacht hätten, und ließ dann, während er auf dem für ihn bereit gehaltenen Lehnstuhl Platz nahm, die königliche Vollmacht für ihn verlesen, und darauf die königlichen Propositionen des Inhalts, daß die Neutralität nun ein Ende habe, da allerlei dem Könige feindliche Machinationen und Meutereien, wie auch sonstige erhebliche Ursachen die Besetzung der Stadt unerläßlich gemacht hätten, daß der König vollständige Amnestie erlasse, die Stadt und die Bürgerschaft ohne Unterschied des Bekenntnisses seines Schutzes und seiner Gnade versichere, aber dafür auch sofortige Huldigung und den Eid der Treue verlange, den dann auch die Mitglieder des Rates und die Oberältesten der Kaufmannschaft und der Zünfte laut nachsprachen. Mit einem dreimal wiederholten allgemeinen Vivat auf den König schloß die feierliche Handlung, welche Breslau preußisch machte [3]). Bei dem Herausgehen aus dem Rathause brachte Schwerin, als er von den steinernen Stufen aus die dichtgescharte Menge übersah, noch einmal ein

---

1) Des Ratssekretärs Goworrek authentisches Protokoll bei den Ratsakten.

2) Ein Zeitgenosse sagt: „Es hieß hier: ‚friß Vogel oder stirb'"; Geuders Aufzeichnungen a. a. O., S. 166.

3) Kundmann, S. 513. Goworrek giebt den Inhalt der Propositionen nicht an.

Vivat auf Friedrich aus, in welches das Volk jubelnd einstimmte. Von da ritt der Feldmarschall auf den Salzring, wo die 600 Stadtsoldaten nebst ihren Offizieren, sämtlich nur mit ihrem Untergewehr bewaffnet, seiner warteten. Er ließ sie um sich einen Kreis schließen und stellte ihnen in einer kurzen Anrede vor, wie sie der König nun in seinen unmittelbaren Dienst zu nehmen beabsichtige; es wurden ihnen darauf die Kriegsartikel vorgelesen und der Fahneneid, wo sie dann laut nachsprachen, daß sie dem Könige zu Wasser und zu Lande allezeit getreulich dienen wollten. Diese weite Ausdehnung ihrer Wehrpflicht flößte zwar zuerst den wenig streitbaren Wächtern des Breslauer Gemeinwohls einen nicht geringen Schrecken ein; doch beruhigten sie sich, als man sie versicherte, man wolle sie nicht zu scharfen Attaquen auswärts verwenden, sondern bei der Stadt belassen, und nachdem sie dann ihren Kriegsherrn leben gelassen, nahmen sie gefaßter jeder seine zwei 10gröschler = 5 Sgr. und thaten das möglichste, um dafür Friedrichs Gesundheit zu trinken. Wesentlicher als diese war eine andere militärische Erwerbung, welche der König in Breslau machte, nämlich die stattliche Artillerie, die er hier vorfand, und die er wie Schwerin rühmen [1], auf den Wällen allein 156 Geschütze und an 170 in den beiden Zeughäusern, auch sonst ansehnliche Kriegsvorräte [2]. Inzwischen wurde im Rate, der nach der Huldigung beisammen geblieben war, recht im Gegensatz zu den Vorgängen auf dem Salzringe noch einmal das jus praesidii, jenes alte Recht, nur die Stadtsoldaten als Besatzung zu dulden, aufs Tapet gebracht, doch mochte man wohl fühlen, daß es damit für immer vorbei sei, und so kam es zu keiner Resolution darüber, man begnügte sich damit, überhaupt um Bestätigung der Privilegien zu bitten, und hatte alle Hände voll zu thun, die Weisungen des Feldkriegskommissariats zu erfüllen, in dem Rathause Platz zu machen für die preußische Wache, die noch vorhandenen Zeichen der Landestrauer um Karl VI. zu entfernen, Huldigungspredigten in den Kirchen für den nächsten Sonntag zu bestellen, für die Änderung des Kirchengebets zu sorgen, die gesamte Bürgerschaft für Tags darauf zur Huldigung aufs Rathaus zu citieren.

Die Soldaten bivouakierten indessen auf den Straßen. In den Wirtshäusern war den ganzen Tag ein reges Leben; mochten die österreichisch Gesinnten erzürnt versichern, sie würden ihr Lebtag an den krummen Lorenz denken (der 10. August ist der Tag Laurentius) und manche der Reicheren und Vornehmeren überhaupt auch ernster in die Zukunft sehen, die große Menge, die bei jedem Wechsel der Dinge immer zu gewinnen hofft, feierte die Huldigungsfreude leichtmütig mit, sie steckten sich weiße Schleifen auf die Hüte, das preußische Feldzeichen, und freuten sich, die preußischen Soldaten fortan mit dem Ausdruck „lieber Landsmann“ anreden zu dürfen.

Am nächsten Tage wurde nun mit den Huldigungen fortgefahren, die Ärzte, Juristen, Kaufleute, die possessionierten Bürger leisteten vor Schwerin ihren Eid; die nicht erschienenen stellten schriftliche Reverse aus; an die pro-

---

[1] Der König an den Fürsten von Anhalt den 10. August; bei Orlich I, 342, und Schwerins Bericht vom 11. August; Berliner St.-A.

[2] Eine Spezifikation bei Malinowsky und Bonin, Gesch. der preußischen Artillerie I, 475, und daraus aufs neue abgedruckt in der Zeitschr. des schlesischen Geschichtsvereins, Bd. XV (1881).

testantische Geistlichkeit hielt Schwerin eine kurze Anrede des Inhaltes: daß „Se. Majestät bei dem großen Zutrauen, welches Sie zu den HH. Geistlichen hätten, keinen besonderen Eid verlangten, sondern sich mit einem Handschlag begnügen wollte". Als bei dieser Gelegenheit der erste Geistliche, Inspektor Burg, Schwerins Hand küssen wollte, gestattete dieser es nicht, sondern küßte den Herrn Pastor auf beide Wangen und ließ konsequenterweise auch den übrigen Geistlichen jedem einen Kuß zukommen. Das offizielle Protokoll fährt fort: „Dieser (nämlich Inspektor Burg) machte eine kurze, aber gewiß bewegliche Danksagungsrede, nicht ohne Wehmut aller und jeder, und endigte sich dieser Aktus mit der größten Zärtlichkeit." Dieser Inspektor Burg, der oberste evangelische Geistliche Breslaus, Prediger bei St. Elisabeth, muß ein ebenso kluger als beredter Herr gewesen sein. Er hatte noch im Oktober 1740 das größte Lob und die allseitigste Bewunderung geerntet wegen der äußerst beweglichen Leichenrede, die er zu Ehren des Todes Karls VI. gehalten, und die auch später gedruckt worden ist, und noch während der Zeit der Neutralität wird er in einem nach Wien gerichteten Briefe eines österreichisch gesinnten Breslauer Kaufmanns als ein Mann bezeichnet, auf den sich die dortige Regierung unter allen Umständen verlassen könne, aber er hatte ungemein schnell die veränderte Situation begriffen, und die Gewandtheit, mit der er diese Wendung dokumentierte, brachte ihm nicht nur jenen Doppelkuß Schwerins ein, sondern seine gelungene Huldigungspredigt Sonntags darauf wurde auch vonseiten des sonst bekanntlich nicht gerade sehr freigiebigen Königs durch eine goldene Medaille im Werte von 600 Thlr. belohnt [1]), und ein Jahr darauf ward er auch zum Mitgliede des von Friedrich gegründeten Oberkonsistoriums für die Provinz Schlesien ernannt [2]), wo er noch Gelegenheit gefunden hat, sich wesentliche Verdienste um die evangelische Kirche in Schlesien zu erwerben.

Während nun auf dem Rathause jene solenne Huldigung erfolgte, gab es auf dem Ringe unten ein gar merkwürdiges Schauspiel. Um 11 Uhr nämlich stellten sich an der goldenen Krone 30 Dragoner und 30 Grenadiere auf, an deren Spitze der königlich preußische Feldkassierer, Herr Kubitz, hielt, welcher vorn auf dem Sattel neben den Halftern zwei rotsammetne große Beutel hängen hatte; derselbe zog an der Spitze seiner militärischen Bedeckung die grüne Röhrseite entlang dreimal um den ganzen Markt, beständig aus jenen Beuteln Geld ausstreuend in allerlei Münzsorten vom Louisdor bis zum Zweigroschenstück herab. Ich habe nun nicht nötig, dem Berichte unseres Chronisten Steinberger eine Schilderung der halb kläglichen, halb komischen Scenen zu entlehnen, welche die Rauferei um das Geld hervorrief; ich will nur bemerken, daß, wie sehr auch eine solche Zeremonie im Geschmacke jener Zeit liegen mochte (wie denn trotz der sonstigen Sparsamkeit des Berliner Hofes das Geldauswerfen auch nach der Thronbesteigung Friedrichs des

1) Er sollte wählen zwischen einer pièce d'argenterie, einem Geldgeschenke und einer Medaille und entschied sich für die letztere. Akten, betreffend die Huldigung in Niederschlesien (auf dem Breslauer St.-A.).

2) Seine sonstigen nicht unbedeutenden Verdienste um die evangelische Kirche Schlesiens würdigt Schmeidler, Gesch. der Elisabethkirche, S. 243—244. Siehe hierüber noch Gef. Nachr. V, 662.

Großen in Berlin nicht gefehlt hat) [1]), doch schon unser Berichterstatter einen gewissen Anstoß nimmt an einer Art von Almosenverteilung, wobei, wie er sich ausdrückt, „wohl manche starke Stößlinge und Balger etliche Louisdors oder Dukaten erwischten, die meisten aber mehr Stöße als Geld erhielten". Die Summe des auf diese Weise ausgestreuten Geldes wird in allen Berichten übereinstimmend in der überraschenden Höhe von 15,000 Gulden angegeben [2]).

Die in den nächsten Tagen in immer weiteren Kreisen fortgesetzte Huldigung fand nur bei der katholischen Geistlichkeit einen gewissen Widerstand. Nachdem nämlich noch am Tage des Einmarsches der Preußen für den folgenden Tag Deputierte des sämtlichen Breslauer Klerus durch Schwerin in die Dompropstei zur Anhörung königlicher Propositionen berufen worden waren, ward in einer Vorversammlung auf Anregung der Domgeistlichkeit beschlossen, um Bedenkzeit zu bitten, in der Hoffnung, inzwischen, wenn sich die Gerüchte von dem siegreichen Vordringen der Österreicher bestätigen sollten, möglicherweise der ganzen Huldigung überhoben bleiben zu können [3]). Und wie zornig auffahrend auch Schwerin, als er eine Antwort in diesem Sinne erhielt, drohend warnte, die Herren möchten sehen, was sie thäten, ob es geraten sei, die Gnade des Königs so von der Hand zu weisen, so war doch der ihm in größter Bescheidenheit entgegengehaltene Einwand, die Deputierten wären ja ganz ohne Instruktionen, da über den Zweck ihres heutigen Erscheinens die Citation nichts besagt hätte, so stichhaltig, daß er nicht umhin konnte, eine Frist zu gewähren, die er dann allerdings nur bis auf den nächsten Tag steckte. Darauf entschlossen sich nun die Deputierten der Klostergeistlichkeit, militärische Zwangsmaßregeln fürchtend, zur Nachgiebigkeit und leisteten dann auch tags darauf durch Handschlag die verlangte Huldigung. Nur die Canonici vom Domstifte und dem zum heiligen Kreuze blieben auch jetzt noch bei ihrer Weigerung, dazu bestimmt teils durch allgemeine Rücksicht auf ihren noch nicht gelösten früheren Unterthaneneid und auf die Abwesenheit ihres Hauptes, des Fürstbischofs, ganz besonders aber durch die Furcht, da die meisten Kirchengüter damals noch von den österreichischen Truppen besetzt waren, möchte eine allzu große Willfährigkeit gegen Preußen an jenen gebüßt werden. Friedrich nun, der bei jeder Gelegenheit gerade der katholischen Geistlichkeit gegenüber alle möglichen Rücksichten walten gelassen hat, zeigte auch damals viel Geduld, und als nach mehrwöchentlicher Frist die Domherren noch immer auf ihrem Widerstande beharrten, war es nicht eigentlich eine Strafe, sondern nur ein auch von der Gegenseite in diesem Sinne aufgenommenes Auskunftsmittel, um aus diesem Konflikte herauszukommen, daß er die noch immer sich Weigernden veranlaßte, vorläufig die Stadt zu verlassen, und ihre Güter sequestrieren ließ bis zu der auf Ende Oktober anberaumten allgemeinen Huldigung, die er selbst in Person entgegenzunehmen gedachte. Die Domherren mochten im ganzen schon zu-

---

[1]) Am 7. August 1740; Aufzeichnungen des dänischen Gesandten Prätorius, Neue Berliner Monatsschr. XII, 10.

[2]) Kundmann, S. 515; Ges. Nachr. I, 915; Steinberger bei Kahlert, S. 74.

[3]) Tagebuch aus dem Vincenzkloster, Stenzel V, 545.

frieden sein mit diesem Arrangement, bei dem es einerseits ohne Freiheits- oder Vermögensstrafen abging, während sie anderseits doch den Anspruch hatten, von Österreich als Opfer ihrer Anhänglichkeit an dasselbe betrachtet zu werden.

Den nächsten Sonntag wurde die Huldigung auch kirchlich durch feierlichen Gottesdienst in allen Kirchen begangen und bei dem Te Deum laudamus zugleich auf den Wällen die Geschütze gelöst. Die Texte für die Prediger waren von den preußischen Behörden bestimmt, und in der Elisabethkirche war eine eigene Tribüne, prächtig mit farbigen Tapeten geschmückt, aufgerichtet worden, auf der der neue Gouverneur v. d. Marwitz und die Räte des Feldkriegskommissariats samt ihrem Gefolge die Festpredigt des Inspektors Burg anhörten.

Die ganze Angelegenheit mit ihren Präcedentien legte es dem König nahe, sich der städtischen Obrigkeiten mehr als dies bisher der Fall war, zu versichern. Bekanntlich hatte in allen schlesischen Städten (mit Ausnahme von Breslau) in österreichischer Zeit das katholische Glaubensbekenntnis als Bedingung zum Eintritte in die kommunale Verwaltung gegolten. Um der hierin liegenden Ungerechtigkeit abzuhelfen, hatte dann unter dem 28. Juni das Feldkommissariat auf königlichen Befehl angeordnet, daß überall zwei evangelische Beisitzer dem Rate beigeordnet werden sollten. Jetzt aber schien es dem König an der Zeit, direkt von den Magistratsmitgliedern wenigstens der größeren oder bei der militärischen Lage besonders in Betracht kommenden Städte einen Schwur der Treue zu verlangen, wie dies ja am 11. August bereits in Breslau erfolgt war. So in Strehlen am 13ten, wo auch die Eidesleistung keine Schwierigkeiten fand [1]), während am 14ten in Liegnitz sämtliche Ratsmitglieder, jeder Überredung unzugänglich, den Eid verweigerten und lieber ihre Ämter aufgaben [2]), und ähnlich ging es am 15. August in Schweidnitz, wo der König bei der gefährlichen Nähe der feindlichen Hauptarmee für die damals noch unbefestigte Stadt, welche ein größeres Magazin in sich barg, ernste Besorgnisse hegte. Hier ward der bisherige Prokonsul Heyn, dem der König österreichische Sympathieen zuschrieb, definitiv abgesetzt; die anderen katholischen Mitglieder sollten ihre Ämter behalten, wenn sie dem König Treue schwören wollten, was sie jedoch sämtlich unter Hinweis auf ihren der Königin geleisteten Eid, von dem sie noch nicht entbunden wären, verweigerten [3]). In den Gebirgsstädten Hirschberg, Schmiedeberg, Landshut hat sich der König durch Ernennung eines ihm ergebenen Mannes zum Bürgermeister geholfen.

Auch in Breslau gedachte der König einen Wechsel des Rates vorzunehmen und verfügte am 12. August an den neuen Kommandanten v. d. Marwitz, man sollte den Magistrat kassieren, und die Bürger sollten einen neuen evangelischen Rat erwählen, den er konfirmieren werde [4]). Als er jedoch in

---

1) Görlich, Gesch. von Strehlen, S. 537.

2) Die Wohlhabenden unter ihnen, wie der durch seine umfänglichen Stiftungen bekannt gewordene Wittiber und der Bürgermeister v. Braun blieben in Liegnitz als Privatleute, die anderen suchten dann in Österreich Stellungen. Nur zwei Subalternbeamte leisteten den Eid. Kraffert, Chronik von Liegnitz III, 187.

3) Nur ein Registrator leistete den Eid. Scholtz, Schweidn. Tagebuch.

4) Berliner St.-A.

Kenntnis gesetzt wurde, daß seit der Einführung der Reformation in Breslau alle städtischen Beamten immer dem protestantischen Bekenntnisse angehört hatten, ließ er die Sache vorläufig ruhen, um sich nachmals hier, wie wir das noch näher zu schildern haben werden, durch Ernennung eines ihm ergebenen Ratsdirektors zu helfen.

Sechstes Kapitel.

Erneuter Kampf um Neiße. Vom Kriegsschauplatze der Alliierten.

Obwohl nun die Besetzung Breslaus auch militärisch für den König von Bedeutung war, so war derselbe doch mit seiner Lage keineswegs zufrieden. Er wünschte lebhaft, Neipperg aus dem Lande delogieren und Neiße nehmen zu können, weil er sonst nicht auf ruhige Winterquartiere rechnen konnte, und hätte ja jetzt von Strehlen aus auf die Neiße zu marschieren, den Fluß überschreiten und Neipperg von der Festung abschneiden können, aber er mochte sein ansehnliches Magazin in dem unbefestigten Schweidnitz nicht dem Feinde preisgeben, und da er anderseits erwog, daß bei längerer Unthätigkeit die günstige Zeit für Kriegsoperationen verfließen würde, fühlte er sich „in doubiöser Lage" und durchaus unschlüssig, was er thun solle [1]).

Aber auch Neipperg war mit der Situation nicht besser zufrieden. Er bangte vor einem Zuge des Königs gegen Neiße und wäre wohl am liebsten zurückgegangen, hätte ihn nicht ein Befehl aus Wien, wo man in dem Momente erneuter Unterhandlungen einen Rückzug der österreichischen Armee gern vermieden sah, zum Ausharren gezwungen [2]). Er sah in der That in einem Unternehmen auf Schweidnitz das einzige Mittel den König von Neiße abzulenken, und marschierte am 14ten von Baumgarten durch Frankenstein nach dem etwas nordwestlich davon gelegenen Peterwitz und von da am folgenden Tage auf Reichenbach zu, ließ sich jedoch durch eine falsche Nachricht von dem Anrücken der Preußen zur Rückkehr in das Lager von Peterwitz bewegen [3]).

---

[1]) An den Fürsten von Dessau, 25. August; Orlich I, 344.

[2]) Neipperg beruft sich auf einen solchen Befehl in einem Berichte vom 29. August; Wiener Kriegsminist.-A.

[3]) Wenn die Österr. militär. Zeitschr. (1827 II, 76), deren Darstellung sonst auf dem Material des Wiener Kriegsministerial-Archivs beruht, angiebt, daß Neipperg damals den General Festetics mit 1000 Husaren in die Schweidnitzer Gegend entsendet habe, so bin ich geneigt, hier an eine Verwechselung mit dem einige Wochen vorher ausgeführten Zuge dieses Generals, der ja denselben bis nach Leubus führt, zu glauben. Aus der zweiten Hälfte des August hören wir sonst nirgends etwas von größeren österreichischen Reiterscharen in der Schweidnitzer Gegend, und auch in den Regesten des Wiener Kriegsministerialarchivs, die mir vorgelegen haben, habe ich nichts von jenem Zuge finden können.

Bald rückte aber der König ihm entgegen; den 16ten verließ er sein so lange behauptetes Strehlener Lager und bezog am 21sten ein neues Lager vor Reichenbach, worauf Neipperg bis in die Gegend von Frankenstein zurückging, so daß dann beide Heere in einer Entfernung von wenig über 2 Meilen einander gegenüberstanden.

Der König hatte große Neigung, den Feind anzugreifen. Er hatte durch den Obersten Dumoulin eine Skizze des feindlichen Lagers (allerdings noch des von Peterwitz) entwerfen lassen und dieselbe dem Fürsten von Anhalt gesendet, um dessen Meinung über den von ihm beabsichtigten Angriff zu hören und ward fast unwillig, als der Fürst Bedenken äußerte. Er schob die Schuld auf die mündlichen Berichte des mit dem Briefe abgesendeten Offiziers, des Obersten v. Diersfort, und antwortete dem Fürsten: „Diersfort ist ein dummer Teufel, der die Situation nicht kennt, mir ist sie besser bekannt, es gehet sehr wohl und wird ganz gewiß gut gehen.“ [1])

So schrieb der König noch, nachdem er am Tage vorher eine große Rekognoscierung mit 8 Grenadierbataillonen, 20 Schwadronen Husaren und 8 Geschütze gegen Frankenstein und das österreichische Lager ausgeführt hatte. Hierbei waren die Vortruppen beider Parteien ernstlich an einander geraten, und die Österreicher rühmen sich die Oberhand behalten und 100 preußische Husaren gefangen genommen zu haben [2]).

Das österreichische Lager zog sich von den Höhen des Eulengebirges östlich von Silberberg, welche seine linke Flanke deckten, bis nach Frankenstein hin und hatte eine erwünschte Deckung in den verschiedenen tiefer eingeschnittenen Gebirgsbächen, welche nicht weit vor seiner Front vom Gebirge herabkommen und von einem Angreifer zu überschreiten waren. Gerade vor der Front des Lagers gewährten auch noch einige Teiche besondere Deckung.

Der König findet die Situation des Lagers zwar stark, doch nicht unangreifbar, mag sich aber schließlich doch für einen sofortigen Angriff nicht entscheiden, sondern verschiebt einen solchen bis auf den 6. September, falls der Feind so lange noch stehen bliebe [3]). Im Lager erzählte man sich, der König und Schwerin hätten den Angriff gewollt, aber die ganze Generalität, den Prinzen Leopold von Dessau an der Spitze, hätten entschiedene Vorstellungen dagegen gemacht mit Rücksicht auf die Stärke der Position und die unvermeidlich zu passierenden Defilés [4]).

Das schließliche Resultat aller Erwägungen des Königs war, daß er den schon früher ins Auge gefaßten Plan, sich auf Neiße zu werfen und Neipperg von der Festung abzuschneiden, nun auszuführen beschloß. Die Entscheidung muß bereits am 2. September erfolgt sein, denn an diesem Tage schreibt er an den Kurfürsten von Bayern, er habe einen Coup vor, der die Neippergsche Armee entweder vernichten oder in die Flucht treiben werde; von der Ausführung und der Bewahrung des Geheimnisses hänge der Erfolg ab [5]).

---

[1]) Den 24. August; bei Orlich I, 348, und Polit. Korresp. I, 308.

[2]) Neipperg an den Großherzog, den 25. August; Wiener Kriegsminist.-A.

[3]) An den Fürsten von Anhalt, den 28. August; bei Orlich I, 348. Der König giebt keinen Grund für den Aufschub an.

[4]) Seegebart, S. 56.

[5]) Polit. Korresp. I, 323.

Er zweifelt kaum an dem Gelingen, und hoch fliegen seine Pläne. Wenn Neipperg in die Flucht geschlagen und aus dem Lande vertrieben ist, gedenkt er Neiße zu belagern, das er in 14 Tagen erobern zu können hofft; dann kommt Glatz an die Reihe, mit dem er in ebenso langer Zeit fertig zu werden meint; darnach soll die Armee in Böhmen und Mähren Winterquartiere beziehen und die schwere Artillerie dem Kurfürsten von Bayern, der darum gebeten hatte, zur Belagerung Wiens zur Verfügung gestellt werden [1]. Schon ist Befehl gegeben, mit Rücksicht auf die böhmischen Wege, die Fahrzeuge schmalspurig zu machen [2]. Etwas, was Neipperg, der sofort davon unterrichtet ist, sehr zu denken giebt [3].

In augenscheinlicher froher Stimmung schreibt der König am 7. September an seinen Freund Jordan in französischen Versen: „Morgen brechen wir auf, und weder die Heiligen, noch der Teufel wissen, wohin wir gehen; dir aber, mein Vertrauter, sage ich, daß wir die ersehnte Belagerung von Neiße unternehmen werden", und bald werde, hoffe er, der Ruf ihm die Kunde bringen von einem Siege über die hochmütigen Österreicher [4].

Aber seine Hoffnungen sollten diesmal bitter getäuscht werden. Der König hatte zwar bereits am 3. September dem in Nimptsch postierten Obersten Voigt 8 Compagnieen Grenadiere und 500 Husaren nach Nimptsch vorausgesandt, um die Tête des ganzen Corps zu bilden, aber den Marsch des letzteren noch um einige Tage verzögert, weil erst Brot für das Heer auf 8 Tage fertig gestellt werden solle. Erst am 7ten des Abends marschiert die Avantgarde, etwa 10,000 Mann stark, ab unter dem Kommando des Generals v. Kalkstein, mit vollständigem Brückentrain. Es war ein beschwerlicher Nachtmarsch, ein dichter Nebel bedeckte die Gegend, die Wege waren durch anhaltenden Regen grundlos gemacht, das coupierte Terrain gestattete nicht, in mehreren Kolonnen zu marschieren, und große Schwärme österreichischer Reiter waren ihnen fortwährend an den Fersen. In dem Nebel verfehlte Kalkstein die Richtung, und als das Hauptheer durch den auch am 8. September in den Morgenstunden fortdauernden Nebel gleichfalls sehr beunruhigt und von den österreichischen Reitern nicht immer ohne Erfolg angehalten; bis Töpliwoda kam, zeigte es sich, daß man die Avantgarde nicht vor sich hatte, sondern links zur Seite in Heinrichau. Am 9ten ging das Gros des Heeres bis Münsterberg, mußte aber am 10ten dort liegen bleiben, um dem Kalksteinschen Corps, das ja die Pontons mit sich führte, Zeit zu lassen, wieder vorauszukommen. Der versäumte Tag war nicht mehr einzubringen, denn auch Neipperg war, sowie er den Abmarsch der Preußen erfahren, in Eilmärschen aufgebrochen über Kamenz nach Patschkau. Kalkstein konnte, als er am 11. September Woitz zwischen Ottmachau und Neiße erreichte, zwar noch Brücken über den Fluß schlagen und einige Bataillone Grenadiere hinübersenden, doch fand der König, als er selbst dem Gros vorauseilend hier eintraf, die österreichische Armee bereits in gleicher Höhe 1 Stunde

---

[1] Vgl. die Briefe an Schmettau und Valori vom 4. September; Polit. Korresp. I, 328. 329.

[2] Seegebart, S. 56.

[3] Neipperg an den Großherzog, 5. September; Wiener Kriegsminist.-A.

[4] Oeuvres XVII, 132.

vom Ufer bei Granau postiert, nicht mehr von Neiße abzuschneiden und um so weniger angreifbar, da auf dem sumpfigen Terrain des linken Ufers eine Aufstellung in Schlachtordnung nicht möglich war, auch das Gros der preußischen Armee noch zurück war. Friedrich ließ die Brücken wieder abbrechen, das Heer kampierte bei Woitz [1]). Der Coup war mißlungen, und wiederum fand, wie vor einigen Monaten, der König den österreichischen Feldherrn sich in einer Stellung gegenüber, in welcher derselbe Neiße deckte und durch Neiße gedeckt wurde, bei Neunz ein wenig östlich von dem so lange innegehabten Lager an der Biele, in einer Stellung, die nur durch schweres Blutvergießen zu forcieren war. Der König zog jetzt den 13. September die Neiße aufwärts und bezog südlich von der Festung ein Lager bei Groß-Neundorf, wo wenigstens die Verpflegung über Löwen und Michelau, welche Punkte stärker besetzt wurden, von Brieg aus leichter bewerkstelligt werden konnte. Einer Abteilung seiner Kavallerie gelang die Zerstörung eines großen feindlichen Magazins ganz nahe der Festung und die Aufhebung eines Wagentrains.

Es blieb jetzt kaum etwas anderes übrig, als auf den Plan zurückzugreifen, welchen bereits im Sommer der Fürst von Anhalt ihm vorgeschlagen hatte, nämlich die Neiße unterhalb der Festung zu überschreiten und Neipperg durch Bedrohung seiner rückwärtigen Verbindungen zum Weichen zu bringen. Bereits unter dem 16. September zeigt er diesen Entschluß dem Feldmarschall Schmettau an [2]). Am 14. September vertrieb ein Kommando aus Schurgast an der Mündung der Neiße in die Oder die österreichischen Husaren und besetzte den Ort [3]), und am 15ten hatte er bei der Parole davon gesprochen, daß seine Soldaten Winterquartiere in Mähren und Böhmen haben sollten [4]). Doch nahmen die Vorbereitungen für die Verpflegung des Heeres noch einige Zeit in Anspruch, und erst am 25sten des Abends begann der Marsch. Das Gepäck ward unter Bedeckung nach Friedewalde zurückgesendet, nur die Packpferde blieben bei den Regimentern. Eine Stunde später, abends 8 Uhr brachen sämtliche Zimmerleute des Heeres, von den Bronikowskischen Husaren eskortiert, nach Koppitz auf, die Neiße abwärts; ihnen folgte Erbprinz Leopold mit starker Heeresmacht, 5 Regimentern und 2 Grenadierbataillonen und 36 Kanonen außer den Bataillonsgeschützen, auch den erforderlichen Pontons. Ein Posten irregulärer österreichischer Infanterie ward leicht in die Flucht getrieben, und 4 Brücken, 2 Schiff- und 2 Pontonbrücken, wurden schleunigst in Angriff genommen. Man arbeitete die Nacht hindurch so fleißig, daß am anderen Morgen um 10 Uhr die Brücken vollständig fertig waren; zugleich ward am rechten Ufer eine Redoute gebaut, welche zum Schutze der Brücken von einem Bataillon besetzt blieb.

Am 26. September brach das Gros des Heeres aus seinem bisherigen Lager auf. Sämtliche Husaren wurden zur Sicherung des Abmarsches bis gegen die Mährengasse (die nördliche, auf dem linken Ufer der Neiße gelegene Vorstadt von Neiße) vorgeschoben, und zu ihrem Soutien blieb das

---

[1]) Hist. de mon temps in der älteren Bearbeitung, ed. Posner, S. 235, und Lettre d'un offic. pruss. a. a. O., S. 348.

[2]) Polit. Korresp. I, 336.

[3]) Neipperg an den Großherzog, den 17. September; Wiener Kriegsminist.-A.

[4]) Neipperg an den Großherzog, den 15. September; Wiener Kriegsminist.-A.

Regiment Rothenburg in Groß=Neundorf stehen [1]). Gegen Mittag überschritt das Heer die Neiße und bezog zwischen dem Flusse und Roßdorf ein Lager, um dann am folgenden Tage 1½ Meile flußaufwärts zu rücken, wo der König sein Hauptquartier in Kaltecke nahm, einem Vorwerke zwischen Bielitz und Lammsdorf gelegen. Ein weiteres Vorrücken bis gegen Oppersdorf 3/4 Meilen östlich von Neiße, welches der König ursprünglich beabsichtigte, ward dadurch vereitelt, daß Neipperg am 28sten des Morgens diese vorteilhafte Stellung selbst einnahm. Der König beschloß, sie zu umgehen; er ließ das Städtchen Friedland besetzen und bezog am 3. Oktober ein neues Lager südlich von Friedland, worauf dann auch Neipperg weiter östlich bis Greisau bei Steinau rückte.

Bei der Richtung, die jetzt der Marsch des Königs nahm, ward es, um ihm Flanke und Rücken zu sichern, zur höchsten Notwendigkeit, das Terrain zwischen Oder und Neiße vollständig zu beherrschen. Falkenberg hatte man bereits im September besetzt, gegen Ende dieses Monats erhielt nun der Kommandant von Brieg Ordre, sich Oppelns zu bemächtigen, welches eine Abteilung Kroaten und ungarische Husaren besetzt hielt. Am 1. Oktober erschien hier ein preußisches Detachement und forderte die Stadt zur Übergabe auf, zog sich jedoch, als diese abgelehnt wurde, nach Chrosczyna (auf dem Wege nach Falkenberg) zurück; am 4ten aber führte Oberst Hautcharmoy aus Brieg 1 Bataillon, 200 Husaren und 3 Geschütze vor die Stadt und nötigte so die Besatzung zum Rückzuge nach Krappitz; ein für sie daher gesendeter Succurs kam zu spät [2]). Doch auch nach Krappitz rückten die Preußen (6 Grenadiercompagnieen unter Major v. Wedell und eine Husarenabteilung) vor, zwangen am 6. Oktober die Kroaten, nach Kosel sich zurückzuziehen, und besetzten die Stadt mit so viel Truppen, daß man wagen konnte, hier ein kleines Magazin anzulegen, welches man aus der Umgegend durch Ausschreibungen zu füllen sich befliß [3]).

Nicht allzu schnelle Fortschritte hatten inzwischen die Waffen der Verbündeten gemacht. Allerdings hatte es Schmettau, trotz des Widerstandes des französischen Bevollmächtigten, dahin gebracht, daß in einem Kriegsrate am 20. August beschlossen wurde, der Kurfürst Karl Albert solle bis an die Ens vorgehen und erst dort die Ankunft der Franzosen erwarten, ein Resultat, welches den König so erfreute, daß er seine in zahlreichen Berichten ausgesprochene Zufriedenheit seinem Gesandten auch noch durch die Verleihung des schwarzen Adlerordens bezeugte [4]). Doch erst am 7. September begab sich der Kurfürst zu seinen bei Schärding versammelten Truppen; am 12ten ward bei St. Willibald die österreichische Grenze überschritten; am 13ten kamen, als das Heer bei Efferding lagerte, die ersten großen Donaukähne mit französischen Soldaten in Sicht. Mit den Bayern vereinigt, besetzten sie am 14ten Linz, die Hauptstadt Oberösterreichs, das gar keinen Widerstand versuchte. Die kleine österreichische Abteilung unter Graf Palfy, die in Ober=

---

1) Lettre d'un offic. Pruss. a. a. O., S. 351, und dazu Orlich I, 144, der hier noch einige Einzelheiten hat.

2) Berichte aus Oppeln an Neipperg vom 1. und 4. Oktober; Wiener Kriegsminist.=A.

3) Lettre d'un offic. pruss. a. a. O., S. 351.

4) Den 2. September; Berliner St.=A.

österreich aufgestellt war, wich hinter die Ens zurück. Und als man am 22sten weiter fortrückte, räumten die Österreicher sogar die bei Ens aufgeworfenen Schanzen. Am 30. September ward die Ens überschritten, man drang in Niederösterreich vor, hielt aber bald wieder inne, da der Kurfürst nach Linz zurückging, um dort die Huldigung für Oberösterreich zu empfangen.

Wenn die Sachsen, schrieb in jener Zeit (am 27. September) der Kurfürst an König Friedrich, dem Frankfurter Vertrag entsprechend in einer Stärke von 18,000 Mann in Böhmen einrückten, das zweite französische Corps aus der Oberpfalz vordränge und gleichzeitig die preußische Armee einen Vorstoß unternähme, sei die Armee Neippergs von allen Seiten umzingelt und verloren. „Was sollte mich dann hindern können, geraden Weges unmittelbar auf Wien loszugehen, um Ihren Plan zur Ausführung zu bringen und dadurch zu bezeugen, wie hoch ich die erleuchteten Anweisungen, die Sie mir geben wollen, zu schätzen weiß? Von vier Armeeen bedrängt, muß die Großherzogin um jeden Preis Frieden schließen. Die Umstände sind uns so günstig wie möglich, an uns ist es, sie zu benützen. Ich habe das Beispiel Ew. Majestät vor Augen, ich will's befolgen! Sie verdanken ja alle Erfolge Ihrer eigenen Festigkeit, Ihrem Mut und Eifer — mit einem solchen Führer an der Seite kann ich niemals irregehen.“ [1])

Dem König von Preußen vermochten diese schwungvollen Partieen des Briefes nicht über das hinwegzuhelfen, was sonst noch in demselben stand, daß nämlich der Kurfürst, den Friedrich, wie er schreibt, vor den Thoren Wiens geglaubt hätte, immer noch an der Ens stehe, und daß er die preußische schwere Artillerie verlangte zur Belagerung nicht von Wien, sondern von Prag. Er schreibt warnend: „Ew. kurfürstl. Hoheit wird thun, was Ihnen angemessen scheint, aber Sie werden sicherlich den jetzt gefaßten Entschluß eines Zuges gegen Prag zu bedauern Veranlassung haben, und die Folgen werden zeigen, daß ich mich nicht täusche. Wenn Ew. kurfürstl. Hoheit jetzt, wo Sie keinen Feind vor sich hat, langsam handelt, verliert Sie alle den Vorteil, den ihr die Gunst der Zeit gewähren könnte. Für die Operationen ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man den Feind sich gegenüber hat, oder ob man seine Bewegungen ohne Opposition dirigieren kann.“ [2])

Friedrich war in der That unzufrieden mit dem ganzen Laufe der Dinge, vor allem mit der Gewinnung Sachsens um den Preis der Zusage von Mähren und Oberschlesien, wozu die Sachsen noch ein Stück Böhmen zu gewinnen sich alle Mühe gaben. Vorwurfsvoll erklärt er dem Marschall Belle-isle: „Ich habe auf meine jülich-bergschen Ansprüche verzichtet, habe das ganze Jahr die Last des Krieges allein getragen, habe mich von Anfang an für den König von Frankreich erklärt und dessen Absicht bei jeder Gelegenheit nach bestem Vermögen unterstützt und gefördert, und Sie lassen auf das Haupt des Königs von Polen, der Ihnen alle mögliche Abneigung und allen möglichen üblen Willen gezeigt, Ihnen nichts von Ansprüchen geopfert hat, einen Anteil fallen aus den Trümmern des Hauses Österreich, größer als der des Kurfürsten und der meinige. Muß man denn der Feind der Franzosen sein, um von Euch am meisten begünstigt zu werden? Kann man durch

[1]) Angeführt bei Heigel, Der österreichische Erbfolgestreit, S. 196.
[2]) Den 7. Oktober; Polit. Korresp. I, 368.

die bloße feindliche Gesinnung, ohne Schwertschlag, von Euch ganze Provinzen erkaufen? — — Sie haben wohl nicht erwogen, daß Sie, der Sie die Macht Rußlands herabbringen wollten, dieselbe nun erhöhen in der Person des sächsischen Kurfürsten und ihr durch dessen Vergrößerung die Mittel geben, so oft es ihr beliebt, in Deutschland einzudringen, während ich infolge davon ganz von Bayern geschieden werde [1]). Allerdings fand er sich, nachdem der Kurfürst von Bayern erklärt hatte, lieber den Sachsen ganz Mähren zu lassen, als ihnen einige Kreise Böhmens abzutreten, in die Gewährung jenes Anteils und meinte sogar, daß Oberschlesien in sächsischen Händen für ihn ein Bollwerk gegen Österreich bilden könne, doch empfand er es übel, daß man ihm seine Forderung einer Lisière von 1 Meile jenseits der Neiße streitig machen wolle, und machte dagegen geltend, daß das Fürstentum Neiße immer zu Niederschlesien gehört habe und daher er es sei, welcher den Sachsen ein Stück koncediere, das sie nicht zu verlangen hätten [2]).

Auch bezüglich seiner Forderung der Grafschaft Glatz, welche er gleichfalls als Pertinenz von Niederschlesien ansah, fand er bei Karl Albert Schwierigkeiten; er hatte diese Forderung um so stärker betont, als es eine Zeit lang den Anschein hatte, daß ein Teil des nördlichen Böhmens an Sachsen fallen würde; als das nun zugunsten Bayerns entschieden war, schien er einen Augenblick geneigt, von jener Forderung abzugehen, doch hatte ihn ein besonderer Vorfall bewogen, schließlich daran festzuhalten. Als nämlich Valori dem König die Präliminarien des bayerisch-sächsischen Bundesvertrages überreichen wollte, vergriff er sich in den Papieren und gab statt dessen eine dechiffrierte Depesche des Marschalls Belleisle in die Hände Friedrichs, der sie ohne zu lesen seinem Kabinettssekretär Eichel gab. Doch dieser entdeckte das Wertvolle dieser unabsichtlichen Eröffnung, insofern darin der Marschall erklärte, daß Valori zwar noch versuchen solle, den König von der Glatzer Forderung abzubringen, wenn derselbe sich aber darauf steife, werde der Kurfürst wohl nachgeben müssen [3]). Natürlich beharrte man nun fest, war jedoch bereit, dafür Ravensberg an das pfälzische Haus zu cedieren.

Was den König noch weiter beunruhigte, war die Niederlage der Schweden bei Willmansstrand am 23. August, infolge deren dieselben zum Frieden genötigt werden konnten, wo dann die Russen die Hände frei hätten und leicht auf den Gedanken kommen könnten, zugunsten der Österreicher einzugreifen [4]). Auch von den Ungarn, welche Maria Theresia durch Bewilligung ihrer Forderungen gewann, und die sich am 7. September begeistert bereit erklärt hatten, für ihre Verteidigung und Errettung Gut und Blut daranzusetzen, mußte dem österreichischen Heere ansehnliche Verstärkungen kommen. Um so mehr verdroß ihn daher das zögernde Vorgehen der Alliierten.

Fort und fort lastete die ganze Last des Krieges allein auf seinen Schultern. Neipperg machte keine Miene, abzuziehen, ja er hatte, obwohl Lob-

---

1) Den 16. September; Polit. Korresp. I, 337.

2) An Belleisle, den 23. September; Polit. Korresp. I, 354. Der König hatte aus den Akten des schlesischen Obersteueramtes ein Promemoria über die Einteilung Schlesiens ausarbeiten lassen, das dann noch Belleisle vorgelegt wurde; Polit. Korresp. I, 353.

3) Eichel an Podewils, den 23. September; Polit. Korresp. I, 351.

4) An Podewils, den 19. September; Polit. Korresp. I, 341.

kowitz, der ein Heer gegen die Franko-Bavaren sammeln sollte, erst ein kleines Häuflein beisammen hatte, bis zum 23. September nicht mehr als 2 ungarische Husarenregimenter zu jenem Heere abgeben dürfen [1]). Und wenn nur die Sachsen und Franzosen und Bayern, da sie nun einmal nicht nach Wien gehen wollten, wenigstens Lobkowitz und Neipperg auf den Leib hätten rücken wollen, wo man den letzteren hätte zwischen zwei Feuer nehmen und vielleicht einschließen können [2]), aber so dachten sie nur an das seitabliegende Prag; indessen verstärkten sich die Österreicher, und er behielt Neipperg auf dem Halse.

Anfang Oktober stand er diesem wieder gegenüber, er bei Friedland, die Österreicher bei Steinau, die beiden Heere kaum 2 Meilen von einander. Am 3. Oktober war der König in das Lager eingerückt, am 5ten rekognoscierte er selbst die Stellung des Feindes, und im Heere erwartete man einen Angriff auf das feindliche Lager, zu dem es jedoch nicht kam. Was nun folgt, erzählt der König in einem jener Briefe, in denen er selbst unter dem Namen eines preußischen Offiziers für die Presse die Kriegsereignisse successive schilderte, in folgender Weise:

„Am 13. Oktober brachen wir auf (wiederum die rechte Flanke des Feindes umgehend) und bezogen zwischen Loncznik und Simmsdorf ein Lager in der Hoffnung, daß die Feinde ihrer Gewohnheit entsprechend uns nachziehen würden. Sie kamen auch am 14ten heran und lagerten sich bei Neustadt, 2 Meilen von uns. Den 15ten zog der König aus, ihre Stellung zu rekognoscieren, und entschlossen, sie anzugreifen, marschierte er am 16ten gegen Zülz. Aber ehe wir hier anlangten, erfuhren wir zu unserer Überraschung durch unsere Husaren und mehrere feindliche Deserteure, daß Graf Neipperg bei Tagesanbruch sein Lager verlassen und sich nach Jägerndorf zurückgezogen hatte. Unsere Husaren brachten mehrere Wagen, Ochsen und Pferde heran, welche sie den Feinden bei deren Rückzuge abgenommen hatten. Am folgenden Tage detachierte der König den Prinzen Leopold mit 13 Bataillonen und 10 Schwadronen zur Einschließung von Neiße, und die Generalmajore Truchseß und Posadowsky wurden detachiert mit einem Corps Infanterie, Dragoner und Husaren, die dann den Feind bis Troppau, welches derselbe stark besetzt hielt, verfolgten, während der König mit dem Gros des Heeres bei Schnellenwalde stehen blieb, um nachmals seine Truppen in Oberschlesien Winterquartiere beziehen zu lassen."

Der Abzug der österreichischen Feldherren konnte kaum überraschend erscheinen. Die Bewegungen des Königs gingen direkt auf die große Straße, welche von Neiße über Jägerndorf nach Troppau und von da nach Mähren führte; wollte Neipperg diese nicht in die Hände des Feindes fallen lassen, so mußte er entweder, Neiße preisgebend, sich auf ihr zurückziehen oder eine Schlacht darum wagen. Auf eine solche konnte er es aber einem an Zahl überlegenen und, wie er selbst anerkannte, waffengeübteren Feinde gegenüber nicht ankommen lassen, um so weniger, da inzwischen auch das französisch-bayerische Heer seit dem 30. September über die Ens hinaus in der Rich-

---

[1]) So schreibt der König am 23. September an Schmettau (Polit. Korresp. I, 352), und die Berichte im Wiener Kriegsminist.-A. bestätigen es.

[2]) An Schmettau, den 23. September; Polit. Korresp. I, 352.

tung auf Wien vorrückte, ohne daß die Königin diesem eine hinreichende Streitmacht entgegenzustellen gehabt hätte. Wenn Neipperg in solcher Lage sich zurückzog und das einzige Heer, über das Österreich damals verfügte, für die Rettung Wiens aufsparte, mußte das erklärlich und natürlich erscheinen.

Thatsächlich aber ist Neipperg, ehe er dazu kommen konnte, sich von jenen Beweggründen aus Schlesien hinaustreiben zu lassen, zu seinem Rückzuge veranlaßt worden durch ein mit dem Könige von Preußen geschlossenes geheimes Abkommen, dessen Genesis dann im Zusammenhange der diplomatischen Campagne zu erzählen sein wird.

Siebentes Kapitel.

Das Corps des Fürsten von Anhalt.

Wir haben nun noch einen Blick zu werfen auf das Beobachtungscorps, welches König Friedrich unter dem Kommando des alten Fürsten von Anhalt in der Mark aufstellte in der Absicht, Sachsen und Hannover in Schach zu halten.

Dasselbe hat allerdings keinen Feind zu sehen bekommen, keinen Schuß abzufeuern, kein Blut zu vergießen Gelegenheit gehabt. Nichts desto weniger hat es seine Rolle gespielt und seine Bedeutung gehabt; sein bloßes Dasein hat eine nicht geringe Wirkung geübt und dazu beigetragen, die politische Haltung der Nachbarn Preußens zu bestimmen. Es schien angemessen, über die Schicksale auch dieser Heeresabteilung im Zusammenhange der militärischen Ereignisse zu berichten, wenngleich in diesen Schicksalen sich eigentlich nur die wechselnden Phasen der Unterhandlungen abspiegeln, die in dem nächsten Buche eingehender geschildert werden sollen.

Als der alte Fürst Leopold von Dessau, untröstlich darüber, daß er an dem schlesischen Feldzuge nicht teilnehmen solle, wiederholte Beschwerden darüber dem Könige vortrug, antwortete dieser ihm den 2. Dezember 1740, er verehre in dem Fürsten den erfahrenen General viel zu sehr, um eine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, sich seines Rates zu bedienen; aber die Expedition, die er jetzt vorhabe, sei eigentlich nur eine Bagatelle, eine bloße Besitzergreifung. „Künftig Frühjahr aber", fährt er fort, „möchte es zum Ernste kommen und alsdann mehr auf sich haben, und da ich überdem an Sachsen einen Nachbar habe, vor dessen Intentionen ich nicht sicher bin, so kann ich in meiner Abwesenheit solche importante Aufsicht und in allem Falle darauffolgende serieusere Expedition wie die jetzige keinem Besseren als Ihrer Durchlaucht anvertrauen; allein diese Expedition reserviere ich mir alleine, auf daß die Welt nicht glaube, der König in Preußen marschiere mit einem Hofmeister zufelde." [1])

---

[1]) Politische Korrespondenz Friedrich d. Gr. ed. Koser I, 117. Die Briefe des Königs an den alten Fürsten von Dessau aus der hier in Frage kommenden Zeit

Der Fürst ließ sich dadurch einigermaßen beruhigen, und seine Antwort ließ durchblicken, er erwartete nun, während der König im Felde sei, als dessen alter ego in militärischen Dingen wenigstens fungieren zu dürfen, doch belehrt ihn der König eines andern mit den Worten: „Daß ich meine übrige im Lande bleibende Regimenter an Ew. Liebden verweisen sollte, solches werden Dieselben leicht ermessen, daß es sich nicht thun lassen werde, inmaßen es die Natur und Art der Regierung zu erfordern scheint, daß alle Regimenter Mir allein angewiesen sind und bleiben." [1])

Der Fürst machte seinem Mißvergnügen durch eine heftige Kritik des ganzen Unternehmens Luft, und der König hat in seinen Memoiren in scharfen Ausdrücken das damalige Verhalten des alten Heerführers charakterisiert. „Der Fürst von Anhalt", schreibt er, „war wütend darüber, daß er weder von dem Könige zurate, noch bei der Ausführung zugezogen worden war. Seine Eigenliebe, darüber empört, bewog ihn, alle Unglücksfälle, die ein Misanthrop und Hypochonder sich erdenken kann, vorherzuverkündigen. Er betrachtete die kaiserliche Armee als seine Wiege und fürchtete meine Machtvergrößerung, er warf Schrecken und Kleinmut in alle Gemüter, er hätte mich selbst eingeschüchtert, wäre mein Entschluß nicht mit der vollsten Entschiedenheit gefaßt gewesen." [2])

Als der Fürst einmal dem König selbst seine Besorgnisse aussprach, antwortete dieser ihm: „Ich habe Ew. Durchlaucht ihren Brief gekriecht und gesehen, mit was vor Inquietude Sie den bevorstehenden Marsch meiner Truppen ansehen, ich hoffe, daß Sie sich darüber beruhigen werden und erwarten mit Geduld, zu was ich Sie ästimiere, ich habe meine Dispositions alle gemacht und werden Ew. Durchlaucht schon zeitig genug erfahren, was ich befohlen habe, ohne sich weiter darum zu inquietieren, indeme Nichts vergessen, noch versäumt ist." [3])

Indessen gehören diese Mißhelligkeiten doch nur der allerersten Zeit des Krieges an [4]). Der alte Fürst erhielt bald Gelegenheit, zu erfahren, daß der König im Ernste geschrieben hatte, er werde sich allezeit gerne seines Rates bedienen [5]); vom ersten Anfange des Feldzuges an schreibt Friedrich dem Fürsten, unterrichtet ihn eingehend von dem Stande der Kriegsereignisse, frägt ihn direkt um Rat und zeigt bei verschiedenen Gelegenheiten, daß er der Ansicht des erfahrenen Feldherrn Einfluß auf seine Entschließungen einräumt. Auch

---

sind bis auf einen (hier unter den Beilagen mitgeteilten) im Anhange zu Orlichs Gesch. der schles. Kriege I, und zum Teil auch in der erwähnten politischen Korrespondenz abgedruckt. Daß der zweite angeblich hier noch in Betracht kommende Brief kein Schreiben des Königs an den Fürsten ist, sondern nur Abschrift eines jener vom Könige selbst verfaßten Kriegsberichte, welche Droysen im Militär-Wochenblatte von 1878 veröffentlicht hat, ist schon oben S. 209, Anm. 5 bemerkt worden.

[1]) Den 11. Dezember; ebd. S. 135.

[2]) So in der Bearbeitung von 1746 ed. Posner, S. 217. Die spätere Redaktion Oeuvr. II, 58 detailliert dann noch näher die Verpflichtungen, welche der Fürst gegen den kaiserlichen Hof gehabt.

[3]) Den 24. November 1740; Polit. Korresp. I, 111.

[4]) Der König giebt in der angeführten Stelle seiner Memoiren die schlechten Prophezeiungen des Fürsten als ein Motiv an, weshalb er es für nötig gehalten habe, an seine Offiziere beim Ausmarsch einige ermutigende Worte zu richten.

[5]) In dem Schreiben vom 11. Dezember; Polit. Korresp. I, 135.

erfuhr der Fürst sehr bald, für welchen besonderen Zweck der König den bewährtesten seiner Generäle aufgespart hatte. Gegen Ende des Jahres 1740 berichteten die preußischen Gesandten in Wien, wie man von sächsischer Seite dort gegen jede Verständigung mit Preußen arbeitete, und daß zwischen dem Wiener und Dresdener Hofe bereits ein Bund geschlossen sei. Daraufhin schreibt der König, der schon vorher unter dem 23. Dezember dem Fürsten von Anhalt aufgetragen hatte, über die angeblichen Rüstungen der Sachsen Erkundigungen einzuziehen [1]), dem letzteren unter dem 9. Januar, er werde jetzt erkennen, welches die wahre Ursache gewesen, daß er ihn für diesmal noch zurückgehalten. „Ich will zwar noch zur Zeit nicht glauben, daß der Traktat zwischen dem wienerischen und sächsischen Hofe in dermaßen zur Konsistenz gediehen, als im obermeldtem Berichte [2]) angeführt werden wollen. Da es aber doch nötig ist, bei so delikaten Konjunkturen seine Mesures in Zeiten zu nehmen, als habe Ew. Liebden hierdurch ersuchen wollen, einen Plan zu formieren, welchergestalt man allenfalls ein Corps von 24,000 Mann aufbringen und nötigenfalls damit in Sachsen gehen könne, bevor solcher Hof seine bösen Intentiones in das Werk zu setzen zustande kommt." Der Fürst soll überlegen, wie man den Sachsen wehe thun und verhindern könne, daß sie Remontepferde bekommen, doch alles in tiefstem Geheimnis [3]).

Der Fürst sandte eine ausführliche Disposition für ein Unternehmen gegen Sachsen, aber der König zweifelte immer noch, ob das österreichisch-sächsische Bündnis wirklich bereits fertig, und ob nicht das Gerücht davon nur von dem Wiener Hof ausgesprengt worden sei, und erklärte deshalb, Bedenken zu tragen, „wider solches Kurhaus wirkliche Mesures zu nehmen", behielt sich aber vor, zum Frühjahr bei Berlin ein Beobachtungscorps zu versammeln, ansehnlich genug, um dem sächsischen Heere, das er auf höchstens 17 Bataillone und 26 Schwadronen anschlug, gewachsen zu sein. Die dazu ausersehenen Regimenter hatte er bereits bestimmt [4]). Der Gesandte in Dresden erhielt Befehl, sorgfältig aufzupassen und über etwaige Rüstungen und namentlich das Anlegen von Magazinen sofort zu berichten [5]).

Der Fürst war beordert worden, in der Zeit, wo der König aus dem Felde nach Berlin zurückkehren wollte, zum 4. Februar von Magdeburg herüberzukommen [6]), und in Konferenzen zwischen ihm und seinem königlichen Herrn ward Näheres über die eventuelle Zusammenziehung des Corps verabredet. Dasselbe gewann jetzt noch nach einer anderen Seite hin Bedeutung. Die Nachricht von der Mobilmachung der dänischen und hessischen Soldtruppen Englands hatte König Friedrich beunruhigt, und er hatte dem englischen Gesandten deshalb Vorhaltungen gemacht. Um so mehr glaubte dieser die schnell verbreitete Nachricht von der beabsichtigten Aufstellung eines Observationscorps damit in Zusammenhang bringen und als eine gegen Hannover gerichtete Maßregel ansehen zu müssen. Er beeilte sich, die Regent-

---

1) Polit. Korresp. I, 155.
2) Gotters aus Wien vom 3. Januar.
3) Polit. Korresp. I, 174.
4) Den 22. Januar 1741; ebd. S. 184.
5) Ebd. S. 185.
6) Brief vom 18. Januar; bei Orlich, Gesch. der schles. Kriege I, 301.

schaft in Hannover zu warnen [1]). Hier war man sehr ängstlich, um so mehr, als man erfuhr, Podewils habe zu dem dänischen Gesandten Prätorius geäußert, wenn man gleich England nicht selbst zu erreichen vermöge, könne man doch des Königs kurfürstliche Besitzungen für eine feindliche Haltung Englands büßen lassen [2]). Vor allem aber ängstigte das eigene böse Gewissen und der Gedanke, daß der König von Preußen von den englischen Bemühungen um eine Teilung Preußens erfahren und in Hannover einbrechen könnte, wo man so gut wie nichts für eine Verteidigung des Landes gethan hatte.

Indessen blieben ja dem König von Preußen die englischen Intriguen lange verborgen, und wenn auch vorbereitende Schritte für die Zusammenziehung des Corps erfolgten, so war doch für den sorgfältigst aufmerkenden englischen Gesandten das fortdauernde Verweilen des alten Fürsten in Berlin eine Bürgschaft dafür, daß noch nicht sogleich das Schlimmste zu fürchten sei. Allerdings machte der Fürst kein Hehl daraus, daß er gegen Ende des März zu seinem Corps abgehen zu können hoffe [3]). Doch war das eben nur seine Vermutung; die Zeit und den Ort genauer erst im letzten Augenblicke zu bestimmen, hatte sich der König ausdrücklich vorbehalten [4]).

Inzwischen hatte Friedrich aus Rußland von Münnich Näheres über das gegen ihn angesponnene Komplott erfahren und zwar in einer Fassung, welche, was thatsächlich nicht zutraf, Sachsen als den Hauptschuldigen erscheinen ließ. Daraufhin sendet er dem Fürsten Befehl, in das Lager [5]) zu rücken, um auf den ersten Wink den Sachsen zuleibe zu gehen und diese zu desarmieren, dann, wenn inzwischen die Hannoveraner, die allerdings bis jetzt keine sonderlichen Anstalten gemacht zu haben schienen, sich regten, auch gegen diese vorzugehen. 2 Dragonerregimenter und 2 Regimenter Husaren, die bisher noch in Preußen geblieben, will er dem Fürsten zur Verstärkung senden. Selbst wenn dann wirklich die Russen gegen ihn feindlich auftreten würden, hofft er den Kampf siegreich bestehen zu können. Zunächst gedenkt er diesen Preußen preiszugeben, dann aber will er, da, wie zu erwarten stände, Österreich, durch Bayern, Frankreich und Spanien angegriffen, ihm nicht seine gesamte Macht entgegenstellen könnte, in Schlesien, nachdem er sich Briegs und Neißes bemächtigt, nur ein kleineres Corps zur Defensive stehen lassen und selbst mit dem Hauptheer durch die Lausitz dem Fürsten entgegenmarschieren und, vereint mit diesem, dann gegen die Russen ziehen [6]).

Es sind Entwürfe in großem Stile, die bereits den kühnen Geist atmen, der dann im 7jährigen Kriege die Bewunderung der Welt hervorgerufen hat.

Mit Freuden vernahm der alte Heerführer von der Aussicht, nun wirklich ins Feuer zu kommen. Man wird sehen, hörte man ihn sagen, daß ich mir nicht den ersten Schlag geben lassen werde. — „Anhalts Truppen sind in

---

1) Den 7. Februar; St.-A. zu Hannover. Nach London hatte derselbe bereits unter dem 31. Januar von des Königs Absicht, ein Observationscorps bei Magdeburg zu versammeln, geschrieben; Londoner Record office, Prussia.

2) Bericht von Guy Dickens vom 28. Februar; Londoner Record office.

3) Bericht von Guy Dickens vom 14. März; ebd.

4) Der König an den Fürsten, den 18. Februar; Orlich I, 304.

5) In den letzten Wochen muß also doch der König hier den Ort genauer bestimmt haben.

6) Briefe des Königs vom 17. und 20. März; Polit. Korresp. I, 208 u. 211.

vollem Marsche" (nämlich nach dem Lager), schrieb am 28. März der englische Gesandte [1]. Sein Plan war, den Feldzug mit einem Handstreich auf die Festung Wittenberg zu beginnen, damit nicht bei einem Vorrücken gegen die Saale hin die Landeshauptstadt allzu exponiert erscheine. Mit 14 Bataillonen [2]) rückte er am 2. April in das Lager von Göttin ein, südlich von Brandenburg, die Vorposten nahe der sächsischen Grenze. In wenigen Tagen wuchs das Heer auf 28 Bataillone und 42 Schwadronen [3]) mit 14 dreipfündigen, 14 sechspfündigen Kanonen und 2 Haubitzen [4]), also thatsächlich etwa 20,000 Mann Infanterie und etwas über 6000 Mann Kavallerie.

Im übrigen aber hatten die letzten Weisungen vom Könige die Aussichten, wirklich zum Kampfe zu kommen, wieder weiter hinausgeschoben. Einmal wollte der König erst abwarten, bis alle zu dem Anhaltschen Corps gehörigen Regimenter beisammen wären, dann aber auch sich erst überzeugen, ob denn wirklich Rußland mit ihm brechen und auch Hannover, das sich bis jetzt noch stille verhalte, gegen ihn marschieren wolle. Der Fürst, hofft der König, werde unter allen Umständen Wittenberg haben und mit den Sachsen fertig sein, ehe die Hannoveraner heran seien [5]).

Auf den sächsischen Hof machte es natürlich einen nicht geringen Eindruck, das Heer des Fürsten so nahe der Grenze sich aufstellen zu sehen. Unmittelbar nach dem 18. April, erzählte man sich, werde der Fürst in Sachsen einrücken und die Leipziger Messe ruinieren [6]); man wollte wissen, bereits Friedrich Wilhelm I. habe diese Stadt vom Erdboden vertilgen wollen, weil sie dem preußischen Handelsplatze Frankfurt a. O. so sehr Schaden zufüge [7]). Mit den eigenen Rüstungen, den drei Lagern, welche man zwischen Leipzig und Torgau zu errichten gedachte [8]), den Anstalten zur Verteidigung des Elbüberganges kam man nur langsam vorwärts, und der 6000 Mann, welche man auf Grund der alten Bundesverträge von Hannover reklamierte, fühlte man sich wenig sicher [9]). Natürlich war man eifrig bemüht, die besten Gesinnungen gegen Preußen zu versichern, die Armee habe man nur deshalb ergänzt, weil der König nach der Leipziger Messe eine große Revue halten wolle [10]). Auch richtete König August ein Handschreiben an Friedrich, in welchem er darauf aufmerksam machte, daß die preußischen Husaren so gar nahe der sächsischen Grenze lägen, daß Verletzungen derselben leicht vorkommen könnten, gegen welche er Vorkehrungen zu treffen bat [11]), worauf der König

---

1) Londoner Record office.

2) Schöning, Die fünf ersten Jahre Friedrich d. Gr., S. 72. Friedrich giebt in der älteren Bearbeitung seiner „Hist. de mon temps", p. 221 die Stärke des Corps in runder Summe auf 30 Bataillone und 40 Schwadronen an.

3) Eine Spezifikation derselben in Geubers Aufzeichnungen a. a. O., S. 80.

4) Ebd. S. 103.

5) An den Fürsten, den 26. März; Polit. Korresp. I, 325.

6) Bericht des hannöverschen Gesandten von dem Busche aus Dresden vom 13. April; St.-A. zu Hannover.

7) Bericht des englischen Gesandten Villiers aus Dresden vom 19. März; Londoner Record office, Poland.

8) Derselbe, den 5. April.

9) Vom 15. April datiert die offizielle Requisition; St.-A. zu Hannover.

10) Angeführt bei Droysen V, 1. S. 231.

11) Anführungen aus Podewils' Bericht vom 16. April; Polit. Korresp. I, 229.

in der That dem Fürsten es einschärfte, strenge Disziplin zu halten und jeder „Violation der Territorii“ vorzubeugen [1]).

Die sächsischen Rüstungen gegen Preußen wurden im übrigen durch das Vorrücken des Anhaltschen Corps an die Grenze nicht aufgehalten [2]). Gerade damals, Anfang April, wurde ja die letzte Hand gelegt an jenen sächsisch-österreichischen Vertrag, mit dessen Abschlusse (den 11. April) das letzte Hindernis zu verschwinden schien, das der großen Koalition gegen Preußen noch entgegenstand.

Von den Dresdner Gesandten dieser Koalitionsmächte war auch damals ein förmlicher Kriegsplan bei dem sächsischen General Renard bestellt worden; Mitte April ist der Plan fertig, am 18ten kann eine Abschrift nach Petersburg gesandt werden, und am 25sten wird eine zweite nach London expediert, um dort geprüft zu werden, nachdem Villiers sich als Nichtmilitär für inkompetent erklärt hatte [3]).

Es war sehr natürlich, daß dieser Plan sich ganz besonders auch mit dem Corps des Fürsten von Anhalt beschäftigte, von welchem Renard urteilte, derselbe habe eine äußerst vorteilhafte Stellung gewählt, in der er Berlin gegen jeden Angriff decke, in gleichem Maße Sachsen wie Hannover bedrohe und die Vereinigung von deren Truppen hindere. Der General ging davon aus, daß Sachsen wegen seiner preußischen Angriffen so ganz besonders exponierten Lage in keinem Falle die ersten Schritte thun könne, sondern diese, was das Heer des Fürsten von Anhalt beträfe, Hannover überlassen müsse. Wenn dann das hannöversche Heer, durch die holländischen Hilfstruppen und die dänischen Söldner Englands vermehrt, gegen Anhalt vorrücke, müsse man von dessen Maßregeln das Weitere abhängig machen. Rücke derselbe, was wohl das Wahrscheinlichste sei, ihnen entgegen ins Hannöversche ein, so empfehle es sich für die hannöverschen Truppen, ihm gegenüber eine feste Stellung einzunehmen. Wenn dann die sächsischen Truppen im Rücken Anhalts vorgingen, seine Magazine und Berlin bedrohten, sei es wahrscheinlich, daß er zurückgehen werde, um die Hauptstadt zu retten, wo dann die hannöverschen Truppen ihm auf dem Fuße folgen müßten. Wende er sich umgekehrt gleich von vornherein gegen die Sachsen, so müßten jene schleunigst zu deren Hilfe herbeieilen.

Die größte Gefahr sei die, daß der Fürst sich auf die Sachsen werfe, ehe die hannöverschen Truppen heran seien. Um dies zu verhüten, müßten die Hannoveraner ihre Rüstungen beschleunigen, und auch die hessischen Soldtruppen sich in deren Heimat konzentrieren lassen, damit diese den Sachsen näher wären. Diese letzteren müßten sich ihrerseits auf das äußerste bemühen, Preußen nicht vorzeitig Ombrage zu geben; sie müßten deswegen von eigentlichen Konzentrationen von Truppen Abstand nehmen, vielmehr sich be-

---

1) Den 17. April; Polit. Korresp. I, 229.

2) Es entspricht deshalb nicht ganz den wirklichen Verhältnissen, wenn Droysen (V, 1. S. 230) sagt, die Nachricht von dem Göttiner Lager habe den Dresdner Hof ungefähr so getroffen, „wie den Nachtwandler die Stimme, die ihn mit Namen ruft“. Davon konnte schon deswegen nicht die Rede sein, weil in den Dresdner Kalkülen das Corps des Fürsten von Anhalt bereits seit Monaten mit eskomtiert war.

3) Akten, den Vergleich mit der Königin von Ungarn 1741 betreffend; Dresdner Hauptstaats-A.

gnügen, diese so einzuquartieren, daß sie in fünf bis sechs Tagen zusammengezogen werden könnten, auch das schwere Geschütz sollte vorläufig noch nicht mitgenommen werden [1]).

Renard hatte mit Recht die größte Gefahr in der Möglichkeit erblickt, daß sich der Fürst auf die Sachsen werfen und diese vernichten könnte, ehe die Hannoveraner ihnen Hilfe zu bringen vermöchten. Dies war in der That auch die Meinung des Königs; ehe er aber den Befehl dazu giebt, will er einerseits abwarten, welche Wirkung die Nachricht von seinem Siege bei Mollwitz üben werde, anderseits, was der außerordentliche Gesandte Englands, Lord Hyndford, der, längst erwartet, jetzt endlich eintreffen sollte, ihm bringen werde. Brächte derselbe gute und acceptable Propositionen, urteilt der König, „so ist es gut und wird man gegen jene Nachbarn piano gehen müssen; sollte aber das Gegenteil sein und er sich hautain bezeugen, und ich daraus sehen, daß England im Ernst wider mich mit meinen Feinden im Konzert stehe, so wird das Beste sein, das Prävenire zu spielen und auf Sachsen loszubrechen, ehe es sich mit denen Hannoveranern konjungieren könne“ [2]).

Hyndford hat nun zwar, wie wir wissen, acceptable Propositionen nicht mitgebracht, aber hautain ist er auch nicht gewesen — anderseits ist der ganze Kriegsplan der großen Koalition ebenso wie die ganze Koalition selbst ins Wasser gefallen. Wir werden die Ursachen in dem Zusammenhange der diplomatischen Unterhandlungen noch näher darzustellen haben und dort sehen, daß außer der Nachricht von Mollwitz und dem Heere des Fürsten von Anhalt noch andere Ursachen mitgewirkt haben, und daß Mitte April 1741 eigentlich keiner der Verbündeten Lust hatte, kriegerisch gegen Preußen vorzugehen.

Namentlich bemühte sich Sachsen, alles zu vermeiden, was den kriegsmächtigen Nachbar reizen könnte; man beschwor die Hannoveraner, von der Requisition der Hilfstruppen nichts verlauten zu lassen, und war sehr glücklich, daß die Leipziger Messe leidlich gut verlaufen war. Siebenbürger und Ungarn waren allerdings weniger gekommen als sonst; die aber kamen, berichteten, daß sie durch die preußischen Truppen ganz sicher durchgekommen seien, ungleich mehr Not hätten ihnen die Soldaten ihrer eigenen Königin, die österreichischen Husaren, gemacht [3]).

Von dem König, ja selbst von dem alten Fürsten empfing man in Dresden beruhigende Versicherungen, und auch in Hannover ließ Friedrich Ende April bestimmt erklären, es liege ihm sehr fern, gegen Sachsen oder einen anderen seiner Nachbarn Feindseligkeiten zu beginnen [4]). Und wenn daher auch der alte Fürst wohl noch einmal von kriegerischen Vorbereitungen in Leipzig und Umgegend zu berichten hatte [5]), so nahm das der König dankbar auf, ohne allzu viel darauf zu geben. Und thatsächlich mußte der Fürst sich damit begnügen,

---

1) Mir hat eine Abschrift des Kriegsplanes im Londoner Record office vorgelegen.

2) An den Fürsten von Anhalt, den 12. April; Polit. Korresp. I, 221.

3) Berichte des Gesandten von dem Busche aus Dresden vom 16. und 22. April.

4) Das hannöversche Ministerium teilt das an seinen Dresdner Gesandten unter dem 7. Mai mit; St.-A. zu Hannover.

5) Der König an den Fürsten von Anhalt, den 4. Juni 1741; Polit. Korresp. I, 257.

mit seinen Regimentern tüchtig zu exerzieren und an der Neuorganisation der Kavallerie, welche der König seit Mollwitz betrieb, sich eifrig zu beteiligen, eine Beschäftigung, deren Eintönigkeit einmal (Anfang Mai) durch den mehrtägigen Besuch der beiden Brüder des Königs, der Prinzen Heinrich und Ferdinand, unterbrochen ward. Die Besichtigung des Lagers mußte ihnen Ersatz bieten für den schlesischen Feldzug, von dem ihr Bruder sie zu ihrem großem Bedauern fernhielt. Der alte Fürst bemühte sich, durch Manöver und Revuen ihnen Unterhaltung zu bereiten, und erregte ihre aufrichtige Bewunderung [1]).

Von sächsischer Seite zeigte man sich so freundlich, daß, als z. B. in jener Zeit der König von Polen einmal eine Truppenrevue unweit Torgau abhielt, auf seine Einladung 28 Offiziere vom Anhaltschen Heere derselben beiwohnen durften, welche natürlich in hohem Auftrage die Gelegenheit eifrig wahrnahmen, sich unter den fremden Truppen möglichst umzusehen [2]).

Die Gefahr eines Angriffes vonseiten Hannovers oder Sachsens schien damals so fern zu liegen, daß Podewils in der Zeit, wo König Friedrich sich entschieden hatte, mit Frankreich abzuschließen und England-Hannover durch verdoppelte Freundlichkeit möglichst lange darüber zu täuschen sich bemühte, die Meinung aussprach, „durch nichts könnten ‚die Argusse‘ wirksamer getäuscht werden, als wenn man das Heer Anhalts kantonieren ließe, d. h. in Quartiere auseinanderlegte, „weil man dann glauben wird, daß wir friedfertig sein werden wie die Lämmer“. Darauf entscheidet der König unter dem 3. Juni: „Gut, die Ordre ist schon ergangen, daß die dortige Kavallerie kantonieren soll“ [3]).

Erfreut berichten die Gesandten von der Absicht des Königs, das Göttiner Lager aufzulösen, nachhause, der hannöversche am 4. Juni, der sächsische am 10ten [4]).

Bald aber mußten die guten Nachrichten revociert werden. Von der Auflösung des Anhaltschen Corps sei keine Rede mehr, berichteten Ende Juni die hannöverschen Gesandten aus Dresden und Breslau [5]). Auf das Drängen des österreichischen Gesandten, und nachdem das Bündnis Frankreichs und Preußens bekannt geworden war, glaubte man doch wieder englischerseits einige kriegerische Maßregeln vornehmen zu müssen, um so mehr, da von den durch das Parlament der Königin von Ungarn bewilligten Subsidien König Georg einen ansehnlichen Teil sich anzueignen beabsichtigte. Georg ließ es dem preußischen Hofe anzeigen, er beabsichtigte einen Teil seiner Truppen zusammenzuziehen, auch die in englischem Solde stehenden Dänen heranzubeordern, ohne damit jedoch irgendetwas Feindseliges gegen Preußen zu beabsichtigen. Auch nach Dresden wurde Anfang ein höherer Offizier, Ilten, gesandt, um zu gemeinsamem Handeln einzuladen. Der Prinz von Oranien, König Georgs Schwiegersohn, schrieb damals an einen holländischen General,

---

1) Angeführt bei Schöning, Die ersten Jahre Friedrich des Gr., S. 83. Die Zeitbestimmung aus Geuder a. a. O., S. 109.

2) Angeführt bei Schöning a. a. O., S. 84.

3) Polit. Korresp. I, 255.

4) Archive zu Hannover und Dresden.

5) Von dem Busche, den 25. Juni; Schwichelt, den 28sten; St.-A. zu Hannover.

es würden sich 18,000 Hannoveraner, 6000 Dänen, 6000 Hessen und vielleicht 15,000 Sachsen vereinigen, um dem Fürsten von Anhalt eine Visite abzustatten [1]).

Der alte Fürst wartete nicht besondere Verhaltungsbefehle ab, um sich in Positur zu setzen; aber nach seiner einmal gefaßten Meinung sah er in Sachsen wiederum den Hauptschuldigen und machte nach dieser Seite hin Demonstrationen. In Dresden wollte man wissen, es sei bereits ein Lager bei Treuenbrietzen dicht an der sächsischen Grenze, unweit Wittenbergs, abgesteckt. Anhalt habe geäußert: „Nun, die Sachsen wollen auch böse thun? Es schadet nichts — wenn es nur erst losginge.“ [2])

Aber bald erhielten seine Dispositionen eine andere Richtung. Eine vom König unter dem 6. Juli abgesendete Stafette zeigt ihm die hannöversche Truppenzusammenziehung an, und, obwohl der König zur Zeit noch nicht glauben wollte, daß dies in der Absicht, gegen seine Lande etwas zu tentieren, geschehe, so möge doch der Fürst aufmerken und einige „vernünftige Offiziers“ zur Erkundigung der Sache ausschicken, auch in Hamburg über die etwaigen Mouvements der Dänen nachfragen lassen [3]).

Einige Tage später lauten die Weisungen schon positiver, der König habe unzweifelhafte Nachricht, daß die Hannoveraner mit den dänischen und hessischen Soldtruppen, sowie mit 6000 Sachsen sich vereinigen wollten. Sollte es zum Ernste kommen, so sollte das Braunschweigische Regiment von Stettin nach Berlin gehen und das Dohnasche ablösen, das zum Fürsten stoßen werde, desgleichen das Henrichsche aus Magdeburg, denn nach dieser Gegend möchte wohl der Marsch des Fürsten gehen [4]). Eine Woche später instruiert er sogar den Fürsten, obwohl er noch immer eine kriegerische Operation der Hannoveraner für nicht recht wahrscheinlich hielte, doch für alle Fälle in der Stille Vorkehrungen zu treffen, daß der Tresor in Berlin auf die erste Ordre des Königs nach dem Stettiner Schlosse transportiert werden könnte [5]).

Als um dieselbe Zeit Hyndford Podewils interpelliert wegen eines in Breslau verbreiteten Gerüchtes, es sei am 11. Juli ein Offizier eilig durchgekommen, der den Befehl an den Fürsten von Anhalt zu überbringen hätte, in Hannover einzurücken [6]), diktiert der König ärgerlich auf den Rand des von seinem Minister eingesendeten Berichtes folgende Entscheidung:

„Ihr sollt ihm sagen, ich wäre sehr surpreniert, wie Mylord Hyndford, den ich allemal vor einen vernünftigen Mann estimiert hätte, sich über dergleichen Bruits inquietierte, und könnte ich nicht begreifen, wie es möglich ist, daß er dergleichen ganz abgeschmackten Zeitung einigen Glauben beimesse. Wenn ich dergleichen intendierte, so würde es der Fischmarkt zu Breslau gewiß nicht zuerst erfahren, und wäre solche Entreprise schon eher geschehen. Ich müßte aber daraus das urteilen, daß man mit Zusammenziehung der hannöverischen Truppen etwas intendiere, so dergleichen Zeitung ähnlich, und

---

1) Angeführt bei Droysen, Preuß. Polit. V, 1. S. 295, Anm. 2.
2) Berichte Iltens im hannöverschen Archiv.
3) Polit. Korresp. I, 172.
4) Den 9. Juli; ebd. S. 274.
5) Den 15. Juli; ebd. S. 280.
6) Unter dem 12. Juli berichtet Hyndford darüber nachhause; Londoner Record office.

nun besorgete, es wäre decouvrieret worden, mithin befürchtete, ich würde ein rechtmäßiges Prävenire spielen. Man sucht keinen hinter der Thüre, man habe denn dahinter gestecket. Man handle aber nur redlich, als ich es zu thun intentionieret bin, so wird keiner was zu besorgen haben. Dieu et mon droit. Dieses sollet ihr ihm sagen." [1])

Der Fürst hatte auf des Königs Wunsch einen Operationsplan für einen eventuellen Feldzug gegen Hannover entworfen, auch den König dringend zu einer Besichtigung des Lagers eingeladen. Friedrich bedauert unter dem 23. Juli, zu dem letzteren für jetzt keine Zeit finden zu können, und erachtet bezüglich des ersteren, „daß die Sachen eine andere Face bekommen hätten und der hannöversche Hof noch wohl Bedenken haben dürfte, gegen mich öffentlich etwas Feindseliges zu tentieren" [2]).

Der König urteilte richtig. Generalmajor Ilten hatte am 1. August ganz unverrichteter Sache aus Dresden abreisen müssen; wohl hatte man zwischen ihm und sächsischen Offizieren einen Kriegsplan verabredet, bei welchem Quedlinburg als Vereinigungspunkt der beiderseitigen Heere in Aussicht genommen war, doch täuschte er sich selbst nicht darüber, daß derselbe schwerlich je zur Ausführung kommen werde [3]).

Das Heer des Fürsten von Anhalt blieb aber als Warnung vornehmlich für Hannover stehen, und es mag an jene stolze Äußerung erinnert werden, mit welcher König Friedrich am 7. August den dreisten Robinson abfertigte, als dieser von einem möglichen feindlichen Auftreten Englands sprach: „Herr, keine Drohung, der König von England ist mein Freund; wäre er es aber nicht, so würde der Fürst von Anhalt für das Weitere sorgen."

Aus dem Briefwechsel des Königs mit dem alten Fürsten geht deutlich hervor, daß der letztere es ganz besonders auf die Sachsen abgesehen hatte und am liebsten gerade denen zuleibe gegangen wäre, und daß der König derartige Ideeen zu bekämpfen für nötig findet. Schon in dem Briefe vom 23. Juli hebt der König dem Fürsten gegenüber hervor, in wie obligeanter Weise die sächsischen Behörden einige Husaren, die man in Torgau gefangen genommen, zurückgeschickt hätten, und beauftragt denselben, zu versichern, daß der König in allen Fällen gleiche Attention für gedachten Hof haben werde [4]). Unter dem 6. August schreibt er dann, was die von den Fürsten in Erfahrung gebrachte beschleunigte Anfertigung von Stiefeln für die sächsische Armee anlange, so glaube er nicht, daß die Sachsen dadurch mehr intendierten, „als ihre Kavallerie zustande zu bringen" [5]).

Bald darauf setzt er in einem weiteren Briefe im größten Geheimnisse auseinander, daß man Aussicht habe, Sachsen werde sich doch auf Seiten der Gegner Österreichs rangieren [6]), und versichert einige Tage später dem Fürsten positiv: „Mit den Sachsen werden und können Sie nichts zu thun kriegen, es könnte aber wohl kommen, daß die Franzosen auf die Hannoveraner an-

---

1) Den 12. Juli; Polit. Korresp. I, 268.
2) Ebd. S. 283.
3) Berichte Iltens im hannöverschen Archiv.
4) Polit. Korresp. I, 284.
5) Ebd. S. 296.
6) Den 24. August; ebd. S. 308.

rückten, und daß Ihre Durchlaucht von unserseits alsdann nach Hannover zu marschieren müßten, alsdann sie sich wohl darwärts meistenteils zu schicken haben, und würde wohl solchenfalls das hannöversche Tresor zu occupieren vor die Franzosen das größte Objekt sein.“ [1])

Dieser eigenhändig geschriebene Brief war im ganzen in so herzlich-freundlichem Tone abgefaßt, daß der alte Fürst, gerührt, sich zu etwas entschloß, was er selten und ungern that. Er ergriff nämlich selbst die Feder und schrieb eigenhändig acht ganze Seiten nieder, mit deren Entzifferung des Königs Kabinettsrat Eichel, der einzige, der den absonderlichen Schriftzeichen des alten Herrn gewachsen war, mehr Not hatte, als je mit einer chiffrierten Depesche [2]).

Der Fürst schlug vor, der König möge, nachdem er Neipperg hinreichend gedemütigt habe, jetzt die Operationen gegen Sachsen oder Hannover selbst in die Hände nehmen; etwas, worauf einzugehen allerdings dem König in dem damaligen Augenblicke sehr fern gelegen haben würde.

Übrigens fuhr der alte Feldherr, der so leicht nicht von einer einmal gefaßten Idee abzubringen war, fort, ganz besonders die Sachsen scharf auf dem Korne zu behalten und sandte gegen Ende August einen seiner Offiziere, den Rittmeister v. Borck, an den preußischen Gesandten in Dresden, v. Ammon, um über die politische Haltung Sachsens Erkundigungen einzuziehen. Ammon, in sichtlicher Verlegenheit durch eine so wenig diplomatische mündliche Anfrage in so heikler Angelegenheit, schrieb dem Fürsten einige wohlabgewogene Worte, vermied es aber, mit dem Rittmeister irgendwie über die Sache zu sprechen. Als der König nachmals von der Sache erfuhr, entschied er ganz kurz: „Hat recht gethan, soll sich aber nicht weiter damit melieren.“ [3])

Mitte August hatte der Fürst einen Wechsel seiner Quartiere für notwendig erklärt, da verschiedene Krankheiten, vornehmlich hitziges und Fleck-Fieber, immer mehr um sich griffen und so zunahmen, daß in einem Monate 2648 Kranke gezählt wurden, von denen 209 in jenem Monate starben; über seine Ärzte, die Regiments-Feldscheerer, hat der Fürst sehr zu klagen, bis auf 2 taugten sie insgesamt nichts [4]). Er hatte erklärt, sich in die Gegend von „Gröningen“ ziehen zu wollen, und da der König sehr erklärlicherweise dabei an die Stadt Gröningen (an der Bode im Fürstentum Halberstadt) dachte [5]), so trug er Bedenken, dazu seine Zustimmung zu geben, da die Bewegung der Armee sonst bei den Nachbarn neuen Alarm erregen und Gelegenheit geben würde, „sich allerhand intendierende Absichten dadurch in die Köpfe zu setzen. Daß selbige vor Ew. Liebden und Dero unterhabenden Armee in allerhand fürchterlichen Gedanken stehen, ist mir bekannt; meine Wohlfahrt und mein Interesse erfordert, auch dieselben de bonne manière darunter zu unterhalten,

[1]) Den 28. August; Polit. Korresp. I, 312.

[2]) Schöning a. a. O., S. 86.

[3]) Bericht Ammons vom 2. September und Marginale des Königs dazu; St.-A. zu Berlin.

[4]) Angeführt bei Schöning, Die ersten fünf Jahre der Regierung Friedrich d. Gr., S. 83.

[5]) Ich bekenne, von demselben Mißverständnisse ausgegangen zu sein in dem früheren Abdrucke dieses Abschnittes: Neues Archiv für sächs. Gesch., 1. Hft.

nur allein ist es noch nicht an der Zeit, dieses Wespennest zu regen", er wünsche deshalb, daß der Fürst sein Lager in der Nähe von Brandenburg, wenn auch auf einer anderen Seite dieser Stadt, behalte. Wenn das Haus Hannover in seiner bisherigen Jalousie und Duplicität fortfahre, so könne es leicht geschehen, daß der Fürst noch in diesem Jahre zur Operation käme. Bis dahin käme es darauf an, Hannover und Sachsen zwar keine befugte Ursache zur Ombrage zu geben, solche aber dennoch durch die dortige Armee in Respekt zu erhalten [1]).

Offenbar hatte der Fürst nicht die Stadt Gröningen, sondern das Dorf Grüningen, südwestlich von Brandenburg, im Kreise Jerichow, unweit des Städtchens Ziesar, gemeint, und da sich so die Bedenken des Königs erledigten, bezog der Fürst Mitte September [2]) 1741 das neue Lager, in welchem dann wiederum sehr fleißig exerziert wurde; den größeren Übungen sah zuweilen auch des Fürsten Gemahlin zu, die, mit Kindern und Enkeln dem Gemahl nachgereist, in dem Dorfe Gröben Quartier genommen hatte. Der große Kriegsmeister formierte auch hier den Stamm von 4 neuen Husarenregimentern, und die bei ihnen beliebten Farbenunterschiede zwischen schwarzen, weißen, blauen und grünen Husaren sind von dieser Zeit an in der preußischen Armee zur durchgehenden Norm geworden.

Da der Fürst aber mit seinem neuen Lager der sächsischen Grenze doch wieder näher gekommen war, so erregte er neuen Schrecken in Dresden, und wenn er gleich von dieser Veränderung des Lagers der preußischen Gesandtschaft am sächsischen Hofe Mitteilung machte, und diese wiederum alles that, „um keine Ombrage zu geben" [3]), so half das doch um so weniger, als indessen Äußerungen des Fürsten über die Eventualität eines Einrückens in Sachsen kolportiert wurden, an welche er die drastische Bemerkung geknüpft haben sollte, wenn es zum Einmarschieren in Sachsen käme, werde er dort einen solchen Gestank machen, daß man es noch nach seinem Tode riechen solle [4]).

Gewiß ist, daß man in Dresden gerade damals ein lebhaftes Interesse daran hatte, sich als schwerbedroht ansehen zu lassen. Seit ein französisches Corps unter Maillebois am Niederrhein vorrückte, wuchs die Angst in Hannover von Tage zu Tage, und in der ersten Hälfte des September stellte sich Graf Münchhausen, der Bruder des leitenden hannöverschen Ministers, in Dresden ein, um die traktatmäßige Hilfe zu verlangen, worauf man ihm hier den Einwand der eigenen bedrohten Lage machte und auf jene gefährlichen Äußerungen des alten Dessauers hinwies. Wohl erklärte darauf Münchhausen, es sei doch kaum glaublich, daß man um einiger drohenden Worte Anhalts willen seinen Bundespflichten untreu werden wolle; wenigstens werde dann niemand mehr Lust haben, ein Bündnis zu schließen [5]). Doch Graf

---

[1]) Den 24. August; Polit. Korresp. I, 307.

[2]) „Das bei Brandenburg stehende Lager ist anitzo in voller Bewegung von dannen aufzubrechen und 2 Meilen näher an Magdeburg zu rücken"; Seuber a. a. O., S. 181, zum 19. September.

[3]) Bericht Ammons vom 16. September; Berliner St.-A.

[4]) Der sächsische Geheimrat Hennicke berichtet das an Münchhausen, den 10. September; St.-A. zu Hannover.

[5]) Bericht Münchhausens vom 13. September; ebd.

Brühl hatte ein noch schwerer wiegendes Argument im Rückhalte, er versicherte, Belleisle habe in Frankfurt dem sächsischen Gesandten erklärt, wenn Sachsen einen Mann Hannover zuhilfe sende, werde der Fürst von Anhalt sofort in Sachsen einrücken. Das sah ernst aus; natürlich beeilte man sich, in Breslau interpellieren zu lassen; Podewils meinte vorsichtig, er zweifle, daß der König dem Marschall sollte geschrieben haben, was er in einem künftigen möglichen Falle zu thun gedenke [1]).

Auf das Heer des Fürsten von Anhalt spekulierten damals beide Teile. König Georg hatte auf Grund des ewigen Bündnisses von 1693 preußische Hilfe reklamiert und vorgeschlagen, das Corps des Fürsten möge nach Westfalen vorrücken, wo sich die Hannoveraner und Hessen anschließen würden. Der König ließ antworten, es ginge dies nicht an: 1) weil jenes Corps den König gegen Sachsen decken müßte; 2) weil das Geld, das dessen Unterhaltung kostete, im Lande verzehrt werden müßte; 3) weil er sonst das gerechte Ressentiment der Franzosen auf sich ziehen würde [2]).

Umgekehrt hatte man französischerseits die Erwartung ausgesprochen, Friedrich werde, um die Erblande König Georgs von zwei Seiten zu bedrohen, jenes Corps gegen die hannöverschen Grenzen vorschieben. Auch dieses hatte der König abgelehnt, er müsse fürchten, sich dadurch die Russen auf den Hals zu ziehen [3]).

Indessen mußte doch die Thatsache, daß er mit einer der beiden Parteien, und zwar eben mit Frankreich, einen Bundesvertrag geschlossen hatte, sich geltend machen, und die Forderung der Franzosen, einen sächsischen Zuzug nach Hannover zu verhindern, konnte er in der That nicht wohl abweisen.

Auf der anderen Seite aber ist es höchst zweifelhaft, ob, auch wenn das Corps des Fürsten von Anhalt damals gar nicht existiert hätte, Graf Brühl die mindeste Neigung verspürt haben würde, den Hannoveranern Hilfe zu senden; zu tief war er doch bereits in Verhandlungen mit Frankreich engagiert und hatte schon in der ersten Hälfte des September sich dieser Macht gegenüber verpflichtet, der hannöverschen Requisition keine Folge zu geben [4]), auch hatte er doch wohl bereits so viel von den Bemühungen Hannovers um Erlangung einer Neutralität erfahren, daß er nicht mehr recht daran glaubte, daß es dort zu einem feindlichen Zusammenstoß kommen werde. Als ihm der hannöversche Gesandte einst davon sprach, daß nächstens die dänischen Soldtruppen zu den Hannoveranern stoßen würden, verstieg sich Brühl zu der Äußerung: „An dem Nagel da oben will ich mich aufhängen, wenn die wirklich marschieren.“ [5])

Er hatte übrigens so unrecht nicht; gerade um die Zeit, wo jene Unterhaltung stattfand, brachte der französische Gesandte in Hannover dem dortigen Hofe die ersehnte Kunde der bewilligten Neutralität, zur großen und nicht gerade freudigen Überraschung für König Friedrich, dem Frankreich

---

1) Bülow an Graf Brühl, den 13. September; Dresdner St.-A.
2) An Podewils, den 29. August; Polit. Korresp. I, 316.
3) Den 21. September; ebd. S. 346.
4) Der Geheimrat Hennicke hat das in des hannöverschen Gesandten Münchhausen Gegenwart erzählt. Bericht vom 14. September, St.-A. zu Hannover.
5) Bericht des von dem Busche vom 29. September, ebd.

früher diese Angelegenheit hatte überlassen wollen, und der aus der Verlegenheit der Hannoveraner seinen Vorteil ziehen zu können gehofft hatte.

Der König war entschlossen, diesen Streich seinen Bundesgenossen nicht ungestraft hingehen zu lassen, und um sie, wie er schreibt, „von einer anderen Seite zu treffen", beschloß er, das Heer des Fürsten von Anhalt aufzulösen [1]).

Am 2. Oktober zeigt er diesen Entschluß dem König von England an mit dem Bemerken, daß das Motiv dafür sein Wunsch gewesen sei, diesem jeden Grund zur Beunruhigung zu nehmen, und gleichzeitig schickte er den betreffenden Befehl an den alten Fürsten. Die Regimenter sollten ihre Quartiere beziehen, der Fürst solle zu ihm nach Schlesien kommen [2]).

Am 10. Oktober ward das Lager aufgelöst, die Truppen gingen zuerst in enge Kantonnements und dann in die Winterquartiere, bezüglich deren der König einen Dispositionsplan seinem Briefe vom 2. Oktober beigelegt hatte. Die Quartiere erstreckten sich ostwärts bis Küstrin.

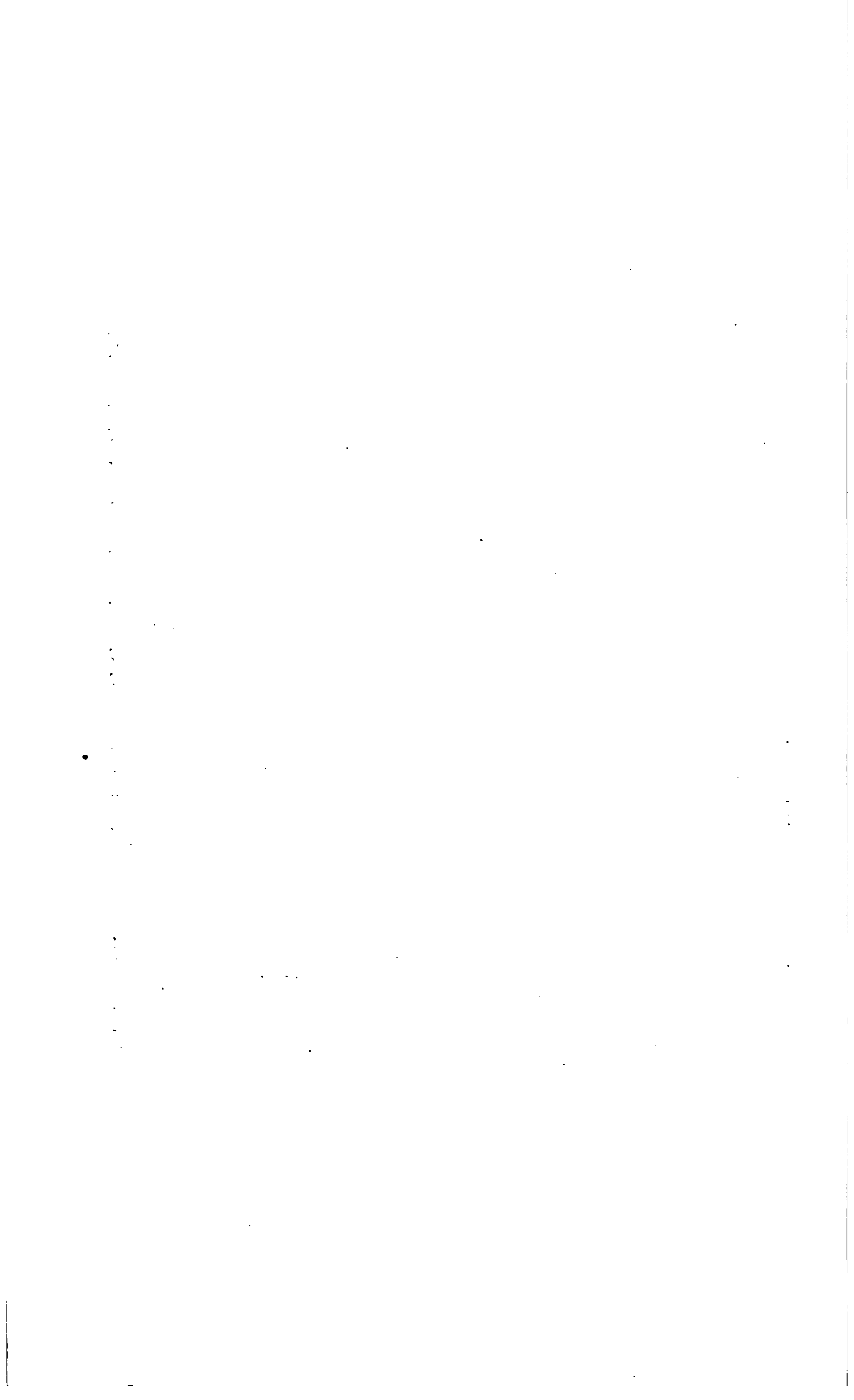
Unzweifelhaft war der König in der Lage, seine Maßregel auch den Bundesgenossen gegenüber zu rechtfertigen. Nachdem Sachsen so gut wie gewonnen war und nunmehr Frankreich selbst den Hannoveranern Neutralität gewährt hatte, konnte der König wohl glauben, seine Truppen anderswo zweckmäßiger verwenden zu können, nichts desto weniger empfanden die Franzosen die Anordnung recht wohl als einen gegen sie geführten Streich; das Heer des Fürsten war ihnen als dauernde Drohung und Einschüchterung für Hannover doch sehr willkommen gewesen, und Belleisle hat nachmals schwer über seine Auflösung geklagt.

Die Regimenter, welche das Anhaltsche Corps bildeten, sind 1742 mit zu der Hauptarmee gezogen worden und haben zum Teil bei Chotusitz mitgefochten, und auch der Fürst ist in dem mährisch-böhmischen Feldzuge von 1742 noch weiter verwendet worden; zu einer selbständigen Aktion ist er nicht gekommen und nicht einmal hartem Tadel entgangen. Erst im Jahre 1745 hat er Gelegenheit gefunden, in selbständiger Führung eines Heeres seinen Feldherrnruhm zu bewähren.

---

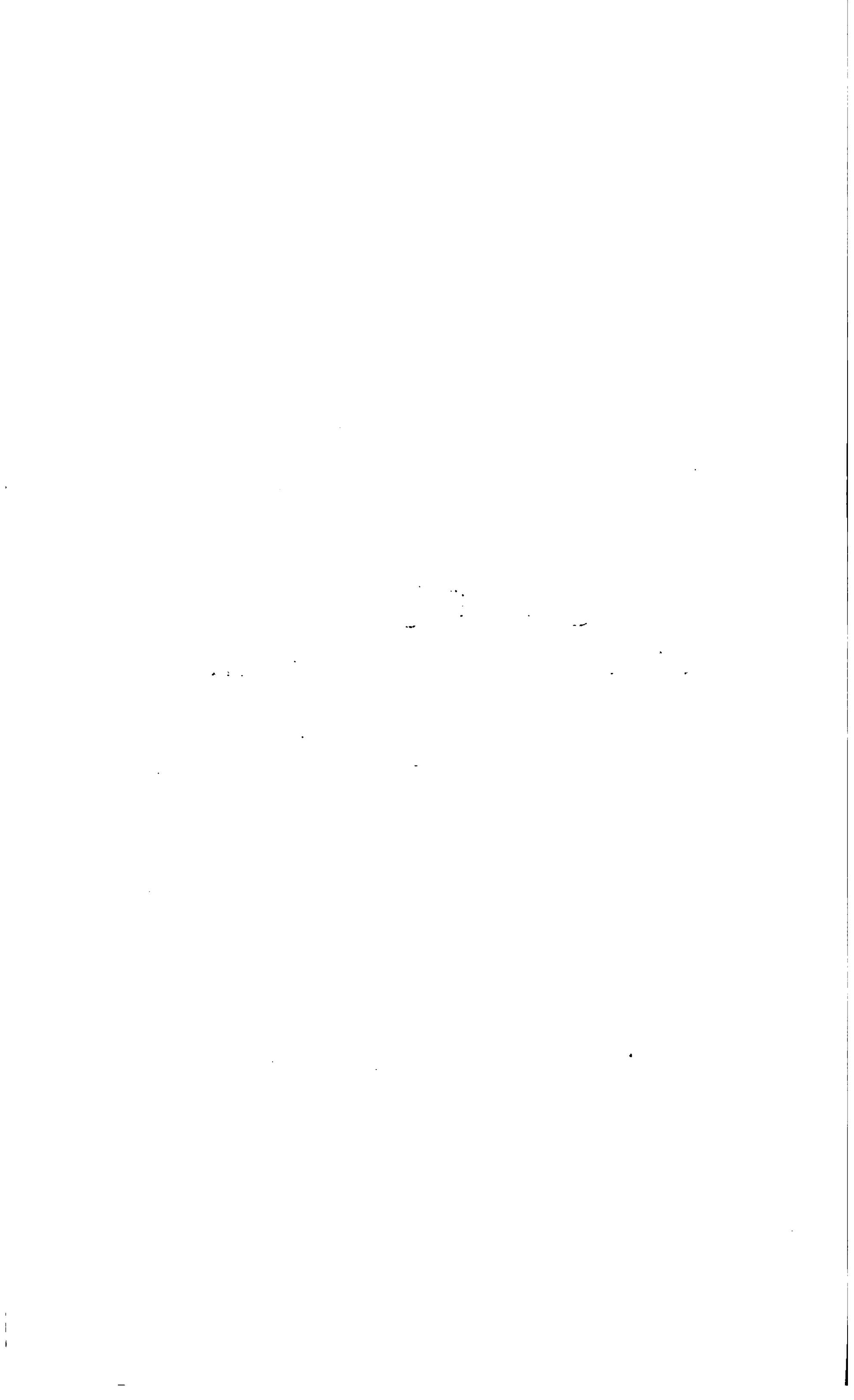
[1]) Marginal auf einen Bericht Podewils, vom 1. Oktober; Polit. Korresp. I, 365.

[2]) Da dieser Brief, der die Episode des so viel besprochenen Anhaltschen Corps zum Abschluß bringt (wie schon Droysen, Preuß. Polit. V, 1. S. 339, Anm. 2 hervorhebt), in der Reihe der von Orlich mitgeteilten Schreiben Friedrichs an den Fürsten fehlt, so lasse ich den vollständigen Text desselben, nach einer Abschrift, die ich der Güte des Herrn Geheimen Archivrat Siebigk zu Zerbst verdanke, in den Beilagen folgen, um so lieber, da das Schreiben auch nach anderer Seite hin seine Bedeutung hat.



Viertes Buch.

Diplomatische Verhandlungen.



Erstes Kapitel.

Englands Bemühungen für einen Bund gegen Preußen bei Holland und Rußland.

Es schien rätlich, die kriegerischen Ereignisse zusammenhängend darzustellen, wenigstens in dem ersten großen Abschnitte des Krieges, und nur kurz anzudeuten, wo die politischen Konstellationen auf sie eingewirkt haben; aber es wird nun unerläßlich, auch den diplomatischen Verhandlungen ihr Recht zu geben und auf diese näher einzugehen. Haben doch auch diese wesentlich bestimmend eingewirkt auf die ganze Gestaltung des Krieges und das so unendlich wichtige Resultat ergeben, daß König Friedrich nur eben Österreich zu bekämpfen hatte, während sein Gegner noch von anderen Feinden angefallen wurde. Und es hat dann wieder auch ein besonderes Interesse den schon früh beginnenden Friedensvermittelungen nachzugehen und in Angebot und Antwort die Gesinnungen der streitenden Höfe sich abspiegeln und allmählich wandeln zu sehn entsprechend dem Laufe der Kriegsereignisse und der allgemeinen politischen Konstellation.

Wenn König Friedrich die europäische Konstellation, unter der er sein Unternehmen begann, wesentlich unter dem Gesichtspunkte des großen Gegensatzes zwischen England und Frankreich aufgefaßt hatte und in diesem Gegensatze eine Bürgschaft des Gelingens für seine Pläne erblickt hatte, so hat die wirkliche Entwickelung der Dinge seine Auffassung in vollstem Maße bestätigt. In der That sind England und Frankreich als zwei Mitwirkende in dem großen Drama des ersten schlesischen Krieges anzusehn, die einen nicht geringen Anteil an dessen Ausbruche, an seiner Gestaltung und seinem schließlichen Ausgange haben, und zwar hat jene Macht, welche thatsächlich nicht mitgekämpft hat, kaum einen geringern Anteil als diese, die ja selbst mit zu den Waffen gegriffen hat.

Als beim Beginne des Jahres 1741 die Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich sich ganz zerschlugen, und an die Entscheidung der Waffen appelliert wurde, da ward von beiden Parteien die Haltung der zwei Großmächte England und Frankreich sehr ernstlich in Betracht gezogen, und jede von beiden legte dieselbe zu ihren Gunsten aus.

In Wien hat der Staatsmann, der zu der schroffen Ablehnung der preußischen Anerbietungen vornehmlich geraten hatte, Bartenstein, an der Über-

zeugung festgehalten, daß der Kardinal Fleury sich zu einer Feindseligkeit gegen Österreich nicht entschließen würde, während anderseits von den Seemächten im Vereine mit Rußland eine Verteidigung der pragmatischen Sanktion auch gegen Preußen mit Sicherheit erwartet wurde. Der König von Preußen dagegen meinte die französische Allianz gegen Österreich jeden Augenblick haben zu können, bemühte sich aber zunächst um England in der Hoffnung, daß dieses, um ihn eben nicht in die Armee Frankreichs zu treiben, Österreich zum Nachgeben drängen und jedenfalls wenigstens ihm nicht feindlich entgegentreten werde.

In der That ist es auch wohl glaublich, was in den Memoiren Sir Robert Walpoles uns berichtet wird[1], daß nämlich dieser und das Ministerium überhaupt, so unerwünscht ihm der schlesische Zwischenfall überhaupt kam, doch aufrichtig wünschten, Maria Theresia möchte durch eine Abtretung in Schlesien sich den Beistand des kriegsgerüsteten jungen Königs erkaufen.

Es kann nun nicht in Abrede gestellt werden, daß dieses Programm auf mannigfache Schwierigkeiten stieß. Zunächst begegnete es der Weigerung Österreichs, welches jede Art von Abtretung in den Erblanden schon als einen Bruch der pragmatischen Sanktion ansah, zu deren Aufrechterhaltung doch auch England verpflichtet sei. Der Versuch, diesen Widerstand durch eine energische Passion zu brechen, konnte dann wieder sein Bedenken darin finden, daß, wie man wußte, die Seele dieser Non-possumus-Politik der einflußreiche Minister Bartenstein war, dem man allgemein ein großes Vertrauen, um nicht zu sagen eine Hinneigung zu Frankreich, zuschrieb. Wenn bei dieser Gesinnung der religiöse Eifer des Konvertiten eine wesentliche Rolle spielte, so war es doch zweifelhaft, ob nicht gerade dieser Impuls einer Berufung auf die Solidarität der katholischen Interessen auch auf die junge Königin wirken und sie bestimmen konnte, durch Abtretungen auf einer Seite, die England am allerwenigsten erwünscht war, die Freundschaft Frankreichs zu erkaufen.

Konnte ein nüchtern und praktisch erwägender Staatsmann über die Besorgnis vor solchen Eventualitäten sich leichter hinweg helfen mit einer Erwägung der großen Schwierigkeiten, die doch eine plötzliche Ausgleichung des so festgewurzelten traditionellen Gegensatzes der Häuser Bourbon und Habsburg haben mußte, so erwuchsen dagegen andre Hemmnisse von sehr unmittelbarer und gegenwärtiger Wirksamkeit dem Ministerium.

Wie wir wissen, hatte nach dem Tode des Kaisers aber noch vor dem Lautbarwerden der preußischen Absicht auf Schlesien das Parlament sich in gewisser Weise für die Aufrechterhaltung der Verträge, also auch der pragmatischen Sanktion engagiert, und der Gedanke, Österreich als kontinentales Gegengewicht gegen Frankreich zu stützen, war ein so unbedingt populärer, daß auch die starke Opposition, welche das Ministerium Walpole gegen sich hatte, wie ungern sie auch demselben aufs neue die Kräfte der Nation zur Verfügung gestellt sah, doch hier nicht anzukämpfen gewagt hatte. Aber die Früchte dieses Sieges wurden dem Ministerium eben durch die schlesische Unternehmung Preußens arg verbittert, und es war nicht zu verwundern, daß die Opposition den Schwierigkeiten, welche das strikte Eintreten für die pragmatische Sanktion

[1] Coxe, Memoirs of R. W. IV, 153.

unter den durch Preußen so modifizierten Umständen haben mußte, gebührende Rechnung zu tragen sich wenig geneigt zeigte.

Man könnte nicht sagen, daß die parlamentarische Opposition im Grunde preußenfeindlich gewesen sei. Als sie nachmals im Februar 1741 einen großen Sturmlauf gegen das Ministerium versuchte, war sie schnell mit der Frage bei der Hand, weshalb das Ministerium, bevor es einst die pragmatische Sanktion garantiert, es unterlassen habe, eine Klausel zugunsten der jetzt so unbequem hervortretenden preußischen Ansprüche zu stipulieren. Im übrigen aber beurteilte sie die Situation, wie dies bei einer parlamentarischen Opposition in Sachen der auswärtigen Politik so leicht geschieht, mit jener naiven Freiheit, welche die mangelnde eigene Verantwortlichkeit und die Unbekanntschaft mit dem inneren Zusammenhange der obschwebenden Fragen und ihrer besonderen Schwierigkeiten zuläßt. So mutete man, wie wir bereits erzählten, auf der einen Seite Preußen ein bedingungsloses Eintreten für die pragmatische Sanktion zu; einem hochherzigen Vergessen aller kleinlichen Streitpunkte in solchem großen Momente, meinte Lord Carteret, werde der Lohn nicht fehlen [1]), auf der anderen Seite tröstete man den österreichischen Gesandten über die Bedrängnisse seines Hofes, sprach von dem einmütigen Willen der englischen Nation, dem alten Verbündeten beizustehen, welchen Willen allerdings das energielose Ministerium Walpole nicht zum Ausdrucke zu bringen vermöge [2]).

Es war kaum in Abrede zu stellen, daß im großen und ganzen der Zug der öffentlichen Meinung in England nach dieser Seite ging, eine Aufrechterhaltung Österreichs gegen die von Frankreich heimlich unterstützten Prätensionen Bayerns verlangte. Und damit mußte sich das Ministerium in Widerspruch setzen, wenn es der österreichischen Hartnäckigkeit gegenüber seine Unterstützung von einer Befriedigung der preußischen Ansprüche abhängig machen wollte.

Allerdings hätte ein energischer Mann am englischen Staatsruder in Erwägung, daß ein offener Konflikt mit Preußen, der diese Macht in das Lager Frankreichs treiben mußte, gleichfalls von keiner Partei in England gewünscht wurde, an seinem Programme, vorerst den schlesischen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen, ruhig festgehalten, selbst um den Preis einer anfänglichen Unpopularität der dazu erforderlichen Maßregeln; indessen für einen Minister wie Sir Robert Walpole, der um jeden Preis sein so lange geführtes Portefeuille noch weiter behaupten wollte und vor jedem Schritte, mit welchem er dasselbe aufs Spiel setzte, zurückbebte, der eben deshalb stets gewöhnt war, der augenblicklichen Strömung sich vorsichtig anzuschmiegen, und der damals ohnehin sein Kabinett bereits wanken sah, war solche Politik schwieriger; wenigstens wird es uns sehr erklärlich, daß er nachgab, als nun auch der Träger der Krone in einem jenem Programme entschieden feindlichen Sinne seine Entscheidung traf.

Es ist bekannt, daß König Georg II. seinen Schwager Friedrich Wilhelm von Preußen aufrichtig gehaßt hat, namentlich in den letzteren Jahrzehnten von dessen Regierung. Man könnte nun kaum behaupten, daß Georg diese Gesinnung ohne weiteres auf seinen Neffen hätte übertragen wollen. Ebenso wenig

---

1) Bericht Andriés vom 25. November 1740; Berliner St.-A.
2) Anführung bei Ranke, 12 B. Preuß. Gesch. III, 376.

allerdings durfte man von einer eigentlichen Zuneigung sprechen. Für ein derartiges Gefühl scheint es Georg an Organen gefehlt zu haben, es wird sich kaum nachweisen lassen, daß er irgendein Wesen wirklich lieb gehabt habe, seine Gemahlin, seine Kinder, seine Geschwister gewiß nicht, und seine Ratgeber, Diener, sowie die zahlreichen Damen seiner Gunst haben wohl immer nur Gelegenheit gefunden, jene cynische Menschenverachtung kennen zu lernen, welche man als einen der Grundzüge seines Charakters ansehen darf. Aber es hatte Georg seiner Zeit wirklich Freude gemacht, dem Kronprinzen von Preußen in dessen Sturm- und Drangperiode gewisse Dienste zu leisten; schon aus Haß gegen den Vater sah er den Konflikt desselben mit seinem Sohne gern, und trotz seines sonstigen Geizes war er hier bereitwillig des letzteren finanziellen Nöten zuhilfe gekommen. Und als dann der Kronprinz zur Regierung kam, hätte es sein Oheim recht gern gesehen, wenn derselbe sich in alter Dankbarkeit näher ihm angeschlossen, sich seiner Führung überlassen hätte. Die schnelle Sendung Münchhausens nach Berlin hatte wesentlich diesen Zweck gehabt. Es hätte doch ein nicht übles Relief für die von den Engländern sonst so geringschätzig angesehenen hannöverschen dynastischen Beziehungen abgegeben, hätte man hier so gleichsam in persönlicher Gefolgschaft des Königs den Herrscher von Preußen aufweisen können, der durch sein Kriegsheer immer doch eine gewisse Bedeutung beanspruchen konnte.

Die Gesandtschaft Münchhausens schlug nicht so sehr fehl, um nicht noch Hoffnung zu lassen, und König Georg that ein übriges, beugte den sonst so steifen Nacken etwas und streckte ziemlich weit vorgeneigt dem Neffen die Hand hin mit der wiederholten Einladung nach Herrenhausen. Aber der Neffe bekam das Fieber und reiste einige Meilen von Herrenhausen vorbei heim und verfügte gleichzeitig so eilig und eigenmächtig über die Hand seines Bruders zugunsten einer braunschweigischen Prinzessin, während demselben eine englische zugedacht war.

Der Rückschlag, die Enttäuschung mußte groß sein, das schwache Flämmchen von Interesse, welches Georg an seinem Neffen genommen, erlosch eiligst, und derselbe sank in seinen Augen in die große Masse nichtsnutziger Kreaturen zurück, von welchen er die Welt allerorten bevölkert ansah. Aber notgedrungen richteten sich wieder seine Blicke gespannt auf denselben, als er etwa Ende November 1740 sich der Wahrnehmung nicht verschließen konnte, der junge König von Preußen gehe damit um, auf irgendeine Weise sich Schlesiens zu bemeistern. Wenn derselbe es unternommen hätte, die englischen Kolonieen in lichten Aufruhr zu bringen oder an einem Punkte der vereinigten drei Königreiche eine Landung zu versuchen, König Georg würde es an heldenmütigen Anreden an das Parlament nicht haben fehlen lassen, vielleicht auch nicht an tapferen Thaten, da es ihm an persönlichem Mute nicht gebrach; im stillen aber hätte er schwerlich eine gewisse Schadenfreude unterdrücken können, die übermütigen Engländer einmal etwas im Gedränge zu sehen, und in so hohem Maße fatal wäre ihm die Sache kaum erschienen wie jetzt Friedrichs Unternehmen auf Schlesien. Denn alle die schönen Dinge, welche in seinen Thronreden wiederhallten, die Heiligkeit der Verträge, die Freiheit Europas, das Gleichgewicht der Mächte ließ ihn im Grunde sehr kühl, waren ihm nicht viel mehr als Hekuba dem Schauspieler Hamlets, eins aber war ihm ans Herz gewachsen, das Gleichgewicht in Deutschland, wenigstens zwischen den größeren

Mittelstaaten, den Kurfürsten. Ohnehin war es gefährdet durch das Emporwachsen Preußens, mit einer weiteren ansehnlichen Vergrößerung dieser Macht sank es ganz dahin, der Sieg des Rivalen in Norddeutschland war entschieden, das Kurhaus Hannover empfing einen Schlag, wie wenn ihm ein Stück seines Landes geraubt worden.

Es ist nicht unmöglich, daß daneben noch mitgespielt hat die in den hannöverschen Beratungen sehr oft ausgesprochene Besorgnis vor preußischen Plänen auf die welfischen Stammlande. Denn wie wenig auch Preußen dazu Veranlassung gegeben hat, so wird man doch einräumen müssen, daß das preußische Unternehmen gegen Schlesien, die Kühnheit des Entschlusses, die Schnelligkeit der Ausführung, die seltsame Mischung von freundlichem Zureden und zwingender Gewalt, alles so unerschrocken gegen eine Großmacht wie Österreich ausgeführt, schwächeren Nachbarn recht unheimlich erscheinen konnte.

Was aber immer dabei zusammengewirkt hat, gekränkter Stolz, welfische Eifersucht, Furcht, persönliche Antipathie, fest steht das Resultat, daß König Georg seinen Neffen aufs tiefste hassen lernte. Ein sehr glaubhafter und unverdächtiger Gewährsmann, der englische Minister Lord Harrington, bekennt das mit dürren Worten [1]), und die Herzensergießungen Georgs gegen den sächsischen Gesandten v. Utterodt liefern sprechende Belege dafür. Die Ausdrücke, in denen er gegen diesen von seinem Neffen spricht, sind zuweilen solcher Art, daß der Gesandte, wie sehr ihm auch die Gesinnung seines Hofes gegen Preußen bekannt ist, doch Anstand nimmt dieselben zu wiederholen [2]).

In einer Audienz am 16. Dezember 1740 erklärte Georg II. dem Botschafter [3]): „Der König von Preußen ist ein Fürst, der sich allein von seinem Ehrgeize und dem Wunsche sein Gebiet zu vergrößern leiten läßt, und welcher aller Vertragstreue spottet. Jetzt will er Schlesien occupieren, zum Vorwande beruft er sich auf Ansprüche, welche er vielleicht von den Zeiten Karls des Großen herleitet; auf diese Weise wird niemand seiner Besitzungen in Deutschland sicher sein. Ich versichere Ihnen und weiß es sicher, daß er Ihren Herrn nicht liebt, Sie können davon überzeugt sein. Er hat einen alten Groll gegen ihn, mich selbst liebt er ebenso wenig, obwohl ich sein Oheim bin und er mein Neffe, und ich würde mich nicht wundern, wenn ich nächsten Frühling 40,000 Preußen an meinen Grenzen sähe. Das ist ein Fürst ohne Treue und Glauben. Er läßt jetzt verbreiten, Sachsen ließe in Paris für Stanislaus Leszinski die polnische Krone anbieten, wenn es selbst Böhmen erhielte; er verhandelt überall, aber wer wird ihm trauen?" Wenn man ihn gewähren lasse, werde er bald 150,000 ja 200,000 Mann unter den Waffen haben und niemand mehr vor ihm sicher sein. Sachsen möge nur suchen Zeit zu gewinnen, bis man ein gutes „Konzert" zusammengebracht habe. Ob man denn nicht auf Rußland rechnen könne, wo doch schon eine so günstige Erklärung der verstorbenen Kaiserin vom Januar 1739 vorliege, 30,000 Russen würden diesen Herrn (ce seigneur) zu ganz anderen Ansichten bringen.

In diesem Tone geht es weiter; in einer folgenden Audienz am 23. Januar 1741 macht der König Sachsen direkte Hoffnung ein gutes Stück preußischen

1) Utterodts Bericht vom 17. März 1741; Dresdner St.-A.
2) Utterodt, den 23. Januar.
3) Dresdner Archiv.

Landes zu gewinnen; man muß, sagt er, diesem Fürsten die Flügel beschneiden, er ist uns beiden zu gefährlich [1]).

Und sehr früh schon war Georgs Entschluß gefaßt. Bereits unter dem 20. Dezember setzt er von London aus das hannöversche Ministerium in Kenntnis, daß, „nachdem sich nunmehr die preußischen Absichten völlig geäußert und bei so veränderter facie rerum eines Zusammengehens mit dem preußischen Hofe nicht weiter zu gedenken sei“, auch die beabsichtigte Sendung eines Gesandten von Hannover unterbleiben solle [2]).

Als der König dies schrieb, war er der Nachgiebigkeit seiner englischen Minister wohl schon sicher, und alles, was seitdem von dieser Seite in Unterhandlungen mit Preußen geleistet wurde, war also nichts als Simulation, um dem gerüsteten Feinde gegenüber Zeit zu gewinnen für das große „Konzert“, welches König Georg ersehnte.

Wir deuteten schon an, auf welche Schwierigkeiten das ursprüngliche den preußischen Ansprüchen günstigere Programm des englischen Ministeriums gestoßen war, das nun bei solcher Gesinnung des Souverains doppelt schwer durchzuführen war, und gern bereit bei Beurteilung dieser Nachgiebigkeit uns ganz auf englischen Standpunkt zu stellen, möchten wir nicht von vornherein über eine für Preußen ungünstigere Wendung den Stab brechen.

Englands Hauptinteresse war, den schlesischen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen; wenn dies durch eine Pression auf Österreich nicht gelang, mochte man wohl daran denken, eine solche auf Preußen zu üben, und wenn die übrigen Garanten der pragmatischen Sanktion einmütig für dieselbe eintraten, warum sollte England nicht auf ihre Seite sich stellen in der Hoffnung, durch solche Koalition Preußen wenn nicht zum Aufgeben seiner schlesischen Ansprüche so doch zu einer derartigen Beschränkung zu drängen, daß eine Verständigung mit Österreich sicheren Erfolg haben konnte.

Eine solche Politik hätte einen Sinn gehabt, und wenn man ihr den Vorwurf eines Verrates an den protestantischen Interessen hätte machen wollen, würde man von England aus haben entgegnen können, jener Gegensatz zwischen Frankreich und Österreich, für dessen Konservierung jetzt eben wieder England eintreten wolle, sei der protestantischen Sache Jahrhunderte hindurch so förderlich gewesen, wie es kaum eine enge Allianz der Fürsten dieses Bekenntnisses vermocht hätte.

Aber die Sache nahm überhaupt einen wesentlich anderen Verlauf. Wenn ein energischer Charakter auf seinem Wege ein Hindernis findet, das er nicht niederzuwerfen vermag, so wird die neue Bahn, die er nun einschlägt, wenn auch vielleicht auf einem Umwege, immer doch die alte Richtung festhalten; schwächere Naturen aber läßt ein Mißerfolg leicht überhaupt ganz die Direktion verlieren. Indem die englischen Minister ihr ursprüngliches Programm, das der herrschenden Stimmung nicht ganz konform schien, dann vor der so energisch entgegenstehenden Meinung ihres Souveräns definitiv aufgaben, ließen sie sich gleichzeitig von dieser in einer Weise gefangen nehmen, bei der sie die eigene Überzeugung vollständig opferten, ja sogar die Interessen Englands zugunsten der Hannovers, welche König Georg allein im Sinne hatte.

---

1) Dresdner Archiv.
2) St.-A. zu Hannover.

In der That hat kaum jemals, um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen, Hannover so sehr auf den Schultern Englands geritten als eben damals. Wenn es vom englischen Standpunkte aus verständlich und nicht ohne Würde gewesen wäre, sich den preußischen Anerbietungen fest und bestimmt zu versagen unter Hinweis auf die für die pragmatische Sanktion eingegangenen Verpflichtungen, so ließ man sich jetzt durch die Beklemmungen, welche das drohende Anwachsen Preußens dem Kurfürsten von Hannover verursachte, zu einem heuchlerischen Spiele verleiten, das in seinen Konsequenzen zu Mißtrauen und Entfremdung zwischen den beiden Staaten führen mußte.

Und ferner, wie weit ab von den Interessen Englands lag der von welfischer Eifersucht gefaßte Plan einer Zerstückelung Preußens! Um Sachsen zu vergrößern und vielleicht den hannöverschen Erblanden ein Stück hinzuzufügen, ging man darauf aus, den einzigen wirklich kriegstüchtigen evangelischen Staat Deutschlands zu zertrümmern; das hieß dann in der That die Interessen des Protestantismus aufs schnödeste verraten. Und nicht gleichzeitig auch die Englands? Wir bezeichneten es wiederholt als das Interesse Englands in der damaligeu Krisis, den schlesischen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen, und als im Grunde erklärlich den Versuch, durch eine Koalition der pragmatischen Mächte, gleichsam eine bewaffnete Vermittelung, Preußen eine bedeutende Herabminderung seiner schlesischen Ansprüche resp. auch eine anderweitige Abfindung aufzuzwingen, welche auch Österreich acceptieren konnte. Solch ein Versuch aber wurde unausführbar, so wie man von einer Teilung Preußens sprach. Von dem Augenblicke an durfte man auch nicht die kleinste Konzession von Österreich mehr erwarten. Die pragmatischen Mächte waren ja dann nicht mehr die uneigennützigen Bundesgenossen, die zum Lohn ihrer Vertragstreue von der Erbin Karls VI. schon ein kleines Opfer zur Erhaltung des Friedens verlangen durften. Sie suchten ja das Ihre, ihren Anteil aus der preußischen Teilung, mochte doch der Krieg geführt werden, bis das Ziel erreicht, Preußen, der verhaßte Nebenbuhler, geschwächt, zerstückelt war; wahrlich, gerade Österreich hatte kein Interesse, einem solchen Kriege noch dazu mit irgendwelchem Opfer vorzubeugen.

Und anderseits, wie stellte man sich nun Preußen gegenüber? Eine große pragmatische Demonstration, eine bewaffnete Vermittelung konnte ja vielleicht ohne Blutvergießen einen Erfolg haben; so wie eine Zerstückelung Preußens in Frage kam, mußte es ein Krieg bis aufs Messer werden. Wunderliche Verschiebung der Verhältnisse! Um nicht im Kampfe gegen den Erbfeind Frankreich den präsumtiven Bundesgenossen Österreich schwächen zu lassen, sollte sich England in einen Vernichtungskrieg gegen Preußen stürzen, und mit den Streitkräften, welche die Seeherrschaft und das Monopol des amerikanischen Handels gegen Frankreich behaupten sollten, ein Stückchen Land für Hannover erobern. Es war in der That nicht anders: an die Stelle der durch die Umstände natürlich gegebenen Rivalität zwischen England und Frankreich stellte eine verkehrte Politik die Rivalität zwischen dem welfischen und hohenzollernschen Hause.

Es liegt nahe, hier zur Entschuldigung das anzuführen, was namentlich von englischer Seite wohl auch geltend gemacht worden ist, die Sache sei doch nie so recht ernst gemeint gewesen, und wenn auch vielleicht König Georg an eine wirkliche Zerstückelung Preußens gedacht und von derselben gesprochen habe,

das englische Ministerium habe niemals solchen Plan ernstlich gehegt, niemals mehr als eine auf die Einschüchterung Preußens abzielende Demonstration im Sinne gehabt.

Aber einer näheren Prüfung hält diese Beschönigung nicht stand. Im Verlaufe der Verhandlungen, die wir näher kennen zu lernen haben werden, durch welche man das Konzert gegen Preußen zustande zu bringen suchte, hat die englische Diplomatie wiederholt die Preußen abzugewinnenden „Conqueten" als Köder gebraucht, um ihre Alliierten zu locken, hat sich also ganz ernstlich und bewußt für die Erwerbung jener Eroberungen engagiert.

Hier berühren wir zugleich einen neuen Punkt, der auch vom englischen Standpunkte aus betrachtet die englische Politik noch ganz besonders belastet. Gleich die erste Sondierung mußte ja herausstellen, daß die pragmatischen Mächte, auf welche England etwa rechnen durfte, ganz abgesehen von ihrem guten Willen zu einem thatsächlichen raschen Vorgehen, ja auch nur zu einer Demonstration fürs erste in keiner Weise gerüstet waren, sondern daß hier Vorbereitungen von langer Hand erforderlich wurden. Damit aber schwanden auch die letzten Aussichten auf Erfolg.

Vermochte man das in Schlesien aufgeloderte Kriegsfeuer nicht gleich im Beginne zu ersticken, so mußten die Schwierigkeiten wachsen, und das englische Ministerium konnte mit Sicherheit voraussehen, daß, falls Frankreich aus seiner passiven Rolle heraus und auf die Seite der Gegner der pragmatischen Sanktion trat, die englische Nation gebieterisch Verwendung der disponibeln Kräfte gegen diesen Erb- und Hauptfeind verlangen würde.

Aber die englischen Minister fanden die anderen Garanten der pragmatischen Sanktion nicht nur vollkommen unvorbereitet zu einem schnellen Vorgehen gegen Preußen, sondern auch überhaupt einem solchen wenig geneigt, und man darf wohl behaupten, daß ohne die großen diplomatischen Anstrengungen, welche England gemacht hat, auch nicht einmal jener Anlauf zur Bildung einer pragmatischen Koalition zustande gekommen wäre, und daß die Verantwortung dafür und die daraus entsprungenen Folgen, die dadurch bei Österreich erweckten Hoffnungen, die infolge dessen von dieser Macht eingenommene Haltung und somit die eigentliche Entwickelung des Krieges eben wesentlich den englischen Ministern zur Last fallen.

Um dieses nun im einzelnen nachzuweisen, werden wir den Wegen der englischen Diplomatie zur Herstellung des großen Bundes gegen Preußen bei den hauptsächlich in Frage kommenden Höfen nachgehen und, bevor wir an den Hauptherd der Verschwörung zu Dresden herantreten, die bei den Generalstaaten und in Rußland erzielten Resultate darstellen müssen, insofern mit diesen dann an der Zentralstelle wirksam operiert wurde.

An beiden Orten, im Haag wie in Petersburg, wurde es nicht leicht, für die Intentionen König Georgs Anklang zu finden, obwohl wenigstens bei den Generalstaaten seit längerer Zeit der englische Einfluß der maßgebende gewesen war. In den ersten Tagen des Jahres 1741 setzten zwei niederländische Minister dem englischen Gesandten auseinander, man müsse doch davon ausgehen, daß ein wirklicher Bruch zwischen den Seemächten und Preußen etwas Absurdes und Unnatürliches sei, woran man höchstens im Falle der äußersten Not denken könne, während man auf der anderen Seite hoffen dürfe, durch eine möglichst enge Verbindung mit dem Könige von

Preußen dem allzu kühn vordringenden Geiste dieses Fürsten geeignete Schranken zu setzen. Von der Königin von Ungarn müßte man darauf gefaßt sein, daß, da ihre Minister den Seemächten immer noch ihre Indifferenz im letzten Kriege nachtrügen und religiöse Sympathieen sie nach der französischen Seite zögen, sie diese letztere Macht durch Abtretung der Niederlande, die ihr offenbar viel weniger am Herzen lägen, als Schlesien, zu gewinnen suchte. Dies müsse man zu verhindern und sie lieber zu Abtretungen in Schlesien an Preußen zu bestimmen trachten, für die sich ja irgendwelche beschönigende Form, etwa die einer Verpfändung oder einer Belehnung leicht finden lasse. Im Interesse der Niederlande liege solches Arrangement unzweifelhaft, wenn Preußen dafür auf die jülich-bergschen Ansprüche verzichte und so Sicherheit gewähre, daß nicht hier bei dem Tode des alten Pfalzgrafen weitere Zwistigkeiten entständen, und dasselbe außerdem seine alte Forderung bezüglich des Rheinzolles aufgebe. Dann werde es nicht schwer sein, aus der pfälzischen Erbschaft Sachsen, das ja hier auch alte Ansprüche habe, etwas zukommen lassen, und diesen Staat, der jetzt, wie die Sendung Poniatowskis nach Paris zeige, eine sehr verdächtige Politik treibe und auch die bisherige Intimität mit Rußland schon sehr habe erkalten lassen, vielleicht zu gewinnen [1]).

So sprach man hier und fand die Anerbietungen Preußens in Wien: volle Bundesgenossenschaft, Kurstimme für Lothringen und 2 Millionen Thaler, doch recht ansehnlich.

Allerdings ließen sich auch entgegengesetzte Stimmen vernehmen; sie kamen hauptsächlich aus der einflußreichsten der vereinigten Provinzen, Holland, wo seit alten Zeiten eine ausgesprochen antioranische Gesinnung mit einer gewissen Feindseligkeit gegen Preußen verschwistert gewesen war, und jetzt außerdem die reichen Kaufherren von Amsterdam um die von ihnen kürzlich (1737) gewährte auf Schlesien hypothezierte Anleihe bangten, obwohl der König ihnen die Übernahme der Schuld und die Zahlung der Interessen zugesagt hatte, wenn die Republik ihn menagiere [2]). Der Pensionar von Holland, Bassecour, meinte, die Seemächte sollten Preußen auffordern, alle Feindseligkeiten in Schlesien einzustellen und die Befriedigung seiner Ansprüche ihrer Vermittelung überlassen, unter der Drohung, daß sie sich sonst auf Österreichs Seite stellen würden, und als Mr. Trevor ihn darauf fragte, ob er es also auf einen Bruch mit Preußen ankommen lassen wolle, antwortete er: Ja, denn es würde sonst niemand in seiner Nachbarschaft aushalten, wenn er keine Kontrolle zu fürchten habe [3]).

Als dann am 17. Januar der Brief, durch welchen die Königin von Ungarn die Garantie der Republik anrief, in der Ständeversammlung von Holland verlesen und die Wahl einer Kommission beantragt wurde, erklärte Halewyn es für eine Schande, wenn erst eine Kommission darüber beraten solle, ob die Republik ihr Wort halten solle; höchstens über das quomodo, möge eine solche beraten dürfen. Aber indem der Gesandte dies berichtet

[1]) Bericht des englischen Gesandten Trevor, den 6. Januar 1741; Londoner Record office.

[2]) Reskript an den preußischen Gesandten vom 29. Dezember 1740; angeführt bei Droysen V, 1. S. 212, Anm. 1.

[3]) Trevor, den 10. Januar; Londoner Record office.

fügt er auch hinzu, so dächten nicht alle Deputierten, und namentlich die ärmeren Provinzen würden doch vor den Opfern, die ein Krieg ihnen auferlegen müßte, erschrecken [1]. Ja, er selbst erklärt Bassecours Ideeen für sanguinisch und einen Krieg der Seemächte gegen Preußen, von welchem Gesichtspunkte aus man ihn ansehen möge, als so unnatürlich, so verderblich für England und die gemeinsame Sache, daß, ehe man zu diesem schlimmsten aller Auskunftsmittel griffe, man erst alles thun müsse, um einen anderen Ausweg zu finden, und da, nach einem Briefe Robinsons zu schließen, Preußen schon etwas gelindere Saiten aufziehe, so werde man von hier aus den Berliner Gesandten, General Ginckel, sofort nach dem Lager gehen lassen, um auf einen Ausgleich hinzuarbeiten.

Ja, wenn ihm vonseiten holländischer Deputierten heftige Reden über Friedrichs Duplizität und Gewaltthätigkeit, hinter denen sich die Angst versteckt, dieser unternehmende junge Fürst könne es auch mit ihnen einmal so machen, wie jetzt mit Schlesien, gehalten wurden, suchte Trevor, ohne ihren Eifer zu tadeln, ihnen doch zu Gemüte zu führen, wie naturwidrige und gefährliche Konsequenzen ein Bruch mit Preußen haben müsse [2]. Den Amsterdamer Pensionar aber fragte er, ob man denn ausreichend gerüstet sei, um solchen Fürsten zu provocieren. Darnach dürfe man nicht fragen, antwortete Bassecour; ließe man den König gewähren, er würde ein zu unerträglicher Nachbar werden; und als Trevor einwandte, man arbeite schließlich doch nur Frankreich in die Hände, wenn man in einem Kriege gegen Preußen seine Kräfte verbrauche und erschöpfe, blieb jener bei seiner Meinung, ein schlimmeres Übel könne es nicht geben, als wenn man Preußen siegen und seinen Raub behalten lasse [3]. Trevor sieht die eigentlichen Motive dieses verbitterten Eifers nicht bloß in der Furcht und Eifersucht, sondern vielleicht mehr noch in der Parteistellung der holländischen Herren, die von einer Stärkung Preußens gleich auch ein Wachsen des oranischen Einflusses fürchteten.

Der Gesandte war weit entfernt, zu ahnen, daß die Meinung Bassecours, die ein entschlossenes Frontmachen gegen Preußen forderte und welche er ja noch bekämpfen zu müssen geglaubt hatte, gerade die war, die man am Hofe von St. James wünschte, und daß hier seine Berichte eben deswegen, weil man bei der antipreußischen Koalition auf Holland zählen zu können hoffte, so höchst willkommen waren. In der That war, als der Gesandte so berichtete, bereits die Depesche des britischen Unterstaatssekretärs abgefaßt, die ihn belehren sollte, daß er diesmal die Intentionen des Kabinetts durchaus nicht getroffen habe, und daß dieses vielmehr an einer Koalition gegen Preußen arbeite. Ein unglücklicher Zufall wollte aber, daß diese Depesche fast 2 Wochen in Harwich liegen blieb, ehe sie ihren Weg über den Kanal fand [4], und so kam es denn, daß Trevor noch längere Zeit die Friedensschalmei blies, während die englische Diplomatie an anderen Orten schon in die Kriegsdrommete gestoßen hatte und die Berichte über die in Holland

---

[1]) Trevor, den 17. Januar.
[2]) Den 20. Januar.
[3]) Den 24. Januar.
[4]) Lord Harrington beklagt das in einer Depesche an Robinson vom 24. Februar; Londoner Record office.

vorherrschende Neigung zu Friedensvermittelungen z. B. in Dresden viel Befremden erregten [1]).

Endlich gelangt die vom 20. Januar [2]) datierte Depesche Lord Harringtons in Trevors Hände, die im wesentlichen Bassecours Vorschlag acceptierte, wenn Preußen Schlesien räume, wollten die Seemächte ihm eine Entschädigung und zwar aus den jülich-cleveschen Landen auswirken, sonst sich aber auf Österreichs Seite stellen; nur ward dazu bemerkt, es sei zu besorgen, bei dem gewaltthätigen Temperamente des preußischen Königs könnte die vorgeschlagene entschiedene Sprache denselben etwa zu einem Einfalle in die ganz offen liegenden hannöverschen Lande, zu welchem er 2 Meilen von der Grenze bereits 40,000 Mann versammelt habe (dieselben existierten damals allerdings nur in Lord Harringtons Phantasie) veranlassen, es müßten daher die Generalstaaten zunächst zu einer wirklichen Unterstützung Englands sich verpflichten [3]).

Mr. Trevor, wie sehr er auch überrascht sein mochte, fügte sich, änderte seinen Kurs und steuerte gehorsam auf „den ruinösen und widernatürlichen Bruch der Seemächte mit Preußen“ los, obwohl der preußische Gesandte Räsfeld ihm und dem kriegslustigen Pensionarius erklärte, wenn das Gerücht wahr sei, daß die Seemächte eine Aufforderung zur Räumung Schlesiens an seinen König richten wollten, so riete er dringend, sich eine so ganz überflüssige Mühe zu sparen [4]).

Wie wenig bei alledem die Generalstaaten zu einem ernstlichen kriegerischen Vorgehen geneigt waren, zeigte recht deutlich die Antwort, welche der österreichische Gesandtschaftssekretär Halloix in einer Konferenz am 22. Februar ganz offiziell erhielt, als er zu einer Diversion ins Clevesche aufgefordert hatte. Derselbe wurde bedeutet, er scheine anzunehmen, es seien die Generalstaaten dazu verpflichtet, mit Österreich gemeinschaftliche Sache zu machen, und demgemäß als ein interessierter Teil wider den König von Preußen zu handeln. Dies sei niemals ihre Meinung gewesen, in solchem Verhältnis gemeinsamer Sache ständen sie wohl zu England und auch da nur zu rein defensivem Zwecke; gegen das Haus Österreich aber erstreckten sich ihre Verbindlichkeiten nicht weiter als auf die versprochene Hilfe an Mannschaft **oder Geld** [5]).

Dieser Gedanke, falls nun einmal etwas gethan werden müßte, sich mit einer Summe Geldes abzufinden, war und blieb die Lieblingsidee der hochmögenden Herren, und nur unter dieser Voraussetzung ließen sie sich zu der Beratung des ihnen nun von England vorgeschlagenen Dehortatoriums herbei, welches übrigens gerade der preußenfeindlichen Provinz Holland am allerwenigsten gefiel, insofern es Preußen eine Ländererwerbung im Jülich-Bergschen, also an der holländischen Grenze in Aussicht stellte; dieser Passus mußte fallen, aber auch sonst erschien das Dehortatorium zu scharf und weitgreifend, und nach langer Debatte ward eine mildere Fassung festgestellt.

---

1) Villiers aus Dresden, den 22. Februar; Londoner Record office.
2) Den 9. Januar alten Stils; ebd.
3) Lord Harrington, den 20. Januar; ebd.
4) Trevor, den 24. Februar.
5) Angeführt bei **Adelung**, Pragmatische Staatsgesch. Europas ꝛc. II, 244.

Doch als diese dann an die Provinzen versendet ward, fand sie weiteren Widerspruch; Seeland, Utrecht, Oberyssel verlangten alles entfernt zu sehen, was nach Drohung schmecke, das oranisch gesinnte Friesland gab ein besonderes Votum ab, es sähe zu einem Vorgehen solcher Art überhaupt keine Veranlassung, und es sei entschieden vorteilhafter, sich auf eine freundliche Vermittelung zu beschränken [1]), und in der Plenarsitzung am 1. März schienen die Stimmen der Deputierten so geteilt, so wenig energischen Beschlüssen geneigt, daß man, um das Projekt nicht ganz fallen lassen zu müssen, froh war, dasselbe einer Kommission überweisen zu können, obwohl, wie der Pensionar dem englischen Gesandten klagte, nun die Gegner des Projektes so zu Gegenwirkungen Zeit finden, die Anhänger Frankreichs die Form und die Preußens den Inhalt bekämpfen würden.

Mr. Trevor ließ auf die Nachricht davon sofort einen ostensibeln Brief an den Pensionar vom Stapel, voller Vorwürfe über die Haltung der Versammlung. Es werde nicht leicht jemand sich in Unterhandlungen mit der Republik einlassen, wenn er dem ausgesetzt sei, daß Abmachungen, über die man nach vielfachen Unterhandlungen endlich übereingekommen, dann infolge von Oppositionen im Plenum abortierten. Ganz von seinen früheren Überzeugungen bekehrt, erklärte er, jene oppositionellen Meinungen seien kaum verständlich, nachdem jetzt aus Petersburg und Dresden so günstige Nachrichten gekommen seien und die Augen von ganz Europa sich nach dem Haag wendeten. Der Kredit, das Heil des Hauses Österreich, das Schicksal der Kaiserwahl und schließlich das Gleichgewicht von Europa hänge davon ab, daß jetzt die Seemächte fest zusammenständen, während Preußen täglich neue Beweise eines ungemessenen Ehrgeizes und einer turbulenten Gesinnung gäbe [2]).

Aber trotz Trevors Eifer, über welchen sich ja König Friedrich wiederholt beschwert, wollte es nicht gelingen, den Holländern rechten Kriegseifer einzuflößen; im Laufe des März kamen die leitenden Männer der Generalstaaten immer auf die Idee gütlicher Verständigung mit Preußen zurück, und als Lord Harrington damals seinem Gesandten in Dresden den überraschenden Auftrag gab, die Konferenz, welche dort über einen großen Krieg gegen Preußen seit Monaten beriet, auch den Fall in Erwägung ziehen zu lassen, daß Preußen nicht als Feind, sondern als Bundesgenosse gegen Frankreich zu behandeln sei, fügte er entschuldigend hinzu, wenn diese Weisung den früher erteilten zu widersprechen scheine, so trage Holland die Schuld [3]).

Günstiger für die englischen Intentionen ward die Stimmung der Hochmögenden erst im April, als die zum 1sten dieses Monats fälligen Zinsen der schlesischen Anleihe nicht eingelöst werden konnten und infolge davon die Aktien derselben um 15 % an der Börse fielen [4]); als nun dann auch durch den englischen Gesandten Stellen der Thronrede bekannt wurden, mit welchen der König das Parlament zu eröffnen beabsichtigte, ward trotz der Nachricht

---

[1]) Trevor, den 7. März; Londoner Record office, und dazu Droysen a. a. O., S. 212 aus den Berichten der preußischen Gesandten.

[2]) Vom 2. März; Londoner Record office.

[3]) Den 20. März (ebd.), nachdem bereits eine frühere Depesche darauf vorbereitet hatte.

[4]) Angeführt bei Ranke XXVII, 413.

von Mollwitz am 24. April auf Antrag der Kommission von den Generalstaaten beschlossen, dem König von Preußen jene Sommation zu übermitteln und eventuell der Königin von Ungarn den traktatmäßigen Beistand in Aussicht zu stellen, allerdings mit der Klausel: so weit die Kräfte reichten. Wir werden noch zu erzählen haben, wie sich der englische Gesandte in Berlin geradezu schämte, dem preußischen Herrscher kurz nach dem blutigen Siege von Mollwitz die Zumutung zu machen, ohne weiteres Schlesien zu räumen.

Wenn man erwägt, mit welcher Sicherheit die englische Diplomatie bereits im Februar und März an verschiedenen Höfen von dem gemeinsamen energischen Vorgehen der Seemächte gegen Preußen gesprochen, und durch solche Eröffnungen, z. B. Rußland und Sachsen zu weitgehenden Maßregeln zu verleiten gestrebt, so erscheint allerdings der endliche Ausgang des ganzen diplomatischen Feldzuges doppelt kläglich.

Wie gering man in London über den Alliierten jenseits des Kanales dachte, zeigt am besten die folgende Stelle einer an Robinson gerichteten Depesche Lord Harringtons vom 28. April [1]:

„Die angesehensten Mitglieder und Minister der Generalstaaten zeigten einen großen Unwillen über den unerwarteten Einfall des Königs von Preußen in Schlesien und wendeten ihren ganzen Kredit an, um die Resolution wegen Vermehrung ihrer Truppen zum Abschluß zu bringen; Se. Majestät verlor keine Zeit, diesen Anschein von Lebhaftigkeit und Energie unter den Gliedern der Republik zu beleben und zu ermutigen und ihnen einen Plan vorzulegen, um Sr. Preußischen Majestät starke und angemessene Vorstellungen wegen der Gewaltthätigkeit seiner Maßnahmen zu machen, und ebenso eine der Königin von Ungarn günstige Erklärung bezüglich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, und Se. Majestät hatte einen höheren Offizier nach dem Haag bestimmt, dort einen Operationsplan für die von den verschiedenen Garanten zu liefernden Kontingente zu vereinbaren; aber in dieser geteilten Republik ging der Prozeß der Zusammenbringung aller Stimmen von den einzelnen Provinzen sehr langsam, und wenn auch vielleicht jetzt der Beschluß mit einer Majorität von 5 Stimmen gefaßt worden ist, so ist derselbe doch weit zurückgeblieben hinter dem, was der König vorgeschlagen, und was man ihn hatte hoffen lassen, und dies, verbunden mit dem ohnmächtigen und verschuldeten Zustande ihres Gouvernements, und ihre großen Besorgnisse vor Frankreich und dem König von Preußen haben den König ganz und gar überzeugt von der Schwachheit und Langsamkeit des Beistandes, den man von den Generalstaaten erwarten kann, dessen Ganzes, wofern sie einen Teil ihrer Besorgnisse gehoben und eine Allianz hinreichend, um sie selbst unter allen Umständen zu schützen, gebildet sehen, schwerlich ihr Kontingent von 5000 Mann übersteigen wird, und im Hinblick auf den Anteil, welchen Frankreich an diesen Händeln nehmen könnte, werden sie kaum riskieren, auch nur jenen ärmlichen Beistand zu leisten, ohne gleichzeitig von Sr. Majestät 10,000 Mann zu beanspruchen, als nötig für ihre eigene Sicherheit, entsprechend den zwischen beiden Nationen für einen Fall so großen Bedürfnisses bestehenden Traktaten.“ — Es kam das allerdings ziemlich einem Verzichte auf irgendwelchen Beistand seitens der Niederlande gleich, und

---

[1]) Neuen Stils; Londoner Record office.

wir mögen uns hieran erinnern, wenn wir später die Generalstaaten in dem aus demselben Monat April datierenden Dresdner Konzert stolz als Teilnehmer auftreten sehen.

Als das eigentliche Schwert der Koalition dachte sich König Georg fort und fort Rußland; 30,000 Mann, welche diese Macht vertragsmäßig zur Verteidigung der pragmatischen Sanktion stellen sollte, spielten bei allen seinen Plänen eine sehr große Rolle, und der sächsische Gesandte in London klagt geradezu, daß, so wie Georg seiner ansichtig werde, die erste Frage immer sei, ob er keine neueren Nachrichten aus Rußland habe; ja der König machte es ihm zum Vorwurf, daß er sich nicht in direkte briefliche Verbindung mit dem sächsischen Botschafter in Petersburg, dem dort so gern gesehenen Grafen Lynar, setze [1]). Erst der Beitritt Rußlands schien die Koalition furchtbar machen zu können, und selbst auf dem Höhenpunkte der an dieselbe geknüpften Hoffnungen hat man weder in London noch in Dresden ernstlich gemeint, die Feindseligkeiten gegen Preußen früher zu beginnen, als bis die 30,000 Mann Rußlands an der Grenze Pommerns ständen.

Aber auch hier lagen die Verhältnisse keineswegs so ganz einfach. Nach dem Tode der Kaiserin Anna am 28. Oktober 1740 war nach deren Testamente die Leitung der russischen Politik dem Herzog Biron von Kurland zugefallen, unter dem dann auch noch der Feldmarschall Münnich und der General Ostermann einen gewissen Einfluß übten. Wollte man in kurzen Worten den internationalen Charakter der damaligen russischen Politik bezeichnen, so würde man vielleicht als einen Grundzug hervorheben können einen gewissen Gegensatz gegen Frankreich, dessen Einfluß Rußland in Polen, bei der Pforte und ebenso in Schweden zu bekämpfen hatte, und in logischer Folge davon Freundschaft für England, gegen Österreich eine gewisse von den Türkenkriegen her noch zurückgebliebene Kühle. Zu Preußen stand man in ganz gutem Vernehmen, schätzte dessen Kriegstüchtigkeit und erwünschte seine Allianz als Bindeglied zu England hinüber. Der russische Gesandte in London, Fürst Tscherbatow, sprach sicher ganz im Interesse seines Hofes, wenn er Lord Harrington versichert, wenn England eine gute Bundesgenossenschaft mit Rußland haben wolle, müsse auch Preußen dabei sein [2]).

Als besondere Schattierung zeigte dann die politische Richtung des Herzogs von Kurland eine große Intimität mit Sachsen, dem derselbe ja eigentlich sein Herzogtum zu danken hatte, und dem er zum Dank dafür, falls beim Tode des Kaisers mächtige Höfe die pragmatische Sanktion bestritten, Unterstützung der sächsischen Ansprüche, eventuell die Auswirkung einiger Konvenienzen in Aussicht gestellt hatte [3]). Aber Birons Herrschaft war nur von kurzer Dauer. Die Regentin und Mutter des künftigen Kaisers, Großfürstin Anna, Nichte der verstorbenen Zarin, ertrug den Übermut, mit welchem der hochfahrende Minister sie beiseite schob, sehr schwer, und ihren Thränen Genugtuung zu verschaffen, war der Ehrgeiz Münnichs schnell bereit. Am 20. November 1740 führte ein unblutiger Handstreich den allmächtigen Herzog in den Kerker von Schlüsselburg, den er dann mit einem Aufenthalte

---

[1]) Utterodt, den 28. Februar; Dresdner Archiv.
[2]) Andrié den 8. November 1740; Berliner Archiv.
[3]) Angeführt bei Droysen V, 1. S. 166.

in Sibirien vertauschen mußte. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der Feldmarschall Münnich, das auswärtige Amt leitete vornehmlich General Ostermann.

Aber die Intriguen dauerten fort. Wie fest auch der leitende Staatsmann die Regentin durch die Bande der Dankbarkeit an sich gefesselt zu haben glaubte, und obwohl sein Einfluß noch durch den seiner Verwandten, der Favorit-Hofdame der Regentin, Fräulein v. Mengden, verstärkt wurde, so arbeitete doch der nicht minder ehrgeizige Ostermann an seinem Sturze, unterstützt durch seinen ehemaligen Schüler, den Gemahl der Regentin, Prinz Anton Ulrich von Braunschweig, der, jetzt zum Generalissimus ernannt, die Abhängigkeit von dem Kriegsminister Münnich schwer ertrug. Daneben übte wiederum noch einen besonderen persönlichen Einfluß der sächsische Gesandte, der schöne Graf Lynar, dem das Gerücht sehr intime Beziehungen zu der Regentin zuschrieb, welche durch eine Scheinverlobung zu verdecken deren Vertraute, die Mengden, sich herbeiließ.

Welche Partei nun auch obsiegen mochte, für Preußen schien keine Gefahr zu drohen. Münnich galt für einen erklärten Freund Preußens, zwei Schwiegersöhne von ihm standen im Dienste dieser Macht, und auch Ostermann hatte bisher ein wohlwollendes Interesse für sein preußisches Geburtsland nie verleugnet, Anton Ulrich aber war der Bruder der Gemahlin König Friedrichs. Ob dem gegenüber Sachsen auch nur den Willen zeigen würde, die Schale Österreichs sinken zu lassen, schien bei den ehrgeizigen Plänen, welche man in Dresden an den Tod des Kaisers zu knüpfen gemeint war, sehr zweifelhaft.

Als am 26. Oktober die Nachricht von Karls VI. Ableben in Petersburg eintraf, war dort gerade der Plan einer englisch-russisch-preußischen Allianz auf dem Tapet, über welche zwischen Rußland und Preußen in Berlin wie in Petersburg eifrig verhandelt wurde, und Ostermann hatte auch dem englischen Gesandten gegenüber lebhaft für die Gewinnung Preußens durch einen ansehnlichen Teil der jülichschen Erbschaft plaidiert. Die große Nachricht belebte nur noch seinen Eifer. Denn obwohl eigentlich alle Mächte, selbst Frankreich, die pragmatische Sanktion garantiert hätten, sei es doch gut, jetzt eifrig zusammenzuhalten. Es befremdet ihn daher nicht wenig, daß Truchseß jetzt gerade nicht in London sei und anderseits Guy Dickens, wie er höre, seine Abberufung erwarte. Er spielt darauf an, als könne vielleicht König Georgs welfische Eifersucht der so erwünschten Allianz Hindernisse bereiten.

Die Erneuerung alter Defensivallianzen von 1726 resp. 1737 zwischen Preußen und Rußland, zu deren Unterzeichnung der preußische Gesandte bereits im Oktober 1740 bevollmächtigt worden war, enthielt für Preußen eine den jülich-bergschen Ansprüchen günstige Klausel, für Rußland die Garantie des Herzogtums Kurland. Das sehr erklärliche Interesse, welches Biron gerade an diesem letzteren Punkte nahm, übertrug sich, nachdem die Unterzeichnung russischerseits in den Wirrsalen jener Zeit sich bis zu seinem Sturze verzögert hatte, doch nicht in gleichem Maßstabe auf seinen Nachfolger, den befreundeten Münnich; diesen hielt im Dezember andauernde Krankheit von den Geschäften fern, und Preußens Absichten auf Schlesien schienen dann die Lage der Dinge wesentlich zu verändern; die Regentin hatte sogar unter dem ersten Eindrucke der beim Einrücken in Schlesien erlassenen preußischen Prokla-

mation und unmittelbar nach deren Bekanntwerden [1]) ein Abmahnungsschreiben an König Friedrich erlassen, welches warm für die Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion eintritt, von der Entzündung des nicht so leicht wieder zu löschenden Kriegsfeuers höchst bedenkliche Folgen fürchtet, und inständig bittet, von dem beabsichtigten Unternehmen abzustehen, zugleich die guten Offizien für einen gütlichen, aber befriedigenden Ausgleich anbietend.

Von Seiten Preußens wurden die hier angebotenen guten Dienste bereitwillig angenommen, und es ward Januar 1741, wie wir weiter unten noch näher sehen werden, gleichzeitig an Rußland und England der Antrag gestellt, eine Vermittelung zwischen den beiden Gegnern zu übernehmen. In der That enthielt auch das sogen. Dehortatorium eigentlich kein Wort, welches als Drohung gefaßt werden konnte, und der befriedigte Hinblick auf den preußisch-russischen Defensivvertrag, der wirklich an demselben Tage, dem 16. Dezember (alten Stils, 27. Dezember neuen), unterzeichnet ward, schien ein gewisses Unterpfand der im Grund doch fortdauernden guten Beziehungen, doch ward das ganze Dehortatorium mit seinem Eifer für die pragmatische Sanktion natürlich von den Gegnern Preußens bestens verwertet, und die Hoffnungen Englands belebten sich daran.

Sehr vorsichtig und allmählich ward der englische Gesandte in Petersburg, Mr. Finch, mit der Rolle vertraut gemacht, die ihm zugedacht war. Vom 26. Dezember datiert die erste Weisung, zu berichten, wie Rußland über die pragmatische Sanktion und Preußens Absichten auf Schlesien denke, dann unter dem 9. Januar eine weitere Frage, ob Rußland geneigt sei, um der Schwägerschaft des Königs von Preußen mit dem Gemahle der Regentin die Gewaltsamkeiten jenes zu übersehen, oder ob es sich dagegen zu setzen gemeint sei, gleichzeitig auch die Eröffnung von dem beabsichtigten gemeinsamen Schritte Englands und Hollands, doch mit der Warnung, nur wenn man Rußlands ganz sicher sei, König Georgs wirkliche Absichten zu enthüllen, damit nicht etwa dessen deutsche Erblande einem plötzlichen Angriffe ausgesetzt seien [2]).

Mr. Finch im Vereine mit dem österreichischen Residenten Hochhalster thaten das Möglichste, fanden aber das Terrain nicht sehr günstig, namentlich seit Münnich, der den letzten Türkenkrieg den Österreichern nicht vergeben konnte, wieder genesen am Ruder des Staates stand. Viel ungünstiger als Ostermann, klagte der Resident, äußere sich der Feldmarschall, verlange geradezu von Österreich, daß es Abtretungen in Schlesien mache, wenn man dafür Preußens Kurstimme und Allianz contra quoscunque gewinnen könne, man müsse das Kleinere opfern, um das Ganze zu retten. Und doch, meinte Hochhalster, darf die Königin nichts entfremden oder, fügte er vorsichtig hinzu, wenigstens nur im äußersten Notfalle [3]).

Eine günstigere Wendung für die österreichischen Wünsche versprach man

---

1) Nach einem Berichte Finchs vom 20. Dezember (Londoner Archiv) ward die preußische Proklamation am 14. Dezember (alten Stils) bekannt, vom 16ten datiert das Dehortatorium. Allerdings bezieht sich dieses auf Eröffnungen des preußischen Gesandten Mardefeld, doch dürften diese in nicht frühere Zeit zu setzen sein, da Finch ausdrücklich von der Überraschung spricht, welche die Nachricht vom 14. Dezember erregt habe.

2) Londoner Record office.

3) Finch, den 30. Dezember; Londoner Record office.

sich von Marquis Botta d'Adorno, der Anfang des neuen Jahres als außerordentlicher Gesandter des Wiener Hofes in Petersburg eintraf, einflußreiche Verbindungen von früherher und außerdem hinreichende Mittel hatte, durch ansehnliche Geschenke die leitenden Persönlichkeiten des russischen Hofes zu gewinnen. Da jedoch auch König Friedrich gewisse Anstrengungen machte und den Oberst v. Winterfeld, den Gemahl einer Stieftochter des Feldmarschalls, mit ähnlicher Ausrüstung nach Petersburg sandte [1]), wetteiferten beide Mächte in Angeboten für die Gunst der russischen Machthaber, wie denn der preußische Gesandte ausdrücklich angewiesen war, immer höher zu bieten als Botta [2]). Winterfeld brachte außer der guten Nachricht, daß Münnichs Schwiegersohn Malzahn preußischer Oberst geworden, einen Brillantring mit, den der König selbst am Finger getragen, und das Geschenk der Herrschaft Bingen in der Neumark, welches, wie es scheint, der Feldmarschall abgelehnt, sein Sohn aber, der Oberhofmeister, den englische Berichte als ebenso geizig bezeichnen, wie der Vater verschwenderisch sei, angenommen hat [3]).

Aber Österreich bot Höheres, nämlich die große schlesische Herrschaft Polnisch-Wartenberg, welche bisher der Herzog von Kurland besessen, allerdings eine Verleihung momentan, wenn man so sagen darf, in partibus, insofern die Preußen sie in Händen hatten. Eben deshalb erklärte auch der König von Preußen, da er sich jetzt als Herrscher von Schlesien ansehen dürfe, bäte er den Feldmarschall, die Herrschaft aus seinen Händen annehmen zu wollen [4]) Boshaft bemerkt der englische Gesandte: „Unser neuer großer Mann hat in zwei Monaten eine so reiche Ernte gemacht, wie der Herzog von Kurland in sieben Jahren.“

Dazu kam dann noch, daß der König den Feldmarschall, der den Regungen der Eitelkeit sehr zugänglich war, aufs höchste auszuzeichnen sich bemühte. In der Zeit, wo Preußen die russische Mediation nachsuchte, schreibt er demselben einen eigenhändigen Brief, der mit den Worten beginnt: „Ich habe immer Herrn v. Münnich als einen Helden angesehen und ihn als solchen geschätzt; jetzt aber bin ich von Freude durchdrungen, daß dieser von mir so geschätzte Mann mein vertrauter Freund ist. Ich setze mein ganzes Vertrauen in Sie, und ich bin sicher, Sie als ebenso treuen Freund zu finden, wie Sie mich den Interessen Ihres Kaisers und den Ihrigen unverbrüchlich zugethan finden

---

[1]) Den 18. Dezember (alten Stils, also den 29sten neuen) kam er in Petersburg an; Finchs Bericht vom 20sten, Londoner Record office.

[2]) Den 6. Januar 1741; Polit. Korresp. I, 172.

[3]) Die Ablehnung des Vaters berichtet Droysen S. 211, Anm. 3. Da nun aber aus der amtlichen Anführung bei Preuß, Friedrich d. Gr. IV, 434 feststeht, daß die Familie die Herrschaft wirklich besessen hat und Finch (unter dem 30. Dezember alten Stils) die Schenkung an den Sohn anführt, so habe ich das, was Finch (unter dem 10. Januar 1741) bezüglich eines Geldgeschenkes von 20,000 Kronen berichtet, das der Vater abgelehnt, der Sohn angenommen habe, auf jene Herrschaft übertragen zu dürfen geglaubt.

[4]) Finch, den 27. Januar; Londoner Record office. Nach Münnichs Sturze ist die Herrschaft sequestriert worden und später, nachdem der Herzog von Kurland aus seiner sibirischen Verbannung zurückgekehrt war, in dessen Händen geblieben, der 1763 den inzwischen gleichfalls begnadigten Münnich durch eine Geldsumme abfand. Vgl. den Aufsatz Schönborns über die Geschichte der Herrschaft W. in dieser Zeit; Schles. Zeitschr. XIV, 451.

werden.“ Hierauf folgt dann eine Darlegung der militärischen Lage, daß nämlich der König ganz Schlesien besetzt habe, aber, obwohl er es gekonnt, nicht weiter nach Mähren vorgedrungen sei, weil er eben nicht das Haus Österreich verderben, sondern nur seine Ansprüche auf einen Teil von Schlesien geltend machen wolle, und nichts Besseres wünsche, als daß Österreich infolge der Vermittelung Rußlands seine gerechten Forderungen befriedige und es ihm so ermögliche, die Waffen, die er jetzt gegen dasselbe verwenden müsse, zur Verteidigung desselben zu gebrauchen. „Sie sehen“, heißt es noch am Schlusse, „daß ich Ihnen mit aller möglichen Offenheit mein Herz öffne“ [1]).

Und in der That zeigt sich Münnich dem Könige aufrichtig zugethan. Nicht nur, daß er in seinen Briefen sich als aufrichtiger Bewunderer des jungen Preußenkönigs zeigt, dessen eigenhändige Briefe ihm mehr als Millionen wert seien, unter dessen Fahnen er, wenn er nicht russischer Minister wäre, gern einen Feldzug mitmachen würde [2]), seine Sympathieen stehen überhaupt ganz auf preußischer Seite; er bedauert, daß Friedrich nicht, statt an der Grenze Schlesiens still zu halten, direkt auf Wien losgegangen sei, man dürfe den Feind nicht zu Atem kommen lassen und ihm nie die weiche Seite zeigen, aber zu Unterhandlungen immer bereit erscheinen, um der öffentlichen Meinung gegenüber des Gegners Hartnäckigkeit recht ins Unrecht zu setzen [3]). Über die Veröffentlichung des russischen Abmahnungsschreibens zeigt er sich sehr erzürnt und sagt von dem russischen Gesandten in Dresden Keyserling, dem er die Schuld davon beimißt, ganz offen, derselbe habe zehnmal den Kopf verwirkt [4]).

Um Ostermann hat es gleichfalls eine starke Konkurrenz zwischen Österreich und Preußen gegeben. Österreich soll demselben bis 200,000 Thlr. gegeben haben [5]). Von einem preußischen Angebote in der Höhe von 100,000 Kronen erzählte Herzog Anton Ulrich dem englischen Gesandten [6]). Der preußische Gesandte in Petersburg wird noch unter dem 12. April instruiert, mit Gewalt darauf hinzuarbeiten, Ostermann zu gewinnen, er solle demselben versprechen, was er irgend für angemessen finde, sei es für ihn selbst, sei es für seine Verwandten [7]).

Gewiß ist, daß der österreichische Gesandte Botta keinen besonders leichten Stand hatte; Münnich hat selbst über seine ersten Unterredungen mit demselben sächsischen Agenten Mitteilung gemacht. Das erste, worauf Botta angetragen, sei gewesen, daß Rußland unvorzüglich seine 30,000 Mann senden solle, ohne auch nur im geringsten Ermahnung zu thun, wie man dieselben gebrauchen und erhalten wollte. Die alte Wienersche hochtrabende Art zu sprechen, sei noch immer in Flor, und aus allem leuchte das allzu weit ausgedehnte Prinzip des dortigen Ministeriums hervor, das schon unter dem verstorbenen

---

1) Polit. Korresp. I, 186. Verschiedene Stellen des Briefes stimmen wörtlich mit dem am gleichen Tage geschriebenen Brief an den König von England überein (ebd. S. 185, vgl. unten in einem der nächsten Kapitel).

2) Angeführt bei Ranke, Werke XXVII, 414.

3) Aus preußischen Gesandtschaftsberichten bei Droysen S. 211, Anm. 4.

4) Lynar, den 31. Januar; Dresdner Archiv.

5) Aus Mardefelds Bericht angeführt bei Droysen V, 1. S. 211, Anm. 3.

6) Finch, den 24. Februar; Londoner Record office.

7) Polit. Korresp. I, 226.

Kaiser Karls VI. alles verdorben habe, nämlich daß Europa nicht bestehen könne, wenn das österreichische System nicht bliebe, und daß mithin die Höfe, wenn sie jetzo viel verderben, über kurz oder lang viel wieder gut zu machen haben. Er (Münnich) habe dem Marquis vorgehalten, daß man sich ja in Wien im letzten Türkenkriege nichts weniger als beeilt habe, Rußland die vertragsmäßige Hilfe zu leisten, er wundere sich, daß man sich in Österreich schon in solchen Nöten befände, da ihnen der König von Preußen nur mit 20,000 Mann zusetze; wenn sie sich auf einen solchen Angriff nicht besser gefaßt gehalten hätten, würden ihnen auch 30,000 Russen nichts helfen, und es sei schwer ein Land zurückzuerobern, wo die Unterthanen selbst nach einem anderen Herrn seufzten [1]).

Freilich bleibt es zweifelhaft, ob der Feldmarschall wirklich, wie er vorgab, alle diese wenig angenehmen Dinge dem österreichischen Gesandten zu hören gegeben hat, ein gewisser Grad von Renommage gehörte zu seinen Eigentümlichkeiten, er war sonst Diplomat genug, um seine Meinung verbergen zu können, und es sind uns sehr anders klingende Äußerungen von ihm aus derselben Zeit überliefert. Als Brühl ihm die ungeheuerliche Nachricht, der König von Preußen strebe nach der schwedischen Königskrone, warnend mitteilt, dankte ihm Münnich aufrichtig für die Warnung, die sehr à propos komme, man habe Preußen gegenüber eine sehr reservierte Haltung sich zur Richtschnur genommen und den preußischen Propositionen gegenüber daran festgehalten, sich nicht von der Politik Sachsens und Österreichs zu trennen [2]).

Nicht ganz in gleicher Richtung aber immer noch sehr behutsam hat er sich dann etwa Ende Januar im russischen Ministerrate geäußert: er meine nie eine so delikate und schwierige Situation gesehen zu haben. Noch sei eine Antwort des Königs von Preußen auf jenen abmahnenden Brief nicht da, doch aus Äußerungen des preußischen Gesandten Mardefeld dürfe man schließen, daß der König das dort enthaltene Anerbieten guter Dienste begierig aufgreifen werde, während Rußland solche Vermittelung nur in Gemeinschaft mit den Seemächten übernehmen könne, ganz abgesehen davon, daß sie mit den Engagements Österreich gegenüber nicht gut zusammenstimmen. Anderseits sei ein offener Bruch mit Preußen für Rußland, welches keines seiner Nachbarn, Türkei, Persien, Schweden, Polen sicher sei, nicht rätlich. Man müsse doch beklagen, daß in Wien, wo verschiedene Minister, unter andern auch Sinzendorf und Starhemberg, für eine Verständigung mit Preußen stimmten, der Einfluß Bartensteins, der doch eigentlich nur eine Kreatur Frankreichs sei, prävaliere und selbst der Herzog von Lothringen ihm folge [3]). Eine Hilfeleistung seitens Rußlands müsse immer von einem entschiedenen Vorgehen der Seemächte abhängig gemacht werden, und in keinem Falle werde man ein russisches Corps etwa einem Manne wie Neipperg anvertrauen können, der sich im letzten Türkenkriege so schimpflich benommen habe [4]). Wohl war die Abneigung des Feldmarschalls sich gegen Preußen

---

[1]) Nach Berichten vom 19. Januar bei Herrmann, Gesch. Rußlands IV, 667.

[2]) So der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Khevenhüller, an den Großherzog unter dem 7. Januar nach Mitteilungen Brühls; Wiener Archiv.

[3]) Finch, den 24. Januar (alten Stils); Londoner Record office.

[4]) Desgl. den 31. Januar.

zu engagieren ersichtlich, und noch Mitte Januar schrieb der sächsische Gesandte nachhause, man glaube allgemein, daß Rußland im geheimen mit Preußen einverstanden sei [1]).

Doch ward von verschiedenen Seiten in entgegengesetztem Sinne agitiert. Die österreichische Partei wandte sich vorzugsweise an den Generalissimus und Gemahl der Regentin Herzog Anton Ulrich von Braunschweig und Wolfenbüttel, an dem sie in der That ihre festeste Stütze hatte; die altgewohnte Abhängigkeit von dem Urteile seiner Tante, der verwitweten Kaiserin, die einst seine russische Heirat vermittelt hatte, bestimmte ihn kaum minder als die Eifersucht auf den stolzen Münnich. Der englische Gesandte weiß von seinen Herzensergießungen zu berichten, z. B. über die Hinterlist des preußischen Königs, der die Erneuerung eines alten sehr unschuldigen Vertrages als eine für die gegenwärtige Situation geltende Übereinkunft hinstelle und dies bei allen Höfen verbreite und ebenso das Anerbieten der guten Dienste seitens Rußlands zu der Vorspiegelung benutze, dieser Hof habe sich bereits die Hände gebunden. — Der Premierminister (Münnich) sei von Preußen gewonnen, und habe die Dinge so geführt, daß er die Ehre und die Verpflichtungen dieser Krone preisgegeben habe und die Interessen Rußlands ebenso wie die Europas. Der Herzog sagte, der preußische Gesandte wisse auch ganz wohl, daß er und Ostermann die einzigen Personen am Hofe seien, die sein und seines Herrn Absichten an diesem Hofe kreuzten [2]).

Anton Ulrich hätte daneben auch noch den sächsischen Gesandten Grafen Lynar nennen können, der seinen nicht ganz unbedeutenden Einfluß bei der Regentin begreiflicherweise nicht im Interesse Preußens verwendete, vor dessen Ehrgeiz und weitgreifenden Absichten er fleißig warnte. Allerdings konnte er nicht unbedingt zur österreichischen Partei gerechnet werden, denn der sächsische Minister, dessen eigentümlich schillernde Politik (wir werden sie noch näher kennen lernen) er zu vertreten hatte, wünschte, wie wenig er auch Preußen eine Eroberung in Schlesien gönnte, doch auch anderseits kaum, daß Österreichs Verlegenheiten durch eine prompte Hilfsleistung der Garantiemächte gehoben würden, wenigstens nicht, bevor dasselbe Sachsen das verlangte Stück von Böhmen zugestanden hatte.

Auch Ostermann war weit davon entfernt, für Österreich ein lebhaftes Interesse zu hegen. Bis zum Eintritte der gegenwärtigen Krisis hatte er als entschieden preußenfreundlich gegolten. Wenn er jetzt anders gesinnt schien, so trieb den ehrgeizigen Mann vor allem die Beobachtung, daß Münnich, nachdem er sich durch seine hochfahrende Rücksichtslosigkeit vielfache Feinde gemacht, nun durch die unvorsichtige Äußerung seiner preußischen Sympathieen eine Blöße sich gegeben habe, die geschickt benutzt trotz aller früheren Verdienste zu seinem Sturze führen könne. Ostermann zögerte keinen Augenblick, die Gelegenheit zu benutzen und den ihm ohnehin aufrichtig ergebenen Herzog von Wolfenbüttel durch eine gewisse Konnivenz gegen seine pragmatischen Neigungen sich noch näher zu verpflichten. Verschiedene mit dem Feldmarschall unzufriedene Würdenträger, vor allem der Vizekanzler Golowkin, halfen

---

1) Lynar, den. 19. Januar; Dresdner Archiv.
2) Finch, den 10. Februar 1741; Londoner Record office.

getreulich; schon Mitte Februar berichtet der englische Gesandte voller Freude, Münnichs Stern sei im Sinken [1]).

Freilich, so weit wie das englische Ministerium Rußland haben wollte, war es noch lange nicht. Bereits unter dem 3. Februar hatte Lord Harrington seinen Gesandten angewiesen, wenn er den Petersburger Hof gut disponiert finde, möge er denselben zu bewegen suchen, ohne jeden Zeitverlust ein ansehnliches Corps nach Preußen zu senden, der König von England stehe in Begriff, ein Konzert mit den Generalstaaten zu schließen behufs sofortiger Ausführung ihrer Verpflichtungen, und auch den König von Polen hoffe er bald dazu zu bringen [2]).

Aber nicht minder bestimmt wie England die Initiative von Rußland erwartete, verlangte dieses den ersten Schritt von den Seemächten. In diesem Punkte war selbst Anton Ulrich mit Ostermann einverstanden [3]). Es mußte unter diesen Umständen von großer Bedeutung werden, wenn es gelang, jenen mit den Niederlanden geplanten Schritt so auszustaffieren, daß er einmal als so gut wie beschlossen und dann als die Initiative zu einem wirklich energischen Vorgehen erscheinen konnte. Wir haben gesehen, wie wenig damals (etwa Mitte Februar) die Generalstaaten zu energischen Maßregeln geneigt waren, aber Lord Harrington hatte mit ungleich mehr Geschicklichkeit als Wahrheitsliebe aus jenen Haager Pourparlers etwas zu machen gewußt, und was noch etwa fehlte, fügte Mr. Finch dann zu, so daß die englisch-niederländische Kollektivnote sich recht stattlich ausgenommen haben mag, als der Gesandte am 13. Februar (alten Stils) dem General Ostermann darüber Vortrag hielt. Jedenfalls machte er Eindruck, denn der General fragte sehr ernsthaft, ob der Gesandte für jene Deklaration mit dem Worte eines öffentlichen Ministers und der Ehre eines Gentleman einstehen könne, und als Finch hierauf „ja“ zu sagen den Mut hatte, war der General am 16. Februar (alten Stils) etwas weiter mit der Sprache herausgegangen und hatte, wenn auch immer noch mit großer Vorsicht, von der beabsichtigten Erklärung der Seemächte gesprochen. Münnich hatte im Grunde zugestimmt, auch Rußland könne auf des Königs von Preußen letztes Schreiben in gleichem Sinne antworten, nur würde es, da doch Preußen immerhin gewisse gerechte Ansprüche auf Schlesien habe, am liebsten eine gütliche Verständigung herbeigeführt sehen [4]); auch zweifelt er daran, ob man die Generalstaaten zu einem ernstlichen Vorgehen würde bewegen können; soviel er wisse, würden diese höchstens sich zu einer Geldbeisteuer verstehen.

In der That täuschte sich Münnich darüber nicht, daß er seine Stellung geradezu gefährde, wenn er darauf beharre, Österreich jede Unterstützung zu versagen; der allgemeinen Strömung weichend, stimmte er in den Tadel des ungestümen Vorgehens Preußens ein und erkannte die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion an, meinte jedoch, schon viel gewonnen zu haben, wenn er die Regentin daran festzuhalten vermöge, daß

---

1) Finch, den 10. Februar; Londoner Record office.
2) Ebd.
3) Ebd.
4) Finch, den 17. Februar.

bei irgendwelchem ernsten Schritte die Seemächte vorausgehen müßten [1]), woran er unter keinen Umständen glauben wollte.

Indessen schien die Sache doch ein ernsteres Ansehen zu erhalten, als in der zweiten Hälfte des Februars von Dresden ein Entwurf der gegen Preußen zu schließenden Koalition mit der Perspektive von Eroberungen auf Kosten dieser Macht ankam und Rußland nun dazu Stellung nehmen mußte. Nun wurde auch in Petersburg der Kampf der beiden Parteien heißer. Noch vermochte Münnich standzuhalten. Nicht ohne eine gewisse Besorgnis teilte noch Anfang März der Herzog von Wolfenbüttel dem englischen Gesandten mit, der König von Preußen setze alle Hebel in Bewegung, habe der Regentin (bekanntlich einer Tochter Karl Leopolds von Mecklenburg) die Succession in Mecklenburg nach Vater und Oheim angeboten [2]), sowie ihm selbst das Herzogtum Kurland, Ostermann 100,000 Kronen, alles freilich vergeblich; dagegen sei der Premierminister vollständig gewonnen, und auch bezüglich der Favoritdame, Fräulein v. Mengden, sei zu fürchten, daß das derselben übersendete Bild der Königin von Preußen in einer Fassung schöner Brillanten nicht verfehlen werde, Eindruck zu machen [3]).

Im übrigen aber hegt der Herzog gute Zuversicht, sieht bereits England mit Dänen, Hessen und Hannoveranern gegen Magdeburg, die Sachsen gegen Brandenburg marschieren, die Russen Ostpreußen besetzen, ihre Schiffe die pommersche Küste blockieren, Österreich mit neuem Mute vorgehen — man müsse so Preußen zum Frieden zwingen können. Aber indem der englische Gesandte von dieser Phantasie berichtet, fügt er kühl hinzu, man dürfe in London an zweierlei unter allen Umständen festhalten, einmal, daß Rußland keinen Schritt thun werde, ohne der Seemächte ganz sicher zu sein, und ferner, daß, so fest auch Ostermann von der Notwendigkeit überzeugt sei, dem preußischen Ehrgeize Schranken zu setzen, er sich doch nimmer dazu hergeben werde, daß die Österreicher ihre Pique an Preußen ausließen, oder, daß Sachsen aus preußischem Gebiete eine Entschädigung empfinge [4]).

Die Beobachtung des Gesandten bezüglich Ostermanns zeigt einen gewissen Scharfblick, nichtsdestoweniger hat gerade des letzteren Haltung in jenem kritischen Augenblicke das Meiste dazu beigetragen, das Preußen doch ernstlich bedrohende Koalitionsprojekt zu dem Grade von Reife kommen zu lassen, den dasselbe überhaupt erlangt hat.

Es ist nicht wohl daran zu denken, daß der Hergang dieser Angelegenheit so gewesen sei, wie ihn die Berichte des preußischen Gesandten Mardefeld auf Grund der den gezeigten Eifer stark renommistisch herausstreichenden Mitteilungen Münnichs schildern [5]), daß die russischen Minister auf die erste Mitteilung von dem Dresdner Koalitions- resp. Teilungsprojekte zunächst entrüstet erklärt hätten, das sei ein nichtswürdiges Projekt, solches Schriftstück sei nur wert, ins Feuer geworfen zu werden, daß aber wenige Tage später

[1]) Mardefeld, den 11. Februar; bei Droysen, S. 212.

[2]) Eine Erwähnung davon findet sich in der Instruktion für Mardefeld vom 11. Januar 1741 (Polit. Korresp. I, 177). Das Herzogtum Kurland wird hier dem Prinzen Ludwig von Braunschweig zugedacht.

[3]) Finch, den 24. Februar (alten Stils).

[4]) Finch, den 28. Februar.

[5]) Bei Droysen V, 1. S. 223.

erneuerte sachliche Vorstellungen der Gesandten von Österreich, Sachsen und England die Meinung jener vollkommen geändert und ihre Zustimmung zu dem Projekte herbeigeführt hätten, der nur die energische Weigerung Münnichs ein Hindernis bereitet habe. Wir dürfen dem die Berichte des englischen Gesandten entgegensetzen, der von dem allen nichts weiß und sicher, sein, daß die erwähnte schroffe Verurteilung des Dresdner Projektes kein russischer Minister gewagt haben würde, nicht einmal Münnich selbst, von dem wir ja wissen, daß die guten Dienste, die er Preußen unverkennbar geleistet, wesentlich nur in der Abschwächung oder Hinausschiebung des diesem Staate Feindlichen gelegen haben. Überhaupt haben in dieser Sache weit mehr persönliche Einflüsse und Motive den Ausschlag gegeben.

Die Regentin wünschte, daß etwas für Maria Theresia geschähe, und zürnte Münnich, der ihr nach dieser Seite fortwährend Schwierigkeiten machte; ihr Gemahl schürte nicht weniger aus Neigung zu Österreich, als aus Haß gegen Münnich den Groll nach Kräften, und Ostermann erkannte hier den Punkt, wo es gelingen könnte, dem Nebenbuhler am russischen Staatsruder trotz aller Verdienste desselben den Rang abzulaufen. Er nahm sich daher des Dresdner Projektes an, ließ in Dresden daran erinnern, daß, wenn überhaupt etwas geschehen solle, es die höchste Zeit sei, Hand ans Werk zu legen, und mahnte die Seemächte zu ernstlichen Beschlüssen, gab aber auf der anderen Seite dem ganzen Projekte engere Grenzen, indem er im Anschlusse an die von österreichischer Seite abgegebenen Erklärungen (wir kommen bei Gelegenheit der Dresdner Verhandlungen darauf zurück) die Teilungsgelüste aus dem Projekte strich und so den ursprünglich beabsichtigten Eroberungskrieg gegen Preußen zu etwas doch ganz anderem, nämlich dem Plane einer durch Waffengewalt aufzuzwingenden Vermittelung machte. Das Projekt mit den Korrekturen Ostermanns versichert der preußische Gesandte selbst gesehen zu haben, ohne daß ihm freilich zu wirklicher Kenntnisnahme die Zeit gelassen wurde [1]).

Allerdings war für Preußen ein Engagement Rußlands auch nach jenen Modifikationen immer noch eine recht ernste Sache, und Münnich, an seiner Gesinnung für Preußen unerschütterlich festhaltend, rang nach Kräften, um Schlimmeres abzuwenden; doch auch ihm war die Stimmung am Hofe bereits so übermächtig, daß er selbst in den Tadel der preußischen Politik einstimmte und alles Heil nur in einer dilatorischen Politik suchte, indem er daran festhielt, bevor Rußland eine Entscheidung treffe, müßten einerseits die Seemächte sich bestimmt und bindend erklärt und anderseits Österreich und Sachsen sich geeinigt haben [2]).

---

[1]) Den 2. März. „J'ai vu de mes propres yeux la piece susmentionnée avec les corrections d'un certain ministre marqué qu'il l'a approuvée." So lautet die bei Droysen V, 1. S. 224, Anm. 2 nicht ganz genau wiedergegebene Stelle.

[2]) Obwohl sicher ist, daß Münnich, wie wir selbst anführten, von vielen am russischen Hofe als von Preußen bestochen angesehen, und daß seine Hinneigung zu dieser Macht auch eine der Hauptursachen seines Sturzes ward, so zweifle ich doch, ob er wirklich damals noch einen so schroffen Widerspruch gegen den ganzen Plan gewagt habe, wie er gegen Mardefeld vorgiebt (Droysen, S. 224, Anm. 2). Die von mir eingesehenen Gesandtschaftsberichte aus Dresden und London sprechen dagegen, ebenso wie der thatsächliche Effekt (vgl. auch Droysen, S. 225). In Dresden

Das Wichtigste vielleicht, was er mit Aufbietung aller Mittel, Drohung, alle seine Ämter niederzulegen u. s. w., durchsetzte, war, daß nun mit der schon lange von Münnich betriebenen [1]) Abberufung des russischen Gesandten in Dresden, Kayserling, eines Hauptschürers des Kriegsfeuers gegen Preußen, welchen der Feldmarschall außerdem als Anhänger Birons und den Ausstreuer gehässiger Gerüchte über seine Person haßte [2]), nun Ernst gemacht wurde. An seine Stelle ward Graf Solms, der eine Verwandte Münnichs geheiratet hatte, jetzt, Anfang März nach Dresden gesendet.

Nicht ohne Schädigung seines Einflusses war der Feldmarschall aus diesen Kämpfen, die gegen Ende Februar spielten, hervorgegangen; die Regentin hatte ihm zwar den Titel eines Premierministers gelassen, doch das Departement des Auswärtigen gänzlich seinem Rivalen Ostermann überantwortet und ihn auch in seinem speziellen Ressort, dem Kriegsministerium, durch den Einfluß ihres Gemahls beschränkt [3]). Münnich ertrug das alles sehr schwer und bot wiederholt seine Entlassung an, die zwar nicht angenommen, aber mit harten und keineswegs begütigenden Andeutungen abgelehnt wurde [4]). Wie man sagte, hätten ihn nur die dringenden Bitten seiner Familie (sein Sohn soll sich ihm zu Füßen geworfen und ihn gebeten haben, die Familie nicht ins Elend zu stürzen) zum Bleiben bewogen [5]).

Seine Gesinnung für Preußen blieb dabei unverändert, und der wachsenden Erregung gegen diese Macht suchte er dadurch entgegenzuarbeiten, daß er eine Verständigung zwischen Österreich und Preußen als nahe bevorstehend bezeichnete, wo dann Rußland durch ein preußenfeindliches Vorgehen sich ganz unnötig bloßstellen würde, wogegen Ostermann geltend machte, um so notwendiger sei das angestrebte Konzert, welches Maria Theresia schlimmstenfalls gegen sich selbst schützen könne [6]).

Heftiger entbrannte der Kampf zwischen den beiden Nebenbuhlern, als Mardefeld damals darauf drängte, nun doch endlich die Ratifikationen des, wie wir wissen, bereits vor Ablauf des Vorjahres abgeschlossenen russisch-preußischen Defensivvertrages zu vollziehen, und in diese Ratifikationen russischerseits allerlei zweideutige und bedenkliche Vorbehalte hineinpraktiziert erschienen, welche Mardefeld bestimmten, seine Unterschrift zu weigern [7]).

Ungewiß, ob im Zusammenhange hiermit aber jedenfalls kurz nachher am 15. März (neuen Stils) geschah es [8]), daß, als Münnich wiederum seine

---

erzählte man sich um die Zeit von Münnichs Sturz, der Feldmarschall sei jetzt für einen Krieg gegen Preußen ganz gewonnen. (Villiers, den 19. März; Londoner Record office.)

[1]) Bereits unter dem 26. Februar berichtet Villiers aus Dresden über Kayserlings Abberufung; Londoner Record office.

[2]) Unter Birons mit Beschlag belegten Papieren hatte sich ein Brief Kayserlings befunden, in welchem behauptet wurde, Münnich sei einst bestochen worden, König Stanislaus aus Danzig entkommen zu lassen. Finch, den 10. Januar; Londoner Record office.

[3]) Herrmann, Russ. Gesch. VI, 664.

[4]) Ebd. S. 665 nach Mitteilungen des Generals Löwendal.

[5]) Finch, den 28. Februar; Londoner Record office.

[6]) Finch, den 3. März (alten Stils); Londoner Record office.

[7]) Mardefeld, den 11. März (neuen Stils); bei Droysen, S. 224.

[8]) Herrmann, S. 666, hat den 24. März; Droysen, S. 224, jedenfalls

Entlassung anbot, die Regentin dieselbe annahm, wie sie erklärte, um seiner unverbesserlichen Vorliebe für Preußen, seiner Eigenmächtigkeit und seiner Rücksichtslosigkeit gegen ihren Gemahl willen [1]).

Jetzt schien die österreichische Partei zur Herrschaft gelangen zu müssen, ein feindliches Vorgehen Rußlands gegen Preußen entschieden, kurz, wie Podewils damals klagte, die Pandorabüchse geöffnet. In der That triumphierte der Herzog von Wolfenbüttel gegen den englischen Gesandten, der größte Stein des Anstoßes sei nun aus dem Wege geräumt [2]).

Aber rechten Eifer zeigte Ostermann auch jetzt noch nicht, selbst als ihm Lynar den 22. März eröffnete, ein ihm tags vorher zugegangener Kurier habe die wichtige Nachricht gebracht, Sachsen sei mit Hannover über die beiderseits gegen Preußen zu stellenden Truppen vollkommen einig, und man verlange dabei nur noch zu wissen, „wann, wo und mit welcher Anzahl Truppen Rußland aufzutreten gemeint sei". Der General begnügte sich, den Gesandten zu bitten, hierüber ein besonderes Memoire auszuarbeiten, um es der Regentin vorlegen zu können, was dann auch geschah [3]), blieb aber im übrigen dabei, erst volle Sicherheit über das Vorgehen der Seemächte haben zu müssen.

Immer mehr und mehr stellte sich heraus, daß er nur zum Zwecke von Münnichs Sturze die pragmatische Flagge aufgehißt habe und, nun dies Ziel erreicht, Schwierigkeiten zu machen verstand, ganz ebenso wie Münnich. Finch mußte die Klagen des sächsischen Gesandten anhören, daß, wenn er auf ernstliche Garantieen wegen der von Sachsen zu erwartenden Landentschädigung dränge, der russische Minister nur Ausflüchte suche, und fand doch selbst, daß es Ostermann nicht Ernst, von Kriegsrüstungen nichts zu bemerken sei, und allerlei Gründe, angegriffene Gesundheit, Besorgnis vor Schweden und dergleichen zu Vorwänden fernerer Unthätigkeit dienen müßten [4]).

Die beste Brücke zum Rückzuge baute aber England selbst dem russischen Minister, indem es jetzt, gegen Ende März, nachdem über ein Eintreten Frankreichs zugunsten Bayerns kein Zweifel mehr obwalten konnte, zu der Erkenntnis kam, das Beste sei doch, wenn Österreich durch eine Abtretung in Schlesien den Beistand Preußens erkaufe, worauf man nun von London aus hinarbeiten wolle, und davon Rußland Mitteilung machte. Mit einer gewissen Naivetät fügte Lord Harrington hinzu, König Georg meine damit seinen früher geäußerten Prinzipien nicht untreu geworden zu sein und gedenke, falls die Vermittelung mißlinge, jene Koalitionspläne wieder aufzunehmen, Rußland möge nur inzwischen auf alle Fälle seine Truppen an der preußischen Grenze zusammenziehen und Ostermann den Operationsplan entwerfen [5]).

Es ist sehr begreiflich, daß der betreffende Auftrag Mr. Finch in hohem Maße unerwünscht kam. Die Nachricht, daß Preußen bereits die Vermitte-

---

richtiger den 15ten. Am 5ten (alten Stils) verkündete der Herzog dem englischen Gesandten das Ereignis. Finch, den 7. März.

1) Herrmann, S. 666, nach Lynars Berichten.

2) Finch, den 7. März.

3) Relation Bottas vom 25. März; Abschrift im Archiv zu Hannover.

4) Finch, den 17. und 21. März; Londoner Record office.

5) Harrington an Finch, den 17. März; ebd.

lung Englands angenommen habe, unterdrückte er geradezu als zu bedenklich; aber auch sonst sah er mit Sicherheit voraus, daß die Eröffnung nicht nur bei Rußland den letzten Rest von Geneigtheit, bei dem Konzerte mitzuwirken, benehmen, sondern auch außerdem Ostermann willkommene Gelegenheit geben werde, die Schuld der Vereitelung auf England zu wälzen, welche Erwartungen dann auch in vollstem Maße eintrafen.

So kam es denn, daß zu derselben Zeit, wo in Dresden, wie wir noch näher sehen werden, die versammelten Minister einander zu dem nun endlich wirklich arrangierten Konzerte gratulierten, die Hauptacteure im Grunde einig waren, überhaupt nicht mitzuspielen, und nur darüber uneinig, wer zuerst den Verabredungen untreu geworden sei.

Fortan war es eigentlich nur noch Sachsen, welches in der trüben Empfindung, sich doch nun zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben, noch weiter in Petersburg drängte, und an gewisse Velleitäten Ostermanns, der Niederschlesien mit Breslau nicht gern in preußischen Händen sah, anknüpfend, weitere, immer vergebliche Versuche einer Erneuerung der großen Koalition machte.

Zweites Kapitel.

Der Dresdner Plan einer Teilung Preußens.

Wir werden nun unsere Blicke auf Sachsen richten müssen, den eigentlichen Herd der Verschwörung gegen Preußen.

So wird man allerdings sagen können und zwar mit ungleich mehr Recht, als man lange Zeit das Gleiche vom Jahre 1756 gesagt hat. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die eigentlichen Verhandlungen über die auf eine Zerstückelung Preußens abzielende Koalition in Dresden stattgefunden haben; wenn dagegen Friedrich der Große in dem sächsischen Hofe den eigentlichen Urheber der ihn bedrohenden Verbindung gesucht hat [1]), so trifft das doch nicht ganz zu, wie wir jetzt, wo man in Dresden von der ängstlichen Besorgnis, mit welcher man früher die auf diese Angelegenheit sich beziehenden Akten der Forschung vorenthielt [2]), längst zurückgekommen ist, auf Grund der archivalischen Quellen mit Sicherheit behaupten können. Die Stellung Sachsens war beim Tode des Kaisers eine sehr eigentümliche.

An der Frage der pragmatischen Sanktion war es auf das allerlebhafteste interessiert. Die Königin von Polen und Kurfürstin von Sachsen Maria Josepha war die älteste Tochter Kaiser Josephs II., und prinzipiell hätte man ja, falls überhaupt weibliche Erbfolge bei dem Fehlen der männlichen eintreten sollte, für die Tochter des älteren Bruders vor der des Jüngeren den Vorrang beanspruchen können. Allerdings stand dem der Sondervertrag der pragmatischen Sanktion, der die Erbtochter des jüngeren Bruders bevorzugte und den auch Sachsen garantiert hatte, entgegen, doch konnten immerhin, falls dieser Familienpakt aus irgendwelchem Grunde hinfällig wurde, jene Erbrechte wiederum zur Geltung kommen und zum wenigsten den Anspruch auf eine besondere Entschädigung begründen.

In der That war der leitende Minister in Dresden Graf Brühl entschlossen, den Ereignissen nach dem Tode des Kaisers nicht unthätig zuzusehn. Er hatte schon, bevor dieser Fall eintrat, in Berlin erklären lassen, Sachsen würde nicht

---

[1]) An Podewils, den 17. März. „La malice et l'envie des Saxons l'ont couvée"; Polit. Korresp. I, 207.

[2]) Die Klage hierüber ist aus Rankes „9 Büchern preußischer Geschichte" in die neue Bearbeitung (Werke XXVII, 416 Anm.) unverändert herübergenommen worden.

den ersten Schritt thun zu einem Bruche der pragmatischen Sanktion, werde aber alles ins Werk setzen, um seine Rechte geltend zu machen, für den Fall, daß andere die gedachte Sanktion antasten wollten [1]), und mit König August III., als dieser im Herbst nach Warschau übersiedelte, eine Mobilisierung der sächsischen Armee sogleich auf die Nachricht von dem Tode des Kaisers verabredet [2]).

Man wird zugestehen müssen, daß ein sächsischer Minister unter den obwaltenden Umständen und gegenüber den ziemlich offenkundigen Absichten Bayerns den Versuch einer Geltendmachung auch der sächsischen Ansprüche kaum hätte unterlassen können, für Brühl, der sich über die Mißliebigkeit seines heillosen Regiments doch nicht ganz und gar täuschen konnte, hatte es eine erhöhte Bedeutung, sich durch das Gelingen einer Gebietsvergrößerung ein neues Relief zu verschaffen, und der Einfluß, der sonst dem seinigen in manchen Stücken die Wage zu halten vermochte, der der Königin und ihres Beichtvaters, des Jesuitenpaters Guarini, wendete sich in diesem Stücke nicht gegen ihn. Ja Sachsen hatte sogar für diese Eventualität sich eine mächtige Bundesgenossenschaft gesichert. Als im Anfange des Jahres 1739 August III. sich herbeigelassen hatte, dem Günstlinge der russischen Kaiserin, Biron, die Belehnung mit dem Herzogtume Kurland zu erteilen, hatte dieser die Gunst durch eine geheime Deklaration erkauft, dahingehend, daß, falls beim Tode des Kaisers „mächtige Höfe“ die österreichische Succession bestreiten sollten, auch Sachsen seine Ansprüche erheben und Rußland dieselben mit gewaffneter Hand unterstützen werde [3]).

Es leuchtet ein, wie sehr Sachsen im eigensten Interesse wünschen mußte, daß die pragmatische Sanktion überhaupt fraglich und bestritten würde. In einer der preußischen im Grunde sehr ähnlichen Situation hatte es also von dem Tode des Kaisers eine Trübung der Verhältnisse zu hoffen gehabt, welche ihm einen lohnreichen Fischzug verbürgen konnte, ein politisches Ziel diametral entgegengesetzt dem Englands, das nicht minder lebhaft eine prompte und glatte Ausführung des pragmatischen Erbvertrages ersehnte.

Man schien sich auch in Dresden dieser Ähnlichkeit der ganzen Lage vollständig bewußt zu sein, und bei dem Tode des Kaisers wünschte Brühl nichts lebhafter als im Verein mit Preußen vorzugehen, um sich wie dieses von der Erbin Karls VI. den zu leistenden Beistand durch eine geeignete Landabtretung abkaufen zu lassen [4]), und beeilte sich Bülow mit Anträgen dieser Art nach Berlin abzusenden.

Nun war aber das Konzept Brühls durch die Ereignisse mehrfach verrückt. Wenn man in Dresden, als man die nicht unerwartet kommende Nachricht von dem Tode der Kaiserin Anna erhielt, sich damit trösten konnte, daß dieselbe über das Grab hinaus ihrem Günstlinge Biron, dem Gönner Sachsens, die Herrschaft zu sichern versucht habe, so dauerte diese Freude bekanntlich nicht

---

1) Brühl an Manteuffel, den 20. Oktober 1740; Dresdner Archiv.

2) Der Befehl zur Mobilmachung datiert aus Warschau vom 28. Oktober. Vgl. den Aufsatz des Major Winkler hierüber: Sächsisches Archiv VII, 264.

3) Anführung bei Droysen V, 1. S. 166.

4) So urteilen die preußischen Gesandten in Dresden, Finkenstein und Ammon. Bericht vom 20. Dezember 1740; Berliner St.-A.

lange, und nach dem Sturze Birons konnte es troß der persönlichen Beliebtheit des sächsischen Gesandten Lynar bei der Regentin [1]) doch bedenklich erscheinen, zu eifrig auf die Vollführung einer Verabredung zu drängen, die dem jetzt regierenden Nebenbuhler und Feinde des gestürzten Ministers nur zu leicht als mehr von dem persönlichen Interesse Birons als dem seines Staates diktiert erscheinen konnte. Wie eifrig man sich auch bemühte die Freundschaft mit Rußland weiter zu pflegen, zu der früheren Intimität wollte es doch nicht mehr kommen.

Ferner kam dann die überraschende Kunde von Friedrichs Entschlusse, ohne weiteres in Schlesien einzurücken. Auf diesem Wege hätte Sachsen unter keinen Umständen folgen können, denn es war nicht gerüstet, und sehr unwillig sah Brühl den Nachbar und Nebenbuhler auf diese Art einen mächtigen Vorsprung gewinnen. Natürlich machte man gute Miene dazu, Bülow warb eifrig um Preußens Freundschaft, der in Paris beliebte Poniatowsky ward im Vereine mit dem sächsischen Diplomaten Fritsch Anfang Dezember an Fleury abgesendet; auf der anderen Seite aber horchte man in Wien hin, ob man wohl für die Zusicherung sächsischen Beistandes gegen Preußen einige böhmische Grenzkreise abgetreten erhalten könnte.

Auf das allerentschiedenste aber lehnte dies Österreich ab, fest daran haltend, von Sachsen auf Grund des Vertrages von 1733 Waffenhilfe zur Erhaltung der pragmatischen Sanktion mit vollstem Rechte verlangen zu können; den Lohn dafür habe Sachsen aber damals in der polnischen Krone, die Karl VI. einst nicht ohne große Anstrengungen und Opfer August III. verschafft habe, im voraus erhalten. Eine tiefer gehende Verstimmung trennte infolge dieser Meinungsverschiedenheit die beiden Höfe.

Die Königin ließ in Dresden erklären, sie sei erstaunt, daß man hier Abtretungen begehre; um solchen zu entgehen, fordere sie ja eben die vertragsmäßige Hilfe von Sachsen; wenn sie sich zu Länderentäußerungen verstehen wolle, könne sie ja jeden Augenblick den Frieden mit Preußen und sogar die Bundesgenossenschaft dieser Macht haben. Mochte diese Äußerung König August aufs tiefste verstimmen, das Argument selbst war doch kaum anfechtbar; selbst Brühl konnte sich darüber doch nicht täuschen, daß es ein vorteilhafteres Geschäft sei, die stattliche in vollster Kriegsrüstung in Schlesien stehende Armee König Friedrichs um ein Stück Schlesien zu gewinnen, als um ein Stück Böhmen die kleinere und bei der chronischen Geldklemme Sachsens noch lange nicht ausgerüstete sächsische Armee. In der That hing seitdem fort und fort der Gedanke an die Möglichkeit eines schnellen Vergleichs zwischen Österreich und Preußen, der ja unzweifelhaft Sachsen hatte ganz leer ausgehen lassen, wie ein Damoklesschwert über dem sächsischen Minister, der dann auch bereits unter dem 16. Dezember 1740 als Vorbedingung der sächsischen Bundesgenossenschaft von Österreich eine offene Darlegung des Standes der Unterhandlungen mit Preußen verlangt [2]).

Dazu kam noch etwas anderes. Der Einfluß, der am sächsischen Hofe

---

[1]) Nicht in gleichem Maße bei den russischen Ministern, wie der englische Gesandtschaftssekretär du Vignau unter dem 4. Dezember berichtet; Londoner Record office.

[2]) Arneth, M. Th. I, 197.

dem des Ministers unter Umständen die Wage halten konnte, der der Königin und ihres Beichtvaters, hatte zwar bereitwillig sich ihm zur Seite gestellt in dem Streben Sachsen beim Tode des Kaisers einen Landgewinn zu verschaffen, war aber durch das preußische Unternehmen auf Schlesien von diesem Wege abgedrängt worden. In der Königin wirkte das österreichische Blut und religiöser Eifer zusammen, um sie mit Entrüstung über den Schritt des Königs von Preußen zu erfüllen. Als sie um jene Zeit aus Warschau nach Dresden zurückkehrte, hatte sie es sich, wie sie selbst sich rühmte, weder Zeit noch Umwege verdrießen lassen, um nur nicht den Anblick eines jener verhaßten preußischen Soldaten auf schlesischem Boden ertragen zu müssen [1]. Über Pater Guarinis Gesinnung konnte kein Zweifel sein. Sein Orden, die Gesellschaft Jesu, hatte sich mit Schlesien zu viel Mühe gegeben, um nicht mit wahrem Entsetzen an die Möglichkeit zu denken, daß dieses mit solchen Anstrengungen den Gegnern zum Teil abgerungene Land nun wieder in die Hand eines ketzerischen Königs fiel, und wo für den Pater solche Rücksicht in die eine Wagschale fiel, mußte die andere mit allen sächsischen Interessen federleicht in die Höhe schnellen [2]. Von diesen Seiten also drängte man zur Unterstützung Österreichs um jeden Preis; ein Programm sehr wenig nach dem Geschmacke Brühls, der auf diesem Wege nicht nur die Gebietsvermehrung, sondern auch noch eine andere kühne Hoffnung in nichts zerfließen sah.

Brühl hatte nämlich auch noch eine andere Saite auf seinem Bogen. Er dachte alles Ernstes daran, die Kaiserkrone des römischen Reiches an sein Fürstenhaus zu bringen, da diese doch Maria Theresia, wenn sie auch sonst die Erbschaft ihres Vaters ganz in Besitz nahm, der Reichsverfassung entsprechend in keinem Falle tragen durfte. Es war nicht allzu schwer gewesen, den König von Polen und selbst seine Gemahlin für diesen Gedanken zu erwärmen, wie es ja in der That kaum einen Hof geben konnte, wo Fürst oder Minister ihrem Wesen nach so qualifiziert waren, den äußeren Schimmer und das festliche Gepränge, das damals bereits als das Beste an der römischen Kaiserwürde angesehen werden konnte, zu würdigen.

Die eigentliche Chance der sächsischen Kandidatur sah Brühl darin, daß dieselbe im Grunde beiden Parteien im Reiche, der zu Frankreich neigenden und der österreichischen, genehm sein könnte; jene könnte vielleicht zu überzeugen sein, daß ein notorisch von Frankreich beherrschter Kandidat, wie der Kurfürst von Bayern, niemals die Majorität der Kurstimmen gewinnen würde, während man dagegen in der Erhebung Sachsens wenigstens das große Resultat erblicken könnte, die Kaiserkrone dem Hause entwunden zu haben, in dem sie seit mehr als drei Jahrhunderten erblich gewesen; auf der anderen Seite hätten die österreichisch gesinnten Reichsfürsten doch immer das befreundete Sachsen dem feindlichen Bayern vorzuziehen Ursache gehabt. Und ebenso schien Sachsen in konfessioneller Hinsicht nach beiden Seiten hin genehm sein zu können. Während der Hof den Katholiken die besten Garantieen

---

[1]) Arneth I, 198.

[2]) Jaxtheim, der österreichische Gesandte in Hannover, ein Schwager Neippergs, und mehr der Partei des Großherzogs als der Bartensteinschen Richtung zugewandt, äußert sich in Hannover sehr ungünstig über Guarini: „Derselbe habe Nebenabsichten und figuriere sich gar im Religionsinteresse.“ Vortrag vom 3. März; Archiv zu Hannover.

bot, mochten doch auch die Protestanten sich einen Fürsten gefallen lassen, dessen Gesandter im Corpus evangelicorum präsidierte, und welcher der Religionsübung seiner größtenteils protestantischen Einwohner niemals zu nahe getreten war [1]). Außerdem prahlte Brühl, wenn ein Kaiser beständig 30,000 Mann auf den Beinen halten könne, wie dies sein Souverän vermöge, werde er mehr für das Reich thun können, als das Haus Österreich, das nie so viel für das Reich aufgewendet, dasselbe vielmehr immer in seine den Reichsinteressen fremden Kriege verwickelt habe [2]).

Auch diesen Plänen stellte sich Österreich mit kaum geringerer Schroffheit entgegen, als in der Sache der Abtretungen. Am Wiener Hofe durfte man gar nicht einmal von diesen Ideeen sprechen. Maria Theresia machte ein Hehl ebenso wenig aus ihrem Wunsche, ihren Gemahl, den Großherzog Franz von Toscana, zum Kaiser gewählt zu sehen, wie daraus, daß die unmittelbar nach dem Tode ihres Vaters gethanen Schritte, die nicht ohne Verletzung der pragmatischen Sanktion thunliche Ernennung des Großherzogs zum Mitregenten, sowie die Übertragung der böhmischen Kurstimme auf denselben, deren Berechtigung nach den Grundsätzen der Reichsverfassung gleichfalls bestreitbar war, jenem Zwecke dienen sollten. Die formelle Anfechtbarkeit beider Maßregeln gab Sachsen willkommenen Vorwand, dem Wiener Hofe, der sich so wenig willfährig zeigte, nun auch als Reichsvikar sich streng gegenüberzustellen und die verfassungsmäßige Unzulässigkeit jener von Maria Theresia getroffenen Maßnahmen zu betonen. Kurz, das Verhältnis zwischen Sachsen und Österreich war am Beginne des Jahres 1741 fast feindlich geworden.

Allerdings hätte ja Brühl sich wohl bereit finden lassen, einen der beiden Punkte seines politischen Programms, die Gebietsvergrößerung oder die Kaiserwürde zugunsten des anderen zu opfern; aber beides aufzugeben und Österreich ganz uneigennützig zu helfen, aus katholischem Eifer, wie Guarini, aus Liebe zu Österreich wie die Königin, oder aus Haß gegen Preußen, wie Georg II. wollte, dazu hatte er sehr wenig Neigung, und da man in Österreich nur stolze Zurückweisungen und in London nur unfruchtbare Deklamationen gegen Preußen hatte, war es nicht zu verwundern, daß Brühl an andere Thüren klopfte.

Aber auch in Paris erzielten die sächsischen Gesandten nicht besondere Resultate. Wohl behandelte der Kardinal Fleury den Fürsten mit auszeichnender Freundlichkeit, betonte lebhaft den Wert, den er auf die Freundschaft des Königs von Polen lege, aber für die sächsische Kaiserkandidatur hatte er begreiflicherweise kein Wort der Aufmunterung, wie hätte er den alten Verbündeten Frankreichs, Bayern, dem ferneren, nie in solcher Abhängigkeit zu haltenden Sachsen aufopfern sollen.

Und natürlich dachte ebenso wenig König Friedrich daran, die brandenburgische Kurstimme, die er bei den Unterhandlungen, sei es Österreich, sei es Frankreich gegenüber, in der That besser verwerten konnte, Sachsen zur Disposition zu stellen.

Ungleich bessere Chancen fand auf diesen Seiten der Wunsch einer Ge-

---

1) Diese Motive macht der sächsische Gesandte in London geltend.

2) Von dem Busche, den 20. Februar; Archiv zu Hannover.

bietsvergrößerung. Wenn der Kardinal nach seiner Art auch hierin sich zurückhaltender zeigte, so erklärte dagegen der König von Preußen bereits am 26. Dezember in seinem Hauptquartier zu Herrendorf vor Glogau unter dem frischen Eindrucke österreichischer Ablehnungen mit größter Offenheit dem Gesandten: „Sachsen kann thun, was es will, nur möge es sich entscheiden; Preußen ist stark genug, um seinen Weg allein zu gehen, aber es verlangt zu wissen, woran es ist. Man möge sich in Dresden die Sache wohl überlegen. Was kann Österreich bieten? Kaum einige Ämter in Schlesien, die man Mühe haben dürfte, mir abzunehmen; ich aber biete ein gutes Stück von Böhmen.“ [1])

Das klang ganz schön, und Brühl hätte vielleicht trotz aller traditionellen Eifersucht auf Preußen und trotz der tiefbegründeten Abneigung, welche der sybaritische Höfling gegen den spartanischen Soldatenstaat an der Spree hegte, auch aus Preußens Hand den gewünschten Landerwerb genommen, hätte er nur gekonnt, wie er wollte, und nicht die Hofströmung zu fürchten gehabt. Gewiß ist, daß Bülow unter dem 1. Januar 1741 den Auftrag erhielt, zwar dem Drängen Preußens durch die Erklärung auszuweichen, die Konvention mit Rußland von 1739 verpflichte Sachsen, ohne Wissen dieser Macht kein neues Bündnis einzugehen, und überhaupt nicht allzu große Beflissenheit an den Tag zu legen, dabei aber doch vorsichtig zu sondieren, ob Preußen wohl geneigt sein würde, das Stück Niederschlesien, das Sachsen zur Verbindung mit Polen brauche, herzugeben, was dann allerdings keinen großen Erfolg haben konnte.

Es bestand, wie schon einmal angedeutet wurde, eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der Stellung Preußens und der Sachsens beim Tode Karls VI. Beide hofften von einer europäischen Verwickelung eine Gelegenheit zu eigener Vergrößerung. Interessant ist es nun, wahrzunehmen, wie Sachsen sogar den Weg, den Preußen eingeschlagen, auch seinerseits zu betreten gewünscht, ja sogar in gewisser Weise versucht hat. Es kam Brühl der Gedanke, sein Kurfürst könne das beanspruchte Stück von Böhmen in seiner Eigenschaft als Reichsvikar besetzen, um, wie man sagte, dasselbe im eigenen Interesse Maria Theresias vor allen Eventualitäten, die aus den bayerischen Intentionen hervorgehen könnten, zu sichern [2]). Bereits Anfang Januar macht Brühl dem österreichischen Gesandten vorsichtige Eröffnungen darüber, König August gedenke zunächst als Reichsvikar Truppen an der böhmischen Grenze zu konzentrieren, um Preußen gegenüber einen guten Vorwand zu haben, und Khevenhüller berichtet ganz arglos darüber [3]). Nicht im entferntesten hätte irgendein moralisches Bedenken abgehalten, den so hart getadelten Vorgang Preußens nachzuahmen; jedoch wie dieses ganz selbständig vorzugehen, dazu fand man weder den Entschluß noch die Mittel, und als man den Gedanken bei dem Bundesgenossen in London anregte, erhielt man, wie zu erwarten war, die Antwort, vor solchem Schritte müsse man auf das entschiedenste warnen, wofern nicht Österreich ausdrücklich seine Zustimmung gäbe [4]).

---

[1]) Bülow, den 28. Dezember 1740; Dresdner Archiv.
[2]) Brühl an Utterodt, den 7. Januar; Dresdner Archiv.
[3]) Den 7. Januar; Wiener Archiv.
[4]) Utterodt, den 24. Januar; Dresdner Archiv.

So übel sah es mit Brühls Plänen aus. Den Weg, auf welchem ihm allein ein Gewinn zu winken schien, ließ man ihn nicht gehen, und auf der Seite, nach der man ihn drängte, fand er nichts als kahle Ablehnungen. Inzwischen verstrich Zeit und Gelegenheit. Es war kein Wunder, wenn er mißmutig ward.

Aber auch auf der anderen Seite war man kummer- und sorgenvoll. Die Königin und Guarini wußten recht wohl, daß Friedrich August doch an jenen Plänen Brühls zu viel Geschmack gefunden hatte, als daß man hätte hoffen können, ohne weiteres über dieselben hinweggehen zu können.

Eine mitfühlende Seele fand der sächsische Hof für seine Bekümmernisse in der Person des russischen Gesandten v. Kaiserling. Dieser, wie sein Freund und Gönner Prinz Biron ein Kurländer, hatte dessen Sturz überdauert, geschützt durch manche schätzbare Eigenschaften, so z. B. weitreichende Verbindungen unter den polnischen Magnaten, mit denen er ganz besonders gut umzugehen wußte, und nicht minder durch seine große Beliebtheit am Dresdner Hofe. Er war mit diesem in der That so eng liiert, daß man nach seiner Ablehnung von dem Gesandtschaftsposten erwartete, er werde in sächsische Dienste treten oder wenigstens als Privatmann in Dresden wohnen bleiben [1]).

Während man in Petersburg jene geheime Punktation von 1739, welche Sachsen beim Tode des Kaisers gewisse Vorteile in Aussicht stellte, eigentlich wie eine persönliche Schuld Birons anzusehen schien, für die man nicht aufzukommen habe, hielt Kaiserling daran fest und zeigt sich gern bereit, auf jede Weise die Hand dazu zu bieten, Sachsen auf eine oder die andere Art einen Gewinn zu verschaffen.

So nimmt er denn die Unterhandlungen zwischen Sachsen und Österreich, welche vonseiten der letzteren Macht an der Stelle des altersschwachen Grafen Wratislaw seit Ende des Jahres 1740 der außerordentliche Gesandte, Graf Khevenhüller, führte, in seine Hand. In seinem Hause werden sie nun im Januar 1741 gepflogen zwischen dem erwähnten Gesandten Brühl und dem (charakteristisch genug!) nie fehlenden Jesuitenpater Guarini, während der englische Gesandte Villiers auf Urlaub abwesend erst hergerufen werden mußte.

Freilich schienen die Unterhandlungen sehr wenig Erfolg zu versprechen. Von einer Landabtretung in Böhmen, an welcher Brühl festhielt, mochte man in Wien durchaus nichts hören. Umsonst bemühte sich der neue österreichische Gesandte, Graf Khevenhüller, wenigstens kleine Konzessionen auszuwirken. Auch er war kein Freund des sächsischen Hofes und der drei Persönlichkeiten, welche hier den Ton angeben, Brühl mit seinem Adjutanten, Geheimrat Hennicke, und Guarini [2]), und erwartete nicht allzu viel von dem militärischen

---

[1]) Von dem Busche, den 21. März; St.-A. zu Hannover.

[2]) Als Probe der Art, wie man sich über die leitenden Persönlichkeiten äußerte, mag folgende Stelle über Geheimrat Hennicke hier Platz finden, die übrigens nicht einem Privatbriefe, sondern einem der offiziellen Berichte an den Großkanzler (vom 6. Januar) entnommen ist: „Was den Hennicke betrifft, hat selber vormals die Liberey getragen, die Gunst der Favoriten u. s. w. allerhand Intriguen zur Last des armen Volkes und Schaden des Publikums mittelst gemachter Projekte Geld zu erwerben gewußt, gleichwie nun dergleichen niederträchtige Gemüter immer gewinnsüchtig und

Beistande dieser Macht; aber für die Kaiserwahl schien die Stimme des Reichsvikars doch von erhöhter Bedeutung, und gerade diese Sache lag dem Grafen, einem der treuesten Verehrer des Großherzogs, ganz besonders am Herzen. In den Schreiben an diesen, in denen doch zuweilen ein vertrauterer Ton angeschlagen wird, beschwört er ihn, irgendwelche Konzessionen für Sachsen auszuwirken, da ohne solche der Dresdner Hof nicht zu gewinnen sein werde [1]).

Es lag nahe, daß man in dieser Verlegenheit nach dem Auskunftsmittel griff, die Entschädigung an Land und Leuten, welche Sachsen nun einmal verlangte, und die Österreich nicht gewähren wollte, auf Preußen anzuweisen und diese Macht als die Urheberin der Friedensstörung, auch die Kosten tragen zu lassen.

Es ist nicht ohne Interesse, der Entwickelung dieses Gedankens einer Teilung Preußens einen Augenblick nachzugehen. Die Urheberschaft wird man unbedenklich König Georg II. zuschreiben dürfen, der schon in einer am 16. Dezember 1740 dem sächsischen Gesandten erteilten Audienz diesem den Rat giebt, Sachsen möge bestimmt darauf ausgehen, den gewünschten Landerwerb auf Kosten Preußens zu erlangen [2]), und auf diese Idee wiederholt und mit Vorliebe zurückkommt [3]), und bald auch Österreich gegenüber von seiner Absicht von Preußen Conquêten zu machen spricht [4]).

Als Ende Januar 1741 die Mitwirkung der Generalstaaten bei der an Preußen zu richtenden Aufforderung seine Truppen aus Schlesien zurückzuziehen in England als gesichert angesehen wurde, läßt König Georg seinem hannöverschen Ministerium melden [5]), falls jener Schritt bei Preußen erfolglos bleibe, würden die Seemächte im Vereine mit Sachsen und Rußland wohl ohne Säumen offensiv gegen Preußen vorzugehen und im halberstädtischen und magdeburgischen Gebiete Posto zu fassen nicht umhin können, und es solle Sachsen zugesichert werden, daß man ihm seine Eroberungen an der Seite gegen die Oder hin gern gönnen wolle, „sowie dieselben uns die unsrigen an der Seite der Elbe gönnen würden“.

Freilich war das zunächst nur Georgs persönliche Ansicht; schon das hannöversche Ministerium antwortete auf des Königs direkte Frage, welche Konvenienzen wohl hauptsächlich in Aussicht zu nehmen seien, kühl genug [6]), es empfehle sich Osnabrück und Hildesheim, und von den preußischen Besitzungen könnten ebensowohl das mindensche wie das magdeburgische oder halberstädtische Gebiet in Frage kommen; doch scheine es bedenklich, damit zu früh hervorzukommen, es ginge, wenn Österreich sich in dem mit ihm abzuschließenden Bündnisse verpflichte, etwaige Preußen durch Hannover abge-

---

interessiert seiend, also wird man diesen Mann auf keine andere Weise als mit Offerierung einer namhaften Summe Geldes in Ew. Königl. Majestät Interesse ziehen können.“ (Wiener St.-A.)

1) Z. B. den 6. und den 20. Januar.

2) Utterodt, den 30. Dezember 1740; Dresdner Archiv.

3) Utterodt, den 24. Januar 1741. 14. Februar.

4) Bericht Osteins vom 13. Februar; Arneth, Maria Theresia I, 391 u. 392, Anm. 6 u. 10.

5) Den 31. Januar (neuen Stils); Archiv zu Hannover.

6) Den 10. Februar; ebd.

nommene Eroberungen diesem zu gönnen und zu ihrer Behauptung mitzuwirken.

Als nun von König Georg an Sachsen die wiederholte Aufforderung kam, die Entschädigungen, die es verlange, auf Kosten Preußens anzustreben [1]), wollte dieselbe den Grafen Brühl wenig anmuten; die böhmischen Kreise lockten ihn ungleich mehr, aus dem einfachen Grunde, weil zu ihrer Erwerbung es nur eben der Nachgiebigkeit einer schwerbedrängten Herrscherin bedurfte, während, um Sachsen Eroberungen auf Kosten Preußens zu verschaffen, erst die vollständige Niederwerfung dieser Macht vorausgehen mußte, durch einen voraussichtlich schweren Krieg, zu dem er der sich bildenden Koalition nicht recht die Kraft zutraute.

Anders urteilte die mit ihm rivalisierende Hofpartei, Guarini und die Königin, schon weil ihnen das Mittel, die Niederwerfung Preußens, mindestens ebenso sehr am Herzen lag, als der Zweck, die Vergrößerung Sachsens. Wenn sie daran verzweifelt hatten, den König, der persönlich verstimmt gegen Österreich schien, für eine uneigennützige Unterstützung dieser Macht zu gewinnen, so lag doch die Sache anders, wenn man ihm eine ansehnliche, wohlgelegene Landerwerbung als Preis dieser Hülfe zeigen konnte; daß eine Schwächung Preußens, des jetzt doppelt gefährlich scheinenden Nebenbuhlers noch besonders im Interesse Sachsens liegen mußte, davon den König zu überzeugen, konnte nicht schwer fallen.

Von größter Bedeutung für diese Bestrebungen mußte nun werden, daß der russische Gesandte Kaiserling sie unterstützte, nicht allein wegen des persönlichen Einflusses, den derselbe auf Friedrich August übte, sondern mehr noch, weil derselbe im Namen der russischen Großmacht zu sprechen befugt war. Von England war die Anregung zu der Teilung Preußens ausgegangen; wenn jetzt auch Rußland zustimmte und seine Waffen mit denen Österreichs vereinigte, so konnte man die Niederwerfung Preußens wohl als höchst wahrscheinlich ansehen.

Indem Kaiserling dem zustimmte, überschritt er nun allerdings seine Instruktionen in einer nicht zu rechtfertigenden Weise. Daß im Januar 1740, wo Münnich das Ruder des Staates in Händen hatte, man in Petersburg keine Vollmacht erteilt hat, über eine Teilung Preußens zu unterhandeln, braucht nach dem früher Dargestellten kaum noch erwiesen zu werden. Münnich hat über die ganze Sache noch in einem späteren vorgerückteren Stadium derselben einfach gespottet, über die Teilung der Haut des Bären, ehe man das Tier erlegt [2]), und nicht mit Unrecht erklärt, Kaiserling hätte zehnfach seinen Kopf verwirkt [3]).

Freilich kann immer noch fraglich bleiben, ob Kaiserling, der bei den prekären und wechselnden Verhältnissen seines Hofes allerdings vielfach, namentlich im strengen Winter, ohne bestimmte Direktiven von Hause geblieben ist, nicht doch in gewisser Weise bona fide gehandelt und einfach aus den früheren Verpflichtungen Rußlands für die pragmatische Sanktion Konsequenzen gezogen hat, die dann unter dem Einflusse des Wunsches dem noch befreundeten

---

[1]) Vgl. die schon erwähnten Berichte Utterodts vom 14. Januar und 14. Februar.
[2]) Finch, den 28. Februar; Londoner Archiv.
[3]) Lynar, den 31. Januar; Dresdner Archiv.

sächsischen Hof unter allen Umständen eine Entschädigung zu verschaffen, immer weitgehender wurden.

Gewiß ist, daß eben bereits im Januar und noch vor der Rückkehr des englischen Gesandten das Teilungsprojekt eine bestimmtere Fassung erhalten hatte. Nach verschiedenen Konferenzen zwischen Brühl und den österreichischen Gesandten, deren einer sogar der König von Polen beigewohnt, die aber sämtlich resultatlos geblieben, erscheint in einer Besprechung zwischen Kaiserling, Brühl und Guarini am 21. Januar 1741 für Sachsen in Aussicht genommen Magdeburg, Halle, das Fürstentum Crossen und alles, was Preußen in der Niederlausitz besitzt, außerdem der dritte Teil aller sonstigen von Preußen zu machenden Conquêten; daneben figurieren noch als Ersatz für die aufzuwendenden Kriegskosten von Österreich der Leitmeritzer, Schlanyer und Saazer Kreis, das letztere die von Brühl mit Zähigkeit festgehaltenen Forderungen, die jedoch, von Österreich aufs entschiedenste verweigert, jetzt durch die preußischen Conquêten in den Schatten gestellt und verdrängt werden sollten. Auf dieser Grundlage übernimmt es Kaiserling, einen Ausgleich mit Österreich zu vereiteln [1]).

Die Aussicht auf die preußische Beute schien in den Dresdner Hofkreisen so verlockend, daß sich das Geheimnis nicht streng bewahren ließ; wenige Tage bereits nach jener Konferenz klagt der englische Legationssekretär Du Vigneau, die preußischen Gesandten Finkenstein und Ammon hätten ihm mit Fragen wegen eines angeblichen Offensivbundes gegen Preußen arg zugesetzt [2]).

So lagen die Dinge, als am 16. Februar der mit Ungeduld erwartete englische Gesandte Sir Villiers in Dresden eintraf. Die ihm mitgegebenen Instruktionen [3]) verpflichteten denselben, Sachsen für die große Allianz gegen Preußen zu gewinnen unter Hinweis auf die zahlreichen und mächtigen Alliierten, England-Hannover, das 12,000 Mann bereit habe, Holland, das entrüstet über das Verfahren Preußens sei, Rußland, von welchem 30,000 Mann zu erwarten seien, Dänemark, das dem Grafen Ostein sein Festhalten an der pragmatischen Sanktion erklärt habe, und dazu die ganze Macht Österreichs. Nach dem Willen seines Königs, versicherte er, habe er ungesäumt auf ein Konzert hinzuwirken, geeignet, die Staaten des Hauses Österreich in ihrer Totalität zusammenzuhalten und den König von Preußen niederzuwerfen [4]).

Zur speziellen Anlockung Sachsens bot die Instruktion nicht viel, hinsichtlich des Landgewinnes nur eine allgemeiner gehaltene Verweisung auf Gelegenheiten zu Konvenienzen, welche die Eventualitäten des Krieges bringen könnten und bezüglich der Kaiserhoffnungen die weitaussehende Vertröstung auf den Fall, daß Maria Theresia ohne männliche Erben stürbe.

Gleich am Tage seiner Ankunft suchte Villiers Brühl auf, fand ihn jedoch wenig günstig disponiert, vor allem lebhaft erzürnt über das, was derselbe als den österreichischen Hochmut bezeichnete. Den Auseinandersetzungen über

---

1) Dresdner Archiv.
2) Londoner Record office.
3) Vom 23. Januar; ebd.
4) „pour écraser le roi de Prusse“; Wratislaw und Khevenhüller, den 16. Februar 1741; Wiener Archiv.

die Notwendigkeit, dem Ehrgeize Preußens entgegenzutreten, stimmte Brühl zu, erklärte aber unumwunden, daß er ebenso wenig auf die Ehrlichkeit der Dänen, als auf die Courage der Holländer und die Beständigkeit Rußlands vertraue („wie er über England dachte, verbot die Höflichkeit zu sagen"). Ein klein wenig hoffnungsvoller äußerten sich tags darauf der König und Guarini; Friedrich August erwartete Entschädigung für Sachsens Ansprüche und die aufzuwendenden Kosten von der Freundschaft des Königs von England [1]). Hier saß eben der Köder der preußischen Conquêten schon leidlich fest.

Villiers ging unverweilt daran, das schwierige Geschäft der Vermittelung zwischen Österreich und Sachsen, nachdem der Kaiserlingsche Versuch vom 21. Januar an der Ablehnung des Wiener Hofes einfach gescheitert war, von neuem aufzunehmen. Die österreichischen Gesandten, die er noch am 16ten aufsuchte, fand er ängstlich und mißmutig über die Unnachgiebigkeit ihres Hofes, deren Schuld sie auf Bartenstein schoben, der allzu sehr auf Frankreich vertraue; sie hofften auf des Großherzogs Vermittelung, versprachen auch noch, die Nacht einen Kurier nach Wien zu senden.

Wiederholt klagt der Gesandte, wie schwierig sein Vermittleramt, wie erregt die Leidenschaften auf beiden Seiten seien. Nach vielen Konferenzen hat er dann mit Brühl und Guarini einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, in welchem Sachsen vielerlei zusagt: Anerkennung der Korregentschaft und der böhmischen Kurstimme, die sächsische Kurstimme für den Großherzog, Verteidigung der pragmatischen Sanktion mit allen Kräften unter der Voraussetzung der Mitwirkung von England, Rußland und den Niederlanden, wogegen Österreich die drei böhmischen Kreise abtreten, Sachsen einen Anteil an der preußischen Beute zusichern, eine Garantie der sächsischen Lande gegen Preußen übernehmen, eine freie Militärstraße durch Schlesien zur Verbindung Sachsens mit Polen gewähren und die Wahl des Königs von Polen zum römischen Könige zu betreiben versprechen sollte.

Aber als das Programm am 25. Februar den österreichischen Gesandten vorgelegt wird, bedauern diese, wegen der böhmischen Abtretungen, es ablehnen zu müssen, sofort würde sonst Bayern mit seinen noch stärkeren Prätensionen hervorkommen. Vergebens setzt der englische Gesandte auseinander, wenn man Sachsen gewinne, werde man Kraft haben, gleichzeitig Bayern und Preußen Widerstand zu leisten, und man dürfe doch auch nicht Sachsen, das sich bisher nicht feindlich gezeigt, auf gleiche Stufe stellen mit dem als Feind deklarierten Bayern. Khevenhüller weist schließlich einen Brief des Großherzogs vor, der jede Landabtretung als eine Verletzung der pragmatischen Sanktion ausschließt, und erklärt, nichts weiter thun zu können, als sich brieflich an den Großherzog zu wenden, um größere Konzessionen herbeizuführen [2]).

Die Ratlosigkeit ist groß; wenn auch Guarini zu verstehen giebt, Sachsen werde mit zwei böhmischen Kreisen, vielleicht auch mit noch weniger zufrieden

---

[1]) Villiers, den 19. Februar; Londoner Record office.

[2]) Dresdner Archiv: Acta, den Ausgleich mit der Königin von Ungarn betreffend, 1741. Villiers, den 26. Februar; Londoner Record office. von dem Busche nach Eröffnungen Villiers, den 26. Februar; Archiv zu Hannover.

sein, und Villiers sogar es für möglich erklärt, mit dem Grünberger Kreise und der Exspektanz der preußischen Lehen in der Lausitz dasselbe abzufinden, so erscheinen doch die Aspekten nicht günstig. Aus Petersburg droht die Abberufung Kaiserlings, ein bedenkliches Zeichen, und aus dem Haag kommen Nachrichten, als ob die Generalstaaten auf einen Waffenstillstand zwischen Österreich und Preußen hinwirkten, was dann den Kriegseifer sehr lähmen würde [1]). Ferner zeigt man sich in Rußland empfindlich über die Zumutung, möglicherweise russische Truppen einem Manne wie Neipperg anvertrauen zu sollen, der vom letzten Türkenkriege her in so schlechtem Andenken stehe. Alle diese Anstände hebt dann Brühl aufs stärkste hervor, als Zeichen geringer Geneigtheit bei den Alliierten, dadurch eben, wie Villiers urteilt, vor allem den eigenen üblen Willen bezeugend. Brühl wolle doch nicht einmal den so entschieden französisch gesinnten Fürsten Poniatowski, der zu großem Anstoße für die anderen Mächte fortwährend noch in Paris unterhandle, von dort abrufen, weil das den Kardinal zu sehr beleidigen könne. Der Minister habe erst neulich im Laufe einer lebhaften Unterredung gesagt, da es sich so schwer zeige, mit Österreich ins Reine zu kommen, werde er seinen König fußfällig bitten, sich als Kandidaten für die Kaiserwürde zu erklären [2]).

Anderseits hatte Österreich nunmehr auf Villiers' Vermittelungsvorschlag geantwortet, die ihm gemachten Konzessionen dankbarst angenommen, aber die Gegenleistungen verweigert und nur eine Entschädigung angeboten für das, was Sachsen über den Vertrag von 1732 hinaus leisten würde. Schließlich ist Khevenhüller in weiterer Verhandlung mit einem Vorschlage herausgerückt, zu dem sich Österreich vielleicht verstehen würde, und der seitens dieser Macht für jene Zusicherung Sachsens Folgendes in Aussicht stellt: „Einen Landstrich in der Lausitz zur Verbindung Polens mit Sachsen, freie Passage für das Krakauer Salz durch Schlesien, Begünstigung für den sächsischen Handel mit Krakau, Garantie aller sächsischen Kurrechte, und endlich Bevorzugung eines sächsischen Prinzen vor allen anderen der karolinischen Linie Verwandten für die Würde eines römischen Königs, falls die Wahl eines solchen den Alliierten beider Häuser notwendig erscheinen sollte.“ Kaiserling sucht nun Sachsen diesem Vorschlage geneigt zu machen, doch fürchtet Villiers, bei der großen Abhängigkeit dieses Staatsmannes vom sächsischen Hofe werde derselbe dort die notwendige Beschränkung der sächsischen Forderungen kaum durchsetzen [3]).

Aber Villiers begnügte sich nicht mit diesen Vermittelungsversuchen, sondern nahm unabhängig davon auch sogleich nach seiner Ankunft den Plan eines allgemeineren „Konzertes“ zum Schutze der pragmatischen Sanktion in Angriff.

Streng genommen folgte er bei diesem Schritte mehr noch den mündlichen Eröffnungen seines Königs, als der Instruktion des Ministeriums, die ihn eigentlich nur auf die Herbeiführung einer engeren Verbindung Englands mit Sachsen gegen Preußen hinwies, für welche in weiterer Linie allerdings auch der Bei-

---

1) Villiers, den 26. Februar und 1. März; Londoner Record office.
2) Villiers, den 1., 8. u. 12. März; ebd.
3) Villiers, den 15. März.

tritt anderer Mächte, Rußlands, der Generalstaaten, Dänemarks gehofft wurde und auch Sachsen in Aussicht gestellt werden sollte. Thatsächlich ist ja dann noch Mitte März Villiers ohne Instruktion zum Abschlusse des allgemeineren Konzertes.

Freilich mußte ihm sehr bald offenbar werden, daß die Sachen in Dresden wesentlich anders lagen, als man in London meinte, daß gerade Sachsen die allergrößten Schwierigkeiten machte, während z. B. der russische Gesandte Kaiserling sich dem Projekte höchst entgegenkommend zeigte.

Es konnte sich allerdings unter diesen Umständen empfehlen, anstatt, wie man in London beabsichtigt hatte, den Bund Englands mit Sachsen zum Krystallisationspunkte der ganzen Koalition zu machen, lieber den Plan gleich in größerem Rahmen zu entwerfen und darin Sachsen ohne weiteres mit einzureihen, wenn gleich unter Vorbehalt der näheren Bedingungen.

Man durfte hoffen, durch die Zustimmung der andern Mächte Sachsens Bedenklichkeiten zu besiegen, es gleichsam mit fortzureißen, wie denn der Entwurf eigentlich die Hauptsache demselben bereits über den Kopf nahm, dessen Beitritt zu der Koalition bestimmt voraussetzte und ihm nur noch zwischen zwei Alternativen die Wahl ließ.

In diesem Sinne verfaßte nun Villiers [1]) auf Grund eingehender Besprechungen namentlich mit den österreichischen Gesandten einen Entwurf, der uns erhalten ist, thatsächlich das einzige Dokument des so viel besprochenen „Konzerts“. Dasselbe hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Nachdem infolge des Einfalles des Königs von Preußen in Schlesien die Königin von Ungarn und Böhmen die vornehmsten Höfe Europas, die Stände des Reiches und insonderheit die Garanten der pragmatischen Sanktion um Hilfe ersucht hat, haben König Georg II. von England, Friedrich August König von Polen und Kurfürst von Sachsen, Johann Kaiser aller Reußen und endlich die Generalstaaten, von dem Wunsche geleitet die öffentliche Ruhe wiederherzustellen und ihre Verpflichtungen als Garanten der pragmatischen Sanktion zu erfüllen, sich entschlossen, mit der Königin von Ungarn die dienlichsten Maßregeln zur schleunigen Erreichung eines so heilsamen Endzweckes zu verabreden, und die zu diesem Zwecke bevollmächtigten Minister haben nun sich folgender Artikel verglichen.

---

[1]) Wenngleich die Autorschaft des englischen Gesandten nirgends positiv bezeugt ist, so kann doch über dieselbe kaum ein Zweifel obwalten. Wie Droysen (S. 225, Anm. 2) anführt, wurde der Entwurf noch im Februar durch das englische Ministerium nach Wien gesandt. Dies, und daß er aus Dresden kam, vorausgesetzt, kann man doch seinen Ursprung nur entweder im sächsischen Ministerium oder der Gesandtschaft von England oder Rußland suchen. An Sachsen zu denken verbietet aber absolut der gerade von dieser Macht handelnde Paragraph. Wenn Brühl sich mit solcher Alternative hätte einverstanden erklären wollen, wären die schwierigen Verhandlungen mit Österreich ganz überflüssig gewesen; wir dürfen ganz sicher sein, daß derselbe mit jenem Paragraphen nicht einverstanden gewesen ist, wenn er auch vielleicht in dem Bewußtsein, daß die Sache ja ohnehin durch Sonderverhandlungen erledigt werden müßte, nicht direkt protestiert hat. Ebenso wenig kann Kaiserling als Verfasser des Entwurfes in Frage kommen; haben wir doch schon wiederholt seine enge Verbindung mit dem sächsischen Hofe hervorgehoben, ein von ihm ausgehender Entwurf hätte sicherlich für Sachsen Günstigeres stipuliert; es wird daher der Ruhm der Autorschaft der englischen Gesandtschaft kaum bestritten werden können.

1. Die paktierenden Mächte erneuern die zur Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion von den einzelnen geschlossenen Verträge.

2. Ihr Zweck ist zunächst, die von dem König von Preußen gestörte Ruhe wiederherzustellen, dann dieselbe aufrecht zu erhalten und jeder neuen Störung vorzubeugen, kurz, einerseits die Zerteilung des von Karl VI. hinterlassenen Besitzstandes zu verhindern, anderseits die Verfassung und Sicherheit des Reiches aufrecht zu erhalten.

3. Andere Fürsten zum Beitritte zu diesem Bundesvertrage zu bewegen wird man sich bemühen.

4. Nachdem die Königin von Ungarn den vertragschließenden Mächten freigestellt, ob sie ihr ihre Hilfsvölker senden oder dem Angreifer den Krieg erklären wollten, haben England, die Generalstaaten und Rußland den letzteren Weg erwählt, und es gedenken England und die Generalstaaten vereinigt von der einen und Rußland von der andern Seite mit einer hinlänglichen Armee in die benachbarten Lande des ungerechten Angreifers einzufallen, womit sich Österreich vollkommen zufrieden erklärt hat.

5. Die Königin von Ungarn verspricht wider den gemeinsamen Feind wenigstens 14 Regimenter zu Fuß, 12 zu Pferde und 4 Regimenter Husaren zu stellen.

6. Da der Krieg auf die nachdrücklichste Weise wider den König von Preußen geführt werden soll, so versprechen die Alliierten, wenn derselbe sich gegen einen von ihnen mit ganzer Macht wendet, demselben jede mögliche Hilfe zuzuwenden.

7. Da sich der König von Polen als Kurfürst noch nicht entschieden hat, welchen Weg er einschlagen wolle, so haben die übrigen Bundesgenossen unter einander verglichen, daß, falls derselbe nur 6000 Mann der Königin zuhilfe senden wollte, es bei dem den 16. Juni 1732 geschlossenen Vertrage sein Bewenden haben solle. Wenn aber derselbe sich entschließen sollte, seine ganze Macht gegen den gemeinsamen Feind zu kehren, so solle er dann auch seinen Anteil an den von Preußen zu gewinnenden Eroberungen haben.

8. Die Alliierten versprechen nicht später als im nächstfolgenden Monat April sich in Bewegung zu setzen, schon weil die Königin von Ungarn sich in dem in § 6 erwähnten Falle befindet.

9. Zunächst soll dafür gesorgt werden, daß jeder das Seinige behält, also die Königin von Ungarn vollständig befriedigt wird; dafür macht dieselbe auf einen Anteil von den etwa dem Könige von Preußen abzunehmenden Eroberungen keinerlei Anspruch, wofern ihr das Ihrige mit vollständiger Entschädigung wieder verschafft wird.

10. Über die Teilung der von Preußen zu machenden Eroberungen soll eine besondere Vereinbarung unter den Alliierten entscheiden; doch erklärt die Königin von Ungarn, so wenig sie auf irgendwelchen Anteil an den Eroberungen Anspruch mache, so wenig dürfe ihr zugemutet werden, aus dem Ihrigen irgendeine Entschädigung zu gewähren, falls etwa wider Verhoffen die Eroberungen nicht gemacht werden sollten.

11. Der abzuschließende allgemeine Friede wird von allen Alliierten garantiert werden.

12. Gegenwärtige Konvention soll binnen 6 Wochen ratifiziert werden, ohne daß jedoch deswegen der in § 8 festgestellte Grundsatz, den König von

Preußen noch vor Ablauf des bevorstehenden April mit Krieg zu überziehen, einen Aufschub erfahren dürfe. [1]) —

Es kann kaum auffallen, daß in dem Entwurfe der auf Preußens Kosten zu machenden Eroberungen mit einer gewissen Zurückhaltung gedacht, und daß diese Frage einer späteren Konvention vorbehalten wird. Denn ganz abgesehen von der eingerückten nicht unbedenklichen Erklärung Österreichs, welches, auf jeden Anteil an jenen Eroberungen selbst verzichtend, doch zugleich auch jede Garantie für andere Alliierte nach dieser Seite hin ablehnte, hatte ein englischer Minister, wenn er gleich selbst recht wohl wußte, wie sehr das Herz seines Souveräns an den „preußischen Conquêten" hing, doch gegründete Ursache, mit Stipulationen einer Gebietsvergrößerung für Hannover, die er eventuell vor dem englischen Parlamente zu vertreten gehabt hatte, mit Rücksicht auf die in dem letzteren herrschende Eifersucht ganz ungemein vorsichtig zu sein.

Der Entwurf ward nun in London, Wien und Petersburg vorgelegt, und wir sahen bereits an anderer Stelle, wie derselbe am russischen Hofe gegen Ende Februar einen lebhaften Kampf zwischen den beiden Nebenbuhlern Münnich und Ostermann entzündete. Wir mögen hier noch hinzufügen, daß der letztere, wenn er gleich dem Projekte günstiger gegenüberstand, die Teilungspläne wiederum noch weiter modifizierte. Es lag ihm seitens Österreichs eine Erklärung vor, wie sie eigentlich ja auch schon in dem Entwurfe einen Ausdruck gefunden hatte. Diese hatte aber auch in Petersburg erklären lassen, die Königin von Ungarn wünsche nur das Ihrige zu bewahren, nicht anderen etwas zu nehmen, und könne Verpflichtungen nach dieser Seite nicht eingehen, womit sie übrigens den andern Alliierten keine Fesseln anlegen wolle. Zur Zusicherung einer Entschädigung an Geld für Sachsen sei sie dagegen immer bereit [2]).

Nur bezüglich des Herzogtums Krossen und der sonstigen Lausitzer Besitzungen Preußens, welche von Böhmen zu Lehen gingen [3]), und welche König Friedrich dadurch, daß er gegen seinen Lehnsherrn die Waffen erhoben, also durch einen Akt offenbarer Felonie ipso facto verwirkt habe, wollte Österreich eine Ausnahme zugestehen und diese unter denselben Bedingungen, wie sie bisher Preußen besessen, Sachsen zugestehen.

Jene Auffassung von den preußischen Conquêten war sehr nach dem Geschmacke Ostermanns, der ebenso wenig allzu scharf gegen Preußen vorgehen, als eine Garantie für eine Vergrößerung Sachsens aus den preußischen Landen übernehmen mochte. Gewiß ist, daß er geradezu unwillig über die

---

1) Adelung, Staatsgesch. II, 273 und III, Beil. S. 10, druckt den Entwurf englisch mit deutscher Übersetzung aus einem englischen historischen Sammelwerke ab, wo verschiedene Papiere, welche bei dem Sturze des Ministeriums Walpole 1742 dem Parlamente vorgelegt wurden, mitgeteilt sind. Den Urtext in lateinischer Sprache habe ich in London als Beilage zu einem Berichte Villiers' vom 13. April und ebenso in Dresden in den Akten, den Vergleich mit der Königin von Ungarn betreffend, 1741, gefunden. Beidemale, so viel ich aus meinen Exzerpten sehen kann, übereinstimmend mit dem Adelungschen Texte.

2) Finch, den 28. Februar (doch wohl alten Stils); Londoner Record office.

3) Cottbus, Peiz, Teupitz, Beerfelde, Groß-Lübbenau; erst 1815 hat Österreich auf die Lehnsherrlichkeit definitiv verzichtet.

Idee, altpreußische Lande wie Magdeburg und Halberstadt wegnehmen zu wollen, gesprochen und höchstens die Lausitzer Lehen hat wollen in Frage kommen lassen [1]), und demgemäß sehr wahrscheinlich, daß die Korrekturen, die er in dem Entwurfe angebracht hat [2]), sich auf jenen Punkt bezogen haben. Gewiß ist ferner, daß, wenn dann ab und zu namentlich von Sachsen auch an Rußland der Vorschlag gemacht worden ist, etwa Ostpreußen zu erobern, sei es auch nur um dasselbe dann gegen ein besser gelegenes Stück von Polen einzutauschen, Ostermann doch nie darauf eingegangen ist [3]). Endlich hat derselbe noch nach dem Sturze Münnichs die bestimmte Erklärung abgegeben, Rußland werde höchstens für den status, wie er beim Tode König Karls VI. gewesen, eintreten, nimmermehr aber für Spolien, die Preußen abgenommen werden sollten [4]).

Hinter diese Erklärung Rußlands verschanzte sich dann auch das englische Ministerium, um den Gelüsten seines Königs nach preußischen Conquêten mit gutem Vorwande entgegentreten zu können [5]): ein Umstand, der, wie wir noch sehen werden, bei König Georgs Denkungsart auf dessen Entschließungen wiederum weiter eingewirkt hat [6]).

Insofern Rußland nun für das eigentliche Schwert der Koalition galt, mußte die Stellung, welche dieses zu dem ganzen Projekte nahm, von größter Bedeutung für die in Dresden gepflogenen Verhandlungen werden. Mit nicht geringer Spannung wartete man daher auf Nachrichten von da über die Aufnahme, welche das Projekt gefunden. Dieselben lauteten einigermaßen widersprechend, auf der einen Seite mußte es als ein Sieg der Münnichschen Richtung angesehen werden, daß mit der schon früher drohenden Abberufung [7]) Kaiserlings nun ernst gemacht wurde und sein Nachfolger, der mit Münnich durch seine Gemahlin verschwägerte Graf Solms auch wirklich am 17. März in Dresden eintraf; auf der andern Seite meldeten die Nachrichten aus Petersburg übereinstimmend, daß alle russischen Minister, selbst Münnich nicht ausgeschlossen, darüber einig, Preußen entgegenzutreten, und bereit seien einem Konzerte, das die Seemächte abgeschlossen haben werden, beizutreten; notabene, wenn inzwischen noch Sachsen und Österreich sich vertragen hätten. Auch schien ja der am 15. März erfolgte Sturz von Münnich das letzte Hindernis weggeräumt zu haben. Kaiserling ward jetzt rehabilitiert und daneben vorläufig Graf Solms belassen.

In einer Konferenz bei Guarini am 25. März eröffneten die beiden russischen Gesandten ihre neuen Instruktionen, die also nun bereits auf Ostermann allein zurückgeführt werden durften, und Brühl bestätigte, nachdem er sie gehört, daß seine direkten Nachrichten aus Petersburg ganz übereinstimmend lauteten. Rußland erklärte sich bereit, einem Konzerte mit den

---

1) Lynar, den 11. März; Dresdner Archiv.
2) Anführung bei Droysen V, 1. S. 224, Anm. 2.
3) Z. B. Lynar, den 22. Mai; Dresdner Archiv.
4) Ostein, den 7. April, nach Mitteilungen Harringtons; Wiener Archiv.
5) Ein Vertrauter König Georgs eröffnet das dem Grafen Ostein. Dessen Bericht vom 21. April; Wiener Archiv.
6) Vgl. den weiteren Abschnitt: „Welfische Begehrlichkeiten“.
7) Bereits am 26. Februar berichtet Finch darüber.

Seemächten beizutreten, sowie sich Österreich und Sachsen geeinigt hätten [1]). Eingehender äußerte sich ein wahrscheinlich von Ostermann verfaßtes Memoire: Pensées sur les points communiqués par le comte de Lynar [2]), welches auseinandersetzte, daß wenn erst Sachsen sich überzeuge, wie Österreich die begehrten böhmischen Kreise abzutreten außerstande sei und sich mit dem Angebote einer Geldsumme begnügen wolle, die allgemeine Verständigung leicht würde ins Werk gesetzt werden können, um so mehr, da Rußland bereit sei, der Forderung Sachsens entsprechend zuerst seine Truppen marschieren zu lassen, allerdings nach Maßgabe des allgemeinen Kriegsplanes.

Die russischen Erklärungen wie die Denkschrift wandten sich eigentlich zunächst an die Adresse von Sachsen, dessen Ansprüche allein die allgemeine Einigung zu hindern schienen; der sächsisch-österreichische Vertrag, dessen bisher immer resultatlos gebliebene Verhandlungen Villiers bestimmt hatten, stets wieder darauf zu dringen, daß abgesehen von ihm das Konzert selbst beraten werden möge [3]), mußte nun in den Vordergrund treten, gewann aber auch mit einemmale neue Chancen, insofern Graf Brühl, der bisher die größten Schwierigkeiten gemacht, anfing andere Seiten aufzuziehen. Der englische Gesandte macht etwa von Mitte März an die Beobachtung, derselbe zeige jetzt auf einmal einen kaum geringeren Appetit nach den preußischen Eroberungen als Guarini [4]), bestehe also jetzt weniger auf den böhmischen Kreisen.

Der Grund der Schwenkung ist leicht zu erraten. Die im stillen betriebenen Rüstungen Sachsens zeigten von Stunde zu Stunde mehr die arge finanzielle Erschöpfung des Staates, und mit dieser wachsenden Erkenntnis stieg das Anerbieten sofortiger Geldhilfe durch Österreich anstatt einer Landesabtretung stätig im Preise, und die Wahrscheinlichkeit englischer Subsidien schien auch über das Können keinen Zweifel zu lassen; so begann denn Brühl mit der Idee, von Österreich Geld und sonstige Vorteile, die Landentschädigung aber auf Kosten Preußens zu erlangen, sich immer mehr und mehr auszusöhnen.

Bereits vor dem Eintreffen der neuen Nachrichten aus Petersburg war die Wendung eingetreten und an dem Grafen ein früher nie gezeigter kriegerischer Eifer verspürt worden. Er hatte auf eine höchst energische Kriegführung gedrungen, da man bei dem Charakter des Königs von Preußen gegen denselben nicht die Waffen ergreifen dürfe, wenn man nicht die Mittel habe ihn so zu reduzieren, daß er nicht mehr zu schaden vermöge; man müsse, um Rußland ganz zu degagieren, Schweden durch die Hoffnung auf Stettin zu gewinnen suchen, von den 38,000 Mann, welche Sachsen stellen könne, seien 20,000 in der That marschfertig. Die Stimmung in jener Konferenz (etwa am 21. März) war so kriegerisch gewesen, daß, wie der englische Gesandte meint, wofern er selbst die Vollmacht zu bindendem Abschlusse gehabt hätte, die sämtlichen Truppen hätten Marschordre erhalten können [5]).

---

1) Finch, den 25. März; Londoner Record office. Acta, den Vergleich mit der Königin von Ungarn betreffend; Dresdner Archiv.

2) Liegt bei einem Berichte vom 29. März; Londoner Record office.

3) So noch in einer Konferenz vom 13. März; Dresdner Archiv.

4) Villiers, den 15. März.

5) Villiers, den 22. März; Londoner Record office.

Wenn in dieser Konferenz noch jener fromme Wunsch König Georgs, dem preußischen Adler die Flügel gründlich zu beschneiden, den Grundton gebildet hatte, so setzten dem die am 25. März publizierten russischen Erklärungen, welche im Grunde doch mehr den Plan einer bewaffneten Mediation durchgeführt wissen wollten, zwar einen gewissen Dämpfer auf, doch hielt Brühl, wie wir noch sehen werden, und schwerlich er allein an der Hoffnung fest, daß, wenn es erst zum Kriege kommen werde, sich weitere Konsequenzen von selbst ergeben würden.

Auch die Abfindung Sachsens durch eine Geldsumme war bereits im Laufe des März ventiliert und von Brühl nicht mehr zurückgewiesen worden; nur die Höhe der Summe machte noch gewisse Schwierigkeiten. Brühl hatte ursprünglich 40 dann 20 Millionen verlangt und, als Villiers ihn mit der Hälfte hatte abspeisen lassen wollen, erklärt, so peinlich ihm solch ein Feilschen sei, so könne er doch nicht anders, er müsse durchaus erst Geld schaffen, wenn er die sächsischen Truppen ins Feld führen wolle; Villiers, dies berichtend, fügt hinzu: „Ich fürchte, er hat recht" [1]).

In der Konferenz am 25. März, bei Guarini, ward dann eine Vereinbarung in der Weise erzielt, daß Sachsen sich mit 12 Millionen begnügen zu wollen erklärte, welcher Punkt nun als feststehend in das Protokoll eingetragen und mit Recht als die eigentliche Grundlage der Verständigung angesehen ward. In weiteren Verhandlungen ward dann festgesetzt, daß Österreich dieselben binnen 18 Jahren zu zahlen habe gegen Verpfändung der Einkünfte einiger Sachsen benachbarten Gebiete, und falls zur Erreichung der in dem Bundesvertrage festgesetzten Ziele (Erhaltung der pragmatischen Sanktion und des österreichischen Besitzstandes) es keines Krieges bedurfte, blieb doch die Zahlungsverpflichtung für Österreich, nur ward der Betrag für diesen Fall auf 8 Millionen herabgemindert.

Doch sollte, falls Sachsen in den Besitz der von Preußen verwirkten böhmischen Lehen, des Herzogtums Krossen und der Lehen in der Lausitz komme, deren Wert gegen die 12 Millionen aufgerechnet werden. Bis Sachsen diesen Besitz erlange, ward demselben ferner auch ein Streifen Land in Niederschlesien (im Grünbergischen) zu freier Passage ohne vorherige Anmeldung in Aussicht gestellt, zum Zwecke einer Verbindung Sachsens und Polens und so lange diese beiden Staaten unter demselben Scepter ständen, — Abmachungen, welche zugleich uns dadurch interessant werden, daß hier österreichischerseits selbst jene Lausitzer Lehen immer nur als mögliche und keineswegs unbedingt anzustrebende oder gar zu garantierende Erwerbungen in Aussicht genommen werden im rechten Gegensatze zu den ausschweifenden Teilungsplänen früherer Zeit.

Zu der von Österreich bestimmt für den Großherzog von Toscana geforderten sächsischen Kurstimme hatte Brühl sich nur widerstrebend verstehen mögen. Auf die Nachricht von der Geburt eines Erzherzogs [2]) hatte er sofort, unter Berufung auf die Vorgänge bei der Königswahl von Ladislaus posthumus, das Projekt gegründet, für diesen die Kaiserwürde resp. die eines Königs von Böhmen zu reservieren, wo dann Sachsen auf lange Jahre mit

---

[1]) Den 22. März; Londoner Record office.
[2]) Sie traf am 17. März in Dresden ein.

dem Reichsvikariate die thatsächliche Regierung des Reiches in den Händen gehabt haben würde [1]). Als er hiermit nirgends Anklang fand, schlug er in dem Anfang April übergebenen Gegenprojekte folgende Fassung für die Paragraphen der Kaiserwahl vor: Sachsen verspreche oportuno tempore dafür thätig zu sein, daß der Großherzog die Kaiserwürde erlange; wenn derselbe jedoch selbst mit dem sächsischen Votum die Kaiserwürde nicht erlangen könne, sollte die böhmische Stimme die Wahl des Kurfürsten von Sachsen unterstützen. Als er auch damit nicht durchdrang, suchte er Entschädigung in den auch wirklich dem Vertrage eingefügten Bestimmungen, einmal, daß, wofern kein Erbe aus der karolinischen Linie Österreichs vorhanden wäre, der Großherzog, falls er Kaiser würde, die Wahl des sächsischen Kurprinzen zum römischen Könige herbeiführen solle, und dann daß der neu zu wählende Kaiser mit allem Nachdrucke dahin wirken solle, daß das kurfürstliche Haus für sein Stammland Sachsen die Königswürde erlange; beides Konzessionen von größerer Tragweite, welche die österreichischen Gesandten in Dresden ohne eigentliche Vollmacht sub spe rati, in der Hoffnung auf Ratifikation, angenommen hatten, von welchen aber der letztere Punkt, als sehr geeignet die Eifersucht anderer Reichsfürsten zu erregen (in der That wollte selbst das verbündete Hannover davon nichts wissen), sogleich beanstandet wurde. Sächsische Gegenkonzessionen waren Anerkennung der Korregentschaft des Großherzogs und der Führung der böhmischen Stimme durch denselben.

Eine weitere Differenz — tiefer gehend, als es den Anschein hatte — trennte die beiden Höfe bezüglich der Form und namentlich des Zeitpunktes für das Eintreten der sächsischen Hilfe. Daß Sachsen mit allen ihm zugebote stehenden Streitkräften für Österreich einzutreten habe, darüber bestand keine Meinungsverschiedenheit; während man aber in Wien annahm, durch den Sondervertrag mit Sachsen nun auch den bewaffneten Beistand dieser Macht sofort nach erfolgter Ratifikation des Vertrages beanspruchen zu dürfen, so gut wie die Geldzahlungen Österreichs nun gleich beginnen sollten, war man in Dresden sehr anderer Meinung und faßte die militärischen Operationen und die Verpflichtung dazu nicht unter dem Gesichtspunkte eines Sonderabkommens mit Österreich, sondern unter dem der großen Koalition, zu welcher ja auch Rußland und England gehörten.

Die Motive lagen allerdings sehr nahe. Bei der exponierteren Lage Sachsens und der immer wachsenden Besorgnis, welche das in der Mark unter dem Fürsten von Anhalt versammelte Heer einflößte, war für Brühl die hauptsächlichste Sorge die, ein zu frühes Bekanntwerden der sächsischen Intentionen könne einen Einfall preußischer Truppen herbeiführen, ehe die Alliierten zuhilfe kommen könnten. Obwohl nun Sachsen, wenn es wirklich, wie man sich in Dresden rühmte, 35,000 Mann auf die Beine brachte, von dem kleinen Corps des alten Dessauers wenig zu befürchten gehabt hätte, so wußte doch eben Brühl nur allzu gut, wie sehr viel zu jenen 35,000 Mann noch fehlten, und er hatte deshalb immer aufs neue in den Konferenzen die Beobachtung des strengsten Geheimnisses betont, sich auch das Recht vorbehalten, den Vertrag gegen jedermann auf das bestimmteste rundweg ab-

---

[1]) Villiers, den 26. März, Londoner Record office; auch in einem undatierten Promemoria Münchhausens, Hannöversches Archiv.

leugnen zu dürfen, und in dem schon erwähnten sächsischen Gegenprojekte die von Österreich verlangte Hilfeleistung beschränkt quantitativ durch eine Klausel: „soweit es die Verteidigung der eigenen Lande gestatte“, und zeitlich durch die andere: „nachdem die Heere der übrigen Verbündeten und vornehmlich Rußlands die Feindseligkeiten gegen die preußischen Staaten eröffnet haben würden.“

Noch deutlicher zeigt uns die nach dieser Seite hin in Dresden herrschende Meinung der um dieselbe Zeit von dem sächsischen General Renard entworfene Kriegsplan [1]).

Derselbe ging von der Ansicht aus, da keiner der Alliierten so exponiert sei wie Sachsen, das weniger von den schlesischen Heeren wie von dem Corps des Fürsten von Anhalt bedroht werde, so müsse gerade dieses zunächst sich ruhig halten und die anderen handeln lassen, während dagegen Rußland eigentlich absolut nichts zu fürchten habe und bei einem Einfalle in Ostpreußen voraussichtlich nicht einmal Widerstand finden, sondern sich ganz ruhig in diesem Lande werde festsetzen können. Aber eben weil König Friedrich voraussichtlich Ostpreußen ganz preisgeben und um der Besetzung dieses Landes willen seinen Raub in Schlesien nicht fahren lassen werde, müsse Rußland weiter nach Pommern vordringen, auch diese Provinz besetzen. Wenn dies erfolgt sei und inzwischen auch Hannover mit den dänischen und hessischen Hilfstruppen die Operationen gegen das Corps des Fürsten von Anhalt eröffnet habe, dann werde auch für Sachsen der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sein ꝛc.

Man wird einräumen können, daß Brühl sich vorsichtig genug salviert hatte, und erstaunt nur darüber, daß die österreichischen Bevollmächtigten sich geneigt zeigten, mit allerlei doch ziemlich lästigen Opfern eine Bundesgenossenschaft zu erkaufen, die ihre Leistungen in so weite Ferne rückte. Denn auch in dem eigentlichen Vertrage hieß es dann, daß die Operationen Sachsens nach den Festsetzungen eines mit den übrigen Verbündeten zustande zu bringenden Übereinkommens erfolgen sollten; eine Bestimmung, deren Vieldeutigkeit dadurch nicht aufgehoben wird, daß man hinzufügte, jedenfalls im Monat April, da die russischen Truppen, auf deren Erfolge zu warten Sachsen doch einmal entschlossen schien, unmöglich so schnell im Felde erscheinen konnten.

Der österreichisch-sächsische Vertrag ist am 11. April unterzeichnet worden [2]), doch muß man die erfolgte Übereinkunft wenigstens in den wesentlichen Punkten einige Tage früher setzen.

Wir haben in dem Vorstehenden bereits die Hauptpunkte der Übereinkunft zwischen Österreich und Sachsen, deren Vermittelung nun seit Ende März die Hauptaufgabe der Dresdner Gesandtenkonferenz gewesen war, mitgeteilt und wollen aus dem Vertrage selbst nur noch eine jedenfalls auf Betreiben Sachsens noch eingerückte Bestimmung mitteilen [3]), merkwürdig dadurch, daß sie ein bisher immer festgehaltenes Prinzip des österreichischen Hofes doch teilweise

---

[1]) Im Londoner Record office, als Beilage zu einem Berichte Villiers' vom 13. April.

[2]) Arneth, Maria Theresia I, 206.

[3]) Eine Abschrift des lateinisch abgefaßten Originals lag mir im Hannöverschen Staatsarchive vor. Der Auszug bei Arneth, Maria Theresia I, 207, läßt neben manchen minder wichtigen Punkten auch den hier angeführten vermissen.

preisgab. In dem § 8 nämlich findet sich die Bestimmung, daß alles, was über die Teilung der Preußen abzunehmenden Besitzungen im Namen der Verbündeten beschlossen werde, so gelten solle, als sei es in die vorliegende Konvention wörtlich eingerückt; eine Erklärung, die freilich erst praktisch gefährlich werden konnte, wenn etwas zu teilen vorhanden war, wo dann doch wohl wenigstens für die Behauptung der Eroberungen Österreich eine Garantie, die es bisher immer abgelehnt hatte, aufgebürdet werden konnte.

Allmählich war nun ziemlich über alle Punkte des zu schließenden Vertrages eine Übereinstimmung zwischen den beiden paciscierenden Mächten hergestellt worden, nnd die vermittelnden Gesandten durften allerdings wohl meinen, damit das Zustandekommen des Konzertes überhaupt gesichert zu haben.

So kamen denn am 10. April 1741 in den Nachmittagstunden, also genau in der Zeit, wo auf dem Blachfelde von Mollwitz ein blutig erkaufter Sieg die preußische Besitzergreifung besiegelte, hier in Dresden in der Wohnung des Jesuitenpaters Guarini die beiden Gesandten Rußlands, der Englands, der zugleich auch die Generalstaaten vertrat, die beiden österreichischen Bevollmächtigten, der leitende Minister Sachsens und der kaum weniger leitende Beichtvater zusammen, um ihre Entschlossenheit zu einem schleunigen angreifenden Vorgehen gegen den kühnen König von Preußen zu erklären, als Grundlage jenes „schwarzen Bundes", dessen Kunde im preußischen Hauptquartier und mehr noch bei dem Minister Podewils so schwere Besorgnisse hervorrief.

Der allerdings noch nicht unterschriebene Vertrag zwischen Österreich und Sachsen ward vorgelesen, „ajustiert und paraphiert" [1]), worauf dann die Gesandten unter einander sich zur Vollendung des „importanten Werkes" gegenseitig beglückwünschten.

Auf diesem Höhenpunkte der Situation aber geschah nun etwas ganz Unerwartetes. Der englische Gesandte Villiers erbat sich noch einmal das Wort zu einer vertraulichen Mittheilung und erklärte nun, gewichtige Gründe hätten seinen König bewogen, den dringenden Bitten Preußens um Vermittelung Österreich gegenüber stattzugeben. Nachdem es sich nämlich als gewiß herausgestellt, daß Frankreich darauf ausgehe, durch Unterstützung Bayerns einen Krieg im Reiche zu entzünden, erscheine es doch von großem Werte, Preußen nicht mit Gewalt in die Arme Frankreichs zu treiben, sondern lieber durch ein gütliches Übereinkommen sich den Beistand dieses kriegsmächtigen Fürsten gegen die verderblichen Pläne Frankreichs zu sichern. Bereits habe Robinson zu vermitteln gesucht, allerdings bis jetzt mit geringem Erfolge. Man werde im geheimen einen doppelten Operationsplan machen müssen, einen für den Fall, daß Preußen mit zu dem großen Konzert träte, und einen für den, daß dies nicht geschehe, für welchen letzteren Fall dann König Georg die 6000 Dänen und die 6000 Hessen in englischem Solde zur Verfügung stelle; wegen der hannöverschen Truppen werde man mit dem hannöverschen Gesandten Herrn von dem Busche, der bisher zu dem Konzerte nicht zugezogen war, zu verhandeln haben [2]).

---

1) Villiers, den 13. April; Londoner Record office.

2) Acta, den Ausgleich mit der Königin von Ungarn betreffend; Dresdner Archiv.

Die Eröffnung hätte eigentlich nicht ganz überraschend kommen dürfen; denn bereits seit etwa Mitte März hatte Utterodt aus London von den vermittelnden Neigungen des dortigen Kabinetts, von einer durch die Furcht vor Frankreich bewirkten Schwenkung der englischen Politik zum Zwecke der Gewinnung Preußens berichtet [1]), und seit eben dieser Zeit war Villiers angewiesen, dem Könige von Polen vertraulich mitzuteilen, daß England in Wien geraten habe, sich mit Preußen wo möglich gütlich zu verständigen [2]), und wir wissen auch, daß sich der Gesandte dieses Auftrags entledigt, ohne daß Brühl im Grunde besondere Einwendungen gemacht hätte, wofern nur Sachsen nicht leer ausginge [3]). Trotz alledem aber wirkte die englische Erklärung in jenem Momente in hohem Grade befremdend und überraschend.

Brühl vollzog an dem eben gehörten Vorschlage die schneidendste Kritik, indem er im Hinblicke auf die Eventualität eines Eintrittes von Preußen in das große Konzert den Antrag stelle, es sollten alle Alliierten sich gegenseitig verpflichten, falls einer von ihnen einen andern angriffe, viribus unitis gegen diesen loszugehen, gleichsam eine nicht mißzuverstehende Bekundung des Vertrauens, das man dem neuen Verbündeten entgegenzubringen geneigt war.

Man hatte in der That in diesem Kreise seit Monden allzu viel gegen den bösen Friedensstörer und dessen gewaltthätigen Übermut deklamiert, und einer hatte hier mit dem anderen gewetteifert, im Interesse des großen Werkes durch das Dokumentieren der eigenen Entrüstung auch die fremde zu wecken, als daß man nun mit einemmale sich darein hätte finden können, jenen gefährlichen Mann als Bundesgenossen ans Herz zu drücken. Die Zumutung mochte ihnen allen vorkommen, wie den beiden in Schillers Bürgschaft verewigten Freunden die Aussicht Dionys den Tyrannen als dritten in ihren Bund aufnehmen zu sollen.

Es ist erklärlich, daß Sachsen doch noch am Tage darauf (11. April) die Zeichnung des Vertrages mit Österreich durchsetzte — freilich unter dem Vorbehalte der Wiener Bevollmächtigten, für einzelne Bestimmungen erst noch nachträglich die Zustimmung ihres Hofes zu erlangen; man hatte sich hier am Tage vorher allzu bestimmt engagiert, sonst aber mußte es sich bald zeigen, wie die englische Erklärung thatsächlich allem, was hier geplant worden war, den Boden unter den Füßen weggezogen hatte, so daß in der That hier alles auseinanderfallen mußte.

Seitens der Seemächte bedeutete die Erklärung von Villiers thatsächlich den Rücktritt von der beabsichtigten Konvention auf unbestimmte Zeit, nämlich so lange, bis sich England überzeugt haben würde, Preußen sei zu einem vernünftigen Ausgleich mit Österreich nicht zu bewegen. So hatte es das englische Ministerium gemeint und die Hoffnung ausgesprochen, diese Wendung werde dem löblichen Eifer, der sich jetzt bei den Alliierten zeige, keinen Dämpfer aufsetzen [4]); diese Hoffnung war kühn, thatsächlich lag ein seltsamer Widerspruch in dem allem. Wenn England in Dresden erklärte, es wolle eine Vermittelung versuchen, gelinge die aber nicht, gegen Preußen

---

[1]) Den 17. und 24. März; Dresdner Archiv.
[2]) Den 6. März (alten Stils); Londoner Record office.
[3]) Harrington, den 31. März; ebd. — Utterodt, den 24. März; Dresdner Archiv.
[4]) Harrington, den 31. März.

die Waffen ergreifen, so war doch nichts natürlicher, als daß Österreich vorzog es auf diesen letzten Fall ankommen zu lassen, als für den ersten Opfer an Land zu bringen, und wollte England seine Vermittelung fördern, konnte es nicht umhin die Eventualität eines bewaffneten Beistandes in Zweifel zu stellen, womit dann das ohnehin so schwierig einzuleitende Werk des Konzerts aufs schwerste gefährdet ward.

Aber nun weiter: — konnte wohl vernünftigerweise angenommen werden, Rußland, das doch bei der ganzen Sache nicht gerade einen hervorragenden Eifer gezeigt hatte, werde sich die von England ihm zugemutete Rolle gefallen lassen, nämlich nach kostspieligen Rüstungen und Truppenzusammenziehungen Gewehr bei Fuß abzuwarten, ob es je nach den Erfolgen der englischen Diplomatie seine 30,000 Mann nachhause schicken oder sie in Preußen einbrechen lassen sollte? Bei den englischen Staatsmännern begegnet uns nicht eben selten ein Grad von fast naiv erscheinendem Selbstvertrauen; diese Probe aber erscheint doch fast allzu stark.

In der That ging die Auflösung des Konzertes, als dann namentlich die Nachricht von der Mollwitzer Schlacht eintraf, schnell vor sich. Kaum hatten die österreichischen Gesandten am 11. April den Vertrag mit Sachsen unterzeichnet, so kam ein Kurier an Graf Wratislaw aus Wien an mit der Weisung, bis auf weitere Ordre die Unterzeichnung noch zu verzögern [1]). Sehr begreiflich! Österreich hätte, um den prekären Beistand Sachsens zu gewinnen, nimmermehr jenen Vertrag mit seinen doch immerhin lästigen Bedingungen eingegangen, — nur als Vorbedingung des allgemeinen Konzerts gewann er Wert. Nachdem die Seemächte von dem letzteren thatsächlich zurückgetreten und nicht mehr eine Bekämpfung Preußens, sondern eine Befriedigung desselben durch ein Stück Schlesien in Aussicht nahmen, schwand in Wien jede Lust zu Konzessionen an Sachsen. Die Unterzeichnung war nun zwar erfolgt, mit der Ratifikation aber hatte es gute Wege.

Und Sachsen wiederum täuschte sich doch nicht so sehr über den Stand der Dinge, um nicht einzusehen, daß bei einer direkten Verständigung zwischen Österreich und Preußen für Sachsen unmöglich viel zu gewinnen sein könne. Die nie ganz fallen gelassenen Unterhandlungen mit Frankreich und Bayern wurden mit neuem Eifer aufgenommen, und Marschall Belleisle, der Mitte April in Dresden eintraf, fand für seine tönende Beredsamkeit, der es auf einige Mundvoll Versprechungen nie ankam, recht günstigen Boden, wie der englische Gesandte mit Schmerz bemerkte [2]).

Thatsächlich war also das Schiff der großen Koalition in dem Augenblicke, wo es den sicheren Port erreicht zu haben glaubte, gescheitert. Das Wrack preiszugeben hat man sich schon um Sachsens willen lange nicht entschließen mögen, doch es noch einmal flott zu machen, ist nie wieder gelungen.

Als ein Resultat dieser Dresdener Konferenzen kann eigentlich nur jener unter Englands Vermittelung geschlossene österreichisch-sächsische Vertrag angesehen werden. Zwar blieb auch er nur eine taube Frucht; aber als sich dann England von jenen Dresdener Abmachungen ganz loszumachen suchte, blieb der Anteil Englands an jenem Vertrage das Stück Fessel, welches ihm fort

[1]) Villiers, den 13. April; Londoner Record office.

[2]) Den 16. April; Londoner Record office.

und fort nachschleppte, und von Wien aus hat man eifrig dafür gesorgt, daß es immer von neuem mahnend klirrte. Ungezähltemale haben die österreichischen Minister, wenn das Londoner Kabinett zur Verständigung mit Preußen drängte, darauf hingewiesen, wie unbillig es sei, von der Königin von Ungarn weitere schwere Opfer zu verlangen neben den recht ansehnlichen, durch die man auf den dringenden Wunsch Englands einst die sächsische Freundschaft erkauft habe.

Drittes Kapitel.

Die preußische Diplomatie in den ersten Monaten des Jahres 1741.

Als die preußischen Unterhändler Wien verlassen mußten, empfahl Podewils, um nicht ganz ohne alle Nachrichten von da zu sein, den württembergischen Rat v. Keller, der in Wien von altersher gute Verbindungen hatte, im tiefsten Geheimnis dorthin zu senden, und erlangte auch eine Ermächtiguug für denselben, wenn sich Gelegenheit böte, die durch Gotter und Borck gemachten Anerbietungen zu wiederholen, die preußischen Forderungen auf Niederschlesien zu beschränken, ferner 2—3 Millionen Gulden zu bieten und außerdem den Ministern, welche die Abtretung herbeiführen würden, noch besonders 300,000 Thlr. [1]), ein Schritt, dessen Erfolglosigkeit der König allerdings bestimmt voraussah [2]).

Im Grunde hatte die schroffe Ablehnung der preußischen Vorschläge in Wien die sehr erklärliche Wirkung auf den König gehabt, ihn auf die Seite Frankreichs zu drängen.

„Ich neige sehr zu Frankreich", schreibt er unter dem 2. Januar 1741 an Podewils; „wenn das mich will, ist es die sicherste Partei" [3]); er erklärt sich bereit, mit dem Kardinal abzuschließen und Bayern die Stimme zur Kaiserwahl zuzusichern, wofern der Kurfürst sich mit ihm zu gemeinsamem Handeln verbände, Schweden Rußland im Schach halte und Dänemark mit Preußen und Frankreich in ein Bündnis trete [4]). Ein eigenhändiger Brief an den Kardinal enthielt für diesen die freundlichsten Dinge [5]); man müsse, schreibt der König zwei Tage später, „seine Pfeifen nach denen Frankreichs stimmen, denn England wird niemals uns helfen noch selbst uns günstig scheinen" [6]). Bereits am 6. Januar hatte Chambrier dem Kardinal einen bestimmteren Antrag vorlegen können, nämlich Verzicht auf Jülich-Berg gegen Garantie Niederschlesiens.

---

1) Marginale des Königs, vom 9. Januar; Polit. Korresp. I, 173.
2) Den 9. Januar; ebd.
3) Ebd. S. 169.
4) An Podewils, den 5. Januar 1741; ebd. S. 161.
5) Ebd.
6) Ebd. S. 172.

Allerdings war das nun alles sehr wenig nach dem Geschmacke von Podewils, der einmal daran festhielt, daß eine Verbindung mit Frankreich einen allgemeinen europäischen Krieg heraufbeschwören würde, dessen Ende niemand absehen könne. Er setzte in einer besonderen Denkschrift (vom 8. Januar) auseinander, daß der sicherste Weg, die schlesische Angelegenheit zu einem günstigen Abschlusse zu bringen, offenbar der sein würde, wenn es gelinge, England und Rußland zu einer wirksamen Pression auf Österreich zu bewegen und durch die Vermittelung dieser beiden Mächte einen Teil Schlesiens zu gewinnen. Wenn Friedrich sich durch die Gründe seines Ministers wirklich überzeugen ließ und seine Politik danach einrichtete, so trug wohl viel dazu bei das eigentlich befremdliche Verhalten Frankreichs und des Kardinals Fleury.

Dieser nämlich meinte einerseits, daß nach der schroffen Ablehnung der preußischen Vorschläge in Wien der König von Preußen eine französische Allianz nicht würde entbehren können und man ihn kommen lassen müsse; andererseits war er doch selbst keineswegs zum Kriege entschlossen, und wenn er es für möglich hielt, ohne Krieg die Kaiserwahl seines Schützlings, des Kurfürsten von Bayern, durchzusetzen, war er begreiflicherweise sehr vorsichtig, sich nicht zugunsten Preußens zu sehr zu binden [1]).

So erschienen denn im Januar 1741 die Äußerungen Frankreichs äußerst reserviert. Valori ward angewiesen, dem Könige zu versichern, daß Frankreich ohne jede Eifersucht seine Pläne ansehe, ja sogar ihm wünsche, daß sein Unternehmen Erfolg habe, zugleich aber im Interesse seines Rufes, daß er sich beeile, dasselbe zu rechtfertigen. Sowie er das Publikum über die Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche werde unterrichtet haben, würde niemand seine Schritte tadeln können. Zum Abschlusse einer Defensivallianz sei Frankreich bereit ꝛc. [2]).

Und in gleichem Sinne hatte sich bereits vor Empfang dieser Instruktion Valori gegen Podewils geäußert, immer mit dem Hinweis auf den noch beizubringenden Rechtstitel Preußens [3]), so daß es immer schien, als wolle der Kardinal sich das Recht vorbehalten, wenn es ihn angemessen dünkte, zu erklären, er habe sich doch nicht von der Begründung der preußischen Ansprüche überzeugen können, und sich infolge davon zurückzuziehen.

Als der König gegen Ende Januar aus dem schlesischen Feldlager nach Berlin zurückkehrte, setzte er auf einem Hofballe am 30. Januar dem französischen Gesandten Valori seinen Standpunkt mit großer Offenheit auseinander; er nähme ein großes Risiko auf sich, wenn er sich mit Frankreich verbände, alle seine Nachbarn würden, so wie es bekannt werde, sich gegen ihn vereinigen; in der Meinung der Reichsfürsten schade dem Kurfürsten von Bayern nichts so sehr, als sein Verhältnis zu Frankreich. Wenn er (der König von Preußen) sich mit Frankreich verbünden solle, müßte er zunächst sehr bestimmte Zusicherungen darüber haben, was Frankreich zu seinen Gunsten

1) Vgl. die Anführungen bei Droysen S. 209 aus den Papieren des Grafen Steinberg.

2) Amelot an Valori, den 14. Januar 1741, mitgeteilt bei Ranke, Werke XXVII, 573.

3) Anführungen bei Droysen V, 1. S. 209, aus einem Briefe von Podewils vom 17. Januar.

zu thun beabsichtige, und wie sich dasselbe in den Stand setzen wolle, von ihm die Gefahren abzuwenden, welche sein Bund mit Frankreich unvermeidlich heraufbeschwören würde [1]).

Es war das seine wirkliche Meinung, aber indem er darauf bestand, von Frankreich zuvörderst Garantieen wirklichen, thatsächlichen Beistandes zu verlangen, vermochte er zugleich auf gute Manier die Unterhandlungen mit dieser Macht hinzuhalten, woran ihm in diesem Augenblicke, wo er in erster Linie eine Mediation der Seemächte und Rußlands anstrebte, viel lag [2]).

Thatsächlich sind nun die Verhandlungen mit Frankreich noch mehrere Monate lang auf diesem Punkte geblieben, obwohl der König (offenbar in viel höherem Grade als sein Minister) sich bemüht hat, dieser Macht gegenüber das höchste Maß von Freundlichkeit und Entgegenkommen zu zeigen. Wiederholt schärft er dies auch seinem Minister ein, mit dem Bedeuten, daß er sehr wohl in den Fall kommen könne, den Beistand Frankreichs zu brauchen [3]). Ganz nebenher gingen dann noch Verhandlungen mit Sardinien, wo sich eigentlich schon seit dem Tode Karls VI. des Königs geistreicher Freund Algarotti abmühte, den Hof zu einem energischen Auftreten gegen Österreich zu drängen. Als derselbe unter dem 1. Februar klagte, man käme über allgemeine Freundschaftsvorschläge nicht hinaus, die Mysterien der guten Göttin hätten den Menschen nicht verborgener sein können, als die Politik dieses Hofes, schrieb der König sehr resigniert auf das Schriftstück: „Es wird nicht viel herauskommen.“ [4])

Ernstlich dagegen bemüht sich namentlich Podewils mit mehr Eifer und größerem Vertrauen als irgendwann um die Freundschaft Englands gerade zu einer Zeit, wo dieses die allerfeindseligsten Absichten gegen Preußen ins Werk zu setzen sich bemüht. Der Plan ward von Podewils mit um so größerem Eifer betrieben, als er in ihm das einzige Mittel erblickte, die gefürchtete französische Allianz abzuwenden. Und es lagen doch auch wirklich Momente vor, welche diesem Streben Erfolg versprachen. Was Andrié aus London berichtete, lief im wesentlichen darauf hinaus, daß man hier, nachdem der erste Schreck überwunden und die preußischen Erklärungen bekannt geworden waren, lebhaft wünsche, es möge zu einer Verständigung zwischen Österreich und Preußen kommen, ja der Großkanzler Lord Hartwicke habe noch kürzlich im Ministerrate erklärt, man könne legitimerweise den König von Preußen nicht eines Bruches seiner Verpflichtungen anklagen, wenn er die Rechte seines Hauses auf Schlesien geltend mache, und habe dabei mehrfache Zustimmung gefunden [5]).

Ja es ward sogar der Gedanke einer von England zu übernehmenden Vermittelung Preußen geradezu entgegengetragen in einem Briefe König Georgs vom 30. Dezember 1740; hier hieß es, England erwarte über die Ansprüche Preußens auf Schlesien noch näher unterrichtet zu werden und sehe mit großer Ungeduld den Antworten Österreichs auf die preußischen Pro-

1) Valori, den 31. Januar 1741; bei Ranke a. a. O., S. 574.
2) An Podewils, den 20. Januar; Polit. Korresp. I, 181.
3) So den 14. Januar und den 12. Februar; ebd. S. 179 u. 193.
4) Ebd. S. 198. Anfang März wird dann Algarotti zurückgerufen.
5) Andrié, den 3. Januar; Berliner Archiv.

positionen entgegen, es sei bereit, seine guten Dienste möglichst wirksam anzuwenden, um jeder Mißhelligkeit zwischen beiden Mächten vorzubeugen; Preußen habe von seinen Plänen erst gesprochen, als es auf dem Punkte gestanden, sie zur Ausführung zu bringen, sonst würde England Vorstellungen dagegen gemacht haben schon mit Rücksicht darauf, daß Österreich doch nicht gut in die Abtrennung eines Erblandes willigen könne, ohne den Schein zu erregen, als gäbe es selbst die pragmatische Sanktion preis, zum willkommenen Vorwande für andere sich auch ihren Verpflichtungen zu entziehen [1]).

Als dieser Brief geschrieben ward, begann eben das Hetzen in Petersburg, und die Sanftmut, die darin zum Ausdruck kam, entsprang nur dem Wunsche, so lange bis „das gute Konzert" arrangiert sei, das Opfer mit freundlichen Worten hinzuhalten, resp. der Besorgnis König Georgs, Friedrich könne, wenn er irgendetwas von dem schwarzen Plane erführe, sich im ersten Zorne gleich auf Hannover stürzen [2]).

Indessen die Täuschung gelang diesmal vortrefflich, selbst der König zeigt ein erhöhtes Maß von Vertrauen; „es wird notwendig sein", schreibt er am 17. Januar, „mit der größten Verbindlichkeit auf die honette Art zu antworten, mit welcher König Georg sich unser Unternehmen zu Herzen zu nehmen scheint". Wenn es dem letzteren gelinge, Österreich auf gütlichem Wege zur Abtretung eines verhältnismäßigen Stückes von Schlesien zu bringen, würde auch er (der König) Beweise seiner Mäßigung geben [3]). Bald findet er, daß seine Angelegenheiten in England und Rußland den allerbesten Fortgang haben [4]).

Die Gesandten in London und Petersburg erhielten neue Instruktionen und den Auftrag, direkt die Vermittelung dieser Höfe nachzusuchen; für den ersteren Hof ward sogar in der Person des Grafen Truchseß von Waldburg ein außerordentlicher Botschafter ernannt, der auch Anfang Januar abreiste. Als Mäklerlohn wurden für König Georg in Aussicht gestellt die von Hannover bisher pfandweise in Besitz gehaltenen mecklenburgischen Ämter [5]), für Rußland das Herzogtum Kurland, und speziell für die Regentin die Hoffnung, ihren Vater, den vertriebenen Herzog von Mecklenburg, wieder eingesetzt zu sehen [6]).

Friedrich selbst erklärte sich bereit, seine schlesischen Forderungen eventuell auf Niederschlesien und Breslau zu beschränken, mißbilligte es aber, als Podewils diese Beschränkung gleich den Gesandten in ihre Instruktionen schrieb; es sei dies ein Ultimatum, mit welchem die Unterhändler erst im Verlaufe der Unterhandlungen herausrücken sollten [7]). Der Minister mußte das ändern.

Wir sahen bereits, welchen Verlauf die Dinge am russischen Hofe nahmen, werden aber nun auch noch die Verhandlungen Preußens mit England

---

1) Berliner Nachrichten; vgl. Droysen V, 1. S. 204, Anm. 1.
2) Instruktion für Finch vom 9. Januar; Londoner Record office.
3) Polit. Korresp. I, 181.
4) „Nos affaires vont en merveille en Russie et en Angleterre", den 21. Januar; ebd. S. 182.
5) Vgl. die Anführungen in der Polit. Korresp. I, 188.
6) An Mardefeld, den 11. Januar 1741; ebd. S. 177.
7) An Podewils, den 22. Januar; ebd. S. 182.

in den ersten Monaten des Jahres 1741 etwas näher ins Auge fassen müssen.

Podewils schrieb unter dem 27. Januar namens des Königs an Georg II. einen Brief voll bitterer Klagen über Österreichs Verhalten, welches neuerdings so perfiderweise die vertraulichen Eröffnungen Gotters veröffentlicht habe, um Preußen anderen Höfen, z. B. Frankreich gegenüber, Verlegenheiten zu bereiten. „Hätte Österreich", heißt es dann darin, „sich meinen vorteilhaften Anträgen geneigt zeigen wollen, man hätte sich leicht einigen und selbst ein angemessenes Äquivalent finden können, geeignet, die Abtretung eines Teils von Schlesien aufzuwiegen, ohne in die pragmatische Sanktion Bresche zu legen. Aber der Stolz und die unerträgliche Schroffheit, mit der meine freundlichsten Anträge zurückzuweisen dem Wiener Hofe beliebt hat, haben mich genötigt, meine Unternehmung mit Ernst zu betreiben, um zu sehen, ob es denn kein Mittel giebt, diesen Hof traitabler zu machen." Vielleicht gelinge es England, Österreich zur Vernunft zu bringen, und er acceptiere gern dessen gute Dienste, habe aber auch die ihm in einer gewissen Weise angebotene Vermittelung Rußlands annehmen müssen [1]).

Energischer aber noch nahm König Friedrich, als er am 29. Januar aus dem Felde nach Berlin zurückkehrte, nachdem er ganz Schlesien bis an den Jablunkapaß hinauf besetzt, die Sache in die Hand. Augenscheinlich war sein Vertrauen gewachsen, sein Programm, Niederschlesien mit Breslau, stand jetzt ganz fest, und auch England hoffte er mit fortreißen zu können. Sein Gesandter erhielt neue Weisung zu ernstlicher Pression: Preußen sei bereits mit Rußland im Bunde; schlössen sich ihnen die Seemächte an, so gäbe es eine formidable Allianz, der zuliebe Österreich sehr wohl ein kleines Opfer bringen könne. Für König Georg wurden noch besondere Erwerbungen in Deutschland in Aussicht gestellt [2]); der sprechendste Ausdruck der gehobenen Stimmung des Königs ist der merkwürdige Brief, den er nun unter dem 30. Januar, also wenige Tage später, jenem ersten von Podewils verfaßten nach an König Georg sandte. Derselbe verdient es wohl, ganz mitgeteilt zu werden, nicht nur deswegen, weil er augenscheinlich von dem jungen Könige selbst verfaßt, etwas so ganz anderes ist, als die Aneinanderreihungen konventioneller Höflichkeitsphrasen, aus denen sonst die Billette der gekrönten Häupter zu bestehen pflegen, sondern mehr vielleicht noch deshalb, weil er den Moment bezeichnet, wo Friedrich mit wirklichem Vertrauen seinem Oheim die Hand bietet.

Der Brief lautet in deutscher Übersetzung:

„Mein Herr Bruder!

Mit Freuden sehe ich in Ihrem Briefe das in Sie gesetzte Vertrauen durch die günstige Beurteilung meines schlesischen Unternehmens gerechtfertigt. Da ich mit niemandem eine Allianz hatte, konnte ich mich niemandem eröffnen; aber angesichts der guten Absichten Ew. Majestät sehe ich dieselbe bereits als meinen Verbündeten an, und will gleichsam der Zukunft vorgreifend vor Ihnen nichts mehr verheimlichen oder verbergen.

---

[1]) British Museum, Hyndford papers, p. 22. Der Brief ist also nicht, wie Droysen S. 206, Anm. 1 glaubt, im Konzept von Friedrich verworfen worden, sondern wirklich abgegangen.

[2]) Den 30. Januar; Berliner Archiv.

So habe ich denn Ew. Majestät mitzuteilen, daß ich mich ganz Schlesiens bemächtigt habe (mit Ausnahme zweier schlechter Nester [1]), in welche die Offiziere der Königin von Böhmen Leute sehr unklugerweise geworfen haben, und die nicht zu halten sind), daß ich Herrn Brown nach Mähren gejagt habe und daß, wenn ich im geringsten die Absicht gehabt hätte, das Haus Österreich zu stürzen, es nur von mir abgehangen hätte, bis Wien vorzudringen. Doch da ich Rechte nur auf einen Teil von Schlesien habe, machte ich da Halt, wo dessen Grenzen aufhören. Weit entfernt, die Ruhe Europas stören zu wollen, ersehne ich vielmehr, nichts als Anerkennung für meine unbestreitbaren Rechte und Gerechtigkeit für mich zu erlangen und nicht gezwungen zu werden, die Dinge zum Äußersten zu treiben und mich von jeder Schonung für den Wiener Hof loszusagen.

Unendlichen Wert lege ich auf die Freundschaft Ew. Majestät, und die allen protestantischen Fürsten gemeinsamen Interessen, welche eine Unterstützung der um des Glaubens willen Unterdrückten verlangen. Die tyrannische Regierung, unter der die Schlesier geseufzt haben, ist abscheulich, und die Barbarei der Katholiken gegen sie nicht zu schildern. Die Protestanten würden in mir ihre letzte Stütze verlieren.

Wenn die angeführten Gründe schon hinreichen könnten, so möchte ich doch noch stärkere in Ew. Majestät eigenem Interesse erblicken, denn wenn dieselbe jemals einen treuen Alliierten mit unzerreißbaren Banden an sich fesseln will, so ist jetzt der Augenblick dazu. Bei der Gemeinsamkeit unserer Interessen, unserer Religion, unseres Blutes wäre es traurig, uns einander feindlich gegenüberstehen zu sehen, wovon andere eifersüchtige Nachbarn Vorteil zu ziehen nicht verfehlen würden. Noch betrüblicher wäre es, wenn man mich nötigte, an den weitaussehenden Plänen Frankreichs teilzunehmen, was ich nur gezwungen zu thun beabsichtige, während Ew. Majestät mich jetzt in der für Ihre Interessen günstigsten Disposition bereit findet, auf Ihre Ideeen einzugehen und in Übereinstimmung mit ihr zu handeln.

Ich bin mit der vollkommensten Achtung, mein Herr Bruder, Ihr guter und sehr getreuer Bruder und Freund Friedrich.

Ich habe mitzuteilen vergessen, daß ich ein Defensivbündnis mit Rußland abgeschlossen habe." [2])

Der Brief war kaum geschrieben, so erregte die Nachricht, daß England seine dänischen Soldtruppen marschfertig mache, des Königs Argwohn von neuem, und auf jenem Hofballe am 30. Januar 1741, wo die obenerwähnte Eröffnung an Valori erfolgte, hatte auch der englische Gesandte Guy Dickens eine Unterredung mit dem Könige, welche fast eine Stunde währte, und von welcher der Gesandte, dessen Berichten allerdings eine gehässige Übertreibung wohl zuzutrauen ist, berichtet, Friedrich habe geäußert, König Georg müsse jetzt zeigen, ob er Freund oder Feind sei; er wisse wohl, Familienhaß sei schlimmer, als ein anderer, aber er könne jeden Augenblick die Allianz Frankreichs haben, das ihm Großes verspreche, und auf den Einwurf, er werde doch einen so verzweifelten Entschluß nicht fassen, der ganz Europa in Verwirrung stürzen könne, soll er gesagt haben, wenn man ihn zum Äußersten treibe,

1) „deux mauvaises bicoques".
2) Londoner Record office, abgedruckt Polit. Korresp. I, 185.

werde er um sich hauen und beißen und alles vor sich zur Wüste machen. Der Gesandte will ihm darauf bemerkt haben, wenn er gleich ein mächtiger Fürst sei, so gäbe es doch auch noch andere Mächte, die sich ihm entgegenstellen könnten; darauf habe der König auf die bereits abgeschlossene Allianz mit Rußland hingewiesen und erklärt, wenn es zum Ohrfeigengeben käme, werde man sehen, daß er sich den ersten Schlag nicht werde nehmen lassen [1]).

Es darf dem hinzugefügt werden, daß Guy Dickens, dessen dreiste, hofmeisternde Art fast jedesmal den König zur Heftigkeit reizte, eigentlich in dieser Angelegenheit nichts zu verhandeln hatte; Lord Hyndford war ja bereits bestimmt, ihn zu ersetzen, und die Unterhandlungen wegen der englischen Vermittelung wurden ausschließlich in London durch den außerordentlichen Botschafter Preußens, den Grafen Truchseß, geführt, der dann auch nach einer durch Ungunst der Wege vielfach gehemmten Reise am 24. Januar in London eintraf.

Graf Truchseß war einer der wenigen aus dem Rheinsberger Kreise in den Ernst des politischen Lebens hinübergenommenen Freunde des Kronprinzen. Er hatte bereits im Sommer eine Mission nach England ausgeführt, und der junge Kavalier mit den feinen Umgangsformen und dem freundlich offenen Wesen hatte sich unter dem englischen hohen Adel viele Freunde erworben, und mehr dieser Umstand, als ein besonderes Vertrauen in seine diplomatische Befähigung hatte jetzt wiederum des Königs Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. In der That war Truchseß ungleich mehr Offizier als Diplomat und zu schlauem Erforschen eines diplomatischen Intriguenspieles nicht die geeignete Persönlichkeit. Schon bei seiner ersten Sendung nach London hatten (wie wir oben anführten), sehr scharfe Mahnungen aus Berlin seiner für einen Diplomaten allzu freundlich vertrauenden Art nachhelfen müssen, und hätte Friedrich geahnt, ein wie böses Spiel sein Oheim gegen ihn begonnen habe, er hätte schwerlich gerade Truchseß gewählt. Dieser, wie dankbar er auch für das Vertrauen seines Königs war, und wie gern er auch seine Freunde in London wiedersehen mochte, wäre doch ungleich lieber mit ins Feld gezogen; er werfe sich, schreibt er, zu den Füßen des Königs mit gefalteten Händen bittend, wenn zum Frühjahr die preußische Armee in Aktion träte, ihm nicht die Kränkung anzuthun, ihn zurück zu lassen [2]).

Am 27. Januar hatte er seine erste Unterredung mit Lord Harrington und entwickelte seinem Auftrage gemäß noch einmal in Kürze den Stand der Dinge, die Land- und Geldansprüche Preußens und dem gegenüber die Sünden Österreichs, die Intriguen bezüglich des Schwiebuser Kreises, die Treulosigkeiten mit der jülich-bergschen Erbschaft, die jüngst hochmütig verletzende Abweisung der günstigen Anerbietungen Preußens. Es hätte ihm wohl auffallen können, wie geschraubt und nichtssagend bei aller äußerlichen Freundlichkeit die Antwort Harringtons war. England, sagte dieser, wolle gern zu einem Accommodement helfen, doch müsse es dazu direkte Propositionen seitens des Königs von Preußen haben, die freilich so geartet sein müßten, daß sie einerseits den Verpflichtungen Englands für die pragmatische Sanktion

---

[1]) Der Gesandte berichtet über diese Audienz unter dem 31. Januar und 4. Februar; Londoner Record office.

[2]) Am 10. Dezember 1740; Berliner St.-A.

nicht zuwiderliefen, anderseits aber auch von Österreich angenommen werden könnten, ohne daß dieses sich dem Vorwurfe aussetzte, selbst zuerst die pragmatische Sanktion gebrochen zu haben [1]).

Nicht günstiger verlief eine zweite Audienz am 31. Januar bei dem leitenden Minister Sir Robert Walpole, schon dadurch sehr erschwert, daß sie durch den als Dolmetscher dienenden Bruder des Ministers, Horaz Walpole, geführt werden mußte, da Truchseß nicht Englisch und Sir Robert nicht Französisch verstand. Der letztere hatte neben Klagen darüber, daß Preußen in der schlesischen Sache Kläger und Richter in einer Person spielen wolle, auch wieder nur die Äußerungen Harringtons wiederholt [2]). Harrington gefiel sich in eigentümlichen, in das Gewand freundlicher Besorgnis gekleideten Hinweisungen auf Rußlands der pragmatischen Sanktion entschieden günstige Gesinnungen [3]), Hyndfords Abreise nach Berlin ward unter immer neuen Vorwänden fort und fort verzögert.

Selbst der England so wohlgesinnte Podewils fand den Vorbehalt, daß die preußischen Propositionen die pragmatische Sanktion nicht tangieren dürften, nach der nun einmal jenseits des Kanales herrschenden Auffassung sehr bedenklich [4]), beschloß aber weiter zu drängen; Truchseß solle vorstellen, Preußen bedrohe nicht wie Bayern und Spanien die pragmatische Sanktion im großen und ganzen, sondern begehre nur im speziellen Falle die Befriedigung gerechter Ansprüche. Österreich habe 1735 und 1739 an Spanien und Sardinien zwei Königreiche und einen großen Theil eines Herzogtums weggegeben, und England habe dies trotz der pragmatischen Sanktion zugegeben und zwar katholischen Fürsten und dem feindlichen Spanien gegenüber, und jetzt wolle man einem protestantischen Staate, einem alten Freunde und Alliierten Englands, um eines Stückes von Schlesien willen solche Schwierigkeiten machen? [5]).

Natürlich mußte alles Werben von Truchseß verlorene Liebesmühe bleiben zu einer Zeit, wo die englischen Gesandten an den verschiedenen Höfen Europas eifrig zum Kriege gegen Preußen drängten und schürten, und König Georgs seinem hannöverschen Ministerium gegenüber ganz offen ausgesprochenes Bestreben nur das war zu simulieren, bis „man ein gutes Konzert zustande gebracht habe" und Preußen über seine Absichten zu täuschen, damit dieses nicht seine deutschen Erblande angreife [6]).

Truchseß hatte seine geheimen Eröffnungen wegen der Konvenienzen für Hannover lange nicht an den Mann bringen können, da im Hause des hannöverschen Ministers, Grafen Steinberg, die Pocken waren, und als es dann gelungen, vermied König Georg zuerst, überhaupt darauf einzugehen, und hielt sich dann beharrlich in großer Reserve, obwohl Preußen seine Angebote steigerte [7]).

---

1) Bericht vom 27. Januar; Berliner St.-A.

2) Truchseß, den 31. Januar.

3) Truchseß, den 3. Februar.

4) Podewils an den König, vom 14. Februar; Berliner Archiv.

5) Podewils an Truchseß, den 14. Februar; ebd.

6) Georg II. an den hannöverschen Minister, den 10. Januar (alten Stils); St.-A. zu Hannover.

7) Truchseß, den 3. Februar (Min.-Korresp.), den 7. u. 14. Februar (Immediatkorresp.); Berliner Archiv.

Auf jenen so sehr entgegenkommenden Brief König Friedrichs antwortete Georg erst unter dem 24. Februar und zwar kühl genug mit der Verheißung, er werde auf ein Expediens sinnen, um Preußen zu befriedrigen, ohne die pragmatische Sanktion zu verletzen.

Und auch die große Debatte in beiden Häusern des Parlamentes am 23. Februar über die von der Opposition erhobene Anklage gegen das Ministerium Walpole ergab für die Interessen Preußens nichts direkt Günstiges. Allerdings suchten die Gegner des Ministeriums auch aus der schlesischen Verwickelung für ihren Angriff Kapital zu schlagen, und im Unterhause machte einer der Führer der Opposition John Barnard das Ministerium dafür verantwortlich, daß jetzt die eine Hälfte von Deutschland mit ihren Interessen dem Objekte der englischen Garantieen feindlich gegenüberstehe; warum habe Walpole nicht die Befriedigung jener preußischen Ansprüche auf Schlesien, welche in diesem Augenblicke die pragmatische Sanktion und zugleich die Freiheit Europas in Gefahr brächten, zur Vorbedingung der englischen Garantie gemacht? Es möge vielleicht, hatte er mit sehr verständlicher Anspielung auf die welfischen Neigungen des Königs zugefügt, mancher deutsche Fürst auf das Anwachsen der benachbarten brandenburgischen Macht sehr eifersüchtig sein, aber solche Eifersucht könne doch für einen englischen Minister nicht bestimmend sein. Aber Walpole hatte den Angriff geschickt genug pariert. Wohl erhob der König von Preußen, sagte er, Ansprüche auf einige Herrschaften in Schlesien, aber der Wiener Hof stellte jede Berechtigung desselben in Abrede, und der König von Preußen selbst bestand zu jener Zeit nicht eigentlich darauf. Ja und wenn er bis zu dieser Zeit gelebt hätte, ich glaube nicht, daß er jetzt darauf bestanden hätte, solchen Anspruch durchzuführen, denn er trat jener Garantie bei ohne Vorbehalt des Anspruches auf Schlesien, ich muß daher den ganzen Vorwurf als einen solchen ansehen, der erst nachträglich auf Grund eines nicht vorauszusehenden, noch im voraus abzuwendenden Vorfalls erhoben wurde [1])

In beiden Häusern des Parlamentes siegte das Ministerium mit ansehnlicher Stimmenmehrheit. Wäre es anders gekommen, so hätte ein neues Ministerium dem Intriguenspiele des Königs vermutlich mehr gewehrt; im großen und ganzen aber hatte die Opposition auch nicht viel mehr Neigung, Preußen zuliebe den alten österreichischen Verbündeten allzu sehr zu drängen, besonders da Frankreich noch immer unschlüssig zu zögern schien.

Eine bestimmte Antwort auf die, wie wir wissen, von Preußen offiziell nachgesuchte Vermittelung Englands war unter verschiedenen Vorwänden immer hinausgeschoben worden, Lord Harrington setzte Truchseß auseinander, eine Mediation vermöge eigentlich England ebenso wenig wie Rußland zu übernehmen, insofern beide die pragmatische Sanktion garantiert hätten. Auch würde Österreich dies nicht zulassen, wie es ja auch dies in dem letzten Kriege zwischen dem Kaiser und Frankreich verweigert habe. Höchstens könne von guten Diensten die Rede sein. Er hatte hinzugesetzt, man möge nur in Preußen nicht vergessen, daß, wenn ein englischer Minister zu einer Verletzung

---

[1]) Parl. hist. XI, 1263 u. 1298.

der pragmatischen Sanktion die Hand böte, er das Parlament und die ganze Nation gegen sich haben würde [1]).

Friedrich hatte sofort darauf verfügt, Truchseß solle doch endlich einmal gründlich die Meinung widerlegen, als beabsichtige er eine Verletzung der pragmatischen Sanktion, und daß diese sein schlesisches Unternehmen absolut nichts angehe [2]). Bezüglich der Vermittelung urteilte Podewils, möchten sie es nennen, wie sie wollten, gute Dienste oder Mediation, wenn sie nur Ernst machten [3]).

Man wird die Geduld Friedrichs England gegenüber erklärlich finden, wenn man erwägt, daß er einmal auf eine gewisse Unlust Englands zu einer ernstlichen Pression auf Österreich gefaßt war, und daß ferner schon das bloße Weiterspinnen der Verhandlungen, so lange dabei die Engländer sich von einer wirklichen Unterstützung der Königin von Ungarn abhalten ließen, ihm erwünscht sein könnte.

Eine andere Gestalt gewannen nun aber die Sachen, als im Laufe des März Kunde von den englischen Umtrieben im Haag und in Petersburg und von den Dresdner Verhandlungen an den König gelangten. Daß dies geschah, dafür sorgte schon der treue Freund Preußens in Petersburg, Münnich, der, als er die eigene Widerstandskraft gegen die feindliche Strömung an seinem Hofe im Abnehmen sah, wenigstens noch warnen wollte, was er dann allerdings in einer Form that, welche nicht ganz korrekt die Hauptschuld an der Konspiration Sachsen zuschob [4]).

Im Hauptquartiere des Königs machten diese Nachrichten einen tiefen Eindruck. „Die Büchse der Pandora ist geöffnet", schreibt damals Podewils; „wir treten in die furchtbarste Krisis, die je über das Haus Brandenburg gekommen [5])." Wovor er am meisten bangte, war im Grunde nicht sowohl die unmittelbar drohende Gefahr als vielmehr die Wahrscheinlichkeit, daß jene Nachrichten König Friedrich in die Arme Frankreichs treiben könnten, worin er einen Schritt der Verzweiflung erblickt, dessen Folgen ein allgemeiner Krieg und schweres Unheil sein würden, denn Frankreich, urteilt er, sucht im Grunde nur den Umsturz des europäischen Gleichgewichts durch die Niederwerfung des Hauses Österreich, um dann einen Staat nach dem anderen für seine Interessen ausbeuten zu können, wobei für uns nun jene Gunst des Polyphem, zuletzt verspeist zu werden, herauskommen würde [6]).

Auch der König war von dem, was er den abscheulichen Verrat Rußlands nennt, betroffen, und er ist in seinen Memoiren so weit gegangen, zu behaupten, daß, wenn in jenem Momente die Königin von Ungarn ihm das Herzogtum Glogau angeboten hätte, er sich damit begnügt und ihr dann gegen ihre übrigen Feinde beigestanden haben würde [7]). Aber wir dürfen dem gegenüber konstatieren, daß in seinen in jenen Tagen nach London gerichteten Eröffnungen

---

1) Truchseß, den 7. Februar; Berliner St.-A.
2) „ni en blanc ni en noir"; der König an Podewils, den 24. Februar, und Marginale zu Podewils vom 20. Februar; Polit. Korresp. I, 197.
3) Den 20. Februar; ebd.
4) Droysen, S. 211.
5) Ebd. S. 224.
6) Ebd. S. 225, Anm. 1.
7) Histoire de mon temps (1746) ed. Posner, S. 222.

sich nirgends eine Andeutung einer möglichen Herabstimmung seiner Forderungen wahrnehmen läßt [1]). Was er nach dieser Seite hin beabsichtigt, spricht deutlich seine Marginale zu einem Kabinettsschreiben vom 16. März aus: „Ich gestehe, daß das ein Verräterstreich ist; aber man wird sehen müssen, ob die Sachen so bleiben, oder ob es nicht ein Mittel giebt, die Wetterfahne wieder zum Umdrehen zu bringen, — geht das nicht, nun so wird Sachsen die zerbrochenen Töpfe zu bezahlen haben" [2]).

„Es braut sich etwas gegen mich zusammen", schreibt der König bereits am 14. März an Truchseß [3]); derselbe solle bald Näheres erfahren, zunächst aber vor allem auf das schärfste aufpassen, und an demselben Tage noch in einem zweiten Reskripte, wie verlaute, suchten die russischen Minister in London und im Haag die Seemächte gegen ihn aufzureizen; Sachsen schüre fortwährend in Petersburg, Truchseß solle hören, wie England gesinnt sei, er, der König, könne nicht denken, daß dieses die Hand bieten werde zu einem Projekte, das ganz geeignet sei, Europa an allen vier Ecken anzustecken und Ströme von Christenblut vergießen zu machen.

Es spricht eine ernste, dabei aber des Selbstvertrauens nicht entbehrende Entschlossenheit aus dem denkwürdigen Briefe, den er dann am 11. März an seinen Minister Podewils richtet: „Der Verrat Rußlands ist abscheulich. Die Bosheit und Mißgunst der Sachsen hat das Ei gelegt, und die Schwachheit des Prinzen Anton hat es auskriechen lassen. Wenn die weiteren Nachrichten den bis jetzt erhaltenen entsprechen, wird man aufs schleunigste mit Frankreich abschließen müssen, und nicht ich, sondern Rußland und England werden die Schuld tragen, wenn in Europa alles drüber und drunter geht. — Man muß sich mit Standhaftigkeit waffnen, mit Heldenmut kämpfen, mit Klugheit siegen und mit stoischem Sinne dem Mißgeschicke standhalten. Ich habe das Möglichste für die Ruhe der Welt gethan, meine Gegner sind es, die sie stören. Aber was immer geschehen möge, ich würde wenigstens die Genugthuung haben, das Haus Österreich zu stürzen und Sachsen zu begraben. Vielleicht ändern sich die Konjunkturen, aber ich sehe das Konzert meiner Gegner als eine vollendete Thatsache an. Dies Feuer ist unter der Asche entglommen, und wir sehen jetzt nur erst die ersten Funken. Adieu, teurer Freund, verteidigen Sie mich mit der Feder, wie ich Sie mit dem Degen verteidigen werde, und alles wird gut gehen zum Verdrusse unserer Neider." [4])

Und an demselben Tage noch erließ er eine neue Weisung auch an Graf Truchseß, es entspinne sich, wie er aus guter Quelle durch einen befreundeten deutschen Hof erfahren, gegen ihn das schwärzeste Komplott und das verabscheuungswerteste Konzert von der Welt zwischen den Höfen von Sachsen und Petersburg, worin man nun auch die Seemächte ziehen wolle. Sachsen schlage vereint mit dem Wiener Hofe und selbst, was allen Glauben übersteige, mit dem englischen Gesandten Mr. Finch Rußland einen Operationsplan vor, um nicht nur Preußen mit Krieg zu überziehen, sondern demselben auch einen großen Teil seiner Staaten wegzunehmen, die dann geteilt werden sollten.

---

1) Wie dies bereits Droysen S. 227 bemerkt hat.
2) Polit. Korresp. I, 207.
3) Berliner St.-A., Ministerialkorresp.
4) Polit. Korresp. I, 207.

Der Plan solle eben jetzt in Dresden von den Ministern der Staaten, welche Sachsen hineinziehen wolle, näher ins Auge gefaßt werden, nachdem Rußland erklärt habe, es mache seinen Beitritt von dem der Seemächte abhängig.

Truchseß solle nun unmittelbar nach dem Empfange dieser Depesche schleunigst eine besondere Audienz bei König Georg begehren, ohne jedoch zuvor gegen irgendeinen von den Ministern von dem Gegenstande, um den es sich handle, zu sprechen, damit der König keine Zeit habe, eine Antwort einzustudieren oder sich die Art seiner Haltung vorzubereiten, für den Fall, daß wider alles Erwarten jenes Komplott mit seinem Vorwissen sich bilde.

Der Gesandte soll dann dem König sagen, sein Herr habe Nachrichten, daß der englische Gesandte in Petersburg allem Anscheine nach ebenso gut wie die von Sachsen und Wien, Rußland zum Beitritte drängten, doch sei König Friedrich allzu fest überzeugt von der Freundschaft und Zuneigung Seiner britischen Majestät für ihn und sein königliches Haus, um an die Möglichkeit von dessen Beitritt zu einem Komplotte zu glauben, das ihn sicher nur mit Abscheu erfülle, um so mehr, da sich König Georg erinnern werde, daß sein Neffe bei seinem Unternehmen auf Schlesien sich gerade an ihn zuerst gewendet habe, um ihm die geheimsten Gedanken seines Herzens zu enthüllen und auf der Grundlage einer Freundschaft und unauflöslichen Einigung beider Mächte das ihm vorschwebende, allgemein heilsame Ziel zu erreichen. Seitdem habe der König von Preußen nichts gethan, als eifrig diese Allianz zu suchen und derselben vor allen anderen trotz der vorteilhaftesten Anerbietungen den Vorzug gegeben. Mit Genugthuung habe er wahrgenommen, wie Seine britische Majestät mit Offenheit und Freimut geantwortet, ihre guten Dienste zugesichert und nach dem bestimmten Zeugnisse Lord Harringtons nach bestem Vermögen über einer Verständigung mit dem Wiener Hofe arbeite.

Diese so oft wiederholten Versicherungen und das heilige Wort des Königs seien sichere Bürgen der Fortdauer seiner Freundschaft, und es hieße seinen Ruf kränken, wollte man auch nur an die Möglichkeit glauben, derselbe könne sich in ein so schwarzes Komplott einlassen gegen einen Fürsten, der ihm und zwar nicht bloß durch seine Verwandtschaft so nahe stände. Unzweifelhaft handle der Gesandte Finch nicht im Einklang mit seiner Instruktion, wenn er dem Drängen Sachsens nachgebend anscheinend die Hand biete zu dem unwürdigen Verrate, den man gegen Preußen sinne. Der König von Preußen schmeichle sich, daß sein Oheim ergriffen und empört von jenem schwarzen Projekte des Dresdener Hofes alles thun werde, um denselben davon abzubringen und auch Rußland von der Teilnahme abzuhalten, um so mehr, da es ja in die Augen springe, daß solches Konzert, weit entfernt König Friedrich zu einem Schritte zu zwingen, der seines Ruhmes und seiner Ehre unwürdig sei, ihn nur in die traurige Notwendigkeit bringen würde, statt der natürlichen Verbündeten sich andere zu suchen, um sich aus der Affaire zu ziehen, auf die sichere Gefahr hin, ganz Europa und vornehmlich das Deutsche Reich in Feuer und Flammen zu setzen, während eine mit der Ehre und den Interessen Friedrichs verträgliche Verständigung zwischen Preußen und Österreich, zu der er sich wiederholt gern bereit erklärt habe, dem Reiche die Ruhe wiedergeben, ihn dem Hause Österreich verbinden und das Gleichgewicht Europas besser als je herstellen würde.

Er schmeichle sich, der König von England werde ihn aus seiner Unruhe

reißen, indem er erkläre, was er von ihm zu erwarten habe, die gegenwärtige Krisis sei zu gewaltig, um länger in Ungewißheit bleiben zu können, er hoffe dies von König Georgs Freundschaft, die er der anderer vorzöge, nur müsse man sich ein- für allemal über die angetragene Allianz erklären, die ja auch Englands Interessen erheischten, damit man wisse, woran sich zu halten.

Nach diesen Eröffnungen solle Graf Truchseß auch Lord Harrington und Ritter Robert Walpole und Herrn v. Steinberg dasselbe sagen, ihnen allen von den schrecklichen Folgen für die Ruhe von ganz Europa sprechen und dem letzteren (Minister für Hannover) noch speziell von denen für die deutschen Lande des Königs, wenn man nicht frühzeitig genug derartigen Konzerten vorbeugte.

„Ich gestehe", schreibt der König, „daß die Verzögerung der Abreise von Mylord Hyndford mir heftigen Argwohn einflößt, als könnte der englische Hof in dieses Komplott hineingeraten sein und vorerst die Resultate der Verhandlungen zwischen den Höfen von Petersburg und Dresden abwarten wollen, ehe er sich entschiede.

„Doch nachdem die Lunte einmal entdeckt ist, hoffe ich, werden Sie auf irgendwelche Weise auch im übrigen der Sache auf den Grund kommen und den König von England sowie sein Ministerium auf den guten Weg und zu mir mehr günstigen Dispositionen zurückführen, für den Fall, daß man sich von diesen sollte entfernt haben" [1]).

Es war sehr natürlich, daß unter dem Eindrucke jener Nachrichten die Aktien Frankreichs wiederum sehr stiegen, und als Valori am 15. März in Schweidnitz, dem damaligen Hauptquartiere des Königs eintraf, wurde er nicht nur sogleich vorgelassen, sondern fand auch den König in der allergünstigsten Stimmung. Derselbe sprach ihm ganz offen von jenem in Dresden gegen ihn geschmiedeten Komplotte, schalt auf die Engländer, deren ewiger Refrain von dem Ehrgeize Frankreichs spräche, das überall herrschen wolle, während sie selbst eben solche Gelüste verrieten und noch dazu in hochmütigster Weise. Er gestand, daß er nur eben bei Frankreich unter den jetzigen Konjunkturen eine Teilnahme für seine Interessen gefunden habe, und daß er zu einer Allianz mit dieser Macht bereit sei, so wie er des thatkräftigen Beistandes dieser Macht für Bayern sicher sei. Darauf müsse er allerdings bestehen und ebenso auf der unverbrüchlichsten Geheimhaltung ihres Vertrages; denn Rußland habe ihm ganz formell erklärt, daß es die Allianz mit Preußen auflösen und sich gegen ihn erklären würde, sowie er eine Verbindung irgendwelcher Art mit Frankreich eingehe. Valori versichert, der König habe ihm gesagt: „So wie ich Sicherheit habe über die guten Absichten des Königs [von Frankreich] zugunsten des Kurfürsten von Bayern, brauchen wir nur eine Karte zu nehmen und mit einem Bleistifte das zu bezeichnen, was dem Kurfürsten zufallen soll, und ich stehe quasi mit meinem Kopfe dafür ein, daß er es haben wird" [2]).

Seinem Minister schreibt der König darauf, bei der Situation, in der er sich befände, scheine es ihm notwendig, auf einen geheimen Vertrag mit Frankreich einzugehn, Podewils solle deshalb mit Valori konferieren und die Fassung in möglichst klarer und bestimmter Form seinen Interessen entsprechend ein-

---

[1]) Instruktion für Truchseß, den 21. März; Berliner St.-A.
[2]) Bericht Valoris vom 15. März; abgedruckt bei Ranke, Werke XXVII, 576.

richten, und auch noch ausdrücklich auf einer Verpflichtung Frankreichs bestehen, für den Fall, daß Rußland Preußen bedrohe, Schweden zum Kriege gegen die Russen zu bringen [1]).

Dem Minister, dessen Meinung über das Gefährliche einer Allianz mit Frankreich sich nicht geändert hatte, war der Auftrag natürlich wenig erwünscht; er widersprach nicht, fand aber doch in den von Frankreich zu fordernden Garantieen ein Mittel, den wirklichen Abschluß noch zu verzögern. Inzwischen bemühte er sich, des Königs Aufregung gegen England zu besänftigen.

So ließe sich anführen, daß gerade in jenen Tagen, am 16. März, der langerwartete besondere Gesandte von Hannover, Geheimerat Schwichelt, in Breslau eingetroffen war, und Podewils wenigstens glaubte aus dessen Interesse für die von Preußen offerierten Konvenienzen (wir kommen noch darauf zurück) schließen zu dürfen, daß König Georg an dem „detestablen Plane" doch wohl nicht ernstlich beteiligt sei [2]); und der König hielt es in der That für möglich, wenn man den Gesandten recht cajoliere und ihm lockende Perspektiven etwa auf Osnabrück und Ostfriesland eröffne, Georg noch „von der Bande" loszumachen [3]).

Bald kamen auch wirklich beruhigende Nachrichten aus London; am 24. März hatte Friedrich einen Bericht seines Gesandten vom 17ten in Händen, der ihm nach zwei Seiten hin Erfreuliches meldete, einmal vonseiten des hannöverschen Ministers Grafen Steinberg, daß König Georg nun auf einmal ganz ernstlichen Appetit auf den ihm längst hingehaltenen Köder der welfischen Konvenienzen zeige (wir kommen darauf noch zurück), und dann vonseiten Lord Harringtons die Versicherung, soeben sei ein Kurier von Robinson abgegangen, um Hand an das Werk zu legen im Sinne der preußischen Forderungen, wenngleich in der Form einer Verpfändung [4]).

Und Truchseß war nicht hintergangen worden. Wie wir im nächsten Abschnitte im einzelnen sehen werden, war der englische Minister in seiner Depesche vom 16. März mit einem Eifer wie nie vorher und selten nachher direkt für das preußische Programm Niederschlesien und Breslau eingetreten. Die Wendung war eben in London gerade damals erfolgt, wesentlich infolge der Nachrichten aus Frankreich.

Jetzt wagte es Podewils auch (am 28. März), dem König zu schreiben, selbst wenn England wirklich etwas im Schilde führe, werde man immer noch jeden Augenblick die Wahl haben, auf Frankreichs Seite zu treten, wo man stets willkommen sein werde, auch wenn man spät komme, und der König begnügte sich zu erwidern: „Gut, aber wenn England mit uns sein Spiel treiben will, wird man sich in die Arme Frankreichs werfen müssen" [5]).

Aber immer aufs neue kommen beruhigende Botschaften aus London. Unter dem 24. März berichtet Truchseß von einer Audienz bei König Georg, wo dieser ihm gesagt, er thue eben jetzt das Möglichste, um Österreich ohne

---

1) Den 18. März; Polit. Korresp. I, 211.
2) Den 18. März, angeführt bei Droysen, S. 247, Anm. 1.
3) An Podewils, den 24. u. 26. März; Polit. Korresp. I, 214 u. 216.
4) Berliner Archiv; Anführungen bei Droysen, S. 229.
5) Ebd. S. 247, Anm. 2.

jeden Zeitverlust zur Annahme der preußischen Forderungen zu bewegen in der Hoffnung, daß König Friedrich nicht neue Schwierigkeiten machen und anderseits sich der hannöverschen Konvenienzen annehmen werde; nur verlangt er, geschreckt durch Valoris Besuch im preußischen Hauptquartiere, eine Zusicherung, daß Preußen nicht bereits gegen Frankreich gebunden sei, und dann wieder unter dem 28. März, er sei jetzt mehr als je von der Aufrichtigkeit des englischen Hofes überzeugt und von dessen ernstem Willen, ein Arrangement zustande zu bringen, das dem König nicht mißfallen werde. Wenn man in Rußland oder Sachsen etwas gegen Preußen angesponnen, so wäre man hier ganz sicher, daß dabei nichts herauskommen würde [1]), Hyndford sei bereits am 22. März von London abgereist und nur durch widrigen Wind von der Überfahrt über den Kanal zurückgehalten.

So schien es dem Hauptintriganten gelingen zu sollen, mit dem Momente, wo er selbst sein Spiel aufgab, auch den schon erweckten Argwohn in der Seele dessen, auf den es gemünzt gewesen war, wieder zu zerstreuen und das ganze Odium nach anderer Seite zu lenken. In der That ist allem Anscheine nach über den eigentlichen Zusammenhang der Dresdner Verschwörung und darüber, daß nicht Sachsen, sondern England der intellektuelle Urheber gewesen, König Friedrich, wenn überhaupt, so erst nach Jahren ins klare gekommen.

---

[1]) „n'en que faire de l'eau toute claire". Truchseß, den 28. März; Berliner Archiv.

Viertes Kapitel.

Die englische Diplomatie in Wien zur Zeit der Dresdner Konferenzen.

Wenn wir zur Ergänzung der eben geschilderten diplomatischen Vorgänge nun noch einen kurzen Blick auf die Beziehungen zwischen Wien und London in dieser Zeit werfen, so werden wir mit Recht erwarten, hier das Widerspiel dessen, was wir eben kennen gelernt, zu finden, an der Stelle ängstlichen Ausweichens, geschraubter Redensarten eine volle, freudige Übereinstimmung, wie sie sich natürlich ergiebt zwischen zwei Mächten, die auf dasselbe Ziel lossteuern, und nicht ohne Überraschung finden wir diese Erwartung vollständig getäuscht.

Wir sahen bereits in einem früheren Abschnitte, wie der Vertreter der englischen Politik in London, Robinson, bei den preußischen Gesandten als ein erklärter Freund der Verständigung zwischen Österreich und Preußen galt, und wir dürfen gern glauben, daß der jähe Abbruch der Verhandlungen, der als ein Sieg der Bartensteinschen Richtung angesehen werden mußte, Robinson sehr unerwünscht kam; wir teilten oben auch schon einen Bericht des hannöverschen Gesandten Lenthe mit, welcher den Gang, den die Dinge in Wien gegen Ende des Jahres 1740 nahmen, aufs tiefste beklagt. Weder er, noch sein englischer Kollege ahnten, daß man inzwischen in London sehr feindselige Entschlüsse gegen Preußen gefaßt hatte, und bemühten sich im besten Glauben fort und fort im Sinne einer Verständigung mit Preußen.

Unter dem 30. Dezember 1740 setzte das hannöversche Ministerium dem König Georg auseinander, es liege nicht im hannöverschen Interesse, daß Österreich sich mit Preußen setze, sondern viel eher, daß jenes sich bis auf das äußerste wehre. Es sei deswegen zu bedauern, daß Robinson und Lenthe in Wien auf eine Verständigung hinarbeiteten. Freilich habe man aus Mangel spezieller Anweisung an letzteren noch keine besondere Gegeninstruktion geschickt. Es sei ja übrigens auch notwendig, so lange, bis das angestrebte große Konzert gegen Preußen zustande gekommen, auf das sorgfältigste zu simulieren, weil sonst Preußen sich eher in französische Hände werfen, vielleicht auch gar einen gefährlichen Coup gegen Hannover ausführen könnte, wie es ja bereits im Magdeburgischen Truppen zusammenziehe [1]). Darauf

---

1) St.-A. zu Hannover.

antwortet Georg, er sei mit dem Angeführten ganz einverstanden, auch damit, daß es zu wünschen wäre, daß sich Robinson und Lenthe nicht so äußerten, wie sie es thäten, doch müsse man bei alledem mit der äußersten Diskretion und dem größten Menagement vorgehen, damit man sich nicht vor der Zeit Unruhe und Last auf den Hals ziehe [1]).

Infolge davon unterblieb die Gegeninstruktion an Lenthe; dagegen dachte man Ende Januar daran, denselben ganz zurückzurufen, unter dem Vorwande, ihm eine Stelle im Ministerium zu geben, ein Plan, dessen Ausführung sich dann aber so lange verzögerte, bis schließlich die veränderte Lage der Dinge das eigentliche Motiv wegfallen ließ.

Auch vonseiten des englischen Ministeriums ließ man Robinson lange Zeit ruhig seinen Weg gehen. Man hatte vielleicht eine gewisse im Grunde ja begreifliche Scheu, dem erfahrenen und an Selbständigkeit gewöhnten Diplomaten eine so plötzliche Umkehr vorzuschreiben, und es ist auch nicht zu verkennen, daß, wenn man gleich den Wünschen König Georgs gefügig jene Koalition in Angriff genommen, man dabei doch, wie wir noch näher sehen werden, die andere Möglichkeit, den schlesischen Zwischenfall durch einen Vergleich zwischen den nächstbeteiligten Mächten zu erledigen, nie ganz und gar aus den Augen verloren hat.

Freilich hatte dieses seltsame Gehenlassen auch manches Mißliche, es brachte die englisch-hannöverschen Gesandten thatsächlich um allen Kredit am Wiener Hofe und ließ die Unterhandlungen über deren Köpfe weggehen.

Gerade um Weihnachten 1740 verlangte Graf Ostein, der österreichische Gesandte in London, von dem dortigen Hofe die vertragsmäßige Hilfe gegen Preußen und gleichzeitig die Kaiserstimme für den Großherzog von Toscana, mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, nach sicheren Erkundigungen habe Frankreich durchaus keinen Teil an dem preußischen Unternehmen, dasselbe habe mündlich und schriftlich deklariert, es werde niemandem, am allerwenigsten aber Preußen Vorschub leisten, etwas gegen die pragmatische Sanktion zu unternehmen [2]).

König Georg antwortete auf eine seine Hilfe begehrendes Schreiben Maria Theresias vom 29. Dezember unter dem 29. Januar in entgegenkommendster Weise, auf das bestimmteste seine Sympathie für die Königin und den festen Entschluß, seine vertragsmäßigen Pflichten treulich erfüllen zu wollen, beteuernd; und auch vonseiten des Ministeriums wurden die Berechtigung der österreichischen Forderung und der casus foederis anerkannt, aber die eigentliche Gewährung der Hilfe von der Herstellung eines Konzertes zunächst mit den Generalstaaten und dann weiter mit Rußland und Sachsen abhängig gemacht. Obwohl dies nun etwas weit aussah, so mußte doch die dem Konzerte zugrunde liegende Intention in Wien im höchsten Maße willkommen sein. Die jetzt hier herrschende Bartensteinsche Richtung, die in jener Eröffnung Osteins sich ganz bestimmt kennzeichnet, hatte das englische Bündnis immer hauptsächlich deshalb gemißbilligt, weil damit zugleich ein Frontmachen gegen Frankreich notwendig gegeben war. Wenn jetzt nun König Georg von den „Conquêten" sprach, die er von Preußen zu gewinnen hoffte, mit aller

---

1) Den 10. Januar; St.-A. zu Hannover.

2) König Georg an die hannöverschen Minister, den 16. Dezember (alten Stils).

seiner Macht und den englischen Soldtruppen gegen Preußen zu agieren verhieß [1]), und auch das englische Ministerium ernstlich Miene machte, sich mit anderen Mächten direkt zu feindlichem Vorgehen gegen Preußen zu engagieren, so hob sich jene Schwierigkeit; Österreich konnte fortfahren, recht freundliche Beziehungen zu Frankreich zu pflegen, diesem gegenüber die Ablenkung der englischen Feindschaft sich zum Verdienst zu machen, und selbst ein kleines Opfer an Frankreich gebracht mochte ungleich leichter verschmerzt werden, als eine Abtretung in Schlesien. Das alles leuchtete Maria Theresia ungemein ein; der schnell entflammte Haß gegen den kühnen Bedränger, religiöser Eifer, habsburgischer Stolz, Liebe zu den deutschen Erblanden, alles wirkte zusammen, um ihr jeden Weg, der sie von einer Abtretung in Schlesien dispensierte, wert zu machen. So triumphierte Bartenstein, und das Verhalten König Georgs und seines Ministeriums hatte wesentlich dazu mitgewirkt, der politischen Richtung, welche Robinson in englischem Interesse bisher immer bekämpft hatte, den Sieg zu verschaffen.

Es waren in der That zwei Standpunkte, zwischen denen kaum eine Versöhnung möglich war. Bartenstein sagte zu dem englischen Ministerium: helft uns nur gegen den nächsten Feind, gegen Preußen, mit Frankreich werden wir uns schon selbst zu stellen wissen, der englische Gesandte dagegen ward nicht müde, ganz im Gegensatze dazu vorzustellen, der eigentliche natürliche Feind Österreichs sei Frankreich; um gegen diesen die Hände frei zu behalten, müsse man je eher, je lieber sich mit Preußen verständigen, dessen mächtigen Beistand man außerdem gegen Frankreich dringend benötige. Gerade von dieser Allianz aber wollte Bartenstein überhaupt nichts hören, und weit entfernt, dieselbe durch Opfer zu erkaufen, mochte er sie nicht einmal umsonst haben, Friedrich Wilhelms I. 12,000 Mann hätten seiner Zeit am Rheine mehr Schaden gethan als Gutes gestiftet, und für die Kaiserwahl bringe der Gewinn der brandenburgischen Stimme den Verlust von zwei anderen, Trier und Kursachsen, kurz Preußens Freundschaft werde nachteiliger sein, als seine Feindschaft [2]).

Natürlich predigte Robinson nicht nur tauben Ohren, sondern brachte sich auch in den Ruf eines eigensinnigen, den Intentionen seines Souveräns geradezu entgegenhandelnden Diplomaten. Wir haben noch einen Brief Maria Theresias an Graf Ostein, der das ganze Sündenregister des englischen Diplomaten zusammenstellt. Derselbe sei gleich anfangs der eifrigste Fürsprecher des Königs von Preußen gewesen und habe auch nach dessen Einfalle in Schlesien für seine Befriedigung in einer Art sich bemüht, daß alle anderen fremden Minister sich geärgert hätten, habe dann den längeren Aufenthalt der preußischen Gesandten Gotter und Borck erzwingen wollen, die preußische Anforderung an Jägerndorf verteidigt und zu einer Zeit, wo König Georg ihr von einem schädlichen Vergleiche mit Preußen abgeraten und selbst die Notwendigkeit, dem preußischen Übermute Schranken zu setzen und dessen Macht zu mindern, erkannt habe, sich ganz abweichend geäußert [3]). Wir er-

---

1) Ostein, den 27. Januar und den 13. Februar; Anführung bei Arneth I, 391. 392.

2) Anführung bei Raumer, S. 111.

3) Vom 21. April; bei Arneth I, 391.

kennen in dem Schreiben leicht Bartensteins Feder, der ja auch in seiner Denkschrift mit Rücksicht auf jene Zeit behauptet, Georg II. habe gegen Ostein geäußert, man müsse der Königin aufs äußerste abraten, in die pragmatische Sanktion irgendwie ein Loch zu machen, weil sonst alle die verschiedenen Ansprecher nicht zu ersättigen sein würden und ein Opfer das andere nach sich ziehen würde [1]).

Robinson selbst, stets seiner Sache ganz sicher und in seinem vollblütigen Eifer wenig nach rechts oder links blickend, hätte sich schwerlich mit der Aufklärung jenes Widerspruches abgemüht, aber die wiederholten Beschwerden Österreichs und nicht minder auch des sächsischen Hofes, welcher letztere ja ernstlich fürchten mußte, bei einer Verständigung der Königin mit Preußen ganz leer auszugehen, nötigten doch endlich den Staatssekretär Lord Harrington, sein Schweigen zu brechen.

Derselbe erteilte unter dem 27. Februar dem Gesandten in Wien neue Instruktionen in einem höchst charakteristischen Schreiben. Dasselbe beginnt mit einigen nicht eben überzeugenden Phrasen, welche die Verzögerung dieses Schreibens erklären sollten. Nachdem nun das außerordentliche Betragen des Königs von Preußen und die ernstlichen Gesuche um Hilfe seitens der Königin von Ungarn die Scene ganz geändert, habe Se. Majestät den Gesandten nicht länger ohne genaue Kenntnis dieser Gesinnungen lassen wollen. Mit Robinsons Eifer sei man durchaus zufrieden. — Graf Ostein werde ohne Zweifel seinen Hof benachrichtigt haben von dem gänzlichen Mißfallen, welches der König über das nicht zu rechtfertigende Vorgehen des Königs von Preußen ausgesprochen und von seinem Entschlusse, seine Verpflichtungen gegen die Königin zu erfüllen, sobald ein geeigneter Plan für die militärischen Operationen festgesetzt sein werde.

Robinson möge diese Versicherungen in der stärksten Form, die er finden könne, wiederholen, wie dies auch der König in seinem jüngst an die Königin gerichteten Briefe ausgesprochen. Die Absendung dieser Antwort sei nur dadurch verzögert worden, daß man erst die Entscheidung der Generalstaaten über das diesen proponierte Konzert habe abwarten wollen. Man habe diesen nämlich vorgeschlagen, zunächst zu versuchen, den König von Preußen durch freundliche Ermahnungen von seinem gegenwärtigen Unternehmen abzubringen, falls dies nichts helfe, denselben zu schrecken durch die gemeinsam abgegebene Erklärung, man werde nicht umhin können, die Verpflichtungen gegen den Wiener Hof zu erfüllen, und wenn auch dies resultatlos bleibe, vorzugehen in Gemeinschaft mit der Königin und den anderen Mächten, welche dazu die Hand bieten würden, um Preußen durch Waffengewalt zu zwingen, seine Truppen aus Schlesien zurückzuziehen. Mr. Trevor im Haag sei hierzu bereits durch Instruktionen vom 9. und 13. Januar angewiesen worden, doch seien diese unglücklicherweise fast 2 Wochen in Harwich liegen geblieben; daß jetzt die Sache im Gange sei, zeige ein mitgeteilter Brief Trevors vom 17. Februar.

---

[1]) „Traurige Gedanken 2c." ed. Arneth, Archiv für österr. Geschichtsqu. XLVI, 174. Droysen, S. 271, Anm. 3 bezieht doch wohl mit Unrecht dies auf ein spätere Zeit; man erkennt aus dem Folgenden deutlich, daß Bartenstein die Zeit vor Ostern 1741 meint.

Österreich werde hoffentlich nicht Anstoß daran nehmen, daß England dem Könige von Preußen zunächst seine guten Dienste zugesagt habe, es sei derartiges immer in ähnlichen Fällen geschehen, auch habe man ja aus Robinsons Berichten ersehen, daß man in Wien eine gütliche Beilegung lebhaft ersehnt habe; die mitgesandten Briefe an Trevor zeigten, auf welcher Grundlage man die Verständigung habe erreichen wollen (Entschädigung aus der jülich-bergschen Erbschaft), und Trevors Antwort, weshalb man diesen Gedanken habe ganz fallen lassen müssen (weil Holland davon nichts wissen wollte).

Da nun der Erfolg dieses Vermittelungsversuches sehr ungewiß sei, setze sich der König von England ohne Zeitverlust in den Stand, seinen Verpflichtungen gegen Österreich nachzukommen, falls Preußen billigen Vorstellungen Raum zu geben sich weigere, und habe auch bereits den Höfen von Dänemark und Hessen-Kassel Nachricht gegeben, daß er die von diesen traktatmäßig zu stellenden Soldtruppen nun zu brauchen gedenke. In gleicher Weise thue der König sein möglichstes, die guten Absichten, welche der russische Hof anscheinend für die Durchführung der pragmatischen Sanktion hege, zu beleben und zu stärken und habe denselben darauf hingewiesen, von welcher Bedeutung es sein würde, um den König von Preußen zur Raison zu bringen, wenn man eine Diversion in dessen nächstgelegene Provinzen unternähme; daß dafür sich auch die österreichischen Gesandten bemühten, möge nun Robinson dem Wiener Hofe ans Herz legen, auch zur Verständigung mit Sachsen hindrängen, vor allem aber zur schleunigen Aufstellung eines gemeinsamen Operationsplanes für alle Mächte, die an dem Konzerte teilnehmen wollten, ermahnen.

Robinson habe wiederholt von vertraulichen Eröffnungen einiger österreichischer Minister und namentlich des Großherzogs, welche das Verlangen nach einer gütlichen Verständigung mit Preußen ausdrückten, berichtet, Graf Ostein aber derartiges immer in Abrede gestellt, und dieser Widerspruch mache es Sr. Majestät von England schwer, die wahren Absichten des Wiener Hofes zu erkennen, und doch habe England, das so loyal alle seine Verpflichtungen gegen Österreich zu erfüllen sich bereit erklärt, und die dänisch-hessischen Soldtruppen zu Ende nächsten Monats marschfertig haben werde, gerechten Anspruch darauf, daß ihm die Königin ohne jede Zurückhaltung ihre wahre Meinung über den König von Preußen kundgebe, damit England nicht nur für jenen Endzweck mitwirken, sondern auch die nötigen Maßregeln zur eigenen Sicherheit ergreifen könne. König Georg wolle in dieser Angelegenheit, wo, welchen Weg man auch einschlagen möge, Schwierigkeiten und bedenkliche Konsequenzen vorauszusehen seien, keinen Rat erteilen, aber wohl die Königin unterstützen, wie immer sie sich entschließen möge, nur eben möge sie sich entscheiden und ohne Zeitverlust König Georg ihren definitiven Entschluß mitteilen.

Denn wenn Österreich, wie dies Ostein ausgesprochen, entschlossen ist, sich in keinen Vergleich mit Preußen einzulassen, sondern sich mit aller Macht bemühen will, dessen Truppen durch Waffengewalt aus Schlesien zu vertreiben, so wird es den König von England bereit finden, im Verein mit den anderen Mächten, die dazu mitwirken wollen, einen geeigneten Operationsplan zu verabreden, um die von ihm verlangten 12,000 Mann Dänen und Hessen möglichst vorteilhaft für die gemeinsame Sache verwenden zu können.

Wenn jedoch den Eröffnungen des Großherzogs an den Gesandten entsprechend der Wiener Hof mit Rücksicht auf die gewaltsame und ungewisse Lage Europas, die verdächtigen, wo nicht bestimmt schlechten Absichten Frankreichs, die eingeständlich bösen Spaniens und Bayerns, die zweifelhaften Dispositionen Sachsens und Rußlands, sowie die Furchtsamkeit und Unentschlossenheit der Niederlande sich mit dem Könige von Preußen, um dessen Beistand zu gewinnen, gütlich vergleichen wolle, entweder nach dem Gotterschen Plane, den ja der Großherzog seinen eigenen zu nennen beliebt habe, oder vermöge einer Preußen anderweitig zu bietenden Entschädigung, so werde König Georg für diesen Zweck seine guten Dienste anzuwenden sich nicht weigern.

Der Gesandte möge nun mit dem Großherzoge und denjenigen Ministern, bei denen er es für zweckdienlich halte, über vorstehende Punkte sprechen, doch ohne ihnen den einen oder den anderen Weg anzuraten, und baldmöglichst eine bestimmte Antwort zu erhalten suchen [1]).

Wenn jemand aus vorliegendem Schriftstücke die eigentliche Gesinnung des Briefstellers herauszulesen versuchen wollte, so würde derselbe, mit ganz objektiver Kritik vorgehend, kaum anders urteilen können, als daß der Staatssekretär trotz allem die Verständigung mit Preußen für das geratenste hielt, so gewiß wir die zu einer entgegengesetzten Politik in der That doch recht wenig anlockende und aufmunternde Charakteristik der verschiedenen Höfe Europas, die auf der anderen Seite keinerlei Gegengewicht hat, als aus des Lords Überzeugung entsprungen ansehen müssen. Es ist daher schwerlich gerechtfertigt, gerade diese Depesche zu einem Akte höchster Feindseligkeit gegen Preußen zu stempeln [2]), im Gegenteile hätte man weit eher vonseiten Österreichs Ursache gehabt, über die Perfidie des englischen Ministers zu klagen. Denn als perfide konnte es wohl vom österreichischen Standpunkte aus angesehen werden, wenn hier der Minister die persönlichen, im Vertrauen an Robinson gethanen Äußerungen des Großherzogs auf gleiche Stufe stellte mit den amtlichen Eröffnungen des Grafen Ostein und so einen Zwiespalt der Meinungen am Wiener Hofe fingierte, der dann den englischen Hof außerstand setze, so energisch, wie er es wünschte, die Interessen seines Alliierten zu vertreten. Schlimmer aber erscheint die Sache noch, wenn man auf die eigentliche Absicht, welche der ganzen Depesche zugrunde liegt, näher eingeht. Das eigentliche Motiv war, wie der Eingang ganz deutlich zeigt, jener Widerspruch, der sich zwischen dem Verhalten Robinsons und den Äußerungen König Georgs an seine Minister und den Bestrebungen der englischen Diplomaten an anderen europäischen Höfen herausgestellt habe. Es ist kaum zu zweifeln, daß Graf Ostein diesen Widerspruch sehr ernstlich am Hofe von St. James betont hat, und daß infolge dessen eben Lord Harrington auch wohl durch König Georg veranlaßt worden ist, Robinson zu einem den Intentionen des Ministeriums mehr entsprechenden Vorgehen anzuhalten. In diesem Sinne unternimmt es ja der Staatssekretär, wie er schreibt, mit Rücksicht auf die dringenden Gesuche um Hilfe seitens der Königin von Ungarn,

---

1) Brit. Mus. Hyndford papers I, 7. p. 30; in deutscher Übersetzung bei Adelung, Staatsgesch. Europas II, 267, mit dem 28. Februar (neuen Stils).

2) Wie dies z. B. Droysen thut: Preuß. Polit. V, 1. S. 225.

und auf das unbegreifliche Benehmen des Königs von Preußen, dem Gesandten neue Instruktionen zu erteilen. Welches ist nun aber die eigentliche Summe dieser neuen Instruktion? Nicht etwa, wie man aus dem Eingange schließen könnte, ein Verbot eines weiteren Fortgehens auf dem Wege, den der Gesandte eingeschlagen, sondern nur die Aufforderung, von Österreich eine definitive Entscheidung über die eigene Politik, über die Frage, ob ein Vergleich mit Preußen für zulässig gelten solle oder nicht, zu verlangen. Hierbei sollte sich Robinson aller eigenen Ratschläge enthalten, aber er durfte doch anführen, was seine Lordschaft in der Depesche selbst ihm auseinandergesetzt hatte, daß nach deren Meinung die Lage Europas eine gewaltsame und ungewisse, daß außer Preußen noch Spanien und Bayern als offene Feinde Österreichs anzusehen seien, und daß Frankreich höchst verdächtige, wo nicht offenbar schlimme Absichten hätte, daß die Dispositionen von Rußland und Sachsen nicht zu berechnen seien und bei den Generalstaaten Furchtsamkeit und Unentschlossenheit regierten. Und wenn mit so gesinnten Alliierten ein Operationsplan verabredet sein würde, dann wollte eventuell Se. Britische Majestät 12,000 Mann englische Soldtruppen zur Verfügung stellen.

Tröstlicher waren die Perspektiven nicht, welche Robinson dem Wiener Hofe für den Fall, daß derselbe jede Verständigung mit Preußen hartnäckig von sich wies, zu eröffnen berechtigt war, und daß dieselben bei ihrer Wiedergabe durch den Gesandten nicht günstiger dargestellt werden würden, dafür bürgte dessen sattsam bekannte eigene Überzeugung. Um aber bei diesem jeden etwa noch aufkeimenden Zweifel zu beseitigen, ward er ja in der Depesche selbst zunächst an den Großherzog und die geeignet scheinenden Minister (d. h. doch wohl die ungefähr ebenso gesinnten) gewiesen, also an die Freunde der Vermittelung mit Preußen.

Kurz, es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Depesche, nachdem sie im Eingange einen Anlauf genommen, als wolle sie dem Gesandten eine veränderte Haltung zur Pflicht machen, in einer Weise schließt, die Robinson in seiner immer gehegten Überzeugung, daß Österreichs Heil einzig in der Verständigung mit Preußen liege, nur noch bestärken mußte.

Um die Bedeutsamkeit dieser Kundgebung des englischen Ministeriums vom 27. Februar 1741 zu würdigen, müssen wir uns erinnern, daß Ende Januar König Georg mit Graf Ostein über ein direktes Bündnis verhandelte und z. B. unter dem 31. Januar dem hannöverschen Ministerium auftrug, sich für den Fall zu rüsten, daß Hannover baldigst die Offensive gegen Preußen zu ergreifen sich veranlaßt sähe [1]), daß unter dem 20. Januar das englische Ministerium gleichlautende Instruktionen an die Gesandten im Haag und in Petersburg erließ zur Anbahnung einer Offensivallianz gegen Preußen, und daß Mitte Februar Villiers auf seinen Posten in Dresden zurückkehrte, mit neuen Instruktionen, namentlich zur Gewinnung von Sachsen für das in Dresden selbst abzuschließende allgemeine Koalitionsprojekt.

Und während England derartiges betrieb und thatsächlich sich als die Seele einer zur Niederwerfung Preußens abzuschließenden Koalition sich gerierte, ließ es in Wien seinen Gesandten nicht nur ruhig weiter das undankbare Geschäft betreiben, dem österreichischen Hofe zur Verständigung mit

[1]) St.-A. zu Hannover.

Preußen selbst um den Preis einer Landabtretung zu raten, sondern bestärkte ihn noch in diesem Vorhaben, obschon es sonnenklar sein mußte, daß diese verschiedenen politischen Bestrebungen einander gegenseitig ausschlossen und nichts mit einander gemein hatten, und daß z. B., wenn Österreich sich bereit finden ließ, wie der englische Minister Robinson riet, Abtretungen an Preußen zu machen, um dessen Beistand zu gewinnen, es absolut keinen Grund mehr haben konnte, auch Sachsen durch weitere Opfer zu gewinnen, wie der englische Gesandte Villiers dringend anriet, und daß es thatsächlich ein Verrat an der großen Koalition in Dresden war, wenn Österreich dieselbe nun auf einmal gegenstandslos machte durch eine direkte Verständigung mit Preußen.

Der eigentliche Grund dieser Duplicität liegt nicht allzu tief. Das englische Ministerium, obwohl es prinzipiell, wie wir wissen, eine Verständigung Österreichs mit Preußen gewünscht hätte, hatte doch den auf ein energisches Vorgehen gegen Preußen gerichteten Wünschen des Königs sich um so weniger entziehen mögen, da in gewisser Weise ja auch die Meinung des englischen Volkes und des Parlamentes dahinging, der Königin Beistand zu leisten. Insofern es jedoch von den Koalitionsprojekten König Georgs sich nicht allzu viel versprach, und dagegen vor dem Eintreten Frankreichs in die Aktion ernstlich bangte, so blieb fort und fort der Wunsch, Österreich möge sich mit Preußen gütlich auseinandersetzen. Die Schwierigkeit lag nur darin, auf die Erfüllung dieses geheimen Wunsches hinzuarbeiten, ohne Gefahr zu laufen, daß der österreichische Gesandte König Georg und das Parlament mit Klagen darüber alarmierte, daß das Ministerium den alten österreichischen Alliierten im Stich lasse und in die Arme Frankreichs treiben werde, Klagen, die der englischen Oppositionspartei gefährliche Waffen geliefert haben würden.

Wenn damals von einem englischen Minister gesagt worden ist, England habe dem Könige von Preußen zugleich das Gesetz und das Evangelium gezeigt [1]), so sind die Erfolge dieser Doppelthätigkeit nicht allzu sehr zu rühmen, wie bereit man auch sein mag, die Schwierigkeiten der Sache anzuerkennen. Noch schwieriger ist es aber sicherlich gewesen, Österreich gegenüber neben dem Evangelium das Gesetz wirksam zu zeigen und zu verhüten, daß dasselbe aus Freude über das Evangelium des angekündigten Beistandes nicht das Gesetz, d. h. den Zwang der Verständigung mit Preußen ganz aus den Augen lasse.

Ein Kunststück dieser Art meinte offenbar Lord Harrington mit jener Depesche geliefert zu haben. Dem Könige und dem Parlamente gegenüber vermochte er sich darauf zu berufen, daß er ganz unumwunden Österreich, falls dieses darauf bestehe, den Beistand Englands für Ende März zur Verfügung gestellt habe; daß dabei auch die Kehrseite der Medaille wirksam zur Geltung gebracht werde, durfte er getrost den Anführungen in dem zweiten Teil seiner Depesche und dem ingenium Robinsons überlassen.

Wie sehr dieser den Erwartungen des Ministers entsprochen, zeigen aufs deutlichste die Schmerzensäußerungen des sächsischen Botschafters in Wien über die unverbesserliche Preußenfreundschaft des englischen Gesandten, Klagen, die endlich auf Graf Brühls Andrängen Lord Villiers in Dresden be-

---

1) Ranke, 12 B. Preuß. Gesch. III, 425.

wogen, seinem Wiener Kollegen ernstliche Vorstellungen zu machen [1]), was ihm freilich nichts eintrug, als die doppelte Belehrung, daß man ebenso unrecht thue, an die Friedfertigkeit Frankreichs zu glauben, wie an die Wahrscheinlichkeit, den König von Preußen zum Aufgeben seiner schlesischen Forderungen zwingen zu können. Robinson brauchte sich hierbei um so weniger Zwang anzuthun, als inzwischen jene Schwenkung in der englischen Politik eingetreten war, deren wir noch näher gedenken werden.

Von dem Augenblicke an, wo ein bewaffnetes Eintreten Frankreichs für Bayern wahrscheinlich erschien, brauchte das englische Ministerium das Drängen auf eine Befriedigung Preußens nicht mehr verhüllt zu betreiben, und eine Verwendung englischer Streitkräfte gegen Preußen, wie sie König Georg wünschte, ward schwieriger. Die Geneigtheit der englischen Nation, Österreich zu helfen, blieb unvermindert, aber doch in erster Linie gegen den Erbfeind, gegen Frankreich.

In diesem Sinne und mit der ausdrücklichen Hinweisung auf neuere Nachrichten, welche inzwischen eingelaufen, schreibt nun Lord Harrington unter dem 16. März (neuen Stils) eine zweite Depesche, welche erklärt, der König von England habe bei den verschiedenen Höfen Europas sich die größte Mühe gegeben, einen allgemeinen Bund zur Verteidigung Österreichs zusammenzubringen, und so lange noch irgendeine Hoffnung vorhanden gewesen, den König von Preußen durch Waffengewalt zur Raison zu bringen, sich auch enthalten, zu einer Verständigung mit diesem zu drängen. Nun aber, nachdem bestimmte Nachrichten eingelaufen, daß nicht nur Spanien den Kurfürsten von Bayern mit Geld unterstütze, sondern auch Frankreich sich anheischig gemacht habe, mit 30,000 Mann die Ansprüche des Kurfürsten auf die österreichische Succession und die Kaiserwürde zu unterstützen, spanischen Truppen den Durchzug nach Italien gewähre und ernstliche Unterhandlungen mit Preußen führe, um auch dieses für seine Pläne zu gewinnen, sei die Lage Europas eine so verzweifelte geworden, daß der König von England es für seine Pflicht gehalten habe, durch eine Stafette seinem Gesandten zu Wien von dieser Sachlage Kenntnis zu geben, damit dieser ohne Zeitverlust dem Großherzoge und den Ministern, welche der letztere für geeignet halten werde, auf das dringendste empfehlen möchte, zur Abwendung der augenscheinlichen drohenden Gefahren das sicherste, wo nicht einzige Mittel zu ergreifen und sich schleunigst mit dem Könige von Preußen zu verständigen.

Der letztere habe England gegenüber sich bereit erklärt, gegen Abtretung von Niederschlesien mit Breslau im Wege einer Verpfändung oder sonstwie, mit seinen gesamten Streitkräften für die Verteidigung Österreichs einzutreten und dem Großherzoge die Kaiserwürde zu verschaffen, zugleich auch zu diesem Zwecke mit Rußland und den Seemächten eine enge Allianz zu schließen. Dieses Anerbieten müsse man annehmen, und um keine Zeit zu verlieren, solle sich Robinson anbieten, die Unterhandlungen direkt zu führen, während inzwischen das englische Ministerium versuchen werde, zunächst Preußen vom Abschlusse mit Frankreich noch abzuhalten.

Den Schluß der Depesche bildet eine schüchterne Empfehlung Sachsens, dem man eine bescheidene Landabtretung in der Lausitz gönnen möge, da die

---

[1]) Villiers, den 29. März; Londoner **Record office**.

Gewinnung dieses Hofes, der doch auch gewisse Successionsansprüche und eine Kurstimme habe, nicht ohne Vorteile sein werde [1]).

Man wird einräumen dürfen, daß Lord Harrington damals im Hinblick auf diese Depesche mit dem Grafen Truchseß von den englischen Anstrengungen, die das englische Ministerium in Wien mache, um das preußische Programm zur Annahme zu empfehlen, sprechen durfte; aber nicht weniger steht doch auch die Thatsache fest, daß um dieselbe Zeit jene Dresdner Konferenzen, welche wesentlich auf Englands Betreiben angesponnen, eine Niederwerfung Preußens mit Waffengewalt, ja eine Verkleinerung von dessen Staatsgebiet bezweckten, ihren eigentlichen Höhepunkt erreichten, Rußland nicht ohne Englands Zuthun für diese Zwecke damals gewonnen wurde, auch die Schwierigkeiten zwischen Österreich und Sachsen sich zu ebnen begannen, und daß erst, als das Werk ziemlich fertig schien, einige Wochen nach der Abfassung jener Depesche, am 10. April, der englische Gesandte Villiers der Konferenz die überraschende Mitteilung machte, daß England nicht gegen den König von Preußen, sondern in Gemeinschaft mit diesem gegen Frankreich das große Konzert in Ausführung zu bringen beabsichtige.

Und es ist nicht in Abrede zu stellen, daß hier monatelang zu derselben Zeit zwei Gesandte derselben Macht, zu Wien und zu Dresden, beide in gutem Glauben Österreich nach zwei ganz entgegengesetzten Zielen hingedrängt haben, daß, wenn der eine Opfer zugunsten des Königs von Preußen aufs dringlichste anriet, der andere gegen diesen Monarchen, zu seiner Bekämpfung solche Opfer der sächsischen Allianz gebracht wissen wollte. Nähere Betrachtung zeigt nun wohl, daß dieses scheinbare Nebeneinander wenigstens in der Absicht des englischen Ministeriums ein Nacheinander bedeuten sollte, die wechselnden Phasen einer allerdings sehr wenig charaktervollen Politik, und daß nur, weil man sich scheute, die politischen Wendungen einzugestehen und alle Konsequenzen davon auf sich zu nehmen, in die neu angestimmte Tonart die frühere verwirrend und mißtönend nachklingen konnte.

Es war nicht zu vermeiden, daß eine so widerspruchsvolle Haltung unerwünschte Konsequenzen nach sich zog. Wie bestimmt und energisch auch die letzte Depesche Lord Harringtons lauten mochte, im Munde Robinsons, dessen Kredit in Wien wesentlich durch die Schuld des englischen Ministeriums so schwer gelitten hatte, verloren diese Vorstellungen den besten Teil ihrer Wirksamkeit. Es konnte fast scheinen, als gehöre eben ein englischer Hochkirchmann dazu, um die Kombination von Gesetz und Evangelium, auf deren Erfindung die englischen Minister so stolz waren, schmackhaft zu finden.

---

[1]) Brit. Mus. Hyndford papers in deutscher Übersetzung bei Adelung, Staatsgesch. II, 280.

Fünftes Kapitel.
Die Wendung der englischen Politik.

Wie schon bemerkt, hatte das englische Ministerium darin abweichend von seinem Souverän inmitten seines scheinbaren Kriegseifers gegen Preußen fort und fort den stillen Wunsch gehegt, Österreich möge durch eine direkte Verständigung mit Preußen die ganze Sache kurz abschneiden. Es hatte ja auch, wie wir wissen, zwar eine offizielle Mediation abgelehnt, aber seine guten Dienste bei dem Wiener Hofe König Friedrich zugesagt, und wir dürfen es als eine Äußerung jenes Wunsches ansehen, wenn bereits Anfang Februar 1741 Lord Harrington gegen Truchseß die Äußerung hinwarf, es ließe sich vielleicht ein Arrangement in der Weise erzielen, daß, um den Anschein einer Verletzung der pragmatischen Sanktion zu meiden, Maria Theresia Preußen Schlesien als Pfandschaft für seine Geldansprüche ließe und durch einen geheimen Vertrag sich verpflichte, einen Teil Schlesiens abzutreten, sobald der Herzog von Lothringen Kaiser sei [1]).

Der Vorschlag kann ganz gut und ehrlich gemeint gewesen sein; doch um die Gesinnung, aus der er hervorging, nicht zu überschätzen, dürfen wir uns erinnern, daß gerade zu derselben Zeit, wo jene Unterredung stattfand, von London aus an die Gesandten in Dresden, Petersburg und dem Haag die Aufforderungen zur Bildung einer bewaffneten Koalition gegen Preußen ergangen sind.

Nichtsdestoweniger mehren sich von diesem Zeitpunkte an die Anzeichen der beginnenden Schwenkung des englischen Ministeriums, die wir in den Berichten des sächsischen Gesandten in London, v. Utterrodt, getreulich wiedergegeben finden. Derselbe berichtet unter dem 21. Februar, Graf Truchseß dränge immer auf eine Mediation, die man nicht von der Hand weise, da die englischen Minister große Abneigung gegen einen Landkrieg hätten und seit den Nachrichten von den Absichten Frankreichs Preußen mit anderen Augen angesehen werde. Ferner unter dem 24. Februar, Lord Harrington scheine ihm auszuweichen, und der Hof unsicher geworden zu sein; unter dem 28. Februar, der Staatssekretär stelle die Absicht, zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln, zwar in Abrede, füge aber hinzu, in keinem Falle werde solche vorge-

---

[1]) Truchseß, den 14. Februar; Berliner Archiv (Immediatkorresp.).

nommen werden ohne Entschädigung Sachsens; den 10. März, wie es scheine, mache man hier alles von der Erklärung Rußlands abhängig; und endlich unter dem 17. März, Harrington habe erklärt, er sei nun im Besitze bestimmter Nachrichten darüber, daß Frankreich für Bayern eintreten werde, und da außerdem Rußland sich nicht für den Krieg gegen Preußen erklären möge, so bleibe König Georg, obwohl er den König von Preußen hasse, nichts übrig, als in Wien zur Verständigung mit diesem zu raten [1]).

Was König Georg anbetrifft, so war in der That auch mit ihm eine Wendung vorgegangen, und wenn wir seine unter dem 20. Dezember 1740 erlassene Weisung an das hannöversche Ministerium, von der beabsichtigten Sendung eines Gesandten nach Berlin Abstand zu nehmen, da bei der veränderten facies rerum eines Zusammengehens mit dem preußischen Hofe nicht mehr zu gedenken sei [2]), als sicheres Symtom seines Entschlusses, gegen Preußen feindlich aufzutreten, verzeichnen durften, so wird umgekehrt die nun doch erfolgte Absendung jenes Gesandten wohl mit Recht so zu erklären sein, daß er andern Sinnes geworden die Möglichkeit einer Verständigung mit Preußen nun auch seinerseits in Aussicht genommen habe. Den Zeitpunkt bestimmt die Thatsache, daß der Gesandte, Geheimerat Schwichelt, am 1. März den Befehl zur Abreise erhielt [3]).

Wie dies gekommen, und ob die Änderung der Willensmeinung bei König Georg nur eine Folge der Wahrnehmung war, daß ihm das englische Ministerium noch weiter auf seinen Wegen zu folgen nicht geneigt sei, oder ob doch auch hier noch besondere Motive gewirkt haben, — dies zu untersuchen, mag dem besonderen Kapitel der welfischen Begehrlichkeiten vorbehalten bleiben, während wir zu dem englischen Ministerium zurückkehren, das die veränderte Lage der Dinge durch eine per Stafette an Robinson abgesendete Depesche vom 16./27. März gekennzeichnet hatte, deren Inhalt wir im vorigen Abschnitte eingehender darlegten, und welche darauf hinauslief, daß der Königin von Ungarn in dringendster Form die Gewinnung Preußens durch Gewährung seiner Forderung, Niederschlesien mit Breslau, empfohlen ward.

Es war das entschiedenste Wort, welches England seit dem Ausbruche des schlesischen Krieges gesprochen; und Robinson hat es an seinem Eifer nicht fehlen lassen; mit seiner gewohnten Heftigkeit habe derselbe, klagt Bartenstein [4]), in der Charwoche (dieselbe begann 1741 mit dem 26. März) auf die Annahme der preußischen Forderungen gedrungen. Natürlich ganz umsonst, denn das englische Ministerium verstand es selbst, dafür zu sorgen, daß seine Vorstellungen wirkungslos blieben.

Unter dem 20. März, also 4 Tage nach Erlaß jener Depesche an Robinson, instruiert derselbe Lord Harrington den englischen Gesandten in Dresden, Villiers, derselbe solle sich eifrig bemühen, daß die große Allianz zur Verteidigung der Königin von Ungarn zustande käme entweder gegen Preußen, falls dieses hartnäckig bliebe, oder im Bunde mit ihm, wenn es zur Verständigung

---

1) Dresdner Archiv.
2) Archiv zu Hannover.
3) Summarische Relation Schwichelts; Archiv zu Hannover.
4) Denkschrift u. d. T: „Traurige Gedanken ꝛc." ed. Arneth, Archiv f. österr. Geschichtsqu. XLVI, 174.

die Hand böte, und so hat denn Villiers jener Eröffnung, durch welche derselbe am 10. April die Konferenzmitglieder überraschte, daß man in den Bund, welchen alle Welt gegen den König von Preußen zu schließen gemeint hatte, nun diesen selbst als Bundesgenossen aufzunehmen versuchen möge, den Trost hinzugefügt, falls dies nicht gelinge, stelle der König, wie er es versprochen, die 12,000 Mann dänischer und hessischer Truppen in englischem Solde zur Verfügung d. h. zum Kriege gegen Preußen.

Es liegt eine Logik verzweifelter Art in diesem ganzen Verfahren, denn in der That, wenn man versucht, auch nur Lord Harringtons Äußerungen vom 16. und 20. März in Einklang zu bringen, so ergiebt sich etwa folgendes Resultat: wir empfehlen die Forderungen Preußens aufs dringendste Österreich zur Annahme; sollte dieses jedoch dazu nicht zu bewegen sein, so bleibt uns nichts übrig, als für diese Hartnäckigkeit Österreichs Preußen zu strafen, indem wir unsere Truppen gegen dasselbe in Marsch setzen.

Freilich mögen wir, um unseren Glauben an die Herrschaft des gesunden Menschenverstandes nicht zu gefährden, hinzufügen, daß in der Kette von Ursachen und Wirkungen, deren letzte Enden hier zutage treten, noch Glieder sich befinden, die mehr dunkel bleiben, weil sie mit dem inneren politischen Leben Englands zusammenhängen (wir werden bald davon zu sprechen haben), und die dann erst jene scheinbaren Widersprüche zu erklären vermögen. Immerhin aber kann dem englischen Ministerium der Vorwurf nicht erspart werden, daß, falls dasselbe der inneren Hemmnisse, die ihm entgegenstanden, nicht Herr werden konnte, es sich auch nicht so weit vorwagen durfte, in einer Aktion, die ja um ihrer inneren Widersprüche willen fruchtlos bleiben und den Kredit ihrer Urheber schwer kompromittieren mußte.

In Wien hatte man allerdings eine bessere Meinung von den englischen Ministern und rechnete darauf, durch die eigene Standhaftigkeit über die Ängstlichkeit der Verbündeten den Sieg davonzutragen. Freilich so leicht wie bisher ward es den österreichischen Ministern diesmal nicht gemacht, die ganze Schuld auf die eigenmächtige Verblendung Robinsons zu schieben und in London eine ungleich günstigere Gesinnung vorauszusetzen, denn an demselben Tage, wo Harrington jene Depesche an Robinson expedierte, setzte derselbe in London ziemlich das Gleiche dem österreichischen Gesandten Grafen Ostein auseinander, allerdings schon in etwas abgeschwächter Form, insofern die angesonnene Abtretung nicht wie in der Depesche als Niederschlesien mit Breslau fest präcisiert, sondern nur allgemein angedeutet wurde, so daß man an ein Stück von Schlesien zu denken hatte [1]), auch dies eine Schwachheit, welche notwendig der in Wien ohnehin schon herrschenden Meinung, als steigere Robinson aus Eingenommenheit für Preußen die Forderungen seines Ministeriums, doch wieder aufs neue Vorschub leisten mußte.

Ehe noch die Antwort auf jene Eröffnungen Harringtons in London sein konnte, stellte sich nun Graf Ostein am 23. März in Whitehall ein, um dem Staatssekretär zu eröffnen, ein eben aus Wien eingetroffener Kurier setze ihn in den Stand, ganz wie König Georg es immer gewünscht habe, nun ein direktes Bündnis abzuschließen. Alles, was der König verlange, Sicherheit seiner deutschen Besitzungen gegen jeden Angriff, Garantie etwaiger Conquêten,

[1]) Ostein, den 17. März; angeführt bei Arneth I, 203 u. 392.

das unverzügliche Erscheinen eines österreichischen Militärs zur Verabredung eines Operationsplanes solle erfüllt werden.

Aber Lord Harrington erklärte, die Nachrichten aus Frankreich hätten alles geändert, es müsse ein anderer Plan gemacht und vor allem Preußen gehindert werden sich nicht in Frankreichs Arme zu werfen. Graf Ostein bat darauf ihm nun wenigstens folgende 5 Fragen zu beantworten:

1) Ob ihm nicht Näheres über die Entdeckungen, welche zur Änderung des Planes geführt, mitgeteilt werden könnte; 2) welche Mittel man ergriffen hätte oder ergreifen wollte, um zu verhüten, daß sich Preußen in Frankreichs Arme werfe; 3) welche Mittel man gefunden oder zu finden hoffte, um die Ansprüche des Königs von Preußen zu befriedigen, ohne die pragmatische Sanktion zu verletzen; 4) wie man dächte, das, was die Königin eventuell in Schlesien verlöre, anderweitig zu ersetzen, damit die Totalität der pragmatischen Sanktion und die darin bestehende Macht des Hauses Österreich erhalten würde; 5) was die Gegenleistungen des Königs von Preußen sein würden, und wie man sich zu sichern vermöge, daß er seine Versprechungen auch halten und nicht von neuem gegen jemand sich regen werde? [1])

Wir wissen nicht, ob der Graf auf diese Punkte bestimmte Antwort erhalten, wohl aber, daß er einige Tage später in feierlicher Audienz bei dem leitenden Minister Sir Robert Walpole aus dessen Munde eine Bestätigung der Eröffnungen des Staatssekretärs vernommen hat. Auf die Wiederbelebung der großen Allianz, welche zu Prinz Eugens und Marlboroughs Zeiten so Herrliches gegen Frankreich und Spanien vollbracht habe, müsse wiederum die englische Politik gerichtet sein, und um in diese Allianz auch Preußen hineinzuziehen, dürfe man ein Opfer nicht scheuen [2]).

Dagegen erhielt noch im Laufe des März Robinson vom Wiener Hofe eine Antwort in Gestalt einer Denkschrift [3]), allerdings nicht auf die letzte Mahnung, welche positiv die Abtretung von Niederschlesien mit Breslau an Preußen anriet, sondern nur auf jene frühere Aufforderung (vom 27. Februar), zwischen den zwei möglichen Wegen sich bestimmt zu entscheiden [4]).

Die Seemächte, heißt es hier, seien unbestreitbar nach den Traktaten von 1731/32 zur Hilfeleistung verpflichtet; daß sie mit derselben zögerten, verschulde in immer steigendem Maße den Ruin einer der reichsten und frucht-

---

[1]) Abschriftlich im Archiv zu Hannover in einer Mitteilung des Grafen Steinberg vom 24. März.

[2]) Ostein, den 31. März; Anführung bei Arneth, S. 201.

[3]) Réponse demandée par Mr. de Robinson en forme d'un mémoire raisonné; Abschrift im Archiv zu Hannover. Sie ist undatiert, doch kann man die Abfassungszeit ziemlich genau feststellen, insofern sie auf den Bericht Osteins vom 17. März Bezug nimmt, der als „der 17. dieses Monats" bezeichnet wird. Sie muß also wohl etwa in der letzten Woche des März abgefaßt sein.

[4]) Nach der réponse muß man glauben, daß, als dieselbe abgefaßt wurde, die Aufforderung, zu der Robinson durch die Depesche vom 16. legitimiert worden, noch nicht ausgesprochen war, doch sollte man meinen, daß zu einer Zeit, wo der Bericht Osteins vom 17. März bereits angekommen war, auch die am Tage vorher und zwar, wie ausdrücklich bemerkt wird, durch einen Kurier abgesendete Depesche Harringtons zur Stelle sein mußte; daß Robinson nicht einen Augenblick gezögert haben wird, um sich des ihm dringend gemachten Auftrages zu entledigen, ist gewiß, aber es ist auf der anderen Seite auch klar, daß sich das Memoire viel besser abfassen ließ, wenn man jene zweite Eröffnung Robinsons nicht zu berücksichtigen brauchte.

barsten Provinzen Österreichs, die als mit der Hauptmasse zusammenhängend, dem Staate ungleich mehr Kräfte gebe, als viele andere entferntere, deren Konservation für den englischen Handel so wichtig sei. Die Verzögerung der Hilfeleistung sei ein größeres Übel, als die Preisgebung von vornherein gewesen wäre, man hätte zu Anfang mit der Abtretung eines Stückes von Schlesien wenigstens doch die Verwüstung von ganz Schlesien und noch eines Teils von Mähren abwenden können. Aber eine Abtretung von Schlesien jetzt nach allen den Verlusten, die vorausgegangen, Österreich zumuten, heiße diesen Staat außerstand setzen, für das Gleichgewicht Europas und die Interessen der Seemächte irgendwie ferner wirken zu können. Dagegen öffne die darin liegende Preisgebung der pragmatischen Sanktion allen anderweitigen Prätensionen Thür und Thor. Könne irgendwer von einer Befriedigung des preußischen Ehrgeizes sich einen Vorteil versprechen, für das Wohl des Reiches, für die Aufrechterhaltung seiner Verfassung, für die Ruhe Europas? Was werde auch ein abgeschlossener Vertrag bedeuten für einen Fürsten, welcher sich von den von seinen Vorfahren geschlossenen Traktaten einfach lossage mit der Redensart, dieselben hätten weder das Recht, noch die Macht gehabt, solche Verträge zu schließen?

Vonseiten der Seemächte lägen die bestimmtesten, wiederholten, an verschiedenen Orten ausgesprochenen Erklärungen vor, die pragmatische Sanktion aufrechthalten zu wollen. England habe sich mit der Einleitung der Dresdner Verhandlungen selbst so viel Mühe gegeben, und Maria Theresia sei weit entfernt, König Georg die Absicht zuzutrauen, nun von denselben zurückzutreten oder dieselben zu brechen, oder endlich, was das allerschlimmste wäre, ihr zuzumuten, neben den zu Dresden ihr aufgezwungenen Opfern für Sachsen auch noch Abtretungen in Schlesien an Preußen auf sich zu nehmen, womit dann Österreich aus der Reihe der Großmächte ausscheiden würde.

Aber schon Gerüchte von der Unschlüssigkeit Englands würden, von den preußischen Emissären gewandt benutzt, den größten Schaden thun. Zu einer Verständigung mit Preußen, die ja allerdings auch Österreich in Aussicht nehmen müßte, könnte nur ein energisches Vorgehen aller Garanten der pragmatischen Sanktion führen.

Die Aussichten seien keineswegs ungünstig. Österreich führe 14 Regimenter Infanterie, 16 Kavallerie ins Feld, und es gelobe, falls der König von Preußen vielleicht seine Truppen nach anderer Seite wenden wolle, ihn unverzüglich zu verfolgen. An dem guten Willen Rußlands zu zweifeln, sei unrecht; nach den Erklärungen seiner Minister und Gesandten hinge der Beginn einer Diversion dieser Macht gegen die preußischen Lande nur von dem Beginne der Operationen seitens Englands, Sachsens und der Generalstaaten ab. Mit Befriedigung vernehme Maria Theresia, daß die Soldtruppen Englands und die sächsischen Regimenter marschbereit seien. Wenn sie alle mit Rußland und Österreich einmütig und eifrig zusammenwirkten, sei der Erfolg unzweifelhaft, und Bayern werde dann gar nicht erst wagen, seine Entwürfe zur Ausführung zu bringen. Also es heiße schnell Hand ans Werk legen, um das Übel nicht noch wachsen und die Unruhen sich ausbreiten zu lassen.

Es war dies, wie man sieht, eine vollkommen ablehnende Antwort, auf welche vonseiten Englands kaum etwas anderes geschehen konnte, als daß man

die Leistung thätlichen Beistandes von der Verständigung mit Preußen abhängig zu machen erklärte. Aber etwas sehr anderes erfolgte.

Am 19. April hielt König Georg an die beiden Häuser des Parlamentes eine Anrede, in der es nach einer Erinnerung an die dem Parlamente im Anfange der Session gemachten Eröffnungen bezüglich der Ausführung der zugunsten der pragmatischen Sanktion gemachten Traktate wörtlich weiter hieß:

„Der seitdem innerhalb der österreichischen Lande ausgebrochene und fortgesetzte Krieg und die mannigfaltigen, weitaussehenden Ansprüche, die auf die Erbschaft des verstorbenen Kaisers öffentlich erhoben wurden, sind neue Ereignisse, welche die äußerste Sorgfalt und Aufmerksamkeit erheischen, insofern sie ganz Europa in einen blutigen Krieg verwickeln und in ihren Folgen die Besitzungen von Fürsten, welche an der Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion sich beteiligen würden, drohenden und unmittelbaren Gefahren aussetzen. Bereits hat die Königin von Ungarn die ausdrücklich vertragsmäßig stipulierten 12,000 Mann Hilfstruppen requiriert, und ich habe daraufhin von dem König von Dänemark und dem von Schweden als Landgrafen von Hessen verlangt, ihre respektiven Corps von je 6000 Mann zum Beistand für Ihre Ungarische Majestät marschbereit zu halten. Ich bin auch in die Verabredung von Maßregeln eingetreten zur Bekämpfung und Unwirksammachung aller gefährlichen, im Interesse ungerechter Ansprüche zum Schaden des Hauses Österreich zu bildenden oder weiter zu führenden Anschläge und Versuche. Bei diesem verwickelten und ungewissen Stande der Dinge können während der Zeit, wo wegen des herannahenden Schlusses dieses Parlamentes ich Ihres Rates und Beistandes entbehren muß, Zwischenfälle eintreten, welche mich zwingen, mich in noch größere Ausgaben zum Zwecke der Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion einzulassen. In einer so kritischen Konjunktur habe ich es für geeignet gehalten, diese wichtigen Erwägungen Ihnen vorzulegen und den Beistand meines Parlamentes anzurufen, um mich in den Stand zu setzen, in der möglichst energischen Weise mitzuwirken an der Unterstützung der Königin von Ungarn, an der Abwendung des Umsturzes des Hauses Österreich mit allen vernünftigen Mitteln und an der Erhaltung der Freiheit und des Gleichgewichtes von Europa."

Ein Antrag, die Verpflichtung zur Stellung des traktatmäßigen Hilfscorps von 12,000 Mann anzuerkennen und die Forderung eines Kredits bis zur Höhe von 300,000 Pfd. Sterl., zur Unterstützung der Königin neben den bereits früher zugesagten Geldern zur Erhaltung der englischen Soldtruppen (200,000 Pfd. Sterl.) schlossen sich hieran und wurden mit großer Majorität in beiden Häusern beschlossen.

Unzweifelhaft hat es in den Wünschen des Ministeriums gelegen, die parlamentarische Demonstration als nicht eigentlich gegen Preußen gerichtet erscheinen zu lassen; die Mitglieder der Regierung bemühten sich, diese Macht möglichst zu schonen, die Meinungsdifferenz mit ihr zu bedauern und von den Bestrebungen einer Vermittelung zu sprechen; indessen im Laufe der Debatte zerriß doch der Schleier, den man gern über diesem delikaten Punkte gelassen hätte. Mr. Viner sprach es in der Debatte vom 19. April offen aus, wie er die Sache verstehe, enthalte die vorgeschlagene Adresse die Aufforderung, eine Erklärung dahin abzugeben, man wolle den Ansprüchen des Königs von Preußen auf Schlesien entgegentreten, was doch ohne eine genaue Unter-

[illegible] und Prüfung dieser Ansprüche nicht zulässig sei, und in der Sub-
[illegible] am 24. April ergriff derselbe Redner noch einmal das Wort,
um geltend zu machen, daß seiner Ansicht nach die preußischen Ansprüche die
[illegible] Sanktion nicht gefährdeten, und daß selbst, wenn dies wider
Erwarten der Fall sein sollte, es nicht Englands Sache sein könnte, allein
[illegible], während die übrigen Garanten jenes Vertrages sich zu regen
keine Miene machten. Mr. [illegible] Ausführungen fanden in beiden Fällen keine
eigentliche Widerlegung seitens der Minister, aber auch keine Desavouierung der
[illegible] Verpflichtungen, [illegible] er eingegangen war. In Wahr-
heit [illegible] Meinung, daß König Friedrich that-
[illegible] die preußischen Sympa-
thieen. [illegible] Scharfsinn
[illegible] ein relativer Be-
griff, [illegible], mit denen er zu thun
haben könne, [illegible] durch die Eroberung
einer [illegible] könne sich wohl
[illegible] einen anderen Nachbar, der
[illegible] Dies eben sei der Fall
mit dem König von Preußen, [illegible] zwischen Österreich
und [illegible]
[illegible] der große Redner
der [illegible] König Friedrich sich
[illegible]
[illegible] besseren
[illegible] sie
[illegible] des Königs
von Preußen [illegible] wenig
[illegible] zu begünstigen,
[illegible] Carteret,
[illegible]
hatte. [illegible] begonnen
haben. [illegible]
[illegible] immer
[illegible] Neu-
[illegible] Preußen
und [illegible] er meint
[illegible] keine
[illegible] Ver-
[illegible] Gefahr
bringen. [illegible] nie
[illegible] sei er in
[illegible], um
[illegible].

[illegible] bestimmt
heraus. [illegible] Abneigung
gegen [illegible] zu sehen, die Be-
[illegible]
[illegible] Englands zur Unter-

stützung Österreichs ward kaum von irgendeiner Seite bestritten und ebenso wenig verlangt, daß man diese Hilfe von einer Befriedigung Preußens abhängig mache. Wäre nach dieser Richtung der Wille der Nation nicht so ganz ausgesprochen und einmütig gewesen, es hätte sich einer der Anwärter eines Portefeuilles, Lord Carteret, nimmer zu der starken Beteuerung aufgeschwungen: Es soll nie von mir gesagt werden, daß ich das Haus Österreich zu den Toten legen lasse, wenn ich nicht das Gleiche mit meinem Vaterlande zu thun willens bin. Das Durchschlagende war eben die Überzeugung, daß man Österreichs als Gegengewicht gegen Frankreich auf dem Kontinente nicht entbehren könne, oder wie es praktisch gefaßt Carteret aussprach: „Wenn das Haus Österreich sinkt, werden wir genötigt sein, in Friedenszeiten so viel Truppen zu halten, daß wir daran zugrunde gehen."

Bei solcher Lage der Dinge hätte kein englisches Ministerium, gleichviel wie zusammengesetzt, sich Österreich ganz versagen können, und selbst der Versuch, Frankreich und Preußen auseinanderzuhalten und nur gegen jenes Front zu machen, hätte sehr große Schwierigkeiten gehabt. Es soll damit nicht gesagt werden, daß es nicht möglich gewesen wäre, durch ein festes und sicheres Auftreten gleich beim Beginne der Krise die Dinge in ein anderes Fahrwasser zu leiten. Hätte England im allgemeinen Interesse von vornherein ernstlich eine Befriedigung Preußens in bestimmt vereinbarten Grenzen als unerläßliche Bedingung seiner Hilfe für Österreich hingestellt, so würde sich vermutlich dieses gefügt haben, und vor dem Parlamente würde ein solches Programm sich um so leichter haben verteidigen lassen, da hier bei aller Sympathie für Österreich doch ein großer Wert darauf gelegt wurde, alle Kräfte vereint gegen den Hauptfeind Frankreich zusammenhalten zu können, und anderseits ein Krieg in Norddeutschland an der Seite Hannovers in England nun einmal von vornherein mit ungünstigen Augen und mit Mißtrauen angesehen wurde. Solch' eine Haltung Englands hätte vielleicht den Krieg im Keime erstickt; ob in Frankreich dann die Kriegspartei gesiegt hätte, ist gleichfalls zweifelhaft, — aber ebenso gewiß ist, daß Preußen dann mit einem Stück von Niederschlesien abgefunden worden wäre.

Statt dessen war das Ministerium Walpole auf die welfischen Velleitäten König Georgs eingegangen, hatte in Petersburg wie im Haag zum Kriege gegen Preußen geschürt, die Dresdner Konferenzen eingeleitet, kurz alles gethan, um Österreich in seiner ablehnenden Haltung gegen Preußen zu ermutigen und zu bestärken, und erst als die Nachrichten aus Frankreich Angst einflößten, verlangte man mit plötzlicher Schwenkung nun auf einmal von der Königin von Ungarn Erfüllung der preußischen Forderungen, natürlich jetzt erfolglos. — Hätte die letztere wenigstens im Prinzipe nachgegeben, sich auf Unterhandlungen eingelassen, so wäre zwar die Vorlage an das Parlament mit den obligaten pragmatischen Beteuerungen nicht minder notwendig geworden, doch die Stellung des Ministeriums würde eine ungleich günstigere gewesen sein, man würde mit dem vollen Winde der öffentlichen Meinung gegen Frankreich allein haben segeln können, — statt daß nun mit der Eventualität der Beschützung der hannöverschen Erblande gegen Preußen ein für die Engländer widerwärtiges Moment in die Sache kam, dessen Konsequenzen recht fatal werden konnten.

Gewiß war eins. Der Verlauf der Parlamentsverhandlungen vom 19.

und 24. April hatte einen Sieg für das Ministerium ergeben. Dieses, welches bereits als so wankend angesehen worden war, daß schon im Februar die Taktiker der Opposition einen allgemeinen, allerdings noch zurückgeschlagenen Sturmversuch wagen zu können geglaubt hatten, hatte nun in beiden Häusern eine Art Vertrauensvotum erlangt, eine Kreditbewilligung von ansehnlicher Höhe, und zwar hatte ganz unzweifelhaft der patriotische Zug, der in dem Antrage lag, das Ganze über Wasser gehalten. Jetzt ging die Sitzungsperiode zu Ende — bis zu den neuen Wahlen im Herbst war das Ministerium gesichert, immerhin etwas sehr Bedeutsames für Herren wie Sir Robert Walpole und Genossen, die ja nicht sowohl für ein politisches Programm als für den Besitz ihrer Portefeuilles von Fall zu Fall, von Session zu Session zu kämpfen gewöhnt waren. Und da in der Politik der Erfolg das eigentlich Entscheidende ist, so durfte das Ministerium Walpole in seinem Siege zugleich seine Rechtfertigung suchen.

Freilich eine andere Frage war, ob es nicht doch ein Pyrrhussieg war, dessen schlimme Konsequenzen erst allmälig sich herausstellen und rückwirken mußten, denn nicht minder gewiß, wie jenes erwähnte Resultat war das Weitere, daß dem Siege nach innen eine Niederlage nach außenhin entsprach.

Die Opposition hatte in der letzten Zeit mit der in der Politik den Engländern eigenen Rücksichtslosigkeit wiederholt von der charakterlosen Feigheit des Ministeriums deklamiert [1]), und Lord Carteret hatte Graf Ostein geradezu erklärt, nur aus Furcht vor der öffentlichen Meinung und dem Parlamente habe sich Walpole widerwillig die Anrede vom 19. April und die Forderung der Subsidien abzwingen lassen [2]). Es mag unbillig erscheinen, wenn auf Grund solcher Insinuationen die ganze Schuld der Hartnäckigkeit Maria Theresias und infolge dessen das Scheitern der englischen Vermittelung der Opposition in die Schuhe geschoben wurde, aber ohne Folgen ist deren Verhalten sicher nicht geblieben.

Wie gern glaubte man an die Schuld der Minister in Wien, wie schnöde erschien die Hinterlist derselben, die, obwohl wissend, daß sie demnächst sich gezwungen sehen würden, öffentlich vor dem Parlamente der Königin von Ungarn ihren Beistand zu versprechen, kurz vorher noch versucht hatten, die letztere um alle Früchte dieser Hilfe zu bringen, indem sie dieselbe zur feigen Ergebung, zur Zerstückelung ihrer Länder zu drängen suchten! Dieselbe ungünstige Meinung, welche sich nicht ohne Schuld des englischen Ministeriums in Wien über Robinson gebildet hatte, als sei derselbe ein eigenwilliger und ungetreuer Interpret des Willens seiner Auftraggeber, ward jetzt auf das ganze Ministerium ausgedehnt, welches den wohlwollenden Absichten der hochherzigen englischen Nation so wenig zu entsprechen sich geneigt zeige. Zunächst nannte man das in Wien Charakterschwäche; bald ging man weiter und sprach offen davon, Sir Robert Walpole habe sich von Frankreich bestechen lassen [3]).

Die Folge davon war, daß die Beweise wohlwollender Teilnahme, welche

---

[1]) Mahon, Gesch. von England, Übersetzung von Steger III, 98.

[2]) Coxe, Memoirs of R. Walpole IV, 228 und Wolterton, Life of Lord Walpole, p. 224.

[3]) Bünau, den 20. Juni; Dresdner Archiv.

England dem Wiener Hofe zeigte, ohne Dank und mit dem Gefühl entgegengenommen wurden, es sei das viel zu wenig, die Mahnungen zur Verständigung mit Preußen aber, in denen man englischerseits fortfuhr, widerwillig gehört und unbeachtet gelassen wurden.

In der That hatte das englische Ministerium es für notwendig gehalten, unmittelbar nach jenem Parlamentsbeschlusse die durch denselben in Wien voraussichtlich erregten Hoffnungen nach Kräften wieder herabzustimmen, und so hatte Lord Harrington unter dem 28. April an Robinson eine sehr eingehende Denkschrift gesandt, welche die Notwendigkeit einer Verständigung mit Preußen noch stärker betonte, als die Note vom 16. März, freilich ohne so bestimmt wie jene auch das Maß der preußischen Forderungen anzugeben.

Mit großem Schmerze habe man in London wahrgenommen, daß Österreich den Vorstellungen Robinsons bezüglich eines Arrangements mit Preußen nachzugeben nicht geneigt sei, und doch hätten sich die Motive, welche jene Ratschläge eingegeben, inzwischen nur noch verstärkt. Nach den aus verschiedenen Orten mitgeteilten Äußerungen des Marschalls Belleisle sei gar kein Zweifel daran, daß Frankreich die Zeit für gekommen erachte, die Maske fallen zu lassen, daß der Kardinal Fleury, weit entfernt an der pragmatischen Sanktion festzuhalten, vielmehr dem russischen Gesandten zu Paris erklärt habe, jener Vertrag könne schon deshalb keine Geltung beanspruchen, da ihm die Zustimmung des Reiches fehle, welches letztere nunmehr sich entschlossen zeige, den Großherzog von Toscana von der Kaiserwürde auszuschließen und den Kurfürsten von Bayern in dem Streben nach dieser Würde und in den Ansprüchen auf die österreichische Succession mit 30,000 Mann zu unterstützen; und wie weit seine Pläne gingen, zeigten Äußerungen gegen Fürst Poniatowski über eine beabsichtigte Teilung der österreichischen Lande zwischen Preußen, Bayern und Sachsen, dem König von Preußen habe man die vorteilhaftesten Anerbietungen gemacht auf Kosten Österreichs, und nur die Rücksicht auf die acceptierte englische Vermittelung habe diesen Fürsten bis jetzt von ihrer Annahme abgehalten. Spanien und Sardinien ständen bereits auf Frankreichs Seite.

Dieser Koalition mit Erfolg zu widerstehen, werde nur dann möglich sein, wenn es gelänge, den König von Preußen auf die Seite Österreichs herüberzuziehen; das dafür zugemutete Opfer erschien nicht zu groß, wenn man dafür das Ganze rette; es sei auch unrichtig, daß man durch eine solche Abtretung anderen Prätendenten Waffen in die Hände gebe und in die pragmatische Sanktion Bresche lege, denn abgesehen davon, daß die vorgeschlagene Form einer Verpfändung ein bequemes Auskunftsmittel darbiete, seien jene Ansprüche schon vorbereitet und formuliert gewesen, ganz unabhängig von dem Verlangen Preußens.

Wenn diese letztere Macht auf Seiten der Gegner stehe, werde Österreich so vielen Gegnern nicht gewachsen sein. Aus eigenen Mitteln sicher nicht, und von wem habe es auf Beistand zu rechnen? Eben jetzt habe es Sachsen gewonnen, doch um teuren Preis, aber wie wenig vermöge dieses zu bieten? Wenn Preußen, das schon voll Argwohn nach Dresden blicke, wirklich angreife, werde Sachsen seine Truppen ganz zur eigenen Verteidigung brauchen; Rußland aber sei durch innere Unruhen und das von Frankreich aufgestachelte Schweden selbst bedroht, von den Generalstaaten so gut wie nichts zu er-

warten, und was England anbetreffe, so habe dasselbe eigentlich gar keine Verpflichtung, Österreich gegen Preußen beizustehen, da dieses die Erbordnung Karls VI., zu deren Aufrechterhaltung sich England allein verpflichtet habe, nicht bedrohe, sondern nur gewisse Forderungen geltend mache, welche viel älter seien, als die pragmatische Sanktion. Nachdem jedoch König Georg die bekannte Deklaration dem Parlamente und auch der Königin von Ungarn gewisse Zusicherungen gemacht habe, wolle derselbe gern zur Verteidigung der letzteren nach Kräften beitragen, soweit dies die eigene Sicherheit erlaube, nur möge man in Wien im Auge behalten, daß unter den gegebenen Umständen, wo König Georg bereits einen Krieg auf dem Halse habe und mehrere seiner Staaten gefährlichen Nachbarn exponiert seien, er unmöglich mit dem Nachdrucke und der Energie, wie er es gewünscht hätte, für Österreich werde eintreten können.

Wenn Österreich sich zu einigen konvenablen Konzessionen herbeilasse, werde das englische Ministerium mit Freuden alles thun, um die Vermittelung zur Konsistenz zu bringen. Dagegen müsse dasselbe eine Äußerung über den von Robinson übersandten Entwurf eines Bündnisvertrages zwischen England und Österreich ablehnen, da dieses zur Voraussetzung den Krieg gegen Preußen habe, welchen England durch eine baldige Verständigung mit dieser Macht zu Ende bringen zu können immer noch hoffe [1]).

Man wird einräumen dürfen, daß diese Note namentlich in dem die Stellung Englands präzisierenden Passus deutlich genug ankündigte, daß ohne eine Verständigung mit Preußen Österreich sich auf eine Unterstützung vonseiten Englands nicht wesentliche Hoffnung machen dürfe. Das Schlimme war nur, daß die herrschende Partei in Wien, Bartenstein natürlich voran, eben dies nicht glaubte, vielmehr derartige Ausführungen nur für Ausflüsse der Charakterschwäche des Ministeriums hielt, während die Nation ganz anders denke. Deren Wille werde schon durchdringen, wenn man nur selbst standhaft bliebe; so gut wie das Ministerium trotz seines üblen Willens sich zu jener Ansprache an das Parlament habe verstehen müssen, ebensowohl werde es auch einer ernstlichen Unterstützung Österreichs, wie das englische Volk sie wünsche, auf die Dauer sich nicht entziehen können. Und so erneuerte denn die Antwort vom 6. Mai nur die Ablehnung jeder Abtretung an Preußen.

Das war die eine Reihe von Konsequenzen jenes parlamentarischen Sieges. Kaum minder bedeutungsvoll zeigte sich eine andere Seite. Unter dem 17. April schreibt König Georg von London aus an sein hannöversches Ministerium, er werde übermorgen ins Parlament gehen „und allem Ansehen nach darin solche Mesures genommen werden dörfften, worüber der König von Preußen Ombrage fassen könnte, daß er womöglich mit dem bei Brandenburg zusammenziehenden Corps uns ins Land zu fallen trachtete“. Das Ministerium solle die geeigneten Vorkehrungen treffen, um das Land vor einer Surprise zu sichern; von London aus würden Befehle gegeben werden, daß die dänischen und hessischen Auxiliartruppen auf die erste Requisition zu den hannöverschen Truppen stoßen könnten [2]).

---

[1]) Abschrift im Hannöverschen Archiv.
[2]) Archiv zu Hannover.

War die Besorgnis vor einem Einfalle des preußischen Observationscorps grundlos, so war dagegen ganz richtig vorauszusehen, daß man im preußischen Hauptquartiere an den Parlamentsbeschlüssen großen Anstoß nehmen würde, und es lag auf der Hand, daß dies auch auf die englischen Vermittelungsversuche übel einwirken mußte. In der That ist diese Wirkung eine bedeutende und nachhaltige gewesen.

Der König von Preußen hatte bis dahin, wie wir sahen, der englischen Politik ein im Grunde unverdientes Vertrauen bewährt, der aus Anlaß der Dresdner Konferenzen und der damit zusammenhängenden Intriguen in ihm aufgestiegene Argwohn war wirklich zerstreut worden; über jenen Parlamentsbeschluß aber hat er nie wegzukommen vermocht. Wie ernstlich und eindringlich man ihm auch vorgestellt hat, daß jener Antrag bei dem Parlamente nur die unvermeidliche Konsequenz jener ersten Ansprache unmittelbar nach dem Tode des Kaisers, noch vor dem Bekanntwerden des schlesischen Unternehmens gewesen und an sich unerläßlich für jedes wie immer sonst gesinnte Ministerium dem Parlament gegenüber, daß der Beschluß doch nur gegen Frankreich gerichtet sei und den ernstlich gemeinten Vermittelungsbestrebungen Englands in keinem Falle präjudiziere, und obwohl Lord Harrington von diesem ernsten Willen dem Grafen Truchseß die deutlichsten Beweise zu geben suchte, und sein Ehrenwort, ja seinen Kopf zum Pfande setzte für die ehrliche Meinung König Georgs, was Münchhausen sogar bei seiner Seligkeit, seiner Ehre und allem, was er Heiliges kenne, beschwor [1]), bei Friedrich schlug immer die einfache Erwägung durch, England werde nimmermehr Österreich zur Nachgiebigkeit bewegen können, nachdem das Parlament demselben auch für den Fall, daß es hartnäckig zu bleiben vorzöge, Geld und Truppen in Aussicht gestellt hätte.

Dabei ist er im wesentlichen geblieben; er hat wohl mit England unterhandelt, was ja unter allen Umständen in seinem Interesse gelegen hätte, aber man merkt aus allem heraus, daß er abweichend von seinem Minister Podewils keinen rechten Glauben mehr hat an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit England. Man wird wohl sagen können, nichts hat so entschieden darauf eingewirkt, Friedrich auf die französische Seite zu drängen als jene Parlamentsbeschlüsse vom April 1741.

In der That hat das Ministerium Walpole ein eigenes Schicksal gehabt. Aus weitverzweigten ernstlich böslichen Anschlägen gegen Preußen hatte es sich glücklich herauszuwickeln vermocht, ohne dessen Vertrauen einzubüßen, — und nun, wo König wie Ministerium wirklich ehrlich die Verständigung zwischen Österreich und Preußen betrieben, entfremdete ihm das letztere anscheinend für immer ein Akt, den es entschieden ohne eine direkt feindselige Absicht gegen Preußen und „der Not gehorchend nicht dem eignen Trieb“ gethan, den es selbst nur als eine ganz interne englische Angelegenheit, eine Handlung parlamentarischer Konvenienz, anzusehen geneigt war.

Aber noch nach einer anderen Seite hin hat jener Parlamentsbeschluß eine gewisse Wirkung zu üben vermocht, nämlich auf den sächsischen Hof. Es hatte übel ausgesehen in Dresden Anfang April und nach jenem 10. April, wo der englische Gesandte es als die Meinung seiner Regierung proklamiert hatte,

[1]) Truchseß, den 21. April, den 24. Mai, den 5. Juni; Berliner St.-A.

man müsse suchen den König von Preußen mit in die große Allianz zu ziehen. Die Dresdner Konferenzen schienen thatsächlich gesprengt, ihr einziges positives Resultat, der Vertrag zwischen Sachsen und Österreich vom 12. April, in Frage gestellt, insofern es doch sehr zweifelhaft erscheinen mußte, ob die Königin von Ungarn dieses Abkommen, welches ihre Gesandten nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß es ihrer Regierung anheimzustellen wäre, ob sie die Überschreibung der Vollmacht seitens der Gesandten genehm halten wollte, unter den veränderten Umständen ratifizieren würde, dabei der Rückzug der Seemächte erklärt und damit auch Rußland verloren, welches immer die eigene Teilnahme an der Koalition von der Englands und der Niederlande abhängig gemacht, und dazu die unheimliche Nähe des Anhaltischen Corps, welches Anfang April eine Bewegung nach der sächsischen Grenze hin gemacht hatte und zum Gipfel alles Schreckens dann die preußische Siegesbotschaft von Mollwitz.

Es war kein Wunder, daß Brühl wiederum mit Preußen anzuknüpfen versuchte. Am 15. April ward der lange gemiedene preußische Gesandte v. Ammon zu Brühl geladen. Die Schlacht von Mollwitz, meinte der Minister, sei doch nicht so entscheidend gewesen, daß sie Österreich zum Frieden zwänge, Preußen bedürfe eines Vermittlers, niemand sei dazu so geeignet wie Sachsen, welches als eventueller Erbe bei etwaigen Abtretungen ja notwendig gefragt werden müsse. „Sehen Sie", schloß er, „wenn der König von Preußen mir sagen wollte, da ist ein und da sind zwei Herzogtümer, mit denen ich mich begnügen will, so könnte man Mittel finden, sich zu arrangieren" [1]).

Friedrich erklärte sich sehr damit einverstanden, daß Sachsen England bei dem Versuche einer Mediation unterstütze [2]). Brühl wiederum glaubte mit der Aufnahme, welche sein Vorschlag gefunden, zufrieden sein zu können, fügt aber, indem er dies an seinen Londoner Gesandten schreibt, hinzu, er habe den Schritt überhaupt nur gethan, um Preußen von einem Einfalle in Sachsen abzuhalten [3]), trägt übrigens kein Bedenken, in Hannover vorzuspiegeln, Preußen habe Sachsens Vermittelung nachgesucht, und man sei auf die Sache nur deshalb eingegangen, um desto sicherer einen etwaigen Angriff des Fürsten von Anhalt abzuwenden [4]); der englische Gesandte in Dresden spottet über diesen eitlen Hof, der, wie die Äußerungen von Brühls Vertrauten, dem Geheimenrat Hennicke, zeigten, sich schon in der Rolle eines Schiedsrichters zwischen Österreich und Preußen anerkannt sähe [5]).

Auch nach andrer Seite hin hat Brühl damals anzuknüpfen gesucht und hatte auch die schönste Gelegenheit dazu, als am 16. April Marschall Belleisle auf der Reise nach dem schlesischen Hauptquartier König Friedrichs Dresden berührte und für den sächsischen Minister mancherlei freundliche Worte und glänzende Versprechungen hatte. Villiers hatte schwerlich unrecht, wenn er als sicher annehmen zu können glaubte, daß Brühl in den Konferenzen mit dem Marschall sich ein Schlupfloch offen zu halten gewußt hatte für den

---

1) Bei Droysen, S. 249.

2) An Ammon in Dresden, den 18. April; Polit. Korresp. I, 230.

3) An Ütterodt, den 1. Mai; Dresdner Archiv.

4) Münchhausen an den König, den 28. April; Archiv zu Hannover.

5) Villiers, den 23. April; Londoner Record office.

Fall, daß man etwa in Wien den Vertrag mit Sachsen vom 11. April abwiese [1]).

Aber vor der Hand kamen solche Eventualitäten nicht in Frage. Wir wissen ja, daß man in Wien die englischen Vermittelungsvorschläge abwies und an den Dresdener Vereinbarungen festzuhalten gemeint war. So brachte denn Graf Wratislaw, welcher, wie oben erwähnt, gleich nach Abschluß des sächsischen Vertrages nach Wien gereist war, um sich wegen der Überschreitung seiner Instruktion zu rechtfertigen, zwar noch nicht eine Ratifikation des Vertrages zurück, aber doch den Ausdruck der Geneigtheit, mit einigen Modifikationen denselben zu acceptieren. In Leipzig, wohin der sächsische Hof übersiedelte, ward darüber verhandelt, und Sachsen fügte sich ohne Schwierigkeit den österreichischen Forderungen, daß z. B. die sächsische Kriegshilfe, deren Eintreten sonst, wie wir wissen, von dem Beginne der kriegerischen Operationen durch die Verbündeten abhängig gemacht war, in dem einen Falle sogleich geleistet werden sollte, wenn das Corps des Fürsten von Anhalt gegen Österreich verwendet würde, und daß die Verleihung der Königswürde an Kursachsen erst in Angriff genommen werden sollte, wenn der Großherzog Kaiser geworden, um nicht sonst dem Wahlgeschäfte Schwierigkeiten zu bereiten.

Es ist natürlich, daß dieses wiederhergestellte Einverständnis zwischen Österreich und Sachsen durch die Nachrichten aus England von des Königs Anrede an das Parlament und dem Beschlusse des letzteren neues Leben empfing. Schon verlautete ja auch aus dem Haag, daß man dort jetzt sich doch entschließen wolle, den König von Preußen zur Räumung Schlesiens aufzufordern. Sachsen hatte natürlich ein lebhaftes Interesse daran, den englischen Vermittelungsvorschlägen entgegenzutreten; und ganz im Sinne Bartensteins schreibt Brühl unter dem 11. Mai, die Königin möge nur standhaft die schwachmütigen Zumutungen von Abtretungen in Schlesien seitens des englischen Ministeriums ablehnen, dasselbe werde sich doch gezwungen sehen, Hilfe zu leisten [2]).

In Dresden wurden nun auch wieder Konferenzen gepflogen, aber in rechten Fluß wollten die Koalitionsprojekte nicht mehr kommen, und die Berichte der sächsischen Gesandten aus London und Petersburg enthielten mancherlei Bedenkliches. Als der sächsische Gesandte von König Georg eine Garantie des österreichisch- sächsischen Vertrages erbat, sagte der König, er sei schon so mit Garantieen behaftet, daß er sich nicht zu lassen wisse, mit einer Bewegung, als sei jede der Garantieen ein schmerzhafter Schwär an seinem Körper [3]), und Lord Harrington wollte von der Marschordre für die englischen Soldtruppen nichts mehr hören, Österreich, meinte er, thue ungleich besser sich mit Preußen zu verständigen [4]).

Noch weniger günstig lauteten die Nachrichten aus Petersburg. Graf Lynar fand, daß der leitende Minister General Ostermann eine gewisse Feindseligkeit gegen Preußen nur so lange zur Schau getragen habe, als es

---

[1]) Den 16. und 19. April; Londoner Record office.

[2]) Dresdner Archiv.

[3]) Utterodt, den 10. Mai; ebd.

[4]) Utterodt, den 16. Mai; ebd.

barsten Provinzen Österreichs, die als mit der Hauptmasse zusammenhängend, dem Staate ungleich mehr Kräfte gebe, als viele andere entferntere, deren Konservation für den englischen Handel so wichtig sei. Die Verzögerung der Hilfeleistung sei ein größeres Übel, als die Preisgebung von vornherein gewesen wäre, man hätte zu Anfang mit der Abtretung eines Stückes von Schlesien wenigstens doch die Verwüstung von ganz Schlesien und noch eines Teils von Mähren abwenden können. Aber eine Abtretung von Schlesien jetzt nach allen den Verlusten, die vorausgegangen, Österreich zumuten, heiße diesen Staat außerstand setzen, für das Gleichgewicht Europas und die Interessen der Seemächte irgendwie ferner wirken zu können. Dagegen öffne die darin liegende Preisgebung der pragmatischen Sanktion allen anderweitigen Prätensionen Thür und Thor. Könne irgendwer von einer Befriedigung des preußischen Ehrgeizes sich einen Vorteil versprechen, für das Wohl des Reiches, für die Aufrechterhaltung seiner Verfassung, für die Ruhe Europas? Was werde auch ein abgeschlossener Vertrag bedeuten für einen Fürsten, welcher sich von den von seinen Vorfahren geschlossenen Traktaten einfach lossage mit der Redensart, dieselben hätten weder das Recht, noch die Macht gehabt, solche Verträge zu schließen?

Vonseiten der Seemächte lägen die bestimmtesten, wiederholten, an verschiedenen Orten ausgesprochenen Erklärungen vor, die pragmatische Sanktion aufrechthalten zu wollen. England habe sich mit der Einleitung der Dresdner Verhandlungen selbst so viel Mühe gegeben, und Maria Theresia sei weit entfernt, König Georg die Absicht zuzutrauen, nun von denselben zurückzutreten oder dieselben zu brechen, oder endlich, was das allerschlimmste wäre, ihr zuzumuten, neben den zu Dresden ihr aufgezwungenen Opfern für Sachsen auch noch Abtretungen in Schlesien an Preußen auf sich zu nehmen, womit dann Österreich aus der Reihe der Großmächte ausscheiden würde.

Aber schon Gerüchte von der Unschlüssigkeit Englands würden, von den preußischen Emissären gewandt benutzt, den größten Schaden thun. Zu einer Verständigung mit Preußen, die ja allerdings auch Österreich in Aussicht nehmen müßte, könnte nur ein energisches Vorgehen aller Garanten der pragmatischen Sanktion führen.

Die Aussichten seien keineswegs ungünstig. Österreich führe 14 Regimenter Infanterie, 16 Kavallerie ins Feld, und es gelobe, falls der König von Preußen vielleicht seine Truppen nach anderer Seite wenden wolle, ihn unverzüglich zu verfolgen. An dem guten Willen Rußlands zu zweifeln, sei unrecht; nach den Erklärungen seiner Minister und Gesandten hinge der Beginn einer Diversion dieser Macht gegen die preußischen Lande nur von dem Beginne der Operationen seitens Englands, Sachsens und der Generalstaaten ab. Mit Befriedigung vernehme Maria Theresia, daß die Soldtruppen Englands und die sächsischen Regimenter marschbereit seien. Wenn sie alle mit Rußland und Österreich einmütig und eifrig zusammenwirkten, sei der Erfolg unzweifelhaft, und Bayern werde dann gar nicht erst wagen, seine Entwürfe zur Ausführung zu bringen. Also es heiße schnell Hand ans Werk legen, um das Übel nicht noch wachsen und die Unruhen sich ausbreiten zu lassen.

Es war dies, wie man sieht, eine vollkommen ablehnende Antwort, auf welche vonseiten Englands kaum etwas anderes geschehen konnte, als daß man

die Leistung thätlichen Beistandes von der Verständigung mit Preußen abhängig zu machen erklärte. Aber etwas sehr anderes erfolgte.

Am 19. April hielt König Georg an die beiden Häuser des Parlamentes eine Anrede, in der es nach einer Erinnerung an die dem Parlamente im Anfange der Session gemachten Eröffnungen bezüglich der Ausführung der zugunsten der pragmatischen Sanktion gemachten Traktate wörtlich weiter hieß:

„Der seitdem innerhalb der österreichischen Lande ausgebrochene und fortgesetzte Krieg und die mannigfaltigen, weitaussehenden Ansprüche, die auf die Erbschaft des verstorbenen Kaisers öffentlich erhoben wurden, sind neue Ereignisse, welche die äußerste Sorgfalt und Aufmerksamkeit erheischen, insofern sie ganz Europa in einen blutigen Krieg verwickeln und in ihren Folgen die Besitzungen von Fürsten, welche an der Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion sich beteiligen würden, drohenden und unmittelbaren Gefahren aussetzen. Bereits hat die Königin von Ungarn die ausdrücklich vertragsmäßig stipulierten 12,000 Mann Hilfstruppen requiriert, und ich habe daraufhin von dem König von Dänemark und dem von Schweden als Landgrafen von Hessen verlangt, ihre respektiven Corps von je 6000 Mann zum Beistand für Ihre Ungarische Majestät marschbereit zu halten. Ich bin auch in die Verabredung von Maßregeln eingetreten zur Bekämpfung und Unwirksammachung aller gefährlichen, im Interesse ungerechter Ansprüche zum Schaden des Hauses Österreich zu bildenden oder weiter zu führenden Anschläge und Versuche. Bei diesem verwickelten und ungewissen Stande der Dinge können während der Zeit, wo wegen des herannahenden Schlusses dieses Parlamentes ich Ihres Rates und Beistandes entbehren muß, Zwischenfälle eintreten, welche mich zwingen, mich in noch größere Ausgaben zum Zwecke der Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion einzulassen. In einer so kritischen Konjunktur habe ich es für geeignet gehalten, diese wichtigen Erwägungen Ihnen vorzulegen und den Beistand meines Parlamentes anzurufen, um mich in den Stand zu setzen, in der möglichst energischen Weise mitzuwirken an der Unterstützung der Königin von Ungarn, an der Abwendung des Umsturzes des Hauses Österreich mit allen vernünftigen Mitteln und an der Erhaltung der Freiheit und des Gleichgewichtes von Europa."

Ein Antrag, die Verpflichtung zur Stellung des traktatmäßigen Hilfscorps von 12,000 Mann anzuerkennen und die Forderung eines Kredits bis zur Höhe von 300,000 Pfd. Sterl., zur Unterstützung der Königin neben den bereits früher zugesagten Geldern zur Erhaltung der englischen Soldtruppen (200,000 Pfd. Sterl.) schlossen sich hieran und wurden mit großer Majorität in beiden Häusern beschlossen.

Unzweifelhaft hat es in den Wünschen des Ministeriums gelegen, die parlamentarische Demonstration als nicht eigentlich gegen Preußen gerichtet erscheinen zu lassen; die Mitglieder der Regierung bemühten sich, diese Macht möglichst zu schonen, die Meinungsdifferenz mit ihr zu bedauern und von den Bestrebungen einer Vermittelung zu sprechen; indessen im Laufe der Debatte zerriß doch der Schleier, den man gern über diesem delikaten Punkte gelassen hätte. Mr. Viner sprach es in der Debatte vom 19. April offen aus, wie er die Sache verstehe, enthalte die vorgeschlagene Adresse die Aufforderung, eine Erklärung dahin abzugeben, man wolle den Ansprüchen des Königs von Preußen auf Schlesien entgegentreten, was doch ohne eine genaue Unter-

suchung und Prüfung dieser Ansprüche nicht zulässig sei, und in der Subsidiendebatte am 24. April ergriff derselbe Redner noch einmal das Wort, um geltend zu machen, daß seiner Ansicht nach die preußischen Ansprüche die pragmatische Sanktion nicht gefährdeten, und daß selbst, wenn dies wider Erwarten der Fall sein sollte, es nicht Englands Sache sein könnte, allein hier einzugreifen, während die übrigen Garanten jenes Vertrages sich zu regen keine Miene machten. Mr. Viners Anführungen fanden in beiden Fällen keine eigentliche Widerlegung seitens der Minister, aber auch keine Desavouierung der thatsächlichen Voraussetzungen, von denen er ausgegangen war. In Wahrheit lähmte die überall durchklingende Besorgnis, daß König Friedrich thatsächlich nur Wasser auf Frankreichs Mühle treibe, alle preußischen Sympathieen. So setzte im Unterhause Mr. Clutterbuck nicht ohne Scharfsinn auseinander, politische Größe sei ebenso wie natürliche nur ein relativer Begriff, wahrhaft mächtig sei nur der Fürst, welcher alle, mit denen er zu thun haben könne, an Macht übertreffe, und ein Fürst, der durch die Eroberung einer benachbarten Provinz seine Macht zu vergrößern hoffe, könne sich wohl darin täuschen, falls er eben dadurch gleichzeitig einen anderen Nachbar, der ohnehin schon ihn übertreffe, noch mächtiger mache. Dies eben sei der Fall mit dem König von Preußen, der bisher durch die Rivalität zwischen Österreich und Frankreich geschützt, wenn Österreich niedergeworfen wäre, das Lästige der Übermacht Frankreichs bald empfinden werde. Auch der große Redner der Opposition, Mr. Pulteney, der sonst günstiger über König Friedrich sich äußerte und die Gewinnung dieses mächtigen Fürsten als das wirksamste Mittel zur Rettung Österreichs hinstellte, wußte schließlich doch keinen besseren Rat, als daß man einerseits die zu bewilligenden Geldsummen anstatt sie der Königin von Ungarn zu geben, zur Erkaufung der Freundschaft des Königs von Preußen verwenden und anderseits diesen überzeugen möge, wie wenig es in seinem wahren Interesse läge, die Pläne Frankreichs zu begünstigen, und ein anderer großer Oppositionsmann, der spätere Minister Lord Carteret, bedauerte, daß diese Debatte nicht vom Anfange der Session stattgefunden habe, denn dann würde der König von Preußen den Krieg nicht begonnen haben. Noch jetzt versprach er sich den größten Erfolg davon, wenn man denselben ernstlich früge, ob er denn die Freundschaft Englands für immer einbüßen wolle. Ja, der Staatssekretär für den Süden, Herzog von Newcastle, nahm doch sogar die Möglichkeit des Kriegsfalles zwischen Preußen und Hannover in Aussicht, indem er erklärte: große Truppenkörper (er meint das Corps des Fürsten von Anhalt) sind versammelt an Plätzen, wo sie keine andere Verwendung finden können, als uns in Ausführung unserer Verpflichtungen dadurch zu hindern, daß sie des Königs Erblande in Gefahr bringen. Lassen Sie uns, setzte er hinzu, den König oder seine Familie nie in die Versuchung führen, ja auch nicht in den Verdacht bringen, als sei er in Versuchung, etwas, was die Interessen Englands betrifft, zu unterlassen, um nicht seine Erblande dadurch in Gefahr zu bringen.

Wenn wir die ganze Debatte überblicken, stellt sich eins sehr bestimmt heraus. Mochte auch die Opposition an der Motion mäkeln, Abneigung zeigen, diesem Ministerium große Summen zur Verfügung zu stellen, die Befürchtung aussprechen, daß hier wiederum die Interessen Hannovers auf Kosten Englands gefördert werden würden; die Verpflichtung Englands zur Unter-

stützung Österreichs ward kaum von irgendeiner Seite bestritten und ebenso wenig verlangt, daß man diese Hilfe von einer Befriedigung Preußens abhängig mache. Wäre nach dieser Richtung der Wille der Nation nicht so ganz ausgesprochen und einmütig gewesen, es hätte sich einer der Anwärter eines Portefeuilles, Lord Carteret, nimmer zu der starken Beteuerung aufgeschwungen: Es soll nie von mir gesagt werden, daß ich das Haus Österreich zu den Toten legen lasse, wenn ich nicht das Gleiche mit meinem Vaterlande zu thun willens bin. Das Durchschlagende war eben die Überzeugung, daß man Österreichs als Gegengewicht gegen Frankreich auf dem Kontinente nicht entbehren könne, oder wie es praktisch gefaßt Carteret aussprach: „Wenn das Haus Österreich sinkt, werden wir genötigt sein, in Friedenszeiten so viel Truppen zu halten, daß wir daran zugrunde gehen."

Bei solcher Lage der Dinge hätte kein englisches Ministerium, gleichviel wie zusammengesetzt, sich Österreich ganz versagen können, und selbst der Versuch, Frankreich und Preußen auseinanderzuhalten und nur gegen jenes Front zu machen, hätte sehr große Schwierigkeiten gehabt. Es soll damit nicht gesagt werden, daß es nicht möglich gewesen wäre, durch ein festes und sicheres Auftreten gleich beim Beginne der Krise die Dinge in ein anderes Fahrwasser zu leiten. Hätte England im allgemeinen Interesse von vornherein ernstlich eine Befriedigung Preußens in bestimmt vereinbarten Grenzen als unerläßliche Bedingung seiner Hilfe für Österreich hingestellt, so würde sich vermutlich dieses gefügt haben, und vor dem Parlamente würde ein solches Programm sich um so leichter haben verteidigen lassen, da hier bei aller Sympathie für Österreich doch ein großer Wert darauf gelegt wurde, alle Kräfte vereint gegen den Hauptfeind Frankreich zusammenhalten zu können, und anderseits ein Krieg in Norddeutschland an der Seite Hannovers in England nun einmal von vornherein mit ungünstigen Augen und mit Mißtrauen angesehen wurde. Solch' eine Haltung Englands hätte vielleicht den Krieg im Keime erstickt; ob in Frankreich dann die Kriegspartei gesiegt hätte, ist gleichfalls zweifelhaft, — aber ebenso gewiß ist, daß Preußen dann mit einem Stück von Niederschlesien abgefunden worden wäre.

Statt dessen war das Ministerium Walpole auf die welfischen Velleitäten König Georgs eingegangen, hatte in Petersburg wie im Haag zum Kriege gegen Preußen geschürt, die Dresdner Konferenzen eingeleitet, kurz alles gethan, um Österreich in seiner ablehnenden Haltung gegen Preußen zu ermutigen und zu bestärken, und erst als die Nachrichten aus Frankreich Angst einflößten, verlangte man mit plötzlicher Schwenkung nun auf einmal von der Königin von Ungarn Erfüllung der preußischen Forderungen, natürlich jetzt erfolglos. — Hätte die letztere wenigstens im Prinzipe nachgegeben, sich auf Unterhandlungen eingelassen, so wäre zwar die Vorlage an das Parlament mit den obligaten pragmatischen Beteuerungen nicht minder notwendig geworden, doch die Stellung des Ministeriums würde eine ungleich günstigere gewesen sein, man würde mit dem vollen Winde der öffentlichen Meinung gegen Frankreich allein haben segeln können, — statt daß nun mit der Eventualität der Beschützung der hannöverschen Erblande gegen Preußen ein für die Engländer widerwärtiges Moment in die Sache kam, dessen Konsequenzen recht fatal werden konnten.

Gewiß war eins. Der Verlauf der Parlamentsverhandlungen vom 19.

und 24. April hatte einen Sieg für das Ministerium ergeben. Dieses, welches bereits als so wankend angesehen worden war, daß schon im Februar die Taktiker der Opposition einen allgemeinen, allerdings noch zurückgeschlagenen Sturmversuch wagen zu können geglaubt hatten, hatte nun in beiden Häusern eine Art Vertrauensvotum erlangt, eine Kreditbewilligung von ansehnlicher Höhe, und zwar hatte ganz unzweifelhaft der patriotische Zug, der in dem Antrage lag, das Ganze über Wasser gehalten. Jetzt ging die Sitzungsperiode zu Ende — bis zu den neuen Wahlen im Herbst war das Ministerium gesichert, immerhin etwas sehr Bedeutsames für Herren wie Sir Robert Walpole und Genossen, die ja nicht sowohl für ein politisches Programm als für den Besitz ihrer Portefeuilles von Fall zu Fall, von Session zu Session zu kämpfen gewöhnt waren. Und da in der Politik der Erfolg das eigentlich Entscheidende ist, so durfte das Ministerium Walpole in seinem Siege zugleich seine Rechtfertigung suchen.

Freilich eine andere Frage war, ob es nicht doch ein Pyrrhussieg war, dessen schlimme Konsequenzen erst allmälig sich herausstellen und rückwirken mußten, denn nicht minder gewiß, wie jenes erwähnte Resultat war das Weitere, daß dem Siege nach innen eine Niederlage nach außenhin entsprach.

Die Opposition hatte in der letzten Zeit mit der in der Politik den Engländern eigenen Rücksichtslosigkeit wiederholt von der charakterlosen Feigheit des Ministeriums deklamiert [1]), und Lord Carteret hatte Graf Ostein geradezu erklärt, nur aus Furcht vor der öffentlichen Meinung und dem Parlamente habe sich Walpole widerwillig die Anrede vom 19. April und die Forderung der Subsidien abzwingen lassen [2]). Es mag unbillig erscheinen, wenn auf Grund solcher Insinuationen die ganze Schuld der Hartnäckigkeit Maria Theresias und infolge dessen das Scheitern der englischen Vermittelung der Opposition in die Schuhe geschoben wurde, aber ohne Folgen ist deren Verhalten sicher nicht geblieben.

Wie gern glaubte man an die Schuld der Minister in Wien, wie schnöde erschien die Hinterlist derselben, die, obwohl wissend, daß sie demnächst sich gezwungen sehen würden, öffentlich vor dem Parlamente der Königin von Ungarn ihren Beistand zu versprechen, kurz vorher noch versucht hatten, die letztere um alle Früchte dieser Hilfe zu bringen, indem sie dieselbe zur feigen Ergebung, zur Zerstückelung ihrer Länder zu drängen suchten! Dieselbe ungünstige Meinung, welche sich nicht ohne Schuld des englischen Ministeriums in Wien über Robinson gebildet hatte, als sei derselbe ein eigenwilliger und ungetreuer Interpret des Willens seiner Auftraggeber, ward jetzt auf das ganze Ministerium ausgedehnt, welches den wohlwollenden Absichten der hochherzigen englischen Nation so wenig zu entsprechen sich geneigt zeige. Zunächst nannte man das in Wien Charakterschwäche; bald ging man weiter und sprach offen davon, Sir Robert Walpole habe sich von Frankreich bestechen lassen [3]).

Die Folge davon war, daß die Beweise wohlwollender Teilnahme, welche

---

[1]) Mahon, Gesch. von England, Übersetzung von Steger III, 98.

[2]) Coxe, Memoirs of R. Walpole IV, 228 und Wolterton, Life of Lord Walpole, p. 224.

[3]) Bünau, den 20. Juni; Dresdner Archiv.

England dem Wiener Hofe zeigte, ohne Dank und mit dem Gefühl entgegengenommen wurden, es sei das viel zu wenig, die Mahnungen zur Verständigung mit Preußen aber, in denen man englischerseits fortfuhr, widerwillig gehört und unbeachtet gelassen wurden.

In der That hatte das englische Ministerium es für notwendig gehalten, unmittelbar nach jenem Parlamentsbeschlusse die durch denselben in Wien voraussichtlich erregten Hoffnungen nach Kräften wieder herabzustimmen, und so hatte Lord Harrington unter dem 28. April an Robinson eine sehr eingehende Denkschrift gesandt, welche die Notwendigkeit einer Verständigung mit Preußen noch stärker betonte, als die Note vom 16. März, freilich ohne so bestimmt wie jene auch das Maß der preußischen Forderungen anzugeben.

Mit großem Schmerze habe man in London wahrgenommen, daß Österreich den Vorstellungen Robinsons bezüglich eines Arrangements mit Preußen nachzugeben nicht geneigt sei, und doch hätten sich die Motive, welche jene Ratschläge eingegeben, inzwischen nur noch verstärkt. Nach den aus verschiedenen Orten mitgeteilten Äußerungen des Marschalls Belleisle sei gar kein Zweifel daran, daß Frankreich die Zeit für gekommen erachte, die Maske fallen zu lassen, daß der Kardinal Fleury, weit entfernt an der pragmatischen Sanktion festzuhalten, vielmehr dem russischen Gesandten zu Paris erklärt habe, jener Vertrag könne schon deshalb keine Geltung beanspruchen, da ihm die Zustimmung des Reiches fehle, welches letztere nunmehr sich entschlossen zeige, den Großherzog von Toscana von der Kaiserwürde auszuschließen und den Kurfürsten von Bayern in dem Streben nach dieser Würde und in den Ansprüchen auf die österreichische Succession mit 30,000 Mann zu unterstützen; und wie weit seine Pläne gingen, zeigten Äußerungen gegen Fürst Poniatowski über eine beabsichtigte Teilung der österreichischen Lande zwischen Preußen, Bayern und Sachsen, dem König von Preußen habe man die vorteilhaftesten Anerbietungen gemacht auf Kosten Österreichs, und nur die Rücksicht auf die acceptierte englische Vermittelung habe diesen Fürsten bis jetzt von ihrer Annahme abgehalten. Spanien und Sardinien ständen bereits auf Frankreichs Seite.

Dieser Koalition mit Erfolg zu widerstehen, werde nur dann möglich sein, wenn es gelänge, den König von Preußen auf die Seite Österreichs herüberzuziehen; das dafür zugemutete Opfer erschien nicht zu groß, wenn man dafür das Ganze rette; es sei auch unrichtig, daß man durch eine solche Abtretung anderen Prätendenten Waffen in die Hände gebe und in die pragmatische Sanktion Bresche lege, denn abgesehen davon, daß die vorgeschlagene Form einer Verpfändung ein bequemes Auskunftsmittel darbiete, seien jene Ansprüche schon vorbereitet und formuliert gewesen, ganz unabhängig von dem Verlangen Preußens.

Wenn diese letztere Macht auf Seiten der Gegner stehe, werde Österreich so vielen Gegnern nicht gewachsen sein. Aus eigenen Mitteln sicher nicht, und von wem habe es auf Beistand zu rechnen? Eben jetzt habe es Sachsen gewonnen, doch um teuren Preis, aber wie wenig vermöge dieses zu bieten? Wenn Preußen, das schon voll Argwohn nach Dresden blicke, wirklich angreife, werde Sachsen seine Truppen ganz zur eigenen Verteidigung brauchen; Rußland aber sei durch innere Unruhen und das von Frankreich aufgestachelte Schweden selbst bedroht, von den Generalstaaten so gut wie nichts zu er-

warten, und was England anbetreffe, so habe dasselbe eigentlich gar keine Verpflichtung, Österreich gegen Preußen beizustehen, da dieses die Erbordnung Karls VI., zu deren Aufrechterhaltung sich England allein verpflichtet habe, nicht bedrohe, sondern nur gewisse Forderungen geltend mache, welche viel älter seien, als die pragmatische Sanktion. Nachdem jedoch König Georg die bekannte Deklaration dem Parlamente und auch der Königin von Ungarn gewisse Zusicherungen gemacht habe, wolle derselbe gern zur Verteidigung der letzteren nach Kräften beitragen, soweit dies die eigene Sicherheit erlaube, nur möge man in Wien im Auge behalten, daß unter den gegebenen Umständen, wo König Georg bereits einen Krieg auf dem Halse habe und mehrere seiner Staaten gefährlichen Nachbarn exponiert seien, er unmöglich mit dem Nachdrucke und der Energie, wie er es gewünscht hätte, für Österreich werde eintreten können.

Wenn Österreich sich zu einigen konvenablen Konzessionen herbeilasse, werde das englische Ministerium mit Freuden alles thun, um die Vermittelung zur Konsistenz zu bringen. Dagegen müsse dasselbe eine Äußerung über den von Robinson übersandten Entwurf eines Bündnisvertrages zwischen England und Österreich ablehnen, da dieses zur Voraussetzung den Krieg gegen Preußen habe, welchen England durch eine baldige Verständigung mit dieser Macht zu Ende bringen zu können immer noch hoffe [1]).

Man wird einräumen dürfen, daß diese Note namentlich in dem die Stellung Englands präzisierenden Passus deutlich genug ankündigte, daß ohne eine Verständigung mit Preußen Österreich sich auf eine Unterstützung vonseiten Englands nicht wesentliche Hoffnung machen dürfe. Das Schlimme war nur, daß die herrschende Partei in Wien, Bartenstein natürlich voran, eben dies nicht glaubte, vielmehr derartige Ausführungen nur für Ausflüsse der Charakterschwäche des Ministeriums hielt, während die Nation ganz anders denke. Deren Wille werde schon durchdringen, wenn man nur selbst standhaft bliebe; so gut wie das Ministerium trotz seines üblen Willens sich zu jener Ansprache an das Parlament habe verstehen müssen, ebensowohl werde es auch einer ernstlichen Unterstützung Österreichs, wie das englische Volk sie wünsche, auf die Dauer sich nicht entziehen können. Und so erneuerte denn die Antwort vom 6. Mai nur die Ablehnung jeder Abtretung an Preußen.

Das war die eine Reihe von Konsequenzen jenes parlamentarischen Sieges. Kaum minder bedeutungsvoll zeigte sich eine andere Seite. Unter dem 17. April schreibt König Georg von London aus an sein hannöversches Ministerium, er werde übermorgen ins Parlament gehen „und allem Ansehen nach darin solche Mesures genommen werden dörfften, worüber der König von Preußen Ombrage fassen könnte, daß er womöglich mit dem bei Brandenburg zusammenziehenden Corps uns ins Land zu fallen trachtete“. Das Ministerium solle die geeigneten Vorkehrungen treffen, um das Land vor einer Surprise zu sichern; von London aus würden Befehle gegeben werden, daß die dänischen und hessischen Auxiliartruppen auf die erste Requisition zu den hannöverschen Truppen stoßen könnten [2]).

---

[1]) Abschrift im Hannöverschen Archiv.
[2]) Archiv zu Hannover.

War die Besorgnis vor einem Einfalle des preußischen Observationscorps grundlos, so war dagegen ganz richtig vorauszusehen, daß man im preußischen Hauptquartiere an den Parlamentsbeschlüssen großen Anstoß nehmen würde, und es lag auf der Hand, daß dies auch auf die englischen Vermittelungsversuche übel einwirken mußte. In der That ist diese Wirkung eine bedeutende und nachhaltige gewesen.

Der König von Preußen hatte bis dahin, wie wir sahen, der englischen Politik ein im Grunde unverdientes Vertrauen bewährt, der aus Anlaß der Dresdner Konferenzen und der damit zusammenhängenden Intriguen in ihm aufgestiegene Argwohn war wirklich zerstreut worden; über jenen Parlamentsbeschluß aber hat er nie wegzukommen vermocht. Wie ernstlich und eindringlich man ihm auch vorgestellt hat, daß jener Antrag bei dem Parlamente nur die unvermeidliche Konsequenz jener ersten Ansprache unmittelbar nach dem Tode des Kaisers, noch vor dem Bekanntwerden des schlesischen Unternehmens gewesen und an sich unerläßlich für jedes wie immer sonst gesinnte Ministerium dem Parlament gegenüber, daß der Beschluß doch nur gegen Frankreich gerichtet sei und den ernstlich gemeinten Vermittelungsbestrebungen Englands in keinem Falle präjudiziere, und obwohl Lord Harrington von diesem ernsten Willen dem Grafen Truchseß die deutlichsten Beweise zu geben suchte, und sein Ehrenwort, ja seinen Kopf zum Pfande setzte für die ehrliche Meinung König Georgs, was Münchhausen sogar bei seiner Seligkeit, seiner Ehre und allem, was er Heiliges kenne, beschwor [1]), bei Friedrich schlug immer die einfache Erwägung durch, England werde nimmermehr Österreich zur Nachgiebigkeit bewegen können, nachdem das Parlament demselben auch für den Fall, daß es hartnäckig zu bleiben vorzöge, Geld und Truppen in Aussicht gestellt hätte.

Dabei ist er im wesentlichen geblieben; er hat wohl mit England unterhandelt, was ja unter allen Umständen in seinem Interesse gelegen hätte, aber man merkt aus allem heraus, daß er abweichend von seinem Minister Podewils keinen rechten Glauben mehr hat an die Möglichkeit eines Zusammengehens mit England. Man wird wohl sagen können, nichts hat so entschieden darauf eingewirkt, Friedrich auf die französische Seite zu drängen als jene Parlamentsbeschlüsse vom April 1741.

In der That hat das Ministerium Walpole ein eigenes Schicksal gehabt. Aus weitverzweigten ernstlich böslichen Anschlägen gegen Preußen hatte es sich glücklich herauszuwickeln vermocht, ohne dessen Vertrauen einzubüßen, — und nun, wo König wie Ministerium wirklich ehrlich die Verständigung zwischen Österreich und Preußen betrieben, entfremdete ihm das letztere anscheinend für immer ein Akt, den es entschieden ohne eine direkt feindselige Absicht gegen Preußen und „der Not gehorchend nicht dem eignen Trieb" gethan, den es selbst nur als eine ganz interne englische Angelegenheit, eine Handlung parlamentarischer Konvenienz, anzusehen geneigt war.

Aber noch nach einer anderen Seite hin hat jener Parlamentsbeschluß eine gewisse Wirkung zu üben vermocht, nämlich auf den sächsischen Hof. Es hatte übel ausgesehen in Dresden Anfang April und nach jenem 10. April, wo der englische Gesandte es als die Meinung seiner Regierung proklamiert hatte,

---

[1]) Truchseß, den 21. April, den 24. Mai, den 5. Juni; Berliner St.-A.

man müsse suchen den König von Preußen mit in die große Allianz zu ziehen. Die Dresdner Konferenzen schienen thatsächlich gesprengt, ihr einziges positives Resultat, der Vertrag zwischen Sachsen und Österreich vom 12. April, in Frage gestellt, insofern es doch sehr zweifelhaft erscheinen mußte, ob die Königin von Ungarn dieses Abkommen, welches ihre Gesandten nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß es ihrer Regierung anheimzustellen wäre, ob sie die Überschreibung der Vollmacht seitens der Gesandten genehm halten wollte, unter den veränderten Umständen ratifizieren würde, dabei der Rückzug der Seemächte erklärt und damit auch Rußland verloren, welches immer die eigene Teilnahme an der Koalition von der Englands und der Niederlande abhängig gemacht, und dazu die unheimliche Nähe des Anhaltischen Corps, welches Anfang April eine Bewegung nach der sächsischen Grenze hin gemacht hatte und zum Gipfel alles Schreckens dann die preußische Siegesbotschaft von Mollwitz.

Es war kein Wunder, daß Brühl wiederum mit Preußen anzuknüpfen versuchte. Am 15. April ward der lange gemiedene preußische Gesandte v. Ammon zu Brühl geladen. Die Schlacht von Mollwitz, meinte der Minister, sei doch nicht so entscheidend gewesen, daß sie Österreich zum Frieden zwänge, Preußen bedürfe eines Vermittlers, niemand sei dazu so geeignet wie Sachsen, welches als eventueller Erbe bei etwaigen Abtretungen ja notwendig gefragt werden müsse. „Sehen Sie“, schloß er, „wenn der König von Preußen mir sagen wollte, da ist ein und da sind zwei Herzogtümer, mit denen ich mich begnügen will, so könnte man Mittel finden, sich zu arrangieren“ [1]).

Friedrich erklärte sich sehr damit einverstanden, daß Sachsen England bei dem Versuche einer Mediation unterstütze [2]). Brühl wiederum glaubte mit der Aufnahme, welche sein Vorschlag gefunden, zufrieden sein zu können, fügt aber, indem er dies an seinen Londoner Gesandten schreibt, hinzu, er habe den Schritt überhaupt nur gethan, um Preußen von einem Einfalle in Sachsen abzuhalten [3]), trägt übrigens kein Bedenken, in Hannover vorzuspiegeln, Preußen habe Sachsens Vermittelung nachgesucht, und man sei auf die Sache nur deshalb eingegangen, um desto sicherer einen etwaigen Angriff des Fürsten von Anhalt abzuwenden [4]); der englische Gesandte in Dresden spottet über diesen eitlen Hof, der, wie die Äußerungen von Brühls Vertrauten, dem Geheimenrat Hennicke, zeigten, sich schon in der Rolle eines Schiedsrichters zwischen Österreich und Preußen anerkannt sähe [5]).

Auch nach andrer Seite hin hat Brühl damals anzuknüpfen gesucht und hatte auch die schönste Gelegenheit dazu, als am 16. April Marschall Belleisle auf der Reise nach dem schlesischen Hauptquartier König Friedrichs Dresden berührte und für den sächsischen Minister mancherlei freundliche Worte und glänzende Versprechungen hatte. Villiers hatte schwerlich unrecht, wenn er als sicher annehmen zu können glaubte, daß Brühl in den Konferenzen mit dem Marschall sich ein Schlupfloch offen zu halten gewußt hatte für den

---

[1]) Bei Droysen, S. 249.
[2]) An Ammon in Dresden, den 18. April; Polit. Korresp. I, 230.
[3]) An Ütterodt, den 1. Mai; Dresdner Archiv.
[4]) Münchhausen an den König, den 28. April; Archiv zu Hannover.
[5]) Villiers, den 23. April; Londoner Record office.

Fall, daß man etwa in Wien den Vertrag mit Sachsen vom 11. April abwiese [1]).

Aber vor der Hand kamen solche Eventualitäten nicht in Frage. Wir wissen ja, daß man in Wien die englischen Vermittelungsvorschläge abwies und an den Dresdener Vereinbarungen festzuhalten gemeint war. So brachte denn Graf Wratislaw, welcher, wie oben erwähnt, gleich nach Abschluß des sächsischen Vertrages nach Wien gereist war, um sich wegen der Überschreitung seiner Instruktion zu rechtfertigen, zwar noch nicht eine Ratifikation des Vertrages zurück, aber doch den Ausdruck der Geneigtheit, mit einigen Modifikationen denselben zu acceptieren. In Leipzig, wohin der sächsische Hof übersiedelte, ward darüber verhandelt, und Sachsen fügte sich ohne Schwierigkeit den österreichischen Forderungen, daß z. B. die sächsische Kriegshilfe, deren Eintreten sonst, wie wir wissen, von dem Beginne der kriegerischen Operationen durch die Verbündeten abhängig gemacht war, in dem einen Falle sogleich geleistet werden sollte, wenn das Corps des Fürsten von Anhalt gegen Österreich verwendet würde, und daß die Verleihung der Königswürde an Kursachsen erst in Angriff genommen werden sollte, wenn der Großherzog Kaiser geworden, um nicht sonst dem Wahlgeschäfte Schwierigkeiten zu bereiten.

Es ist natürlich, daß dieses wiederhergestellte Einverständnis zwischen Österreich und Sachsen durch die Nachrichten aus England von des Königs Anrede an das Parlament und dem Beschlusse des letzteren neues Leben empfing. Schon verlautete ja auch aus dem Haag, daß man dort jetzt sich doch entschließen wolle, den König von Preußen zur Räumung Schlesiens aufzufordern. Sachsen hatte natürlich ein lebhaftes Interesse daran, den englischen Vermittelungsvorschlägen entgegenzutreten; und ganz im Sinne Bartensteins schreibt Brühl unter dem 11. Mai, die Königin möge nur standhaft die schwachmütigen Zumutungen von Abtretungen in Schlesien seitens des englischen Ministeriums ablehnen, dasselbe werde sich doch gezwungen sehen, Hilfe zu leisten [2]).

In Dresden wurden nun auch wieder Konferenzen gepflogen, aber in rechten Fluß wollten die Koalitionsprojekte nicht mehr kommen, und die Berichte der sächsischen Gesandten aus London und Petersburg enthielten mancherlei Bedenkliches. Als der sächsische Gesandte von König Georg eine Garantie des österreichisch-sächsischen Vertrages erbat, sagte der König, er sei schon so mit Garantieen behaftet, daß er sich nicht zu lassen wisse, mit einer Bewegung, als sei jede der Garantieen ein schmerzhafter Schwär an seinem Körper [3]), und Lord Harrington wollte von der Marschordre für die englischen Soldtruppen nichts mehr hören, Österreich, meinte er, thue ungleich besser sich mit Preußen zu verständigen [4]).

Noch weniger günstig lauteten die Nachrichten aus Petersburg. Graf Lynar fand, daß der leitende Minister General Ostermann eine gewisse Feindseligkeit gegen Preußen nur so lange zur Schau getragen habe, als es

---

1) Den 16. und 19. April; Londoner Record office.
2) Dresdner Archiv.
3) Ütterodt, den 10. Mai; ebd.
4) Ütterodt, den 16. Mai: ebd.

ihm darauf angekommen sei, Münnich zum Falle zu bringen; jetzt zeige er selbst keine bessere Gesinnung als jener; was die verlangte Garantie des österreichisch-sächsischen Vertrages anbetreffe, so verstecke er sich zunächst hinter dem Umstande, daß Österreich noch nicht ratifiziert habe, aber auch für den Fall, daß dies erfolge, möge er Rußlands Beitritt nicht mit Sicherheit in Aussicht stellen; ebensowenig dürfe Österreich auf seine Hilfe rechnen, der General sage, unter einer minderjährigen Regierung müsse man ganz besonders vorsichtig und behutsam sein, die Lockung mit preußischen Eroberungen, daß etwa Rußland Ostpreußen nehme, um dies an Polen gegen Kurland und die Ukraine auszutauschen, verfange nichts; Ostermann erkläre den Gedanken für unausführbar, wenn er auch hinzusetze, geborgt sei nicht geschenkt. Er weise auf die Unzuverlässigkeit der andern Alliierten hin und habe dem österreichischen Gesandten kürzlich ganz offen erklärt, da Rußland selbst von den Schweden, Türken und Persern bedroht sei, könne es für Österreich nichts thun. Und schließlich habe er auf wiederholtes Drängen Lynars unwillig ausgerufen, 30,000 Mann seien kein Katzendreck [1]).

Das waren wenig tröstliche Aussichten für die große Koalition, die man in Wien und Dresden so ungern aufgeben mochte, und gegen Ausgang des Mai scheint trotz der günstigen Einwirkung, welche eine Zeit lang der englische Parlamentsbeschluß zu üben vermocht hatte, die Stimmung in Wien wie in Dresden niedergeschlagen genug zu sein, und in natürlicher Folge davon auch das Einvernehmen zwischen beiden Höfen wieder mehr in Frage gestellt; in Wien zögerte man mit der Ratifikation jenes Bundesvertrages, und von Dresden aus ließ man andeuten, daß, wenn Österreich eine direkte Verständigung mit Preußen betreibe, ohne an Sachsen zu denken, dieses letztere nicht würde umhin können, seine Entschädigung anderswo zu suchen [2]). Die Berichte des sächsischen Gesandten Bünau enthalten vor allem unaufhörliche Klagen über Robinsons verderbliche Thätigkeit, derselbe agitiere nicht nur für Preußen, sondern auch direkt gegen Sachsen, dessen Forderungen er als exorbitant bezeichnet, und er scheine Boden zu gewinnen; — wenn nicht ein Umschwung auf dem schlesischen Kriegstheater eintrete, könne die Sache leicht zu unerwünschtem Ende kommen. Das englische Ministerium scheine bestochen zu sein: von dem sei keine Hilfe zu erwarten, und die Ratgeber der Königin, selbst Sinzendorf, neigten allmählich zum Frieden mit Preußen, nur Bartenstein und Kinsky hielten noch stand; Maria Theresia selbst habe kürzlich erklärt, von ihren Alliierten verlassen, werde sie am Ende einen schlechten Frieden machen müssen [3]).

Dazu sollte es aber nun doch fürs erste nicht kommen; unter allzu widerspruchsvollen Umständen hatte sich der Umschwung der englischen Politik vollzogen, als daß sie auf solche Resultate hätte hoffen dürfen, und dieselben Widersprüche, die in Wien dem Drängen Englands den Nachdruck nahmen, machten im preußischen Hauptquartier den König ungeduldig und geneigter, es mit Frankreich zu versuchen, da ihn England doch nur hinhalten wolle.

---

1) Lynar, den 22. Mai; Dresdner Archiv.
2) Brühl an Bünau, den 22. Mai; ebd.
3) Bünau, den 17., 18. und 20. Mai; ebd.

Sechstes Kapitel.
Welfische Begehrlichkeiten.

Ehe wir den Fortgang der englischen Vermittelung, welche zunächst nun an erster Stelle Lord Hyndford zufiel, weiter verfolgen, müssen wir eine andere Kette von Verhandlungen, welche seitab von den übrigen lagen und lange in tiefem Geheimnis geführt wurden, näher ins Auge fassen, nämlich die zwischen Preußen und Hannover.

König Georg II. steht bei den Engländern in dem Rufe, die Interessen seiner deutschen Stammlande zu allen Zeiten höher gehalten zu haben, als die Englands; im Unterhause warf man ihm offen genug seine Unkenntnis der englischen Sprache und Verfassung vor, und daß seine Reden immer mehr für den Meridian von Deutschland als für den Großbritanniens berechnet schienen [1]), und schwerlich ganz mit Unrecht. Graf Brühl schreibt in dieser Zeit einmal nach Hannover, die Herren Engländer schienen immer nur das Gleichgewicht zwischen den Häusern Österreich und Frankreich im Auge zu haben und weniger nach der Ordnung und der inneren Proportion unter den Gliedern des Reiches zu fragen als nach dem Gleichgewichte unten den Staaten Europas [2]). Nicht im Sinne Brühls, aber in Wahrheit war dies ein Lob, kaum verdient von den englischen Ministern und sicherlich nicht von König Georg, dem, wie es Brühl nur wünschen konnte, der kurbraunschweigische Gesichtspunkt ganz die Seele füllte. Jene „innere Proportion unter den Gliedern des Reiches“ drohte eine Vergrößerung Preußens in Schlesien zu stören. Solcher Störung zu begegnen, gab es zwei Mittel: den das kurfürstliche Gleichgewicht gefährdenden Machtzuwachs des Nachbarn konnte man entweder unschädlich machen durch eine entsprechende eigene Vergrößerung, oder aber hindern.

Allem Anscheine nach haben beide Möglichkeiten fort und fort vor Georgs Seele gestanden. Wir finden, daß er noch am 27. Januar, also in einer Zeit, wo er bereits tief in Pläne einer Aktion gegen Preußen verwickelt war, seinen

---

1) Mr. Shippen ward für eine solche Äußerung eine Zeit lang in den Tower gesperrt. Coxe, Memoirs of R. W. IV, 209.

2) Bemerkungen zu Harringtons Promemoria vom 28. April; St.-A. zu Hannover.

hannöverschen Ministern gegenüber erörtert, wie man wohl für den Fall, daß Preußen doch seine Absichten durchführe, für die eigenen Interessen noch am besten zu sorgen vermöge. Er wolle, schreibt er, alles Mögliche für die Erhaltung der pragmatischen Sanktion thun. „Dafern aber die Umstände im Fortgange dermaßen verworren werden sollten, daß sie Gelegenheit zu einer Acquisition darreicheten, so ist wohl nichts billiger, als daß, wenn andere bei ihren reichsverfassungswidrigen Unternehmungen Acquisitionen machen, wir unseres Ortes bei unserem guten Willen und legalen Absichten nicht leer ausgehen, und gleich wie solchenfalls die perpetuierliche Erwerbung des Stiftes Hildesheim allerdings unser Augenmerk sein wird" u. s. w. Es wird dann ein 1711 noch von Leibnitz ausgearbeiteter Plan herangezogen, der die alten Ansprüche Braunschweig-Lüneburgs auf Hildesheim entwickelt, die man in den Bedrängnissen des 30jährigen Krieges 1642/43, doch nicht ohne Vorbehalt, aufgegeben habe [1]).

Indessen, vom welfischen Standpunkte aus betrachtet, konnte dies doch immer nur als ein Auskunftsmittel, zu dem man in der Not greifen mochte, erscheinen. Als das Erwünschtere mußte es unter allen Umständen angesehen werden, wenn es gelang, die Vergrößerung des ohnehin schon zu mächtigen Nachbars überhaupt zu hintertreiben. Denn schon die bloße Möglichkeit eines solchen Unternehmens, wie es hier der junge König von Preußen allein, ohne Alliierte, gegen eine der alten Großmächte wagte, war geeignet, den letzten Rest von Täuschung darüber zu zerstören, als ob das Gleichgewicht unter den deutschen Kurfürsten überhaupt noch bestehe; es zeigte, daß Kurbrandenburg denn doch über das Maß der übrigen hinausgewachsen war, und ein solcher Überschuß von Macht in der Hand eines jungen Fürsten, der seine Regierung mit einem so kühnen Beginnen anfing, mußte ja doppelt bedrohlich erscheinen und in demselben Maße zweifelhaft werden, ob eine gleichartige Konvenienz für Hannover, die doch immer nicht wohl der Errungenschaft des Nachbarn gleichgekommen wäre, unter solchen Umständen hinreichende Garantieen zu bieten vermöchte.

Da mochte das andere Mittel prinzipieller Gegnerschaft gegen die Gelüste des Nachbarn denn doch zweckdienlicher scheinen. Gelang es, Preußen zum Verzichte auf die erhobenen Ansprüche zu zwingen, so war das nicht bloß die Verhinderung eines Machtzuwachses, sondern die erlittene Niederlage schloß notwendig eine gewisse Schwächung in sich; und noch weitergehende Aussichten schienen sich ja, wie wir wissen, in erfreulichem Klimax zu eröffnen, nicht nur jene indirekte Machtverminderung des Nachbarn, sondern ein direktes „Beschneiden der Flügel", eine Verkleinerung seines Landgebietes als Strafe jenes Unterfangens schien sich erzielen zu lassen und schließlich sogar eine eigene Bereicherung aus den Spolien des Bestraften. Das war dann wirklicher reeller Vorteil, Vermehrung der eigenen Kraft gleichzeitig mit der Schwächung eines allzu mächtigen Nachbars, besser konnte für die „innere Proportion der Glieder des Reiches" nicht gesorgt werden, und für solch löblichen Zweck, was sonst so ungemein schwer fiel, infolge einer besonders günstigen Konstellation auch die Kräfte Englands gewinnen zu können, das mußte in der Thut vom welfischen Standpunkte aus, und einen anderen hat

1) Archiv zu Hannover.

König Georg wohl nie zu gewinnen vermocht, überaus lockend erscheinen. Es war kein Wunder, daß er zugriff und daß solchen Perspektiven gegenüber es zunächst ganz unwirksam blieb, wenn Preußen jenen anderen Hebel der welfischen Konvenienzen spielen zu lassen versuchte und Graf Truchseß die mecklenburgischen Pfandämter zu bleibendem Besitze versprach und Weiteres in Aussicht stellte.

Kühl und spröde ward in London seinem Werben begegnet. An den Minister für Hannover konnte er lange gar nicht herankommen, es hieß, in dessen Hause seien die Pocken, und König Georg vermied auf die Sache einzugehen, und noch schlimmer als in London schien man sich in Hannover stellen zu wollen. Wir hörten schon von der Kabinettsordre vom 20. Dezember 1740, durch welche König Georg die früher angeordnete Absendung eines außerordentlichen hannöverischen Gesandten widerrief, da an ein Zusammengehen mit Preußen nicht mehr zu denken sei [1]), und als Preußen in Hannover den Einmarsch in Schlesien anzeigen ließ und freundliche Erwartungen daran knüpfte, antwortete das dortige Ministerium in reserviertestem Tone, es bedauere, über die preußischen Gerechtsame nicht informiert zu sein [2]), worauf dann Podewils sich beeilt, zwölf Exemplare der Rechtsdeduktion einzusenden [3]).

In das Studium dieser Deduktionen vertieft, beobachten nun die hannöverischen Minister länger als einen Monat ein zurückhaltendes Schweigen. Natürlich wissen sie, was sich von London aus vorbereitet, und wenn sie auch selbst dem König gegenüber auf die Notwendigkeit hinweisen, so lange bis der König das Konzert wirklich fertig habe, zu simulieren und in dieser Absicht, um nicht Verdacht zu erregen, ihren Gesandten Lenthe in Wien ruhig an der Verständigung mit Preußen weiter arbeiten lassen, der in bestem Glauben an der Seite von Robinson den dortigen Hof zur Vermittelung mit Preußen drängt [4]), so bleiben sie doch nicht ganz unthätig; sie rüsten im stillen, versuchen auswärtige Werbungen und unternehmen sogar, allerdings erst auf Anregung des Grafen Stolberg-Wernigerode, einen niedersächsischen Bund zustande zu bringen, dem dann Georg dadurch ein praktisches Interesse abzugewinnen sucht, daß er vorschlägt, so wie vor einigen Jahren Braunschweig gegen eine Summe Geldes es übernommen, für Hamburg das Reichs- und Kreiskontingent zu stellen, so wolle er jetzt, wenn die niedersächsischen Städte insgesamt angemessene Summen bewilligten, für sie Truppen liefern.

Wesentliche Früchte hat der ganze Gedanke des niedersächsischen Bundes nicht getragen, wenngleich die Verhandlungen bis in den April hinein fortgesponnen werden. Dänemark ließ sich nicht heranziehen, und von den übrigen Ständen zeigte sich bald, daß sie gegen Preußen nicht zu engagieren sein würden. Braunschweig-Wolfenbüttel, auf das natürlich sehr gerechnet wurde, wünschte von vornherein Preußen keine Ombrage zu geben, vielmehr ihm die Accession offen zu halten; sein Gesandter v. Münchhausen plädierte bald ganz

---

1) Archiv zu Hannover.
2) Den 8. Januar; Berliner Archiv. Hannöversche Neutralität.
3) Den 14. Januar; ebd.
4) König Georg wollte das übrigens auch so. Verfügung vom 10. Januar 1741; Archiv zu Hannover.

offen zugunsten Preußens [1]), und Graf Stolberg, dessen Bundesentwurf übrigens gleich anfangs schwerlich eine wirklich feindselige Haltung gegen Preußen bezweckte [2]), bemühte sich, als ihn König Friedrich unter dem 18. Februar eines eigenen Briefes würdigte, mit der Aufforderung, das hannöversche Ministerium zum engen Anschluß an Preußen zu bewegen, dieser nach besten Kräften nachzukommen. Schließlich fand übrigens König Georg selbst, daß der Bundesgedanke ihn hindern könne, seine eigenen Wünsche, z. B. die Annektierung von Hildesheim ꝛc. zu betreiben [3]), und so schlief die Sache denn ein.

Dagegen hat es einen Zeitpunkt gegeben, wo König Georg, und zwar unabhängig von den Dresdner Konferenzen an ein kriegerisches Vorgehen gegen Preußen von Hannover aus ernstlich gedacht hat, natürlich aber im Bunde mit Österreich, welches letztere ihm alle Avantagen, welche der Krieg bringen würde, gönnen und zu ihrer Maintenierung das beste thun sollte, das Ministerium in Hannover solle erwägen, worin solche Avantagen wohl am füglichsten bestehen könnten [4]). Es war dies die Zeit, wo Mr. Trevor aus dem Haag von den so entschieden klingenden Äußerungen des holländischen Pensionars Bassecour und anderer Vertreter dieser einflußreichsten Provinz der vereinigten Niederlande berichtete und damit die Meinung erweckte, man werde ohne Schwierigkeit diese Macht zu energischem Vorgehen gegen Preußen mit fortreißen können. Damals eben schrieb, wie schon früher angeführt wurde, König Georg an sein hannöversches Ministerium, es sollten schleunigst durch den englischen und holländischen Gesandten dem Könige von Preußen ernste Vorstellungen gemacht und die Zurückziehung seiner Truppen gefordert werden, Guy Dickens solle unverzüglich über die darauf erhaltene Antwort nach Hannover berichten, und falls dieselbe „ungewierig“ laute, solle das Ministerium schleunigst alles zur Hand nehmen, zur Deckung der Lande alles in Positur setzen, rüsten, für Fourage sorgen, Magazine anlegen, Pferde kaufen ꝛc.

Ja, es solle sogar den Fall in Erwägung ziehen, daß Hannover offensiv vorgehen müsse, Sachsen werde man durch die Eröffnung von Aussichten einer Teilnahme an den zu machenden Conquêten gewinnen können, man werde sich im Halberstädtischen und Magdeburgischen festsetzen, das Ministerium solle (wie mit geographischer Unbefangenheit hinzugefügt wird) berichten, an welchem Punkte man zu dem Ende am besten die Elbe werde überschreiten können u. s. w. [5]).

Es war das die Zeit, wo Georg II. dem österreichischen Gesandten, Grafen Ostein, ganz positiv versprochen hat, mit aller seiner eigenen Macht und den „anverlangenden“ dänischen und hessischen Auxiliartruppen gegen Preußen zu agieren [6]).

---

1) Vgl. die Anführung bei Droysen, S. 171, Anm. 1.

2) Bericht vom 10. Februar an König Georg.

3) Den 10. März. Von diesen Bestrebungen handelt ein besonderes Aktenstück im Archiv zu Hannover.

4) Georg an das Ministerium zu Hannover, den 31. Januar; Archiv zu Hannover.

5) So ein zweiter Erlaß vom 31. Januar (neuen Stils).

6) Bericht Osteins vom 27. Januar; angeführt bei Arneth, S. 391, Anm. 7.

Noch deutlicher treten uns die Absichten des Königs aus dem Berichte entgegen, welchen Graf Ostein Anfang Februar dem hannöverschen Minister Grafen Steinberg über die Äußerungen machte, die der König in den ihm gewährten Audienzen gethan. Georg hatte auf das erneuerte Gesuch um Gewährung der traktatmäßigen Hilfe erwidert, der Plan ginge vorläufig dahin, die hessischen und dänischen Auxiliartruppen an sich zu ziehen und nicht, wie die Königin begehrte, selbige nach Schlesien zu schicken, sondern vielmehr den König von Preußen damit im eigenen Lande anzugreifen. Die Königin von Ungarn würde nach solcher Gegend zu gleichfalls agieren müssen, man werde den Feind alsdann in die Mitte nehmen und allmählich zusammenstoßen. Sachsen werde sich anschließen können, den Rücken müßte Holland frei halten, Rußlands Diversion werde dann dazu kommen.

Georg hatte ausdrücklich angeraten, die Königin von Ungarn solle sich nicht mit Preußen verständigen, dagegen zu verstehen gegeben, er erwarte, man werde ihm seine Conquêten, die man Preußen abnehme, gönnen, Graf Ostein solle sich Vollmacht zu einem förmlichen Vertrage verschaffen, aber nur mit dem hannöverschen Ministerium, ohne gegen die englischen Minister etwas zu äußern [1].

Aber lange hat diese kühne und kriegsmutige Stimmung nicht vorgehalten. Auf ein erneutes Drängen Osteins (Anfang März) muß ihm Graf Steinberg antworten, die Assistenz von Rußland und Holland sei immer als Bedingung vorausgesetzt worden [2], und wir dürfen es schwerlich für bedeutungslos halten, daß bereits am 17. Februar Georg die Sendung eines außerordentlichen hannöverschen Gesandten, des Geheimenrates v. Schwichelt, in das preußische Hauptquartier anordnete.

Was den König bestimmte, scheint nicht allzu schwer zu erkennen. Wir müssen uns erinnern, daß die ganze Idee des großen Konzertes gegen Preußen recht eigentlich der Ausdruck der persönlichen Willensmeinung König Georgs war; von dem englischen Ministerium wissen wir ja, daß es nicht ohne Reserve darauf eingegangen war, und von dem hannöverschen werden uns gleich anzuführende Äußerungen überzeugen, daß es nicht ohne Bedenken Intentionen zustimmte, denen direkt zu widersprechen man nicht den Mut hatte. Für Georg aber war die Hauptsache an der ganzen Sache, die Krönung des Gebäudes, seines Luftschlosses nämlich, „die preußischen Conquêten", wie dies auch der österreichische Gesandte sehr richtig erkannte [3]. Nun mochte aber schon die erste Sondierung der Alliierten gezeigt haben, wie ungünstig gerade hierfür die Aussichten waren. Rußland, auf dessen Kriegsmacht doch besonders gerechnet wurde, war für jenen Plan nicht zu erwärmen, und auch von Österreich wissen wir ja, wie es gerade über diesen Punkt sehr abweichende Gedanken hegte, einfach von den Garanten der pragmatischen Sanktion die vertragsmäßige Hilfe heischte, aber Eroberungen auf Kosten Preußens niemandem gewährleisten mochte. Wir sahen ja auch, wie die Dresdner Verhandlungen

---

[1] Diese Eröffnungen hat Graf Ostein dem Grafen Steinberg am 14. Februar gemacht, Bericht des letzteren nach Hannover vom 15. Februar; Archiv zu Hannover. In ganz gleichem Sinne hat Ostein unter dem 13. Februar nach Wien berichtet; bei Arneth, S. 391, Anm. 6 und S. 392, Anm. 10.

[2] Unter dem 14. März teilt das Steinberg nach Hannover mit.

[3] Ostein, den 13. Februar; bei Arneth, S. 392, Anm. 10.

auch in ihrer Blütezeit eigentlich immer nur das Ziel, in Aussicht nehmen, Preußen durch bewaffnete Vermittelung zum Frieden zu zwingen und höchstens bei günstigem Verlauf der Kriegsoperationen ihm die Lausitzer Lehen zu entziehen.

Allerdings hätte welfischer Eifersucht auch dieses Ziel, die Demütigung des gefürchteten Nachbars, genügen können, aber hier war Georg eben nicht ganz konsequent. Wohl haßte er seinen Neffen, wie es Lord Harrington selbst so aufrichtig eingestand [1]), aber dem Hasse vermochten in seiner Seele Geiz und Habsucht die Wage zu halten. Anstrengungen zu machen, Opfer zu bringen, ein gewisses Risiko auf sich zu nehmen, bloß aus Vertragstreue, ohne jede Aussicht auf eigenen Gewinn, für eine Vergrößerung Sachsens zu arbeiten, während Hannover leer ausgehen sollte, war doch sehr wenig nach dem Geschmacke einer Politik, bei der, wie Georgs vertrautester Minister Münchhausen einmal ganz offen es ausspricht, die „cupido habendi immer nur allzu sehr hervorblicke" [2]).

Es ist ganz deutlich wahrzunehmen, daß bei König Georg der anfängliche Eifer für eine Aktion gegen Preußen erkaltet, in demselben Maße, wie die Aussichten auf preußische Conquêten verschwinden, in den Schriften des Königs wird wiederholt darauf Bezug genommen, daß Rußland von jenen Spolien nichts habe hören wollen; von kriegsmutigen Äußerungen, wie sie früher Graf Ostein aus des Königs Munde wiederholt zu berichten hatte, hören wir seit Ende Februar nichts mehr, und den Anfang dieser Wendung bezeichnet eben bereits der Entschluß zur Sendung Schwichelts, wenngleich zu dieser den ersten Anstoß das hannöversche Ministerium gegeben haben dürfte, welches dieselbe bereits unter dem 10. Februar anrät, allerdings zunächst in der Absicht, damit der König von Preußen nicht „vorzeitig soupçon fasse und man Näheres über die contenance von Preußen erfahren könne", aber dann doch auch zu dem Zwecke, daß derselbe für alle Fälle wegen einer Annexion von Hildesheim unterhandle" [3]).

Hierin eben, daß man nun doch auch jenen zweiten Weg, in gütlichem Vernehmen mit Preußen die Erzielung des von der Gegenpartei versagten Landgewinnes, anstrebte, wenn dies auch vorerst nur als Eventualität ins Auge gefaßt wurde, scheint der Anfang einer Wendung zu liegen.

Die Vertagung der kriegerischen Absichten war entschieden sehr nach dem Sinne der hannöverschen Minister, welche trotz aller Feindschaft gegen Preußen sich doch nie für die Koalitionspläne ihres Herrn zu erwärmen vermocht hatten, einfach deswegen, weil man an die Ausführbarkeit der Eroberungspläne auf Kosten Preußens nicht recht zu glauben vermochte. So antworten die Minister auf jene kriegerische Verfügung des Königs vom 31. Januar, sie hegten große Bedenken wegen des Bündnisses mit Österreich, Rußland werde durch die Besorgnis vor Türken und Schweden abgehalten werden, etwas zu thun, Sachsen spekuliere selbst auf die Depouillen Österreichs, von Holland sei nicht viel zu erwarten, die hannöverschen Truppen seien nicht gerüstet, das Land liege ganz offen, und Österreich selbst sei ohne Truppen, Geld und

---

[1]) Vgl. o. S. 347.
[2]) In einer noch näher anzuführenden Denkschrift vom 23. Mai.
[3]) Archiv zu Hannover.

guten Rat [1]). Nach solcher vorausgeschickten Erklärung konnte das, was es auf die Fragen des Königs bezüglich eventueller kriegerischer Maßnahmen pflichtmäßig eingehend erwidert, nur von geringerem Gewichte sein.

Weiter hat dann in einem großen, am 1. März abgehaltenen Rate das Ministerium dem Könige als das Förderlichste vorgeschlagen, auf die Propositionen des am 24. Februar in Hannover eingetroffenen preußischen Gesandten Baron Plotho bezüglich einer engeren Allianz zwischen Preußen und Hannover, resp. der Erneuerung des foedus perpetuum von 1693 einzugehen, da auf diesem Wege, wobei Preußen nichts als bona officia in Wien verlange, es dahin zu bringen sein werde, daß das Haus Österreich nach Befriedigung der preußischen Ansprüche und allenfalls einer mäßigen Konvenienz für Sachsen, im Besitz seiner übrigen Lande erhalten und der Herzog von Lothringen zur Kaiserwürde erhoben werde und endlich auch Hannover einen Landzuwachs erlange [2]).

Wesentlich herbeigeführt hat den Beschluß ein ausführliches Gutachten des einflußreichsten Ministers, des Großvogts v. Münchhausen, der hier fünfzehn Gründe, „welche für die preußische Allianz militierten“ mit einem Scharfsinne und einer Gründlichkeit zusammengestellt hatte, wie dies der preußische Gesandte kaum hätte besser ausführen können. In der That findet man hierin Gesichtspunkte, welche uns sonst nur in preußischen Ausführungen zu begegnen pflegen, es werden die Interessen der zahlreichen Evangelischen in Schlesien betont, welche gegen die allzeit auf Unterdrückung ihrer Religion gerichteten consilia der österreichischen Regierung geschützt zu werden einen Anspruch hätten, und anderseits die österreichischen Anführungen bekämpft; es sei von vornherein zweifelhaft, ob ein casus foederis anzuerkennen sei, da Hannover doch nur die Erhaltung der in der pragmatischen Sanktion enthaltenen Erbfolgeordnung garantiert habe, welche letztere einmal die Rechte Dritter nicht ausschließe und dann von Preußen nicht angefochten würde; ferner sei es ebenso wenig zuzugeben, daß eine Vergrößerung Preußens in Schlesien das europäische Gleichgewicht erschüttern würde, und ebenso wenig, daß eine Abtretung nach dieser Seite hin Österreich allzu sehr schwächen würde. Kaiser Leopold habe seiner Zeit mit ungleich kleinerem Landbesitz siegreich gleichzeitig gegen die Türkei und Frankreich zu kämpfen vermocht, und schließlich seien, wenn nun doch einmal, wie es den Anschein habe, Österreich gewisse Opfer bringen müsse, diese doch noch lieber Preußen und an zweiter Stelle Sachsen zu gönnen, als daß man Frankreich und Spanien zugreifen ließe.

Auch das Sonderinteresse Hannovers spräche für einen Anschluß an Preußen, welches ja nicht mehr als eine Defensivallianz und gute Dienste in Wien verlange und dafür erwünschte Erwerbungen in Aussicht stelle. Wenngleich eine Vergrößerung dieses Nachbars für Hannover nicht erwünscht sein könne, so sei eine solche gerade nach der schlesischen Seite hin noch am wenigsten bedenklich, und immer sei eine Verständigung mit Preußen das Ratsamste, da die ganze Lage Hannovers im Falle eines Bruches mit dieser Macht höchst gefährlich werden müsse, auch gar nicht abzusehen sei, wie in solchem Falle, wo Preußen notgedrungen in Frankreichs Arme getrieben werde, ein land-

---

1) Den 10. Februar.
2) Bericht vom 8. März.

verderbender Krieg und der Umsturz der Reichsverfassung abgewendet werden sollte. Eine Allianz mit Sachsen werde für diesen Fall um so weniger Schutz gewähren, als die Dresdner consilia so weitaussehend und verderblich schienen, daß sie noch mehr Unheil anrichten könnten, als die Preußens.

Allerdings werden um voller Unparteilichkeit willen und mit Rücksicht auf des Königs bekannte Gesinnung nun weitere neun Gründe aufgestellt, die wiederum gegen die Allianz mit Preußen sprächen; indessen konnte niemandem verborgen bleiben, wohin nach des Verfassers Meinung das Zünglein der Wage sich neige.

Man empfiehlt zugleich die Verhandlungen in Dresden etwas zu „traînieren“ [1]), um nicht in Widersprüche zu kommen, doch König Georg mit seinen zwei Sehnen auf seinem Bogen zieht es vor, wie bisher, an einer Stelle auf-, an anderer abwiegeln zu lassen; er antwortet unter dem 14. März, das eine wie das andere scheine bedenklich, es empfehle sich noch abzuwarten; gegen den preußischen Gesandten Plotho möge man sich deklinatorisch verhalten. Natürlich war Plotho wenig damit gedient; als ihm nun das Ministerium erklärte, sein König wünsche vor Abschluß der Allianz mit Preußen die schlesischen Streitigkeiten beendigt zu sehen, da man doch einmal auch gegen Österreich Verpflichtungen habe, erwiderte er, man schiene seinen Herrn bloß hinhalten zu wollen, und ließ merken, daß, wenn erst ein Abkommen mit Österreich zustande gekommen sei, die hannöversche Allianz keinen Preis mehr haben würde [2]), und als die Sachen nicht vorwärts kommen wollten, drohte er Ende April mit seiner Abberufung.

Augenscheinlich wünschten König Georg und sein Londoner Minister für Hannover, Graf Steinberg, den Schwerpunkt der über das preußische Bündnis zu pflegenden Verhandlungen nicht sowohl nach Hannover verlegt zu sehen, vielleicht weil ihnen Münchhausen wieder zu sehr für Preußen eingenommen schien, als vielmehr den Händen des außerordentlichen Gesandten v. Schwichelt anvertraut zu sehen, welcher Mitte März bei König Friedrich eintraf. Sehr zum Schaden ihrer Sache, denn Plotho hätte sich vermutlich namentlich mit Münchhausen wohl verständigen können und zwar um so leichter, da der österreichische Gesandte in Hannover, Freiherr v. Jaxtheim, der Schwager des Feldmarschalls Neipperg, für einen sehr gemäßigten Mann, einen Gegner Bartensteins und Anhänger der Partei des Großherzogs galt, dessen versöhnliche Gesinnung Plotho sehr rühmt [3]). Man hat in Preußen ernstlich daran gedacht, der freundlichen Gesinnung Münchhausens durch den Schwarzen Adlerorden und der versöhnlichen Jaxtheims, wenn das anzugehen schiene, durch eine ansehnliche Geldsumme nachzuhelfen [4]).

Recht im Gegensatze dazu hat sich der eigentliche Unterhändler, der Geheimrat v. Schwichelt, ein beschränkter zopfiger Diplomat der alten Schule, dem die engherzigste argwöhnische Hinterhaltigkeit für die Hauptkunst des Staatsmannes galt, als die allerungeeignetste Persönlichkeit für den Verkehr gerade

---

[1]) Den 1. März.

[2]) Bericht Münchhausens vom 20. März; Archiv zu Hannover. Plotho, den 21. März; Berliner Archiv.

[3]) Den 6. April.

[4]) Aus dem Kabinett an Plotho, Lager von Mollwitz, den 29. April.

mit einem Fürsten, wie König Friedrich war, gezeigt. Mit seiner ungeschickten und breitspurigen Ängstlichkeit, welche überall Fallstricke witterte, hat er trotz allen guten Willens, welchen ihm anfangs der König und ganz besonders dessen Minister Podewils entgegenbrachten, seinen Hof um alles und jedes Resultat gebracht, immer den geeigneten Moment unbenutzt vorübergehen lassen und ist mit traurigem Fiasko schließlich heimgegangen.

Zunächst wurde er freundlich empfangen, vor allem in Berlin von der Königin-Mutter, bei der die Stimme des Blutes trotz der wenig brüderlichen Gesinnung König Georgs nicht zu sprechen aufgehört hatte. Sie gab ihrem lebhaften Wunsche Ausdruck, ein möglichst inniges Bündnis zwischen beiden Höfen geschlossen zu sehen, und zitterte bei dem Gedanken, daß hinter der immer aufs neue verzögerten Absendung Hyndfords irgendwelches feindselige Geheimnis sich bergen könne [1]).

Auch bei Podewils findet er freundliche Aufnahme in seiner ersten offiziellen Audienz am 16. März und vernimmt die günstigsten Äußerungen über seinen Souverän, von dem man mit Genugtuung gehört habe, wie warm er in Wien die preußischen Forderungen befürworte; um so sicherer sei man, daß er sich nicht in die verderblichen Pläne Sachsens ziehen lassen werde [2]). So kam man denn schnell zu dem Gegenstande, der Schwichelt am meisten interessierte; derselbe äußerte mit einer gewissen Naivetät, bei den großen Erwerbungen, die Friedrich vorhabe, möge man auch sie etwas abkommen lassen, man möchte sie mitessen lassen [3]). Podewils erwidert, Truchseß in London und Plotho in Hannover hätten Befehl, nach den Wünschen des Königs von England zu fragen, und Schwichelt, der die Instruktion hatte, möglichst den preußischen Minister selbst anbieten zu lassen, ging sogleich näher auf die Sache ein.

Zunächst kamen die mecklenburgischen Ämter an der Elbe samt dem Zolle auf diesem Flusse in Betracht, welche Hannover etwa seit 1734 besetzt hielt, als Unterpfand für die aufgewendeten Kosten einer von Reichswegen gegen den gewaltthätigen und starrköpfigen Herzog Karl Leopold von Mecklenburg-Schwerin vollstreckten Exekution.

Graf Truchseß hatte bereits hier angeboten, nicht nur zur Umwandelung des hypothekarischen Besitzes in einen definitiven zu helfen, sondern auch außerdem noch die Zustimmung Preußens, dem ein verbriefter Erbanspruch auf die mecklenburgischen Lande zustand. Den Wert dieses Angebotes herabzusetzen, schien Schwichelt zweckmäßiger Handelsbrauch: den Pfandbesitz bestreite Hannover im Grunde niemand, sollten aber die Herzoge Geld genug auftreiben, so werde es schwer sein, sie an der Auslösung zu hindern, und große Anstrengungen lohnten die Ämter nicht, da sie kaum die Zinsen der Pfandsumme abwürfen; aber Podewils zeigte sich gesattelt, er wisse ganz genau, daß, wenn man auch die darauf haftende Summe abziehe, man immer noch mindestens 20 % gewinne, auch seien Land und Leute unschätzbar. Hier schätze der Gesandte zu niedrig und bei Schlesien viel zu hoch, wenn er von 10 Millionen jährlicher Einkünfte spreche, er könne nachweisen, daß das ganze

---

1) Schwichelt, den 18. März; Archiv zu Hannover.
2) Schwichelt, den 18. März.
3) Podewils, den 18. März; Berliner Archiv.

Land dem Kaiser nie mehr als 3 Millionen gebracht. Wegen eines eventuellen Widerspruches brauche man nicht besorgt zu sein, wenn Preußen und Hannover einig seien. Über die preußischen Successionsansprüche dürfe Schwichelt nicht zu leicht denken, weil noch einige Herzoge da seien, noch fernere Anwartschaften seien oft zur Wirklichkeit geworden.

Im übrigen aber zeigt sich Podewils auch geneigt, weitere Konvenienzen in Betracht zu ziehen und schlägt, als ob dies nur sein Gedanke wäre, das Bistum Osnabrück vor, wo Hannover bereits seit dem Westfälischen Frieden ein Besatzungsrecht abwechselnd mit dem Kurfürsten von Köln ausübte; als Schwichelt da Einspruch von den Garanten des Westfälischen Friedens fürchtet, beruhigt Podewils, Brandenburg habe seiner Zeit bei Magdeburg Ähnliches wohl durchzusetzen vermocht, spielt im übrigen auch auf etwas von Ostfriesland an, falls die große Exspektanz dort sich realisiere. Schwichelt seinerseits wagt zwar nicht, wie es seine Instruktion ihm vorschrieb, Abtretungen der westfälischen Besitzungen Preußens vorzuschlagen, aus Furcht, hier einfach einen Repuls zu erfahren, erklärt jedoch dem Bistum Hildesheim, auf welches man ja alte Ansprüche habe, vor dem von Osnabrück den Vorzug geben zu wollen; Podewils hatte guten Grund, hier mehr Bedenken zu äußern, da die Preußen garantierte Militärstraße nach den westlichen Provinzen durch dies Gebiet führte; er sprach die Befürchtung aus, daß der katholische Klerus hier größere Schwierigkeiten erheben werde, als bei Osnabrück, wo die bisherige Alternative bereits an protestantische Herrschaft gewöhnt habe.

Allerdings waren das zunächst nur Pourparlers; mit den eigentlichen Zwecken seiner Sendung that Schwichelt im Grunde geheimnisvoll und wünschte dem Könige selbst darüber Eröffnungen zu machen, und erst als dieser fürs erste den Gesandten im Hauptquartier noch nicht empfangen zu können erklärte, verstand er sich dazu, seine Vollmacht zu präsentieren und sich näher auszulassen.

Jetzt kamen nun in einer neuen Zusammenkunft mit Podewils am 21. März auch die Gegenleistungen Hannovers ernstlicher zur Sprache. Zuerst freilich hielt sich Schwichelt, da noch Borcke und außerdem ein Sekretär anwesend waren, sehr zurück, war ihm doch strenges Geheimnis zur Pflicht gemacht worden, damit namentlich die Engländer von den Verhandlungen über die hannöverschen Konvenienzen nichts erführen [1]). Erst als Podewils den Gesandten nach dem Wagen begleitete, konnte man einige offene Worte sprechen; der Minister wünschte eine Konvention mit Hannover, und, daß dieses Preußen Niederschlesien mit Breslau garantiere, und als Schwichelt einwendete, König Georg werde sich nie entschließen können, gegen Österreich die Waffen zu ergreifen oder Hilfstruppen zu stellen, bemerkte jener, es könne vielleicht genügen, wenn Georg als Kurfürst jene Garantie übernähme und zu ihrer Behauptung gegen alle Mächte außer Österreich Beistand zu leisten sich verpflichte, was nun der Gesandte ad referendum nahm, mit dem Bemerken, daß die Exception Österreichs das Ganze sehr erleichtern würde. Preußen bot dafür die mecklenburgischen Ämter, das Bistum Osnabrück, und damit es auch etwas vom Eigenen gäbe, die Exspektanz auf Ostfriesland, welches so gut wie preußisch sei. Dies bestritt nun allerdings Schwichelt; zunächst habe hier Hannover

---

[1]) Zusatzinstruktion vom 28. Februar; Archiv zu Hannover.

selbst Ansprüche, dann habe die Fürstin kürzlich eine Tochter geboren, und könne auch wohl noch männliche Erben hinterlassen, auch sei die Qualität des Landes als bloßes Mannslehen nicht unbestritten, daher die Exspektanz Preußens weitaussehend, wogegen Podewils bei dem Zustande des Fürsten an die Erzielung männlicher Descendenten nicht glaubte und im übrigen die preußischen Ansprüche für allgemein anerkannt erklärte [1]).

Im Grunde lagen die Dinge gerade damals für Hannover nicht ungünstig; im preußischen Hauptquartiere hatte man eben erst die beunruhigenden Nachrichten über die in Dresden verhandelten Koalitionspläne gegen Preußen erhalten, deren Urheberschaft man Sachsen zuschrieb, Nachrichten, welche um so bedrohlicher klangen, als Ende März die von dem Sturze des preußenfreundlichen Münnich in Petersburg dazu kam. In solchem Zeitpunkte griff man gern nach Konzessionen, um König Georg jenen gefährlichen Intriguen zu entziehen.

Podewils empfahl dem Könige, auf die Sache einzugehen und selbst sich Hildesheim gefallen zu lassen, wo ja Hannover schon seit längerer Zeit ein jus praesidii beanspruche, wenn für Preußen nur die Militärstraße gesichert bliebe. Hannover möge es zusammen entweder mit den mecklenburgischen Ämtern oder mit Ostfriesland erhalten, gegen die Garantie von Niederschlesien und Breslau [2]), und Friedrich giebt seine Zustimmung, wenn es nicht anders ginge, obwohl er lieber Osnabrück gegeben hätte [3]).

Es war der Moment, wo Hannover eifrig hätte zugreifen sollen.

Aber König Georgs einmal entflammter Appetit war nicht leicht in Schranken zu halten. Obwohl er im Grunde nicht geneigt war, überhaupt etwas wirklich Reelles zu gewähren, so erhob er doch mit fast naiver Begehrlichkeit wahrhaft ausschweifende Forderungen: die mecklenburgischen 8 Ämter, beide Bistümer, Hildesheim und Osnabrück, und wenn irgend möglich auch noch Paderborn, ohne dabei Ostfriesland ganz aufzugeben [4]). Münchhausen suchte dem Programme etwas bestimmtere und anderseits bescheidenere Grenzen zu ziehen. Er riet zunächst, Preußen gegenüber sich nicht auf eine Garantie irgendwelcher Erwerbungen in Schlesien einzulassen, sondern nur, was man ja ursprünglich auch allein begehrt habe, auf das Versprechen guter Dienste in Wien und dafür auch die Forderungen zu beschränken, nämlich auf die Mecklenburger Ämter und Osnabrück, von Paderborn ganz abzusehen und bezüglich Hildesheims nur die zwei Ämter Peina und Ruthe und höchstens noch Pappenberg zu verlangen. Inbetreff Ostfrieslands hegte er noch besondere Gedanken. Es sei hier sehr möglich, daß das Land binnen kurzem zur Erledigung komme, und unzweifelhaft könne man nur mit Bedauern eine Erwerbung, die für Hannover so günstig gelegen sei, in die Hände Preußens kommen sehen, das dann auch zwischen Rhein und Weser eine größere Macht besitzen werde. Auf der anderen Seite müsse man aber in Erwägung ziehen, daß der Erbfall nicht unbestritten und keineswegs entschieden sei, ob der Successionsanspruch der Töchter ausgeschlossen sei. Preußen werde jedenfalls bei der Besetzung

---

[1]) Schwichelt, den 21. März; Archiv zu Hannover.
[2]) Den 31. März; Berliner Archiv.
[3]) Marginale vom 13. April; Polit. Korresp. I, 226.
[4]) Verfügung vom 17. März; Archiv zu Hannover.

Schwierigkeiten finden und Eifersucht erregen, und es würde nicht der regalis prudentia gemäß sein, wenn Hannover die Zahl der preußischen Mißgönner verminderе, die es eher zu mehren suchen müsse, und unzweifelhaft müsse man lieber Preußen sich in diese Unruhe stecken lassen, als sich damit selbst zu beladen. Wenn Preußen in dieser Sache mit anderen Mächten in Streit gerate, würde es Hannovers Freundschaft um so nötiger brauchen. Es empföhle sich daher hierbei, die Sache umzukehren und Preußen lieber den Verzicht auf die von Hannover hier bisher aufrecht erhaltenen Ansprüche und die Anerkennung der preußischen Exspektanz anzubieten [1]).

Wie schwächlich und kleinlich auch im Grunde diese Argumentation war, so sagte sie doch der regalis prudentia König Georgs ungemein zu, der sie nicht nur guthieß, sondern dann noch in seiner Weise aufbauschte. Man möge dies Anerbieten recht betonen, dann werde die Welt sehen, daß Hannover die Konvenienzen, die ihm Preußen verschaffen wolle, nicht wegen der Zusagen bezüglich Schlesiens, sondern bloß wegen seines Verzichtes auf Ostfriesland also titulo oneroso erlangt habe. Auch die Beschränkung wegen Hildesheim will der König sich gefallen lassen [2]).

In der That findet Schwichelt gerade inbezug auf Hildesheim die meisten Schwierigkeiten, und als er darüber dem Hofmarschall v. Gotter, einem der eifrigsten Freunde der englischen Allianz, klagt, meint dieser, wenn England wirklich Ernst machen, mit Preußen sich verbünden und, falls Österreich durchaus hartnäckig bliebe, es mit Gewalt zur Nachgiebigkeit zwingen wollte, würde König Friedrich kein Preis zu hoch sein [3]), ja Gotter schrieb in diesem Sinne noch selbst an Münchhausen, mahnte zu schneller Entschließung [4]).

Inzwischen folgte auf die Nachricht vom Mollwitzer Siege Podewils und das ganze diplomatische Corps dem König nach Schlesien und nahm in Breslau Quartier. Schwichelt beging die Taktlosigkeit, ohne Ermächtigung dazu [5]) und, wie es scheint, in der That bloß der Gesellschaft wegen, mit dem sächsischen Gesandten Bülow über Dresden zu reisen, obwohl er sich hätte sagen können, daß ein Besuch in Dresden, das hier doch für die eigentliche Brutstätte aller preußenfeindlichen Anschläge galt, Argwohn erregen mußte; doch als er, am 8. April in Breslau eingetroffen, am 21sten bei König Friedrich im Lager von Mollwitz Audienz hatte, fand er diesen noch im ganzen in gnädiger Stimmung.

Von dem alten foedus perpetuum von 1693 will der König nichts hören: wie Schwichelt behauptet, soll er anachronistisch genug geäußert haben, was seine Vorfahren vor 300 Jahren beschlossen, das sei jetzt veraltet, noch sei er zu einer engen Allianz mit König Georg bereit und sähe dieselbe schon so gut wie geschlossen an, denn er setze ein ganz festes Vertrauen in seinen Oheim und habe auch überzeugende Beweise in den Händen von dessen redlicher Gesinnung; von dieser Gesinnung lasse er sich auch nicht abbringen, obschon die nun seit 4 Monaten immer wieder verzögerte Sendung Lord Hyndfords

---

1) Zwei Berichte, beide vom 28. März; Archiv zu Hannover.
2) Verfügung vom 7. April.
3) Schwichelt, den 4. April.
4) Den 4. April; Archiv zu Hannover.
5) Dies erklärt Münchhausen an Gotter, die Sache sehr bedauernd.

wohl geeignet sei, Verdacht zu erwecken. Nur müsse jetzt König Georg schnell sich entschließen, sonst werde er andere Beschlüsse fassen müssen. Er habe nichts dagegen, Sachsen mit in die Verbindung zu ziehen, obwohl er sehr gut wisse, daß man in Dresden über eine Teilung seiner Lande verhandelt habe. Schließlich ersucht der König noch den Gesandten, den vielfach gegen ihn ausgestreuten Verleumdungen, als gehe er auf eine Bedrückung der Katholiken aus, entgegenzutreten, er sei als Fürst mit dem Degen, nicht als Bischof mit der Bibel in der Hand nach Schlesien gekommen [1]).

Was der König dem Gesandten ans Herz gelegt, die Notwendigkeit schneller Entschließung, das wiederholte dann Podewils noch dringender dem Gesandten, er bot ihm an, er wolle selbst den Kurier bezahlen, alles in bester Absicht, da gerade er die englische Allianz in demselben Maß wünschte, als er die französische fürchtete, und anderseits wohl wußte, wie sein König, den die Franzosen jetzt so eifrig umwarben, durch die englischen Weitläufigkeiten ungeduldig zu werden begann. Aber sein Eifer eben machte den überschlauen Schwichelt stutzig. Derselbe zerbrach sich den Kopf darüber, welche geheime Absicht wohl hier obwalten könne, da man diesen Preußen niemals trauen dürfe, und zitterte vor dem Gedanken an seine Verantwortlichkeit, wenn er den Vertrag schließen müßte [2]). Es ist schwer zu sagen, ob ein fähigerer Diplomat in richtiger Würdigung des Moments die Sache zum Abschlusse hätte bringen können, trotz der Schwierigkeiten, welche an seinem Hofe sich entgegenstellten; jedenfalls wurde der günstigste Augenblick versäumt.

Schwichelt ließ am 25. April Podewils ins Lager sagen, neue Instruktionen [3]) hätten ihn jetzt in die Lage gebracht, die Wünsche Hannovers bezüglich einer Allianz bestimmt zu formulieren; aber es dauerte fast 8 Tage, ehe er Antwort erhielt, und von neuem quälte den armen Geheimrat der Kummer, was wohl wieder dahinter stecken möge, daß man nun sich so Zeit nehme, nachdem man vorher so zum Abschlusse gedrängt. Der Grund war augenscheinlich der, daß man im preußischen Lager jetzt genaue Nachrichten von der bevorstehenden Ankunft des langersehnten englischen Botschafters Hyndford hatte und der König dessen Propositionen erst abwarten wollte [4]), schon weil er eben von Schwichelts Verhalten so wenig erbaut war.

Nach der Ankunft Lord Hyndfords in Breslau (am 2. Mai) hätte eigentlich auf diesen der Schwerpunkt der Unterhandlungen übergehen und Schwichelt ganz zurücktreten müssen, um so mehr, da ja König Friedrich sehr wenig nach Hannover fragte, sondern vielmehr nur zu England in ein ihm erwünschtes Verhältnis zu kommen wünschte, während anderseits Schwichelt gegenüber eigentlich das größte Hindernis einer Verständigung darin lag, daß er seinen Herrn immer nur in dessen Eigenschaft als Kurfürst

---

1) Den 19. April; Archiv zu Hannover.

2) Den 22. April; ebd.

3) Sie datieren vom 11. April, können aber erst nach dem 22sten in Podewils' Händen gewesen sein.

4) Das Motiv wird angeführt von Podewils bereits in einem Berichte an den König vom 18. April; Berliner Archiv. Daß er selbst anderer Ansicht war, erkennt man aus seinen vorsichtigen Einwendungen und vor allem daraus, daß er eben gerade nach dem 18ten Schwichelt ganz besonders gedrängt hat. Als er dann selbst im Lager war, mochte König Friedrich seinen Willen noch stärker betont haben.

von Hannover nicht aber als König von England zu irgendetwas verpflichten durfte.

Nun kam aber Hyndford wo möglich mit noch leererer Hand als Schwichelt, er hatte für eine Allianz mit England eben nichts zu bieten, ja er erschien gar nicht als Mittelsmann zwischen dem preußischen Hauptquartiere und London, sondern nur als Vermittler zwischen Breslau und Wien. Nachdem dies Podewils mit nicht geringer Enttäuschung ersehen, mochte er doch Schwichelt nicht aufgeben und hielt in seinem Eifer, die englische Allianz schon zur Abwendung der französischen durchzusetzen, an dem Auskunftsmittel fest, durch vorläufigen Abschluß mit Hannover den König Georg wenigstens persönlich zu engagieren.

So besprach er dann am 3. Mai mit Schwichelt dessen aufs neue präcisierte Forderungen (beide Bistümer Osnabrück und Hildesheim, die mecklenburgischen Ämter, bei dem Anfall Ostfrieslands einige Bezirke), und wenn er gleich diesem vorwarf, der Bogen erscheine allzu sehr gespannt, und wenig Hoffnung auf Annahme machte [1]), so empfahl er doch an demselben Tage seinem königlichen Herrn die hannöverschen Propositionen angelegentlich.

Hannover verlange, sagt er, in der That viel; indessen wenn dasselbe wirklich Preußen den Besitz von ganz Niederschlesien und Breslau verschaffe, könne man ihm wohl den größten Teil, wo nicht alles bewilligen, natürlich werde es sich, falls Preußens Erwerbungen kleiner ausfielen, auch seinerseits verhältnismäßige Abzüge gefallen lassen müssen. Preußen opfere bei der Sache außer eventuell bei den mecklenburgischen Ämtern keinen eignen Besitz, wegen Hildesheim ließ sich eine Militärstraße stipulieren, und die Ämter der Grafschaft Hohenstein kämen erst in Betracht, wenn Preußen in Ostfriesland succediere, was noch weit im Felde sei, und bei dem Erwerbe einer ganzen Provinz könne man wohl auf einige Ämter verzichten. Rücksichtlich der sonst noch verlangten Grenzregulierungen, begehre Hannover eigentlich nur den status quo, den Preußen allerdings anfechte, aber auf Grund zweifelhafter Ansprüche [2]).

Zu dem allen bemerkt der König am Rande: „Gut, ich werde alles accordieren, aber auf den Fall, wenn ich durch Englands Vermittelung Niederschlesien inklusive Breslau kriege“ [3]).

Podewils bemerkt dann noch, Schwichelt bitte um strenge Geheimhaltung dieser Verhandlungen auch gegen Hyndford, die englische Nation solle nicht wissen, daß ihr König für seine hannöverischen Spezialinteressen arbeite, während doch (fügt der Minister hinzu) derselbe wesentlich nur durch dieses Motiv zum Eintreten für Preußen bewogen werden könnte. Dazu schreibt König Friedrich, das sei ein delikater Punkt, darüber wolle er mit Podewils, wenn dieser nach dem Lager komme, sprechen [4]).

Der König hatte wohl recht, das für einen delikaten Punkt zu erklären. Es war in der That seltsam, daß Lord Hyndford sich bemühen und Schwichelt den Lohn einstreichen und dabei jener nicht einmal erfahren sollte, welchen

---

1) Schwichelt, den 3. Mai; Archiv zu Hannover.
2) Berliner Archiv.
3) Den 4. Mai; Polit. Korresp. I, 235.
4) Ebd.

Preis Preußen nach dieser Seite hin zu zahlen habe. Es war dies die Stelle, wo noch manches dunkel war und auch im dunkeln gehalten werden konnte, schon deshalb, weil Schwichelt nach seiner Instruktion nichts Schriftliches von sich gab und im mündlichen Verkehr man ja um mißliche Sachen eher herumkommen konnte, und schließlich Podewils, immer in der Absicht, den gefürchteten Abschluß mit Frankreich möglichst hinzuhalten, der hannöverisch-englischen Allianz lieber die gute Seite abzugewinnen, als ihre schwachen vorzukehren bemüht war.

So konnte es kommen, daß eine sehr wesentliche Meinungsdifferenz nicht so recht an die Oberfläche trat. Wenn Friedrich sich die Konvenienzen Hannovers als Lohn für eine erfolgreiche Vermittelung König Georgs in Wien, welche für Preußen Niederschlesien und Breslau auszuwirken vermocht hatte, vorstellte, so hätte sich dagegen König Georg schon aus Rücksicht auf England nicht leicht zu dieser Auffassung herbeilassen mögen. Seine Meinung war, daß, erst wenn die Verständigung zwischen Preußen und Österreich, für welche Niederschlesien mit Breslau in Aussicht genommen wurde, perfekt geworden wäre, die preußisch- hannöverische Allianz resp. die modifizierte Erneuerung des foedus perpetuum ins Leben treten sollte, worauf dann Preußen dem Nachbarn für seine Anerkennung wo nicht Garantie der neuen Erwerbungen bei der Durchführung einiger alten Ansprüche behilflich sein wollte. Es war dies weniger ein propter hoc als ein post hoc.

Wenn das anscheinend thatsächlich auf dasselbe hinauslief, so zeigte sich die tiefgreifende Differenz doch deutlich, so wie man den Fall ins Auge faßte, daß die von Preußen begehrte schlesische Erwerbung entweder weniger ergab als Niederschlesien mit Breslau, oder aber an der Hartnäckigkeit Österreichs ganz scheiterte. Die preußische Auffassung hielt in dem ersten Falle eine entsprechende Kürzung der hannöverschen Konvenienzen für eine ganz selbstverständliche Folge, während Georg vom Standpunkt des bloßen post hoc dem widersprach; denn die Allianz mit Preußen sei jetzt bereits unter gewissen Bedingungen vereinbart, und ihrer definitiven Schließung stehe nur der obwaltende Kriegszustand zwischen zwei Hannover gleich befreundeten Mächten im Wege; wenn dieses Hindernis weggeräumt werde, gleichviel auf welche Weise, trete die Allianz in Geltung.

Noch schlimmer war der zweite Fall, wenn Österreich in der bisherigen spröden Hartnäckigkeit verharrte. Friedrichs Meinung war doch bei der hannöverischen Allianz immer die gewesen, König Georg und damit England so gut wie Hannover mit direkt in sein Interesse zu ziehen und so, daß für Österreich kein Zweifel obwalten konnte, es habe in keinem Fall von England-Hannover Hilfe zu erwarten gegen dessen Alliierten, den König von Preußen. Nach der Auffassung seines Oheims aber sah es so aus, als läge die Entscheidung über die hannöverische Allianz eigentlich in den Händen seiner Gegnerin, der Königin von Ungarn, und wenn diese nicht wolle (und warum hätte sie wollen sollen?), könne es kommen, daß König Georg endlich bedauernd erklärte, es thue ihm sehr leid, aber wie die Sachen lägen, und da die vorausgesetzte Einigung nicht zustande käme, könne er nicht nur keine Verbindung mit Preußen eingehen, sondern müsse sogar den Traktaten entsprechend seine Truppen gegen ihn marschieren lassen.

Diese schlimmste Eventualität ward nun gerade in der Zeit, von der wir

eben sprechen, Anfang Mai 1741 besonders nahe gerückt durch die Nachricht von König Georgs Ansprache an das Parlament und den Debatten resp. Beschlüssen des letzteren. Indem so das Gegenteil von dem geschah, was man sich von der englischen Freundschaft versprochen hatte, verlor auch die hannöverische Allianz den besten Teil ihrer Bedeutung.

Die veränderte Stimmung des Königs bekam Schwichelt zu kosten, als er am 7. Mai Vormittags 10 Uhr im Lager zu Mollwitz in des Königs Schlafzelte unmittelbar nach Lord Hyndford eine dreiviertelstündige Audienz hatte. Zwar der Anfang schien nicht ungünstig. König Friedrich sagte, er wollte sich alle Propositionen König Georgs gefallen lassen, die Bedingung des Durchmarsches durch Hildesheim sei eine Kleinigkeit, die keine Schwierigkeit machen werde. Er selbst verlange nichts als Niederschlesien mit Breslau und König Georgs Garantie dafür. Wenn davon etwas abginge, müßten Hannovers Konvenienzen entsprechend beschränkt werden, die ja dann doch ohne seine Hilfe überhaupt schwerlich zu erreichen sein werden.

Nun aber begann er in sehr aufgeregter Weise sich über die Erklärungen dem Parlament gegenüber und das Verhalten der englischen Gesandten im Haag wie in Petersburg zu äußern. Dies alles liefe schnurstracks gegen die Kontestationen von Freundschaft, die König Georg ausgesprochen habe, denn so lange Österreich Hoffnung habe, durch England unterstützt zu werden, werde man es nie zur Abtretung des begehrten Stückes Land bringen. Der König von Preußen, berichtet Schwichelt, sei hier so in Zorn geraten und habe in so heftigen Ausdrücken gesprochen, daß er in seiner offiziellen Relation dieselbe habe unmöglich wiedergeben können, er selbst habe alle Selbstbeherrschung nötig gehabt, um sich nicht zu einer hitzigen Antwort hinreißen zulassen [1]).

Auch über Hyndfords inhaltslose Instruktion hatte der König geklagt. Als Schwichelt ihm das erste Mal aufgewartet, habe er sich versichert gehalten, der König von England meine es aufrichtig; nun aber müsse er schließen, derselbe neige sich auf Österreichs Seite und wolle durch Hyndfords Sendung ihn bloß hinhalten, um inzwischen seinen Feinden Zeit zu lassen, sich in bessere Verfassung zu setzen, damit man ihm alsdann alle Vorteile aus der Hand winden und ihn empfindlich treffen könne.

Umsonst waren alle Beteuerungen des Gesandten; derselbe, meinte der König, sei vielleicht selbst von seinem Hofe nicht ins Geheimnis gezogen, und wenn derselbe seinen Kopf zum Pfande setze, so biete ihm das immer keine hinlängliche Gewähr. Schwichelt solle sich bemühen, von seinem königlichen Herrn eine Erklärung zu erlangen, geeignet alle Widersprüche zu beheben. Vor allem dürfe man nicht so England und Hannover auseinanderzuhalten streben. Für Preußen könne es zwar gleich sein, ob ihm der König oder der Kurfürst Niederschlesien verschaffte; wenn aber König Georg der Meinung sei, sich nur als Kurfürst in die Händel nicht zu mischen und sich das hoch anrechnen lassen wolle, während er als König von England Österreich unterstütze, so sei das nicht zu dulden. Es sei ein Projekt auf dem Tapet, der Königin von Ungarn bloß Engländer, Hessen und Dänen zuhilfe zu schicken, die Hannoveraner zur Deckung des Landes zurückzubehalten; das dürfe nicht

1) An Münchhausen, den 12. Mai.

gelten. Er sei selbst zu einem Waffenstillstand auf sechs Monate bereit. Der Traktat mit England müsse auf das höchste beschleunigt werden, sonst müsse sich Preußen andere Alliierte suchen. Schwichelt bemerkt hierauf, nach König Friedrichs anfänglichen Erklärungen dürfe man den Traktat mit Hannover als geschlossen ansehen, worauf jener wieder die Meinungsverschiedenheit bezüglich der notwendigen Restriktionen, falls nicht das Gewünschte in Schlesien ganz erzielt würde, betonte, aber auf genauere Bezeichnungen dieser Eventualitäten nicht einzugehen geneigt war [1]).

Die beiden Abgesandten König Georgs machten die Rückreise nach Breslau gemeinsam, doch ohne zu irgendeinem vertrauteren Gedankenaustausch zu kommen. Wenn für Schwichelt strenge Verschwiegenheit dem englischen Kollegen gegenüber hinsichtlich der territorialen Gelüste seines Kurfürsten geboten war, so sah Hyndford dagegen keinen genügenden Grund, den Hannoveraner in seine Karten blicken zu lassen. Und doch hingen ihre Interessen enger zusammen, als beide dachten.

Podewils, der schon aus Abneigung gegen die französische Allianz die Verständigung mit England lebhaft wünschte, trieb Schwichelt gerade in jener Zeit unmittelbar nach der Audienz aufs eifrigste an, den Traktat zum Abschluß zu bringen. „Es ist nicht zu beschreiben", berichtet derselbe am Tage nach seiner Rückkehr, „wie stark man hier auf die Vollziehung meines negotii drängt" [2]). Aber während er noch unschlüssig erwägt, welche hinterlistige Absicht wohl hinter jenem Drängen verborgen sein möge, muß er schon wieder berichten, man scheine anderer Meinung geworden zu sein und sich für den Vertrag überhaupt nicht mehr besonders zu interessieren [3]). Vermutlich hat er, als er dies schrieb, die identische Note der Seemächte vom 24. April, welche die Zurückziehung der preußischen Truppen aus Schlesien verlangte, und deren alarmierende Wirkung im preußischen Hauptquartier (wir kommen im nächsten Kapitel darauf zurück) noch nicht gekannt; die Aktien der englischen Vermittelung sanken damals bis auf den Gefrierpunkt herab, selbst Podewils verzweifelte daran.

Neuen großen Anstrengungen Hyndfords gelingt es (wie wir das noch näher sehen werden), bei Podewils noch einmal etwa 2—5 Tage später neue Hoffnungen zu erregen, der dann bei dem Könige die Erlaubnis zu einem letzten Versuche auswirkt. Jetzt wird denn auch ein neuer Anlauf bei Schwichelt gemacht, zu dessen freudiger Überraschung Podewils sich nun wirklich dazu versteht, den Entwurf eines Traktates mit Hannover aufzusetzen.

„Accidit in puncto quod non speratur in anno", schreibt Schwichelt erfreut, ahnt aber den Zusammenhang der Dinge so wenig, daß er in seiner kleinlichen Eitelkeit den erreichten Erfolg einer, wie er schreibt, „bei einem Glase Wein mit guter Manier an den Mann gebrachten artigen Tabatière von Dresdner Porzellan mit Gold gefüttert" zuschreibt [4]).

---

1) Der offizielle Bericht Schwichelts datiert vom 12. Mai; Archiv zu Hannover. In der Polit. Korresp. I, 241 findet sich ein kurzes Protokoll über die Audienz.

2) Den 8. Mai; Archiv zu Hannover.

3) Den 13. Mai; ebd.

4) Den 18. Mai, an demselben Tage, wo Podewils dem Könige von neuen Anträgen Hyndfords zu berichten hat.

Dieser Entwurf knüpfte die volle Gewährung der hannöverischen Forderungen an im Grunde nicht schwere Bedingungen, daß nämlich König Georg als König von England wie als Kurfürst von Hannover seine guten Dienste mit allem Eifer geltend machen sollte, um durch gütliche Vermittelung in Wien Preußen Niederschlesien mit Breslau zu verschaffen, etwas, was ja auch das englische Ministerium ganz wohl hätte übernehmen können um so eher, da ja auch die Möglichkeit einer gewissen Ermäßigung der preußischen Forderungen nicht prinzipiell ausgeschlossen war. Und nachdem die Verständigung mit Österreich perfekt geworden, sollte dann England-Hannover die erlangten Abtretungen contra quoscunque garantieren so gut wie Preußen vice versa die zu erzielenden hannöverischen Konvenienzen. Wenn Art. 10 des Konventionsentwurfs Bedenken erregen konnte, insofern dieser von König Georg als König wie als Kurfürst die Verpflichtung verlangte, während der Dauer der Negotiationen die Königin von Ungarn weder direkt noch indirekt zu unterstützen, insofern hiermit eine strikte Neutralität auch für England während der Dauer des Krieges stipuliert schien, so durfte dagegen bei näherer Betrachtung in die Augen fallen, daß in dem Vertragsentwurfe nichts enthalten war, was England-Hannover hätte hindern können, in einem Momente, wo es freie Hand zu haben wünschte, zu erklären, es sähe jetzt die Negotiation als definitiv gescheitert an und würde fortan sich nur von seinen Interessen leiten lassen.

Man wird sagen müssen, daß vom hannöverischen Standpunkte aus eine schleunige Annahme des Vertrages ohne jedes Opfer eigentlich sonst doch recht ansehnliche Antwortschaften eingebracht haben würde, allerdings unter der bei normalen Verhältnissen ganz selbstverständlichen Voraussehung, daß der Kurfürst von Hannover in Übereinstimmung mit dem Könige von England handelte.

Podewils legte Schwichelt damals aufs dringendste ans Herz, binnen 14 Tagen die Ratifikation des Vertrages zu schaffen, sonst sei es zu befürchten, daß sein König zu andern Alliierten, ad diversissima castra, sich wende.

Auch der preußische Gesandte in Hannover Plotho erhielt noch einmal eine vom 20. Mai datierte dringende Mahnung, der man es auf den ersten Blick ansieht, daß sie auf König Friedrichs eigene Weisung so abgefaßt ist. Nachdem er noch einmal alle seine Beschwerden über die Politik König Georgs zusammengefaßt, fährt er fort: „Trotzdem mache ich Hannover die schönsten Anerbietungen, wie sie ihm nie wieder geboten werden, aber der König darf mir nicht mit einer Trennung von England und Hannover kommen, als dürfe er als König von England über mich herfallen und meinen Feinden Beistand leisten. Die Zeit drängt.“ [1])

Zwei Tage später schreibt dann noch Podewils an Plotho offenbar in zunehmender Besorgnis, derselbe möge nur Münchhausen vorstellen, wenn man Preußen gewönne, werde niemand sonst Österreich anzugreifen wagen; „wenn aber nicht, wird bald ein Lager von 50,000 Franzosen da sein, und das ist das Mittel, Deutschland an allen vier Ecken in Brand zu stecken“ [2]). Und

---

[1]) Berliner St.-A.
[2]) Den 23. Mai; ebd.

dann noch einmal am 30. Mai, noch habe der König die Hand frei, nur gezwungen werde er mit Frankreich abschließen [1]).

Aber der Zeitpunkt war schneller Entschließung besonders ungünstig; König Georg hatte im Mai seine Reise von London nach Hannover angetreten, am 23sten traf er in Herrenhausen ein. Die Instruktionen für Schwichelt und die hohe Spannung der Forderungen waren bisher recht eigentlich sein resp. des ihm sich ganz fügenden Grafen Steinberg Werk gewesen, und die bisherige Nachgiebigkeit Preußens ließ ihn hoffen, wenn er nur festhielte, auch die scheinbar kleinen Punkte, wo man noch differierte, durchzusetzen.

Was das hannöverische Ministerium und seinen Leiter, den Großvogt v. Münchhausen, betraf, so hatte Plotho die Überzeugung gewonnen, sie seien im Grunde Preußen günstig gesinnt [2]), und gewiß ist, bei aller Eifersucht auf den mächtigen Nachbar hätte Münchhausen ein freundliches Verhältnis zu erhalten gewünscht; wir wissen, daß er die Koalitionspläne seines Herrn nie recht gebilligt hat. Aber auch der jetzt verhandelte Traktat war nicht recht nach seinem Geschmack, es schien ihm alles zu sehr in die Luft gebaut, von unsicheren Eventualitäten abhängig gemacht; wenn erst Preußen seine schlesischen Erwerbungen sicher eingeheimst habe, würde es, meinte er, wenig Eifer zeigen, Hannover bei seinen Konvenienzen zu unterstützen, es werde dann heißen: „post morbum medicus olet“; das Beste an dem Traktate sah er darin, daß durch die Unterhandlungen Preußen abgehalten werde mit Frankreich abzuschließen [3]). Nach seiner Meinung hätte man weniger verlangen, aber dafür das Verlangte sich auch sichern müssen, wie er denn seines Königs Unersättlichkeit nicht billigte und in einer seiner Denkschriften zu schreiben wagte: „Man mag es inmittelst tournieren, wie man will, so ist der Mantel allzeit zu kurz und unsere Blöße und cupido habendi blicket allenthalben herfür.“ [4])

Georg wiederum war zu einer Beschränkung seiner Forderungen kaum zu bewegen, und nachdem er jetzt gegen Ende Mai sich entschlossen hatte, dem englischen Minister Lord Harrington, der ihn nach Hannover begleitet, Eröffnungen über die Unterhandlungen mit Preußen zu machen, und diese günstige Aufnahme fanden, hätte er daraufhin am liebsten seine Forderungen erhöht und war nur schwer zu hindern, Konzessionen, die er bereits gemacht, wieder zurückzunehmen [5]).

Das Resultat von allem war, daß Fürst und Minister wetteifernd alles thaten, um den Traktat mit Preußen unmöglich zu machen. König Georg, indem er, ohne selbst Reelles gewähren zu wollen, seine Forderungen sehr hoch spannte, Münchhausen, indem er auf das scharfsinnigste die verschiedensten kasuellen Gewährleistungen und Verpflichtungen zur Belastung Preußens in den Entwurf hineinarbeitete.

Es lohnt kaum der Mühe, die einzelnen Bestimmungen dieses Gegenentwurfes anzuführen, welchen Schwichelt auf Grund einer Verfügung vom 25. Mai schriftlich ausarbeitete, nachdem ihm Podewils erklärt, sein König

---

1) Berliner Archiv.
2) Plotho, den 1. Juni; ebd.
3) Denkschrift vom 19. Mai; Archiv zu Hannover.
4) Denkschrift vom 23. Mai; ebd.
5) Ministerium an den König, den 12. Juli; ebd.

habe ihm Vorwürfe gemacht, daß er zuerst etwas Schriftliches vorgelegt, und er werde nicht weiter unterhandeln, bis der Gesandte seinen Entwurf schriftlich beantwortet habe. Nicht im mindesten kam man durch dieses Gegenprojekt dem preußischen Standpunkte, wie ihn die Verhandlungen bisher gezeigt hatten, näher. Was hier als unannehmbar zurückgewiesen worden war, die Trennung von England und Hannover bezüglich der Verpflichtung, während der Dauer der Verhandlungen Österreich nicht zu unterstützen, die Zumutung, Hannover die gewünschten Konvenienzen im ganzen Umfange auch für den Fall zu verschaffen, daß Preußen weniger, als es wünschte, zu erreichen vermöchte, das fand sich wiederholt, wo möglich in noch schrofferer Form, und dagegen waren die großen Konzessionen, welche Preußen gewährt hatte, nicht nur festgehalten, sondern noch mit allerhand lästigen Ersatzverpflichtungen verziert.

Und ein so geartetes Projekt ward nun dem König von Preußen dargeboten in einem Zeitpunkte, wo derselbe durch die neue Ablehnung, welche Lord Hyndford der Kurier aus Wien gebracht hatte, gereizt und erzürnt war. Vielleicht, daß eine schnelle, entschlossene Annahme des Podewilsschen Entwurfes Friedrich noch hätte hindern können, den lang erwogenen Entschluß auszuführen. Das Gegenprojekt, welches das so entschiedene Zurückgewiesene wiederum vorbrachte, schien nur durch weitere endlose Verhandlungen ihn hinhalten zu sollen, und so schreibt denn der König auf die ausführliche Analyse des Schwicheltschen Gegenprojektes, welche ihm Podewils unter dem 8. Juni zuschickte, als Marginal die kurze Entscheidung: „Verhandeln Sie, so viel Sie wollen, aber ich will spätestens in drei Tagen mit Frankreich abschließen, jedoch halten Sie Hannover, Sachsen und England hin." [1])

Das war das Ende dieser welfischen Begehrlichkeiten, deren Todesurteil allerdings bereits einige Tage früher gesprochen worden war, insofern schon am 4. Juni Podewils mit dem französischen Gesandten abgeschlossen hatte.

---

1) Polit. Korresp. I, 259.

Siebentes Kapitel.

Das Bündnis mit Frankreich.

Zurückkehrend nun zu Lord Hyndford und seinen Vermittelungsbestrebungen, für welche dieser besonders instruiert und zu diesem Zwecke auch befugt war ohne Rückfrage in London resp. Hannover sich durch Robinson in direkte Verbindung mit dem Wiener Hofe zu setzen, haben wir zu berichten, daß derselbe am 2. Mai in Breslau eintraf, wo es ihm aber gar nicht gelingen wollte, ein anständiges Quartier zu finden, weil, wie man ihm zur Entschuldigung sagte, die wohlhabenden Leute beider Parteien ihre besseren Möbel und Effekten fortgeschafft hätten, mit Rücksicht auf die unsichere Lage der Dinge [1]).

Was seine diplomatische Aufgabe anbetraf, so war für ihn, den so lange und so sehnlich Erwarteten, dem König wie Minister persönlich die günstigste Meinung entgegenbrachten, der Zeitpunkt seines Eintreffens nicht gerade vorteilhaft gewählt. Es war schon bedenklich, daß er erst nach der Mollwitzer Schlacht abreiste und damit der Meinung Vorschub leistete, die Podewils dem hannöverischen Gesandten ganz offen aussprach [2]), daß ohne jenen Erfolg die Sendung vielleicht ganz unterblieben wäre; ungleich schlimmer war es, daß die Nachricht von der kriegslustigen Anrede des Königs Georg an das Parlament einige Tage vor ihm eintraf und er König Friedrich unter dem frischen Eindrucke dieser alarmierenden Nachricht zu sprechen hatte.

Indessen zeigte sich Podewils gleich bei der ersten Unterredung so entgegenkommend, daß selbst der mißtrauische Schotte die Überzeugung gewann, derselbe interessiere sich aufrichtig für die Verständigung mit England.

Schon an diesem Tage kam ein neues Moment in die Unterhandlungen; der preußische Minister hielt einen Waffenstillstand von einigen Monaten für sehr günstig, doch wage er selbst nicht, den König darüber zu fragen. Hyndford findet darüber zwar nichts in seinen Instruktionen, aber den Gedanken selbst für gut, wenn er gleich (sehr irrtümlich) dies nur für eine Idee von Podewils hält, entsprungen vielleicht aus dessen Besorgnis, seine Güter in

---

1) Bericht vom 5. Mai; Londoner Record office. Es sei hier nichts zu bekommen, und was man habe, ungemein teuer. „This is at present a most miserable place."

2) Schwichelt, den 22. April; Archiv zu Hannover.

Pommern durch einen russischen Einfall heimgesucht zu sehen. Podewils beeilte sich auch dem Verlangen Hyndfords nach einer Audienz zu entsprechen, und die durch einen Expressen eingeholte Zustimmung des Königs beschied den Lord in Gemeinschaft mit Schwichelt nach dem Lager von Mollwitz, wo dann am 7. Mai in des Königs Schlafzelt beide, der englische Gesandte zuerst, empfangen wurden.

Der König hörte eine Weile den Freundschaftsversicherungen des Gesandten ruhig zu, dann unterbrach er ihn: „Mylord, wie ist es möglich, an etwas zu glauben, was in sich so widersprechend ist? Sie richten mir viele freundliche Worte von dem Könige von England aus, aber wie stimmen dieselben mit seiner letzten Anrede an das Parlament und den Anstrengungen, welche seine Gesandten Finch in Petersburg und Trevor im Haag machen, um jene Mächte aufzureizen und Allianzen gegen mich zustande zu bringen? Ich habe eher Grund, an der Aufrichtigkeit des Königs von England zu zweifeln und zu glauben, all' diese freundlichen Worte seien nur dazu bestimmt, mich hinzuhalten; aber bei Gott, Sie täuschen Sich, denn ich will eher alles aufs Spiel setzen, ehe ich das mindeste von meinen Ansprüchen aufgebe."

Hyndford entschuldigt sich, von solchen Instruktionen jener Gesandten nichts zu wissen, in solch kritischen Zeiten rüste sich eben jeder. Der König aber erwidert: „Mylord, in alledem scheint ein Widerspruch zu stecken. Der König von England sagt in seinem Briefe, Sie seien von allem unterrichtet, und nun schützen Sie Unkenntnis der Unterhandlungen von Finch und Trevor vor; aber ich bin genau von allem unterrichtet und wünsche nicht, daß Sie dadurch überrascht würden, wenn Sie nächstens nach allen diesen schönen Worten eine geharnischte Resolution gegen mich empfingen." [1])

„Ich antwortete", schreibt Hyndford, „gar nichts; der König aber in der Hitze der Erregung wendete sich an Podewils, der protokollführend am Tische saß, mit den Worten: ‚Schreiben Sie nieder, daß Mylord eingestand, er würde nicht überrascht sein, wenn er solche Instruktion erhielte.' Ich war ganz betroffen von dieser neuen Art von Verfahren und sagte mit einer gewissen Wärme: ‚Ew. Majestät fassen mich zu kurz [2]), ich habe so etwas nicht gesagt und kann mir kein Urteil bilden über etwas, wovon ich nichts weiß. Wenn solch' eine Resolution an mich kommen sollte, würde sie, wie ich voraussetze, von einer besonderen Instruktion für mein Verhalten begleitet sein. Ich wünsche deshalb, daß das, was ich nicht gesagt habe, auch nicht niedergeschrieben werde; es ist dies ein ungewöhnliches Verfahren, das mich nötigt, ganz ungemein auf meiner Hut zu sein.'" „Europa", fügt er hinzu, „ist genötigt, einen schnellen Entschluß zu fassen; die Dinge sind in einem Stadium der Krisis, wie bei einem Fieber in einem menschlichen Körper, welches einen solchen Grad erlangt hat, daß man zum Chinin greifen muß." Dieser Ausdruck entlockte

---

[1]) Carlyle, der in seiner „History of Friedrich II." (Tauchnitz edition VIII, 20 sqq.) die Audienz nach Hyndfords eigenem Berichte wiedergiebt, hat doch auch, wo er mit Anführungszeichen citiert, viele kleine Änderungen vorgenommen; ich übersetze möglichst wörtlich aus Hyndfords Berichte vom 13. Mai (Hyndford papers im British Museum); Podewils' Précis, abgedruckt in der Polit. Korresp. I, 239, giebt nur die Hauptpunkte kurz an.

[2]) „Your Maj. takes me to short."

dem König ein Lächeln [1]), und er begann etwas ruhiger zu werden. Hyndford erklärte, er habe Vollmacht, sich direkt mit Robinson in Wien in Verbindung zu setzen, wenn der König es wolle.

Der König: „Sie mögen es thun, wie es Ihnen beliebt.“

Hyndford: „Ich darf nicht, wofern mir nicht Ew. Majestät einen Wunsch zu erkennen giebt.“

Der König: „Thun Sie es, aber wenn der Kurier zurück sein wird, werden Sie sehen, es kommt dabei nichts heraus. Herr, wie kann man sich einbilden, daß die Königin von Ungarn Konzessionen machen wird, wenn sie so freundliche Zusicherungen von Beistand empfängt, wie von Ihrem König.“

Hyndford darauf, Robinson habe Anweisung, eine Vermittelung zu versuchen auf den Bedingungen, die einst Gotter in Wien vorgeschlagen. Ob der König ihm nicht dazu ein Wort im Vertrauen sagen wolle, er sichere strenge Verschwiegenheit zu, und als Friedrich schweigt, ob er nicht sein Ultimatum kundgeben wolle. Oft genug, sagt der König, habe er es schon ausgesprochen, aber der Gesandte möchte es aus seinem eigenen Munde hören. Da nimmt Podewils das Wort: „Niederschlesien und Breslau“, und der König fügt hinzu: „Die Königin von Ungarn kann sich glücklich schätzen, so gut wegzukommen. Sie sehen, es steht in meiner Macht, mich ganz Schlesiens und nächstdem Mährens zu bemächtigen. Denn die kleine Stadt Olmütz kann mich nicht aufhalten, und dann sind alle Verbindungen mit Böhmen abgeschnitten. Aber ungeachtet aller meiner Siege will ich immer noch gemäßigt [2]) sein“. Hyndford erkundigt sich, ob der König noch an dem Gotterschen Vorschlage festhalte, gegen Abtretung von Niederschlesien und Breslau der Königin mit allen seinen Truppen zur Aufrechterhaltung der pragmatischen Sanktion beizustehen und für die Kaiserwahl des Großherzogs zu stimmen, und als dies einfach bejaht wird, frägt er nach der Höhe der damals angebotenen Geldsumme. „Der König“, schreibt Hyndford, „schwankte, als hätte er es vergessen; Podewils fiel ein: ‚3 Millionen Gulden‘; Friedrich ergänzt: ‚Auf die Summe sollte es mir nicht ankommen; wenn Geld Ihre Majestät zufriedenstellen kann, würde ich auch mehr geben.‘“ Nach einer längeren Pause, in welcher Hyndford vergeblich wartet, ob der König noch etwas zufügen wolle, regt er in Erinnerung an den Podewilsschen Vorschlag die Idee eines Waffenstillstandes an. Friedrich erklärt sich bereit dazu, doch auf nicht weniger als 6 Monate, er zählt an den Fingern ab: Juni bis Dezember, „ja da können sie nichts thun“. Also Robinson dürfe sich damit beschäftigen. Schließlich ward auch noch die Frage der auf Schlesien haftenden Schulden besprochen, zu deren Übernahme pro rata der Abtretung sich der König bereit erklärte [3]). Nachdem sich dann Hyndford noch überzeugte, daß das Protokoll, welches Podewils geführt, zutreffend war, schließt die Audienz, die, wie der inzwischen wartende Schwichelt angiebt, eine halbe Stunde gedauert hatte [4]).

---

1) Es war bekannt, daß der König, wie er ja auch selbst in seinen Memoiren erzählt, gegen den Willen der Ärzte zum Chinin gegriffen hatte, um das Fieber, das ihn gerade in der Zeit, wo die Nachricht vom Tode Karls VI. eintraf, quälte, los zu werden.

2) „reasonable.“

3) Dieser Punkt findet sich nur in Podewils' Précis.

4) Den 8. Mai.

Nachträglich fragte der Lord noch den preußischen Minister, ob denn der König nicht etwas von seiner hohen Forderung nachlassen würde. Vielleicht, meinte dieser, wenn erst Österreich mit den Unterhandlungen wirklichen Ernst mache.

Die beiden Gesandten wurden vom König zur Tafel gezogen und traten zusammen ihre Rückreise nach Breslau an.

Nach Breslau zurückgekehrt, fand der Gesandte eine Weisung Lord Harringtons vor, den König von Preußen zu einer Herabsetzung seiner Forderungen zu bewegen, da man in Wien Niederschlesien und Breslau, was so viel hieße, als zwei Dritteile und zwar bei weitem das Beste der Provinz, nimmermehr abtreten wolle. Es sei von großem Werte, zunächst nur überhaupt den Wiener Hof zu Unterhandlungen zu bewegen. Als er aber bei Podewils um eine Audienz anhielt, widerriet dieser, dem König schon wieder mit neuen Forderungen zu kommen, er thue besser, zu schreiben [1]), wozu sich auch der Gesandte entschloß und nun von Friedrich sein allerletztes Ultimatum, bei welchem derselbe dann, koste es, was es wolle, stehen zu bleiben gedenke, erbat [2]). Umgehend schrieb der König freundlich, aber ablehnend zurück, es sei nicht seine Sache, noch weitere Avancen zu machen, er werde jetzt ruhig abwarten, was der Wiener Hof antworten werde [3]).

Aber bevor noch der Kurier abgesandt war [4]), wurde Hyndford auf das unangenehmste überrascht durch die Nachricht, daß die Generalstaaten jene im Januar beantragte gemeinsame Aufforderung an den König von Preußen, Schlesien zu räumen und die Befriedigung seiner Ansprüche vertrauensvoll den Seemächten zu überlassen, nun am 24. April angenommen hätten, und er jetzt im Vereine mit dem niederländischen Gesandten die Erklärung dem Könige mitzuteilen und denselben zu ersuchen hätte, durch Zurückziehung seiner Truppen den Weg für eine gütliche Verständigung zu ebenen [5]).

Man muß an die bekannte Münchhauseniade von den eingefrorenen Tönen denken, welche dann, als das Posthorn schon wieder ganz friedlich am Nagel hängt, aufgetaut, überraschend in die Welt hineinschmettern. Der Antrag mochte seinen Sinn gehabt haben unmittelbar nach dem Einmarsche der preußischen Truppen, jetzt nach der blutigen Schlacht bei Mollwitz war er eine Thorheit. Aber obwohl die Engländer sich darüber nicht täuschten, war es ihnen doch schließlich erwünscht gewesen, die schwerfälligen Holländer überhaupt zu einer Art von Engagement bringen zu können, und im Grunde hielten sie es doch auch wieder für möglich, durch das Einverständnis der Seemächte eine gewisse Pression auf Preußen zur Ermäßigung seiner Forderungen üben zu können [6]).

---

[1]) Beides den 8. Mai; Londoner Record office.

[2]) Den 9. Mai; ebd. Vgl. Droysen, S. 262, Anm. 2.

[3]) Brief Friedrichs (von Eichels Hand) vom 19. Mai, Lager von Mollwitz. Aus meiner Abschrift im Londoner Record office abgedruckt in der Polit. Korresp. I, 242.

[4]) Droysen, S. 262 führt an, daß der Kurier am 12ten noch nicht abgegangen sei. Dagegen spricht Hyndfords Bericht vom 13ten von demselben als einem bereits Abgesandten, und am 2. Juni (alten Stils) hat Harrington in Hannover auch schon die Antwort des Wiener Hofes in Händen.

[5]) „paver le chemin à un accommodement“. Die Resolution der Seemächte ist abgedruckt in den Gesammelten Nachrichten I, 632.

[6]) Wir werden Hyndfords und auch Harringtons Äußerungen in diesem Sinne noch anzuführen haben.

Nicht so Hyndford, der selbst seinem Minister gegenüber den tiefen Widerwillen, den er gegen den neuen Auftrag empfindet, nicht zu verhehlen vermag [1]). Er bedauert lebhaft, einen solchen erhalten zu haben; die Aufforderung an den König von Preußen stehe mit seiner Instruktion, nach welcher er demselben durch seine Vermittelung einen Teil von Schlesien zu verschaffen suchen solle, in direktem Widerspruche. In Erwägung dessen, sowie des Umstandes, daß seine letzte Weisung aus Hannover vom 28. April vier Tage jünger sei, als das Schreiben Trevors, welches die Resolution der Generalstaaten anzeigt, beschließt er, sich zunächst nur an die erstere zu halten und die offizielle Meldung von jenem Beschlusse wenigstens so lange zu verschieben, bis sein Kurier aus Wien zurück sein werde [2]).

Er findet seinen holländischen Kollegen General Ginckel seinen Vorstellungen zugänglich und teilt seine Absicht auch Podewils mit. Aber mochte dieser Schritt auch den guten Willen des Ministers deutlich bekunden, der bedenkliche Eindruck, den die Thatsache selbst auf König Friedrich machen mußte, konnte dadurch nicht abgeschwächt werden.

Jene wiederholten Klagen des Königs über des englischen Gesandten im Haag, Mr. Trevors, Ränke, um die Generalstaaten zur Feindschaft gegen Preußen aufzustacheln, schienen nun eine ganz unwiderlegliche Bestätigung zu erhalten durch die Resolution vom 24. April, welche jetzt endlich die Bemühungen des Gesandten den Holländern nach langem Sträuben abgerungen, während indessen eine anscheinend vom aufrichtigsten Wohlwollen diktierte Vermittelung ihn hinzuhalten und hindern zu sollen schien, sich etwa andere Alliierte zu suchen. War es nicht bereits eingetroffen, was der König vor wenig Tagen dem englischen Gesandten prophezeit hatte, daß nächstens derselbe statt der bisherigen schönen Versicherungen eine starke Resolution zu überreichen haben werde?

Es war in der That kein Wunder, wenn König Friedrich jetzt bei England die bestimmte Absicht, ihn zu täuschen, voraussetzte. Unter dem ersten Eindrucke der Haager Simultanerklärung, die er kurzweg als abgeschmackt bezeichnet [3]), geschrieben, erscheint der bekannte Brief des Königs an Podewils vom 12. Mai, der jenem so viele harte und ungerechte Beurteilungen eingetragen hat. Er hätte es, schreibt er, auf der einen Seite mit den eigensinnigsten Leuten in Europa (Österreich), auf der anderen mit den ehrgeizigsten (Frankreich) zu thun. Es sei schwer, unter solchen Umständen die Befriedigung der eigenen Interessen zu erlangen, Österreichs Eigensinn die gewünschten Konzessionen abzuringen, ohne sich dabei zum Werkzeuge von Frankreichs Ehrgeiz zu machen, und es sei gefährlich, dabei selbst streng sich auf dem Wege gerader Ehrlichkeit zu halten, wenn die Gegner alle Kunstgriffe der Arglist anwendeten.

Sich auf Unterhandlungen zu verlassen mit Leuten, welche die Absicht

---

1) Es mag namentlich gegenüber der allzu ungünstigen Beurteilung des englischen Gesandten durch Droysen betont werden, daß Hyndford in der That ehrlich und ohne Hintergedanken an einer Verständigung zwischen Österreich und Preußen gearbeitet hat. Bis zum Kleinschnellendorfer Vertrage erscheint er überall als aufrichtiger Anhänger der preußischen Allianz.

2) Hyndford, den 13. Mai; Londoner Record office.

3) An Podewils, den 8. Juni; Polit. Korresp. I, 258.

haben, zu täuschen (England), sei ein verzweifelter Entschluß, von sehr unsicherem Erfolge; was soll man also thun? Sich einerseits in den Kriegsoperationen nicht aufhalten lassen und anderseits weiter unterhandeln; das eine werde der König, das andere möge der Minister besorgen, letzteres aber so, daß, wenn man sich überzeuge, man vermöge mit der Ehrlichkeit nichts zu erreichen, man die Arglist mit gleichen Waffen bekämpfe [1]).

Selbst Podewils wagte nicht mehr den Engländern das Wort zu reden, er schreibt dem König, auch Hyndford könne nicht umhin, den Widerspruch in diesem Benehmen einzuräumen, und verhehle seine Mißbilligung nicht [2]). Schwichelt klagte in diesen Tagen, Podewils schiene alles Interesse an dem hannöverischen Vertrage verloren zu haben, er mache neue Weitläufigkeiten [3]). Der Minister war eben selbst schwer erzürnt; Schwichelt spreche weiß, klagt er in jenen Tagen, die Engländer schwarz. „Die letzteren wollen uns täuschen, verbinden sich mit den Holländern zu einer feindlichen Erklärung. C'est une fourberie plus qu'italienne." Der König sei aufs höchste piquiert und mache ihm heftige Vorwürfe, den Abschluß mit Frankreich bisher immer verhindert zu haben, und er räume auch ein, daß er sich von der englischen Zweizüngigkeit habe hinters Licht führen lassen, und daß sein lebhaftes Plädieren viel dazu beigetragen, wenn Marschall Belleisle unverrichteter Sache habe abziehen müssen; aber jetzt gestehe er, daß er unrecht gehabt habe. Fast verzweifelnd schließt er: „Cupio dissolvi; auf welch verwünschter Galeere befinde ich mich!" [4])

Hyndford, der sich unmöglich darüber täuschen konnte, daß bei so bedenklicher Lage der Dinge das am meisten Gefürchtete, der Abschluß König Friedrichs mit Frankreich, jeden Augenblick eintreten könnte, wagte einen kühnen Schritt eigener Initiative. Er eröffnete Podewils am 18. Mai allerdings nur als seine Idee, wenn sich der König mit Glogau, Wohlau, Sagan und Liegnitz begnügen wollte, so könnte Georg II. vielleicht den Wiener Hof gewissermaßen zwingen, auf solche Bedingungen einzugehen. Auf Podewils' Erwiderung, er zweifle, daß der König darauf eingehen werde, zuckte der Gesandte die Achseln und deutete auf die schweren Gefahren hin, die ein allgemeiner Brand heraufbeschwören müßte [5]).

Er berührte damit eine Saite, die bei Podewils sehr lebhaft mitklang, und auch das Angebot, von dem niemand vorausgesetzt hätte, daß der Lord es ohne jegliche Autorisation gethan habe [6]), schien trotz seiner Unzulänglich-

---

[1]) Vgl. meinen Aufsatz: „Ein denkwürdiger Brief Friedrich d. Gr. und seine Schicksale", in den Preußischen Jahrbüchern von 1877, wo auch zuerst ein korrekter Text desselben aus dem Record office mitgeteilt ist, der dann auch in die Polit. Korresp. I, 244 übergegangen ist.

[2]) Den 12. Mai; angeführt bei Droysen, S. 263, Anm. 2.

[3]) Den 13. Mai; Archiv zu Hannover.

[4]) Podewils an Minister Borcke, den 13. Mai; Berliner Archiv, Kabinettskorresp., Anführungen daraus bei Droysen, S. 264, Anm. 2.

[5]) Angeführt bei Droysen, S. 263.

[6]) In Hyndfords Depeschen findet sich keine Spur von der Offerte, und natürlich noch weniger etwas von einer Ermächtigung dazu. Wie Raumer S. 114 berichtet, hatte Österreich noch am 6. Mai alle Abtretungen an Preußen abgelehnt, und die bald zu erwähnenden Schreiben Robinsons an Hyndford zeigen, wie weit man in Wien von einem Anerbieten der Art, wie es hier Hyndford gethan, entfernt war.

keit doch immer bemerkenswert. Hatte doch der König um jene Zeit noch etwas von seiner ursprünglichen Forderung nachgelassen und außer dem Schwiebuser Kreise nur die Herzogtümer Glogau, Wohlau, Liegnitz, Schweidnitz-Jauer verlangt und außerdem die Erklärung Breslaus zur Reichsstadt oder freien Stadt, so daß dieselbe nicht wieder unter österreichische Herrschaft käme [1]), wobei offenbar Sagan, das doch nicht gut als österreichische Enklave bleiben konnte, ganz vergessen worden zu sein schien. Rechnete man dieses, was das Hyndfordsche Angebot noch hinzufügte, mit, so konnte man allerdings wohl glauben, eine Grundlage für die Unterhandlungen gefunden zu haben.

Kurz, der Minister, bei dem inzwischen die erste Entrüstung über die Haager Resolution verraucht war, trat noch einmal für die englische Allianz ein und riet dringend, bevor man zu dem Äußersten, dem Abschlusse mit Frankreich, griffe, noch drei Mittel zu versuchen, einmal die Rückkunft des von Hyndford nach Wien gesandten Kuriers abzuwarten, ferner noch einmal mit Schwichelt zu versuchen, ob man nicht durch einen Sondertraktat mit Hannover Georg II. von den Feinden Preußens definitiv fernhalten könne, und endlich auch Rußland, wie dieses gewünscht hatte, sein Ultimatum mitzuteilen, um vielleicht der englischen Vermittelung in Wien eine Verstärkung zuzusichern.

Aber des Königs Geduld zeigte sich erschöpft. „Wie lange, mein Freund“, schreibt er am 18. Mai, „werden wir noch warten, um uns von Wien und London an der Nase herumführen zu lassen“ [2]), und am 21sten: „Diese Leute betrügen uns sicherlich, Robinsons Antwort an Lord Hyndford wird erfüllt sein von einem dunklen Wortschwalle ohne rechten Inhalt — — Sie wünschen eine Verständigung und glauben, was Sie wünschen; ich, der ich mich schämen würde, mich von einem Italiener überlisten zu lassen, würde mich selber verachten, wenn ich der Spielball eines Hannoveraners würde. Nun erwägen Sie das alles, und Sie werden zu dem Schlusse kommen, daß die Gesinnungen, welche Sie dem Könige von England zuschreiben, auf bloßen Vermutungen beruhen, während seine Handlungen, auf welche ich mich berufe, wirklich sind.“ [3])

Aber Podewils war nicht so leicht zu entmutigen; in einer Denkschrift faßt er noch einmal alle die Gründe zusammen, welche für ein Zusammengehen mit England oder, was für ihn die Hauptsache war, gegen den Abschluß mit Frankreich sprächen [4]). Der König widerlegt ihn Punkt für Punkt, oft mit drastischem Ausdruck, von welchem eine charakteristische Probe die Stelle ist, welche Podewils Vertrauen auf die Engländer mit folgenden Worten ironisiert: „Ihr wollt Euch überreden, eine feile Maitresse sei Euch treu; aber ich bin Zeuge ihrer Buhlerei und sehe mit eigenen Augen, wie sie Euch Hörner aufsetzt.“ Man könnte eigentlich nicht sagen, daß der Minister von einem übermäßigen Vertrauen auf England erfüllt gewesen wäre, er gesteht

---

1) Das wird als preußisches Ultimatum unter dem 1. Juni nach Petersburg mitgeteilt; Polit. Korresp. I, 254.
2) Ebd. S. 245.
3) Ebd. S. 245.
4) Den 22. Mai ausführliche Excerpte ebd., S. 246.

selbst ein, daß er seit Georgs Ansprache an das Parlament dies Vertrauen eingebüßt habe; wohl aber glaubte er, daß die Abneigung der Engländer gegen einen allgemeinen Krieg und das Interesse König Georgs, namentlich wenn seine Sehnsucht nach Konvenienzen für Hannover geschickt benutzt würde, England wohl abhalten könnte, wirklich feindlich gegen Preußen aufzutreten, und daß ohne England weder Rußland noch Sachsen sich rühren würden; auf der anderen Seite aber hielt er den Abschluß mit Frankreich für einen Schritt von unberechenbaren Folgen, für das Signal zur Entzündung eines Krieges von unabsehbarer Dauer, aus dem dann selbst im Falle des Sieges Frankreich den besten Preis davontragen und Preußen, das selbst schwere Opfer zu bringen haben werde, mit gebundenen Händen werde erwarten müssen, was ihm Frankreich gönnen wolle.

Anders argumentierte der König. Wenn seines Ministers Ausführung schließlich darauf hinauszulaufen schien, daß es noch besser sei, gar keine Allianz zu haben als eine so gefährliche wie die mit Frankreich, so meinte er dagegen, um den Krieg mit Erfolg durchzuführen, einer starken Allianz nicht entbehren zu können. „Wenn wir Alliierte haben", sagt er, „wird man uns respektieren, wenn nicht, pufft uns ein Jeder. — — Ohne Alliierte vorgehen heißt sich ins Verderben stürzen, aber einen starken Beistand gewinnen, das heißt, wir mir scheint, sich retten." England will uns hinhalten, wie es das bisher gethan hat, um uns zu hindern uns mit Frankreich zu verbünden, und dann nach seinem Gefallen mit uns umspringen zu können. Mit Frankreich und Bayern haben wir eine so starke Übermacht, daß der Krieg nicht lange dauern kann; aber wir müssen zugreifen, denn wenn wir es auf das Äußerste ankommen lassen, wird Frankreich nicht mehr imstande sein, in Aktion zu treten (nämlich noch in diesem Jahre); man muß den Plänen der Feinde zuvorkommen [1]).

Noch bis zur Rückkehr des Kuriers von Lord Hyndford warten zu wollen, ließ sich endlich der König bereit finden. Es war klar, daß von der Antwort, die er bringen würde, abhängen mußte, ob von den weiteren Versuchen, dem an Rußland mitgeteilten Ultimatum und dem Entwurfe eines Traktats mit Hannover irgendwelche Frucht erwartet werden durfte. Die Entscheidung über die große Frage, ob der König von Preußen sich genötigt sehen würde, sich in die Arme Frankreichs zu werfen, lag in diesem Augenblicke wiederum bei dem Wiener Hofe, und Hyndford, obwohl er den Augenblick der definitiven Entschließung doch nicht für so nahe hielt, als er es wirklich war, suchte durch einen zweiten Kurier das Bewußtsein der Bedeutung der Entscheidung in Wien recht wachzurufen und zunächst die Idee eines Waffenstillstandes warm zu empfehlen [2]).

Freilich ohne Erfolg für seine Interessen. Jene Haager Resolution, welche im preußischen Hauptquartier so großen Schaden angerichtet, wirkte in Wien kaum weniger unheilvoll. Als die Nachricht in Wien eintraf, beschwor Robinson den Gesandten der Niederlande Burmannia, dieselbe vorläufig noch geheim zu halten; aber dieser, ein sehr schwer zu behandelnder, pedantischer, argwöhnischer Mann [3]), wies dieses Ansinnen weit von sich, er bildete sich

---

1) Polit. Korresp. I, 247. 248.
2) Den 25. Mai; Londoner Record office.
3) Wie Robinson an Truchseß schreibt, den 17. Mai; ebd.

ein, spottet der Engländer, den König von Preußen aus Schlesien zu verjagen durch die bloße Wucht der holländischen Resolution. Seinem Kollegen Ginckel in Breslau ersparte er selbst nicht Vorwürfe, weil dieser Hyndford in dem Aufschube zugestimmt, und der General scheint schwach genug gewesen zu sein, die ganze Schuld auf Hyndford zu schieben [1]).

Das österreichische Ministerium stimmte natürlich in die patriotische Entrüstung Burmannias über das pflichtwidrige Benehmen der beiden Gesandten in Breslau von Herzen ein, es beschwerte sich in Hannover (wo jetzt König Georg verweilte) bei Lord Harrington darüber, und in Dresden sagte Villiers jedem, der es hören wollte, Hyndford habe mit jener Unterdrückung der Resolution ebenso wie mit dem Vorschlage eines Waffenstillstandes seine Instruktionen überschritten.

Um so schroffer gestaltete sich unter diesen Umständen die Ablehnung der neuen Vermittelungsvorschläge Robinsons. Man wünschte sie prinzipiell ganz zu ignorieren und erklärte, man begehre nichts weiter, als daß England seinen vertragsmäßigen Pflichten nachkomme, und als der Gesandte dringend bat, nur wenigstens einmal ein Angebot an Preußen zu thun, erklärte man das, für jetzt nicht zu können, da man vor allen Dingen abwarten wolle, welchen Eindruck die gemeinsame Vorstellung der Seemächte auf den König von Preußen machen würde; im übrigen ließ man Robinson keinen Zweifel darüber, daß man eine Verständigung mit Preußen nur auf dem Boden der pragmatischen Sanktion für zulässig halte, was dann so viel hieß, daß dabei von irgendwelcher Abtretung in den Erblanden nicht die Rede sein dürfe. Die Idee eines Waffenstillstandes wies man einfach ab, man könne nicht Preußen noch länger im Besitze von Schlesien lassen [2]).

Die Note, in welcher das Ministerium dem englischen Gesandten seine Entschließung mitteilte, verfehlte dann nicht, wiederum darauf hinzuweisen, daß man, ehe man sich entschlösse, der Verständigung mit Preußen besondere Opfer zu bringen, man immer doch auch an die Zugeständnisse denken müßte, durch welche man früher und zwar eben infolge des eifrigen Drängens Englands die sächsische Bundesgenossenschaft erkauft hätte [3]). Man muß gestehen, daß man in Wien keine Gelegenheit hat vorüber gehen lassen, um bei den Britten durch die Mahnung an jenen sächsischen Vertrag die Erinnerung an die Dresdener preußenfeindlichen Koalitionsgelüste wieder wach zu rufen, welche man in London so schnell zu vergessen gelernt hatte.

Jene unverblümte Ablehnung brachte der Kurier aus Wien am 28. Mai Lord Hyndford. Mochte dieser nun die Form noch etwas abschwächen, die Thatsache der durchaus abschläglichen Antwort ließ sich doch nicht verhehlen, und es lag auf der Hand, daß die Angebote, welche Hyndford als seine Ideeen am 18. Mai dem König von Preußen gemacht hatte, und welche schon von Podewils als ganz unzulänglich bezeichnet worden waren, für wahrhaft utopische Schwärmereien gelten konnten gegenüber dieser jede Hoffnung auf Verständigung abschneidenden Antwort aus Wien. Die beiden Gegner, die versöhnt werden sollten, standen eben himmelweit auseinander.

---

1) Freilich leugnet er das Hyndford gegenüber, Brief vom 28. Mai; Londoner Record office.

2) Robinson an Hyndford, den 25. Mai; ebd.

3) Vgl. die Anführung daraus bei Ranke, Werke XXVII, 424, Anm. 1.

Natürlich war nun der Abschluß der Allianz mit Frankreich nicht länger aufzuhalten. Derselbe war lange verzögert worden. Daß Podewils, so lange es irgend anging, auszuweichen sich bemühte, wissen wir; aber auch der König hatte sie ja immer nur für den Notfall sich aufgespart, wie dann derselbe namentlich nach dem Mollwitzer Siege sich entschlossen zeigt, den Abschluß mit Frankreich unter allen Umständen noch hinauszuschieben, bis der jetzt wirklich von London abgereiste Lord Hyndford eingetroffen sei und man zu erkennen vermöge, ob die englische Vermittelung irgendwelche reelle Vorteile verspreche. Podewils, in diesem Sinne instruiert, hatte Not genug, sich auf gute Manier und ohne Argwohn zu erregen des Drängens von Valori zu erwehren, da Frankreich Preußens Wünschen in allen Stücken entgegenkam [1]); die Besorgnis vor Rußland gab dann noch den besten Vorwand der Zögerung ab. Inzwischen eilte, um die Sache zum Abschlusse zu bringen, der Marschall Belleisle der Hauptvertreter der Kriegspartei in Frankreich und darum der größte Freund der preußischen Allianz, herbei; auf der Durchreise in Dresden sucht er den sächsischen Hof für den großen Bund gegen Österreich zu gewinnen, und Graf Brühl hörte mit großem Interesse den lockenden Anerbietungen eines Landerwerbes aus den österreichischen Erblanden zu, wünschte aber zunächst den Bund Frankreichs mit Preußen geschlossen zu sehen.

Wenn König Friedrich damals gemeint hat, man könne den Abschluß mit Frankreich von der Haltung Sachsens abhängig machen, da, wenn dieses sich ruhig verhalte, dies als ein Zeichen angesehen werden könne, daß es noch keine Alliierte habe und daß man deshalb mit dem Eingehen jenes Bündnisses sich nicht zu beeilen brauche [2]), so hätte es gute Wege mit dem gehabt, was Podewils fürchtete; jedenfalls aber setzte auch Belleisle seinen Wunsch nicht durch; der König empfing ihn, nachdem er ihn einige Tage in Breslau hatte zurückhalten lassen, am 22. April im Lager von Mollwitz mit der ausgesuchtesten Freundlichkeit und ging mit lebhaftestem Interesse auf die Ideeen des Marschalls ein. Man besprach den gemeinsam zu unternehmenden Feldzug; aber als es sich um die Unterzeichnung des verabredeten Übereinkommens handelte, machte Friedrichs Forderung, Frankreich solle Schweden zum Kriege gegen Rußland bewegen, Schwierigkeiten, und da der König, Podewils' Drängen [3]) nachgebend, auf diesem Punkte beharrte, mußte der Marschall, der hierzu keine Vollmacht hatte, abreisen, ohne den Abschluß erreicht zu haben.

Den König aber reizte die großsprecherische Art des Marschalls zum Spotte, und er erzählt in seinen Memoiren, wie derselbe gethan, als ob alle Provinzen der Königin von Ungarn bereits unter dem Hammer ständen, so daß eigentlich nur die Schwierigkeit vorläge, sie an den Mann zu bringen, und derselbe sei eigentlich in Verlegenheit gewesen, wer von den deutschen Fürsten wohl Mähren haben wolle, und ob dasselbe wohl Sachsen nehmen würde [4]).

---

[1]) Vgl. die Anführungen der Polit. Korresp. I, 228. 229.

[2]) Marginal zum 16. April; ebd.

[3]) Podewils spricht in einem Briefe an Borcke vom 13. Mai davon, daß er wesentlich dazu beigetragen habe, Belleisle unverrichteter Sache abziehen zu lassen.

[4]) Hist. de mon temps 1746 (p. 230). Wenn der König in der späteren Bearbeitung (p. 79) hinzufügt, er habe für Mähren Sachsen in Vorschlag gebracht, so stimme ich mit Droysen (S. 257, Anm. 1) darin überein, dies für eine epi-

Als Belleisle das Hauptquartier des Königs verließ, traf Hyndford gerade ein. Wir wissen bereits, mit wie wenig Erfolg er unterhandelte, wie sehr die Nachrichten von der Parlamentsrede König Georgs und von der englisch-holländischen Sommation den König erzürnten, und wie Podewils' Denkschrift dessen Entschluß mit Frankreich abzuschließen nicht wankend gemacht hatte. Wenn er dann noch vorher die Rückkunft des Kuriers, den Hyndford nach Wien gesendet hatte, abwarten wollte, so that er dies nur, um, wie er sich ausdrückt, „Herrn Podewils ein Vergnügen zu machen" [1]) und ohne daß er den geringsten Erfolg davon hoffte; nicht eine Stunde, erklärt er, nach der Ankunft des Kuriers mehr warten zu wollen [2]), und am 30. Mai 1741 instruierte er bereits seinen Minister für den Fall, daß der Wiener Kurier keine befriedigende Antwort bringe, mit Valori abzuschließen, indem er zugleich die bisher noch aufrecht erhaltenen Einwände fallen ließ und den französischen Entwurf nach den bisherigen Verabredungen pure acceptierte [3]). Aber noch an demselben Tage traf ein Eilbote des Ministers mit der Nachricht von der ablehnenden Antwort aus Wien ein, und unverzüglich sendete nun der König eine zweite Ordre an Podewils, welche jene hypothetische Anweisung in eine definitive verwandelt. Er solle mit Valori abschließen, doch im größten Geheimnisse, am dritten Orte, „damit kein Mensch das Geringste davon erfahre noch soubçonniere": er solle zu diesem Zwecke den Vertrag selbst aufsetzen und mundieren; auch die Absendung des betreffenden Kuriers durch Valori müsse unter den möglichsten Vorsichtsmaßregeln erfolgen, und „überhaupt das Sekret auf das höchste menagiert werden; als wovor mir euer Leben, Ehre und Reputation responsabel bleiben sollen". Mit Hyndford und Schwichelt solle er weiter unterhandeln, um sie hinzuhalten und zu täuschen [4]).

Noch an demselben Tage schreibt dann der König an den Kardinal Fleury, dem er bereits die Unterzeichnung des Traktates anzeigt, sein treues Festhalten an dem nun geschlossenen Übereinkommen werde seine Zögerung vergessen machen, er behaupte von jetzt an ein ebenso guter Franzose zu sein wie der Kardinal selbst [5]).

Ein zweiter Brief gleichfalls von demselben Datum an Marschall Belleisle wiederholt diese Versicherungen noch gewürzt durch kräftige Schmeicheleien.

„Ich rechne darauf", schreibt der König hier, „in zwei Monaten Ihre Fahnen auf dem diesseitigen Rheinufer entfaltet zu sehen, ich freue mich im voraus darauf, Ihre Manöver bewundern zu können, Ihre Operationen, die zu Lektionen werden für jeden Kriegsmann und mir zur Hilfe und Stütze dienen werden. Ihr Name lockt ebenso wie die Kriegsmacht Ihres Königs zur Allianz mit einem Fürsten, dem Ihre Dienste den besten Erfolg sichern. — —

grammatische Zuspitzung zu halten, die nicht der Sachlage entspräche; aber wohl ist es denkbar, daß Belleisle, der gern einen Köder für Sachsen haben wollte, Mähren in Vorschlag gebracht und, um Friedrichs Zustimmung leichter zu erlangen, den Wert dieses Angebotes herabgesetzt und einen Zweifel ausgesprochen hat, ob Sachsen eine ihm so wenig bequem liegende Erwerbung nach seinem Geschmacke finden werde.

1) Polit. Korresp. I, 246.

2) An Podewils, den 24. Mai; ebd. S. 249.

3) Ebd. S. 250.

4) Ebd.

5) Ebd. S. 251.

Adieu, teurer Freund, ich brenne vor Ungeduld, Sie siegreich vor den Thoren Wiens zu sehen und an der Spitze Ihrer Truppen zu umarmen." [1])

Ungeduldig schärft er in einem weiteren Briefe am folgenden Tage dem Minister von neuem das strengste Geheimnis ein. Valori solle sich unwillig stellen über einen vermeintlichen Frieden des Königs mit Österreich und überhaupt das gerade Gegenteil seiner wirklichen Gesinnung zeigen; die Engländer solle man auf jede Weise dupieren und hervorheben, wie der König jetzt bereits das Observationscorps des Fürsten von Anhalt kantonieren lasse [2]).

Als Podewils für einige unwesentliche Änderungen an dem Vertrage, welche Valori verlangte, die Zustimmung des Königs in den Händen hatte [3]), beeilte er sich am 4ten des Abends, den Vertrag mit Frankreich abzuschließen, er hatte das Exemplar, das er Valori übergab, mit eigener Hand geschrieben, während das ihm von dem Gesandten übergebene von dessen Sekretär aufgesetzt war. Indem er dasselbe dem König noch am selbigen Tage zur Unterzeichnung zusendet, versichert er, daß er das Geheimnis wahren werde, zweifelt aber, ob es Frankreich ebenso streng damit nehmen werde [4]). Des Königs Ungeduld ging die Sache immer noch nicht schnell genug, am 5. Juni, wahrscheinlich, kurz bevor er den Vertrag erhielt, mußte des Königs Kabinettssekretär noch einmal zur Beschleunigung mahnen [5]).

Der Vertrag bezeichnet sich als defensiver Natur und stipuliert gegenseitige Hilfe gegen alle Angreifer für eine Dauer von fünfzehn Jahren. Die eigentliche Bedeutung liegt in den drei Separatartikeln. Frankreich gewährt seinem Alliierten zweierlei, einmal Garantie von Niederschlesien und Breslau und dann eine gewisse Rückendeckung durch die Übernahme der Verpflichtung, Schweden schleunigst in Waffen gegen Rußland zu bringen. Die Gegenleistungen Preußens sind das Versprechen, mit allen Kräften für die Kaiserwahl Karl Alberts von Bayern einzutreten, eventuell falls dies nicht gelänge, für einen Frankreich genehmen Kandidaten und dann der Verzicht auf die jülich-bergschen Ansprüche zugunsten des pfälzischen Hauses, doch dies erst, wenn die Abtretung in Schlesien durch die Einwilligung Österreichs würde perfekt geworden sein.

Der Vertrag hatte noch ein merkwürdiges Nachspiel, auf das wir doch näher eingehen müssen, als charakteristisch für des jungen Königs Gemütsart. Am Morgen nach dem Abschlusse des Vertrages (5. Juni) hatte Podewils dem König den Abschluß mitgeteilt und zugleich demselben vorgerechnet, der Kurier, den Valori zur Einholung der Ratifikation von Paris abgesendet, brauche zehn Tage zur Hinreise, zehn zurück; um die Zeit, wo diese Frist abgelaufen sein würde, werde er die preußische Ratifikationsurkunde zur Unterzeichnung des Königs bereit halten [6]).

Ehe dies Schreiben in des Königs Hand war, hatte derselbe (den 6. Juni) Valori aufgefordert, auf ein möglichst schleuniges militärisches Vorgehen des Kurfürsten von Bayern hinzudrängen. Um über die eigene Vertragstreue

---

1) Polit. Korresp. I, 251.
2) Ebd. S. 252.
3) Ebd. S. 256.
4) Ebd. S. 259.
5) Ebd. S. 257.
6) Geh. St.-A. zu Berlin.

keinen Zweifel zu lassen, fügt er hinzu: „Ich habe Podewils Befehl gegeben, mir den Vertrag zu schicken, und ich rechne, daß man Ihnen denselben spätestens in vier Tagen geben wird." [1])

Einen solchen Befehl hatte der König nun aber noch nicht erlassen, und ganz im Gegenteile hatte Podewils, wie wir sahen, vorgeschlagen, preußischerseits die Ratifikation erst dann vorzunehmen, wenn die Ankunft der französischen Ratifikation zu erwarten stehe, und da der König zu diesem Vorschlage nichts bemerkt hatte, durfte der Minister sein Einverständnis voraussetzen [2]).

Dagegen bemerkte der König an den Rand eines zweiten Berichtes von Podewils, drei Tage später datiert als jener erwähnte (also vom 8. Juni), betreffend den von Hannover überreichten Entwurf einer Konvention: „Unterhandeln Sie, wie Sie wollen; aber ich will in spätestens drei Tagen mit Frankreich unterzeichnen." [3]) Das mochte dann nun wohl für einen Befehl zur Zusendung des Vertrages, wie einen solchen der König Valori in Aussicht gestellt hatte, gelten können.

Inzwischen aber hatte Valori, der nach der Zusage des Königs etwa vom 10. Juni an den Empfang der preußischen Ratifikation erwarten durfte, bei Podewils wiederholt danach gefragt, allerdings ohne sich direkt auf jene Zusage des Königs zu beziehen, in welchem Falle sich das Mißverständnis vielleicht schneller gelöst haben würde. Podewils setzt den König von dem wiederholten Drängen des Gesandten unter dem 12. Juni in Kenntnis mit dem Bemerken, er habe, da ihm der König über diesen Punkt nichts geantwortet, dem Gesandten nichts sagen können. Und auf den Rand dieses Berichtes nun schreibt der König unter dem 14. Juni, er solle den Gesandten beruhigen und die notwendigen Stücke vorbereiten, um alles bereit zu haben, bei der Rückkehr des Kuriers [mit Paris] [4]). Man sieht, der König schließt sich also ganz dem Vorschlage des Ministers vom 5ten an, nicht mehr eingedenk seines inzwischen erteilten Befehles, den Vertrag jetzt schon zur Unterschrift zugesendet zu erhalten.

Mit einemmale erscheint nun etwa vom 14. zum 15. Juni der König ganz umgestimmt und lebhaft gegen Podewils erzürnt. Verschiedene Umstände hatten dabei zusammengewirkt.

Es war bekanntlich eine Bedingung des Vertrags mit Frankreich gewesen, daß Schweden gegen Rußland unter die Waffen gebracht werden sollte. Dazu wollte nun auch Preußen mitwirken, und Podewils unterhandelte in dieser Sache mit dem schwedischen Gesandten Rudenskjöld. Als nun inzwischen auch der preußische Gesandte in Stockholm, v. Linden, von seinen eigenen Bemühungen in dieser Sache schrieb, war es dem König unangenehm, zu erfahren, daß in dieser Sache, die mit dem größten Geheimnis behandelt werden sollte, so viele Mitwisser seien und namentlich Linden, dessen Diskretion er nicht ganz sicher zu sein glaubte. Daß er früher (den 29. April) mündlich dem

---

1) Polit. Korresp. I, 257.

2) Ebd. S. 259. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß des Königs Marginalen zu Podewils' Berichte vom 5. Juni erst den 14ten in des letzteren Hand waren.

3) Ebd. S. 259.

4) Ebd. S. 260.

5) An Podewils, den 15. Juni; Polit. Korresp. I, 261.

Minister den Auftrag erteilt hatte, Linden in der Sache zu schreiben, hatte er vergessen [1]) und zürnte nun seinem Minister.

Auch kam zu derselben Zeit ein Schreiben von Valori an den König voller Beschwerden über Podewils, in dessen hannöverischer Gesinnung der Gesandte den wesentlichsten Grund der Verzögerung der Ratifikation sah. Valori schrieb um so aufgeregter, als die seit einigen Tagen in Breslau kursierenden Gerüchte von einem heimlichen Übereinkommen zwischen Friedrich und der Königin [2]), deren Entstehung anscheinend auf die in jener Zeit begonnene Auswechselung der Gefangenen bezweckenden militärischen Besprechungen zurückzuführen ist, mehr und mehr Konsistenz gewonnen hatten und z. B. der dänische Gesandte Prätorius von dieser Sache als etwas ganz Unzweifelhaftem gesprochen hatte.

Dem König riefen die Klagen Valoris den Argwohn wach, Podewils, der ja bis zum letzten Augenblicke von der französischen Allianz abgeraten und zufällig immer noch in den letzten Tagen von Hyndford und Schwichelt wiederholt berichtet hatte, könnte am Ende versuchen, noch jetzt der Vollziehung des französischen Bündnisses Steine in den Weg zu werfen, und in dieser Absicht es auch unterlassen haben, den Gesandten den Ungrund jener Gerüchte klar zu machen, und er geriet in großen Zorn.

Unter dem 15. Juni fordert er schleunige Einsendung des Traktates, um denselben noch vor Ablauf des nächsten Tages, und ehe das Hauptquartier seinen Ort wechsele, unterschreiben zu können [3]), und einem tadelnden Reskripte in Sachen des schwedischen Gesandten von demselben Datum fügt er eigenhändig die Worte bei: „Wenn Sie in dem geringsten Punkte es an einer pünktlichen Ausführung meiner Ordres fehlen lassen, sind sie für immer ein verlorener Mann“ [4]).

Am nächsten Tage aber muß sein Zorn sich noch gesteigert haben, er schrieb im Tone höchster Erregung an Podewils den nachstehenden Brief:

„Sie werden mich schließlich Argwohn schöpfen und glauben lassen, Sie seien von England gewonnen, wenn Sie meine Befehle nicht ausführen und nicht mit Valori zum Schlusse kommen [5]). Es ist schlecht und schändlich von Ihnen gehandelt, daß Sie Valori über die lächerlichen und falschen Gerüchte, die man über eine Verständigung (natürlich mit Österreich) veröffentlicht hat, nicht enttäuscht haben. Ich warne Sie, spielen Sie nicht mit mir und führen Sie angesichts der Ordre meinen Befehl aus, oder Ihr Kopf wird ohne weiteres springen. Gehen Sie zunächst zu Valori und beruhigen Sie ihn vollständig.

---

1) Polit. Korresp. I, 262, Anm. 1.

2) Ihrer wird bereits in dem Berichte Podewils' vom 12. Juni gedacht.

3) Polit. Korresp. I, 260.

4) Ebd.

5) „et si vous ne concluez pas avec Valori“. — Die Worte können kaum anders als in einem allgemeinen Sinne gefaßt werden. An die nächstliegende Bedeutung zu denken, erscheint kaum möglich, da in der vorhergehenden Korrespondenz des Königs so vielfach von dem Vertrag als einem bereits abgeschlossenen und nur noch zu ratifizierenden die Rede ist; allerdings hat Podewils die Worte in diesem Sinne aufgefaßt, da er in seinem Antwortschreiben bemerkt, er habe schon vor 12 Tagen abgeschlossen.

Bringen Sie die Sache wieder in Ordnung, ich habe Grund mit Ihnen sehr schlecht zufrieden zu sein, und wenn Sie Ihre groben Fehler nicht wieder gut machen, so denken Sie daran, daß es in meinem Lande Festungen genug giebt, um Minister darein zu stecken, die gegen den Willen ihres Herrn handeln." [1])

Indessen dauerte die erregte Stimmung des Königs nicht lange; ein noch an demselben Tage eintreffender Bericht des Ministers überzeugte ihn von dessen Unschuld, und in seinem Auftrage durfte der Podewils übrigens sehr befreundete Kabinettsrat Eichel noch an demselben Tage schreiben: „Es sind Se. königliche Majestät mit denen von Ew. Excellenz angeführten Ursachen, warum die Einsendung des bewußten Traktates zu Dero Unterschrift nit geschehen können, vollenkommen zufrieden, auch nun mehro wiederum völlig beruhigt; da Sie sonst sehr inquiet und besorgt waren, es möchte die von dem Generalmajor Prätorius ausgebrachte Nachricht bei dem bewußten Gesandten allerhand Soupçons gemacht und selbigen dahin gebracht haben, seinen Hof davon zu avertieren. Es hat gedachte Nachricht Se. königliche Majestät sehr beunruhigt und zu allem darauf bezeigten Empressement und darauf erfolgeten Chagrin Gelegenheit gegeben, so aber, nachdem Se. königliche Majestät dero Freunde davon abusieret zu sein glauben, sich wieder gelegt hat. Des Königs Majestät haben bei dieser Gelegenheit mir befohlen, Ew. Excellenz zu schreiben, daß dieselbe sowohl den Marquis de Valori als den von Rudensskjöld von dem Ungrunde mehrgedachter malitioser Weise ausgesprengter Zeitungen abusieren möchten, wegen der übrigen aber sich keine sonderlichen Bewegung geben dörften, um ihnen ein anderes zu überreden." [2])

Ehe diese beruhigenden Worte in des gekränkten Ministers Hand waren, schrieb er (den 17. Juni) einen Brief zu seiner Rechtfertigung. „Meine Armut und mein Ruf sprechen in gleicher Weise für mich", heißt es hierin, „Gott sei Dank, und schützen mich vor jedem Verdachte. Die Drohungen Ew. Majestät schrecken einen Mann nicht, welcher die Ehre dem Leben vorzieht, und dem sein gutes Gewissen gestattet mit erhobener Stirne einherzugehen." [3]) — Der König möge nur Valori fragen, ob er ihm nicht die Unwahrheit jener Gerüchte versichert und schließlich, um ihn ganz zu überzeugen, in seiner Gegenwart Prätorius eine Wette um 100 Dukaten angeboten habe, daß die von dem letzteren ausgesprengte Nachricht falsch sei [4]).

Des Ministers Genugthuung bestand in des Königs mündlicher Äußerung auf dieses Schreiben: „alles sehr gut und ich bin von ihm zufrieden" [5]); Eichel aber schrieb ihm etwa eine Woche später: daß was dermalen geschehen ist, aus einer kleinen Übereilung geschehen und nunmehro nach reiferer Überlegung regrettiert worden und vergessen ist [6]).

Unter allen diesen Wechselfällen war der Vertrag immer noch nicht an den König zur Unterschrift gekommen, und erst unter dem 1. Juli fordert sich derselbe ihn ein, wo ihn dann Podewils am 2. Juli selbst ins Lager von

---

1) Polit. Korresp. I, 261.
2) Ebd. S. 262.
3) Ebd. S. 262, Anm. 1.
4) Berliner geh. St.-A., Kabinettskorrespondenz.
5) Den 18. Juni, angeführt in der Polit. Korresp. I, 262, Anm. 1.
6) Ebd. Anm. 2.

Strehlen überbringt, der König hatte ihm zu größerer Sicherheit ein Kommando bis Großburg entgegengeschickt. In seiner Begleitung befand sich einem Wunsche des Königs entsprechend Lord Hyndford, der weit entfernt war, zu ahnen, welch inhaltschweres Schriftstück sein Begleiter mit sich führte, und den eben Friedrichs große Freundlichkeit so lange als möglich von der Vermutung eines Einverständnisses mit Preußen und Frankreich fernhalten sollte.

Nach des Ministers Rückkehr wurden am 5. Juli zu Breslau zwischen ihm und Valori die beiderseitigen Ratifikationen ausgetauscht — der große Bund war geschlossen.

Er war geschlossen gegen die Meinung von Friedrichs treuem Ratgeber, und wir mögen an dieser Stelle wohl mit einigen Worten die Frage berühren, wem von beiden die Ereignisse recht gegeben haben, ob dem König ob dem Minister?

Wir werden Podewils die Anerkennung nicht versagen dürfen, daß er in manchen Dingen die thatsächlichen Verhältnisse richtiger gewürdigt hat als sein Gebieter. Diesem gegenüber hatte er recht mit der Annahme, daß trotz aller mißgünstigen Gesinnungen König Georgs ein direkt feindliches Auftreten gegen Preußen nicht als im Interesse Englands liegend angesehen worden wäre, dafür spricht alles, was aus den Archiven zu London und Hannover uns vorliegt; wie konsequent und schielend auch die englische Politik in jener Zeit war, die bösen Absichten, welche ihr Friedrich zuschrieb, hat sie damals nicht gehabt. Und des Ministers weitere Folgerung, daß, ohne Englands sicher zu sein, weder Rußland noch Sachsen noch Holland mit Preußen anbinden würden, war nicht weniger begründet.

Und scheint es nicht, als ob die weitere Entwickelung der Dinge Podewils' Mißtrauen und Abneigung gegen die französische Politik sehr recht gegeben habe?

Denn wenngleich der allgemeine Brand, den Podewils befürchtete, ausgeblieben ist und vielmehr auch das Eintreten Frankreichs in die Aktion keinen der Garanten der pragmatischen Sanktion zur Unterstützung Maria Theresias unter die Waffen zu rufen vermocht hat, so ist dagegen und trotz dieses günstigen Umstandes auch die Überlegenheit, welche Friedrich von den französischen Waffen voraussetzte, nicht eingetroffen, vielmehr hat, wie der Minister prophezeit hatte, die Last des Krieges zum größten Teile auf Friedrichs Schultern geruht. Diesen hat der Zwang einer Lage, in welcher er für ihm fremde Interessen, für Ziele, die er gar nicht einmal als erwünscht ansehen konnte, mit großen Opfern und Gefahren einzustehen hatte, aufs schwerste bedrückt, und der Fesseln, die er damals am 4. Juni freiwillig auf sich genommen, sich wieder zu entledigen, hat er nur vermittelst einer Politik vermocht, die mannigfachen Vorwürfen nicht entgangen ist.

Aber dies alles zugegeben, bleibt es doch nicht minder wahr, daß König Friedrich klug und im vollen Verständnisse seiner Interessen gehandelt hat, als er damals die Allianz mit Frankreich abschloß, und daß er, ohne diesen Schritt zu thun, nach menschlichem Ermessen nicht nur nicht im entferntesten einen Gewinn, wie er ihn aus jenem Kriege davongetragen hat, erzielt, sondern überhaupt nicht einen Lohn sich zu sichern vermocht haben würde, der das kühne Wagnis von 1740 und all' die Opfer und Gefahren des Feldzuges aufgewogen haben würde. Denn wir dürfen es wohl für wahrscheinlich halten,

daß Frankreich zu einem direkten Eintreten in die Aktion sich in keinem Falle eher entschlossen haben würde, als bis es die Sicherheit erlangt, die preußische Armee wenigstens sich nicht feindlich gegenüberstehen zu finden; und daß ohne Frankreichs Kriegserklärung gegen Österreich dieses letztere zu einer nennenswerten Konzession, einer angemessenen Landabtretung nicht wohl zu bringen sein werde, davon mochte sich Friedrich jetzt überzeugt und auch erkannt haben, daß es seiner Macht allein doch nicht leicht fallen würde, Maria Theresia einen Frieden, wie er ihn wünschte, zu diktieren. Wenn er eine Zeit lang noch gehofft hatte, daß die Pression Englands in Wien stark genug sein würde, Österreich gefügiger zu machen, so hatten nun die argen Widersprüche in der englischen Politik jene Hoffnungen zerstört, und ohne das Bedenkliche, das die französische Allianz in sich schloß, zu verkennen, hielt er es für geboten, zu diesem letzten Mittel entschlossen und ohne Zeitverlust zu greifen.

Wir haben dabei, um nicht allzu weit in hypothetische Spekulationen zu gehen, noch gar nicht den Fall in Betracht gezogen, ob nicht doch vielleicht, wenn Preußen sich Frankreichs Werben auf die Dauer und ganz versagt hätte, dieses versucht haben würde, sich auf eigene Hand mit Österreich zu setzen und mit kleinen Konzessionen für sich und Bayern sich abfinden zu lassen, und ob nicht dann die Neider und Feinde Preußens den Mut gefunden hätten zu einer bewaffneten Unterstützung Maria Theresias.

Noch weniger aber möchte ich die Frage in Erwägung ziehen, ob nicht König Friedrich, wenn er in jener Krisis anders entschieden und mit dem geringeren Gewinne, den ihm die englische Vermittelung verhieß, sich begnügt hätte, den schweren Kämpfen und Gefahren, welche die Folgezeit ihm brachte, hätte entgehen können. Wer vermöchte eine solche Frage zu entscheiden? Und ließe sie sich entscheiden und bejahen, so würde man immer noch sagen müssen, daß in jenen schweren Kämpfen Friedrich der größte Feldherr seines Jahrhunderts und Preußen eine deutsche Großmacht geworden ist, ein Ziel des Schweißes eines Helden nicht unwert. Die Wahl zwischen der thatenlosen Stille einer friedfertigen Regierung und den Aufregungen und Gefahren, welche ein kühnes Wagen nach sich zieht, hatte der junge König nicht im Juni 1741, sondern bereits im Oktober 1740 getroffen, als er mit dem Einmarsch in Schlesien, wie er selbst sagte, den Rubicon überschritt; und der, welcher damals so kühn den Janustempel aufschloß, würde sich selbst ungetreu geworden sein, wenn er jetzt, vor dem Risiko, das ein Bündnis mit Frankreich in sich schloß, zurückbebend, mit einer kleinen Abfindung vorlieb genommen hätte.

An jenen ersten Anfang wird man in dem Momente, bei dem wir jetzt stehen, vielfach zurückerinnert. Auch damals hatte Podewils mit gleicher Dringlichkeit, gleichem Freimut, gleicher Gründlichkeit alles vorgebracht, was sich gegen das Unternehmen sagen ließ. Friedrich hatte ihn ruhig angehört, seine Gegengründe vorgebracht und gehandelt nach den freien Entschließungen des kühnen Mutes, der ihn beseelte.

Es war damals ganz bestimmt in Aussicht genommen worden, man wolle prinzipiell mit den Seemächten gehen und, falls diese nicht zu gewinnen wären, mit Frankreich. Jetzt schien der Moment der Entschädigung gekommen, und Friedrich hätte vielleicht seinem Minister es vorwerfen können, daß derselbe, der doch mit über den Rubicon gegangen, nun vor der weiteren Konsequenz

erschrak, obwohl er selbst eingestehen mußte, daß die englische Vermittelung herzlich wenig versprach.

Indessen, es war doch ein Glück für Friedrich, einen Ratgeber zu haben, der in der Stunde großer Entscheidungen freimütig, klar und folgerichtig die ganze Lage der Dinge mit den Konsequenzen, die sie im natürlichen Verlaufe der Dinge haben mußten, vor dem jungen König entwickelte und bedächtig alle die Hemmnisse beleuchtete, welche sich einem kühnen Vorstürmen entgegensetzen mußten. Der Gewaltige, bei dem die letzte Entscheidung war, mochte dann prüfen, ob ihm die Kraft inwohne, alle die Schranken zu durchbrechen, oder zu überspringen, und es war wenig Gefahr vorhanden, daß die Warnungsstimme des treuen Dieners dem kühnen Mute die Flügel lähmen würde.

König Friedrich war kein konstitutioneller Fürst, und Podewils kein verantwortlicher Minister in modernem Sinne; und wenn jener seine Entscheidung getroffen, führte dieser die Befehle aus, mochten sie auch seiner Überzeugung nicht entsprechen, es genügte ihm, sagen zu können: **dixi et salvavi animam meam.** Daraus erklärt es sich auch, daß er gar nicht auf einen Kompromißgedanken verfallen zu sein scheint, der die beiden widerstreitenden Ansichten wohl hätte in Einklang bringen können und welcher, wie es unserer jetzt bequem zu erlangenden Einsicht schnell einleuchtet, vielleicht der allerfruchtbarste gewesen wäre.

Wir sagten schon, nach menschlichem Ermessen würde Frankreich seine Aktion schwerlich begonnen haben, ohne wenigstens Sicherheit zu haben, daß es in keinem Falle auch Preußen in der Reihe seiner Gegner finden werde. Wie, wenn man nun versucht hätte, dieses Minimum zur Grundlage der Allianz mit Frankreich zu machen und ein Mehr nur so lange zu verheißen, als die eigenen Interessen es erforderten, mit anderen Worten, wenn man von Frankreich das Recht sich hätte zugestehen lassen, von dem Augenblicke an, wo Österreich die preußischen Forderungen zu erfüllen sich geneigt zeigen würde, in die Neutralität zurückzutreten? Gelang das, so konnte der König von Preußen es sich kaum besser wünschen, und auch Podewils hätte gegen eine solche Allianz kaum Einwendungen machen können, man war ja dann sicher, nicht zum Werkzeuge französischen Ehrgeizes zu werden und nicht länger Opfer zu bringen, als es die eigenen Interessen erheischten.

Und die Möglichkeit, eine solche Konzession zu erlangen, hat in der That wirklich vorgelegen. Unter dem 21. Mai aus Nymphenburg schreibt Belleisle an Valori, derselbe möge dem Könige von Preußen vorstellen, er dürfe nicht hoffen, daß Frankreich und seine Alliierten Anstrengungen machten bloß zu Preußens Vorteil, und denselben durch diese Vorstellungen dahin bringen, entweder einen Bundestraktat mit Frankreich zu schließen oder wenigstens einen Vertrag abzuschließen, dahin gehend, daß von dem Tage an, wo der König von Preußen ein gütliches Abkommen mit der Königin von Ungarn herbeigeführt haben werde, er eine strenge Neutralität beobachten werde gegenüber allen sonstigen Ansprüchen auf die österreichische Erbschaft [1]).

---

[1]) Mitgeteilt bei Ranke, Werke XXVII, 588. Daß das nur eben ein Vorschlag Belleisles gewesen wäre, ist allerdings möglich, aber es ist anderseits doch kaum wahrscheinlich, daß er eine so bestimmte Aufforderung an Valori gerichtet haben sollte, ohne der Zustimmung der maßgebenden Kreise in Paris sicher zu sein.

Daß ein solches Zugeständnis, wenn man es dem Könige entgegengebracht hätte, von diesem „gebührend zurückgewiesen worden wäre, als zugleich Anmaßung und Mißtrauen aussprechend“ [1]), erscheint kaum wahrscheinlich, vielmehr würde vermutlich Podewils mit Freude darnach gegriffen und ihm schon eine Form zu geben verstanden haben, die auch dem König zugesagt hätte. Aber Valori hat sich gehütet, derartiges anzubieten und Podewils eben sich gescheut, es zu verlangen, wohl schwerlich aus einem anderen Grunde, als weil man es für unmöglich hielt, daß Frankreich darauf eingehen könne, wie denn der Minister ebenso wie der König damals die Macht Frankreichs doch überschätzt haben. Würde ein Artikel dieser Art angenommen worden sein, so wäre die Politik König Friedrichs eine ungleich leichtere und einfachere gewesen, mancher vielfach gemißdeutete Schritt wäre ihm erspart geblieben, aber nach menschlichem Ermessen würden die Grenzpfähle des preußischen Schlesiens dann an der Neiße und Brinnitz zu suchen sein.

---

[1]) wie Droysen V, 1. S. 278 annimmt.

Achtes Kapitel.

Pragmatische und antipragmatische Verabredungen.

Mit dem Abschlusse der preußisch-französischen Allianz traten die europäischen Angelegenheiten in ein neues Stadium. Zu dem Kampfe zwischen Österreich und Preußen, dem Kriege um Schlesien, ward jetzt ein zweiter Krieg beschlossen, um die Erbschaft Kaiser Karls VI., zu führen von Bayern im Bunde mit Frankreich gegen Österreich.

Was den Leiter der französischen Politik, den Kardinal Fleury, anbetraf, so ist es zwar unzweifelhaft, daß er vom Anfang an entschlossen war, nach dem Tode Kaiser Karls VI. Anstrengungen zu machen, um die Kaiserwahl des Großherzogs von Toscana, von dem man immer noch Ansprüche auf sein Stammland Lothringen fürchten mußte, zu verhindern und dafür in der Person des Kurfürsten von Bayern einen befreundeten Reichsfürsten auf den Kaiserthron zu bringen; aber nicht gleich sicher ist es, ob er ebenso bestimmt auch eine militärische Unterstützung der bayerischen Erbansprüche, also einen Krieg zur Vergrößerung Bayerns in Aussicht nahm. Wie es scheint, hat der Einfluß der glänzenden Persönlichkeit des Marschalls Belleisle und dessen Beredsamkeit erst den König Ludwig XV. für die Kriegspläne gewonnen; der Kardinal hatte nachgegeben, doch in der Absicht, Frankreich möglichst hinter den Coulissen zu halten, den Kampf gegen Österreich durch deutsche Reichsfürsten führen zu lassen, wenn auch mit französischer Unterstützung.

Wir werden die nun folgenden Unterhandlungen etwas eingehender, als wir dieselben oben [1]) bei Gelegenheit der Kriegsoperationen angedeutet haben, darzustellen nicht umhin können.

Marschall Belleisle, der die Hauptrolle bei der Ausführung der französischen Pläne ersehnt und übertragen erhalten hatte, erschien Anfang März 1741 in Deutschland und begann seine Rundreise an den deutschen Höfen, allerdings nicht mit allzu großem Glücke, denn gerade die, auf die man am meisten gezählt hatte, nahmen Anstand, sich zu binden; Sachsen blickte allzu ängstlich auf Preußen, und selbst Bayern vermied nähere Erklärungen, bis man König Friedrichs sicher sein würde. Preußen aber griff keineswegs so eifrig zu, wie man gemeint hatte, es zögerte, stellte Bedingungen und, wie

---

1) S. 215.

wir wissen, mußte Belleisle das schlesische Hauptquartier verlassen, ohne die ersehnte Allianz erreicht zu haben.

Er begab sich nun nach Mainz und dann nach München, und auf dem nahen Lustschlosse Nymphenburg kam unter seiner Vermittelung am 28. Mai ein Traktat Bayerns mit Spanien zustande, der Bayern seitens der letzteren Macht eine ansehnliche Geldunterstützung und die Verwendung bei der Kaiserwahl zusichert [1]). Daß kurz vorher (den 12. Mai) an demselben Orte auch ein Vertrag zwischen Frankreich und dem Kurfürsten geschlossen worden sei, in welchem der letztere jener Macht u. a. Eroberungen am Rheine zugesichert habe, darf nunmehr, wie lange man auch an die Sache geglaubt hat, als Fabel und der vielfach verbreitete Text des Vertrages als eine Fälschung angesehen werden [2]); im Gegenteil sehen wir Belleisle gerade in den Tagen, wo er jenen Vertrag abgeschlossen haben sollte, dem französischen Gesandten Valori den Auftrag geben, dem Könige von Preußen vorzustellen, daß Frankreich sich nicht dem Kurfürsten gegenüber binden könne, ohne Preußens sicher zu sein [3]).

Bald aber entschloß er sich doch, bei seinem Hofe auf entschiedenere Maßregeln hinzudrängen, ohne welche man weder die Allianz Preußens, noch die Sachsens haben werde; selbst der Kurfürst von Mainz zögere, sich für Bayern zu erklären, so lange es noch nicht gewiß scheine, daß Frankreich diesen ernstlich zu unterstützen gesonnen sei. In diesem Sinne schrieb Belleisle an den französischen Minister des Auswärtigen am 6. Juni [4]), also zu einer Zeit, wo die Nachricht von dem preußisch-französischen Bundesvertrage ihm noch nicht zugekommen war.

Mit Jubel begrüßt er diese dann, als sie ihm zukommt, als die größte, willkommenste, entscheidendste Nachricht nach jeder Rücksicht hin, die es unter den gegenwärtigen Umständen hätte geben können [5]); dem König schreibt er enthusiastisch, man werde ihm Wort halten, im August würden die französischen Fahnen jenseits des Rheins wehen, und bereits Ende Juni werde ein bayerisches Corps von 12- bis 13,000 Mann an der Grenze Ober-Österreichs stehen.

Und als von dem französischen Minister Amelot eine Antwort eintrifft, welche die großen Kriegspläne Belleisles mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit ablehnt und für dies Jahr sich mit einer Geldunterstützung von 2 Millionen Livres an den Kurfürsten und einem möglichst schnell auszurüstenden Hilfscorps von 20,000 Mann für diesen Fürsten begnügen will [6]), eilt der Marschall selbst nach Versailles und setzt in einer Staatsratsitzung am 11. Juli seinen Kriegsplan durch, die schleunige Ausrüstung zweier französischer Heere, die Mitte August den Rhein überschreiten sollten. Erst jetzt (am

---

1) Aretin, Bayer. Staatsvertr., S. 390.

2) Vgl. Droysen, Der Nymphenburger Vertrag von 1741 (in dessen Ges. Abhandlungen, S. 230, und Heigel, Der österreichische Erbfolgestreit, S. 134 ff. und 351 ff.

3) Nymphenburg, den 21. Mai; bei Ranke, Werke XXVII, Analekten S. 588.

4) Anführungen bei Heigel a. a. O., S. 141.

5) An Valori, den 8. Juni; bei Ranke a. a. O., S. 589.

6) Anführung aus einem Briefe Amelots am 26. Juni; bei Heigel a. a. O., S. 143.

16. August) wird eine Konvention zwischen Frankreich und Bayern geschlossen, welche die Ausdehnung und Art der Hilfe festsetzt, die der allerchristlichste König dem Kurfürsten von Bayern leisten soll und zwar auf Grund des älteren Bundesvertrages vom 12. November 1727, allerdings in einer Weise, mit der Bayern sehr wenig zufrieden sein konnte, das über die ihm zugedachten Eroberungen bestimmte Zusagen ebenso sehr vermißte wie über die Unterhaltung der französischen Truppen [1]).

Die Berufung auf den Vertrag von 1727 hatte Fleury deshalb gewählt, weil es seine Meinung war, daran festzuhalten, daß Frankreich keinen Krieg gegen Österreich unternähme, sondern nur eine durch alte Traktate ihm auferlegte Bundespflicht gegen Bayern erfülle, eine Fiktion, die wirklich während des ganzen Krieges fortwährend aufrecht erhalten worden ist.

Belleisle eilte dann von Paris nach Frankfurt, um dort für die Kaiserwahl des bayerischen Kurfürsten nach Kräften zu wirken.

Wenn Belleisle und Frankreich überhaupt jetzt wirklich mit Eifer die Kriegsrüstungen betrieb, so trug unzweifelhaft viel dazu bei das unermüdliche Drängen des Königs von Preußen. Derselbe ließ geradezu seinen Rücktritt von dem Bündnisse fürchten, wenn man nicht Ernst zeige. Er schreibt unter dem 18. Juni an Valori: „Ich erkläre Ihnen, daß ihr ganzer Vertrag null und nichtig ist, wenn nicht Schweden auf Frankreichs Veranlassung in Aktion tritt, wenn der Kurfürst von Bayern nicht zum Handeln kommt und Belleisle nicht in Deutschland einrückt, um noch diesen Sommer in Böhmen und Österreich zu agieren. — — Wenn man in Frankreich sich einbildet, mich an der Nase herumzuführen, täuscht man sich.“ [2])

Noch vor Ablauf von 3 Wochen erwartete er das bayerische Heer mobil zu sehen [3]), und Valori erklärte er mündlich, daß, wenn die Franzosen nicht im Monat Juli bereit wären, in Aktion zu treten, sie auf ihn nicht mehr rechnen dürften, als auf Blätter im November [4]).

Da er besorgt, daß, so wie das Geheimnis dieses Bundes ruchbar würde, Rußland, England, Hannover und Sachsen für Österreich die Waffen ergreifen könnten, so soll, während Rußland durch Schweden im Schach zu halten sein wird, vornehmlich England durch Weiterspinnen der Unterhandlungen getäuscht werden. Von 3 Wochen, meint er, hänge das Heil Preußens ab [5]).

Bei weitem nicht so schnell, wie es Friedrich gehofft hatte, erfolgte die Rüstung der Verbündeten; doch auch die pragmatischen Mächte zeigten sich, als der Schleier jenes Geheimnisses sich zu lüften begann, ungleich weniger kriegslustig, als der König und sein Minister vorausgesetzt hatten.

Der englische Gesandte hat sich, wie wir noch näher sehen werden, nur sehr langsam und schwer entschlossen, an das preußisch-französische Bündnis zu glauben; so weit ist die Täuschung vollständig gelungen, und für Friedrich

---

1) Heigel a. a. O., S. 145.
2) Polit. Korresp. I, 263.
3) An Belleisle; ebd. S. 258.
4) Audienz vom 24. Juni. Valoris Bericht vom 1. Juli; bei Ranke, Werke XXVII, 590.
5) An Podewils, den 31. Mai; Polit. Korresp. I, 252.

erwuchs aus der Geheimhaltung des Vertrages noch ein besonderer Vorteil, dessen Bedeutung je länger je mehr sich bemerkbar machte, durch den Umstand, daß ihm nämlich fort und fort unverwehrt blieb, ganz offen sich durch England Anerbietungen aus dem Lager der Gegner machen zu lassen, ohne daß er genötigt war, zugleich die Interessen seiner Verbündeten zur Sprache zu bringen und deren Befriedigung gleich von vornherein mit zur Bedingung zu machen.

Wenn er dann auch ganz loyal dem Verbündeten von jenen Anerbietungen und ihrer Ablehnung Kenntnis gab, so war das immerhin für diesen ein Wink, sich der Opfer, die er dem Bunde bringe, bewußt zu werden und dieselben durch verdoppeltes Entgegenkommen zu vergelten. Und wenn einstens der Verbündete seine Schuldigkeit zu thun säumte, Ursache zu Mißtrauen, zur Unzufriedenheit, Grund zu einem Bruche, zu einem Zurücktreten von dem Vertrage bot, so konnte es wohl willkommen sein, die Brücke auf das andere Ufer bereits halb gebaut zu finden.

Was Lord Hyndford anbetrifft, so sehen wir bereits, wie sehr peinlich ihm der Zwischenfall der Haager Erklärung gekommen war, und wie er versucht hatte, von der unliebsamen Eröffnung sich überhaupt entbinden zu lassen. Jetzt erhielt er unter dem 2. Juni die Antwort seitens des Staatssekretärs Lord Harrington[1]): Da die verzögerte Eröffnung jener Resolution anderswo (in Wien) so übel vermerkt worden, möge er dieselbe nun doch in Gemeinschaft mit General Ginckel vortragen, aber möglichst vorbeugen, daß der König von Preußen daran Anstoß nehme und auf eine Änderung der englischen Politik schließe. Die Verabredung mit den Generalstaaten datiere aus der ersten Zeit nach dem Einmarsche in Schlesien, und nur die Langsamkeit des holländischen Gouvernements trage die Schuld, wenn dieselbe erst jetzt ans Licht trete. Aus Wien lauteten die Nachrichten allerdings wenig günstig; die Königin von Ungarn sei nicht geneigt, das erste Angebot zu thun, weil sie sich dadurch die Hände binde, während Preußen freie Hand behalte, wolle auch von dem sechsmonatlichen Waffenstillstand als zu vorteilhaft für Preußen nichts hören. Überhaupt möge Hyndford im Vertrauen mitteilen, es werde sehr schwer sein, von Österreich eine Abtretung gerade in Schlesien durchzusetzen, eine Entschädigung an anderem Orte (Jülich-Berg) würde sich viel leichter machen lassen. Ganz im geheimen erhält der Gesandte dann noch die Weisung, mit Schwichelt zusammenzuwirken. Seit der englische Hof in Hannover war, hatte sich für die dortigen Minister genug Gelegenheit gefunden, dem englischen Kollegen klar zu machen, daß ihr Gesandter eigentlich viel weiter mit dem Könige von Preußen gekommen sei, als der englische, und in Erwägung einerseits des lebhaften Wunsches, den König von Preußen irgendwie zu engagieren und von Frankreich fernzuhalten, anderseits der Hoffnungslosigkeit der Wiener Vermittelung hatte man sich ganz gern den hannöverischen Sondervertrag gefallen lassen und nichts einzuwenden gegen etwa hieraus für Hannover zu gewinnende Vorteile.

So mußte denn Hyndford den sauren Weg ins Lager machen, um dem Könige jene Eröffnung der Seemächte zu überbringen. Am 9. Juni traf er mit General Ginckel im Hauptquartiere zu Grottkau ein. Aber es gab dies-

1) Londoner Record office.

mal keine heftige Scene. Der König, für den es sich nach dieser Seite hin jetzt nur noch um ein Hinhalten mit freundlichen Worten handelte, hatte es sich vorgenommen, sehr liebenswürdig zu sein, und bereits durch Podewils versichern lassen, daß er über die österreichische Antwort nicht erzürnt sei [1]). Er empfängt die fatale Eröffnung sehr ruhig und erklärt nur kurz, er vermöge jetzt keine Antwort zu geben, weil er keinen Minister hier habe. Nachträglich aber ward Hyndford durch Graf Haacke zu dem König beschieden, der ihn noch zu sprechen wünsche. Erneute Beschwörungen des Gesandten, im Interesse der Erhaltung der deutschen Reichsverfassung und des protestantischen Glaubens zur Verständigung mit Österreich die Hand zu bieten, unterbrach Friedrich mit der Frage, was er zu proponieren habe. Hyndford proponierte auf Grund einer allerdings nicht ganz offiziellen Andeutung des Grafen Kinsky an Robinson [2]) Glogau mit Schwiebus und Grünberg unter der Form einer Hypothek, worauf der König erwiderte, er freue sich, daß England sich so interessiere, indessen sei das zu wenig gegenüber den Ansprüchen, die er auf verschiedene Herzogtümer habe, und lohne nicht, viel Geld dafür auszugeben. Im Anfange des Krieges hätte er sich vielleicht damit begnügen können, jetzt aber, wo er so viel Geld aufgewendet, eine Schlacht gewonnen und verschiedene Belagerungen durchgeführt, sei ein Fürstentum zu wenig [3]). In mehreren der Landschaften, die er beanspruche, fänden sich jetzt noch die Beweise der Herrschaft seiner Vorfahren, in Jägerndorf sähe man noch hier und dort die Wappen der Hohenzollern. Er könne nicht mit dem vierten Teile von dem zufrieden sein, was ihm zukomme. Ein Mann, der 4000 Kronen von einem anderen zu erhalten habe, werde sich nicht leicht mit 1000 abspeisen lassen. Wenn er wolle, könne er sich zum Herrn von ganz Schlesien machen; dann werde die Königin wohl bessere Bedingungen bieten und Niederschlesien mit Breslau nicht für zu viel finden. Soll ich sie, sagte er, noch einmal schlagen und sie ganz aus dem Lande treiben?

Wenn England sich ernstlich anstrenge, würde es bessere Angebote in Wien auswirken können, vier Fürstentümer und Ersatz der Kriegskosten. Eifrig bemerkt der Gesandte, das letztere sei doch wohl kaum zu beanspruchen, der König habe den Krieg begonnen und habe es in seiner Hand, einen ehrenvollen Frieden zu schließen, seine Seelengröße und Großmut zu zeigen.

„Mylord“, unterbricht ihn hier der König, „davon nichts, ein König darf sich nur durch die Interessen seines Landes leiten lassen.“

Auf eine Einladung des Königs sehen die beiden Gesandten dann noch die preußische Armee vorbeidefilieren in der Richtung gegen Neiße auf den Feind zu. Sie mochten das als thatsächliche Antwort ansehen auf ihre Auf-

---

[1]) An Podewils, den 31. Mai; Polit. Korresp. I, 252.

[2]) Wie Arneth (S. 226) berichtet, habe Kinsky (am 25. Mai) nur davon gesprochen, daß jene Landschaften „auf eine Zeit“ als Pfand gelassen werden sollten, die Zeit müsse jedoch im voraus genau bestimmt werden. Diese Beschränkung erscheint in dem Schreiben Robinsons von demselben Tage (Londoner Record office) verwischt.

[3]) Der König, sagt Hyndford in seinem Berichte vom 11. Juni (Londoner Record office), rechnete Schwiebus und Grünberg zu Glogau, und wir dürfen hinzusetzen, ganz mit Recht. Größere Mitteilungen aus dem Berichte bei Coxe, History of the house of Austria III, 254.

forderung, Schlesien zu räumen, erhielten aber doch noch eine besondere des Inhaltes, der König habe immer nach einem vernünftigen Accommodement mit dem Wiener Hofe gestrebt, aber seine Forderungen stets mit Hochmut abgewiesen gesehen. Er danke den Seemächten für ihre Freundschaftsversicherungen und hoffe, daß sich dieselben nie von der Unparteilichkeit entfernen und noch weniger von ihm Zugeständnisse verlangen würden unverträglich mit seiner Ehre und den unbestrittenen Rechten seines königlichen Hauses [1]).

Selbst Hyndford täuschte sich wohl darüber nicht, daß, wie die Sachen lagen, die Aussicht auf eine Verständigung zwischen den kriegführenden Parteien sehr gering seien. Vielleicht daß ein Ereignis auf dem Kriegstheater oder am diplomatischen Horizonte neue Chancen brachte. In dieser Zeit der Windstille war dann, wie dies ja oft geschieht, die Fama besonders geschäftig, und die damals angesponnenen Besprechungen über die Auswechselung der Kriegsgefangenen ließen ein weit verbreitetes Gerücht entstehen, der König von Preußen habe an Neipperg einen Trompeter gesendet mit einem Briefe an den Großherzog. Dieser letztere habe dann infolge davon in einem Ministerrate nach fünfstündiger heftiger Debatte und trotz des Widerspruchs einiger älterer Minister und vor allem des Klerus es durchgesetzt, daß dem Könige von Preußen Glogau, Wohlau und Liegnitz abgetreten werde. Hyndford berichtet aus Breslau davon [2]), Graf Brühl aus Dresden [3]), aber Robinson beeilt sich von Wien aus zu widersprechen. Es sei eine lächerliche Erfindung, schreibt er unter dem 21. Juni, unglaublich für jeden, der den Wiener Hof kenne. Gar nicht einmal sprechen dürfe er hier von jenen Forderungen Preußens. Wenigstens erziele er kein anderes Resultat damit, als ein erneuertes Rufen nach der traktatmäßigen Hilfe Englands [4]).

Indessen auch von anderer Seite war die Fama thätig. Es entstand damals das Gerücht von jenem angeblich am 18. Mai zu Nymphenburg abgeschlossenen und am 4. Juni zu Versailles ratifizierten Traktate, in welchem Karl Albert von Bayern durch eine weitgehende Preisgebung deutscher Reichsländer die Hilfe Frankreichs erkauft habe. Bereits unter dem 12. Juni berichtet der österreichische Gesandte aus Paris von einem kürzlich zu München zwischen Frankreich und Bayern abgeschlossenen Offensiv- und Defensivbündnisse. Das verfehlte denn doch nicht einen gewissen Eindruck zu machen; auch kam dazu, daß unter dem 21. Juni Lord Harrington noch einmal in dringendster Form den Wiener Hof zur Verständigung mit Preußen gemahnt hatte. Man dürfe keinen Augenblick zögern, sonst einige sich Preußen und Frankreich, und ein langer, doppelt gefährlicher Krieg stehe bevor. Nicht bloß eine oder zwei Landschaften, nein, die ganze Erbschaft der Königin von Ungarn stehe auf dem Spiele. Sollte der Wiener Hof länger beraten, ob er einen seiner mächtigen Feinde durch Verpfändung einer kleineren oder größeren Strecke in Schlesien gewinnen solle, sollte er länger in dieser Verblendung verharren, so solle Robinson ihm fühlen lassen, daß dem König von England

---

1) Den 15. Juni; Londoner Record office. Unter dem 18. Juni abgedruckt in „Geschichte und Thaten Maria Theresias“ (1743), S. 445.

2) Den 14. Juni; Londoner Record office.

3) An Bünau, den 16. Juni; Dresdner Archiv.

4) An Hyndford; Londoner Record office.

dies als ein schlechter Dank erscheine für so viele wesentliche und kostspielige Beweise seiner Neigung, Österreich beizustehen und es aufrecht zu erhalten. Es sei zu fürchten, daß dieses aus Eigensinn und Thorheit sich und England in einen gefährlichen Krieg stürze [1]). Gleichzeitig erhielt der Gesandte noch einen Brief des Königs offenbar mit der Bestimmung, denselben ganz mitzuteilen, in welchem die Gewinnung Preußens als das einzige Mittel hingestellt wurde, um einen hoffnungslosen, unnatürlichen und verderblichen Krieg zu vermeiden, in welchen England mit Eifer und Energie eintreten zu sehen man unmöglich erwarten könne [2]).

So viel wurde erreicht, daß die preußischen Forderungen wenigstens ernstlich diskutiert wurden, allerdings mit geringem thatsächlichem Erfolge. Die Fürstentümer Schweidnitz-Jauer, an Preußen abgetreten, würden, machte man geltend, die Sicherheit Böhmens gefährden und Wohlau das übrige Schlesien von Polen und den dort hindurchgehenden Handelsstraßen abschneiden.

Bartenstein, für welchen doch der konfessionelle Gesichtspunkt mehr, als er selbst eingestand, maßgebend war [3]), blieb dabei, man möge lieber an anderen Stellen große Konzessionen machen, nur nicht an König Friedrich, lieber alle italienischen Besitzungen dem Könige von Sardinien überlassen, als einen Fußbreit Landes in Schlesien an Preußen. Der Großherzog erklärte Robinson, mehr als Glogau werde in der That nicht zu erlangen sein, und wenn er es selbst vorschlagen wollte, werde er nicht Einfluß genug haben, es durchzusetzen; er gab zu, daß die Hartnäckigkeit, die man hier zeige, verderblich werden könne, aber er vermöge nichts zu thun, ihm selbst habe es in der öffentlichen Meinung bereits schwer geschadet, daß er in gewisser Weise den preußischen Forderungen das Wort geredet habe. Übrigens schloß auch er mit einer Beschwerde darüber, daß England immer auf Abtretungen dringe, statt werkthätige Hilfe zu leisten. „Wenn ihr nur nicht durch jenen verwünschten Graben (den Kanal) vom Kontinente geschieden und dadurch selbst gesichert wäret, ihr würdet ganz anders denken.“ [4])

Und die Königin ließ sich durch des Gesandten Vorstellungen zwar zu den heftigsten Äußerungen des Schmerzes und leidenschaftlichen Klagen bewegen, aber von Abtretungen in Schlesien wollte doch auch sie nichts hören; Glogau war ihr schon zu viel. „Was wollte ich nicht hergeben“, rief sie, „wenn es nur nicht in Schlesien sein müßte; ich will alles, was wir in Geldern haben, abtreten, und wenn dies noch nicht genügt, auch noch mehr!“ Am allerliebsten freilich wäre ihr gewesen, gerade an Preußen gar nichts abzutreten und dafür eine Abkunft nach anderer Seite zu treffen, etwa eine Abfindung Bayerns; ihr beliebtester Refrain war: „wenn nur der König von England marschieren lassen wollte“, was sie immer aufs neue wiederholte [5]).

---

1) Raumer, S. 132.

2) Bei Ranke, S. 457, Anm. 1. Der Druckfehler 21. Januar statt 21. Juni ist auch in die neue Bearbeitung übergegangen.

3) Recht charakteristisch ist für ihn eine Äußerung, die er 1742 that: „es ist klar, wie Frankreich die Deutschen durch die Deutschen, so will England die Katholiken durch die Katholiken zugrunde richten; angeführt bei Droysen V, 2. S. 37.

4) Robinson, den 27. Juni; bei Raumer, S. 135.

5) Robinson vom 2. Juli; Coxe, House of Austria III, 256.

Indessen seit Frankreich sich erklärt hatte, war die Gefahr dringend geworden, und in den großen Ministerkonseils, welche sich damals Ende Juni häuften, hat die Entscheidung, ob man nicht doch auf die preußischen Forderungen mehr eingehen solle, hin- und hergeschwankt, und die Königin selbst hat zu dem päpstlichen Nuntius geäußert, ihre Verbündeten würden sie zwingen, einen noch schlechteren Frieden abzuschließen, als den von Belgrad [1]. Am 1. Juli berichtet der englische Gesandte aus Paris, sein österreichischer Kollege habe ihm erzählt, ein Ministerrat in Presburg habe nach längerer Debatte sich doch für Fortsetzung der Krieges entschieden [2], und am 2. Juli ward die Frage noch einmal erörtert [3]. Was war es nun, das da den Ausschlag gab?

Als sei es der englischen Vermittelungspolitik bestimmt gewesen, sich selbst immer die größten Steine in den Weg zu werfen, traf in diesem Augenblick der Vertrag ein, welchen am 24. Juni Graf Ostein zu Hannover abgeschlossen hatte, und demzufolge Hannover sich verpflichtete, gegen einen ansehnlichen Teil der vom englischen Parlamente für Österreich bewilligten Subsidiengelder der Königin von Ungarn Truppen zu stellen. Jetzt war ja das erfüllt, was die Königin immer als das Allererwünschteste bezeichnet hatte: der König von England ließ marschieren; von den verhaßten Konzessionen an Preußen durfte nun nicht mehr die Rede sein, man war voll Freude und Dankbarkeit gegen den Alliierten [4].

Es läge sehr nahe, anzunehmen, dieser merkwürdige Vertrag wäre geschlossen worden unter dem Eindrucke der Kunde von Friedrichs Bündnis mit Frankreich, welches allerdings gerade eben damals Ende Juni in Hannover ruchbar wurde. Indessen hat es sich in Wahrheit mit dem Vertrage vom 24. Juni sehr anders verhalten, und es lohnt in der That, die Genesis desselben mit einigen Worten zu schildern.

Am 19. April hatte bekanntlich König Georg in jener berühmt gewordenen Anrede an das Parlament zugleich 300,000 Pfd. Sterling Subsidien für die Königin von Ungarn gefordert. Als er sich dazu entschloß, faßte er zugleich einen anderen schönen Plan.

Friedrich der Große sagt einmal sehr mit Recht, König Georgs Augapfel sei der hannöverische Schatz. Für diesen Schatz englisches Geld zu gewinnen, mochte ihm ganz besonders lockend erscheinen, vielleicht schon deswegen, weil dies so schwer zu erreichen war. Jetzt stand nun ein Krieg mit Frankreich in Aussicht, man mußte rüsten, und woher solle das viele Geld kommen, klagt er einst gegen seine Minister, das Militär koste ihm ohnehin so entsetzlich viel [5]. Wie, wenn es nun gelang, von jenen Österreich bewilligten englischen Subsidien eine ansehnliche Summe zu erlangen und so indirekt die Verteidigung Hannovers gegen Frankreich ganz auf Englands Kosten zu bewirken?

---

1) Robinson, den 27. Juni; bei Raumer, S. 135.
2) Ebd. S. 137.
3) Bünau an Graf Brühl, den 5. Juli; Dresdner Archiv.
4) Daß dies den Ausschlag gegeben, versichert Bünau a. a. O. und ebenso Coxe, p. 256, auf Grund Robinsonscher Berichte.
5) Den 20. März 1741; Hannöv. Archiv.

Man zögerte keinen Augenblick, den Versuch zu machen. Unter dem 21. April bereits, also unmittelbar nach der Parlamentsrede, berichtet Graf Ostein aus London nach Wien Folgendes [1]: eine ansehnliche und vom König Georg eigens autorisierte Person, der er habe das Wort geben müssen, ihren Namen nicht zu nennen, habe ihn aufgesucht und Nachstehendes in Vorschlag gebracht:

Als Kurfürst sei Georg nur zur Stellung seines traktatmäßigen Quantums verpflichtet; da er jedoch mehr Truppen auf den Beinen habe, auch mehrere noch anwerben könne, würde es im Interesse der Königin von Ungarn liegen, von dem englischen Ministerium Geld zur Anwerbung hannöverischer Truppen zu erlangen. Als Graf Ostein erwiderte, in Wien würde man vielleicht erwarten, daß ein Bundesgenosse auch ohne besondere Belohnung mit allen seinen Kräften Beistand leiste, ereiferte sich der königliche Vertraute gewaltig über solche Zumutung. Vergebens machte dann der Graf geltend, Hannover habe dabei doch auch das Interesse eigener Sicherheit, für welches es kämpfe, und außerdem ständen ja vielleicht auch Conquêten in Aussicht; man war schnell mit der Antwort bei der Hand, Rußland habe sich bereits sehr entschieden gegen alle Eroberungen erklärt, und die englischen Minister hegten eine gleiche Gesinnung. Der Eindruck, den der Gesandte von der ganzen Unterredung empfing, war der, daß man ohne die gewünschte Geldzuwendung von Hannover nichts werde erlangen können.

Die Unterredung hatte noch eine andere Folge. Wie es scheint, war der österreichische Hof und auch dessen Gesandter der Ansicht gewesen, die vom Parlamente bewilligten 300,000 Pfd. Sterl. seien zur Ausrüstung der traktatmäßigen englischen Hilfsvölker bestimmt, und wahrscheinlich erst infolge einer Anregung seitens eines der Führer der Opposition, Lord Carteret, trat man dem Gedanken, von England außer der Unterstützung an Mannschaft noch eine Geldhilfe zu verlangen, näher. Auf eine Anfrage bei dem Herzog von Newcastle und dem Schatzkanzler Sir Robert Walpole antwortete dieser, er habe sich gewundert, nicht solchen Antrag bereits erhalten zu haben, es sei nicht Sitte, jemandem Geld aufzudrängen, worauf dann Ostein am 23. April eine Denkschrift einreichte, welche nun neben der Truppenstellung die Subsidien beantragte [2]. Zu dem letzteren waren die englischen Minister um so geneigter, je mehr sie von dem ersteren entbunden zu sein gewünscht hätten, wenngleich die letzten Parlamentsbeschlüsse ihre Verpflichtung auch nach dieser Seite hin außer Zweifel stellten.

Übrigens legten sie einen großen Eifer an den Tag, ihrem König die von diesem so sehr gewünschte Gratifikation zu verschaffen, welche in der ansehnlichen Höhe von 200,000 Pfd. Sterl. in Aussicht genommen waren, so daß also zwei Dritteile der vom Parlamente bewilligten Subsidiensumme gleich von vornherein für den hannöverischen Schatz unter der Firma der Truppenanwerbung abgegeben werden sollten. Als Graf Ostein 50,000 Pfd. abzuhandeln versuchte, ward Harrington äußerst empfindlich und drängte sehr darauf, daß der Gesandte noch vor der nahe bevorstehenden Übersiedelung des Königs nach Hannover jenem Abkommen zustimme. Es schien in der That

[1] Wiener Archiv.
[2] Graf Ostein, den 3. Mai; Wiener Archiv.

die Sache sich so zu stellen, daß, ohne auf die Befriedigung König Georgs mit jenen 200,000 Pfd. einzugehen, die Subsidien überhaupt nicht leicht flüssig zu machen sein würden [1]). So stimmte denn Graf Ostein zu, allerdings ohne dazu autorisiert zu sein, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung seiner Regierung erlangen zu können, und dem Könige konnte am Abend vor seiner Abreise, den 16. Mai, noch ein Entwurf des Vertrages mit der so sehr ersehnten Bewilligung vorgelegt werden [2]), wenngleich der eigentliche Abschluß erst später in Hannover erfolgen sollte.

Vielleicht mehr noch als der gewisse Druck, der in dieser Sache auf die österreichische Regierung geübt worden war, hatte diese zur Zustimmung geneigt gemacht die Hoffnung, auf diese Weise England schnell unter die Waffen bringen zu können und zwar, worauf alles anzukommen schien, gegen Preußen. Wir erinnern uns, wie Maria Theresia gegen Robinson immer wiederholte: „Wenn nur der König von England marschieren lassen wollte!“ Nun schien man es so weit bringen zu können.

Freilich mochte es dem Gesandten schon befremdlich erscheinen, daß König Georg bei der Abschiedsaudienz, wo er allerdings (der Gesandte schreibt, wie gewöhnlich, vor seiner Reise) sehr übler Laune war, wiederum die Notwendigkeit, sich mit Preußen zu verständigen, nachdrücklich hervorhob. Er selbst, sagte er, habe ja am lebhaftesten gewünscht, die Macht dieses Nachbarn verringern zu können; unter den obwaltenden Umständen gehe das nun aber nicht an [3]).

Die Hauptschwierigkeiten begannen nun aber erst, als Graf Ostein, dem Könige nach Hannover nachfolgend, die Formulierung der Verträge in die Hand nahm. Es handelte sich eigentlich um drei verschiedene Verträge. Den ersten hatte England in Ausführung der Parlamentsbeschlüsse mit der Königin von Ungarn abzuschließen und zwar dahin, daß jenes dieser aufs neue die Entsendung der traktatmäßigen Hilfe von 12,000 Mann und die Zahlung von 300,000 Pfd. Sterl. zusagte; ein zweiter Vertrag, der als Zusatz zu jenem ersten gefaßt wurde, sollte zwischen Maria Theresia und dem Kurfürsten von Hannover verabredet werden, dem zufolge dieser außer seinem traktatmäßigen Kontingente von 3000 Mann noch 10,000 Mann stellen wollte gegen eine Entschädigung von 200,000 Pfd. Sterl. aus den englischen Subsidien; die dritte Konvention sollte dann die Verwendung und Unterhaltung der gesamten Hilfstruppen regeln.

Obwohl nun der erste dieser Verträge eigentlich keine Schwierigkeiten hatte, so hielt man doch daran fest, nur alle drei zusammen unterzeichnen zu wollen, wo dann wesentliche Differenzen sich herausstellten. Wenn Graf Ostein noch in London bei den ersten Besprechungen verlangt hatte, die Truppen müßten Anfang Juni marschbereit sein, so war ihm bedeutet worden, das sei einfach unmöglich, über den Termin werde überhaupt König Georg erst Entscheidung treffen können, wenn er, in seinen deutschen Landen angekommen, sich vom Stande der Dinge dort selbst unterrichtet haben würde. Als dann die Verhandlungen in Hannover wieder aufgenommen wurden,

---

1) Desgl. den 13. und 16. Mai; Wiener Archiv.
2) Akten über den Vertrag vom 24. Juni; Hannöv. Archiv.
3) Ostein, den 16. Mai; Wiener Archiv.

blieb König Georg dabei, daß als frühster Termin für den Beginn der Operationen ein Monat nach Ratifikation des Vertrages angenommen werden könne, und das Äußerste, was die österreichischen Gesandten durchzusetzen vermochten, war, daß man an Stelle von Ratifikation Unterzeichnung setzte.

Die größte Schwierigkeit lag jedoch auf einem anderen Punkte. Das Wichtigste an dem ganzen Vertragswerke sah Maria Theresia in dem Vertrage mit Hannover resp. in der Verpflichtung des Kurfürsten, so schnell als möglich eine Diversion gegen Preußen zu unternehmen. Eine solche, hoffte man, würde dann sicher Sachsen mit fortreißen, und wären die beiden im Felde, hätte Rußland keinen Vorwand mehr, seinen traktatmäßigen Beistand länger zu verzögern. In dieser Absicht hatte Graf Ostein in den von ihm ursprünglich eingereichten Vertragsentwurf die Bestimmung gesetzt, Hannover verpflichte sich Anfang Juni, mit den in englischem Solde stehenden Dänen und Hessen verbunden, mit den eigenen Truppen eine Diversion gegen Preußen aus den kurhannöverischen Landen zu machen, oder wo die Königin von Ungarn es sonst für gut finde. Darauf hatte man aber vonseiten des hannöverischen Ministeriums sogleich erwidert: da in dem englischen Haupttraktate keine einzelne Macht genannt sei, gegen welche der Vertrag gerichtet sein solle, werde dies auch in dem hannöverischen Nebentraktate besser unterbleiben, und als am 13. Juni in einer Konferenz zu Hannover, welcher außer den Ministern Münchhausen und Lenthe Graf Ostein und der österreichische Gesandte in Hannover Jaxtheim beiwohnten, die letzteren diesen Punkt wiederum urgierten, blieben jene dabei, man dürfe den Vertrag so nicht fassen, ohne vorher die englischen Minister zu befragen; auch könne man sich nicht bestimmt gegen Preußen engagieren, da man mit dieser Macht in Unterhandlungen stehe, deren Succeß zu erwarten stände. Ostein antwortete, er sei instruiert, ohne diesen Passus nicht zu schließen, gerade eben vornehmlich gegen Preußen wolle die Königin die Hilfsvölker gebrauchen, das sei der gegenwärtige Feind und das objectum praesentaneum, wodurch das Übel, welches die Königin drücke, bestehe. Von einem Vergleiche mit dieser Macht könne nicht wohl die Rede sein, nachdem erst kürzlich wieder ein aus Wien gekommener Kurier die Erklärung gebracht habe, man sei dort nicht gemeint, auch nur einen Fußbreit Landes an Preußen abzutreten. Da aber auch die hannöverischen Minister hier nicht nachgeben zu können erklärten und ebenso wenig den Jaxtheimschen Vermittelungsvorschlag, König Georg solle eine geheime Erklärung abgeben, es sei Preußen an dieser Stelle gemeint, annehmen mochten, so blieb nichts übrig, als daß die Minister sich zunächst zum Könige begaben, um dessen Entscheidung einzuholen.

Noch an demselben Abende konnte weiter konferiert werden, nachdem Münchhausen vom König zurückgekommen war, und das Ende war, daß Ostein erklärte, da König Georg die Versicherung geben wolle, daß Preußen nicht ausgenommen sein solle, veneriere er Sr. Majestät hohes Wort in dem Maße, daß er es sich gefallen ließe, wenn die Nennung jener Macht in der Konvention unterbliebe und dafür bloß gesagt würde, die Königin dürfe die Hilfsvölker gebrauchen, wo es ihr am passendsten scheinen werde. Doch auch dies erregte Bedenken, und in neuen Konferenzen am 20. und 21. Juni ward weiter über diesen Punkt verhandelt, und Georgs Meinung, das Parlament, welches das Geld bewilligt, müsse über die Art der Verwendung der dafür

geworbenen Hilfsvölker mitzusprechen haben, stand der Osteins, welcher die Disposition ausschließlich der Königin gewahrt wissen wollte, schroff genug gegenüber, bis man sich schließlich über eine mehrdeutige Fassung, das Hilfscorps solle verwendet werden, wo es am passendsten sein werde, vereinigte. Am 24. Juni wurden die drei Verträge unterzeichnet [1]).

Es ist fraglich, ob die Unterzeichnung so glatt gegangen sein würde, wäre nicht gerade in diesen Tagen die Nachricht eingetroffen, daß Preußen nun doch mit Frankreich abgeschlossen habe. Daraufhin flammte noch einmal König Georgs Kriegseifer auf, und Graf Ostein konnte zu seiner und seines Hofes größter Freude nachhause berichten, wie sehr der König jetzt für den Krieg sei, wie er mit Eifer davon spreche, sich in eigener Person an die Spitze von 44,000 Mann zu stellen, und die verhaßte Verständigung mit Preußen, der er früher das Wort geredet, nun selbst verwerfe [2]). Am Tage des Abschlusses jener Verträge erhielt der hannöverische General-Major v. Ilten die Instruktion, sich unter einem plausibeln Vorwande unverzüglich nach Dresden zu begeben, dort im größten Geheimnisse den Plan eines militärischen Zusammenwirkens mit Sachsen zu verabreden, während gleichzeitig Oberst-Lieutenant v. d. Borgk in gleicher Absicht an die Stifter Paderborn und Münster geschickt wurde.

Ilten sollte zugleich auch den Wunsch Österreichs befürworten, einige tausend Mann [3]) zur Hilfe nach Schlesien gesendet zu erhalten, um dem Heere Neippergs das numerische Übergewicht zu verschaffen. Am 1. Juli traf er in Dresden ein.

Der hannöverische General fand das Terrain weniger günstig, als er erwartet, und namentlich Brühl zeigte im Grunde wenig Sympathieen für Österreich. In einer Konferenz mit Brühl, dem Beichtvater der Königin Guarini und dem englischen Gesandten Villiers am 8. Juli bemühte sich Ilten ganz fruchtlos für die Detachierung sächsischer Truppen nach Schlesien. Auf das entschiedenste lehnte man es ab; die Antipathie zwischen den beiderseitigen Kriegsvölkern sei sehr groß und größer noch das Risiko für Sachsen. Dieses, meinte Brühl, setze ohnehin alles aufs Spiel, von Polen sei gar nichts zu erwarten, wie dies überhaupt Sachsen nur Kosten verursache, vermöge der Pensionen von einigen 100,000 Thalern, die man an einflußreiche Magnaten zahlen müsse. Dazu wisse man nicht, wie man mit Österreich daran sei, das doch seit vielen Monaten die Ratifikation des Vertrages mit Sachsen vom 11. April immer verzögere und vielleicht sich eines schönen Tages gütlich mit Preußen setzen werde, wie denn von geheimen Unterhandlungen zwischen dem Großherzoge, resp. dessen Schützlinge, dem Marschall Neipperg, und dem Könige von Preußen fortwährend verlaute. Sachsen, meint er, hätte auf der

---

[1]) In dem betreffenden Aktenstücke des Staats-Archivs zu Hannover, dem obige Darstellung folgt, heißt es, als man 1745 nach dem Vertrage gesucht, habe man ihn nicht auffinden können, und ein Ministerialbeamter, Namens Meyer, versichert, von Münchhausen gehört zu haben, der Vertrag sei nie ratifiziert, vielmehr die eingereichte Vollmacht für Ostein und Jaxtheim unter dem 10. Februar 1742 zurückgegeben worden.

[2]) Maria Theresia an Neipperg, den 2. Juli; angeführt bei Arneth, S. 231.

[3]) So hatte Münchhausen die österreichische Forderung, welche auf 12,000 Mann gelautet hatte, abgeschwächt. Akten, die Sendung Iltens betreffend; Archiv zu Hannover.

Seite der Gegner Österreichs ungleich größere Vorteile haben können. Trotzdem werde man seinen Verpflichtungen nachkommen und in drei Wochen bereit sein. Ilten möge mit dem sächsischen General Renard den Operationsplan verabreden, aber auch in Betracht ziehen, daß, im Fall das Armeecorps des Fürsten von Anhalt gegen Sachsen vorrücke, das sächsische Heer die Verteidigung des eigenen Landes nicht würde der in Aussicht genommenen Vereinigung mit den Hannoveranern aufopfern können [1]).

Natürlich klang das Ilten nicht besonders viel versprechend, wenngleich, wie er versichert, Guarini viel günstiger für Österreich gesinnt schien als gerade Brühl. Übrigens war auch in Hannover das Kriegsfeuer schon wieder etwas verraucht, und als Graf Ostein auf Vollziehung der Konvention vom 24. Juni drängte, mußte Münchhausen unter dem 13. Juli antworten, man habe Ilten nach Dresden gesandt, um dort einen gemeinsamen Operationsplan zu verabreden, den Erfolg werde man zuvörderst abwarten müssen.

Von den drei Verträgen des 24. Juni ward nun auch nur der erste ratifiziert, bezüglich der beiden anderen die Bestätigung unter allerlei Vorwänden hinausgeschoben.

Unter dem 21. Juli erging dann an Ilten ein sehr bedenkliches Schreiben. Es hätten sich mittlerweile neue Umstände herausgestellt; Frankreich gedenke nicht nur dem Kurfürsten von Bayern 20,000 Mann zu senden, um mit diesen in Böhmen einzufallen, sondern außerdem gedenke es, unterstützt durch Streitkräfte von Kurköln, sowie den Stiftern Münster und Paderborn eine Diversion gegen die hannöverischen Lande zu unternehmen. Unter solchen Umständen werde Hannover eventuell doch einen Teil seiner Truppen zur Sicherung seiner Lande verwenden müssen, und Sachsen werde zu erwägen haben, ob es nun noch möglich sein werde, offensiv gegen Preußen vorzugehen.

Allerdings würde auch ohnedies Ilten schwerlich sein Vaterland in einen Krieg verwickelt haben. Die Sachsen zeigten wenig Neigung dazu. Zwischen Ilten und Brühl handelte es sich eigentlich bloß darum, wer dem anderen die beste Handhabe geben würde, die Schuld der fortdauernden Unthätigkeit auf fremde Schultern zu wälzen. Brühl unterhielt den Hannoveraner fleißig mit Klagen über Rußland, wo Ostermann seiner Engagements gegen Österreich gar nicht mehr sich zu erinnern scheine, immer wie Ilten meint, in der Hoffnung, von diesem eine Antwort zu erhalten, die Hannovers geringe Neigung ins Feuer zu gehen bezeugte [2]). Es half dem letzteren wenig, daß er eine solche Antwort vermied; dem österreichischen Gesandten gegenüber schob Brühl doch die Schuld auf die Hannoveraner. Als Khevenhüller Ilten daran mahnte, am 22. Juli seien die vier Wochen nach Unterzeichnung des Vertrags abgelaufen und die Zeit zum Beginne der Operationen da, mußte dieser bekennen, daß davon keine Rede sein könne, aber gleichzeitig hören, Brühl habe versichert, die Sachsen seien bereit, die Schuld liege bloß an Hannover [3]). Als er jedoch Brühl deshalb interpelliert, meinte dieser, er habe

---

1) Berichte Iltens vom 2., 9., 10. und 14. Juli; Archiv zu Hannover.
2) Ilten, den 22. Juli.
3) Wratislaw an Ostein, den 22. Juli. Von dem letzteren den hannöverischen Ministern mitgeteilt.

den Gesandten, als der ihm von jenem Termine gesprochen, einfach ausgelacht, ihre Armee habe alle Ursache sich nicht ohne Not zu exponieren, sondern sich still zu halten und abzuwarten [1]).

Der sächsische Minister ließ sogar seinen Herrn an König Georg einen Brief schreiben voller Klagen über Österreich, das jenen Vertrag vom 11. April, den Sachsen seiner Zeit wesentlich auf das Drängen des englischen Gesandten geschlossen, noch immer nicht ratifiziert habe; nun sei die Lage so gefährlich, Frankreich gegen Österreich in Waffen, und dazu verweigere Rußland jede Mitwirkung, bis eine englische Flotte in der Ostsee erscheinen werde [2]). König Georgs Antwort vom 23. Juli lautete wenig ermutigend: er sei erstaunt über die Weiterungen Österreichs, da sein Vertrag vom 24. Juni jenen sächsischen zur eigentlichen Voraussetzung und Basis habe; er müsse, schreibt er, mit Vorsicht an seine eigene Sicherheit denken und vor allem zu verhindern suchen, daß er nicht etwa zum Dank für seine guten Intentionen selbst das Opfer werde. Je mehr er die Gefahren der Situation erwäge, desto mehr halte er es für wünschenswert, daß sich Österreich gütlich mit Preußen vertrage. Eine Eröffnung in diesem Sinne, daß die Ratifikation des sächsischen Vertrages allem Weiteren vorausgehen müßte, ward auch am 23. Juli an Ostein gemacht, und damit, sowie mit der schlechten Wahrung des Geheimnisses die Verzögerung der Ratifikation motiviert [3]).

Unter solchen Aspekten hatte natürlich der Kriegsplan, den Ilten mit Renard verabreden sollte, schlechten Fortgang. Daß Neipperg seinen besten General, Brown, dazu nach Dresden entsendet hatte, vermochte daran nichts zu ändern; man vermied thatsächlich mit ihm in Verbindung zu treten; er reiste unverrichteter Sache ab. Zwischen Ilten und Renard wurden verschiedene Eventualitäten erörtet und prinzipiell Quedlinburg für eine Vereinigung der beiderseitigen Truppen in Aussicht genommen; aber im übrigen kam Ilten bald dahin, in seinen Berichten nachhause zu erklären, es lohne gar nicht der Mühe, die immer neu auftauchenden sächsischen Bedenklichkeiten zu bekämpfen, da doch in diesem Jahre wenigstens es überhaupt zu nichts kommen werde [4]).

Ilten hatte in Wahrheit sehr guten Grund jede Bemühung um einen Beistand Sachsens als hoffnungslos anzusehen. Gerade in jenen Tagen (Ende Juli) ward in Dresden der Entschluß gefaßt, sich an Frankreich anzuschließen, und der gewiegteste Diplomat, über den man verfügte, der Geheimrat Saul, nach Paris abgesendet, um zu versuchen, wie viel noch in später Stunde für Sachsens Beitritt zu den Antipragmatikern aus der großen österreichischen Konkursmasse zu gewinnen sein würde [5]).

Um die Mitte Juli legte König Georg seinen hannöverischen Ministern die Frage vor, ob unter den gegebenen Konjunkturen ein feindliches Vorgehen gegen Preußen dem Könige anzuraten sei. Jeder der Minister wurde zu einem besonderen Gutachten verpflichtet. Dieselben sind uns noch erhalten

---

1) Ilten, den 22. Juli.
2) Den 19. Juli; hannöverisches Archiv.
3) Den 22. Juli.
4) Ilten, Den 30. Juli.
5) Vitztum Comte Maurice, S. 388. 389.

und lauten bis auf das Lentheś sämtlich friedlich. Namentlich hebt Münchhausen hervor, kein Alliierter könne verlangen, daß man sich sicherem Verderben aussetze. Wenn Österreich lieber alles aufs Spiel setze, als etwas zu verlieren und gutem Rate Raum zu geben, so könne es doch nicht verlangen, daß seine Bundesgenossen ebenso desperat verführen und dasselbe Risiko liefen.

Es half nun wenig, daß vom Presburger Hofe aus noch einmal versucht wurde, Hannover-England auf bessere Gedanken zu bringen, indem man auf die Eröffnung vom 22sten erwiderte, wenn die Ratifikation des sächsischen Vertrages verzögert worden, so sei allein England schuld, welches plötzlich so dringend die Verständigung mit Preußen befürwortet habe; da man doch nicht zugleich für Sachsen und Preußen Opfer bringen könne, so habe man zunächst darüber Sicherheit verlangt, daß, falls die Verständigung mit Preußen nicht ausführbar erscheine, England seine traktatmäßigen Verpflichtungen erfüllen werde. Nachdem jetzt dies der Vertrag vom 24. Juni garantiere, habe man sofort an Khevenhüller nach Dresden Instruktionen geschickt, damit die Ratifikationen ausgetauscht würden.

Es war zu spät; man wußte in Hannover von dem Anrücken eines französischen Corps am Niederrhein und erklärte unter dem 28. August dem österreichischen Gesandten vorwurfsvoll, es sei nun eingetroffen, was England wiederholt und seit langer Zeit prophezeit habe, die Hartnäckigkeit Österreichs habe es dahin kommen lassen, daß Hannover um der Sympathieen willen, die es für die Sache der Königin von Ungarn gezeigt habe, seine eigenen Lande schwer bedroht sehe und zu deren Verteidigung selbst aller seiner Truppen bedürfe.

Georg II. aber, obwohl er nun die Ausführung der Konvention vom 24. Juni thatsächlich ablehnte und demgemäß auch auf die Zahlung der stipulierten Geldsumme keinen Anspruch hatte, konnte es sich doch nicht versagen, wenigstens den vierten Teil, also 50,000 Pfd. zu fordern, allgemein als Entschädigung für „Auslagen zugunsten der Königin in Ungarn in Deutschland gemacht“ [1]). Und wir haben bestimmte Zeugnisse dafür, daß die Summe wirklich gezahlt worden ist [2]).

Es wird wohl niemand behaupten, daß der ganze hannöverische Vertrag, und die Art, wie die englischen Minister ihrem Souverän aus den von der englischen Nation der Königin von Ungarn bewilligten Subsidien eine ansehnliche Gratifikation zu verschaffen sich bemühten, ein stolzes Blatt in der Geschichte Englands und König Georgs bildet. Wenn Macaulay diesen Hergang gekannt hätte, es wäre ihm doch vielleicht zweifelhaft geworden, ob nicht diese schnöde Erpressung noch viel unritterlicher erscheine als der von ihm so unbillig hart beurteilte Angriff Friedrichs. Es mag im Grunde nicht allzu hoch angeschlagen werden, daß die durch den Abschluß des Vertrags vom 24. Juni erregten Hoffnungen die Königin von Ungarn veranlaßt haben, sich spröde

---

1) Instruktion für Baron Schütz vom 16. August; Archiv zu Hannover.

2) Den 21. August berichtet Schütz aus London an den dortigen hannöverischen Minister Grafen Steinberg, Zöhrer (der österreichische Agent in dieser Sache) werde morgen das Geld zahlen, so wie er es von der Bank erhalten. Und am 4. September berichtet Zöhrer, daß er gezahlt; Arneth, S. 232 und 394.

gegen Preußen zu zeigen und so den Abschluß eines Friedens unmöglich zu machen. Gerade in jener Zeit und so kurz nach der Allianz zwischen Preußen und Frankreich würde wohl auch bei einer entgegenkommenderen Haltung Österreichs König Friedrich sich schwerlich haben gewinnen lassen. Aber man mag sich doch wohl bewußt werden, was jene mit soviel Beredsamkeit und Pathos in Scene gesetzte parlamentarische Sympathieäußerung vom 19. April thatsächlich für Erfolge gehabt, und was sie der Königin von Ungarn genützt hat. Daß sie im Verein mit der im Haag schließlich noch durchgesetzten Sommation vom 24. April den König von Preußen zum Abschlusse mit Frankreich getrieben hat, sahen wir schon; auf der anderen Seite sind die damals zugefügten Hilfstruppen bekanntlich nie gestellt worden, und was dann noch übrig blieb, so sind von den in der Höhe von 300,000 Pfd. Sterl. bewilligten Subsidien zunächst also abgezogen worden erstens jene erwähnten 50,000 Pfd. für König Georgs „Auslagen“, ferner 25,000 Pfd. für einen damals verfallenden Anteil eines ungarischen Anlehens und 5000 Pfd. für sonstige Unkosten, so daß die Summe, welche Maria Theresia wirklich erhalten hat, nicht mehr als 220,000 Pfd. betrug, welche dann auf 4 Raten so verteilt wurden, daß die erste Rate am 2. September 1741, die letzte am 27. Januar 1742 in Wechseln auf Amsterdam bezahlt wurde [1]).

Thatsächlich hat allerdings bei der argen Not, in welcher sich Maria Theresia auch finanziell im Herbste befand, die englische Subsidienzahlung eine große Bedeutung gehabt; das Neippergsche Heer wird im Oktober 1741 wesentlich auf dieselbe angewiesen [2]).

---

1) Arneth II, 60 u. 479.

2) Arneth hat ebd., indem er die Bedeutung dieser Subsidien abschwächen zu müssen glaubt, bei den Anführungen, denen er entgegentreten will, vermutlich vor allem Ranke im Auge, der (12 Bücher preuß. Gesch. III, 506) allerdings, dem Zusammenhange nach vom Anfang 1742 und in einer Weise sprechend, die uns zu der Annahme verführen kann, es seien damals die englischen Subsidien erst eingetroffen, aus einem (undatierten) Berichte Porters an Carteret eine Stelle anführt, welche mit den Worten schließt, die englische Geldhilfe sei so opportun gekommen, daß sie die ganze österreichische Armee vor der Auflösung gerettet habe. — Wir mögen dies für jetzt dahingestellt sein lassen und nur aus dem Herbste 1741 einige unverdächtige Zeugnisse für die Bedeutung der englischen Subsidien anführen. In den „Erinnerungen“, welche Neipperg unter dem 13. Oktober 1741 für Lentulus' Sendung nach Wien aufgesetzt hatte (im Wiener Kriegsministerialarchive), klagt er (unter Nr. 22), daß er „bekanntlich“ seit dem 1. Mai zur Unterhaltung seines Corps nur 300,000 Gulden monatlich erhalten habe (Arneth a. a. O. berechnet als Kosten für die gesamte österreichische Kriegsmacht pro Monat 800,000 Gulden) und auch diese schon lange nicht mehr regelmäßig, so daß die verschiedenen Regimentschefs sehr bedeutende Vorschüsse hätten machen müssen. Auf dieses Schreiben schickt die Königin 200,000 Gulden an die Armee mit dem Bedeuten, „daß es an ferneren Rimessen, so lange die aus England überkommenen Gelder fortdauern, nicht gebrechen würde, und bis solche zu Ende, würde man andere Mittel und Wege auszufinden bedacht sein, die Armee, so lange immer möglich, mit Gelde zu sekundieren.“

Neuntes Kapitel.

Robinsons schlesische Reisen.

Mit dem Schwinden der Hoffnungen auf Englands bewaffneten Beistand gegen Preußen und der zunehmenden Gefahr vonseiten Frankreichs mußten auch die Pläne einer Verständigung zwischen den kriegführenden Mächten wieder mehr in den Vordergrund treten.

Die eigentliche Führung der Verhandlungen war bereits seit Ende Juni an den englischen Gesandten in Wien Sir Thomas Robinson übertragen worden, der zugleich bevollmächtigt ward, sich selbst zu diesem Ende ins preußische Hauptquartier zu begeben [1]). Der ungestüme Eifer Robinsons, der nicht eben gering von seinen Fähigkeiten dachte, mochte den Wunsch angeregt und der geringe Erfolg Hyndfords seine Erfüllung noch besonders nahe gelegt haben.

Zu erhöhter Thätigkeit ward dann Robinson noch angespornt durch einen Brief Lord Harringtons vom 4. Juli, der ihm meldete, man wisse aus guter Quelle, daß kürzlich zu München ein Vertrag zwischen Frankreich, Spanien und Bayern abgeschlossen worden sei. Der Gesandte möge sofort den Großherzog von Toscana davon in Kenntnis setzen und alles thun, um von dem österreichischen Hofe ein Angebot zu erlangen, mit welchem ausgerüstet er dann vielleicht den König von Preußen von dem Beitritte zu jener gefährlichen Konföderation abzuhalten vermöge [2]).

Aber bevor dieser Brief noch eine Wirkung zu üben vermochte, hatte Robinson bereits einen Erfolg erzielt, er hatte es dahin gebracht, daß die Königin von Ungarn wirklich eine Art von Angebot an Preußen machte, zwar noch nicht direkt, denn so weit ließ sich der habsburgische Stolz noch nicht herab, aber immerhin doch ein Angebot in Gestalt einer Weisung an Graf Ostein in Hannover, dem englischen Minister die Bedingungen vorzutragen, unter welchen man sich mit Preußen zu verständigen geneigt sei.

Das Schriftstück verlangte kurz und gut die Räumung Schlesiens (auf Schadenersatz erklärte die Königin verzichten zu wollen), die Kurstimme für Großherzog Franz, bewaffnetes Eintreten für die pragmatische Sanktion und

---

1) Harrington an Hyndford, den 22. Juni; Londoner Record office.
2) Ebd.

stellte dafür ganz unbestimmt eine Entschädigung nach der Seite der österreichischen Niederlande hin in Aussicht. Als Graf Ostein, der österreichische Gesandte bei dem damals in Hannover residierenden englischen Könige, jenes Papier überreichte, wünschte Lord Harrington wenigstens eine nähere Erklärung zu erhalten über das, was man Preußen auf jener Seite anzubieten beabsichtige, aber der Graf erklärte, zu einer solchen keinen Auftrag zu haben, und der englische Minister, der nach den Berichten Robinsons vielmehr erwartet hatte, in den mündlichen Erklärungen des Gesandten die eigentliche Würze des mageren Gerichts zu finden, das er dem König von Preußen servieren sollte, gab seiner Enttäuschung Worte in einem Schreiben an den Großkanzler Grafen Sinzendorf vom 16. Juli, indem er gleichzeitig auch Robinson davon Mitteilung machte.

Hiermit setzen die Berichte Robinsons ein, denen wir zunächst folgen [1]). Der letztere wurde um dieser Angelegenheit willen aus Wien nach Presburg eingeladen, und am 24. Juli begab er sich unmittelbar nach seiner Ankunft in Presburg zu dem Großherzog; er bemerkte, daß man ihn erwartete; die Thüren, sagte er, flogen gleichsam von selbst auf, bis er in des Großherzogs Zimmer stand, wo dann auch gleich nach seinen ersten Worten die Königin eintrat.

Beide schienen über Robinsons Vorstellungen erstaunt. „Wie, Madame", sagte der Großherzog, „der Graf Ostein hat also seine Befehle nicht ausgeführt?" „Ich versichere", erwiderte die Königin, „daß dabei nichts von Geheimnis war, so viel ich weiß."

Robinson setzt nun auseinander, sein König hätte eine Erklärung jener Worte um so eher erwarten dürfen, da er (Robinson) positiv berichtet habe, in einer Ministerkonferenz habe man ihm auf seine Frage, ob mit jenen Worten bloß Geldern oder etwas und wie viel von Jülich-Berg gemeint sei, geantwortet, es sei der Rhein und dessen beide Ufer gemeint. Auf die Frage der Königin, wer so viel habe versprechen können, erwiderte der englische Gesandte: „Ihr Großkanzler, und da niemand widersprach, so habe ich es für die Meinung der ganzen Konferenz genommen." Von Jülich-Berg, versicherte darauf die Königin, hätten ihre Minister doch nichts versprechen können, dies sei ja fremdes Gut, eine Rücksichtnahme, welche ihr Gemahl nach seiner Miene zu schließen übertrieben zu finden schien. Robinson blieb dabei, sich nicht getäuscht zu haben, und bat, sich erkundigen zu wollen.

Die Königin aber mißbilligte ebenso wie ihr Gemahl das Verhalten Osteins, der ganz wohl habe erklären können, daß mit jenem Ausdrucke eben Geldern gemeint gewesen, und wünschte zu wissen, wie nun der König von England verfahren sei, worauf sie die Erklärung empfing, derselbe habe eben nur an Lord Hyndford die unbestimmten Propositionen senden können, ohne diesem oder sich zu verhehlen, daß dieselben kaum auf Annahme rechnen dürften. Im Eifer brach Maria Theresia heraus: „Ich wünsche sogar, daß der König von Preußen sie refüsiere."

Sie fragte, ob denn nichts mit dem Kurfürsten von Bayern zu machen sei, worauf ihr Robinson dessen bereits geschlossene Engagements mit Spa-

[1]) Vom 29. und 30. Juli; Abschriften im St.-A. zu Hannover.

nien entgegenhielt, und daß derselbe Ehrgeiz genug besitze, um daran zu halten.

Dann fragte sie den Gesandten, ob er jetzt auf eine Antwort dringe. Dieser erwiderte darauf, er habe weder etwas zu proponieren, noch auf etwas zu dringen, aber wenn die Königin ihre Resolution ändere und ihm eine endgültige und günstige Entscheidung anvertrauen wolle, werde er sofort damit nach dem preußischen Lager eilen, damit nichts unversucht bleibe, was in seines Königs Macht stehe, um für ihr Interesse zu wirken.

Vor dem Fenster, an dem sie standen, wogten die Wellen der Donau, die, mächtig angeschwollen, so weit das Auge reichte, das Land überschwemmt hatte. Darauf deutend, fügte der Gesandte hinzu, so wie der Fluß da unten, steigt von Stunde zu Stunde die Flut Ihrer Bedrängnisse.

Aber die Königin schwieg, und ihr Gemahl, der sonst ja für den Hauptvertreter der vermittelnden Richtung galt, hatte bei der ganzen Audienz kaum den Mund aufgethan; er gewann erst die Sprache wieder, als Robinson dann noch Veranlassung nahm, sich über die seine Person betreffenden ärgerlichen Gerüchte zu beschweren, als ob er seine Instruktionen überschritte, für seinen Kopf handele und die Königin so weit gebracht habe, daß sie in öffentlicher Konferenz ihren Entschluß ausgesprochen hätte, auf seine Zurückberufung zu dringen. Der Großherzog sprach hier offen seine Entrüstung über solche Verleumdungen aus, und auch die Königin beteuerte, nie solche Gedanken gehabt zu haben, wenn sie gleich über die Härte seiner Instruktionen sich beklagt haben möchte. Robinson solle nur die Urheber solcher Gerüchte nennen, sie wolle ein- für allemal ein Exempel statuieren. Robinson wich aus, es stünde ihm nicht an, Personen zu nennen, ob er sie gleich mit Fingern zeigen könne. Sie gehörten hauptsächlich den Kreisen an, welche man die kleine Noblesse nenne. Wir wissen aber, daß er an erster Stelle den Minister Bartenstein meinte, dem er den Wunsch, ihn, den Gesandten einzuschüchtern, und außerdem einen unversöhnlichen Eifer gegen jeden zuschreibt, der eine abweichende Meinung habe.

Robinson ließ sich nun bei Graf Gundacker v. Starhemberg melden, und wurde angenommen, obwohl es sich ungünstig traf, daß derselbe am nächsten Morgen zur Beichte gehen wollte. Derselbe gestand ein, daß Graf Ostein auf eigene Faust „Finessen“ versucht habe. Von den Äußerungen in jener Konferenz wisse er nichts, da er damals krank gewesen. Allerdings sei kein Augenblick zu verlieren, und er werde das der Königin noch selbigen Tages sagen, denn morgen reise sie, wie er glaube, sehr zur Unzeit, wieder einmal nach Wien. Auf seine Frage, was denn der Großherzog in der Audienz gesagt, erwiderte Robinson: „so gut wie nichts, ich glaube, er hat es nicht gewagt“. Unser Berichterstatter fährt fort: „Der gute alte Mann sagte: und doch dependiert seine Konservation ja sogar seine Existenz in der Welt davon, daß er sich evertuiere. Warum haben wir ihn zum Mitregenten gemacht?“

Graf Kinsky, der böhmische Kanzler, der dann aufgesucht wurde, gab zu, daß der Großkanzler jene Interpretation abgegeben, aber er sei zu weit gegangen, worauf er dann die vorwurfsvolle Frage hören mußte, warum ihm denn niemand widersprochen habe. Den Grafen Ostein hielt Kinsky für den raffiniertesten und kapriciösesten Menschen auf der Welt, der sehr viele Fehlgriffe mache. Noch weitere „Konfidenzen“ des etwas redseligen Herrn folgten.

Außer Geldern könne noch manches in Frage kommen, Jülich und Berg zu seiner Zeit, Schwiebus gleichfalls, mit oder ohne Hypothek, und so viel von Glogau, als außer der Linie der sächsischen Passage läge, welche letztere aber näher an die Stadt Glogau gelegt werden könne. Aber diese Sachen müßten per gradus geäußert werden. Noch wäre Zeit dazu, die alten Minister, welche vor einem Monat so inflexibel gewesen, daß sie von Glogau nichts hören wollten, seien nun durch die Furcht vor der herannahenden Gefahr so weit gebracht, sich auf einmal dem König von Preußen in die Arme werfen zu wollen, auch würden sie von manchen Familienrücksichten bestimmt und ersehnten für den kleinen Rest ihres Lebens Ruhe. Er habe mehr Courage, werde eventuell seinen Abschied nehmen.

Übrigens hat Robinson auch Bartenstein aufgesucht und auch bei ihm von den gegen seine Person ausgestreuten Verleumdungen gesprochen, was dieser angehört, als ob es ihn gar nicht touchierte. Derselbe hat ihm dann das Konzept der Instruktion für Ostein vom 3. Juli vorgelesen, worin ausdrücklich als Objekt der Entschädigung Geldern bezeichnet wird, mit dem Hinzufügen, daß die Königin nach dieser Seite hin eben so „facil“ sei, als entschlossen nach der Seite Schlesiens hin. In diesem Sinne hat auch Bartenstein (möglicherweise, sagt Robinson, auch ein anderer Minister) noch Limburg als in Frage kommend bezeichnet. Ostein sollte mit Graf Truchseß (dem preußischen Gesandten), über dessen versöhnliche Gesinnungen man sich freue, ein gutes Vernehmen halten. Bartenstein meint, bezüglich Jülich-Bergs sei Sinzendorf zu weit gegangen, die Sachen seien noch nicht reif genug, um davon Propositionen zu machen, übrigens sei er von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Preußen ganz überzeugt und habe schon vor langer Zeit in einem Memoire die Worte gebraucht: „Man täuscht sich darüber nicht, daß man früher oder später sich mit dem Könige von Preußen verständigen muß“, und er glaube, die Zeit sei jetzt da. Aber so pressant die Sache auch sei, so müsse man doch per gradus vorgehen. Robinson, der von dem Grundsatze ausgeht, mit diesem Manne könne man nur so fertig werden, daß man ihn ausreden lasse, und ihm dann mit einer festen und stark ausgesprochenen Meinung entgegentrete, hat ihm darauf gesagt, man stände vor einem Abgrunde; könne man jetzt Preußen gewinnen, so kämen die Franzosen vielleicht nicht über den Rhein; seien sie einmal in Deutschland, dann werde der König auf immer an ihre Partei gekettet sein.

Auch der Kanzler Graf Sinzendorf verkannte die Größe der Gefahr nicht, besonders wenn er an die von Frankreich drohende Universalmonarchie denke. „Das Wasser geht uns bis an den Mund“, sagte er, „wir müssen heraus. Seit 6 Wochen haben wir nur geschwatzt und schlecht agiert. Der König von England hat alles vorausgesagt, es ist alles eingetroffen.“ Es müsse jetzt eine „vigoureuse“ Resolution gefaßt werden. Robinson möchte in Presburg bleiben oder am Sonnabend (den 29sten) wiederkommen.

Alle diese Unterredungen erfolgten am 24. Juli. Am 25sten suchte Robinson noch einmal Graf Starhemberg auf, der die Königin gesprochen, aber nichts ausgerichtet, er begreife gar nicht, wer oder was sie so ruhig und unempfindlich machen könnte, wolle mit Sinzendorf konferieren, Robinson möge nicht zu geschäftig scheinen, sondern sie ihre Sachen unter einander abmachen lassen. Darauf kehrt Robinson am 26. Juli nach Wien zurück.

Es ist ein sehr anderes Bild, welches sich vor uns aufrollt, wenn wir uns nun in das Feldlager des Königs von Preußen unweit Strehlen versetzen. Nach Breslau, wo die fremden Gesandten damals ihr Quartier aufgeschlagen, hatte ein Kurier aus Hannover an Hyndford den Auftrag gebracht, sofort eine Audienz bei dem Könige zu verlangen und die beifolgenden österreichischen Propositionen zu überreichen, gleichzeitig aber die Erklärung abzugeben, daß, wenn Preußen überhaupt auf eine Entschädigung nach der Seite von Jülich-Berg eingehe, England sich alle Mühe geben werde, um eine solche nach den Wünschen des Königs zu erzielen. Aber auch für den Fall, daß Preußen darauf bestehe, durchaus nach der schlesischen Seite etwas zu erhalten, sei König Georg entschlossen, seine ganze Kraft und seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um ihm das zu verschaffen, was ihm England in seinem eigenen Namen früher angeboten [1]), nämlich, wie wir wissen, das Fürstentum Glogau.

Nachdem Podewils am 19. Juli eröffnet hatte, daß der König ihnen im Lager Audienz zu erteilen bereit sei, machte sich Lord Hyndford in Begleitung des hannöverischen Gesandten Geh.-Rats Schwichelt, der an der Audienz teilzunehmen gewünscht hatte, gen Strehlen auf den Weg, beide in wenig hoffnungsvoller Stimmung und auch durch ihr Zusammensein wenig getröstet, da sie einander nicht eben liebten. Ihr Behagen wuchs nicht, als sie, in Strehlen angekommen, Zimmer von einer, wie Schwichelt behauptet, ganz ausnehmend schlechten Beschaffenheit angewiesen erhielten, und selbst die Aussicht am nächsten Morgen früh 4 Uhr Pferde geschickt zu erhalten, um einer Revue, welche der König über die gesamte Kavallerie abhielt, beizuwohnen, hatte sehr wenig Lockendes für die Herren, welche beide nicht Militärs waren. Um 10 Uhr war die Revue zu Ende, doch den König hatte, wie ihnen gesagt wurde, der Ritt in der Hitze so echauffiert und ermüdet, daß er an dem Tage keine Audienz mehr erteilen könne. Tags darauf, also am 22. Juli, erschien in der Frühe Podewils bei ihnen, um ihnen anzuzeigen, daß der König sie um 10 Uhr sehen wolle, aber zugleich um sie durch die Art, wie er selbst ihre Aufträge besprach, auf den Empfang, den sie finden würden, schonend vorzubereiten. Um 10 Uhr standen die beiden Gesandten in dem Vorzimmer des königlichen Zeltes.

Aber erst um 12 Uhr ward Hyndford zum König gerufen. Es ist sehr erklärlich, daß wir über die Audienz keinen ausführlichen Bericht haben, sie dauerte nach Schwichelts Versicherung nur eine kleine Viertelstunde; indessen ist das, was wir über dieselbe wissen, charakteristisch genug.

Des Königs Gesinnung war im Grunde den Interessen der beiden Unterhändler nicht so abgeneigt, wie man es nach der erfolgten Parteinahme für Frankreich hätte glauben sollen. Die Verzögerung der französisch-bayerischen Rüstungen erfüllte ihn schon wieder mit Argwohn, und als er die beiden Gesandten in sein Lager berief, dachte er daran, sich für alle Fälle eine Thüre offen zu lassen. Podewils sollte den französischen Gesandten von der Berufung Mitteilung machen und ihn darüber „rassurieren, doch ohne Affektation", mit anderen Worten, Valori sollte merken, daß, wenn sein Hof die übernommenen Verpflichtungen nicht pünktlich erfülle, der König es in seiner Hand hätte, sich

[1]) Harrington an Hyndford, den 20. Juli; Londoner Record office.

nach einer anderen Seite hinzuwenden. „Die propositiones des Schwichelt anlangend“ (Neutralität Hannovers, Garantie eines Stückes von Schlesien gegen einige Konvenienzen für Hannover), schreibt er in dem gedachten Briefe an Podewils, „so finde, daß bei denen epineusen Konjunkturen, worinnen ich jetzo stehe, man solche nicht gänzlich refüsieren, sondern darüber in Negotiation treten müßte, jedoch dergestalt, damit man allemal entweder eine Thür offen behielte, um sich mit bonne grace darauszuziehen, oder aber, wenn vonseiten Frankreichs mehr versprochen worden, als es zu halten gesonnen oder zu prästieren imstande ist, seine Liaisons mit Hannover machen zu können, so daß derjenige, der mich zu düpieren gedenket, sich am Ende selbst düpieret finde“ [1]).

Freilich warf der Inhalt der österreichischen Eröffnung alle günstigeren Dispositionen über den Haufen.

Hyndford begann seinem Auftrage gemäß damit, zu erklären, daß die Königin von Ungarn die Räumung Schlesiens verlange, dagegen aber auf einen Ersatz des Schadens, den die preußische Occupation angerichtet, verzichten wolle. Der englische Gesandte ahnte vielleicht kaum, wie diese den Umständen so wenig angemessene Eröffnung den König geradezu persönlich verletzte. Es war kein Wunder, daß, als Hyndford geendigt und also gegen Räumung Schlesiens, Verpflichtung zum bewaffneten Beistande gegen alle Feinde der pragmatischen Sanktion, Kurstimme für den Großherzog Franz nichts als eine unbestimmte Verheißung von Entschädigungen nach der Seite der österreichischen Niederlande hin vorzubringen vermocht hatte, der König erklärte: „Das ist eine schwächliche, thörichte und impertinente Antwort [2]), würdig des Wiener Hofes. Wollte man sie veröffentlichen, man würde eher glauben, es sei eine Satire von mir auf den Wiener Hof, als wirklich eine Antwort von diesem.“ Nachdem er sich noch weiter in satirischen Äußerungen ergangen, schließt er: „Ich muß ihnen noch eine Schlacht liefern, denn sie werden nie vernünftig werden, bis ich sie ganz aus dem Lande gejagt habe. Eigentlich“, setzt er hinzu, „verstehe ich die Antwort gar nicht.“ Hyndford versetzt darauf, König Georg habe Sr. Majestät unmittelbare Nachricht geben wollen, aber es auch nicht unternommen, ein Urteil über den Inhalt auszusprechen. „Ich freue mich“, erklärt der König, „daß auch England in dem Schriftstücke kein spezifiziertes Anerbieten zu erblicken vermocht hat.“ Als Hyndford darauf bemerkt, vielleicht meine die Königin, Preußen möge auf der Seite des Rheins im Hinblick auf seine jülich-bergschen Ansprüche — unterbricht ihn der König: „Wenn sie mich damit hinhalten wollen, so irren sie sich.“ [3])

Auf die Äußerungen des Königs etwa eine empfindliche Miene anzunehmen, hätte dem Gleichmute des schottischen Lords sehr fern gelegen, wohl aber hielt er es für praktisch, zu erforschen, wie viel wohl der König von Preußen, falls er auf eine Entschädigung in jenen Gegenden einginge, fordern zu müssen glaube. Da flog ein Lächeln über die heut so finster gefalteten Züge des Königs: „Wenn ich denn fordern soll, so will ich genug fordern, nämlich Brabant, Flandern, Obergeldern, kurz alles, was Österreich in jenen

---

[1]) Polit. Korresp. I, 282.

[2]) „a weak, silly and impertinent answer“.

[3]) Bericht Hyndfords vom 24. Juli; Londoner Record office. Der Auszug bei Raumer, Beitr. II, 137 ist unvollständig und ungenau.

Gegenden besitzt, und ich will Niederschlesien so lange behalten, bis ich in den Besitz jener Länder gesetzt bin."

Und Lord Hyndford empfahl sich und nahm die gesamten österreichischen Niederlande, das heutige Königreich Belgien, ad referendum. Der aber nach ihm kam, sein Kollege Schwichelt, erhielt noch etwas von der Stimmung, welche der österreichische Hochmut in Friedrich erregt hatte, zu kosten.

Wenn sonst dieser mit einigen huldvollen Worten die Audienz zu eröffnen pflegte, so hüllte er sich heut in finsteres Schweigen. „Seine Gesichtszüge verwandelten sich", so schildert Schwichelt [1], „bald in ein sehr ernsthaftes und Ungnade anzeigendes Wesen, bald in ein gezwungenes Lächeln. In den Händen hielten Sie ein Stück weiß Papier, welches während meiner Rede in hundert kleine Stückchen gerissen und mit Heftigkeit zur Erde geworfen wurde. Ein jeder Augenblick veränderte Ihre Mienen. Überhaupt alles verriet an Ihro Majestät den innerlichen Unwillen und dero Gemütsunruhe."

Armer Schwichelt, er war eigentlich darauf instruiert, jetzt eben das abzuschließen, was man in Hannover einen Traktat nannte, was aber in Wahrheit darauf hinauslief, für die Mühe der Vermittelung zwischen Österreich und Preußen, Georg II. eine Maklergebühr in Gestalt einer seinen hannöverischen Landen anzuschließenden Erwerbung zu stipulieren, und er ahnte nicht, wie weit das Geschäft vom Abschlusse entfernt war, wie übel angebracht es daher sein mußte, jetzt mit der Liquidation für eine Vermittelung vorzukommen, die gerade eben solchen Mißerfolg herausgestellt hatte.

Und der König schonte ihn nicht, er ließ ihn gar nicht reden, er möge ihm das alles schriftlich aufsetzen; ein grausames Verlangen, nicht nur insofern es das Geschäft, das man dem Abschlusse nahe geglaubt hatte, in weite Ferne hinausschob, sondern hauptsächlich deswegen, weil Schwichelt, wie Friedrich sehr wohl wußte, bestimmte Ordre hatte, keinerlei schriftliche Propositionen zu machen, da selbst die englischen Minister von den Appetiten des Kurfürsten von Hannover nur unvollkommen unterrichtet waren, geschweige denn Sachsen oder Rußland, welche ja den König von England nur als den uneigennützigen Verteidiger der pragmatischen Sanktion kennen durften.

Podewils tröstet dann den gebeugten Geheimrat, Lord Hyndford habe aus Wien so gar unziemliche Vorschläge mitgeteilt, das allein habe den König so aufgebracht.

Wir müssen nun dem Kurier, welchen Hyndford sofort nach seiner Rückkehr nach Wien expedierte, folgen. Derselbe traf Robinson am 27. Juli bereits wieder in Wien und natürlich nicht eben sehr erbaut von den Neuigkeiten aus dem preußischen Lager. Die Forderung der gesamten österreichischen Niederlande schien ihm wie ein Hohn, und die Erklärung, Niederschlesien nicht eher räumen zu wollen, bis ihm jene Lande vollständig übergeben seien, wie eine Drohung, beides aber gleichkommend der Ablehnung, welche ja die Königin selbst gewünscht hatte. Davon einen rechten Gebrauch zu dem erwünschten Zwecke zu machen, schien schwer. So beschloß er denn noch, zu warten, um, wie er sagt, zu sehen, „was das bessere Genie dieses Hofes an und für sich selbst hervorbringen müsse", auch wollte er sich einmal in der ihm

[1] Bericht vom 24. Juli; Archiv zu Hannover.

allerdings ganz ungewohnten Positur „eines sehen, der den anderen an sich kommen läßt, statt ihm beständig und eifrig nachzulaufen".

Aber wie löblich diese Vorsätze auch waren, so vertrugen sie sich doch zu schlecht mit seinem unruhigen Eifer. Tags darauf am 28. Juli um 1 Uhr Mittags war er doch schon wieder in Presburg und einige Zeit darauf im Zimmer des Großherzogs.

Allerdings hatte er auch einen praktischen Gedanken zu verwerten, der im Kopfe seines Kollegen Hyndford entsprungen war. Dieser argumentierte folgendermaßen: „Der König verlange 5 schlesische Fürstentümer: Glogau, Wohlau, Liegnitz, Schweidnitz, Jauer; die Königin aber wolle, schon um nicht der pragmatischen Sanktion untreu zu werden, von Schlesien absolut nichts hergeben. Anderseits aber habe der König in der Audienz am 22. Juli im Prinzipe eine Abfindung nach der Seite der Niederlande hin nicht abgelehnt, sondern nur allzu hohe Forderungen auch nach dieser Seite hin gestellt. Da nun Maria Theresia erklärt habe, sie würde sich am Rhein ebenso facil finden lassen, als sie fest in Schlesien sei, so möge man dem Könige ein ansehnliches Äquivalent dort aussuchen, nämlich so viel Land, als nötig wäre, um Revenüen in der Höhe zu ergeben, wie sie von den beanspruchten 5 schlesischen Fürstentümern erzielt würden. Auf dieser Basis, glaubte Hyndford, könne man den Frieden haben."

Vermutlich wird zwischen den beiden englischen Ministern auch noch geltend gemacht worden sein, in welch hohem Maße solche Lösung der englischen Politik erwünscht sein könne, da eine erhebliche Vergrößerung Preußens am Niederrhein unvermeidlich die Interessen dieser Macht von denen Frankreichs scheide, wie es sich England nicht besser wünsche.

Robinson freilich mochte denken, aus der Ferne ließe es sich gut reden, Hyndford habe wenig Vorstellung davon, was es heiße, hier etwas durchzusetzen. Indessen er ging mit gewohnter Betriebsamkeit an die Arbeit. Der Großherzog hörte voll Interesse den zunächst nur allgemeinen Vorschlägen zu, er wolle sofort die Königin benachrichtigen, es sei keine Zeit zu verlieren. Im übrigen machte er, da man längst gewöhnt war, Sir Robinson als Agenten in dieser Sache zu betrachten, keine Umstände, diesem zuzumuten, bei den einzelnen Ministern der Reihe nach herumzugehen und sie zu bearbeiten. Bei der immer ein wenig sanguinischen Art des Großherzogs wurde es ihm leicht, die Hoffnung auszusprechen, die Sachen würden gut gehen.

Den Grafen Starhemberg fand Robinson sehr günstig gestimmt; es wäre fast ein Mirakel, meinte derselbe, wenn man sich auf diese Art retten könnte. Auch er scheut nicht vor der weiteren Forderung zurück, Robinson möge, wenn er die anderen Minister gesprochen, zurückkommen, um ihm Bericht zu erstatten.

Bartenstein zeigte volle Übereinstimmung mit der Idee Hyndfords im Prinzipe, noch den letzten Morgen habe man in der Ministerkonferenz „specifique Offerten resolviert", von denen die Königin selbst dem Gesandten Eröffnung zu thun sich vorbehalten habe. Erschienen danach noch Aufklärungen nötig, so erlaubte Herr von Bartenstein, die bei ihm zu suchen.

Graf Kinsky war nach seiner von Großsprecherei nicht freien Art mitteilsamer. Die Minister hätten in der heutigen Konferenz bei ihrer argen Furcht einen guten Teil von Schlesien weggeben wollen, doch die Königin

habe sie „kurz abgekappt“ und erklärt, sie gedenke von Schlesien nichts herzugeben, und habe dann die Gründe dafür mit erstaunlicher Vollständigkeit entwickelt, ja sogar einen ganz neuen vorgebracht, kein Mensch wisse, woher sie den habe, selbst Bartenstein leugne aufs bestimmteste seine Urheberschaft, so möge ihr den wohl ein Pfaffe beigebracht haben, vielleicht ihr Beichtvater [1]. Im übrigen sei in der Konferenz hauptsächlich darüber gestritten worden, ob man mit dem, was beschlossen sei, Robinson ins preußische Lager schicken solle oder nicht. Man habe sich endlich für die Negative entschieden, da die Sendung zu viel Lärm machen würde. Und nach dieser Eröffnung drängt Robinson doch noch darauf, geschickt zu werden, da er nur in mündlicher Unterhandlung allmählich mit den Reserven vorrücken könnte.

Darauf klagt Robinson, zu Graf Starhemberg zurückgekehrt, diesem, daß die Minister doch auf den eigentlichen Vorschlag Hyndfords nicht eingehen möchten, vorschützend, daß man gar keine Garantie für die Annahme solcher Offerte durch König Friedrich habe. Starhemberg teilt mit, daß Bartenstein den Beschluß der letzten Konferenz zusammengefaßt habe in eine Depesche, deren Inhalt Robinson an Hyndford melden solle.

Dem Kanzler, der erst spät vom Lande zurückkehrt, empfiehlt Robinson ebenfalls den Hyndfordschen Vorschlag, aber derselbe findet die Forderung exorbitant und erklärt sich für weitere Auseinandersetzungen wegen Ermüdung untauglich.

Tags darauf am 29sten beschließt eine weitere Konferenz, auf die neuen Eröffnungen aus dem preußischen Lager ein Papier als Ultimatum der Königin Robinson zu übergeben, welches dann die Sache zur Entscheidung bringen solle. Lehne der König wiederum ab, so hoffe man, daß jetzt auch der König von England Preußen den Krieg erklären werde. Graf Harrach, der Robinson hiervon Mitteilung macht, wünscht sehr, daß dieser selbst reise, und schließt mit den Worten: „Man wird Sie innerhalb einer Stunde rufen lassen, der Graf Sinzendorf soll Ihnen das Papier überliefern und explizieren.“

Der Gesandte Großbritanniens, zur Zeit, wie wir sehen, der Dienstmann der österreichischen Minister, wartet gehorsam aber vergeblich bis abends 7 Uhr, dann geht er selbst zum Grafen Sinzendorf, wie er sagt, unter dem Vorwande einer Visite. Der Kanzler läßt ihm sagen, er sei im Begriff zu Graf Starhemberg zu gehen, er möge warten, bis er zurückkehre, oder in einer Stunde wiederkommen.

Und das stolze Albion wartete wirklich geduldig, bis die Portechaise des Grafen zurückkam, welcher letztere freilich auch dann wieder nur so lange Muße hatte, bis der Wagen angespannt war, der ihn zur Königin bringen sollte, und äußerst embarassiert schien.

Um den Schlüssel zu diesem Embarras zu erlangen, ließ sich Robinson einen neuen Weg zu Graf Starhemberg nicht verdrießen und erhielt ihn auch wirklich. Bis um 3 Uhr war der Kanzler bei der Königin gewesen und hatte endlich von ihr ein Papier, das als Instruktion für Robinson gelten sollte, erlangt. Aber kaum hatte er es nachhause gebracht, ließ es seine Herrscherin ihm wieder abfordern, und als er es nach einigen Stunden zurückerhielt, be-

---

[1]) Es war dies wohl das z. B. Frankreich gegenüber mehrfach geltend gemachte Argument von der Schädigung des Katholicismus durch eine Abtretung Schlesiens.

fand es sich in einem Zustande, daß es dem Gesandten nicht vorgelegt werden konnte; sie hatte, wie der Graf meinte, teils aus Desperation, teils aus Repugnanz, teils aus Irresolution so viel mit eigener Hand hineinkorrigiert und durchstrichen, daß das ganze Papier „verdorben und mutiliert“ war.

Wie charakteristisch und wie — weiblich! Was das hartnäckige Drängen ihrer Minister ihr abgerungen, machte sie dann wieder nachträglich illusorisch. Freilich konnte sie sich selbst unmöglich verhehlen, daß doch etwas geschehen müsse, und hatte deshalb zum zweitenmale das Papier zurückgefordert und gleichzeitig Bartenstein als den ihrer Gesinnung am nächsten Stehenden rufen lassen. Graf Starhemberg versprach nachdrücklichste Intervention.

Der unermüdliche Vermittler wartete dann im Quartiere des Kanzlers auf dessen Rückkunft von der Königin, welche erst um 10 Uhr erfolgte, ohne mehr davonzutragen, als das Aviso: man werde ihn morgen früh rufen lassen.

Auf diese Berufung mußte er nun aber am 30. Juli bis zu Mittag warten, fand dann beim Kanzler die Minister Starhemberg und Bartenstein und hörte von ersterem nach einigen Phrasen über das Vertrauen für den König von England die ihm zugedachte Instruktion vorlesen, enthaltend als Angebot 2 Millionen Thaler und das österreichische Geldern; und als Robinson das für unzulänglich erklärte, brachte der Kanzler ein zweites Papier hervor, welches dann das Ultimatum enthielt, und das nun noch Limburg hinzufügte. In der Form erkennt man die Hand Bartensteins, der auf die Konzessionen per gradus so große Stücke hielt. Der Gesandte erklärte es für unwahrscheinlich, auch mit der zweiten Vollmacht seinen Zweck zu erreichen, und hätte gern wegen Jülich und Berg, wegen Abtretung von Schwiebus und eines Teiles des Grünberger Kreises noch einige Ermächtigungen gehabt, begegnete jedoch nur ausweichenden Antworten. Dafür belehrte man ihn über den großen Wert und die Steuerkraft der angebotenen Landschaften und redete ihm vor, der Kurfürst von der Pfalz würde seiner Zeit gern das Herzogtum Berg gegen Limburg eingetauscht haben, wenn es bei dem Kaiser durchzusetzen gewesen wäre. Man hatte sogar jeder der beiden graduellen Instruktionen als direkten Sporn für England eine Anspielung hinzugefügt, daß, wenn der König von Preußen nicht schnell zugriffe, man vielleicht die vorteilhaften Anerbietungen zurückziehen müßte, um dieselben einer anderen Macht (d. h. Frankreich) zuzuwenden, auch die Erwartung ausgesprochen, daß der König von England ohne Verzug die vertragsmäßigen Hilfstruppen marschieren lassen würde, was der Unterhandlung noch mehr Gewicht geben würde. Ja selbst zur Reise in das preußische Hauptquartier forderten ihn die Minister nicht auf, obwohl er ihnen vorstellte, wie die Zeit dränge, wovon bei dem Hin- und Herschreiben so viel verloren ginge. Sie überließen, meinte man, das seiner Klugheit, es genüge, daß er die Intention der Königin kenne. Die letztere hatte es ausdrücklich gewollt, daß auch jetzt noch der Schein, als machte sie dem verhaßten Gegner Friedensanträge, gemieden würde. Der König von England mochte sie machen.

Den Großherzog konnte Robinson nicht mehr sprechen, er war auf dem Lande, vielleicht von seiner erlauchten Gemahlin dahingeschickt, um nicht im Augenblick der Entscheidung durch Friedenssehnsucht unbequem zu werden. Wohl aber hatte er noch eine lange Audienz bei der Königin, in welcher diese ihn beschwor, alles aufzuwenden, um ihr Limburg zu erhalten; sie beschwere

ihr Gewissen mit der Abtretung, da sie den Staaten von Brabant geschworen, keinen Teil des Landes wegzugeben.

Nachdem er dann noch einmal die Runde bei sämtlichen Ministern gemacht, um Abschied zu nehmen, reiste er in der Nacht vom 30. und 31. Juli nach Wien zurück und dann weiter nach Schlesien. In seinem Mantelsacke führte er, wie wir wissen, das österreichische Geldern mit und dann in besonderer Verpackung das Herzogtum Limburg; in einem Winkel fand sich auch etwas wie Hoffnung auf Erfolg, gemehrt durch das Vertrauen auf die eigene bewährte Stärke im Unterhandeln. Mehr Platz aber nahm ein das Gefühl einer angenehmen Spannung auf den Moment, wo er dem jungen Fürsten, dessen kriegerische Entschlossenheit ihm mächtig imponierte, in bedeutungsvoller Sendung gegenüberstehen würde.

Wenn man erwägt, wie die Sendung Robinsons zustande gekommen, wie sein eigener Bericht, dem wir bisher ausschließlich gefolgt sind, die Rolle, die er dabei spielt, und über welche zu klagen er nirgends Ursache findet, sicher eher in zu gutem, als zu schlechtem Lichte darstellt, wenn man wahrnimmt, wie diese österreichischen Minister, denen nach ihrer eigenen Aussage das Wasser bis an den Hals geht, die noch eben am 30. Juli ganz positive Nachrichten über die bevorstehende Eröffnung der Feindseligkeiten durch Bayern und Frankreich erhalten, und von einer in diesen Tagen zusammenberufenen Konferenz von Feldmarschällen die betrüblichsten Dinge hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit gegen einen neuen, mächtigen Feind zu hören bekommen [1]), dabei dem englischen Gesandten, der darauf brennt, ihnen einen möglichst günstigen Frieden zu vermitteln, wie einen lästigen Bittsteller hin- und herschicken und mit einer Art von Hochmut behandeln, wie etwa ein in Schulden steckender Landedelmann den Agenten, der den Verkauf seines Gutes vermitteln soll, dann pflegt sich in unser Staunen über solche Verblendung auch wohl ein gewisses Bedauern für den armen Engländer zu mischen, den wir in den Strahlen der Hundstagssonne von Thür zu Thür traben sehen, um Leute zu retten, die es ihm so entsetzlich schwer machen. Aber man hat wohl ein Recht, diesem Gefühl nicht allzu sehr nachzugeben. Bei näherem Zusehen muß man doch finden, daß Robinson dem alten Sprüchwort nach so lag, wie er sich selbst und wie ihn sein König gebettet hatte, er der im Eifer für die Friedensstiftung jedes Gefühl für die Würde eines Gesandten eingebüßt zu haben schien, und König Georg, dessen charakterlose und doppelzüngige Politik seinen Ratschlägen so sehr alles Gewicht geraubt hatte, daß jetzt sein Gesandter den Defekt der Qualität durch die Quantität zu ersetzen nötig hatte.

Friedrich, unter dem 2. August von Podewils benachrichtigt, daß sich, wie er sich ausdrückt, „wieder eine neue Sonne wegen der Ankunft des Robinson aufthun will“, hatte sogleich einen Paß für den letzteren an General Lentulus abgehen lassen [2]). Dem französischen Gesandten sollte Podewils mitteilen, er könne darauf rechnen, daß der König in eine ernsthafte Unterhaltung mit Robinson nicht eintreten, sondern, nachdem er mit ihm zum Schein verhandelt, sich über ihn lustig machen werde [3]).

---

[1]) Arneth, Maria Theresia I, 234.
[2]) Der König an Podewils, den 3. August; Polit. Korresp. I, 294.
[3]) Den 4. August; ebd. S. 295.

Als Robinson am Abend des 3. August nach Breslau kam, konnte er zunächst wohl an seinem Kollegen Hyndford einen gewissen Trost finden, insofern auf dessen Wahrnehmung, daß König Friedrich eine Entschädigung in den Niederlanden nicht prinzipiell abgelehnt habe, die ganze Unterhandlung sich gründete; aber bald umwölkte sich hier der Horizont. So wurde ihm das erste Zusammentreffen mit seinem hannöverischen Kollegen Geheimrat v. Schwichelt peinlich. Dieser, der über die Frage der Konvenienzen für Hannover, die mecklenburgischen Ämter, Osnabrück ꝛc., noch mit Preußen nicht ins klare gekommen, fürchtete den schnellen Schluß des Janustempels ebenso sehr, als ihn Robinson wünschte, und machte aus seinen Bedenken kein Hehl, betonte aber auch nachdrücklich das Gewicht, welches König Georg auf die Erlangung seiner Konvenienzen lege. Um so größer war Robinsons Verlegenheit.

Seine Herreise war thatsächlich ein eigenmächtiger Schritt, er konnte nichts zu seiner Legitimation produzieren als eine Vollmacht von sehr altem Datum, vom 21. Juni, die sich als unter anderen Umständen erteilt selbst kennzeichnete, indem sie nur von einer in Schlesien dem König zu überlassenden Hypothek sprach, war also auf nachträgliche Indemnität angewiesen. Dabei war ihm, nachdem das englische Ministerium in das Geheimnis der zu Hannover erstrebten Ländererwerbungen gezogen worden, die Förderung derselben auch von London aus ans Herz gelegt worden, und er wußte ja sehr gut, daß, wer bei König Georg in Gunst stehen wollte, für die hannöverischen Appetite Mitgefühl zeigen mußte. Aber anderseits drückte ihn ohnehin schon das Gefühl, daß er von dem siegreichen Gegner sehr Großes zu fordern und verhältnismäßig wenig zu bieten hierher kam; sollte er jetzt in die sinkende Wagschale der Forderungen auch noch den ganzen hannöverischen Kram sich dazu packen lassen, der ihm ohnehin so verhaßt war, wie jedem richtigen Engländer? Er faßte sich also ein Herz und eröffnete Schwichelt, 1731 habe er gezeigt, wie es ihm am Herzen liege, die Sorge für die hannöverischen Interessen mit denen der englischen Politik zu vereinigen; diesmal aber gehe das nicht an, er wisse (hier täuschte er sich allerdings), daß der König von Preußen nur bis zum 12. August noch die Hände frei habe, und daß, wenn es nicht gelänge binnen 8 Tagen ihn zu gewinnen, in 3 Wochen ein französisches Heer im Münsterlande stehen würde, in welchem Falle denn von den hannöverischen Konvenienzen überhaupt keine Rede mehr sein werde. Er sei überzeugt, daß unter diesen Umständen sein König und Herr nicht die Absicht haben werde, „um seiner dero deutsche Provinzen angehenden Partikularinteressen willen die allgemeine Sache und den Ruhestand von ganz Europa auf die Spitze zu stellen“, er werde also durch die Rücksicht auf jene Interessen den Vertrag mit Preußen abzuschließen sich nicht wohl abhalten lassen können.

In Schwichelts Verzweiflung erscheint es ihm als ein Trost, daß Robinson nach der Unterredung mit Podewils erklärte, es ahne ihm, daß sein Weg überhaupt ganz vergeblich sein würde, dagegen bestand der hannöverische Minister darauf, falls die beiden Engländer ins Lager berufen würden, mitgehen zu dürfen — und hat sich erst nachmals davon abbringen lassen [1]),

---

[1]) Schwichelt ist in der That nicht mitgegangen. — Dies zur Berichtigung von Droysens Anführung, S. 299.

nachdem ihm Robinson versprochen, so wie er Aussicht auf Erfolg habe, werde er ihn durch einen Kurier berufen lassen. Auch dem Minister Podewils klagte Schwichelt sein Leid, ohne jedoch diesen zu rühren, der ihm vielmehr, als jener von dem Danke sprach, den Preußen der Inaktivität Englands schulde, mit größerer Schärfe als je früher erklärte, ganz im Gegenteile habe sein König seinem Oheime zu zürnen das Recht, denn an der Hartnäckigkeit Österreichs trage niemand so große Schuld wie der König von England im Vereine mit Sachsen [1]).

An seinen Herrn aber schreibt Podewils unter dem 5. August: „Es ist eine Komödie, zu sehen, welche Angst dieser Mann aussteht, daß man den Frieden machen werde, ohne sich um die hannöverischen Interessen zu kümmern; ich glaube sogar, daß das hannöverische Ministerium durch ihn das Verhalten der englischen Minister überwachen läßt“ [2]).

Übrigens hätten dem englischen Unterhändler die hannöverischen Sorgen das Herz nicht so schwer gemacht, hätte nur nicht bereits die erste Unterredung mit Podewils, zu der ihn Hyndford gleich am Morgen nach seiner Ankunft geleitet hatte, so ungünstige Perspektiven eröffnet. Zwar hatte Robinson auch hier eine Zuversicht zur Schau getragen, die ihm eigentlich fremd war. Als Podewils erwähnte, wie das Vorrücken Neippergs seit Anfang August schlecht zu den Friedensaussichten stimme, erklärte der Gesandte, daß die Überschwemmungen der Neiße jenen vielleicht aus seinem Lager getrieben, oder daß er vielleicht zum eventuellen Schutze Böhmens gegen die Bayern Stellung zu nehmen suche; wenn aber selbst schon beide Heere in Schlachtordnung einander gegenüberständen, würden die Bedingungen, welche er bringe, den Zusammenstoß aufhalten können [3]). Hierauf aber hatte der preußische Minister, als die englischen Herren ihm die eigentlichen Spezialitäten ihres Auftrages nicht verraten wollten, ihnen eröffnet, allerdings sei sein König, wie er sein eigener General wäre, auch sein eigener Minister und Rat, und er Podewils nichts als sein Beauftragter; aber als solcher müsse er ihnen sagen, daß, wenn sie ihm nicht Abtretungen in Schlesien brächten, die Sendung keinen Erfolg haben werde. Aber, fragte Lord Hyndford, der König hätte doch die Proposition von einem Äquivalent in den Niederlanden sehr goutiert? „Er hat die sämtlichen österreichischen Niederlande gefordert“, erwiderte Podewils, „und die bringen Sie ihm doch wohl nicht.“ „Daran hat auch wohl niemand gedacht“, nahm jetzt Robinson das Wort; „für den fünfzehnten Teil davon könnte man Frankreich haben.“ Überhaupt habe der letzte Kurier aus Paris nach Wien „Insinuationen“ mitgebracht, welche eine Befriedigung des französischen Hofes als nicht so schwer erscheinen ließen; die Königin von Ungarn aber habe aus „Konsideration für die Freiheit von Europa, für den König von England und selbst für den König von Preußen des letzteren Freundschaft vorgezogen“, und da man wüßte, daß dieser bis zum 12. August die Hände frei habe, so wolle er zu erwägen geben, ob es ratsam sei, die Königin von Ungarn mit Gewalt in die Arme Frankreichs zu treiben.

---

[1]) Bericht Schwichelts vom 5. und 9. August; Archiv zu Hannover.

[2]) Anführung bei Droysen, Preuß. Polit. V, 1. S. 299, Anm. 2.

[3]) Dieses letztere führt Droysen S. 299 aus einem Bericht von Podewils an, ich folge im übrigen der Relation Robinsons vom 19. August.

Indes Podewils war der Mann dazu, den renommierenden Engländer zu übertrumpfen. Robinson sei übel berichtet, sagte er; man wisse ganz wohl, daß Österreich dem französischen Hofe carte blanche angeboten, und erst, nachdem es dort abgewiesen sei, klopfe es hier an. Gereizt erwiderte Robinson, man müsse hier sehr intim mit Frankreich stehen, um solche Eröffnungen zu erhalten. Der Kanal, warf Podewils hin, sei zwar kein direkter, aber ein untrüglicher. Jetzt legte sich Hyndford ins Mittel, und er und Robinson suchten wetteifernd die Gegenstände ihres Angebots, ohne sie zu nennen, zu preisen. Nicht von Verpfändung sei dabei die Rede, sondern von Souveränitäten, nicht von Kasualitäten, sondern von Realitäten. Doch Podewils blieb dabei, wenn man nichts von Schlesien bringe, werde alles vergebens sein. Es mag dahingestellt bleiben, ob Robinson bei dieser Gelegenheit dann auch das geäußert hat, was ihm Valori nachsagt [1]), daß, wenn Friedrich Maria Theresia sähe, er sich sogleich in sie verlieben und dann eher suchen werde, ihre Kronen zu wahren, als zu mindern.

Am 5. August eröffnet Podewils den beiden Gesandten, der König wolle sie folgenden Tages sehen, und Mittags 1 Uhr am 6ten waren dieselben in Strehlen, wo ihnen ihre Audienz für den 7ten um 11 Uhr bestimmt wurde.

Zur bestimmten Stunde holte Podewils die Herren in des Königs Zelt ab [2]).

Nach der Produzierung seiner Vollmacht bedauerte Robinson nicht eher haben kommen zu können, dem Könige habe die Formulierung der österreichischen Vorschläge, welche Lord Hyndford überreicht, mißfallen („es war sehr unverschämt, jenes Papier", warf Friedrich dazwischen); aber die eigent-

---

[1]) Mémoires I, 120.

[2]) Über die Audienz selbst liegt mir außer dem in der Polit. Korresp. I, 297 aus dem Berliner Archive abgedruckten Precis von Podewils noch der Bericht Robinsons vom 9. August vor (Abschrift im St.-A. zu Hannover), der viel vollständiger ist, als die Auszüge bei Raumer (Beiträge zur neueren Geschichte II, 139) und bei Carlyle (Tauchnitz - Edit. VII, 42), obwohl auch er als Extrakt bezeichnet ist, was allerdings auch auf Verkürzungen am Anfang und Ende sich beziehen kann. Bei einer Darstellung der Audienz wird man den Robinsonschen Bericht wohl immer zugrunde legen müssen, der die Angebote per gradus, welche die österreichischen Minister dem Gesandten so eingeschärft hatten, ganz richtig wiedergiebt, während der Podewilssche Precis entschieden unhistorisch sämtliche Offerten voranstellt und dann des Königs Antworten im Zusammenhange giebt. Wenn Droysen S. 300, Anm. 1 von dem englischen Bericht sagt, er sei „etwas dicker in der Färbung", so möchte ich nicht glauben, daß Robinson die Farben zu dick aufgetragen; man sieht nicht ein, wozu er das gethan haben sollte; eher scheint die Vermutung gerechtfertigt, daß Podewils in seiner diplomatischen Weise die heftigen Ausdrücke des Königs in seiner Relation abzuschwächen gesucht habe. Und wer wollte leugnen, daß gerade die kräftigen, lebhaften Ausdrücke, die ja zugleich dem Ganzen so viel dramatisches Leben verleihen, ganz dem Geiste des Königs entsprachen? Man könnte sich anheischig machen, dies von den einzelnen Redewendungen und Worten nachzuweisen. Daß die Unterhaltung während der Audienz übrigens wirklich bald sehr belebt wurde und dann gewissermaßen auf dem Kothurn hinschritt, bezeugt und motiviert auch der König selbst in der Histoire de mon temps (1746), p. 233: „Je pris un ton de déclamation"; ebenso auch in der späteren Bearbeitung (Oeuvres II, 84). Ich folge in meiner Darstellung Robinson, das, was er vergessen oder verschwiegen zu haben scheint, aus Podewils ergänzend.

liche Substanz, die Tendenz des Angebots schiene ihm nicht unangenehm gewesen zu sein.

Der König (schnell einfallend): „Die sämtlichen österreichischen Niederlande, das war meine Forderung."

Robinson: „Wollen Ew. Majestät mir gestatten, die Propositionen der Königin von Ungarn eine nach der anderen darzulegen. Wenn es Ew. Majestät erzürnt hat, daß die Königin auf alle Entschädigung wegen des in Schlesien angerichteten Schadens zu verzichten bereit ist, so möchte ich mir die Freiheit nehmen, zu bemerken, daß, so unnütz und unschicklich solche Kondition im Falle eines Accommodements angesehen werden möchte, man doch später einmal, falls das Glück sich wendete, bedauern könnte, dies nicht in Betracht gezogen zu haben."

Der König: „Selbstverständlich (c'est à voir) wird das Kriegsglück darüber entscheiden."

Robinson: „Die Königin bietet zunächst für die Räumung Schlesiens 200,000 Thaler."

Der König (sehr erregt zu Hyndford): „Hält man mich denn für einen Bettler (gueux)? Ich sollte Schlesien räumen, auf dessen Eroberung ich so viel Geld und Blut verwendet, und zwar um Geldes willen, als ob es meine Art sein könnte, meinen Ruhm und die Interessen meines Hauses zu verkaufen. Geld mag man einem kleinen Fürsten bieten, der des Geldes sehr bedürftig ist, einem Herzog von Gotha, ich aber, mehr empfindlich für den Ruhm und die Rechte meines Hauses, würde lieber anderen Geld geben, wenn es nötig wäre. Und solch insultierendes Anerbieten macht mir ein Hof, der selbst so derangiert in seinen Finanzen ist, der nicht weiß, woher er für die dringendsten Bedürfnisse Geld schaffen soll. Ich sehe wohl, der Hochmut hat das Haus Österreich noch nicht verlassen. Mein Herr, wenn Sie nichts Besseres haben, lohnt es sich nicht zu reden." (Des Königs Worte waren von heftigen [1]) Gestikulationen und den Zeichen großer Erregung begleitet.) „Aber laßt sehen, was es weiter giebt!"

Robinson: „Ich habe den Auftrag, Ew. Majestät den österreichischen Anteil von Geldern mit allem Zubehör und voller Souveränität zu bieten."

Der König (zu Podewils): „Was fehlt uns denn von Geldern?"

Podewils: „So gut wie nichts, Majestät."

Der König: „Abermals nichts als Bettelkram [2]). Was? für solch ein Nest (bicoque) soll ich alle meine gerechten Ansprüche in Schlesien hingeben?"

Als Robinson schwieg, wuchs des Königs Unwille, und da es unmöglich war, sich über die Verachtung zu täuschen, mit welcher der König auf alles bisher Gebotene blickte, und jeden Augenblick zu fürchten stand, daß die beiden Engländer einfach fortgeschickt würden, so rückte Robinson mit der letzten Reserve heraus, dem Herzogtume Limburg, welches er nun aufs beste anpries hinsichtlich seiner natürlichen Hilfsquellen, seiner Ertragsfähigkeit, zugleich vorstellend, daß man mit geringen Unkosten die dortigen Plätze zu unüberwind-

---

1) Robinson sagt „theatralischen".

2) Nach Droysens Anführung, S. 300, umfaßte das damalige österreichische Geldern etwa 4 bis 5 Quadratmeilen mit der Stadt Roermonde.

lichen Bollwerken machen könne. Als er schließlich auch behauptete, der Kurfürst von der Pfalz habe das Herzogtum Berg gegen Limburg hergeben wollen, fiel Podewils ein, gerade das Gegenteil sei wahr, der Kurfürst habe solchen Tausch auf das bestimmteste abgelehnt.

Des Königs Antwort war: er habe auf die Niederlande keinen Anspruch, wohl aber auf Schlesien; er würde vor seinen Ahnen erröten, wenn er seine Rechte auf dieses Land, die er so tapfer geltend gemacht, nun aufgeben wollte; alle Welt würde ihn tadeln, wenn er eine protestantische Bevölkerung, die ihn mit offenen Armen aufgenommen, der Rache der Katholiken preisgäbe; er würde für den Rest seiner Tage sich in den Ruf eines Mannes bringen, der leichtsinnig eine Unternehmung begonnen, die er dann nicht durchzuführen vermöge. Er habe auch gar keine Neigung, sich nach der Seite der Niederlande auszudehnen. Wie käme er dazu, viel Geld dort auf Festungen auszugeben? Hier in Schlesien reichten die, welche er habe, aus für einen, der gemeint sei, mit seinem Nachbar in Frieden zu leben. Ob man denn die Zustimmung der Generalstaaten habe? Mit Robinsons Versicherung, die würde leicht zu beschaffen sein, erklärte er, sich nicht beruhigen zu können, dann müsse General Gindel (der holländische Gesandte) herbeigeholt werden. Hyndford und Robinson schöpften schon Hoffnung, der König werde einlenken, und erklärten ihre Bereitwilligkeit, die Zustimmung der Staaten zu verschaffen, aber der König erklärte, es komme nicht so viel darauf an, er wolle eben nichts von den Niederlanden. Übrigens habe Österreich kein Recht, Limburg wegzugeben, der Barrieretraktat verbiete es ausdrücklich. Robinson meinte, die feierliche Inalienabilität ginge bloß gegen das Haus Bourbon. „Ja", erwiderte Friedrich, „so erklärt ihr es, aber die Franzosen anders und zu ihren Gunsten; mit ihnen wie mit den Holländern würde ich in Streit geraten, wollte ich solche unrechtmäßige Acquisition anstreben. Und wer würde sie mir garantieren?"

Wohl meinte Robinson eifrig, das sei ja gerade die andere Seite von der Königin Plan, sie rechne darauf, für das, was sie anbiete, die Garantie von England, Rußland, Sachsen, ja sogar von den Generalstaaten zu erlangen. Aber der König erwiderte mit grausamem Hohne: „Wer bekümmert sich in unserem saeculo noch um Garantieen und wer hält sie? Hat nicht Frankreich die pragmatische Sanktion garantiert? Hat es nicht England? Warum fliegt ihr nicht alle herbei, um sie aufrecht zu erhalten?" Robinson bemerkte: er könne nicht für alle einstehen, aber der Zwang der Umstände würde zuletzt alle zusammenführen, welche ein Interesse für das Haus Österreich und die Freiheit Europas hätten. „Wer sind die denn?" fragte der König. — „Nun z. B. Rußland, welches Österreich zur Abwehr der Türken nicht entbehren kann." — „Schön, schön", bemerkte Friedrich, „die Russen, — es steht mir nicht zu, mich über sie auszusprechen, aber ich habe Mittel für sie." — „Die Russen sind nicht die einzigen, welche Verpflichtungen gegen Österreich haben und diesem helfen müssen, und eine solche Macht wie abgeneigt auch einem Bruche . . ." — „Herr", fiel der König ein, indem er den Finger zu seiner Nase erhob, „keine Drohungen, wenn's beliebt, keine Drohungen!"

Hyndford legte sich ins Mittel: „Se. Excellenz ist gewiß fern davon, etwas zu äußern, was seinen Instruktionen so schnurstracks zuwiderliefe." Auch Pode-

wils sprach ein begütigendes Wort [1]. Robinson aber verteidigte sich: „Sire, ich bin weit entfernt, zu sagen, was irgendjemand thun wird, sondern ich spreche von dem, was sich von selbst machen wird, was nicht ausbleiben kann; das sind keine Drohungen, der Eifer für das allgemeine Beste brachte mich hierher." — „Die Menschheit wird Ihnen dafür sehr verbunden sein", unterbrach ihn Friedrich; „aber sehen wir einmal näher zu. Wie es mit Rußland steht, das wissen Sie, und auch, daß ich von dem Könige von Polen nichts zu fürchten habe. Was aber den König von England anbetrifft, der ist mein Verwandter, mein alles (mon tout), und wenn er mich nicht angreift, ich werde ihn sicher nicht angreifen; nun und wenn er mich angreift, so wird der Fürst von Anhalt das Weitere besorgen (le prince d'Anhalt en aura soin)."

Nach einer kleiner Pause raffte sich Robinson zu einer letzten Anstrengung auf, erklärte, man wisse wohl, daß Se. Majestät nur bis zum 12. August die Hände frei hätten, und als bei diesem dreisten Auf-den-Busch-klopfen kein Vogel herausflog, sondern der König schwieg, nahm er das als Zeichen eines bösen Gewissens, schnallte nun erst seinen Kothurn an und zog alle Schleußen seiner Beredsamkeit, sprach von der Gefahr eines Bündnisses mit Frankreich, von den geheimen Plänen dieser Macht, von den Pflichten, die ein Reichsfürst für die Erhaltung der Reichsverfassung, eine größere Macht für die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts habe, daß dies in diesem Augenblicke in der Hand des Königs von Preußen läge und ganz Europa auf die Entscheidung blicke, die er treffen würde. „Er sprach, als ob er eine große Rede im englischen Unterhause hielte", urteilt der König von ihm [2]. Wenn Friedrich aber dann zufügt, ihm sei das lächerlich vorgekommen, und er habe zur Persiflage des anderen einen gleichen pathetischen Ton angeschlagen, so müssen wir konstatieren, daß keiner seiner Zuhörer den Spott herausgehört zu haben scheint, und es bleibt fraglich, ob nicht der König erst, als er seine Memoiren schrieb, bei dem Gedanken an das Pathos, zu welchem ihm damals des Engländers Rede hingerissen, die Ironie nachträglich zugethan habe.

Genug, er erwiderte in gleichfalls gehobenem Tone, wenn die Gefahr für die Verfassung des Reiches und das Gleichgewicht Europas wirklich so groß sei, dann sei es erst recht Sache der am meisten bedrohten Macht, den Sturm zu beschwören durch Befriedigung seiner gerechten Ansprüche; von der Königin von Ungarn möge man die Opfer heischen, nicht von ihm, dem doch immer die Pflichten, welche er als König von Preußen gegen sein Haus und seine Nachfolger bezüglich der Rechte seiner Vorfahren habe, in erster Linie stehen müßten; gern wolle er als König von Preußen und als Kurfürst des Reiches zur Erhaltung der Ruhe Europas und der Konservierung des Reiches mitwirken, aber diesen Bestrebungen die Interessen seines Landes zu opfern vermöge er nicht, und er kenne keine Macht innerhalb oder außerhalb des Reiches, die das thun würde.

Hyndford wagte noch einzuwerfen, trotz der großen Abneigung, welche die Königin gegen Abtretungen in Schlesien habe, hoffe sein Herr, der König von England, es durchsetzen zu können, daß zu dem bisher Angebotenen noch

---

[1] Die Interventionen Hyndfords und Podewils werden in dem mir vorliegenden Berichte nicht erwähnt, ich entnahm sie aus Raumer II, 142.

[2] Hist. de mon temps (1746), p. 233 und (1775) Oeuvres II, 84.

das Fürstentum Glogau hinzukäme; aber der König erwiderte schnell, er habe von Anfang an die vorteilhaftesten Anträge in Wien vorbringen lassen und noch neuerdings, um weitere Beweise seiner Mäßigung zu geben, gegen Lord Hyndford sich mit einem Teile von Niederschlesien begnügen zu wollen erklärt; nun aber, nachdem Österreich sein Ultimatum hochmütig verworfen, erkläre er sich nicht mehr daran gebunden und verlange jetzt ganz Niederschlesien mit Breslau. Er habe eine Schlacht gewonnen und zwei Festungen erobert und stehe hier an der Spitze eines gewaltigen, unüberwindlichen Heeres, im Besitze des Landes, welches das Ziel seiner Wünsche sei, und man könne sich versichert halten, er wolle es haben und eher untergehen mit allen seinen Soldaten, als von dieser Forderung ablassen.

„Nie“, rief Robinson, „wird die Königin dazu die Hand bieten; ihr auch nur Glogau abzuringen würde unendlich schwer sein, aber sie wird sich Frankreich in die Arme werfen und einen furchtbaren Krieg heraufbeschwören.“

„Möge sie es thun“, sagte Friedrich; „auch in diesem Falle wird die Vorsehung und eine kluge Benutzung der Konjunkturen mich zum Ziele kommen lassen. Warum sollten aber die Österreicher mir nicht einige schlesische Fürstentümer gönnen, da sie doch den Spaniern seiner Zeit ganze Königreiche ohne Bedenken weggegeben haben?“

„So habe ich denn“, sagte resigniert Robinson, „das Gehörte in Wien zu berichten als das Ultimatum Eurer Majestät?“

Fast unwillig erwiderte der König: „Wenn ich schon von Ultimatums höre, wird mir übel wie einer schwangeren Frau; so viele Ultimatums habe ich schon gegeben und den Wiener Hof nur noch halsstarriger gemacht. Sagen Sie lieber in Wien, wenn binnen 6 Wochen meine jetzige Forderung nicht erfüllt wäre, dann würde ich noch vier weitere Fürstentümer fordern.“

Robinson konnte sich doch nicht enthalten, noch zu fragen, ob er nicht die sämtlichen Anerbietungen des Wiener Hofes zusammenstellen und mit Podewils einer Berathung unterwerfen dürfe, aber der König schnitt alles Weitere ab, indem er mit den Worten: „Meine Herren, es ist überflüssig, auch nur daran zu denken“, seinen Hut lüftend, hinter den Vorhang seines inneren Zeltes sich zurückzog.

„Mit nicht geringer Verwunderung“, erzählt Robinson, „begaben wir uns aus dem Zelte heraus.“ Hyndford, der den preußischen Herrscher näher zu kennen glaubte, erklärte den schnellen Abbruch der Audienz so, daß der König einem leidenschaftlichen Ausbruche des Zornes, dem er sich nahe gefühlt, habe vorbeugen wollen. Gegen Podewils, der das Geleit gab, warnte Robinson noch vor der Hinterlist der Franzosen, welche, wenn sie ihre speziellen Zwecke erreicht hätten, ihre Alliierten im Stiche zu lassen pflegten, worauf der preußische Minister optimistisch genug geantwortet haben soll, wenn man nur selbst ehrlich zuwerke gehe, brauche man dies nicht zu fürchten.

Wenn die beiden Engländer durch den plötzlichen Abbruch der Audienz auch um die sonst übliche Einladung zur Tafel gekommen zu sein glaubten, so bestätigte sich das doch nicht, der König schickte noch nach ihnen, und sie fanden, daß derselbe dann vor der großen Anzahl Personen, die zur Tafel versammelt waren, viel und unbefangen sprach, allerdings auch manches, was nach Robinsons Meinung besser ungesprochen geblieben wäre, nämlich bittere

und harte Dinge über den Wiener Hof. Ja, sie speisten auch den Tag darauf beim Könige; derselbe hieß Robinson auf seiner Rückreise den Kommandanten von Neiße grüßen und ihm sagen, er dürfe ihn in den nächsten Tagen erwarten, und Friedrich ging sogar nach Robinsons Bericht so weit, in Erwägung zu ziehen, wie viel Zeit er wohl brauchen würde, um vor Wien zu stehen. Viel Kopfzerbrechen machte den englischen Herren die wiederholte Einladung Podewils', doch noch 2 bis 3 Tage im Lager zu bleiben, da der König alle die fremden Gesandten hierher zu bitten beabsichtige, um ihnen ein besonderes militärisches Schauspiel zu zeigen.

Was dahinter stecken könnte, ihre scharfsinnigen Vermutungen trafen das Richtige nicht, daß nämlich Friedrich für den Tag des Handstreiches auf Breslau, den er vorhatte, die Gesandten aus der Stadt haben wollte.

Gleichen Kummer hatte ihr hannöverischer Kollege Schwichelt gehabt, der, weil er am 9ten die beiden Engländer zurückerwartete, jener auch ihm befremdlich scheinenden Einladung nicht hatte folgen mögen, und dann die unblutige Eroberung Breslaus am 9. August hatte mit erleben müssen, ohne freilich infolge davon Schlimmeres zu erfahren, als daß er morgens um ½6 Uhr von militärischer Musik und Pferdegetrappel geweckt und später durch einen vor sein Haus gestellten Posten aufs höchste alarmiert wurde, obwohl diese Wache nicht ihm galt, sondern dem Unterbefehlshaber der Breslauer Miliz, Oberst v. Wuttgenau, der, im nämlichen Hause wohnend, einen Tag lang gefangen gehalten wurde [1]).

Die Nachricht von der Besetzung Breslaus durch die Preußen, in ihren Wirkungen fast einem gewonnenen Treffen gleich, kam noch hinzu zu den vielen unerwünschten Dingen, welche Robinsons Rückreise beschwerten.

Er ging jetzt von einem, der ihm einen mehr als kalten Gruß geboten, zu denen, die ihn nichts weniger als lieb hatten. In der That war er in Wien seiner preußenfreundlichen Gesinnung wegen verdächtig. Wir sahen schon oben, wie ungünstige Gerüchte über ihn kursierten, und der sächsische Gesandte Bünau beklagt sich immer aufs neue über den Engländer, den er als einen blinden Bewunderer des Preußenkönigs ansieht [2]).

Wie anders dagegen im preußischen Lager! Valori schildert, wie derselbe sich durch den Enthusiasmus, mit welchem er von den Reizen der Königin von Ungarn deklamiere, geradezu lächerlich gemacht habe [3]), und noch härter urteilt der König selbst: dieser Minister war eine Art Narr, ein Schwärmer für die Königin von Ungarn [4]).

Die Wahrheit zu gestehen, aus dem hier vorliegenden Berichte würde man allerdings schwerlich jene Schwärmerei für König Friedrich herauslesen können, die man ihm in Wien nachsagte. Er habe, schreibt er darin an Lord Harrington, deshalb alles so ausführlich geschildert, damit seine Lordschaft erkennen möge, wie des Königs Gemütsbeschaffenheit, und wie es ganz unmöglich sei, mit einem so gearteten Fürsten zu unterhandeln, der seine Ent-

---

1) Bericht vom 10. August; Archiv zu Hannover.

2) So z. B. den 10. August: „Für Robinson giebt es nur einen Helden, und das ist Friedrich“; Archiv zu Dresden.

3) Mémoires I, 210.

4) Oeuvres II, 84. 85, und ebenso schon in der älteren Redaktion ed. Posner, S. 233.

schlüsse so schnell, so gewaltsam fasse, ohne irgendjemandes Rat oder Vorstellung einen Einfluß zu gönnen.

Als Robinson Mitte August die Nachricht von dem vollständigen Scheitern seines Vermittelungsversuches nach Preßburg brachte, schrieb Maria Theresia in einem Briefe an Kinsky: „Breslau ist besetzt, unsre propositiones verworffen außer Unter-Schlesien, welches man aber in 24 Stunden müsse accordieren. Meine Antwort ist gegeben, alles ist zu Ende.“ [1])

Sie bestand darauf, lieber mit Bayern und selbst mit Frankreich anzuknüpfen und den Versuch einer Verständigung nach dieser Seite hin zu machen. Doch im Kreise ihrer Minister hielt man diese Hoffnung für eitel, und selbst Bartenstein riet jetzt dringend zu Konzessionen an Preußen. Die Lage ward von Tag zu Tage bedrängter. Während 2 französische Armeecorps damals (Mitte August) den Rhein überschritten, deren eins mit den bayerischen Truppen vereinigt in Böhmen einfallen sollte, schwand für die Königin jede Hoffnung auf Beistand. Wenn auf Rußland nie besonders viel zu zählen gewesen war, so konnte nun, nachdem die Kriegserklärung Schwedens an dasselbe bevorstand, von dieser Macht kaum mehr die Rede sein. Sachsen erklärte sich um diese Zeit ausdrücklich außerstande, bei den drohenden Zeitverhältnissen Hilfstruppen senden zu können [2]), und Robinson eröffnete der Königin mit einer Schärfe wie nie vorher, so lange König Friedrich nicht durch vollständige Erfüllung seiner Wünsche gewonnen sei, werde England weder gegen Preußen noch selbst gegen Frankreich und Bayern auch nur einen Mann zuhilfe senden [3]).

Mit tiefer Entrüstung sah sich Maria Theresia zu einer Nachgiebigkeit gerade nach der Seite hin gedrängt, welche ihr die widerwärtigste war. Was sich in ihr so besonders dagegen sträubte, war auf der einen Seite Stolz und eine persönliche Antipathie gegen ihren Bedränger, auf der anderen religiöser Eifer, welchen geistliche Ratgeber eifrig zu nähren beflissen gewesen waren, die ja so weit gingen, dem König die Entzündung eines Religionskrieges zuzuschreiben, der ihn dann zum Oberhaupte Norddeutschlands machen sollte [4]). Bitter genug schreibt Lord Hyndford über diesen Gegenstand auf Grund der ihm von Robinson gemachten Mitteilungen, die Königin von Ungarn schütze immer ihr zartes Gewissen vor, weil sie geschworen habe, nichts von der Succession wegzugeben, indessen habe sie ihr Gewissen doch nicht gehindert, für die bloße Neutralität Frankreichs diesem ganz Luxemburg zu bieten; augenscheinlich steckten die Priester dahinter, welche daran dächten, wie zahlreich die Protestanten in Schlesien und wie groß anderseits die Revenüen des katholischen Klerus in diesem Lande seien, und obwohl der König von Preußen niemals einen großen Eifer im Punkte der Religion an den Tag gelegt, fürchte der Klerus doch für seinen Besitz, und infolge dessen wende er alle seine

---

[1]) Arneth I, 395.

[2]) Eröffnung Brühls in einer Konferenz mit Keyserling, Solms und Guarini am 17. August; Archiv zu Dresden.

[3]) Denkschrift Robinsons vom 17. August; Arneth, S. 241.

[4]) Arneth, S. 242. Auch Bünau, der sächsische Gesandte in Wien, berichtet wiederholt und so auch unter dem 20. August, daß religiöse Impulse ganz besonders den Widerstand Maria Theresias herbeigeführt hätten.

Schreckmittel und Kunstgriffe an, um jede Abtretung in Schlesien zu hintertreiben [1]).

In der That wirkten diese Motive so stark, daß die Königin als ihr ganzer Ministerrat, den sie unmittelbar nach Robinsons letzten Erklärungen berufen, sich für die Befriedigung Preußens erklärt hatte, noch 2 Tage in schwerstem Kampfe widerstand, und als sie dann nachgab, war es doch nur ein halbes Zugeständnis; immer noch die Form eines direkten Angebotes an Preußen, ja selbst die einer bestimmten Vollmacht für den Unterhändler vermeidend, antwortete sie Robinson auf seine Denkschrift vom 17. August, sie sei bereit, Niederschlesien in näher bezeichneten Grenzen an Preußen abzutreten; mit dieser Eröffnung durfte er dann sich von neuem auf den Weg machen ins preußische Hauptquartier. Für Maria Theresia aber war es ein gewisser Trost, dem sächsischen Gesandten insgeheim mitteilen zu können, sie habe bei der Bewilligung an Robinson so viel Kautelen gemacht (Zustimmung aller Agnaten, Sachsens ꝛc.), daß sie jeden Augenblick von dem Abkommen zurückzutreten in der Lage sei, falls sich nur irgendeine Aussicht auf Verständigung mit Bayern biete [2]). Von derartigen Hintergedanken geleitet, schrieb sie dann auch eigenhändig auf den von dem Kanzler Sinzendorf an Robinson gesandten Entwurf, sie werde, wenn auch nur das Geringste an den verlangten Gegenleistungen fehle, sich in keiner Weise für gebunden ansehen [3]).

Sie täuschte sich allerdings sehr, wenn sie annahm, der König von Preußen werde auf die neuen Propositionen eiligst zugreifen. Wohl hatte das Schreiben, welches Robinson unmittelbar nach dem Umschwunge im Presburger Ministerrat abgesendet, auch bei Hyndford Hoffnungen erregt, und selbst Podewils schien in gewisser Weise befriedigt; doch bemerkte derselbe sogleich, er fürchte nur, daß Robinson auf den Gedanken kommen werde, selbst nach Breslau zu kommen. Und als der Gesandte näher fragte, was dabei denn zu fürchten sein könnte, erklärte er offen, Robinson sei dem König ganz und gar zuwider, und wenn Österreich ernstlich den Frieden wolle, werde es weit leichter dazu durch Hyndfords Vermittelung kommen. Daran knüpfte er einiges so Schmeichelhafte, daß jener darüber in seinem Berichte bemerkt, er sei nicht eitel genug, so etwas zu denken, geschweige denn es niederzuschreiben [4]). Wie Podewils versichert, fühlte sich der Lord über diesen Vorzug sehr geschmeichelt, er versicherte, es könne keinen eifrigeren Diener Sr. Majestät des Königs von Preußen geben; er wünschte, es möchte ihm gestattet sein, alle seine Berichte einsehen zu lassen, kein preußischer Minister könne mehr zu jenes Vorteil sich äußern; erst kürzlich habe er den englischen Ministern geschrieben, ob es denn möglich sei, daß man um des Eigensinnes einer Frau willen ganz Europa in Feuer und Flammen setzen lasse [5]). Was Robinson beträfe, so könne er die Eröffnungen Podewils nicht selbst nachhause berichten, einmal aus Bescheidenheit, dann aber auch um nicht den Anschein zu erregen, als sei er auf

[1]) Hyndford, den 5. August; Londoner Record office.
[2]) Bünau, den 3. September; Dresdner Archiv.
[3]) Arneth I, 244 u. 396, Nr. 35.
[4]) Mir lagen der Bericht Hyndfords vom 2. September (Londoner Record office) und der von Podewils vom 25. August (Berliner St.-A.) vor.
[5]) Polit. Korresp. I, 311.

Robinson eifersüchtig [1]), anderseits bedaure er, dies nicht früher gehört zu haben, weil es nun wohl zu spät sein werde, um Robinson zu hindern, sich auf den Weg zu machen [2]). Wenn dieser übrigens die gewünschten Konzessionen brächte, werde Se. Majestät wohl weniger die Person als die Sache ansehen. Hyndford fügt forschend hinzu, er hoffe, man habe noch die Hände frei; sollte dies aber auch nicht der Fall sein, so wäre ja doch nicht das erste Mal, daß man einen Separatfrieden mache, wäre es auch nur, um einem Alliierten zuvorzukommen, der es zur Gewohnheit habe, seinen Verbündeten derartige Streiche zu spielen. Podewils erwiderte, die Anträge hätte man früher anbringen müssen; jetzt, wo Frankreich bald mit großen Heeren an den Grenzen des größten Teils der preußischen Staaten stehen werde, hieße ein Eingehen auf Österreichs Anträge sich in einen neuen, viel schwereren Krieg stürzen, als der bisherige sei. Jetzt werde man nur durch eine allgemeine Pacifikation zu einem stabilen und soliden Frieden kommen.

Obwohl diese Erklärung zum erstenmale die bisher so geheim gehaltene Verbindung mit Frankreich ziemlich unverblümt eingestand, hielt Hyndford doch noch immer an seiner Meinung fest, es seien bisher zwischen Preußen und Frankreich zwar wiederholte Pourparlers gepflogen worden, aber noch keine definitive Abmachung vorhanden, da der König eine solche bisher immer noch abgelehnt habe. Er stützte sich hierbei auf die Nachrichten, die er von einem jungen Manne aus des französischen Gesandten Valori Kanzlei empfing, den zu bestechen ihm gelungen war [3]).

Wenige Tage nach dieser Unterredung traf Robinson in Breslau ein, ohne eine Ahnung von dem üblen Empfange, der seiner hier wartete, und voll Eifer und Zuversicht wie immer, so daß es wenig Eindruck auf ihn machte, als Hyndford gleich nach dem Empfange ihm ein vollständiges Scheitern seiner Pläne voraussagte.

In der ersten Unterredung mit Podewils am 29. August abends producierte nun Robinson eine Karte von Schlesien, auf welcher eine gerade Linie gezogen von Greifenberg an der Lausitzer bis zu Adelnau jenseits der großpolnischen Grenzen das Gebiet bezeichnete, welches Österreich abzutreten bereit sei. Die Linie vindizierte die Fürstentümer Glogau und Sagan ganz, Wohlau zum größten Teile, Liegnitz und Jauer etwa zur Hälfte dem preußi-

[1]) Er hat es allerdings dann doch möglich gemacht; anderseits hat diese Äußerung dann Veranlassung gegeben zu einer direkten Weisung an Plotho nach Hannover, sich Robinsons Wiederkommen zu verbitten.

[2]) Es ist eine Pflicht der Gerechtigkeit, Droysens Anführung (S. 311) gegenüber zu konstatieren, daß, als Robinson kam, er nicht wußte, wie unwillkommen er war.

[3]) Hyndford, den 19. August und 2. September; Londoner Record office. Lord Harrington widerlegt diese Meinung unter dem 30. August, er wisse genau, daß der Vertrag mit Frankreich Anfang Juni gezeichnet worden sei. Derselbe junge Mann verschafft dem Gesandten um diese Zeit auch eine Abschrift des neuerdings so viel besprochenen, man muß wohl sagen angeblichen Nymphenburger Vertrages (Hyndford übersendet ihn den 2. September), so daß es scheint, als habe derselbe den Lord doch eigentlich düpiert. Wie Hyndford dann unter dem 6. September berichtet, habe der junge Mann während Robinsons Anwesenheit in Breslau an diesen geschrieben, um eine Empfehlung an den Großherzog von Toscana zu erlangen. Dieser Schritt sei aber ruchbar geworden und habe Valori Veranlassung gegeben, jenen Beamten über die Grenze zu spedieren.

schen Anteile, ließ aber Goldberg, Liegnitz, Kloster Leubus, Wohlau hart an der Grenze dem österreichischen Teile. Der Gedanke, welcher bei ihrer Entwerfung geleitet hatte, war wohl der gewesen, die auf Niederschlesien gerichtete Forderung des Königs zu erfüllen, und im nordöstlichen Teile hätte das auch vielleicht gelten mögen. Im Südwesten dagegen hatte man eine wesentliche Modifikation für nötig gefunden, welche eben die Hälfte des zu Niederschlesien gehörigen Fürstentums Jauer ausschloß, unzweifelhaft in der Absicht, keinen Teil des böhmischen Grenzgebirges mit seinen Pässen in die Hände Preußens fallen zu lassen. Die Greifenberger Linie hätte in der That das preußische Gebiet nirgends unmittelbar an Böhmen grenzen lassen.

Das Ganze sollte als Pfand abgetreten werden, bis man ein anderes Äquivalent zur Befriedigung Sr. Majestät finden könne unter der Bedingung, daß alles in dem Zustande bliebe, wie es die preußischen Truppen bei ihrem Einmarsche gefunden, in kirchlichen wie in politischen Dingen und namentlich bezüglich aller Privilegien der Stände und Körperschaften, auch hinsichtlich der Religion keinerlei Veränderung gemacht würde.

Die dem Könige von Polen von Österreich zugestandene Passage durch den Grünbergischen Kreis sollte erhalten bleiben, und man setzte voraus, der König werde sich bereit finden lassen, an Sachsen die böhmischen Lehen in der Lausitz abzutreten. Ferner sollte Preußen sich zur Garantie der pragmatischen Sanktion in ihrem ganzen Umfange verpflichten und zu diesem Behufe 10,000 Mann Hilfstruppen der Königin überlassen, außerdem mit England, Sachsen und anderen Alliierten zur Aufstellung eines ansehnlichen Heeres am Rheine die Hand bieten, dem Großherzoge die Kurstimme zu geben, die Ausübung der böhmischen Stimme anzuerkennen und schließlich der Königin eine Entschädigung für die gemachte Abtretung verschaffen.

Podewils verbarg dem Gesandten nicht sein Erstaunen darüber, daß er sich zum Träger solcher Armseligkeiten habe gebrauchen lassen; Robinson versicherte, es sei das Äußerste, was sich habe erreichen lassen, und dem Minister blieb nichts übrig, als das Ganze an den König zu berichten. Aber kaum war er damit fertig, so erschien am 30. August früh der Engländer schon wieder, bemerkend, mit jener Linie sei das nur ein erster Versuch gewesen, und wenn das Gestrige Gift geschienen, so bringe er heut das Gegengift; er würde sich nimmermehr zu der Sendung haben gebrauchen lassen, wäre er nicht sicher gewesen, daß man auch mehr zugestehen würde. Als Beweis, wie energisch er die preußischen Forderungen vertreten habe, zeigte er die Denkschrift, welche er nach seiner ersten Sendung dem Wiener Ministerium überreicht habe [1]). Der König von Preußen möge nur die Gnade haben, auf der Karte selbst zu verzeichnen, bis wohin er das von ihm begehrte Niederschlesien gerechnet zu wissen wünsche, binnen 8 Tagen hoffe er mit Sicherheit die Zustimmung des österreichischen Hofes beibringen zu können, wofern er nur in Aussicht zu stellen vermöge, daß Preußen auf Österreichs Seite treten und mit 10,000 Mann zuhilfe kommen werde. Die geforderten Abtretungen an Sachsen dürften keine Schwierigkeiten machen, die möge man einfach abschlagen. Zum Kampf gegen Frankreich werde man noch vor dem Winter ohne Schwierigkeiten aus Hannoveranern, Hessen, Dänen und Engländern

1) Vom 17. August.

ein Heer von 80,000 Mann vereinen können, welche man unter das Kommando des Fürsten von Anhalt zu stellen beabsichtige. Mit Thränen im Auge beschwor der Gesandte den Minister, zu sagen, ob denn keine Hoffnung sei, daß der König auf die Vorschläge eingehe, auch wenn man die Bezeichnung der Grenze ihm ganz anheimstelle.

Doch Podewils erwiderte kühl, er glaube, die Anerbietungen kämen 3—4 Monate zu spät; der Wiener Hof gleiche einem Kranken, der, den Tod auf den Lippen, um den Preis für seine Heilung feilsche. Alles schiene ihm darauf hinauszulaufen, seinen König in einen Kampf mit Frankreich zu verwickeln, bei dem die preußischen Staaten der Hauptschauplatz des Krieges sein würden.

Es zeigte sich dann noch, daß der englische Gesandte für seine Unterhandlung keine Legitimation aufweisen konnte; sein ganzer Ausweis war der von dem österreichischen Ministerium ihm übergebene Entwurf eines Bündnisses mit Preußen, den er dann auch Podewils anvertraute.

Bei dem Könige, dessen Hauptquartier sich damals unweit Reichenbach befand, erregte die Nachricht von den neuen Anerbietungen geradezu Unwillen. Die schleunige Antwort war die Weisung an Podewils, er solle dem Gesandten sofort und ganz trocken antworten, er beklage, daß er sich mit solchen Propositionen chargiert habe; sein Ultimatum wäre ihm längst bekannt, er würde nie andere Propositionen anhören, und da er sähe, daß der Wiener Hof ihn nur amüsieren wolle, so werde er in keine weiteren Negotiationen mit ihm treten. Robinson möge nur je eher je lieber zurückgehen und sich nicht weiter aufhalten, der König habe keine Zeit, ihn zu empfangen, da er auf dem Point stände, mit der Armee zu marschieren.

„Ihr habt also“, fährt das Schreiben fort, „Eure Antwort dergestalt ganz kurz und trocken einzurichten, und würde es mir sehr lieb sein, wenn es so incaminiert werden könnte, daß, indem Ihr den Robinson sprächet und antwortetet, der Marquis de Valori dabei sein könnte“ [1]). In eigenhändiger Nachschrift faßt der König seine Weisungen noch schärfer zusammen, der König glaube, Robinson wolle ihn zum Narren haben; er möge ihn nicht sprechen, und habe Podewils verboten, mit ihm zu unterhandeln; der letztere solle sich piquiert zeigen über die impertinenten Propositionen, die jener gemacht habe, in 24 Stunden solle derselbe Breslau verlassen [2]).

Kabinettsrat Eichel mußte dann noch besonders schreiben: „Der König war sehr piquiert, er sah es fast als eine Insulte an, daß, nachdem des Königs von England Majestät, der v. Münchhausen zu Hannover und selbst Mylord Hyndford ganz andere declarationes gethan, dennoch der Robinson sich mit solchen Propositionen chargieren wolle, welche Se. Majestät in sich geringer halten, als die, so er bei seiner ersten Reise gethan, und mit welchen er doch so wenig engress gefunden.“ Podewils solle an die auswärtigen Höfe über das, was mit Robinson vorgegangen, Mitteilung machen. Auf die hierbei zurückfolgende Karte habe Se. Majestät eine Gegenlinie gezogen, wonach Sie wollen, daß Robinson seine negotiationes einrichten und, ohne solche zum Fundament zu setzen, nicht wieder mit Sr. Majestät negotiieren solle.

---

1) Den 31. August; Polit. Korresp. I, 318.
2) Ebd. S. 319.

Als diese Zeilen geschrieben wurden, lag der zweite Bericht Podewils' vom 30. August über Robinsons Morgenbesuch und erneute Propositionen noch nicht vor, und der König zog jene Linie, ehe er noch vernommen, wie sehr Robinson gerade darum gebeten. Freilich war auch jetzt der König weit entfernt, irgendwie auf die Intentionen des Gesandten einzugehen. Mit der Kenntnis der weiteren Anerbietungen schwand wohl in etwas der Unwille über die Armseligkeit der Propositionen, aber der Entschluß abzulehnen blieb nicht minder entschieden. Der König urteilt, das österreichische Projekt sei mit so vielen Klauseln und Restriktionen angefüllt [1]), daß „solches nicht anders als eine Mutter von einer langwierigen und difficilen Negotiation und eines onerösen Friedens sein würde, so daß, wenn ich alles thun könnte, was man dagegen von mir verlangte, dennoch ich und das Haus Österreich abimiert sein würden, bevor ein Konzert zustande käme, zu geschweigen, ob die von dem Minister gezeigte schöne Perspektive mich nicht zwischen zwei Stühle niedersetzte und in die Situation brächte, daß ich meine jetzigen Freunde und Alliierten verlöre, meine Feinde aber auf dem Halse behielte". Für ihn handle es sich einfach darum, ob er Lust habe, um einen durch den göttlichen Beistand schon halbgeendigten Krieg loszuwerden, sich in einen weit größeren und oneröseren zu verwickeln.

Auch die Abneigung gegen den Gesandten hatte sich nicht vermindert, „sein wunderbares Betragen habe ihn dem König odiös machen müssen", und wenn es in der letzten Instruktion an Podewils noch glimpflich genug heißt, der Minister solle denselben auf eine zwar obligeante, aber nachdrückliche Art abweisen, und ihn bedeuten, daß des Königs jetzige Situation nicht gestatte, ihn selbst zu sprechen [2]), so verlangte dagegen die eigenhändige Nachschrift in drastischen Ausdrücken: „Schickt mir den Schuft von Robinson weg und seid sicher, daß, wenn er länger als 24 Stunden in Breslau bleibt, mich der Schlag rührt. Schickt mir einen Kurier, wenn ihr ihn fortgeschickt habt, damit ich es draußen wisse." An diese Weisung schließt sich dann noch eine wenig schmeichelhafte Bemerkung über die Königin von Ungarn an, welche von ihrem Hochmute ebenso verblendet würde wie der König von England von seiner Thorheit.

Podewils zögerte keinen Augenblick, den erhaltenen Auftrag auszuführen; doch übergab er die Karte mit der von dem Könige gezogenen Grenze nicht, weil das, wie er und zwar wohl nicht mit Unrecht vermutete, Robinson nur zu neuen Unterhandlungsversuchen ermutigt haben würde und außerdem sehr zu befürchten gewesen wäre, daß der Wiener Hof einen üblen Gebrauch von dieser Karte mache, namentlich Frankreich gegenüber; denn daß die Verpflichtungen, welche der König dieser letzteren Macht gegenüber eingegangen, überhaupt jede einseitige Unterhandlung verböten, habe er doch nicht bestimmt erklären wollen [3]).

---

[1]) Es mag daran erinnert werden, daß, wie wir oben bereits berichteten, Maria Theresia dies mit Absicht eingerichtet hatte, um, falls sich irgendeine Aussicht zur Verständigung mit Bayern eröffnete, einen Grund zum Rücktritte von dem Vertrage sich zu sichern.

[2]) Bis hierher aus der Instruktion für Podewils ohne Datum praes. den 1. September; Polit. Korresp. I, 320.

[3]) Podewils an den König, den 1. September; Berliner Archiv.

Wenn er dies letztere nicht wollte, konnte er dann auch nicht wohl, wie es der König ursprünglich gewünscht hatte, den Marquis Valori zum Zeugen der Abweisung Robinsons machen, genug, daß derselbe den Hergang erfuhr.

An die preußischen Gesandten zu Hannover, Petersburg, im Haag, London und Kopenhagen wurden Zirkulare erlassen, welche die brüske Abweisung mit der Formlosigkeit von Robinsons Auftreten (ohne Vollmacht ɪc.) rechtfertigten [1]).

Die Aufforderung zu schleuniger Abreise wurde ihm in striktester Form insinuiert.

Über die schroffe Abweisung des Gesandten war doch selbst Lord Hyndford, der sich ja von vornherein wenig Illusionen in der Sache gemacht hatte, betroffen. Robinsons Selbstvertrauen zeigte sich auch dieser Probe gewachsen, er blieb auch seinem Kollegen gegenüber dabei, daß, wenn der König nur überhaupt mit ihm in Unterhandlungen getreten wäre, er die Sache zu dem gewünschten Ziele gebracht haben würde [2]), und wenn er die ihm als Frist gesetzten 24 Stunden noch vollständig abwartete, so that er dies in der stillen Hoffnung, der König könne sich doch noch vielleicht eines besseren besinnen und ihn rufen lassen.

Und als er dann fortreiste, am 2. September um 11 Uhr, that er es in der bestimmten Absicht, um mit verdoppeltem Eifer in Presburg auf Erfüllung der preußischen Forderungen zu dringen, um so mehr, da ihm Hyndford gesagt hatte, noch schiene Preußen gegen Frankreich nicht gebunden zu sein, aber es sei die allerhöchste Zeit, wenn man dasselbe gewinnen wolle [3]). Allerdings hatte der Lord hinzugefügt, wenn man mehr als bloße Neutralität von dem Könige verlange, werde man denselben überhaupt nicht zu gewinnen vermögen [4]).

Für die Königin von Ungarn schien inzwischen die Lage eine so verzweifelte geworden, daß sie nach jedem Mittel, das Rettung verhieß, greifen mußte. Die versuchten Anknüpfungen mit Bayern und Frankreich, obwohl dem ersteren die sämtlichen habsburgischen Besitzungen in Italien, die österreichischen Niederlande, Vorderösterreich mit dem Breisgau und der Königstitel, dem letzteren Luxemburg in Aussicht gestellt wurden [5]), waren ganz resultatlos geblieben. Zur Unterstützung des Kurfürsten von Bayern, der bereits am 31. Juli Passau, den Schlüssel der österreichischen Lande, besetzt hatte, hatte Mitte August ein französisches Heer den Rhein überschritten, um nach Böhmen vorzudringen, während ein zweites den Niederrhein bedrohte. Die immer noch genährte Hoffnung, von Rußland Beistand zu erhalten, war ganz dahin, seitdem (den 4. August) Schweden dieser Macht den Krieg erklärt hatte. In Hannover herrschte der Schrecken vor den Franzosen, und ohne Hannover war auch auf Sachsen nicht zu rechnen. Mochte jetzt auch Maria Theresia den Entschluß fassen, durch Gewährung der Forderungen der Ungarn diese kriegerische Nation

---

1) Den 4. September; abgedruckt Preuß. Staatsschriften ed. Koser I, 315.
2) Hyndford, den 2. September; Londoner Record office.
3) Ebd.
4) Erwähnt in der unten anzuführenden Instruktion für Neipperg vom 13. September; Wiener Archiv.
5) Angeführt bei Heigel, Der österr. Erbfolgestreit, S. 203.

zu gewinnen und zu ihrer Verteidigung unter die Waffen zu bringen, ehe ihr von da Hilfe kam, konnten die Franzosen und Bayern in Wien sein. Oberösterreich war so gut wie wehrlos, selbst die notdürftigsten Verteidigungsanstalten waren bei dem Mangel an gutem Willen seitens der Stände unterblieben [1]), das einzige kriegstüchtige Heer unter Neipperg verteidigte mühsam den letzten festen Punkt auf schlesischem Boden, Neiße, gegen einen mächtigen und kühnen Feind.

Daß in dieses Letzteren Gewinnung die einzige Hoffnung auf Rettung liege, mußte jetzt jedem einleuchten, und selbst Bartenstein befürwortete auf das eifrigste eine Gewährung der preußischen Forderung, nämlich Niederschlesien mit Breslau.

In einem am 7. September im Schlosse zu Presburg abgehaltenen Ministerrate, dessen Protokoll noch vorliegt, wurde von den anwesenden Excellenzen Sinzendorf, Starhemberg, Harrach, Königsegg und Kinsky (Bartenstein führte das Protokoll) auf Robinsons Bericht von seiner letzten Sendung und auf die Nachrichten, die aus dem Lande ob der Ens eingelaufen, und in Erwägung, daß man sich auf einer Seite notwendig losmachen müsse, von Bayern aber nichts zu hoffen sei und Frankreich noch weiter gehe als Bayern, einstimmig beschlossen, die preußische Forderung, Niederschlesien mit Breslau, zu erfüllen und dies Robinson zu weiterer Veranlassung mitzuteilen [2]).

Sehr schwer fiel es Maria Theresia, dem zuzustimmen und den besten Teil Schlesiens mit der Hauptstadt dem verhaßten Gegner anzubieten. „Placet“, schrieb sie auf den ihr vorgelegten Bericht, „weil kein anderes Mittel zu helfen, aber wohl mit meinem größten Herzeleid“; die ganze Angelegenheit sei gegen ihren Willen verhandelt worden, sie möge auch so beendet werden [3]).

Das Opfer dünkte sie so schwer, das Angebot so groß, daß sie an der Annahme seitens des Gegners kaum zweifelte, obwohl sie keinen geringen Preis dafür forderte, nämlich den Übertritt auf ihre Seite, Hilfeleistung mit 10,000 Mann zur Verteidigung der pragmatischen Sanktion contra quoscunque, Auswirkung einer Landentschädigung von ihren Feinden, die brandenburgische Kurstimme bei der Kaiserwahl, kurz eigentlich dasselbe, was Robinson in den letzten Tagen des August mit so ungünstigem Erfolge verlangt hatte, nur daß von der Abtretung der Lausitzer Herrschaften an Sachsen nicht mehr die Rede war [4]).

Maria Theresia glaubte ihrer Sache so sicher zu sein, daß sie unter dem 8. September an Neipperg schrieb, sie habe dem Könige von Preußen so vorteilhafte Friedensbedingungen gestellt, „daß an dem Schlusse des Werkes nicht wohl gezweifelt werden mag“, er solle, wenn er die Nachricht von dem Abschlusse des Friedens erhalte, sogleich mit seiner Armee abrücken und inzwischen, so viel sich unvermerkt thun ließe, dazu alles vorbereiten [5]).

---

[1]) Arneth I, 248.
[2]) Wiener Staatsarchiv.
[3]) Arneth I, 245 u. 396.
[4]) Projekt des Vertrages: Presburg, 8. September; Berliner St.-A.
[5]) Anführung bei Arneth I, 396.

Und ganz dem entsprechend beginnt der Großherzog Franz, der Gemahl der Königin, den Brief, den er damals (8. September) an den König richtete, um dessen Stimme zur Kaiserwahl zu erbitten, mit den Worten: „Da es scheint, daß die Sachen in Schlesien nun ein Ende finden zur großen Genugthuung Eurer Majestät, so glaube ich meine zu meinem großen Bedauern während dieser Wirren unterbrochene Korrespondenz wieder anknüpfen zu können ꝛc.“ [1])

Etwas weniger zuversichtlich als die Majestäten waren die Minister, und Sinzendorf hatte in das Begleitschreiben der Propositionen einen Satz einfließen lassen, den die Königin nur ungern stehen ließ, und welcher den geforderten Preis durch die Bemerkung, daß das, was am meisten koste, auch am besten hielte, annehmbarer machen sollte [2]).

Was die Form anbetraf, so gedachte man, nachdem dem Könige durch Robinson und Hyndford die Annahme seiner Forderungen zugesagt sei, dann den eigentlichen Abschluß des Vertrages durch einen ins österreichische Hauptquartier zu sendenden Diplomaten ausführen zu lassen. Für diese Mission wurden in jenem Ministerrate Fürst Lichtenstein, dann Graf Uhlefeld oder Graf Colloredo vorgeschlagen, doch nachmals setzte der Einfluß des Großherzogs es durch, daß man dem österreichischen Höchstkommandierenden, Feldmarschall Neipperg, selbst Vollmacht zu dieser Unterhandlung erteilte mit der Befugnis, den General Brown, wenn er wünsche, mit heranzuziehen und von diesem sich vertreten zu lassen [3]).

Die Instruktion, welche dem Marschall hierfür unter dem 13. September ausgestellt wurde, ist für uns von näherem Interesse, indem sie nicht nur eine nähere Interpretation des österreichischen Angebotes giebt, sondern auch zeigt, daß man auf eine Modifikation des österreichischen Entwurfes, auf ein Abhandeln von den darin gestellten Forderungen gefaßt war und zugleich, wie weit man hierin, um überhaupt einen Abschluß zu erlangen, zu koncedieren geneigt war.

Das österreichische Angebot enthielt Niederschlesien auf dem rechten Oderufer bis zur Brinnitz, der alten Grenze zwischen den Fürstentümern Oppeln und Öls [4]), und auf dem linken Ufer bis an die Grenze des Fürstentums Neiße, so daß das Grottkausche Gebiet noch österreichisch bleiben sollte. Obwohl man gerade auf dies Stück einen gewissen Wert legte und Hyndford dringend ersucht worden war, „diesen Gezürck zu retten“, so war doch Neipperg bevollmächtigt, schlimmstenfalls auch dieses preiszugeben und die Neiße-

---

[1]) Arneth I, 397.

[2]) Ebd. S. 396.

[3]) In der lateinischen Vollmacht, Presburg, den 13. September (Wiener St.-A.), ist dem Marschall einfach das Recht gewahrt, sich Substituten zu ernennen; eine Bleistift-Bemerkung dabei nennt dann als Substituten den General Baron Lentulus, sowie den Hof- und Bankalitätsrat Baron Gillern. Dagegen nennt die gleich anzuführende Instruktion von demselben Tage nur den General Brown, wofern der Marschall dagegen nicht selbst Bedenken hätte.

[4]) Soviel ich sehen kann, ist die Brinnitz niemals die Grenze der beiden Fürstentümer gewesen, vielmehr ist auf der Wielandschen Karte von 1736 die Grenze des Fürstentums Oppeln entsprechend der heutigen Kreisgrenze verzeichnet, ein ansehnliches Stück nördlich resp. nordwestlich von der Brinnitz.

grenze zu acceptieren, wofern wenigstens so viel als Festungsrayon auf dem linken Neiße-Ufer bliebe, als ein Stückschuß betrage.

Was nun die österreichischen Forderungen anbetraf, so waren, wie schon erwähnt, die in dem August-Entwurf für Sachsen verlangten Lausitzer Lehen in dem jetzigen Vorschlag weggeblieben, aber auch das noch Stehengelassene, das Passagerecht Sachsens durch den Grünberger Kreis, war man bereit, fallen zu lassen; in der Instruktion heißt es: „indem man aus fremder Schuld in derlei Umständen sich befindet, daß von niemandem in der Welt verdacht werden kann, wenn auf die eigene Rettung und nicht auf anderer Höfen Anständigkeit sehe".

Was Art. 3, die Garantie der österreichischen Lande betrifft, so habe dies zwar vormals Preußen selbst angeboten, indessen wolle man eventuell sich mit einer Garantie der deutschen Lande begnügen, so daß Ungarn und die Niederlande nicht in Frage kämen.

Das größte Interesse hat nun Art. 4, der von der verlangten militärischen Hilfeleistung Preußens handelt. Robinson, schreibt Maria Theresia an Neipperg, habe gemeint, der König von Preußen werde sich nur zu einer Neutralität verstehen wollen, womit aber, fährt sie fort, „mir und der gemeinen Sache nicht geholfen wär'". „Um jedoch wegen derer anderwärts von Preußen übernommen worden sein dörftenden Verbindlichkeiten möglichst das Werk zu erleichtern, so ist dem Lord Hyndford der Vorschlag anhandgegeben worden, daß diese 10,000 Mann als Hilfsvölker angesehen werden könnten, auf gleiche Weise als von der Krone Frankreich Auxiliartruppen an Kurbayern mit dem Vorgeben, den Frieden mit mir gleichwohlen halten zu wollen, gegeben worden sind."

Art. 5, betreffend einen künftig von Preußen mit England, Rußland, Polen und anderen Mächten einzugehenden Bund zur Erhaltung der Reichsverfassung sei nach einer von Podewils selbst früher gutgeheißenen Fassung entworfen.

Zur Beförderung des Art. 6, brandenburgische Kurstimme für den Großherzog von Toscana, habe dieser selbst an den König geschrieben. Stoße man hier auf Widerspruch, so möge man den Punkt vorläufig fallen lassen und künftiger Berathung vorbehalten.

Auch auf die in Art. 8 geforderte anderweitige Entschädigung für die an Preußen gemachten Abtretungen wollte Maria Theresia schlimmstenfalls verzichten.

Zum Schlusse wird Neipperg die thunlichste Beschleunigung der Verhandlung ans Herz gelegt; wenn sich irgendein unvorhergesehener Anstand ergebe, solle er sogleich einen Kurier absenden, im übrigen aber alles vorbereiten, um gleich nach Abschluß des Vertrages zur Verteidigung Böhmens abrücken zu können; schon habe man Lobkowitz nach Budweiß und eventuell noch näher auf Wien zu rücken beordern müssen [1]).

Man wird einräumen müssen, daß durch diese Abstriche, welche die Neippergische Instruktion für den Notfall in Aussicht nahm (daß eventualissime auch noch mehr in Frage kommen konnte, zeigte der Schluß mit der Anweisung, schleunig einen Kurier zu schicken), die österreichische Proposition eine

---

[1]) Wiener St.-A.

wesentlich andere Physiognomie erhält; aber nach der Art Bartensteins, der, wie wir früher erwähnten, Zugeständnisse immer nur per gradus gemacht sehen wollte, blieb Weiteres eben für den Notfall aufgespart, und so viel wir wissen, hat selbst Hyndford nichts von jenen eventuellen Konzessionen erfahren, sondern eben nur jenes erste Angebot empfangen, das derselbe von vornherein als hoffnungslos ansah, und für welches ernsthaft einzutreten er kaum der Mühe wert fand, es vielmehr vorzog, um dieselbe Zeit, wie wir noch sehen werden, auf eigene Hand und im tiefsten Geheimnisse Unterhandlungen auf der Grundlage der Neutralität Preußens anzuspinnen. Sehr möglich, daß er das österreichische Projekt mit anderen Augen angesehen und vielleicht auch anders gehandelt hätte, wenn ihm die Neippergische Instruktion mitgeteilt worden wäre.

Das war nun aber nicht geschehen; dagegen hatte Robinson einen Begleitbrief hinzugefügt, vollgepfropft mit Äußerungen jener etwas schwülstigen Beredsamkeit, deren Wirkung im preußischen Hauptquartier selbst zu erproben ihm nun leider versagt war. „Ich könnte es", schreibt er an Hyndford am 8. September, „Euer Lordschaft wünschen, es möge Ihr vergönnt sein im Notfalle den ganzen Sinn Ihrer Instruktion, die Gesinnung des Königs, des Parlamentes und der ganzen englischen Nation zum Ausdrucke zu bringen. Von diesem großen Augenblicke hängt ab das Schicksal nicht nur des Hauses Österreich, sondern auch das des Hauses Braunschweig, Großbritanniens und ganz Europas. Wahrlich, ich glaube, der König von Preußen erkennt selbst nicht die Größe der gegenwärtigen Gefahr. Welche Beweggründe immer ihn leiten mögen, keiner derselben, auch nicht der wildeste Rachedurst, kann ihn so weit verblenden, daß er sich selbst in dem Ruine begrabe, den er über andere bringt. Mit seinem Beistande werden die Franzosen in weniger als 6 Wochen die Herren des Deutschen Reiches sein. Der schwache Kurfürst von Bayern ist nur ihr Werkzeug, Prag und Wien können und werden aller Wahrscheinlichkeit nach in jener kurzen Zeit genommen sein. Wird der König von Preußen abwarten, bis schließlich an ihn die Reihe kommt?"

„Von dieser einen Unterhandlung hängt die cita mors oder die victoria laeta von ganz Europa ab. Dem Ruhme von Ew. Lordschaft in dem letzteren Falle könnte nur der gleichkommen, den sich der König von Preußen erwürbe als ein zweiter Sobieski, den man als den Retter Wiens feiert." Fürst Lichtenstein, fügt er hinzu, sei, wofern man ihn von seinen böhmischen Besitzungen noch rechtzeitig zurückrufen könne, in Aussicht genommen, die Verhandlungen zum Abschlusse zu bringen, sobald Lord Hyndford die Präliminarien unterzeichnet haben würde [1].

Auf Lord Hyndford machte die politische Apostrophe seines Kollegen wenig Eindruck; als ihm ein Kurier am 10. September das neue Projekt brachte, hielt er sogleich dafür, daß damit nichts zu machen sein werde. Es überraschte ihn wenig, daß Podewils die neuen Eröffnungen nur mit Achselzucken aufnahm und einfach erklärte, der König habe ihm verboten, zu schreiben

---

[1] Mitgeteilt aus dem Londoner Record office von Carlyle (Hist. of Fr. II., Tauchnitz-Edit. VII, 71), welcher jedoch irrtümlich diesen Brief auf die geheimen Unterhandlungen Hyndfords bezieht, von welchen in Wahrheit Robinson am 8. September noch keine Kunde hatte.

oder etwas zu schicken, bevor er Nachricht habe, daß die Wege sicher seien, und er habe noch keinen Gegenbefehl erhalten; allerdings thut derselbe keinen Einspruch, als Hyndford selbst einen Kurier schicken zu wollen erklärte.

Dieser schrieb nun unter dem 12. September an Friedrich, von seinem Auftrage Meldung machend, in jener respektvollen, streng objektiven Art, die von der dem Könige so widerwärtig gewordenen, wichtig thuenden und allzu dringlichen Weise Robinsons sehr abstach. Kein Wort befürwortender Bitte begleitet die Sendung, selbst das Handschreiben des Großherzogs wagt er nicht mitzuschicken, bis er des Königs Meinung gehört.

Mit diesem Briefe sendet er am 12. September seinen Kammerdiener in das Hauptquartier; derselbe findet am 14ten den König in Ottmachau, als derselbe, im Begriff auszureiten, bereits im Sattel sitzt. Neben ihm hielt gleichfalls zu Roß der französische Gesandte Marquis de Valori. König Friedrich empfängt das Schreiben Hyndfords, erbricht es, reicht dasselbe, als er es gelesen, ohne ein Wort zu sagen, dem Marquis hin [1]).

Das war nun eigentlich Antwort genug, aber außerdem erhielt des Lords Kurier noch an demselben Tage ein Erwiderungsschreiben, das dann allerdings auch zugleich für Valoris Augen bestimmt sein mochte. Dasselbe lautete:

„Ich habe das neue Allianzprojekt erhalten, welches der unermüdliche Robinson Ihnen schickt. Ich finde es ebenso chimärisch als das erste, und Sie haben dem Wiener Hofe nur zu antworten, daß der Kurfürst von Bayern Kaiser sein wird, und daß meine Engagements mit dem allerchristlichsten Könige und dem Kurfürsten von Bayern so feierlich, so unauflöslich und unverletzlich wären, daß ich nicht diese treuen Alliierten verlassen würde, um mit einem Hofe, der mir nicht anders als unversöhnlich sein kann und es nie anders sein wird, in Verbindung zu treten.“ Ihm zu helfen, sei die Zeit vorbei, er müsse sich entschließen, die ganze Härte seines Geschicks über sich ergehen zu lassen.“ Sind diese Leute denn toll, Mylord, sich einzubilden, ich würde den Verrat begehen, zu ihren Gunsten meine Waffen gegen meine Freunde zu kehren, und sehen Sie nicht selbst, wie grob der Köder ist, den sie mir hinhalten? Ich bitte Sie, mich nicht weiter mit solchen Propositionen zu ermüden und mich für einen Mann zu halten, der genug Ehrlichkeit besitzt, um nicht seinen Verpflichtungen untreu zu werden.“ [2])

Es fällt in diesem Briefe auf, daß die bindenden Verpflichtungen gegen Frankreich und Bayern, welche Podewils, wie wir sahen, noch bei der letzten Sendung Robinsons als Geheimnis betrachtet hatte, hier auf das unumwundenste anerkannt werden.

Die Ablehnung mußte noch verletzender dadurch erscheinen, daß der König es unterließ, den eigenhändigen Brief des Großherzogs, den, wie wir wissen, Hyndford zurückbehalten hatte, jedoch nicht ohne seiner in seinem Briefe vom 12. September Erwähnung zu thun, sich einzufordern. Als dann am 16ten Podewils bei dem Gesandten erschien, um das Versäumte, was sein könig-

---

[1]) Bericht Hyndfords vom 16. September; Londoner Record office.

[2]) Abgedruckt bei Raumer, Beiträge II, 146, doch mit dem irrigen Datum des 16. September. Das Konzept im Berliner St.-A. hat den 14. September; danach abgedruckt Polit. Korresp. I, 333.

licher Herr, wie er entschuldigend sagte, in der Eile vergessen habe, wieder gut zu machen, bedauerte Hyndford den Brief, da nach ihm nicht weiter gefragt worden sei, bereits wieder zurückgesendet zu haben [1]).

So war denn auch dieser neue Versuch einer Verständigung in der entschiedensten Weise zurückgewiesen worden.

Es endigt damit eine Phase der unter englischer Vermittelung geführten Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten, und zwar die, welche sich vorzugsweise an den Namen des englischen Gesandten Robinson knüpft. Sie hat das charakteristische Merkmal, daß hier immer ein Übertritt König Friedrichs auf die Seite seiner bisherigen Gegner zu deren Unterstützung in Aussicht genommen und als Gegenleistung für die zu gewährenden Abtretungen angesehen wird.

Bevor wir die auf anderer Grundlage nun sich anspinnenden neuen Verhandlungen, die der Zeit nach allerdings bereits in diese hineingreifen, zu schildern versuchen, werden wir einen Blick auf die Beziehungen speziell zu Hannover werfen müssen, welche durch das kriegerische Auftreten Frankreichs eine neue Wendung erhalten hatten.

---

1) Hyndford an Robinson, den 19. September; Londoner Record office.

Zehntes Kapitel.

Die Neutralität Hannovers.

In eine von Tag zu Tag unerfreulicher sich gestaltende Lage war in dieser Zeit der hannöverische Gesandte Schwichelt gekommen. Wie hatte sich doch alles zu seinen Ungunsten verändert! Als einst Hyndford in Breslau eintraf und es sich zeigte, daß er mit leeren Händen kam, hatte sich Schwichelt rühmen können, er stehe auf dem Punkte, einen Traktat mit dem Könige von Preußen zu schließen, und der Ruhm, diesen gefährlichen Gegner zu gewinnen und an das Interesse Englands zu fesseln, schien ihm zufallen zu sollen. Aber wie wir wissen, hatte man mit allerlei Bedenklichkeiten und allzu hoch gespannten Forderungen den günstigen Moment vorübergehen lassen, und seitdem sah der hannöverische Gesandte seinen Stern immer mehr erbleichen und die Interessen, welche er betrieb, die hannöverischen Konvenienzen, in immer weitere Ferne rücken.

Wie wir wissen, hatte König Friedrich, als er im Juni die französische Allianz einging, Podewils befohlen, zur Täuschung Englands die Unterhandlungen mit Hyndford und Schwichelt ruhig weiter fortzuführen; aber Podewils war dieser Weisung nur mit großer Behutsamkeit nachgekommen, er suchte seine Worte auf das vorsichtigste abzuwägen, damit man eben nicht ihm später den Vorwurf machen könne, er habe ein doppeltes Spiel getrieben und England-Hannover nur an der Nase herumführen wollen [1]. Natürlich konnte aber der Gegensatz, in welchem diese zurückhaltende Vorsicht zu dem früheren Drängen des Ministers stand, dem Gesandten kaum entgehen, und der Schluß auf das Sinken seiner Aktien lag sehr nahe. Bereits am 5. Juli berichtet Schwichelt nachhause, es käme gar nichts zustande, und wünscht sehnlichst von dieser peinvollen Mission zurückberufen zu werden. Inzwischen erfolgte die erste Sendung Robinsons, von Schwichelt mit ängstlicher Besorgnis verfolgt, daß nicht etwa ein Ausgleich zwischen Österreich und Preußen geschlossen werde, der die hannöverischen Wünsche ganz unberücksichtigt ließe. Und wenngleich die englischen Minister Instruktionen hatten, sich nach Möglichkeit der territorialen Begehrlichkeiten ihres Königs anzunehmen, so hatte

---

[1]) Podewils, den 13. August; Berliner Archiv.

doch Robinson, wie wir bereits anführten, am 4. August Schwichelt erklären können, es sei sicher nicht König Georgs Absicht, durch seine hannöverischen Sonderinteressen die Lösung der großen Frage, bei denen für ganz Europa so viel auf dem Spiele stehe, hemmen zu lassen.

Es war nicht zu verwundern, wenn der Gesandte das Ende dieser Sendung, die ihm so wenig Erfolge und Ehre hatte einzubringen vermocht, aufrichtig herbeisehnte, aber das Schlimmste und Peinlichste sollte erst noch kommen.

Von den beiden Heeren, welche Frankreich im August aufgestellt hatte, war das eine gegen Bayern aufgebrochen, das andere unter Maillebois über Sedan nach Kaiserswerth und Rheinberg marschiert, um sich dort mit den Kontingenten von Pfalz und Kurköln zu vereinigen. Die Nachricht davon erregte in Hannover große Bestürzung; wie, wenn jenes Heer eine Diversion gegen die kurbraunschweigischen Lande im Schilde führte? Zur Abwehr war man nicht gerüstet, und Bundesgenossen hatte man nicht. Wohl hatte man mit Sachsen die alte Defensivallianz von 1731 im April dieses Jahres erneuert und sich dies, wie man erzählte, viel Geld kosten lassen [1]; aber was von Sachsen zu erwarten war, hatte ja erst kürzlich die Sendung des Obersten Ilten gezeigt, und das Corps des Fürsten von Anhalt genügte, um diese Macht in Schach zu halten. Einzig und allein Preußen konnte helfen, retten, und alle Gedanken an die so heißersehnten Gebietsvergrößerungen mußten jetzt ganz in den Hintergrund treten. Man mußte die preußische Allianz suchen einfach im Interesse der Selbsterhaltung.

Am 24. August erklärte Schwichelt dem Minister Podewils, er habe Nachricht erhalten, daß Frankreich im Münsterischen ein Heer versammle, um die deutschen Lande des Königs von England anzugreifen, obwohl dieser sich nicht bewußt sei, als deutscher Reichsfürst Frankreich beleidigt und diesem Ursache gegeben zu haben, gegen ihn feindlich aufzutreten. Derselbe schmeichle sich, der König von Preußen werde die ewige Defensivallianz, welche (seit 1693) zwischen den beiden Häusern bestehe, zur Ausführung bringen, und bitte um eine Erklärung hierüber [2].

Podewils bemerkte vorläufig darauf, er hielte es für unwahrscheinlich, daß Frankreich den König von England angreife, wofern dieser sich in dem Kriege zwischen Frankreich und Österreich vollkommen neutral hielte. Schwichelt erwiderte hierauf, den König von Preußen werde man in keinem Falle angreifen, aber Österreich gegen Frankreich zu unterstützen, sei England traktatmäßig verpflichtet und habe auch ein Interesse daran, nicht das Kaisertum und ganz Deutschland umstürzen zu lassen. Die Selbsterhaltung, wendete Podewils ein, sei doch immer unter Konjunkturen wie die gegenwärtigen die erste Rücksicht. Ihm würde es höchst unklug erscheinen, wenn

---

[1] Wie der preußische Gesandte Ammon erfahren haben wollte, hatte Brühl damals 3000, die Geheimräte Hennicke und Rex 2000 resp. 1500 Thlr. als Douceurs erhalten; Bericht vom 16. September, Berliner Archiv.

[2] Podewils an den König, den 25. August; Berliner Archiv. Mitteilungen daraus in der Polit. Korresp. I, 311. In meinen Excerpten aus dem hannöverischen Archive finde ich eine Anweisung an Schwichelt in gedachtem Sinne erst vom 24. August datiert. Das könnte also nur eine Erneuerung einer bereits früher erteilten Weisung sein.

jemand hinliefe, um bei einem anderen Löschhilfe zu leisten, der befürchten müsse, daß inzwischen das eigene Haus vom Feuer ergriffen würde.

In demselben Berichte schlägt Podewils dann eine offizielle Antwort dem Könige vor, welche diesem so behagt, daß er eigenhändig zuschreibt: „Sehr, sehr gut, und kann man keine bessere und vernünftigere Antwort, wie diese ist, geben, weshalb ich solche vollkommen approbiere [1]).

Diese Antwort, welche dann Schwichelt am 29. August erhielt und in Podewils' Gegenwart zu Papier bringen durfte, lautete: „Der König von Preußen entsinnt sich sehr wohl des Wortlautes der ewigen Allianz zwischen den Häusern Brandenburg und Hannover, aber auch, daß dies ein rein defensiver Traktat war; um auf Grund dessen Beistand beanspruchen zu können, muß man sich in den Grenzen eines neutralen und einfach defensiven Betragens halten und in keiner Weise Gelegenheit oder Vorwand geben, sich fremde Mächte auf den Hals zu ziehen. Wird man in Hannover neutral und ruhig bleiben, so wird man nichts zu fürchten haben, und der König von Preußen wird in diesem Falle versuchen, den Sturm abzuwenden, von dem man sich bedroht glaubt; wenn man aber gegen die Freunde und Alliierten anderer Mächte feindlich auftritt, wird man selbst zum Angreifer und begiebt sich des Rechtes, dann die Verpflichtungen eines Vertrages anrufen zu können, welcher nur defensiv war."

Ehe noch jene offizielle Antwort an König Georg gekommen, hatte diesen die steigende Besorgnis zu neuen Schritten getrieben, Schwichelt solle persönlich um Audienz bitten, dort ein Handschreiben seines Souveräns überreichen [2]), in welchem dieser die Zusammenziehung eines Corps aus Hannoveranern, Dänen und Hessen anzeigt und hofft, daß der König von Preußen seine Verteidigungsmaßregeln nicht nur nicht hindern, sondern vielmehr auf Grund des ewigen Bündnisses ihm helfen werde.

Bald folgten weitere Instruktionen [3]), welche auf die sonstigen Eröffnungen des Ministers antworteten und zunächst die englisch-hannöverische Politik verteidigten. Das englische Ministerium habe nach den Parlamentsbeschlüssen nicht umhin gekonnt, einige Demonstrationen zugunsten der pragmatischen Sanktion zu machen, thatsächlich habe man Österreich keine Hilfe geleistet, und auch bei den Unterhandlungen mit dieser Macht ihr keinen Zweifel gelassen, daß die Verständigung mit Preußen die Bedingung jeder Unterstützung sein müsse. Wenn jetzt Podewils die anzustrebende Neutralität so verstanden wissen wolle, daß Hannover nicht nur nicht gegen Preußen, sondern ebenso wenig gegen Frankreich und Bayern der Königin von Ungarn Beistand leisten dürfe, weil dieselbe sonst mehr Truppen gegen den König disponibel haben werde, so sei auch dazu Hannover bereit, es wolle Österreich ganz seinem Schicksal überlassen und ebenso gern Preußens Ansichten bezüglich der Reichspolitik sich zu accommodieren suchen, wenngleich Podewils' kürzlich gethane Äußerungen, daß man vielleicht gar keinen Kaiser oder bloß einen schwachen bedürfe, das Bedenken wachgerufen hätten, ob wohl bei solchen Ansichten die Kurfürsten in ihrer Würde bestehen könnten [4]).

---

[1]) Lager von Reichenbach, den 27. August 1741; Polit. Korresp. I, 311.
[2]) Vom 30. August.
[3]) Vom 2. September.
[4]) Den 2. September; Archiv zu Hannover.

Schwichelt solle um jeden Preis zum Schluß zu kommen suchen, mit einer bloßen Neutralitätskonvention zufrieden zu sein, die Ideeen der Gebietsvergrößerungen im Prinzipe fallen lassen, Hildesheim unbedingt, das Äquivalent für Ostfriesland desgleichen; Osnabrück, wo jetzt beim Tode des Kurfürsten von Köln ohnehin ein hannöverischer Prinz zur Wahl komme, also erst bei dessen Tode der Vertrag praktisch werden könne, werde wohl die geringste Schwierigkeit machen.

Bald ging man noch einen Schritt weiter. Schwichelt soll erklären, Hannover sei weit entfernt davon, Unmögliches zu begehren, oder sich für Österreich zu opfern. Preußen möge nur vertraulich mitteilen, wie es sich den gewünschten Systemwechsel denke, der König von England habe bereits dem bayerischen Gesandten v. Haslang sehr freundliche Eröffnungen gemacht [1]; ein neues Handschreiben an König Friedrich bat wiederum um Beistand gegen Frankreich oder wenigstens wirksame Verwendungen bei dieser Macht [2].

Man konnte allerdings zur Ausführung einer Maßregel, bei der Eile not that, kein ungeeigneteres Werkzeug finden, als Schwichelt. Wie immer, wenn einmal wirklich Ernst gemacht werden sollte, versteckte er die Angst vor der eigenen Verantwortlichkeit hinter jenem eifersüchtigen Mißtrauen, das Preußen gegenüber den wesentlichsten Teil seiner politischen Überzeugung bildete. Fast jedem Berichte pflegte er die schwärzesten Befürchtungen anzuhängen: er traue König Friedrich das Schlimmste zu: die Reichsverfassung umzustürzen, das Gleichgewicht Europas über den Haufen zu werfen, seine Grenzen über die Gebühr auszudehnen, womöglich jede Kaiserwahl zu verhindern, oder, wenn er zu einer die Hand böte, seine Hilfe über alle Maßen teuer bezahlen zu lassen [3]. Die ganze Sache mit den Hannover angebotenen Konvenienzen sei nichts als eine Hinterlist gewesen, der König von Preußen, der alle seine Nachbarn niederdrücken wolle, würde unter allen Umständen Hindernisse finden und gefunden haben [4]. Er hielt es bei der Gesinnung Preußens für äußerst bedenklich, irgendetwas Schriftliches von sich zu geben, etwa einen Antrag auf Vermittelung Frankreich gegenüber ꝛc. [5]. Alles Insinuationen, welche recht geeignet waren, den ohnehin schon so sehr in Unruhe versetzten hannöverischen Hof vollends ratlos zu machen.

Er that Podewils schweres Unrecht. Derselbe war zu allen Zeiten ein aufrichtiger Freund der hannöverisch-englischen Allianz gewesen und wollte jetzt sehr ernstlich alles Mögliche thun, um eine französische Diversion gegen die Erblande König Georgs, welche ihm auch im preußischen Interesse sehr unerwünscht schien, abzuwenden; freilich meinte er, wie jetzt die Dinge lägen, könne Hannover nicht noch auf Ländererwerb Anspruch machen, es müsse froh sein, durch Preußens Vermittelung mit dem Versprechen der Neutralität und der Kurstimme für Karl Albert von Bayern die Sicherheit der hannöverischen Lande zu erkaufen. So erklärte er denn Schwichelt offen, mit den beiden Stiftern (Hildesheim und Osnabrück) werde es nichts werden, beide gehörten

---

1) An Schwichelt, den 8. September; Archiv zu Hannover.
2) Den 9. September; ebd.
3) Den 2. September.
4) Den 6. September.
5) Den 9. September.

ja dem Kurfürsten von Köln, dem Bruder des Kurfürsten von Bayern, den Frankreich speziell unter seinen Schutz genommen [1]). Ja, er hält es sogar für sehr möglich, daß das Vorrücken der Franzosen am Niederrhein wesentlich durch die Kunde von den Absichten Hannovers auf die Stifter herbeigeführt worden sei. Man habe diese Absichten nicht genug geheim gehalten, im Haag habe man davon öffentlich gesprochen, und sogar die Kölnische Gazette habe sich mit dem Plane beschäftigt [2]).

Bei König Friedrich hatte das Drängen Hannovers einen besonderen Gedanken wachgerufen, den er seinen Ministern in folgenden Worten mitteilt: „Valori hat mir in einem Tone gesprochen, daß ich glauben muß, man würde in Paris die Neutralität von Hannover acceptieren, wenn ich mich dafür interessierte. Das läßt mich auf den Gedanken kommen, daß, wäre es auch nur 1 Million Pfd. Sterl., die man von den Engländern ziehen könnte, dies immerhin doch nicht schlecht wäre, denn sie haben so arge Furcht, daß sie jetzt alles hergeben werden, damit man sie nur verschone. Halten Sie die Sache im Auge; wie klein auch der Gewinn wäre, den es uns einbrächte, man könnte ihn mitnehmen." [3])

Des Königs Idee war wenig nach dem Geschmacke seiner vertrauten Ratgeber, und es ist höchst interessant, wahrzunehmen, wie bei dieser Gelegenheit auch der Geheimsekretär des Königs, Kabinettsrat Eichel, aus seiner sonst so streng bewahrten Zurückhaltung heraustritt und bei Übersendung des königlichen Handschreibens Podewils zu verstehen giebt, man brauche den angeregten Gedanken nicht allzu ernst zu nehmen; es scheint, als ob Eichel andeuten wolle, der König werde sich den Gedanken wohl ausreden lassen.

Podewils seinerseits setzt dem Könige auseinander, die Erlangung des Geldes würde große Schwierigkeiten haben. Sollte es England geben, so würde man doch eine so ansehnliche Summe von dem Parlamente begehren müssen, und dieses würde sie vielleicht bewilligen, aber als Subsidie ansehen und nicht ohne dafür Hilfstruppen und enge Allianz zu verlangen. Wolle man aber allein auf Hannover rechnen, so kenne der König selbst Georgs „Genie und Charakter" zu gut, um nicht zu wissen, daß dieser es eher auf die äußersten Extremitäten ankommen lassen würde, als solch' eine Summe aus seiner Börse oder seinem Tresor zu geben, noch dazu ohne auch nur eine Allianz dafür zu haben. Man werde von der ganzen Sache um so weniger wissen wollen, da Hannover inzwischen mit Frankreich angeknüpft und einen Vertrauensmann nach Paris geschickt habe. Auch besorge er, wenn er offiziell jene Sache anrege, daß Frankreich davon erfahre und hierin die Neigung zu einem Separatfrieden erblicke [4]).

Der König zeigte sich in der That nachgiebig genug, er war zufrieden, wenn es so eingeleitet würde, daß man nach zwei Seiten verpflichten könnte, den König von England, indem man demselben Neutralität für seine deut-

---

[1]) Schwichelt, den 6. September.
[2]) Den 9. September.
[3]) Den 7. September, Polit. Korresp. I, 322; nachdem bereits ein Schreiben des Königs an Podewils vom 5. September (Polit. Korresp. I, 330) den Gedanken, Hannover seine Neutralität durch ein Opfer erkaufen zu lassen, angeregt hatte.
[4]) Podewils, den 8. September; Berliner St.-A.

schen Staaten verschaffe, und Frankreich dadurch, daß man die hannöverische Kurstimme für Bayern gewinne [1]). Indeß war anderseits auch der Minister nicht gemeint, den Wunsch des Königs ganz unberücksichtigt zu lassen. Er versichert gleich auf jenes Schreiben, er habe selbst schon daran gedacht, von Hannover für die Gewährung der Neutralität ein Entgelt zu begehren, und Schwichelt nach dieser Seite hin den Puls gefühlt, allerdings ohne sonderlichen Erfolg. Hannover schiene anzunehmen, Preußen habe selbst ein Interesse daran, zu verhindern, daß das Kriegsfeuer sich mitten in seinen Staaten entzünde [2]).

Übrigens habe ihm Schwichelt im Vertrauen gestanden, sein Hof habe einen geheimen Emissär an Kardinal Fleury gesendet, und wie er glaube, sei man keineswegs abgeneigt, zur Wahl des Kurfürsten von Bayern mitzuwirken, wofern man nur sicher sei, daß Preußen an diesem Fürsten festhalten werde, wofür sich Podewils verbürgen zu können geglaubt habe. Podewils knüpft an diese Ausführungen noch einige bedenkliche Äußerungen über Frankreich, welches die große Loyalität Preußens, das von allen ihm gemachten Anerbietungen sofort Mitteilung mache, keineswegs in gleichem Maße erwidere, ja sogar dem Vernehmen nach im geheimen einen Frieden zwischen England und Spanien betreibe, nach dessen Abschlusse es der preußischen Hilfe nicht mehr in gleichem Maße wie früher bedürfen werde. — Kurz, man wisse nicht, welche Wendung eines Tages die Dinge nehmen könnten, und ob es sich nicht unter allen Umständen empfehle, mehr als eine Saite auf seinem Bogen zu haben und sich eine Hinterthür offen zu halten, um davon Gebrauch zu machen, wenn etwa wider Verhoffen Frankreich ein falsches Spiel treiben sollte [3]).

Als dann Schwichelt einige Tage später auf neue Weisungen seine Anträge und Anerbietungen dringender wiederholte, konnte es sich Podewils doch nicht versagen, noch einen Versuch im Sinne des königlichen Wunsches zu machen. Halb scherzend sagte er zu dem Gesandten: „Was gebt ihr uns, wenn man euch Neutralität und Sicherheit für eure deutschen Staaten auswirkt? Ihr habt ansehnliche Schätze sowohl in England, als in Hannover, und wir brauchen Geld, um Krieg zu führen. Werft uns eine Million Sterling an den Kopf, um das, was ihr wünscht, zu erlangen.“ Schwichelt hatte erwidert: „Wir sind nicht so reich, wie ihr glaubt, und die verteufelten Engländer sind mit dem Geben nicht so bei der Hand. Wenn man aber euch etwas gäbe, müßte man nicht bloß Neutralität haben, sondern positive Zusagen von Hilfeleistung für den Fall eines Angriffes.“ Die Garantie der Neutralität mache das überflüssig, hatte Podewils gemeint, doch jener hatte darauf bestanden [4]).

Wenngleich die delikate Angelegenheit in vertraulichen und halb scherzhaftem Tone verhandelt wurde, so erregte sie doch große Bestürzung in Hannover. An das englische Parlament in dieser Sache sich zu wenden, hätte König Georg nicht gewagt, und der Gedanke, seinen geliebten hannöverischen

---

1) Marginal (undatiert) zu dem vorstehenden Berichte; Polit. Korresp. I, 332.
2) In einem zweiten Berichte vom 8. September.
3) Podewils, den 8. September.
4) Podewils, den 11. September; Berliner Archiv.

Tresor anzugreifen, war ihm entsetzlich. Ängstlich ließ er seinem Gesandten schreiben, hoffentlich werde Podewils nicht mehr auf die Sache zurückkommen, Geld könne in keinem Falle gegeben werden, die Rüstungen Hannovers kosteten schon allzu viel [1]).

Dagegen war der König Georg bereit, nach anderer Seite hin ein Stück Geld, wie er meinte, vorteilhaft anzulegen. Im Laufe der Unterhaltung hatte Podewils einmal dem hannöverischen Geheimrate gesagt, er müsse seinem Souverän gegenüber sehr vorsichtig sein, seine Freundschaft für England habe ihm bereits viel „Unlust" eingetragen, er habe sich sogar sagen lassen müssen, er empfange wohl eine Pension aus London [2]). Wir wissen, daß diese Äußerung buchstäblich Wahres enthielt, aber es entsprach der in niedrigem Argwohne ganz aufgehenden Sinnesart Schwichelts, daß er aus jenen Worten nur eine gewisse Sehnsucht nach einer englischen Pension heraushörte, und König Georg war schnell bereit, seinen Gesandten zu instruieren, den Minister zu gewinnen; ein bestimmter Tarif ward ihm vorgeschrieben, 5000 Thlr. sollten für eine Defensivallianz mit Preußen, 4000 extra für Auswirkung der Konvenienzen versprochen werden, und 10,000 noch dazu, wenn die Landerwerbungen wirklich perfekt würden, ein Auftrag, den ganz auszuführen Schwichelt allerdings dann weder die Gelegenheit, noch den Mut gefunden hat.

Die Situation in Hannover war im höchsten Grade unbehaglich. Schon die mehr und mehr als unerläßlich sich herausstellende Bedingung einer Zusage der Kurstimme für Bayern mußte sehr bedenklich erscheinen; wie sollte man nach der hochtönenden Anrede vom April vor dem Parlamente bestehen, wenn es sich jetzt herausstellte, daß man selbst dem französischen Kandidaten die Stimme zugesagt hatte? Und wenn man dies allenfalls noch als hannöverische Angelegenheit anzusehen vermochte, so konnte dies doch in keinem Falle gelten bei dem Neutralitätsvertrage, durch welchen ja auch England gebunden werden sollte, keinerlei Unterstützung Österreich zu gewähren, auch nicht gegen Frankreich und Bayern, in schreiendem Widerspruche mit den Beschlüssen des Parlamentes. Es war in der That kein Wunder, wenn sich König Georg vor dem letzteren kaum weniger fürchtete, als vor dem Heere Maillebois' [3]).

Noch ein Versuch ward mit Sachsen gemacht, Münchhausen, der Bruder des leitenden Ministers in Hannover, eilte dorthin [4]). Er sollte auf das dringendste den Beistand Sachsens verlangen auf Grund der alten Defensivallianz von 1731, erneuert im April dieses Jahres. In Dresden jedoch war man hiervon sehr weit entfernt; hier hatte man die österreichische Partie bereits verloren gegeben, und Brühl war sehr eifrig bemüht, aus der Teilungsmasse der Habsburger Erblande möglichst viel für Sachsen zu gewinnen. Der diplomatische Unterhändler Saul und dann Fürst Poniatowski waren unablässig in Frankreich bei Marschall Belleisle und in Paris bei Kardinal Fleury thätig, und wenngleich ein Stück Böhmen das Allererwünschteste gewesen wäre, so lockte doch auch, was Frankreich bot, ein guter Teil von Mähren

---

1) Den 21. September; Archiv zu Hannover.
2) Schwichelt, den 9. September.
3) Ammon an König Friedrich. Dresden, den 27. September; Berliner Archiv.
4) Am 13. September trifft er in Dresden ein.

und Oberschlesien, um so mehr, da auch Preußen sich mit dem letzteren einverstanden erklärte, was ihm wie eine Art von Bollwerk gegen Österreich sehr erwünscht schien [1]), wie wenig er auch sonst dafür eingenommen war, etwa den Anteil Bayerns auf Kosten von Sachsen schmälern zu lassen.

Auch in Dresden fand man nicht leicht den Mut des definitiven Entschlusses, aber jedenfalls neigte man mehr der französisch-bayerischen Partei zu. Mit großer Offenherzigkeit schreibt der Geheimrat Hennicke, einer der Ratgeber Brühls, unter dem 6. September vertraulich an den Minister Münchhausen, alles hinge jetzt von Frankreich ab, und wenn Sachsen die Unterhandlungen durch Poniatowski eifrig betreibe, so sei die Hauptabsicht dabei, Preußens Vergrößerung in Schlesien möglichst entgegenzuarbeiten oder wenigstens dieselbe nach Kräften einzuschränken. Man wünsche dies im Interesse des sächsischen Handels und wohl auch aus Religionseifer und endlich auch deswegen, weil man, nachdem „unser Oberherr" [2]), der König von Frankreich Böhmen an Bayern gegeben habe, versuchen müsse wenigstens einen Teil von Schlesien zu erhalten [3]).

Unter solchen Umständen hatte die dringende Mahnung Hannovers, die traktatmäßigen Hilfstruppen sofort an die Grenze zu senden, keinen Erfolg, man entschuldigte sich damit, daß man selbst bedroht sei, verbreitete sich näher über die feindlichen Absichten des Fürsten von Anhalt, und wies, als man das nicht gelten lassen wollte, darauf hin, daß Belleisle in Frankfurt ganz offen ausgesprochen habe, so wie man von Sachsen einen Mann den Hannoveranern zuhilfe schicke, werde sofort Anhalt in Sachsen einrücken [4]).

Münchhausen hatte schließlich zu dem Mittel gegriffen, dem sächsischen Premierminister vorzustellen, da viel Aussicht vorhanden sei, daß sich sein Herr für Bayern erkläre und Österreich in keiner Weise unterstützen zu wollen erkläre, sei doch nicht anzunehmen, daß Preußen einer Hilfsleistung Sachsens an Hannover ernstlich sich widersetzen werde [5]), worauf dann wenigstens Hennicke Hoffnung machte, daß, wenn Preußen zustimme, Sachsen sein Hilfscorps marschieren lassen werde [6]). Es fällt schwer, zu glauben, daß sich der Gesandte von dieser Zusage auch nur das Allergeringste versprochen hätte, um so weniger, da er in demselben Berichte Sachsen als ganz von Frankreich gewonnen schildert.

Er mußte schließlich hören, daß Hennicke offen eingestand, Brühl habe durch Saul an Frankreich die positive Erklärung abgegeben, Sachsen werde in keinem Falle Hannover Beistand leisten [7]); am 16. September reiste er ab. An einem der letzten Tage in Dresden hatte er noch in allerdings erregterer Stimmung bei einem Mahle dem preußischen Gesandten gesagt, sein Herr sei in größter Angst vor dem französischen Heere, er wolle ja alles thun, was

---

1) Friedrich an Podewils, den 5. September; Polit. Korresp. I, 330.

2) Das Wort ist offenbar mit einem gewissen Sarkasmus gebraucht. Der Briefsteller zeigte gern, namentlich seinen hannöverischen Freunden gegenüber, deutsch-patriotische Regungen.

3) Den 6. September; Archiv zu Hannover.

4) Vgl. oben S. 265.

5) Münchhausen, den 13. September.

6) Desgl. den 14. September.

7) Bericht des hannöverischen Gesandten von dem Busche, den 14. September.

Preußen verlange, selbst dem Kurfürsten von Bayern seine Stimme geben, wenn man nur die Franzosen von seinen Grenzen abwehrte.

Aber freilich, wenn man auch in Hannover dazu sich verstehen wollte, so war man immer noch nicht sicher, durch die Zusage der hannöverischen Kurstimme die deutschen Lande König Georgs vor einer Besetzung durch die Franzosen zu schützen. Dazu sollte erst Preußens Vermittelung helfen.

Obwohl hierfür nun auch Lord Hyndford, dessen Geltung gerade damals im Laufe des September, wie wir noch näher sehen werden, mächtig stieg, sich lebhaft verwendete und auch Podewils es befürwortete, so war König Friedrich, wenn er gleich sich bereit zeigte, unter dem 16. September seinen Oheim durch einen Brief, welcher die Verwendung Preußens bei Frankreich in Aussicht stellte, zu beruhigen [1]), doch eigentlich nicht gemeint, so leichten Kaufes dem Oheime, dessen „Duplicität" ihn so vielfach erzürnt hatte, aus der Klemme zu helfen.

Dem hannöverischen Gesandten Schwichelt war Anfang September die nachgesuchte Audienz versagt worden, unter dem Vorwande der Unsicherheit der Straßen. Auf neue Vorstellungen von Podewils, wie schwer es Schwichelt empfinde, daß man ihm die Audienz verweigere, nachdem man dem sächsischen Gesandten v. Bülow und Valori solche wiederholt gewährt, hatte der König entschieden, jener möge kommen [2]).

Am 20. September im Lager bei Neiße durfte Schwichelt fast eine Stunde bei dem gefürchteten Herrscher verweilen. Der letztere war noch immer nicht eben gut auf seinen Oheim zu sprechen. Zu Bülow, dem sächsischen Gesandten, der am gleichen Tage mit Schwichelt Audienz hate, soll er bei dieser Gelegenheit gesagt haben, Sachsen müsse sich von Hannover lossagen. Dieses bedaure er nicht, wenn es jetzt von Frankreich geängstet werde. Er habe noch die Pläne einer Teilung Preußens im Gedächtnisse, und noch neuerdings habe man seine Feinde mit Geld unterstützt; auch die Thronrede sei unvergessen. Und ebenso insultiere man fortwährend Frankreich, und es sei kein Wunder, daß dieses es satt bekomme, immer zu sehen, wie König Georg in London sich aufs hohe Pferd setze und in Hannover klein beigebe [3]).

Indessen hielt der König Schwichelt gegenüber doch an sich, er sagte demselben, wenn König Georg jetzt verlange, vor Frankreich geschützt zu werden, so sei dies eine konsiderable Sache. Frankreich sei erzürnt wegen des Krieges mit Spanien und der kürzlich erfolgten Beleidigung der französischen Flagge. Es habe jetzt die Macht, zu schaden, und wolle man es versöhnen, so werde man ihm etwas bieten müssen. Was ihn selbst anbetreffe, so habe auch er vollen Grund, auf England zu zürnen, welches seine Feinde, wenn auch nicht mit Truppen, so doch mit Geld unterstützt und deren Hochmut auf alle Weise bestärkt habe. Von Neutralität zu sprechen, falle ihm jetzt ein, wo die französischen Truppen es bedrohten und auch Sachsen auf die andere Seite trete. Als hier Schwichelt einwendete, sein Hof habe doch schon viel früher sich erboten, sich jeder Unterstützung Österreichs zu enthalten, erwiderte der König ironisch: „Ja wohl, im Sinne eurer beliebten Unterscheidung zwi-

---

1) Polit. Korresp. I, 338.
2) Marginale zu Podewils' Bericht vom 8. September.
3) Bülows Bericht vom 20. September; Dresdner Archiv.

schen König und Kurfürst. Aber Sie mögen wissen, daß ich mich damit niemals habe abspeisen lassen und niemals abspeisen lassen werde mit jenen frivolen Unterscheidungen. Der König von England, der Kurfürst von Hannover und das Parlament sind wie Gott-Vater, Gott-Sohn und Gott-heiliger-Geist, welche nur eine Gottheit bilden." Darauf zählte er ausführlich das ganze Sündenregister Englands dem Gesandten her, besonders die Thatsache betonend, daß dasselbe der Königin von Ungarn durch die Zahlung von 1½ Millionen Thaler direkte Hilfe geleistet habe. Indessen er sei nicht unversöhnlich, der König von England sei der Bruder seiner Mutter, welche Qualität er immer in ihm respektiere. Doch dessen Sache sei es, zu versuchen, ihn zu gewinnen.

Schwichelt versichert, gefragt zu haben, ob sich der König verpflichten wolle, falls England gegen alle Feinde Österreichs strenge Neutralität beobachtete, nun auch seinerseits vollkommen neutral zu bleiben und Hannover nicht zu hindern, sich zu verteidigen, wenn man es angreife. Aber Friedrich sei ausgewichen, obwohl der Gesandte unermüdlich auf diesen Punkt zurückgekommen sei, und erst bei dem vierten Male habe er geäußert, sein Oheim möge ihm nur Konvenienzen anbieten, dann werde er sich weiter erklären. Auf Näheres darüber schon jetzt einzugehen, habe er keine Neigung gezeigt und nur einmal hingeworfen, obwohl er sonst nicht viel auf Garantieen gebe, da die pragmatische Sanktion ein abschreckendes Beispiel dafür biete, was man von Garantieen sich versprechen dürfe, so sei ihm doch die Phantasie gekommen, daß es für ihn einen gewissen Wert haben könne, wenn ihm England die rückhaltslose Garantie Rußlands für alle Erwerbungen, die er in Schlesien zu machen vermöchte, verschaffte.

Bei der Tafel, zu welcher Schwichelt der Sitte nach gezogen wurde, war auch der sächsische Gesandte v. Bülow anwesend, den zu quälen sich der König ein grausames Vergnügen machte, indem er halb im Scherze von den Winterquartieren seiner Truppen in Sachsen redete, und äußerte, wenn jemand zwischen streitenden Nachbarn neutral zu bleiben versuche, käme es meistens dahin, daß gerade seine Länder Schauplatz des Krieges würden. Dann richtete Friedrich an denselben allerlei verfängliche Fragen, auf welche derselbe die Antwort schuldig zu bleiben für gut fand. Als damit auch an Schwichelt die Reihe kam und z. B. die Frage gestellt ward, wen man denn von Hannover neuerdings an den Kardinal Fleury gesendet habe, folgte derselbe Bülows Beispiel. Der König aber sagte: „Aber meine Herren Minister, es ist doch überraschend, daß ich von dem, was an Ihren Höfen vorgeht, besser unterrichtet bin, als Sie selbst. Wer bezahlt mich dafür, daß ich Ihnen hier Nachrichten zutrage?" [1])

Wir haben über die Audienz noch außerdem einen eingehenden Brief des Königs selbst an Podewils [2]), welcher im wesentlichen Schwichelts Darstellung bestätigt und ein näheres Interesse eigentlich nur durch einen Passus empfängt, insofern dieser die große Frage, um die es sich hier handelt, in einem teilweise neuen Lichte zeigt, nämlich bezüglich der Intentionen Frankreichs.

---

1) Breslau, den 22. September. Schwichelts Bericht im Archiv zu Hannover.
2) „au camp de Nais" ce 20e Sept.; Polit. Korresp. I, 342.

Noch am 15. September hatte der König seinem Minister wiederholt, er habe Valori sondiert, man sei bereit, Hannover die Neutralität zuzugestehen, und was noch mehr sagen wolle, auf Preußens Verwendung hin [1]). Aber es schien, als habe der Gesandte zu viel gesagt. Bussy, der französische Gesandte in Hannover, seit Anfang September dort eingetroffen, führte eine sehr andere Sprache, that, als sei es beschlossene Sache, daß die französischen Truppen am 15. September den Rhein überschritten und in den hannöverischen Landen Winterquartiere bezögen, wenn nicht England seine ganze Politik ändere, mit Spanien Frieden mache u. s. w. [2]). Wesentlich unter dem Eindrucke dieser Nachrichten erfolgte die ängstliche Sendung des jüngeren Münchhausen nach Dresden und das lebhaftere Drängen bei Preußen. Auch Valori hat offenbar nicht umhin gekonnt, dem König zu eröffnen, daß sein Hof doch nicht gemeint sei, so leichten Kaufes die hannöverische Neutralität zuzugestehen, und in jenem Briefe nun über Schwichelts Audienz am 20. September gesteht der König ein, der Fall mit den von Frankreich verlangten Winterquartieren im Hannöverischen setze ihn in Verlegenheit, er sehe nicht recht ab, wie er die Forderung bewilligen solle, noch auch wie sie ablehnen. Der Minister möge ihm seine Ideeen mitteilen.

Podewils zögert nicht, dies zu thun, und benutzt die Gelegenheit, wieder einmal seiner argwöhnischen Antipathie gegen Frankreich Luft zu machen. Wenn Hannover sich neutral halte und Bayern seine Stimme gäbe, sei das alles, was Frankreich verlangen könne; wenn es damit nicht zufrieden sei, möge man daraus erkennen, daß es Preußen mit England in Krieg verwickeln wolle, in einen Krieg, der leicht Deutschland unter die Waffen bringen und wo wahrscheinlich Holland und Rußland Hannover Beistand leisten würden; in jedem Falle aber würde Österreich ein viel leichteres Spiel haben, wenn Preußen auch nach einer anderen Seite hin engagiert sei. Was gehe der Krieg zwischen England und Spanien Deutschland an?

Wenn die französischen Truppen im Jülich-Bergischen überwintern, werden sie schon hinreichend Hannover in Schach halten. Aber eine Besetzung der hannöverischen Lande dürfe Preußen nach des Ministers Meinung nicht zugeben; die Franzosen würden dann einfach Herren der westlichen Provinzen sein, das ganze System Preußens würde verdorben, die Kaiserwahl ins Ungewisse hinausgeschoben und alles in die Hände Frankreichs gelegt. Man dürfe sich doch um keinen Preis, den Strick um den Hals, in die Hand dieser Leute geben, die nach Belieben wieder fortzuschicken man nicht die Kraft habe [3]).

Mit Podewils' Briefe kreuzt sich einer des Königs von gleichem Datum. Der letztere zeigt sich entschlossen, gegen die Absichten der Franzosen Einspruch zu erheben, da er nicht Lust habe, seine Staaten zum Kriegsschauplatze machen zu lassen, und neue Verwickelungen nicht herbeigeführt werden dürften, so lange man weder der Neutralität der Niederlande noch der Allianz Sachsens sicher sei, auch könne man mit den Bedingungen, welche der König von England biete, zufrieden sein. Friedrich scheint nicht zu zweifeln, daß seine Vorstellungen durchdringen würden; dagegen verlangt er von Hannover als

---

1) Polit. Korresp. I, 335.
2) Droysen, S. 323.
3) Den 21. September; Berliner Archiv.

Preis seiner Bemühungen die Cession der mecklenburgischen Pfandschaft, zugleich als Entschädigung für die 1½ Millionen, welche England seiner Gegnerin gegeben [1]).

Podewils war mit dieser Forderung wenig einverstanden, er transigierte in seiner Weise, um den gewünschten Neutralitätsvertrag doch zustande zu bringen. Seinem König gegenüber vertritt er mit Wärme die Klagen Schwichelts. Der Brief Friedrichs an Georg (vom 16. September) verheiße in freundschaftlicher Weise gute Dienste zur Auswirkung der Neutralität, der preußische Gesandte in Hannover, Plotho, fahre sogar fort, die früher angebotenen Landerwerbungen für Hannover in Aussicht zu stellen, während dagegen der König in der Audienz vom 20. September mündlich die Gewährung einer Verwendung von allerlei Opfern abhängig gemacht habe, zu welchen sein Herr sich erbieten solle. Und diese Schwierigkeiten mache man jetzt, während die Franzosen in großen Tagemärschen vorrückten, man scheine den Ruin von Hannover zu wollen, denn weit entfernt, trotz aller Neutralitätsversicherungen Hannovers die traktatmäßige Hilfe zu leisten, bedrohe Preußen sogar andere, die sonst zu helfen geneigt gewesen wären [2]).

Auf der anderen Seite sucht der Minister auch von Schwichelt noch irgendwelche Zugeständnisse zu erlangen, teilt ihm die Forderungen des Königs bezüglich Mecklenburgs mit, versichert ihn im tiefsten Vertrauen, sein Herr habe in der That bereits Schritte bei Frankreich in Sachen der Neutralität gethan, aber Hannover werde noch irgendeine Konzession machen müssen, man möge das schon in seinem Interesse thun, damit er irgendeinen Erfolg in dieser Unterhandlung aufweisen könne, da der König ohnehin ihn seine Vorliebe für Hannover zum Vorwurf mache. Schwichelt empfiehlt jetzt selbst eine Geldbewilligung [3]). König Friedrich aber war wenig geneigt nachzugeben; auch auf den neuen Bericht seines Ministers entschied er, an der Cession der mecklenburgischen Hypothek festhalten zu wollen. Darauf empfiehlt Podewils aufs wärmste den von Schwichelt proponierten Vertrag, durch welchen König Georg Neutralität gegen alle Alliierte Preußens verspreche, ebenso Garantie von Niederschlesien mit Breslau contra quoscunque und auf alle eigenen, ihm früher angebotenen Konvenienzen verzichtet mit alleiniger Ausnahme von Osnabrück, und dieses, meint Podewils, könne man ihm wohl zugestehen, denn zunächst nach des Kurfürsten von Köln Tode käme ohnehin nach der Bestimmung des Westfälischen Friedens ein hannöverischer Prinz in Besitz, und erst nach dessen Tode würde die Zusage praktisch werden können, und da der Kurfürst von Köln noch jung sei, könnten darüber 50 Jahre vergehen. Bezüglich Mecklenburgs wolle man in Hannover durchaus kein Zugeständnis machen und es lieber auf die größten Extremitäten ankommen lassen. Überhaupt, meine Schwichelt, Hannover habe die preußische Vermittelung als Freundschaftsdienst erbeten, wenn man dieselbe erkaufen solle, sei es vielleicht besser, sich direkt an Frankreich zu wenden. In der That fürchtet Podewils, daß, wenn man länger Schwierigkeiten mache, Hannover

1) Polit. Korresp. I, 345.
2) Bericht vom 26. September.
3) Schwichelt, den 23. September; Archiv zu Hannover.

die so sehr gewünschte Neutralität durch Frankreich resp. Bayern bewilligt erhalten und Preußen das ganze Verdienst bei der Sache entgehen werde [1]).

Aber noch immer widerstand der König. „Das Allianzprojekt", schreibt er, „ist die schönste Sache von der Welt, aber es ist ein Gebäude ohne Grund, denn ich könnte nichts ohne Frankreich thun, und übrigens würde ich nicht böse sein, wenn man den König von England zwänge, auf alle Ideeen von Landerwerb zu verzichten. Und was Mecklenburg anbetrifft, so könnte ich in meinem Leben nie zugeben, daß sie die Ämter, welche sie in Besitz haben, behalten." Also, fügt er hinzu, mögen gute Dienste bezüglich der Neutralität versprochen, aber feste Abmachungen vermieden werden. Er habe, schließt der König, Mecklenburg ganz besonders im Auge, und wenn einmal der Erbfall mit Ostfriesland einträte, könnte man vielleicht dies letztere den mecklenburgischen Herzögen als Tauschobjekt geben und sich Strehlitz, Rostock und die Stadt Schwerin nehmen, das Übrige möchte den Herzögen und Hannover bleiben [2]).

Thatsächlich waren alle diese Bemühungen gegenstandslos; denn einen Tag vor dem Datum des letzten Briefes (am 27. September) hatten zu Hannover die dortigen Minister Steinberg und Münchhausen, sowie der französische Gesandte de Bussy Deklarationen ausgetauscht, denen zufolge der Hof zu Hannover sich verpflichtete, der Königin von Ungarn keinen Beistand zu leisten, noch sich dem Könige von Preußen, dem Kurfürsten von Bayern und dessen Alliierten in ihren Unternehmungen zu widersetzen, auch dem Kurfürsten von Bayern bei der Kaiserwahl seine Stimme zu geben, wogegen die Franzosen versprechen, ihre Winterquartiere nicht weiter als 3 Meilen von der hannöverischen Grenze auszudehnen [3]).

Georg II. durfte mit dieser Form der Lösung recht zufrieden sein; einmal dispensierte sie ihn doch von der Vermittelungsgebühr, welche Preußen beanspruchte, und dann würde am Ende König Friedrich nach dem bereits Angeführten schwerlich zugegeben haben, daß jener die Deklaration nur eben als Kurfürst von Hannover ausstellte, nicht als König von England. Allerdings hatte auch der französische Minister jene Einseitigkeit wohl gemerkt, aber auf seine Vorstellungen hatte Lord Harrington erklärt, gegenüber den Erklärungen des letzten Parlaments, betreffend die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion, könne ein englischer Minister nicht wagen, solche Deklaration zu unterschreiben, und Amelot hat sich auch schließlich dabei beruhigt, man wolle, was Gutes und Wesentliches in der Deklaration sei, acceptieren und über das andere stillschweigend hinweggehen [4]).

---

1) Bericht vom 28. September.

2) Marginale zu dem Berichte vom 28. September; Polit. Korresp. I, 357.

3) Adelung, Pragmatische Staatsgesch. II, 466, der allerdings bekennt, daß ein authentischer Text dieser Deklaration noch nicht bekannt geworden sei. Die von ihm angeführten Punkte mögen im Grunde richtig sein, nur darf man in keinem Falle, wie Adelung thut, unter Nr. 4 noch die Bestimmung hinzufügen, daß die Armee des Fürsten von Anhalt aufgelöst werden sollte. Aus dem weiter unten im Text zu Erzählenden wird zur Genüge erhellen, daß davon nicht die Rede sein kann.

4) Die Stelle bei Flassant, Hist. de la diplom. franç. V, 140. Wir kommen auf die Angelegenheit der Neutralität noch einmal beim Sturze des Ministers Walpole zurück.

Preußen seinerseits aber mußte die Sache wohl als einen Streich, den ihm sein Bundesgenosse gespielt, empfinden. Mochte auch Valori die Kunde dem Könige auf die liebenswürdigste Weise insinuieren und auf das nachdrücklichste versichern, daß nur die Rücksicht auf Preußens Verwendung den Entschluß seines Souveräns bestimmt habe; die Thatsache blieb doch bestehen, daß die Gewährung nicht, wie man früher in Aussicht gestellt hatte, durch Preußen gegangen war, sondern direkt durch den französischen Gesandten in Hannover; und anderseits, wie sehr sich auch König und Minister bemühten, den Hannoveranern gegenüber das Resultat als die Frucht ihrer Bemühungen hinzustellen, und wenngleich Podewils für diesen großen Dienst „ein gutes Butterbrot“ erwarten zu können glaubte [1]), so dachte er dabei doch wohl nur an eine Geldsumme; bezüglich der mecklenburgischen Forderung äußerte er selbst, es sei ihm lieb, wahrzunehmen, daß in dem letzten Briefe seines Königs an den von England keine Anspielung auf diese Sache vorkomme [2]), die freilich damit nicht als für immer fallen gelassen zu betrachten sei, und Schwichelt empfing vonhause bald die Instruktion, die Frage der preußischen Forderungen als abgethan anzusehen [3]).

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Georg II. unter den veränderten Umständen auch das Geldgeschenk an Podewils für überflüssig gehalten haben würde, indes sah Schwichelt das nicht schnell genug ein; aber als er mit dem Angebote herausrückte, erklärte Podewils sehr unbefangen, er könne es nicht annehmen, es sei zu viel, wenn er dem Könige es melde (daß dies geschehen müsse, sah er als selbstverständlich an), könne dieser am Ende darin einen Bestechungsversuch erblicken. Falls noch ein oder der andere Traktat zustande kommen sollte, so werde er sich gegen die Annahme eines kleinen Geschenkes, wie es nun einmal Sitte sei, nicht sträuben [4]).

Seinem König gegenüber war Podewils natürlich nicht karg mit bitteren Bemerkungen über das neue Freundschaftsstückchen des französischen Alliierten, das er allerdings vorausgesehen habe; der König war zurückhaltender, aber er hatte einen Gegenzug bereit, er antwortete mit der Auflösung des anhaltischen Corps, auf welches die Franzosen als ein wirksames Pressionsmittel für Sachsen und Hannover nicht geringen Wert legten [5]). Im übrigen schrieb er die Sache auf das Sündenregister der Franzosen, das viel größer angeschwollen war, als er seinem ohnehin so franzosenfeindlichen Minister zuzugestehen für gut fand, wie wir denn bald sehen werden, daß Friedrich gerade um diese Zeit sich in geheimen Unterhandlungen bewegte, die sehr wenig nach dem Geschenk Valoris hätten sein können.

Was die Mecklenburger Sache anbetraf, so war sie für den Augenblick allerdings gegenstandslos geworden, aber Podewils ging doch noch einmal darauf ein. Unzweifelhaft schrieb er, habe Preußen Ursache, darüber zu wachen, daß Hannover sich nicht dort einniste, jene Ämter für die Dauer behalte. Schon zur Zeit Friedrich Wilhelms habe man die Frage erwogen, wie

---

1) Den 4. Oktober; Archiv zu Hannover.
2) Schwichelt, den 10. Oktober.
3) Den 12. Oktober.
4) Schwichelt, den 4. Oktober.
5) „pour atraper la France d'un autre côté je separe l'armée du prince d'Anhalt“. Marginale zu Podewils' Bericht vom 1. Oktober; Polit. Korresp. I, 365.

man die Hannoveraner daraus vertreiben könne, und in das Projekt eines Traktates mit dem Kurfürsten von Bayern sollte bereits ein geheimer Artikel kommen, durch welchen sich dieser verpflichtete, wenn er Kaiser werde, sich um die Einlösung jener Pfandschaften zu bemühen. Aber um nicht zu viel auf einmal zu erstreben, und so lange die schlesische Sache noch nicht zu Ende sei, empfehle es sich, behutsam in einer Angelegenheit vorzugehen [1]), die, wie er wisse, dem Könige von England ganz ungemein am Herzen liege. Die Pfandsumme für die Exekution werde man doch keinenfalls Hannover vorenthalten können. Es empfehle sich, Osnabrück im Auge zu behalten; das sei ein Objekt, das man Hannover wohl gönnen möge. Der geplante Tausch werde große Schwierigkeiten haben, doch daran zu denken, komme zurecht, wenn der Erbfall mit Ostfriesland einträte. Vorderhand empfehle es sich, alle solche Pläne aufs ängstlichste vor jedermann geheim zu halten, denn die preußische Macht scheine allen Nachbarn furchtbar, und wenn man erst die Erwerbung von Niederschlesien sicher habe, werde man, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, daß die scheu und argwöhnisch gewordenen Nachbarn sich zu Liguen gegen Preußen zusammenthäten, eine ziemliche Zeit die größte Uneigennützigkeit zur Schau tragen müssen und sorgfältig geheime weitere Absichten verhüllen, an denen man dann ganz in der Stille und unter Benutzung etwa sich darbietender günstiger Konjunkturen arbeiten könne [2]).

Der junge König hat, wie es scheint, schweigend die kleine Lektion hingenommen, welche seinem allzu kühnen, vorwärtsstrebenden Ehrgeize ein treu ergebener, kluger Ratgeber bei dieser Gelegenheit erteilte; in dem Augenblicke, wo er den Bericht empfing, stand er selbst vor einer gewaltigen und hoch bedeutungsvollen Entscheidung.

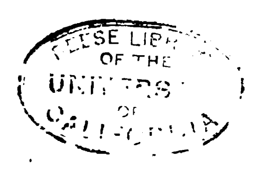
Was aber die Neutralität Hannovers anbetrifft, so hat der König nachmals in seinen Memoiren, und zwar nicht in der älteren Fassung von 1746, sondern erst in der späteren Bearbeitung von 1775, das Urteil ausgesprochen, er habe einen großen Fehler begangen, als er für jene Neutralität seinen Kredit angewendet und geltend gemacht habe, die Franzosen würden sich ganz Europa verhaßt machen, die deutschen Fürsten aufbringen und einem minder wichtigen Ziele nachjagend inzwischen den Hauptzweck, die Königin von Ungarn mit allen Kräften niederzuwerfen, aus den Augen verlieren. „Die Franzosen", fährt er fort, „hätten leicht ein so schwaches Räsonnement widerlegen können; hätten sie damals das Kurfürstentum Hannover besetzt, so würde der König von England niemals haben eine Diversion am Rheine oder in Flandern machen können [3]).

Es fällt doch schwer, in diesen Tadel mit einzustimmen, und man möchte glauben, daß die feindliche Gesinnung des Königs gegen England, welche er seit der schmählichen Verräterei Lord Butes am Ende des 7jährigen Krieges eigentlich bis an seinen Tod in sich trug, ihn nachträglich jene Worte hat einfügen lassen. Wenn die Franzosen jenes Zugeständnis der Neutralität an Hannover für einen argen Fehler erklären, so ist das sehr erklärlich und dem schwer zu widersprechen. Wer aber vom deutschen oder preußischen Stand-

---

1) „y aller à la sappe".
2) Podewils, den 5. Oktober; Berliner St.-A.
3) Oeuvres de Fr. II, 89.

punkt den Gang der Ereignisse beurteilt, wird doch wohl sagen müssen, daß der Krieg im anderen Falle vielleicht eine andere Wendung genommen und schwerlich jenes Resultat ergeben haben würde, welches eben von diesem nationalen Standpunkte aus als ein erwünschtes bezeichnet werden darf, daß nämlich Österreich nicht zertrümmert, der französische Einfluß nicht der in Deutschland allein dominierende wurde und Preußen allein einen solchen Gewinn aus dem Kriege davontrug, daß seitdem von einer zweiten deutschen Großmacht gesprochen werden konnte.



Druck von Friedr. Andr. Perthes in Gotha.

Berichtigungen.

S. 174, Z. 16 v. o. ist statt Kleist Kalkstein zu lesen.
" 164, " 20 vor Februar fehlt die Zahl 8.
" 165, " 8 von unten statt 19. Januar zu lesen **19. Februar.**


DD406
G6
v.1
187807
Grünhagen

